

Der Blick deutscher Medien auf islamische Kulturen. Prozeß- und figurationstheoretische
Analyse zur Möglichkeit des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens unter den
Vorzeichen von Globalisierung und Migration

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von
Nadja Rosmann
aus Frankfurt am Main

Einreichungsjahr: 1999

Veröffentlichungsjahr: 2000

Gutachter: Prof. Dr. Max Matter, Prof. Dr. Gisela Welz

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Juni 2000

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung	6
1	Globalisierung und Migration – Perspektiven kultureller Heterogenität und Auseinandersetzung	9
1.1	Globale Pluralisierung zwischen Universalismus und Differenz	10
1.2	Migrationsprozesse und die Arbeitswanderung nach Deutschland	15
1.2.1	Globale Ungleichgewichte als Motor von Wanderungsbewegungen	15
1.2.2	Deutsche Migrationsperspektiven	19
1.2.3	Zukünftige Migrationsperspektiven	22
1.3	Innenperspektiven von Migrationsgesellschaften	25
1.4	Grundsätzliche Forschungsperspektiven	28
2	Strukturelle Rahmenbedingungen für die Analyse von Globalisierung und Migration aus multidimensionaler Perspektive	31
2.1	Strukturen und Entwicklungen aus ethnologischer Perspektive	33
2.1.1	Strukturalistische Perspektive	35
2.1.1.1	Strukturen und ihre Dimensionen	36
2.1.1.2	Der Aufbau von Beziehungsgeflechten	41
2.1.1.3	Geschichtsperspektive des Strukturalismus	44
2.1.2	Evolutionistische Perspektive	47
2.1.3	Ethnohistorische und kulturgeschichtliche Perspektive	52
2.1.4	Interethnische Perspektive	59
2.1.5	Ethnologische Perspektive von Machtstrukturen	63
2.2	Prozeß- und figurationstheoretische Perspektiven von Migrationsprozessen und globalen Beziehungen	65
2.2.1	Entwicklung komplexer Einheiten	66
2.2.2	Entstehung und Bedeutung der Nation	68
2.2.2.1	Das Konzept der Staatsnation	69
2.2.2.2	Das Konzept der Kulturnation	71
2.2.3	Innen- und Außenperspektiven von Nationen	73
2.2.3.1	Das Prinzip der Nation als Moment der Einigung nach innen	74
2.2.3.2	Internationale Figurationen von Nationen	77
2.2.3.3	Macht im internationalen Kontext	83

3	Identitätstheoretische Rahmenbedingungen für globale Figurationen und ein Modell von Migrationsprozessen	87
3.1	Individuum und soziale Realität	90
3.1.1	Beziehungen zwischen Innenleben und Sozialstruktur	90
3.1.2	Interaktion und das Verhältnis zur sozialen Umwelt	93
3.2	Kultur, Sinn und Bedeutung	97
3.2.1	Kultureller Bedeutungs- und Handlungsrahmen	97
3.2.2	Mehrdeutigkeit, Widerspruch und Wandel	100
3.3	Zeitdimension als historischer Erfahrungsraum	103
3.3.1	Individuelle Verortung und Integration in historische Bezüge	103
3.3.2	Historische Erfahrung und die Möglichkeit des Wandels	105
3.4	Das Prinzip der Anerkennung – Integration versus Exklusion	108
3.4.1	Anerkennung und Integration	108
3.4.2	Abweisung und Exklusion	111
3.5	Rollenübernahme und Empathie	115
3.6	Kritische Perspektiven zur Identitätstheorie	121
4	Veränderung des Identitätskontextes durch Migrationsprozesse	127
4.1	Unübersichtlichkeit, Abgrenzung und Eingliederung	127
4.1.1	Allgemeine Orientierungsschwierigkeiten und Angst	128
4.1.2	Auseinandersetzung mit neuen Randbedingungen und Veränderung der Eigenperspektive	130
4.1.3	Definition von Zugehörigkeit am Beispiel der Staatsangehörigkeit	132
4.1.4	Randgruppenexistenz	134
4.1.5	Die „Kolonie“ als identitätsstabilisierender Raum	136
4.2	Kultur und Transformation	138
4.2.1	„Deutsche“ Kultur - ein Prinzip der Ganzheitlichkeit	139
4.2.2	Teilhabe durch Assimilation	141
4.2.3	Inkongruenz und Wandelbarkeit kultureller Muster	144
4.2.4	Transformationsprozesse und Definitionsmacht	146
4.2.5	Die Betonung kultureller Eigenart als Mittel der Abgrenzung und zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls	150
4.3	Historische Verortung und Wandel im interkulturellen Kontext	155
4.3.1	„Deutsche“ Kontinuität - das Leugnen der Einwanderung	155

4.3.2	Erweiterung der historischen Bezüge versus Ich-Eingeschlossenheit	158
4.4	Anerkennung und gesellschaftliche Heterogenität – Abgrenzung versus Auseinandersetzung	161
4.4.1	Identitätsstabilisierung durch Abgrenzung	162
4.4.2	Entsubjektivierung und verweigerte Auseinandersetzung	165
4.5	Rollenmöglichkeiten und Einfühlungsvermögen	168
4.5.1	Rollenzuweisung durch die Mehrheitsgesellschaft	169
4.5.2	Empathie als Basis für Auseinandersetzung	171
5	Ethnopsychanalytische Perspektiven von Fremdheit und Auseinandersetzung	174
5.1	Erste Beziehungen zwischen Psychoanalyse und Ethnologie	174
5.1.1	Verknüpfung individueller und kultureller Aspekte	174
5.1.2	Die Entstehung von Unbewußtheit	175
5.1.3	Psychodynamische Ansätze	176
5.2	Angst und Methode nicht nur in der fremden Kultur – Verdrängung, Abwehr und Selbst-Modelle	177
5.3	Ethnopsychanalytische Entwicklungen	180
5.3.1	Ethnopsychanalyse als Kulturkritik	180
5.3.2	Pendelbewegung zwischen eigener und fremder Kultur	181
5.3.3	Das Verhältnis von Eigenem und Fremdem	183
5.4	Das Konzept der Selbstreflexion – Glättung innerer Widersprüche versus Auseinandersetzung mit dem Selbstbild	186
5.5	Das gesellschaftliche Unbewußte	188
5.5.1	Psychoanalyse versus Gesellschaft – Von der Individualanalyse zur Gesellschaftskritik	189
5.5.2	Fremdheit, Macht- und Verteidigungsverhältnisse	191
5.5.3	Konfliktbewältigung und Befreiung – Möglichkeiten der Autonomie	195
5.6	Implikationen für die Analyse von Migrationsgesellschaften und globalen Figurationen	200
6	Paradigmen der Analyse	203
6.1	Interpretative Strategien	203
6.1.1	Kultur und Text – Das Paradigma der „Dichten Beschreibung“	203
6.1.2	Psychoanalytische Ansätze	209

6.2	Diskurstheorie	212
6.2.1	Gesellschaft als ein System von Diskursen	213
6.2.2	Diskursanalyse im Medienbereich	221
6.3	Medienrealitäten	227
6.3.1	Medienkritische Perspektiven	228
6.3.2	Minderheiten im Spiegel der Medien	234
6.4	Fragestellung und Konzept der Medienanalyse	242
7	Islamische Kulturen im internationalen Kontext	249
7.1	Islamische Kultur und der Aspekt der Bedrohung der westlichen Welt am Beispiel Irak	250
7.1.1	Dynamik der Bedrohung auf internationaler Ebene	250
7.1.2	Irakische Innenperspektiven und die Bedeutung des Islam	261
7.1.3	Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit dem Irak	271
7.1.4	Implikationen des Irak-Diskurses	286
7.2	Islamische Kultur zwischen Konfrontation mit der westlichen Welt und der Hoffnung auf Wandel am Beispiel Iran	290
7.2.1	Islamische Gefahrenpotentiale in der Bundesrepublik Deutschland als Folge des Mykonos-Prozesses	291
7.2.2	Iranische Innenperspektiven und Bedeutung des Islam	299
7.2.3	Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit dem Iran	322
7.2.4	Implikationen des Iran-Diskurses	340
7.3	Islamische Kultur als innenpolitisches Krisenszenario am Beispiel Algerien	345
7.3.1	Konfrontation und Bedrohung als innere Krise am Rande des Weltgeschehens	346
7.3.2	Algerische Innenperspektiven und Bedeutung des Islam	354
7.3.3	Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit Algerien	378
7.3.4	Implikationen des Algerien-Diskurses	388
7.4	Zukunftsperspektiven für einen internationalen Dialog und wechselseitige Anerkennung im globalen Kontext	392
7.4.1	Universalismus und islamische Identität – Möglichkeiten diskursiver Auseinandersetzung	396
7.4.2	Die Vereinten Nationen zwischen humanitärem Anspruch und autoritärem Geltungsdrang	407

8	Islamperspektiven zwischen globaler Figuration und Migration am Beispiel Türkei	415
8.1	Die Türkei in den internationalen Beziehungen	415
8.1.1	Türkische Politik als Quelle von Gefahr und Konfrontation	416
8.1.2	Türkische Innenperspektiven und Bedeutung des Islam	419
8.1.3	Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit der Türkei	448
8.1.4	Implikationen des Türkei-Diskurses	470
8.2	Türkische Migranten in Deutschland	474
8.2.1	Migration als Quelle von Gefahr und Konfrontation	475
8.2.2	Innenperspektiven der Migrationsgesellschaft und Bedeutung des Islam	490
8.2.3	Interessenlagen und Strategien im Umgang mit türkischen Migranten und Migration nach Deutschland	529
8.2.4	Implikationen der Migrationsperspektive	546
9	Blockierte Auseinandersetzung versus Möglichkeiten der Anerkennung – Bilanz und Ausblick	551
9.1	Internationale Perspektiven der Auseinandersetzung	553
9.2	Perspektiven der Auseinandersetzung in der deutschen Migrationsgesellschaft	561
9.3	Ausblick	568
	Literatur	571
	Analysematerial	596

Diese Arbeit hat zum Ziel, die Möglichkeiten für ein wechselseitiges Erkennen und Anerkennen zwischen westlichen und islamischen Kulturen zu analysieren. Im ersten Kapitel werden die grundsätzlichen Rahmenbedingungen von Globalisierung und Migration angesprochen, die dazu führen, daß kulturelle Heterogenität eine wachsende Bedeutung erhält. Es ist zu klären, warum eine Auseinandersetzung über kulturelle Differenz überhaupt notwendig erscheint und welche Dimensionen – beispielsweise territoriale, identitäre, soziale und kulturelle – von den prozeßhaften Entwicklungen im globalen System betroffen sind.

Im zweiten Kapitel werden verschiedene ethnologische sowie prozeß- und figurationstheoretische Ansätze daraufhin untersucht, inwiefern sie geeignet sind, die multidimensionalen Aspekte von Globalisierung und Migration zu erfassen. Mittels strukturalistischer, evolutionistischer, ethnohistorischer, kulturgeschichtlicher und interethnischer Ansätze wird ein Modell der Strukturen und Entwicklungen aus einem ethnologischen Blickwinkel heraus erarbeitet. Anhand der Arbeiten von Norbert Elias werden verschiedene Aspekte der prozeß- und figurationstheoretischen Perspektiven von Globalisierung und Migration aufgegriffen. Es geht darum, die Entstehung und Entwicklung komplexer Territorien (Staaten, Nationen) zu betrachten und zu analysieren, welche Beziehungssysteme in den internationalen Beziehungen bestehen. Außerdem wird die Bedeutung von Machtstrukturen aus ethnologischer und figurationstheoretischer Perspektive erörtert.

Kapitel drei beschäftigt sich mit den identitätstheoretischen Rahmenbedingungen, die innerhalb von Gesellschaften wirksam sind. Anhand der von Erikson entwickelten Identitätsparameter ist zu analysieren, in welchem Verhältnis die Aspekte soziale Realität, Kultur, Historizität, Anerkennung, Rollenübernahme und Empathie zueinander stehen. In Kapitel vier wird dieser Identitätskontext in einen Bezug zu Prozessen von Globalisierung und Migration gesetzt. Das grundlegende Identitätsmodell, das individualpsychologische Aspekte vor einem Hintergrund relativer gesellschaftlicher Homogenität betrachtet, wird in ein Verhältnis zu den Wandlungsprozessen, die sich im Kontext kultureller Heterogenität vollziehen, gesetzt. Es wird untersucht, um welche Dimensionen sich soziale Realität durch die zunehmenden Verflechtungen in den internationalen Beziehungen sowie durch die Veränderung der gesellschaftlichen Zusammensetzung als Folge von Migration erweitern. Weiterhin wird dargestellt, welche Bedeutung der Aspekt der Kultur für das Stiften von Zugehörigkeit beziehungsweise Abgrenzung hat. Unter dem Gesichtspunkt der Historizität wird betrachtet, wie Prozesse von Globalisierung und Migration auf der identitären Ebene historisch verarbeitet werden. Schließlich ist zu erfassen, welche Auswirkungen kulturelle

Heterogenität auf Möglichkeiten der Auseinandersetzung und Anerkennung hat und wie Identitätsstabilisierung unter den Vorzeichen kultureller Differenz verwirklicht wird.

Im fünften Kapitel wird eine Synthese von individualpsychologischen und gesellschaftlichen Aspekten im Umgang mit Fremdheit angestrebt. Auf der Grundlage ethnopsychoanalytischer Ansätze ist zu zeigen, welche Angstperspektiven sich im Umgang mit Fremdem auf einer gesellschaftlich-institutionellen Ebene manifestieren, wie Widersprüche durch Prozesse der Unbewußtmachung geglättet werden und wie das Verhältnis zu Fremdem zu einem System von Macht und Verteidigung werden kann. Neben diesen negativen Dimensionen in der Umgehensweise mit Fremdheit und kultureller Heterogenität werden außerdem Möglichkeiten aufgezeigt, wie interkulturelle Auseinandersetzung Prozesse der Selbstreflexion in Gang setzen kann und damit einen Beitrag zur Verwirklichung von Autonomie und Gesellschaftskritik leisten kann.

In Kapitel sechs werden schließlich interpretative und diskurstheoretische Strategien vorgestellt, mittels derer die interkulturellen Realitäten, wie sie sich im Mediendiskurs artikulieren, analysiert werden sollen. Es geht darum, die Beziehungen zwischen kulturellen Manifestationen und textuellem Ausdruck herauszuarbeiten. Außerdem wird betrachtet, wie die Dispositionen, die im politischen und medialen Diskurs ihren Ausdruck finden, auf Denken und Handeln innerhalb der Gesellschaft wirken. Weiterhin wird betrachtet, in welchem Verhältnis mediale Realität sowie die grundsätzlichen Bedingungen der Medienproduktion zur gesellschaftlichen Ebene stehen und wie sich diese auf die Darstellung von kultureller Heterogenität und die Beziehungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten auswirken. Aus dem allgemeinen theoretischen Gerüst, das in den Kapiteln eins bis fünf entwickelt wurde, sowie aus den medientheoretischen Perspektiven des sechsten Kapitels wird schließlich die konkrete Fragestellung und Konzeption der Medienanalyse entwickelt.

Im siebten Kapitel wird auf Basis des entwickelten Theorie- und Analysekonzepts das Verhältnis zwischen westlichen und islamischen Kulturen in den internationalen Beziehungen erörtert. Am Beispiel des Irak, des Iran und Algeriens werden Bedrohungs- und Gefahrenpotentiale, die Innenperspektiven der jeweiligen islamischen Kulturen, die Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit ihnen sowie die Implikationen, die diese Konstellationen für die Möglichkeiten von wechselseitigem Erkennen und Anerkennen haben, herausgearbeitet. Auf der Grundlage der Konzeption der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen wird erläutert, welche grundsätzlichen Perspektiven für eine diskursive Auseinandersetzung zwischen den Kulturen bestehen.

Das achte Kapitel widmet sich dem Beispiel Türkei, wobei hier auf der internationalen Ebene die Analyse analog zu den Beispielen im siebten Kapitel erfolgen wird. Im zweiten Teil des

achten Kapitels werden dann die Aspekte von Migration, wie sie sich zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland entfalten, analysiert. Von besonderem Interesse sind hierbei die Verbindungen zwischen der Globalisierungs- und der Migrationsperspektive.

Im neunten Kapitel ist abschließend zu bilanzieren, welche Möglichkeiten des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens im globalen System grundsätzlich bestehen und welche davon tatsächlich gegenwärtig verwirklicht werden. Im Zuge eines Ausblicks wird skizziert, welche künftigen Entwicklungen in der Dynamik zwischen westlichen und islamischen Kulturen zu erwarten sind und welche wünschenswert wären, um bestehende konfrontative Auseinandersetzungen zu überwinden.

Eine wissenschaftliche Arbeit, die sich mit Fragen der Identität, mit dem Wunsch des Individuums nach Anerkennung, auseinandersetzt, gerät leicht in den Verdacht, einen Themenbereich in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, der vielleicht nur von peripherer Bedeutung ist. Angesichts weltweiter krisenhafter Auseinandersetzungen, wirtschaftlicher Depression und sozialer Probleme steht die Frage im Raum, warum dem Innenleben von Menschen besondere Relevanz zukommen sollte, wenn es doch zunächst näherläge, ihre äußeren Lebensbedingungen auf Möglichkeiten der Verbesserung hin zu untersuchen. Vor dem Hintergrund von Tod, Arbeitslosigkeit und Armut erscheint es fast zynisch, sich mit geistigen und psychischen Prozessen beschäftigen zu wollen, die nicht einmal sichtbar in Erscheinung treten, sondern sich nur von der Realität des täglichen Lebens ableiten lassen.

Eine solch negative Perspektive hat sicherlich zum Teil ihre Berechtigung. Berücksichtigt man jedoch, daß die innere Verfaßtheit von Menschen auch Rückwirkungen auf ihre Lebensumstände hat, so erscheint die Fragestellung dieser Arbeit in einem anderen Licht. Die Diskussion um die Durchsetzung der Menschenrechte beispielsweise zeigt, daß zu einem menschenwürdigen Dasein nicht nur ein Dach über dem Kopf und eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln gehören, sondern auch die Freiheit zur Selbstentfaltung.

Im folgenden soll dargestellt werden, welche konkreten Entwicklungen hinter dem Modewort Globalisierung stehen. Die Migration nach Deutschland wird als gesonderter Aspekt betrachtet. Der Blick auf diese beiden Themenbereiche wird zeigen, daß Globalisierung und Migration nicht nur Fragen nach äußeren Tatsachen und Bedingungen aufwerfen, sondern auch danach, wie die Menschen, die von diesen Fakten betroffen sind, mit ihnen umgehen.

Globalisierungs- und Migrationsprozesse tragen verstärkt zur Pluralisierung gesellschaftlicher Realität bei. Die kulturelle Heterogenität in Migrationsgesellschaften beispielsweise erzeugt die Notwendigkeit langfristiger und dauerhafter Auseinandersetzungsstrategien mit einem sich verändernden Gesellschaftsbild. Diese notwendigen Prozesse der Auseinandersetzung wiederum stehen in direktem Bezug zum Innenleben der Gesellschaftsmitglieder, zu psychischen Prozessen und zu Fragen der Identität.

Es stellt sich außerdem die Frage, welche ethische Perspektive bei der Betrachtung der Pluralisierungsprozesse eingeschlagen werden soll und kann. Ferner sollen die kulturellen Dimensionen, die für mögliche Strategien der Auseinandersetzung von Bedeutung sind, ins Zentrum der Betrachtung gerückt werden.

Die Welt der Moderne ist zweifelsohne durch vielfältige Prozesse wachsender wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Staaten auf der einen Seite und durch steigende Vielfalt und Pluralität auf der anderen Seite geprägt. Die weltumspannenden Verflechtungen lassen sich wie folgt darstellen:

„Wir leben jetzt in einer Welt, in der weder einzelne Gruppen oder Staaten alle anderen weiterhin dominieren noch sich von diesen isolieren können. Sowohl für ihre sozio-ökonomische Entwicklung als auch für ihre ökologische und territoriale Unversehrtheit wurde jede Gesellschaft, jeder Staat immer mehr abhängig von jedem anderen. Dadurch wurde es für jede Gesellschaft und für jeden Staat essentiell, ihre wechselseitigen Beziehungen so zu gestalten, daß sie in der Praxis auf eine höhere Einheit unter Beibehaltung der heutigen Vielfalt zulaufen.“¹

Globalisierung resultiert also unter anderem aus einer steigenden Interdependenz. Verschiedene Staaten und damit auch verschiedene Kulturen sind, um ihre eigene Entwicklung und ihr eigenes Überleben sicherzustellen, auf wechselseitige Kooperation angewiesen.

Kooperationen müssen in irgendeiner Form regelgeleitet sein und auf einer Ordnung basieren. Im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt, die von einem Kooperationssystem umfaßt werden muß, stellt sich die Frage, wie sich eine solche Weltordnung gestalten läßt:

„Durch den weltweiten Fluß an Energie, Gütern, Menschen und Informationen hat die Welt des 20. Jahrhunderts globale Dimensionen erreicht; sie hat aber nicht die Ordnung entwickelt, die zum Funktionieren in diesen Dimensionen erforderlich ist. Man spricht zwar heute gern von ‚Weltordnung‘, und der Begriff ist schon fast zur Mode geworden, aber die zweigeteilte Welt der Nachkriegsjahre hat sich in eine vielfach geteilte Welt verwandelt, die komplex, aber nicht stabil ist. Ihre Vielfalt wird durch keine Einheit zusammengehalten und ist daher unregierbar.“²

Es zeigt sich also, daß sich analog zur Notwendigkeit einer internationalen Kooperation noch keine geeigneten Mechanismen herausgebildet haben, die eine umfassende Basis für eine globale Zusammenarbeit bilden könnten. Es existieren zwar zahlreiche internationale Institutionen, die eine Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen oder militärischen Fragen regeln, aber diese Institutionen agieren zumeist nur auf einer formalen und funktionalen Ebene.

Gerade im Hinblick auf die Vielfalt und Differenz, die das globale System prägen, stellt sich aber die Frage, wie relevante Bezugssysteme aufgebaut werden können, die die Sphäre der Bedeutung und des Sinns einbeziehen. Aus dieser Perspektive rückt der Stellenwert von Kultur ins Zentrum der Betrachtung:

„Die Integration und Diversifikation von Gesellschaften ist im wesentlichen ein kultureller Prozeß. Das ergibt sich aus der neuen Definition von Kultur, wie sie von der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der UNESCO vorgelegt wird. Gemäß dieser Definition beschränkt sich Kultur nicht auf Belletristik, Kunst, Literatur, Musik und Philosophie. Sie ist auch Ausdruck für die Art und Weise der wissenschaftlichen und technischen Schöpfungen für die Nutzung der natürlichen Umwelt, für das Gefühl des

¹ Laslo, Ervin (1993a): Einleitung, in: ders. (1993) (Hg.): Rettet die Weltkulturen. Der multikulturelle Planet. Report einer unabhängigen Expertengruppe an die UNESCO, Stuttgart 1993, S. 13-22: 16

² Laslo (1993a): 14

einzelnen für Schönheit und Harmonie, für ihr Identitätsgefühl und ihre Weltsicht. Es ist die Weise, wie die Menschen sich selbst und andere wahrnehmen, und daher das Bezugssystem in ihrem Verhalten zu anderen.“³

Geht man von einem solch umfassenden Kulturbegriff als Referenzrahmen aus, so wird augenscheinlich, daß eine internationale Ordnung die bestehende kulturelle Vielfalt beachten muß, um auf dieser Basis Kommunikationsstrategien entwickeln zu können. Da laut UNESCO die kulturelle Vielfalt vor allem im Hinblick auf die Denk- und Organisationsweisen der Individuen und Gemeinschaften von Bedeutung ist, müssen die Grundlagen für eine globale Kommunikation in den Köpfen der Menschen gelegt werden.⁴ Fragen der Wahrnehmung wird also noch eine besondere Bedeutung beizumessen sein.

Kulturelle Fragen sind von Bedeutung, wenn man davon ausgeht, daß ein „globales Modell des Lebens in akzeptierter Differenz“ angewiesen ist auf einen „kulturellen Unterbau von Leitbildern, Standards, Werten, Normen und Institutionen der Verständigung darüber“.⁵ Der Ethnologie kommt dabei folgende Bedeutung zu:

„Ein genuin ethnologisches Thema ist es, zu sensibilisieren für die Vielfalt der Lebensformen im Rahmen menschlicher Kulturfähigkeit. Angesichts der nicht verallgemeinerungsfähigen Produktions- und Konsummuster des Nordens scheint deren Überwindung ein Zentralproblem für die Zukunft zu sein. Auf internationaler Ebene gilt: Nur über die praktizierte Anerkennung von Vielfalt sind eigenständige Entwicklungswege für den Osten und den Süden möglich. Was das bedeutet, das ist noch kaum bewußt. Und innerhalb von Industriegesellschaften ist eine konfliktarme Umstellung von Produktkulturen und Lebensweisen auf Sozial- und Umweltverträglichkeit nicht ohne entsprechende kulturelle Leitbilder möglich. Fehlen sie oder sollen sie durch Ordnungsmittel und Zwang ersetzt werden, dann wird politische Destabilisierung die Folge sein.“⁶

Aus dieser Perspektive heraus betrachtet ist Kultur nicht nur im Hinblick auf den Aufbau neuer Kommunikationsmuster von Bedeutung. Vielmehr wird deutlich, daß eine einseitige Orientierung an den kulturellen Verhaltensmustern beispielsweise der westlichen Kulturen aufgrund mangelnder materieller Ressourcen fatal wäre.

Eine Neugewichtung der Unterschiede zwischen den Kulturen ist damit nicht nur eine Norm- und Wertfrage, sondern eine Grundsatzfrage bezüglich der materiellen globalen Entwicklung:

„Im Prozeß einer scheinbar unaufhaltsamen Modernisierung verloren viele Kulturen ihre Identität und Lebenskraft. Ganze Generationen von Kulturkritikern lebten von der Klage über die Nivellierung der Welt, ganz wenige nur freuten sich über die Heraufkunft einer einheitlichen Weltzivilisation. Heute, wenn deutlich wird, daß nicht mehr alle einem einzigen Modell nacheifern können, werden die Unterschiede zwischen den Kulturen notwendigerweise neu gewichtet. Nicht universalistische Weltkultur, sondern kulturelle Vielfalt wird erkennbar als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Zukunftssicherung.“⁷

³ Laslo (1993a): 19

⁴ vergl. Laslo (1993a): 19

⁵ vergl. Kramer, Dieter (1993/94): Leben in der Differenz. Eine Welt der akzeptierten Unterschiede, in: ders. (1995) (Hg.): Viele Kulturen – eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/94, Frankfurt 1995, S. 117-127: 117

⁶ Kramer (1993/94): 117f

⁷ Kramer (1993/94): 121

In dieser Argumentation wird die Frage kultureller Pluralität sehr zweckorientiert diskutiert. Andererseits wird deutlich, daß eine so verstandene Vielfalt nicht nur eine Frage der Toleranz, sondern eine Notwendigkeit ist. Globalisierung impliziert also gewissermaßen zwangsweise Heterogenität.

Es stellt sich die Frage, wie ein Konzept der Integration aussehen kann, das auf der einen Seite der bestehenden Vielfalt gerecht wird, aber auf der anderen Seite auch eine übergeordnete Ordnung stiften kann:

„Integration darf nicht mit Uniformität verwechselt werden. Uniformität beruht auf der Vorherrschaft eines Elementes und der Unterordnung aller übrigen, während zur Integration die Koordination aller Elemente in einer gemeinsamen, für alle vorteilhaften Ordnung gehört. Einheit in ihrem ursprünglichen Sinne führt nicht zur Verflachung der Verschiedenartigkeit und ist erst recht nicht das Gegenteil von Diversifikation, sondern ihre Ergänzung. Einheit meint eine Organisationsstufe, zu der alle Elemente dieses Systems als unterschiedliche, aber gleichwertige Teilnehmer zu einem ganzheitlichen Funktionieren beitragen.“⁸

Es geht also darum, aus der bestehenden Vielfalt ein gemeinsames Ordnungs- und Orientierungssystem internationalen und interkulturellen Maßstabs abzuleiten. Ein solcher Prozeß muß sich mit bestehender Differenz auseinandersetzen. Normen und Werte verschiedener Kulturen können einander entgegengesetzt sein und sich widersprechen. Solche Gegensätze müssen kommunikativ verarbeitet werden, wobei es gerade nicht darauf ankommt, sie aufzulösen. Vielmehr geht es darum, im Zuge gleichberechtigter Kommunikation einen Minimalkonsens zu finden, der Ordnung gewährleistet und ein tragfähiges Fundament für die sie überlagernde Vielfalt bildet.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, wieviel Universalismus eine stabile Weltordnung braucht, um tatsächlich globale Wirksamkeit zu entfalten, und die Frage danach, in welchem Verhältnis universalistische Prinzipien zum bestehenden Pluralismus stehen. So ist der von den Vereinten Nationen vertretene Universalismus dem Vorwurf ausgesetzt, einseitig westlich-europäisch geprägt zu sein.⁹ Gleichzeitig resultiere jedoch aus der voranschreitenden Internationalisierung gewissermaßen allein aufgrund bestehender Verflechtungen eine materielle Basis für einen übergreifenden Universalismus:

„Der moderne Universalismus ist also nicht einfach ein idealistisches Konstrukt, sondern Ausdruck eines Strukturwandels menschlicher Lebensformen, in dessen Verlauf die relative Autonomie der Staaten so weit reduziert worden ist, daß sie sich, wenn überhaupt, nur noch um den Preis einer vollständigen Umwälzung ihrer inneren Ordnung aus dem Gesamtzusammenhang ausklinken oder abkoppeln können.“¹⁰

⁸ Laslo (1993a): 14

⁹ vergl. Brock, Lothar (1994): Eine Welt - von der Hoffnung zum Alptraum. Über die Vergeblichkeit weltbürgerlicher Absichten, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Anderssein, ein Menschenrecht. Über die Vereinbarkeit universaler Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt, Weinheim 1995, S. 21-36: 30

¹⁰ Brock (1994): 32

Aus dieser Perspektive wäre Universalismus also eine Struktureigenschaft der internationalen Beziehungen. Eine solche Definition von Universalismus löst jedoch nicht das Problem der Beteiligung und die Frage, auf welche Normen und Werte sich der Universalismus beruft.

Aus diesem Grund wird die Notwendigkeit gesehen, eine internationale Verständigung über einen Kanon von Grundwerten zu erreichen, die globale Geltung besitzen müssen. Ein solcher Verständigungsprozeß müßte einem globalen Prinzip der Mitverantwortung folgen:

„Mitverantwortung begründet in dem hier gemeinten Sinne nicht eine Pflicht zum Eingreifen, sondern zur Selbstkritik. Auf der Grundlage der Selbstkritik bestünde dann eine gewisse Chance, die Instrumentalisierung universeller Normen für partikuläre Zwecke einzuschränken und dahin zu kommen, daß nicht nur im Namen, sondern tatsächlich zum Zweck der Durchsetzung universeller Normen gehandelt würde.“¹¹

Es geht also im Prinzip darum, daß jede Nation und jede Kultur ihre eigenen Geltungsansprüche gegen die Existenzinteressen der anderen Nationen und Kulturen abwägen müßte.

Ein solcher Diskurs hebt grundsätzlich bestehende Partikularismen nicht auf, sondern wirkt vermittelnd. Dabei stellt sich allerdings die Frage, auf welcher Basis sich ein Prinzip der Anerkennung über die bestehende Differenz hinweg etablieren kann:

„Es ist falsch, zu meinen, erst wenn wir uns wirklich mit der anderen Kultur auseinandergesetzt haben, würden wir sie anerkennen. Vieles geschieht auf der Ebene der Bilder. Es muß reichen, daß wir gemeinsam in einer Demokratie leben. In der liberaldemokratischen Gesellschaft wird der andere auch anerkannt, wenn man nichts über ihn weiß. Es geht darum, die anderen als andere in ihrer Individualität anzuerkennen ...“¹²

Diese Argumentation ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Der Bezug auf die Sphäre individueller Anerkennung scheint einer übergreifenden Ordnung entgegengesetzt zu sein.¹³ Der Verweis auf die liberaldemokratische Gesellschaft als ordnungsstiftende Instanz und Raum der Entfaltung zugleich unterschlägt die Frage, von welchen Gruppen oder Instanzen diese Gesellschaftsform geprägt ist.

Mit dieser Argumentation werden die Denktraditionen, auf denen die Idee der Demokratie basiert, der Reflexion entzogen. Dies birgt jedoch die Gefahr, daß Demokratie als Basis für Universalismus als einseitig (westlich) geprägt erfahren wird. Dem versucht ein Konzept zur Aufarbeitung verdrängter Denktraditionen entgegenzuwirken:

„Die Relevanz kultureller Traditionen für Gegenwart und Zukunft ist zu klären. Es ist ... hier ... nur der erste Schritt, möglichst umfassend und differenziert die verschiedenen, bislang vernachlässigten und verdrängten Denktraditionen zu rekonstruieren. Soll eine solche Arbeit aber nicht lediglich zur Selbstverständigung, also zu weiteren Separationen, sondern zu neuen Verständigungen zwischen den heutigen Menschen unterschiedlicher Kulturtraditionen führen, so müssen auch hier wiederum Kategorien und Begriffe gefunden (und in unterschiedlichen Sprachen etabliert) werden, die in den Stand setzen,

¹¹ Brock (1994): 35

¹² Kramer, Dieter (1994): Die Furcht vor dem Fremden und die Sicherheit im Getto. Die Diskussionen der Römerberggespräche 1994 und die Beunruhigung durch das ganz andere, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Anderssein, ein Menschenrecht. Über die Vereinbarkeit universaler Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt, Weinheim 1995, S. 139-178: 172

¹³ Die Bedeutung der Auseinandersetzung wird an dieser Stelle ebenfalls relativ unterbewertet und soll im weiteren Verlauf dieses Kapitel noch näher betrachtet werden.

einander in Lebensfragen nicht nur besser zu verstehen, sondern aufzuklären. Es wäre dies eine Fortsetzung des Programms der Aufklärung mit anderen Mitteln: nicht mit dem Mittel einer voraussetzungslosen Wissenschaft, sondern durch einen *Polylog* der Traditionen.“¹⁴

Es geht also zunächst darum, auf grundsätzlicher (philosophischer) Ebene die Voraussetzungen für eine Universalismus-Diskussion neu zu bestimmen.

Eine solche Notwendigkeit resultiert aus dem spezifischen Problem des gegenwärtigen Philosophierens, und zwar der Tatsache, daß sich genau eine Tradition, nämlich die okzidentale, als wissenschaftlich durchgesetzt hat:

„Wenn nun der Anspruch des Philosophierens ... darin liegt, zu transkulturell gültigen oder wahren Sätzen ... zu kommen, und wenn dieser Anspruch unter vielen Formen verfolgt wurde, die einander so fremd sind, daß eine Verständigung über das jeweils Gemeinte schwierig ist, so ergibt sich für das Philosophieren selbst die Notwendigkeit aus der Sache, im Polylog nach allen auffindbaren Wegen zu fragen, die schon versucht worden sind.“¹⁵

Der philosophische Bestand, aus dem Universalismuskriterien abgeleitet werden können, wird also im Sinne des Polylogs zunächst einmal interkulturell erweitert.

Für das Philosophieren im allgemeinen und die Frage des Universalismus im besonderen könnte dann folgende Minimalregel gelten:

„... halte keine philosophische These für gut begründet, an deren Zustandekommen nur Menschen einer einzigen kulturellen Tradition beteiligt waren ...“¹⁶

Die Frage der Demokratie als Basis für Anerkennung im Kontext von Globalisierung und Pluralisierung müßte dann ebenfalls unter diesen Prämissen reflektiert und neu diskutiert werden.

Zusammenfassend ist die globale Pluralisierung durch folgende Randbedingungen und Perspektiven geprägt:

- Die wechselseitigen Abhängigkeiten im internationalen System machen eine Auseinandersetzung mit der bestehenden Pluralität notwendig.
- Die Integration und Diversifikation von Gesellschaften ist im wesentlichen ein kultureller Prozeß.
- Auf der Norm- und Wertebene stellt sich die Frage der kulturellen Auseinandersetzung im Hinblick auf die Ausbildung eines weltumspannenden Ordnungsrahmens, an dessen Gestaltung alle Kulturen beteiligt werden müssen.
- Aus materieller Perspektive ist kulturelle Pluralität notwendig, da das westliche Zivilisationsmodell global nicht zu verwirklichen wäre.

¹⁴ Wimmer, Franz Martin (1996): Polylog der Traditionen im philosophischen Denken. Universalismus versus Ethnophilosophie?, in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996, S. 81-98: 83f, Hervorheb. im Original

¹⁵ Wimmer (1996): 92f

¹⁶ Wimmer (1996): 93, Hervorheb. im Original

Eine Universalismus-Diskussion muß von einem Polylog kultureller Denktraditionen getragen werden, damit die bestehende Pluralität ihren Niederschlag findet.

Diese globalen Rahmenbedingungen bilden den Hintergrund, vor dem sich Migrationsprozesse vollziehen. Während auf der globalen Ebene allerdings ein Prozeß der Auseinandersetzung primär **zwischen Gesellschaften** verläuft, ist kulturelle Pluralität in Migrationsgesellschaften eher ein **innergesellschaftliches Phänomen**.¹⁷ Diese Innenperspektive soll im folgenden anhand der Migration nach Deutschland näher dargestellt werden. Trotz der Betonung der Innenperspektive im folgenden Abschnitt ist natürlich zu berücksichtigen, daß die spezielle Perspektive der Migration einen Ausschnitt der globalen Außenperspektive bildet.

1.2 Migrationsprozesse und die Arbeitswanderung nach Deutschland

Im folgenden soll dargestellt werden, in welchem Verhältnis Migration zur fortschreitenden Globalisierung steht. Eine besondere Rolle spielt dabei der Bezug, den Individuen zwischen ihrer eigenen Situation und den globalen Gegebenheiten herstellen. Eine Folge von Globalisierungsprozessen ist dabei die Tatsache, daß Menschen die Erfüllung ihrer Lebenswünsche nicht mehr an ihr Herkunftsterritorium gebunden sehen, sondern daß im Prinzip die gesamte Welt zum potentiellen Lebensraum wird. Wanderung ist teils eine Frage der Selbstverwirklichung, teils eine Frage des schlichten Überleben-wollens.

Das Verhältnis Deutschlands zu Migrationsprozessen soll gesondert betrachtet werden. Hier stellt sich die Frage der historischen Perspektive sowie die Frage, welche Gründe für eine Einwanderung nach Deutschland, aber auch für eine Auswanderung aus Deutschland ausschlaggebend waren und sind.

1.2.1 Globale Ungleichgewichte als Motor von Wanderungsbewegungen

Wie bereits dargestellt wurde, impliziert Globalisierung eine Verstärkung der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Staaten. Dieses Beziehungsgefüge beinhaltet zugleich bestimmte Bewegungsprozesse:

„Die politische Weltkarte täuscht. Sie zeigt uns ein statisches Bild: ein Netzwerk von Staaten mit klaren, trennenden Grenzlínen. Sie läßt nicht die großen Bewegungen und die Kraftströme erkennen, die über die Grenzen hinweggehen, die transnationalen Beziehungen in ihrer ganzen Dichte und Breite. Dazu gehören der internationale Handel und Warenverkehr, der Kapitalverkehr ebenso wie die Produktion,

¹⁷ Selbstverständlich wird davon ausgegangen, daß alle Gesellschaften in irgendeiner Form in ihrem Inneren mit kultureller Heterogenität konfrontiert sind. Auf der globalen Ebene vollziehen sich Auseinandersetzungen aber in erster Linie auf einer übergeordneten, institutionellen Ebene, der die innergesellschaftlichen Verhältnisse untergeordnet sind.

die immer stärker weltweit organisiert wird, und auch die grenzüberschreitende Telekommunikation, die Medien und der Datenverkehr mit ihren gewaltigen Informationsströmen, die zunehmend satelliten-gestützt und damit grenzfrei sind. Doch über die Grenzen strömen die Menschen. Sie haben eine enorme internationale Mobilität gewonnen, die ständig zunimmt. Davon zeugen der allgemeine Reiseverkehr, der ein unerhörtes Ausmaß erreicht hat und weiter steigt, der Tourismus und die Arbeitswanderung. Wir leben in einer Welt, in der täglich Millionen von Menschen auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft unterwegs sind. Es herrscht ein Zustand intensiver und weiträumiger Bewegung der Menschen, die in diesem Jahrhundert ein nie zuvor erlebtes Ausmaß erreicht hat.“¹⁸

Wanderungsprozesse sind also eine Begleiterscheinung der bestehenden internationalen Verflechtungen.

Die Ursachen, die Menschen dazu veranlassen, sich in Bewegung zu setzen, können sehr unterschiedlich sein:

„Wanderungsbewegungen sind in erster Linie Ausdruck der Lebensbedingungen und der Entwicklung der Bevölkerung in einzelnen Regionen. Die Umstände, die Menschen veranlassen, sich einen neuen Wohnort zu suchen, haben sich in der letzten Zeit dabei ständig ausgeweitet. Sie erstrecken sich von politischer Unterdrückung, lokalen Differenzen auf ethnischer und religiöser Basis bis zu ökologischen Katastrophen, von Arbeitslosigkeit oder allgemeiner gesagt: von äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen bis hin zu fehlenden Zukunftsaussichten.“¹⁹

Die durch die Globalisierung geschaffenen Rahmenbedingungen ermöglichen es dem Individuum überhaupt erst, seinen Heimatstaat zu verlassen und sich in einem neuen Staat anzusiedeln. Gleichzeitig können sie auch die Ursache für Wanderungsambitionen bilden. Wenn die eigenen Lebensbedingungen vor dem Hintergrund internationaler Beziehungen und Abhängigkeiten gesehen werden, erscheint es legitim, durch Migration zu versuchen, eventuelle Benachteiligungen, die aus dem internationalen System resultieren, zu überwinden.

Migration sollte jedoch nicht alleine als Defensivreaktion auf negative Lebensumstände verstanden werden. Gerade die neuen gesetzlich verbrieften Möglichkeiten der Freizügigkeit für Angehörige aus Staaten der Europäischen Union im gesamten EU-Raum deuten an, daß Mobilität über die Grenzen des Herkunftsstaates hinaus inzwischen keine Ausnahmeerscheinung mehr darstellt. Vielmehr führt die Internationalisierung, die sich vor allem im Bereich der Wirtschaft zeigt, zunehmend Menschen über Staatsgrenzen hinaus. Die EU-Regelungen weisen außerdem darauf hin, daß zumindest die EU-Angehörigen ein Recht auf die Veränderung ihres Lebensortes haben.

Betrachtet man die zahlenmäßige Ausprägung bestehender Wanderungsprozesse, so wird deutlich, daß grenzüberschreitende Bewegungen im internationalen System einen bedeutsamen Faktor darstellen. Die Schätzungen darüber, wieviele Menschen aus welchen Gründen Grenzen überschreiten, differieren. Anfang der achtziger Jahre ging man von 80 bis 100 Millionen grenzüberschreitenden Migranten aus. Davon sollen 60 Millionen permanente Aussiedler, 20 Millionen Kontraktarbeiter und zwölf bis 15 Millionen international anerkannte Flüchtlinge gewesen sein. In

¹⁸ Gorenflos, Walter (1995): Keine Angst vor der Völkerwanderung, Hamburg 1995: 29

¹⁹ Reichow, Hartmut (1993): Zukünftige Wanderungsbewegungen und ihre Ursachen, in: Winkler, Beate (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 45-62: 52

den neunziger Jahren haben sich diese Zahlen, auch wenn die Schätzungen mit Unsicherheiten behaftet sind, erhöht. So wird die Gesamtzahl der Flüchtlinge inzwischen auf 500 Millionen geschätzt, die der Arbeitsmigranten auf 100 Millionen und die der politischen Flüchtlinge auf etwa 15 Millionen.²⁰

Andere Studien nennen sogar noch höhere Zahlen. So waren Ende 1992 nach Angaben der Vereinten Nationen etwa 18 Millionen Menschen nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge zu verzeichnen. Amnesty international ging sogar von 35 Millionen Flüchtlingen aus. Die UNO schätzte 1992 die Zahl der Umweltflüchtlinge auf 1,1 Milliarden Menschen.²¹

Der Überblick über die Zahlen zeigt, auch wenn die Schätzungen über den Umfang weltweiter Wanderungen stark differieren, daß Migration ein Phänomen ist, mit dem sich alle Staaten des internationalen Systems auseinandersetzen müssen, auch wenn sie in teils unterschiedlichem Ausmaß davon betroffen sind. Wanderungen aufgrund politischer Verfolgung vollziehen sich häufig in den ärmsten Regionen der Welt, in denen politische Instabilität herrscht. Flüchtlinge suchen zunächst Schutz in Nachbarländern, die relative Sicherheit bieten und von denen aus es möglich ist, das Geschehen im Heimatland zu beobachten, um die Rückkehrmöglichkeiten abzuschätzen. Erst, seit die Krisenherde näher an Europa heranrücken, sind auch die Industrienationen verstärkt das Ziel von Flüchtlingen.²²

Neben direkten Bedrohungen, die aus politischer Instabilität oder ökologischen Katastrophen resultieren können, bildet das wirtschaftliche Ungleichgewicht im globalen System den Ausgangspunkt für internationale Wanderungsprozesse:

„Das besondere Hervortreten des Motivs der Armut in der gegenwärtigen Phase der internationalen Migrationsbewegung sowohl in ihrer Ost-West-Dimension als auch im Blick auf die Dritte Welt darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Armut und ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in allen historischen Phasen der weltweiten Wanderungsprozesse die entscheidenden Antriebskräfte gewesen sind.“²³

Menschen betrachten sich als Teil des Weltsystems und beginnen, die Chancen, die in anderen Teilen der Welt existieren, auch für sich einzufordern. Aus dem Vergleich resultiert der Wunsch, die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern.

Wenn das Individuum zu dem Schluß kommt, daß die Entwicklungsmöglichkeiten außerhalb des Heimatlandes dauerhaft besser und umfassender sind, kann eine Wanderungsentscheidung getroffen werden:

²⁰ vergl. Scheffran, Jürgen (1994): Kriegs- und Umweltflüchtlinge, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 23-38: 24

²¹ vergl. Reichow (1993): 45f

²² vergl. Lieke, Winfried (1994): Politische Verfolgung, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 39-46: 45f

²³ Manfrass, Klaus (1994): Reichtum und Armut – Entwicklung und Unterentwicklung, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 47-58: 48

„Wirtschaft und Gesellschaft im Ausgangsort (oder –land) können ihre Mitglieder nur so lange binden, als die Lebenschancen dort als hinreichend befriedigend eingeschätzt werden. Ergibt ein Vergleich zwischen der Qualität der Lebenslage am Ausgangsort und derjenigen an möglichen Zielorten, daß die gesamte Lebenslage (d.h. das Niveau der Befriedigung materieller, geistiger und moralischer Bedürfnisse) an einem möglichen Zielort netto als besser eingeschätzt wird als am Ausgangsort, so fällt die Wanderungsentscheidung positiv aus.“²⁴

Es zeigt sich also, daß Individuen sich nicht nur in Bezug zur Situation im Heimatland setzen, sondern ihr Leben auch im internationalen Kontext sehen. Dies bedeutet auf globaler Ebene, daß sich im Prinzip alle Staaten in ein Verhältnis zur globalen Entwicklung setzen müssen und bei der Betrachtung ihrer eigenen Entwicklung immer auch den Bezug zur Entwicklung anderer Staaten betrachten und beachten müssen.

Ein weiterer, zu beachtender Punkt ist die Tatsache, daß Wanderungsentscheidungen häufig nicht nur aus ökonomischen Gründen getroffen werden, sondern daß das wandernde Individuum sich von einem neuen Aufenthaltsort teils auch in anderen Lebensbereichen verbesserte Bedingungen erhofft. Dies kann sich beispielsweise auf Möglichkeiten der Ausbildung, auf kulturelle Selbstentfaltung oder auf politische Beteiligungsmöglichkeiten beziehen.²⁵ Das Individuum betrachtet sich also als ein Element im globalen Gefüge und erhebt für sich den Anspruch, an diesem Gefüge im Sinne einer Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen teilzuhaben:

„Die Intensivierung der weltweiten Migration, die in den letzten Jahrzehnten festzustellen ist, läßt sich zudem auf zwei weitere Faktoren zurückführen: Einmal nimmt als Folge der universalen Modernisierung die Individualisierung der Menschen zu. Infolge dessen werden Abweichungen der persönlichen Lebenslage vom persönlichen Anspruchsniveau nicht mehr als Schicksal, sondern als individuell lösbares Problem erkannt. Und besonders dann, wenn in der Heimatgesellschaft eine Lösung (durch politischen bzw. ökonomischen Aufstieg) unmöglich erscheint, wird die Auswanderung immer mehr zur einzig relevanten Handlungsalternative.“²⁶

Diese Perspektive impliziert gewissermaßen, daß Menschen, solange sie ihre Lebensbedingungen als unbefriedigend einschätzen und es gleichzeitig noch Orte gibt, an denen eine Verbesserung dieser Bedingungen möglich erscheint, wandern werden. Migration ist also eine Folge globaler Ungleichgewichte, sei es in politischer, ökonomischer, sozialer oder kultureller Hinsicht.

Es ist zu beobachten, daß Migrationsprozesse, wenn sie sich erst einmal etabliert haben, eine gewisse Eigendynamik entwickeln:

„Migrationssysteme wurden in den 80er und 90er Jahren komplexer und dehnten sich geographisch aus. Dabei verläuft die Hauptrichtung von Migration trotz der viel größeren Mobilität von Managern, Technikern und anderen Spezialisten im Zeitalter der Globalisierung noch immer von weniger entwickelten Ländern zu höher entwickelten. Aber es ist eine weitgehende Entkoppelung von den ökonomischen Konjunkturzyklen der Zielländer zu beobachten. Das heißt: Die Migration wird kaum noch durch eine Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften in westlichen Industriestaaten bestimmt. Einmal etablierte

²⁴ Körner, Heiko (1994): Reichtum und Armut – einige theoretische Aspekte, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 59-62: 60

²⁵ An dieser Stelle sei auf die umfassenden Rahmenbedingungen im Hinblick auf politische, soziale, ökonomische und kulturelle Entfaltung, die die allgemeine Erklärung der Menschenrechte propagiert, verwiesen. Diese Menschenrechte sind häufig deckungsgleich mit den Wünschen, die die Wandernden sich im Zuge der Migration erfüllen wollen. In einem späteren Kapitel wird noch zu klären sein, in welchem Verhältnis Menschenrechte und Migration zueinander stehen.

²⁶ Körner (1994): 61

Migrationsbeziehungen setzen sich jedoch auch in Phasen hoher Arbeitslosigkeit in den Zielländern fort, solange sich die Bedingungen in den Herkunftsländern nicht grundlegend verbessern.²⁷

Es ist durchaus möglich, daß die Zielländer von Migrationsprozessen vom Ausmaß der real stattfindenden Zuwanderung überfordert sind. Auf die Frage, wie mit Migration umzugehen ist, wird deshalb später noch einzugehen sein.

Migration ist jedoch aus Sicht der Staaten, in die eingewandert wird, nicht nur ein passives Phänomen. Vielmehr kann es auch im wirtschaftlichen Interesse eines Staates liegen, vom globalen Ungleichgewicht zu profitieren und Arbeitsmigration zuzulassen. Auch für die Entsendeländer kann Arbeitsmigration von Vorteil sein, wenn durch den „Export“ von Arbeitskräften der einheimische Arbeitsmarkt entlastet werden kann.

Zusammenfassend beinhaltet das globale Migrationsszenario also die folgenden Perspektiven und Beziehungen:

- Das bestehende globale Ungleichgewicht führt dazu, daß Migrationsprozesse entstehen, da Menschen auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen oder auf der Flucht vor Bedrohungen, aber auch aus Gründen der individuellen Selbstverwirklichung Grenzen überschreiten.
- Migrationsprozesse gewinnen eine gewisse Eigendynamik. Sie ziehen beispielsweise aufgrund von Familienzusammenführung weitere Zuwanderung nach sich.
- Für die Staaten, in die Zuwanderung erfolgt, ist Migration nicht unbedingt nur ein passives Phänomen. Zuwanderung kann beispielsweise gefördert werden, um ein notwendiges Arbeitskräftepotential zu erhalten.

Als nächstes sollen die Perspektiven Deutschlands im Hinblick auf Migration näher betrachtet werden.

1.2.2 Deutsche Migrationsperspektiven

Betrachtet man die deutschen Migrationsperspektiven unter historischen Gesichtspunkten, so zeigt sich, daß Wanderungsbewegungen von und nach Deutschland umfassend mit der Entwicklung des Landes verbunden sind. Im 16. Jahrhundert beispielsweise setzte ein Wanderungsstrom von Niederländern, Hugenotten, Waldensern und Salzbergern nach Deutschland ein. Diese Zuwanderer waren größtenteils sehr geschätzt, da beispielsweise die französischen Glaubensflüchtlinge zum Aufschwung der Tuch-, Seiden- und Samtproduktion beitrugen.²⁸

²⁷ Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf (1997): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt 1997: 17

²⁸ vergl. Bade, Klaus J. (1994): Homo Migrans – Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994: 17

Deutschland bildete auch den Ausgangspunkt für Wanderungsbewegungen. Zwischen 1816 und 1914 wanderten etwa 5,5 Millionen Deutsche in die Vereinigten Staaten aus. Diese Wanderungsbewegungen hatten hauptsächlich sozialökonomische Ursachen, da in Deutschland ein Mißverhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und dem Erwerbsangebot im Übergangsstadium von der agrarischen zur industriellen Produktion vorherrschte.²⁹ Im Zweiten Weltkrieg hingegen wurden in Deutschland deportierte Fremdarbeiter beschäftigt. So waren 1944 etwa 7,8 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Deutschen Reich im „Arbeitseinsatz“.³⁰ Sowohl die Ein- als auch die Auswanderung bilden also einen Bestandteil der deutschen Entwicklungsgeschichte im globalen Kontext.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte im Zuge des „Wirtschaftswunders“ schließlich erneut die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften. So schloß die Bundesrepublik 1955 die deutsch-italienische Vereinbarung über die organisierte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften. Es folgten Anwerbeverträge mit Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), mit Portugal (1964), mit Tunesien und Marokko (1965) sowie mit Jugoslawien (1968).³¹

Diese Anwerbung von Gastarbeitern erfolgte gezielt und aufgrund eines aktuellen Bedarfs innerhalb der deutschen Wirtschaft:

„Zweck des Anwerbeverfahrens war nicht die Organisation und Steuerung von Einwanderung nach dem Vorbild Frankreichs und der USA, sondern die Beseitigung konjunkturell und demographisch bedingter Engpässe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Gesucht und ins Land geholt wurden nur Personen, für die es auch Arbeit gab: überwiegend schlecht bezahlte, wenig prestigeträchtige und unangenehme Arbeit, für die sich Bundesdeutsche kaum interessierten.“³²

Die Probleme, die sich aus dem Fehlen langfristiger Konzepte ergeben können, zeigten sich in Deutschland, nachdem der Bedarf des Arbeitsmarktes nach den angeworbenen Arbeitskräften zurückging und auch die deutsche Bevölkerung von der einsetzenden wirtschaftlichen Stagnation betroffen wurde.

Es ist interessant, einen Blick auf die politische Thematisierung der Ausländerbeschäftigung in Deutschland zu werfen. In einer ersten Phase erfolgte die Auseinandersetzung unter der Prämisse, daß die Anwerbung nur ein Übergangsphänomen darstellen sollte. Das propagierte Rotationsverfahren sollte dies sicherstellen. Aus dieser Perspektive heraus erschien es nicht notwendig, auf politischer Ebene eine grundsätzliche Erörterung der Migrationsthematik einzuleiten.³³

Im Zuge eines rückläufigen Arbeitskräftebedarfs setzte schließlich von 1973 bis Ende der siebziger Jahre eine Konsolidierungsphase ein. Der Anwerbepost sollte die weitere Zuwanderung

²⁹ vergl. Bade (1994): 21f

³⁰ vergl. Bade (1994): 35

³¹ vergl. Bade (1994): 36

³² Münz / Seifert / Ulrich (1997): 37

³³ vergl. Czock, Heidrun (1990): Der Fall Ausländerpädagogik. Erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Codierung der Arbeitsmigration, Frankfurt 1993: 11ff

begrenzen. Dies gelang jedoch aufgrund der dann verstärkt einsetzenden Familienzusammenführung nicht. Somit stellte sich nicht nur die Frage, wie die Gastarbeiter, die augenscheinlich langfristig in Deutschland bleiben wollten, integriert werden könnten, sondern auch im Hinblick auf die zweite Generation³⁴ der ausländischen Arbeitsbevölkerung wurde die Frage aufgeworfen, unter welchen Vorzeichen ihr Aufenthalt in Deutschland stehen sollte.

Die Möglichkeit einer Integration der ausländischen Bevölkerung wurde dabei unter anderem von der Zahl der in Deutschland ansässigen Ausländer abhängig gemacht. Über Integration wurde also nicht unter Prämissen der gesellschaftlichen Etablierung von Ausländern diskutiert, sondern es ging eher darum, die Ausländerzahlen zu senken.³⁵ Es wurde davon ausgegangen, daß eine Schwelle der Aufnahmefähigkeit existiert, bei deren Überschreiten die deutsche Bevölkerung mit Abwehr reagieren könnte. Die Konzeptionslosigkeit bei der Aufnahme der Ausländerbeschäftigung sowie die Annahme, daß die angeworbenen Gastarbeiter bei Bedarf wieder in ihre Heimat zurückkehren würden, führten dazu, daß man in Deutschland der Tatsache, daß die Gastarbeiter zur ausländischen Wohnbevölkerung wurden, relativ hilflos gegenüberstand.³⁶ Diese Hilflosigkeit wurde jedoch nicht zum Ausgangspunkt für grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis zu Migrationsprozessen gemacht.³⁷ Die Integrationsproblematik wurde vielmehr als pädagogische Frage konzipiert, so daß das Problem der Desintegration ausländischer Jugendlicher beispielsweise unter den Perspektiven Bildung und Ausbildung angegangen wurde.³⁸ Diese Vorgehensweise verhindert jedoch eine Anpassung der Eigenperspektive der deutschen Gesellschaft an den „neuen“ Migrationskontext.

Die dauerhafte Etablierung einer Migrationssituation in Deutschland legt es nahe, daß die Auseinandersetzung mit der faktisch bestehenden Migrationsgesellschaft notwendiger denn je ist. Das Statistische Bundesamt errechnete für den Zeitraum von 1954 bis 1995 für Deutschland einen Wanderungsgewinn von 6,5 Millionen Ausländern, wobei diese Zahl neben ausländischen Arbeitnehmern auch Flüchtlinge umfaßt.³⁹ Andere Berechnungen gehen sogar von höheren Werten aus und schätzen die Zuwanderungssituation in Deutschland wie folgt ein:

„Zwischen 1950 und 1989 sind in die Bundesrepublik Deutschland per saldo 9,4 Millionen Menschen eingewandert, in Kanada 3,4 Millionen, in die Vereinigten Staaten 22,1 und in Frankreich 4,2 Millionen. ... Welches Gewicht die längerfristige Wanderungsbewegung für die jeweiligen Länder hatte, zeigt

³⁴ Begriffe wie erste, zweite oder dritte Generation verschleiern die Tatsache, daß die Zuwanderung von Arbeitskräften auch schon vor den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts in Deutschland eine Rolle spielte. Diese Enthistorisierung der Migration wird in späteren Kapiteln noch näher zu betrachten sein.

³⁵ vergl. Czock (1990): 14ff

³⁶ Czock (1990): 18

³⁷ Die aktuellen politischen Einschätzungen zur Migration nach Deutschland sollen in einem späteren Kapitel diskutiert werden. Die Probleme, die sich aus der verweigerten Auseinandersetzung innerhalb von Migrationsgesellschaften im allgemeinen und innerhalb der deutschen Gesellschaft im besonderen ergeben, werden im vierten Kapitel näher betrachtet.

³⁸ vergl. Czock (1990): 60ff

³⁹ vergl. Münz / Seifert / Ulrich (1997): 45

der Bezug zum Bevölkerungsstand Ende 1989. Mit 15,4 Prozent war das Wanderungsgewicht nirgends höher als in der Bundesrepublik, gefolgt von Kanada (13,2) und den USA (9 Prozent).⁴⁰

Die Perspektiven deutscher Großstädte unterscheiden sich dabei noch einmal aufgrund der wirtschaftlichen Infrastruktur, die eine überdurchschnittliche Zuwanderung im Verhältnis zur bundesrepublikanischen Gesamtsituation erwarten läßt:

„Zuwanderung aus dem Ausland erfolgt vor allem in die größeren Städte. Ein bundesweiter Ausländeranteil von 17% bedeutet daher: In einer Reihe von Städten dürfte der Ausländeranteil auf über 50% steigen. Zu erwarten ist dies z.B. für Frankfurt/Main, München und Stuttgart. In Hamburg und Berlin wird dann etwa jeder vierte Einwohner keinen deutschen Paß haben.“⁴¹

Alleine der Blick auf die zahlenmäßige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung verdeutlicht die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Migrationssituation. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern weltweit. So wird denn auch ein zunehmender Bedarf nach einem „internationalen Migrations-Management“ konstatiert.⁴²

Die Migrationsperspektiven der Bundesrepublik Deutschland erstrecken sich zusammenfassend über folgende Aspekte:

- Die Zuwanderung nach Deutschland hat eine Tradition von mehreren Jahrhunderten, doch in der aktuellen Migrationsdiskussion wird unter einer ahistorischen Perspektive lediglich auf die Arbeitsmigration seit den sechziger Jahren Bezug genommen.
- Arbeitsmigration wurde als Übergangsphänomen betrachtet, so daß keine langfristigen Konzepte für notwendig erachtet wurden.
- Integrationsperspektiven wurden zunächst nur im pädagogischen Kontext im Hinblick auf die ausländischen Jugendlichen entwickelt.
- Ein langfristiger Ausländeranteil von mehr als 15 Prozent bis hin zu vereinzelt 50 Prozent zeigt jedoch, daß eine innergesellschaftliche Auseinandersetzung mit der faktischen Migrationssituation dringend notwendig ist.

1.2.3 Zukünftige Migrationsperspektiven

Die bisherigen Darstellungen haben gezeigt, inwiefern Migrationsprozesse die Folge globaler Ungleichgewichte sind. Es ist also anzunehmen, daß – solange diese Ungleichgewichte bestehen – Wanderungsbewegungen weiterhin stattfinden werden. Dies stellt die Weltstaatengemeinschaft vor die Aufgabe, sich aktiv mit dem Problem der Migration auseinanderzusetzen:

⁴⁰ Hof, Bernd (1993): Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln 1993: 61f

⁴¹ Münz / Seifert / Ulrich (1997): 179

⁴² vergl. Gorenflos (1995): 123

„Migrationspolitik ohne ganz neue Entwicklungsstrategien bleibt ebenso unzureichend wie eine humanitär gutgemeinte Aufnahme von Flüchtlingen ohne die inzwischen so viel gerühmte und zur schlanken politischen Formel erstarrte ‚Bekämpfung der Fluchtursachen‘. Es geht dabei, weit über die konventionelle ‚Entwicklungshilfe‘ hinaus, um Hilfe zur Selbsthilfe auf ein sich selbst weitertragendes Entwicklungsniveau. Weil hier letztlich globale Verteilungsprobleme anstehen, gibt es für eine solche entwicklungsorientierte Bekämpfung der Fluchtursachen kein Ausweichen vor der Frage nach einem ‚internationalen Lastenausgleich‘ zwischen Nord und Süd, aber auch zwischen Ost und West in einer immer weniger durch politisch-ideologische Differenzen und immer mehr durch ökonomische Entwicklungsunterschiede getrennten Welt, in der es auch ein ‚Menschenrecht auf Entwicklung‘ geben muß.“⁴³

Es geht also zunächst einmal darum, daß die Staaten, die von den bisherigen Ungleichgewichten profitiert haben und noch profitieren, einen Lastenausgleich schaffen. Ein solcher Ausgleich ist nicht nur eine humanitäre Frage, sondern liegt vielmehr auch im Eigeninteresse der jeweiligen Staaten. Man muß davon ausgehen, daß Zuwanderung in einem Verhältnis zu den Ressourcen der Aufnahmegesellschaft stehen muß. Vor allem im ökonomischen Bereich läßt sich sehr leicht feststellen, daß eine Zuwanderung von Arbeitskräften, für die es keine Arbeitsplätze gibt, zu Desintegrationsprozessen führt. So ist Zuwanderung in wirtschaftlichen Wachstumsphasen häufig notwendig, während in Phasen eines Konjunkturabschwungs die Integrationskräfte der Wirtschaft überfordert sind.⁴⁴

Eine viel heiklere Frage ist die nach den Möglichkeiten der gesellschaftlich-sozialen Integration. So existieren Annahmen, denen zufolge sich „auf längere Sicht Gefahren der Überforderung bei den ansässigen Gesellschaften breitmachen“, wenn die Zahl der Zuwanderer im Verhältnis zur einheimischen Wohnbevölkerung zu stark steigt.⁴⁵ Eine solche Argumentation gerät in die Gefahr, Überfremdungsphantasien zu schüren. Es muß jedoch untersucht werden, welche Möglichkeiten der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Migrationsprozessen denkbar sind.

Abgesehen von den Problemen, die sich aus Migrationsprozessen ergeben, zeigt es sich jedoch, daß einige Staaten auf Zuwanderung weiterhin angewiesen sein werden:

„Die Europäische Gemeinschaft als Ganzes kann bis zum Jahr 2020 das Bevölkerungsniveau bei knapp 350 Millionen auch ohne Zuwanderung dann stabilisieren, wenn sich die Zwei-Kind-Familie durchsetzt und die Lebenserwartung steigt. Deutschland und Italien hingegen können nur durch Zuwanderung einen Bevölkerungsrückgang vermeiden.“⁴⁶

Diese Prognose zeigt, daß die Staaten sich grundsätzlich mit ihrem Verhältnis zur Migration auseinandersetzen müssen. Sie zeigt aber auch, daß Bevölkerungsentwicklung, Arbeitskräftepotential oder auch die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung nicht nur unter der Perspektive der Kompensation durch Zuwanderung gesehen werden sollten. Im Hinblick auf die künftige globale Entwicklung müßte also eher ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Zuwanderung und innergesellschaftlichen Veränderungen in Fragen der Bevölkerungsentwicklung hergestellt werden.

⁴³ Bade (1994): 93f

⁴⁴ vergl. Hof (1993): 48f

⁴⁵ vergl. Hof (1993): 143

⁴⁶ Hof (1993): 139

Die Zuwanderung nach Europa (und auch in andere Staaten) müßte also unter längerfristigen Perspektiven geplant und an konjunkturelle Entwicklungen angepaßt werden. Eine zwischenzeitliche Begrenzung von Zuwanderung könnte gleichzeitig dennoch langfristige Zuwanderungsperspektiven eröffnen.⁴⁷

Richtet man eine Einwanderungsgesetzgebung nach den Bedürfnissen des Einwanderungslandes aus, so müßten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

„Die Einwanderungsgesetzgebung muß dem Sprach- und Qualifikationserfordernis stärker Rechnung tragen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Es muß mit Hilfe einer solchen Gesetzgebung eine altersstrukturelle Begrenzung möglich sein. Schließlich muß mit einem solchen Gesetz auch ein Einwanderungsstopp verhängt werden können. Die in die Modellrechnungen eingegangene konjunkturelle Betrachtung der neunziger Jahre hat diese Dringlichkeit bestätigt.“⁴⁸

Diese Randbedingungen spiegeln ein ausgesprochen sozioökonomisches Kalkül wider, doch muß man sich auch darüber im klaren sein, daß rein ethisch motivierte Ansätze spätestens dann ad absurdum geführt werden würden, wenn Zuwanderer aufgrund fehlender Qualifikation oder nicht vorhandener Arbeitsplätze im Aufnahmeland ebenso schlechte (oder schlechtere) Lebensbedingungen zu erwarten hätten, wie in ihrem Herkunftsland.

Ganzheitliche Migrationskonzepte weisen hingegen über diese reinen Nutzenerwägungen hinaus und beziehen auch ethische Aspekte ein:

„Kurzfristig, mittel- und langfristig müssen Konzeptionen und Strategien erarbeitet werden, um 1. auf die Wanderungsbewegungen und die Fluchtursachen Einfluß nehmen und die Einwanderung steuern zu können (Migrationspolitik); 2. die Eingliederung der Einwanderer unterstützen, Maßnahmen zu ergreifen, um Konflikte und Spannungsfelder zwischen einheimischer Mehrheit und zugewandelter Minderheit möglichst weitgehend zu entschärfen (Integrationspolitik); 3. den eingewanderten Minderheiten die politische, rechtliche, gesellschaftliche, kulturelle Teilhabe an dem Leben in der Bundesrepublik gleichberechtigt zu ermöglichen und sie dabei in ihrer Selbstverantwortlichkeit zu unterstützen (Minderheitenpolitik).“⁴⁹

Eine so formulierte Migrationspolitik wird sowohl den Bedürfnissen der Migranten als auch denen der Einwanderungsländer gerecht. Ihre Umsetzung stößt jedoch vor allem in Deutschland auf Schwierigkeiten, da hier immer noch die Perspektive der „Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“⁵⁰ vorherrscht, die faktische Zuwanderung (und ihre Notwendigkeit) auf der politischen Ebene aber noch nicht umgesetzt wird.

Es gibt jedoch aus der Perspektive Deutschlands gute Gründe, Zuwanderung zu fördern, und zwar gerade nicht aus Selbstlosigkeit:

„Nicht den Ausländern zuliebe muß die Bundesrepublik sich künftig als Einwanderungsland verstehen, sondern im eigenen Interesse. Ständige Appelle an die Opferbereitschaft der Deutschen können kontraproduktiv wirken: Sie diffamieren die Zuwanderer ungewollt als Wohlfahrtsempfänger, was sie aber nicht sind. Appelle an den gesunden Egoismus der Deutschen hingegen beschreiben Ausländer als

⁴⁷ vergl. Hof (1993): 265ff

⁴⁸ Hof (1993): 292f

⁴⁹ Winkler, Beate (1993d): Ganzheitliche Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, in: dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 95-114:95f

⁵⁰ Bade (1994): 55

das, was sie wirklich darstellen: einen Teil unserer Gesellschaft, auf den die Deutschen nicht verzichten können. Die Bundesrepublik würde sich selbst schaden, wenn sie ihre Abschottungspolitik beibehielte. Wir müssen die Renten- und die anderen Sozialkassen sichern; wir brauchen ein ausreichendes Potential an Arbeitskräften, um die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unseren Wohlstand zu erhalten. Erreichen können wir das nur gemeinsam mit alten und neuen Zuwanderern. Diese Argumentation ist weder ethisch noch unethisch. Sie ist pragmatisch.“⁵¹

Diese Begründung ist in mancherlei Hinsicht vereinfachend, doch zeigt sie auf, inwiefern die Zuwanderungsrealität sowie der künftige Bedarf an Zuwanderung in Einklang zu bringen sind.

Grundsätzlich gestalten sich die globalen Migrationsperspektiven wie folgt:

- Die globalen Wanderungsbewegungen erfordern eine internationale Migrationspolitik, die sowohl Wanderungsursachen abbaut als auch Wanderung gezielter steuert.
- Zuwanderung muß im Einklang stehen mit den wirtschaftlichen und sozialen Integrationspotentialen der Einwanderungsländer.
- Alleine schon aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen werden zahlreiche Staaten auch künftig auf Zuwanderung angewiesen sein.
- Die bestehende Migrationssituation erfordert die Entwicklung innergesellschaftlicher Auseinandersetzungsstrategien.

1.3 Innenperspektiven von Migrationsgesellschaften

Die bisherige Betrachtung von Migrationsprozessen erfolgte eher auf einer strukturellen Ebene, die globale Perspektiven und die spezielle Situation in Deutschland berücksichtigte. Im folgenden soll deshalb das Augenmerk auf die innergesellschaftlichen Perspektiven gelenkt werden. Im Hinblick auf die verschiedenen Aspekte der Globalisierung wurde bereits deutlich, daß Fragen der Integration und Diversifikation im wesentlichen kulturelle Prozesse sind. Die existierende kulturelle Pluralität erfordert nicht nur mit Blick auf einen globalen Orientierungsrahmen neue Möglichkeiten der interkulturellen Auseinandersetzung, sondern auch im Hinblick auf die innere Verfassung von kulturell heterogenen Gesellschaften.

Im Bereich der Pädagogik wurden bereits Ansätze entwickelt, um erste Grundlagen für eine interkulturelle Auseinandersetzung zu schaffen. Wichtig ist die Perspektive, daß die Mehrheitsgesellschaft, die durch Zuwanderung zur Migrationsgesellschaft geworden ist, ihr eigenes Selbstverständnis hinterfragen und im Hinblick auf das veränderte Gesellschaftsbild modifizieren muß.⁵² Es wird ein „Widerstreit der Kulturen“ als bildungstheoretische Alternative gefordert.⁵³ Das be-

⁵¹ Schumacher, Harald (1995): Einwanderungsland BRD, Düsseldorf 1995: 169

⁵² vergl. Hamburger, Franz (1994): Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt 1994: 63

⁵³ vergl. Clemens Niekrawitz (1990): Interkulturelle Pädagogik im Überblick: von der Sonderpädagogik für Ausländer zur interkulturellen Pädagogik für Alle; ideengeschichtliche Entwicklung und aktueller Stand, Frankfurt 1991, 2. Aufl.: 38

deutet, daß eine Auseinandersetzung mit der bestehenden kulturellen Pluralität zur zwingenden Notwendigkeit für Migrationsgesellschaften wird.

Es stellt sich die Frage, wie die kulturelle Heterogenität der Migrationsgesellschaft positiv in ein neues Gesellschaftssystem integriert werden kann. Da alle in einer Gesellschaft lebenden Kulturen (analog zum bereits skizzierten Polylog kultureller Denktraditionen auf globaler Ebene) die Möglichkeit haben müssen, ihre Ressourcen einzubringen, müßte von einem interaktionistischen Modell ausgegangen werden, innerhalb dessen Rahmen sich die Kulturen miteinander auseinandersetzen und sich wechselseitig beeinflussen.⁵⁴

Eine gleichberechtigte Anerkennung zwischen den verschiedenen Kulturen müßte also zur Handlungsmaxime erhoben werden. Die Bedeutung einer solchen Anerkennung für die Individuen und ihre Identität ist dabei wie folgt einzuschätzen:

„Anerkennung ist nicht bloß ein Ausdruck von Höflichkeit, den wir den Menschen schuldig sind. Das Verlangen nach Anerkennung ist vielmehr ein menschliches Grundbedürfnis.“⁵⁵

Wird Anerkennung verweigert, beeinträchtigt dies die individuelle Identitätsentfaltung:

„Nichtanerkennung oder Verkennung kann Leiden verursachen, kann eine Form von Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen.“⁵⁶

Individueller Identität und Selbstentfaltung kommt als Folge eines gewandelten Menschenbildes in der Moderne eine besondere Bedeutung zu. Dem Konzept der modernen Würde (das sich aus früheren, hierarchischen Ehrkonzepten entwickelt hat) liegt die Idee zugrunde, daß jeder Mensch einen Anspruch auf Selbstentfaltung hat und über eine individualistische Würde verfügt. Auf dieser Grundlage basieren auch die Konzepte gleichberechtigter Anerkennung in westlichen Demokratien.⁵⁷

Setzt man das Konzept der Würde in Bezug zur Situation in Migrationsgesellschaften, so muß das demokratische Gleichberechtigungsideal, das zunächst ja nur für die jeweiligen Staatsbürger gilt, auf die ansässigen Zuwanderer ausgeweitet werden.⁵⁸ Das Recht auf Entfaltung muß also universal sein:

„Aus dem Übergang von der Ehre zur Würde ist eine Politik des Universalismus erwachsen, die betont, daß Würde etwas ist, das allen Bürgern in gleichem Maße zukommt, und die ihrem Inhalt nach auf die

⁵⁴ vergl. Niekrawitz (1990): 19

⁵⁵ Taylor, Charles (1992): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt 1993: 15

⁵⁶ Taylor (1992): 14

⁵⁷ vergl. Taylor (1992): 16

⁵⁸ An dieser Stelle zeigt sich bereits, daß die innergesellschaftlichen Perspektiven von Migrationsgesellschaften verschiedene problematische Aspekte beinhalten. So erfordert die bestehende Heterogenität natürlich auf der politischen Ebene neue Leitbilder. Der Aspekt der individuellen Selbstentfaltung verweist außerdem auf die Menschenrechte, die ja genau dieses Recht für alle Menschen fordern. Auf bestimmte Nationen und Staatsangehörige beschränkte Rechte müßten also im Kontext von Globalisierung und Migration modifiziert und universalisiert werden, so daß im Prinzip jeder Mensch, gleich in welchem Staat er lebt, seine Identität entfalten könnte. Da dieses Kapitel nur den grundsätzlichen Rahmen von Globalisierung und Migration darstellen soll, werden solche Detailfragen in den folgenden Kapiteln näher ausgeführt.

Angleichung und den Ausgleich von Rechten und Ansprüchen zielt. Sie will um jeden Preis einen Zustand vermeiden, in dem es Bürger ‚erster‘ und ‚zweiter‘ Klasse gibt.“⁵⁹

Dabei stellt sich allerdings die Frage, in welchem Verhältnis die Universalität der Würde zur kulturellen Heterogenität steht und wie individuelle Identität vor diesem Hintergrund anerkannt werden kann.

Es zeigt sich, daß die Anerkennung einer allgemeinen Würde eng verknüpft ist mit der Anerkennung individueller Besonderheiten:

„Wir können das, was universell vorhanden ist - jeder Mensch hat eine Identität - nur anerkennen, indem wir auch dem, was jedem Einzelnen eigentümlich ist, unsere Anerkennung zuteil werden lassen. Die aufs Allgemeine gerichtete Forderung wird zur Triebkraft der Anerkennung des Besonderen.“⁶⁰

Geht man von dieser Perspektive aus, so entsteht das Problem, daß zur gleichen Zeit universelle und spezifische Aspekte berücksichtigt werden müssen. Während demokratische Prinzipien es erfordern, von den Besonderheiten des Individuums abzusehen, klagt das Individuum mit Berufung auf seine Würde und sein Recht der Selbstentfaltung Anerkennung seiner Besonderheit ein. Demokratische Migrationsgesellschaften sind also vor die Aufgabe gestellt, ihre demokratisch-politischen Grundprinzipien zu bewahren und gleichzeitig einen Rahmen zu schaffen, in dem Besonderheiten anerkannt werden können. Dies erfordert, daß der gesellschaftliche Horizont um die bestehende kulturelle Pluralität erweitert wird. Es muß ein Wertverständnis entwickelt werden, in das neben den Maßstäben der Mehrheitsgesellschaft auch die Orientierungen anderer Kulturen einfließen.⁶¹

Pluralität impliziert häufig Divergenz. Migrationsgesellschaften müssen also auch mit widerstreitenden Werten umgehen. Taylor sieht hier die grundsätzliche Notwendigkeit, ein Prinzip der Auseinandersetzung zu etablieren, das nicht unbedingt darauf abzielt, absolute Werte zu setzen. Es gehe nicht darum, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Werturteilen zu entscheiden, sondern darum, zwischen den verschiedenen Kulturen eine Verbundenheit herzustellen.⁶² So verweist Schiffauer denn auch mit Blick auf Taylors Argumentation auf einen Perspektivenwandel in der Kulturanthropologie. Kultur werde nicht mehr nur als ein relativ geschlossenes System betrachtet, sondern unter der Perspektive des diskursiven Aushandelns von Normen und Werten. Diese universalistische Kulturperspektive könne aber dazu führen, daß Prozesse der kulturellen Entfremdung, der kulturellen Diskriminierung und des kulturellen Imperialismus vom Prinzip des Austauschs verdeckt und damit unsichtbar werden.⁶³

⁵⁹ Taylor (1992): 27

⁶⁰ Taylor (1992): 29

⁶¹ vergl. Taylor (1992): 63f

⁶² vergl. Taylor (1992): 66f

⁶³ vergl. Schiffauer, Werner (1997c): Kulturalismus vs. Universalismus. Ethnologische Anmerkungen zu einer Debatte, in: ders. (1997a): Fremde in der Stadt, Frankfurt 1997, S. 144-156: 149f

Taylors Prämisse eines gleichberechtigten Austauschs sollte also eher als Leitbild angesehen werden, dessen Rahmenbedingungen zu analysieren sind. So verweist Schiffauer auf die zunehmende Bedeutung der Frage der Ausgrenzung. Analysen dürften sich dabei nicht auf Probleme der Differenz beschränken, sondern müßten auch die Art und Weise, wie Interaktionsprozesse zwischen Kulturen geprägt sind, einbeziehen:

„1. Eine erste Konsequenz besteht in der Thematisierung und Konzeptualisierung des Raumes *zwischen* den Kulturen. Dies bedeutet die Zuwendung zu der Frage, wie sich interkulturelle Austausch- und Interaktionsprozesse beschreiben lassen. Damit geht ein neues Interesse an kultureller Diffusion einher – an Prozessen der Übernahme, Abwandlung und Übersetzung von kulturellen Modellen aller Art. In diesem Zusammenhang richtet sich das Augenmerk ebenfalls auf die Entwicklung neuer Synkretismen. 2. Eine zweite Konsequenz besteht in der Abkehr von dem Begriff von Kultur als einem System, mit anderen Worten in der Abkehr von der Idee, daß die kulturellen Elemente in einer Gesellschaft sich als eine in sich geschlossene Struktur beschreiben lassen. Dies korrespondiert mit der Betonung der Idee von kulturellen Prozessen als dynamischen Entwicklungen; zum anderen mit der Konzentration auf Brüche und Widersprüchlichkeiten in einer Kultur.“⁶⁴

Diese Strategien müssen natürlich auch die Machtbeziehungen, die die kulturellen Diffusionsprozesse überlagern, in eine Analyse miteinbeziehen.⁶⁵

Die Betrachtung der Innenperspektiven von Migrationsgesellschaften verweist zusammenfassend auf folgende Aspekte:

- Die bestehende kulturelle Pluralität in Migrationsgesellschaften erfordert es, daß neue Formen der interkulturellen Auseinandersetzung etabliert werden.
- Geht man davon aus, daß jeder Mensch über eine individuelle Würde verfügt und damit ein Recht auf Selbstentfaltung verbunden ist, so rückt die Frage nach der Möglichkeit der Anerkennung in den Vordergrund.
- Das Recht auf Entfaltung kann jedoch mit der Notwendigkeit universeller, demokratischer Normen kollidieren.
- Aus diesem Grund muß ein Prozeß des Aushandelns zwischen den Kulturen eingeführt werden, wobei die Machtbeziehungen, die solche Interaktionsprozesse überlagern, berücksichtigt werden müssen.

1.4 Grundsätzliche Forschungsperspektiven

Die bisherigen Ausführungen hatten zum Ziel, das Ausmaß und die Bedeutung von Migrationsprozessen im Kontext der Globalisierung zu verdeutlichen. Es hat sich gezeigt, daß eine Auseinandersetzung mit Fragen der Migration sowohl aus ethischen als auch aus pragmatischen Gründen notwendig ist. Alleine der Umfang der Migrationsprozesse, die sich weltweit vollziehen,

⁶⁴ Schiffauer, Werner (1997d): Die Angst vor der Differenz. Zu neuen Strömungen in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: ders. (1997a): *Fremde in der Stadt*, Frankfurt 1997, S. 157-171: 167, Hervorheb. im Original

⁶⁵ vergl. Schiffauer (1997d): 168

führt dazu, daß sich sowohl das globale System als auch die innere Verfassung der einzelnen Territorien verändern, weil Millionen von Menschen ihren Lebensmittelpunkt verschieben.

Der Überblick über das Verhältnis von Globalisierung und Migration hat gezeigt, daß sowohl die Strukturen des internationalen Systems als auch die Verfaßtheit der bestehenden Migrationsgesellschaften in ihrem Verhältnis zueinander näher betrachtet werden müssen. In den folgenden Kapiteln sollen deshalb der Aufbau des globalen Systems und seiner Teilgebiete analysiert werden.

Die Analyse der Innenperspektive von Migrationsgesellschaften erfordert es wiederum, den Blick auf die innergesellschaftlichen Interaktionsprozesse zu richten. Auf die Bedeutung von Fragen der Anerkennung, Auseinandersetzung, Identität und Selbstentfaltung wurde bereits hingewiesen. Aus diesem Grund erscheint es ratsam, auf der Basis einer allgemeinen und umfassenden Identitätstheorie, die die Beziehungen zwischen dem Innenleben der Individuen und den sie umgebenden gesellschaftlichen Randbedingungen berücksichtigt, die internen Prozesse von Migrationsgesellschaften darzustellen. Da in dieser Arbeit von einem umfassenden Kulturbegriff ausgegangen wird, der das Verhältnis des kulturell geprägten Individuums zu seiner Umwelt beschreibt, können die kulturellen Dimensionen von Migrationsprozessen im Zuge des identitätstheoretischen Konzepts mitberücksichtigt werden.

Die Bedeutung der Machtstrukturen, die das internationale System durchziehen und die bestehenden Interaktionsstrukturen prägen, wurde bereits angesprochen. In der anthropologischen Ethik-Diskussion wird immer wieder kritisiert, daß die Machtbasis westlicher Industriestaaten kaum hinterfragt werde. Im Hinblick auf globale Entwicklungsfragen seien zwar zahlreiche Studien zu Themen wie Unterentwicklung und Armut entstanden, doch die Frage, wie vor allem westliche Nationen auf Kosten der Dritten Welt reich wurden und Macht erlangten, werde nur selten gestellt.⁶⁶

Es ist also notwendig, bestehende Machtstrukturen nicht nur zu analysieren, sondern auch zu fragen, welche Interessen dahinter stehen. Huizer sieht die Notwendigkeit einer Betrachtung der Motivationen von gesellschaftlichen Eliten (vor dem Hintergrund einer globalen Entwicklungsproblematik) wie folgt:

„Altogether it can be observed that in relation with the ethics of ‚development‘ the phenomenon of supra-state or interstate networking and elite interest articulation has become increasingly important the past decade and a promising (though as yet rather neglected) field for research.“⁶⁷

⁶⁶ vergl. Huizer, Gerrit (1993): Whiter Anthropology and ‚Development‘ in the Year 2000? Some Ethical Considerations, in: Amborn, Hermann (1993) (Hg.): Unbequeme Ethik. Überlegungen zu einer verantwortlichen Ethnologie, Berlin 1993, S. 63-88: 66

⁶⁷ Huizer (1993): 79

Im Hinblick auf die Analyse von Migrationsgesellschaften bedeutet dies, daß vor allem die politische Sphäre, die zahlreiche gesellschaftliche Randbedingungen prägt, betrachtet werden muß. Die Einbeziehung ethnopschoanalytischer Überlegungen soll deshalb dazu beitragen, einen Einblick in die „gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit“ zu geben.

Eine nähere Betrachtung des „Diskurses der Eliten“ wiederum ermöglicht es, den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung im Hinblick auf die Migrationsthematik zu analysieren. Dieser komplexe Theorierahmen soll schließlich die Ausgangsbasis für die Analyse konkreter Interaktionsbeziehungen in Migrationsgesellschaften bilden.

2 Strukturelle Rahmenbedingungen für die Analyse von Globalisierung und Migration aus multidimensionaler Perspektive

Migrationsprozesse finden in einem komplexen Interaktionssystem statt. Will man die innere Konstellation von Migrationsgesellschaften – also von Gesellschaften, in die eine Zuwanderung stattfindet – analysieren, so ist es notwendig, zunächst den globalen Rahmen, in dem sich Migrationsbewegungen vollziehen, näher zu betrachten. Es geht also zunächst gar nicht um die Tatsache der Migration selbst, sondern um das Weltsystem und seine verschiedenen Komponenten sowie um die Beziehungen, die dieses System durchziehen.

Der Grundgedanke ist, daß Migrationsgesellschaften nicht nur mit direkten Folgen von Zuwanderung (zum Beispiel mit der sich verändernden Zusammensetzung der Gesellschaft) konfrontiert werden, sondern sich auch mit viel weitreichenderen Faktoren auseinandersetzen müssen, die daraus resultieren, daß sowohl die Gesellschaft, in die die Zuwanderung erfolgt, als auch die Gesellschaft, aus der ausgewandert wird, Teil eines globalen Systems sind, das durch verschiedene Beziehungs- und Kräfteverhältnisse geprägt ist. Das globale Beziehungsgeflecht wirkt über Migrationsbewegungen hinaus und bildet gewissermaßen ihren Rahmen. Dieser umfassende Rahmen überlagert also die eigentliche Migration, so daß Fragen der Migration auch nur in solch übergreifenden Zusammenhängen erörtert werden können.

Der Ausgangspunkt eines jeden Migrationsprozesses ist die Tatsache, daß es ein Territorium⁶⁸ gibt, von dem aus eine Wanderung in neue Territorien stattfindet. Wanderung ist dabei ein geschichtliches Phänomen, das praktisch zu jeder Zeit und aus den verschiedensten Gründen zu beobachten ist. Klaus J. Bade beginnt beispielsweise seine Betrachtungen der Wanderungsbewegungen von und nach Deutschland im 16. Jahrhundert, als Niederländer, Hugenotten, Waldenser und Salzburger im Deutschen Reich aufgenommen wurden.⁶⁹ Wanderungsbewegungen sind keine Ausnahmerecheinung:

„... es wäre ein Irrtum anzunehmen, Wanderungen seien nur exzeptionelle Störfälle der Geschichte. Sie sind selbst der Stoff der Geschichte und eine ihrer mächtigsten Wirkungskräfte. Jähe Katastrophen treiben die Menschen zur Wanderung, aber auch langsame Entwicklungen wie Klimaänderungen oder knapper werdende Weideplätze. Stets sind Wanderungen Folge und Ursache zugleich, sie treiben die Geschichte voran. Sie verändern oder zerstören etablierte Systeme, sie bringen Imperien zu Fall und fördern die Errichtung neuer politischer Ordnungen. Wanderungen spiegeln politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen und kündigen sie seismographisch an. Die Entwicklung der modernen Welt, Urbanisierung und Industrialisierung, die Ausbreitung des Wissens und der Technologie sind unlösbar mit der Wanderung der Menschen verbunden.“⁷⁰

⁶⁸ An dieser Stelle wird bewußt der Begriff Territorium als zunächst neutrale Kategorie verwendet. Dieses Konstrukt dient dazu, das Verhältnis zwischen verschiedenen Kategorien darstellbar zu machen. In späteren Analyseschritten wird zu definieren sein, welche Inhalte und Bedeutungen mit diesem Konstrukt verknüpft sind. Die Idee der Nation beispielsweise verleiht den jeweiligen Territorien einen ganz spezifischen Sinn und wirkt sich auf die Beziehungen aus, die zwischen den Territorien bestehen.

⁶⁹ vergl. Bade (1994): 17

⁷⁰ Gorenflos (1995): 18f

Die Grundthese für das aufzustellende Modell über die strukturellen Rahmenbedingungen von Migrationsprozessen ist die Annahme, daß jedes Territorium eine eigene Entwicklungsgeschichte hat. Bestimmte Veränderungen innerhalb eines Territoriums wirken sich auf die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung aus. Diese kann dann zu dem Schluß kommen, daß andere Territorien ihnen möglicherweise bessere Lebensbedingungen bieten können.

Die spezifische Entwicklungsgeschichte des Ausgangsterritoriums steht jedoch immer in einem Verhältnis zur Entwicklung der übrigen Territorien, kann also nicht losgelöst von ihrer Umgebung betrachtet werden. Schon vor dem Einsetzen der Wanderungsbewegung bestehen zwischen den Territorien bestimmte Beziehungen, die Bestandteil eines die gesamte Welt umfassenden Geflechts sind.⁷¹ Die Dynamik globaler Verflechtungen birgt verschiedene Wanderungsursachen:

„Die heutigen Ursachen sind vor allem: ... das Bevölkerungswachstum im Süden der Welt und die zunehmende Überalterung und Bevölkerungsabnahme in den Industrienationen des Nordens; ... der ungleich verteilte Reichtum und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die sich hinter dem Begriff ‚Nord-Süd-Konflikt‘ verbergen; ... die zunehmende Internationalisierung und Arbeitsteilung der Wirtschaft; ... die Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten, vor allem die Verfolgung von ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten; ... die Auflösung und Neuordnung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme Osteuropas; ... die ökologische Krise, die die Länder der Dritten und Vierten Welt mit Klima- und Hungerkatastrophen ungleich härter trifft; ... die Entwicklung unserer Kommunikations- und Transportwege, die große Distanzen immer mehr schrumpfen und den Weg in das ‚gelobte Land‘ der Industrienationen immer kürzer werden lassen.“⁷²

Winkler deutet in dieser Skizze der Wanderungsursachen bereits einige der bestehenden Verflechtungen wie Weltwirtschaft oder die Entwicklung der Kommunikationswege an. Diese haben sich in einem historischen Kontext entwickelt, in dem die Ausgangs- und Zielterritorien von Migrationsprozessen angesiedelt sind. Es stellt sich die Frage, wie sich diese strukturellen und entwicklungsgeschichtlichen Aspekte im Rahmen eines Modelles darstellen lassen.

Die bereits vorgenommenen theoretischen Grundlegungen machen es notwendig, das Verhältnis von Einheiten zueinander (in diesem Fall von Territorien) und deren geschichtliche Entwicklungen in einem Modell darzustellen. Bei der Beschreibung solcher Prozesse und Figurationen liegt es nahe, sich an der Prozeß- und Figurationstheorie des Soziologen Norbert Elias zu orientieren. In seiner Studie „Der Prozeß der Zivilisation“⁷³ stellt er dar, wie sich bestimmte Einheiten in geschichtlicher Perspektive entwickeln und entwirft ein Modell, mit dem sich die strukturellen Verbindungen zwischen den Einheiten erklären lassen.

⁷¹ Wie sich die Verbindungen und Beziehungen zwischen den einzelnen Territorien im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet haben, soll an späterer Stelle anhand der Zivilisationstheorie von Norbert Elias dargestellt werden. Hier genügt es darauf zu verweisen, daß im jetzigen Zeitalter der Globalisierung und der Technisierung die Wege zwischen den Territorien immer kürzer werden und das Wissen über andere Territorien stetig zunimmt.

⁷² Winkler, Beate (1993a): Einleitung, in: dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 11-15: 12

⁷³ Elias, Norbert (1939a): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt 1992, 17. Aufl.

Außerdem sollen ethnologische Ansätze betrachtet werden, die eine Entwicklungs- und Strukturperspektive aufgreifen. Es werden als Grundlage für ein Modell der Rahmenbedingungen von Globalisierung und Migration zuerst ethnologische Theorien betrachtet, die sich mit Strukturen, Beziehungen und historischen Entwicklungen beschäftigen. In einem zweiten Schritt werden dann Theorieansätze betrachtet, die sich speziell mit interkulturellen Verflechtungen und Prozessen beschäftigen. Diese Betrachtungen werden schließlich um die Dimension von Machtstrukturen ergänzt.

Auf der prozeß- und figurationstheoretischen Ebene wird es zunächst darum gehen, die Entstehung von komplexen Einheiten zu beschreiben. Verschiedene Modelle wie die Kultur- und die Staatsnation sollen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie zur Stärkung des Zusammenhalts innerhalb von Territorien beitragen und welches Verhältnis zu anderen Territorien sie implizieren. In einem nächsten Schritt werden die Beziehungen auf globaler Ebene zwischen verschiedenen Territorien in die Analyse miteinbezogen. Am Ende des Kapitels sollten dann genügend Hinweise darauf vorliegen, wie die globalen Rahmenbedingungen, in denen sich Migrationsprozesse vollziehen, aufgebaut sind.

2.1 Strukturen und Entwicklungen aus ethnologischer Perspektive

In der Ethnologie gibt es verschiedene Forschungstraditionen, die sich mit der Perspektive der Entwicklung und der Struktur beschäftigen haben und beschäftigen. Das Hauptaugenmerk der Ethnologie liegt auf der Betrachtung der Unterschiede zwischen menschlichen Gemeinschaften. Diese Unterschiede manifestieren sich in verschiedenen Lebensweisen, also in verschiedenen Kulturen.⁷⁴ Erfahrungswissenschaftliche Disziplinen bestehen aus drei Dimensionen. Der Forschungsgegenstand bezeichnet den Wirklichkeitsbereich, der von einer Disziplin untersucht wird. Des Weiteren gibt es Forschungsziele und Forschungsmethoden, die allerdings von fächerübergreifender Bedeutung sein können und häufig auch sind.⁷⁵

Die Tatsache, daß der Gegenstandsbereich der Ethnologie und der Kulturanthropologie die Kultur⁷⁶ ist, also ein Wirklichkeitsausschnitt, der von Werten, Bedeutungen und Ideen geprägt ist, scheint auf den ersten Blick dem Vorhaben, sich ganz auf eine ethnologische **Struktur- und Entwicklungsperspektive** zu konzentrieren, entgegenzustehen. Im jetzigen Stadium der Modell-

⁷⁴ vergl. Fischer, Hans (1992): Was ist Ethnologie?, in: ders. (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 3-22: 3f

⁷⁵ vergl. Rudolph, Wolfgang (1992): Ethnos und Kultur, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 57-77: 58

⁷⁶ Eine genauere Definition des ethnologischen Kulturbegriffes soll erst in späteren Kapiteln vorgenommen werden, wenn die Kulturperspektive von Migrationsprozessen betrachtet wird.

bildung ist es nämlich gerade notwendig, sich vom konkreten Gegenstandsbereich zu lösen, da es zunächst um die Verhältnisse der Untersuchungseinheiten zueinander geht, nicht aber um deren eigentliche Inhalte und Bedeutungen.

Rudolph weist darauf hin, daß es unbedingt notwendig ist, den Gegenstandsbereich einer Disziplin exakt von dem anderer Disziplinen abzugrenzen, damit sich das Fach „ohne überflüssige Abschweifungen“⁷⁷ auf ihn konzentrieren kann. Gleichzeitig sei jedoch zu beachten,

„daß jeder Ausschnitt der Wirklichkeit ... ein Teil von umfassenderen Zusammenhängen ist, deren Berücksichtigung erforderlich für das Erkennen seiner Grundlagen und Existenzbedingungen und damit für seine wirklichkeitsentsprechende Einordnung ist“⁷⁸.

Um diese „umfassenderen Zusammenhänge“ geht es an dieser Stelle, während der ethnologische Gegenstandsbereich erst im späteren Verlauf der Modellentwicklung aufgegriffen wird.

Es ist notwendig, auf das Instrumentarium der Ethnologie zurückzugreifen, da – wie im Verlauf der Arbeit zu zeigen sein wird – der Gegenstandsbereich Kultur, auf den sich die Ethnologie bezieht, bei der Betrachtung von Migrationsprozessen eine besondere Rolle spielt. Aus diesem Grund ist es ratsam, ethnologische Struktur- und Entwicklungsperspektiven auf ihre Brauchbarkeit für die Beschreibung von Migrationsprozessen hin zu untersuchen. Im Vordergrund dieser Betrachtung muß aber immer das **Verhältnis zwischen den Kulturen (Einheiten!)** stehen und nicht die Beschreibung einzelner Kulturen. Man muß sich auch darüber im klaren sein, daß aufgrund ihres Gegenstandsbereiches die Ethnologie allein nicht ausreicht, um die komplexen Rahmenbedingungen von Globalisierung und Migration zu fassen.

Die Vorgehensweise, sich an ethnologischen Theorien zu orientieren, aber zunächst von ihrem Gegenstandsbereich zu abstrahieren, mag etwas ungewöhnlich anmuten. Schließlich basieren diese Theorien darauf, in einem ganz bestimmten Kontext zu wirken, nämlich in dem der Betrachtung von Kultur. Geht man jedoch davon aus, daß Forschungsmethoden und damit auch Forschungstheorien eine disziplinübergreifende Bedeutung haben, ist es legitim, sich zunächst mit der Theorie losgelöst von ihrem Gegenstandsbereich zu beschäftigen.

In diesem Zusammenhang sollte man das von Devereux formulierte Paradigma des „doppelten Diskurses“⁷⁹ berücksichtigen. Demzufolge läßt sich ein Phänomen immer auf verschiedene Weisen erklären, wobei die Erklärungen sich zueinander komplementär verhalten. Das bedeutet, daß eine Forschungsfrage nur dann adäquat angegangen werden kann, wenn man sich darüber im klaren ist, daß ein Problem grundsätzlich nicht monokausal zu erklären ist, sondern durch verschiedene Aspekte auf verschiedenen Ebenen geprägt ist.

⁷⁷ vergl. Rudolph (1992): 58

⁷⁸ vergl. Rudolph (1992): 58

⁷⁹ vergl. Devereux, Georges (1972): Ethnopschoanalyse, Frankfurt 1978: 11

Es liegt jedoch in der Natur des Paradigmas des „doppelten Diskurses“, daß nicht alle Aspekte eines Phänomens zur selben Zeit im selben Ausmaß berücksichtigt werden können. Devereux lehnt seine Vorstellung von Komplementarität an Bohrs Verallgemeinerung von Heisenbergs Unschärferelation an. Dieses Prinzip besagt, daß es unmöglich ist, zur gleichen Zeit und mit derselben Präzision Position und Moment eines Elektrons zu bestimmen.⁸⁰ Diese Problematik erscheint analog auch im Zusammenhang mit nicht-physikalischen Problemen.

Aus diesem Grund stehen bei der folgenden Betrachtung der ethnologischen Struktur- und Entwicklungsperspektiven die Aspekte von Struktur und Entwicklung im Vordergrund, während die eigentliche Bedeutung der Kultur in den zu untersuchenden Prozessen an späterer Stelle berücksichtigt werden wird. Da ethnologische Theorien sich zwangsläufig aufgrund ihres Gegenstandsbereiches immer auf Kultur(en) beziehen, werden die Begrifflichkeiten beibehalten. Kultur wird jedoch zunächst nur als abstrakte Entität jenseits ihrer Bedeutungszusammenhänge betrachtet. Der zu verfolgende Diskurs bezieht sich also in Anlehnung an Devereux' Prinzip zunächst lediglich auf die Strukturebene.

2.1.1 Strukturalistische Perspektive

Bevor konkrete Strukturen von Globalisierung und Migration dargestellt werden, ist erst auf allgemeiner Ebene zu klären, welche Bedeutung Strukturen und Beziehungen zwischen bestimmten Elementen im Zuge gesellschaftlicher Organisation haben. Harris hat einen interessanten Ansatz unternommen, um die strukturelle Organisation von Kulturen aufzuschlüsseln. Für ihn basiert Kultur auf einem universellen Strukturmuster mit drei Hauptbestandteilen:

„1. Die *Infrastruktur* umfaßt ... alles Verhalten, durch das eine Gesellschaft minimale Subsistenzbedürfnisse befriedigt – die *Produktionsweise* – und durch das eine Gesellschaft das Bevölkerungswachstum regelt – die *Reproduktionsweise*. 2. Die *Struktur* umfaßt ... alles ökonomische und politische Verhalten, durch das sich eine Gesellschaft in Gruppen organisiert, die die Verteilung und den Austausch von Gütern und Arbeit regeln. Je nachdem, ob sich die Organisation auf Familiengruppen oder auf die internen und externen Beziehungen der ganzen Gesellschaft konzentriert, kann man als universelle Komponenten auf der Strukturebene von Hauswirtschaft oder *Volkswirtschaft* sprechen. 3. Die *Superstruktur* umfaßt alles Verhalten und Denken, das auf künstlerische, spielerische, religiöse und intellektuelle Ziele gerichtet ist sowie alle geistigen ... Aspekte sowohl der Infrastruktur wie der Struktur einer Kultur.“⁸¹

Aus diesem Blickwinkel dürften für die Darstellung von Migrationsprozessen die Struktur im Hinblick auf die politische Ebene von Migrationsprozessen sowie auf deren Bewältigung im Zuge von Interaktion und die Superstruktur im Hinblick auf die Frage, wie Migrationsprozesse betrachtet und bewertet werden, von Bedeutung sein.

⁸⁰ vergl. Devereux (1972): 18

⁸¹ Harris, Marvin (1987): Kulturanthropologie, Frankfurt 1989: 29, Hervorheb. im Original

Da der Begriff der Struktur vor allem durch die strukturalistisch orientierte Ethnologie besonders geprägt wurde, muß allerdings zuerst geklärt werden, was unter Strukturen und Beziehungen überhaupt zu verstehen ist.

2.1.1.1 Strukturen und ihre Dimensionen

Die strukturelle Ethnologie betreibt eine „systematische und strukturelle Bestimmung logischer Gesetzmäßigkeiten“⁸². Die grundsätzliche Verfahrensweise basiert dabei auf der Suche nach Konstanten und Regelmäßigkeiten. Phänomene werden dabei isoliert und auf die ihnen inhärente Struktur reduziert.⁸³

Die strukturalistische Forschung ist dabei eine Suche nach Ordnungsprinzipien:

„Für die ethnologischen Strukturalisten ist die Fragestellung bedeutend, *wie soziales und geistiges Leben funktioniert und welchen Ordnungsprinzipien es gehorcht*. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß den sichtbaren Fakten und Phänomenen Strukturen (Ordnungsprinzipien) zugrunde liegen und daß diese, um erkennbar zu werden, erst durch den nachforschenden Menschen herausgearbeitet werden müssen.“⁸⁴

Die Rahmenbedingungen für diese Suche nach Ordnungsprinzipien basieren dabei auf folgender formaler Vorgehensweise:

„Die Interpretation eines Phänomens als eine Struktur setzt ... zwei grundlegende Operationen voraus: (1) die Identifikation einer Gesamtheit von Beziehungen zwischen abstrakten Begriffen, deren Zusammenwirken die Bedingung der Möglichkeit für das Dasein dieses komplexen Phänomens darstellt; (2) die Erklärung des Soseins bzw. des tatsächlichen Funktionierens dieses Phänomens aus dem Zusammenwirken ebenderselben Begriffe.“⁸⁵

Es geht also unter anderem darum, bestimmte soziale Beziehungen in ihrem Verhältnis zueinander zu bestimmen und zu ordnen.⁸⁶ Die bisherigen Ausführungen haben bereits gezeigt, daß die strukturalistische Perspektive sich auf abstrakte Beziehungsgeflechte konzentriert. Diese abstrakte Ebene soll im folgenden auf der Grundlage der von Claude Lévi-Strauss entwickelten strukturalen Anthropologie präzisiert werden.

Lévi-Strauss trifft eine Unterscheidung zwischen Ethnographie und Ethnologie. Die Ethnographie betreibe dabei die „Beobachtung und Analyse menschlicher Gruppen ... in ihrer Besonderheit“, während die Ethnologie „die von den Ethnographen gebotenen Dokumente komparativ

⁸² Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (1981): Strukturelle Ethnologie und geschichtsmaterialistische Kulturtheorie, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 275-307: 279

⁸³ vergl. Schmied-Kowarzik/Stagl (1981): 280

⁸⁴ Amborn, Hermann (1992): Strukturalismus. Theorie und Methode, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 337-365: 337, Hervorheb. im Original

⁸⁵ Severi, Carlo (1988): Struktur und Urform, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 309-329: 312

⁸⁶ vergl. Schmied-Kowarzik (1981): 291

... auswertet“.⁸⁷ Die Auswertung umfaßt dabei den Weg von bewußten Erscheinungen über ihre unbewußten Strukturen, wobei die Erscheinungen nicht als unabhängige Entitäten aufgefaßt werden, sondern vielmehr die Beziehungen zwischen ihnen die Grundlage der Analyse sind.⁸⁸ Die soziale Struktur ist dabei folgendermaßen definiert:

„Das Grundprinzip ist, daß der Begriff der sozialen Struktur sich nicht auf die empirische Wirklichkeit, sondern auf die nach jener Wirklichkeit konstruierten Modelle bezieht. Damit wird der Unterschied zwischen zwei Begriffen, die einander so nahe sind, daß man sie oft verwechselt hat, sichtbar, ich meine zwischen der *sozialen Struktur* und den *sozialen Beziehungen*. Die *sozialen Beziehungen* sind das Rohmaterial, das zum Bau der Modelle verwendet wird, die dann die *soziale Struktur* erkennen lassen.“⁸⁹

Lévi-Strauss geht es also bei seinen Analysen in keinem Fall um konkrete, beobachtete Phänomene. Die Ebene der empirischen Wirklichkeit bildet für ihn nur das Grundmaterial, das er verwendet, um die Strukturen, die der beobachteten Wirklichkeit zugrunde liegen, zu erkennen. Er ist bestrebt, den Geist, der hinter dieser Wirklichkeitsebene liegt, zu erfassen:

„Die Bevorzugung der allgemeingültigen Abstraktionen im Gegensatz zu den empirischen Fakten kehrt in den Schriften von Lévi-Strauss immer wieder. ... Er ist davon überzeugt, daß ‚der menschliche Geist‘ als besondere Eigenschaft der menschlichen Gehirne eine objektive Existenz besitzt. Durch Erforschung und Vergleichen von Kulturprodukten kann man Eigenschaften des menschlichen Gehirns feststellen. Die Betrachtung der ‚empirischen Phänomene‘ ist demnach zwar ein wichtiger Teil des Forschungsprozesses, aber sie ist nur ein Mittel zum Zweck.“⁹⁰

Die bisherigen Ausführungen zur strukturalistischen Perspektive zeigen bereits, daß es höchst problematisch ist, einen Strukturbegriff, wie er von Lévi-Strauss geprägt worden ist, auf konkrete Phänomene – in diesem Fall auf Prozesse der Globalisierung und Migration – anwenden zu wollen. In der Tradition des Strukturalismus werden die konkreten Phänomene gewissermaßen nur als Material verwendet, um abstrakte Dimensionen zu beschreiben.

Das Ziel dieser Arbeit ist dieser Vorgehensweise jedoch diametral entgegengesetzt. Hier geht es darum, auf einer zwar allgemeinen, aber dennoch konkreten Ebene Rahmenbedingungen und Beziehungen darzustellen. Von dieser allgemeinen Ebene aus sollen schließlich ganz spezielle Beziehungssysteme untersucht werden. Während die strukturalistische Vorgehensweise also den wissenschaftlichen Weg vom Konkreten zum Abstrakten beschreitet, bewegt sich die Analyse in dieser Arbeit vom Allgemeinen zum Besonderen. Das Modell, das hier entwickelt werden soll, wird ein Modell auf allgemeiner und umfassender Ebene sein, das von konkreten, empirisch beobachtbaren Phänomenen ausgeht, und zwar nicht im Zuge von Abstraktionen. Allerdings – und dies ist einer der Gründe, warum an dieser Stelle der Strukturalismus diskutiert wird – ist ein Teil der strukturalistischen Prämissen auch für die Bildung des angestrebten Modells von Interesse.

⁸⁷ Lévi-Strauss, Claude (1949): Geschichte und Ethnologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 11-40: 12

⁸⁸ vergl. Lévi-Strauss, Claude (1945): Die Strukturanalyse in der Sprachwissenschaft und in der Anthropologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 43-67: 45

⁸⁹ Lévi-Strauss, Claude (1952a): Der Strukturbegriff in der Ethnologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 299-346: 301, Hervorheb. im Original

⁹⁰ Leach, Edmund (1991): Lévi-Strauss zur Einführung, Hamburg 1991: 51

Die Idee, daß soziale Phänomene auf **Beziehungen** beruhen, bildet nämlich eine der Grundlagen des Modells. Der Strukturalismus betrachtet Beziehungen losgelöst von Individuen (die ja Träger dieser Beziehungen sind, da sie diese im Alltagsleben gestalten), um überindividuelle Gesetzmäßigkeiten zu entwickeln.

In das Modell für die Beschreibung von Migrationsprozessen, das hier entwickelt wird, sollen sowohl die kollektivpsychologische als auch die individualpsychologische Ebene Eingang finden. Zuerst wird es dabei darum gehen, das überindividuelle Beziehungssystem, in dessen Rahmen sich Migrationsprozesse vollziehen, zu erfassen. In einem zweiten Schritt sollen auch personale Aspekte berücksichtigt werden. Um deutlich zu machen, wie sich dieser Ansatz von der Vorgehensweise von Lévi-Strauss unterscheidet, muß die strukturalistische Perspektive des Bewußtseins betrachtet werden. Ziel der strukturalistischen Analyse ist es nämlich, die tiefere Ebene der beobachtbaren Phänomene zu erschließen:

„Wir können nicht mehr von der strukturalen Analyse erwarten, als daß sie die Art und Weise verändert, auf die wir die sozialen Beziehungen begreifen, so wie sie sich konkret zeigen: sie ermöglicht es nur, sie besser zu verstehen. Und wenn es uns gelingt, ihre Struktur zu erfassen, so niemals auf der empirischen Ebene, wo sie zunächst erschienen sind, sondern auf einer tieferen Ebene, die bisher verborgen geblieben war: auf der der unbewußten Kategorien, auf die zu stoßen man hoffen darf, wenn man Bereiche einander annähert, die auf den ersten Blick keinerlei Beziehungen zueinander zu haben scheinen. Diese Bereiche schließen einerseits die sozialen Institutionen ein, so wie sie in der Praxis funktionieren und andererseits die verschiedenen Arten, wie die Menschen in ihren Mythen, ihren Riten und ihren religiösen Vorstellungen die Widersprüche zwischen der realen Gesellschaft, in der sie leben, und dem idealen Bild, das sie sich von ihr machen, zu verschleiern oder zu rechtfertigen suchen.“⁹¹

Diese unbewußten Kategorien sind allerdings genauso abstrakt wie die Strukturen selbst. Der strukturalistische Ansatz begreift nämlich die Tätigkeiten des menschlichen Geistes als Realisierung bestimmter Codes. Das Prinzip der Codes ist von subjektiven Motiven unabhängig:

„Wenn wir von Codes sprechen, bedeutet dies, daß wir die Charakteristika der Geistestätigkeit als *objektiv* und generalisierbar ansehen. Die strukturalistische Betrachtungsweise will also das *unbewußte* Funktionieren des Geistes aufhellen, wobei sie den Rückgriff auf *subjektive* Aspekte, insbesondere auf das Gefühlsleben, prinzipiell ausschließt.“⁹²

Dieses Ausklammern von subjektiven Aspekten wurde vielfach kritisiert. So hat man Lévi-Strauss vorgeworfen, daß er „jede Sinnfrage übergeht“ und damit nicht in der Lage ist, die „konkreten Möglichkeiten der sozialen Praxis“ zu erklären.⁹³

Der menschliche Geist wird nicht unter psychologischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern anhand von strukturalen Kriterien:

„Lévi-Strauss übernimmt von Freud die Idee, daß es wichtig sei, darüber zu sprechen, daß menschliche Wesen neben dem Bewußtsein auch ein Unterbewußtsein haben, und ebenso wie für Freud ist für ihn das unbewußte ES natürlich und das bewußte EGO kulturell. Wenn Lévi-Strauss den menschlichen Geist (*l'esprit humain*) zu erreichen sucht, greift er meist nach den strukturalen Aspekten des Unbewuß-

⁹¹ Lévi-Strauss, Claude (1960): Sinn und Gebrauch des Modellbegriffs, in: ders. (1973): Strukturele Anthropologie II, Frankfurt 1975, S. 87-98: 97f

⁹² Severi (1988): 313, Hervorheb. im Original

⁹³ vergl. Schmied-Kowarzik/Stagl (1981): 291

ten. Sein Ansatz ist freilich eher linguistisch als psychologisch. Das linguistische Modell, dessen er sich bedient, ist aber heute weitgehend veraltet.“⁹⁴

Leach, der einer der prominentesten Kritiker dieses *l'esprit humain* ist, weist vor allem darauf hin, daß reduzierende Abstraktionen – die ja gerade das Ziel der strukturalistischen Analyse sind, da nur auf dieser Basis Verallgemeinerungen getroffen werden können – der Vielfalt des menschlichen Geistes kaum gerecht werden.

Die Vielzahl von Möglichkeiten, die das menschliche Denken impliziert, könne nicht in Schemata binärer Unterscheidungen gezwängt werden:

„Nicht nur verbindet das menschliche Gehirn Attribute digitaler und analoger Computer, sondern die Unterscheidungskriterien sind multidimensional auf einer großen Skala. Wo ein elektronischer Computer gerade zwei Verbindungen hat, eine positive und eine negative, um einen binären Umschlag zu machen, scheint der menschliche Mechanismus mit einer Überfülle von Redundanzen geladen zu sein, einhundert oder mehr Verbindungen zur gleichen Zeit. Die Botschaften, die ein solcher Apparat aussendet, sind wahrscheinlich kaum einer *einfachen* logischen Analyse zugänglich.“⁹⁵

Bourdieu formuliert seine Kritik an der mechanistischen Darstellung menschlicher Motivation um einiges heftiger. Eine solche Herangehensweise klammere jegliches Leben im Sinne einer Lebendigkeit aus:

„Indem der Wissenschaftler postuliert, daß das objektive Modell, wie man es durch Reduzieren des Polithetischen aufs Monothetische, der enttotalisierten und unumkehrbaren Aufeinanderfolge auf die völlig reversible Totalität erlangt, das immanente Gesetz der Praxis, die unsichtbare Grundlage der beobachteten Bewegungen sei, reduziert er die Handelnden auf den Status von Automaten oder trägen Körpern, die von obskuren Mechanismen auf Ziele hinbewegt werden, von denen sie selbst nichts wissen.“⁹⁶

Bourdieu geht es nicht nur darum, die Automatisierung menschlicher Beziehungen zu kritisieren. Für ihn ist menschliches Handeln zwar in einem gewissen Maß regelgeleitet, aber gleichzeitig sei die menschliche Existenz auch durch Spontaneität und Unvorhersehbarkeit geprägt. Menschliches Handeln wird als eine Kette von Entscheidungsprozessen gesehen, wobei es für jede Entscheidung verschiedene Optionen gebe. Gerade diese Verschiedenheit – gewissermaßen eine kaum begrenzte Anzahl von Möglichkeiten – werde von der strukturalistischen Analyse nicht berücksichtigt.⁹⁷

Marcel Mauss greift den Widerspruch zwischen Ganzheit und Gefühl eher unbewußt auf und stellt sich daher auch nicht den Problemen, die aus diesem Widerspruch resultieren. Er propagiert die Untersuchung von „totalen Tatsachen“, wobei zum einen Gesellschaften als Ganzheiten untersucht werden sollen, zum anderen aber auch das „gefühlsmäßige Bewußtsein“ analysiert werden soll.⁹⁸ Dabei nennt er folgende Vorteile:

⁹⁴ Leach (1991): 137f

⁹⁵ Leach, Edmund (1967): Einleitung, in: ders. (1967) (Hg.): *Mythos und Totemismus*. Beiträge zur Kritik der strukturalen Analyse, Frankfurt 1973, S. 7-23: 14, Hervorheb. im Original

⁹⁶ Bourdieu, Pierre (1980): *Sozialer Sinn*. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt 1987: 180

⁹⁷ vergl. Bourdieu (1980): 183ff

⁹⁸ vergl. Mauss, Marcel (1925): *Die Gabe*, in: ders. (1975): *Soziologie und Anthropologie II*, München/Wien 1975, S. 11-144: 137ff

„Erstens hat es den Vorteil der Allgemeinheit, denn Tatsachen allgemeiner Funktionsfähigkeit sind sehr wahrscheinlich universeller als die verschiedenen Institutionen oder Motive, die stets eine mehr oder weniger zufällige lokale Färbung aufweisen. Doch der größte Vorteil der Realität: wir sehen die gesellschaftlichen Dinge selbst, konkret, wie sie sind. Wir erfassen nicht nur Vorstellungen oder Regeln, sondern auch Menschen und Gruppen und ihre Verhaltensweisen. Wir sehen sie in Bewegung, so wie ein Mechaniker Massen und Systeme sieht, oder wie wir im Meer Polypen und Seerosen sehen. Wir entdecken Gruppen von Menschen und Triebkräfte, eingetaucht in ihr Milieu und ihre Gefühle.“⁹⁹

Gefühle scheint Mauss ähnlich wie Lévi-Strauss auf einer Bewußtseinssebene anzusiedeln, die nur unter strukturalistischen Gesichtspunkten von Interesse ist.

Hier zeigt sich also ein Dilemma von Universalität versus Differenz. Während die Anthropologie die Vielfalt der menschlichen Erscheinungsformen untersucht, betont der Strukturalismus die Universalität von Phänomenen. Die Perspektive der Vielfalt führt dazu, daß strukturelle Ähnlichkeiten aus dem Blickfeld geraten, während umgekehrt die strukturelle Generalisierung Differenzen unterdrückt.¹⁰⁰ Dieses Dilemma erinnert an Devereux' Paradigma des doppelten Diskurses, das bereits skizziert wurde.

Das zu entwickelnde Modell von Globalisierung und Migration soll sowohl allgemeine Beziehungen umfassen als auch spezielle Konstellationen analysieren. Dies wird zwangsläufig dazu führen, daß beide Ebenen nur unter bestimmten – zuvor noch klar zu definierenden Gesichtspunkten – betrachtet werden können. Einer solchen Vorgehensweise mag zwar ein Vorwurf des Reduktionismus entgegengehalten werden, doch gewinnt dieses Verfahren seine Legitimation daraus, daß diese Analyse es sich zum Ziel setzt, die **Bedeutung der Beziehungen zwischen den beiden Ebenen** zu analysieren.

Die Darstellung strukturalistischer Prämissen hat sich bisher nur insofern als fruchtbar erwiesen, als auf der Basis von Abgrenzungen das Forschungsfeld dieser Arbeit konkretisiert wurde. Es gibt jedoch auch einen Bereich strukturorientierter Analysen, der für die beabsichtigte Modellbildung von direkter Bedeutung ist.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Modell von Migrationsprozessen bestimmte **Beziehungen** – zwischen Territorien, zwischen Gruppen von Menschen, zwischen Kulturen – umfassen und beschreiben soll. Aus diesem Grund ist es angebracht, einen Blick auf das Prinzip der Reziprozität zu werden, wie es von Emile Durkheim und Marcel Mauss dargestellt wurde.

⁹⁹ Mauss (1925): 139

¹⁰⁰ Sperber, Dan (1973): Der Strukturalismus in der Anthropologie, in: Wahl, Francois (1973) (Hg.): Einführung in den Strukturalismus, Frankfurt 1981, 2. Aufl., S. 181-258: 249f

2.1.1.2 Der Aufbau von Beziehungsgeflechten

Die Analyse von Strukturen impliziert – wie bereits dargelegt wurde – das Bestehen von Beziehungen zwischen Einheiten. Es existieren „wechselseitige Bedingtheitsverhältnisse mehrerer eine Ganzheit bildende Elemente“¹⁰¹. Die Analyse sozialer Ordnungen zeigt, daß gesellschaftlicher Zusammenhalt auf einem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht, der im Strukturalismus seinen Ausdruck in der These von der Reziprozität findet.¹⁰²

Marcel Mauss hat mit seiner Analyse des Gabentausches herausgearbeitet, wie in einem mehrdimensionalen gesellschaftlichen Raum wechselseitige Beziehungen hergestellt werden. Seiner Ansicht nach handelt es sich beim Austausch von Gütern nicht einfach um Wirtschaftsbeziehungen, sondern um „Kollektive, die sich gegenseitig verpflichten“¹⁰³. Der Tausch beinhaltet nicht nur den Wechsel von Besitztümern, sondern er ist ein „System der totalen Leistungen“¹⁰⁴. Es zeigt sich, daß

„die durch die Sache geschaffene Bindung eine Seelen-Bindung ist, denn die Sache selbst hat eine Seele, ist Seele. Woraus folgt, daß etwas geben soviel heißt, wie etwas von sich selbst geben. ... Es ist vollkommen logisch, daß man in einem solchen Ideensystem dem anderen zurückgeben muß, was in Wirklichkeit ein Teil seiner Natur und Substanz ist ...“¹⁰⁵

Das Gedankensystem, das hinter diesem Tauschprinzip steht, bezieht sich also nicht allein auf materielle Gegebenheiten, sondern es umfaßt vielmehr ein komplexes Gebilde wechselseitiger Verpflichtungen, das zugleich auch Verbundenheit herstellt.

Der Tausch kann also auch als ein Prinzip des Aufbaus von geistigen Bindungen angesehen werden:

„Im Grunde handelt es sich um Vermischungen. Man mischt die Seelen unter die Dinge; man mischt die Dinge unter die Seelen. Man mischt die Leben ineinander und so verlassen die miteinander vermischten Personen und Sachen ihre jeweilige Sphäre...“¹⁰⁶

Mauss spricht sogar von einem „Geflecht kollektiver Gefühle“¹⁰⁷. Der Tausch umfaßt also verschiedene Dimensionen.

Auch Bourdieu widmet der immateriellen Dimension von komplexen Beziehungssystemen seine Aufmerksamkeit. In seiner Argumentation kommt die Teilhabe an einem Beziehungssystem der Wechselseitigkeit einer Quasi-Geburt gleich. Außerdem weist er darauf hin, daß der Zugang zu Beziehungssystemen nicht automatisch erfolgt, sondern daß die Zusammengehörigkeit lang-

¹⁰¹ Severi (1988): 314

¹⁰² vergl. Amborn (1992): 338f

¹⁰³ Mauss (1925): 15

¹⁰⁴ Mauss (1925): 16

¹⁰⁵ Mauss (1925): 26

¹⁰⁶ Mauss (1925): 39

¹⁰⁷ Mauss (1925): 49

wierig ausgehandelt werden muß, sofern das Individuum nicht aufgrund der Geburt schon als Teilnehmer des Tauschsystems akzeptiert wird:

„Mit den unzähligen Akten des Anerkennens¹⁰⁸, diesem Eintrittsgeld, ohne das man nicht dazugehört, ... *investiert* man ... in das kollektive Unternehmen der Bildung symbolischen Kapitals ... Natürlich kann man in diesen magischen Kreis nicht durch spontane Willensentscheidung eintreten, sondern nur durch Geburt oder durch einen langwierigen Prozeß von Kooptation und Initiation, der einer zweiten Geburt gleichkommt.“¹⁰⁹

Die Analysegrundlage für das Prinzip der Gegenseitigkeit bilden zwar die Tauschbeziehungen in sogenannten archaischen Gesellschaften, doch erkennt Mauss sehr wohl, daß ähnliche Prinzipien der Wechselseitigkeit auch in modernen Gesellschaften wirksam sind. So geht er davon aus, daß das Prinzip des Gabentauschs ein Vorläufer heutiger moderner Rechtssysteme ist. Das Prinzip der Sozialversicherung erinnere beispielsweise an die wechselseitige Verpflichtung des Gabentauschs.¹¹⁰ In modernen Gesellschaften seien allerdings die materielle und die geistige Sphäre strikt voneinander getrennt, was sich in der Unterscheidung von dinglichen und persönlichen Rechten sowie zwischen Personen und Sachen sehr deutlich zeige.¹¹¹

Durkheim argumentiert ähnlich wie Mauss, indem er den Bindungssystemen innerhalb gering differenzierter Gesellschaften eine Art ursprüngliche Natur zuspricht:

„[Die Bindungen] basieren auf der Heiligkeit der Personen wie auch der Sachen, auf dem moralischen Ansehen, das sie mittelbar oder unmittelbar genießen. Wenn der Primitive sich seiner Gruppe gegenüber verpflichtet fühlt, so weil die Gruppe in seinen Augen das Heilige schlechthin ist, und wenn er in gleicher Weise gegenüber den einzelnen Menschen, aus denen die Gruppe besteht, Verpflichtungen anerkennt, so weil sich etwas von der Heiligkeit der Gemeinschaft auch deren Teilen mitteilt. Alle Mitglieder eines Klans tragen in sich ein Stück jenes göttlichen Wesens, von dem der Klan abstammen soll. Sie haben also religiösen Charakter, und deshalb ist man gehalten, sie zu verteidigen ... So verdanken alle moralischen und rechtlichen Beziehungen, die sich aus dem Status der Personen oder Dinge herleiten, ihre Existenz einer eigentümlichen Kraft, die den Menschen wie auch den Dingen innewohnt und Achtung gebietet.“¹¹²

Was bei Mauss die „kollektiven Gefühle“ und die „Seelen-Bindungen“ sind, sind bei Durkheim das „Heilige schlechthin“ und das „göttliche Wesen“. Diese Art der Bindung zeigt, daß sie sich nicht allein aus einer strukturalistischen Perspektive, die ja von der Gefühlsebene abstrahiert, verstehen läßt. Da die Bindungssysteme sich nicht nur auf einer materiellen Ebene manifestieren, sondern mit Gedanken, Sinn und Glauben gefüllt sind, deutet es sich bereits an, daß auch die emo-

¹⁰⁸ An dieser Stelle ist der Verweis auf die „Akte des Anerkennens“ von großer Bedeutung, da diese in einem später noch darzulegenden Zusammenhang im Zuge der Identitätstheorie eine umfassende Rolle spielen werden. Das Ziel dieser Arbeit ist es ja, zu erläutern, welche Möglichkeiten des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens im globalen Kontext sowie in der deutschen Migrationsgesellschaft bestehen. Bourdieu argumentiert nicht identitätsbezogen, sondern auf einer Ebene der strukturellen Vermittlung. Bereits auf dieser Ebene zeigt sich, von welcher umfassender Bedeutung der Akt des Anerkennens ist. In einem identitätsbezogenen Kontext, der ja Persönlichkeitsaspekte umfaßt, gesellt sich zur Frage des strukturellen Funktionierens von gesellschaftlichen Systemen auch noch die Frage des subjektiven Sinns und der subjektiven Befindlichkeit der Akteure. Hierbei bildet das **soziale** Beziehungssystem gewissermaßen die Grundlage, an die das **persönliche** Beziehungssystem anknüpft. Dies ist auch einer der Gründe, warum die Ausgangsvoraussetzungen und die strukturellen Bestandteile von Migrationsprozessen in diesem Kontext so ausführlich behandelt werden.

¹⁰⁹ Bourdieu (1980): 125, Hervorheb. im Original

¹¹⁰ vergl. Mauss (1925): 125

¹¹¹ vergl. Mauss (1925): 94

¹¹² Durkheim, Emile (1950): Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Frankfurt 1991: 246f

tionale – und somit auch die personale – Ebene in eine Betrachtung von Bindungssystemen einfließen muß.¹¹³

Für Durkheim ist die Entwicklung des Vertragsrechtes die konsequente Fortführung der einst natürlichen Verbindungen auf einer übergeordneten, unpersönlicheren Ebene:

„Das Vertragsrecht hatte die Aufgabe, den persönlichen Status zu verändern ... Die Bande, die zwischen den Menschen aufgrund ihres erworbenen und verwirklichten Status bestehen, hängen von diesem Status ab. Sie beruhen darauf, daß diese Menschen an einer Qualität teilhaben, die ihnen Achtung voreinander einflößt. Genauer gesagt, die Mitglieder eines Klans oder einer Familie haben Pflichten gegeneinander, weil sie vom selben Fleisch und Blut sind. ... Als die Menschen nun das Bedürfnis verspürten, auch andere Bindungen zu schaffen als jene, die aus ihrem Status resultierten, Bindungen, die auf ihren Willen zurückgingen, da dachten sie diese zunächst einmal nach dem Vorbild der einzigen Bande, die sie kannten. Zwei Individuen oder Gruppen, zwischen denen keine natürlichen Bindungen bestehen, kommen überein, sich zu einem gemeinsamen Werk zusammenzutun. Damit ihre Übereinkunft bindende Kraft erhält, werden sie jene materielle Blutsverwandtschaft herstellen, die als Quelle jeglicher Verpflichtung gilt. Sie vermischen ihr Blut. Zum Beispiel tauchen die Vertragschließenden ihre Hände in ein Gefäß, in das sie etwas von ihrem Blut gegeben haben, und nehmen ein paar Tropfen davon auf.“¹¹⁴

Ein sehr bedenkenswerter Aspekt in Durkheims Argumentation ist die Annahme, daß nicht alle rechtlichen Beziehungen zwischen Personen den Charakter der Reziprozität haben müssen. So führt Durkheim als Beispiel die Bindungen innerhalb des Verhältnisses von Sklave und Herr an, die Rechte und Pflichten nicht in gleichem Maße auf die an der Beziehung Beteiligten verteilen.¹¹⁵ In diesem Zusammenhang stellt sich bereits die Frage, inwiefern in Migrationsgesellschaften zwischen den Angehörigen verschiedener Kulturen noch Reziprozitätsbeziehungen bestehen und wenn, auf welche Weise diese vermittelt werden.

Bourdieu kritisierte – wie bereits dargelegt – die mechanistische Betrachtungsweise von Lévi-Strauss, da unter einer solchen Perspektive den Akteuren in **bestimmten** Situationen gewissermaßen keine individuelle Handlungsfreiheit zukomme. In der Realität sei ein regelhafter Ablauf von Handlungen jedoch nicht zwangsläufig gegeben:

„Die ‚Zyklen der Wechselseitigkeit‘ als mechanisches Räderwerk von Praktiken der Pflichtschuldigkeit gibt es nur in der Sicht des allwissenden und allgegenwärtigen Betrachters, der sich mit seiner Wissenschaft der *Sozialmechanik* in die verschiedenen Zeitpunkte des ‚Zyklus‘ hineinversetzen kann: in Wirklichkeit kann aber das Geschenk durchaus ohne Gegengeschenk bleiben, wenn man einen Undankbaren beschenkt, es kann als Beleidigung zurückgewiesen werden, sofern es die Möglichkeit der Wechselseitigkeit, also die Dankbarkeit unterstreicht oder gar einfordert. Wenn man die Spielverderber einmal außer acht läßt, die den hübschen Scheinautomatismus des Spiels gefährden ..., herrscht selbst dann, wenn die Dispositionen der Handelnden so perfekt wie möglich aufeinander abgestimmt sind und die Verkettung von Aktionen und Reaktionen *von außen* völlig vorhersehbar erscheint, so lange

¹¹³ Da diese emotionale beziehungsweise personale Dimension selbst wiederum in einem umfassenderen Kontext gesehen werden muß, soll an dieser Stelle der Hinweis genügen, daß dieser Aspekt im Zuge der Analyse von Migrationsprozessen in die Betrachtung einfließen soll. Im Moment geht es lediglich darum festzustellen, daß zwischen Einheiten, Gruppen oder Individuen bestimmte Beziehungen der Gegenseitigkeit bestehen. In einem späteren Schritt der Modellbildung wird es dann darum gehen zu konkretisieren, wie sich diese Beziehungen zum Beispiel zwischen Staaten oder Nationen auf der einen Seite und zwischen Menschen verschiedener Kulturen auf der anderen Seite ausgestalten.

¹¹⁴ Durkheim (1950): 248f; Das Herstellen von wechselseitig verpflichtenden Beziehungen über den Austausch von Blut gewinnt im Hinblick auf das deutsche Staatsbürgerrecht und die damit einhergehende Definition von Zugehörigkeiten natürlich eine ganz besondere Symbolkraft. Es zeigt sich, daß auch in modernen Gesellschaften verschiedene Praktiken zur Schaffung von Reziprozitätsbeziehungen bestehen.

¹¹⁵ vergl. Durkheim (1950): 243

tion von Aktionen und Reaktionen *von außen* völlig vorhersehbar erscheint, so lange Ungewißheit über den Ausgang der Interaktion, wie die Handlungsfolge unabgeschlossen ist ...“¹¹⁶

Das Individuum kann also das System der Reziprozität bewußt durch Ablehnung und Zurückweisung durchbrechen. Diese Möglichkeit ist für die Betrachtung von Migrationsprozessen von größtem Interesse, da anzunehmen ist, daß in Migrationsgesellschaften Wechselseitigkeit gerade nicht als Automatismus entsteht, sondern im Gegenteil im Zweifel gezielt gesucht und gefördert werden muß.

Bourdieu richtet seinen kritischen Blick aufgrund der Tatsache, daß wechselseitige Beziehungen gerade nicht automatisch entstehen und sich verfestigen, auch auf asymmetrische Beziehungen. Wenn sich Gaben und Gegengaben nicht mehr im Gleichgewicht befinden, etablieren sich seiner Meinung nach Herrschaftsverhältnisse, die einseitige Machtausübung ermöglichen:

„Der Übergang von der Symmetrie des Gabentauschs zur Asymmetrie der ostentativen Rückverteilung, der Entstehungsgrundlage politischer Autorität, erfolgt allmählich: je mehr man sich von der vollkommenen Wechselseitigkeit entfernt, die es nur bei relativer Gleichheit der wirtschaftlichen Lage gibt, nimmt zwangsläufig der Anteil von Gegenleistungen in Form typisch symbolischer Dankesbezeugungen, ... moralischer Verpflichtungen oder Schulden zu. ... Wer lediglich den Sonderfall der Tauschvorgänge betrachtet, welche die Symmetrie der Verhältnisse *weihvoll bestätigen* sollen, oder nur an den ökonomischen Effekt asymmetrischer Tauschgeschäfte denkt, vernachlässigt leicht, welchen Effekt die zirkuläre Zirkulation hat, in der der symbolische Mehrwert erzeugt wird, nämlich Willkür zu legitimieren, indem sie ein asymmetrisches Kräfteverhältnis verdeckt.“¹¹⁷

Es stellt sich also im Hinblick auf Migrationsgesellschaften die Frage, welche konkreten Symmetrie- und Asymmetriebeziehungen zwischen welchen Einheiten oder Gruppen bestehen.

2.1.1.3 Geschichtsperspektive des Strukturalismus

Auf die historische Entwicklungsperspektive im Hinblick auf Globalisierung und Migration im ethnologischen Kontext wird später noch näher einzugehen sein. Da der Strukturalismus aber in einem besonderen Spannungsverhältnis zur geschichtlichen Perspektive steht, soll unter diesem Gesichtspunkt auf das Problem der Geschichte kurz eingegangen werden.

Da Lévi-Strauss im Hinblick auf das Verhältnis verschiedener Kulturen zueinander sehr treffend eine Art Komplementaritätsverhältnis im historischen Raum beschreibt, das für die Argumentation innerhalb dieser Arbeit von Bedeutung ist, gilt es, den strukturalistischen Blick auf Geschichte näher darzulegen. Für Lévi-Strauss beinhaltet die historische Dimension zunächst explizit keine Entwicklung, sondern ein zeitlich übergreifendes Verstehen:

„Alles, was der Historiker und der Ethnograph tun können, und alles, was man von ihnen verlangen kann, besteht darin, eine besondere Erfahrung auf die Dimensionen einer allgemeinen oder allgemeine-

¹¹⁶ Bourdieu (1980): 180f, Hervorheb. im Original

¹¹⁷ Bourdieu (1980): 223f

ren Erfahrung zu erweitern, die damit *als Erfahrung* Menschen eines anderen Landes oder einer anderen Zeit zugänglich wird.“¹¹⁸

Im Prinzip werden Entwicklungen also verkürzt auf eine Essenz, die außerhalb ihres eigentlichen Entwicklungsrahmens betrachtet wird.

Diese Sichtweise ist grundsätzlich problematisch. Geschichte und Ethnologie bewegen sich – zumindest scheinbar – in ihren analytischen Bestrebungen in verschiedene Richtungen, beziehungsweise sie beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten:

„die Geschichte ordnet ihre Gegebenheiten in Bezug auf die bewußten Äußerungen, die Ethnologie in Bezug auf die unbewußten Bedingungen des sozialen Lebens.“¹¹⁹

Lévi-Strauss ist sich allerdings auch der Tatsache bewußt, daß jeweils eine Perspektive allein nicht in der Lage ist, soziale Sachverhalte in ihrer Ganzheit zu erfassen.

Aus diesem Grund betrachtet er Geschichte und Ethnologie auch nicht als gegensätzliche, sondern als komplementäre Ansätze:

„Es wäre also ungenau, wollte man sagen, daß der Historiker und der Ethnologe auf dem Wege zur Kenntnis der Menschen, der von der Untersuchung der bewußten Inhalte zu der der unbewußten Formen führt, in entgegengesetzten Richtungen gingen: beide gehen in einer Richtung. Daß die Wegstrecke, die sie gemeinsam zurücklegen, ihnen beiden in einer unterschiedlichen Optik erscheint – dem Historiker als Übergang vom Expliziten zum Impliziten, dem Ethnologen vom Besonderen zum Allgemeinen –, ändert im Grunde nichts an der Gleichheit des Vorgehens. Und auf einem Wege, den sie in derselben Richtung zurücklegen, ist allein ihre Orientierung verschieden: der Ethnologe geht vorwärts, indem er durch ein Bewußtes, das er niemals aus dem Auge verliert, immer mehr Unbewußtes anzutreffen sucht, dem er sich zuwendet; der Historiker dagegen geht sozusagen rückwärtsgehend vorwärts, indem er die Augen starr auf die konkreten und besonderen Handlungen gerichtet hält, von denen er sich nur entfernt, um sie unter einer reicheren und vollständigeren Perspektive betrachten zu können. Als wahrer Januskopf mit zwei Gesichtern gestattet die Zusammenarbeit der beiden Disziplinen, und sie allein, das Ganze des Weges im Auge zu behalten.“¹²⁰

Lévi-Strauss hat sich den komplexen Aufgaben, die aus einer solchen Betrachtungsperspektive zwangsläufig resultieren, insofern entzogen, als er sich auf die strukturalistische und damit zeitlose Betrachtung von Phänomenen beschränkt hat. Allerdings hat er diese Selbstbeschränkung nicht immer konsequent durchhalten können, da bestehende Strukturen immer durch ihre geschichtliche Entwicklung geprägt sind. So beschreibt er in einem Aufsatz sehr treffend, wie die Industrienationen im Zuge einer historisch vermittelten Komplementaritätsbeziehung zu Staaten der Dritten Welt das geworden sind, was sie heute sind. Da der Gedankengang für die weitere Argumentation von Belang ist, soll er hier in voller Länge zitiert werden:

„Erstens befinden sich die Gesellschaften, die wir heute ‚unterentwickelt‘ nennen, nicht aus eigenem Willen in dieser Lage, und es wäre falsch, sie der westlichen Entwicklung als äußerlich zu betrachten oder zu meinen, sie seien ihr gegenüber gleichgültig geblieben. Wahr ist, daß gerade diese Gesellschaften aufgrund ihrer direkten oder indirekten Zerstörung zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert die Ent-

¹¹⁸ Lévi-Strauss (1949): 30f, Hervorheb. im Original

¹¹⁹ Lévi-Strauss (1949): 32

¹²⁰ Lévi-Strauss (1949): 39; Aufgrund der theoretischen Ausrichtung dieser Arbeit stimmt der hier skizzierte Ansatz des Historikers in vielen Punkten mit der hier vertretenen Vorgehensweise überein. Allerdings sollen auch die allgemeinen Aspekte, die laut Lévi-Strauss eindeutig im Zuständigkeitsbereich der Strukturalisten liegen, - zumindest in einem gewissen Rahmen – aufgegriffen werden.

wicklung der westlichen Welt ermöglicht haben. Zwischen ihnen und ihr besteht eine Beziehung der Komplementarität. Die Entwicklung selbst sowie ihre geringen Ansprüche haben sie zu denen gemacht, die diese selbe Entwicklung heute entdeckt. Es geht also nicht um eine Kontaktaufnahme zweier Prozesse, die sich jeweils isoliert vollzogen hätten. Die Beziehung der Fremdheit zwischen den sogenannten unterentwickelten Gesellschaften und der mechanischen Zivilisation besteht in erster Linie darin, daß diese mechanische Gesellschaft in ihnen ihr eigenes Produkt oder, genauer, das Gegenstück der Zerstörungen wiederfindet, die sie in ihnen angerichtet hat, um ihre eigene Realität durchzusetzen. Zweitens kann die Beziehung nicht abstrakt begriffen werden. Es läßt sich nicht übersehen, daß sie sich konkret, seit mehreren Jahrhunderten, durch Gewalt, Unterdrückung und Ausrottung geäußert hat. Auch in dieser Hinsicht liefert das Problem der Entwicklung keinen Stoff zur reinen Spekulation. Die Analyse, die hier zu leisten, die Lösungen, die vorzuschlagen möglich sind, müssen notwendig den irreversiblen historischen Bedingungen und einem moralischen Klima Rechnung tragen, die gleichsam die ‚dynamische Ladung‘ der kolonialen Situation bilden.“¹²¹

Mit dieser Darstellung zeigt Lévi-Strauss, daß es gerade nicht genügt, gegenwärtige Strukturen zeitlos betrachten zu wollen. Die „dynamische Ladung“, von der er spricht, ist nämlich eine „historische Ladung“ und gerade durch ihre Dynamik jederzeit von Belang. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Einheiten (Staaten, Nationen), wie sie hier dargestellt wird, wird im Verlauf dieses Kapitels durch prozeß- und figurationstheoretische Perspektiven bestätigt. Für ein Modell von Migrationsprozessen läßt sich also der Schluß ziehen, daß Beziehungen **immer dynamisch und historisch** aufgeladen sind.

Die Ausführungen zur strukturalistischen Theorie mögen – im Hinblick auf ihre verwendbaren Komponenten für ein Modell von Migrationsprozessen – recht ausführlich gewesen sein. Da jedoch einige strukturalistische Prämissen Kernpunkte der zu erarbeitenden Analyse beinhalten, ist dieser Rahmen durchaus angemessen.

Trotz vielfältiger Ablehnung bestimmter strukturalistischer Gedankengänge – zumindest im Hinblick auf das Anliegen dieser Arbeit – konnten nämlich für das Modell von Migrationsprozessen folgende fruchtbaren Aspekte gewonnen werden:

- Diese Arbeit wird die Analyse von Migrationsprozessen von einer allgemeinen Perspektive zu den Besonderheiten sozialer Beziehungen vollziehen.
- Es geht darum, ein überindividuelles Beziehungssystem als Rahmen der Analyse darzustellen, innerhalb dessen auch personale Aspekte berücksichtigt werden.
- Die Beziehungen zwischen beiden Ebenen sind von Bedeutung.
- In Gesellschaften existieren bestimmte Prinzipien geistiger Bindungen. Es stellt sich die Frage, wie und zwischen wem in Migrationsgesellschaften solche Bindungen hergestellt werden. Außerdem ist zu klären, inwiefern diese Beziehungen symmetrisch oder asymmetrisch sind.
- Die Beziehungen zwischen heutigen Staaten sind „dynamisch“ beziehungsweise historisch aufgeladen und stehen zueinander in einem Verhältnis der Komplementarität. Die je spezifi-

¹²¹ Lévi-Strauss (1961): 354

sche Entwicklung der Staaten verläuft dabei prozeßhaft, und die spezifischen Prozesse stehen wiederum zueinander in Beziehung.

2.1.2 Evolutionistische Perspektive

In der Biologie beschreibt der Evolutionismus in der Nachfolge Darwins die evolutionäre Entwicklung als „Zunahme an Differenziertheit der Organismen“, wobei der Grad der Differenziertheit (zumindest im Sinne der modernen Evolutionsbiologie) nicht im Sinne eines Fortschritts zu höheren Stufen verstanden werde.¹²² In der Ethnologie wird der klassische Evolutionismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gern als die erste Periode einer einigermaßen einheitlichen theoretischen Ausrichtung des Faches gesehen. Er orientiert sich ebenfalls an einem Entwicklungsbegriff, wobei davon ausgegangen wird, daß alle Völker eine gleichartige Entwicklung in eine bestimmte Richtung durchlaufen. Es wurde eine Stufenfolge entworfen, die die Entwicklung von primitiven zu zivilisierten Völkern anhand von zunehmender funktionaler Differenzierung, dem Grad der Arbeitsteilung oder auch der wachsenden Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen darstellte.¹²³

Neben der Differenzierung und der wachsenden Komplexität spielen in den klassischen ethnologischen Evolutionstheorien auch Begriffe wie Wachstum und Fortschritt eine herausragende Rolle.¹²⁴ Diese lineare Fortschrittsperspektive wird von vielen Ethnologen sehr kritisch gesehen. Lévi-Strauss räumt ein, daß sich aufgrund archäologischer Funde gewisse Entwicklungslinien nachweisen lassen. Beispielsweise sei die grobe Bearbeitung von Feuersteinen zum Steinschliff entwickelt worden.¹²⁵ Er lehnt es aber ab, aus solchen stufenartigen (Einzel-) Entwicklungen eine umfassende Entwicklungsperspektive abzuleiten. Für ihn verlaufen Entwicklungen aus geschichtlicher Perspektive betrachtet nicht zwangsläufig immer in eine, unumkehrbare Richtung:

„Man könnte zwar sagen, daß die Gesellschaften ihre Zeit verschieden genutzt haben, daß es für manche sogar verlorene Zeit gewesen ist, daß die einen mit Siebenmeilenstiefeln vorangeeilt sind, während die anderen gebummelt haben. Danach müßte man zwei Arten von Geschichte unterscheiden: eine progressive, sich anreichernde Geschichte, die ihre Funde und Erfindungen akkumuliert und damit große Zivilisationen errichtet, und eine vielleicht ebenso aktive, ebenso viele Talente weckende Geschichte, der es jedoch an synthetischer Begabung fehlt, die gerade das Privileg der ersteren ist. Anstatt, daß jede Neuerung an die früheren Neuerungen anschließt und in der gleichen Richtung wirkt, geht sie in einer Art Schlingelpfad unter, dem es nie gelingt, sich auf längere Dauer von der ursprünglichen Richtung zu entfernen.“¹²⁶

¹²² vergl. Rüdtenklau, Eberhard (1981): Zur Theorie gesellschaftlicher Evolution, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 331-355: 331

¹²³ vergl. Rüdtenklau (1981): 332

¹²⁴ vergl. Raum, Johannes W. (1992): Evolutionismus, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 283-309: 284f

¹²⁵ vergl. Lévi-Strauss, Claude (1952b): Rasse und Geschichte, Frankfurt 1972: 31

¹²⁶ Lévi-Strauss (1952b): 29f

Folgt man der Argumentation von Lévi-Strauss, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Vorstellung linearer Entwicklung nicht der Realität entspricht.

Für Lévi-Strauss bildet geradlinige Entwicklung nicht die Regel, sondern eher eine Ausnahme. Er versucht, den Blick dafür zu sensibilisieren, daß Kulturen sicher eher im Raum ausbreiten:

„Das bedeutet zweierlei: Erstens, der ‚Fortschritt‘ (wenn dieser Ausdruck überhaupt noch zur Bezeichnung eines Phänomens geeignet ist, das sich von dem, was man zunächst mit ihm meinte, stark unterscheidet) ist weder notwendig noch kontinuierlich; er vollzieht sich in Sprüngen oder, wie die Biologen sagen, in Mutationen. Diese Sprünge setzen sich nicht immer in der gleichen Richtung fort; sie sind mit Richtungsänderungen verbunden, die man sich wie die verschiedenen Zugmöglichkeiten eines Springers beim Schachspiel vorstellen kann, die nie in einer Richtung verlaufen. Die fortschreitende Menschheit ist kaum einem Wesen ähnlich, das eine Treppe hinaufsteigt, das heißt mit jeder seiner Bewegungen den bereits zurückgelegten Stufen eine neue hinzufügt; sie läßt eher an einen Spieler denken, dessen Glück von mehreren Würfeln abhängt und dem sich mit jedem Wurf immer neue Kombinationen bieten. Was er durch den einen gewinnt, kann er immer durch den anderen verlieren, und nur von Zeit zu Zeit ist die Geschichte kumulativ, das heißt, lassen sich die Zahlen zu einer günstigen Kombination addieren.“¹²⁷

Das Konzept linearer Fortschrittsentwicklung verstellt also den Blick auf die reale kulturelle Entwicklung. Dies hat selbstverständlich Konsequenzen für die Bewertung von Entwicklung und für die Bewertung des Entwicklungsstandes einzelner Kulturen. Gerade aus diesem Grund muß in die weiteren Betrachtungen der Struktur- und Entwicklungsperspektiven auch der Standpunkt derjenigen, die Entwicklung definieren, einbezogen werden.¹²⁸

Die Idee von Stufenfolgen einer Entwicklung, die von den Evolutionisten als fortschrittlich gedacht wird, sagt direkt noch nichts über das Verhältnis zwischen verschiedenen Kulturen oder Einheiten aus. Sie weist den einzelnen Kulturen allerdings eine bestimmte Position auf der (imaginären) Entwicklungsskala zu. Das Konzept an sich beinhaltet den Gedanken, daß es bestimmte, erstrebenswerte Entwicklungsziele gibt. Diese Ziele werden im Zweifel von den Kulturen oder Einheiten definiert, die ihnen in ihrer Entwicklung bereits am nächsten gekommen sind. Aus diesem Blickwinkel heraus wird dann angenommen, daß andere Kulturen denselben Entwicklungszielen zustreben sollten.

Diese dem Entwicklungsprinzip inhärente bewertende Hierarchisierung von Kulturen, bei der der Entwicklungsstand gegenwärtiger, moderner, westlicher Kulturen als Vorbild jedweder Entwicklung angesehen wird, wurde und wird in der ethnologischen Theoriediskussion häufig

¹²⁷ Lévi-Strauss (1952b): 34

¹²⁸ Die wellenförmige Entwicklung, die Lévi-Strauss darlegt, wurde auch von Norbert Elias im „Prozeß der Zivilisation“ ähnlich skizziert. Elias geht davon aus, daß Entwicklung nicht zielgerichtet verläuft. Die Summe einzelner, zielgerichteter Initiativen hat für ihn meist ein anderes Ergebnis als jenes, welches den einzelnen Akteuren ursprünglich vorschwebte. Wenn aber geschichtliche Entwicklung gerade nicht unbedingt linear verläuft, verkennen evolutionistische Theorien die Realität. Die Tatsache, daß lineares Fortschrittsdenken jedoch noch immer eine Rolle spielt (nicht nur in Kulturtheorien, sondern beispielsweise in hervorragender Weise auch in der Wirtschaft), läßt weitere Rückschlüsse zu, aus welcher Perspektive die Einschätzung von Realität erfolgt. Deshalb muß im folgenden auch betrachtet werden, welche Akteure Fortschritt auf welche Art definieren.

kritisiert.¹²⁹ Aus dieser Perspektive ist es folgerichtig, wenn beim Vergleich von Kulturen im Hinblick auf verschiedene Entwicklungsstufen

„die Einrichtungen primitiver Gesellschaften als die frühesten Kulturformen angesehen [wurden], aus denen sich allmählich die der westlichen Gesellschaft entwickelt haben sollen“¹³⁰.

In diesem Gedanken ist eine Perspektive der Bedeutung beinhaltet, die auf die Position des Betrachters schließen läßt:

„Wir betrachten ... jede Kultur als kumulativ, die sich in der gleichen Richtung wie unsere eigene entwickelt, deren Entwicklung für uns also eine *Bedeutung* hat, während die anderen Kulturen uns als stationär erscheinen, nicht immer weil sie es tatsächlich sind, sondern weil ihre Entwicklungskurve für uns nichts bedeutet, nicht mit den Begriffen unseres eigenen Bezugssystems meßbar ist.“¹³¹

Die Einschätzung und Bewertung von Entwicklung ist also keine Kategorie an sich, sondern eher eine Funktion, die aus dem Standpunkt des Betrachters resultiert.

Lévi-Strauss formuliert dies sehr deutlich:

„Die Geschichtlichkeit oder, besser noch, der *Ereignisreichtum* einer Kultur oder eines kulturellen Prozesses, ist also eine Funktion, nicht ihrer objektiven Eigenschaften, sondern des Standorts, an dem wir uns ihnen gegenüber befinden, und der Zahl und Verschiedenheiten der Interessen, die wir mit ihnen verknüpfen.“¹³²

Der hier skizzierte Evolutionsgedanke umfaßt Prinzipien der Entwicklung und Differenzierung. Der Gedanke der Entwicklung enthält wiederum den Hinweis darauf, daß zwischen den Kulturen oder Einheiten, die verglichen werden (darauf hin, welchen Stand der Entwicklung sie bereits erreicht haben oder noch erreichen sollten) eine Beziehung besteht, denn der Vergleich selbst stellt ja eine Relation her. Über die Art der Beziehung läßt sich aus dem evolutionistischen Blickwinkel sagen, daß diese durch eine Hierarchie geprägt ist, da es Kulturen beziehungsweise Einheiten gibt, die Entwicklungsziele definieren, während andere Kulturen oder Einheiten diese Ziele aus der Perspektive der Definierenden erreichen sollten.¹³³

Die Idee der Entwicklung umfaßt auch eine zeitliche Komponente. Sie ist in einem historischen Raum verortet:

„Der *Kern der Theorien* aller ethnologischen Wissenschaften ist eine *allgemeine Theorie der Geschichte*. Für viele Ethnologen und Kulturanthropologen stellt eine Theorie der kulturellen Evolution den Hauptteil einer Theorie der Geschichte dar. Daraus geht hervor, daß für jede Evolutionstheorie in den Humanwissenschaften eine *Auseinandersetzung mit dem Problem Geschichte* unerläßlich ist. Die Fruchtbarkeit jeder Evolutionstheorie wird entscheidend davon abhängen, wie sie die Frage nach dem Verhältnis zwischen den historischen Ereignissen einerseits und der Evolution andererseits beantwortet.

¹²⁹ vergl. Raum (1992): 287

¹³⁰ Blok, Anton (1978): Anthropologische Perspektiven. Einführung, Kritik und Plädoyer, Stuttgart 1985: 87; In diesem Zusammenhang sei an die Ausführungen von Lévi-Strauss zur Komplementaritätsbeziehung zwischen Erster und Dritter Welt im Hinblick auf die Entwicklungsperspektive erinnert. Es macht einen großen Unterschied, ob der Entwicklungsstand „moderner“ Gesellschaften die Folge eines schlichten Prozesses der Weiterentwicklung aus einfacheren Gesellschaftsformen ist, oder ob – wie Lévi-Strauss meint – das Entwicklungsniveau moderner (westlicher) Gesellschaften auf Kosten der sogenannten „primitiven“ Gesellschaften erkauft wurde, indem diesen die Entwicklungsmöglichkeiten von außen radikal beschnitten wurden.

¹³¹ Lévi-Strauss (1952b): 37, Hervorheb. im Original

¹³² Lévi-Strauss (1952b): 38, Hervorheb. im Original

¹³³ Eine andere Möglichkeit, wie man Beziehungen beschreiben und erklären kann, wurde bereits im Umfeld der strukturalistischen Perspektive verdeutlicht. Im Gegensatz zu der eher impliziten Relation, die sich aus dem evolutionistischen Standpunkt ableiten läßt, umfaßt das strukturalistische Prinzip der Reziprozität eine bewußt hergestellte Gegenseitigkeit.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß eine Evolutionstheorie losgelöst von den Einzelereignissen der Geschichte ein Widerspruch in sich ist.¹³⁴

Es ist völlig klar, daß Entwicklung immer in bestimmten Zeiträumen betrachtet werden muß. Ohne zeitliche Dimension könnte man nur von Zuständen sprechen und diese analysieren, ohne ihre Hintergründe zu erfassen. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit der klassische Evolutionismus seiner historischen Perspektive tatsächlich gerecht geworden ist.

Anton Blok kritisiert, daß die Anthropologen des 19. Jahrhunderts bei ihren Beschreibungen in Zustandsreduktionen befangen blieben, weil sie mit statischen Begriffspaaren wie primitiv und zivilisiert oder Gemeinschaft und Gesellschaft arbeiteten. Diese Terminologie habe Prozesse auf unveränderliche Zustände reduziert.¹³⁵ Die berechtigte Kritik am Evolutionismus habe jedoch dazu geführt, daß die an sich fruchtbare Entwicklungsperspektive – die natürlich unter neuen Vorzeichen betrachtet werden müßte - in der Ethnologie künftig ein Stück weit vernachlässigt wurde:

„Der Gedanke, Menschen und die Kulturen, die sie hervorgebracht haben, aus ihrer Entstehungsgeschichte heraus zu begreifen, ist sinnvoll und hat wenig an Aktualität eingebüßt. Das gilt auch für die Auffassung, daß gesellschaftliche oder kulturelle Entwicklungen einen bestimmten Verlauf, eine gewisse Ordnung aufweisen. Mit der Kritik am Evolutionismus sind beide fruchtbaren Einsichten in den Hintergrund geraten.“¹³⁶

Für Blok liegt das Problem nicht so sehr in der Theorie des Evolutionismus, der ja das Paradigma der Entwicklung verfochten hat, sondern eher an der Art und Weise, wie Begriffe gebildet und auf Phänomene angewendet werden:

„Die Autoren, die sich solcher Begriffspaare bedienen, reden fortwährend von Veränderungen, Entwicklungen, Transformationen usw., wodurch sie den Eindruck erwecken, als machten sie von einer Entwicklungsperspektive Gebrauch. Tatsächlich jedoch sind sie nur mit Klassifizieren beschäftigt, und zwar in solcher Weise, daß alle Veränderungen auf Dinge zurückgeführt werden, die offensichtlich abgeschlossen sind und sich in ewiger Ruhe befinden wie die moralische Ordnung und die technische Ordnung. Wie sich Letzteres aus Ersterem entwickelt hat, wie sich der Zivilisierungsprozess in bestimmten Gesellschaften vollzogen hat, muß dann wohl dem Auge verborgen bleiben.“¹³⁷

Die geschichtliche Komponente von Evolutionstheorien im allgemeinen und von ethnologischen und kulturalanthropologischen Theorien im besonderen scheint sich also grundsätzlich für die Darstellung von Migrationsprozessen nutzen zu lassen. Allerdings bleibt die Beziehung, die zwischen verschiedenen Kulturen oder Einheiten besteht, noch verschwommen.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt an der Praxis des Evolutionismus ist die Ausblendung der Position des Betrachters. Wie bereits dargestellt, gibt es beim Entwicklungsparadigma immer Definierende, die die Kriterien für Entwicklung aufstellen und bewerten, wer oder was als ent-

¹³⁴ Raum (1992): 306, Hervorheb. im Original

¹³⁵ vergl. Blok (1987): 114

¹³⁶ Blok (1987): 113

¹³⁷ Blok (1987): 122, Hervorheb. im Original

wickelt oder nicht entwickelt zu gelten hat. Bei der Betrachtung von Prozessen der Entwicklung beschreiben die Definierenden jedoch meistens nur die Position anderer Kulturen oder Einheiten und blenden häufig ihre eigene Rolle innerhalb der Prozesse aus:

„Obwohl Anthropologen immer betont haben, daß die Erforschung fremder Kulturen eine notwendige Voraussetzung für ein besseres Verständnis der eigenen, westlichen Zivilisation ist, haben sie der Frage, wie man selbst denn zivilisiert *geworden* ist, kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Sie betrachten die Entwicklung der eigenen Gesellschaft als abgeschlossen und sehen das vorläufige Endresultat als einen Komplex selbstverständlicher Errungenschaften, an denen auch weniger zivilisierte, weniger entwickelte Völker teilhaben können. Von dieser Auffassung zeugen häufig gebrauchte Begriffe wie ‚Verwestlichung‘ und ‚Modernisierung‘ und Gegenüberstellungen wie ‚traditionell‘ versus ‚modern‘ und ‚unterentwickelt‘ versus ‚entwickelt‘. Auch der Ausdruck ‚Entwicklungsländer‘ suggeriert, daß allein bestimmte, nicht-westliche Gesellschaften sich noch entwickeln können - meistens auf das hin, was in den ‚entwickelten‘ westlichen Ländern bereits zustande gebracht worden ist. Solange Anthropologen in bezug auf die Frage, wie sie selbst zivilisiert geworden sind, weiter im Dunkeln tappen, wird es schwierig sein, sich selbst im anderen und die eigene Kultur in der fremden Kultur wiederzuerkennen, womit Anthropologen sich immer gern wichtig getan haben.“¹³⁸

Die eigene Kultur – beziehungsweise abstrakter gesehen die eigene Position – kann jedoch bei der Betrachtung von Entwicklungsprozessen nicht außer acht gelassen werden, da sie selbst ja Bestandteil des Prozesses ist.

Als Zwischenbilanz läßt sich an dieser Stelle festhalten, daß die evolutionistische Perspektive einige Ansatzpunkte für die Beschreibung von Migrationsprozessen bereitstellt. Sie erlaubt es (aufgrund ihrer prinzipiellen theoretischen Ausrichtung, die in der Forschungspraxis allerdings nicht immer unbedingt eingelöst wird), den historischen Rahmen von Entwicklungen zu skizzieren und die Prozeßhaftigkeit von Entwicklung darzustellen. Berücksichtigt man noch Bloks Ansatz, daß die Rolle der Definierenden, die sich selbst ja meist als die „Entwickelten“ sehen, innerhalb von Prozessen ebenfalls betrachtet werden muß, so lassen sich für ein Modell von Migrationsprozessen bereits folgende Komponenten gewinnen:

- Die Annahme, daß es zwischen verschiedenen Territorien bestimmte Beziehungen gibt, wird von der evolutionistischen Theorie – teils implizit, teils explizit - aufgegriffen. Bewertungen wie „primitiv“ oder „zivilisiert“ zeigen, daß es einen Bezugsrahmen geben muß, innerhalb dessen diese Definitionen ihre Geltung beanspruchen.
- Weiter wird die Annahme einer historischen Entwicklung der einzelnen Territorien durch evolutionistische Ansätze bestätigt.

Die Kritik von Blok verweist allerdings darauf, daß der Bezugsrahmen, in dem die Beziehungen (Strukturen) betrachtet werden, bestimmte Perspektiven beinhalten muß. Zum einen muß die Rolle, die die „entwickelten“ Territorien innerhalb des Bezugssystems spielen, genauer betrachtet werden. Dies ist besonders wichtig für die Klärung der Frage, warum Migration überhaupt statt-

¹³⁸ Blok (1987): 145f, Hervorheb. im Original

findet. Die Tatsache, daß Menschen ihr angestammtes Territorium verlassen, um sich in einem neuen Territorium anzusiedeln, läßt darauf schließen, daß es zwischen den Territorien Unterschiede gibt, deren Auswirkungen analysiert werden müssen. Zum anderen müssen die Strukturen selbst genauer betrachtet werden. Die bisher sehr vorsichtig vorgenommene Annahme, daß es bei der Betrachtung von Entwicklungen immer Gruppen gibt, die definieren, was Entwicklung bedeutet, läßt auf das Vorhandensein einer bestimmten Machtperspektive schließen. Diese Machtperspektive muß ebenfalls Eingang in ein Modell von Migrationsprozessen finden.

Bevor jedoch der Bezugsrahmen des Modells von Migrationsprozessen erweitert wird und die den Strukturen inhärente Machtperspektive weiter betrachtet wird, soll im folgenden ein weiteres ethnologisches Paradigma zur Betrachtung historischer Prozesse dargestellt werden.

2.1.3 Ethnohistorische und kulturgeschichtliche Perspektive

Konzepte der Ethnohistorie und der Kulturgeschichte messen in jedem Fall den Aspekten Entwicklung und Geschichte eine große Bedeutung bei. Den Vertretern dieser Paradigmen geht es unter anderem darum zu verdeutlichen, daß die Betrachtung der langfristigen Entwicklung von Kulturen unabdingbar ist für die Möglichkeit des Verstehens gegenwärtiger Situationen und Probleme. Die Erkenntnisgewinnung ethnohistorischer und kulturgeschichtlicher Konzepte beruht dabei vor allem darauf,

„daß man mit ‚Ethnohistorie‘ und ‚Kulturgeschichte‘ tiefere und adäquate Einsicht in geschichtliche Prozesse gewinnen kann, wobei der Schwerpunkt der Forschung nicht auf dem Gebiet der politisch orientierten Ereignisgeschichte, sondern auf dem der kulturellen Manifestationen liegt, d.h. wir versuchen, die jeweils in Zeit und Raum fixierten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen usw. Manifestationen in Form von diachronischen Kulturabläufen zur Darstellung zu bringen. Dadurch können Fragen spezifischer Kulturentwicklung oder des Kultur- und Sozialwandels aufgerollt werden, die für das Gegenwartsverständnis außereuropäischer Ethnien von größter Wichtigkeit sind. Ohne historische Komponente bleibt die Erkenntnis bzw. das Verständnis der Gegenwartsprobleme ein Torso.“¹³⁹

Die Einbeziehung vergangener Entwicklungen bei der Analyse der Gegenwart scheint ein sehr fruchtbarer Ansatz im Hinblick auf die Betrachtung von Migrationsprozessen zu sein. Ein wichtiger Kritikpunkt an der skizzierten Perspektive ist jedoch die Konzentration auf „kulturelle Manifestationen“. Allein der Begriff „Manifestation“ verweist auf ein eher statisches Konzept, da der Ausdruck von etwas eher das Ergebnis einer Entwicklung als die Entwicklung selbst beschreibt.

Dieses Problem wird auch von Vertretern der jeweiligen Konzepte – zumindest unbewußt – aufgegriffen. So werden Begriffe wie „Geschichte“, „Prozesse“ oder „Wandlungen“ häufig verwendet, um Dynamik und Bewegung zu suggerieren:

¹³⁹ Wernhart, Karl R. (1986): Einführung, in: ders. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien / Köln / Graz / Böhlau 1986, S. 11-16: 13

„Die Ethnohistorie kann als Korrektor an der Kolonialgeschichte, an den Entkolonialisierungsereignissen und an den Prozessen der Nationalstaatenwerdung wirken und hat die Aufgabe, aus der Sicht der Betroffenen die soziokulturellen Phänomene bzw. Manifestationen zu analysieren, zu hinterfragen, auszuloten und auf den Wandlungsprozeß in Form von dynamischen Veränderungen anhand von Strukturabfolgen, in Raum und Zeit gebettet, aufmerksam zu machen. Die Kulturgeschichte – um die Dimensionen der Archäologie bzw. Ur- und Frühgeschichte erweitert – will den Kulturwandel in Form einer Strukturgeschichte aufzeigen und so die Wandlungerscheinungen von den frühesten archäologischen Funden an bis zur Gegenwart erarbeiten.“¹⁴⁰

Der Unterschied zwischen Ethnohistorie und Kulturgeschichte wird dabei unter anderem in dem zeitlichen Rahmen, den die Konzepte umfassen, gesehen. So umfasse die Ethnohistorie den „Zeitraum von der Gegenwart bis zu den frühesten Nachrichten“, während die Kulturgeschichte eine „Erweiterung der Ethnohistorie um die archäologische Dimension“ darstelle.¹⁴¹ Dies bedeutet wiederum, daß die Kulturgeschichte sich hauptsächlich mit „Funden“ früherer geschichtlicher Stadien beschäftigt, die gewissermaßen als Ausdruck von früheren Entwicklungen interpretiert werden müssen.

Im Hinblick auf die Bedeutung des Menschen als aktiv gestaltende Persönlichkeit der Entwicklung und der Geschichte befindet sich die Ethnohistorie – zumindest theoretisch gesehen – in einer besseren Ausgangssituation, da die Vertreter dieser historisch orientierten Ethnologie glauben, näher am Menschen zu forschen und ihn als handelnde Persönlichkeit zu sehen:

„Aus diesen Erörterungen ergibt sich, daß die Ethnohistorie sich durch zwei wichtige Gedanken von jedweder Kulturwissenschaft unterscheidet: Begrifflich ausgedrückt durch den Ethnosgedanken und die Dynamik, die auf der Chronologie und Quellensequenz fußt. Die Vertreter der Kulturwissenschaft bzw. Kulturhistorie betonen vor allem die Kultur. Die Ethnien werden nur als Träger der Kultur angesehen, sie werden zu Lieferanten des Faktenmaterials degradiert. Die Ethnohistorie hingegen stellt das historisch erfaßbare Ethnos mit dessen kulturellen Manifestationen in ihren Betrachtungsmittelpunkt. Schließlich können die kulturellen Äußerungen nicht ohne den Menschen betrachtet werden, da ein reziprokes Verhältnis zwischen beiden besteht: Der Mensch prägt die sozio-kulturellen Äußerungen und wird von ihnen auch geprägt und verändert sich dadurch wiederum.“¹⁴²

Diese Argumentation kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ethnohistorie trotz ihres Konzeptes vom Menschen als handelnder Persönlichkeit der Gefahr ausgesetzt ist, in eine Retrospektive zu verfallen, die sich an der statischen Beschreibung geschichtlicher Entwicklung orientiert. Man muß an dieser Stelle fragen, was es konkret bedeutet, wenn ein Forschungsansatz „das historisch erfaßbare Ethnos mit dessen kulturellen Manifestationen“ in das Zentrum der Betrachtung rückt.

Manfred Kremser beispielsweise weist darauf hin, daß die Ethnohistorie sich häufig auf das Quellenstudium beschränkte, da genügend Material über die Geschichte schriftloser Völker existierte. Für ihn liegt das Problem – vor allem der in Deutschland verfolgten Ansätze – darin, daß

¹⁴⁰ Wernhart, Karl R. (1971): Bemerkungen zum Kulturwandel aus der Sicht der Ethnohistorie und Kulturgeschichte, in: ders. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 99-115: 100

¹⁴¹ vergl. Wernhart (1971): 107

¹⁴² Wernhart (1971): 108

sich die Ethnohistoriker auf der einen Seite eher auf die Vergangenheit konzentrieren, während die Feldforscher sich auf der anderen Seite mit der Gegenwart beschäftigen.¹⁴³ Zwischen beiden Vorgehensweisen gebe es jedoch kaum vermittelnde Ansätze. Gerade ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Ebenen sei jedoch notwendig, da sich mittels Feldforschung die Quelldaten zu den durch in der gegenwärtigen Realität gewonnenen Erfahrungen in Bezug setzen lassen.¹⁴⁴

Wernhart und Zips gehen davon aus, daß sich in der Ethnohistorie bereits solche vermittelnden Ansätze herausgebildet haben. Sie machen eine „Historisierung der ethnographischen Gegenwart“ aus. Es gehe inzwischen nicht mehr nur darum, der ethnographischen Beschreibung einen Zeitrahmen anzupassen, sondern um die Erforschung des Geschichtsbewußtseins der ethnographischen Subjekte und um die historische Qualität der ablaufenden Prozesse.¹⁴⁵

Die historisch und kulturgeschichtlich orientierte Ethnologie befindet sich – was ihre Anwendbarkeit auf Entwicklungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen, betrifft – in einer Zwickmühle. Sie verfügt zwar über ein theoretisches und methodisches Instrumentarium, um aus einzelnen „Manifestationen“ eine Geschichte der Entwicklung nachzuvollziehen, doch bezieht sie sich zwangsläufig auf statische Komponenten.

Mit der Rekonstruktion allein ist es jedoch nicht mehr getan, wenn man sich mit der Bedeutung des Verhältnisses von Geschichte und Gegenwart beschäftigen muß, einer Perspektive, der immer mehr Bedeutung zukommt:

„Auch unter Ethnohistorikern ist es inzwischen zur allgemein akzeptierten Ansicht gekommen, daß sich die Geschichte bis in die Gegenwart herein erstreckt. Ich würde noch einen Schritt weitergehen und behaupten, daß die Gegenwart nicht nur das vorläufige Ende der Geschichte darstellt, sondern daß sie gleichzeitig eine entscheidende Periode für das Keimen von neuen Formen historischer Entwicklungen und kulturellen Wandels darstellt.“¹⁴⁶

Man muß sich an dieser Stelle natürlich fragen, ob es überhaupt legitim ist, einen wissenschaftlichen Ansatz auf seine Anwendbarkeit auf Phänomene zu überprüfen, für die er nicht direkt entwickelt wurde. Ausgangspunkt dieser ganzen Erörterung ist nach wie vor die Frage, inwieweit sich ethnologische Theorien für die Beschreibung und Erklärung von Migrationsprozessen nutzen lassen. Da die hier gemachten Ausgangsvoraussetzungen darauf beruhen, daß Migrationsprozesse bestimmte Strukturen von und zwischen Territorien beinhalten und die Entwicklungsgeschichte der Territorien berücksichtigt werden muß, liegt es nahe, sich zunächst mit Struktur- und Entwicklungstheorien zu beschäftigen.

¹⁴³ vergl. Kremser, Manfred (1986): Ethnohistorie und Feldforschung, in: Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 147-161: 148

¹⁴⁴ vergl. Kremser (1986): 156

¹⁴⁵ vergl. Wernhart, Karl R./Zips, Werner (1981): Ethnohistorie und Kulturgeschichte: Diskussion der theoretischen und methodologischen Grundlagen, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdieterich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. und erw. Aufl., S. 255-272: 255f

¹⁴⁶ Kremser (1986): 157

Im Hinblick auf Fragen der Migration müssen natürlich die **gegenwärtige Entwicklung** und das **gegenwärtige Verhältnis** zwischen Territorien betrachtet werden, wobei die Vergangenheit in diese Betrachtungsperspektive unbedingt miteinbezogen werden muß. Wir sind also auf der Suche nach einer Theorie, die **aktuelle Auseinandersetzungen** beschreibbar macht. Kremser merkt, daß Geschichte gerade nicht nur in Richtung Vergangenheit weist, sondern auch in die Zukunft, wobei die Gegenwart einen Schnittpunkt bildet. Manche Theoretiker sehen die Ethnologie vor diesem Hintergrund in einem Dilemma gefangen.

Salat und Salat konstatieren ein Problem der Ethnologie in ihrer Legitimation durch ein bestimmtes Forschungsobjekt. Im Zuge einer Emanzipierung von der Anthropologie, die eine Naturgeschichte vom Menschen zum Ziel hatte, habe sich die Ethnologie durch ein klar definiertes „Objekt“ legitimieren müssen. So seien die „Primitiven“ zum Forschungsgegenstand erhoben worden. Allerdings berge diese Spezialisierung, zu der die notwendige Abgrenzung von anderen Fachdisziplinen gezwungen habe, auch die Gefahr der Restriktion. Die einstige, umfassende anthropologische Dimension habe einer „regional limitierten Auseinandersetzung“ weichen müssen. Die eigentlich somit verlorene ganzheitliche Perspektive wurde gewissermaßen durch den Rückgriff auf das Studium von Gruppen mit geringer Differenzierung, die dann wiederum umfassend betrachtet wurden, kompensiert.¹⁴⁷

Diese neue und somit veränderte ganzheitliche Perspektive gewann ihren theoretischen Wert nun nicht aus allgemeinen Überlegungen über Begriffe wie „Kultur“ und „Gesellschaft“, sondern „nur in Anwendung an real existierenden und scheinbar ‚geschlossenen‘ Kulturen“. Die sich inzwischen stetig vollziehende Transformation von sogenannten „folk societies“ unter dem Einfluß von Industrialisierung und Urbanisierung stellt die Ethnologie schließlich vor das Problem, daß ihr neuer, begrenzt definierter Forschungsgegenstand immer mehr im Verschwinden begriffen ist. Salat und Salat ziehen aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung, daß die Ethnologie künftig entweder eine historische Ausrichtung propagieren oder sie zu vornehmlich mit westlichen Gesellschaften befaßten Disziplinen überlaufen müsse.¹⁴⁸

Dieser Schluß ist jedoch falsch. Bereits am Anfang dieses Kapitels wurde dargelegt, daß der Forschungsgegenstand der Ethnologie die Kultur ist. Und diese ist, gerade im Zuge fortschreitender Differenzierung, immer noch ein Thema, das es zu erforschen gilt. Salat und Salat kritisieren die aus der Holismusidee der Ethnologie gewissermaßen als Kompromiß entstandenen

¹⁴⁷ vergl. Salat, Jana/Salat, Josef (1973): Ethnologie – Ethnohistorie – Hermeneutik, in: Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 163-184: 165

¹⁴⁸ vergl. Salat/Salat (1973): 168f

„Bindestrich-Ethnologien“, da diese zu einem Verlust „autonomer ethnologischer Theorie“ geführt hätten.¹⁴⁹ Sie sehen in dieser Entwicklung keine Zukunft für die Ethnologie:

„Diese ‚Neue Anthropologie‘ kann jedoch kaum mehr als den Charakter eines Programmes beanspruchen, sie kann nur eine Plattform für Informationsaustausch sein, aber keine eigenständige Wissenschaft; die dafür notwendige Integration bestehender Disziplinen läßt sich aufgrund deren heterogenen theoretischen Ansprüchen nur gewaltsam auf der Basis des positivistischen Konzeptes einer ‚unified science‘ erzwingen.“¹⁵⁰

Die zwingende Schlußfolgerung der Autoren aus dieser Perspektive lautet, daß die Ethnologie sich als Wissenschaftsdisziplin von der Untersuchung von differenzierten Sachverhalten grundsätzlich verabschieden müsse. Meines Erachtens liegt jedoch gerade in der Berücksichtigung der zunehmenden Komplexität der Welt, die in den kritisierten „Bindestrich-Ethnologien“ ihren Niederschlag findet, die Zukunft ethnologischer Konzepte.

In diesem Zusammenhang sei an die eingangs dargelegte „Unschärferelation“ von Devereux erinnert. Die Tatsache, daß man ein Phänomen nicht zur selben Zeit aus allen möglichen – und auch wichtigen – Perspektiven betrachten kann, kann nicht zu dem zwangsläufigen Ergebnis führen, daß man sich deshalb mit bestimmten Phänomenen nicht mehr beschäftigt. Die von der Ethnologie propagierte ganzheitliche und damit umfassende und womöglich erschöpfende Betrachtung von einzelnen Gruppen oder Kulturen ist vielmehr eine Illusion, von der es ein für alle Male Abschied zu nehmen gilt. Es ist notwendig zu akzeptieren, daß wissenschaftliche Forschung – und damit auch Ethnologie – es immer mit Fragmenten (Ausschnitten einer komplexen Wirklichkeit) und nicht mit einem bis ins Detail überschaubaren Ganzen zu tun hat, ja zu tun haben kann. Aus dieser Problematik resultieren zwei Vorgaben, denen die Ethnologie folgen sollte. Zum einen ist es notwendig, sich der Komplexität des Forschungsfeldes bewußt zu sein und sich ihr in der praktischen Forschung zu stellen. Zum anderen kann aus diesem komplexen Feld aber immer nur ein begrenzter Ausschnitt – dieser aber gerade unter Berücksichtigung aller Verflechtungen – betrachtet werden.

Wernhart und Zips beurteilen die Perspektiven ethnohistorischer Forschung nicht so negativ wie Salat und Salat. Sie gehen davon aus, daß sich in der Ethnologie ein sozialpolitisches und kulturkritisches Anliegen manifestiert, das für die Betrachtung von Vergangenheit und Gegenwart bedeutsam ist. Ihrer Meinung nach untersucht die Ethnohistorie die Dynamik geschichtlicher Prozesse anhand der historischen Praktiken der Subjekte im Kontext der politischen Beziehungen

¹⁴⁹ vergl. Salat/Salat (1973): 169

¹⁵⁰ Salat/Salat (1973): 169

und ökonomischen Strukturen. Dabei würden historische und **interaktive Beziehungen**¹⁵¹ berücksichtigt.¹⁵²

Gerade die Bedeutung interaktiver Beziehungen, die Einbeziehung kommunikativen Handelns und der damit verbundene Wechsel zu einem dialogischen beziehungsweise diskursiven Paradigma¹⁵³ ermöglichen es, den historischen Rückblick für das Verständnis und die Bedeutung der Gegenwart zu öffnen und somit auch einen Weg für eine Zukunftsperspektive zu eröffnen:

„Als Geschichtswissenschaft im Rahmen der Ethnologie gilt es für die Ethnohistorie im besonderen auf die Divergenz der ‚Geschichten‘ hinzuweisen. Ihre historischen Erfahrungen sind, überlagert von Machtverhältnissen, ineinander verschränkt. Unterscheidungen in Erste und Dritte bzw. Vierte Welt machen das deutlich. Die Angehörigen verschiedener Staaten, Nationen, Ethnien oder sozialer Gruppen auch immer sind einander in bezug auf ihre Temporalität fremd. Sie leben in divergenten Eigenzeiten, haben ihre eigene Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Im Kontakt zueinander laden sich die historischen, bis heute wirksamen (Beziehungs-) Erfahrungen auf. ... Einseitige Lösungsversuche der praktischen Verständigungsprobleme übersehen, daß Fremdheit keine Eigenschaft ist, sondern ein relationaler Begriff.“¹⁵⁴

Zunächst einmal wird hier treffend beschrieben, daß zwischen verschiedenen Einheiten langfristige Wechselbeziehungen bestehen, die bis in die Gegenwart hineinreichen. Gleichzeitig verfügen diese Einheiten jedoch über einen spezifischen Entwicklungsstand und spezifische Erfahrungen. Dieses Konzept ermöglicht es, die Eigenheit eines jeden Territoriums zu untersuchen und anzuerkennen, ohne die Beziehungen zwischen den Einheiten dabei zu vernachlässigen.

Wernhart und Zips betonen den Eigenwert einer jeden Geschichte im Rahmen dieses Beziehungsgeflechts:

„Ethnohistorie schreibt nicht an der *einen* Menschheitsgeschichte, sondern interessiert sich für eine Vielzahl von Geschichten, für deren Differenzen und Wechselwirkungen unter Einbezug der ‚eigenen‘ Geschichte.“¹⁵⁵

Gerade der Einbezug der „eigenen“ Geschichte - des häufig einer westlichen Kultur entstammenden Betrachters - ermöglicht es, aus dem ethnohistorischen Ansatz eine **Kritik der eigenen Geschichte** und damit auch eine Kritik der eigenen Gegenwart abzuleiten. So sind Wernhart und Zips der Ansicht, daß das Geschichtsverständnis um **das Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Geschichten** erweitert werden muß. Dabei dürfe die Evolution der westlichen Moderne nicht als der einzige authentische Entwicklungsweg der bisherigen Menschheitsgeschichte betrachtet werden.¹⁵⁶

¹⁵¹ Ein Beispiel für die Gestaltung interaktiver Beziehungen wurde bereits mit dem strukturalistischen Reziprozitätsprinzip beschrieben. Die geschichtliche Perspektive wurde dabei durch die Entwicklung des Gabentausches zum Vertragsrecht erhellt.

¹⁵² vergl. Wernhart/Zips (1981): 260ff

¹⁵³ vergl. Wernhart/Zips (1981): 264ff

¹⁵⁴ Wernhart/Zips (1981): 268; Der Verweis auf eine je spezifische Temporalität ist etwas irreführend. Das von Lévi-Strauss beschriebene Komplementaritätsverhältnis zwischen Erster und Dritter Welt zeigt ja gerade, daß die unterschiedlichen Temporalitäten aus wechselseitigen Beziehungen (die wiederum einseitig dominiert sind) resultieren und folglich miteinander verknüpft sind. In diesem Kontext sollte also anstelle von „Temporalität“ besser von „Entwicklungsstand“ gesprochen werden, da dieser Entwicklungsstand ja aus einer gemeinsamen Temporalität im Hinblick auf **geschichtliche Verbindungen** resultiert. Entwicklung wird hierbei gerade nicht unter einer linearen Fortschrittsperspektive gesehen.

¹⁵⁵ Wernhart/Zips (1981): 269

¹⁵⁶ vergl. Wernhart/Zips (1981): 270

Miklós Szalay mißt ebenfalls der Erforschung des Kulturkontakts und der Kulturbegegnung im Zuge einer historisch orientierten Ethnologie eine große Bedeutung bei. Für ihn steht dabei allerdings das Verhältnis der indigenen Völker zueinander sowie das Verhältnis zwischen den ehemaligen Kolonialvölkern und den kolonialen Mächten im Vordergrund.¹⁵⁷

Bei der Betrachtung von Migrationsprozessen muß man sich darüber im klaren sein, daß der Kulturkontakt nicht erst durch die Migration zustande kommt. Viele migrationstheoretische Ansätze basieren jedoch auf dieser falschen Ausgangsvoraussetzung. Probleme von Migrationsgesellschaften werden bisweilen eher nur unter dem Blickwinkel der Wanderungsperspektive betrachtet. Die geschichtliche und prozeßhafte Komponente, die der Migration vorausgeht und auch über die eigentliche Wanderung hinaus wirkt, bleibt dabei dann außer acht. Gerade aus diesem Grund wird an dieser Stelle so ausführlich der Gehalt ethnohistorischer Theorie diskutiert, auch wenn die Ethnohistorie keine direkten Beiträge zur aktuellen Migrationsforschung leistet.

Die Ethnohistorie verfügt – wie bereits gezeigt wurde – über einige fruchtbare Annahmen, die für eine Migrationstheorie im globalen Kontext genutzt werden können. Unter anderem hat sicherlich die Tradition der ethnohistorischen Forschung dazu beigetragen, daß sie sich – trotz der theoretischen Möglichkeiten, die bereits analysiert wurden – eher auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart beschränkt hat. Die einschränkenden Voraussetzungen sollten nicht davon abhalten, die fruchtbaren Ansätze der Ethnohistorie für ein gegenwartsorientiertes Modell von Migrationsprozessen zu nutzen. Nachstehende Aspekte sollen auf jeden Fall in dem Modell berücksichtigt werden:

- Die Gegenwart muß in historischer Perspektive als Durchgangsstadium (und nicht etwa als Endzustand) verstanden werden. Sie resultiert aus vergangenen Entwicklungen und bildet den Ausgangspunkt für künftige Entwicklungen.
- Auf der Basis des Konzepts der komplementären Temporalität müssen die zu untersuchenden Einheiten im Hinblick auf ihren spezifischen Eigenwert untersucht werden.
- Der spezifische Entwicklungsstand wirkt sich auf das Beziehungssystem, in dem die Einheiten zueinander stehen, aus.
- Die Perspektive, aus der Migrationsprozesse bewertet werden, ist immer eine relationale, da sie vom Standpunkt des Betrachters abhängt.

Die bisherigen Ansätze haben bereits wichtige Rahmenbedingungen für die Beschreibung von Beziehungssystemen und historischen Entwicklungen skizziert. Da es in dieser Arbeit darum geht, die Folgen und Perspektiven von Kulturkontakten zu analysieren, die sich im globalen Sys-

¹⁵⁷ vergl. Szalay, Miklós (1983): Ethnologie und Geschichte. Zur Grundlegung einer ethnologischen Geschichtsschreibung. Mit Beispielen aus der Geschichte der Khoi-San in Südafrika, Berlin 1983: 59f

tem sowie als Folge von Migrationsprozessen ergeben, sollen nun ethnologische Ansätze dargestellt werden, die sich mit Kulturkontakten in der Gegenwart beschäftigen.

2.1.4 Interethnische Perspektive

Die bisherigen Ausführungen zur evolutionistischen und zur ethnohistorischen Perspektive haben gezeigt, daß die Ethnologie zwar verschiedene Modelle zur Beschreibung von Strukturen und Entwicklungen einzelner Kulturen oder Einheiten hervorgebracht hat, diese sich aber nur begrenzt für die Beschreibung der Strukturen und Entwicklungen **zwischen Kulturen oder Einheiten** nutzen lassen. Auch die interethnische Forschung innerhalb der Volkskunde beschränkte sich zunächst auf die Betrachtung von vornehmlich einer Kultur. Sie betrachtete nämlich die Lebenszusammenhänge deutscher Minderheiten in Europa. Die sogenannte „Sprachinselvolkskunde“ legte ihre Aufmerksamkeit auf die Beziehungen der im Ausland lebenden Deutschen zum Deutschen Reich.¹⁵⁸

In den sechziger Jahren flammte eine kritische Diskussion über die Forschungsansätze auf, so daß zwischenzeitlich den Wechselbeziehungen zwischen den Ethnien mehr Aufmerksamkeit zuteil wurde. Vorgänge der Anpassung der Auslandsdeutschen an ihre Umgebung und Prozesse der Eingliederung wurden in die Betrachtungen der „Sprachinseln“ miteinbezogen. Das Interesse an der Untersuchung von interethnischen Prozessen flaute jedoch wieder ab. Erst im Zuge der „Gastarbeiterfrage“ in den siebziger Jahren wendete sich die Volkskunde, diesmal unter anderen Vorzeichen, der interethnischen Forschung wieder verstärkt zu.¹⁵⁹

Die interethnische Forschung geht davon aus, daß sich die jeweiligen Ethnien aufgrund der Vorstellung eines gemeinsamen Ursprunges, aufgrund eines gemeinsamen kulturellen Erbes, aufgrund gleicher Sprache und gleicher Verhaltensweisen als Gruppen begreifen, die von einem Gefühl der Zusammengehörigkeit geprägt sind.¹⁶⁰ Die Ethnien (oder Einheiten) können jedoch nicht für sich allein betrachtet werden, da sie ja immer in einem spezifischen Kontext angesiedelt sind:

„Weil ethnische Individualitäten aber auf die Umwelt reagieren, können sie nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind immer in Beziehung zu den anderen Ethnien ihrer Umgebung zu sehen. ... Die *kulturellen Wechselwirkungen*, die sich in den sich begegnenden ethnischen Einheiten abspielen, hat man in der Forschung mit dem Terminus ‚*interethnische Beziehungen*‘ benannt. ... Diese Kommunikationsprozesse wären ... im Hinblick darauf zu befragen, wie sie zur Identitätsfindung einer bestimmten Gruppe beitragen.“¹⁶¹

¹⁵⁸ vergl. Schenk, Annemarie (1988): Interethnische Forschung, in: Brednich, Rolf W. (1988) (Hg.): Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie, Berlin 1994, 2. Überarb. u. erw. Aufl., S. 335-352: 337ff

¹⁵⁹ vergl. Schenk (1988): 340f

¹⁶⁰ vergl. Schenk (1988): 342; An dieser Stelle sei der Begriff Ethnie nur sehr grob skizziert, da es hier zunächst darum geht, das Verhältnis zwischen Ethnien darstellbar zu machen. Die inhaltliche Bestimmung von Ethnien wird an späterer Stelle aufgegriffen werden.

¹⁶¹ Schenk (1988): 343, Hervorheb. im Original

Schenk legt also dar, daß zwischen Ethnien wechselseitige Beziehungen bestehen. Es finden Kommunikationsprozesse statt, die zum einen von den Ausgangsvoraussetzungen der an der Kommunikation beteiligten Gruppen geprägt sind, die aber auch auf die Konsistenz der Gruppe zurückwirken. Damit weist die interethnische Volkskunde in ihren Ursprüngen schon darauf hin, daß es darum gehen muß, die **Beziehungen zwischen Gruppen** zu analysieren.

Diese Beziehungen sind geprägt vom Selbstverständnis der Gruppen wobei dieses Selbstverständnis durch die Beziehungen wiederum beeinflusst wird:

„Jedes soziale Gefüge ... manifestiert sich in kulturellen Zeichen. So ist *ethnisches Selbstverständnis* auch stets *kulturelles Selbstverständnis*, denn die ethnischen Gruppen unterscheiden sich im wesentlichen durch ihre kulturellen Äußerungen und grenzen sich durch diese gegeneinander ab. Die kulturellen Zeichen fungieren im Interaktionsfeld einer oder auch mehrerer ethnischer Individualitäten als Sprache. Mit deren Hilfe werden die Kommunikationsprozesse in der Gruppe selbst und zwischen ihr und der Umwelt abgewickelt. Da die kulturellen Zeichen an die Gruppe gebunden sind, stellen auch sie Erscheinungen dar, die sich im Laufe der Zeit verändern. Durch diesen Sachverhalt wird die volkskundliche Forschung in die Lage versetzt, über die Gegenstände der Kultur in ihrer Zeichenhaftigkeit Rückschlüsse zu ziehen auf das gesellschaftliche Leben einer Gruppe in ihrem sozialen und ethnischen Umfeld, auf Wandlungsprozesse, die in ihr im Gang sind, auf ihr Selbstverständnis.“¹⁶²

Bei Schenk klingt bereits an, daß das Selbstverständnis¹⁶³ der Gruppen entscheidende Auswirkungen auf die Gestaltung der Interaktion hat.

Es gilt also, bei der Betrachtung von globalen Beziehungen und Migrationsprozessen das Selbstverständnis aller Beteiligten zu berücksichtigen. Das Selbstverständnis ist jedoch – wie Schenk bereits darlegt – an die spezifische Kultur gekoppelt, so daß die Analyse der Kultur ebenfalls in die Darstellung der stattfindenden Prozesse einfließen muß. Für Schenk ist völlig klar, daß das „Interaktionssystem“ als Ganzes, also die Wechselwirkungen zwischen den beteiligten Gruppen, die Art und Weise, wie eine Gruppe eine andere sieht und umgekehrt, den Ausgangspunkt der Analyse bilden muß.¹⁶⁴

Im Zusammenhang mit der kulturellen Perspektive, die in dieser Analyse eine Rolle spielt, läßt sich an dieser Stelle schon sagen, daß auch die Kultur selbst Teil dieses Interaktionssystems ist. Kultur darf nicht als statische Ausgangskomponente betrachtet werden, die sich zwar im Laufe der Interaktion verändert, aber zuvor den Charakter des schon Gewesenen hatte. Vielmehr ist davon auszugehen, daß bereits vor der Interaktion, die als Resultat der Migration zustande kommt, bestimmte wechselseitige Beziehungen bestanden haben. Neuere Arbeiten zur interethnischen Forschung greifen die gerade angeführten Aspekte zunehmend auf.

¹⁶² Schenk (1988): 343f, Hervorheb. im Original

¹⁶³ Die Frage des Selbstverständnisses deutet bereits an, daß in Beziehungssystemen auch personale und kollektive Befindlichkeiten von Bedeutung sind. Diese müssen im weiteren Verlauf dieser Arbeit also ebenfalls in die Analyse miteinbezogen werden. Das Selbstverständnis ist nämlich eine Frage der Identität, und diese sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene.

¹⁶⁴ vergl. Schenk (1988) 344

Dracklé und Kokot weisen beispielsweise darauf hin, daß die ethnologische Forschung sich bereits seit Beginn der achtziger Jahre zunehmend mit den Bezügen zwischen lokalen Ebenen und überlokalen Prozessen beschäftige. Die Ethnologie arbeite an einem Konzept, das sowohl „historische“ Perspektiven als auch den „komplexen Kontext regionaler, nationaler und transnationaler Verflechtungen“ berücksichtige.¹⁶⁵ Dabei müsse sich die Forschung im gegenwärtigen Europa den Prozessen der Globalisierung ebenso stellen wie den Anforderungen, die durch transnationale Verflechtungen und eine zunehmende kulturelle Komplexität erwachsen:

„Grenzen lösen sich auf und bilden sich neu, Identitäten und Zugehörigkeiten erweisen sich als zunehmend flexibel, durchlässig und umstritten. Nicht nur die Abgrenzung der Untersuchungseinheiten wird zum Problem, sondern auch die Trennung von ‚Subjekt‘ und ‚Objekt‘ in der ethnologischen Forschung.“¹⁶⁶

Dracklé und Kokot weisen auf die steigende Komplexität ethnologischer Forschungsfelder hin. Mit dieser Komplexität einher geht eine zunehmende Unüberschaubarkeit der zu berücksichtigenden Aspekte, selbst bei sehr eng definierten Forschungsfragen.¹⁶⁷

Im Zuge der Darstellung evolutionistischer und ethnohistorischer Ansätze wurde bereits deutlich, daß die Perspektive geschichtlicher Entwicklungen immer auch von der Position des Betrachters abhängt. Es wurde versucht, den Blick dafür zu sensibilisieren, daß Geschichte und Entwicklung keine Entitäten an sich sind, sondern daß sie immer in einem bestimmten Kontext entstehen beziehungsweise aus diesem Kontext heraus dargestellt werden müssen. Diese Ansicht vertreten auch Dracklé und Kokot, die ebenfalls darauf hinweisen, daß der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem bestimmte Modelle entstehen, selbst Bestandteil der Untersuchung sein muß:

„Offiziell verschriftlichte Versionen von Geschichte bilden aber nicht nur ein historisches ‚Setting‘ für die Präsentation des ethnographischen Einzelfalles. Sie sind *eine* Variante eines fortwährenden Diskurses um Ereignisse und Identitäten, dem andere, oft radikal abweichende Modelle entgegenstehen. Die Konkurrenz der ‚Geschichten‘, die Bedingungen ihrer Produktion und Durchsetzung im Wettstreit um Definitionsmacht werden damit zu einem zentralen Thema der Ethnologie.“¹⁶⁸

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Definitionsmacht aufgegriffen, die im Verlauf der bisherigen Erörterungen ebenfalls schon angeschnitten wurde. Sie soll später separat diskutiert werden.

Der Raum zwischen Einheiten oder Kulturen wird in der europäischen Ethnologie zum zentralen Gegenstandsbereich. Henk Driessen weist darauf hin, daß gerade Grenzerfahrungen, also die

¹⁶⁵ vergl. Dracklé, Dorle / Kokot, Waltraud (1996): Neue Feldforschungen in Europa. Grenzen, Konflikte, Identitäten, in: dies. (1996) (Hg.): Ethnologie Europas. Grenzen, Konflikte, Identitäten, Berlin 1996, S. 3-20: 3ff

¹⁶⁶ Dracklé/Kokot (1996): 7

¹⁶⁷ Gerade aus diesem Grund wurde bisher der Struktur- und Entwicklungsgedanke der Ethnologie isoliert von seinen zentralen Gegenstandsbereichen wie Kultur oder Ethnien betrachtet. Die gerade angeführte Komplexität läßt es nämlich als notwendig erscheinen, das Modell der Migrationsprozesse in einzelnen Etappen gewissermaßen Stein für Stein aufzubauen. Dabei ergibt es sich zwangsläufig, daß bestimmte Komponenten wie Kultur zunächst aus ihrem Kontext ausgeklammert werden müssen, um den Kontext an sich sichtbar zu machen. Erst wenn der Rahmen feststeht, sollten seine Inhalte näher beleuchtet werden.

¹⁶⁸ Dracklé/Kokot (1996): 8, Hervorheb. im Original

kulturellen Prozesse zwischen Staaten und Kontinenten, verstärkt in der ethnologischen Forschung berücksichtigt werden müssen:

„The plea to develop an anthropology of frontiers is undoubtedly a timely one in view of the recent shifts in political borders both within and outside Europe. International migration, increasing global interdependencies, the changing nature of the nation state, and peoples and identities on the move – matters widely discussed in political circles, the mass media and academia – all call for adjustments in the anthropological gaze and research practice. My first contention is that for anthropology to become a truly cosmopolitan discipline, more systematic attention should be paid to people, events and cultural processes in border zones between states and continents.“¹⁶⁹

Driessen ist sich ebenfalls der Tatsache bewußt, daß die ethnologische Forschung eine seit langem geltende Definitionsmacht durchbrechen muß, um die Perspektiven aller Beteiligten im Grenzraum sichtbar zu machen:

„Until recently, many border studies – in particular in political science, geography, history, and economics – have taken a view from the center towards the fringes. As an anthropologist still faithful to one of the basic canons of the discipline, I argue for a reversal of this view, for an ethnographic perspective from the bottom up, a view from the periphery, an emphasis on the politics, economics and ideology of relationships on the ground. Whereas traditional border studies often thought in terms of two separate borderlands, I argue for the view of the frontier as an interactive process, as a single political, economic and cultural field. By this I imply that any frontier is as much constructed (and often contested) from the inside out as it is from the outside in. ... While so far the vast majority of anthropological border studies have focused on the importance of symbolic boundaries between groups, mostly conceived as ethnic, it is now time to explore how identities are constructed in everyday life in border areas.“¹⁷⁰

Es geht jedoch nicht nur darum, den Blickwinkel zu erweitern. Driessen setzt sich dafür ein, sich nicht nur mit den Grenzen – und damit mit dem Trennenden – zu beschäftigen. Sein Anspruch, die Art und Weise, wie sich Identitäten in Grenzräumen herausbilden, darzustellen, führt weit über die Beschreibung des eigentlichen Interaktionssystems hinaus, da nun auch das Innenleben der Akteure in die Betrachtung einfließen muß. Genau dieser umfassenden, ganzheitlichen Perspektive wird sich diese Untersuchung anschließen. Allerdings wirft ein solcher Anspruch erhebliche Probleme auf. Die vielfältigen Strukturen, die ineinander verstrickt sind, müssen zunächst aufgedröselt und in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt werden. Gleichzeitig müssen die Verflechtungen jedoch in ihrer Komplexität immer wieder als Ganzes betrachtet werden. Dies führt weit über das von Devereux angeführte Problem des „doppelten Diskurses“ hinaus, da gewissermaßen ein multidimensionaler Diskurs notwendig wird. So kommt auch Driessen zu dem Schluß, daß die vielfältigen Prozesse, die aus der Migrationsproblematik resultieren, nicht allein durch Feldstudien betrachtet werden können, da sie zu komplex sind.¹⁷¹

¹⁶⁹ Driessen, Henk (1996): What Am I Doing Here?. The anthropologist, the mole, and border ethnography, in: Kokot, Waltraud / Dracklé, Dorle (1996) (Hg.): Ethnologie Europas. Grenzen, Konflikte, Identitäten, Berlin 1996, S. 287-298: 288

¹⁷⁰ Driessen (1996): 290

¹⁷¹ vergl. Driessen (1996): 294

Aus der interethnischen Perspektive heraus sollten folgende Punkte in einem Modell für Migrationsprozesse berücksichtigt werden:

- Beziehungen zwischen Einheiten sind immer wechselseitig. Den Kontext von Migrationsprozessen bildet also ein Interaktionssystem.
- Es dürfen nicht nur die Phasen der eigentlichen Migrationsprozesse betrachtet werden, sondern auch „Vorgeschichten“ und künftige Entwicklungen müssen im Modell berücksichtigt werden.
- Die Betrachtungsperspektive darf sich nicht nur von einem Zentrum (beispielsweise den westlichen Staaten) nach außen richten, sondern muß auch den umgekehrten Blickwinkel beinhalten.

2.1.5 Ethnologische Perspektive von Machtstrukturen

Bei der Beschreibung der Strukturen und der Entwicklung der Beziehungen zwischen bestimmten Einheiten wurde bereits mehrmals angedeutet, daß diese Beziehungen nicht neutral, sondern durch bestimmte Machtaspekte bestimmt sind. Schon Bronislaw Malinowski erkannte, daß es notwendig ist, den Horizont der Anthropologie zu erweitern und die Art der Beziehungen zwischen den Kulturen näher zu betrachten:

„Die Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern werden sozial und kulturell, aber auch ökonomisch weitgehend von der Rassenschranke bestimmt. Wer diese Verhältnisse als ‚wohlintegrierten Bezirk der Koexistenz‘ oder als schlichte ‚Mischung‘ auf der Grundlage direkter ‚Entlehnung‘ betrachtet, verkennt die wirklichen Triebkräfte der Beeinflussung und Gegenbeeinflussung und die Stärke der wechselseitigen Widerstände und Antagonismen zwischen den beiden Rassen und Kulturen.“¹⁷²

Es wirft sich die Frage auf, welches denn die „wirklichen Triebkräfte der Beeinflussung und Gegenbeeinflussung“ sind, wer auf wen welchen Einfluß ausübt und auf welcher Grundlage.

Sobald es bestimmte Quellen der Macht gibt, zu denen bestimmte Personen Zugang haben, besteht immer auch die Möglichkeit, daß diese Macht mißbraucht wird:

„Unterdrückung und Mißbrauch der Autorität liegen erst dann vor, wenn diese zum einseitigen Nutzen der wenigen Machthaber und auf Kosten der vielen ausgeübt wird. Die Macht hat drei Hauptquellen, eine moralische, eine wirtschaftliche und eine politische, und diese können durch Anwendung von Furcht beziehungsweise Reichtum und Gewalt mißbraucht werden.“¹⁷³

Allein diese Mehrdimensionalität von Macht erfordert von Seiten der Ethnologie eine Ausweitung ihres Forschungsbereiches.

¹⁷² Malinowski, Bronislaw (1938): Kulturwandel als Thema der Anthropologie, in: ders. (1986): Schriften zur Anthropologie. Schriften in vier Bänden, Band 4, Frankfurt am Main 1986, S. 53-56: 55

¹⁷³ Malinowski, Bronislaw (1942): Ursprung und Entwicklung der Macht, in: ders. (1986): Schriften zur Anthropologie. Schriften in vier Bänden, Band 4, Frankfurt am Main 1986, S. 197-203: 197

Für Malinowski gestaltet sich das erweiterte Aufgabengebiet des Anthropologen – als Folge der Kolonialpolitik – folgendermaßen:

„All das stellt den Anthropologen vor neue Aufgaben. Bis jetzt hat er sich mit dem begrenzten Stammeshorizont einer unentwickelten Kultur beschieden. Nun muß er sich mit Fragen der Weltwirtschaft, der Finanzen, der Kolonialpolitik, des Erziehungswesens und der Ziele, Absichten und Anschauungen der Missionare vertraut machen. Da die Eingeborenenengesellschaften in die Weltpolitik und Weltwirtschaft einziehen, darf der Anthropologe dieser modernen Seite nicht unkundig bleiben, wenn er die Problematik in ihrer Gesamtheit erforschen will.“¹⁷⁴

Festzuhalten ist also, daß die Ethnologie die Wege, auf denen Macht gewonnen und ausgeübt wird, betrachten muß.

Macht tritt im ethnologischen Kontext häufig nicht direkt, sondern eher verdeckt auf. Blok erläutert beispielsweise, wie die Verwendung der Begriffe „Primitive“ und „Zivilisierte“ ein Machtungleichgewicht darstellt und gleichzeitig auch aufrechterhält:

„Zum Teil als Folge der Kritik am Evolutionismus, aber vor allem infolge der Festigung der westlichen Kolonialherrschaft, wurde die Konnotation von ursprünglich in der Bezeichnung primitiv allmählich schwächer. Die Betonung verschob sich von erster auf niedrigste Entwicklungsstufe, wobei sich der Begriff primitiv gleichzeitig verselbständigte. Anstelle von *savages* sprach man von *Primitiven* im Sinne geistig und moralisch niedriger stehender Menschen. Die Mächtigen rechtfertigten ihre privilegierten Positionen gewöhnlich nicht durch den Hinweis darauf, daß sie über mehr Machtmöglichkeiten verfügen als die, die sie beherrschen. Sie neigen eher dazu, ihre Machtmittel zu leugnen und sich auf ihre moralische Überlegenheit zu berufen. Auf diese Weise betonen sie, daß der Platz, den die weniger Mächtigen einnehmen, ihnen auch zukomme, weil sie minderwertig, weniger zivilisiert oder gar unzivilisiert, das heißt *primitiv* seien. Weder die Kritik am Rassismus, die nur unvollkommen die kulturellen Unterschiede erkannte, noch der Kultur-Relativismus, der sich in dieser Zeit entwickelte, hat verhindern können, daß die Bezeichnung Primitive bis weit ins zwanzigste Jahrhundert in dieser abfälligen Bedeutung gebraucht wurde.“¹⁷⁵

Moderne Migrationsprozesse und das globale Gefüge im allgemeinen weisen zwar andere Strukturen auf als der Kulturkontakt im Zuge kolonialer Expansion, doch sollte man sich darüber im klaren sein, daß gerade die Verwendung von Begriffen tatsächliche Machtstrukturen leicht verbirgt. Deshalb ist es notwendig, bei der Betrachtung von Migrationsprozessen immer auch die Definitionen, mit denen die einzelnen Beteiligten belegt werden, zu betrachten. Denn gerade die Verwendung von Begriffen, die wiederum nicht hinterfragt werden, trägt zur Verschleierung von Macht bei.

Folgende Aspekte müssen also in die Betrachtungen von globalem System und Migration einbezogen werden:

- Die Relationen zwischen verschiedenen Einheiten sind nicht neutral, sondern durch Macht geprägt.
- Macht wiederum ist mehrdimensional und umfaßt beispielsweise die Sphären Wirtschaft, Moral oder Politik.

¹⁷⁴ Malinowski (1938): 56

¹⁷⁵ Blok (1978): 128, Hervorheb. im Original

Da Macht nicht nur direkt, sondern häufig nur implizit – beispielsweise bei der Verwendung bestimmter Begriffe – in Erscheinung tritt, muß in der Analyse nach verdeckten Machtstrukturen gesucht werden. Dies bedeutet, daß ein Modell von Migrationsprozessen und globalen Beziehungen auch solche impliziten (teils auch unbewußten¹⁷⁶) Strukturen erfassen muß.

2.2 Prozeß- und figurationstheoretische Perspektiven von Migrationsprozessen und globalen Beziehungen

Die bisherigen Überlegungen zu den Ausgangsvoraussetzungen und Dimensionen von Migrationsprozessen haben bereits gezeigt, daß Migration in einem mehrdimensionalen globalen Raum stattfindet. Dieser Raum beinhaltet eine historische Perspektive. Er ist von Relationen zwischen den in Migrationsprozesse involvierten Einheiten durchzogen, wobei diese Interaktionsbeziehungen wiederum qualitativ durch Machtaspekte gekennzeichnet sind. Aus dem Bereich ethnologischer Theorien konnten bereits einige fruchtbare Einsichten im Hinblick auf Aufbau und Strukturen dieses Interaktionssystems gewonnen werden. Die bereits skizzierten Möglichkeiten, die die Ethnologie bei der Betrachtung von Migrationsprozessen bietet, sind allerdings eher unspezifischer Natur.

Die bisherige Modellentwicklung umfaßt also eher allgemeine Denkperspektiven. Um konkrete Systeme analysieren zu können, muß das Modell modifiziert werden. Da der eigentliche Forschungsgegenstand der Ethnologie – wie bereits ausgeführt – hauptsächlich im Bereich der Kultur angesiedelt ist, ist es eine logische Folge, daß die ethnologische Theoriebildung sich auf diesen Ausschnitt der Wirklichkeit konzentriert. Gerade deshalb wurde bisher von den konkret zu untersuchenden Einheiten – Staaten, die in ein weltpolitisches Geflecht eingebunden sind – abstrahiert. Dieser Kunstgriff ermöglichte es, grundsätzlichen ethnologischen Denkansätzen in einem neuen Bezugsrahmen zur Geltung zu verhelfen, auch wenn sie nicht explizit für diesen Bezugsrahmen entwickelt wurden. Im folgenden soll nun das Modell zur Darstellung von Migrationsprozessen und globalen Beziehungen konkretisiert werden. Es soll gezeigt werden, wie sich Prozesse und Figurationen entwickeln, in welchem Verhältnis Einheiten (Staaten) zueinander stehen und wie sich (Macht-)Relationen herausbilden.

¹⁷⁶ Die Bedeutung unbewußter Strukturen, die beispielsweise von der Ethnopschoanalyse in umfassender Weise herausgearbeitet wurde, wird in einem der folgenden Kapitel näher betrachtet werden. Das Beispiel von Blok weist schon darauf hin, daß es zu kurz gegriffen wäre, die Implikationen von Bezeichnungen wie „primitiv“ allein auf der begrifflichen Ebene zu analysieren. Die Machtmittel, die laut Blok auf diese Weise wirken, werden nämlich häufig gerade nicht bewußt „geleugnet“.

2.2.1 Entwicklung komplexer Einheiten

Wie bereits dargestellt wurde, gehen Migrationsprozesse immer von bestimmten Territorien aus und führen die Wandernden in neue Territorien. Die globalen Beziehungen, die zwischen diesen Territorien bestehen, sind eng verknüpft mit der Entstehungsgeschichte dieser Einheiten. Aus diesem Grund liegt es nahe, nach einem Modell zu suchen, das beide Perspektiven miteinander verknüpfen kann. Norbert Elias ist es gelungen, mit seiner Prozeß- und Figurationstheorie ein umfassendes Synthesemodell zu entwickeln, das diesem Anspruch gerecht wird.¹⁷⁷ Seine Theorie wird sowohl der relativen Autonomie der einzelnen Einheiten als auch der Interdependenz, die zwischen ihnen besteht, gerecht.

Elias bringt mit seiner Figurationstheorie die verschiedenen Teilfigurationen mit unterschiedlichen Integrationsniveaus in einem Modell mit mehreren Ebenen zur Synthese.¹⁷⁸ Die einzelnen Komponenten sind eng miteinander verknüpft, doch erscheint es ratsam, aus Gründen der Übersichtlichkeit zunächst die Bestandteile des entwickelten Systems isoliert zu betrachten, um dann in einem zweiten Schritt die Ebene des Beziehungsgeflechts aufzugreifen.

Elias skizziert die Soziogenese des Staates vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Er weist nach, wie im Zuge fortschreitender gesellschaftlicher Differenzierung die Organisationseinheiten, in denen Menschen zusammenleben, immer komplexer werden. Die Einheiten werden dabei immer größer, und die Beziehungen innerhalb der Einheiten wachsen zu einem Abhängigkeitsgeflecht an:

„Jedesmal, wenn sich das Schwergewicht innerhalb der Gesellschaft Integrationseinheiten einer neuen Größenordnung zuneigt ..., jedesmal hängt die Wandlung damit zusammen, daß die gesellschaftlichen Funktionen sich anders und stärker differenziert haben, daß die Aktionsketten der Gesellschaftsorganisation, der militärischen, wie der wirtschaftlichen Organisation, mehr Glieder bekommen haben und länger geworden sind. Jedesmal bedeutet es, daß das Geflecht der Angewiesenheiten und Abhängigkeiten, die sich in dem Einzelnen kreuzen, größer und seiner Struktur nach anders geworden ist Der Prozeß der 'Zivilisation' ist, von der Seite des Verhaltens und des Trieblebens her gesehen, dasselbe, wie, von der Seite der menschlichen Beziehungen her gesehen, der Prozeß der fortschreitenden Verflechtung, die zunehmende Differenzierung der gesellschaftlichen Funktionen und, ihr entsprechend, die Bildung immer umfassenderer Interdependenzen, immer größerer Integrationseinheiten, von deren Ergehen und Bewegungen der Einzelne abhängig ist, ob er es weiß oder nicht.“¹⁷⁹

Die Entstehung größerer Einheiten beruht auf einem Monopolmechanismus. Dauerhafte Gleichgewichte sind selten, da diejenigen, die sich an einem Konkurrenzkampf beteiligen, über eine jeweils unterschiedliche Position der Stärke verfügen. Im Verlauf der Konkurrenzkämpfe akkumulieren die Stärkeren immer mehr Macht:

¹⁷⁷ vergl. Baumgart, Ralf/Eichener, Volker (1991): Norbert Elias zur Einführung, Hamburg 1991: 12

¹⁷⁸ vergl. Baumgart/Eichener (1991): 42f

¹⁷⁹ Elias, Norbert (1939b): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band. Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt 1977, 3. Aufl.: 118f

„Jede Konkurrenzfiguration weist eine immanente Tendenz zur Monopolbildung auf, die sich daraus ergibt, daß die Wahrscheinlichkeit, daß alle Beteiligten sich in einer Gleichgewichtslage halten, außerordentlich gering ist. Wenn es jedoch einem Beteiligten gelingt, einen Konkurrenten zu besiegen, erhöht sich seine Stärke gegenüber den anderen. Mit jedem weiteren Sieg akkumuliert sich die Macht, bis schließlich einer oder eine kleine Gruppe der Kontrahenten über ein Monopol verfügt und alle anderen abhängig sind.“¹⁸⁰

Komplexe Staatsgebilde entstehen dabei im Zuge eines **Prozesses** der Monopolbildung.

Aus dem Konkurrenzkampf verschiedener Einheiten erwächst im Laufe der Zeit eine umfassendere Einheit:

„Ein Menschengeflecht, in dem kraft der Größe ihrer Machtmittel relativ viele Einheiten miteinander konkurrieren, neigt dazu, diese Gleichgewichtslage (Balance vieler durch viele, relativ freie Konkurrenz) zu verlassen und sich einer anderen zu nähern, bei der immer weniger Einheiten miteinander konkurrieren können; sie nähert sich mit anderen Worten einer Lage, bei der **eine** gesellschaftliche Einheit durch Akkumulation ein Monopol über die umstrittenen Machtchancen erlangt.“¹⁸¹

Eine dauerhafte Verfügungsgewalt kann sich dabei erst herausbilden, wenn Boden-, Gewalt- und Steuermonopol in einer Hand liegen.

Je größer die Einheiten werden, desto stärker wächst ihre innere Differenzierung. Außerdem bildet sich ein gewisser Herrschaftsapparat heraus.¹⁸² Dies ist notwendig, da mit der wachsenden gesellschaftlichen Differenzierung auch die Abhängigkeiten innerhalb einer Einheit zunehmen, so daß die einzelnen Aktionen immer genauer aufeinander abgestimmt sein müssen.¹⁸³

Im Zuge der Herausbildung größerer Einheiten und der Differenzierung entstehen neue Kräfte, die den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaften stärken. Neben komplexen Produktionsbeziehungen, die aus der steigenden Differenzierung resultieren, eröffnen sich – unter anderem durch die Erfindung des Buchdrucks – Kommunikationswege, die die Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft stärken. Außerdem entwickeln sich Landessprachen, die zum Zusammenhalt der Bevölkerung eines Territoriums beitragen. Die Schriftsprache erweitert die Kommunikationsmöglichkeiten über die gesprochene Sprache hinaus und führt so zu einem Kommunikationssystem mit einer überörtlichen Bedeutung.¹⁸⁴ Mit diesen neuen Kommunikationsmöglichkeiten bildet sich eine neue Vorstellung von Zeit und damit auch von Zusammengehörigkeit heraus. Es entsteht eine überzeitliche Simultaneität, die zwischen den einzelnen Bewohnern eines Territoriums neue Verbindungen schafft, die über die direkte Kommunikation hinausreichen.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Baumgart/Eichener (1991): 68

¹⁸¹ Elias (1939b): 135, Hervorheb. im Original

¹⁸² vergl. Elias (1939b): 148ff; 259

¹⁸³ vergl. Elias (1939b): 316f

¹⁸⁴ vergl. Anderson, Benedict (1983): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt/New York 1988: 49ff

¹⁸⁵ vergl. Anderson (1983): 33

Das Zusammenwachsen zersplitterter Territorien zu größeren Einheiten sowie die immer differenziertere Arbeitsteilung begünstigten die Entstehung von Staaten. Der Staat ist gewissermaßen charakteristisch für ein bestimmtes Stadium der Arbeitsteilung, da sich komplexe Einheiten ohne zentralisierte Kontrollinstanz kaum aufrechterhalten lassen.¹⁸⁶ Gleichzeitig verändert sich die Art, wie Zusammengehörigkeit innerhalb der Territorien gestiftet wird. In wenig differenzierten Gesellschaften funktionierten die lokalen Gemeinden aufgrund direkter zwischenmenschlicher Kontakte.¹⁸⁷ Je größer aber eine Einheit wird, desto eher muß Zusammengehörigkeit auf andere Weise gefördert werden.

Durch die Weiterentwicklung von Medien (Bücher, Zeitungen) und die Entwicklung einer Schriftsprache, die an das jeweilige Territorium gekoppelt war, wurden die bestehenden Kommunikationsmöglichkeiten erweitert. Durch die Medien wurde zum einen eine Art von Gleichzeitigkeit vermittelt, die den Bewohnern eines Territoriums auch über größere Räume hinweg die Möglichkeit gab, sich als Teil eines umfassenderen Prozesses und einer umfassenderen Einheit zu fühlen. Die Schriftsprache ermöglichte außerdem die sprachliche Fixierung von Vorgängen, was wiederum die Errichtung eines dauerhaften Bildes vergangener Zeiten begünstigte. Die Bevölkerung des Territoriums konnte sich so auf übergeordnete Gemeinsamkeiten beziehen, die nicht mehr aus direkter Kommunikation resultierten. Desweiteren trug die Entwicklung von durchgängigen Landessprachen zur Zentralisierung der einzelnen Verwaltungen bei. Dies stärkte auf der organisatorisch-bürokratischen Ebene den Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Territorien.¹⁸⁸ Erst wenn die Entwicklung eines Territoriums bis zu diesem Organisationsgrad fortgeschritten ist und wenn sich die Bevölkerung auch als Gemeinschaft begreift, können sich Nationen herausbilden. So nennt Hobsbawn als Voraussetzungen für die Definition eines Volkes als Nation die historische Verbindung mit einem Staat (also mit einem Territorium, das einen gewissen politischen und bürokratischen Organisationsgrad aufweist), die Existenz einer alteingesessenen kulturellen Elite und den Besitz einer geschriebenen nationalen Literatur- und Amtssprache (was wiederum die Basis für die Ausbildung des Gemeinschaftsgedankens ist).¹⁸⁹

Die ursprüngliche Bedeutung der Nation verwies auf die politische Identifikation eines Volkes mit einem Staat. Das Beispiel Frankreich zeigt, wie die Nation als eine Gemeinschaft von Staatsbürgern gesehen wird, deren kollektive Souveränität sie zu einem Staat macht. Staatsbürger-

¹⁸⁶ vergl. Gellner, Ernest (1983): Nationalismus und Moderne, Berlin 1991: 12ff

¹⁸⁷ vergl. Gellner (1983): 26

¹⁸⁸ vergl. Anderson (1983): 42ff

¹⁸⁹ vergl. Hobsbawn, Eric (1990): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York 1991: 50f

lichkeit ist also ein wichtiger Aspekt der Nation. Das Element der sprachlichen Einheitlichkeit, das selbstverständlich auch kulturelle Implikationen aufweist, richtet sich zunächst auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache als Verständigungsmittel, aber auch als Zeichen der Zugehörigkeit.¹⁹⁰

Die Nation ermöglicht die Identifikation mit einem historischen und kulturellen Erbe und vermittelt Lebenssinn nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.¹⁹¹ Die Zugehörigkeit zu einer Nation kann ein Solidaritätsempfinden mit sich bringen. Nationalismus wiederum bezeichnet entweder das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit einer Gruppe, das in einem gemeinsamen Staat (Nation) seinen Ausdruck finden soll. Er kann sich aber auch auf die Mitglieder einer schon bestehenden Nation erstrecken, wobei dann häufig

„das Bewußtsein eines Anders- oder Besondersseins vor allem aufgrund ethnischer, sprachlicher oder konfessioneller Homogenität, die Betonung der Gemeinsamkeit von soziokulturellen Einstellungen und historischen Erinnerungen, Sendungsbewußtsein, Geringschätzung anderer Völker oder Animosität ihnen gegenüber.“¹⁹²

im Vordergrund stehen. Nationalismus ist also ein System von Normen und Werten, ein Gesellschaftsbild, das einer Gruppe ihre Zusammengehörigkeit bewußt macht. Merkmale der Zusammengehörigkeit können eine gemeinsame Sprache, Abstammung oder Kultur sein, aber auch die Unterstellung unter eine gemeinsame Staatsgewalt.

Die bisherigen Ausführungen zur Entstehung der Nation haben gezeigt, daß unterschiedliche Kriterien die Grundlage für die Art des Zusammenschlusses bilden. Deshalb soll im folgenden betrachtet werden, welche Auswirkungen auf die Art des Zusammenhaltes die verschiedenen Konzepte, die meist politisch oder kulturell motiviert sind, haben. In einem weiteren Schritt wird zu analysieren sein, welche Auswirkungen die jeweiligen Konzepte auf das Verhältnis zwischen Nationen haben.

2.2.2.1 Das Konzept der Staatsnation

Beim Konzept der Staatsnation beruht der Zusammenhalt auf der Staatsangehörigkeit. Beispiele hierfür sind England, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Die Staatsnation bezieht aus einer gemeinsamen politischen Regierung und aus gemeinsamen politischen Idealen ein die Bevölkerung einigendes Band.¹⁹³ In Staatsnationen orientiert sich die Zugehörigkeit der in einem Territorium lebenden Bevölkerung zur Nation an der Vergabe der Staatsbürgerschaft, die auf politischen

¹⁹⁰ vergl. Hobsbawn (1990): 30ff

¹⁹¹ vergl. Alter, Peter (1985): Nationalismus, Frankfurt 1985: 15

¹⁹² Alter (1985): 13

¹⁹³ vergl. Alter (1985): 20f

und territorialen Erwägungen beruht. Wer sich auf politischer Ebene zum Staat bekennt, kann gewissermaßen die Staatsbürgerschaft erwerben. So wird in Staatsnationen meist das jus soli angewendet, welches die Staatsbürgerschaft für alle Menschen vorsieht, die in einem Territorium geboren werden. Die Zugehörigkeit zur Nation wird also auf politischer Ebene definiert. Die politische Sphäre bildet also das einigende Moment.¹⁹⁴

Die Regelung, auf welchem Wege die Zugehörigkeit zur Nation definiert wird, hat dabei nicht nur formalen Charakter, was beispielsweise die politische Teilhabe an der Nation betrifft. Vielmehr weist sie auf die grundsätzlichen Perspektiven einer Nation hin und zeigt deutlich, auf welcher Basis die Gemeinschaft innerhalb der Nation gestiftet wird:

„Die Bedeutung der Staatsbürgerschaft ist nicht formalen Charakters. Sie reduziert sich nicht auf Fragen des aktiven und passiven Wahlrechts und diverser sozialer Anwartschaften. Auf das Institut Staatsbürgerschaft - mehr noch: auf die Kriterien ihres Erwerbs - lassen sich das Selbstverständnis des Gemeinwesens, die Bande von Loyalität und Solidarität der Bürger untereinander zurückführen - nach innen wie nach außen, und dies vornehmlich in Zeiten der Krise.“¹⁹⁵

Das Selbstverständnis der Nation – sowohl was die Einigung nach innen als auch die Kontakte nach außen betrifft – soll später noch eingehender analysiert werden. Festzuhalten ist, daß die Frage, auf welchen Fundamenten eine Nation basiert, für die Bewertung von Migrationsprozessen von Bedeutung ist, da ja im Zuge der Migration neue Bevölkerungsgruppen in ein Territorium wandern und sich damit die Zusammensetzung der ursprünglichen Bevölkerung verändert. Die verschiedenen Konzepte der Nation müssen also daraufhin befragt werden, inwiefern sie geeignet sind, auch in der Folge von Migrationsprozessen weiter innerhalb des jeweiligen Territoriums Einheit unter der Bevölkerung zu stiften (und inwieweit dies überhaupt politisch gewünscht ist).

Das Konzept der Staatsnation scheint grundsätzlich dazu geeignet zu sein, eine sehr heterogene Bevölkerung unter einem gemeinsamen Prinzip zu einigen. In diesem Zusammenhang wird gerne auf die Vorbildfunktion des französischen Modells hingewiesen:

„In der französischen Kultur wird das Individuelle mit dem Allgemeinen über den Gedanken der Universalität der Vernunft vermittelt. Es gibt klare - im Prinzip universal geltende - Regeln, denen jeder gleichermaßen unterworfen ist.“¹⁹⁶

Dieses universalistische Organisationsprinzip hat den Vorteil, daß es relativ wertneutral im Hinblick auf Komponenten außerhalb der politischen Sphäre ist.¹⁹⁷

¹⁹⁴ vergl. Diner, Dan (1993): Nationalstaat und Migration. Zu Begriff und Geschichte, in: Balke, Friedrich/Habermas, Rebekka/Nanz, Patrizia/Sillem, Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S. 21-40: 31

¹⁹⁵ vergl. Diner (1993): 30

¹⁹⁶ Schiffauer, Werner (1993): Die civil society und der Fremde - Grenzmarkierungen in vier politischen Kulturen, in: Balke, Friedrich/Habermas, Rebekka/Nanz, Patrizia/Sillem Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S. 185-199: 187

¹⁹⁷ Diese Wertneutralität bezieht sich natürlich nur auf das Prinzip an sich. Da es jedoch immer Menschen sind, die in konkreten Situationen handeln, kann diese Wertneutralität auf der alltagspraktischen Ebene natürlich aufgeweicht werden. Es ist also grundsätzlich zwischen Prinzipien und der konkreten Umsetzung dieser Prinzipien zu unterscheiden. Die Wertneutralität des politischen Universalismus ist also nur ein Idealfall, der nicht immer auch so ideal umgesetzt wird. Allerdings bieten universalistische Organisationsmodelle natürlich eine wesentlich bessere Ausgangsvoraussetzung, um zwischen verschiedenen Wertorientierungen zu vermitteln.

Die Staatsnation beruht auf politischen Grundsätzen, während kulturelle oder ethnische Aspekte bei der grundsätzlichen Teilhabe am Staatswesen nicht berücksichtigt werden. Das bedeutet für die Betrachtung von Migrationsprozessen, daß Territorien, die sich im Rahmen eines universalistischen Prinzips organisieren, grundsätzlich offen sind für Migranten, sofern diese bereit sind, sich ebenfalls am Universalismusgedanken zu orientieren.

Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen stellt sich die Frage, wie Staatsnationen innerhalb des bestehenden Beziehungsgeflechts agieren. Aufgrund des impliziten Universalismus und der damit einhergehenden Neutralität gegenüber Aspekten, die außerhalb der politischen Sphäre liegen, sollte man annehmen, daß Staaten oder Nationen, die sich aufgrund einer politisch definierten Zugehörigkeit konstituieren, im globalen Kontext ebenfalls auf einer politisch-funktionalen Ebene agieren. Inwieweit dies tatsächlich der Fall ist, wird im analytischen Teil dieser Arbeit zu klären sein.

2.2.2.2 Das Konzept der Kulturnation

Das Prinzip der Kulturnation unterscheidet sich in zentralen Punkten von dem der Staatsnation. Die Idee der Zusammengehörigkeit in der Kulturnation basiert nicht auf einem universalistischen Gedanken, der zum Grundprinzip der Staatsorganisation wird. Kulturnationen können sich sogar zunächst unabhängig vom Bestehen eines gemeinsamen Staates herausbilden, gerade weil das gemeinschaftsstiftende Moment die Kultur ist.¹⁹⁸

Elias zeigt am Beispiel der deutschen Kulturnation, wie die kulturelle Einheit der staatlichen Einheit vorangeht. Der deutsche Kulturbegriff ist ein Wertbegriff und unterstreicht die Unterschiede der deutschen Nation zu anderen Nationen. Kultur bringt in diesem Zusammenhang gewissermaßen ein „eigenes Wesen“ zum Ausdruck. So war es möglich, zumindest in einer geistigen Sphäre eine Einheit zu schaffen, die politisch nicht existierte.¹⁹⁹

Das Prinzip der Kulturnation beruft sich auf eine gemeinsame Herkunft und Abstammung der Angehörigen einer Nation. Diese ethnische Zugehörigkeit ist Ausdruck einer kulturellen Form der gesellschaftlichen Organisation.²⁰⁰ Der Zusammenhalt innerhalb von Kulturnationen hat deshalb einen gewissermaßen organischen Charakter. Entweder man gehört der Abstammungsgemeinschaft an, oder man ist automatisch nichtzugehörig. Kultur als Organisationsprinzip erfordert – anders als politischer Universalismus – eine gewachsene Verbundenheit mit der Nation, die

¹⁹⁸ vergl. Alter (1985): 20

¹⁹⁹ vergl. Elias (1939a): 2ff

²⁰⁰ vergl. Hobsbawn (1990): 78

ihren Ausdruck im Herkunftsprinzip, dem jus sanguinis, findet.²⁰¹ Daraus folgt, daß nur, wer in die Kulturnation hineingeboren wird, der Nation auch angehören kann. Wenn Kulturnationen dennoch politische Prinzipien entwickelt haben, die es Migranten ermöglichen, an der Nation teilzuhaben und die Staatsbürgerschaft zu erwerben, so ist dadurch nicht automatisch eine Zugehörigkeit im organischen Sinn der Kulturnation gegeben:

"Der Bittsteller erwirbt die Zugehörigkeit wesentlich durch Wohlverhalten, die das Gemeinwesen nicht etwa aufgrund eines absoluten rechtlichen Anspruchs, sondern aufgrund einer Gewährung, der Privilegiencharakter zukommt, überträgt."²⁰²

Der Gewährungs- und Privilegiencharakter, auf dem die „erworbene“ Zugehörigkeit zur Kulturnation dann basiert, führt, da es ja im Prinzip nicht möglich ist, diese Art der organischen Zugehörigkeit durch einen Verwaltungsakt zu übertragen, dazu, daß zwar auf einer formalen Ebene die Zugehörigkeit erreicht wird, sie jedoch im eigentlichen Sinne des Gedankens der Kulturnation dennoch nicht verwirklicht ist, ja nicht verwirklicht werden kann.

Schiffauer schildert die Probleme, die das Konzept der Kulturnation in sich birgt, anschaulich mit der Betrachtung des Verhältnisses von Individuellem und Allgemeinem und der Bedeutung des Prinzips der Verantwortung, das für die deutsche Kulturnation maßgeblich sei:

„Das Verhältnis vom Individuellen zu Allgemeinem wird in der deutschen politischen Kultur wesentlich anders gelöst als in der französischen und englischen. Der Schlüssel scheint mir ein anderer Begriff von Freiheit zu sein: Während Freiheit in Frankreich mit Gleichheit und in Großbritannien mit Unantastbarkeit assoziiert wird, wird Freiheit in Deutschland auffallend oft in einem Atemzug mit dem Begriff ‚Verantwortung‘ genannt: In den freiheitlichen Austausch, in dem sich die *volonté générale* herauskristallisiert, sollte nur derjenige eintreten, der zur Verantwortung fähig ist.“²⁰³

Eng an dieses Prinzip der Freiheit ist nach Schiffauer das deutsche Prinzip des Allgemeinen angelehnt.

Während die politische Kultur in England und Frankreich darauf beruhe, daß bestimmte Spielregeln allgemeinverbindlich für alle Angehörigen der Staatsnation seien und aus deren Einhaltung das Gemeinwohl folge, überwiege beim deutschen Prinzip der Kulturnation eine Notwendigkeit zur Verinnerlichung der Regeln:

„Die Verpflichtung nur der Spielregel gegenüber erscheint als ungenügend, als ‚bloß äußerlich‘: Vor und neben der Regelbejahung wird eine Identifikation mit dem Allgemeinwohl ... verlangt. Erst wenn das Allgemeine internalisiert ist, kann und darf man frei sein.“²⁰⁴

Aus diesem Verhältnis von Individuellem und Allgemeinem folgt, daß die Zugehörigkeit zur deutschen Kulturnation auf einem Prinzip der Internalisierung basiert. Dieses Prinzip wiederum erschwert es, Teilhabe an der Nation allein auf der Basis von Regelwerken zu definieren:

²⁰¹ vergl. Diner (1993): 31

²⁰² Diner (1993): 31

²⁰³ Schiffauer (1993): 195, Hervorheb. im Original

²⁰⁴ Schiffauer (1993): 195

„Die Kultur der Innerlichkeit, der Identifikation mit dem Ganzen, der positiven Bewertung des Staates hat ein bemerkenswertes Korrelat in einer (im Vergleich zu England und Frankreich) relativ schwach ausgeprägten gesellschaftlichen Kultur. Es gibt Probleme, gesellschaftliche Rituale auszuprägen. Regeln, Regelorientierung, *civilité* scheinen dem Wert der Innerlichkeit (und der damit assoziierten Werte von Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit) zu widersprechen. Es gibt das Gefühl der ‚Äußerlichkeit‘ dieser Regeln. ... In einer Kultur, in der die Identifikation mit dem Ganzen als Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation gewertet wird, hat der Fremde von vornherein einen schwierigen Stand: Kann man demjenigen, der in einer anderen Kultur aufgewachsen ist, diese innere (und deshalb unsichtbare) Bejahung abnehmen? Identifiziert sich ‚der Fremde‘ vielleicht doch nur äußerlich, fühlt er sich wirklich dem Gemeinwesen verpflichtet?“²⁰⁵

Das Prinzip der Kulturnation weist also im Hinblick auf Migration Probleme auf, da es eigentlich nur innerhalb einer „gewachsenen“ Gemeinschaft Einheit stiften kann und soll.

2.2.3 Innen- und Außenperspektiven von Nationen

Die bisherigen Ausführungen zu den verschiedenen Konzepten von Nationen haben bereits gezeigt, daß die Ausgestaltung des inneren Zusammenhalts sehr unterschiedlich ausfallen kann und Auswirkungen auf die Möglichkeit einer Nation hat, sich mit den Folgen von Migrationsprozessen auseinandersetzen zu können. Im folgenden sollen deswegen die Mechanismen, mittels derer Nationen im Inneren Einheit stiften und sich nach außen hin abgrenzen, näher betrachtet werden. Außerdem gilt es, auf einer globalen Figurationsebene das Verhältnis zwischen den Nationen darzustellen, um aus diesem internationalen Kontext wiederum Rückschlüsse auf die Positionierung von Migrationsprozessen im globalen Beziehungs- und Interaktionsgeflecht zu ziehen.

Als grundsätzliche Aspekte der einigenden Elemente einer Nation sind folgende Punkte festzuhalten:

- Ein Territorium kann aufgrund eines bestimmten bürokratischen Organisationsgrades sowie aufgrund einer historischen Bindung an einen Staat eine Nation bilden, wobei das ideologische Konzept der Nation sich neben der rein bürokratischen Ebene auch auf eine Wertebene bezieht.
- Die Staatsnation stiftet Zugehörigkeit über das Prinzip der Staatsbürgerschaft. Da dieses Prinzip auf politischer Ebene wirksam ist, ist es geeignet, auch kulturell oder ethnisch sehr heterogene Bevölkerungen zu einigen. Migranten können also grundsätzlich an diesem Universalismusedanken partizipieren.
- Die Kulturnation dagegen hat einen eher organischen Charakter. Die Zugehörigkeit beruht auf Abstammung. Das Prinzip der Zusammengehörigkeit ist die Verinnerlichung von gemeinsamen Werten. Vom Grundsatz her können Migranten an einer solchen Gemeinschaft

²⁰⁵ Schiffauer (1993): 197f, Hervorheb. im Original

nur schwer teilhaben, weil gerade eine Regelung der Teilhabe – die aufgrund der fehlenden Abstammung notwendig wird – dem Prinzip, auf dem die Teilhabe eigentlich basiert, widerspricht.

2.2.3.1 Das Prinzip der Nation als Moment der Einigung nach innen

Der Gemeinschaftsgedanke, auf dem Nationalstaaten basieren, führt zu einem besonderen Verhältnis der jeweiligen Mitglieder zu „ihrer“ Nation. Die Identifikation mit dem Staat führt zu tiefen Bindungen und ist an bestimmte Werte geknüpft:

„Überall in modernen Nationalstaaten hat der äußere Zwang, der den Menschen in nationalen Notzeiten auferlegt wird, sein Gegenstück in einem auf das eigene Land bezogenen Loyalitäts- und Pflichtgefühl, das mehr oder weniger fest gleichsam im ‚Innern‘ der einzelnen verankert ist, als ein Muster des Gewissens, und in einem Glauben an den höchsten Wert des Überlebens der Nation.“²⁰⁶

Eng verknüpft mit diesem „Wert des Überlebens der Nation“ ist die Bedeutung des Staates als einem Raum des Schutzes:

„... es handelt sich hierbei um Zusammenschlüsse von Menschen zur gemeinsamen Verteidigung ihres Lebens und des Überlebens ihrer Gruppe gegen Angriffe von anderen Gruppen ...“²⁰⁷

Der Aspekt des Schutzes impliziert jedoch auch Feindschaft. Was die Nation nach innen hin einigt, wird nach außen zu einem Verteidigungsverhältnis. Andere Nationen sind so immer auch potentielle Angreifer. Die Innen- und die Außenperspektive von Nationen sind also eng miteinander verknüpft. Bei der Entwicklung eines Nationalbewußtseins werden nicht nur die inneren Gemeinsamkeiten betont, sondern es erfolgt auch eine Abgrenzung nach außen.²⁰⁸

Das Moment der Zusammengehörigkeit, das die Nation jedem ihrer Mitglieder vermittelt, hat noch eine weitere Dimension, nämlich die der Wechselseitigkeit. Die Nation bildet für ihre Angehörigen auf der einen Seite gewissermaßen ein schützendes Dach, auf der anderen Seite folgt aus der Identifikation der Angehörigen mit der Nation auch eine Verknüpfung von individuellem Lebenssinn mit dem Schicksal der Nation:

„Bei aller Individualisierung jedoch bleibt das Gefühl der Erfüllung oder Nicht-Erfüllung, das Menschen aufgrund ihrer Bedürfnisse nach Wert und Sinn in rein persönlicher Form erleben, selten ganz unberührt von dem Gefühl der Erfüllung oder Nicht-Erfüllung, von den Befriedigungen oder Enttäuschungen, die aus der Entwicklung, den Erfolgen oder Mißerfolgen sozialer Einheiten, mit denen sie sich identifizieren, in ihr Dasein einfließen. Auf der gegenwärtigen Stufe der Menschheitsentwicklung spielt das Wohl und Wehe des Landes, der Nation, der man angehört, eine zunehmend zentrale Rolle als Faktor der Erfüllung oder Zerstörung dessen, was dem Leben eines Menschen in seinen eigenen Augen Sinn und Wert verleiht. Man mag diesem Zusammenhang in normalen Zeiten nicht viel Beachtung schenken oder seiner kaum gewahr sein. Man mag das unsichtbare Band, das den Sinn und Wert der eigenen, individuellen Existenz an das Schicksal der eigenen Nation oder einer anderen sozialen Einheit

²⁰⁶ Elias, Norbert (1989): Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1989: 433

²⁰⁷ Elias, Norbert (1970): Was ist Soziologie?, Weinheim/München 1986, 5. Aufl.: 151

²⁰⁸ vergl. Alter (1985): 24

knüpft, erst bemerken, wenn Entwicklungen auf der nationalen oder internationalen Ebene gefährden, was man in seinem individuellen Leben als sinn- und wertvoll empfindet.“²⁰⁹

Diese enge, wechselseitige Bedingtheit von individueller Existenz und Zustand der Nation verweist bereits darauf, daß die Rolle des Individuums (bisher wurde nur die Bedeutung von Einheiten oder Territorien betrachtet) im Hinblick auf ihren Stellenwert im Zusammenhang mit Migrationsprozessen noch genauer betrachtet werden muß.²¹⁰

Bisher richtete sich die Betrachtungsperspektive aus ganz bestimmten Gründen eher auf die übergeordnete Ebene der Figuration. Migrationsmodelle, die auf der Basis einer Identitäts- oder Persönlichkeitstheorie entwickelt werden, weisen nämlich häufig Probleme auf, wenn versucht wird, von der individuellen Perspektive Rückschlüsse auf die Gesamtfiguration zu ziehen. Es bestehen – und dies ist eine wichtige Perspektive dieser Arbeit - Zusammenhänge zwischen der individuellen Ebene und den komplexen Figurationen, doch verkürzen viele Darstellungen dieses Beziehungsgeflecht zwischen den beiden Dimensionen und orientieren sich eher an einem der beiden Aspekte.²¹¹

Elias selbst gehört zu den strikten Kritikern einer Wissenschaft, die Gesellschaft und Mensch als getrennte Kategorien behandelt. Für ihn stand es nie außer Frage, daß innerhalb von Figurationen Zusammenhänge zwischen Persönlichkeits- und Sozialstrukturen bestehen.²¹² Er warnte jedoch davor, von an Individuen orientierten Einzelanalysen auf die Verfaßtheit von Figurationen zu schließen. Es komme vielmehr darauf an, gerade das **Wechselspiel** zwischen beiden zu betrachten:

„Mag also die Beziehung zwischen ‚Individuum‘ und ‚Gesellschaft‘ noch so einzigartig sein, sie hat mit anderen Teileinheit/Gesamteinheit-Beziehungen, wie sie für hochorganisierte, sich selbst steuernde Figurationen charakteristisch sind, dieses gemeinsam, daß sich die Regelmäßigkeiten, die Attribute und das Verhalten sowohl der Unterfigurationen auf verschiedenen Ebenen als auch und vor allem der übergeordneten Figuration selbst nicht einfach in Begriffen beschreiben lassen, die den jeweiligen Teileinheiten angemessen sind. Ebenso wenig können die zusammengesetzten Gebilde als Wirkung erklärt werden, deren Ursache die zusammensetzenden Teile seien. Und doch sind sie nichts außerhalb und getrennt von diesen. Soziologen, die an soziale Gegebenheiten, bewußt oder unbewußt, so herangehen, als seien Gesellschaften nichts als Haufen einzelner Menschen, und die entsprechend die ersteren aus den letzteren zu erklären suchen, können die Tatsache nicht in den Griff bekommen, daß Gruppen, die von Individuen gebildet werden, wie andere Organisationen von Teileinheiten, ihre besonderen Struktureigentümlichkeiten haben, die für einen Beobachter unverständlich bleiben, wenn seine Aufmerksamkeit

²⁰⁹ Elias (1989): 455

²¹⁰ Diese Trennung wurde bisher bewußt durchgehalten, um zunächst der Komplexität der territorialen Figuration die notwendige Aufmerksamkeit widmen zu können. Da es allerdings immer Menschen sind, die Migrationsprozesse durch individuelle Handlungen – nämlich eine Wanderungsbewegung – in Gang setzen, versteht es sich von selbst, daß im Zuge der weiteren Modellbildung diese Komponente in die Betrachtung miteinbezogen wird.

²¹¹ vergl. Czock (1990). Czock legt in ihrer umfassenden Analyse die Probleme, die sich bei der Bearbeitung von Migrationsfragen ergeben, sehr ausführlich dar. Sie schildert vor allem den Zwiespalt von gesellschaftlich orientierten und individualpsychologisch agierenden Ansätzen, da die verschiedenen Herangehensweisen immer nur einen Teil der Problematik umfassen können. Gesellschaftlich orientierten Ansätzen wird dabei häufig vorgeworfen, die individuelle Ebene zu vernachlässigen, während an den psychologischen Theorien kritisiert wird, daß sie alle Lasten auf das Individuum abwälzen.

²¹² vergl. Elias (1939a): XIIIff

auf einzelne Menschen als solche gerichtet ist und nicht zur gleichen Zeit auf die Strukturen und Figurentionen, die Individuen miteinander bilden.“²¹³

Betrachten wir nun noch einmal die Implikationen, die das Konzept der Kulturnation mit sich bringt. Heckmann faßt unter dem Begriff Ethnizität die Ausbildung eines Identitäts- und Solidarbewußtseins auf der Basis einer gemeinsamen Kultur, gemeinsame geschichtliche Erfahrung und eine gemeinsame Herkunft zusammen. Nach dieser Definition berufen sich Kulturnationen auf eine gemeinsame Ethnizität.

Um die innere Einheit auf der Basis eines Kollektivbewußtseins stärken zu können, ist es notwendig, die Aspekte der gemeinsamen Ethnizität zu fördern, aber gleichzeitig auch heterogene Aspekte zu unterdrücken.²¹⁴ Daraus folgt, daß innere Einigung, die auf der Basis eines ethnischen Nationalismus gefördert wird, nicht nur die Kulturnation konstituiert, sondern auch ethnische Minderheitenlagen.²¹⁵ Diese Feststellung ist für den Aufbau eines Modells von Migrationsprozessen von eminenter Bedeutung und wird an späterer Stelle noch einmal aufgegriffen.

Gellner weist darauf hin, daß ein Nationalstaat auf eine gemeinsame Hochkultur seiner Mitglieder angewiesen ist, damit das Gemeinwesen bürokratisch aufrechterhalten werden kann.²¹⁶ Diese Hochkultur muß jedoch nicht mit dem Internalisierungsprinzip, das laut Schiffauer die deutsche Kulturnation prägt, identisch sein.²¹⁷ Das deutsche Kulturprinzip ist in einem starken Sinn- und Wertzusammenhang zu sehen. Grundsätzlich können kulturelle, ethnische oder religiöse Identifikationen, die nach innen den Zusammenhalt stärken, auch zu einer Abgrenzung nach außen führen.²¹⁸ Eine gemeinsame Hochkultur läßt sich auch auf der Basis der Staatsnation verwirklichen. So zeigt das Beispiel Frankreich, daß es möglich ist, ein Staatswesen auf der Grundlage einer gemeinsamen Sprache und eines gemeinsamen politischen Systems bürokratisch zu organisieren, wobei die Organisation auf einer gemeinsamen Hochkultur beruht, die jedoch – so zumindest die grundsätzliche Idee – gerade nicht ideologisch überformt wird.

Aus diesem Blickwinkel funktioniert die Hochkultur gewissermaßen wie ein Werkzeug, welches zur Aufrechterhaltung der inneren Beziehungen dient. Staatsnationen, die Kultur eher in einem solchen Funktionszusammenhang sehen, entwickeln allerdings wieder andere Abgrenzungsmechanismen nach außen. Die Identifikation von Bürgern mit „ihrem“ Staat kann nämlich auch dazu führen, daß die eigene Nation – diesmal aufgrund eines politisch motivierten Selbstbewußtseins – anderen Nationen gegenüber vorgezogen wird. Dieser Vorzug wiederum kann auch

²¹³ Elias, Norbert (1983): Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I, Frankfurt 1987: 54f

²¹⁴ vergl. Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992: 30ff

²¹⁵ vergl. Heckmann (1992): 211

²¹⁶ vergl. Gellner (1983): 33

²¹⁷ vergl. Gellner (1983): 63

²¹⁸ vergl. Hobsbawn (1990): 85

eine abwertende Haltung gegenüber anderen Nationen implizieren.²¹⁹ Es zeigt sich also, daß Nationen aufgrund verschiedener Konzepte ihre innere Einigung und ihren inneren Zusammenhalt festigen. Die jeweiligen Einigungsprinzipien funktionieren nicht nur aufgrund der Förderung und Bewahrung der internen Verbindungen, sondern hängen auch vom Verhältnis zu außenstehenden Einheiten ab. Schutz der Angehörigen einer Einheit impliziert immer auch Verteidigung gegen Außenstehende. Aus diesem Grund müssen die internationalen Verflechtungen, die sich so ergeben, ebenfalls in ein Modell von Migrationsprozessen aufgenommen werden.

Die Kriterien der inneren Einigung von Nationen lassen sich also wie folgt zusammenfassen:

- Die Nation bietet ihren Angehörigen Schutz. Dieser Schutz wirkt nach innen einigend, impliziert jedoch gleichzeitig auch ein Verteidigungsverhältnis gegenüber der Umgebung, in der die Nation situiert ist.
- Die Identifikation von Individuen mit der Nation kann dazu führen, daß der individuelle Lebenssinn mit dem Schicksal der Nation verknüpft wird.
- Wenn innerer Zusammenhalt auf der Basis eines ethnischen Nationalismus gestiftet wird, werden auf diese Weise gleichzeitig auch ethnische Minderheitenlagen konstituiert. Diese können im Innenverhältnis der Nation bestimmte Abgrenzungen hervorrufen. Die Abgrenzung nach außen ist bei solchen Konstellationen dann auch häufig ethnisch motiviert.
- Erfolgt die innere Einigung aufgrund gemeinsamer politischer Ideen – wie dies in Frankreich der Fall ist – kann die Abgrenzung nach außen auf der Basis eines politisch motivierten Selbstbewußtseins erfolgen.

Im nächsten Schritt der Analyse werden die globalen Beziehungen, die durch verschiedene Schwerpunktsetzungen der einzelnen Nationen geprägt sind, näher beleuchtet. Es wird zu zeigen sein, welche Staaten welche Potentiale geltend machen, um im globalen Geflecht ihre Position zu behaupten oder auch auszubauen.

2.2.3.2 Internationale Figurationen von Nationen

Es hat sich bereits gezeigt, daß der Analyse von Beziehungsstrukturen zwischen Einheiten eine wachsende Bedeutung zukommt. Im Hinblick auf die Beziehungsstrukturen zwischen Nationen zeigen neuere ethnologische und soziologische Ansätze ein

²¹⁹ vergl. Hobsbawn (1990): 106

„wachsendes Bewußtsein für die unterschiedlichen Ebenen der Analyse, das heißt des Weltsystems als Referenzrahmen für nationale Entwicklung einerseits und als Untersuchungseinheit *sui generis*, das heißt als historisches System, andererseits“.²²⁰

Es muß also im folgenden darum gehen, zu analysieren, wie Nationen im Weltsystem verortet sind, wie sie das Weltsystem prägen und wie gleichzeitig die Strukturen des Weltsystems – also des Interaktionssystems, das zwischen den Nationen besteht – wiederum den Handlungsrahmen der Nationen bestimmen. Die Nationen müssen unter Einbeziehung ihrer Einbettung in größere soziale Zusammenhänge betrachtet werden.²²¹

In der wissenschaftlichen Betrachtung der internationalen Beziehungen gibt es verschiedene Modelle, die das Verhältnis von Staaten zueinander beschreiben. So existiert zum einen die Vorstellung eines Systems unabhängiger Staaten, die aus der Herausbildung der Idee der Souveränität in der frühen Neuzeit resultiert.²²² Diese Souveränität ist jedoch, wie die bisherige Analyse gezeigt hat, aufgrund bestehender Beziehungen zwischen den Staaten (die noch zu spezifizieren sind) sehr eingeschränkt. Aus diesem Grund geht man davon aus, daß das System der unabhängigen Staaten von globalen Interdependenzen durchdrungen ist.²²³

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Einigungsprinzipien innerhalb von Nationen zugleich auch gewisse Abgrenzungsprinzipien nach außen beinhalten. Elias schildert eindrucksvoll, welches **Abgrenzungsgflecht** daraus zwangsläufig entsteht, da im globalen System alle Nationen ähnlichen Mustern folgen:

„Es ist für Mitglieder von Nationalstaaten sinnstiftend und höchst wertvoll, dieser einen und keiner anderen Nation anzugehören. Der Wert und Sinn ihres individuellen Lebens scheint in letzter Instanz von der Erhaltung der Integrität ihres Landes abzuhängen. Und die Furcht vor der Zerstörung dessen, was für das eigene Leben als sinn- und wertvoll erscheint, äußert sich fast automatisch in offenen oder versteckten Androhungen der Zerstörung dessen, was den Mitgliedern anderer Nationen als sinn- und wertvoll erscheint - die ihrerseits in demselben Dilemma gefangen sind, daß die tiefe Unsicherheit, die sie in bezug auf die Fortdauer ihres eigenen Landes oder ihrer Ländergruppe und damit auf die Fortdauer hochgeschätzter Werte und Glaubensdoktrinen empfinden, eine Feindschaft gegen andere Länder oder Ländergruppen erzeugt, die sich aus demselben Grunde bedroht und gleichermaßen unsicher fühlen. Auch auf dieser Ebene begegnet man Prozessen der wechselseitigen Verstärkung. Sie sind nicht auf die Verstärkung gemeinsamer Glaubensvorstellungen und Ideale *innerhalb* einer Nation begrenzt. In den Beziehungen zwischen Nationen zeigen sie sich besonders deutlich im reziproken Charakter ihrer Bedrohungen und ihrer Furcht voreinander. Auf beiden Ebenen können solche Bewegungen in eine Dynamik zunehmender Eskalation geraten.“²²⁴

Die Sicherheit, die eine Nation ihren Angehörigen gewährt, kann also durch andere Nationen bedroht werden. Elias geht davon aus, daß sich alle Nationen, die ja durch Beziehungen miteinander

²²⁰ Trezzini, Bruno (1996): Versuche zur netzwerkanalytischen Gliederung des modernen Weltsystems, in: Müller, Hans-Peter (1996) (Hg.): Weltsystem und kulturelles Erbe. Gliederung und Dynamik der Entwicklungsländer aus ethnologischer und soziologischer Sicht, Berlin 1996, S. 21-52: 42

²²¹ vergl. Bornschier, Volker / Trezzini, Bruno (1996): Jenseits von Dependencia- versus Modernisierungstheorie: Differenzierungsprozesse in der Weltgesellschaft und ihre Erklärung, in: Müller, Hans-Peter (1996) (Hg.): Weltsystem und kulturelles Erbe. Gliederung und Dynamik der Entwicklungsländer aus ethnologischer und soziologischer Sicht, Berlin 1996, S. 53-79: 57

²²² vergl. Frei, Daniel (1985): Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten, in: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S. 19-30: 20

²²³ vergl. Frei (1985): 20

²²⁴ Elias (1989): 457, Hervorheb. im Original

verbunden sind, dieses Prinzips bewußt sind. Es stellt sich nun die Frage, wie die Beziehungen zwischen den Nationen tatsächlich beschaffen sind und welche Auswirkungen das Bewußtsein der Bedrohung hat. Die grundsätzlichen Organisationsprinzipien im internationalen Interaktionssystem müssen also zunächst dargestellt werden, um sie dann in Bezug zu den aus einem Gefühl der Bedrohung entstehenden Abgrenzungsmechanismen zu setzen.

Im Zusammenhang mit der Entstehung größerer territorialer, organisierter Einheiten wurde bereits das Prinzip des Monopolmechanismus dargestellt. Dieser Monopolmechanismus wirkt auch auf dem Feld der internationalen Beziehungen. So sind nach Elias alle Staaten geradezu dazu verpflichtet, ihren Machtbereich ständig zu erweitern, da sie, wenn sie nicht stärker werden, automatisch schwächer werden.²²⁵ Die Staaten drängen sich gewissermaßen gegenseitig in einer „unaufhörlichen Schraubenbewegung“ zur Ausdehnung ihrer Machtposition.²²⁶ Der kriegerische Kampf um die Hegemonie über andere Nationen findet laut Elias seine Legitimierung in dem Glauben an die Mission und Berufenheit der eigenen Nation.²²⁷ Die rivalisierenden Staaten treiben sich dabei im „Wirbel der Konkurrenzschraube“ weiter und weiter voran, und die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß diese Konkurrenzkämpfe kaum zu überwinden sind.²²⁸

Das internationale Machtsystem hat sich gerade in den letzten Jahren entscheidend gewandelt. Im Ost-West-Konflikt konnte die Welt als in zwei – konträre oder feindliche – Lager gespalten betrachtet werden.²²⁹ In einem solchen bipolaren Hegemonialkampf versuchen zwei Mächte, sich in Richtung einer Weltherrschaft zu bewegen. Solange eine Balance zwischen beiden Mächten besteht, bleibt den anderen Staaten ein großer Entscheidungsspielraum für ihr eigenes Wirken innerhalb des Machtgeflechts. Wenn sich eine der beiden Mächte weiterentwickelt, können die anderen Staaten versuchen, durch neue Bündnisse die Machtbalance wiederherzustellen.²³⁰ Mit der Auflösung des klar definierten Ost-West-Konflikts verändert sich der allgemeine Handlungsrahmen entscheidend, da nun Bündnisse wesentlich vielschichtiger werden und gleichzeitig die einzelnen Nationen nicht mehr eine klare Entweder-Oder-Position beziehen müssen, sondern verstärkt Eigeninteressen, die nicht direkt auf ihr Verhältnis zu den beiden Großmächten bezogen sind, artikulieren können.

Der vergrößerte Handlungsspielraum der einzelnen Nationen bringt nicht nur den Vorteil von mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen internationaler Beziehungen mit sich. Vielmehr

²²⁵ vergl. Elias, Norbert (1985): *Humana conditio*. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt 1985: 28

²²⁶ vergl. Elias (1939b): 435

²²⁷ vergl. Elias (1985): 45

²²⁸ vergl. Elias (1939b): 437

²²⁹ vergl. Frei (1985): 20

²³⁰ vergl. Elias (1985): 74f

stellt der Zusammenbruch einer bisher durch den bipolaren Gegensatz stabilen internationalen Ordnung auch einen Unsicherheitsfaktor dar:

„Das Novum an dieser Lage ist, daß es zur Zeit überhaupt kein internationales Machtsystem gibt, das z.B. die Grenzziehung zwischen neuen Staaten regeln könnte ...“²³¹

Hobsbawm deutet also an, daß die Einflußsphären der einzelnen Staaten sich so verschoben haben, daß es keine eindeutigen Machtblöcke mehr gibt, die das internationale Machtsystem klar definieren. Der Dualismus des Gleichgewichts zwischen zwei Großmächten wurde durch einen neuen Pluralismus abgelöst. Das bedeutet gleichzeitig, daß das dualistische Denken keinen Orientierungsrahmen mehr bietet.²³² Außerdem muß auch der Bezugsrahmen der Menschen neu bewertet werden. Neben der Identifikation der Menschen mit „ihrem“ Staat beziehungsweise mit „ihrer“ Nation können andere Bezugssysteme treten. Auf überstaatlicher Ebene sind als Identifikationsräume Ideologien und Religionen zu nennen.²³³

Es wurde bereits dargelegt, daß die innere Einigung von Nationen immer auch mit einer Abgrenzung nach außen verbunden ist. Die Beziehungen zwischen den Nationen wurden auf der Basis von Freund- und Feindbildern definiert. Da dieser Dualismus im neuen Weltsystem nicht mehr so klar gegeben ist, müssen die einzelnen Nationen ihre Legitimationsbasis neu definieren:

„Das Feindbild ist abhanden gekommen, und mit dem Feindbild vermutlich auch die eigene Identität bzw. die eigene Legitimation. Das Europa vor 1989 konnte sich mithin im Ost-West-Dualismus als antimonetaristisch, anti-totalitär und anti-planwirtschaftlich definieren. Das Europa nach 1989, das sich nun inmitten eines externen Weltzentrenpluralismus sieht, kann darauf nicht mehr zurückgreifen, sondern muß sich neu bestimmen.“²³⁴

Diese Neubestimmung ist nicht nur aus europäischer Sicht notwendig. Durch den neu aufgekommenen Pluralismus bieten sich auch für zahlreiche andere Nationen Möglichkeiten zur inneren Neubestimmung, aber auch Möglichkeiten zur Durchsetzung neuer Machtansprüche, die zu Zeiten des Kalten Krieges nicht möglich waren.

Der Wegfall des gewissermaßen auch schützenden Korsetts des Ost-West-Konflikts läßt beispielsweise in Europa Konflikte, die jahrzehntelang überlagert wurden, nun an die Oberfläche treten:

„Schon bald nach der Wende mußte Europa die Erfahrung machen, daß an die Stelle des großen Kalten Krieges eine Vielzahl ‚kleiner heißer Kriege‘ getreten war. Die Ost-West-Konfrontation hatte wie eine Eisenplatte auf einer Vielzahl von tiefverwurzelten Konflikten gelegen, ohne sie jedoch in den vergangenen 40 Jahren gänzlich zu ersticken bzw. ihre Ursachen zu beseitigen. Seit 1989 müssen die Europäer mehr oder weniger unvorbereitet zur Kenntnis nehmen, daß ihr Kontinent nicht nur aus Nationalstaaten, sondern auch aus einer Vielzahl von ethnischen und religiösen Minderheiten besteht. Manche wollen ihren eigenen Staat. Andere wären damit zufrieden, als Minderheit anerkannt zu werden und sich unein-

²³¹ Hobsbawm, Eric (1992): Zur aktuellen Verunsicherung Europas: Die Wiederkehr der Krise, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1992) (Hg.): Das verunsicherte Europa, Frankfurt 1992, S. 20-31: 21

²³² vergl. Zimmerli, Walter Ch. (1992): Das Abendland nach seinem Untergang. Europa zwischen Dualismus und Pluralismus, in: Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter (1992) (Hg.): Das verunsicherte Europa, Frankfurt 1992, S. 54-76: 59ff

²³³ vergl. Frei (1985): 21

²³⁴ Zimmerli (1992): 62f

geschränkt entfalten zu können. Wiederum andere suchen Anschluß an den Staat ihrer Volkszugehörigkeit. So standen Probleme, die schon längst in Vergessenheit geraten waren, unversehens wieder auf der Tagesordnung.²³⁵

Samuel Huntington entfachte mit seinem Buch „Kampf der Kulturen“ eine erregte Diskussion über künftige weltpolitische Auseinandersetzungen. Seine zentrale These ist, daß der neue Pluralismus sich vor allem im kulturellen Bereich manifestieren wird. Hauptakteure sind für Huntington Kulturkreise, wobei die politische Zusammensetzung dieser Kulturkreise nicht einheitlich sei. Kulturkreise können vielmehr verschiedene Nationalstaaten oder Vielvölkerstaaten umfassen und Staaten mit verschiedenen Regierungsformen beinhalten. Aus kultureller Perspektive werden die Kulturkreise dabei nicht unbedingt als homogene Kultureinheiten gedacht, sondern als Gebilde, die gewisse kulturelle Überschneidungen aufweisen.²³⁶

Nachdem sich die alte Bipolarität des Kalten Krieges aufgelöst hat, stellt sich für Huntington das neue Weltsystem folgendermaßen dar:

„In der Welt nach dem Kalten Krieg sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer Art. Sie sind kultureller Art. Völker und Nationen versuchen heute, die elementarste Frage zu beantworten, vor der Menschen stehen können: Wer sind wir? Und sie beantworten diese Frage in der traditionellen Weise, in der Menschen sie immer beantwortet haben: durch Rückbezug auf die Dinge, die ihnen am meisten bedeuten. Die Menschen definieren sich über Herkunft, Religion, Sprache, Geschichte, Werte, Sitten und Gebräuche, Institutionen. Sie identifizieren sich mit kulturellen Gruppen: Stämmen, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften, Nationen und, auf weitester Ebene, Kulturkreisen. Menschen benutzen Politik nicht nur dazu, ihre Interessen zu fördern, sondern auch dazu, ihre Identität zu definieren. Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“²³⁷

Der neue Spielraum in der Weltpolitik führt also dazu, daß Fragen der Kultur und der Identität in den Vordergrund rücken. Neben spezifisch nationale Identifikationen – die nach wie vor eine große Rolle spielen – treten also andere Bezugssysteme.²³⁸ Die Beziehungen zwischen den Nationen sind dabei durch Abgrenzungen definiert, die nach innen wiederum eine bessere Verortung ermöglichen.

Huntington konstatiert einen Rückgang der westlichen Vormachtstellung, die 400 Jahre lang das Weltsystem geprägt habe. Die (erzwungene) Anpassung anderer Kulturkreise an die vorherrschende westliche Kultur werde nun überlagert durch eine Verschiebung von ökonomischer und militärischer Macht sowie einen steigenden politischen Einfluß neuer Akteure:

„Im 20. Jahrhundert sind also die Beziehungen zwischen den Kulturen von einer Phase, die vom einseitigen Impakt einer einzigen Kultur auf alle anderen beherrscht war, in eine Phase intensiver, anhaltender und vielseitiger Interaktionen zwischen den Kulturen übergegangen. ... Weit davon entfernt, einfach das

²³⁵ von Plate, Bernard (1995): Sicherheit jenseits der Blockkonfrontation, in: Bundeszentrale für politische Bildung (1995) (Hg.): Internationale Beziehungen II. Frieden und Sicherheit in den 90er Jahren, Informationen zur politischen Bildung Nr. 246, Bonn 1995, S. 3-6: 3f

²³⁶ vergl. Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Rheda-Wiedenbrück/Zug/Wien 1996: 50ff

²³⁷ Huntington (1996): 21

²³⁸ vergl. Frei (1985): 21ff

Objekt der vom Westen gemachten Geschichte zu sein, wurden nichtwestliche Gesellschaften in zunehmendem Maße zu Gestaltern ihrer eigenen und der westlichen Geschichte.“²³⁹

Die Einflußverhältnisse verschieben sich, da die Staaten der nichtwestlichen Kulturkreise ihre politischen und wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten erweitern und durch ihren zunehmenden Einfluß in der Weltpolitik auch eine Steigerung ihres kulturellen Selbstbewußtseins erfahren.²⁴⁰ Huntington konstatiert beispielsweise ein neues asiatisches Selbstbewußtsein aufgrund eines erheblichen Wirtschaftswachstums und ein islamisches Selbstbewußtsein, das unter anderem auf demographischem Wachstum basiere.²⁴¹

Die Frage der Kultur und der Identität, die Huntington aufgeworfen hat, ist nicht nur für die Definition von Einflußsphären im neuen Weltsystem von großer Bedeutung. Wenn Kultur und Identität bei der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen eine neue Bedeutung zukommt, so wirkt sich dies auch auf Migrationsprozesse aus. Im spezifischen Migrationskontext erfahren Kultur und Identität zwar eine veränderte Bedeutung, da die Handlungsebene eine andere ist. Aber man muß berücksichtigen, daß Migrationsprozesse sich ja im internationalen Referenzsystem vollziehen, so daß Rückwirkungen der internationalen Beziehungen auf die Beziehungen innerhalb von Migrationsgesellschaften zwangsläufig zu erwarten sind.²⁴²

Abgesehen von den neuen Themen Kultur und Identität im internationalen Kontext sind die Beziehungen im Weltsystem im Zuge des neuen Pluralismus durch verschiedene andere Konfliktfaktoren geprägt. Betrachtet man das internationale System im Hinblick auf seine Schichtung, so müssen entstehende Verteilungskonflikte in eine Analyse einbezogen werden.

Es ist gewissermaßen ein stetiger Kampf um die Verteilung knapper Ressourcen und um eine bessere Position in der Hierarchie des Schichtungssystems zu beobachten. Im Zuge dieses Kampfes können einzelne Staaten aufsteigen und ihre neue Position vehement verteidigen, während andere Staaten vom Abstieg bedroht sind und gegen diesen kämpfen.²⁴³ Des weiteren entstehen Konflikte durch Statusungleichheit:

„Obwohl die meisten Länder auf den verschiedenen Hierarchiedimensionen (Bevölkerung, Wirtschaftsmacht, militärische Macht, Prestige usw.) eine je durchgehend tiefe oder hohe Position einnehmen, gibt es dennoch Länder, die auf den verschiedenen Dimensionen unterschiedlich hoch rangieren. Diese Situation, das sogenannte Statusungleichgewicht oder die Statusdiskrepanz, erzeugt Spannung und läßt die betreffenden Länder tendenziell aggressiv werden.“²⁴⁴

²³⁹ Huntington (1996): 70

²⁴⁰ vergl. Huntington (1996): 119

²⁴¹ vergl. Huntington (1996): 156

²⁴² In den folgenden Kapiteln wird auf die Bedeutung von Kultur und Identität noch näher einzugehen sein. Es sind dabei klare Unterscheidungen zwischen der Bedeutung von Kultur im Migrationskontext und von Kultur im Rahmen internationaler Beziehungen zu treffen. Im Migrationskontext wurde beispielsweise im Zuge von sogenannten Kulturdifferenzhypothesen die Sphäre der Begegnung verschiedener Kulturen in Migrationsgesellschaften thematisiert. Solche Begegnungen, die von direkten Kontakten gekennzeichnet sind, unterscheiden sich selbstverständlich von Begegnungen im internationalen Kontext. Es ist jedoch anzunehmen, daß gerade der internationale Kontext auch Rückwirkungen auf das kulturelle Selbstverständnis von Migranten und auch von Mehrheitsgesellschaften hat.

²⁴³ vergl. Frei (1985): 27

²⁴⁴ Frei (1985): 27

Im Hinblick auf das von Huntington angeführte neue Selbstbewußtsein verschiedener asiatischer und islamischer Länder, das sich auf Wirtschaftswachstum oder demographisches Wachstum gründet, ist anzunehmen, daß solche Länder in der immer pluralistischer werdenden Gesamtkonstellation des Weltsystems versuchen werden, neue Prioritäten bei der Definition von Macht zu setzen. Ferner ist anzunehmen, daß diese aufsteigenden Länder eine neue Durchsetzungskraft entwickeln werden.²⁴⁵

2.2.3.3 Macht im internationalen Kontext

Bei der Betrachtung des Weltsystems – und auch bei der späteren Betrachtung der Figurationen innerhalb von Migrationsgesellschaften – spielt die Verteilung von Macht eine herausragende Rolle. Macht wird vielfach als Grundphänomen der internationalen Beziehungen angesehen, wobei sie im Extremfall „mit dem Einsatz, der Androhung oder auch nur der psychologisch wirksamen Zurschaustellung physischer Gewaltbarkeit identisch“²⁴⁶ wird.

Der Ansatz von Elias und Scotson zur Etablierten-Außenseiter-Figuration eignet sich sowohl zur Darstellung des Verhältnisses zwischen Personen als auch zwischen Gruppen oder Staaten. Stigmatisierung bezieht sich laut Elias und Scotson nicht auf individuelle Eigenschaften oder Mängel (ein Diskurs, der vor allem in der Vorurteilsforschung aufgegriffen wird), sondern auf ein Geschehen zwischen Gruppen.²⁴⁷ Der Kern von Etablierten-Außenseiter-Figurationen ist eine ungleiche Machtbalance, wobei die Stigmatisierung nur erfolgreich ist, wenn die Etabliertengruppe sicher in ihrer Machtposition verankert ist:

„Andere Gruppen als minderwertig abzustempeln, ist eine der Waffen, die überlegene Gruppen in einem Machtbalance-Kampf verwenden, zur Behauptung ihrer sozialen Überlegenheit.“²⁴⁸

Wie sich Stigmatisierung konkret in der Auseinandersetzung zwischen Staaten artikuliert, wird an späterer Stelle näher zu betrachten sein. Zunächst ist entscheidend, auf welcher Basis die einzelnen Staaten Macht akkumulieren können.

Bei der wissenschaftlichen Analyse von Machtperspektiven im Rahmen internationaler Beziehungen wird häufig auf Indizes zurückgegriffen, die die Dimensionen der Macht darstellen. Als wesentliche Bereiche, die Einfluß auf die Machtrelationen haben, werden Bevölkerung, Wirt-

²⁴⁵ Die konkrete Ausgestaltung von Konflikten, die im Zuge des Aufstiegs verschiedener Staaten im Weltsystem entstehen, wird später im Zuge der Analyse konkreter Länderkonstellationen ausführlich dargestellt werden.

²⁴⁶ Schwarz, Hans-Peter (1985): Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem, in: : Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S.50-73: 51

²⁴⁷ vergl. Elias, Norbert/Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt 1990: 13ff; Die Bedeutung von Stigmatisierung auf der individuellen Ebene wird in einem der folgenden Kapitel ausführlicher analysiert werden. Es ist jedoch wichtig zu sehen, daß der Prozeß der Stigmatisierung im internationalen Kontext ähnlich abläuft wie beispielsweise im Kontext einer Migrationsgesellschaft. Dies bedeutet wiederum für die Betrachtung individueller Stigmatisierung, daß die Bezüge zum internationalen System immer mitanalysiert werden müssen, da der Prozeß der Stigmatisierung gerade nicht auf die Ebene des Individuums und auf Persönlichkeitsstrukturen reduziert werden darf.

²⁴⁸ vergl. Elias / Scotson (1990): 14

schaftskraft, Rohstoffpotential und Militärmacht genannt.²⁴⁹ Diese unterschiedlichen Indikatoren weisen darauf hin, daß unterschiedliche Staaten – zumindest theoretisch – in unterschiedlichen Bereichen Machtpositionen aufbauen können. Die Wirkungsweise der unterschiedlichen Machtpositionen hängt jedoch von der Art der Einbindung der Staaten ins internationale Staatensystem ab.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß die Machtkonstellationen im internationalen System immer vielfältiger werden:

„Unter den Bedingungen eines auf vielen Feldern friedlichen internationalen Wettbewerbs, verbunden mit vielschichtiger Verflechtung der unterschiedlichsten Bereiche, fällt es schwer, die Macht eines Staates in absoluten Maßstäben zu erfassen. Übergewicht, Einflußchancen oder Unterlegenheit in Einzelbereichen mögen durch Abhängigkeit oder Überlegenheit in anderen ausgeglichen werden. Hinzu kommt, daß das Machtpotential der Staaten in verschiedenen Beziehungssystemen zur Geltung gebracht wird (etwa in Allianzen, in regionalen Staatengruppierungen, in Wirtschaftsgemeinschaften, auf dem Weltmarkt, in internationalen Regimen).“²⁵⁰

Die sich überlagernden Einflußsphären und die verschieden gewichteten Abhängigkeiten zwischen Staaten werden häufig in einem analytischen Konzept der Interdependenz dargestellt, wobei Interdependenz zunächst bedeutet, daß zwischen verschiedenen Staaten Abhängigkeiten und wechselseitige Einflüsse bestehen.²⁵¹ Diese wechselseitigen Einflüsse befinden sich meist nicht in einem Gleichgewichtszustand:

„Man sollte sich ... davor hüten, Interdependenz ausschließlich als Situation einer *gleichmäßig ausbalancierten* Abhängigkeit zu definieren. Vielmehr sind es die *Asymmetrien* dieser Abhängigkeit, die den Akteuren am ehesten Einflußmöglichkeiten in ihren gegenseitigen Beziehungen einräumen. Weniger abhängige Akteure können eine Interdependenzbeziehung häufig als Machtinstrument einsetzen, wenn es um die Aushandlung eines Konflikts geht und vielleicht auch, um andere Problemfelder zu beeinflussen.“²⁵²

Es stellt sich selbstverständlich auch die Frage, wie sich bestehende Asymmetrien seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verändert haben oder noch verändern werden.

Betrachtet man beispielsweise die Lage der Länder der Dritten Welt, so läßt sich feststellen, daß diese zwar auf der einen Seite inzwischen weniger Unterstützung seitens der Industrienationen erfahren, aber auf der anderen Seite sich ihnen neue Handlungsräume eröffnen. Die Veränderungen umfassen folgende Punkte:

- „- weniger politisches Engagement der Industrienationen in und gegenüber den Entwicklungsländern;
- weniger Bevormundung;
- weniger erzwungene oder erkaufte Loyalität;
- weniger Interventionismus;
- weniger Internationalisierung regionaler Konflikte sowie
- weniger weltpolitische Aufmerksamkeit.“²⁵³

²⁴⁹ vergl. Frei (1985): 23

²⁵⁰ Schwarz (1985): 53

²⁵¹ vergl. Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (1977): Macht und Interdependenz, in: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S. 74-88: 75

²⁵² Keohane / Nye (1977): 78, Hervorheb. im Original

²⁵³ Wöhlicke, Manfred (1995): Nord-Süd-Beziehungen in den 90er Jahren, in: Bundeszentrale für politische Bildung (1995) (Hg.): Internationale Beziehungen II. Frieden und Sicherheit in den 90er Jahren, Informationen zur politischen Bildung Nr. 246, Bonn 1995, S. 43-47: 45

Einerseits sieht es also so aus, als würden die Länder der Dritten Welt immer mehr an den Rand des Weltsystems gedrängt, da sie für die Industrienationen zumindest in machtpolitischer Hinsicht zunächst von geringerem Interesse sind. Diese „Außenseitersituation“ läßt sich jedoch für diese Länder auch positiv nutzen, da sie ihnen neue Handlungsspielräume eröffnet. Die von Huntington angedeuteten Entwicklungen im globalen System lassen erahnen, daß einige der Länder, die sich noch gewissermaßen an der Peripherie des internationalen Systems befinden, neue Machtansprüche entwickeln werden und danach trachten, diese auch durchzusetzen.

Für die konkrete Analyse von Migrationsgesellschaften wird von entscheidender Bedeutung sein, wie bestehende Asymmetrien verlaufen, wie diese sich verändern und welche Machtfaktoren von Bedeutung sind. Man könnte beispielsweise annehmen, daß im internationalen System aufstrebende Länder, deren Hauptressourcen Wirtschaftskraft oder Bevölkerungswachstum sind, versuchen werden, die Bedeutung einzelner Machtfaktoren einer Neubewertung auszusetzen. Am Beispiel des neuen Selbstbewußtseins islamischer Staaten, das unter anderem aus demographischem Wachstum resultiert, deutet sich dies bereits an.

Zusammenfassend lassen sich also aus soziologischer und politischer Perspektive folgende Elemente und Strukturen ausmachen, die das globale Interaktionssystem bestimmen und die Rahmenbedingungen von Migrationsprozessen prägen:

- Nationen bilden nach innen einen Raum des Schutzes. Dieser Schutz der Angehörigen einer Nation impliziert ein Verteidigungsverhältnis nach außen gegenüber den Nicht-Angehörigen einer Nation.
- Durch die verschiedenen Möglichkeiten, innerhalb einer Nation Zugehörigkeit zu stiften, kann eine Verknüpfung von individuellem Lebenssinn mit dem Schicksal der Nation begünstigt werden. Dies verweist darauf, daß neben territorialen Figurationen auch persönlichkeitsorientierte Figurationen in ein Modell von Migrationsprozessen einbezogen werden müssen.
- Das System internationaler Figurationen ist von Machtbeziehungen durchzogen. Es gibt Nationen, die sehr einflußreich sind, und andere, die erst damit begonnen haben, ihren Einfluß im globalen System zu steigern.
- Mit der Beendigung des bipolaren Hegemonialkampfes im Zuge der Ost-West-Konfrontation ist das globale System durch einen neuen Pluralismus geprägt. Dieser Pluralismus führt dazu, daß neue Aspekte wie wirtschaftliche Stärke, Kultur und Identität auf

machtpolitischer Ebene beginnen, eine Rolle zu spielen. Territorien, die bisher in machtpolitischer Hinsicht eher eine Außenseiterposition eingenommen haben, versuchen auf der Basis eines neuen Selbstbewußtseins (das sich auf Aspekte wie Wirtschaftskraft oder Bevölkerungswachstum beziehen kann), ihre Interessen im internationalen System verstärkt zu artikulieren. Das bestehende Machtsystem ist also nachhaltigen Veränderungen ausgesetzt und bietet neuen Akteuren neue Handlungsspielräume.

Im Verlauf dieses Kapitels wurde dargestellt, unter welchen historischen und strukturellen Gesichtspunkten Migrationsprozesse betrachtet werden müssen. Außerdem wurde nachvollzogen, wie Territorien nach innen Einheit stiften und sich nach außen hin abgrenzen. Schließlich wurde erläutert, wie sich Machtbeziehungen im internationalen Kontext entwickeln, aber auch verändern können. Alle diese Faktoren müssen berücksichtigt werden, wenn das Geschehen innerhalb von Migrationsgesellschaften analysiert werden soll, da die Wanderung von Menschen immer vor diesem umfassenden Hintergrund stattfindet, der auch den Handlungsrahmen für die Migrationsgesellschaft selbst bildet. In einem späteren Kapitel soll deshalb dieser Rahmen am Beispiel ausgewählter Territorien und Kulturen konkretisiert werden.

Die bisherigen Erörterungen haben auch angedeutet, daß Fragen der Migration nicht nur eine prozeß- und figurationstheoretische Ebene betreffen. Aspekte wie das Stiften von Zusammenhalt oder auch das Selbstverständnis bestimmter Gruppen oder Territorien weisen darauf hin, daß Migration auch auf einer persönlichkeits- und identitätstheoretischen Ebene betrachtet werden muß. Aus diesem Grund sollen im folgenden Kapitel die wichtigsten identitätstheoretischen Aspekte im Hinblick auf ihre Relevanz für ein Modell für Migrationsprozesse betrachtet werden. Es geht also darum, die Ebene übergeordneter Einheiten zu verlassen und sich der Ebene der direkten Kontakte und Beziehungen zwischen Individuen zuzuwenden.²⁵⁴

²⁵⁴ Der Aspekt der individuellen oder persönlichen Identität wird allerdings ebenfalls auf einer abstrakt-allgemeinen Ebene behandelt werden. Es geht nicht darum, die Interaktionsbeziehungen zwischen konkreten, realen Personen nachzuvollziehen. Vielmehr sollen im folgenden Kapitel die grundsätzlichen Randbedingungen von Identität dargelegt werden.

Im vorigen Kapitel wurde dargestellt, welche Strukturen und Aspekte auf prozeß- und figurations-theoretischer Ebene für ein Modell von Globalisierung Migration von Bedeutung sind. Dabei wurde an verschiedenen Stellen bereits deutlich, daß die Ebene der Beziehungen zwischen Einheiten oder Territorien nur einen Ausschnitt der komplexen Migrationsproblematik darstellt. Die bisherigen Darstellungen haben sich zwar ausschließlich auf diese Ebene bezogen, doch weisen die beschriebenen Komponenten in allen Fällen auch Beziehungen zu oder Verknüpfungen mit weiteren Dimensionen auf.

Bisher wurde ausschließlich auf übergeordneter Ebene versucht, Bestandteile von Migrationsprozessen und internationalen Beziehungen zu benennen und darzustellen. Bewußt wurde dabei darauf verzichtet, die Bezüge zu anderen Ebenen weiter auszuführen. In diesem Kapitel wird es nun darum gehen, sich einer weiteren Ebene, nämlich der der Identität zuzuwenden. Vor allem im Kontext der Betrachtung der Einigungsmechanismen von Nationen hat sich bereits gezeigt, daß neben der figurativen Ebene auch die Persönlichkeitsebene von Bedeutung ist, da Einigung keine abstrakte Entität an sich ist, sondern sich auf Gruppen von konkreten Persönlichkeiten bezieht. Im folgenden soll deshalb eine Brücke geschlagen werden, die von den prozeß- und figurationstheoretischen Ansätzen zu persönlichkeitsorientierten Ansätzen führt.

Aufbauend auf den Arbeiten von Norbert Elias entstanden bereits zahlreiche Forschungsansätze, die die Bedeutung der Persönlichkeit in Entwicklungsprozessen thematisierten. Einige dieser Ansätze sollen zunächst daraufhin betrachtet werden, inwiefern sie eine Annäherung an das Phänomen der Identität erlauben. Der Gedanke der Interdependenz ist für viele Arbeiten, die durch Elias inspiriert wurden, grundlegend. Soziale Figurationen vom familiären bis hin zum zwischenstaatlichen Bereich werden unter einer Perspektiven der prozeßhaften Entwicklung analysiert.²⁵⁵ Diese umfassende Perspektive ermöglicht es, mit einem einheitlichen Modell die Interdependenz verschiedener Aspekte zu erfassen.

Unter der Prämisse der Prozeßhaftigkeit werden sozialwissenschaftliche Modelle zur Persönlichkeitsentwicklung, die mit Begriffen wie Sozialisation oder Enkulturation arbeiten, kritisiert. Solche Begriffe, die den Erwerb der Kultur der eigenen Gesellschaft bezeichnen, würden eine Grenze zwischen Individuum und Gesellschaft postulieren, bemängelt Goudsblom.²⁵⁶ Er gibt jedoch keinerlei Hinweis darauf, wie solche Grenzziehungen umgangen werden können.

²⁵⁵ vergl. Goudsblom, Johan (1984): Die Erforschung von Zivilisationsprozessen, in: Gleichmann, Peter/Goudsblom, Johan/Korte, Hermann (1984) (Hg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt 1984, S. 83-104: 89

²⁵⁶ vergl. Goudsblom (1984): 85

Prozeßorientierte Ansätze geben jedoch auch einige Hinweise darauf, welche Aspekte für eine Beschreibung von Identität – wie noch zu zeigen sein wird – von Bedeutung sein können. So müsse laut Goudsblom bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen Individuum und Kultur, bei der Betrachtung der Aufnahme von gesellschaftlichen Normen und Werten, die historische Entstehung dieser Normen und Werte in eine Analyse einbezogen werden. Prozeßtheorien beziehen sich explizit auf die Zeitdimension im Hinblick auf Kulturformen oder Persönlichkeitstypen.²⁵⁷

Elias selbst sah in der historischen Perspektive sogar eine fundamentale Dimension des menschlichen Daseins. Für ihn ist das Zeiterleben ein integraler Bestandteil des menschlichen Selbst.²⁵⁸

„Ein Hauptschlüssel zu den Problemen der Zeit und des Zeitbestimmens liegt in der Tat in der spezifischen Fähigkeit von Menschen, das, was in einer kontinuierlichen Geschehensabfolge ‚früher‘ und was ‚später‘, was ‚vorher‘ und was ‚nachher‘ geschieht, zusammen ins Auge zu fassen und dadurch miteinander zu verknüpfen. Das Gedächtnis spielt bei diesem Vorstellungsakt, bei dem man zusammensieht, was nicht zusammengeschieht, eine grundlegende Rolle. Wenn ich derart auf die Fähigkeit zur Synthese hinweise, dann beziehe ich mich hier besonders auf das Vermögen von Menschen, in ihrer Vorstellung etwas gegenwärtig zu haben, was realiter hier und jetzt nicht gegenwärtig ist, und es mit dem zu verknüpfen, was realiter hier und jetzt geschieht.“²⁵⁹

Das Individuum verortet sich also im Fluß historischer Abläufe und unterhält somit nicht nur Beziehungen zur Gegenwart, sondern auch zur Vergangenheit. Diese Betrachtungsperspektive wird aus identitätstheoretischer Sicht noch von Bedeutung sein.

Christian von Ferber beschäftigt sich mit der Frage, wie gesellschaftliche Prozesse in der Erfahrung und im Handeln des Einzelnen wirksam werden und wie der Vermittlungszusammenhang zwischen sozialen Entwicklungen und individueller Existenz beschaffen ist.²⁶⁰ Elias stelle diesen Zusammenhang am Beispiel der sozialen Kontrolle her. So werde im Zuge der zivilisatorischen Entwicklung der Fremdzwang immer mehr zum Selbstzwang:

„Die Verlagerung der Sanktionen nach innen läßt ein gesellschaftlich vermitteltes Verhältnis der Menschen zu sich selbst entstehen. ... Das eigene Verhalten wird auf die Erwartungen anderer hin modelliert, die nicht real, sondern in einer abstrakt gedachten Zukunft existieren. Auf diese Weise wird die Beziehung des Menschen zu sich selbst, zu seinem eigenen Körper, zu seiner Lebensgeschichte, zu seiner Befindlichkeit, zu einem Verhältnis, das durch die antizipatorisch gedachte Wirklichkeit anderer bestimmt ist.“²⁶¹

Diese Perspektive wird auch von psychoanalytischen Identitätstheorien aufgegriffen und soll in diesem Kapitel noch näher betrachtet werden.

²⁵⁷ vergl. Goudsblom (1984): 85-91

²⁵⁸ vergl. Elias, Norbert (1984): Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie II, Frankfurt 1984: 117

²⁵⁹ Elias (1984): 44f

²⁶⁰ vergl. von Ferber, Christian (1984): Zur Zivilisationstheorie von Norbert Elias - heute, in: Gleichmann, Peter/Goudsblom, Johan/Korte, Hermann (1984) (Hg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt 1984, S. 105/28: 105

²⁶¹ von Ferber (1984): 110f

Aus prozeß- und figurationstheoretischer Perspektive sind also folgende Aspekte für die Betrachtung des **Individuums in der Gesellschaft** von Bedeutung:

- Individuum und Gesellschaft sind untrennbare Kategorien, die jederzeit in einem Komplementaritätsverhältnis stehen. Das Individuum muß also im Rahmen seiner Beziehungen zur Gesellschaft betrachtet werden.
- Im Zuge der Sozialisation oder Enkulturation übernimmt das Individuum die Kultur der Gesellschaft, der es angehört. Kultur darf hierbei nicht als feststehende Entität verstanden werden, sondern sie muß unter prozeßhaften Vorzeichen betrachtet werden.
- Das Individuum ist in seinen Beziehungen nicht nur an die Gegenwart gebunden. Vielmehr verarbeitet es historische Entwicklungen und verortet sich in komplexen Zeitdimensionen.
- Das Verhältnis des Individuums zu sich selbst und zu anderen Individuen ist gesellschaftlich vermittelt. Es besteht eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Individuen.

Diese komplexen, ineinander verschränkten Aspekte verweisen alle – auch wenn dies explizit in der Prozeß- und Figurationstheorie nicht unbedingt ausgeführt wird - auf Dimensionen, die weit ausführlicher als bei Elias und seinen Nachfolgern im Zuge von Identitätstheorien aufgearbeitet wurden und werden. Aus diesem Grund soll im folgenden das Phänomen – ausgehend von den dargelegten prozeß- und figurationstheoretischen Ansatzpunkten – aus psychoanalytischer, sozialpsychologischer und interaktionistischer Perspektive dargestellt werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß Identität sich innerhalb einer sozialen Realität entwickelt und diese wiederum auch prägt. Identität bildet sich außerdem im Rahmen von Interaktionen zwischen Individuen, wobei jedes Individuum über unterschiedliche Voraussetzungen zur Teilnahme an der Interaktion verfügt und gleichzeitig auch an sein Gegenüber jeweils bestimmte Erwartungen richtet. Das, was Elias als gesellschaftlich vermitteltes Verhältnis des Menschen zu sich selbst bezeichnet, wird in Identitätstheorien unter anderem durch Aspekte wie Rollenübernahme oder Empathie erfaßt. Schließlich beschreiben Identitätstheorien auch das Verhältnis des Individuums zu historischen Entwicklungen.

Im folgenden werden alle diese Aspekte aus der Perspektive verschiedener identitätstheoretischer Ansätze betrachtet. So wie im vorhergehenden Kapitel der Focus der Darstellung auf der figurativen Ebene angesiedelt war, wird in diesem Kapitel vom Individuum ausgehend argumentiert. Dies geschieht natürlich unter der Bezugnahme auf die Interdependenz von Individuum und sozialer Umwelt. Es geht im folgenden nicht um die erschöpfende Darstellung bestimmter Identitätstheorien. Vielmehr ist es das Anliegen dieses Kapitels, die bereits skizzierten Grundlagen einer

Prozeß- und Figurationstheorie um eine individualpsychologische Dimension zu erweitern. Dabei werden die relevanten Aspekte verschiedener Argumentationsstränge miteinander verknüpft.

3.1 Individuum und soziale Realität

Der Mensch als soziales Wesen setzt sich ständig in ein Verhältnis zu seiner Umwelt und knüpft Beziehungen der unterschiedlichsten Art, um existieren zu können. Der Raum, in dem dies geschieht, ist von familiären, gesellschaftlichen und sozialen Randbedingungen geprägt. Die Identität des Individuums bildet sich in einem Bezugsrahmen zur Umwelt²⁶² heraus. Die Psychoanalyse setzt als ersten Bezugspunkt für die Auseinandersetzung mit der Umwelt die Familie, im weiteren Verlauf der individuellen Entwicklung gewinnt auch eine erweiterte soziale Umwelt in Form von Instanzen außerhalb der Kernfamilie an Bedeutung.²⁶³

3.1.1 Beziehungen zwischen Innenleben und Sozialstruktur

Erikson verweist auf die Bedeutung der psychosexuellen und der psychosozialen Betrachtungsweise in ihrer Beziehung zur Entwicklung eines Ich-Konzepts.²⁶⁴ Das bedeutet, daß nicht nur innerpsychische Entwicklungen im Rahmen der Psychoanalyse untersucht werden müssen, sondern auch die Beziehungen des Individuums zu seiner Umwelt, da diese die Identität ebenfalls prägen.²⁶⁵ Deshalb sieht Erikson die Identität des Individuums auch als ein definiertes Ich innerhalb einer sozialen Realität an.²⁶⁶

Der soziale Teil der Identität ist bei Erikson von der Gemeinschaft geprägt.²⁶⁷ Es bestehe eine Verbindung zwischen dem Innenleben des Menschen und seiner sozialen Umwelt, wobei von der Sozialstruktur ausgehende Verbote internalisiert werden.²⁶⁸ Das bedeutet, daß der Rahmen, in dem die individuelle Identitätsbildung stattfindet, durch die soziale Umgebung eingegrenzt ist. Das Individuum verfügt zwar über einen gewissen Spielraum, doch wird der Handlungsraum

²⁶² Die Umwelt des Individuums ist insofern soziale Realität, als sie von zwischenmenschlichen Beziehungen durchdrungen ist. In diesem Abschnitt soll unter sozialem Raum der gesellschaftlich-institutionelle Rahmen gefaßt werden. Dieser Rahmen umfaßt unter anderem die Institutionen und Regeln einer spezifischen Gesellschaft, ihre Formen der Organisation von Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern. Ein Bezugssystem ist der Rahmen, innerhalb dessen sich die seelische Entwicklung des Individuums vollzieht. Es wird selten unmittelbar wahrgenommen, doch zeigt es sich direkt und indirekt in erlebten Eigenschaften oder Zuständen (vergl. Dietrich, Georg/Walter, Hellmuth (1970): Grundbegriffe der psychologischen Fachsprache, München 1970: 58).

²⁶³ vergl. Erikson, Erik H. (1956): Das Problem der Ich-Identität, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1994, S. 123-212, 14. Aufl.: 150

²⁶⁴ vergl. Erikson, Erik H. (1982): Der vollständige Lebenszyklus, Frankfurt 1988: 8

²⁶⁵ Diese Argumentation ähnelt der von Norbert Elias, wobei Elias vom figurationstheoretischen Standpunkt aus argumentiert, während der Ausgangspunkt von Erikson die Psychoanalyse ist. Die Schlußfolgerungen, die beide ziehen, sind die gleichen.

²⁶⁶ vergl. Erikson, Erik H. (1946): Ich-Entwicklung und geschichtlicher Wandel, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1973, S. 11-54: 17

²⁶⁷ vergl. Erikson, Erik H. (1977): Lebensgeschichte und historischer Augenblick, Frankfurt 1977: 17

²⁶⁸ vergl. Erikson (1977): 103

durch die jeweiligen sozialen Beziehungen mitbestimmt. Es existiert also ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Individuum und seiner Umgebung.²⁶⁹ Auch andere Identitätstheoretiker, die sich der Psychoanalyse verbunden fühlen, erkennen an, daß es kein „soziales Vakuum“ gibt, sondern der wechselseitige Einfluß von Individuum und Gesellschaft mit dem ersten Lebenstag des Individuums beginnt.²⁷⁰ Manche Psychoanalytiker machen die menschliche Existenz sogar voll und ganz am gesellschaftlichen Bezugsrahmen fest. Um zu überleben,

„muß der Mensch auf andere bezogen sein und braucht er einen Rahmen der Orientierung, der es ihm erlaubt, die Wirklichkeit zu begreifen und der die Funktion hat, ihm in einer ansonsten chaotischen Wirklichkeit einen irrelativ konstanten Bezugsrahmen zu geben. Dieser Rahmen der Orientierung befähigt ihn zugleich, mit anderen zu kommunizieren.“²⁷¹

Hier wird bereits deutlich, wie umfassend die wechselseitige Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft tatsächlich ist.

Die ordnende Funktion des gesellschaftlichen Handlungsrahmens, die Strukturierung einer „chaotischen Wirklichkeit“ durch relativ konstante Bezugssysteme, verdient weitere Aufmerksamkeit. Es wurde bereits deutlich, daß die soziale Realität durchaus nicht einseitig auf das Individuum wirkt, sondern daß die Beziehungen wechselseitig verlaufen. Andererseits erfordert das Bestehen einer Ordnung immer auch Formen der Unterordnung unter diese Ordnung, da die Ordnung ansonsten nicht aufrechterhalten werden könnte. Berger und Luckmann haben sich beispielsweise mit dem Problem beschäftigt, inwieweit eine geordnete Wirklichkeit zur unhinterfragten – und möglicherweise auch unhinterfragbaren – „Routinewelt“ werden kann:

„Die Wirklichkeit der Alltagswelt wird als Wirklichkeit hingenommen. Über ihre einfache Präsenz hinaus bedarf sie keiner zusätzlichen Verifizierung. Sie ist einfach *da* – als selbstverständliche, zwingende Faktizität. Ich *weiß*, daß sie wirklich ist. Obgleich ich in der Lage bin, ihre Wirklichkeit auch in Frage zu stellen, muß ich solche Zweifel doch abwehren, um in meiner Routinewelt existieren zu können. Diese Ausschaltung des Zweifels ist so zweifelsfrei, daß ich, wenn ich den Zweifel einmal brauche – bei theoretischen oder religiösen Fragen zum Beispiel, eine echte Grenze überschreiten muß. Die Alltagswelt behauptet sich von selbst, und wenn ich ihre Selbstbehauptung anfechten will, muß ich mir dazu einen Stoß versetzen.“²⁷²

Ordnung hat also durchaus ihren Preis.²⁷³ Sie kann eine Eigendynamik entwickeln und damit durchaus das Prinzip der Wechselseitigkeit in der Beziehung zwischen Individuum und sozialer Realität zuungunsten des Individuums durchbrechen.²⁷⁴

²⁶⁹ Elias kommt in seiner Argumentation – wie bereits gezeigt wurde – zu derselben Schlußfolgerung.

²⁷⁰ vergl. De Levita, David J. (1976): Der Begriff der Identität, Frankfurt 1976, 2. Aufl.: 70

²⁷¹ Fromm, Erich (1990): Die Entdeckung des gesellschaftlichen Unbewußten. Zur Neubestimmung der Psychoanalyse, Schriften aus dem Nachlaß. Band 3, Herausgegeben von Rainer Funk, Weinheim und Basel 1990: 21f

²⁷² Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1966): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1994: 26, Hervorheb. im Original

²⁷³ Dies ist ein häufiger Kritikpunkt an Identitätstheorien. Dadurch, daß Ordnung – ohne die ja ein gemeinsamer Handlungsraum für verschiedene Individuen wiederum überhaupt nicht denkbar wäre – Unterordnung erfordert, besteht zumindest tendenziell die Gefahr der Unterdrückung oder Selbstunterdrückung des Individuums.

²⁷⁴ Diese Eigendynamik wird vor allem im Zuge ethnopschoanalytischer Forschung sehr kritisch betrachtet. Phänomene wie eine „gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit“ weisen darauf hin, daß soziale Realität gewissermaßen ein Eigenleben entwickeln kann, das sich dem direkten Zugriff des Individuums entziehen kann. Die Gefahren, die von einer „Routinewelt“ ausgehen, werden in einem der folgenden Kapitel noch näher dargelegt werden.

Berger und Luckmann sehen Routine jedoch nicht unbedingt unter negativen Vorzeichen. Vielmehr sehen sie im Prozeß der Institutionalisierung auch eine Entlastung des Individuums:

„Alles menschliche Tun ist dem Gesetz der Gewöhnung unterworfen. Jede Handlung, die man häufig wiederholt, verfestigt sich zu einem Modell, welches unter Einsparung von Kraft reproduziert werden kann und dabei vom Handelnden *als* Modell aufgefaßt wird. ... Habitualisierte Tätigkeiten behalten natürlich ihren sinnhaften Charakter für jeden von uns, auch wenn ihr jeweiliger Sinn als Routine zum allgemeinen Wissensvorrat gehört, zur Gewißheit geworden und dem Einzelnen für künftige Verwendung zuhanden ist. Gewöhnung bringt den psychologisch wichtigen Gewinn der begrenzten Auswahl.“²⁷⁵

Die Habitualisierung von Tätigkeiten, die Berger und Luckmann als Routine innerhalb des allgemeinen Wissensvorrats bezeichnen, ist natürlich nicht nur für den Bezug des Individuums zur sozialen Realität von Bedeutung, sondern auch für die Gestaltung der Beziehungen zwischen verschiedenen Individuen.²⁷⁶ Davon abgesehen, gehen die Autoren davon aus, daß ein klar strukturierter Entscheidungsraum auf psychologischer Ebene Energien für „Einfall und Innovation“ freisetzt.²⁷⁷ Es bleibt also vorläufig festzuhalten, daß eine geordnete soziale Realität unter positiven Gesichtspunkten dem Individuum Handlungen erleichtert. Unter negativen Gesichtspunkten hingegen könnte die Ordnung aber auch einengend wirken. Beide Perspektiven werden noch weiterzuerfolgen sein.

Thomas Luckmann legt dar, wie im Zuge der Sozialisation die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gewissermaßen Eingang in das Individuum finden:

„Sozialstruktur und Weltauffassung bilden in der für jeden einzelnen einzigartigen Lebenslage, in einem einzigartigen individuellen Lebenslauf, ein allgemeines – wenn auch immer zugleich geschichtlich besonderes – gesellschaftliches a priori. Das Ich, auf dem die Einheit aller sinnorientierten Erfahrungsabläufe beruht, entsteht in zwischenmenschlichen Vorgängen. Diese werden von einer historischen Sozialstruktur bestimmt. Sozialisation ist jener universelle, zwischenmenschliche Vorgang, in dem sich persönliche Identität als eine gesellschaftliche Gegebenheit entwickelt. In diesem Sinn liegt Sozialisation im Schnittpunkt von Lebenslauf und Geschichte.“²⁷⁸

Die Sozialstruktur wirkt nicht einfach als Entität auf das Individuum. Vielmehr eignet sich das Individuum in einem aktiven Vorgang gesellschaftliche Gegebenheiten an. Durch diese Perspektive wird eine Trennung zwischen Individuum und Gesellschaft aufgehoben. Luckmann geht sogar noch weiter und vertritt eine ähnliche Sichtweise wie der Interaktionismus. Begriffe wie „Erfahrungsablauf“ oder „zwischenmenschlicher Vorgang“ illustrieren, daß zwischen Individuum und Gesellschaft ein komplexes Beziehungssystem besteht.

Habermas sieht in den Wechselwirkungen zwischen Individuum und Gesellschaft auf einer fortgeschrittenen Stufe die Möglichkeit zur individuellen Emanzipation:

²⁷⁵ Berger/Luckmann (1966): 56f

²⁷⁶ Die Frage, inwieweit die Interaktion zwischen Individuen eine auf bestimmten Ebenen geteilte soziale Realität der an der Handlung Beteiligten voraussetzt, wird noch im Zusammenhang mit den Aspekten Rollenübernahme und Empathie aufgegriffen werden.

²⁷⁷ vergl. Berger/Luckmann (1966): 57

²⁷⁸ Luckmann, Thomas (1979): Persönliche Identität, soziale Rolle und Rollendistanz, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 293-313: 299

„Die Identität wird durch *Vergesellschaftung* erzeugt, d.h. dadurch, daß sich der Heranwachsende über die Aneignung symbolischer Allgemeinheiten in ein bestimmtes soziales System erst einmal integriert, während sie später durch *Individuierung*, d.h. gerade durch eine wachsende Unabhängigkeit gegenüber sozialen Systemen gesichert und entfaltet wird.“²⁷⁹

Das Prinzip der Verinnerlichung gesellschaftlicher Normen ist also nicht nur passiv zu denken. Vielmehr hat das Individuum grundsätzlich die Möglichkeit, gegenüber dem äußeren sozialen Rahmen Unabhängigkeit zu erlangen.²⁸⁰

Aus der Perspektive von Habermas ist die Identitätsentwicklung sogar zwingend mit individueller Emanzipation verbunden. Identität verlangt seiner Meinung nach

„nicht nur die kognitive Beherrschung allgemeiner Kommunikationsniveaus ..., sondern auch die Fähigkeit, die eigenen Bedürfnisse in diesen Kommunikationsstrukturen zu ihrem Recht zu bringen: solange sich das Ich von seiner inneren Natur abschnürt und die Dependenz von Bedürfnissen, die auf angemessene Interpretationen noch warten, verleugnet, bleibt die noch so sehr durch Prinzipien geleitete Freiheit gegenüber bestehenden Normensystemen in Wahrheit unfrei.“²⁸¹

Für Habermas bedeutet verwirklichte Identität also Freiheit. Diese Freiheit existiert jedoch nicht automatisch, sondern das Individuum muß sie sich erkämpfen, indem es danach trachtet, seine individuellen Bedürfnisse zu befriedigen.

3.1.2 Interaktion und das Verhältnis zur sozialen Umwelt

Der Interaktionismus und die Sozialpsychologie analysieren Identitätsbildung – in höherem Maß als die Psychoanalyse - als Produkt gesellschaftlicher Beziehungen.²⁸² Für George H. Mead entsteht Identität innerhalb des gesellschaftlichen Erfahrungs- und Tätigkeitsprozesses im jeweiligen Individuum als Ergebnis seiner Beziehungen innerhalb dieses Prozesses.²⁸³ Der gesellschaftliche Tätigkeitsbereich, wie Mead das Feld der Identitätsentwicklung abstrakt bezeichnet, wird zum Bestandteil der individuellen Erfahrung. Das Individuum gewinnt durch diese Erfahrung die Möglichkeit, die Haltungen seiner Mitmenschen einzunehmen²⁸⁴ und zu verstehen und kann sein eigenes Verhalten entsprechend ausrichten.²⁸⁵ Der Vorgang des Verstehens und Verarbeitens von in der Interaktion gewonnenen Erfahrungen hat keinen optionalen Charakter. Vielmehr wird von der sozialen Umwelt sozial-integratives Verhalten auch gefordert.²⁸⁶

²⁷⁹ Habermas, Jürgen (1974): Moralentwicklung und Ich-Identität, in: ders. (1976): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976, 2. Aufl., S. 63-91: 68, Hervorheb. im Original

²⁸⁰ vergl. Habermas (1974): 68f

²⁸¹ Habermas (1974): 74

²⁸² Das Zueinander-in-Beziehung-Treten von Individuen wird allgemein als Interaktion bezeichnet (vergl. Busch, Hans-Joachim (1984): Interaktion, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 267-270: 267).

²⁸³ vergl. Mead, George H. (1934): Geist, Identität und Gesellschaft, Frankfurt 1968: 177

²⁸⁴ Dieses Phänomen der Empathiefähigkeit wird noch ausführlicher zu betrachten sein.

²⁸⁵ vergl. Mead (1934): 197f

²⁸⁶ vergl. Engel, Uwe/Osterrath, Eckhart (1987): Sozialisatorische Interaktion und Erwachsenensozialisation, in: Griese, Hartmut M. (Hg.) (1987): Sozialisation im Erwachsenenalter. Ein Reader zur Einführung in ihre theoretischen und empirischen Grundlagen, Weinheim und Basel 1987, S. 179-197: 180

Mead ist sich zwar über die individuellen Aspekte der Identität, auf die sich die Psychoanalyse konzentriert, im klaren, doch legt er den Schwerpunkt seiner Argumentation auf das gesellschaftliche Wechselspiel zwischen Interaktionspartnern:

„Die Existenz privater oder ‚subjektiver‘ Erfahrungsinhalte schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß Bewußtsein voraussetzt, daß der Einzelne sich selbst zum Objekt wird, indem er die Haltungen der anderen Individuen ihm gegenüber in einem organisierten Rahmen gesellschaftlicher Beziehungen einnimmt, und daß der Einzelne sich seiner selbst nicht bewußt werden noch eine Identität haben könnte, wenn er nicht derart zum Objekt für sich selbst werden könnte.“²⁸⁷

Es bleibt festzuhalten, daß die gesellschaftlichen Beziehungen in irgendeiner Form regelgeleitet sind. Um an der Interaktion teilhaben zu können, muß das Individuum diese Regeln, an denen sich auch seine Interaktionspartner orientieren, kennen. Die Erfahrung dieser Regeln ist Teil der Identität.

Im Interaktionismus wird davon ausgegangen, daß das Individuum nur im Rahmen seiner sozialen Umwelt Identität gewinnen kann. Die Beziehung zwischen der sozialen Realität und der individuellen Identität ist dabei als wechselseitiger Prozeß gekennzeichnet. Damit ist Identität eine „vom Individuum für die Beteiligung an Kommunikation und gemeinsamem Handeln zu erbringende Leistung“²⁸⁸. Die Identität wird aus dem aktuellen Handeln heraus gewonnen und erweitert, sie ist jedoch gleichzeitig auch Grundlage der Möglichkeit von Interaktion:

„Damit das Individuum mit anderen in Beziehungen treten kann, muß es sich in seiner Identität präsentieren; durch sie zeigt es, wer es ist. Diese Identität interpretiert das Individuum im Hinblick auf die aktuelle Situation und unter Berücksichtigung des Erwartungshorizontes seiner Partner.“²⁸⁹

Dieser Ansatz thematisiert zwei wichtige Aspekte, die die Basis für Interaktion bilden. Zum einen hat das Individuum den Anspruch, in einer gewissen Form einzigartig zu sein, zu zeigen, „wer es ist“.²⁹⁰ Diese Einzigartigkeit muß jedoch in ein Verhältnis zur sozialen Umwelt gesetzt werden, da die an einer Interaktion Beteiligten einen gemeinsamen Bezugsrahmen teilen müssen, um sich überhaupt verständigen zu können.

Ein gemeinsamer Bezugsrahmen läßt sich nur herstellen, wenn die Interaktion gewissen Regeln folgt, die allen Beteiligten bekannt sind. Wenn gesellschaftliche Beziehungen dauerhaft funktionieren sollen, muß es bestimmte Forderungen nach Einordnung geben. Das Individuum muß sich einem „sozialen Wirkungsganzen“²⁹¹ unterordnen. Das Bestehen festgelegter Verhaltensstrukturen reduziert die Variation menschlichen Verhaltens. Eine solche Reduzierung ist not-

²⁸⁷ vergl. Mead (1934): 270

²⁸⁸ Krappmann, Lothar (1969): Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1972, 2. Aufl.: 8

²⁸⁹ Krappmann (1969): 8

²⁹⁰ Dieser Wunsch nach Individualität umfaßt das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Selbstverwirklichung läßt sich nur im Wechselspiel zwischen individuellen Ansprüchen und den Erwartungen des Umfelds erreichen (vergl. Dietrich/Walter (1970): 136).

²⁹¹ Wurzbacher, Gerhard (1963): Sozialisation - Enkulturation - Personalisation, in: ders. (1963) (Hg.): Der Mensch als soziales und personales Wesen. Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation, Stuttgart 1968, 2. unveränd. Aufl., S. 1-34: 12

wendig, da nur so sich das Verhalten leichter voraussagen läßt und somit Interaktion überhaupt erst möglich wird.²⁹²

Talcott Parsons vertritt diesen Ansatz ebenfalls in seiner Theorie des sozialen Handelns, wobei er die Beziehung zwischen Akteur (Individuum), Situation und normativen Mustern darstellt, wechselseitige Einflüsse unterstellt und zugleich auf den Gestaltungsspielraum des Individuums verweist. Der Akteur orientiert sich an normativen Mustern und an der jeweiligen Situation. Er reagiert nicht nur passiv auf die Stimuli der Situation, sondern nutzt die Situation aus, um seine eigenen Ziele voranzubringen. Die Beziehung des Individuums zur Situation wird dabei als selektiv gesehen, was bedeutet, daß das Individuum nicht nur den Erfordernissen der Situation genügt, sondern diese auch gestalten kann.²⁹³

Brumlik betrachtet die Bedeutung eines gemeinsamen Handlungsrahmens von Interaktionspartnern, also einer klar geregelten sozialen Realität, sehr differenziert. Für ihn stellt sich die Frage, inwieweit dem Individuum genügend Entfaltungsspielraum zur Verfügung steht. Er weist darauf hin, daß die Stabilität von Situationen nicht allein durch eine rigide Erfüllung von bestehenden Normen durch die an der Interaktion beteiligten Individuen gegeben sei, da durch einen solchen Automatismus die Bedürfnisse des Individuums eher unterdrückt werden könnten, was möglicherweise wiederum eine Quelle der Instabilität sozialer Situationen darstellen könne.

Brumlik beruft sich deshalb auf eine interaktionistische Forderung, derzufolge das Individuum nicht nur die Erwartungen anderer aufgreifen müsse, sondern in gleichem Maße verpflichtet sei, eigene Erwartungen an eine Situation und somit an die soziale Realität kundzutun. Dann stellt sich aber wiederum die Frage, wieviele individuelle Erwartungen eine soziale Situation ertragen kann, ohne daß ein gemeinsamer Handlungsrahmen gänzlich verloren geht. Brumlik selbst schwankt in seinem Urteil. Er scheint die prinzipielle Notwendigkeit einer gewissen Unterordnung des Individuums unter die soziale Realität anzuerkennen, da er zu dem Schluß kommt, daß eine geteilte soziale Realität immer auch ein „gewisses Maß an Selbstaufgabe“ mit sich bringe.²⁹⁴

Das Problem der Begrenzung des Individuums durch die soziale Realität stellt sich hauptsächlich, wenn die soziale Realität eher als statisch-normativ und die Beziehung des Individuums zur sozialen Realität eher als dynamisch-anpassend gesehen wird. Ein solcher Blickwinkel verkennt jedoch, daß die soziale Realität selbst ein Produkt bestehender Beziehungen zwischen Individuen ist und somit stetigem Wandel ausgesetzt ist.

²⁹² vergl. Lindgren, Henry Clay (1969): Einführung in die Sozialpsychologie, Weinheim und Basel 1973: 288. Die Beschränkung des Verhaltens läßt jedoch Raum für individuellen Spielraum, so daß der individuelle Wunsch nach Einzigartigkeit im Rahmen der erforderlichen Regeln ausgedrückt werden kann.

²⁹³ vergl. Parsons, Talcott (1939): Akteur, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns, Frankfurt 1986: 68

²⁹⁴ vergl. Brumlik, Micha (1973): Der symbolische Interaktionismus und seine pädagogische Bedeutung. Versuch einer systematischen Rekonstruktion, Frankfurt 1973: 96ff

Berger und Luckmann gehen aus diesem Grund davon aus, daß zwischen der individuellen Identität und der Gesellschaft ein dialektisches Verhältnis besteht, wobei verändernde Kräfte in alle Richtungen wirken:

„Identität ist natürlich ein Schlüssel zur subjektiven Wirklichkeit, und wie alle subjektive Wirklichkeit steht sie in dialektischer Beziehung zur Gesellschaft. Sie wird in gesellschaftlichen Prozessen geformt. Ist sie erst einmal geformt, so wird sie wiederum durch gesellschaftliche Beziehungen bewahrt, verändert oder sogar neu geformt. Die gesellschaftlichen Prozesse, durch die sie geformt und bewahrt wird, sind durch die Gesellschaftsstruktur determiniert. Umgekehrt reagiert Identität, die durch das Zusammenwirken von Organismus, individuellem Bewußtsein und Gesellschaftsstruktur produziert wird, auf die vorhandene Struktur, bewahrt sie, verändert sie oder formt sie sogar neu.“²⁹⁵

Identitätstheoretische Ansätze, die sich zu sehr auf eine Begrenzung des Individuums durch die soziale Realität konzentrieren, verfallen also der – von Elias kritisierten – Perspektive, Gesellschaft und Individuum als klar abgegrenzte Entitäten zu sehen. Man sollte allerdings, bei allen theoretisch angenommenen Möglichkeiten, die das Individuum zur Veränderung sozialer Realität hat, nicht verkennen, daß das Bestehen einer Möglichkeit nicht zwangsläufig auch ihre Realisierung bedeuten muß.

Zusammenfassend läßt sich über die Beziehungen zwischen Individuum und sozialer Realität im Zuge der Identitätsbildung folgendes sagen:

- Die Identität des Individuums bildet sich in einem Bezugsrahmen zur Umwelt heraus, wobei dieser durch familiäre, gesellschaftliche und soziale Randbedingungen geprägt ist.
- Identität umfaßt ein definiertes Ich innerhalb einer sozialen Realität, wobei die soziale Realität eingrenzend auf die Identitätsentwicklung wirken kann.²⁹⁶
- Der symbolische Interaktionismus betrachtet Identität sogar als Produkt gesellschaftlicher Beziehungen. Dieser Perspektive zufolge setzt sich das Individuum immer in Bezug zu den Haltungen seiner Mitmenschen.
- Identität pendelt zwischen dem Wunsch der Einzigartigkeit des Individuums und der Notwendigkeit, ein Verhältnis zur sozialen Realität herstellen zu müssen, was wiederum Anpassungsleistungen notwendig macht.
- Das Prinzip selektiver Teilnahme an Interaktionen betont die Möglichkeit individueller Gestaltung von Situationen und führt damit auch ein Moment der Unabhängigkeit des Individuums ein.
- Soziale Realität kann auch eine zwingende Faktizität erlangen, so daß das Individuum, wenn es diesen Mechanismus durchbrechen will, gegenagieren muß.

²⁹⁵ vergl. Berger/Luckmann (1966): 185

²⁹⁶ Gerade diese Begrenzung der Identität wird in kritischen Analysen von Identitätstheorien häufig kritisiert, da eine solche Auffassung dazu führe, daß dem Individuum eigentlich nur eine Anpassung an die soziale Realität bleibt, aber keine Möglichkeit der individuellen Emanzipation gegenüber äußeren Randbedingungen gegeben sei. Einwände wie dieser sollen später noch ausführlich diskutiert werden.

- So, wie die Identität durch das soziale Umfeld geprägt wird, wirkt sie wiederum auf vorhandene Strukturen und kann sie verändern und neu formen.

3.2 Kultur, Sinn und Bedeutung

Bei der Darstellung der Bedeutung der sozialen Realität im Zuge der Identitätsbildung wurde deutlich, daß soziales Handeln in einem Bezugsrahmen verortet ist, der von bestimmten Regeln durchzogen ist. Das Individuum orientiert sich in seinen Handlungen und beim Versuch, die Intentionen seiner Interaktionspartner zu erkennen, an gesellschaftlichen Erwartungen und Vorgaben. Parsons nannte dies die Orientierung an normativen Mustern. Diese normativen Muster stehen in einem Zusammenhang mit Kultur als gestaltender Kraft des Lebens.

Im folgenden wird es darum gehen, die vielfältigen Aspekte des Phänomens Kultur im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Identitätsentwicklung zu skizzieren. Zum einen formt Kultur den Handlungsrahmen von Interaktionspartnern. Obwohl Kultur diese Orientierungsfunktion beinhaltet, bildet sie aber auch ein Feld der Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit. Diese Heterogenität wiederum führt dazu, daß Kultur ein System des Wandels ist.

3.2.1 Kultureller Bedeutungs- und Handlungsrahmen

Interaktionspartner messen ihren Handlungen, Bedeutung bei, und nur, wenn alle an einer Interaktion Beteiligten die jeweiligen Bedeutungszusammenhänge erkennen, können die Intentionen der Handelnden wirksam werden. Auf der individuell-emotionalen Ebene, aber auch auf kollektiver Ebene, stellt sich außerdem die Frage des Sinns von Handlung. Die Ebene der Bedeutungszuweisung und Sinnggebung verweist auf die Relevanz von Kultur²⁹⁷ im Hinblick auf die Identitätsbildung. Die Beziehungen des Menschen zur Umwelt, soziale Beziehungen der Menschen untereinander und subjektive Aspekte wie Ideen, Werte und Verhaltensweisen sind kulturell geprägt.²⁹⁸ Innerhalb des kulturellen Rahmens findet eine „spezifische symbolgebende Gestaltung der Dinge“²⁹⁹ statt.

Auch in der Sozialpsychologie wird ein Kulturbegriff verwendet, der den Aspekt der Sinnggebung und seine Verknüpfung mit sozialem Handeln berücksichtigt:

²⁹⁷ Kultur soll in diesem Kapitel nicht unter dem Aspekt ihrer prinzipiellen Heterogenität betrachtet werden. Es ist selbstverständlich vorauszusetzen, daß Kultur niemals wirklich homogen sein kann, auch wenn von „einer“ Kultur die Rede ist. In diesem Kapitel interessieren jedoch vor allem die prinzipiellen Merkmale und Funktionen von Kultur. Aspekte der Differenzierung werden in den folgenden Kapiteln aufgegriffen.

²⁹⁸ vergl. Greverus, Ina-Maria (1978): Kultur und Alltagswelt, Frankfurt 1987: 70f

²⁹⁹ vergl. Greverus (1978): 66

„Die Kultur besteht aus den von einer Gesellschaft entwickelten und übergeordneten Systemen von Werten, Ansichten, Normen, Erzeugnissen und Symbolen, die von allen Mitgliedern der Gesellschaft anerkannt werden. Jede Gesellschaft entwickelt bestimmte Formen von Verhalten und Denken, um mit der Umwelt fertig zu werden und ihr Sinn zu geben.“³⁰⁰

Kultur ist gewissermaßen ein „Totalitätsphänomen menschlicher Existenz“.³⁰¹ Sie regelt nicht nur das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft, sondern sie durchdringt die gesamte soziale Realität. Gerade am Beispiel des Aspekts der Kultur wird besonders deutlich, daß Entitäten wie Individuum, Gesellschaft, soziale Realität und Kultur nicht voneinander abgegrenzt werden können.

Um das Ausmaß der Komplexität des Phänomens „Kultur“ zu verdeutlichen, soll an dieser Stelle eine ausführliche ethnologische Definition wiedergegeben werden:

„Die Kultur einer Menschengruppe umfaßt alles dort Vorhandene, was von Menschen erdacht und geschaffen sowie sozial ausdrücklich akzeptiert bzw. durchschnittlich geduldet ist, gleichgültig, ob es in der Gruppe selbst entstanden ist oder von einer anderen Gruppe übernommen wurde. Materielle, z.B. ein Werkzeug, gehört ebenso dazu wie Nichtmaterielles, z.B. eine religiöse Glaubensvorstellung. Allgemeinverbindliches, z.B. eine Rechtsnorm, gehört ebenso dazu wie nur speziell Verbindliches, z.B. eine ausschließlich für eines der beiden Geschlechter geltende Verhaltensregel. Ferner muß nicht jeder Angehörige einer solchen Menschengruppe Kenntnis von allen Einzelheiten ihrer Kultur haben, etwa von einer speziellen handwerklichen Technik, den Riten eines Geheimkults oder der höheren Mathematik. Auch muß nicht jeder alles gutheißen. Es gibt verbreitet Vorbehalte sowie u.U. darauf beruhende Konflikte, was einer der Gründe für Veränderungen von Kultur ist. Schließlich muß nicht alles durchgehend individuell (voll) bewußt sein. Vor allem gewohnheitsmäßige Bestandteile von Kultur werden häufig nicht ins Bewußtsein gehoben, weil sie den Angehörigen einer betr. Menschengruppe selbstverständlich erscheinen, welcher Umstand Veränderungen entgegenwirkt.“³⁰²

Diese Definition von Kultur ermöglicht es, verschiedene Aspekte des umfassenden Phänomens zu verdeutlichen. Festzuhalten ist, daß Kultur in allen Lebensbereichen wirksam ist. Außerdem ist zu beachten, daß jede einzelne Kultur keinesfalls homogen ist, sondern daß vielmehr innerhalb jeder Kultur verschiedenste Divergenzen ständig wirksam sind. Kultur ist also keine Entität, sondern ein Prozeß.

Der Bezugsrahmen des Individuums zur sozialen Realität ist entscheidend kulturell bestimmt:

„Die durch verschiedene Kulturen vermittelten Bezugsrahmen führen zu einer unterschiedlichen Art der Wahrnehmung von Ereignissen... Die Kultur wirkt wie ein Filter zur Unterdrückung aller Reize, die die Sicht des Individuums von seiner Umwelt stören könnten oder der allgemeinen Sichtweise der Umwelt widersprechen. Die Art wie die Umwelt wahrgenommen wird, hängt zum großen Teil von den durch die Kultur vermittelten und vorgeschriebenen zentralen Werten ab.“³⁰³

Der kulturelle Horizont des Individuums beeinflußt also die Deutung und Wahrnehmung der Realität. Die soziale Realität selbst ist wiederum auch kulturell geprägt.

³⁰⁰ Lindgren (1969): 287

³⁰¹ vergl. Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (1980): Philosophische Überlegungen zum Verstehen fremder Kulturen und zu einer Theorie der menschlichen Kultur, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (Hg.) (1993): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 51-90: 59

³⁰² Rudolph (1992): 61

³⁰³ Lindgren (1969): 312

Das bedeutet, daß individuelle Identität, soziale Realität und Kultur sich wechselseitig durchdringen und nicht direkt voneinander abgrenzbar sind. Vielmehr ist es so, daß alle drei Aspekte jeweils eine bestimmte Blickrichtung auf ein komplexes Beziehungssystem bezeichnen. Erikson weist darauf hin, daß der Mensch schon bei seinem ersten Kontakt mit der Umwelt auf die grundlegenden Modalitäten seiner Kultur stößt.³⁰⁴ Gemeinsame Werte beispielsweise, die aus der Kultur resultieren, sind für ihn die Basis jeglicher Sozialstruktur.³⁰⁵

Für Parsons ist das soziale System die

„Funktion einer gemeinsamen Kultur, die nicht nur die Basis der Interkommunikation seiner Mitglieder bildet, sondern auch den relativen Status seiner Mitglieder definiert und deshalb in gewissem Sinn bestimmt“³⁰⁶.

Interaktion wird durch eine gemeinsame Kultur vermittelt und stabilisiert. Dies geschehe durch ein gemeinsames Symbolsystem, dessen Bedeutungen von allen an der Interaktion Beteiligten mit annähernder Übereinstimmung verstanden werden müssen.³⁰⁷

Greverus vertritt eine ähnliche Perspektive. Auch für sie schafft Kultur einen gemeinsamen Handlungsrahmen, der dem Individuum Orientierungsmöglichkeiten bietet:

„Die Grenzen des Identitätsraums werden durch die für eine Identifikationsgruppe verbindlichen Werte, ihre Darstellung in allen Mitgliedern verständlichen Symbolen und das 'naive' Handelnkönnen in einem Territorium bestimmt. Dieses Handelnkönnen ist von einer 'geordneten' Umwelt abhängig, in der das Individuum sich auskennt, die es anerkennt und von der es anerkannt wird.“³⁰⁸

Greverus weist hier bereits auf eine weitere wichtige Perspektive von Identität hin. Der Aspekt der Anerkennung ist nicht direkt an die Kultur gebunden. Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen Individuen wird darauf noch einzugehen sein.

Auch Krappmann führt die soziale Bedeutung von Handlung ins Feld. Verhaltensweisen erhalten in der Theorie des Interaktionismus in einer symbolischen Umwelt durch gemeinsame Interpretationen der an einer Interaktion Beteiligten Bedeutung. Das Handeln selbst sei stets intentional, da ihm die Bemühung, Sinngehalt³⁰⁹ zu verwirklichen, zugrunde liege.³¹⁰

Handlung läßt sich gewissermaßen im kulturellen Rahmen verorten und ist somit mit Sinnbezügen verbunden:

³⁰⁴ Erikson, Erik H. (1950): Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1973, S. 55-122: 65

³⁰⁵ vergl. Erikson (1977): 104

³⁰⁶ Parsons, Talcott (1951): Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt 1968: 31

³⁰⁷ vergl. Parsons (1951): 29

³⁰⁸ Greverus, Ina-Maria (1979): Auf der Suche nach Heimat, München 1979: 37

³⁰⁹ Die Frage, warum der Sinnhaftigkeit des menschlichen Handelns eine hervorragende Bedeutung zukommt, läßt sich leider in diesem Rahmen nicht näher beleuchten. Es ist allerdings anzunehmen, daß der Mensch bestrebt ist, sich in einer „allgemeinen Seinsordnung“ zu verorten, die für ihn einen Orientierungsrahmen bietet. Von solchen Ansätzen geht beispielsweise die Religionsforschung aus (vergl. Geertz, Clifford (1956): Religion als kulturelles System, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 44-95: 48).

³¹⁰ vergl. Krappmann (1969): 21

„Kultur muß einen Kontext, ein Gewebe des Sinnes bilden, mit dem sich die individuelle Entscheidung verbinden kann.“³¹¹

Damit werde Kultur auch zur Selbstdeutung einer Gesellschaft und zur Deutung des menschlichen Selbst.³¹² Mit der Verinnerlichung von kulturellen Mustern wird Kultur zum Bestandteil der Persönlichkeitsstruktur.³¹³

Die Frage des Sinns und der Bedeutung spielt im Zuge der Identitätsbildung also eine herausragende Rolle. Sie verweist auch auf den Aspekt der Subjektivität, der der Identität innewohnt. Zwar verläuft die Orientierung von Mitgliedern einer Gesellschaft an einem Norm- und Wertesystem in ähnlicher Weise, was ja als Grundlage jeglicher Interaktion postuliert wurde, doch wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Individuum sich auch in seiner Einzigartigkeit darstellen muß und will.

Auf einer eher äußerlichen Ebene teilen die Angehörigen einer Kultur sicherlich die Bedeutungszusammenhänge ihres Wertesystems. Doch auf der individuellen Ebene verleiht das Individuum seinen Handlungen durchaus auch einen spezifisch subjektiven Sinn. Dies resultiert unter anderem aus der je unterschiedlichen Lebenserfahrung und Biographie. So verweist die Sozialisationstheorie beispielsweise darauf, daß Erfahrungen eine kognitive und eine emotionale Dimension besitzen. Deshalb sei das subjektive Erleben von großer Bedeutung.³¹⁴

3.2.2 Mehrdeutigkeit, Widerspruch und Wandel

Die sozialen Erwartungen innerhalb einer Gesellschaft orientieren sich zwar an einem gemeinsamen Bezugssystem, doch bestehen gleichzeitig prinzipiell auch Mehrdeutigkeiten und Widersprüchlichkeiten.³¹⁵ Diese Mehrdeutigkeiten erfordern vom Individuum eine Balanceleistung, da es zwar über einen definierten Orientierungsrahmen verfügt, aber dennoch die Widersprüche von Situationen ausloten muß.

Die Dimension der prinzipiellen Widersprüchlichkeit eröffnet allerdings auch die Möglichkeit des Wandels und der Veränderung und verweist darauf, daß Kultur und Bedeutung keine feststehenden Größen sind, sondern sich ständig in Bewegung befinden. So geht der Interaktionismus davon aus, daß gesellschaftliche Widersprüche ein Ansatzpunkt sind, um das gesamte System in Frage zu stellen:

³¹¹ Koslowski, Peter (1987): Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung, München 1987: 64

³¹² vergl. Koslowski (1987): 49

³¹³ vergl. Parsons (1968): 39

³¹⁴ vergl. Engel/Osterrath (1987): 191

³¹⁵ vergl. Krappmann (1969): 74

„Schon der Versuch einer Identitätsbalance ist wegen des kritischen Potentials, das er enthält, ein Angriff auf bestehende Verhältnisse.“³¹⁶

Das „kritische Potential“ beginnt dabei an dem Punkt, an dem Widersprüche nicht mehr ausbalanciert werden können. Dann nämlich machen bestehende Sinn- und Bedeutungszusammenhänge gerade keinen Sinn mehr, da sie ihre Orientierungsfunktion verlieren. Das Bedeutungssystem muß entweder einem Wandel unterzogen werden, oder aber das Sinndefizit muß durch Unbewußtmachung negiert werden. Dieser Punkt verweist bereits auf die ethnopschoanalytische Theorie der „gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit“, die im fünften Kapitel diskutiert werden soll. Im folgenden wird deshalb zunächst einmal die ethnopschoanalytische Kulturtheorie in ihrem Zusammenhang mit der Identitätsbildung dargelegt.

Mario Erdheim definiert seinen Kulturbegriff psychoanalytisch, wobei Kultur in einem antagonistischen Verhältnis zur Familie steht. In der Adoleszenz ist die Ablösung von der Familie ein wichtiger Entwicklungsschritt, wobei die Auseinandersetzung mit dem Fremden von entscheidender Bedeutung ist:

„In der Dynamik zwischen Familie und Kultur spielt das Moment des Fremden eine hervorragende Rolle. Die Faszination, die vom Fremden ausgeht, verlockt zum Ausbruch aus der Familie und steht insofern auch im Dienste der kulturellen Entwicklung.“³¹⁷

Das Fremde ist dabei als nicht zur Familie gehörig definiert. Es ist ein Entwicklungsfaktor und umfaßt Elemente der Kultur, die im Gegensatz zur Familie als dynamisches System gilt.

Die Kulturfähigkeit des Menschen bildet gewissermaßen die Grundlage für Entwicklungen. Kultur entsteht zugleich aus einem Prozeß der Auseinandersetzung:

„Kultur ist das, was in der Auseinandersetzung mit dem Fremden entsteht, sie stellt das Produkt der Veränderung des Eigenen durch die Aufnahme des Fremden dar.“³¹⁸

Der Prozeß der Kulturentwicklung und -veränderung ist dabei zwiespältig angelegt:

„Das Fremde wird entweder zur Verlockung, durch die das Individuum angeregt wird, die kulturellen Verhältnisse, in denen es lebt, zu verändern, oder aber es wird zur Gefahr, die dazu zwingt, die bestehenden Verhältnisse zu konservieren.“³¹⁹

Es ist anzunehmen, daß es von der individuellen Fähigkeit zur Identitätsbalance abhängt, ob und inwiefern das Individuum in der Lage ist, das aus Widersprüchen resultierende Veränderungspotential produktiv zu nutzen.

Wenn das Individuum nicht in der Lage ist, Diskrepanzen zwischen seinen eigenen Intentionen und dem gesellschaftlichen Werthorizont durch aktive Auseinandersetzung zu verarbeiten und damit auch zu Veränderungen und Entwicklungen beizutragen, verengt sich sein Identitäts-

³¹⁶ Krappmann (1969): 31

³¹⁷ Erdheim, Mario (1985): Die Repräsentanz des Fremden, in: ders. (1994): Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 237-251: 238

³¹⁸ Erdheim, Mario (1992): Fremdeln. Kulturelle Unverträglichkeit und Anziehung, in: Kursbuch 107, Reinbek 1992, S. 19-32: 25

³¹⁹ Erdheim (1985): 240

raum als logische Konsequenz automatisch. Dann nämlich entsteht ein Gegensatzverhältnis zwischen individuellen Bedürfnissen und den Möglichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Handlungsrahmens. Dieser Widerspruch behindert jedoch die Möglichkeit erfolgreicher Interaktion, da das Individuum seine subjektiven Sinnansprüche in der Interaktion nicht mehr verwirklichen kann. Die Möglichkeit, die eigene Identität in Handlung auszudrücken und zu manifestieren, wird negiert, so daß die Identitätsbalance wiederum gefährdet ist.

Es besteht also ein Wechselverhältnis zwischen der Fähigkeit zur Identitätsbalance, der Fähigkeit oder eben Nicht-Fähigkeit zur Veränderung gesellschaftlich-kultureller Rahmenbedingungen und wiederum der Identitätsbalance. Wenn das Individuum nicht in der Lage ist, sich gewissermaßen vorübergehend „haltlos“ von seinem konventionellen Bezugsrahmen zu lösen, was ja die Fähigkeit zur Identitätsbalance voraussetzt, wird es nicht in der Lage sein, auftretende Widersprüche zu bearbeiten. Der von der Gesellschaft und der Kultur definierte Handlungsrahmen, der verengend wirken kann, bleibt also erhalten. Damit tritt jedoch die Diskrepanz zwischen den subjektiven Sinnansprüchen und dem möglichen Handlungsspielraum wieder hervor und wird auf das Individuum, das in seiner individuellen Sinnverwirklichung behindert ist, zurückgeworfen. Da in einer solchen Situation Identitätsbalance kaum noch möglich ist, ist das Individuum gezwungen, die eigenen Ansprüche zu verändern - im Zweifel zu reduzieren -, um seine Identität aufrechtzuerhalten.

Man kann die Tatsache, daß der kulturelle Raum prinzipiell durch Mehrdeutigkeiten und Widersprüche geprägt ist, auch als positive Kraft fassen, die das Individuum geradezu einlädt, seine kulturelle Umwelt nach den eigenen Bedürfnissen umzugestalten. So führt Greverus den Begriff des Collage-Prinzips ein, wobei Collage für die „Integration disparater Elemente in ein sinnvolles Neues“ steht.³²⁰

Für Greverus ist der gestalterische Einfluß des Individuums, der prinzipiell besteht, eine Möglichkeit zur Schaffung einer besseren Welt, die genutzt werden sollte:

„Kultur ist immer ein Prozeß des Um- und Neugestalten, der Veränderung eigener Gehalte und der Übernahme fremder Ideen, Erfahrungen und Objekte, ist letztendlich immer Collage aus Altem und Neuem, Eigenem und Fremdem. als gekonnte Collage aber fordert sie eine bessere Welt für ihre Gestalter.“³²¹

Die Widersprüchlichkeit der Kultur ist also an sich kein negatives Moment, sondern sie bietet vielmehr zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung individueller Identität.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der kulturelle Aspekt der Identität folgende Dimensionen umfaßt:

³²⁰ vergl. Greverus, Ina-Maria (1995b): Die Anderen und Ich. Anthropologie und die Frage nach dem Selbst, in: dies. (1995a): Die Anderen und Ich. Vom Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden. Kulturanthropologische Texte, Darmstadt 1995, S. 3-25: 22

³²¹ vergl. Greverus (1995b): 23

- Kultur umfaßt Formen des Verhaltens und Denkens und verleiht Handlungen Sinn. Sie umfaßt dabei Materielles, Nichtmaterielles, Allgemeines und Spezielles.
- Kultur ist ein Prozeß, in dessen Rahmen Konflikte ausgetragen werden, da nicht alle Angehörigen einer Kultur alle kulturellen Einzelheiten teilen und gutheißen.
- Durch die Verinnerlichung kultureller Muster integriert sich das Individuum in die Zusammenhänge eines gemeinsamen Wertsystems. Gleichzeitig verleiht es seinen Handlungen einen spezifischen Sinn, so daß zwischen dem kulturellen System und der kulturellen Artikulation des Individuums Divergenzen bestehen.
- Diese Divergenzen und Widersprüche können entweder zu kulturellem Wandel oder zur Unbewußtmachung der bestehenden Konflikte führen.
- Kultur ist eine Auseinandersetzung zwischen Eigenem und Fremdem, wobei das Eigene durch die Aufnahme von Fremdem verändert wird. Auf der Basis eines Collage-Prinzips werden disparate Elemente in ein sinnvolles Neues integriert.

3.3 Zeitdimension als historischer Erfahrungsraum

Innere Kontinuität, deren Anerkennung durch andere und die Verortung des Individuums in einem Rahmen eines längeren zeitlichen Entwicklungsprozesses sind wichtige Aspekte der Identität. Diese historische Perspektive umfaßt zwei Komponenten, die im folgenden dargestellt werden sollen. Zum einen ermöglicht der Bezug auf eine historische Dimension dem Individuum die Erweiterung seines Identitäts- und Erfahrungsraumes. Zum anderen liegt in der Erfahrung und Verarbeitung historischer Entwicklung die Chance, Identität und die Beziehungen zur sozialen Realität als wandelbar zu erfahren, eine Perspektive, die weiteren Wandel überhaupt erst möglich werden läßt.

3.3.1 Individuelle Verortung und Integration in historische Bezüge

Erikson bezieht sich in seiner Argumentation auf Freud, der die Identität im psychosozialen Zusammenhang betrachtet. Dabei wird das Individuum in der einzigartigen Geschichte seines „Volkes“ lokalisiert. Dies bedeutet, daß das Individuum sich als Teil eines übergeordneten Zusammenhangs begreift, der historisch gewachsen ist. Luckmann greift ebenfalls die geschichtliche Prägung des Verhältnisses zur sozialen Realität auf:

„Es geht nicht um bloße Oberflächenphänomene, sondern vielmehr um die historische Formung der Person in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und zur Wirklichkeit überhaupt. Denn schon die frühesten

Sozialbeziehungen, in denen sich persönliche Identität zu entfalten beginnt, sind von einer konkreten historischen Sozialstruktur geprägt. Eine historische Gesellschaft verkörpert sich für den einzelnen im Verhalten jener Erwachsenen, die ihm als Kind zuerst begegnen. Eine, jeweils *eine* bestimmte historische Gesellschaft spielt in der Entwicklung persönlicher Identität eine entscheidende Rolle.³²²

Diese Argumentation weist nur eine Verkürzung auf. Es ist zwar richtig, daß im Zuge der Sozialisation hauptsächlich **eine** Gesellschaft, nämlich die Herkunftsgesellschaft, auf das Individuum wirkt. Allerdings steht diese Gesellschaft – wie im ersten Kapitel bereits ausgeführt wurde – ja wiederum in einem komplexen Bezugssystem zu anderen Gesellschaften, wobei auch diese Beziehungen historisch geprägt sind.³²³

Eriksons Identitätsbegriff drückt im Bezug auf Kontinuität „ein dauerndes Sich-Selbst-Gleichsein wie ein dauerndes Teilhaben an bestimmten gruppenspezifischen Charakterzügen“³²⁴ aus. Persönlichkeitsreife resultiert aus der Integration aller Lebenserfahrungen.

Das Individuum webt gewissermaßen aus seiner persönlichen Entwicklung seine eigene, kontinuierliche Geschichte. Die Wahrnehmung der eigenen Gleichheit und Kontinuität in der Zeit und das Erkennen dieser Gleichheit durch andere spielt eine große Rolle.³²⁵ Dies liegt unter anderem daran, daß das Individuum auf frühere Erfahrungen bei der Bewältigung aktueller Konflikte zurückgreifen kann. Dieser Rückgriff ermöglicht es, sich selbst als Fixpunkt zu begreifen, der das Auf und Ab der Anforderungen momentaner Situationen durchlebt und überdauert.

Der historische Aspekt der Kontinuität hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Ich-Stärke des Individuums. Die Bandbreite der Identifikationsmöglichkeiten³²⁶ ist wesentlich größer, wenn die Bedeutung von Vergangenheit und Zukunft in die beschränkten Grenzen des eigenen Lebens integriert werden kann, da dann einzelne Momente in größere Zusammenhänge eingebunden werden können. Während der ahistorische Mensch an das Auf und Ab der Gegenwart gebunden ist und sich nur mit Inhalten identifizieren kann, die in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen eigenen, aktuellen Lebensmöglichkeiten stehen, erweitert das historische Bewußtsein die Ich-Kapazität.³²⁷

Eng mit dem allgemein historischen Aspekt verbunden, jedoch auf die individuelle Lebensspanne selbst bezogen, ist die Lebensgeschichte als Identitätsfaktor:

„Meine Lebensgeschichte ist ‚meine‘, insofern ich mich selbst als identisch mit dem, was ich in der Vergangenheit war, kenne. Es ist meine Lebensgeschichte, insofern ich mir selbst gestattet habe, in ver-

³²² Luckmann (1979): 393, Hervorheb. im Original

³²³ Gerade der reduzierte Bezug auf die Herkunftsgesellschaft kann für die Identitätsentwicklung sehr begrenzend wirken. Die Probleme und Folgen dieser Verkürzung von Bezügen sollen im folgenden Kapitel im Hinblick auf ihre Auswirkungen in Migrationsgesellschaften betrachtet werden.

³²⁴ Erikson (1956): 124

³²⁵ vergl. Erikson (1946): 18

³²⁶ Unter Identifikation ist grundsätzlich der Prozeß des Sichhineinversetzens in eine andere Person und der Übernahme von Verhaltens- und Denkweisen zu verstehen. Daraus resultiert eine Bereicherung des Ich. In der historischen Perspektive erfolgt diese Bereicherung nicht auf der personalen Ebene, sondern unter zeitlichen Gesichtspunkten (vergl. Dietrich/Walter (1970): 133).

³²⁷ vergl. Eissler, Kurt R. (1991): Ich-Stärke und Leben in geschichtlichen Zusammenhängen, in: Ethnopschoanalyse Band 2 (1991): Herrschaft, Anpassung, Widerstand, Frankfurt 1991, S. 96-122: 102ff

änderte Lebensbedingungen einzutreten, und mich selbst in ihnen nach einiger Zeit verändert gefunden habe. Ohne den ständigen Kontrapunkt, was ich geblieben bin und was nicht, wäre meine Lebensgeschichte keine Geschichte, sondern nur eine zeitlich ausgedehnte Situation.“³²⁸

Aus diesem Grund ist Identitätsverteidigung auch immer eine „Verteidigung der eigenen Geschichte“.³²⁹ Die Bedeutung der historischen Verortung läßt sich wiederum auch auf die Problematik des kulturellen Wandels, wie sie im vorigen Punkt dargestellt wurde, rückbeziehen.

Wenn das Individuum in einer Situation des Widerspruchs und der Diskrepanz zwischen Erwartung und Anforderung weiß, daß und wie es selbst in der Vergangenheit war und daß es selbst auch in Zukunft sein wird, lassen sich Momente der augenscheinlichen Haltlosigkeit, in denen erst neue Orientierungsformen generiert werden müssen, leichter ertragen und bewältigen. Beschränkt sich das Individuum jedoch auf Situationen, nimmt es sich selbst wichtige Anknüpfungspunkte und schränkt seine Identifikationsmöglichkeiten ein.

Die Erfahrung individueller Kontinuität ist auch mit der Symbolebene der Kultur verbunden:

„Die Symbolik des erlebten Moments deutet Verknüpfungen an, sie scheint das Gegenwärtige mit Vergangenem und Erhofftem zu verbinden und erfüllt so, diachronisch, eine Kontinuitätsfunktion; synchronisch koordiniert sie verschiedene Handlungsbereiche.“³³⁰

Der erlebte Moment gewinnt seinen Sinn gewissermaßen daraus, daß er aufgrund seiner nachvollziehbaren historischen Grundlagen ein Stück Verlässlichkeit signalisiert und gleichzeitig durch den Bezug auf Zukünftiges die Hoffnung auf individuelle Selbstverwirklichung in sich birgt.

3.3.2 Historische Erfahrung und die Möglichkeit des Wandels

Die individuelle Erfahrung historischer Entwicklung begünstigt die Möglichkeit, daß Identitätsentwicklung zu Wandel und Veränderung beitragen kann. Vor einem solchen Hintergrund kann die Gegenwart als momentaner Standort betrachtet werden, von dem aus Wege in verschiedene Richtungen führen:

„Die Wirklichkeit der Alltagswelt ist um das ‚Hier‘ meines Körpers und das ‚Jetzt‘ meiner Gegenwart herum angeordnet. Dieses ‚Hier‘ und ‚Jetzt‘ ist der Punkt, von dem aus ich die Welt wahrnehme. Was ‚Hier‘ und ‚Jetzt‘ mir in der Alltagswelt vergegenwärtigen, das ist das ‚Realissimum‘ meines Bewußtseins. Die Wirklichkeit der Alltagswelt erschöpft sich jedoch nicht in so unmittelbaren Gegenwärtigkeiten, sondern umfaßt Phänomene, die ‚hier und jetzt‘ nicht gegenwärtig sind. Das heißt, ich erlebe die Alltagswelt in verschiedenen Graden von Nähe und Ferne, räumlich wie zeitlich.“³³¹

Diese Perspektive kann als Einladung an das Individuum aufgefaßt werden, die ausgetretenen Pfade der Gegenwart zu verlassen, um neue Wege zu beschreiten.

³²⁸ De Levita (1976): 222

³²⁹ vergl. Gumbrecht, Hans Ulrich (1979): Über die allmähliche Verfertigung von Identitäten in politischen Reden, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 107-131: 111

³³⁰ Boesch, Ernst E. (1980): Kultur und Handlung. Einführung in die Kulturpsychologie, Bern/Stuttgart/Wien 1980: 234

³³¹ Berger/Luckmann (1966): 25

Ein solches Beschreiten neuer Wege setzt allerdings auf Seiten des Individuums bewußte und zielgerichtete Aktivität voraus:

„... Geschichtsbewußtsein ist nicht eigentlich dann schon eingetreten, wenn sich eine Gegenwart in Beziehung auf ihre Vergangenheit als auf ihre Herkunft interpretiert. Es setzt voraus, daß eine Gegenwart vergangene Verhältnisse im Prinzip auch als Alternativen zu dem erfahren kann, was von ihr selbst als identitätsbildende Orientierung angenommen ist. Ein solches Bewußtsein kann nun aus Erfahrungen mit den Schwierigkeiten der Identitätsbildung selbst hervorgehen. Es wird dann zur Folge haben, daß sich Identität nicht mehr auf der ersten Stufe als spontane Integration von Handlungsarten ausbildet. Unter Bedingungen dieser neuen Erfahrung ist Identität nicht eher erreicht, ehe sie auch eine Stellung zu anderen Identitätskonzepten gewonnen hat, die als mögliche eigene verstanden worden sind. In einem solchen Identitätssinn zweiter Stufe liegt sodann auch die Aufforderung, es nicht bei ausgrenzender Verständigung über eigene Identität zu belassen, sondern die gegenwärtige Identität als Resultat eines Bildungsganges aufzufassen, in dem andere oder vergangene Identitätsentwürfe zwar nicht in Geltung gehalten, aber als verstandene und verarbeitete Lebenstendenzen in der eigenen Identität angenommen bleiben. ... So ist das Bewußtsein von Geschichte überhaupt nicht eine einfache Funktion dessen, eine schon gewonnene Identität zu erfahren oder festigen zu müssen. Es ist vielmehr eine Konstitutionsbedingung von Identität für ein Bewußtsein, in dem die Identitätsbildung und –tradierung nicht automotorisch, sondern in Kenntnis dessen erfolgt, daß sein nur aus einem Bildungsprozeß hervorgehen kann.“³³²

Diese Betrachtungsweise beinhaltet verschiedene Ansatzpunkte für individuelle Handlung und Identitätsbildung. Vergangenheit wird beispielsweise als klare Alternative zur Gegenwart begriffen. Dies impliziert wiederum, daß Wandel und Entwicklung nicht automatisch verbessernd in einer Richtung wirken, denn ansonsten wäre die Vergangenheit in dieser Hinsicht für die Gegenwart nicht von Interesse, da sie ja gewissermaßen überholt wäre.

Gleichzeitig wird vom Individuum im Zuge seiner Identitätsentwicklung erwartet, daß es bewußt verschiedene Identitätskonzepte gegeneinander abwägt und im Zuge eines „Bildungsganges“ diese Identitätsentwürfe verarbeitet. Die Historizität von Identität verlangt also einen individuellen Bildungsprozeß. Daraus folgt wiederum, daß die soziale Realität, die ja ebenfalls historisch geprägt ist, keinen absoluten, dominierenden Einfluß auf das Individuum und seine Identität hat (oder zumindest haben kann, wenn das Individuum die **aktive** Verwirklichung von Identität betreibt).

Habermas wiederum definiert das Verhältnis moderner Gesellschaften zur Geschichte völlig anders. Für ihn vollzieht die Moderne einen konsequenten Bruch mit der Vergangenheit, was wiederum dazu führt, daß die Gegenwart eine „kontinuierliche Erneuerung“ betreiben muß.³³³ Diese Perspektive beinhaltet ein Moment dynamischer Bewegung, das mit Begriffen wie Fortschritt, Emanzipation und Entwicklung einhergeht.³³⁴ Vom Grundsatz her erscheint ein solcher Blickwinkel auf Geschichte zunächst positiv, doch manifestieren sich in diesem modernen Geschichtsbewußtsein auch Probleme im Hinblick auf die Identitätsentwicklung:

³³² Henrich, Dieter (1979): Identität und Geschichte – Thesen über Gründe und Folgen einer unzulänglichen Zuordnung, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 659-665: 661f

³³³ vergl. Habermas, Jürgen (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt 1988: 15

³³⁴ vergl. Habermas (1985): 16

„...die Moderne kann und will ihre orientierenden Maßstäbe nicht mehr Vorbildern einer anderen Epoche entlehnen, *sie muß ihre Normativität aus sich selber schöpfen*. Die Moderne sieht sich, ohne Möglichkeit der Ausflucht, an sich selbst verwiesen. Das erklärt die Irritierbarkeit ihres Selbstverständnisses, die Dynamik der ruhelos bis in unsere Zeit fortgesetzten Versuche, sich selbst ‚festzustellen‘.“³³⁵

Diese Verweigerungshaltung gegenüber der Vergangenheit bringt – wie Erikson ebenfalls festgestellt hat – eine Eingrenzung des Identitätsraumes mit sich und wirft das Individuum in der Moderne auf sich selbst zurück.

Die Abgrenzung von der Vergangenheit weist aber auch in eine positive Richtung. Da in der Moderne der Erwartungshorizont laut Habermas über den gegenwärtigen Erfahrungsraum hinausreicht, manifestiert sich in der Identitätsentwicklung eine Zukunftsorientierung mit utopischen Qualitäten.³³⁶ Diese utopischen Qualitäten bieten natürlich beste Ansatzpunkte für Wandel und Entwicklung.

Desweiteren relativiert Habermas den Bruch mit der Vergangenheit. Denn obwohl in der Moderne eine Art Verweigerungshaltung gegenüber der Vergangenheit existiert, lassen sich die unbestreitbar vorhandenen Beziehungen nicht einfach negieren:

„Freilich ist selbst in der zum Existential der Geschichtlichkeit geronnenen Struktur eines noch deutlich zu erkennen: der zur Zukunft geöffnete Horizont gegenwartsbestimmter Erwartungen dirigiert unseren Zugriff auf Vergangenes. Indem wir uns vergangene Erfahrungen zukunftsorientiert aneignen, bewährt sich die authentische Gegenwart als Ort von Traditionsfortsetzung und Innovation zumal – die eine ist ohne die andere nicht möglich, und beide verschmelzen zur Objektivität eines wirkungsgeschichtlichen Zusammenhangs.“³³⁷

Man kann also den Schluß ziehen, daß ein Bruch mit der Vergangenheit überhaupt nicht möglich ist. Die kritische Aneignung von Verarbeitung von Vergangenheit allerdings und das hohe Maß der Zukunftsorientierung, die von Habermas propagiert werden, lassen sich als Prinzipien begreifen, die Wandel und damit auch individuelle Selbstverwirklichung ermöglichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß für die Identitätsentwicklung in historischer Perspektive folgende Aspekte von Bedeutung sind:

- Das Individuum wird in seinem Verhältnis zur Gesellschaft historisch geformt, da schon seine frühesten Sozialbeziehungen durch eine historische Sozialstruktur geprägt sind.
- Das historische Bewußtsein erweitert die Ich-Kapazität des Individuums, da der Identifikationsraum neben der Gegenwart auch die Vergangenheit und die Zukunft umfaßt.
- Der erlebte Moment ist mit Vergangenen und Erhofftem verbunden, so daß das Individuum Kontinuität erlebt.

³³⁵ Habermas (1985): 16, Hervorheb. im Original

³³⁶ vergl. Habermas (1985): 22

³³⁷ Habermas (1985): 23

- Die individuelle Erfahrung historischer Entwicklung begünstigt zugleich Wandel, da Gegenwart zum momentanen Standort wird, von dem aus Wege in verschiedene Richtungen führen können. Der historische Aspekt der Identität impliziert also Identitätsalternativen.
- Der Erwartungsraum in der Moderne reicht über den gegenwärtigen Erfahrungsraum hinaus. Diese Zukunftsorientierung schafft Raum für Wandel und Entwicklung.

3.4 Das Prinzip der Anerkennung – Integration versus Exklusion

Das Individuum ist im Zuge der Interaktion und der Identitätsbildung auf die Resonanz seiner Umgebung angewiesen. Diese kann auf die Selbstdarstellung des Individuums mit Anerkennung oder Ablehnung reagieren. Prozesse der Anerkennung und Ablehnung wirken nicht nur zwischen Individuen, sondern auch zwischen Gruppen. Im folgenden soll deshalb analysiert werden, auf welche Weise das Individuum sich in einem überindividuellen Kontext verorten kann. Außerdem gilt es zu untersuchen, unter welchen Bedingungen es dem Individuum nicht gelingt (oder auch nicht gelingen kann), an bestimmten Gruppenbeziehungen teilzuhaben.

3.4.1 Anerkennung und Integration

Wie Erikson richtig feststellt, ist der soziale Teil der Identität von der Gemeinschaft geprägt. Deshalb spielt die Integration des Individuums in eine Gruppe eine große Rolle.³³⁸ Das Individuum wird dabei durch den sogenannten „signifikanten Anderen“ in seiner Identität bestätigt:

„Es wäre falsch zu glauben, nur signifikante Andere könnten uns die subjektive Wirklichkeit garantieren. Allerdings nehmen sie eine zentrale Stelle im Wirklichkeitshaushalt ein. Sie sind für die ständige Absicherung jenes entscheidenden Elementes der Wirklichkeit, das wir Identität nennen, von besonderer Wichtigkeit. Um gewiß zu bleiben, daß er tatsächlich ist, der er zu sein glaubt, braucht der Mensch nicht nur die indirekte Gewißheit seiner Identität, die ihm noch die zufälligsten Alltagskontakte geben, sondern die ausdrückliche und gefühlstragende Gewißheit, die ihm seine signifikanten Anderen entgegenbringen.“³³⁹

Die Gruppe kann gewissermaßen die Identität des Einzelnen sichern³⁴⁰, unter anderem durch die Teilhabe an bestimmten gruppenspezifischen Charakterzügen. Das wesentliche Merkmal einer Gruppe ist dabei das Bestehen von Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern. Es ist dabei gleichgültig, ob sich die Individuen, die sich einer Gruppe zuordnen und ihr angehören, real begegnen oder nicht.³⁴¹ Das bedeutet, daß Gruppenzugehörigkeit als stabilisierender Fak-

³³⁸ vergl. Erikson (1977): 17f

³³⁹ Berger/Luckmann (1966): 161

³⁴⁰ vergl. Erikson (1946): 51

³⁴¹ vergl. Lindgren (1969): 347

tor der individuellen Identität nicht unbedingt an Interaktion gekoppelt ist. Vielmehr reicht es aus, wenn die Beziehung in Form eines Zugehörigkeitsgefühls hergestellt wird.³⁴² Dieser Aspekt ist von Bedeutung, wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen einzelnen Gruppen zu beschreiben, deren Mitglieder zwar über keine gemeinsame Interaktionserfahrung verfügen, sich also noch nie begegnet sein müssen und sich folglich nicht kennen, sich aber dennoch in einen Bezug zu anderen Gruppen setzen.

Berger und Luckmann unterscheiden bei der Beurteilung der verschiedenen Integrationsniveaus zwischen direktem Kontakt und Typisierungen:

„Ein wichtiger Aspekt der Erfahrung von Anderen in der Alltagswelt ist der der Direktheit beziehungsweise Indirektheit. Ich habe jederzeit die Möglichkeit zu unterscheiden zwischen Mitakteuren, das heißt Anderen, mit denen ich die Interaktion von Vis-à-vis-Situationen teile, und Anderen, die bloße Zeitgenossen sind, Leute, von denen ich mit oder ohne Detail ‚weiß‘ oder die ich nur vom Hörensagen kenne. Die Vis-à-vis-Situation verschafft mir die direkte Evidenz meines Mitmenschen, seiner Handlungen, seiner Eigenschaften. Dies gilt nicht für die Zeitgenossen, von denen ich nur mehr oder weniger zuverlässige Kunde habe. Überdies muß ich in Vis-à-vis-Situationen meine Mitmenschen ‚zur Kenntnis‘ nehmen, während ich meine Gedanken auf meine Zeitgenossen richten kann, aber nicht muß. Anonymität nimmt vom Mitakteur zum Zeitgenossen zu, weil die Anonymität der Typisierungen, mit deren Hilfe ich Mitmenschen in Vis-à-vis-Situationen erfasse, ständig mit vielfältigen, lebendigen Symptomen ‚aufgefüllt‘ wird, in denen sich ein leibhafter Mensch anzeigt.“³⁴³

Die direkte Konfrontation in der Interaktion fordert das Individuum also ständig dazu auf, sich mit anderen Individuen auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung setzt Identitätsentwicklung erst richtig in Bewegung. Alle Individuen haben nämlich die Möglichkeit, im direkten Kontakt ihre individuelle Identität einzubringen. Gleichzeitig werden sie herausgefordert, ihre Identität stetig zu modifizieren. Im Zuge dieser Auseinandersetzung bestätigen die Individuen sich gegenseitig ihre Zugehörigkeit.

Das Prinzip der Anonymität, auf dem Typisierungen basieren, führt hingegen dazu, daß direkte Auseinandersetzung vermieden wird. So kann es zu Zuschreibungen kommen, denen sich die Individuen teils beugen müssen, da sich keine Möglichkeit der direkten Intervention und damit der Darstellung der „eigentlichen“ Identität bietet. Die Folgen, die sich daraus ergeben, werden noch im Zusammenhang mit der Verweigerung von Anerkennung diskutiert.

Die Stärke der Identität innerhalb einer Gruppe, der sich das Individuum zugehörig fühlt, resultiert aus der Anerkennung von Leistungen, die in einer Kultur oder Gruppe etwas gelten:

„Das heranwachsende Kind muß bei jedem Schritt ein belebendes Wirklichkeitsgefühl aus dem Bewußtsein ziehen, daß seine individuelle Art der Lebensmeisterung (seine Ichsynthese) eine erfolgreiche

³⁴² Kennzeichnend für eine Gruppe ist das kontinuierliche Vorhandensein eines Kommunikations- und Interaktionsprozesses zwischen den Gruppenmitgliedern, woraus ein Gefühl der Zusammengehörigkeit resultiert. Wie bereits angedeutet, kann es unter bestimmten Perspektiven auch ausreichen, daß sich ein Individuum einer Gruppe auch jenseits der aktiven Teilhabe an Interaktionsprozessen zuordnet. Wenn diese Zuordnung von der Gruppe bestätigt oder nicht negiert wird, kann im Sinne von Identifikation ebenfalls Gruppenzugehörigkeit vorliegen (vergl. Keupp, Heiner (1984): Gruppe, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 204-210: 206).

³⁴³ Berger/Luckmann (1966): 34f

Variante einer Gruppenidentität ist und in Übereinstimmung mit der Raum-Zeit und dem Lebensplan seiner Gesellschaft steht.³⁴⁴

Das bedeutet, daß das Individuum sich zum einen selbst als zu einem größeren Gruppenkontext zugehörig sehen muß, zum anderen aber auch auf die Anerkennung dieser Zugehörigkeit durch andere angewiesen ist.

Die Prinzipien, auf deren Basis sich Anerkennung manifestiert, sind keine Konstanten. So kann die Integration in eine Gruppe über die Modifizierung der wechselseitigen Erwartungen und über gemeinsame Erfahrungen erfolgen. Laut Greverus läuft ein solcher Prozeß folgendermaßen ab:

„Ich selbst halte nach wie vor das dynamische Gleichgewicht eines sich immer wieder stabilisierenden Identitätsbewußtseins in einem ‚eigenen Ich‘, das auf seinem Weg zum Selbst auf die ‚anderen Ichs‘ reagieren kann, für wesentlich. Damit müßte mein ‚eigenes Ich‘ allerdings auch das je ‚eigene Ich‘ der konkreten Anderen erwarten und anerkennen. Der Weg führte von der Herrschaft des traditionellen verallgemeinerten Anderen zur Interaktion konkreter Anderer, die ihre je eigenen Ichs nicht über alte Erwartungen, sondern über neue Erfahrungen zu einem neuen Erkennen und Anerkennen eines Gemeinsamen im Anderen einbringen.“³⁴⁵

Damit spricht Greverus sich explizit gegen ein Prinzip der Typisierung aus. Für sie ist die Integration in eine Gruppe eine bewußte Suche nach Gemeinsamkeiten, die der konkreten Auseinandersetzung bedarf.

Kategorische Festschreibungen und die Identifikation mit statischen Bezugsgruppen sollen durch eine „kommunitäre Identität“ abgelöst werden:

„Es bedarf der Wechselseitigkeit des Gebens und Annehmens neuer Identität für den Einzelnen und die Gruppe, so daß auch ein neuer Dialog zwischen dem ‚eigenen Ich‘ und den ‚anderen Ichs‘ im Individuum entstehen kann und dieses über sein neues Selbst in den Dialog mit den konkreten Anderen draußen eintreten kann. Die gemeinsame Identität aus dem Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden wäre dann nicht mehr die zugeschriebene und unveränderliche Identität einer im übergewaltigen ‚anderen Ich‘ verankerten Herkunftsgruppe oder Zugehörigkeitsgruppe, sondern eine über interkulturelle Identitätsarbeit geschaffene neue kommunitäre Identität jenseits von Festschreibungen.“³⁴⁶

Durch eine solche Identitätsarbeit wird Gruppenzugehörigkeit flexibel. So können auch Individuen, die einer Gruppe noch nicht angehören, im Prinzip jederzeit Zugang finden, sofern sie bereit sind, sich auf die wechselseitige Auseinandersetzung einzulassen. Gleichzeitig ist Zugehörigkeit dann kein absolutes Privileg mehr, sondern sie muß aktiv vom Individuum immer wieder hergestellt werden.

³⁴⁴ Erikson, Erik H. (1951, 1963): *Kindheit und Gesellschaft*, Stuttgart 1968, 3. Aufl.: 230

³⁴⁵ Greverus, Ina-Maria (1995c): Das „eigene Ich“ und das „andere Ich“ unterwegs. Als Fremde in Schweden. Eine Parabel für Identitätsprozesse in multikulturellen Gesellschaften, in: dies. (1995a): *Die Anderen und Ich. Vom Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden*. Kulturanthropologische Texte, Darmstadt 1995, S. 26-47: 30

³⁴⁶ Greverus (1995c): 41

3.4.2 Abweisung und Exklusion

Die Prinzipien, auf deren Grundlage Identitätsbezüge zu einer Gruppe hergestellt werden, können unter umgekehrten Vorzeichen zu Mechanismen der Exklusion werden. Abweisung, die

„mehr oder weniger unbarmherzige Unterdrückung all dessen ..., was nicht in bestimmte Zielvorstellungen von Überleben und Perfektion zu passen scheint“³⁴⁷,

verweigert Integration. Diese Art der Abweisung kann innerhalb einer Gruppe stattfinden oder auch zwischen Gruppen, so daß die Mitglieder, die nicht als der eigenen Gruppe zugehörig anerkannt werden, dann als "die anderen" eingestuft werden.³⁴⁸

Elias und Scotson erläutern, daß es sich bei Stigmatisierung um ein prozeßhaftes Geschehen handelt. Es gehe weniger um direkte Eigenschaften, die Individuen zugeschrieben werden, sondern um die Figurationen, in deren Rahmen Zuschreibungen erfolgen. Der Kern von Etablierten-Außenseiter-Figurationen sei dabei eine ungleiche Machtbalance, die die Grundlage für praktizierten Ausschluß bilde.³⁴⁹ Stigmatisierung ist dabei häufig mit kollektiven Phantasien verknüpft, die von der Etabliertengruppe entwickelt werden. Die „Etablierten“ beziehen sich dabei auf ein Wir-Bild³⁵⁰, das innerhalb dieser Gruppe Zugehörigkeit stiftet, während es nach außen hin abgrenzend wirkt. Dieses Wir-Bild ist dabei das Ergebnis eines gemeinsam durchlaufenen Gruppenprozesses, so daß hier auch eine historische Dimension wirksam ist.³⁵¹

Da das Individuum das Bedürfnis nach einem möglichst positiven Selbstkonzept hat, folgt daraus, daß es wahrscheinlich ist, daß die eigene Gruppe im Vergleich zu Fremdgruppen positiver bewertet wird.³⁵² Im positiven Fall der Anerkennung hingegen werden Individuen anerkannt als

„Personen, die so werden mußten wie sie sind und denen man, so wie sie sind, vertrauen kann“³⁵³.

Andererseits ist es auch möglich, daß die Gruppe dem Individuum nicht nur die von ihm angestrebte Identität verweigert, sondern daß ihm sogar Identitätsfaktoren zugewiesen werden. Solche zugeschriebenen Identitätsfaktoren können nicht frei wählbare Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Herkunft sein. Außerdem können natürlich andere Merkmale oder Eigenschaften definiert werden. Die Gruppe, die Merkmale definiert, leitet aus diesen Ausschlußprinzipien ab.

³⁴⁷ Erikson (1982): 89

³⁴⁸ vergl. Erikson (1982): 89f

³⁴⁹ vergl. Elias/Scotson (1990): 13f

³⁵⁰ Das Wir-Bild einer Gruppe etabliert eine subjektive Gruppenzugehörigkeit. Wir-Bewußtsein umfaßt dabei einerseits Gruppenstolz, andererseits Verachtung gegenüber anderen Gruppen. Ein Wir-Gefühl kann sowohl auf tatsächlichen als auch auf vorgestellten Gemeinsamkeiten beruhen. Kritische Betrachtungen von Wir-Gruppen weisen darauf hin, daß vor allem in pluralen Gesellschaften die Fremdwahrnehmung meist kategorial verläuft und damit häufig auf Vorurteilen basiert (vergl. Streck, Bernhard (1987): Wir-Gruppe, in: Streck, Bernhard (1987) (Hg.): Wörterbuch der Ethnologie, Köln 1987, S. 255-258).

³⁵¹ vergl. Elias/Scotson (1990): 32ff

³⁵² vergl. Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles/Codol, Jean-Paul/Stephenson, Geoffrey M. (1988) (Hg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung, Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo, Hong Kong 1990: 420f

³⁵³ Erikson (1982): 94f

Goffmann unterscheidet zwischen der Zuschreibung von Eigenschaften, die er „virtuale soziale Identität“ nennt, und den tatsächlichen Eigenschaften eines Individuums, die er als „aktuelle soziale Identität“ beschreibt.³⁵⁴ Unter den Begriff Stigma fallen herabwürdigende Eigenschaften. Goffmann vertritt genau wie Elias und Scotson die Ansicht, daß es beim Prozeß der Stigmatisierung nicht unbedingt um die Eigenschaften an sich geht, sondern um Beziehungen, innerhalb derer ein Stigma zugewiesen wird:

„Der Terminus Stigma wird ... in bezug auf eine Eigenschaft gebraucht werden, die zutiefst diskreditierend ist, aber es sollte gesehen werden, daß es einer Begriffssprache von Relationen, nicht von Eigenschaften bedarf. Ein und dieselbe Eigenschaft vermag den einen Typus zu stigmatisieren, während sie die Normalität eines anderen bestätigt, und ist daher als ein Ding an sich weder kreditierend noch diskreditierend.“³⁵⁵

Es geht also um die „Soziodynamik“ bestimmter Situationen, in denen ein Machtungleichgewicht zwischen verschiedenen Personen oder Gruppen vorherrscht.³⁵⁶

Zwischen zugeschriebenen Merkmalen und der individuellen Identität besteht sicherlich eine Beziehung, doch verfügt das Individuum auch über einen Gestaltungsspielraum, im Rahmen der Interaktion diese Merkmale auszudrücken und kreativ zu verändern. Da die Interaktion jedoch von der Interpretation aller Beteiligten bestimmt wird, kann der individuelle Selbstdarstellungsversuch nur gelingen, wenn das Gegenüber ihn anerkennt. So ist es schwierig bis unmöglich, anders zu sein im Sinne von erkannt werden als die anderen das Individuum sehen.³⁵⁷

Die Zuschreibung von Merkmalen kann eine Handlungsalternative für den Umgang mit Fremden, die sich in vorhandene Orientierungsrahmen nicht ohne weiteres einordnen lassen, sein. Durch die Zuweisung von Merkmalen entsteht eine Art klassifikatorische Klarheit. Durch die Zuordnung wird ein Interaktionspartner einem Rahmen zugeordnet, so daß eine Art der Verhaltenssicherheit im Umgang mit ihm hergestellt werden kann.³⁵⁸ Die Bedeutung eines klar umrissenen Handlungsrahmens wurde bereits in den vorherigen Punkten beschrieben. In einer Situation der Zuweisung ist der Handlungsrahmen jedoch nicht von allen Interaktionspartnern gleichermaßen bestimmt, sondern er wird von dem Individuum (oder der Gruppe), das die Zuweisung vornimmt, dominiert.

Das Herstellen von klassifikatorischer Klarheit ist kein wertneutraler Prozeß. Außerdem kann auf diese Weise eine Ideologie, die gar nicht unbedingt mit einer „aktualen“ Realität korrespondiert, Teil der sozialen Realität werden:

³⁵⁴ vergl. Goffman, Erving (1963): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt 1990, 9. Aufl.: 10

³⁵⁵ Goffmann (1963): 11

³⁵⁶ vergl. Elias/Scotson (1990): 27

³⁵⁷ vergl. De Levita (1976): 213

³⁵⁸ vergl. Bauman, Zygmunt (1990): Moderne und Ambivalenz, in: Bielefeld, Uli (1991) (Hg.): Das Eigene und das Fremde - Neuer Rassismus in der Alten Welt, Hamburg 1991, S. 23-49: 25ff

„Von der Definition her glauben wir natürlich, daß eine Person mit einem Stigma nicht ganz menschlich ist. Unter dieser Voraussetzung üben wir eine Vielzahl von Diskriminationen aus, durch die wir ihre Lebenschancen wirksam, wenn auch oft gedankenlos, reduzieren. Wir konstruieren eine Stigma-Theorie, eine Ideologie, die ihre Inferiorität erklären und die Gefährdung durch den Stigmatisierten nachweisen soll; manchmal rationalisieren wir derart eine Animosität, die auf anderen Differenzen – wie zum Beispiel sozialen Klassendifferenzen – beruht.“³⁵⁹

Das Prinzip der Rationalisierung kann dazu beitragen, daß ein Stigma institutionalisiert wird. Berger und Luckmann beschreiben den Prozeß der Institutionalisierung und Typisierung folgendermaßen:

„Institutionalisierung findet statt, sobald habitualisierte Handlungen durch Typen von Handelnden reziprok typisiert werden. Jede Typisierung, die auf diese Weise vorgenommen wird, ist eine Institution. Für ihr Zustandekommen wichtig sind die Reziprozität der Typisierung und die Typik nicht nur der Akte, sondern auch der Akteure. Wenn habitualisierte Handlungen Institutionen begründen, so sind die entsprechenden Typisierungen Allgemeingut. Sie sind für alle Mitglieder der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe *erreichbar*. Die Institution ihrerseits macht aus individuellen Akteuren und individuellen Akten Typen.“³⁶⁰

Die Tatsache der allgemeinen Erreichbarkeit von Typisierungen ist zunächst einmal neutral. Wendet man dieses Konzept jedoch auf das Problem der Stigmatisierung an, so zeigen sich die Gefahren, die sich aus Prozessen der Zuschreibung ergeben, da diese im Zuge der Institutionalisierung gewissermaßen Allgemeingültigkeit erlangen.

Diese Allgemeingültigkeit darf jedoch nicht mit faktischer Realität verwechselt werden, denn sie ist und bleibt ein Produkt menschlicher Handlung:

„Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß die Gegenständlichkeit der institutionalen Welt, so dicht sie sich auch dem Einzelnen darstellen mag, von Menschen gemachte, konstruierte Objektivität ist. Der Vorgang, durch den die Produkte tätiger menschlicher Selbstentäußerung objektiven Charakter gewinnen, ist Objektivation, das heißt Vergegenständlichung. Die institutionale Welt ist vergegenständlichte menschliche Tätigkeit, und jede einzelne Institution ist dies ebenso. Mit anderen Worten: trotz ihrer Gegenständlichkeit für unsere Erfahrung gewinnt die gesellschaftliche Welt dadurch keinen ontologischen Status, der von jenem menschlichen Tun, aus dem sie hervorgegangen ist, unabhängig wäre.“³⁶¹

Etablierte Institutionen können also im Prinzip jederzeit wieder verändert werden. Es ist jedoch so, daß ein weiteres Prinzip, das der Institutionalisierung inhärent ist, diese Möglichkeit des Wandels tendenziell untergräbt. Institutionen wirken nämlich wiederum kontrollierend auf das menschliche Verhalten und lenken es in eine bestimmte Richtung (nämlich die Richtung, die den Erhalt der Institution begünstigt) und blockieren Handlungsalternativen.³⁶²

Diese sich selbstbestätigende Logik von Institutionen läßt sich allerdings durch Reflexion grundsätzlich durchbrechen:

„Größte Vorsicht ist ... im Hinblick auf alle Behauptungen über die angebliche ‚Logik‘ von Institutionen geboten. Die Logik steckt nicht in den Institutionen und ihrer äußeren Funktionalität, sondern in der Art,

³⁵⁹ Goffmann (1963): 14

³⁶⁰ Berger/Luckmann (1966): 58

³⁶¹ Berger/Luckmann (1966): 64f

³⁶² vergl. Berger/Luckmann (1966): 58

in der über sie reflektiert wird. Anders ausgedrückt: das reflektierende Bewußtsein überlagert die institutionale Ordnung mit seiner eigenen Logik.³⁶³

Exklusionsprinzipien können also durch Überzeugungsarbeit verändert werden. Es muß nicht unbedingt nur ein Individuum sein, dem Merkmale zugeschrieben werden. Häufig erfolgt eine solche Zuschreibung auch für ganze Gruppen. Diese Stereotypisierung erleichtert die Interaktion für die Gruppe, die über die Definitionsmacht verfügt, da ihr eigenes Bezugssystem nicht in Frage gestellt wird. Die Komplexität einer Situation, in der verschiedene Orientierungssysteme aufeinandertreffen, wird damit reduziert.³⁶⁴ Es handelt sich dabei um eine Art Verteidigungsmechanismus, da der eigene Bezugsrahmen nicht zur Disposition gestellt werden muß.

Ein solcher Verteidigungsmechanismus wird beispielsweise zur wirksamen Methode, wenn in einer Situation die eigenen Werte des Individuums oder einer Gruppe bedroht sind:

„Ein Hauptanlaß zur Entstehung von Stützkonzeptionen für Sinnwelten ergibt sich, wenn eine Gesellschaft auf eine andere stößt, die eine ganz andere Geschichte hat. Das durch eine solche Konfrontation gestellte Problem ist meistens krasser als bei innergesellschaftlichen Irrlehren, weil nun eine alternative Sinnwelt mit ihrer eigenen ‚offiziellen‘ Überlieferung da ist, deren objektiver Gewißheitscharakter dem der ersten nicht nachsteht. Für den Wirklichkeitsstatus der ersten Sinnwelt ist es viel ungefährlicher, mit Abtrünnigen zu tun zu haben, deren Schritt vom Wege als verrückt oder unverschämt bezeichnet werden kann, als mit einer anderen Gesellschaft, die ihrerseits andere Wirklichkeitsbestimmungen für dumm, verrückt oder gar böse hält.“³⁶⁵

Wenn sich die Situation, die die Bedrohung hervorruft, nicht ändern läßt, so läßt sich wenigstens das Bild der Situation verändern. Wenn nämlich anderen Gruppen beispielsweise negative Merkmale zugewiesen werden, kann sich auf der anderen Seite die Überzeugung vom eigenen Wert wieder stärken.³⁶⁶

Der gelungene Aufbau von „Gegenwelten“ unterliegt natürlich wieder bestimmten Machtprinzipien:

„Der Zusammenstoß alternativer symbolischer Sinnwelten wirft automatisch die Machtfrage auf, an welcher der konkurrierenden Wirklichkeitsbestimmungen die Gesellschaft ‚hängenbleiben‘ wird. Zwei Gesellschaften, die sich widersprüchlichen Sinnwelten entgegensetzen, entwickeln beiderseits Konzeptionen, um die jeweils eigene Sinnwelt abzusichern. Hinsichtlich ihrer inneren Schlüssigkeit mögen beide Konzeptionen dem unbeteiligten Betrachter wenig Auswahl bieten. Welche gewinnen wird, hängt von der Macht, nicht vom theoretischen Genie ihrer Legitimatoren ab.“³⁶⁷

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich nicht nur die Verweigerung von Anerkennung und Zugehörigkeit, sondern auch die Verwirklichung von Identität immer in einem von Machtungleichgewichten durchzogenen Bezugssystem vollziehen. Bei der stereotypen „Markierung“ ganzer Gruppen wird außerdem individuelle Auseinandersetzung vermieden. Es wird davon ausgegangen, daß jedes zu der definierten Gruppe zugehörige Individuum über die zugeschriebenen

³⁶³ Berger/Luckmann (1966): 68f

³⁶⁴ vergl. Auernheimer, Georg (1990): Einführung in die interkulturelle Erziehung, Darmstadt 1990: 143

³⁶⁵ Berger/Luckmann (1966): 115

³⁶⁶ vergl. Malewski, Andrzej (1964): Verhalten und Interaktion, Tübingen 1977, 2. unveränd. Aufl.: 33ff

³⁶⁷ Berger/Luckmann (1966): 116f

Gruppenmerkmale verfügt. Der Prozeß der Markierung an sich untergräbt für die dem Markierungsprozeß Unterliegenden die Identitätsentwicklung. Es wird ihnen verwehrt, sich in einer Interaktion so auszudrücken, wie sie sich selbst sehen. Für das Individuum kann Nicht-Anerkennung dabei von großer Bedeutung sein, da ein Zusammenhang zwischen Selbstwertgefühl und entgegengebrachter Achtung besteht. Sinkende Achtung oder gar fehlende Beachtung kann das Selbstwertgefühl beeinträchtigen.³⁶⁸

Das Prinzip der Anerkennung im Zuge der Identitätsentwicklung beinhaltet also folgende Phänomene der Integration beziehungsweise Exklusion:

- Das Individuum ist auf die Anerkennung durch andere angewiesen.
- Diese soziale Integration kann auf direkter oder auf indirekter Ebene stattfinden. Direkte Integration bedeutet auch direkte Auseinandersetzung.
- Bestehen zwischen Individuen in einer geteilten sozialen Realität keine direkten Kontakte, kann die wechselseitige Beurteilung auf Typisierungen beruhen, die der „eigentlichen“ Identität der Individuen durchaus widersprechen können.
- Anerkennung bildet sich in wechselseitiger Auseinandersetzung heraus. Durch solche Identitätsarbeit werden Zugehörigkeiten flexibel.
- Stigmatisierung als Prozeß verläuft zwischen Gruppen oder Individuen, wobei die Figuration durch ein Machtungleichgewicht geprägt ist. Um ein positives Selbstkonzept zu erhalten, werden Fremdgruppen zumeist negativ bewertet.
- Das Prinzip der Figuration ermöglicht es jedoch grundsätzlich, Zuschreibungen im Zuge von Interaktion zu verändern.
- Wenn Zuschreibungen erst einmal den Charakter einer Institution angenommen haben, können sie nur durch bewußte Reflexion durchbrochen werden, da Institutionen einer selbstbestätigenden Logik folgen, der durch Handlung entgegengewirkt werden muß.
- Die negative Abgrenzung von anderen Individuen oder Fremdgruppen kann das Selbstbild stärken und Bedrohungen der eigenen Identität negieren.

3.5 Rollenübernahme und Empathie

Die Herausbildung von Identität ist wesentlich mit der Übernahme von Rollen verbunden:

„Die von uns gelernten Rollen identifizieren und definieren ‚wer wir sind‘ und stellen eine Hauptdimension unserer Persönlichkeit dar.“³⁶⁹

³⁶⁸ vergl. Claessens, Dieter (1967): Enkulturation: Konditionierung der „kulturellen“ Rolle und Einführung in die „soziale“ Rolle, in: König, René/Schmalfuß, Axel (1972) (Hg.): Kulturanthropologie, Düsseldorf und Wien 1972, S. 156-176: 167

³⁶⁹ Lindgren (1969): 284

Das Individuum ist also nicht jenseits von Rollenbezügen denkbar. Rollen stehen immer in einem Bezug zur sozialen Realität, da diese den Bezugsrahmen vorgibt. Sie sind durch Normen geprägt.

Das Individuum kommt im Zuge seiner Sozialisation mit den verschiedensten Rollenkonzepten in Berührung:

„Die Sozialisation beginnt mit der Internalisierung sozialer Objekte, vor allem der ersten Pflege- und Bezugspersonen, mit denen das Kind in Interaktion tritt. Diese sozialen Objekte werden vor allem in ihren Rollenbezügen wahrgenommen. Damit stehen sie nicht als isolierte Personen da, sondern verweisen in ihren Rollen jeweils auf das soziale und kulturelle System, in dem sie stehen.“³⁷⁰

Die Verknüpfung von Rollen mit dem sozialen und kulturellen System deutet an, daß die Rollenmöglichkeiten in einer Gesellschaft wesentlich durch dieses System bestimmt sind. Für die Beziehung zwischen Identität und Rollen gibt es verschiedene Sichtweisen. So vertreten bestimmte Ansätze die Perspektive, daß die Identität des Individuums auf der Totalität der von ihm eingenommenen Rollen in der Gesellschaft basiert, während andere wiederum die Identität hinter den Rollen vermuten, diese also erst zum Vorschein kommt, wenn alle Rollen abgelegt sind.³⁷¹

Theorien zur Rollenübernahme umfassen außerdem Momente der individuellen Befindlichkeit und der Ambivalenz:

„... zugleich kann die Rollenmetapher darauf bauen, einverständnis als Ausdruck für eine Befindlichkeit des Menschen gehört zu werden. Ausgesprochen wird eine Art Zerrissenheit und Fremdheit in der Welt, das Gefühl, wer anders zu sein als der, der man zu sein hat.“³⁷²

Die Rollenübernahme selbst gewährleistet also nicht schon an sich, daß das Individuum mit seinen Rollen übereinstimmt.

Bei der Bewertung der Bedeutung der Rollenübernahme empfiehlt es sich, von einem Verhaltensbegriff auszugehen, der die Bedeutung von Rollen und individuellen Faktoren in ihrer Wechselwirkung berücksichtigt:

„Rolle ist das, was konstant bleibt, wenn verschiedene Schauspieler Hamlet spielen. Sie ist die invariable Entität, wenn der Schauspieler wechselt. Individualität ist das, was konstant bleibt, wenn der Schauspieler verschiedene Rollen spielt; sie ist die invariable Entität bei einem Wechsel der Rolle.“³⁷³

Dieses Konzept ist insofern richtig, als Verhalten ein Produkt aus Rollenkomponente und individuellem Faktor ist. Das Konzept der Rolle darf jedoch nicht, wie die Definition es nahelegt, statisch verstanden werden. Vielmehr befinden sich Rollen gerade durch die Dynamik der individuellen Ausgestaltung in einem stetigen Interpretationsprozeß. Rollen werden von der sozialen Realität einer Gesellschaft geprägt. Der gesellschaftliche Orientierungsrahmen definiert die Randbe-

³⁷⁰ Mühlbauer, Karl Reinhold (1980): Sozialisation. Eine Einführung in Theorien und Modelle, München 1980: 76

³⁷¹ vergl. De Levita (1976): 165

³⁷² Haug, Frigga (1984): Rollentheorie, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 482-491: 483

³⁷³ De Levita (1976): 166

dingungen. Das Individuum muß einerseits bei der Rollenübernahme den an es herangetragenen Konventionen entsprechen, andererseits muß es seine Individualität zum Ausdruck bringen.

Die Übernahme von Rollen ist für das Individuum mit einem Prozeß der Identifikation verbunden:

„Im Verlauf der Handlung findet eine Identifikation des Selbst mit dem objektiven Sinn der Handlung statt. Die vor sich gehende Handlung bestimmt für den Augenblick ihres Vollzuges die Selbstauffassung des Handelnden, und zwar in eben dem objektiven Sinn, der ihr von der Gesellschaft zugeschrieben wird.“³⁷⁴

Diese Aussage ist zum Teil richtig, doch muß sie ein Stück weit relativiert werden. Sicherlich findet die gesellschaftliche Realität über die Rollenübernahme Eingang in das Individuum und damit in seine Identität. Allerdings muß die Selbstauffassung des Individuums nicht mit der gesellschaftlichen Perspektive übereinstimmen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß hier Diskrepanzen zwischen individueller Wunsch-Identität und gesellschaftlicher Sinnzuschreibung bestehen. Der Begriff Selbstauffassung führt in die Irre, denn das Individuum kann zwar den gesellschaftlich objektiven Sinn von Handlung durchaus erfassen und äußerlich durch eine Handlung nachvollziehen, ohne diesen Sinn auch tatsächlich auf der Ebene der Identität zu verarbeiten.

Die konkrete Rollenübernahme kann in ihren Auswirkungen zwischen der Bestätigung der Rollenvorgabe und der Kritik an Rollenmustern schwanken:

„Über die Prozesse der Umweltergreifung in Form von Kennenlernen, Bedeutungsbelegung und auswählender Bewertung schafft sich der Mensch die Möglichkeit zu sozialabweichendem Verhalten und die Chance zu kultur- und sozialschöpferischem Handeln. Durch sozialkonformes Handeln trägt er zur Stabilisierung bestehender sozialer Systeme bei. Durch nonkonformes Handeln erreicht er die Chance für schöpferische Initiative. Die Möglichkeit dafür wird ihm geboten, wann immer er Situationen durchschaut, Distanz gewinnt und Wahlmöglichkeiten besitzt.“³⁷⁵

Das Durchschauen von Situationen allein erlaubt es dem Individuum noch nicht, sich über Rollendefinitionen hinwegzusetzen. Die Distanz zu Normen kann nur verwirklicht werden, wenn das Individuum Wahlmöglichkeiten bezüglich seines Verhaltens besitzt. Verfügt das Individuum über die Distanz zu den Rollenerwartungen, ist aber auf die Anerkennung durch jene Instanzen, die die Erwartungen formulieren, angewiesen, kann dies eine Quelle für Identitätskonflikte sein. Affektiv-emotionale Ausgeglichenheit ist nur möglich, wenn das Individuum zur Rollendistanz in der Lage ist. Diese Distanz basiert auf einer „doppelten Realitätsprüfung“, bei der äußere und innere Realität in ein Verhältnis gesetzt werden müssen. Das Individuum balanciert zwischen den Polen der eigenen Unverwechselbarkeit und Individualität auf der einen und den an es herangetragenen sozialen Anforderungen auf der anderen Seite.³⁷⁶

³⁷⁴ Berger/Luckmann (1966): 77

³⁷⁵ Mühlbauer (1980): 98

³⁷⁶ vergl. Stephan, Klaus (1987): Rollenstreß und Identitätsverengung, in: Griese, Hartmut M. (1987) (Hg.): Sozialisation im Erwachsenenalter. Ein Reader zur Einführung in ihre theoretischen und empirischen Grundlagen, Weinheim und Basel 1987, S. 230-243: 236

Das Individuum muß sich gegenüber den Normen reflektierend und interpretierend Verhalten.³⁷⁷ Dabei muß es über eine sogenannte „Ambiguitätstoleranz“³⁷⁸ verfügen. Es muß in der Lage sein, die Inkonsistenzen und Inkompatibilitäten im Interaktionsprozeß zu verarbeiten.³⁷⁹ Es ist nämlich anzunehmen, daß gesellschaftliche Wertmuster und individuelle Bedürfnisse niemals ganz einander entsprechen, so daß das Individuum die vorhandenen Gegensätze selbst im Zuge seiner Identitätsbildung und -entwicklung verarbeiten muß.³⁸⁰ Rollendistanz kann eine Chance sein, „Individualität zu behaupten ohne Sozialität zu verlieren“³⁸¹.

Neben der Rollendistanz ist vom Individuum im Prozeß der Interaktion und Identitätsbildung auch die Fähigkeit zur Empathie gefordert. Es muß sich in seine Interaktionspartner hineinversetzen können, um deren Erwartungen in der Interaktion zu berücksichtigen.³⁸² Dieser Prozeß des versuchten Verstehens der Intentionen von anderen Beteiligten am Interaktionsprozeß wird „Role taking“ genannt:

„Role taking' ist ein Prozeß, in dem antizipierte Erwartungen ständig getestet und aufgrund neuen Materials, das der fortschreitende Prozeß liefert, immer wieder revidiert werden, bis sich die Interpretationen einer bestimmten Situation und ihrer Erfordernisse unter den beteiligten Interaktionspartnern einander angenähert haben.“³⁸³

Die Rollenübernahme in der Interaktion gleicht also einem ständigen Aushandeln eines Konsenses zwischen den Beteiligten um die Bedeutung der Handlung und den Rahmen, in dem sie stattfindet.

Dieser Prozeß des Aushandelns impliziert also auch ein Stück individueller Freiheit, da das Individuum nicht zwangsläufig alle Rollenerwartungen verwirklichen muß:

„Wenn ein Individuum sich in einer Interaktion befindet, so wird es die an es gerichteten Erwartungen infolge seiner augenblicklichen Persönlichkeitsstruktur interpretieren und sich entsprechend verhalten. Von ihm wird nicht einfach eine ‚Rolle‘ gespielt, vielmehr treten zwischen die Erwartungen des Partners und dem Verhalten des Individuums vermittelnde Prozesse. Gleichzeitig wirken aber die Folgen solchermaßen geäußerten Verhaltens auf die Persönlichkeit zurück: Man könnte daher sagen, daß die Persönlichkeit ein Resultat der sozialen Rollen ist, die in der bisherigen Lebensgeschichte des Individuums diesem zugemutet wurden, und auf die es akzeptierend oder verneinend reagiert hat.“³⁸⁴

Erwartungen werden also individuell verarbeitet. So ist die individuelle Identität nicht einfach ein Abbild von gesellschaftlichen Rollenerwartungen, sondern das Ergebnis eines Verarbeitungsprozesses. Das Individuum kann sich also von Rollen auch emanzipieren und seine Identität dadurch gegenüber sozialen Rollen behaupten.³⁸⁵

³⁷⁷ vergl. Krappmann (1969): 133

³⁷⁸ Das Ausbalancieren widersprüchlicher Erwartungen ist zwar einerseits notwendig, um Interaktionen überhaupt ausführen zu können, andererseits verlagert es aber Konflikte tendenziell in das Individuum, da es keine äußere Instanz gibt, die für Widersprüche verantwortlich gemacht werden könnte (vergl. Brumlik (1973): 100).

³⁷⁹ vergl. Krappmann (1969): 167

³⁸⁰ vergl. Krappmann (1969): 100f

³⁸¹ Brumlik (1973): 99

³⁸² vergl. Krappmann (1969): 142

³⁸³ Krappmann (1969): 145

³⁸⁴ Mühlbauer (1980): 129f

³⁸⁵ vergl. Mühlbauer (1980): 159

Die Psychoanalyse geht davon aus, daß das Individuum in der Adoleszenz ein „psychosoziales Moratorium“ durchläuft, in dessen Rahmen es verschiedene Rollen ausprobiert. Dabei muß das Individuum die Vielfalt wechselnder Selbst-Vorstellungen und der Rollenmöglichkeiten, die es selbst aussucht, aber auch die, die ihm zugestanden oder abverlangt werden, in Harmonie bringen.³⁸⁶ Das Experimentieren mit verschiedenen Rollen bildet bei Erikson gewissermaßen eine Testphase, um hinterher einen festen Platz in der Gesellschaft einzunehmen.³⁸⁷ Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß auch im reifen Erwachsenenalter die Rollenübernahme nie eindeutig und endgültig ist, sondern immer im Kontext der Interaktion neu interpretativ ausgehandelt werden muß.

Die Rollenübernahme kann von außen beschränkt werden, so daß bestimmte Rollen für ein Individuum überhaupt nicht zugänglich sind. Ohne ein „erkannt werden“ durch andere im Interaktionsprozeß läßt sich die Übernahme einer Rolle nämlich nicht verwirklichen, das heißt, das Individuum ist auf die Bestätigung seiner Rollenwahl von außen angewiesen.³⁸⁸ Die Möglichkeiten der Rollenübernahme müssen dabei im Zusammenhang mit der sozialen Ungleichheit, die die gesellschaftliche Realität durchzieht, gesehen werden:

„Wir können es nicht dabei bewenden lassen, daß Ego sein Gegenüber als anders begreift und erkennt, daß ich jenes tue und er anderes und daß dies im gesellschaftlichen Leben nun einmal so ist. Vielmehr sind *soziale Differenzierungen* sehr deutlich mit materiellen oder ideellen Bewertungen, mit Vorzügen und Benachteiligungen, verbunden. Häufig gehen mit diesen Differenzierungen *Gewalt* und *Diskriminierungen* einher. Die Chancen des einzelnen, in sozialen Interaktionen zum Zuge zu kommen, sind unter diesen Aspekten sehr ungleich verteilt. In vielen Fällen wird die Funktionalität von Positionen, die hierarchische Ordnung und Rangfolge, nur behauptet – ohne daß eine letzte Notwendigkeit schlüssig nachzuweisen ist. Schließlich ist die soziale Ungleichheit von so großem Interesse, weil der Zugang zu sozialen Positionen und damit auch die Entstehung ganz typischer personaler und sozialer Identitäten an spezifische soziale Gruppen und Personenkreise gebunden sind und damit nicht zuletzt soziale Spannungen und Konflikte latent oder manifest auftreten.“³⁸⁹

Die grundsätzlichen Möglichkeiten zur Rollenübernahme hängen also von der Position des Individuums innerhalb der sozialen Realität, die durch Machtungleichgewichte geprägt ist, ab.

Der Rollenzugang ist dabei häufig durch die Teilhabe an Ressourcen, die für die jeweilige Rolle relevant sind, geregelt:

„Das Individuum ... nimmt Rollen ein, die im positionellen Gefüge vorgezeichnet und/oder durch Interaktionen konstituiert werden. Die meisten Rollen beinhalten sowohl funktional festgelegte als auch vom Individuum aus-, um- oder neu geformte Momente. Um handlungsfähig zu sein und die entsprechenden Rollen des Sozialsystems spielen zu können, bedarf es gewisser Voraussetzungen. Zu diesen Voraussetzungen gehören sowohl Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten als auch materielle (oder primär materiell vermittelte) Ressourcen wie Besitz und Kapital oder durch diese bestimmte Chancen gesellschaftlicher Teilhabe und Einflußnahme.“³⁹⁰

³⁸⁶ vergl. Erikson (1982): 97f

³⁸⁷ vergl. Erikson (1956): 137

³⁸⁸ vergl. Erikson (1956): 138

³⁸⁹ Griese, Hartmut M./Nikles, Bruno W./Rülcker, Christoph (1977) (Hg.): Soziale Rolle. Zur Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, Opladen 1977: 49, Hervorheb. im Original

³⁹⁰ Griese/Nikles/Rülcker (1977): 50

Wer zu bestimmten Ressourcen keinen Zugang hat, kann folglich bestimmte Rollen nicht annehmen. Damit ist die individuelle Autonomie in einem Spannungsgeflecht von individueller Kompetenz und gesellschaftlichen Vorgaben angesiedelt:

„Weil die Handlungsspielräume bzw. –freiheiten sowohl von den erworbenen Kompetenzen als auch von den konkreten sozio-kulturellen Bedingungen der Situation abhängig sind, kann man behaupten, daß zwischen individueller Handlungsfreiheit auf Grund von sozialen Kompetenzen und sozialstruktureller Handlungsfreiheit auf Grund von offenen Interaktionssituationen ein enger Zusammenhang besteht. Wer über eine hohe Handlungskompetenz ... verfügt, hat demnach meist relativ autonome soziale Positionen bzw. autonome Rollen inne.“³⁹¹

Die individuelle Autonomie ist also zwar grundsätzlich im Zuge eines Distanzierungsprozesses von gesellschaftlichen Erwartungen möglich, doch ist die Möglichkeit zur Rollenübernahme gleichzeitig an die bestehende soziale Position des Individuums gebunden.

Erikson stellt fest, daß die Identitätsbildung als Prozeß des Sich-Identifizierens über die Selbsteinordnung des Individuums in seine Umwelt hinaus geht und auch die Zuweisung von Rollen umfasse. Es verlaufe ein Prozeß der wechselseitigen Anerkennung, denn das Individuum werde im Zuge der Rollenübernahme durch die Institutionen anerkannt, trage aber umgekehrt auch zu deren Bestätigung bei.³⁹² Der Wunsch nach Rollenübernahme allein reicht also nicht aus, um in einer bestimmten Rolle auch anerkannt zu werden. Gleichzeitig trägt das soziale Ungleichgewicht der gesellschaftlichen Realität dazu bei, daß es immer Individuen gibt, die bestimmte Machtrollen inne haben, so daß sie allgemeine Rollenerwartungen bestimmen und institutionalisieren können.³⁹³ Individuen, die in einer schwächeren Position sind, werden durch diese definierten Rollenerwartungen wiederum eingeschränkt.

Die Übernahme von Rollen innerhalb der sozialen Realität beinhaltet also die folgenden Aspekte:

- Das Individuum ist nicht jenseits von Rollenbezügen denkbar. Die Rollen stehen wiederum in Bezug zur sozialen Realität. Die Rollenmöglichkeiten des Individuums sind dabei durch das soziale und kulturelle System bestimmt.
- Die Übernahme von Rollen kann das soziale System bestätigen oder im Zuge einer Distanzierung zur Veränderung sozialer Rahmenbedingungen beitragen.
- Die Rollenübernahme im Zuge von Interaktion gleicht einem Prozeß des Aushandelns, wobei alle Beteiligten gewisse Übereinstimmungen erzielen müssen. Im Zuge dieses Prozesses verarbeitet das Individuum die an es herangetragenen Erwartungen und kann sich prinzipiell auch gegen diese behaupten.

³⁹¹ Griese/Nikles/Rülcker (1977): 51

³⁹² vergl. Erikson, Erik H. (1959): Identität und Entwurzelung in unserer Zeit, in: ders. (1964): Einsicht und Verantwortung. Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse, Frankfurt 1992, S. 74-99: 81f

³⁹³ vergl. Claessens, Dieter (1968): Rolle und Macht, München 1968: 139

- Die Möglichkeiten zur Rollenübernahme hängen von der Position des Individuums in der sozialen Realität, die durch Machtungleichgewichte geprägt ist, ab. Der Zugang zu Rollen ist durch die Teilhabe an bestimmten gesellschaftlichen Ressourcen geregelt.
- Die Entfaltung individueller Autonomie hängt also nicht nur vom Individuum, sondern auch von den sozialen Rahmenbedingungen ab.

3.6 Kritische Perspektiven zur Identitätstheorie

Im Zuge der Darstellung der verschiedenen Dimensionen von Identität wurden bereits verschiedene Kritikpunkte zum Konzept Identität an sich und zu speziellen Ansätzen aufgegriffen. Eine ganz grundsätzliche Frage betrifft natürlich immer das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Da Identitätstheorien sich mit der Verfassung des Individuums auseinandersetzen, ist eine logische Folge, daß das Individuum im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

Kritiker von Identitätstheorien sehen hier die Gefahr, daß das Individuum zur Instanz wird, die sämtliche bestehenden Widersprüche individuell verarbeiten muß, ohne daß eine Möglichkeit besteht, begrenzende Verhältnisse, die die individuelle Entfaltung verhindern, zu verändern. Annette Stross bemängelt beispielsweise am Ansatz von Habermas, demzufolge sich das Individuum auf dem Wege diskursiver Hinterfragung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und von existierenden Herrschaftsverhältnissen emanzipieren könne, daß diese Argumentation eine historisch-gesellschaftliche Sichtweise ausblende. Die Betrachtung von Interaktionsprozessen führe zu einer Vernachlässigung der materiellen Verhältnisse.³⁹⁴

Laut Stross habe die interaktionistische Identitätstheorie zwar die Entfaltung von Individualität in den Vordergrund gerückt, doch dabei gleichzeitig dazu beigetragen, daß die gesellschaftlichen Anpassungserfordernisse nicht mehr hinterfragt würden:

„Verschwiegen wurde ... bereits in den Anfängen interaktionistischer Identitätskonzeptionen, daß der sogenannte spontaneistische Ausdruck des Ich immer schon ... (gesellschaftlichen) Anpassungszwängen unterlag und daß seine Ausdrucksmöglichkeiten gleichermaßen den vorherrschenden Normen entsprechend kanalisiert und kategorisiert wurden. Aus diese Weise, daß heißt unter Ausschließung einer historisch-gesellschaftlichen Sichtweise, gerieten historisch entstandene Normen und Bewertungsmaßstäbe ... zum (allgemein-)verbindlichen Maßstab einer Identitätsfindung.“³⁹⁵

Diese Kritik ist zum Teil berechtigt. Es wurde zwar bereits darauf hingewiesen, daß das Individuum keine der Gesellschaft ausgelieferte Instanz ist, sondern ein aktives Subjekt, das soziale Rahmenbedingungen durch konkrete Handlungen modifizieren kann. Andererseits sind Ansätze, die Konzepte für den bewußten Aufbau von Gegenpositionen zur herrschenden sozialen Realität

³⁹⁴ vergl. Stross, Annette M. (1991): Ich-Identität zwischen Fiktion und Konstruktion, Berlin 1991: 12f

³⁹⁵ Stross (1991): 17

entwickeln, tatsächlich – zumindest im Bereich allgemeiner Identitätstheorien – eine Seltenheit. Im folgenden soll deshalb über einen entwicklungspsychologischen Ansatz zur Moralentwicklung und über Verfahren der Diskursethik versucht werden, diese Lücke zu schließen.

Colby und Kohlberg stellen bei ihrer Betrachtung von Handlungsanforderungen an das Individuum den Aufbau von Gegenpositionen zu konkreten Rollen und konkreten gesellschaftlichen Erwartungen in den Mittelpunkt. Wenn das Individuum die sogenannte postkonventionelle Stufe der Moralentwicklung erreicht hat, kann es sich von gesellschaftlichen Forderungen emanzipieren und sich über sie hinwegsetzen:

„Das postkonventionelle Individuum kennt den ‚moralischen Standpunkt‘, einen Standpunkt, den jeder einnehmen sollte, der sich in einer moralischen Konfliktsituation befindet. Statt Forderungen und Verpflichtungen unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Rollenerwartungen zu betrachten, wie das auf konventionellem Niveau geschieht, beinhaltet die postkonventionelle Perspektive, daß alle Menschen – in welcher Rolle auch immer – sich am ‚moralischen Gesichtspunkt‘ orientieren sollten. Zwar ist sich auch der auf dem moralischen Standpunkt Stehende gewisser festgelegter, gesetzlich-sozialer Verpflichtungen bewußt, doch die Befolgung der moralischen Verpflichtungen kann den Vorrang erhalten, wenn moralische und legale Gesichtspunkte in Konflikt geraten.“³⁹⁶

Der moralische Gesichtspunkt wird als Gegeninstanz zur sozialen Realität gesehen. Damit wird deutlich, daß die soziale Realität zwar faktisch besteht und beeinflussend auf das Individuum wirkt, aber gleichzeitig unter moralischer Perspektive stets grundsätzlich kritisierbar ist.

Diese Argumentation ist im Hinblick auf ihren Emanzipationsanspruch bedeutsam. Allerdings klärt sie nicht, aus welchen Ressourcen das Individuum schöpfen könnte, um moralische Gegenpositionen aufzubauen. Colby und Kohlberg führen hier lediglich an, daß das Individuum auf postkonventionellem Niveau „selbstgewählten ethischen Prinzipien“ folge, die universaler moralischer Natur seien.³⁹⁷ Konkret heißt dies:

„Bei den erwähnten Prinzipien handelt es sich um universale Prinzipien der Gerechtigkeit: alle Menschen haben gleiche Rechte, und die Würde des Einzelwesens ist zu achten.“³⁹⁸

Wenn Gesetze diese gleichen Rechte und die Würde des Individuums nicht sichern, ist das moralisch handelnde Individuum dazu aufgefordert, sich im Sinne der Moral über sie hinwegzusetzen. Dieser Ansatz hält vor Augen, daß Gesetze – und damit erst Recht die soziale Realität im allgemeinen – nicht unbedingt auf der Seite individueller Entfaltung stehen. Vor diesem Hintergrund muß Identitätsentwicklung immer auch bewußte Kritik an der sozialen Realität bedeuten.

Auch Habermas hebt die Notwendigkeit von Distanz zur und Kritik an der sozialen Realität hervor, wobei er sich auf die Ansätze von Colby und Kohlberg bezieht:

³⁹⁶ Colby, Ann/Kohlberg, Lawrence (1978): Das moralische Urteil. Der kognitionszentrierte entwicklungspsychologische Ansatz, in: Bertram, Hans (1986) (Hg.): Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie, Frankfurt 1986, S. 130-162: 151

³⁹⁷ vergl. Colby/Kohlberg (1978): 147

³⁹⁸ Colby/Kohlberg (1978): 147

„... postkonventionell Urteilende [zeichnen sich] dadurch aus, daß sie eine hypothetische Einstellung gegenüber Institutionen und Handlungsmaximen einnehmen und bestehende, als faktisch anerkannte Normen im Lichte abstrakter Normen beurteilen, gegebenenfalls kritisieren“.³⁹⁹

Es stellt sich allerdings die Frage, auf welcher Grundlage eine hypothetische Einstellung gegenüber Handlungsmaximen gewonnen werden kann. Laut Habermas werden Handlungskonflikte auf der Basis von Universalisierungsgrundsätzen beurteilt, die sicherstellen sollen, daß Normen einer allgemeinen Konsensfähigkeit entsprechen. Die Konsensfähigkeit beruhe dabei auf der Selbstbindung des autonomen Willens.⁴⁰⁰

Dieses Prinzip der Selbstbindung des autonomen Willens muß näher betrachtet werden. Um sicherzustellen, daß tatsächlich im Sinne einer universalen Moral gehandelt wird, müssen nämlich Mechanismen gefunden werden, die die Etablierung einer universalistischen Ethik überhaupt ermöglichen. Habermas führt deshalb das Prinzip der „kooperativen Wahrheitssuche“ ein:

„Auf diesen universalpragmatischen Sachverhalt stützt sich der diskursethische Grundsatz: daß nur diejenigen Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden könnten. Die Rolle eines den moralischen Gesichtspunkt explizierenden Verfahrens kann der Diskurs kraft jener idealisierenden Unterstellungen spielen, die jeder, der ernsthaft in Argumentationen eintritt, faktisch vornehmen muß. Der praktische Diskurs läßt sich als ein Verständigungsprozeß begreifen, der seiner Form nach, d.h. allein aufgrund unvermeidlicher allgemeiner Argumentationsvoraussetzungen, alle Beteiligten gleichzeitig zur idealen Rollenübernahme anhält. Er transformiert die nach Kohlberg zunächst einzeln und privatim vorwegzunehmende ideale Rollenübernahme in eine öffentliche, der Idee nach von allen gemeinsam praktizierte Veranstaltung“.⁴⁰¹

Die ideale Rollenübernahme im Zuge eines Verständigungsprozesses führt dazu, daß alle Individuen sich gegenseitig verpflichtet sind. Dies würde wiederum bedeuten, daß die soziale Realität, wenn sie auf dieser Grundlage beeinflußt wird, kein Individuum in seiner Identitätsentwicklung negativ beeinflussen dürfte.

Die Grundzüge einer autonomen Moral, die handlungsleitend sein soll, skizziert Habermas dabei wie folgt:

„Jede autonome Moral muß zwei Aufgaben in einem lösen: sie bringt die Unantastbarkeit der vergesellschafteten Individuen zur Geltung, indem sie Gleichbehandlung und damit gleichmäßigen Respekt vor der Würde eines jeden fordert; und sie schützt die intersubjektiven Beziehungen reziproker Anerkennung, indem sie von den Individuen als Angehörigen einer Gemeinschaft, in der sie sozialisiert worden sind, Solidarität fordert. *Gerechtigkeit* bezieht sich auf die gleichen Freiheiten unvertretbarer und sich selbst bestimmender Individuen, während sich *Solidarität* auf das Wohl der in einer intersubjektiv geteilten Lebensform verschwisterten Genossen bezieht – und damit auch auf die Erhaltung der Integrität dieser Lebensform selbst. Moralische Normen können nicht eins ohne das Andere schützen: die gleichen Rechte und Freiheiten des Individuums nicht ohne das Wohl des Nächsten und der Gemeinschaft, der sie angehören.“⁴⁰²

³⁹⁹ Habermas, Jürgen (1984): Gerechtigkeit und Solidarität. Zur Diskussion über „Stufe 6“, in: ders. (1991): Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt 1991, S. 49-76: 50

⁴⁰⁰ vergl. Habermas (1984): 54

⁴⁰¹ Habermas (1984): 61

⁴⁰² Habermas (1984): 70; Hervorheb. im Original

Das Prinzip der Solidarität bezieht sich dabei wiederum auf die Gemeinschaft und die soziale Realität. Das Individuum kann sich nicht selbst verwirklichen, wenn es nicht auch die Selbstverwirklichung aller anderen Individuen ermöglicht.

Das Moralprinzip, auf das Habermas sich beruft, ist jedoch nicht unumstritten. Brunkhorst beispielsweise weist darauf hin, daß eine erweiterte Solidarität unter Fremden, wie sie in komplexen Gesellschaften notwendig sei, sich gerade nicht auf Moralinstanzen berufen dürfe. Er betrachtet vielmehr das Recht als die Instanz, die die äußeren Beziehungen der Menschen zueinander regelt:

„Nur durch konsequente Entmoralisierung konnte [dem Recht] die entwicklungsgeschichtlich *neue* Funktion zuwachsen, Freiheit und Willkür *ohne* Rücksicht auf Moral und Sittlichkeit zu gewährleisten.“⁴⁰³

Der demokratische Rechtsfortschritt liege in der Erweiterung der Solidarität unter Freunden zur Solidarität unter Fremden.⁴⁰⁴ Brunkhorst ist nämlich der Ansicht, daß eine erweiterte Binnenmoral im Sinne einer Nächstenliebe in komplexen Gesellschaften nicht ausreiche, um universelle, abstrakte Solidaritäten zu organisieren.⁴⁰⁵

Habermas hält dem entgegen, daß das Prinzip der Argumentation Verpflichtungen über die Grenzen konkreter Lebenswelten hinaus stiftet und damit universalistisch sei:

„Vor allem in der reziproken Anerkennung zurechnungsfähiger Subjekte, die ihr Handeln an Geltungsansprüchen orientieren, sind die Ideen von Gerechtigkeit und Solidarität gegenwärtig. Aber diese normativen Verpflichtungen reichen nicht *von sich* aus über die Grenzen einer konkreten Lebenswelt der Familie, des Stammes, der Stadt oder der Nation hinaus. Diese Schranken können erst in Diskursen durchbrochen werden, soweit diese in modernen Gesellschaften institutionalisiert sind. Argumentationen reichen per se über partikuläre Lebenswelten hinaus; denn in deren pragmatischen Voraussetzungen ist der normative Gehalt der Voraussetzungen kommunikativen Handelns verallgemeinert, abstrahiert und entschränkt, auf eine ideale, alle sprach- und handlungsfähigen Subjekte einbeziehende Kommunikationsgemeinschaft ... ausgedehnt.“⁴⁰⁶

Der Diskurs ist also das Mittel zur Universalisierung moralischer Grundsätze, die dann wiederum für alle Individuen verpflichtend wirken. Diese Verpflichtung müßte gleichzeitig auch von allen Individuen ohne Widerspruch anerkannt werden, da sie ja in den Prozeß der Konsensfindung einbezogen waren.

Rein argumentativ ist das Konzept von Habermas sehr überzeugend. Es setzt allerdings voraus, daß alle Individuen tatsächlich bereit sind, sich der diskursiven Auseinandersetzung zu stellen. Es scheint jedoch eher so zu sein, daß es immer Individuen oder Gruppen geben wird, die aufgrund des Wunsches nach Vorteilsnahme die gleichberechtigte Auseinandersetzung verweigern. Diese Möglichkeit negiert Habermas zwar dadurch, daß im Zuge der kooperativen Wahr-

⁴⁰³ Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt 1997: 62; Hervorheb. im Original

⁴⁰⁴ vergl. Brunkhorst (1997): 63

⁴⁰⁵ vergl. Brunkhorst (1997): 72

⁴⁰⁶ Habermas (1984): 71; Hervorheb. im Original

heitssuche wirklich alle Individuen beteiligt werden. Dies hätte zur Folge, daß auch die Argumente derer, die nicht an Prinzipien wie Gleichbehandlung und Würde interessiert sind, angehört werden müssen und sie sich einbringen können. Hier stellt sich die berechtigte Frage, ob auf einer solchen Basis überhaupt eine universalistische Moral jemals etabliert werden kann.⁴⁰⁷

Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, daß Diskurse immer zugleich der Vollzug von Macht sind.⁴⁰⁸ Bourdieu beschreibt, wie diese Macht auf der Ebene von Sinn und Erkennen wirkt:

„Die symbolische Macht ist eine Macht, die in dem Maße existiert, wie es ihr gelingt, sich anerkennen zu lassen, sich Anerkennung zu verschaffen; d.h. eine (ökonomische, politische, kulturelle oder andere) Macht, die die Macht hat, sich in ihrer Wahrheit als Macht, als Gewalt, als Willkür verkennen zu lassen. Die eigentliche Wirksamkeit dieser Macht entfaltet sich nicht auf der Ebene physischer Kraft, sondern auf der Ebene von Sinn und Erkennen.“⁴⁰⁹

Die wirkende Macht durchzieht also die verschiedensten Ebenen der sozialen Realität und ist damit allgegenwärtig. Sie bildet deshalb auch den Rahmen, in dem die von Habermas propagierte diskursive Auseinandersetzung stattfindet.

Bourdieu weist außerdem darauf hin, wie Macht in Beziehungssystemen und damit in den ständig ablaufenden Interaktionen verschleiert wird:

„Die symbolische Macht ist eine Macht, die in dem Maße existiert, wie es ihr gelingt, sich anerkennen zu lassen, sich Anerkennung zu verschaffen; d.h. eine (ökonomische, politische, kulturelle oder andere) Macht, die die Macht hat, sich in ihrer Wahrheit als Macht, als Gewalt, als Willkür verkennen zu lassen. Die eigentliche Wirksamkeit dieser Macht entfaltet sich nicht auf der Ebene physischer Kraft, sondern auf der Ebene von Sinn und Erkennen.“⁴¹⁰

Das Prinzip der diskursiven Ethik kann also nur ein Leitmotiv der Identitätsentfaltung sein, nicht aber eine letztendliche Instanz, die für universalistische Lösungen einsteht. Dennoch können die Ansätze von Colby und Kohlberg sowie von Habermas als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer kritischen Gestaltung der sozialen Realität darstellen.

Im Zuge einer kritischen Arbeit mit Identitätskonzepten müssen also folgende Aspekte beachtet werden:

- Die mögliche Entfaltung von Individualität muß immer im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Anpassungserfordernissen gesehen werden, die das Individuum einschränken können.
- Der moralische Gesichtspunkt kann eine Gegeninstanz zur etablierten sozialen Realität aufbauen. Danach muß die soziale Realität immer daraufhin überprüft werden, ob sie allen Menschen gleiche Rechte zuerkennt und ihre Würde achtet.

⁴⁰⁷ Dieses Problem soll im folgenden Kapitel am Beispiel der Menschenrechte noch diskutiert werden. In diesem Zusammenhang wird dann auch über das Problem der Ethik im interkulturellen Kontext zu sprechen sein.

⁴⁰⁸ vergl. Brunkhorst (1997): 97

⁴⁰⁹ Bourdieu, Pierre (1982): Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen, in ders. (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992, S. 81-86: 82

⁴¹⁰ Bourdieu (1982): 82

- Im Zuge einer kooperativen Wahrheitssuche können allgemeinverbindliche Normen diskursiv ausgehandelt werden. An diesem diskursiven Prozeß müssen alle Individuen beteiligt werden.
- Da Diskurse jedoch immer durch Machtstrukturen geprägt sind, müssen auch diese diskursiv hinterfragt werden.
- Autonome Entfaltungsmöglichkeiten für alle Individuen sind also grundsätzlich als Utopie erreichbar. Der Weg dorthin führt über die Kritik der sozialen Realität inklusive ihrer Machtstrukturen und über die Forderung, daß das Individuum aktiv in Diskurse eingreifen muß. Soziale Realität darf also nicht als Konstante aufgefaßt werden, sondern sie muß als stets zu kritisierende Sphäre verändert werden.
- Aufgrund des Moralparadigmas kann die Entfaltung individueller Autonomie nur unter moralischen Gesichtspunkten erfolgen. Die Selbstverwirklichung des Individuums muß also in Einklang mit den Verwirklichungskonzepten anderer Individuen stehen.

Die in diesem Kapitel skizzierten identitätstheoretischen Voraussetzungen gelten natürlich alle zunächst einmal für die Identitätsentwicklung in genau einer bestimmten Gesellschaft. Es stellt sich also die Frage, inwieweit ein solcher Rahmen auf die Betrachtung prozeßhafter Auseinandersetzungen in Migrationsgesellschaften und für ein Modell von Migrationsprozessen überhaupt anwendbar ist.

Grundsätzlich sind Gesellschaften – und dies wurde bereits bei den Ausführungen zu den kulturellen Aspekten der Identitätsentwicklung deutlich – nicht homogen, und die dargestellten Identitätsansätze berücksichtigen die prinzipielle gesellschaftliche Heterogenität auch. In Migrationsgesellschaften ist diese Heterogenität lediglich um einige Dimensionen erweitert. Aus diesem Grund soll im folgenden Kapitel – aufbauend auf den hier skizzierten Identitätsmerkmalen – eine grundsätzliche Analyse der Identitätsproblematik im interkulturellen Kontext erfolgen. Dabei wird Identität zunächst nur im Hinblick auf kulturelle Pluralität betrachtet werden. Die Hinzunahme des internationalen Kontextes, dessen Strukturierung bereits im ersten Kapitel dargelegt wurde, erfolgt erst auf einer späteren Analyseebene.

Die grundsätzlich heterogene Zusammensetzung von Migrationsgesellschaften verändert die Anforderungen an die Individuen und ihre Möglichkeiten im Hinblick auf die Art und Weise, wie sie ihre soziale Realität erfahren. Durch die Koexistenz verschiedener Kulturen entstehen neue Spannungsfelder und Prozesse, die verarbeitet werden müssen. Die historische Entwicklung der Mehrheitsgesellschaft erhält neue Aspekte, die in einen Entwicklungsprozeß integriert werden müssen, der für alle Gesellschaftsmitglieder nachvollziehbar und verarbeitbar sein muß.

Die durch die Migranten infragegestellte Homogenität der Gesellschaft, die zwar faktisch ohnehin nicht gegeben war, aber von der Mehrheitsgesellschaft subjektiv als solche empfunden oder angenommen wurde, wirft neue Fragen nach der wechselseitigen Anerkennung der Mitglieder der Migrationsgesellschaft auf. Außerdem entwickeln sich neue Rollenfelder und –muster, und die Rollenverteilung innerhalb der Gesellschaft wandelt sich. Die Transformationen, die sich in Migrationsgesellschaften vollziehen und solche, die sich zwangsläufig vollziehen müssen, sollen im folgenden im Hinblick auf die soziale Realität der Migrationsgesellschaft, unter kulturellen Gesichtspunkten, im Lichte der historischen Entwicklung und Interpretation der Geschichte sowie im Zusammenhang mit Mechanismen der Anerkennung und Abgrenzung und der Möglichkeit der Rollenübernahme aus verschiedenen Perspektiven dargestellt werden. Es geht also darum, die im vorigen Kapitel skizzierten Aspekte der Identität und der Identitätsentwicklung im Hinblick auf ihre tatsächlichen oder zumindest als notwendig zu erachtenden Wandlungen vor dem Hintergrund der Migration zu betrachten.

4.1**Unübersichtlichkeit, Abgrenzung und Eingliederung**

Im interkulturellen Kontext erweitert sich die ohnehin schon stark differenzierte soziale Realität um verschiedene Dimensionen. Allgemeine Bezugssysteme erhalten durch die Anwesenheit von Minderheiten neue Perspektiven. An Institutionen werden neue Anforderungen gestellt. Es stellen sich gesellschaftliche, politische und soziale Herausforderungen, die zu den bisherigen Konzepten der Mehrheitsgesellschaft in Bezug gesetzt werden müssen.

Orientierungsschwierigkeiten und Angstgefühle, die häufig als Begleiterscheinungen der gesellschaftlichen Moderne genannt werden, auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung prägen dabei ebenso die soziale Realität wie die Notwendigkeit der Veränderung der Eigenperspektive der Mehrheitsgesellschaft. Andererseits sind gleichzeitig Versuche festzustellen, die Veränderung der

sozialen Realität zu negieren, indem Zugehörigkeitskriterien wie beispielsweise die Staatsangehörigkeit instrumentalisiert werden, um eine vorgestellte gesellschaftliche Homogenität zu erhalten.

Die Verweigerung einer Auseinandersetzung mit der veränderten sozialen Realität – sowohl auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung als auch auf Seiten der Migranten – hat wiederum segregierende Wirkung. Von Seiten der Mehrheitsbevölkerung werden die Migranten in eine Randgruppenexistenz gedrängt, während diese sich wiederum in den schützenden Raum der ethnischen Kolonie zurückziehen. Diese vielschichtigen Aspekte der sozialen Realität in Migrationsgesellschaften sollen nun näher betrachtet werden.

4.1.1 Allgemeine Orientierungsschwierigkeiten und Angst

Die soziale Realität ist - vor allem in komplexen Gesellschaften - durch ihre Unübersichtlichkeit geprägt. Aufgrund zahlreicher Identifikationsangebote ist es wahrscheinlich, daß für den einzelnen Orientierungsschwierigkeiten auftreten, formuliert Greverus in Anlehnung an Erikson. Den Bezug zu Berger-Luckmann knüpfend läßt sich das Individuum als „Wanderer zwischen mehreren Welten“ charakterisieren.⁴¹¹ Diese Beschreibung erinnert an Eriksons Darstellung des „Identitätsvakuums“, das vor allem in der Moderne aufgrund von Widersprüchlichkeiten und schnellem Wandel als gegeben angesehen werden kann. Die Kennzeichen eines solchen Vakuums sind:

„*Furcht*, die durch Entdeckungen und Erfindungen erregt ist (einschließlich von Waffen), die die raumzeitliche Qualität des Weltbildes radikal verändern; *innere Ängste*, die durch den Verfall bestehender Institutionen vertieft werden, die die historische Verankerung einer Elite-Identität gebildet hatten; der *Schrecken* vor einem existentiellen Vakuum.“⁴¹²

Es ist also davon auszugehen, daß selbst in einer als homogen angenommenen Gesellschaft die bestehenden Widersprüche und Anforderungen dem Individuum ein hohes Maß an Identitätsleistung abverlangen, um sich in den komplizierten Bezügen zu verorten. Die Unübersichtlichkeit der Moderne führt dazu, daß das Geschehen für den Einzelnen weithin anonym abläuft und die Angst vor Unvorhersehbarem wächst.

Leggewie konstatiert eine „alles auflösende Mobilität“ in der postmodernen Gesellschaft. In einem solchen Auflösungsprozeß werde der Versuch unternommen, „die entglittene Kontrolle im Selbstentfremdungsprozeß zurückzugewinnen“:

„Eine allseitige Dauerkrise wie diese ist nicht leicht zu denken, geschweige denn auszuhalten. Es kommt zwangsläufig zu Versuchen, die Befremdung aufzuheben, sich identitär in Wir-Gruppen rückzuversichern und exklusive Gemeinschaftsregimes aufzustellen.“⁴¹³

⁴¹¹ vergl. Greverus (1978): 227f

⁴¹² Erikson, Erik H. (1961): Die psychologische Realität und die historische Aktualität, in: ders. (1964): Einsicht und Verantwortung. Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse, Frankfurt 1992, S. 146-197: 186, Hervorheb. im Original

⁴¹³ Leggewie, Claus (1992): ‚Stolz, ein Deutscher zu sein ...‘ – die neue Angst vor den Fremden, in: Bade, Klaus J. (1992) (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 423-429: 428

Das Empfinden krisenhafter, das Individuum entwurzelnde Situationen, führt also dazu, daß Ängste, die eher allgemeiner Natur sind, an Fremden gespiegelt werden, um dann im Rückbezug auf eine Wir-Gruppe, die diesen Fremden kontrastierend entgegengesetzt wird, eine neue Form der Geborgenheit und Sicherheit zu erfahren. Durch den modernen Individualismus werden Gefühle der Zugehörigkeit und Einheitlichkeit allgemein immer geringer.⁴¹⁴ In einer solchen Situation erleichtert es die Identitätsbildung des Individuums, wenn die entstandene diffuse Angst, deren Ursachen oft nicht genau zu benennen sind, auf identifizierbare Objekte gerichtet wird.⁴¹⁵ Solche Objekte können Minderheiten sein, die der ohnehin schon unübersichtlichen sozialen Realität durch ihre Anwesenheit neue Komponenten hinzufügen.

Andererseits lassen sich die entstehende Fremdheit und Verwirrung auch dazu nutzen, das Zusammenleben von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten unter neuen Perspektiven zu betrachten, da ja alte Bezugssysteme ohnehin brüchig werden.⁴¹⁶ So könnte durch eine kritische Revision des Fremdheitsdiskurses die Selbstentfremdung derer, die Fremde stigmatisieren und damit ihre eigene Entfremdung kompensieren, wieder bearbeitbar gemacht werden. Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß eine „Überzentrierung“ auf das Eigene immer schon eine Reaktion auf den Verlust einfacher Gewißheiten war. Wenn das Individuum nicht mehr an Bestimmtheiten anknüpfen kann, wird häufig das Eigene geradezu zwanghaft verteidigt, um zumindest eine Illusion von Regelmäßigkeit und Ordnung aufrechtzuerhalten.⁴¹⁷

Angst selbst ist ein ambivalenter Faktor. Einerseits zeigt sie dem Individuum, daß es ein Teil größerer Zusammenhänge ist und macht das Selbst spürbar. Andererseits fühlt sich das Individuum in Angstsituationen aus den Bezügen zu seiner Umwelt herausgerissen, da diese ihm keine befriedigende Antwort auf aktuelle Bedrohungsgefühle geben kann. Wenn die Angst auf identifizierbare Objekte umgelenkt wird, läßt sich die individuelle Identität in den so hergestellten neuen Bezügen neu verorten. Eine neue Form der Sicherheit wird für das Individuum erreicht. Sicherheitsstreben allerdings blockiert Neuerungen. Durch die Objektivierung von Angstgefühlen stabilisiert sich zwar die individuelle Identität, doch handelt es sich dabei nur um eine Scheinlösung, da das angstausslösende Moment von diesem Mechanismus nicht tangiert wird.⁴¹⁸

⁴¹⁴ vergl. Katsching-Fasch, Elisabeth (1993): Einleitung, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung, Band 24, Wien 1993, S. 7-15: 7

⁴¹⁵ vergl. Cohn-Bendit, Daniel / Schmid, Thomas (1992): Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1993: 23

⁴¹⁶ vergl. Katsching-Fasch (1993): 7

⁴¹⁷ vergl. Hamburger (1994) 79ff

⁴¹⁸ vergl. Koslowski (1987): 60f

4.1.2 Auseinandersetzung mit neuen Randbedingungen und Veränderung der Eigenperspektive

Auch für zugewanderte Minderheiten stellt sich die Frage nach der Auseinandersetzung mit einer neuen sozialen Realität. Solange die neue soziale Realität noch nicht als definitiver Lebensmittelpunkt anerkannt wird, vermeiden auch Minderheiten die Auseinandersetzung mit der neuen Lebenssituation:

„Der Migrant, auf Durchzug eingestellt, erkennt die Fremde nicht an - weil er sich fürchtet, weil er sie für verführerisch hält, weil er gar nicht ankommen will. Er ist ein abwesender Anwesender. Er folgt dem Stern der Heimat, und das macht ihm die Fremde erträglich.“⁴¹⁹

Solange zugewanderte Minderheiten aus ihrer eigenen Perspektive in der neuen sozialen Realität noch nicht angekommen sind, sind sie nicht zu einer Auseinandersetzung mit den neuen Rahmenbedingungen ihrer Existenz fähig.

Wenn Minderheiten allerdings ihr neues Lebensumfeld erst einmal als Lebensraum im Sinne von Aneignung des Territoriums sehen, stellt sich die Frage, inwieweit die Mehrheitsgesellschaft sie an ihrem eigenen Handlungsrahmen teilhaben läßt. Wenn man Heimat aus der Perspektive der Migranten im Sinne von Greverus als

„emotionale Bezogenheit der Subjekte auf einen soziokulturellen Raum, in dem ihnen Identität, Sicherheit und aktive Lebensgestaltung möglich ist oder scheint“⁴²⁰,

betrachtet, so scheint es notwendig, daß die Mehrheitsgesellschaft den zugewanderten Minderheiten Möglichkeiten der Partizipation an einer gemeinsamen sozialen Realität eröffnet. Dies bedeutet durchaus, daß die Mehrheitsgesellschaft ihr ursprüngliches Bild der eigenen sozialen Realität revidieren und modifizieren muß.

Was prozeßhafte Veränderungen auf beiden Seiten so schwer macht, ist die Tatsache, daß die Identitätsbildung sich nicht nur an objektiven Gegebenheiten orientiert, sondern die Gefühlsebene und die Selbstwahrnehmung eine herausragende Rolle spielen:

„Es gibt nicht viele Bereiche, in denen so sehr wie hier nicht die *Tatsachen* zählen, sondern die *Wahrnehmungen* der Tatsachen. Das gilt für den Migrant, der ziemlich lange ziemlich eisern an der Vorstellung vom Zwischenspiel und vom Provisorium festhält, ebenso wie für den Einheimischen, der durch die Migranten ein Chaos und eine Deklassierung ausgelöst wähnt, vor denen ihn ebendiese Migranten letztlich bewahren. Nicht Einsichten zählen hier, sondern Visionen, Wunschbilder, Fluchtpunkte und Ängste. Man weiß, jede Angst ist, weil sie empfunden wird, real.“⁴²¹

Vor diesem Hintergrund müssen strukturelle Ansätze zur Gestaltung einer gemeinsamen sozialen Realität, beispielsweise durch politische und rechtliche Partizipation, gesehen werden.

⁴¹⁹ Cohn-Bendit/Schmid (1992): 74

⁴²⁰ Greverus (1979): 13

⁴²¹ Cohn-Bendit/Schmid (1992): 75, Hervorheb. im Original

Fremdheit ist keine Tatsache an sich, sondern ein relationaler Begriff. Die Frage, wer oder was als fremd eingestuft wird, hängt immer vom Standpunkt des betrachtenden und einschätzenden Individuums ab. Eng mit dieser Perspektive der Fremdheit ist gleichzeitig die Bewertung von Migration verbunden:

„Fremdheit ist ein relativer Begriff, der nur vom jeweiligen Erfahrungsstandort und der entsprechenden Wahrnehmungsperspektive zu verstehen ist. Bin ich selbst eine Fremde, sind mir die Fremden vertraut, mit denen ich Verlusterlebnisse oder die Sehnsucht nach verlassenen Orten und Menschen teilen kann. Die Einheimischen und Ansässigen, für die das in meinem Blickwinkel Neue und Unbekannte Selbstverständlichkeit bedeutet, sind für mich fremd. Obwohl das Wandern häufig als das Außergewöhnliche behandelt wird, die Ansässigkeit als der Normalfall, entspricht dies nicht der Wirklichkeit. Bedenkt man die enormen Bevölkerungsverschiebungen in Folge des 2. Weltkriegs und spätere Wanderungsbewegungen aus ökonomischen oder politischen Gründen bis in diese Zeit, gehört für die Hälfte der Bevölkerung Deutschland nicht die Ansässigkeit, sondern das Wandern zum Erfahrungshorizont.“⁴²²

Migration bezeichnet also nicht zwangsläufig einen Prozeß, der der inneren Verfaßtheit einer Gesellschaft widerspricht oder ihr gar Zwang antut. Es scheint eher so zu sein, daß Wanderungsbewegungen von denjenigen, denen dieser Prozeß fremd ist, als Gefahr angesehen werden. Da Migrationsprozesse aber, wie bereits mehrfach gezeigt wurde, tatsächlich faktischer Bestandteil der globalen Entwicklung sind, ist eine Neuinterpretation dieser Prozesse notwendig.

Das Leugnen der Veränderungsprozesse, denen Migrationsgesellschaften ausgesetzt sind, birgt Konfliktpotentiale in sich:

„Die *Heimwelt* einer Kultur besteht nach wie vor, nur nicht als eine in sich eingeschlossene. Sie findet ihre *Fremdwelt* nicht mehr außerhalb ihrer selbst, sondern in sich selbst. Will die Heimwelt einer Kultur ihre Fremdwelt unbedingt in sich integrieren oder von sich ausschließen, um die eigene Mitte in Schutz zu nehmen, entsteht ein Konflikt, wie er sich heute oft in der Form von inneren Kriegen zeigt. Die interkulturelle Welt, in der die Fremdwelt und die Heimwelt ineinander getreten sind und dennoch einander so sein sollen, wie sie sind, - diese interkulturelle Welt ist noch nicht verwirklicht.“⁴²³

Es ist also notwendig, Verarbeitungsmechanismen für die Bewältigung der von vielen Individuen subjektiv als neu empfundenen interkulturellen Perspektive zu schaffen.

Als Rahmen, in dem solche Mechanismen entwickelt und vermittelt werden, wird häufig die interkulturelle Erziehung genannt. Diese müsse sich gerade auf das Selbstverständnis der deutschen Mehrheitsgesellschaft beziehen und dem veränderten Gesellschaftsbild Rechnung tragen. Damit geht auch die Relativierung des Standpunktes der Mehrheitsgesellschaft einher.⁴²⁴

⁴²² Nasner-Maas, Eva-Maria (1993): Migrationserfahrung versus Heimatverbundenheit in Psychoanalyse und Psychotherapie, in: Ulrich Streeck (1993) (Hg.): Das Fremde in der Psychoanalyse. Erkundungen über das „Andere“ in Seele, Körper und Kultur, München 1993, S. 133-146: 133

⁴²³ Ohashi, Ryosuke (1996): Die Zeit der Weltbilder, in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996, S. 43-55: 44, Hervorheb. im Original

⁴²⁴ vergl. Hamburger (1994): 63f

Ein wichtiger Aspekt für die Teilhabe an einer gemeinsamen sozialen Realität ist sicherlich die Frage der Staatsbürgerschaft, da diese regelt, wer zu einem Staatswesen dazugehört (dazugehören darf) und wer nicht. Die Regelung der politisch-rechtlichen Eingebundenheit von Minderheiten verweist dabei direkt auf die Perspektive der Selbst- und der Fremdwahrnehmung aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft:

„Die Bedeutung der Staatsbürgerschaft ist nicht formalen Charakters. Sie reduziert sich nicht auf Fragen des aktiven und passiven Wahlrechts und diverser sozialer Anwartschaften. Auf das Institut Staatsbürgerschaft - mehr noch: auf die Kriterien ihres Erwerbs - lassen sich das Selbstverständnis des Gemeinwesens, die Bande von Loyalität und Solidarität der Bürger untereinander zurückführen - nach innen wie nach außen, und dies vornehmlich in Zeiten der Krise.“⁴²⁵

Die Modalitäten der Vergabe der Staatsbürgerschaft regeln nicht nur, wer zu einem Gemeinwesen gehören darf und wer nicht, sondern sie markieren auch den Raum geteilter sozialer Realität auf institutioneller Ebene.

Gilt das Herkunftsprinzip, das jus sanguinis, bleibt das Gemeinwesen Zuwanderern gegenüber relativ verschlossen:

„Der Bittsteller erwirbt die Zugehörigkeit wesentlich durch Wohlverhalten, die das Gemeinwesen nicht etwa aufgrund eines absoluten rechtlichen Anspruchs, sondern aufgrund einer Gewährung, der Privilegiencharakter zukommt, überträgt.“⁴²⁶

Solche Staaten - wie die Bundesrepublik - sind tendenziell geschlossene Gebilde, die politische Partizipation nicht grundsätzlich, sondern nur als Ausnahmezustand vorsehen. Prinzipiell wird Minderheiten die Teilhabe an einem gemeinsamen politischen Handlungsrahmen verweigert. Dieses institutionelle Selbstverständnis legt wiederum nahe, daß Zuwanderer grundsätzlich und auch in anderen Bereichen keine allgemeinen Rechte auf Aneignung des Territoriums der Mehrheitsgesellschaft haben. Die soziale Realität der Mehrheitsgesellschaft ist klar abgegrenzt und wird prinzipiell nicht in Frage gestellt. Damit wird eine Auseinandersetzung mit Minderheiten und eine Modifizierung der eigenen sozialen Realität auf institutioneller Ebene generell verweigert und verhindert. Die Identität der Mehrheitsgesellschaft basiert politisch gesehen auf dem Ausschluß von Minderheiten.

Anders ist es in Staaten, die die Staatsbürgerschaft an die Geburt auf Staatsterritorium knüpfen, also das jus soli anwenden. Die Partizipation am Gemeinwesen wird über die territoriale Zugehörigkeit definiert. Ethnische oder kulturelle Aspekte werden aus der Sphäre des Politischen ausgegrenzt.⁴²⁷ Dies bedeutet, daß Zuwanderer beziehungsweise auf jeden Fall deren Kinder das

⁴²⁵ Diner (1993): 30

⁴²⁶ Diner (1993): 31

⁴²⁷ vergl. Diner (1993): 31

prinzipielle Recht auf volle politische Partizipation haben. Die Teilhabe an einer gemeinsamen sozialen und politischen Realität ist also im Gegensatz zu Staaten, die das Abstammungsprinzip anwenden, grundsätzlich offen. Daraus folgt, daß die Mehrheitsgesellschaft sich auf politischer Ebene nicht mehr Rechte anmaßen kann, als den Minderheiten zugestanden werden. Ein Beispiel dafür ist Frankreich:

„In der französischen Kultur wird das Individuelle mit dem Allgemeinen über den Gedanken der Universalität der Vernunft vermittelt. Es gibt klare - im Prinzip universal geltende - Regeln, denen jeder gleichermaßen unterworfen ist.“⁴²⁸

Ein solches Gleichheitsprinzip erleichtert prinzipiell die Gestaltung einer gemeinsamen sozialen Realität der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten. Betrachtet man jedoch das interkulturelle Zusammenleben in Frankreich, so zeigt sich, daß allein politische Gleichheit nicht ausreicht, um eine gefestigte Identität im interkulturellen Kontext auszubilden. Dennoch mißt die interkulturelle Forschung gerade der Schaffung von realen Partizipationsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungen für Minderheiten ein großes Gewicht bei.⁴²⁹ Diese Forderung ist sicherlich vor dem Hintergrund der Tragweite des politischen Kontextes zu sehen, denn wie soll Minderheiten Akzeptanz entgegengebracht werden, wenn das politische System diese Akzeptanz generell ausschließt?

Auf der gesamteuropäischen Ebene ist die Diskriminierung von Ausländern unterschiedlicher Herkunft ein „institutionelles Phänomen“, da im Zuge des europäischen Einigungsprozesses die ausländische Bevölkerung in zwei Kategorien mit unterschiedlichen Rechten eingeteilt wird.⁴³⁰ Klare Markierungen von bestimmten Ausländergruppen und rechtliche Abgrenzungen zwischen ihnen sind der politischen und geschichtlichen Entwicklung jedoch nicht angemessen. Es zeigt sich vielmehr, daß gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen, die im europäischen Einigungsprozeß den schlechtesten rechtlichen Status zugewiesen bekommen, in einem engen Verhältnis zu Europa stehen:

„[Wir sehen] die ‚Kopplung‘ zwischen der politischen und sozialen Entwicklung des Nahen Ostens und derjenigen der europäischen Länder sich verstärken. Es bildet sich, mit anderen Worten, tatsächlich ein ‚mediterranes‘ Ensemble, das auf religiöser, kultureller, ökonomischer und politischer Ebene in hohem Maße konfliktrichtig ist. Die zwei Ensembles, welche die ‚arabische Nation‘ und die ‚europäische Nation‘ bilden (wobei die eine aus unterschiedlichen historischen Gründen so ungewiß wie die andere ist), sind eng miteinander verflochten und können sich nicht unabhängig voneinander entwickeln. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang natürlich die Bedeutung der ‚muslimischen‘ Bevölkerungen in Europa, aber auch die der europäischen oder europäisierten Bevölkerungs-Enklaven in der ‚arabischen‘ Welt (Israel, darüberhinaus all jene multilingualen und multikulturellen Gesellschaften, die aus der französischen Kolonisation hervorgegangen sind).“⁴³¹

⁴²⁸ Schiffauer (1993): 187

⁴²⁹ vergl. Auernheimer (1990): 74

⁴³⁰ Balibar, Étienne (1992): „Es gibt keinen Staat in Europa“. Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 10-29: 11

⁴³¹ Balibar (1992): 14

Die Kategorisierung von Ausländern in verschiedene Statusgruppen tendiert dazu, die wechselseitigen Verflechtungen zwischen Staaten und Menschen zu leugnen. Vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas und im Hinblick auf den Prozeß der Globalisierung ist es aber notwendig, diese Verflechtungen anzuerkennen und auf sie zu reagieren. Im Zuge der ausländerpolitischen Diskussionen der siebziger Jahre stellten beispielsweise kirchliche Organisationen Zusammenhänge zwischen einer allgemeinen Entwicklungsproblematik und der „Gastarbeiterfrage“ her. Die Gastarbeiterthematik wurde als Teil des Weltproblems wirtschaftlicher Ungleichgewichte und Ungerechtigkeit angesehen.⁴³²

Gerade in den weltweiten Verflechtungen liegen die Bezugspunkte, die bei der Betrachtung der Position von Migrationsgesellschaften mitberücksichtigt werden müssen:

„Ohne die Vermittlung einer *Einsicht in größere Zusammenhänge* wird es auf Dauer nicht möglich sein, plausibel über Integration oder Einwanderung zu sprechen. Für diese neue Orientierung notwendige Perspektiven müssen den Verstehenshorizont nationaler bis nationalistischer Prägung überschreiten. So muß, um nur einen der Aspekte beispielhaft zu benennen, die Einwanderung der nichtdeutschen Arbeitnehmerbevölkerung als ein Teil-Phänomen des *Nord-Süd-Gefälles* betrachtet werden, also eines unausgewogenen Zustandes, der in jeder Hinsicht und unausweichlich ökonomisch, gesellschaftlich, bildungsmäßig und nicht zuletzt demographisch auf eine Gleichgewichtslage ausgerichtet ist. Danach ist der Einwanderungsprozeß der letzten Jahrzehnte nicht nur das Ergebnis etwaiger kurzsichtiger arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen in der Bundesrepublik, sondern *Teil von globalen Migrationsbewegungen* auf die starken Wirtschaftsregionen zu. Dies mag vorderhand nur als ein demographischer Ausgleich betrachtet werden, bei dem die Wirtschaftsregionen von der Peripherie profitieren. Doch wird dieses *Peripherie-Zentrum-Verhältnis* in seiner Unausgeglichenheit eine permanente Quelle des Unfriedens sein. Der Versuch der Bundesrepublik, ihre ökonomische Vorrangstellung trotz der Krise durch eine Abdrängungspolitik zu behaupten, kann so nicht nur als *Störung des* inneren, sondern sogar des *internationalen Friedens* betrachtet werden.“⁴³³

Das Staatsbürgerschaftsprinzip, das sich auf Abstammung beruft, steht einer Berücksichtigung globaler Interdependenzen ebenso entgegen wie die Verweigerung einer Anerkennung der Tatsache, daß die europäische und internationale Entwicklung längst unter dem Vorzeichen der Heterogenität stattfindet.

4.1.4 Randgruppenexistenz

Abgesehen vom Feld der politischen Partizipation ist die Teilhabe an einer gemeinsamen sozialen Realität mit der Mehrheitsgesellschaft für zugewanderte Minderheiten durch weitere Aspekte der Ungleichheit geprägt:

„Für die sozialstrukturelle Position einer Bevölkerungsgruppe im Ungleichheitssystem der Gesellschaft ist ... die Arbeitsmarktstellung von zentraler Bedeutung. Nimmt man weitere Dimensionen sozialer Ungleichheit in die Betrachtung auf, ergibt sich, daß die Arbeitsmigrantenbevölkerung auch in Bezug auf

⁴³² vergl. Leuninger, Herbert (1984b): Ausländerfeindlichkeit – Die Krise einer Interventionsstrategie im Kontext der Ausländerpolitik, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 149-162:149f

⁴³³ Leuninger (1984b): 160f, Hervorheb. im Original

Wohnen, schulische Ausbildung und Gesundheitsversorgung gegenüber der einheimischen Arbeiterschaft stark benachteiligt ist.⁴³⁴

Im Sinne dieser sozialen Ungleichheit läßt sich von einer Randgruppenexistenz von Minderheiten sprechen, die durch „Stigmatisierung und Diskriminierung“ und eine „Ausgliederung aus bzw. Nichteingliederung in die sozialen Verkehrskreise der ‚Mehrheit‘“ geprägt ist:

„In diesem Sinne der Ausgliederung oder Nichteingliederung stehen die Randgruppen ‚am Rande‘.“⁴³⁵

Dies bedeutet, daß die Teilhabe an einer gemeinsamen sozialen Realität mit der Mehrheitsgesellschaft erschwert, wenn nicht gar verhindert wird.

Es ist anzunehmen, daß ein Wechselverhältnis zwischen ethnischen Merkmalen und sozialer Benachteiligung besteht, auch wenn die Reihenfolge der Kausalität sich nicht zweifelsfrei nachweisen läßt.⁴³⁶ Migration an sich markiert bereits eine Randgruppenexistenz:

„Diese Benachteiligung ist bei Immigranten ursprünglich bereits mit dem gesellschaftlichen Zweck ihrer Immigration gesetzt, nämlich billige Arbeitskräfte für ansonsten unattraktive Arbeitsplätze zu liefern. Damit ist die Beschränkung auf die untersten Positionen, die sog. ‚Unterschichtung‘ der Gesellschaft verbunden. Der sozial ungünstigen Lage autochtoner Minoritäten liegen oft weit zurückreichende sozialgeschichtliche Entwicklungen zugrunde, z.T. die frühe Zurückdrängung in Randzonen, die heute noch als ‚strukturschwache‘ Regionen gelten.“⁴³⁷

Betrachtet man genauer, welche Arbeitsplätze von Migranten häufig besetzt werden, so zeigt sich tatsächlich, daß diese hauptsächlich in Bereichen beschäftigt sind, in denen es keine oder kaum deutsche Bewerber gibt.⁴³⁸

Selbst wenn das Randgruppensein der Minderheit grundsätzlich durchaus ähnliche Züge aufweist wie die Position sozial benachteiligter Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, haben zugewanderte Minderheiten das Problem einer doppelt negativen Markierung. Sie sind nicht „nur“ benachteiligt, sondern gehören auch der Mehrheitsgesellschaft nicht an. Diese Unterscheidung wird bei der Analyse von Gruppenbeziehungen noch zum Tragen kommen, wenn es beispielsweise darum geht, daß benachteiligte Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft Minderheiten als Projektionsfläche für die eigene erfahrene Benachteiligung benutzen.

⁴³⁴ Heckmann (1992): 85. Es gibt sicherlich auch andere Bereiche der sozialen Ungleichheit, denen Arbeitsmigranten eher unterliegen als Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung. Die Gründe hierfür liegen allerdings nicht prinzipiell im Minderheitenstatus der Zuwanderer, sondern hängen beispielsweise von allgemeineren Merkmalen wie Herkunft, Ausbildung und Verdienstmöglichkeiten ab. In diesem Zusammenhang ist lediglich festzuhalten, daß zugewanderte Minderheiten tendenziell im Verhältnis zu den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft eher Benachteiligungen ausgesetzt sind, da sich bei ihnen verschiedenen Faktoren überschneiden. Es ist jedoch anzumerken, daß Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die, was beispielsweise Herkunft und Ausbildung angeht, ähnlichen Ungleichheitsbedingungen unterliegen, allerdings den Vorteil haben, der Mehrheitsgesellschaft anzugehören.

⁴³⁵ Heckmann (1992): 86

⁴³⁶ vergl. Auernheimer (1990): 74

⁴³⁷ Auernheimer, Georg (1992): Ethnizität und Modernität, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 118-132: 129

⁴³⁸ vergl. Schumacher (1995): 37ff

Wenn die Teilhabe an der sozialen Realität der Mehrheitsgesellschaft erschwert ist oder sogar verhindert wird, kann für Zuwanderer der Rückzug in die sogenannte „Kolonie“ identitätsstabilisierende Räume eröffnen. In der Kolonie, die zum einen rein räumlich gesehen ein Bezugssystem bildet, zum anderen aber auch den sozial-kulturellen und ökonomischen Bereich umfaßt, können soziale Beziehungen, die bereits in der Herkunftsgesellschaft existierten, wiederhergestellt werden. Die Kolonie als Raum der Minderheit ermöglicht die Befriedigung psychosozialer Bedürfnisse. Sie ist nicht ausschließlich von der Minderheitenkultur geprägt, sondern in ihr werden auch Elemente der Mehrheitskultur in Verbindung mit Elementen der Herkunftskultur zu neuen Lebensstilen und Kulturelementen umgeformt.⁴³⁹

Innerhalb der Kolonie können die Angehörigen von Minderheiten ihr Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken und sich Identitätsräume eröffnen. Die Gefahr der Segregation, also der Abgrenzung, und der Bildung von Parallelgesellschaften innerhalb der Mehrheitsgesellschaft wird dabei zwar gesehen, doch ist Heckmann davon überzeugt, daß gerade die Stärkung der Identität innerhalb der Kolonie die Voraussetzung für gleichberechtigte Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung bildet.⁴⁴⁰ Eine Stärkung der Identität im Umfeld der ethnischen Subkultur erscheint aus verschiedenen Gründen zumindest für eine Übergangszeit Potentiale zu bieten, die eine spätere Integration erleichtern können. Eine Studie der späten siebziger Jahre über die Berufsambitionen ausländischer Jugendlicher stellt beispielsweise dar, welche Diskrepanzen zwischen den Wünschen der Jugendlichen und ihren realen Möglichkeiten im Berufssektor bestehen. In solchen Situationen kann durch einen Rückbezug des Individuums auf die ethnische Kolonie die Selbstachtung gestärkt werden:

„Wo eine Subkultur besteht, mit der sich die Migranten identifizieren, können sie ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln und ein soziales Netz aufbauen. Die Subkultur kann daher einen Puffer in bezug auf die nicht erfüllten Ansprüche bilden sowie soziale Kontrollen ausüben oder auch Alternativen bieten, durch die das von Entwurzelung und den Ungewißheiten der Wanderung bedrohte Familiensystem gestärkt wird. Die Identifizierung mit der Subkultur statt mit der Mehrheit ermöglicht es dem einzelnen, sich mit der eigenen ethnischen Gruppe zu identifizieren statt sie abzulehnen.“⁴⁴¹

Wenn ein solcher Rückhalt nicht besteht, ist die Gefahr groß, daß das Nicht-Erreichen von Zielen auf individuelles Versagen und nicht auf strukturelle Diskriminierungen zurückgeführt wird, was sich wiederum negativ auf die Identität der Betroffenen auswirkt. Gleichwohl scheint der Rück-

⁴³⁹ vergl. Heckmann, Friedrich (1982): Ethnischer Pluralismus und „Integration“ der Gastarbeiterbevölkerung. Zur Rekonstruktion, empirischen Erscheinungsform und praktisch-politischen Relevanz des sozial-räumlichen Konzepts der Einwandererkolonie, in: Vaskovics, Laslo A. (1982) (Hg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Opladen 1982, S. 157-181: 164-171

⁴⁴⁰ vergl. Heckmann (1982): 174ff

⁴⁴¹ Wilpert, Czarina (1980): Die Zukunft der Zweiten Generation. Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten ausländischer Kinder, Königstein 1980: 25

halt, den die ethnische Subkultur der Kolonie bietet, nur für eine gewisse Übergangszeit positiv zu sein, da auf Dauer durch solche Rückzugsstrategien eine Partizipation an der sozialen Realität der heterogenen Gesellschaft kaum möglich erscheint.

Greverus beispielsweise sieht in Rückzugsstrategien eine potentielle Gefahr. Wenn das aktive Aneignen einer fremden Umwelt auf zu starke Hemmnisse stoße, manifestierten sich die negativen Seiten des territorialen Verhaltens. Der Rückzug auf vertraute Räume des identitätsstiftenden Gewohnten könne dann regressive Züge annehmen, also den Raum individueller Entfaltung einschränken.⁴⁴² Das bedeutet, daß das Festhalten an Kolonien zur Schaffung einer von der Mehrheitsgesellschaft abgegrenzten sozialen Realität führen kann. Diese Form der Abgrenzung wiederum verhindert wechselseitige Auseinandersetzung und die Entwicklung einer gemeinsamen sozialen Realität.

Man muß sich aber auch grundsätzlich darüber im klaren sein, daß die Kolonie als Rückzugsgebiet aller Wahrscheinlichkeit nach nur ein Übergangsgebilde darstellt, das vor der Teilhabe der Migranten an der Migrationsgesellschaft steht, aber durch einen dauerhaften Aufenthalt überwunden wird. Vielfach dienen Rückzugsstrategien nämlich auch dazu, die Illusion der Rückkehr aufrechtzuerhalten:

„Die Rückkehridee bedeutet das Verbot, sich in der Fremde häuslich einzurichten. Sie beinhaltet das Gebot des Fremdbleibens, des Distanzierens von der aufnehmenden Gesellschaft, ähnlich, wie die Distanz zur Herkunftsgesellschaft durch die Migration stattgefunden hat.“⁴⁴³

Es ist naheliegend, daß die Distanzierung der Migranten von der Mehrheitsgesellschaft in dem Maße abnimmt, indem ein dauerhafter Verbleib in der Aufnahmegesellschaft immer wahrscheinlicher wird. Um jedoch den Prozeß der wechselseitigen Abgrenzung zu durchbrechen, ist es notwendig, daß sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch die Zuwanderer eine gemeinsame, heterogene soziale Realität akzeptieren und gemeinsam gestalten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die soziale Realität in Migrationsgesellschaften folgende Aspekte umfaßt:

- Die soziale Realität in komplexen Gesellschaft ist durch Unübersichtlichkeit geprägt.
- Das Erfahren krisenhafter Situationen kann dazu führen, daß allgemeine Ängste an Fremden gespiegelt werden. Ein Rückbezug auf Wir-Gruppen, dem die Fremden entgegengesetzt werden, kann dann neue Sicherheiten vermitteln.

⁴⁴² vergl. Greverus (1979): 100

⁴⁴³ Kontos, Maria (1994): Ethnische Kolonien und multikulturelle Gesellschaft, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 89-95: 92

- Wenn die soziale Realität für Migranten zum Lebensraum werden soll, müssen sie Möglichkeiten der Partizipation haben. Die Mehrheitsgesellschaft muß also ihr ursprüngliches Bild der sozialen Realität modifizieren.
- Die soziale Realität ist nicht nur durch objektive Gegebenheiten geprägt, sondern auch durch die Art und Weise, wie sie wahrgenommen wird.
- In Migrationsgesellschaften überlagern sich eine „Heimwelt“ der Mehrheitsgesellschaft und eine „Fremdwelt“ der Migranten. Es müssen Verarbeitungsmechanismen gefunden werden, die zwischen beiden Welten vermitteln.
- Die Randbedingungen für die Vergabe der Staatsbürgerschaft markieren den Raum geteilter sozialer Realität auf der institutionellen Ebene. In Deutschland wird Migranten die Teilhabe an einem gemeinsamen politischen Handlungsrahmen grundsätzlich eher verweigert als angeboten.
- Migranten befinden sich zumeist in einer Randgruppenexistenz, die die Eingliederung in die sozialen Verkehrskreise der Mehrheitsgesellschaft behindert.
- In der „Kolonie“ können Migranten soziale Beziehungen ihrer Herkunftsgesellschaften wiederherstellen. Ein zu einseitiger Rückbezug der Migranten auf die „Kolonie“ verfestigt jedoch die Existenz verschiedener, voneinander abgegrenzter sozialer Realitäten.

4.2 Kultur und Transformation

Wie bereits im vorigen Kapitel dargestellt, ist der kulturelle Aspekt der Identitätsbildung von immenser Bedeutung, da er die subjektive Sinn- und Bedeutungsebene umfaßt. Gerade deshalb ist Kultur im Bereich interkultureller Kontakte ein sehr sensibler Bereich. Zum einen ist es notwendig, den besonderen Stellenwert der deutschen Kultur als quasi-organisches Identifikationssystem zu beleuchten. Andererseits muß dieser Stellenwert zu anderen Umgangsweisen mit kultureller Heterogenität in ein Verhältnis gesetzt werden, um zu verdeutlichen, inwiefern die deutsche Kulturperspektive zu einer Verweigerung der interkulturellen Auseinandersetzung führt.

Weiterhin muß der grundsätzliche Stellenwert kultureller Differenz betrachtet werden. Es stellt sich nämlich die Frage, ob das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen in einem Handlungsfeld überhaupt unter dem Paradigma des Kulturkonflikts diskutiert werden sollte. Schließlich wird es auch darum gehen, real stattfindende Transformationsprozesse zu analysieren. Dabei spielen unter anderem Veränderungen, die aus der kulturellen Begegnung resultieren, und teils sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von den Migranten abgeblockt oder geleugnet

werden, eine Rolle. Wird kulturelle Heterogenität von den an der Interaktion Beteiligten als Konfliktfeld wahrgenommen, kann es außerdem zu einem Rückzug in die kulturelle Ursprungsgruppe kommen. Diese verschiedenen Perspektiven des kulturellen Spannungsfeldes sollen im folgenden näher betrachtet werden.

4.2.1 „Deutsche“ Kultur - ein Prinzip der Ganzheitlichkeit

Das Verhältnis der deutschen Mehrheitsgesellschaft zur Kultur ist, wagt man einen verkürzten Vergleich mit anderen Gesellschaften, ein sehr bedeutungsvolles, da es über Jahrhunderte hinweg eine identitätsstiftende Bedeutung im Zuge nationaler Einigung hatte, wo in anderen Gesellschaften wie beispielsweise in Frankreich universalistische und politische Werte eine herausragende Rolle spielten. Betrachtet man die deutsche Geschichte, so wird die Bedeutung von nationaler Einheit und Kultur offenbar. Das Element der Historizität, der Verortung in einem geschichtlichen Prozeß, ist eng mit den kulturellen Entwicklungen in Deutschland verknüpft.

Elias diskutiert den deutschen Kulturbegriff denn auch im Zusammenhang mit der spät erfolgten politischen Einigung des „deutschen“ Volkes.⁴⁴⁴ Der Begriff der Kultur wurde im 18. Jahrhundert vom deutschen Bürgertum zunächst als Mittel der Abgrenzung gegenüber dem Adel verwendet. Fehlendes wirtschaftliches Potential und politische Machtlosigkeit machten die Abgrenzung durch eher geistige Werte plausibel. In späteren Jahren wurde der deutsche Kulturbegriff schließlich zur Basis eines neuen Nationalgefühls, das politisch noch keinen Rahmen gefunden hatte. Elias beschreibt diese Entstehung des kulturellen Nationalgefühls folgendermaßen:

„Gruppen einer kleinen, machtlosen, mittelständischen Intelligenzschicht fallen in Deutschland Aufgaben zu, die in Frankreich und England weitgehend vom Hof, von der aristokratischen Oberschicht übernommen wurden. Gelehrte, mittelständische ‚Fürstendiener‘ der verschiedensten Art sind es zunächst, die versuchen, in einer bestimmten geistigen Schicht Modelle für das, was Deutsch ist, zu schaffen, um so wenigstens in dieser geistigen Sphäre eine deutsche Einheit herzustellen, die in der politischen noch nicht verwirklicht scheint. Der Begriff der Kultur hat die gleiche Funktion.“⁴⁴⁵

In der Zeit nach der Französischen Revolution war dann nicht mehr die Abgrenzung zwischen Bürgertum und Adel, sondern die zwischen deutscher Nation und anderen Nationen in den Vordergrund gerückt. Das Bürgertum wurde zum Träger des deutschen Nationalbewußtseins.⁴⁴⁶ Ernest Gellner sieht in der deutschen Situation einen typischen „Vereinigungsnationalismus“:

„Was korrigiert werden mußte, war nur jene Ungleichheit der Macht und das Fehlen eines politischen Daches über einer Kultur (und einer Ökonomie) sowie das Fehlen von Institutionen, die mit dieser Kultur identifiziert werden und zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen konnten.“⁴⁴⁷

⁴⁴⁴ vergl. Elias (1939a): 4

⁴⁴⁵ Elias (1939a): 12

⁴⁴⁶ vergl. Elias (1939a): 37

⁴⁴⁷ Gellner (1983): 149

Vor diesem historischen Hintergrund muß die Bedeutung von Kultur in der heutigen Bundesrepublik betrachtet werden. Zwar werden die Ursprünge des deutschen, kulturell interpretierten Zugehörigkeitssystems heute kaum noch bewußt reflektiert, doch zeigt die aktuelle Politik - dies wird in späteren Kapiteln noch eingehend dargestellt - immer noch Rückgriffe auf die Idee der kulturellen Einheit als Basis der Nation. Die politische Einheit auf institutioneller Basis ist - inzwischen mehr denn je - gegeben. Der Stellenwert der Kultur müßte sich demzufolge gewandelt haben. Dem ist allerdings nicht so. Leggewie spricht gar von „kultureller Apartheid“, da frühere Rassendiskurse nun durch Hierarchien kultureller Differenz ersetzt würden.⁴⁴⁸

Schiffauer erklärt die Bedeutung der Kultur in der politischen Kultur Deutschlands mit dem besonderen Verhältnis von Individuellem und Allgemeinem. Dem deutschen Konzept gesellschaftlicher Verantwortung liege ein Prinzip innerer Identifikation zugrunde, so daß Fremden die Möglichkeit einer Identifikation auf dieser Ebene der Ganzheitlichkeit nicht zugetraut werde.⁴⁴⁹ Solche Identifikationsprinzipien, die auf Besonderheiten als Moment der Einigung nach innen setzen, sind jedoch für das Miteinander in modernen Zivilgesellschaften kaum noch akzeptabel:

„Die Kultur der Zivilgesellschaft hat eine anthropologische Besonderheit: Damit der freie Tausch funktionieren kann, bedarf es einer spezifischen Form der Vergesellschaftung. Erforderlich ist der Bruch mit der ansonsten universal geltenden Vorstellung, daß primären Beziehungen (Verwandtschafts-, Freundschafts-, Gefolgschaftsbeziehungen) auch primäre Bedeutung zukommen sollte, was einen sozusagen konzentrischen Aufbau der sozialen Welt impliziert: Am meisten fühlt man sich dem – ganz wörtlich genommen – Nächsten verpflichtet; je größer und inklusiver die soziale Einheit wird, desto mehr nimmt der Grad an geschuldeter Loyalität ab. Dagegen hat sich in Europa das Ideal durchgesetzt, daß das Allgemeine wichtiger ist als das Besondere, daß das Allgemeininteresse das Partikularinteresse überwiegt. In einem Konfliktfall hat das Allgemeine (formal die Regel, substantiell das *bien commun*) den Vorrang vor dem einzelnen.“⁴⁵⁰

Es zeigt sich also, daß der Bezug auf kulturelle Besonderheiten, die als quasi-organisch vermittelt erlebt werden, den komplexen gesellschaftlichen Beziehungen vor dem Hintergrund von Globalisierung und Migration kaum gerecht werden kann. Es stellt sich außerdem die Frage, inwiefern kulturelle Differenz bei der Aufrechterhaltung bestimmter gesellschaftlicher Verkehrsformen in Migrationsgesellschaften überhaupt von Bedeutung ist. So werden ethnische oder kulturelle Besonderheiten häufig als nicht mehr relevant angesehen, da sie im Zuge eines globalen Modernisierungsprozesses ohnehin zum Verschwinden gebracht würden.⁴⁵¹ Betrachtet man die anhand von Erikson eingeführte Notwendigkeit der historischen Verortung des Individuums, so scheint es allerdings zunächst verständlich, warum in Deutschland auf dieses Konzept der Identitätsbildung anhand von Geschichte und Kulturentwicklung zurückgegriffen wird.

⁴⁴⁸ vergl. Leggewie, Claus (1993a): Vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik - und nicht zurück. Zur politischen Gestalt einer multikulturellen Gesellschaft, in: Balke, Friedrich/Habermas, Rebekka/Nanz, Patrizia/Sillem Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S.3-20: 14

⁴⁴⁹ vergl. Schiffauer (1993): 195-198

⁴⁵⁰ Schiffauer (1993): 185f, Hervorheb. im Original

⁴⁵¹ vergl. Auernheimer (1992): 119

Da mit der politischen Geschichte die Idee einer homogenen Nationalkultur als einigem Moment verknüpft ist, wird es notwendig, diese Kultur vor anderen Kulturen zu verteidigen, da sonst die Basis der politischen Historie angegriffen würde und neue einheitsstiftende Konzepte notwendig würden. Es ist also so, daß Kultur als Konzept der Einigung gerade in Zeiten gesellschaftlicher Modernisierung bedeutsam ist, obwohl es der Pluralisierung von Lebensentwürfen entgegengesetzt ist. Der kulturelle Diskurs kann nämlich geradezu als Gegengewicht zu zunehmenden Individualisierungsprozessen Gemeinsamkeiten schaffen, und zwar durch Ausgrenzung.⁴⁵²

Im kulturellen Diskurs der Bundesrepublik spielt das dargestellte Kulturverständnis nach wie vor eine große Rolle. Die christlich-abendländische Tradition wird als wesentlicher Bestandteil der deutschen Kultur und des Staates betrachtet. So verweist beispielsweise der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Schäuble auf den christlichen Normenhintergrund der deutschen Gesellschaft.⁴⁵³ Der Entwurf einer nationalen politischen- Identität, die die durch die Migration entstandene Situation berücksichtigt, steht indes noch aus.⁴⁵⁴

Man muß sich darüber im klaren sein, daß die dargelegte Haltung zur deutschen Kultur nicht von allen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft überhaupt wahrgenommen wird. Auf politischer Ebene ist sie jedoch immer noch prägend, wenn es um die Definition des Verhältnisses zu Minderheiten anderer Kulturen geht. Ferner ist davon auszugehen, daß auf der Ebene des alltäglichen Handelns die Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft sich oft überhaupt nicht bewußt an kulturellen Mustern orientieren. Die Stellung der unbewußten Bedeutung von Kultur im interkulturellen Kontext wird später noch ausgeführt werden.

4.2.2 Teilhabe durch Assimilation

Eine andere Umgehensweise mit dem Verhältnis von Kultur und Nation soll an dieser Stelle am Beispiel des amerikanischen Prinzips des „melting pot“ skizziert werden. Es soll veranschaulichen, daß auch andere Perspektiven des Zusammenlebens einer Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten nicht unbedingt ein konfliktfreies oder gar gleichberechtigtes Zusammenleben verschiedener Kulturen ermöglichen.

Die amerikanische Kultur ist dem Gedanken der Freiheit des Individuums verpflichtet. Die individuelle Verantwortung für das eigene Leben wird in den Vereinigten Staaten besonders be-

⁴⁵² vergl. Hamburger (1994): 72

⁴⁵³ vergl. Witthoef, Maren (1995): Welcher Zukunft zugewandt? Wolfgang Schäubles Weltbild und Politikkonzept im Lichte neokonservativer Modernisierungsversuche, in: Frankfurter Rundschau vom 3.8.95, S. 12

⁴⁵⁴ vergl. Auernheimer (1990): 150ff

tont.⁴⁵⁵ Eine „grundsätzliche Bejahung von gesellschaftlicher Heterogenität“ und die Anerkennung kultureller Vielfalt als „Quelle von Stärke und Erneuerung“ bilden die Basis für das Prinzip des „melting pot“.⁴⁵⁶ Das zu erwartende Spannungsverhältnis von kultureller Heterogenität und nationaler Einheit wurde dabei zum einen auf der zeitlichen Schiene, zum anderen durch das Prinzip der Assimilation aufgelöst:

„Die *kollektive Integration* von nationalen Gruppen war möglich, weil sie mit dem Versprechen der *individuellen Assimilation* in der zweiten, besonders aber der dritten Generation verbunden war. Die erste Generation der Einwanderer würde im Ghetto leben, die zweite Generation einen generellen Aufstieg machen, die dritte ganz in die amerikanische Gesellschaft assimiliert sein (wobei der sozioökonomische Ort der ersten Generation durch eine neue Migrantengruppe übernommen würde). Solange das Versprechen des Aufstiegs der folgenden Generation gegeben war, stellte das Ghetto kein Legitimationsproblem dar (sondern konnte als ‚Zwischenort‘ interpretiert werden, als Quelle der Stärke).“⁴⁵⁷

Die Problematik der amerikanischen Perspektive liegt darin, daß die kulturelle Heterogenität im Laufe der Generationen nivelliert werden soll.

Es existiert bereits eine „amerikanische“ Kultur, die sich nicht durch die Zuwanderung von Angehörigen anderer Kulturen modifiziert, sondern die die Minderheiten gewissermaßen aufsaugt:

„Schon das Bild vom *melting pot* hat etwas Rohes: Menschen, Ethnien und Lebensweisen werden, dem Bild zufolge, zu einer neuen Masse zusammengeschmolzen. Das hat nichts Tätiges, nichts Aktives, die Teilnehmer eines solchen Prozesses sind Opfer; sie handeln nicht, sie entwerfen sich kein neues Leben - sie werden umgemodelt. Es ist *nicht* zivil, wenn eine Gesellschaft ihren Neankömmlingen nur den Weg der Assimilation läßt.“⁴⁵⁸

Das amerikanische Modell setzt sich nicht mit dem Widerstreit verschiedener Kulturen auseinander, sondern es erhebt die Negierung kultureller Unterschiede zu seiner Prämisse. Im Unterschied zu Deutschland wird den Zuwanderern allerdings prinzipiell die Teilhabe an der Mehrheitskultur zugesichert.

An dieser Stelle muß man jedoch fragen, inwieweit es überhaupt notwendig ist, daß die an der täglichen gesellschaftlichen Interaktion Beteiligten sich auf ein gemeinsames kulturelles System beziehen. So ist die praktische Teilhabe an gesellschaftlichen Zusammenhängen auch auf einer funktionalen Ebene der Akkomodation möglich:

„Bei Einwanderern, die in einer für sie neuen und fremden Gesellschaft leben und arbeiten wollen, aber auch für ‚ansässige‘ Minderheitenangehörige, die sich in der Mehrheitsgesellschaft oder in den von der Mehrheit beherrschten Institutionen einer Gesamtgesellschaft ‚bewegen‘ wollen, besteht die Notwendigkeit, sich einen bestimmten Fundus von Wissensbeständen und Qualifikationen anzueignen, der für die Kommunikation mit und in der Mehrheit notwendig ist. Aus der Macht- und Ressourcenungleichheit zwischen den Gruppen folgt, daß die Minderheit überwiegend von der Mehrheit lernen muß. Einwanderer und Minderheitenangehörige müssen eine Sprache lernen, Verkehrsregeln einüben, wissen, wie man Rechnungen bezahlt und telefoniert, oder was man tun kann, wenn man krank wird. Diese

⁴⁵⁵ vergl. Schiffauer (1993): 192

⁴⁵⁶ Schiffauer (1993): 193

⁴⁵⁷ Schiffauer (1993): 193f, Hervorheb. im Original

⁴⁵⁸ Cohn-Bendit/Schmid (1992): 317, Hervorheb. im Original

„funktionalen“ Lernprozesse sind etwas anderes als jene Wandlungen von Überzeugungen und Maßstäben, Präferenzen und Perspektiven, die sich zumeist als Resultat des Kulturkontakts entwickeln.“⁴⁵⁹

Das Prinzip des „melting pot“ fordert von Zuwanderern also größere Anpassungsleistungen als eigentlich notwendig wären.

Die Unterscheidung zwischen funktionaler Akkomodation und dem Prozeß der Akkulturation muß allerdings als eher formale Differenzierung betrachtet werden, da die kulturellen Einflüsse der Mehrheitsgesellschaft natürlich über die funktionale Ebene hinaus wirken:

„Prozesse der Akkomodation können ablaufen, ohne daß die Person ihre grundlegenden Überzeugungen, Werte, Vorlieben oder Denkweisen ändert, da Akkomodation als verkehrs- und verhaltensfunktionale Anpassung zunächst nur kommunikationstechnischer Natur ist. Es läßt sich jedoch häufig beobachten, daß es im Fall von Kulturkontakten nicht bei funktionaler Anpassung bleibt, sondern daß es zu Erfahrungs- und Sozialisationsprozessen kommt, die einen Teil oder die gesamten Personstruktur einbeziehen und verändern.“⁴⁶⁰

Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, ob Assimilationsprozesse von der Mehrheitsgesellschaft ausdrücklich gefordert werden, oder ob sie sich im Zuge prozeßhafter Interaktion einfach ergeben.

Stellt man die Frage nach Integrationsmöglichkeiten für Migranten, so wird zumeist nur betrachtet, wie die Migranten sich in bestehende (Mehrheits-)Kulturen integrieren können. Diese Perspektive ist zu kritisieren:

„Damit würde aber den Fremden die ganze Last allein aufgebürdet, läge es an ihnen, diesen Abstand zu verringern, allenfalls käme man ihnen in Teilbereichen von Teilen der deutschen Bevölkerung entgegen. Versteht man unter Integration die Eingliederung, aber insbesondere auch Akzeptierung eines Individuums in einer Gruppe, so sind wesentliche Leistungen von der aufnehmenden Gesellschaft zu erbringen und dürfen nicht dem Fremden einseitig angelastet werden.“⁴⁶¹

Diese Perspektive beinhaltet eine explizite Aufforderung an die Mehrheitsgesellschaft. Integration darf nicht nur Anpassung bedeuten, sondern sie erfordert auf der Gegenseite auch Akzeptanz. Weiterhin muß man sehen, daß die Kultur der Migranten durch die stetige Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Aufenthaltsgesellschaft Wandlungsprozessen ausgesetzt ist, so daß die Herkunftskultur der Migranten im Zuge stetiger Konfrontation Veränderungen ausgesetzt ist.⁴⁶² Wendet man die gerade skizzierte Perspektive der aktiven Eingliederung von Migranten durch die Mehrheitsgesellschaft nun auf die kulturelle Dimension von Migration und Migrationsgesellschaften an, so ist die Schlußfolgerung, daß auch die Mehrheitsgesellschaft sich kulturellem Wandel stellen muß.

⁴⁵⁹ Heckmann (1992): 167f

⁴⁶⁰ Heckmann (1992): 168

⁴⁶¹ Matter, Max (1988): Warum sind wir uns so fremd geworden? Aspekte des Kulturkontakts und –konflikts im Prozeß der Arbeitsmigration, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 231-241: 234

⁴⁶² vergl. Matter (1988): 240

Denkt man an die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bedeutungssystems für erfolgreiche Interaktion, so könnte man annehmen, daß Angehörige verschiedener Kulturen aufgrund der verschiedenen Bedeutungssysteme nicht zur Interaktion in der Lage sind. In den späten sechziger Jahren wurde von einem ähnlichen Ansatz ausgegangen. Die Frage der Kultur spielte in der Migrationsforschung zunehmend eine Rolle, so daß deren Bedeutung für die Persönlichkeit analysiert wurde. Bestimmte Ansätze gingen dabei von einer „Basic Personality“ aus, die sich in der Herkunftskultur herausbildet und kaum wandelbar ist. Diese frühkindlichen Einflüsse wurden vielmehr als herausragendes Persönlichkeitsmerkmal aufgefaßt, daß Veränderungen kaum zugänglich ist.⁴⁶³ Damit wäre beim Zusammentreffen von Angehörigen verschiedener Kulturen prinzipiell ein unauflösbarer Kulturkonflikt gegeben.

Frühe Ansätze der Ausländerpädagogik zogen klare Trennungslinien zwischen dem Norm- und Wertehorizont ausländischer und deutscher Familien. Migrantenkulturen wurden meist vor einem agrarisch geprägten Hintergrund des Herkunftslandes analysiert, während das deutsche Wertesystem als Ausdruck einer hochindustrialisierten Gesellschaft diesem vorindustriellen Bild entgegengesetzt wurde.⁴⁶⁴ Die Folge der Diskrepanz zwischen den aufeinandertreffenden Norm- und Wertesystemen sei, daß die ausländischen Jugendlichen in ihrer Identifikation zwischen Mustern der Herkunftsgesellschaft, die nicht mehr erstrebenswert scheinen, und zwischen den Leitbildern der deutschen Gesellschaft schwanken.⁴⁶⁵

In eine ähnliche Richtung weist Schiffauer mit seiner Darstellung eines „türkisch-deutschen Sexualkonflikts“. Er skizziert, welche kulturellen Fehlinterpretationen die Vergewaltigung eines deutschen Mädchens durch türkische Jugendliche zur Folge hatten. Die verschiedenartige Deutung einer Situation führte dazu, daß alle Beteiligten von jeweils unterschiedlichen Bedeutungen der Handlung ausgingen, so daß es gewissermaßen zu einem kulturell bedingten Mißverständnis kam.⁴⁶⁶ Es ist jedoch anzunehmen, daß in den wenigsten Fällen Interaktion ohne jegliche Rückversicherung über die Intentionen der Beteiligten abläuft. Geht man, wie im vorigen Kapitel dargelegt, davon aus, daß das Individuum sich in die Position seiner Handlungspartner hineinversetzen kann und zur Empathie fähig ist, so ist denkbar, daß eine Handlungssituation zwar durch verschiedene Deutungen der Beteiligten besetzt ist, die Beteiligten aber bemüht sind, die Motivation

⁴⁶³ vergl. Claessens (1967): 157

⁴⁶⁴ vergl. Scheron, Bodo / Scheron, Ursula (1982): Integration von Gastarbeiterkindern. Theoretische Grundlagen für eine Neuorientierung von Schulorganisation und Pädagogenausbildung für den (Deutsch-)Unterricht und für die außerschulische pädagogische Arbeit mit Gastarbeiterkindern, Frankfurt/Bern 1982: 149

⁴⁶⁵ vergl. Scheron / Scheron (1982): 167

⁴⁶⁶ vergl. Schiffauer, Werner (1983): Die Gewalt der Ehre. Erklärungen zu einem türkisch-deutschen Sexualkonflikt, Frankfurt 1983

aller Agierenden zu ergründen. Schiffauer begeht außerdem einen Fehler, der aus der Zuspitzung der Kulturkonflikthypothese resultiert. Er betrachtet das türkische Ehrkonzept, auf dessen Basis sich der Konflikt entwickelt, als ein Norm- und Bedeutungssystem, das der deutschen Kultur völlig entgegengesetzt ist. Durch diese Perspektive einer grundsätzlichen Opposition kultureller Werte scheint es keinen Vermittlungsspielraum zwischen den verschiedenen Perspektiven zu geben.

Betrachtet man jedoch die geschichtliche Entwicklung des Ehrkomplexes in Deutschland, so eröffnet sich eine völlig andere Perspektive, die das Kulturkonfliktparadigma entscheidend relativiert. In der einschlägigen Forschungsliteratur lassen sich nämlich die verschiedensten Parallelen zwischen den Ehrkonzepten der beiden Kulturen ausmachen.⁴⁶⁷ Die zwischen den Kulturen postulierte Fremdheit verweist also eher auf die Art und Weise der Betrachtung des Problemfeldes als auf die kulturellen Muster selbst. Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist, daß die Diskrepanz zwischen verschiedenen kulturellen Normen und Werten häufig als grundsätzliches Problem angesehen wird. Dabei wird übersehen, daß das Aufeinandertreffen widersprüchlicher Erwartungen in der täglichen Interaktion keinen Sonderfall darstellt, sondern eher als normal zu bewerten ist.⁴⁶⁸

Greverus weist darauf hin, daß eine Überbewertung der kulturellen Rollen und die damit angenommene Statik der kulturellen Identität im Laufe der Migrationsforschung inzwischen widerlegt worden sei. Vielmehr seien kulturelle Rollen aufgrund eines veränderten Umfeldes Veränderungen ausgesetzt. Migranten würden aus der Selbstverständlichkeit ihrer kulturellen Identität und der Erfahrung von Gleichheit und Kontinuität gelöst und müßten im neuen kulturellen Kontext erneut Identitätsarbeit leisten.⁴⁶⁹

Interessante Hinweise auf die Veränderungsprozesse, denen Migranten sich aussetzen und denen sie ausgesetzt werden, gibt die Perspektive, die Angehörige, die in den Herkunftsgesellschaften verblieben sind, von denjenigen, die gewandert sind, haben:

„Es wird ganz deutlich, daß die Menschen, die man so selbstverständlich als eigene sieht, mit denen man sich durch regionale Herkunft oder Verwandtschaft verbunden fühlt und an die man nach wie vor hohe Erwartungen hat, fremder geworden sind, als man es gerne wahrhaben oder gar zulassen möchte, und es ist sogar zu befürchten, daß sie sich im Verlaufe der Zeit weiter entfremden werden.“⁴⁷⁰

Es zeigt sich also, daß Migranten – selbst wenn sie teils bewußt an kulturellen Mustern ihrer Herkunftsgesellschaft festhalten – sich einem Wandel nicht entziehen können.

⁴⁶⁷ vergl. Frevert, Ute (1991): Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991

⁴⁶⁸ vergl. Hamburger (1994): 15

⁴⁶⁹ vergl. Greverus (1978): 240

⁴⁷⁰ Matter, Max (1994): Sehnsüchte und Widersprüche. Bilder von der „Heimat“ und von der „Fremde“, in: Greverus, Ina-Maria / Moser, Johannes / Ploch, Beatrice / Römhild, Regina / Schilling, Heinz / Schult, Marietta (1994) (Hg.): Kulturtexte : 20 Jahre Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Frankfurt 1994, S. 201-214: 209

Auernheimer erläutert, daß es ab einem bestimmten Stadium der individuellen Entwicklung, nämlich mit der Entwicklung des reflexiven Ich, möglich ist, sich zu den in der Kindheit übernommenen kulturellen Mustern bewußt in Beziehung zu setzen. Zwar könnten nicht alle grundlegenden Konflikte reflexiv überwunden werden, doch sind Auseinandersetzung und Veränderung prinzipiell möglich.⁴⁷¹ Das Konzept der Identitätsdiffusion im Leben „zwischen zwei Kulturen“ kann also als widerlegt angesehen werden.⁴⁷² Es scheint vielmehr so zu sein, daß Identität ein Wechselspiel zwischen Übereinstimmung und Differenz ist. Sie beruft sich gerade nicht nur auf Gemeinsamkeiten, sondern läßt auch Raum für individuelle und kulturelle Besonderheiten.⁴⁷³

4.2.4 Transformationsprozesse und Definitionsmacht

Da zugewanderte Minderheiten mit einer bestehenden Mehrheitskultur konfrontiert werden, stellt sich in der Regel aufgrund des Dominanz- und Machtverhältnisses der Mehrheitsgesellschaft für die Minderheiten ein Spannungsverhältnis von Anpassung und Identitätserhalt ein:

„Wenn Immigranten sich in einem neuen Land niederlassen, werden sie mit der Existenz einer dominanten normativen Kultur konfrontiert, die sich von der eigenen Kultur unterscheidet. In Folge der Auseinandersetzung mit der normativen Kultur beginnen Transformationsprozesse in der Identität der Immigrantengruppe. Diese Transformationsprozesse stehen im Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Anpassung an die normative Kultur und dem Wunsch nach Identitätserhalt.“⁴⁷⁴

Mit der Annahme, daß ein Transformationsprozeß kultureller Werte stattfindet, läßt sich das lange in der Forschung verbreitete Vorurteil, Migranten erhielten in der Fremde „traditionell-rückständige kulturelle Orientierungen“⁴⁷⁵, durch die These der Veränderung individueller, familiärer und gesellschaftlicher Regel- und Normsysteme ersetzen. Eingliederung ist mit einer Re-Strukturierung des Orientierungssystems der Zuwanderer verbunden. Wenn zugewanderte Minderheiten mit ihren Anpassungsbemühungen erfolgreich sind, können die veränderten Verhaltensweisen zu neuen Werten werden.⁴⁷⁶ Migrantenkultur läßt sich als Ergebnis der Auseinandersetzung mit neuen Lebensumständen beschreiben.⁴⁷⁷ Der Rückgriff auf kulturelle Bedeutungen ermöglicht aufgrund ihrer Symbolhaftigkeit unter anderem Selbstvergewisserung und Selbstdarstellung, die wichtige Aspekte der Identitätsbildung sind.

⁴⁷¹ vergl. Auernheimer (1990): 114

⁴⁷² vergl. Hamburger (1994): 88

⁴⁷³ vergl. Hamburger (1994): 106

⁴⁷⁴ Uzun, Ertugrul (1993): Gastarbeiter - Immigranten - Minderheit. Vom Identitätswandel der Türken in Deutschland, in: Leggewie, Claus/Senocak, Zafer (Hg.) (1993): Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 49-65: 51

⁴⁷⁵ Hoffmann, Klaus (1990): Leben in einem fremden Land. Wie türkische Jugendliche „soziale“ und „persönliche“ Identität ausbalancieren, Bielefeld 1990: 58

⁴⁷⁶ vergl. Auernheimer (1990): 87f

⁴⁷⁷ vergl. Auernheimer (1990): 48

Die Meisterung der veränderten Lebenssituation ist für zugewanderte Minderheiten ohne Transformation der kulturellen Tradition genauso wenig zu leisten wie ohne Rückgriff auf diese Tradition, wobei dieser Sachverhalt auf die Wichtigkeit der historischen Verortung des Individuums in einem Prozeß des Wandels verweist.⁴⁷⁸ Prozeßhaftigkeit und Unabgeschlossenheit sind auch bei Kalpaka/Räthzel neben der Basis von Sinnkonstitution und Identitätsbildung wesentliche Merkmal der Kultur. Im Zusammenhang mit zugewanderten Minderheiten vom „Leben zwischen zwei Kulturen“ zu sprechen, sei unzulässig, da vielmehr im Rahmen eines Entwicklungsprozesses aus den verschiedenen Kulturelementen neue Lösungsmuster entstünden. Die Elemente der Herkunftskultur könnten so transformiert werden, daß sie Antworten auf aktuelle Probleme liefern.⁴⁷⁹ Ein solcher Transformationsprozeß kann jedoch nur unter positiven Vorzeichen stattfinden, wenn den zugewanderten Minderheiten der notwendige Handlungsspielraum zusteht, freie und eigene Entscheidungen zu treffen, denn der Druck zur Assimilation von Seiten der Mehrheitsgesellschaft führt meist zu regressivem Verhalten und zum verstärkten Festhalten an Traditionen. Kulturelle Orientierungen sind also nicht das Problem an sich, sondern es geht vielmehr um den Entfaltungsspielraum, in dessen Rahmen kulturelle Werte gelebt werden können.

Eine Untersuchung über die Berufsvorstellungen, die die erste Gastarbeiter-Generation für ihre Kinder hegt, zeigt, daß die Normen und Werte der Migranten sich alleine schon aufgrund der Migration selbst verändern. Die Tatsache der Wanderung führt zu einer Mobilitätsorientierung unter den ausländischen Eltern und ihren Kindern, die sich positiv von den Orientierungen der deutschen Bevölkerung ähnlicher sozialer Schichten abhebt.⁴⁸⁰ Da die Untersuchung jedoch nur als Momentaufnahme der Situation der späten siebziger Jahre zu sehen ist, stellt sich natürlich die Frage, inwieweit sich die Perspektive der Migranten verändert, wenn sie ihre Ansprüche nicht verwirklichen können. Die Studie geht davon aus, daß im Falle einer Enttäuschung der vorwärtsgerichteten Erwartungen ein verstärkter Rückzug auf die Herkunftskultur wahrscheinlich wird.⁴⁸¹

Ein anderes Problem ist die Tatsache, das kulturorientierte Integrationstheorien häufig „mechanistische Entwicklungslehren“ beinhalten, deren einziges Ziel es ist, Differenz abzubauen und damit zu negieren:

„Diese *mechanistischen Entwicklungslehren* beruhen insbesondere auf der Idee eines *evolutionären Stufenprozesses*, der im Grunde unaufhaltsam, unumkehrbar und ununterbrochen ist. Diese stufenartige Integrationslehre impliziert darüberhinaus die Vorstellung, daß die ... Kumulation der einzelnen akkulturativen Lernvorgänge durch Personen oder Gruppen zum Abbau der *ethnisch-kulturellen Differenzierung* und im Endeffekt zur *kulturellen Uniformierung* der Aufnahmegesellschaft führt. Der Abbau der ethnokulturellen Differenzierung und die kulturelle Homogenisierung bedingen schließlich die soziale Harmonisierung, so daß die Integration von Migranten letztlich auch als ein wichtiger Beitrag im Hinblick

⁴⁷⁸ vergl. Auernheimer (1990): 114

⁴⁷⁹ vergl. Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1990) (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer 1990, 2. völlig überarb. Aufl.: 62

⁴⁸⁰ vergl. Wilpert (1980): 80

⁴⁸¹ vergl. Wilpert (1980): 171

auf die Erhaltung der Stabilität und Kohäsion der Aufnahmegesellschaft verstanden wird. In diesem Sinne zeigen die erwähnten Theoriekonzepte eine politisch-normative Färbung, denn der Zustand der Integration erscheint ihnen als die optimale Lösung der Gastarbeiterfrage. Integration wird somit als erstrebenswertes Ziel propagiert, das mit allen Mitteln zu erreichen ist.“⁴⁸²

Die integrationistische Perspektive einer idealen Gruppenkohäsion auf Basis ethnisch-kultureller Homogenität berücksichtigt jedoch nicht die Bedeutung von Differenzierungsprozessen. Das praktische Scheitern von Ansätzen, die sich auf diese Form der Integration berufen haben, legt den Schluß nahe, daß Differenz sich nicht einfach nivellieren läßt, sondern daß sie verarbeitet werden muß.⁴⁸³

Aus dieser Erkenntnis resultierende Theorien zum Kulturkontakt und zum Kulturkonflikt konnten allerdings kaum Ansätze für Vermittlungsprozesse zwischen verschiedenen Kulturen entwickeln:

„Es ist auffallend, daß die meisten Vertreter der Kulturkonfliktthese eine negative Einstellung zum Begriff ‚Konflikt‘ besitzen. Kulturkonflikte leiten fast ausschließlich desintegrierende Prozesse ein und stellen im Hinblick auf die Kohäsion der Gesellschaft disfunktionale Phänomene dar. Hiermit wird explizit die Hauptfiktion der strukturell-funktionalen Theorie ... weitertransportiert. Die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft ist Harmonie, also wird die soziale Funktion von Konflikten auch innerhalb des Individuums einfach verneint bzw. ignoriert. Entsprechend wird die Lehre ..., wonach Streit, Konflikt und sogar Gewalt durchaus eine schöpferische Komponente beinhalten können, von den modernen Migrationsforschern nicht berücksichtigt.“⁴⁸⁴

Das postulierte Harmoniekonzept führt also dazu, daß Differenz überwunden werden muß, damit die Gesellschaft in ihrer Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird.

Eine Infragestellung dieses Harmoniekonzeptes könnte beispielsweise auf der Grundlage des von Greverus eingeführten Collage-Prinzips erfolgen. Ein solcher Prozeß der Collage umfaßt

„die Decollage verfestigter kultureller Selbstverständlichkeiten, die Gegenüberstellung anderer Möglichkeiten, die Ironisierung der Zentralität und Harmonie des (westlichen) Menschen und seiner Welt-herrschaft, die Zusammenführung verschiedener Realitäten und die Schöpfung eines kulturell Neuen.“⁴⁸⁵

Auf der Basis der Collage könnten sich verschiedene Kulturen zueinander in ein Verhältnis setzen, ohne Kultur auf die Extrempole Harmonisierung beziehungsweise Konflikthaftigkeit festzulegen. Einer möglichen Identitätsdiffusion könnte durch einen Dialog, „in dem neue Kulturmuster entworfen werden können“⁴⁸⁶, begegnet werden.

Eine Fokussierung auf Kultur als Konfliktfeld blendet außerdem soziale Rahmenbedingungen und das bestehende Machtgefüge aus:

⁴⁸² Giordano, Christian (1988): „Miserabilismus“ als Ethnozentrismus. Zur Kritik der Kulturkonfliktthese in der Migrationsforschung, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 243-249: 244f, Hervorheb. im Original

⁴⁸³ vergl. Giordano (1988): 246

⁴⁸⁴ Giordano (1988): 247

⁴⁸⁵ Greverus (1995b): 23

⁴⁸⁶ Greverus (1995c): 28

„Die Konfliktsituation verliert ihre in der ‚Kultur-Konflikt-These‘ enthaltene Eigengesetzlichkeit und Zwangsläufigkeit, wenn die Dynamik und Wandelbarkeit kultureller Muster zur Kenntnis genommen wird, d.h. an die Stelle einer a-historischen Kulturkonzeption eine dynamische gesetzt wird. Zum zweiten verweist die relationale Dimension darauf, daß sich ‚Kulturbegegnung‘ in einem Feld von sozial strukturierten Macht-Bewertungen abspielt. Die ‚Kultur-Konflikt-These‘ behandelt den Konflikt jedoch auf der subjektiven Ebene und blendet damit genau diesen Zusammenhang sozial strukturierter Beziehungen aus.“⁴⁸⁷

Macht man die Dynamik des Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen zum Ausgangspunkt einer Analyse, so wird der Blick frei für die Machtstrukturen, die den Kulturkontakt prägen.

Zweifelsohne sind Kulturkontakte in heutigen Migrationsgesellschaften durch Macht und Einflußnahme seitens der Mehrheitsgesellschaft geprägt. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, daß Migranten einseitig als Opfer gesehen werden:

„Aus einer Perspektive, die den Kulturkonflikt als Motor für desintegrative Prozesse und für anomische Verhaltensweisen definiert, entsteht – in der sehr populären Denktradition eines weinerlichen Humanitarismus links-aufklärerischer Provenienz – die Schlußfolgerung, daß Arbeitsmigranten lediglich ‚passive Opfer‘ der überlagernden Kultur der Aufnahmegesellschaft sind. Gerade diese Art der Betrachtungsweise möchte ich als ‚Miserabilismus‘ definieren. ‚Miserabilismus‘ ist somit die übertriebene Betonung der sozio-kulturellen Mangellage von Migranten, die jedoch von den Handelnden selbst nicht als so dramatisch wahrgenommen wird.“⁴⁸⁸

Aus einer solchen Perspektive ließe sich an die Mehrheitsgesellschaft nur die Forderung richten, Migranten nicht zum Opfer zu machen. Die Notwendigkeit kultureller Auseinandersetzung für die Mehrheitsgesellschaft selbst kann vor diesem Hintergrund jedoch nicht thematisiert werden.

Ein Ansatz, der die Mehrheitsgesellschaft in einen Prozeß der Fremdheitserfahrung einbezieht, basiert auf einem Konzept von „eigenen Fremden“:

„Eigene Fremde‘ ... seien zunächst jene Fremden, die in ausgegrenzter Dazugehörigkeit ‚mitten unter uns‘ leben, räumlich geschieden oft von der Gesellschaft und ihrer spezifischen Kultur: in sogenannten Ausländervierteln, in Flüchtlingslagern, in Asylantenwohnheimen, in ethnischen Kolonien, in Restricted Areas. Zudem kann ‚Eigene Fremde‘ das eigene oder eigenkulturelle Territorium meinen, das sich verändert, bis daß es fremd erscheint, fremd wird, fremd ist und als verfremdete Heimat partiell die ‚Eigene Fremde‘ darstellen kann.“⁴⁸⁹

Ein solches Konzept ermöglicht es, die Irritationen und Veränderungen, die Migranten erfahren, in ein Verhältnis zu den Wandlungsprozessen zu setzen, denen die Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt ist.

Gleichzeitig sollen die „eigenen Fremden“ und die „eigene Fremde“ nicht einfach zum Verschwinden gebracht, sondern erhalten werden:

„... es [geht] um einen Typus von Kulturkontakt, in dem das Anderssein der je anderen, das Fremde der Fremden nicht als störend und aufhebbar, sondern eher als auf Dauer konstitutiv erscheint; als Kontakt-

⁴⁸⁷ Czock (1990): 92

⁴⁸⁸ Giordano (1988): 248

⁴⁸⁹ Schilling, Heinz (1988a): Eigene Fremde oder: Die Chance des Fremden, fremd zu bleiben, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 2, Frankfurt 1988, S. 585-590: 585f

folge wird nicht Annulierung der Widersprüche, Egalisierung der Besonderheiten, Integration ins eigene Versteheensystem beschreibbar, sondern die Bestätigung der Unterschiede.“⁴⁹⁰

Damit könnten Unterschiede als faktischer Bestandteil von Migrationsgesellschaften endlich anerkannt werden.

4.2.5 Die Betonung kultureller Eigenart als Mittel der Abgrenzung und zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls

Die Betonung kultureller Eigenarten kann das Selbstwertgefühl der Angehörigen von Minderheiten stärken und Gefühle von Isolation oder auch Bedrohung kompensieren:

„Soziale Diskriminierung soll durch die Wertorientierung kultureller Eigenständigkeit kompensiert werden. Und diese angebotene Kompensation zeigt hohe Erfolgsraten: sie bietet jedem Isolierten und Diskriminierten einer ethnischen Gruppe die Möglichkeit, sich in einer fremden, orientierungslosen und feindlichen oder als feindlich betrachteten Umwelt in ihm bekannten Verhaltensformen zu bewegen - sich dazugehörig zu fühlen - und darüber hinaus Selbstwertsteigerung durch die Betonung der auch im eigenen ‚wertvollen‘ Kultur zu erhalten.“⁴⁹¹

Das Kriterium der Zugehörigkeit bezieht sich dabei allerdings nur auf die Minderheitenkultur und kann eine Grenzziehung zur Mehrheitskultur verfestigen.

Wenn die Mehrheitsgesellschaft mit äußerem Druck reagiert, so ist eine Ethnisierungsspirale zu erwarten. Die Minderheit kann dann möglicherweise sogar auf ethnisch-kulturelle Identifikationskriterien zurückgreifen, die zuvor eher eine untergeordnete Rolle spielten.

Diese Tendenz verweist auch auf die Bedeutung der Kontinuität bei der Identitätsbildung. Da den Zuwanderern oft die Stellung von vollwertigen Gesellschaftsmitgliedern versagt bleibt, treten die individuelle und auch die kulturelle Vergangenheit als identitätsstiftende Momente wieder in den Vordergrund. Die Mehrheitsgesellschaft verweigert Gemeinsamkeiten mit der Minderheit und nimmt Grenzziehungen vor, anstatt vorhandene Gemeinsamkeiten als Basis für eine gemeinsame Handlungsebene zu begreifen. Der Ausschluß wird wiederum mit dem Postulat der ethnischen Andersartigkeit gerechtfertigt.⁴⁹² Die Angehörigen der Minderheiten wiederum können auf Diskriminierungserfahrungen mit einer offensiven Darstellung der ethnisch-kulturellen Aspekte ihrer Identität reagieren⁴⁹³, so daß ein Kreislauf entsteht. Wenn Integrationsbemühungen fehlschlagen oder die Migranten keine Möglichkeit sehen, eine klare Position innerhalb der Mehrheitsgesellschaft einzunehmen, wächst die Gefahr eines Auseinanderdriftens:

⁴⁹⁰ Schilling (1988a): 585

⁴⁹¹ Greverus (1979): 102

⁴⁹² vergl. Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1988): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen 1988: 46ff

⁴⁹³ vergl. Nieke, Wolfgang (1991): Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland: Vorschule, Schule, Berufsausbildung, Freizeit, Kriminalität, in: Lajos, Konstantin (1991) (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991, S. 13-42: 16

„Der temporäre Migrant ist ... ein sozialer und kultureller Pendler; seine Existenz ist jedoch nicht im Sowohl-als-Auch, sondern im Weder-Noch zu sehen. Er ist gezwungen, gegensätzliche Lebenswelten zusammenzufügen – die seiner Heimat, in die hinein er enkulturiert wurde und die der arbeitgewährenden und vieles verweigernden Residenzgesellschaft. Eine so definierte Lebenswelt ist also keine interkulturelle Passage, sondern ein permanenter Prozeß mit Vorstößen und Rückzügen, wobei die Kulturschock-Bewältigung weniger in assimilativer Einpassung bestehen kann und im Moment mehr zum Disengagement zu tendieren scheint.“⁴⁹⁴

Solange Migration aber als temporäres Übergangsphänomen wahrgenommen wird – und dies scheint inzwischen eher auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft als auf Seiten der Migranten so zu sein –, ist es schwierig bis unmöglich, eine interkulturelle Auseinandersetzung einzuleiten.

Eine Überbetonung kultureller Aspekte oder auch das Einfordern eines Rechtes auf Kultur kann dazu führen, daß Kultur zur Kampfarena wird:

„Völker, Geschlechter, Religionsgemeinschaften und was sich sonst noch den Anschein einer unterdrückten, ausgeschlossen oder stigmatisierten Gruppe geben kann, pochen auf ihr Selbstbestimmungsrecht. Wobei die ‚Kultur‘ längst die Funktion der ‚Natur‘ als Identitätsgarant ersetzt hat. Das Schema ist im Grunde immer dasselbe: Im Zeichen von Pluralismus, Individualismus und Differenz wird ein eigener authentischer Ausruck gefordert. So bezeichnet sich, um ein sicher extremes Beispiel zu nennen, ein Aussteiger aus der rechtsradikalen deutschen Szene in der Tradition der neuen Rechten als Ethnopluralist. Er sei für eine freie Entfaltung der Kulturen: Deutschland den Deutschen und die Türkei den Türken. Es ist in der Tat nicht ganz einfach zu argumentieren, wo die Grenzen einer kulturellen Identitätspolitik liegen. Kultur kann schnell zu einer bloßen Behauptungsgröße werden, die ein Feld des Kampfes definiert, auf dem es nur noch um Ehre, Treue und Tod geht – jedenfalls überhaupt nicht um Problemlösen, Lernen und Weitermachen.“⁴⁹⁵

Eine solche Verfestigung von Positionen führt natürlich dazu, daß Kultur nur noch als statische Größe betrachtet wird und nur noch unter Perspektiven der Konfrontation und der Differenz erlebt werden kann.

Auernheimer verweist in diesem Zusammenhang auf die Gefahr der Ideologisierung ethnischer Aspekte. Als ethnisch bezeichnete Konflikte sind seiner Meinung nach in der Regel sozial, politisch oder ökonomisch bedingt, doch werden sie ideologisch, wenn sie von sozialstrukturellen Ursachen ablenken. Mit seinem Lösungsvorschlag fordert er einen Rahmen politischer Gleichberechtigung und verweist damit wiederum auf die soziale und gesellschaftlich-politische Realität:

„Ethnische Merkmale sollten einzelnen Gruppen zur Selbstdefinition überlassen werden, ohne daß die Frage ihrer Staatsbürgerschaft davon berührt ist. Der Trennung von Staat und Religion muß die Trennung von Nation und Ethnizität folgen. Anstelle des Bekenntnisses zum Deutschtum wäre Verfassungspatriotismus zu fordern.“⁴⁹⁶

Die Forderung nach der Trennung von Nation und Ethnizität beziehungsweise Kultur fordert wiederum die deutsche Mehrheitsgesellschaft zum Handeln auf und dazu, ihre bisherigen Konzepte zu überdenken und zu verändern. In dieser Forderung liegt die Möglichkeit, einen Weg zu be-

⁴⁹⁴ Schilling, Heinz (1988b): Vertraut und unbekannt. Fremdheitserfahrungen im eigenen Land, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 2, Frankfurt 1988, S. 591-602: 596f, Hervorheb. im Original

⁴⁹⁵ Bude, Heinz (1995): Kultur als Problem, in: Bohrer, Karl Heinz / Scheel, Kurt (1995): Unterschiede. Über Kulturkämpfe, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 9/10, Sept./Okt. 1995, Nr. 558/559, München 1995, S. 775-782: 777

⁴⁹⁶ Auernheimer (1990): 116

schreiten, der nicht nur die einseitige Anpassung von Minderheiten fordert, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft mit ihren Traditionen in die Verantwortung nimmt.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird unter anderem auch die Bereitschaft der Migranten, sich mit der Kultur der Mehrheitsgesellschaft auseinanderzusetzen, kritisch betrachtet. Kultur könne für Migranten einen Rückzugspol bilden, wenn diese sich als Verlierer der Moderne sehen:

„Mit der Zeit macht sich jedoch für jede Gruppe von Neuankömmlingen ein teuflischer Mechanismus geltend: Mit der voranschreitenden kulturellen Assimilation entschwinden die Grundlagen für die Rechtfertigung von Schwierigkeiten bei der sozialen Integration. Mit anderen Worten: Mit der gesellschaftlichen Öffnung steigt die persönliche Selbstverantwortung. Für die Erfolgreichen ist das kein Problem, sie werden zu Propheten des Individualismus und preisen die Gesellschaft, in der jeder nach seiner religiösen oder ethnischen ‚Präferenz‘ glücklich werden kann. Nur die Erfolglosen stehen dumm da. Sie müssen sich sogar fragen, ob es ihnen zu Hause nicht besser gehen würde. Aber dahin führt kein Weg zurück. Aus dieser Gruppe stammen die Propagandisten einer fundamentalistischen Kulturwut, die heute allen liberalen Gesellschaften droht. Mit der deutschen, französischen, mit der alemannischen oder der abendländischen Kultur könnte man sich noch anfreunden, aber nicht mit der demokratischen Moderne oder mit dem internationalen Markt. Man verschanzt sich hinter einer kulturellen Identität, die Ehre, Menschenwürde und Transzendenz verheißen soll.“⁴⁹⁷

Diese Perspektive ist sicherlich zum Teil berechtigt, da der Rückzug auf die Herkunftskultur und die Verweigerung einer Auseinandersetzung mit den Lebensvoraussetzungen der Mehrheitsgesellschaft eine Defensivstrategie darstellen. Gleichzeitig polarisiert eine solche Betrachtungsweise jedoch zwischen einer Kultur der Moderne und anderen „Verliererkulturen“. Die postulierte Kultur der Moderne, die implizit durch westliche Maßstäbe definiert ist, wird so zum Maß aller Dinge erhoben. Versuche, sie zu hinterfragen, erscheinen dann als „fundamentalistische Kulturwut“. Ein solcher Ansatz verkennt, daß sowohl die Kultur der Moderne, wie sie hier propagiert wird, als auch die Kulturen der Zuwanderer in einen wechselseitigen Austausch treten müssen, der für beide Seiten Wandlungsprozesse impliziert.

Obwohl der kulturelle Aspekt der Identitätsbildung im interkulturellen Kontext in diesem Zusammenhang sehr ausführlich diskutiert wurde, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Problematik des Zusammenlebens von einer Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten gerade nicht ausschließlich in kulturellen Prägungen zu sehen ist. So verweist das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten - ähnlich wie Auernheimer - ausdrücklich darauf, daß das Verhalten von Angehörigen einer Minderheit von Seiten der Mehrheitsgesellschaft oft als kulturelle Abweichung interpretiert werde, obwohl Handlungen oftmals andere Ursachen zugrunde liegen.⁴⁹⁸ Die kulturell orientierte Deutung von Verhalten kann beispielsweise als Mechanismus zur Harmonisierung sozialer Konflikte dienen. Gesellschaftliche Ungleichheit wird als kulturelle Differenz umgedeutet, obwohl die alltagsweltliche Lebenssituation von Migranten gerade nicht nur

⁴⁹⁷ Bude (1995): 780

⁴⁹⁸ vergl. Wolf-Almanasreh, Rosi (1993) (Hg.): Zweieinhalb Jahre Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt 1993: 59

auf kulturelle Aspekte zurückzuführen ist.⁴⁹⁹ Bestehende Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Kultur müssen also verstärkt analysiert werden:

„Im soziologischen Diskurs der letzten fünfzehn Jahre wurde der Individualisierungsprozeß ... nach zwei Seiten hin durchleuchtet: was er für die Strukturierung sozialer Ungleichheit bedeutet und wie er die Muster der Lebensstile beeinflusst. Das Spiel von Differenz und Distinktion, der Unterschiede und Unterscheidungen, interessierte zum einen unter der Frage, wie aus sozialer Verschiedenartigkeit (Differenz) soziale Verschiedenwertigkeit wird, wie aus bunter Heterogenität folgenreiche soziale Ungleichheit entsteht; zum anderen, wie die kulturellen Distinktionsangebote in Muster sozialer Distinktionen umgesetzt werden.“⁵⁰⁰

Hier wird auf die Gefahr hingewiesen, wie kulturelle Unterschiede die Grundlage für soziale Unterscheidungen bilden könne.

Diese Problematik manifestiert sich natürlich besonders in Migrationsgesellschaften, in denen Kultur im Kontext dieser Distinktionsmechanismen neu bewertet werden muß:

„Der Immigrationsdruck und die illegale Einwanderung führen zu wachsender ethnischer Differenzierung und Ungleichheit. Entgegen dem Credo der Fürsprecher einer multikulturellen Gesellschaft besteht der Alltag plurikultureller Gesellschaften in wirtschaftlich und sozial schwierigen Zeiten häufig auch aus Konkurrenz und Konflikt zwischen den ethnischen Kulturen. Da Deutschland ein Einwanderungsland ohne Einwanderungsgesetz ist, kann es eine auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmte Einwanderungspolitik nicht leisten. Der Klassencharakter einer Gesellschaft wird jedoch in dem Maße sichtbarer, wie Klassen- und Statusfaktoren – hier also ökonomische und ethnische Faktoren – sich überlagern. Gleichgültig, ob die sozialen Ängste um die eigene Stellung in der Gesellschaft eingebildet oder real sind, besteht daher die Gefahr, daß ethnische und rassistische Auseinandersetzungen zunehmen werden. In diesem Sinne kann Deutschland eine nach Staatsbürgerschaftsstatus differenzierte ständisch-multikulturelle Klassengesellschaft werden: Deutsche mit vollen Staatsbürger- und Sozialstaatsrechten, Ausländer im Netz der sozialen Sicherung, illegale Einwanderer, die ohne jeglichen Sozialversicherungsschutz in Handwerk und Dienstleistungen schwarz arbeiten. Dies sind einige sich abzeichnende Trends und Tendenzen, die das Spiel um Differenz und Distinktion beeinflussen und verändern werden. Was vor kurzem noch in der Individualisierungsdekade der altbundesrepublikanischen Überflußgesellschaft als eine Sache individueller Distinktion zur Wahl des richtigen Lebensstils in der ‚Multioptionsgesellschaft‘ erschien, wird in der neubundesdeutschen Knappheitsgesellschaft bei wachsender sozialer Ungleichheit eher wieder eine Angelegenheit sozialer Unterschiede und kollektiver Distinktion je nach Statusgruppenzugehörigkeit.“⁵⁰¹

Diese Darstellung zeigt zweierlei. Zum einen sensibilisiert sie für die Gefahr, daß eine hierarchieorientierte Bewertung kultureller Differenz die Ausgangsbasis für unterschiedliche Statuszuweisungen bilden kann. Zum anderen wird deutlich, daß kulturelle Zugehörigkeit gerade nicht den einzigen Parameter für die Positionszuweisung in Migrationsgesellschaften bildet, sondern ökonomische, soziale und rechtliche Faktoren den kulturellen Aspekt überlagern.

⁴⁹⁹ vergl. Welz, Gisela (1992): Multikulturelle Stadtpolitik. Das Frankfurter Modell, in: Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaften (1992): Multikultur Journal, Tübingen 1992, S. 6-12: 9f

⁵⁰⁰ Müller, Hans-Peter (1995): Differenz und Distinktion. Über Kultur und Lebensstile, in: Bohrer, Karl Heinz / Scheel, Kurt (1995): Unterschiede. Über Kulturkämpfe, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 9/10, Sept./Okt. 1995, Nr. 558/559, München 1995, S. 927-934: 929

⁵⁰¹ Müller (1995): 934

Die kulturellen Perspektiven und Rahmenbedingungen von Migrationsgesellschaften gestalten sich zusammengefaßt wie folgt:

- Die besondere Bedeutung von Kultur in der politischen Sphäre Deutschlands resultiert unter anderem aus der politischen Entwicklung. Kultur war zunächst das vorherrschende Einigungsprinzip, bevor auf der politischen und institutionellen Ebene die Nation verwirklicht wurde.
- Dem deutschen Konzept gesellschaftlicher Verantwortung liegt ein Prinzip der inneren Identifikation zugrunde, das wiederum auf kultureller Abstammung basiert. Kultur wird als quasi-organisch vermittelt betrachtet, was einen Einbezug von Migranten vom Grundsatz her ausschließt.
- Dieses Kulturkonzept ist der faktischen Pluralisierung von Lebensentwürfen entgegengesetzt.
- Gesellschaftliche Teilhabe kann allerdings auch auf einer systemisch-funktionalen Ebene erfolgen. Eine Eingliederung der Migranten auf dieser funktionalen Ebene kann jedoch kulturelle Assimilationsprozesse nach sich ziehen.
- Eine Eingliederung von Migranten in die Mehrheitsgesellschaft müßte auch als aktive Aufgabe dieser Mehrheitsgesellschaft verstanden werden und nicht nur als Leistung, die die Migranten zu erbringen haben.
- Die kulturelle Identität der Migranten ist durch ihr verändertes Umfeld Wandlungsprozessen ausgesetzt. Die Herkunftskultur wird transformiert. Außerdem erfolgt eine Integration neuer kultureller Werte.
- Veränderungsdruck von außen kann dazu führen, daß die Werte der eigenen Kultur in besonderem Maße verteidigt werden.
- Kulturkonflikte werden häufig als Störfaktoren betrachtet, die die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft beeinträchtigen. Die wechselseitigen Fremdheitserfahrungen könnten jedoch dazu genutzt werden, neue Kulturmuster zu etablieren.
- Die Betonung kultureller Eigenart kann das Selbstwertgefühl stärken, gleichzeitig aber auch zu Isolation führen.
- Häufig wird gesellschaftliche Ungleichheit als kulturelle Differenz umgedeutet. Kultur kann damit den Ausgangspunkt für Statuszuweisungen bilden, so daß ökonomische, soziale und rechtliche Faktoren, die die eigentlichen Gründe für Hierarchisierungen bilden, nicht mehr wahrgenommen werden.

4.3

Historische Verortung und Wandel im interkulturellen Kontext

Wenn die Zusammensetzung einer Gesellschaft sich verändert, erweitert sich auch ihre historische Perspektive. Neue Dimensionen müssen auf kollektiver Ebene in die jeweilige Historie eingebunden werden. Auf individueller Ebene müssen ebenfalls neue Anknüpfungspunkte gesucht werden, um Entwicklungen in einen zeitlichen Rahmen und in die Lebensgeschichte zu integrieren.

Der historische Wandel und seine Verarbeitung ist sowohl für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund der Migration als auch für die individuelle Verortung in sich wandelnden Kontexten von Bedeutung. Eine Verweigerung der Anerkennung des Wandels auf der individuellen Ebene kann die Identitätsentwicklung negativ beeinträchtigen, da die individuellen Wunschvorstellungen im Hinblick auf den Identifikationsrahmen dann nicht mehr mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmen.

4.3.1

„Deutsche“ Kontinuität - das Leugnen der Einwanderung

Der Aspekt der Historizität ist eng mit dem der Kultur verknüpft. Wie bereits am Beispiel der Bedeutung des deutschen Kulturbegriffs ausgeführt wurde, können historische Bezüge bis in die Gegenwart hinein wirken und einen wesentlichen Teil der Selbstdefinition einer Gesellschaft ausmachen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die „Gastarbeiterfrage“ bereits unter den Vorzeichen einer unterstellten Geschichtslosigkeit diskutiert. Man klammerte die Vorgeschichte der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland einfach aus:

„Als aber nur 16 Jahre nach dem Kriege, im Jahr 1961, die Beschäftigung von Ausländern in der Bundesrepublik in größerem Umfang wieder begann, wurde auf diese Vorgeschichte der ‚Gastarbeiter‘-Beschäftigung öffentlich mit keinem Wort eingegangen; die erneute Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften begann vielmehr unter der Suggestion der Geschichtslosigkeit.“⁵⁰²

Damit wird die bestehende Kontinuität des Aufenthaltes ausländischer Arbeiter in Deutschland der allgemeinen Kenntnis entzogen, so daß die erneute Anwerbung von „Gastarbeitern“ nach dem Zweiten Weltkrieg als geschichtlicher Einzelfall gesehen werden kann, obwohl dies nicht der Fall ist.

Betrachtet man die Geschichte der Anwerbung von Gastarbeitern nach Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre, so wird augenscheinlich, daß die deutsche Gesellschaft niemals vorhatte, Minderheiten zu integrieren. Das damals postulierte Rotationsprinzip sollte dafür sorgen, daß die

⁵⁰² Herbert, Ulrich (1993): Ausländer und andere Deutsche, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 13-28: 18

angeworbenen Arbeiter tatsächlich nur Gäste auf Zeit bleiben würden. Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die zugewanderten Minderheiten nicht sofort, vielleicht sogar nie, in ihre Heimat zurückkehren würden. Durch Familienzusammenführung verlegte sich der Lebensmittelpunkt ganzer Familien nach Deutschland. Die Einwanderung erfolgte in Form eines „Einsickerungsprozesses“⁵⁰³. Dieser „Einsickerungsprozeß“ stellte vor dem Hintergrund der vorherrschenden ahistorischen Betrachtungsperspektive für die bundesdeutsche Gesellschaft gewissermaßen eine Überraschung dar:

„Nun hätte ein Blick in die eigene Geschichte oder auch in die Gegenwart der benachbarten Schweiz, wo die Beschäftigung von Ausländern einige Jahre früher als in Westdeutschland eingesetzt hatte, gezeigt, daß eine solche Entwicklung mit einiger Regelmäßigkeit nach etwa 10 Jahren Aufenthaltsdauer im Einwanderungsland einzusetzen pflegt und nicht umkehrbar ist, es sei denn, mit massenhafter und drakonischer staatlicher Gewalt.“⁵⁰⁴

Die Unumkehrbarkeit der Situation wurde jedoch weiterhin auf der politischen Ebene nicht akzeptiert.

Im Rahmen der Politik, die Deutschland gerade nicht als Einwanderungsland versteht, wurde auf die neue Situation kaum reagiert, da dies gewissermaßen indirekt zu einer Akzeptanz der bereits bestehenden Einwanderung geführt hätte. Stattdessen wurde beispielsweise im Schulsektor mit pädagogischen Konzepten versucht, aktuelle Probleme zu lösen, ohne die neuen Gesamtzusammenhänge, nämlich die dauerhafte Niederlassung von ausländischen Familien, aufzugreifen.⁵⁰⁵

Die Wanderungs- und Veränderungsprozesse werden negiert. Es herrscht ein Weltbild vor, das an eine Weltkarte mit klaren Grenzen, die nicht überschritten werden, erinnert:

„Die etablierte Ordnung mit ihrer festen Architektur steht gegen die Dynamik des Wandels, gegen die Kräfte, die verändern oder zerstören. Die Weltkarte der Wanderungen projiziert ihr Bild auf den Globus. Man muß sich zwei Karten vorstellen, die übereinandergelegt sind: die Karte der Staaten und die Karte der internationalen Wanderung. Wir sehen auf einen Blick im Weltmaßstab die Spannung zwischen den Staaten, den Wächtern der Grenzen, und den Wanderungen, die sich respektlos über die Grenzen hinwegsetzen.“⁵⁰⁶

Die Existenz der zweiten Karte, die prozeßhafte Veränderungen impliziert, wird in Deutschland nachhaltig geleugnet. So hält die deutsche Mehrheitsgesellschaft bis heute am Bild einer statischen Historie fest, die sich auf ihre Ursprünge beruft und Wandel beziehungsweise Anpassung an Veränderungen negiert. In manchen Bereichen stellt man sich zwar den neuen Notwendigkeiten, die durch das Zusammenleben der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten auftreten, doch wird der Gesamtzusammenhang der deutschen Auffassung von Historizität nicht hinterfragt.

⁵⁰³ Leggewie, Claus (1990a): multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Nördlingen 1993, 3. Aufl.: III

⁵⁰⁴ Herbert (1993): 20

⁵⁰⁵ vergl. Niekrawitz (1990): 8f

⁵⁰⁶ Gorenflos (1995): 31

Die Gründung eines Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt ist dafür ein gutes Beispiel. Die Institution wird als Vermittlungsinstanz zwischen den Interessen der zugewanderten Bevölkerung und der deutschen Mehrheitsgesellschaft gesehen und greift gerade in Konfliktfällen gezielt als Vermittler ein.⁵⁰⁷

Ein solches Modell ist zwar sinnvoll, um punktuell in aktuellen Situationen Probleme zu lösen, doch trägt gerade eine solche Kriseninstitution dazu bei, das gesamte Selbstbild einer Gesellschaft zu stabilisieren. Es findet keine allgemeine Auseinandersetzung über die Entwicklung und schließlich die Lösung von Problemen des interkulturellen Zusammenlebens statt, sondern durch gezielte kosmetisch-operative Eingriffe wird der Patient am Leben gehalten, auch wenn er dann jahrelang am Tropf hängt. Solches Krisenmanagement ist hervorragend dazu geeignet, das Aufbrechen von größeren, umfassenderen Krisen und damit die Infragestellung des gesamten Systems zu verhindern. Der historisch gewachsene Bezugsrahmen der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird nicht tangiert, sondern gerade aufrechterhalten, da in den gewachsenen Bezügen operiert wird und diese sich nicht verändern. Das Kurieren an Symptomen führt dazu, daß eine homogene Gesellschaftsordnung nicht hinterfragt wird.⁵⁰⁸

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage, ob in pluralistischen Gesellschaften mit einer „multiplen Realität“ ethnische oder kulturelle Aspekte für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens überhaupt noch eine Bedeutung besitzen oder ob ihnen diese Bedeutung seitens der Mehrheitsgesellschaft nur zugeschrieben wird:

„Die Multikulturalität des Alltags hat erhebliche Auswirkungen auf das einzelne Gesellschaftsmitglied. Es braucht sich weniger denn je auf ein fiktives gesellschaftliches Ganzes einzustellen und kann sich mehr denn je auf den spezifischen lokalen oder regionalen Lebenszusammenhang mit der dort je eigentümlichen soziokulturellen Färbung einlassen – und damit auch begnügen. Die persönliche Einstellung wird mehr und mehr zu einer ‚Privatsache‘ und die persönliche Identität zur eigenen Angelegenheit. Auf diese Weise wird die gesellschaftliche Vernetzung des einzelnen Gesellschaftsmitgliedes zunehmend ‚regionalisiert‘. Der soziokulturelle Einschluß in die Gesellschaft bleibt gewährleistet, aber er besteht auf dieser Ebene nur noch darin, den Anschluß zu halten.“⁵⁰⁹

Vor diesem Hintergrund erscheint das deutsche Konzept einer quasi-organischen, kulturellen Zugehörigkeit eher als Akt der willkürlichen Ausgrenzung denn als notwendige Grundlage für die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens.

Geht man davon aus, daß die Integration des Individuums in pluralen Gesellschaften auf einer sozialen und systemischen Ebene erfolgt, so stellt sich die Frage, warum die Paradoxie zwi-

⁵⁰⁷ vergl. Leggewie, Claus (1990b): Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten - ein persuasives Programm, in: ders. (1990): multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Nördlingen 1993, 3. Aufl., S. 46-60: 46

⁵⁰⁸ vergl. Scheron / Scheron (1982): 209

⁵⁰⁹ Bukow, Wolf-Dietrich (1992): Ethnisierung und nationale Identität, in: Institut für Migrations- und Rassismussforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 133-146: 136

schen der faktisch multikulturellen Gesellschaft und einem Konzept des Nationalstaats auf der Basis kultureller Abstammung im gesellschaftlichen Diskurs nicht deutlicher zutage tritt:

„Es ist deutlich, daß sich die multikulturelle Gesellschaft und der Nationalstaat nicht nur deshalb widersprechen, weil sie mit einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit rechnen, sondern vor allem auch deshalb, weil die eine auf die Entfaltung republikanischer Prinzipien drängt, während der andere neofeudale bis rassistische Prinzipien zu implementieren beabsichtigt. Noch einmal stellt sich die Frage, ob damit nicht das restaurative Projekt, ob damit nicht die Vorstellung eines Nationalstaates quasi automatisch zum Scheitern verurteilt ist. Offenbar steckt in dem Versuch der Neuen Restauration, ein neues Ethnos zu postulieren, ein ‚logischer‘ Kern, der diese Paradoxie ... zu überspielen scheint und von dem eine gewisse Überzeugungskraft, ja Faszination ausgeht. ... In dem restaurativen Projekt wird an ein Denken appelliert, das gesellschaftliche Entwicklung nur unter dem Vorzeichen von Verteilung begreift. Entwicklung funktioniere nur, wird unterstellt, wenn man in-Anspruch-nimmt bzw. vorenthält. Insofern wird hier einfach verteilungslogisch gedacht und gehandelt. Und von dort her ist es durchaus naheliegend, das völkisch-nationale Konzept zur Durchsetzung und Legitimation einer ‚Nutznießersolidargemeinschaft‘ einzusetzen.“⁵¹⁰

Diese Argumentation zeigt, daß auf den gesellschaftlichen Wandel in Richtung einer pluralen, multikulturellen Gesellschaft mit der Verteidigung von Ressourcen reagiert wird. Es geht also nicht allein um die Festschreibung von Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit, sondern um klare Aspekte der Ressourcen-Verteilung.

Die Gegenwart der deutschen Migrationsgesellschaft greift auf eine „rechtspolitisch unbewältigte Vergangenheit“ und auf eine „Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“ zurück.⁵¹¹ Der vorgestellten Historie stehen aussagekräftige Zahlen gegenüber:

„60 % der ausländischen Bevölkerung leben seit zehn und mehr Jahren in Deutschland. Bei denjenigen, die aus den früheren Anwerbeländern kommen, beträgt diese Quote sogar 70 %. Rund 25 % leben schon länger als zwanzig Jahre und rund 75 % seit sechs und mehr Jahren hier. Und fast 80 % der Jugendlichen sind bereits in der Bundesrepublik geboren.“⁵¹²

Obwohl also die Faktenlage im Hinblick auf die historische Veränderung der bundesdeutschen Gesellschaft eindeutig ist, wird dieser Wandel noch immer geleugnet.

4.3.2 Erweiterung der historischen Bezüge versus Ich-Eingeschlossenheit

Für zugewanderte Minderheiten stellt sich die Situation anders dar. Sie werden durch das Verlassen ihrer Heimat aus ihren traditionellen, geschichtlich verankerten Bezügen losgelöst und müssen sich in der Fremde eine neue Geschichte weben, um wieder heimisch werden zu können. Bei diesem Prozeß sind historische Verknüpfung und kulturelle Bezüge eng miteinander verwoben:

„Die Kultur ist ein Netz von Geschichten, individuellen und gemeinschaftlichen Geschichten. Sie muß die Integration von Ereignissen persönlicher Entscheidung in eine persönliche Lebensgeschichte und die Integration der Lebensgeschichte in eine sinnvolle größere Geschichte ermöglichen. Dazu ist es nötig,

⁵¹⁰ Bukow (1992): 142

⁵¹¹ vergl. Bade, Klaus J. (1993): Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter. Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart, in: Winkler, Beate (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 17-31: 29

⁵¹² Winkler, Beate (1993b): Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik, in: , dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl.S. 33-44: 35

daß die Geschichte und Erzählung der Kultur Dauer und Beständigkeit zeigen, damit der Faden der Geschichte und die Erzählung einer Kultur nicht schon wieder abgerissen sind, bevor das Selbst seine eigene Geschichte an die der Kultur anknüpfen konnte.“⁵¹³

Für Migranten verläuft der Prozeß der historischen Verortung zwangsläufig über verschiedene Kulturen. Zum einen orientieren sie sich an den Bezügen ihrer Herkunftskultur, zum anderen setzen sie sich - in welcher Weise und welcher Intensität, sei dahingestellt - auch mit der Kultur ihres neuen Lebensbereiches auseinander. Dabei werden sie mit dem historischen Konzept der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert, die prinzipielle Teilhabe und eine gemeinsame Weiterentwicklung verweigert. Die individuelle Verortung innerhalb eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses ist deshalb auch auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene für die Identitätsbildung wichtig. Wenn das Individuum nicht in der Lage ist, seine Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft als Wechselbeziehung zu integrieren, besteht die Gefahr der Spaltung der Persönlichkeit. Die individuellen Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt, wenn das Individuum sich auf ein Hier und Jetzt beschränken muß. Deshalb gewinnt auch die politische und (alltags-)praktische Ebene eine große Bedeutung, denn nur eine fruchtbare Auseinandersetzung mit neuen Voraussetzungen, die auch das Angenommen-werden durch andere, das im nächsten Punkt noch näher ausgeführt wird, beinhaltet, läßt die Entwicklung übergreifender Perspektiven zu. Wenn Minderheiten keine Ansatzpunkte für ihre Verortung in den neuen Lebensverhältnissen finden, droht eine „Ich-Eingeschlossenheit“, und Selbstidentifikation kann dann nur noch auf dem Ausschluß alles Fremden beruhen.⁵¹⁴ Wenn den Migranten die Verankerung ihrer Identität in dem neuen Kontext verweigert wird, erfährt deren Lebenswelt eine Beengung, und die Gefahr eines Rückzugs in die Illusionswelt der Vergangenheit ist gegeben.⁵¹⁵

Die historische Selbsteinordnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft läßt sich durchaus als kollektive Variante einer „Ich-Eingeschlossenheit“ begreifen, da sie tatsächlich auf dem Ausschluß alles Fremden, auf der Verweigerung der Integration neuer Perspektiven, basiert. Am Beispiel der türkischen Bevölkerung zeigt Seidel-Pielen die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit neuen Randbedingungen auf Seiten der deutschen Bevölkerung:

„Seit Jahrzehnten beleben Türken allein durch ihre physische Präsenz politische Diskussionen. Sie zwingen die Bundesbürger zur Auseinandersetzung und zur Stellungnahme: Ist Deutschland ein Einwanderungsland oder nicht? Wie viele Einwanderer in einem Stadtviertel sind sozial verträglich? Wollen wir islamische Schulen? Anatolische Polizisten? Das kommunale Wahlrecht? Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht? Doppelte Staatsbürgerschaft? Muttersprachlichen Unterricht in den Schulen? Türkische Richter und Staatsanwälte? ‚Unsere Türken‘ sind Katalysatoren bei der Suche nach Antworten auf

⁵¹³ Koslowski (1987): 64

⁵¹⁴ vergl. Auernheimer, Georg (1988): Der sogenannte Kulturkonflikt. Orientierungsprobleme ausländischer Jugendlicher, Frankfurt/New York 1988: 92-96

⁵¹⁵ vergl. Greverus (1979): 7

„unsere“ alten, deutschen Fragen: Wer sind wir eigentlich – als Kulturnation, als Gesellschaft, als politische Sozietät? Wer wollen wir künftig sein?“⁵¹⁶

Die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist also eigentlich durch die reale Situation angehalten, ihre Position neu zu bestimmen.

Wird der historische Wandel jedoch geleugnet, was zur Zeit immer noch der Fall ist, ergibt sich zwischen den Identifikationsräumen der deutschen Mehrheitsgesellschaft, wie sie idealtypisch angenommen werden, und der gesellschaftlichen Realität eine Diskrepanz. Diese engt den Identitätsspielraum für die Mehrheitsbevölkerung ein, da die geknüpften Bezüge der Realität ja gar nicht mehr entsprechen. Für die zugewanderten Minderheiten hat dies wiederum zur Folge, daß sie in ihrer Anknüpfung an die Lebensrealität ihrer Gegenwart und an die einer Zukunft im interkulturellen Kontext behindert werden. Die historische Einengung der Mehrheitsbevölkerung führt nämlich dazu, daß die faktisch existierende Situation zumindest im Zuge der Identitätsbildung der Mehrheitsbevölkerung nicht existiert.

Die Verweigerung, historischen Wandel anzuerkennen, wird vielfach als Resultat gesellschaftlicher Moderne interpretiert. In Zeiten des ständigen und teils schnellen Wandels sichern Bezüge auf die Vergangenheit für das Individuum eine Wiedererkennbarkeit der Lebensbezüge und stärken damit die Identität.⁵¹⁷ Die Gegenwart der Moderne wird also grundsätzlich als vergangenheitsbezogen angesehen:

„... mit der Dynamik zivilisatorischer Modernisierungsprozesse wächst zugleich komplementär die Nötigkeit von Anstrengungen zur Vergangenheitsvergegenwärtigung an ...“⁵¹⁸

Das Individuum ist also gewissermaßen darauf angewiesen, zu wissen, wie es sich selbst in die sich stetig wandelnden geschichtlichen Entwicklungen einordnen kann.

Die Problematik der individuellen Verortung in den historischen Bezügen stellt sich – wenn man von den Besonderheiten, die Migration mit sich bringt, absieht – wie folgt dar:

„Unter Bedingungen hoher zivilisatorischer Dynamik schrumpft die Gegenwart, das heißt die Zahl der Jahre wird immer geringer, über die hinweg die Elemente unserer Zivilisation und die Strukturen, in denen sie zusammenhängen, als dieselben wahrgenommen und erfahren werden können. Anders formuliert: in einer dynamischen Zivilisation wird die Zahl der Jahre immer geringer, über die zurückzublicken bedeutet, in eine partiell bereits fremd gewordene, von der Gegenwart deutlich unterschiedene Vergangenheit zu blicken.“⁵¹⁹

Die historische Rückwendung des Individuums wird demzufolge als Komplementärphänomen zur Modernisierung angesehen und ist damit eine Nebenfolge der rapiden gesellschaftlichen Veränderung. Problematisch wird diese Rückwendung, wenn gesellschaftliche Veränderungen durch

⁵¹⁶ Seidel-Pielen, Eberhard (1995): Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis, Berlin 1995: 14

⁵¹⁷ vergl. Lübke, Hermann (1988): Der verkürzte Aufenthalt in der Gegenwart. Wandlungen des Geschichtsverständnisses, in: Kemper, Peter (1988) (Hg.): ‚Postmoderne‘ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt 1988, S. 145-164:150f

⁵¹⁸ Lübke (1988): 151

⁵¹⁹ Lübke (1988): 151

den Bezug auf eine Vergangenheit, die der tatsächlichen Entwicklung überhaupt nicht entspricht, geleugnet werden. Im Kontext der Migration bedeutet dies, daß die Mehrheitsgesellschaft sich auf eine Vergangenheit bezieht, die eigentlich nie existiert hat. In diesem Fall blockiert der historisch orientierte Rückversicherungsmechanismus also die Verarbeitung des Wandels. Dadurch entsteht ein Bruch zwischen vorgestellter Vergangenheit und faktischer Gegenwart. Dem Individuum fehlen somit die zur Verarbeitung entstehender Konfliktlagen notwendigen Bewältigungsmechanismen, und der Orientierungsrahmen verengt sich.

Die historische Identitätsperspektive von Migrationsgesellschaften beinhaltet also folgende Randbedingungen:

- Die Anwerbung von Gastarbeitern wurde in Deutschland jeweils als geschichtlicher Einzelfall dargestellt, so daß die Kontinuität der Migrationsprozesse nicht gesehen werden kann.
- Die deutsche Mehrheitsgesellschaft versucht, ihren historisch gewachsenen Bezugsrahmen aufrechtzuerhalten, ohne ihn zu modifizieren.
- Die historische Verortung von Migranten verläuft über verschiedene Kulturen und muß sich mit Wandlungsprozessen auseinandersetzen. Wenn Minderheiten keine Ansatzpunkte für eine Verortung in den neuen Lebensverhältnissen finden, droht ihnen eine „Ich-Eingeschlossenheit“, da eine Anpassung ihres Bezugsrahmens an das neue Lebensumfeld nicht möglich ist.
- Die historische Selbsteinordnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft läßt sich auch als Ich-Eingeschlossenheit bezeichnen, da die Integration historischen Wandels verweigert wird.
- In der Moderne gewinnt die Vergangenheit als Gegenpol zu ständigem Wandel eine neue Qualität. Sie dient als Pol der Rückversicherung. Eine solche Perspektive verhindert jedoch, daß das Individuum historischen Wandel verarbeiten kann. Es entsteht ein Bruch zwischen vorgestellter Vergangenheit und faktischer Gegenwart.

4.4	Anerkennung und gesellschaftliche Heterogenität – Abgrenzung versus Auseinandersetzung
------------	---

Wenn in einer Gesellschaft Minderheiten seßhaft werden, wird die Ursprungsgesellschaft automatisch zur Mehrheitsgesellschaft (sofern sie zahlenmäßig überlegen ist). Die Existenz verschiedener Gruppen bringt es mit sich, daß zwischen diesen Gruppen bestimmte Relationen definiert werden, wobei die Definitionsmacht im Zweifelsfall von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht. Die Relationen können von Mechanismen der Abgrenzung oder der Auseinandersetzung geprägt sein.

Im Zuge der Darstellung des Prinzips der Anerkennung im vorigen Kapitel wurde bereits darauf hingewiesen, daß dieser Teilbereich der Identitätsbildung für die Herausbildung von Zugehörigkeit von Bedeutung ist. Anerkennung durch andere erfordert dabei ein besonderes Maß an wechselseitiger Auseinandersetzung, da das Erkennen des Anderen die Grundlage für seine Anerkennung bildet. Die deutsche Migrationsgesellschaft hat jedoch – zumindest bisher – kaum tragfähige Muster zur wechselseitigen Auseinandersetzung entwickelt, so daß verschiedene Mechanismen der Abgrenzung die interkulturellen Beziehungen prägen. Im folgenden soll deshalb dargestellt werden, wie innerhalb der Mehrheitsgesellschaft eine Identitätsstabilisierung auf der Grundlage von Abgrenzungsmechanismen stattfindet. Außerdem soll geklärt werden, welche Grenzziehungsprozesse einer wechselseitigen Auseinandersetzung entgegenstehen.

4.4.1 Identitätsstabilisierung durch Abgrenzung

Die Anwesenheit von Minderheiten kann der Mehrheitsgesellschaft unter anderem als Mittel zur Schaffung von Identität dienen. Die Abgrenzung von einer als anders bezeichneten Gruppe kann einheitsstiftend wirken: „Das Fremde wird geradezu gebraucht, um dem Eigenen Kontur zu geben.“⁵²⁰ Andererseits kann das Fremde auch einen Prozeß der Reflexion der eigenen Position in Gang setzen. Die Mehrheitsgesellschaft kann - wenn sie diese Anregung aufgreift - ihr eigenes Wertesystem relativieren.⁵²¹ In Deutschland entzieht man sich dieser Chance bisher jedoch weitgehend. Der Verweis, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei, impliziert einen Gaststatus für zugewanderte Minderheiten, und mit Menschen, die in ihrer „Gastrolle“ höchstens geduldet sind, muß man sich folglich nicht auseinandersetzen. Die anonyme und diskriminierende Position der faktischen Zuwanderer wird von der Mehrheitsgesellschaft festgeschrieben, so daß sie „nie ganz dazugehören“⁵²² können.

Nicht nur die Verweigerung von Auseinandersetzung und Anerkennung, sondern auch die Bildung von Vorurteilen spielt bei der Ausgestaltung des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheiten eine Rolle. Denkt man die Wahrnehmung der Umwelt als Form der Klassifikation, so wird das Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen unter anderem durch die Einordnung anhand von sozialen, gesellschaftlichen oder auch politischen Kategorien vorgenommen und eine Grenzziehung verfestigt. Stöltzing beschreibt das so entstehende Gegensatzverhältnis anhand der Unterscheidung von „wir“ und „die“ folgendermaßen:

⁵²⁰ Cohn-Bendit/Schmid (1992): 12

⁵²¹ Cohn-Bendit/Schmid (1992): 24

⁵²² Nadig, Maya (1993): Antworten auf das Fremde, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (Hg.) (1993): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 15-56: 49

„Je näher eine Sozialkategorie der eigenen Person steht, desto eher wird ein Verhalten der Person oder persönlichen Zufälligkeiten zugeschrieben; je ferner sie steht, desto stärker wird es auf die zugeschriebenen Charaktereigenschaften der sozialen Kategorie bezogen.“⁵²³

Die Mehrheitsgesellschaft nimmt dabei ihre eigene Perspektive und ihre Selbstwahrnehmung zum Ausgangspunkt für die stereotype Betrachtung der Minderheit:

„Wir, die Einheimischen, sind der idealisierte Maßstab zur Abgrenzung der Fremden, die das abweichende Verhalten symbolisieren.“⁵²⁴

Die zugrundeliegende Dynamik läßt sich sozialpsychologisch darstellen. So hängen Sympathien und Antipathien unter anderem auch von der Kontakthäufigkeit und Kontaktintensität zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen ab. Sympathie steigt laut Hofstätter in dem Maße, in dem Kontakte intensiver werden. Umgekehrt wachse die Antipathie mit der Abnahme der Kontakt-dichte. Diese Dynamik sei auch für das Verhalten von Gruppen zueinander charakteristisch.⁵²⁵

Die Wahrnehmung von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit unterliegt einer sozialen Kategorisierung:

„Die soziale Wahrnehmung muß sich bestimmter Kategorien bedienen, wie etwa männlich/weiblich, schwarz/weiß, Alterskategorien usw., um die komplexe Welt zu ordnen. Entsprechend gibt es auch eine Kategorisierung der Zugehörigkeit/Nichtzugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe: z.B. Deutscher/Nicht-Deutscher. Diese Kategorien sind jedoch nicht neutral, sondern enthalten wertende und emotionale Komponenten.“⁵²⁶

Die wertenden und emotionalen Bestandteile des Kategorisierungsprozesses können dazu führen, daß die Wahrnehmung sich nicht mehr an tatsächlichen Gegebenheiten orientiert, sondern an den entstandenen Kategorien.

Im Zuge der Kategorisierung können sich Fremdbilder etablieren, deren Komplexität die Realität überlagert und die Realitätswahrnehmung beeinflusst:

„Das Fremdbild einer Gruppe etwa wird über den Vergleich mit der (zumeist positiv bewerteten) Eigengruppe gebildet und als *Gruppenkonzept* gespeichert, das wertende und beschreibende Züge umfaßt. Interessant für die Vorurteilsforschung ist, daß bei homogenen Gruppen (etwa im Freundeskreis, in der Familie) vor allem abweichende Verhaltensweisen auffallen, während bei inhomogenen Großgruppen, wie Nationen und ethnische Minderheiten, eher die konsistenten Verhaltensweisen erinnert, die Unterschiede als irrelevant vergessen werden. Das bedeutet, wir gewinnen über ethnische Gruppen per se ein stärker *typisiertes, undifferenziertes* Bild, da wir zumeist nur abstrakte Informationen über die Gruppe als Ganze speichern, die indirekt anhand prototypischer Mitglieder der Outgroup ... gewonnen werden. Sind diese Informationen negativ, dann werden auch die einzelnen Mitglieder nach dem Gruppenkonzept negativ bewertet, ganz unabhängig von ihrem eigenen Verhalten.“⁵²⁷

⁵²³ Stölting, Erhard (1992): Der Mechanismus des ethnischen Vorurteils, in: Ausländerbeiräte Nürnberg, Erlangen, Fürth. Pommerin-Götze, Gabriele/Jehle-Santoso, Bernhard/Bozikake-Leisch, Eleni (1992) (Hg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt 1992, S. 86-92: 88

⁵²⁴ Stüwe, Gerd (1991): Lebenslagen und Bewältigungsstrategien junger Ausländer, in: Lajos, Konstantin (1991) (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991, S.107-134: 111

⁵²⁵ vergl. Hofstätter, Peter R. (1973): Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1973, 5. durchges. und verb. Aufl.: 312-315

⁵²⁶ Bergmann, Werner (1994): Sozialpsychologische Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 121-128: 121

⁵²⁷ Bergmann (1994): 122, Hervorheb. im Original

Dieser Prozeß der Typisierung führt dazu, daß Individuen, die einmal einer Kategorie zugeordnet wurden, kaum noch in ihrer Individualität erkannt werden können. Auf der Basis verfestigter Gruppenkonzepte wird Auseinandersetzung vermieden. Grenzziehungen zwischen Gruppen verfestigen sich, und klare Abgrenzungen sind die Konsequenz.

Die Bestimmung von Grenzen erfolgt dabei häufig auf der Grundlage bestimmter Zielentwürfe, die die einzelnen Gruppen für ihre Zugehörigkeit entwickeln:

„Die Konstruktion von Differenz und Identität ist bei ethnischen Phänomenen untrennbar verbunden mit einer Bestimmung der Grenzen, innerhalb derer sich Kollektivität und Zugehörigkeit konstituieren. Wer zu einer bestimmten Bevölkerung gehört und wer nicht, entscheidet sich anhand von bestimmten Ursprungs- oder Zielentwürfen einer Gruppe, die durch historische, biologische, sprachliche, kulturelle, religiöse oder ‚Stammes‘-Eigenschaften bezeichnet wird. Doch nicht dadurch werden ethnische Gruppierungen charakterisiert, sondern durch die Forderungen nach einer ‚natürlichen‘ Gemeinschaft, die auf der Grundlage dieser Eigenschaften erhoben werden.“⁵²⁸

Die Grenzziehung auf der Basis von Ethnizität und die Forderung nach einer „natürlichen“ Gemeinschaft können zu einer Verschärfung von Kategorisierungen führen, da der Aspekt des „Natürlichen“ den Zugang zu gemeinsamen Identifikationen sehr restriktiv regelt.

Vom Grundsatz her ist der Begriff der Ethnizität eher dynamisch, da er sich auf verschiedene Ressourcen beziehen kann und den aktiven Rückgriff auf diese Ressourcen umfaßt:

„Auf der allgemeinsten Ebene bedeutet Ethnizität die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und ihren Existenzbedingungen. Das heißt nicht nur, aus der Sicht der Gruppe im Besitz der richtigen Mitgliedsurkunden zu sein, sondern zielt auch auf die Fähigkeit, ethnische Ressourcen zu mobilisieren, mit denen politische Zielvorstellungen auf der individuellen wie auch der gruppenbezogenen Ebene in ihrem Verhältnis zu anderen Gruppen ... ausgefochten, ausgehandelt und verfolgt werden können. Diese Ressourcen können u.a. ökonomischer, territorialer, kultureller und sprachlicher Art sein ...“⁵²⁹

Aus diesem Blickwinkel beschreibt Ethnizität also nicht Eigenschaften an sich, sondern Relationen, die auf der Basis verschiedener Ressourcen der Stiftung von Zugehörigkeit dienen.

Das Konzept der Ethnizität kann jedoch leicht zur Festschreibung von Differenzen führen, die dann nicht mehr in ihrer Dynamik, sondern unter dem Vorzeichen der Unveränderlichkeit betrachtet und behandelt werden. Wenn auf der Grundlage solcher Festschreibungen umfassende Diskriminierungspraktiken gerechtfertigt werden, erreicht der Ausgrenzungsdiskurs eine neue Qualität:

„*Rassismus* liegt vor, wenn rassische oder ethnische Differenzen dazu benutzt werden, um entsprechend definierte Gruppen von der vollständigen Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben auszugrenzen. ... De facto wird der rassistische Diskurs durch die Verwendung ethnischer Kategorisierungen charakterisiert (die entlang kultureller, sprachlicher oder territorialer wie auch unterstellter biologischer Grenzen gezogen werden können), die für eine *festgeschriebene*, unveränderliche und deterministische Differenz stehen, welche die Grundlage für Ausgrenzung und Unterordnung, manchmal auch für Ausbeutung und Unterdrückung abgibt.“⁵³⁰

⁵²⁸ Anthias, Floya (1992): Parameter kollektiver Identität: Ethnizität, Nationalismus, Rassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 88-103: 90

⁵²⁹ Anthias (1992): 94

⁵³⁰ Anthias (1992): 97, Hervorheb. im Original

Unter Rassismus wird in diesem Fall nicht einfach der Rückgriff auf rassische beziehungsweise biologische Unterschiede verstanden, sondern vielmehr die Annahme, daß Differenzen, gleich ob sie sprachlicher, kultureller oder territorialer Art sind, festgeschrieben sind und Ausgrenzung rechtfertigen.

Diese Begriffsbestimmung muß vor dem Hintergrund eines gewandelten Rassismus-Verständnisses im wissenschaftlichen Diskurs gesehen werden. Hierbei bezieht sich Rassismus nicht mehr vordergründig auf einen Rasse-Begriff, sondern auf die Verabsolutierung von Differenz:

„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“⁵³¹

Aufgrund dieses Perspektivenwechsels stellt sich jedoch die Frage, ob mit dem Begriff Rassismus überhaupt noch operiert werden sollte, oder ob es nicht sinnvoller ist, einfach die Vorgänge der Kategorisierung, Verabsolutierung und Wertung im jeweiligen Kontext zu beschreiben.⁵³²

4.4.2 Entsubjektivierung und verweigerter Auseinandersetzung

Aus der Perspektive einer verweigerter Auseinandersetzung erwächst für die Mitglieder von Minderheiten die Gefahr, als Individuen von der Mehrheitsgesellschaft überhaupt nicht (an)erkannt zu werden, was wiederum gravierende Folgen für die Identitätsbildung hat. Migranten befinden sich dann in einem Spannungsfeld zwischen Segregation und Integration, zwischen Teilhabeversprechen und der Abwehr von Gleichberechtigung.⁵³³

Die Entsubjektivierung der Zuwanderer kann als Strategie für die Verfestigung von Differenz dienen.⁵³⁴ Der Prozeß der Entsubjektivierung beinhaltet die Degradierung des Fremden zum Objekt:

„Erster Schritt: Ich sitze in einem Park und blicke um mich. *Ich* ordne alle Dinge, die ich sehe, um mich als den *Mittelpunkt*. Ich bin im Zentrum, alle Dinge sind Dinge für mich; die Gesamtheit der Dinge ist die Welt für mich. Zweiter Schritt: Ein anderer Mensch taucht im Park auf und blickt um sich. Er ordnet die Dinge um sich, *er* macht sich zum *Zentrum*. Dadurch zieht er gewissermaßen die Dinge von mir, er raubt mir meine Welt. Aber noch ist er mein Objekt. Dritter Schritt: Ich mache mir bewußt, daß der Andere alles, was ich sehe, auch selbst sieht. Er sieht auch mich. Also bin ich für den Anderen ein Objekt. Bisher war ich ganz Bewußtsein und auf anderes konzentriert. Jetzt erwache ich zum *Ich-Bewußtsein*, indem ich erkenne, daß ich *dem Anderen ausgeliefert* bin. Vierter Schritt: Ich entdecke meine Freiheit und kehre das Verhältnis um. Ich verwirkliche mich selbst in eigenen und einmaligen Entscheidungen und mache damit den Anderen zum Anderen. Ich *degradiere den Subjekt-Anderen zum Objekt-Anderen*.

⁵³¹ Memmi, Albert (1982): Rassismus, Frankfurt 1987: 103

⁵³² In dieser Arbeit wird der Begriff Rassismus deshalb ausschließlich verwendet, wenn sich Autoren direkt auf ihn beziehen. Man muß sich allerdings auch darüber im klaren sein, daß der Begriff Rassismus aufgrund der Assoziationen, die er hervorruft, die Tragweite von Ausgrenzungspraktiken besonders deutlich macht.

⁵³³ vergl. Hamburger 81994): 60

⁵³⁴ vergl. Knecht, Michi (1993): Bilder - Texte - Macht, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 273-301: 280ff

Allerdings kann ich niemals sicher sein, daß der Andere nicht seinerseits wieder mich zu seinem Objekt macht.“⁵³⁵

Der Prozeß der Entsubjektivierung bringt es mit sich, daß eine Verweigerung der Auseinandersetzung für denjenigen, der seine Subjektivität gegenüber einem „Objekt-Anderen“ verteidigt, zur absoluten Notwendigkeit für den individuellen Identitätserhalt wird. Grundsätzlich kann der „Objekt-Andere“ zwar auf Basis derselben Mechanismen agieren, doch hängt die Durchsetzung von Objektivierungen dieser Art grundsätzlich von den gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten des jeweiligen „Subjekts“ ab. Wenn eine Mehrheitsgesellschaft also sich selbst zum Zentrum macht, werden Minderheiten kaum eine Möglichkeit haben, ihre Subjektivität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zum Ausdruck zu bringen. Auf der Basis der Entsubjektivierung können gesellschaftliche Spannungen von der Mehrheitsgesellschaft auf Minderheiten verlagert werden:

„Das Vorhandensein unterprivilegierten Minoritäten gibt gewissen Angehörigen der Majorität Gelegenheit, ihre eigenen Spannungen in Vorurteilen und unter Umständen in Gewalttätigkeiten zu entladen.“⁵³⁶

Der Verlust von Sicherheit und Orientierung innerhalb der Mehrheitsgesellschaft kann dazu führen, daß eigene Verunsicherung mittels Feindbildern auf Schwächere übertragen wird.⁵³⁷

Für die Unfähigkeit, sich auf Fremdes oder Andere einzulassen, wird teils ein fehlendes Wahrnehmungsvermögen auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft verantwortlich gemacht:

„Diese ‚Nicht-Wahrnehmung‘, die Verdrängung des Emotionalen, des Nicht-Rationalen hat dazu beigetragen, daß der Umgang mit seelischen Konflikten und damit auch mit Kulturkonflikten nicht entscheidend verbessert wurde. ... Wir glauben, mit unserem Kopf die Wirklichkeit zu gestalten, Leben zu formen. Ein ‚nichtvorhersehbares Schicksal‘, das Fatum, ist uns letztendlich fremd, nicht vorstellbar. Die Frage ist, ob wir mit unseren Prinzipien, mit unseren Begriffen und Denkweisen andere Kulturen überhaupt angemessen begreifen können, ob wir das ‚Sich-Einfühlen‘ nicht wieder lernen müssen, in die eigene und die fremde Kultur. ... Kaum wahrgenommen werden im Umgang zwischen Mehrheit und Minderheit die meisten, auch emotional verankerten kulturellen Unterschiede ... Durch die unzureichende emotionale Auseinandersetzung mit anderen Kulturen werden auch positive Erfahrungen verhindert. Denn unterschiedliche kulturelle Lebensformen sind ein wichtiges Potential für die schöpferische Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur.“⁵³⁸

Folgt man diesem Ansatz, so wird deutlich, daß wechselseitige Auseinandersetzung nicht nur auf die Auseinandersetzung mit neuen, teils fremden Impulsen angewiesen ist, sondern daß auch der eigene Bezugsrahmen – in diesem Fall der der Mehrheitsgesellschaft – in einen Prozeß der grundsätzlichen Auseinandersetzung einbezogen und hinterfragt werden muß.

⁵³⁵ Bender, Wolfgang (1994): Halbierete Gerechtigkeit – Von der Verdrängung des Fremden aus dem Bewußtsein, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 157-165: 157f, Hervorheb. im Original

⁵³⁶ Hofstätter (1973): 391

⁵³⁷ vergl. Bauriedl, Thea (1992): Feindbild „Ausländer“. Zur Psychologie der Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft, in: Aziz, Namo (1992) (Hg.): Fremd in einem kalten Land. Ausländer in Deutschland, Freiburg 1992, S. 156-170: 158

⁵³⁸ Winkler, Beate (1993c): Spannungsfelder des Zusammenlebens, in: dies. (1993a) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 63-94: 76f

Auseinandersetzung bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, daß das Fremde un widersprochen akzeptiert werden muß. Es geht vielmehr zunächst darum, überhaupt einen konstruktiven Dialog einzuleiten:

„Denn Dialog ist nicht gleichbedeutend mit Übereinstimmungen in Haltungen, Anschauungen, Sichtweisen, sondern heißt Ertragen von Konflikten, Aushalten von Spannungen. Es schließt ein: Offenheit, die über das Eigene hinausgeht und sich zu etwas Neuem, Anderen entwickelt. Dies in einem partnerschaftlichen Prozeß, der ein ‚oben und unten‘ zu meiden versucht. Es verlangt eine Haltung zu entwickeln, die das Zusammenleben mit ethnischen Minderheiten nicht dulddend hinnimmt, sondern die Chancen und kreativen Möglichkeiten dieser Situation begreift.“⁵³⁹

Eine grundsätzliche Offenheit bildet also den notwendigen Hintergrund, vor dem sich Anerkennung überhaupt erst entwickeln kann. Es wird in den folgenden Kapiteln noch zu untersuchen sein, warum die deutsche Mehrheitsgesellschaft über eine solche Offenheit noch nicht verfügt beziehungsweise warum Konflikte nicht ausgetragen und gelebt werden (können).

Für die Angehörigen von Minderheiten hat eine Verweigerung der Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft zur Folge, daß sie sich im Zuge der Identitätsbildung eher an ihrer Herkunftsgruppe orientieren müssen, um als die anerkannt zu werden, als die sie selbst sich sehen:

„Der Konflikt zwischen eigenen, ansozialisierten Normen und Werten und den Anforderungen der Aufnahmegesellschaft führt zu Identitätsproblemen – da der Migrant den von ihm vertretenen Standpunkt einem Außenstehenden häufig nicht plausibel machen kann, ist er darauf angewiesen, sich die Richtigkeit seiner Entscheidungen von Autoritäten bestätigen zu lassen.“⁵⁴⁰

Damit wird jedoch die Distanz zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit bekräftigt und außerdem ein möglicher Identifikationsraum eingeschränkt. Solange die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft die Mitglieder von Minderheiten nicht als Individuen anerkennen, bleibt diesen die Darstellung ihrer subjektiven Einzigartigkeit versagt. Dies führt wiederum dazu, daß der Kreislauf der Vorurteilsbildung nicht durchbrochen werden kann, da hierzu ja gerade die Individualität des Einzelnen wahrgenommen werden müßte.

Betrachtet man die sozio-kulturelle Integration der ausländischen Bevölkerung, so sollte man eigentlich annehmen, daß mit einer Zunahme der Aufenthaltsdauer in Deutschland und einer Verbesserung der Sprachkenntnisse auch eine Intensivierung der Kontakte zwischen den Migranten und der Mehrheitsgesellschaft erfolgt. Dies ist allerdings nicht der Fall. Seit Anfang der neunziger Jahre zeichnet sich im Gegenteil ein Rückgang der kulturübergreifenden Beziehungen und Freundschaften ab:

„Dieser starke Rückgang interethnischer Freundschaften muß als Indiz für eine wachsende Distanz zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung gewertet werden. Besonders ausgeprägt war die soziale Segregation bei türkischen Zuwanderern und deren Kindern. Von ihnen hatte 1994 nur ein Drittel eine deutsche Kontaktperson (1992: 37%; 1994: 33%).“⁵⁴¹

⁵³⁹ Winkler (1993c): 74

⁵⁴⁰ Matter (1988): 240

⁵⁴¹ Münz / Seifert / Ulrich (1997). 102

Vor dem Hintergrund einer solch geringen Kontaktdichte ist es natürlich schwierig, Perspektiven für eine wechselseitige Anerkennung zu entwickeln.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in Migrationsgesellschaften folgende Prozesse der Anerkennung und Abstoßung wirksam sind:

- Die soziale Wahrnehmung funktioniert in Kategorien. Wenn die Mehrheitsgesellschaft sich selbst als Maß der Dinge betrachtet, werden Minderheiten als die Anderen wahrgenommen. Diese Perspektive verfestigt Abgrenzungen.
- Typisierungen führen dazu, daß Individuen, die in eine Kategorie eingeordnet wurden, nicht mehr in ihrer Individualität wahrgenommen werden können.
- Ein Prozeß der Entsubjektivierung, in dem Migranten zu Objekten gemacht werden, kann Spannungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft auf Minderheiten übertragen. Wenn die Mehrheitsgesellschaft ihre Eigenperspektive als „Zentrum“ verteidigt, können Minderheiten ihre Subjektivität kaum auf gesellschaftlicher Ebene zum Ausdruck bringen.
- Solche Abgrenzungsmechanismen stehen Prozessen der Auseinandersetzung entgegen.

4.5 Rollenmöglichkeiten und Einfühlungsvermögen

Rollenmöglichkeiten hängen zum einen von individuellen Fähigkeiten und Vorstellungen ab, zum anderen davon, wie das soziale Umfeld auf die Entscheidungen des Individuums, das eine Rolle übernehmen möchte, reagiert, nämlich mit Anerkennung oder Verweigerung der Anerkennung. Die Fähigkeit zur Empathie, also zum Einfühlen in andere, bildet die Voraussetzung dafür, andere mit ihrem spezifischen Rollenrepertoire zu verstehen. Im folgenden soll dargestellt werden, welche Rollen Migranten von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben werden beziehungsweise welche die Migranten selbst gerne übernehmen würden. Vor allem im Hinblick auf den Arbeitsmarkt lassen sich verschiedene Ausgrenzungsmechanismen darstellen, die die ausländische Bevölkerung in der Rollenübernahme einschränken können.

Die Bedeutung von Empathie, also der Fähigkeit, sich in andere Menschen hineinzusetzen, wurde bereits im Zusammenhang mit der allgemeinen Identitätsentwicklung beschrieben. Wird ein solches Einfühlungsvermögen verweigert, kann die Rollenübernahme in der Interaktion verhindert werden, da die Intentionen desjenigen, der eine Rolle übernehmen möchte, nicht erkannt werden. Verweigerter Empathie kann auch die Selbstwahrnehmung des verweigernden Individuums verändern. Am Beispiel von bestimmten Rollenzuschreibungen soll deshalb dargestellt

werden, wie sich das Selbstbild positiv verändert, wenn subjektives Unbehagen auf andere projiziert werden kann.

4.5.1 Rollenzuweisung durch die Mehrheitsgesellschaft

Betrachtet man die Möglichkeit der Rollenübernahme im interkulturellen Kontext, so ist anzunehmen, daß aufgrund der bereits dargestellten Definitionsmacht der deutschen Mehrheitsgesellschaft der Zugang zu bestimmten Rollen für Angehörige von Minderheiten nicht freisteht. Betrachtet man, warum viele Zuwanderer überhaupt in Deutschland leben, nämlich aufgrund ihrer einstigen Anwerbung als Arbeitskräfte, so wird augenscheinlich, daß den Angehörigen von Minderheiten von vornherein eine bestimmte Rolle in der sozialen Realität zugeschrieben wurde. In der Anwerbephase nahmen sie beispielsweise die unteren Positionen auf dem Arbeitsmarkt ein und sorgten so für einen Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft.⁵⁴² Die deutsche Mehrheitsgesellschaft konnte also das eigene Rollenrepertoire verbessern.

Da diesen einstigen Gastarbeitern der Status als Einwanderer weiterhin versagt bleibt, läßt sich daraus eine andauernde Beschränkung der Rollenmöglichkeiten ableiten. Wenn die Mehrheitsgesellschaft die Anerkennung bestimmter Rollen, sei es im beruflichen, sozialen oder politischen Bereich, versagt, wird der Handlungsspielraum der Betroffenen beschränkt. Dies kann sich darin äußern, daß beispielsweise Jugendliche bei der Berufswahl dadurch eingeschränkt sind, daß einige Arbeitgeber grundsätzlich keine ausländischen Jugendlichen einstellen. Solche Voraussetzungen können das individuelle Selbstwertgefühl beeinträchtigen.⁵⁴³

In einer Studie über die Berufsorientierung der „Zweiten Generation“, also der Kinder der Gastarbeiter, die seit den sechziger Jahren angeworben wurden, zeigen sich die hohen Ansprüche, die die Jugendlichen im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft haben. Gleichzeitig sehen diese Jugendlichen zwischen ihren Rollenwünschen und ihren Rollenmöglichkeiten starke Diskrepanzen. Sie führen eine Einschränkung ihrer Zukunftsaussichten auf Diskriminierung sowie auf mangelnde schulische und berufliche Qualifikationen zurück.⁵⁴⁴ Wenn die Mobilitätsorientierung der ausländischen Jugendlichen durch die Verweigerung bestimmter Rollen eingeschränkt wird, senken diese häufig ihre Ansprüche und fügen sich in die Rollen, die ihnen offenstehen.⁵⁴⁵

⁵⁴² vergl. Heckmann (1992): 81

⁵⁴³ vergl. Hoffmann (1990): 201

⁵⁴⁴ vergl. Wilpert (1980): 90

⁵⁴⁵ vergl. Wilpert (1980): 140

Im Zeitraum zwischen 1985 und 1994 hat sich zwar die schulische Ausbildung der ausländischen Jugendlichen verbessert, doch liegt ihr Qualifikationsniveau immer noch unter dem der deutschen Schüler:

„Der Anteil der jungen Ausländer mit Realschulabschluß stieg in diesem Zeitraum von 19% auf 27%. Der Anteil der Abiturienten verdoppelte sich nahezu von 5,6% auf knapp unter 10% ... Der Anteil der Hauptschulabsolventen und der ausländischen Jugendlichen ohne Bildungsabschluß verringerte sich dagegen von 76% auf 64%. ... Im Gegensatz dazu verlassen nur rund 37% der deutschen Kinder die Schule ohne Abschluß oder lediglich mit Hauptschulabschluß.“⁵⁴⁶

Für eine umfassendere Analyse der unterschiedlichen Qualifikationsniveaus müßten natürlich die Gründe für das schlechtere Abschneiden ausländischer Schüler näher beleuchtet werden. Im Hinblick auf mögliche Berufsrollen, die die ausländischen Jugendlichen anstreben, wird jedoch deutlich, daß ihre Chancen sehr begrenzt sind.

Betrachtet man die Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten ausländischer Arbeitnehmer, so zeigt sich, daß der Arbeitsmarkt für sie teils segmentiert ist:

„Die Mobilitätsanalyse zeigt, daß der Arbeitsmarkt zumindest für westdeutsche Arbeitnehmer offensichtlich nicht besonders stark segmentiert ist. Deutschen Beschäftigten gelingt es in hohem Maße, das unspezifische Beschäftigungssegment [Tätigkeiten mit geringer Qualifikation] wieder zu verlassen. Bei ausländischen Beschäftigten ist dies hingegen viel seltener der Fall. Dies kann auf einen segmentierten Arbeitsmarkt zurückzuführen sein. Von Einfluß dürften allerdings noch zwei weitere Faktoren sein: der im Schnitt niedrigere Bildungsgrad der Ausländer in Deutschland und die Tatsache, daß im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse hier in vielen Fällen nicht anerkannt werden. Vor allem der höhere Anteil der zweiten Generation in qualifizierteren Segmenten des Arbeitsmarktes deutet jedoch eindeutig darauf hin, daß diese für Ausländer nicht generell verschlossen sind.“⁵⁴⁷

Obwohl sich die Beschäftigungsentwicklung zumindest für die zweite Generation also eher positiv darstellt, muß dennoch festgestellt werden, daß die Rollenmöglichkeiten ausländischer Arbeitnehmer eingeschränkter sind als die der deutschen.

Eine strukturelle Benachteiligung ausländischer Arbeitnehmer tritt deutlicher zutage, wenn man den beruflichen Werdegang bei gleicher Qualifikation der deutschen und ausländischen Arbeitnehmer vergleicht:

„Im Vergleich zu Deutschen mit Hauptschulabschluß sind Ausländer öfter als angelernte Arbeiter und seltener als mittlere und höhere Angestellte tätig. Ausländische Beschäftigte mit Mittlerer Reife erreichen seltener mittlere und höhere Angestelltenpositionen und sind häufiger in un- und angelernten Arbeiterberufen zu finden, Deutsche mit gleichem Bildungsgrad hingegen praktisch nie. Die Analyse zeigt eindeutig, daß ausländische Beschäftigte bei gleichem Bildungsgrad nicht so leicht in Angestelltenpositionen gelangen wie deutsche Arbeitnehmer.“⁵⁴⁸

Dieser Vergleich zeigt, daß die Rollenmöglichkeiten ausländischer Arbeitnehmer nicht nur durch ihre Qualifikation eingeschränkt werden.

⁵⁴⁶ Münz / Seifert / Ulrich (1997). 70

⁵⁴⁷ Münz / Seifert / Ulrich (1997). 95

⁵⁴⁸ Münz / Seifert / Ulrich (1997). 103

Auch der Faktor Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung wirkt sich im Bereich der Rollenübernahme aus. Dabei muß die gewünschte Rolle, die von der Mehrheitsgesellschaft verweigert wird, nicht unbedingt dem konkret-praktischen Bereich (Berufswahl) entstammen, sondern es können auch abstraktere Rollenvorstellungen, die Beliebtheit oder die Zugehörigkeit zu Freundschaftsgruppen umfassen, betroffen sein, so daß den Angehörigen von Minderheiten die Teilhabe durch schlichte Nichtanerkennung verwehrt wird.

4.5.2 Empathie als Basis für Auseinandersetzung

Auch Einfühlungsvermögen, die sogenannte Empathie, hängt von den Prozessen der Anerkennung und Nichtanerkennung ab. Wie bereits dargestellt, werden Angehörige von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft oft einer Art Entpersonalisierungsprozeß unterzogen. Sie werden nur noch als Gruppenmitglieder wahrgenommen, was die individuelle Auseinandersetzung zu vermeiden hilft. Gerade die Zuweisung von Vorurteilen und die Bildung von Stereotypen führt aber dazu, daß Empathie unmöglich wird. Die Zuweisung von Rollen durch die Mehrheitsgesellschaft kann für diese auch eine entlastende Funktion haben. So wies Rätzel in einer Befragung von Studentinnen nach, daß durch die Rollenzuschreibung die eigene Position innerhalb der Gesellschaft auf der Ebene des subjektiven Empfindens verbessert werden kann. Indem die deutschen Studentinnen türkische Frauen tendenziell in einer Opferrolle sahen, konnten sie ihre Selbstwahrnehmung im Vergleich mit dieser zugeschriebenen Rolle aufwerten. Dabei besteht ein enger wechselseitiger Bezug zwischen Rollenzuweisung und Selbsteinordnung: „Bilder der anderen sind ... in bestimmter Hinsicht das negative Gegenbild unseres Selbst.“⁵⁴⁹

Eine andere Untersuchung zur Rollenunzufriedenheit von deutschen Frauen kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Die befragten Frauen bewerteten ihre Rollenmöglichkeiten im Vergleich zu ihren individuellen Ansprüchen als unzureichend. Betrachteten diese Frauen jedoch ihre eigene Position im Vergleich zu ausländischen Frauen, so wurde die eigene Unzufriedenheit im Zuge dieses Vergleichs negiert:

„Zusammengefaßt bedeuten die Untersuchungsergebnisse, daß deutsche Frauen ein hohes Maß an Unzufriedenheit spüren, wenn sie sich zu ihren Lebensbedingungen äußern. Wenn sie sich jedoch mit eingewanderten Frauen vergleichen, täuschen sie sich über ihre Frustrationen zwischen uneingelöstem Emanzipationsideal und Alltagsmühle hinweg, indem sie so tun, als hätten sie dieses Ideal verwirklicht. Sie schreiben ihre täglichen Enttäuschungen eingewanderten Frauen zu.“⁵⁵⁰

⁵⁴⁹ Rätzel, Nora (1993): Selbstunterwerfung in Bildern der anderen. Zur Beziehung von ethnischen Verhältnissen, Geschlechterverhältnissen und Klassenverhältnissen, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 145-175: 165

⁵⁵⁰ Mansfeld, Cornelia (1993): Frauen als Fremde – Frauen und Fremdenfeindlichkeit, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 87-98: 93f

Die fehlende Empathie führt also dazu, daß zum einen die ausländischen Frauen mit ihrem Rollenrepertoire überhaupt nicht erkannt werden. Zum anderen führt sie allerdings auch dazu, daß die deutschen Frauen, indem sie ihre Unzufriedenheit durch Projektion negieren, für sich keine erweiterten Rollenmöglichkeiten einfordern, sondern die Rollenzuweisungen, mit denen sie selbst konfrontiert sind, bestätigen und aufrechterhalten.

So wird diese Form der Abgrenzung auch als Mittel interpretiert, um eigene, widersprüchliche Rollen weiterhin erfüllen zu können:

„Die ... festgestellte starke Abgrenzung deutscher Frauen von eingewanderten Frauen bietet ... narzißtische Befriedigung: Im Vergleich zu ihnen fühlen wir uns durchsetzungsfähig, emanzipierter, attraktiver, modischer, schöner. Wir erfüllen weibliche Rollen, fremde Frauen nicht. Die Abgrenzung von fremden Frauen, die uns möglich ist, weil wir ein wirkliches Kennenlernen verweigern, versetzt uns also immer neu in die Lage, unsere einander widersprechenden Rollen zu erfüllen, Anpassung zu leisten. Wir sind ihnen gegenüber besserwisserisch und hochnäsiger, damit wir aushalten, was uns zugemutet wird.“⁵⁵¹

Die befragten deutschen Frauen sind eigentlich selbst von verweigerter Empathie betroffen, machen sich jedoch diesen Mechanismus zu eigen und geben ihn weiter.

Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, daß verweigerter Empathie nicht nur für die Wahrnehmung von Migranten, sondern auch für die Eigenperspektive der Mehrheitsgesellschaft von Bedeutung ist. Die Nichtthematisierung der Probleme, die die Aufnahmegesellschaft mit Zuwanderern hat, offenbart einen Mangel an Einfühlungsvermögen in die eigene Identitätsproblematik der Mehrheitsgesellschaft:

„Ausländerforschung ist vor allem am Eigenleben der Fremden interessiert. Zwar stellt die Residenzgesellschaft unübersehbar eine Rahmenbedingung dar, ganz selten jedoch erfahren wir etwas über die Wir-Sie-Beziehung, also über unser Verhältnis zu den ethnischen Gruppen. Die Schwierigkeiten der Fremden sind ausschließlich ‚Integrationsprobleme‘.“⁵⁵²

Diese verweigerter Empathie im Hinblick auf einen notwendigen Identitätswandel seitens der Mehrheitsgesellschaft ruft Kritik hervor. Arbeitsmigration sollte eigentlich als „legitimes Identitätselement“ der deutschen Identität betrachtet werden, doch gebe es bisher noch keinen „neuartigen Identitätswurf mit dem Fremden als irgendwie relevante Größe“.⁵⁵³

Bisher ist es eher so, daß die deutsche Mehrheitsgesellschaft durch die Verweigerung von Empathie in ihre eigene Situation und die der Migranten eine defensive Abgrenzung betreibt, die dazu dient, die bisher bestehende Eigenwelt nicht modifizieren zu müssen. Man könnte diese Strategie als „Kontaktmeidung zur Konfliktvermeidung“ bezeichnen.⁵⁵⁴

Es stellt sich natürlich auch die Frage, inwiefern Migranten sich in die Lebenszusammenhänge der Mehrheitsgesellschaft einfühlen. Ein doppelter Begründungszusammenhang, in dem

⁵⁵¹ Mansfeld (1993): 95

⁵⁵²: Schilling (1988b): 592

⁵⁵³ vergl. Schilling (1988b): 593

⁵⁵⁴ vergl. Schilling (1988b): 595

Migranten sich befinden, zwingt sie, sich zumindest zu ihrer eigenen Kultur in ein bewußtes Verhältnis zu setzen:

„Die ex-zentrische Position setzt den Arbeitsmigranten unter einen doppelten Begründungszwang. In der Fremde muß er (sich selbst und anderen gegenüber) begründen, warum er an bestimmten Verhaltensweisen, Normen und Werten der eigenen Kultur in einem Kontext festhält, in dem sie ihre Selbstverständlichkeit nicht mehr besitzen. Bei seinen Urlaubsaufenthalten in der Heimat sieht er sich umgekehrt dazu genötigt zu rechtfertigen, warum er bestimmte Aspekte seiner Kultur aufgegeben hat. In diesem doppelten Prozeß wird die Stellung zur eigenen Kultur deutlich und bewußt.“⁵⁵⁵

Es ist allerdings zu fragen, inwieweit die veränderten Bezüge zur eigenen Kultur genutzt werden können, um der Kultur der Mehrheitsgesellschaft Empathie entgegenzubringen. Diese Arbeit richtet zwar ein Hauptaugenmerk auf die Perspektive, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Verhältnis zu anderen Kulturen entwickelt, doch muß man sich darüber im klaren sein, daß wechselseitige Anerkennung natürlich auf den Aufbau wechselseitiger Bezüge angewiesen ist.

Die Rollenübernahme in Migrationsgesellschaften sowie Einfühlungsvermögen gegenüber den Rollenrepertoires von Interaktionspartnern umfassen also folgende Perspektiven:

- Zwischen den Rollenerwartungen und den Rollenmöglichkeiten von Migranten bestehen häufig Diskrepanzen. Im Berufssektor beispielsweise können Zuwanderer häufig nicht die Positionen erreichen, die sie anstreben, da ihr Qualifikationsniveau nicht ausreicht und sie sich Diskriminierungen ausgesetzt sehen.
- Fehlendes Einfühlungsvermögen seitens der Mehrheitsgesellschaft führt dazu, daß Minderheiten in ihren Rollenansprüchen und in den Rollen, die sie aus ihrer Eigenperspektive inne haben, überhaupt nicht erkannt werden.
- Eine Verweigerung von Empathie ermöglicht es der Mehrheitsgesellschaft, ein positives Selbstbild zu wahren, da dies durch die Abgrenzung von Minderheiten aufrechterhalten wird.
- Solche Projektionen führen jedoch dazu, daß die Mehrheitsgesellschaft ihre eigene Identitätsproblematik nicht mehr wahrnehmen kann.

Betrachtet man die vorherrschenden Abgrenzungsmechanismen bewußt, so stellt sich die Frage, warum der Widersinn einer verweigerten Auseinandersetzung nicht offener zutage tritt. Es liegt daher nahe, daß auf einer unbewußten Ebene weitere Mechanismen wirksam sein müssen, die eine Reflexion verhindern. Diese Ebene der unbewußten Strukturen soll im folgenden Kapitel näher betrachtet werden. Auf der Basis ethnopschoanalytischer Theorien soll dargelegt werden, wie gesellschaftliche Widersprüche unbewußt gemacht werden, um die Konfrontation mit Problemen zu verhindern und die Probleme selbst zu verschleiern.

⁵⁵⁵ Schiffauer, Werner (1988): Das Eigene und das Fremde. Bemerkungen zum Wandel von Fremd- und Selbstverständnis im Prozeß der Arbeitsmigration, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 255-262: 258

5 Ethnopschoanalytische Perspektiven von Fremdheit und Auseinandersetzung

Der Ethnopschoanalyse kommt bei der Betrachtung kultureller Prozesse in heterogenen Gesellschaften eine wachsende Bedeutung zu. Durch die Weiterentwicklung psychoanalytischer Modelle wird es möglich, individualpsychologische und kulturelle Phänomene in einen Zusammenhang zu bringen. Im folgenden soll dargestellt werden, wie sich das Verhältnis von Unbewußtheit und Kultur gestaltet. Am Beispiel der Arbeiten von Devereux wird der Weg vom individualpsychologischen Setting zu kulturübergreifenden Studien nachvollzogen. Fragen des Verhältnisses zwischen Eigenem und Fremdem, Möglichkeiten der Selbstreflexion als Resultat interkultureller Beziehungen, die gesellschaftliche Dimension von Unbewußtheit und das Problem der Machtperspektive sollen schließlich aus der Perspektive der neueren Ethnopschoanalyse erörtert werden.

5.1 Erste Beziehungen zwischen Psychoanalyse und Ethnologie

In der Diskussion um die Anfänge der Ethnopschoanalyse wird meist das Werk „Totem und Tabu“ von Freud als erster Versuch gewertet, psychoanalytische Methoden auf die Ethnologie zu übertragen. In der Abhandlung, die zwischen 1912 und 1913 entstand, wendete Freud anhand ethnographischen Materials Erkenntnisse der Psychoanalyse auf fremde Kulturen an.

Freuds kulturtheoretische Ansätze wurden zwar von der Kulturwissenschaft nicht aufgegriffen, doch entstand auf der Basis seiner Psychologie des Unbewußten eine erste Verknüpfung von individuellen und kulturellen Aspekten. Unbewußtheit wurde von Psychoanalytikern und Ethnologen verstärkt unter kultureller Perspektive betrachtet. Deshalb sollen hier die psychoanalytischen Grundlagen, von denen die Ethnopschoanalyse ausgeht, dargestellt werden.

5.1.1 Verknüpfung individueller und kultureller Aspekte

Problematisch an Freuds Ausführungen ist zunächst einmal sein evolutionistischer Ansatz, der das Seelenleben der „Wilden“ als Vorstufe der Entwicklung der westlichen Zivilisation betrachtet.⁵⁵⁶ Sein Vergleich von Tabuverboten mit neurotischen Symptomen⁵⁵⁷ birgt außerdem die Gefahr der Pathologisierung von kulturellen Elementen. Diese Mängel an Freuds kulturübergreifenden An-

⁵⁵⁶ vergl. Freud, Sigmund (1912/13): Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, in: ders. (1974): Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt 1974, S. 287-444: 295

⁵⁵⁷ vergl. Freud (1912/13): 341ff

sätzen führten dazu, daß seine Kritiker das Werk nicht als wirklichen Beitrag zur Ethnologie fremder Kulturen werteten.⁵⁵⁸

In der amerikanischen und britischen Ethnologie und vor allem in der amerikanischen Kulturanthropologie rückten jedoch zunehmend Fragen nach den Zusammenhängen von Individualanalyse und Kultur in den Vordergrund. Von ethnologischer Seite wurde allerdings nicht Freuds Kulturtheorie, sondern seine Psychologie des Unbewußten aufgegriffen.⁵⁵⁹ Die ethnologische Anwendung von psychoanalytischen Erkenntnissen bringt eine Veränderung des ursprünglichen Settings der Psychoanalyse mit sich. Wo von Analytikern Subjekte behandelt werden, werden unter ethnologischen Prämissen beispielsweise Stammesgesellschaften zu Untersuchungsobjekten. Deshalb sollte in diesem Zusammenhang nicht von der Anwendung der Psychoanalyse, sondern von der Auswertung ethnologischen Materials auf der Basis von psychoanalytischen Theorien gesprochen werden.⁵⁶⁰

5.1.2 Die Entstehung von Unbewußtheit

Bevor auf die weiteren ethnologischen Entwicklungen bei der Anwendung psychoanalytischer Erkenntnisse eingegangen wird, scheint es ratsam, auf ein weiteres Werk Freuds hinzuweisen, das im Zusammenhang mit Parins und Erdheims Vorgehensweise noch von Bedeutung sein wird. In „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ (1921) knüpfte Freud die Verbindung von Individual- und Sozialpsychologie, die für das Erkennen des „Unbewußten in der Kultur“, das Erdheim thematisiert, einen wichtigen Ansatzpunkt bildete. Laut Freud kann die Betrachtung der Lage des einzelnen nicht ohne die Betrachtung der Beziehungen zu anderen Individuen auskommen:

„Im Seelenleben des Einzelnen kommt ganz regelmäßig der andere als Vorbild, als Objekt, als Helfer und als Gegner in Betracht, und die Individualpsychologie ist daher von Anfang an auch gleichzeitig Sozialpsychologie in diesem erweiterten, aber durchaus berechtigten Sinne.“⁵⁶¹

Die Verfassung des Individuums ist also unter anderem abhängig von den Beziehungen, die das Individuum zu seiner Außenwelt und zu anderen Individuen unterhält.

Als wichtige Aspekte seien im folgenden die Elemente aus „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ genannt, die für spätere ethnopsychanalytische Theorien noch von Bedeutung sein sollen. Bedeutsam ist die Unterscheidung des einzelnen Individuums vom Individuum in der Masse. In der Masse läßt sich für den einzelnen ein Gefühl von Macht erlangen, das das Ausleben von Trieben erlaubt, die sonst unterdrückt werden müßten. Durch die Anonymität der Masse

⁵⁵⁸ vergl. Reichmayr, Johannes (1995): Einführung in die Ethnopsychanalyse. Geschichte, Theorien und Methoden, Frankfurt 1995: 35

⁵⁵⁹ vergl. Reichmayr (1995): 37

⁵⁶⁰ vergl. Reichmayr (1995): 41f

⁵⁶¹ Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ders. (1974): Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt 1974, S. 61-134: 65

schwindet laut Freud außerdem das individuelle Verantwortungsgefühl.⁵⁶² Innerhalb der Masse verbreiten sich gleiche Gefühle durch Suggestion. Der Anteil des Bewußten an der Persönlichkeit schwindet bei einer gleichzeitigen Zunahme des unbewußten Anteils.⁵⁶³ Folgt man Freud, so denkt die Masse in Bildern, die einander assoziativ hervorrufen, ein Zustand, der dem des freien Phantasierens gleicht. Diese Bilder würden nicht auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit hin überprüft.⁵⁶⁴ Zwar bleibt Freud den Beweis dieser Thesen schuldig, doch scheinen sie insofern begründet, als gerade in der neueren Diskurstheorie wieder die Problematik von assoziativen Inhalten, von der Diskrepanz zwischen manifester und latenter Ebene, thematisiert wird.

Als Prinzip der Bindung von Individuen in einer Masse erkennt Freud den Eros. Hierfür spreche auch der Verweis, man tue etwas jemand anderem zuliebe.⁵⁶⁵ In der Masse werden Sexualtriebe umgelenkt. Als Beispiel nennt Freud die schwärmerische Verehrung eines Musikstars durch eine Masse von jungen Frauen. Im Prinzip müßten alle diese Frauen in direkter Konkurrenz zueinander stehen. Da ihr Ziel jedoch unerreichbar erscheint, kann das einigende Moment durchaus auch im gemeinsamen Triebverzicht liegen, über den Identifikation dann erfolgt.⁵⁶⁶ Die Ablenkung von Sexualtrieben erweist sich laut Freud als Basis für eine dauerhafte Bindung, da der eigentliche Trieb niemals ganz befriedigt werde.⁵⁶⁷ In Freuds Theorie der Massenpsychologie spielt außerdem die Gefahr schwindender Kritikfähigkeit eine wichtige Rolle. Auf regressivem Weg könne die Identifizierung zum Ersatz für eine libinöse Objektbindung werden. Die Hingabe des Ichs an ein Objekt könne dazu führen, daß die Kritikfunktion des Ichideals versagt:

„Das Objekt hat sich an die Stelle des Ichideals gesetzt.“⁵⁶⁸

Die Möglichkeit, sich bewußt zu einem Objekt in Beziehung zu setzen, entfällt damit, da dieses ja nun verinnerlicht ist. Das ursprünglich auf einer äußerlichen Ebene angesiedelte Verhältnis von Objekt und Individuum verlagert sich damit nach innen und wird unbewußt.

5.1.3 Psychodynamische Ansätze

Auch wenn Freuds Theorie die Anerkennung als Beitrag zur ethnologischen Theoriebildung zunächst versagt blieb, ging vom psychoanalytischen Instrumentarium doch eine gewisse Faszinati-

⁵⁶² vergl. Freud (1921): 69

⁵⁶³ Die wechselseitige Beeinflussung von Individuen in der Masse resultiert daraus, daß die Individuen sich in ihren Handlungen aufeinander beziehen und sich an einer geteilten sozialen Realität orientieren, was ja aus den Randbedingungen allgemeiner Interaktion hervorgeht. Die Bezugspunkte können eine Art faktische Geltung erlangen, da sie gerade von allen einer Gruppe (Masse) zugehörigen Individuen geteilt werden, so daß sie ab einem bestimmten Punkt nicht mehr in Frage gestellt werden.

⁵⁶⁴ vergl. Freud (1921): 71f

⁵⁶⁵ vergl. Freud (1921): 86f

⁵⁶⁶ vergl. Freud (1921): 112

⁵⁶⁷ vergl. Freud (1921): 129

⁵⁶⁸ Freud (1921): 106

on auf die Ethnologie aus, und weitere Verbindungen zwischen den beiden Disziplinen wurden gesucht und gefunden. Beispielsweise war Géza Róheim der erste Ethnologe, der eine psychoanalytische Ausbildung absolvierte.⁵⁶⁹ Zu Beginn der vierziger Jahre wurde Freuds psychoanalytisches Konzept von einer Reihe amerikanischer Psychoanalytiker revidiert. Sie vertraten psychodynamische Ansätze, in denen „psychische Gegebenheiten immer als kulturspezifisch strukturiert“ angesehen wurden.⁵⁷⁰ Hinzu kommt, daß Erikson das psychoanalytische Phasenmodell der Triebentwicklung um die Entwicklung der Ich-Funktionen erweiterte und anhand des menschlichen Lebenszyklus den Begriff der Identität skizzierte.⁵⁷¹ Diese Entwicklung begünstigte eine Verbindung von kulturtheoretischen und psychoanalytischen Ansätzen, so daß das Verhältnis von Individuum und Kultur nun in seiner Wechselbeziehung betrachtet werden konnte. Der Weg zur Ethnopsychanalyse war markiert.

Freuds Schritt von der Hypnose zur Konzentrationsmethode, bei der der Patient seine Vergangenheit bewußt bearbeitet, war ein wichtiger Eckpfeiler für diesen Weg. Erinnerungen sollten nun nicht mehr ausgelöscht werden, sondern das Wissen um die eigene Vergangenheit wurde zum Element der Gesundheit erhoben.⁵⁷² Diese Bearbeitung des Unbewußten und Verdrängten, die von der Ethnopsychanalyse schließlich als Forderung ausgebaut wurde, ist bis heute eine drängende Notwendigkeit in der Methodik wissenschaftlicher Forschung.

<p>5.2 Angst und Methode nicht nur in der fremden Kultur – Verdrängung, Abwehr und Selbst-Modelle</p>

Der Begriff Ethnopsychanalyse geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf Georges Devereux zurück, der mit seinem Werk „Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften“ 1967 die Verbindung von psychologischen und gesellschaftlichen Prozessen wieder thematisierte.⁵⁷³ Devereux greift in seiner Arbeit neben dem Unbewußten und der fremden Kultur auch die eigene Kultur als Thema auf. Er sieht ein Komplementaritätsverhältnis zwischen soziologischen und psychologischen Analysen.⁵⁷⁴

Ethnopsychanalyse ist bei Devereux das Aufgreifen der Verbindungen zwischen Soziologie und Psychologie:

⁵⁶⁹ vergl. Reichmayr (1995): 45

⁵⁷⁰ vergl. Reichmayr (1995): 55

⁵⁷¹ vergl. Reichmayr (1995): 61

⁵⁷² vergl. Erdheim (1984): 176

⁵⁷³ vergl. Parin, Paul (1976): Das Mikroskop der vergleichenden Psychoanalyse und die Makrosozietät, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopsychanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 55-77: 56

⁵⁷⁴ vergl. Heinrichs, Hans-Jürgen (1981): Über Ethnopsychanalyse, Ethnopsychiatrie und Ethno-Hermeneutik, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theoriediskussion, Berlin 1993, 2. überarb. und erw. Aufl., S. 359-380: 375

„Die Ethnopschoanalyse wird von Devereux nicht als autonome Disziplin verstanden, die einen bestimmten Gegenstandsbereich und eine bestimmte herkömmliche Methodologie umgreift. Da ihr Blick sich auf die Relationen von Individuen und kollektiven Verbänden richtet, ist sie zumindest genötigt, ... von der Komplementarität von Soziologie und Psychologie auszugehen.“⁵⁷⁵

Die Ethnopschoanalyse unternimmt also den Versuch, Beziehungssysteme sowohl aus psychologischer als auch aus gesellschaftlicher Perspektive aufzugreifen.

Da die gesellschaftlichen Beziehungen im Hinblick auf Kultur und Geschichte sowie im Hinblick auf ihre psychischen Auswirkungen hochkomplex sind, erscheint die mehrdimensionale Betrachtungsweise der Ethnopschoanalyse als Notwendigkeit:

„Begründet werden kann die Notwendigkeit einer psychologische Sachverhalte einbeziehenden Ethnologie und, darüber hinausgehend, einer solchen Kulturtheorie mit der grundsätzlichen und zeitlosen Tatsache des Interdependenzverhältnisses von Kultur und Individuum (bzw. Gruppe); ebenso sind natürlich alle Interaktionen von Individuen untereinander durch psychische **und** kulturelle Faktoren beeinflusst. Hiermit lassen sich möglicherweise neue Antworten finden auf alte, für die Ethnologie zentrale Fragen; beispielsweise: Wie ist der Prozeß, durch den Kulturen ‚sich‘ perpetuieren, im Kontakt miteinander und durch geschichtliche Abläufe ‚sich‘ verändern, jeweils verbunden mit dem Leben, dem Tätigsein („Verhalten“), den rationalen und nicht-rationalen Haltungen resp. psychischen Mechanismen ihrer Mitglieder; in welchem Zusammenhang stehen Herrschaft, gesellschaftliche Verhältnisse und Widersprüche mit dem ‚Inneren‘ der ‚Träger‘ einer Kultur, gerade in Abhängigkeit von der besonderen historischen Situation im Verlauf der ‚vom Menschen gemachten‘ Geschichte...“⁵⁷⁶

Auf der Basis ethnopschoanalytischer Untersuchungen lassen sich also die Verflechtungen zwischen psychischen und gesellschaftlichen Strukturen fassen und zugleich vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen und kulturellen Entwicklung einordnen. Devereux machte unter anderem die Abwehrstrategien einer Kultur im Umgang mit fremden Kulturen zum Thema seiner Analysen und betrachtete die Entwicklung eines Selbst-Modells im Verhältnis zu Gruppenbeziehungen. Dabei kommen der Konflikthaftigkeit der intra- und interpersonalen Prozesse sowie der Dynamik kulturellen Wandels eine besondere Bedeutung zu.⁵⁷⁷

Die Problematik der Forschung in der eigenen Kultur stellt sich am Beispiel der Verdrängung folgendermaßen dar:

„Nur wenige Leute untersuchen die Komplexitäten ihrer eigenen Kultur und sind womöglich dazu auch gar nicht in der Lage, weil ihre kulturell erworbenen Abwehrstrategien ihnen helfen und sie zugleich dazu zwingen, einige ihrer latenten Implikationen zu verdunkeln.“⁵⁷⁸

Devereux verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, bei der Forschung nicht nur auf manifeste Inhalte zu achten, sondern auch auf den Wiederhall derselben im eigenen Unbewußten.⁵⁷⁹

⁵⁷⁵ Milkau-Kaufmann, Brigitte / Rötzer, Florian (1986): Georges Devereux. Zum Verständnis der Psychoanalyse als epistemologischer und kulturübergreifender Disziplin, in: Haase, Helga (1996) (Hg.): Ethnopschoanalyse. Wanderungen zwischen den Welten, Stuttgart 1996, S. 101-115: 109

⁵⁷⁶ Adler, Matthias (1993): Ethnopschoanalyse. Das Unbewußte in Wissenschaft und Kultur, Stuttgart/New York 1993: XI, Hervorheb. im Original

⁵⁷⁷ vergl. Adler (1993): 73

⁵⁷⁸ vergl. Devereux, Georges (1967): Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften, München 1973: 168

⁵⁷⁹ vergl. Devereux (1967): 344

Diese Notwendigkeit stößt allerdings auf der Forscherseite auf einen gewissen Punkt des „Bis hierhin und nicht weiter“, der die Angstgrenze markiert, bis zu der Erkenntnisse noch erträglich erscheinen.⁵⁸⁰ Gerade dieses „Bis hierhin und nicht weiter“ ist es jedoch, das in der interkulturellen Forschung bisher die notwendige Tiefgründigkeit vermissen läßt. Solange der eigene Standpunkt als gegeben betrachtet und unverrückbar der Selbstreflexion entzogen wird, können Probleme des interkulturellen Zusammenlebens nur auf einer äußerlichen Ebene thematisiert werden. Am Beispiel der Theoriebildung bei Parin und Erdheim wird auf das Moment der Selbstreflexion noch näher eingegangen werden.

Ein Beispiel für die Verdrängung unbewußter Implikationen und für die Abwehrstrategie, die dahinter steckt, soll hier ausführlich wiedergegeben werden:

„Eine Hausfrau aus Nebraska sagt zu ihrem Mann: ‚Wenn einer von uns stirbt, ziehe ich nach Los Angeles.‘ Ihr Mann könnte auf diese Bemerkung reagieren, indem er sie einfach auf die Unlogik ihrer Behauptung hinweisen würde: dieser ‚eine von uns‘, der stirbt, könnte ja auch die Frau selbst sein. In diesem Fall reagiert der Mann nur auf den manifesten Inhalt und die Form, die die Frau ihrem Gedanken verliehen hat. Er läßt es nicht zu, daß ihre implizite Botschaft: ‚Ich wünschte, Du wärest tot, so daß ich nach Los Angeles ziehen könnte‘, sein Unbewußtes erreicht und dort Widerhall findet. Er nimmt ihre Aussage auf der Ebene des Bewußtseins wahr (hält sie auf), bearbeitet sie dort und wirft sie ihr in Form einer logischen Analyse wieder zu. Ein Großteil der Verhaltenspsychiatrie funktioniert auf diese Art. Hätte er jedoch zugelassen, daß ihre implizite (unbewußte) Botschaft sein Unbewußtes erreicht hätte, würde er Ärger empfinden und möglicherweise nicht wissen, weshalb. An diesem Punkt könnte er sich entschließen, seinem Ärger auf den Grund zu gehen.“⁵⁸¹

Diese Situation zeigt, auf welche Art und Weise ein Individuum nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit aufnimmt und einen Teil verdrängt. Damit wird verhindert, daß das Individuum, in diesem Fall der Mann, die Komplexität der Situation verarbeitet und sich selbstreflexiv zu ihr in ein Verhältnis setzt. Gerade der Deutung von solchen Widerständen kommt in der Ethnopsychanalyse eine besondere Bedeutung zu.⁵⁸² Widerstände im Zuge der Forschung (aber natürlich auch im Alltagsleben) zwischen eigener und fremder Kultur können Verstehensprozesse blockieren:

„Die hartnäckigsten Störungen entstehen, weil der Forscher etwas *bewußt nicht verstehen kann, was er unbewußt gar nicht verstehen will*. Was am Fremden fremd bleibt, soll fremd bleiben, weil es droht, dem Forscher etwas über seine eigene Kultur, Rolle oder Person zu zeigen, das ihm selbst in einem bestimmten Sinne fremd ist. Das eigene Fremde ist das unbewußt Gewordene oder unbewußt Gemachte oder auch das Ungelebte in der eigenen Kultur oder Person. Störungen im Verstehen des Anderen und in den Beziehungen zu ihm verweisen auf Störungen im Verstehen der eigenen Kultur, Person oder Rolle. Erst was der Forscher an Fremdem an sich selber und an seiner eigenen Kultur wahrzunehmen gelernt hat, kann er auch in der fremden Kultur wahrnehmen und gewichten.“⁵⁸³

Verstehen ist also auf Selbstreflexion angewiesen. Um fremde Kulturen verstehen zu können, müssen die Bezüge zur eigenen Kultur relativiert werden.

⁵⁸⁰ vergl. Heinrichs (1981): 374

⁵⁸¹ Devereux (1967): 339

⁵⁸² vergl. Parin, Paul / Morgenthaler, Fritz / Parin-Matthèy, Goldy (1963): Die Weißen denken zuviel. Psychoanalytische Untersuchungen bei den Dogon in Westafrika, Frankfurt 1989: 531

⁵⁸³ Bosse, Hans (1994): Der fremde Mann. Jugend, Männlichkeit, Macht – Eine Ethnoanalyse (unter Mitarbeit von Werner Knauss), Frankfurt 1994: 15, Hervorheb. im Original

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Devereuxs Arbeit ist die Darstellung des Verhältnisses zwischen Menschen und die Dynamik von Gruppenbeziehungen. Devereux kommt hier zu ähnlichen Schlüssen wie Freud in seiner „Massenpsychologie und Ich-Analyse“. Der Mensch entwerfe Rangordnungen von anderen Menschen. Diese Ordnungen orientieren sich an der Kongruenz beziehungsweise an der Nichtkongruenz mit dem eigenen Selbst-Modell.⁵⁸⁴

Innerhalb von Gruppen ergibt sich schließlich eine Dynamik, die zur Verfestigung dieses Selbst-Modells beitrage:

„Das Selbst-Modell der Gruppe beeinflusst nachhaltig das Selbst-Modell des Einzelnen, und jeder Versuch, seine objektive Gültigkeit zu überprüfen, wird verübelt.“⁵⁸⁵

Gruppenbeziehungen ermöglichen also auf der einen Seite die Konstruktion von Differenz und verhindern gleichzeitig, daß diese konstruierte Differenz hinterfragt wird.

5.3 Ethnopschoanalytische Entwicklungen

Ausgehend von den grundlegenden theoretischen Verknüpfungen der Psychoanalyse mit der Ethnologie durch Freud und später durch Devereux erlebte die Ethnopschoanalyse in den siebziger und achtziger Jahren sowohl eine theoretische als auch eine praktische Weiterentwicklung. Kennzeichnend für die Vertreter dieser „neuen“ Ethnopschoanalyse ist eine „ausgesprochen kritische Haltung der eigenen Gesellschaft gegenüber“⁵⁸⁶.

Zunächst soll resümiert werden, was unter dem Begriff Ethnopschoanalyse in der neueren Forschung verstanden wird. Anschließend gilt es, die Ansätze von Parin und seiner Forschergruppe sowie von Mario Erdheim darzustellen. Schließlich soll anhand eines Essays von Hans-Jürgen Heinrichs die Verbindung zur Forschung zum Themenkomplex interkulturelles Zusammenleben geknüpft werden.

5.3.1 Ethnopschoanalyse als Kulturkritik

Von psychoanalytischer Seite wurde schon in den siebziger Jahren die Forderung erhoben, daß die Psychoanalyse zu den brennenden Fragen des Tages mit einer wissenschaftlich fundierten Kulturkritik, die zu einer Kritik der gesellschaftlichen Erscheinungen zu erweitern ist, Stellung zu nehmen habe.⁵⁸⁷ Für Kulturwissenschaftler stellt sich in diesem Zusammenhang die grundsätzli-

⁵⁸⁴ vergl. Devereux (1967): 193

⁵⁸⁵ Devereux (1967): 200

⁵⁸⁶ Adler (1993): 125

⁵⁸⁷ vergl. Parin, Paul (1978a): Warum die Psychoanalytiker zu ungern zu brennenden Zeitproblemen Stellung nehmen, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 7-19: 8f

che Frage, inwieweit es überhaupt geboten erscheint und möglich ist, psychoanalytische Theorien und Methoden als Nicht-Analytiker aufzugreifen und zu verwenden.

Erdheim verweist darauf, daß die Ethnopschoanalyse auf eine therapeutische Legitimation verzichten könne. Durch die Thematisierung von Fragestellungen aus dem Bereich fremder Kulturen und die Beziehung von Forscher und Informant entstehe eine kulturwissenschaftliche Forschungsstrategie. Tatsächlich habe die Fixierung der Psychoanalyse auf die therapeutische Situation bisher der Zuwendung zur sozialen Dimension des Unbewußten im Wege gestanden.⁵⁸⁸

Schon an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß es im Zusammenhang mit der Betrachtung des interkulturellen Zusammenlebens nicht darum geht, psychoanalytisch im therapeutischen Sinne vorzugehen. Vielmehr scheint es geboten, die Erkenntnisse der Psychoanalyse im Rahmen einer Kulturtheorie aufzugreifen, um dieser ein längst notwendig gewordenes Moment der Tiefgründigkeit - im Sinne einer Erkundung unbewußter Prozesse - zu verleihen. Allerdings soll in diesem Zusammenhang noch auf den Einwand von Heinrichs' hingewiesen werden, der die Methodik der Ethnopschoanalyse wie folgt beschreibt:

„Die Psychoanalyse als Instrument zur Kulturinterpretation anwenden heißt, primär nicht von Geschichte, objektiven kulturellen Verhältnissen und empirisch feststellbaren Lebens- und Arbeitszusammenhängen ausgehen, sondern von der kultur erzeugenden und kultur bestimmenden Macht des Unbewußten.“⁵⁸⁹

Eine solche Verengung des Blickwinkels würde jedoch die Möglichkeiten, die eine psychoanalytisch orientierte Kulturforschung mit sich bringt, wieder einschränken. Es ist nämlich notwendig, gerade von diesen Randbedingungen auszugehen, um an dem Punkt, an dem äußere Erklärungsansätze an ihre Grenzen stoßen, die Wechselwirkung mit dem Unbewußten in den Deutungsprozeß einzubeziehen.

5.3.2 Pendelbewegung zwischen eigener und fremder Kultur

Heinrichs stellt in seiner grundsätzlichen Darstellung der Ethnopschoanalyse das Verhältnis der ineinanderwirkenden Disziplinen wie folgt dar:

„Ethnopschoanalyse ist in ihrem Kern Ethnologie, unter Einbeziehung der Psychoanalyse. Sie ist Analyse der fremden Kultur und bezieht sich mit Notwendigkeit auch wieder auf die eigene Kultur zurück.“⁵⁹⁰

Wichtig an dieser ersten Standortbestimmung erscheint vor allem der Verweis auf die Notwendigkeit, die eigene Kultur im Forschungsprozeß ebenfalls als zu analysierende Entität zu begreifen.

⁵⁸⁸ vergl. Erdheim (1984): 24

⁵⁸⁹ Heinrichs, Hans-Jürgen (1989): Fenster zur Welt. Positionen der Moderne, Frankfurt 1989: 122

⁵⁹⁰ Heinrichs (1981): 360

Die eigene Kultur ist dabei aus psychoanalytischer Sicht eng mit Perspektiven des Fremden verbunden:

„Wenn Kultur tatsächlich dort entsteht und sich entwickelt, wo es zur Begegnung mit dem Fremden kommt, dann wird ihr immer etwas Fremdes und Unheimliches anhaften. ... Unsere Denkgewohnheiten sind jedoch anders. In der Regel gehen wir davon aus, Kultur sei etwas Vertrautes, das bereits in der Intimität zwischen Mutter und Kind seinen Anfang nehme.“⁵⁹¹

Diese auf dem von Freud dargelegten Antagonismus von Familie und Kultur basierende Argumentation deutet an, daß die eigene Kultur im Prinzip immer auf Fremdes angewiesen ist.

Wenn das Fremde jedoch als Qualität jenseits der eigenen Kultur gedacht wird, gefährdet eine Gesellschaft ihre eigene kulturelle Entwicklung:

„Das Verhältnis zum Fremden verkümmert zu einem Macht- und Verteidigungsverhältnis. ‚Kultur‘ ist gleichsam zu einer Festung geworden, und das Fremde zum Feind, der diese einzunehmen droht. Kulturen wie diese können sich Geschichte als Wandlung nicht mehr vorstellen. Ihre Fremdenfeindlichkeit bedeutet, daß sie sich ängstlich am Ende ihrer Geschichte wähnen, und es fragt sich, ob die Faszination am Fremden rechtzeitig wieder die Oberhand gewinnen und die Geschichte weitertreiben kann.“⁵⁹²

Damit wird Fremdenfeindlichkeit im Prinzip zur Feindlichkeit gegenüber der eigenen Kultur(entwicklung). Bei Heinrichs resultiert aus der Kulturanalyse auch Kulturkritik, weil sie Konflikte offenlegt:

„Ethnopschoanalyse ist Kulturanalyse und Kulturkritik. Ethnopschoanalyse kann klären helfen, was sich im einzelnen an objektiven Strukturen und Gewaltzusammenhängen niedergeschlagen hat und nach welchen Mechanismen sich Konformität und Ausschließung, Gemeinschaft und Solidarität bzw. Pseudosolidarität herstellen. ... Dabei wird Ethnopschoanalyse als Sozialwissenschaft erkennbar, die über die psychosoziale Rekonstruktion eines Konflikts die Funktion sozialer Institutionen und die Struktur der Gesellschaft mit aufklären hilft.“⁵⁹³

Heinrichs knüpft hier die Verbindung von Individuum und Gesellschaft, verbindet psychische Verfaßtheiten mit ihrer Bedingtheit durch das gesellschaftliche Umfeld und stellt somit einen geschlossenen Kreis der wechselseitigen Beeinflussung her. Gerade diese Perspektive ist es, die die Beschreibung des Niederschlags gesellschaftlicher in individuellen Strukturen ermöglicht. Die eingangs präsentierte Darstellung der Identitätsentwicklung ist zwar insofern zur Beschreibung individueller Befindlichkeiten geeignet, als sie individuelle Verfaßtheiten in ihrem gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Umfeld aufgreift, doch bleibt die Art und Weise, wie die Gesellschaft selbst unter psychoanalytischen Gesichtspunkten verfaßt ist, analytisch außen vor. So ist es auch nicht möglich, die Rückwirkung der Gesellschaftsstruktur auf das Individuum sowie den Zustand der Gesellschaft selbst auf der Ebene der Unbewußtheit darzustellen, wenn nur das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft, nicht aber dessen psychologische Manifestationen im Unbewußten analysiert werden können. Zu dieser Problematik äußert Heinrichs:

⁵⁹¹ Erdheim, Mario (1993): Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 163-182: 170

⁵⁹² Erdheim (1993): 169f

⁵⁹³ Heinrichs (1981): 377

„Die Ethnopsychoanalyse ist eine Sozialwissenschaft, insofern sie die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Umsetzung in der Lebensgeschichte des Einzelnen zu erfassen versucht. Konflikte und Widersprüche der Gesellschaft sind von der Ethnopsychoanalyse als Konflikte und Widersprüche im Subjekt analysierbar. Da der psychische Apparat nicht den Regeln und Gesetzen des gesellschaftlichen Apparats gehorcht, konnte für die Analyse der verinnerlichten Konflikte, der subjektiven Strukturen auch nicht die polit-ökonomische Analyse-Technik in Anspruch genommen werden. Dazu bedurfte es vielmehr der Psychoanalyse-Technik und -Theorie.“⁵⁹⁴

Gesellschaftliche Widersprüche werden also auf der Ebene der Unbewußtheit in das Individuum verlagert und müssen dort auch untersucht werden.

Damit das Individuum die Strukturen, die sich in sein Inneres verlagert haben, zugänglich machen kann, ist es erforderlich, die lebensgeschichtliche Entwicklung in eine Analyse einzubeziehen. Heinrichs nennt außerdem die Arbeit an „Beziehungs-Gestalten“ als wichtiges Moment der Bearbeitung.⁵⁹⁵

5.3.3 Das Verhältnis von Eigenem und Fremdem

Es geht der Ethnopsychoanalyse nicht nur um den Niederschlag der gesellschaftlichen Strukturen im zu analysierenden Subjekt, sondern auch um den Hintergrund des Verhältnisses von Bekanntem und Unbekanntem, von Fremdem und Eigenem. Heinrichs formuliert seinen Ansatz des Verstehens, das sich aus der Differenz ableitet, zwar etwas pathetisch, doch betont er die Notwendigkeit des Unterschieds zur Selbsterkennung und auch zur Weiterentwicklung des eigenen Standpunktes:

„Meistens glaubt man, man könne denjenigen am besten verstehen, der einem selbst am ähnlichsten ist. Tatsächlich aber verstehen wir nur aus der Differenz, der Unterschiedenheit heraus. Wäre nur Tag, wäre letztlich kein Tag; wäre nur Flut, wäre letztlich nie Flut; heiß empfinden wir nur im Verhältnis zu kalt; oben sehen wir nur im Verhältnis zu unten. Gleiches erschöpft sich so oft in bloßer Bestätigung - was schon viel ist. Letztlich aber ist es nur ein anderer Ausdruck für Leerlauf.“⁵⁹⁶

Dies mag als Einladung verstanden werden, den Differenzen in einer interkulturellen Gesellschaft - also einer Gesellschaft, in der die Angehörigen verschiedener Kulturen zusammenleben - mit positiver Haltung zu begegnen und Unterschiede als Basis für die eigene Entwicklung und die Bewußtmachung des eigenen Standpunktes zu nutzen. Die Möglichkeiten der Ethnopsychoanalyse beschreibt Heinrichs in diesem Zusammenhang folgendermaßen:

„Sie vermag es, das scheinbar Vertraute aus der Erkenntnis blockierenden Nähe wegzurücken und das scheinbar Fremde aus der Klischees produzierenden Ferne heranzuholen.“⁵⁹⁷

Es ist also sowohl eine distanzierte Betrachtung des Eigenen als auch eine aufgeschlossene Betrachtung des als fremd Empfundene notwendig.

⁵⁹⁴ Heinrichs (1981): 363

⁵⁹⁵ vergl. Heinrichs, Hans-Jürgen (1988): Das Unbewußte und das Fremde. Die Einflüsse von Psychoanalyse (Lacan) und Ethnologie (Leiris) auf die moderne Philosophie, in: Kemper, Peter (1988) (Hg.): ‚Postmoderne‘ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt 1988, S. 59-81: 74

⁵⁹⁶ Heinrichs, Hans-Jürgen (1992): Inmitten der Fremde. Von In- und Ausländern, Reinbek bei Hamburg 1992: 213

⁵⁹⁷ Heinrichs (1992): 144

Ein Prozeß des Verstehens, der auf dieser Basis eingeleitet werden könnte, umfaßt jedoch auch kritische Perspektiven:

„Das rückstandslose Verstehen des anderen läuft nicht nur auf dessen ideelle Tötung hinaus, sondern ebenso auf das Ende dessen, der derart totalisierend verstehen will: ihm wird das Gegenüber und damit die Existenzgrundlage genommen. Verstehen als Methode tendiert als Wille zum Wissen zum Auslösen dessen, der verstanden werden soll – eine Konsequenz, der nur zu entgehen ist, wenn man sich ... noch einmal deutlich vor Augen führt, daß Verstehen in erster Linie menschlicher Weltbezug und keine wissenschaftliche oder therapeutische Methode ist und daß vor allem ein recht aufgenommenes Verstehen die *Fremdheit* seines Gegenübers und somit dessen letztendliche Unverständlichkeit mitbedenken und anerkennen muß.“⁵⁹⁸

Verstehen kann also auch tendenziell eine gewisse Enteignung implizieren, nämlich dann, wenn Fremdheit aufgelöst werden soll. Eine Institutionalisierung von Verstehensprozessen kann vor diesem Hintergrund zu einer Pathologisierung der Gesellschaft führen. Im Zuge dieser Pathologisierung können sich Machtstrategien etablieren, da abweichendes Verhalten beispielsweise dann nicht mehr als Form „wohlbegründeter Aggressivität im Rahmen sozialer Konflikte“ angesehen werden kann.⁵⁹⁹ Nicht-Konformität könnte so in den Bereich der Krankheit verbannt werden beziehungsweise durch einen Prozeß des „Verstehens“ negiert werden. So kann es dazu kommen, daß der „Breite von Lebensformen und Existenzweisen zunehmend ein Recht auf ihr So-Sein ab[gesprochen wird]“⁶⁰⁰.

Andererseits kann der Versuch des Verstehens auch Momente der Befreiung für das verstehende Individuum mit sich bringen. Im Zuge der Fremdwahrnehmung kommt es zu einer Wahrnehmungsverzerrung, die in der Psychoanalyse als Regression bezeichnet wird. Diese Regression wiederum führt zu einer Wiederbelebung frühkindlicher Erlebnisweisen, von Affekten und Erinnerungen, und kann damit den Zugang zum Unbewußten des Betrachters freilegen:

„Regressive Prozesse schwächen jedoch nicht nur die im Alltag mehr oder minder gut funktionierende Realitätskontrolle, sondern sie können auch – weil es sich ja hier um einen psychisch-unbewußten Vorgang handelt – bislang unterdrückten und sozial verpönten Triebwünschen zum Durchbruch verhelfen. Auf kollektive Regressionsprozesse reagiert deshalb die Gesellschaft prophylaktisch mit einem klar umrissenen Repertoire von Verhaltensanordnungen, die dazu dienen, dem nicht unerheblichen Gefahrenpotential, das aus der Dynamik regressiver Zustände erwächst, gegenzusteuern.“⁶⁰¹

Der Verweis auf die Verhaltensanordnungen, mit dem die Gesellschaft diesem regressiven Potential begegnet, verdeutlicht einen ähnlichen Mechanismus wie er bereits im Zuge der Pathologisierung beschrieben wurde.

⁵⁹⁸ Brumlik, Micha (1984): Fremdheit und Konflikt. Programmatische Überlegungen zu einer Kritik der verstehenden Vernunft in der Sozialpädagogik, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 21-31: 26, Hervorheb. im Original

⁵⁹⁹ vergl. Brumlik (1984): 28f

⁶⁰⁰ Hamburger, Franz / Seus, Lydia / Wolter, Otto (1984): Über die Unmöglichkeit, Politik durch Pädagogik zu ersetzen. Reflexionen nach einer Untersuchung ‚Bedingungen und Verfestigungsprozesse der Delinquenz bei ausländischen Jugendlichen‘, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 32-42: 33

⁶⁰¹ Rohr, Elisabeth (1993): Faszination und Angst, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 133-162: 141

Das regressive Potential wird vom Individuum häufig nicht als positiv erlebt. Vielmehr ist die Begegnung mit dem Fremden oft zunächst durch Angsterfahrung geprägt:

„Die in der Begegnung mit Fremdem ausgelöste Angst, Verführung und Regression erzeugt ein Spannungsverhältnis, das zunächst nur durch ritualisierte Kommunikationsformen erträglich gemacht werden kann. Kompliziert wird dieses Spannungsverhältnis jedoch dann, wenn es sowohl an Ritualen wie auch an konkret verbalen Kommunikationsmöglichkeiten mangelt. Einen Zugang zum Fremden zu finden, setzt die Fähigkeit und die Bereitschaft voraus, sich ein Stück weit von dem Fremden verführen zu lassen, und das heißt auch, sich regressiven Prozessen nicht von Anfang an zu verschließen. Denn ohne identifikatorische Verschmelzung, ohne Hingabe an das Fremde ist Fremdverstehen nicht möglich.“⁶⁰²

Wenn in einer Gesellschaft keine „Rituale“ für den Umgang mit Fremden existieren, kann das Fremde für das Individuum zur Bedrohung werden. Aus der Perspektive der Regression setzt sich Verstehen nicht der Gefahr einer Pathologisierung von Differenz aus, da es gerade nicht darum geht, das Fremde zu neutralisieren, sondern vielmehr darum, das Eigene für das Fremde zu öffnen. Ein Verstehen des Fremden würde sich dann „zwischen dem Sich-bewußt-Machen des eigenen Standorts und dem Sich-Einlassen auf die Befremdlichkeit des Fremden“⁶⁰³ bewegen.

Zusammenfassend sind folgende grundsätzliche ethnopsychoanalytische Prämissen für die weitere Analyse von Bedeutung:

- Die ethnopsychoanalytische Theorie erlaubt es, die Bedeutung unbewußter Prozesse in eine kulturwissenschaftliche Analyse einzubeziehen.
- Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse sind in einer Pendelbewegung zwischen eigener und fremder Kultur zu sehen.
- Die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft unter kultureller, sozialer und historischer Perspektive schlagen sich im Inneren des Individuums nieder und können aufgrund ihrer Konflikthaftigkeit unbewußt sein beziehungsweise im gesellschaftlichen Diskurs gemacht werden.
- Ein Prozeß des Verstehens ist auf die aufgeschlossene Betrachtung der fremden Kultur und auch die kritische Betrachtung der eigenen Kultur angewiesen.
- Angsterfahrungen in der Begegnung mit dem Fremden können zu Regressionen führen. Der positive Aspekt von Regressionserscheinungen liegt darin, daß unterdrückte Triebwünsche zum Durchbruch gelangen können.
- Existieren in einer Gesellschaft jedoch keine „Rituale“ für den Umgang mit Fremdem und den damit verbundenen regressiven Erscheinungen, so können sich Angst- und Abwehrhaltungen gegenüber dem Fremden verfestigen.

⁶⁰² Rohr (1993): 141

⁶⁰³ Bittner, Günther (1993): „... nach unseren eigenen psychischen Konstellationen zu deuten“ (S. Freud). Psychoanalytisches Verstehen als Scheitern des Eigenen am Fremden, in: Ulrich Streeck (1993) (Hg.): Das Fremde in der Psychoanalyse. Erkundungen über das "Andere" in Seele, Körper und Kultur, München 1993, S. 199-212: 204

Wie die bisherigen Ausführungen zur Ethnopschoanalyse gezeigt haben, beziehen sich ihre zentralen Elemente auf das Moment der Selbstreflexion innerhalb einer Kultur sowie auf die Verfolgung der unbewußten Strukturen innerhalb einer Gesellschaft. Obwohl die Interdependenz der beiden Elemente bereits zum Ausdruck kam, sollen sie im folgenden der Übersichtlichkeit wegen zunächst - so weit möglich - getrennt diskutiert werden.

5.4 Das Konzept der Selbstreflexion – Glättung innerer Widersprüche versus Auseinandersetzung mit dem Selbstbild

Parin und andere Ethnopschoanalytiker nutzten die neue Methode und Theorie zum „Kampf gegen verinnerlichte Unterdrückung“⁶⁰⁴. Es wurde möglich, einen Verfremdungsprozeß einzuleiten, der als Basis dient, um Unbewußtes zu erkennen.⁶⁰⁵ Das Verstehen des Anderen erfolgt dabei über das Entziffern des eigenen Unverständnisses, die Reflexion der eigenen Kultur in der Begegnung mit einer anderen.⁶⁰⁶

Aus Sicht des Individuums birgt dabei die Selbstreflexion potentielle Gefahren, da Abgrenzungsmechanismen, die nicht hinterfragt werden, innere Widersprüche glätten können und somit vordergründig die Identität stärken. Die innere Haltung gegenüber Fremden im Zuge einer Stärkung der eigenen Identität läßt sich dabei wie folgt charakterisieren:

„Die Art und Weise, wie der Mensch der Moderne den Fremden, d.h. den anderen wahrnimmt und mit ihm umgeht, ist Ausdruck einer spezifisch geistigen Haltung, die alle seine Lebensbereiche umfaßt. Sie drückt sich in Form von Konkurrenz, Ablehnung, Ängsten und geistiger und materieller Absicherung aus.“⁶⁰⁷

Andererseits können die ins Subjekt verlagerten gesellschaftlichen Widersprüche, die zu Ablehnung und Angst führen, nur bearbeitet werden, wenn sich das Individuum kritisch mit seinem verinnerlichten Selbstbild auseinandersetzt.

Ein wichtiger Punkt, der den Zugang zur Selbstreflexion versperrt, ist die Identitätsgewinnung durch Abgrenzung gegenüber Anderen:

„Man braucht offenbar das Andere, Fremde, Nicht-Menschliche, um die eigene Identität abzugrenzen und zu festigen. Manchen der größten Kulturen, leider einschließlich der unseren, ist es vorbehalten, auch innerhalb der eigenen Lebensgemeinschaft auf Fremdes, Andersartiges, Nicht-Menschliches angewiesen zu sein. Durch die fortgesetzte Abgrenzung wird ein Projektionsfeld geschaffen, das es gestattet, die eigene Identität stärker, richtiger, besser zu erleben.“⁶⁰⁸

⁶⁰⁴ Reichmayr (1995): 85

⁶⁰⁵ vergl. Reichmayr (1995): 99

⁶⁰⁶ vergl. Reichmayr (1995): 141

⁶⁰⁷ Diallo, Tirmiziou (1993): Erfahrung mit Ausgrenzung und Integration, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 67-74: 68

⁶⁰⁸ Parin, Paul (1985): ‚The Mark of Oppression‘. Juden und Homosexuelle als Fremde, in: Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986, S. 115-139: 139

Wenn die Stabilisierung der eigenen Identität auf eben dieser Abgrenzung basiert, wird Selbstreflexion zur Gefahr für die eigene Identität.

Die Definition von Fremdem und Eigenem steht in einem wechselseitigen Verhältnis. Fremdes bezieht sich dabei nicht nur auf äußerliche Objekte, sondern auch auf das psychische Innenleben des Individuums, das definiert, was fremd ist:

„Das Fremde ... ist das Unbekannte, Unvertraute, sei es im Eigenbereich als unbewußtes, als ungelebtes, aus Angst nicht gewagtes Leben, sei es außerhalb des Eigenen oder in nicht-menschlichen ‚Objekten‘.“⁶⁰⁹

Das, was als Nicht-Eigenes empfunden und definiert wird, beinhaltet oft Abgelehntes, Abgespaltenes oder Verdrängtes. Durch Introspektion, also durch die Einbeziehung der eigenen inneren Verfaßtheit, kann in einem Prozeß des Inbeziehungtretens zum einen Eigenes in Abhebung vom Anderen verdeutlicht werden, aber auch das Verwandte in Anderem erkannt werden.⁶¹⁰

Heinrichs geht davon aus, daß das Ich niemals identisch im dem Sinne ist, daß es keine Anteile, die dem Individuum „fremd“ sind, enthalte, sondern daß die vorhandene Andersartigkeit vielmehr ständig negiert werden müsse, um dem Ich Stabilität zu vermitteln:

„Die Erkenntnis des immanenten Andersseins nimmt dem Individuum viel von seinem Glanz und seiner Größe. Nur das identische Ich - man könnte es *Ich-Ich* nennen - ist ein großartiges, vorbildhaftes, zum Herrschen ausgewiesenes, ein Autorität forderndes Ich. Dagegen erscheint das *Ich-Andere* gebrochen und weniger dazu geeignet, nationales Wertgefühl, kulturelle Stärke, politischen Machtanspruch zu vertreten.“⁶¹¹

Verdrängung kann also auch als Angst vor dem eigenen Fremden gewertet werden. Wenn Fremdes aber gerade nicht nur als äußerliche Instanz zu sehen ist, wird eine Auseinandersetzung mit Fremdem notwendig, um auch das Eigene zu erkennen.

Der Nivellierung der Widersprüche im Subjekt und deren Projektion auf andere hält Heinrichs das Moment der Selbstreflexion und der Revidierung des Selbstbildes entgegen:

„Die Barrieren zwischen dem Ich und den Anderen lösten sich zumindest partiell auf, wenn sie im eigenen Selbstbild aufgehoben würden, wenn die Angst vor uns selbst nicht außen auf ‚Randgruppen‘ und deren ‚eigenartiges‘ Erscheinungsbild projiziert würde.“⁶¹²

Die Perspektive der Fremdwahrnehmung ist also eng mit der Perspektive der Selbstwahrnehmung verknüpft.

Nur in einer Pendelbewegung zwischen innen und außen, zwischen eigen und fremd wird die Selbsteinschätzung und die Bearbeitung von inneren Konflikten, die sich aus den nicht-identischen Anteilen des Ichs ergeben, überhaupt möglich:

⁶⁰⁹ Scharfetter, Christian (1994): Im Fremden das Eigene erkennen. Erfahrungen aus der Psychiatrie, in: Egner, Helga (1994) (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination, Düsseldorf 1994, S. 13-27: 17

⁶¹⁰ vergl. Scharfetter (1994): 20

⁶¹¹ Heinrichs (1992): 54, Hervorheb. im Original

⁶¹² Heinrichs (1992): 56

„Jede Form unserer Zu- und Abwendung einem Anderen gegenüber ist eine Form der Auseinandersetzung mit uns selbst, mit unserem Selbstbild und mit der Dynamik, die zwischen dem sozial verfestigten und psychisch manifesten Selbstbild ständig in uns arbeitet. Wir brauchen den Anderen und die Reibung an seiner Gleichheit und Andersheit, um das Gleiche und Andere an uns selbst zu erkennen, wobei wir aber in einem nie endenden Kampf mit unseren illusionären, scheinhaften Bildern und Selbsteinschätzungen liegen. Diese können wir jedoch nur von ‚Innen‘ heraus auflösen, was aber niemals auf direktem Weg, sondern nur über das ‚Außen‘ möglich ist.“⁶¹³

Selbsterkenntnis hängt damit zu einem großen Teil von der Auseinandersetzung mit dem Fremden ab.

Maya Nadig schließlich verweist auf die weitreichenden Folgen, die ethnopsychoanalytische Forschung und die innere Auseinandersetzung mit Selbstbildern sowie die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen haben können:

„Das Sich-Einlassen auf fremde Lebensverhältnisse und die gleichzeitige Überschreitung rationaler und innerer Grenzen kann eine Radikalität und Totalität im Denken ermöglichen, die Abspaltung aufhebt und existentielle Konsequenzen hat - solche Erkenntnisse verändern das eigene Leben.“⁶¹⁴

Gerade ein Loslassen der eigenen Bezüge und das rückhaltlose Zur-Disposition-Stellen der eigenen Lebensentwürfe können neue Einblicke in die eigene innere Verfaßtheit ermöglichen und gleichzeitig die Fremdperspektive verändern.

Das Prinzip der Selbstreflexion zwischen Abwehr und Auseinandersetzung beinhaltet zusammenfassend folgende Aspekte:

- Zur Stabilisierung des Selbstbildes kann das Individuum in der Begegnung mit dem Fremden mit Abwehr reagieren.
- Die Definition von Fremdem und Eigenem steht in einem wechselseitigen Verhältnis, wobei Fremdes auch unbewußtes Eigenes sein kann.
- Selbstreflexion kann sowohl das Eigene in Abhebung vom Anderen verdeutlichen als auch das Erkennen des Verwandten im Anderen ermöglichen.
- Verdrängung läßt sich so als Angst vor dem eigenen Fremden werten und dient dazu, die Widersprüche im Subjekt zu negieren.
- Stellt das Individuum sein Selbstbild im Kontakt mit dem Fremden zur Disposition, so kann dies weitreichende Veränderungsprozesse in Gang setzen.

5.5 Das gesellschaftliche Unbewußte

Seit den achtziger Jahren wurde immer mehr die Eignung der Ethnopsychoanalyse zur Erforschung des Kulturwandels betont, da diese Methode stärker als andere psychologische Theorien

⁶¹³ Heinrichs (1992): 214

⁶¹⁴ Nadig, Maya (1985): Ethnopsychoanalyse und Feminismus - Grenzen und Möglichkeiten, in: Feministische Studien, Heft 2/1985, Weinheim 1985, S. 105-117: 106

das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft berücksichtigt. Parin kritisierte schon früher die Identitätstheorie Eriksons, da dort die Gesellschaft nach der geglückten Überwindung einer Identitätskrise wieder zu einer Außen- oder Umwelt werde, deren Bedeutung für das Innenleben dann nicht mehr beachtet werde.⁶¹⁵

Dieser Vorwurf ist allerdings nicht ganz richtig, denn Erikson war sich zumindest andeutungsweise der Notwendigkeit der Erforschung unbewußter gesellschaftlicher Strukturen bewußt, wobei er sich auf den historischen Prozeß bezog, der im Zusammenhang mit der Identitätsbildung bereits skizziert wurde. Eriksons Perspektive künftiger Entwicklungen, deren Umsetzung er jedoch nicht weiter verfolgte, stellt sich so dar:

„Ich habe ... das Gefühl, daß einer der möglichen Beiträge der Psychoanalyse zur Untersuchung historischer Prozesse in der Aufklärung starrer unbewußter innerer Hindernisse bestehen könnte, die der historischen Vergangenheit entstammen und die sich neu auftauchenden Entscheidungen in der gegenwärtigen Geschichte hemmend in den Weg stellen. ... Eine derartige innerpsychische Relevanz trägt auf durchdringende Weise zu dem vorherrschenden Gefühl historischer Raum-Zeit in einer gegebenen Bevölkerung bei. Und was für Individuen, die ihre individuelle Lebensgeschichte durchleben, am relevantesten wird, das bestimmt durch ihren Einfluß auch die künftige Geschichte. Denn die historische Aktualität weist auch auf die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und Quellen hin, die die Umformung der Vergangenheit in eine Zukunft umfassenderer Identitäten ermöglichen.“⁶¹⁶

Aus dieser Äußerung läßt sich die spätere ethnopsychanalytische Theoriebildung durchaus schon ableiten. In Studien der späten achtziger und frühen neunziger Jahre zeigte sich, daß die Anwendung von Theorie und Methoden der Ethnopsychanalyse nicht nur für Fachexperten von Bedeutung ist, sondern daß die Theorie auch in den Sozial- und Kulturwissenschaften nutzbringend eingesetzt werden kann.⁶¹⁷ Im folgenden soll dargestellt werden, inwiefern ethnopsychanalytische Ansätze zum Mittel der Gesellschaftskritik werden können. Es geht darum, bestehende Macht- und Verteidigungsverhältnisse zu analysieren und gesellschaftliche Unbewußtmachung als Mittel der Herrschaftsstabilisierung kritisch zu betrachten.

5.5.1 Psychoanalyse versus Gesellschaft – Von der Individualanalyse zur Gesellschaftskritik

Psychoanalyse und Gesellschaft stehen in einem ambivalenten Verhältnis zueinander. Da die Psychoanalyse ein geeignetes Mittel ist, um die Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung im Individuum sichtbar zu machen, steht sie in unmittelbarer Gegnerschaft zum gesellschaftlichen Machterhalt. Lediglich das therapeutische Setting verhindert eine direkte Konfrontation, da so die

⁶¹⁵ vergl. Parin, Paul (1975): Gesellschaftskritik im Deutungsprozeß, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopsychanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 34-54: 43

⁶¹⁶ Erikson (1961): 188f

⁶¹⁷ vergl. Reichmayr (1995): 163

Erkenntnisse, die sich prinzipiell gegen gesellschaftliche Strukturen richten könnten, weiterhin der Individualosphäre zugewiesen werden.

Parin und Parin-Matthèy stellen in einem Aufsatz das „unglückliche Verhältnis der Psychoanalytiker zur Macht“ dar:

„Da alle jene Kräfte, die zur Einengung und Verzerrung individuellen Seelenlebens geführt haben, Ausdruck und Wirkung gesellschaftlicher Unterdrückung und Ursache des allgemeinen Unbehagens in der Kultur sind, üben Psychoanalytiker einen Beruf aus, der sie ständig in die Lage unerbittlicher Kritiker ihrer Gesellschaft bringt, welcher sie ebenso wie die Analysanden angehören. Sie sind heimliche Subversive. Sie attackieren die Machtverhältnisse der Gesellschaft, der sie als Privilegierte angehören. Geschützt oder vielmehr getarnt ist ihre Tätigkeit dadurch, daß die Diskretion, die jeder Analysand beanspruchen darf, die tägliche subversive Wühlarbeit vor den Augen der Öffentlichkeit, der Mitbürger und der Obrigkeit verhüllt.“⁶¹⁸

Der ethnopsychanalytischen Betrachtung des interkulturellen Zusammenlebens kommt vor diesem Hintergrund eine hervorragende Kritikfunktion zu, da sie gerade keiner therapeutischen Schweigepflicht unterliegt. Aus dieser Perspektive muß kulturwissenschaftlich-psychoanalytisch orientierte Gesellschaftskritik aber auch immer mit dem massiven Widerstand der Gesellschaft und vor allem der herrschenden Institutionen rechnen.

Die psychoanalytische Deutungsarbeit muß laut Parin in einem gesellschaftlich-historischen Kontext verortet sein, damit sie die Wechselwirkungen zwischen Psychischem und Gesellschaftlichem angemessen erfassen kann:

„Ich meine, daß psychoanalytische Deutungen ... ein besonders verfälschtes Bild geben, wenn sie isoliert, ohne den gesellschaftlich-historischen Kontext vorgetragen werden. Wenn schon Affekte, Angst, Haß, Ohnmacht, Hoffnung und dergleichen den Blick auf historische Prozesse verdunkeln, ergibt die Isolierung des Psychischen eine gleichsam wissenschaftlich fundierte Fehleinschätzung.“⁶¹⁹

Psychische Prozesse können ohnehin nicht abgekoppelt von den gesellschaftlichen Verhältnissen gedeutet werden, da sie ja von ihnen mitgeprägt werden.

Die Methode zur Schaffung einer Verbindung zwischen Individualanalyse und Gesellschaftskritik schildert Parin folgendermaßen:

„Aus Einzelanalysen werden Erkenntnisse gewonnen, die für das Geschehen in Gemeinschaften oder irgendwelchen Gruppierungen aufschlußreich sind. Der Sprung vom Individuum zur Kultur rechtfertigt sich nicht durch die kausale Stringenz oder statistische Gültigkeit von Beobachtungsdaten. Der heuristische Wert solcher Untersuchungen beruht auf der vielfach gesicherten Annahme, daß sich gesellschaftliche Verhältnisse jedenfalls auch im bewußten und unbewußten Seelenleben der Subjekte geltend machen, die dem betreffenden Gesellschaftsgefüge angehören und in ihm sozialisiert worden sind.“⁶²⁰

Als schwierig erweist es sich allerdings, die Mechanismen aufzudecken, mittels derer gesellschaftliche Macht transportiert wird.

⁶¹⁸ Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy (1983): Das obligat unglückliche Verhältnis der Psychoanalytiker zur Macht, in: dies. (1986): *Subjekt im Widerspruch*, Frankfurt 1986, S. 90-95: 93

⁶¹⁹ Parin, Paul (1993): Das Bluten aufgerissener Wunden. Überlegungen zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, in: *Ethnopsychanalyse* Band 3 (1993): *Körper, Krankheit und Kultur*, Frankfurt 1993, S. 7-38: 8

⁶²⁰ Parin (1985): 116

Am Beispiel der Homosexuellen in der Schweiz skizziert Parin, wie Diffamierungen sich hinter „relativer“ Toleranz verbergen können:

„Die wenigen und wenig eingreifenden rechtlichen Diffamierungsnormen haben eine doppelte Funktion. Einmal sollen sie die offizielle Toleranz markieren und eingrenzen. Ungleich wichtiger sind diffamierende Rechtsnormen als Symbole, die bedeuten, daß man - bei Übung einiger Toleranz - an der Diffamierung festhalten darf.“⁶²¹

Machtausübung ist also häufig kein offensichtliches Phänomen, sondern erschließt sich erst durch Implikationen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die interpretativ erschlossen werden müssen.

Die Verbindung von innen und außen, von Individuum und Gesellschaft, läßt sich anhand der Tatsache knüpfen, daß das Seelenleben des Individuums nicht nur durch die Erlebnisse der frühen Kindheit, sondern auch durch die Adoleszenz und die gesellschaftlichen Einwirkungen auf das erwachsene Individuum entscheidend geprägt ist.⁶²²

Die Ethnopsychanalyse dient also als Methode, um die soziale Realität in ihrer Dynamik zu erfassen und die psychische Entwicklung in ihrem Bezug zur Kultur und anderen Umwelteinflüssen zu verstehen, also um eine Beziehung zwischen Mikro- und Makrostrukturen herzustellen.⁶²³

Anhand des psychoanalytischen Konfliktmodells heißt das:

„Es wird angenommen, daß alle seelischen Vorgänge determiniert sind und daß sie nach Art von mehr oder weniger akuten Konflikten verlaufen, deren Folgen sich in neue Konflikte umsetzen. Diese Grundannahmen erlauben es, Widersprüche in und mit der sozialen Sphäre in die psychoanalytischen Betrachtungen einzubeziehen und die Wirkung sozialer Kräfte im Seelenleben zu verfolgen. Das Subjekt wird untersucht als einmaliges Individuum mit seiner persönlichen Geschichte und als subjektiver Faktor zugleich.“⁶²⁴

Dieser Ansatz setzt also die individuelle Identität in ein Wechselverhältnis zur Wirkung gesellschaftlicher Kräfte. Die Dimensionen dieses Wechselverhältnisses sollen im folgenden dargestellt werden.

5.5.2 Fremdheit, Macht- und Verteidigungsverhältnisse

Betrachtet man die Pole Individuum und Gesellschaft im Hinblick auf das Fremde, so müssen die Aspekte Machterhaltung und Verteidigung aufgegriffen werden. Erdheim schildert das Verhältnis zum Fremden grundsätzlich und drastisch wie folgt:

„Das Verhältnis zum Fremden ist in erster Linie ein Macht- und Verteidigungsverhältnis. Vom Fremden her droht nur Zerstörung; es gilt, das Eigene davor zu bewahren. Freud spricht in diesem Zusammenhang von der ‚latenten (Kultur-)Feindseligkeit der besser beteiligten Gesellschaftsschichten‘, die man ‚ü-

⁶²¹ Parin (1985): 122

⁶²² vergl. Reichmayr (1995): 166

⁶²³ vergl. Reichmayr (1995): 173f

⁶²⁴ Parin, Paul (1981): Die äußeren und die inneren Verhältnisse, in: Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986, S. 140-152: 150

bersehen' hat. Vielleicht wäre es besser, den Ausdruck ‚Kulturfeindschaft‘ durch ‚Geschichtsfeindschaft der besser beteiligten Gesellschaftsschichten‘ zu ersetzen. Es würde deutlicher werden, daß es die *Verwandlung* von Kultur ist, wogegen sie sich wehren. Für sie bleibt das fremd, was sie nicht in ihre Geschichte aufnehmen können, abspalten und, wenn möglich, vernichten müssen.⁶²⁵

Die Frage der Fremdheit ist also eine Frage der Auseinandersetzung. Wenn die als Eigenes definierte Kultur oder Geschichte Wandlungsprozessen entzogen werden sollen, muß Fremdheit zur Konservierung bestehender Verhältnisse aufrechterhalten werden.

Fremdheit beziehungsweise die Benennung eines Subjekts oder eines Objekts als „fremd“ - ist ein Ausschlußmechanismus. Sie existiert nicht an sich, sondern erwacht erst im Zuge eines Definitionsprozesses zur Realität:

„Der Fremde ist aus einem vorgegebenen äußeren Sachverhalt der objektiv ausgeschlossene Teil eines Ganzen. Er ist durch die Negation der Teilhabe an einer Gelegenheit nicht nur hierdurch objektiv erkennbar, sondern auch physiologisch erfahrbar und formallogisch nachvollziehbar. Die so angegebene Realität des Fremden, die sich aus seiner unverfehlbaren Identifikation ergibt, ist nur ein Teil der Wahrheit. Sie geht von einem unausgesprochenen Subjekt aus, das von vornherein das Fremdheit spendende Bewußtsein ist und das dasjenige des ‚Anderen‘ ausschließt.“⁶²⁶

Die Benennung von etwas oder jemandem als „fremd“ sagt dabei noch nichts über das konkrete Wesen des Bezeichneten aus.

Betrachtet man das Phänomen Fremdheit aus der Perspektive der Mengenlehre, so wäre etwas oder jemand im Verhältnis zu etwas oder jemand anderem nur dann wirklich fremd, wenn zwischen beiden Objekten oder Subjekten eine absolut leere Schnittmenge besteht. Wenn jedoch eine gemeinsame Teilmenge gegeben ist, kann nicht von Fremdheit im eigentlichen Sinne gesprochen werden:

„Demnach kann die Hypothese aufgestellt werden, daß es keine Fremden im inhaltlichen Sinne des Wortes gibt. Fremd ist genau genommen das Bewußtsein, das die Fremdheit auch produziert. An ihm stigmatisiert sich die Fremdheit, die auf ein anderes Bewußtsein projiziert wird. Ein Fremder ist immer ein Fremder des anderen. Weder steht er im Raume allein noch hat er in sich das Bewußtsein von dem, was ihn charakterisieren soll. Wenn nämlich das Fremdsein ihm nicht unterstellt wird, ist er kein Fremder.“⁶²⁷

Die Markierung von Fremdheit weist also auf die Verfaßtheit des Subjekts, das die Definitionsgewalt inne hat, hin und nicht auf die tatsächliche Beschaffenheit des Fremden. Die Tatsache, daß dieser Sachverhalt nach der Definition des Fremden jedoch nicht mehr in Erscheinung tritt, verweist wiederum auf das Phänomen der Produktion von Unbewußtheit.

In diesem Zusammenhang klingt auch das Verhältnis von Herrschaft und Unbewußtheit an. Fremdenfeindlichkeit kann kaum offen und direkt gezeigt werden, ohne leicht Angriffspunkte für Kritik zu bieten. Doch wenn die Mechanismen, mittels derer eine solche Feindschaft transportiert

⁶²⁵ Erdheim (1985): 250f, Hervorheb. von mir

⁶²⁶ Bonny Duala-M'bedy, Leopold-Joseph (1994): Xenologie. Sinn und Zweck einer Lehre vom Fremden, in: Egner, Helga (1994) (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination, Düsseldorf, S. 28-49: 33

⁶²⁷ Bonny Duala-M'bedy (1994): 42

und verfestigt wird, auf unbewußter Ebene wirken, so fällt es wesentlich schwerer, auf sie zu stoßen:

„Was man in einer Gesellschaft nicht wissen darf, weil es die Ausübung von Herrschaft stört, muß unbewußt gemacht werden. Das Wissen von Realitäten, das unbewußt geworden ist, ist darum aber nicht unwirksam - es entwickelt sich zur Ideologie, die, im Subjekt verankert, als falsches Bewußtsein wieder herrschaftsstabilisierend wirkt. Diese Produktion von Unbewußtheit muß gesellschaftlich organisiert werden, und der Ort, wo sie stattfindet, ist nicht so sehr die Familie als jene Institutionen, die das öffentliche Leben regulieren“⁶²⁸,

Machtausübung kann also durch Unbewußtmachung verschleiert werden. Damit werden Ideologien zum verinnerlichten Bestandteil sozialer Realität. Die soziale Realität ist dabei häufig auch durch Bezüge zu einer unbewältigten Vergangenheit geprägt. Wenn zurückliegende Probleme nicht aufgearbeitet werden, sind sie im Gedächtnis der Betroffenen langfristig präsent und treten zu bestimmten Anlässen wieder an die Oberfläche.⁶²⁹

Die unbewältigte Vergangenheit kann beispielsweise im Zuge einer Produktion von Feindbildern wieder lebendig werden, wenn unvergessene Erfahrungen sich mit neuen, aktuellen Erfahrungen verbinden. Diese geschichtlichen Hintergründe schwingen in Feindbildern mit, auch wenn der Mechanismus des Feindbildes sich nicht unbedingt direkt auf historische Bezüge stützt. Am Beispiel nationaler Feindbildproduktion zeigen sich die von Erdheim skizzierten Mechanismen der Unbewußtmachung wie folgt:

„Jede nationalistische Propaganda stützt sich auf Projektionen: Wir sind die Gerechten, Guten, Bedrohten – jene drüben sind ungerecht, böse, gefährlich. Was solchen Projektionen eine kaum mehr korrigierbare Eigenständigkeit, politische Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit verleiht, ist eine typische Veränderung des willkürlich erzeugten Feindbildes. Reale Erfahrungen wirken dabei mit. ... Der ... Prozeß verläuft im Kollektiv und bei Einzelpersonen blind: das heißt, daß die aktuelle Wirklichkeit oder eine kritische Reflexion keine Korrektur ermöglichen. Die ‚Produktion von Unbewußtheit‘ liefert den emotionalen Gehalt einer Wirklichkeit, einer ‚neuen Realität‘. Argumente und Erfahrungen, die ihr widersprechen, werden beiseitegeschoben oder umgedeutet, weil sie nicht von Gefühlen getragen sind. Gut informierte und kritisch eingestellte Personen, die eine andere oder gegenteilige Sicht der Realität haben, wie dies bei Intellektuellen – und oft bei Kindern – der Fall ist, können sich in der Gemeinschaft nicht durchsetzen; sie werden als weltfremd, naiv oder verrückt angesehen und verlieren jeden Einfluß auf das öffentliche Bewußtsein.“⁶³⁰

Das Feindbild bezieht sich also auf reale Erfahrungen (zumeist unbearbeiteter Vergangenheit). Da jedoch diese Grundlagen unbewußt gemacht werden, wird damit der gesamte Komplex der Feindbildproduktion der Reflexion entzogen.

Die Schwierigkeit der Kritik an auf diese Art und Weise zustande gekommenen Feindbildern liegt unter anderem an dem Prinzip der Projektion, aus dem die Feindbilder resultieren:

„Projektion heißt, daß eigene Regungen, Ängste, Aggressionen, Wünsche nach außen, auf andere Personen verlegt werden. Der Vergleich mit dem optischen Apparat drückt aus, daß draußen wahrgenommen wird, was in einem selbst vorgeht. Die Projektionsfläche ist leer, oder ihre Beschaffenheit ist

⁶²⁸ Erdheim (1984): 38

⁶²⁹ vergl. Parin (1993): 9f

⁶³⁰ Parin (1993): 13f

gleichgültig, aber ohne Projektionsfläche kommt kein Bild zustande. Sobald die innere Ökonomie des Projizierenden sich ändert, ändert sich auch das projizierte Bild.“⁶³¹

Will man diesem Prozeß analytisch begegnen, so ist nicht nur das Feindbild zu analysieren, sondern es muß vielmehr die psychische Verfaßtheit der Gesellschaft, die das Feindbild produziert, den Ausgangspunkt der Betrachtung bilden.

Gerade im Feld der politischen Interessenlagen können Projektionen zur Stabilisierung von Abgrenzung und Macht genutzt werden:

„Die Legitimation von Aggression und die Abgrenzung von denjenigen, gegen die sich Vorurteile richten, sind in der Politik von größter Bedeutung. Die außerordentliche Neigung, Vorurteile auszubilden, gestattet es Gruppen oder ganzen Nationen, Aggressionen nach außen zu richten und sich dabei zusammenzuschließen. Das ist im Leben der Parteien deutlich genug. Populistischen Politikern wird es leicht, dem Gegner alle nur möglichen Untugenden und Laster ... anzulasten.“⁶³²

Die Grundlage der Machtausübung kann so von kritischer Hinterfragung abgeschirmt werden.

Auf der Ebene der institutionell organisierten Produktion von Unbewußtheit wird der Verdrängungsprozeß dabei zum herrschaftsstabilisierenden Moment:

„Das Unbewußte wird für die Herrschaft dann relevant, wenn es darum geht, zum Wandel treibende, an den Voraussetzungen der Herrschaft rüttelnde Widersprüche zu neutralisieren. In dem Maße, wie sich die Gesellschaft in Klassen spaltet und sich divergierende Klasseninteressen entwickeln, nimmt die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit zu.“⁶³³

Wo politische Macht in Frage gestellt wird, müssen die Bereiche, in denen dies geschieht, aus der Wahrnehmung herausgenommen und unbewußt gemacht werden, um die Macht weiterhin aufrechterhalten zu können.⁶³⁴

Eine interessante Betrachtungsperspektive eröffnet die Frage, wie Macht überhaupt entsteht. So geht Bosse davon aus, daß kulturelle Institutionen die Entwicklung von Macht und Herrschaft entweder begünstigen oder verhindern können. Seiner Meinung nach entstehen Machtungleichgewichte dann, wenn innerhalb einer Gesellschaft kein System wechselseitiger Verpflichtungen besteht, innerhalb dessen alle Gesellschaftsmitglieder gleiche Rechte und Pflichten haben.⁶³⁵

Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Fremden wäre es also notwendig, diese in ein System wechselseitiger Verpflichtungen zu integrieren, um Herrschaftsverhältnisse, die zu ihre Ungunsten verlaufen, abzubauen. Allerdings muß man auch berücksichtigen, daß selbst innerhalb der als eigen empfundenen Bezugsgruppen einer Gesellschaft in vielen Sphären keine Wechselseitigkeit besteht.

⁶³¹ Parin (1993): 26

⁶³² Parin (1993): 27

⁶³³ Erdheim (1984): 222

⁶³⁴ vergl. Erdheim, Mario/Nadig, Maya (1987): Wissenschaft, Unbewußtheit und Herrschaft, in: Duerr, Hans Peter (1987) (Hg.): Die Wilde Seele. Zur Ethnopschoanalyse von Georges Devereux, Frankfurt 1987, S. 163-176: 164

⁶³⁵ vergl. Bosse (1994): 306f

Es existiert allerdings nicht nur ein Szenario, in dem die Produktion von Unbewußtheit quasi von außen als Form der Herrschaftsstabilisierung an das Individuum herangetragen wird. Eine andere Art, in der Institutionen auf das Individuum einwirken, ist die von innen, wenn das Individuum selbst nach entlastenden Stützfunktionen greift:

„Die Adoleszenz treibt den Menschen einerseits dazu, das Überlieferte in Zweifel zu ziehen, zu verunsichern und neue Perspektiven zu suchen, und andererseits stellt sie ihn vor die Aufgabe, sich nicht zu verlieren und die Kontinuität zu wahren. Wenn der Mensch wegen seines Instinktverlustes der Institutionen als Stütze bedarf, so ist er wegen des Einschnittes, den die Adoleszenz für seinen Lebenslauf bedeutet, auf die Geschichte angewiesen.“⁶³⁶

Die Geschichte, innerhalb derer sich das Individuum verortet, ist jedoch von herrschaftsstabilisierenden Mechanismen durchzogen, so daß auch die selbstinitiierte Entlastung der individuellen Identität zur Produktion von Unbewußtheit beiträgt.

Diese Produktion von Unbewußtheit kann dem Individuum jedoch auch als identitätsstabilisierendes Moment zugute kommen, da es vom ständigen Ausbalancieren von Widersprüchen befreit werden kann. Solange sich das Individuum in einer als konsistent wahrgenommenen sozialen Realität verorten kann, auch wenn diese nicht der tatsächlichen Alltagsrealität entspricht, verlaufen Identitätsbildung und -erhalt reibungslos. Bekommt das Deutungsschema der Wirklichkeit jedoch Brüche, so kann sich das Individuum nicht mehr oder nur noch schwer in den vorgefundenen Bezügen verorten. Orientierungslosigkeit und das Fehlen neuer Anknüpfungspunkte für die individuelle Identität können die Folge sein.⁶³⁷

Die Situation allgemeiner Orientierungslosigkeit und damit verbundene Regressionserscheinungen schildert Parin am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien wie folgt:

„Der schleichend eingetretene Verlust der ideellen Werte, die Auflösung politischer Strukturen, der Verfall gesellschaftlicher Institutionen, der Verlust von sozialer Sicherheit und von Effizienz und Redlichkeit in der Wirtschaft führten zu einer Anomie, zum Aufhören aller bisher gültigen Regeln. Es war nicht mehr möglich, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, das eigene Leben zu planen, den Fortbestand der Familie zu sichern. Eine solche Anomie geht immer mit einer individuellen Regression einher. Nicht die Gesellschaft regrediert. Es sind die Männer und Frauen, die mit ihrer Bürgerfreiheit – oder Unfreiheit – nichts mehr anzufangen wissen. Sie benötigen einen geistigen Hort, Sicherheit, Geborgenheit oder wenigstens Symbole oder Symbolfiguren, die ihnen jede affektgetragenen, emotionell bedeutsamen Werte und Hoffnungen vermitteln.“⁶³⁸

Dieses Szenario zeigt sehr deutlich, inwieweit das Individuum selbst durch seine Suche nach Orientierung Angriffspunkte für die Produktion von Unbewußtheit bietet.

⁶³⁶ Erdheim (1984): 296

⁶³⁷ vergl. Wulff, Erich (1987): Vom Wahn zur Methode, in: Duerr, Hans Peter (1987) (Hg.): Die Wilde Seele. Zur Ethnopschoanalyse von Georges Devereux, Frankfurt 1987, S.398-418: 412ff

⁶³⁸ Parin (1993): 19f

So zeigt Parin auch auf, wie die Suche nach Sicherheit und Geborgenheit auf politischer Ebene instrumentalisiert werden kann:

„Das ist der Moment, in dem die früheren Machthaber – Parteikader, Armee, Staatspolizei etc. – versuchen, ihre Macht zu bewahren. ... Andererseits ist dieser Moment überaus günstig für jeden Politiker aus den bisher herrschenden Eliten oder auch für einen ‚Aufsteiger‘, der es versteht, die regressiven Bedürfnisse der Bürger/innen für die Errichtung einer eigenen Machtposition auszunützen.“⁶³⁹

Es zeigt sich sehr deutlich, daß die Entwicklung und Verinnerlichung von Machtstrukturen kein Prozeß ist, der dem Individuum von außen aufgezwungen wird. Vielmehr ist es so, daß das Individuum durch seine innere Verfaßtheit dazu beitragen kann, daß sich Machtverhältnisse etablieren.

Dennoch muß vor allem die Rolle des Staates im Hinblick auf seinen weitreichenden institutionellen Wirkungskreis besonders berücksichtigt werden:

„Ich möchte folgende These vorschlagen: im Kern ist der moderne Rassismus nie eine bloße ‚Beziehung zum Anderen‘, die auf einer Perversion des kulturellen oder soziologischen Unterschieds beruht, sondern eine Beziehung zum Anderen, *die durch den Eingriff des Staates vermittelt ist*. Oder besser noch (und hier verlangt eine grundsätzlich unbewußte Dimension begriffen zu werden), er ist *ein Konfliktverhältnis zum Staat, das auf entstellte Weise ‚gelebt‘ und als ein Verhältnis zum anderen ‚projiziert‘ wird*. ... [Die] nationale Präferenz ist *sowohl* eine objektive Institution *als auch* ein Phantasma, über das alle nationalen Individuen den einzigartigen Charakter ihres eigenen Abhängigkeits- und Anspruchsverhältnisses im Hinblick auf den Staat wahrzunehmen tendieren. Für keinen von uns liegt es in seiner Macht, dem völlig zu entgehen (man hätte sich dazu von der Abhängigkeit gegenüber dem Staat freizumachen). Und dies um so weniger, als wir der Realität nach tatsächlich *Unterprivilegierte* sind, als wir in vieler Hinsicht selbst *diskriminiert* sind – das heißt: als ‚Untertanen‘ (*sujets*), nicht als ‚BürgerInnen‘ (*citoyens*) behandelt werden -, und zwar durch das Funktionieren der Verwaltung, der Schule, der politischen Maschinerie usw.“⁶⁴⁰

Alleine die Wirkungsreichweite des Staates, der das Individuum sich zwar möglicherweise gedanklich und psychisch, nicht aber auf der institutionellen Ebene entziehen kann, macht es notwendig, staatliche Macht und ihre Ausübung bei der Analyse von Abgrenzungsprozessen besonders zu berücksichtigen.⁶⁴¹

In diesem Zusammenhang muß auch die Bedeutung der Rollenidentifikation erläutert werden. Im Zuge der Darstellung der Identitätstheorie wurde bereits darauf verwiesen, welches Gewicht der freien Rollenwahl zukommt. Prinzipiell ist ohne eine Rollenidentifikation kaum ein Verhältnis zwischen Individuum und Umwelt herzustellen:

„Identifikationen mit sozialen Rollen, so widersprüchlich oder frustrierend sie auch sein mögen, dienen ... der sozialen Anpassung; ohne solche Identifikationen wäre ein richtiger Umgang mit der Umwelt ungeheuer erschwert. Die Rollen selbst sind abgeleitet und definiert von gesellschaftlichen Institutionen. Viele dieser Institutionen sind so eingerichtet, daß sie für den einzelnen wie ein Abwehrmechanismus wirken, der nach außen verlegt ist.“⁶⁴²

⁶³⁹ Parin (1993): 20

⁶⁴⁰ Balibar (1992): 23, Hervorheb. im Original

⁶⁴¹ Aus diesem Grund wird im folgenden Kapitel auch ausführlich auf den sogenannten „Diskurs der Elite“ einzugehen sein.

⁶⁴² Parin, Paul (1977): Das Ich und die Anpassungsmechanismen, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 78-111: 101f

Die Rollenmöglichkeiten unterliegen also auch dem bereits skizzierten Prozeß der Unbewußtmachung und sind auf der Ebene der Institutionen mit der Stabilisierung von Herrschaft verbunden.

Dies zeigt sich vor allem, wenn man die Stiftung von Zugehörigkeit auf der Basis von Identifikationen näher betrachtet:

„Um zusammenzuhalten ist das wichtigste Mittel die Identifikation mit einer herrschenden Idee, einer Führerfigur oder anderen Symbolen der Macht. Die Zugehörigkeit wird vor allem durch zumeist aggressive Abgrenzung nach außen aufrechterhalten, gegen Nachbarn, andere Gruppen, Konkurrenten – die leicht als Feinde angesehen, zu ‚Feindbildern‘ stilisiert werden.“⁶⁴³

Die Identifikation ist mit dem Rollenprinzip verbunden. Diejenigen, die zu einer Gemeinschaft dazugehören, übernehmen dabei eine Rolle, die das Identifikationssystem stützt und aufrechterhält und weisen gleichzeitig denjenigen, die nicht dazugehören sollen, die Rolle der Außenseiter auf der Basis von Feindbildern zu.

Der gesamte Komplex aus gesellschaftlicher Krisensituation, Ausgrenzung und Etablierung von Machtstrukturen umfaßt also folgende Faktoren:

„1. die Existenz einer *Tradition* oder eines Schemas von *kollektivem Gedächtnis*, das zum Teil unbewußt und durch ‚traumatische‘ Ereignisse geprägt ist, das mit der Geschichte der Institutionen und der Kultur selbst verwoben ist, periodisch reaktiviert von historischen Ereignissen, die seinen Fortbestand anzeigen; 2. das aktuelle Vorhandensein einer *sozialen Struktur der Diskriminierung*, die nicht stabil ist, aber den ökonomischen und den Klassenverhältnissen notwendige Funktionen erfüllt und zumindest teilweise in die Staatsorganisation eingeschrieben ist; 3. schließlich eine institutionelle *Krisenkonstellation*, in der das Verhältnis der Institutionen (und vor allem des Staates) zu ihren eigenen ideologischen Grundlagen und das für ihre ‚Identität‘ konstitutive Verhältnis der Individuen zur Institution in heftige Erschütterung geraten ist. Dies produziert ein massenhaftes Phänomen der geistig-moralischen Unsicherheit.“⁶⁴⁴

Gerade die wechselseitige Verknüpfung dieser verschiedenen Aspekte macht es wiederum so schwierig, einem Prozeß der Unbewußtmachung etwas entgegenzusetzen, da immer verschiedene Randbedingungen gleichzeitig verändert werden müßten.

Die Widersprüche und Konflikte in einer Kultur verändern das Subjekt. Während bei Erikson gesellschaftliche Kräfte zu „ethisch-philosophisch definierten Werten und Lebensaufgaben“⁶⁴⁵ reduziert werden, könne das aus diesen Kräften resultierende falsche Bewußtsein zum Ich-Anteil werden und das Subjekt daran hindern, seine Bedürfnisse gegenüber der Umwelt durchzusetzen:

„Der Widerspruch in der Gesellschaft ist zum Widerspruch im Subjekt geworden. Das Ich erscheint nun nicht mehr allein als Widerpart der gesellschaftlichen Umwelt; es trägt auch die gesellschaftlichen Widersprüche als Rollen-Identifikationen in sich. Die Aufklärung der Subjektivität kann die gesellschaftlichen Verhältnisse enthüllen; erst das von seinen inneren Widersprüchen befreite Ich gewinnt jene Stärke und Autonomie, die es braucht, um seine Bedürfnisse wahrzunehmen.“⁶⁴⁶

⁶⁴³ Parin (1993): 35f

⁶⁴⁴ Balibar (1992): 18, Hervorheb. im Original

⁶⁴⁵ Parin/Parin-Matthèy (1978): 115

⁶⁴⁶ Parin/Parin-Matthèy (1978): 120

Gerade diese Verinnerlichung der gesellschaftlichen Widersprüche wirft allerdings die Frage auf, ob es überhaupt nichtentfremdete Bedürfnisse geben kann. Und selbst wenn das falsche Bewußtsein bewußt gemacht und bearbeitet werden kann, stellt sich weiterhin die Frage, wie das Individuum sich neue Identifikationsräume erschließen kann, die (noch) nicht vom Prozeß der Produktion von Unbewußtheit unterlaufen sind.

Die Ebene der Institutionen umfaßt auch eine besondere Gruppendynamik. Ähnlich wie Freud in seiner „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ geht Erdheim davon aus, daß der Konsens zwischen Herrscher und Beherrschten auf der Unbewußtmachung kränkender und erniedrigender Aspekte beruht. Im Bewußtsein werden die Vorteile der Herrschaft als Aspekte der Sicherung der Identität hervorgehoben, während die negativen Wahrnehmungen ins Unbewußte verdrängt werden.⁶⁴⁷

Wenn individuelle Konflikte, deren Grundlage eigentlich auf der Ebene der Herrschaftsausübung zu suchen ist, verinnerlicht und nicht mehr nach außen gerichtet werden, ist der Zirkel der Machterhaltungsmechanismen schließlich wirkungsvoll geschlossen:

„Die ... Wiederholung der Grundkonflikte der Persönlichkeit, die durch politische Konflikte ausgelöst wird, ist das Tor, durch welches Herrschaft in das Individuum eindringen und sich in ihm festsetzen kann. In dem Maße, wie es dem Individuum nicht gelingt, seine inneren Konflikte zu lösen, werden diese zu potentiellen Stützpunkten der Herrschaft. Die Aggression, die ursprünglich der herrschenden Gewalt hätte Grenzen setzen sollen, wird durch die Wendung nach innen zum Vehikel, das den Machtbereich der Herrschaft nun auch auf die Psyche des Individuums ausdehnt.“⁶⁴⁸

Das Individuum kann allerdings besagte Konflikte auch nach außen wenden, indem es sie beispielsweise nach dem Sündenbock-Prinzip auf andere projiziert. Doch auch eine solche Verlagerung der Konflikte auf eine äußere Ebene unterliegt dem Herrschaftskreislauf.

Sollte aufgrund der bisherigen Schilderungen der Eindruck entstanden sein, daß das Individuum existierenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen aufgrund der verinnerlichten und unbewußten Unterdrückungsmechanismen hilflos ausgeliefert sei und eine Durchbrechung der skizzierten Mechanismen kaum möglich erscheint, so sei darauf hingewiesen, daß ein Ausbruch aus den Verhältnissen grundsätzlich möglich ist, sofern das Individuum bereit ist, Gegebenheiten zu hinterfragen und damit auch die eigene Position in Frage zu stellen.

So sieht Maya Nadig die Möglichkeit des Widerstands als grundsätzlich gegeben an und warnt sogar davor, diese in der Forschung zu vernachlässigen:

„Die Erforschung der Individuen in einer Gesellschaft setzt ... die Kenntnis der ökonomischen und historischen Verhältnisse voraus. Sie setzt aber auch voraus, daß dem Subjekt über die ökonomische Determination hinaus auch eine relative Selbständigkeit zugestanden wird, eine Selbständigkeit, die auch eine widerständige Reaktion auf gegebene Verhältnisse erlaubt.“⁶⁴⁹

⁶⁴⁷ Erdheim (1984): 377

⁶⁴⁸ Erdheim (1984): 418

⁶⁴⁹ Nadig, Maya (1986): Die verborgene Kultur der Frau. Ethnopschoanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexico, Frankfurt 1992: 30

Das Individuum ist also nicht zwangsläufig ein Opfer der Unbewußtmachungsprozesse innerhalb der sozialen Realität.

Die individuelle Selbständigkeit und Selbstbefreiung hat allerdings ihren Preis. Parin skizziert beispielsweise die Folgen der Ablehnung von Rollenidentifikationen für Individuen wie folgt:

„Diese Menschen machen es sich nicht leicht. Ihr Ich verzichtet auf einen Stabilisator, der zumindest in unserer Gesellschaft leichter eingebaut als vermieden werden kann. ... Ihr Ich muß demnach Konflikte mit inneren und äußeren Instanzen andauernd verarbeiten, ohne Gewähr für den Ausgang derselben, ohne den ... Schutz vor Erschütterungen seines Gleichgewichts und in Gefahr, Befriedigungen kompensationslos einzubüßen.“⁶⁵⁰

Die Autonomie des Subjekts ist also grundsätzlich denkbar, doch verlangt sie dem Individuum ein erhöhtes Maß an Integrationsleistungen ab, um seine Identität zu wahren. Wenn die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit überwunden werden soll, ist es die Aufgabe des Individuums, sich der innerpsychischen und der gesellschaftlichen Widersprüche zu stellen und diese bewußt zu bearbeiten. Entlastung kann es dabei nur aus dem Bewußtsein seiner Autonomie erwarten. Die Prinzipien dieser Autonomie müssen Selbstverantwortung und der Mut zur Opposition sein.

Die gesellschaftlichen Dimensionen von Unbewußtheit umfassen im Überblick folgende Perspektiven:

- Aufgrund der Tatsache, daß gesellschaftliche Verhältnisse sich im bewußten und unbewußten Seelenleben des Individuums niederschlagen, kann die individualpsychologische Analyse zur Basis von Gesellschaftskritik werden.
- Die Auseinandersetzung mit Fremdheit impliziert Wandel. Wenn gesellschaftliche Verhältnisse jedoch konserviert werden sollen, ist es notwendig, diese Auseinandersetzung mit dem Fremden zu verhindern.
- Fremdheit ist keine Eigenschaft an sich, sondern eine Frage der Definition. Diese Definition kann einen Ausschlußmechanismus darstellen.
- Die Art und Weise, wie Fremdheit definiert wird, verweist auf die innere Verfassung des definierenden Subjekts. Dieser Sachverhalt wird jedoch zumeist dann, wenn die Fremdheit als Tatsache konstituiert ist, unbewußt.
- Solche Prozesse der Unbewußtmachung können die hinter dem Fremdheitsdiskurs stehende Machtausübung verschleiern.
- Eine allumfassende Wechselseitigkeit von Verpflichtungen, die alle Individuen einer Gesellschaft umspannt, kann die Herausbildung von Herrschaftsmechanismen verhindern.

⁶⁵⁰ Parin (1977): 105

- Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit kann auf das Individuum entlastend wirken, da es Widersprüche nicht ausbalancieren und verarbeiten muß, sondern sie verdrängen kann.
- Wenn das Individuum in Phasen der Desorientierung sich auf gesellschaftliche Institutionen beruft, um eine individuelle Entlastung zu erreichen, stärkt es den institutionellen Machtbereich.
- Der Staat muß in seiner besonderen Vermittlungsrolle für die Beziehungen zum Fremden betrachtet werden. Staatlicher Einfluß verläuft häufig unbewußt und wirkt dennoch auf alle Individuen.
- Weil Rollen von gesellschaftlichen Institutionen abgeleitet werden, stärkt die Rollenidentifikation institutionelle Herrschaft.
- Gesellschaftliche Widersprüche können über Rollenidentifikationen zum Widerspruch im Subjekt werden.
- Das Individuum kann sich von der gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit abkoppeln, indem es Rollenidentifikationen ablehnt und sie hinterfragt. Das Individuum muß sich dann mit bestehenden gesellschaftlichen Widersprüchen auseinandersetzen und diese bewußt bearbeiten.

5.6 Implikationen für die Analyse von Migrationsgesellschaften und globalen Figurationen
--

Bereits die Darstellung des Prinzips des „doppelten Diskurses“ von Georges Devereux im zweiten Kapitel hat angerissen, welche Probleme entstehen, wenn bei der Analyse komplexer Systeme verschiedene Perspektiven zur gleichen Zeit betrachtet werden sollen. Es zeigt sich, daß fast zwangsläufig immer ein Aspekt in den Vordergrund rückt, während anderen Aspekten zur selben Zeit eine untergeordnete Beachtung zukommt.

Die Frage der Reichweite stellt sich nicht erst bei der Analyse, sondern bereits im Stadium der Theoriebildung. So kritisiert Adler an den Ansätzen von Parin und Erdheim, daß sie versuchen, die Ethnopschoanalyse von einer Theorie „mittlerer Reichweite“ zu einer Theorie „großer Reichweite“ zu machen:

„In dem Maße also, wie die ‚neuere‘ Ethnopschoanalyse sich zur ‚kulturwissenschaftlichen Supertheorie‘ aufschwingen möchte, rückt ihr selbstgesetztes Ziel, kritische Kulturwissenschaft, gar **die** Synthese aus Psychoanalyse und Marxismus zu sein, wieder in die Ferne; der Verweis auf marxistische Grundpo-

sitionen (die dann aber nicht zureichend ausgeführt werden) wirkt in diesen Fällen nur noch rhetorisch.“⁶⁵¹

In diesem Fall wird nicht so sehr der Anspruch nach einer größeren theoretischen Reichweite kritisiert, sondern eher die mangelhafte Ausführung dieses Anspruchs.

Supertheorien sind immer mit dem Problem konfrontiert, die verschiedenen Aspekte eines hochkomplexen Systems zunächst zueinander in Beziehung setzen zu müssen und dann in einem zweiten Schritt auch der Komplexität der einzelnen Aspekte noch gerecht werden zu müssen. Andererseits ist es beispielsweise der Migrationsforschung bisher noch nicht gelungen, auf theoretischer Ebene den umfassenden Aspekten des Phänomens Migration gerecht zu werden. So ist beispielsweise Giordano der Ansicht, daß

„die ethnologische und soziologische Migrationsforschung in Deutschland besonders im Hinblick auf ihre theoretische Fundierung letztlich in eine lähmende Sackgasse geraten ist“⁶⁵².

Es fehlen seiner Meinung nach theoretische Konzeptualisierungen. Stattdessen herrsche die beschreibende Perspektive vor. Die Verbindung einer Vorliebe für die Beschreibung, gekoppelt mit einer Abneigung gegen Theoriebildung sei eine Konsequenz für das Scheitern von Makrotheorien in der Migrationsforschung.⁶⁵³

Diese Arbeit unternimmt nun den Versuch, weit über die ethnospsychoanalytischen Ansprüche einer Supertheorie hinaus, die verschiedenen Dimensionen von Migration in eine Theorie zu integrieren. Der bisher beschrittene Weg von ethnologischen Geschichts- und Kulturperspektiven über die Prozeß- und Figurationsebene bis hin zur Identitätsthematik zeigt, daß es durchaus möglich ist, verschiedene Theorien und Theoriezweige zu einer Gesamtperspektive zusammenzuführen.

Diese Gesamtperspektive an sich scheint auch nicht das Problem zu sein, doch stellt sich die Frage, wie diese Gesamtperspektive analytisch umgesetzt werden kann. Es wäre, um den Theorieanspruch dieser Arbeit im Maßstab 1:1 umzusetzen, notwendig, das globale System, seine Einheiten, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die Beziehungen zwischen den Einheiten und zwischen den Gruppen sowie die psychische Innenperspektive der jeweiligen Individuen, ihr Verhältnis zu Kultur und Geschichte, bestehende politische Strukturen und weiterhin Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu analysieren. Diese Aufgabe ist nicht lösbar.

Aus diesem Grund wird der Analyse-Teil dieser Arbeit nur einen bestimmten Teilbereich der Theoriebildung aufgreifen. Es erscheint jedoch, gerade im Hinblick auf die Kritik Giordanos, notwendig, auch bei der Analyse von Ausschnitten hochkomplexer Migrationssysteme auf eine entsprechend umfassende Theorie zurückgreifen zu können.

⁶⁵¹ Adler (1993): 176, Hervorheb. im Original

⁶⁵² Giordano (1988): 243

⁶⁵³ vergl. Giordano (1988): 243

Die Beschränkung auf die Perspektive deutscher Medien und damit zu einem großen Teil der deutschen Gesellschaft⁶⁵⁴ im Hinblick auf islamische Kulturen ist eine notwendige Einschränkung. Die Perspektive der Migranten soll dabei insofern berücksichtigt werden, als Einschränkungen, denen sie seitens der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind, thematisiert werden.

Eine weitere Einschränkung wird die Ebene der Analyse darstellen. Eine Medienanalyse kann innerpsychische Prozesse nur insofern aufgreifen, als die mediale Vermittlung auch als Ausdruck psychischer Dispositionen zu sehen ist.⁶⁵⁵ Außerdem ist die Darstellung von gesellschaftlichen Beziehungen in den Medien natürlich nur ein Ausdruck dieser Beziehungen und ein impliziter Verweis auf diese.

Der im folgenden Kapitel noch darzustellende „Diskurs der Elite“, auf den die unter ethnopsychanalytischen Gesichtspunkten erfolgte Darstellung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen verweist, stellt auch eine Einschränkung der Analyseperspektive dar. Es wird also nicht darum gehen, das Verhältnis zwischen konkreten Personen verschiedener Kulturen zu beschreiben. Vielmehr ist beabsichtigt, das Meinungs- und Einstellungsklima zu skizzieren, das in Deutschland im Hinblick auf Migranten und auf islamische Kulturen vorherrscht.

Gerade diese letzte Einschränkung gerät natürlich auf den ersten Blick in Konflikt mit der Identitätstheoretischen Komponente dieser Arbeit, denn es stellt sich natürlich die Frage, wo bei der Analyse dann noch das Individuum berücksichtigt wird. Da die Medienanalyse jedoch gerade die Auswirkungen des Elite-Diskurses im Hinblick auf Möglichkeiten des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens darstellen soll, bleibt der Bezug zur Identitätstheorie gewahrt.

Im folgenden Kapitel soll auf der Basis der Diskurstheorie das Feld der politischen Macht- und Meinungsbildung näher skizziert werden. Gleichzeitig wird die Diskurstheorie auch als Analysemethode eingeführt. Weiterhin werden verschiedene Interpretationsmodelle im Hinblick auf Texte und Kulturen erläutert, um auf deren Basis letztendlich das Zeitungsmaterial zu erschließen.

⁶⁵⁴ Eine internationale Perspektive fließt insofern in die Analyse mit ein, als auch die Haltung anderer Staaten zu den zu analysierenden Ländern berücksichtigt wird, wie sie von den Medien dargestellt wird. Dieser zumindest ansatzweise vergleichende Zugang eröffnet die Möglichkeit, der deutschen Position übergeordnete Strukturen der internationalen Beziehungen zu verdeutlichen.

⁶⁵⁵ Diese Problematik wird im folgenden Kapitel anhand der Diskurstheorie noch näher ausgeführt.

Im folgenden wird es darum gehen, die analytischen Strategien, mit denen das zu untersuchende Medienmaterial bearbeitet werden soll, darzustellen. Anhand verschiedener interpretativer Strategien werden Bezüge zwischen Kultur und Text geknüpft, so daß Texte als Ausprägungen und Ausdruck kultureller Realitäten gesehen werden können. Anhand der Diskurstheorie sollen die Bezüge zwischen gesellschaftlich verankerten Denkweisen und Handlungen herausgearbeitet werden. Mittels einer diskurstheoretischen Analyse kann nicht nur ein objektiver Gehalt von medialen Darstellungen herausgearbeitet werden, sondern es ist zugleich möglich, aufgrund der latenten Implikationen, die Textzusammenhänge enthalten, Rückschlüsse auf die bestehenden gesellschaftlichen Dispositionen zu erhalten. Gerade diese latente Ebene ist im Hinblick auf die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit von besonderem Interesse.

Auf der Ebene des interpretativen Zugangs zu Kultur und Texten lassen sich zwei für die skizzierte Analyseaufgabe nutzbare Ansätze ausmachen. In der kulturanthropologisch-ethnologischen Forschung prägte Clifford Geertz das Paradigma der „Dichten Beschreibung“, vor dessen Hintergrund Kultur analog zu Texten interpretierbar wird. In der literaturwissenschaftlichen und psychoanalytischen Forschung wird versucht, in Texten kulturelle Konstituenten auszumachen. Kulturelle Manifestationen sollen auf textlicher Ebene analysiert werden. Außerdem wird dem Raum zwischen Kulturen Bedeutung beigemessen. Beide Zugangsformen haben gemeinsam, daß sie von einer Verbindung zwischen kulturellen und textlichen Elementen ausgehen und auf der Bedeutungsebene agieren. So können die Verbindungen zwischen der Ausdrucks- und der Wahrnehmungsebene geknüpft werden.

Clifford Geertz sieht in seinem Paradigma der „Dichten Beschreibung“ eine „deutende Theorie von Kultur“, wobei Kultur als „Bedeutungsgewebe“ zu analysieren ist.⁶⁵⁶ Dieses Paradigma beeinflusst seine analytische Perspektive in dreierlei Hinsicht:

⁶⁵⁶ vergl. Geertz, Clifford (1973): Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 7-43: 9

„Erstens geht sie – wie die Psychoanalyse – von einer ernstzunehmenden Bedeutsamkeit aller menschlichen, also kulturellen Phänomene aus; zweitens kommt nach Geertz der Bedeutungen spinnende und webende Mensch ... gerade als dichterisches, erzählendes, sich selbst verwirrendes und interpretierendes Wesen zu sich selbst; und drittens können Mythen kein theoretisches Privileg mehr beanspruchen, da sie einerseits nur eine Sonderform der fundamental erzählerischen Qualität des Menschen bilden und andererseits mit Umfangsformen, Riten, Gebräuchen und anderen Bedeutungsnetzen eng verwoben sind.“⁶⁵⁷

Das Interpretieren und Deuten wird also zum wesentlichen Bestandteil menschlicher Existenz und zur (Selbst)Einordnung des Individuums in seine Umwelt. Vor dem Hintergrund, daß jede Gesellschaft ihre je eigene Interpretation in sich berge, gleicht bei Geertz die Untersuchung von Kulturformen dem Durchdringen eines literarischen Textes.⁶⁵⁸ Die Gemeinsamkeit zwischen Kultur und Text liegt also zunächst darin, daß beide Bedeutungen tragen, die interpretativ erschlossen werden müssen.

Deutlicher werden die Bezüge zwischen Kultur und Text beziehungsweise die Perspektive, Kultur als Text zu sehen, in der neueren literaturwissenschaftlichen Diskussion über die Relevanz kultureller Paradigmen für die Philologie. Seit Beginn der neunziger Jahre stellen sich die literaturwissenschaftlichen Disziplinen immer mehr der Problematik, daß einer Monomedialität und einer Monokulturalität der Philologien eine Polymedialität und internationale Verflechtungen kultureller Prozesse gegenüberstehen. Fragestellungen werden aufgrund dieser Rahmenbedingungen zunehmend interdisziplinär, so daß sie nicht mehr nationalphilologisch oder traditionell texthermeneutisch beantwortet werden können.⁶⁵⁹

Aus diesem Grund gewinnt der Kontext internationaler, interkultureller und kolonialistischer Prozesse einen neuen Stellenwert für die Analyse von „Texten“. Die Literaturwissenschaft knüpft deshalb eine Beziehung zwischen Kultur und Texten. Bei Kultur handelt es sich diesem philologischen Ansatz zufolge um

„einen symbolischen oder textuellen Zusammenhang ..., um ein Textuniversum, in welchem sich einzelne kulturelle Momente, als Texte, immer nur durch ihre Kontexte bzw. eine Fülle von Kontexten erschließen“.⁶⁶⁰

Kultur wird also als Text gesehen, beziehungsweise kulturelle Momente und Prozesse können sich in Texten manifestieren. Daraus resultiert folgendes Bild der gesellschaftlichen und der kulturellen Realität:

„Die kulturelle Realität wird mithin als Text oder Zeichen verstanden, als ein gewaltiges Gewebe, eine Textur, die – im historischen Querschnitt – gemäß ihrer topographischen Verteilung, Vernetzung und Struktur, im zeitlichen Längsschnitt dagegen als ein langweiliger, sich langsam wandelnder, transsubjektiver, gleichwohl hergestellter, darum immer neu interpretierbarer und entzifferbarer Bedeutungszu-

⁶⁵⁷ Schlesier, Renate (1996): Das Staunen ist der Anfang der Anthropologie, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 47-59: 52

⁶⁵⁸ vergl. Geertz, Clifford (1972): „Deep play“: Bemerkungen zum balinesischen Hahnenkampf, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 202-260: 253; 260

⁶⁵⁹ vergl. Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996): Zur Einführung, in: dies. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 7-24: 11

⁶⁶⁰ Böhme/Scherpe (1996): 15

sammenhang aufgefaßt wird. Sprache, Medien, Metaphern, Symbolisierungen aller Art, selbst Institutionen werden als unterschiedliche, konfligierende wie systematisch ausdifferenzierte, machtgestützte wie subversive Codierungen ausgelegt, die konstitutiv für die gesellschaftlichen Wirklichkeiten seien.⁶⁶¹

Kultur als Text zu sehen, bedeutet nicht unbedingt, daß dieser „Text“ ein materielles Schriftstück sein muß. Die Textualität von Kultur beinhaltet eher ein grundsätzliches Prinzip der „Codierung“, das interpretativ erschlossen werden muß.

Die ideellen, geistigen Prozesse, die der Textualität von Kultur zugrundeliegen, sowie die damit verbundene Wert- und Bedeutungsfrage lassen sich folgendermaßen darstellen:

„Da geistige Prozesse in der Regel *nur* anhand der *Resultate* verfolgt werden können ..., sollen diese Resultate in den Mittelpunkt gerückt werden. *Zweitens* sind sie, da *gesellschaftliche* Vermittlungen regulierend, stets *kommunikationsbezogen*, und sie vermitteln *Bedeutungen* in einem doppelten Sinne: *objektiv*, indem sich das Resultat (ein Wort, ein Satz, ein Bild, ein Produkt usw.) auf einen kommunizierten geistigen oder gegenständlichen, individuellen oder sozialen Sachverhalt bezieht, also auf etwas *Erkanntes* hindeutet, *subjektiv* – und *selbstreferentiell* –, indem es diesem Sachverhalt eine Bedeutsamkeit für den oder die Kommunizierenden zuordnet, ihn *wertet*. Beide Aspekte – Erkennen und Werten – bedingen einander, allerdings liegt das Besondere *menschlich-gesellschaftlicher* Vermittlung eben gerade darin, Sachverhalte unter dem Blickwinkel ihrer Bedeutsamkeit selbstreferentiell zu kommunizieren ... – eben deshalb ist der Begriff der Kultur ein Wertbegriff.“⁶⁶²

Es zeigt sich also, daß Kultur sich unter textuellen beziehungsweise kommunikativen Aspekten manifestiert. Kommunikation impliziert dabei Wertungen.

Die Textualität von Kultur steht in einem engem Zusammenhang mit der medialen Vermittlung der kulturellen Codierung. Der Medienbegriff stellt sich dabei wie folgt dar:

„„Medien“ stellen sowohl Erzeugnisse wie Bedingungen des Kulturprozesses dar. „Medien“ sind – kulturgeschichtlich betrachtet – nicht nur als (moderne) technische Medien zu verstehen, sondern historisch und systematisch als das, worin Wahrnehmen, Fühlen und Denken seine charakteristischen Formen und Darstellungen findet. Darum stellt die mediale Form, die Vermittlung in *allen* Bereichen der Kulturwissenschaft einen zentralen Aspekt der Fragestellungen dar.“⁶⁶³

Vor diesem Hintergrund wird das Medium zur Vermittlungsinstanz kultureller Prozesse und Deutungen in den verschiedensten Formen. Medien kennzeichnen also nicht nur materiale Aspekte wie das Fernsehen, Radio oder Zeitungen, sondern umfassen vielmehr die Sphäre der Wahrnehmung und des Denkens als allgemeine, abstrakte Entitäten.

Diese umfassende Perspektive hat den Vorteil, daß sie eine Beziehung zwischen der Wahrnehmungsebene und der Ausdrucksebene, die beispielsweise ein konkreter Zeitungsartikel darstellen würde, schaffen kann. Damit können konkrete Medien im Hinblick darauf untersucht werden, wie sie die kulturelle Realität darstellen und interpretieren und somit auf die Ebene der Wahrnehmung wirken und diese gestalten beziehungsweise verändern.

⁶⁶¹ Böhme/Scherpe (1996): 16

⁶⁶² Erpenbeck, John (1996): Interkulturalität, sozialer und individueller Wertewandel, S. in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996 99-118: 102, Hervorheb. im Original

⁶⁶³ Böhme/Scherpe (1996): 17, Hervorheb. im Original

Innerhalb dieser medialen Vermittlung spielen Bewertungszusammenhänge natürlich eine herausragende Rolle:

„Werte oder *wertdeterminierte geistige Resultate* sind ... solche, die explizit oder implizit Empfindungen, Gefühle, Wünsche, Hoffnungen, Bedürfnisse, Strebungen, Interessen, Einstellungen, Meinungen, Haltungen, Absichten, Urteile und Vorurteile von Subjekten – Menschen oder Menschengruppen – enthalten, welche diese Resultate hervorgebracht haben. ... Die ... Werte ‚*enthalten*‘ also immer strukturell *das wertende Subjekt* und die Grundlagen und Maßstäbe seines Wertens ...“⁶⁶⁴

Geht man von dieser Perspektive aus, so ist bei der Analyse medialer Vermittlung immer zu fragen, welche Wertungen sich auf textlicher Ebene vollziehen, von welchen Subjekten die Wertungen vorgenommen werden und auf welche gesellschaftlichen, sozialen oder kulturellen Hintergründe diese Wertungen verweisen.

Geertz stellt die Forderung auf, analytisch zwischen kulturellen und sozialen Randbedingungen des Lebens zu unterscheiden, wobei zwischen beiden Ebenen eine Interdependenz bestehe:

„Kultur ist das Geflecht von Bedeutungen, in denen Menschen ihre Erfahrung interpretieren und nach denen sie ihr Handeln ausrichten. Die soziale Struktur ist die Form, in der sich das Handeln manifestiert, das tatsächlich existierende Netz der sozialen Beziehungen. Kultur und Sozialstruktur sind daher nur verschiedene Abstraktionen der gleichen Phänomene: Die eine hat mit sozialem Handeln unter dem Aspekt seiner Bedeutung für die Handelnden zu tun, die andere mit eben diesem Handeln unter dem Gesichtspunkt seines Beitrags zum Funktionieren eines sozialen Systems.“⁶⁶⁵

Diese Verknüpfung von Kultur und Sozialstruktur, von Bedeutung und strukturellen Aspekten, verhält sich analog zu den Darstellungen, die in dieser Arbeit bereits im Hinblick auf die Identitätsentwicklung im interkulturellen Kontext gemacht wurden. Ihre Bedeutung soll am Beispiel von Geertz' Unterscheidung zwischen Mitmenschen und Zeitgenossen herausgearbeitet werden. „Mitmenschen“ haben für Geertz auf „direkte und persönliche Weise als Ego, Subjekt, Selbst miteinander zu tun“. „Zeitgenossen“ hingegen leben nur in einer gleichen geschichtlichen Zeit und haben höchstens flüchtige soziale Beziehungen zueinander.⁶⁶⁶ Stellt man vor dem Hintergrund dieser Definition eine Analogie zum Zusammenleben in einer interkulturellen Gesellschaft her, so nehmen die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft die Rolle von Mitmenschen ein, die sich gegenseitig als Mitmenschen anerkennen.

Den Angehörigen von Minderheiten wird - und dies auch nur notgedrungen aufgrund des Faktes ihrer physischen Anwesenheit - die Rolle der Zeitgenossen zugeschrieben. Es stellt sich nun die Frage, wie innerhalb dieses Rahmens kulturelle Bedeutung und strukturelle Funktion wirken und wie sie auf der Ebene der Alltagsrealität als manifeste, also äußerlich sichtbare Dimension, greifbar werden und zu analysieren sind.

⁶⁶⁴ Erpenbeck (1996): 105, Hervorheb. im Original

⁶⁶⁵ Geertz, Clifford (1959): Ritual und sozialer Wandel: ein javanisches Beispiel, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zu einer deutenden Theorie von Kultur, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 96-132: 98f

⁶⁶⁶ vergl. Geertz, Clifford (1966): Person, Zeit und Umgangsformen auf Bali, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 133-201: 139f

Die Unterscheidung zwischen Mitmenschen und Zeitgenossen prägt auf der Bedeutungsebene die Selbsteinschätzung der Individuen und den Raum ihrer Handlungsmöglichkeiten. Da die gesellschaftlichen Strukturen von der Mehrheitsgesellschaft geprägt sind, kann diese bestimmen, welche Inhalte bedeutungsvoll sind und welche nicht.⁶⁶⁷ Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, wurden bereits aufgezeigt. Da der allgemeine Orientierungsrahmen der Gesellschaft der Mehrheit ist, müssen die Angehörigen von Minderheiten Anpassungs- und Verarbeitungsleistungen erbringen, wenn sie an diesem Rahmen teilhaben wollen. In der Pädagogik wird der Aspekt der individuellen Verarbeitung als positiv bewertet, da er subjektiven Handlungsraum schafft.

Betrachtet man die Problematik jedoch unter der Prämisse von Geertz, derzufolge Subjektstatus nur unter Mitmenschen erreicht werden kann, so wird augenscheinlich, daß die Angehörigen von Minderheiten innerhalb des pädagogischen Ansatzes und innerhalb des gesellschaftlichen Systems nur Objektcharakter annehmen können. Sie bewegen sich nämlich in einem von außen definierten Rahmen und können überhaupt nur unter diesen Vorzeichen subjektive Handlungsstrategien entwickeln.

Diese Perspektive impliziert, daß Mehrheit und Minderheiten grundsätzlich von grundverschiedenen Bedeutungssystemen ausgehen.⁶⁶⁸ Doch selbst, wenn dies nicht der Fall ist, ist die Minderheit bei der Entwicklung eines Subjektstatus allein aufgrund ihrer Minderheitensituation eingeschränkt. Da aufgrund der bestehenden und in dieser Arbeit schon zur Genüge dargestellten Machtverhältnisse keine volle Teilhabe an den gesellschaftlichen Strukturen und Bedeutungssystemen möglich erscheint, können Minderheiten, selbst wenn sie Überschneidungen mit Bedeutungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft feststellen, diese kaum als „eigen“ ansehen.

In der neueren literaturwissenschaftlichen Diskussion werden die Wechsel- und Machtverhältnisse zwischen den Kulturen verstärkt thematisiert. So wird davon ausgegangen, daß kulturwissenschaftliche Paradigmen (im Hinblick auf das literaturwissenschaftliche Arbeiten) gezielt Kulturerfahrungen aufgreifen müssen, Kulturvergleichen vorantreiben sollen und dabei auch die Auseinandersetzungen zwischen Kulturen ihren Niederschlag finden müßten.⁶⁶⁹

Die folgende Darstellung des Wechselverhältnisses von Kultur und Literatur geht von „literarischen“ Texten aus, wobei sich aus dem Kontext nicht erschließt, ob unter diese Kategorie

⁶⁶⁷ Diese Definition erfolgt zunächst unter dem quantitativen Gesichtspunkt, demzufolge eine Mehrheit aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit bessere Möglichkeiten hat, die Realität zu bestimmen. Sie impliziert für die Angehörigen von Minderheiten eine relative Bedeutungslosigkeit, und zwar in Relation zur Mehrheitsgesellschaft. Das bedeutet, daß für Minderheiten rein quantitativ gesehen die Möglichkeiten der Teilhabe und damit der Raum, innerhalb dessen sie Bedeutung erlangen können, relativ klein ist.

⁶⁶⁸ Ein solcher Ansatz birgt, wie bei der Darstellung des kulturellen Aspekts des interkulturellen Zusammenlebens gezeigt wurde, die Gefahr, daß aus ihm auf eine grundsätzliche Unvereinbarkeit der verschiedenen Systeme geschlossen wird. Deshalb soll in dieser Arbeit der Schwerpunkt gerade nicht auf einer wie auch immer zu gewichtenden Differenz liegen, sondern eher den Aspekt der Definitionsmacht, die ja bei der Mehrheitsgesellschaft liegt, in den Vordergrund rücken.

⁶⁶⁹ vergl. Bachmann-Medick, Doris (1996): Texte zwischen den Kulturen: ein Ausflug in „postkoloniale Landkarten“, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996 S. 60-77: 61ff

lediglich sogenannte „hochkulturelle“ literarische Ausdrucksformen wie Belletristik oder Lyrik fallen, oder ob Literatur eher – wie oben bereits dargestellt – als umfassendes mediales Wahrnehmungs- und Vermittlungsfeld aufgefaßt wird. Da jedoch die kulturwissenschaftlich orientierten Ansätze der Literaturwissenschaft, die bisher dargestellt wurden, das Feld der Textanalyse erweitern wollen, erscheint es gerechtfertigt, Literatur selbst unter diesem weitreichenden Gesichtspunkt der kulturellen Medialität zu begreifen:

„Kulturelle Verortung ... und kulturelle (Neu-)Kartierung ... scheinen zu Leitvorstellungen zu werden. Doch nicht nur die Literaturwissenschaft, sondern vor allem die literarischen Texte selbst wirken aktiv auf eine solche Akzentverschiebung hin. So tragen die postkolonialen Literaturen der Welt zu den weitreichenden Veränderungen bei, die sich gegenwärtig im Verständnis wie in der Erfahrung von Kultur vollziehen. Anstelle der Vorstellung repräsentierbarer, abgegrenzter, in sich geschlossener Kulturen mit festen Identitäten betonen sie eher die Vermischung, Überlagerung und Deplazierung von Kulturen, die Identitätsbrechungen im Zustand kultureller Zwischenexistenz. Von den weder national noch sprachlich fest verankerten Literaturen geht die Forderung aus, sich ausdrücklich mit den Verarbeitungsformen der realen und keineswegs nur metaphorischen Prozesse kulturübergreifender Migration und Globalisierung auseinanderzusetzen – ein Vorzeichen auch für ein neues Verständnis von Weltliteratur.“⁶⁷⁰

Diese Perspektive ermöglicht es, das Verhältnis von Kultur und Textualität vor dem Hintergrund interkultureller Prozesse zu betrachten, da Texte den Raum zwischen den Kulturen umfassen.

Globale Prozesse der interkulturellen Auseinandersetzung sowie deren Niederschlag auf der lokalen Ebene beziehungsweise deren potentieller Widerspruch zu gesellschaftlichen Mikroverhältnissen eröffnen einen neuen Bedarf an Analysen:

„In der heutigen Situation ... geht die stärkste Herausforderung davon aus, daß sich die globalen Prozesse im Weltmaßstab zwar weitgehend über mediengängige visuelle Repräsentationen ausbreiten. Im Zusammentreffen mit lokalen Inkongruenzen führen sie jedoch zu einer Gleichzeitigkeit extremster Verschiedenheiten, ja ungleicher Entwicklungen, zu Vielschichtigkeiten, die sich dem Blick immer mehr entziehen. ... Die Verräumlichung der Geschichte durch ihre widersprüchliche Zusammenballung an ein und demselben Ort verlangt, sich von einem homogenen Ortsbegriff und von einer statischen Kartierung des physisch Sichtbaren zu verabschieden. Statt dessen sollen Brüche, Verwerfungen und Entwicklungsungleichheiten in den Vordergrund rücken, die durch geographische ‚Kartographie von Brechungen‘ unter dem Vorzeichen von ‚kognitiven Karten‘ aufgedeckt werden können.“⁶⁷¹

Kulturerfahrung und der mediale Ausdruck von Kultur umfassen also die Gleichzeitigkeit verschiedener Kulturen. Aus dieser Perspektive heraus wird eine „interkulturelle Intertextualität“ gefordert.⁶⁷² Dies bedeutet, daß Medien sich vor dem Hintergrund kultureller Gleichzeitigkeit und Auseinandersetzung konstituieren, daß diese Prozesse medial vermittelt werden und daß auf der analytischen Ebene diese Modalitäten berücksichtigt werden müssen. Es geht also darum, daß „transkulturelle Wechselbeziehungen“ Erleben, Wahrnehmung und Darstellung prägen und Analysen sich darauf beziehen müssen.⁶⁷³

⁶⁷⁰ Bachmann-Medick (1996): 61

⁶⁷¹ Bachmann-Medick (1996): 68f, Hervorheb. im Original

⁶⁷² vergl. Bachmann-Medick (1996): 71

⁶⁷³ vergl. Harth, Dietrich (1996): Die literarische als kulturelle Tätigkeit: Vorschläge zur Orientierung, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996 S. 320-340: 327

Im Hinblick auf die konkrete Analyse von Texten stellt sich die Frage, wie interpretativ vorzugehen ist. Clifford Geertz selbst liefert für eine interpretative Analyse keine konkreten Ansatzpunkte, sondern begnügt sich mit dem theoretischen Ansatz, daß aus der Verknüpfung von Kultur und Bedeutung die Notwendigkeit der interpretativen Auseinandersetzung folgt. Dies wird auch bei der Benennung seines Konzeptes als „Dichte Beschreibung“ deutlich, denn für Geertz sind die Grenzen von Beschreibung und Interpretation fließend. Deshalb ist es notwendig, den ethnologischen Ansatz um konkrete Textstrategien zu ergänzen.

6.1.2 Psychoanalytische Ansätze

Das Konzept der „Dichten Beschreibung“, das die Bedeutungsebene der Kultur textlich verarbeiten und begreifen möchte, legt es nahe, konkrete Textstrategien zu verwenden. Da mittels psychoanalytischer Ansätze bereits ein Blick auf die Tiefenstrukturen des interkulturellen Zusammenlebens geworfen wurde, sollen solche Ansätze nun auch als konkrete Textstrategie angewendet werden.

Die tiefenhermeneutische Kulturanalyse bezeichnet das Unbewußte als zentralen Erkenntnisgegenstand:

„Es geht um die Anerkennung einer *eigenständigen Sinnebene* unterhalb der bedeutungsgenerierenden Sinnebene sprachlicher Symbolik. Während der manifeste Textsinn sich in der Ebene der sozial anerkannten Bewußtseinsfiguren bewegt, drängt im latenten Textsinn eine sprachlos-wirksame Sinnebene, die Ebene unbewußter Interaktionsformen, zum Bewußtsein.“⁶⁷⁴

Diese Perspektive ist für die Analyse des Bedeutungsgehaltes von Texten interessant, da sie sich in Analogie zu den Tiefenstrukturen der Abgrenzung, die bereits skizziert wurden, setzen läßt. Ein Text sagt nicht nur aus, was sein objektiver Wortgehalt mit im Duden nachschlagbaren Bedeutungen an der Oberfläche vorspiegelt, sondern er enthält außerdem eine Tiefendimension. Politiker sagen nicht: „Wir verfolgen eine Ausgrenzungspolitik gegenüber Zuwanderern, um unsere Macht zu erhalten.“ Dennoch tun sie es (unter anderem).

Das Wort „Flüchtlingswelle“ besagt objektiv nichts anderes, als daß es Flüchtlinge gibt, daß diese, sofern man eine Analogie zwischen Welle und Meer herstellt (wobei dies schon Teil der Analyse latenter Inhalte wäre), in großer Zahl erscheinen und daß Wellen Teil der Natur sind und gewissermaßen Überraschungscharakter haben. Auf der unbewußten Ebene hingegen stehen Verknüpfungen zu Angst, Ausgeliefertsein und Gefahr, die jedoch gerade nicht objektiv benannt werden. Diese Mehrdimensionalität wiederum wirkt nicht nur im Individuum und durch es, son-

⁶⁷⁴ Lorenzer, Alfred (1986): Tiefenhermeneutische Kulturanalyse, in: ders. (1986) (Hg.): Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur, Frankfurt 1988, S. 11-98: 29; Hervorheb. im Original

dem sie ist zugleich Teil der Gesellschaftsstruktur. Deshalb geht die tiefenhermeneutische Kulturanalyse davon aus, daß „Kulturbilder“ als „aufschlußreiche Momente einer subjektiven Lebenspraxis“ und als „Moment eines objektiven Kulturzusammenhangs“ zu begreifen sind.⁶⁷⁵ Aus diesem Grund muß es in der Kultur- oder Bedeutungsanalyse um „Persönlichkeitsmuster, verinnerlichte soziale Muster“ gehen und um eine „Theorie der kulturellen Strukturen und sozialen Prozesse“.⁶⁷⁶ Erst wenn die Orientierungspunkte und Maßstäbe, die dem aktuellen Handeln in der interkulturellen Gesellschaft zugrundeliegen, herausgearbeitet sind, können auf wissenschaftlicher Ebene Gegenentwürfe erarbeitet werden, die an diesem Ist-Zustand ansetzen und sich auf ihn beziehen.

Die psychoanalytische Literaturwissenschaft⁶⁷⁷ betrachtet Texte als „Ausdruck einer psychischen Konfliktstruktur“:

„Wie der Widerspruch zwischen Natur und Gesellschaft, zwischen Triebwünschen und sozialen Normen und Werten individuell erfahren wird, als subjektives Leid, das bildet den Untersuchungsgegenstand der Psychoanalyse und das wird in der Dichtung zum Ausdruck gebracht. Bei der Entstehung des Kunstwerks, das heißt bei der unbewußten Konfliktdarstellung, spielt das Bedürfnis nach Konfliktbewältigung (das ist etwas anderes als Konfliktlösung!) als Antriebskraft eine wichtige, noch zu wenig beachtete Rolle.“⁶⁷⁸

Gerade die Unterscheidung von Konfliktbewältigung und Konfliktlösung stellt einen wichtigen Ansatzpunkt dar. Texte müssen deshalb auch auf projektive Inhalte untersucht werden. Wie bereits gezeigt wurde, stehen die Prozesse der Abgrenzung im interkulturellen Zusammenleben im Dienste von Identitätserhalt nach innen und der Projektion innerer Konflikte nach außen. Dieser Prozeß ist auch auf der Textebene am Wirken, so daß Texte eben nicht nur auf ihre manifesten Inhalte hin untersucht werden müssen, sondern auch auf die Implikationen ihrer Aussagen, die Rückschlüsse auf die Perspektive der Gesellschaft zulassen.

Bei der Analyse müssen deshalb die spezifischen Abwehrstrategien, die sich hinter den manifesten Aussagen verbergen, herausgearbeitet werden. Nicht-fiktionale Texte aus dem öffentlichen Bereich, beispielsweise Zeitungsartikel, beziehen sich tendenziell eher auf eine kollektive Ebene, da bestimmte gesellschaftliche Situationen Auslöser für die Berichterstattung bilden. Allerdings können die Auslöser auch individuellerer Natur sein, wenn beispielsweise bestimmte Institutionen ein Thema überhaupt zum Thema machen und es somit auch auf die Ebene der Berichterstattung gelangt.⁶⁷⁹

⁶⁷⁵ Lorenzer (1986): 69

⁶⁷⁶ Lorenzer (1986): 83

⁶⁷⁷ Obwohl Literaturwissenschaft sich hauptsächlich mit fiktionalen Texten beschäftigt und die Entstehungsbedingungen von fiktionalen und nicht-fiktionalen Texten recht unterschiedlich sind, sollen in diesem Zusammenhang zumindest allgemeine Vorgehensweisen im Umgang mit Texten berücksichtigt werden, die aus der literarischen Analyse heraus entwickelt wurden. Genauso, wie Literatur anderen Entstehungsbedingungen folgt als nicht-fiktionale Texte, so unterscheiden sich auch die nicht-fiktionalen Texte untereinander aufgrund ihrer Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhänge.

⁶⁷⁸ Schönau, Walter (1991): Einführung in die psychoanalytische Literaturwissenschaft, Stuttgart 1991: 95

⁶⁷⁹ Die mediale Wirkung von latenten Inhalten wird im Abschnitt über die Diskurstheorie noch näher ausgeführt.

Die Textanalyse unter psychoanalytischen Gesichtspunkten muß, analog zum Untersuchungsgegenstand, mehrdimensional erfolgen. Es gilt, Sinnzusammenhänge, die den Entstehungskontext eines Textes bilden, zu berücksichtigen. Konflikte zwischen bewußten und unbewußten Inhalten, das Wechselspiel verschiedener Kräfte, müssen Eingang in die analytische Bearbeitung finden. Die einzelnen Inhaltselemente müssen charakterisiert werden. Außerdem muß eine Verbindung zwischen Textphänomenen und psychischen Strukturen hergestellt werden. Texte können so beispielsweise Ausdruck von verinnerlichten Normen sein oder der Identitätsbildung und -sicherung dienen. Auch muß untersucht werden, inwiefern Texte Träger von Abwehrmechanismen sind und wie sie die Anforderungen der Außenwelt (oder ihren Entstehungskontext) aufgreifen.⁶⁸⁰

Die Textanalyse darf dabei aus den Texten nicht nur die Betrachtungsweise, die auf die Angehörigen von Minderheiten gerichtet wird, filtern, sondern muß gleichzeitig auch das Selbstbild der Mehrheitsgesellschaft, das zumeist in latenten Strukturen enthalten ist, aufdecken. Dabei müssen Bilder einer „Fiktion des Fremden“ zugänglich gemacht werden:

„Es geht um die Kritik der verzerrten und vereinfachten, dennoch hartnäckig weiterlebenden Typisierungen und Verallgemeinerungen, an denen sich meist durch Umkehrung ablesen läßt, wie diejenigen, die sie verwenden, sich selber sehen und aus welchen Gründen sie von ‚den Anderen‘ sich abzugrenzen suchen.“⁶⁸¹

Dieser Rückbezug auf die eigene Gesellschaft kann dabei nicht nur zu Selbsterkenntnis führen, sondern auch bei der Überwindung kultureller Grenzen hilfreich sein. Es geht darum, „Bilder“ oder „Imagotypen“ als das darzustellen, was sie sind, nämlich Konstrukte:

„Was noch vor wenigen Jahren die Ideologiekritik zu leisten suchte, das scheint heute in die Zuständigkeit der Imageforschung zu fallen: die Aufdeckung nicht eines falschen Bewußtseins, sondern das Imaginaire, mit dem dieses Bewußtsein arbeitet, wenn es sich eine fremde, aber selbstverständlich auch wenn es die eigene Wirklichkeit ausmalt. Die Grenzen dieses Imaginären sind die Grenzen der eigenen Welt. Wo es diese überschreitet, begibt es sich in die Fremde. Es hat jetzt die Chance, die Selbstbegrenzung als etwas Zufälliges zu erkennen und die Geltung der eigenen Kulturwerte zu relativieren, um auf das zu stoßen, was dem Asiaten, dem Europäer, dem Christen und Muslim gemeinsam ist: die Selbstbespiegelung in den im eigenkulturellen Milieu aufgestellten Bildern ‚der Anderen‘.“⁶⁸²

Diese etwas euphorisch formulierte Perspektive muß sich allerdings dem Einwand stellen, daß die bisherige Analyse der Strukturen der Abgrenzung bereits gezeigt hat, daß die entworfenen Bilder gerade nichts „Zufälliges“ an sich haben, da sie ja ganz bestimmte Funktionen erfüllen. Sie sind höchstens insofern „zufällig“, als sie nicht in einem Verhältnis der direkten Abbildung zu dem stehen, was sie beschreiben.

⁶⁸⁰ vergl. Schönau (1991): 83f

⁶⁸¹ Harth, Dietrich (1994): Fiktion des Fremden. Vorbemerkung des Herausgebers, in: ders. (1994) (Hg.): Fiktion des Fremden. Erkundung kultureller Grenzen in Literatur und Publizistik, Frankfurt 1994, S. 7-14: 8, Hervorheb. im Original

⁶⁸² Harth (1994): 10, Hervorheb. im Original

Zusammengefaßt lassen sich die Beziehungen zwischen Kultur beziehungsweise Realität und textlicher Ebene folgendermaßen skizzieren:

- Interpretation und Deutung sind ein wesentlicher Bestandteil der (Selbst)Einordnung des Individuums in die Gesellschaft. Gemeinsamkeiten zwischen Kultur und Text liegen dabei darin, daß beide Bedeutungen tragen und interpretativ erschlossen werden. Die Textualität von Kultur beruht dabei auf grundsätzlichen „Codierungen“, die erschlossen werden müssen.
- Betrachtet man Medien als Vermittlungsinstanz kultureller Prozesse, kann man eine Beziehung zwischen der Wahrnehmungs- und der Ausdrucksebene knüpfen, auf deren Grundlage konkrete Medien daraufhin analysiert werden können, wie sie kulturelle Realität darstellen und interpretieren und damit wiederum auf die Wahrnehmung wirken.
- Neuere literatur- und textorientierte Ansätze betonen die Notwendigkeit, den Raum „kultureller Zwischenexistenz“ in Analysen aufzunehmen. Brüche und Entwicklungsungleichheiten müssen als Teil kultureller Repräsentationen untersucht werden.
- Texte umfassen eine eigenständige Sinnesebene. „Kulturbilder“ sind dabei Ausdruck der Lebenspraxis. Innere Konflikte können in Form von Symbolen nach außen projiziert werden. Diese latenten Inhalte spielen in der Analyse eine herausragende Rolle.
- Textanalyse muß sich auch auf eine „Fiktion des Fremden“ beziehen und dabei die Perspektiven der Textproduzenten berücksichtigen.

Die bisherigen Ansätze für Analysen haben - auf einer theoretischen Ebene - Möglichkeiten des Zugangs zu Aspekten der Bedeutung aufgezeigt. Es wurde jedoch bereits angemerkt, daß diese Bedeutung auch in einem strukturellen Kontext verortet ist. Anhand der Diskurstheorie soll nun gezeigt werden, wie Texte und Gesellschaftsstruktur miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Außerdem soll am Beispiel der Diskurstheorie der Produktion und Wirkung bestimmter Bilder nachgegangen werden.

6.2 Diskurstheorie

Die Diskurstheorie, die hauptsächlich eine Strategie für die Bearbeitung von Texten beinhaltet, versucht, Wissen, Handlungen, Denksysteme und deren Darstellung (beispielsweise in der Form eines Textes) in einen systematischen Zusammenhang zu bringen. Dabei werden zwei Ebenen unterschieden, nämlich die Ebene der vordergründigen, objektiven Aussage und die Ebene der dahinterliegenden Implikation. Im folgenden soll zunächst dargestellt werden, wie sich Gesell-

schaft als ein System von Diskursen begreifen läßt. Dabei geht es auch darum, die Position von politischen Eliten innerhalb der öffentlichen Kommunikation zu charakterisieren.

Ein weiterer Schritt wird konkrete Analysemöglichkeiten aufzeigen, sich also damit befassen, wo und wie sich Diskurse manifestieren und welche Wirkung sie haben. Die Bedeutung sprachlichen Ausdrucks und die Funktion von Symbolen für die Gestaltung von Wirklichkeit sind ebenfalls anzusprechen.

6.2.1 Gesellschaft als ein System von Diskursen

Der Diskurs als Begriff ist zunächst eine abstrakte Entität. Er umfaßt zum einen Bewußtsein als Resultat menschlicher Tätigkeit, gesellschaftliche Bedingungen, historische Entwicklungen und Bedeutungen.⁶⁸³ Ein Diskurs kann also die Art und Weise, wie ein Mensch über etwas denkt, die Handlungen, die aus diesem Denken resultieren, die gesellschaftlichen Randbedingungen, in denen Handlung und Denken verortet sind, sowie die Bedeutung, die allen diesen Faktoren beigegeben wird, umfassen. Realitätszusammenhänge werden Begriffen unterstellt. An Begriffe wiederum werden Verhaltensweisen geknüpft, so daß sich ein Netz aus Bedeutungen und Praktiken herausbildet.⁶⁸⁴ Die Begrifflichkeit (discurrere=auseinanderlaufen) deutet das Phänomen der Ausbreitung an, das Diskursen innewohnt.⁶⁸⁵ Texte wiederum bilden Teile eines jeweiligen Diskurses. Sie sind Teil einer bestimmten gesellschaftlichen Praxis.⁶⁸⁶

Die Voraussetzung zur Produktion von Texten ist Wissen, das in einem Lernprozeß in einer bestimmten gesellschaftlichen Umgebung zustande gekommen ist. Dieses Wissen wird aufgrund bestimmter Motive mit einem bestimmten Ziel textlich verarbeitet und verbreitet.⁶⁸⁷

Die Verflechtung von Denkweisen, Handlung und Motiven sieht am Beispiel des Rassismus etwa folgendermaßen aus:

„Das System des Rassismus besteht aus der gesellschaftlichen Aktion und der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die Aktionskomponente besteht aus einem System von täglichen diskriminierenden Aktionen, die die eigene Gruppe bevorzugen und die für die anderen negative Konsequenzen hat (ob beabsichtigt oder nicht). ... Die kognitive Komponente beinhaltet die Denkmodelle, das Wissen, die Haltungen, Ideologien, Normen und Werte, die von vielen Angehörigen der dominierenden Gruppe geteilt werden und die ihre Handlungen und Diskurse bestimmen.“⁶⁸⁸

Texte sind Ausdruck eines solchen Aktionssystems sowie Träger von Denkmodellen.

⁶⁸³ vergl. Jäger, Siegfried (1993): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993: 97ff

⁶⁸⁴ vergl. Haug, Wolfgang Fritz (1992): Zur Dialektik des Anti-Rassismus. Erkundungen auf einem Feld voller Fallstricke, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992 S. 407-430: 412

⁶⁸⁵ vergl. Heinrichs (1988): 69

⁶⁸⁶ vergl. Jäger, Siegfried (1994): Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte, Duisburg 1994: 21ff

⁶⁸⁷ vergl. Jäger (1993): 144

⁶⁸⁸ van Dijk, Teun A. (1993): Eliten, Rassismus und die Presse, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 80-130: 82

Mit dem Diskursbegriff eng verknüpft ist der Aspekt der Macht. Diskurse können Machtwir- kungen ausüben und tun dies auch in den meisten Fällen, da sie bestimmten Zwecken dienen, institutionell geregelt sind und an Handlungen gekoppelt sind.⁶⁸⁹ Diese Macht ist im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten nichts Äußeres, sondern sie ist ihnen immanent. Die diskur- sive Macht ist intentional und nicht-subjektiv. Sie ist von Kalkül durchsetzt, resultiert aber nicht aus der Entscheidung eines einzelnen Individuums:

„Diskurse üben Macht aus, sie sind selbst ein Machtfaktor und tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei. Macht setzt sich diskursiv durch.“⁶⁹⁰

Teun A. van Dijk skizziert diese Machtmechanismen am Beispiel des Diskurses der Elite.⁶⁹¹ Un- ter Eliten versteht van Dijk diejenigen Gruppen,

„die die zentralen Politikkonzepte entwickeln, die einflußreichsten Entscheidungen treffen und die die Modalitäten ihrer praktischen Umsetzung kontrollieren“⁶⁹².

Aufgrund dieser Definition wird augenscheinlich, daß vor allem die Sphäre der Politik und damit Politiker als Handelnde in dieser Sphäre eine herausragende Bedeutung für die Prägung von Dis- kursen haben. Die diskursive Macht in der Öffentlichkeit ist an ein „Beziehungskapital“ gebun- den, denn je mehr Aufmerksamkeit einem Akteur in der Öffentlichkeit zukommt, desto eher kann er die öffentliche Kommunikation aktiv mitgestalten.⁶⁹³ Studien zur Prominenz und damit zum Stellenwert von Personen in der Öffentlichkeit belegen, daß Politiker besondere Einflußmöglich- keiten haben. Wer im politischen System ein hohes Amt bekleidet, kann zur politischen Elite ge- rechnet werden.⁶⁹⁴ Eliten sind laut van Dijk darauf bedacht, ihre Stellung im Gesellschaftssystem zu halten:

„Wir können deshalb erwarten, daß Elite-Diskurse zu ethnischen Fragen strategisch auf den Erhalt so- wohl der Macht der Eliten selbst ebenso wie auf den Erhalt der Dominanz der weißen Gruppe insgesamt gerichtet sind. Eine dieser Strategien, neben vielen anderen, kann darin bestehen, Rassismus als eine ‚alltäglich-normale Abneigung‘ gegen weitere Einwanderung zu deuten, wodurch der Rassismus als Problem der unteren Klassen hingestellt wird; zugleich wird dadurch erreicht, daß die Opposition gegen ihre eigene falsche Politik verhindert wird, wie z.B. die Fehlentwicklung der Innenstädte, der Woh- nungspolitik, der Beschäftigung oder der Erziehung.“⁶⁹⁵

Der Elite-Diskurs beinhaltet also klare Abgrenzungsstrategien, die es verhindern, daß die Position der Elite infragegestellt werden kann.

⁶⁸⁹ vergl. Jäger (1994): 26

⁶⁹⁰ Jäger (1993): 172

⁶⁹¹ vergl. van Dijk, Teun A. (1990): Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Duis- burg 1991; Auf den Diskursbegriff wird im folgenden Kapitel im Zusammenhang mit einer allgemeinen Erörterung der Diskurstheorie eingegangen.

⁶⁹² van Dijk (1990): 10

⁶⁹³ vergl. Peters, Birgit (1994): „Öffentlichkeitselite“ – Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz, zum nachdenken – Lesenswerte Beiträge aus Zeitschriften und Büchern für politisch Interessierte, Nr. 51, Wiesbaden 1995: 5

⁶⁹⁴ vergl. Peters (1994): 9ff

⁶⁹⁵ van Dijk (1990): 13; An dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß diese Arbeit sich nicht mit Rassismus im speziellen, son- dern mit Ausgrenzungsmechanismen auf einer allgemeineren Ebene beschäftigt. Dennoch sind viele, wenn nicht gar die meisten der bereits skizzierten Ausgrenzungspraktiken rassistisch im Sinne der eingangs gemachten Definition zu nennen.

Das System der Machterhaltung basiert auf zwei Komponenten. Zum einen werden die Defizite des gesellschaftlichen Systems auf Minderheiten projiziert (dies zeigt van Dijk mit seiner Darstellung von Rassismus und dessen Leugnung). Zum anderen wird unterstellt, daß das System prinzipiell funktioniert.⁶⁹⁶ Diese gewissermaßen doppelte Absicherung der Eliten macht Kritik fast unmöglich. Van Dijk skizziert diese Verflechtungen folgendermaßen:

„Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Machtkampf in der Politik zu einer Ideologie eines (weißen) ‚ethnischen Konsensus‘ führt. Dieser Konsens rechtfertigt in erster Linie die weiße Vorherrschaft, indem Rassismus geleugnet wird oder sein Vorkommen auf die Gedankenwelt von Rechtsextremisten beschränkt wird. Zweitens suggeriert er Gleichheit, Fairness oder Toleranz in einer pluralistischen Sozialordnung. Ungleichheit wird dadurch erklärt und entschuldigt, daß die Opfer angeklagt werden, z.B. indem man den Minderheiten Mangel an Lern-Motivation, unzureichende Arbeitsmoral oder andere negative Eigenschaften andichtet. Eine weitere Erklärung für den Mißbrauch von Bürgerrechten ist der ‚Notfall‘, der gegeben sei, wenn ‚die Schwelle der Toleranz‘ überschritten sei, z.B. durch große Einwandererzahlen oder soziale Konflikte.“⁶⁹⁷

Es wird ein Argumentationssystem aufgebaut, das aufgrund seiner inneren Logik Gegenargumente abblockt. Solche Systeme können sehr stabil sein, da die Eliten aufgrund ihrer Machtposition bei der Diskursentwicklung entscheidend auf die Darstellung und Wahrnehmung von Realität einwirken können.

Die Möglichkeit der Eliten, Diskurse zu beeinflussen, wird von den Medien durch die mediale Repräsentation noch verstärkt:

„Die Medien vermitteln diejenigen Politiker, die bereits eine hohe Position bekleiden, sie bevorzugen Träger von Macht. In diesem Sinne spiegeln der Reigen der politischen Prominenz und damit auch die Darstellung von Politik in den Medien weitgehend die Machtverhältnisse des politischen Systems wider.“⁶⁹⁸

Die Wechselbeziehungen zwischen Medien und Eliten führen also dazu, daß sich bestimmte Elite-Diskurse in einer Art Automatismus verfestigen können.

Aufgrund der Machtperspektive von Diskursen muß es bei der analytischen Arbeit darum gehen, sprachliche Wirkungsmittel sichtbar zu machen, die eine herrschaftslegitimierende Wirkung haben.⁶⁹⁹ Der Sprache ist bei der Betrachtung von Machtwirkungen eine grundsätzliche Bedeutung beizumessen:

„In allen ihren Funktionen wurde Sprache ... durch die historische Entwicklung beeinträchtigt oder schließlich sogar zerstört. Der dialogische Charakter der Sprache ging verloren, nachdem sie zu einem Instrument der politischen Stellungnahme, der Verlautbarung und der Kommunikation gemacht wurde. ... Zwar wurde der intersubjektive, pragmatische Charakter der Rede nicht völlig beseitigt, aber er wurde politischer Herrschaft unterworfen in der Weise, daß Sprache schließlich auf Kontrolle und Manipulation reduziert ist. Der interaktive Aspekt wird beseitigt: die Individuen werden zu passiven Empfängern der Worte von oben, der Herrschenden, des Kulturapparats gemacht. Sie sollen die Sprache nicht verstehen, sie sollen nicht nachdenken und das Verstandene deuten, sondern reflexartig auf Kommandos und Schlagworte reagieren. ... Aufgrund dieser Veränderungen der Sprache verständigen sich die Individuen nicht mehr in dem emphatischen Sinne einer Verständigung über die Wirklichkeit, auf die

⁶⁹⁶ Dies ist ein Verweis auf das Konzept des „Normalismus“, das im Verlauf dieses Kapitels noch dargestellt wird.

⁶⁹⁷ van Dijk (1990): 43, Hervorheb. im Original

⁶⁹⁸ Peters (1994): 14

⁶⁹⁹ vergl. Jäger (1993): 151

sie noch einwirken könnten. Gleichwohl behält die Sprache auch in ihrer reduzierten Form die Funktion eines Verständigungsmediums. Ihre metaphorische, konnotative, assoziative Seite rückt in den Vordergrund.⁷⁰⁰

Diese Perspektive rückt zwei weitere Aspekte ins Zentrum des Interesses, nämlich die Bedeutung und Wirkung von Metaphern und Symbolen sowie die ideologische Komponente.

Auf der metaphorisch-symbolischen Ebene werden Bedeutungen transportiert. Symbole stehen für ein bestimmtes kollektives Wissen und für bestimmte Einstellungen. Sie können Assoziationen wecken:

„Das Symbol als Vereinigung von Sichtbarem und Unsichtbarem kann als eine Art Kommunikationskürzel fungieren, daß in komprimierter Form komplexe Erfahrungen zum Ausdruck bringt. So entfaltet es z.B. als politisches Symbol eine starke Integrationskraft und kann Solidarisierungs- und Mobilisierungseffekte auslösen.“⁷⁰¹

In der Praxis der Public Relations wird vornehmlich danach gefragt, welchen Stellenwert symbolische Elemente im Rahmen der professionellen, das heißt der unternehmerischen oder auch politischen Kommunikation haben können, danach, ob symbolische Kommunikationsformen eine Alternative zur reinen Informationsvermittlung darstellen können und danach, inwiefern durch die Gestaltung von Symbolmilieus ein Prozeß der Imagebildung unterstützt werden kann.⁷⁰² Aus diesem Grund wird wohl nur die positive Seite von Symbolzusammenhängen dargestellt.⁷⁰³

Im Feld der Medien und der Politik können Symbole jedoch auch Prozesse der Grenzziehung fördern:

„Im hegemonialen Diskurs der Medien und der Politik ... wird ein semantisches Feld entworfen, das zunächst durch eine deutliche Grenze zwischen ‚unserem System‘ ... und ‚außerhalb‘ konstituiert ist. ... Mittels ihrer symbolischen Komponente sind die ‚Grenzen‘ eng in das Gesamtsystem der Symbolik integriert ... Sowohl das ‚Innen‘ wie das ‚Außen‘ der symbolischen Topik können in empirischen Diskursen jeweils durch eine austauschbare, unter sich weitgehend äquivalente Serie von Kollektivsymbolen gefüllt werden. Unter Kollektivsymbolik verstehe ich dabei die Gesamtheit aller kollektiv verankerten ‚bildlichen‘, ‚analogen‘, ‚figürlichen‘ Diskurselemente, also die Gesamtheit aller metaphorischen, symboldochischen, emblematischen, allegorischen und im engeren Sinne symbolischen Textteile.“⁷⁰⁴

Den in den vorigen Kapiteln dargestellten realen Grenzziehungen im alltäglichen gesellschaftlichen Zusammenleben entsprechen also auf der Diskursebene symbolische Grenzziehungen. Die Wirkung von Symbolen erstreckt sich dabei auf zwei Dimensionen.

⁷⁰⁰ Demirovic, Alex (1991): Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt ‚Rassismus‘ in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (1992) (Hg.): Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 13-36: 21ff

⁷⁰¹ Piwinger, Manfred / Niehüser, Wolfgang (1997): Formen symbolischer Kommunikation – ihre wichtige Rolle im Verständigungsprozeß, in: Piwinger, Manfred (1997) (Hg.): Stimmungen, Skandale, Vorurteile. Formen symbolischer und emotionaler Kommunikation. Wie PR-Praktiker sie verstehen und steuern können, Frankfurt 1997, S. 16-40: 18

⁷⁰² vergl. Piwinger/Niehüser (1997): 19

⁷⁰³ Politiker bedienen sich selbstverständlich auch gängiger PR-Strategien, um ihre Anliegen und Überzeugungen zu verbreiten. Bei der Betrachtung symbolischer Elemente in öffentlichen Diskursen ist es also immer angebracht, nicht nur die Symbolwirkung an sich zu beleuchten, sondern auch nach möglichen Absichten, die hinter der Symbolverwendung stehen können, zu fragen.

⁷⁰⁴ Link, Jürgen (1992): Über den Anteil diskursiver Faktoren an neorassistischen Proliferationen, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992 S. 333-345: 338, Hervorheb. im Original

Zum einen können Symbole lediglich ein bildlicher Ausdruck für bestimmte Fakten sein. Der Begriff „Asylantenflut“ verbildlicht beispielsweise das überraschende Hereinbrechen einer großen Anzahl von Menschen, die um Asyl nachsuchen. Ein solches Symbol, das von der Diskurstheorie aufgrund der Tatsache, daß es sich bereits zu einem weitverbreitenden Symbol entwickelt hat, als Kollektivsymbol bezeichnet wird, erfüllt jedoch auch eine „Fährenfunktion“ für andere Bedeutungen. Der Begriff „Asylant“ erhält aufgrund der Endung -ant eine negative Konnotation, so daß der Gesamtbegriff bereits ein negatives Vorzeichen hat und auf der Ebene der Wahrnehmung dieses Negativität wirkt. Der Begriff „Flut“ wiederum transportiert die Bedeutungen Naturgewalt und Ausgeliefertsein.⁷⁰⁵ Symbole können also ganze Assoziationsketten aktivieren. Diese Assoziationsketten wiederum haben ideologischen Charakter, das heißt, sie sind in ein größeres Bezugssystem eingebettet. Der Begriff der Ideologie soll dabei neutral für die Existenz eines Gedankensystems stehen und nicht für eine Ebene des Vorurteils, wie dies häufig in der Ideologiekritik geschieht. Demzufolge umfaßt Ideologie eine

„implizite oder explizite Anzahl von Normen oder Werten, die Handlungsmuster liefern und/oder Lebensmodelle innerhalb eines gegebenen sozialen Netzwerkes“⁷⁰⁶.

Ideologien sind also dem Individuum übergeordnet und bilden einen Teil der bestimmenden gesellschaftlichen Formen und Verhältnisse.

Ideologien und die ihnen zugrundeliegenden Symbolsysteme sind also nicht nur Ausdruck menschlicher Interpretationsaktivitäten, sondern sie können die faktische Realität überlagern:

„Der Mensch erschließt und konstituiert sich dadurch ‚seine‘ Wirklichkeit. Andererseits hat der Mensch aber auch gleichzeitig ein passives Verhältnis zu seinen Symbolsystemen. Wenn sie einmal etabliert sind, bestimmen sie die Art und Weise, wie er die Dinge sieht. Diese suggestive Kraft von Symbolsystemen ist von Kritikern symbolischer Kommunikationsformen – insbesondere unter dem Aspekt ihrer Funktionalisierung zu propagandistischen Zwecken – immer wieder betont worden.“⁷⁰⁷

Sind Symbolsysteme erst einmal etabliert, so läßt sich dieser Prozeß kaum noch rückgängig machen, so daß die „eigentliche“ Realität dauerhaft von Symbolen überlagert werden kann.

In diesem Zusammenhang ist die „Normalitäts“-Ideologie von besonderem Interesse. Die Diskurstheorie geht davon aus, daß ein Kulturtyp vorherrscht, der mit „Normalismus“ zu bezeichnen ist:

„Dieser Kulturtyp reproduziert sich dominant dadurch, daß er sämtliche Bereiche der Gesellschaft ‚normalisiert‘, d.h. in einem jeweiligen Bereich ‚normalen Funktionierens‘ hält. Zu diesem Zweck werden alle gesellschaftlichen Sektoren quantifiziert und meßbar gemacht. Es werden dann Durchschnitte und durchschnittliche Dynamiken bestimmbar. Aufgrund solcher Verfahren lassen sich ‚Richtwerte‘, ‚Toleranzgrenzen‘ für Abweichungen, ‚Grenzwerte‘ sowie ‚Zielkorridore‘ für Planungen bestimmen. Die Überschreitung von Grenzwerten bedeutet Denormalisierung, und Denormalisierung konstituiert ‚Handlungsbedarf‘, d.h. Normalisierungsbedarf. Aufgrund solcher Normalitäts-Dispositive ... werden

⁷⁰⁵ vergl. Jäger (1993): 194f

⁷⁰⁶ Dirven, René (1990): Metapher und Ideologie, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (1992) : Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 75-87: 75

⁷⁰⁷ Piwinger/Niehüser (1997): 20, Hervorheb. im Original

grundsätzlich alle Bereiche der Gesellschaft, etwa demographische, ökonomische, ökologische, medizinische, psychiatrische, sexuelle, aber auch zunehmend politische ‚gemanagt‘.⁷⁰⁸

Im Hinblick auf die Situation in Migrationsgesellschaften ist anzunehmen, daß die Mehrheitsgesellschaft ein Normalitätskonzept entwirft und durchsetzt. Vor diesem Hintergrund können dann Lebensentwürfe, Ansichten oder Normen von Minderheiten als Denormalisierung begriffen werden.

Diese Dynamik zeigt sich auch, wenn man die Definition von „Normalitätsklassen“ im internationalen Kontext betrachtet:

„Wenn sich die okzidentale, konkurrenzliberale Weltordnung ... als Ordnung globaler Normalität bzw. Normalisierung begreifen läßt – und wenn ferner Normalität die Bildung von Kontinua auf allen Ebenen voraussetzt ... – dann konstituieren sich Normalitätsklassen durch die dennoch existierenden einschneidenden Grenzen von Diskontinuität innerhalb des globalen Systems. Die schlechthin fundamentale dieser Grenze herrschen völlig inkompatible Standards von ‚Normalität‘, die mit dem Kollektivsymbol des ‚Gefälles‘ veranschaulicht werden. ... ein qualitatives ‚Gefälle‘ im Grad industrialistischer Entwicklung geht jeweils einher mit z.B. symbolischen Distinktionen bei Religion, elementarer Soziokultur ... usw.“⁷⁰⁹

Mit Blick auf die bisherige Konzeption von Migrationsprozessen aus globaler und nationaler Perspektive ist anzunehmen, daß die Normalisierungskonzepte aus nationaler und internationaler Perspektive sich wechselseitig beeinflussen.

Innerhalb der Politik und vor allem auch in den Medien (die sich allerdings an den Inhalten orientieren, die auf politischer Ebene überhaupt für diskussionswürdig befunden werden) wird nun bestimmt, welche Entwicklungen oder Faktoren das Normalitätskonzept tangieren und welche nicht. Allgemein betrachtet wird sowohl von der Politik als auch von den Medien eine insgesamt funktionierende Normalität vorgespiegelt, die nur von einigen denormalisierenden Ereignissen durchzogen ist. Dieses Prinzip orientiert sich am Bedarf nach Selbstlegitimation auf politischer Ebene. Würde die Realität nicht als funktionierende Normalität dargestellt, könnte die Politik von außen mit Handlungsforderungen konfrontiert werden. Es ist jedoch im Interesse des vorherrschenden Politiksystems, den Handlungsbedarf selbst zu definieren. Dabei werden logischerweise nur Probleme thematisiert, für die es im Rahmen politischer Möglichkeiten auch realisierbare Lösungen gibt.⁷¹⁰ Die Transformation von Ideologien ist kein individueller, sondern ein kollektiver Vorgang, wobei diese Prozesse überwiegend unbewußt ablaufen und keine direkt steuerbaren Zielsetzungen umfassen.⁷¹¹ Die Etablierung von Ideologien verläuft dabei lediglich insofern unbewußt und nicht zielgerichtet, als ihre Entstehung nicht reflektiert wird.

⁷⁰⁸ Link, Jürgen (1991): Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) (1992): Der Diskurs des Rassismus. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 37-52: 44, Hervorheb. im Original

⁷⁰⁹ Link (1992): 335, Hervorheb. im Original

⁷¹⁰ vergl. Link (1991): 46

⁷¹¹ vergl. Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Berlin und Hamburg 1989: 151

Wenn beispielsweise auf politischer Ebene der Begriff „Asylantenflut“ Teil des allgemeinen Diskurses über die Flüchtlingsfrage wird, so ist es durchaus möglich, daß Politiker mit diesem Begriff der eigenen politischen Hilflosigkeit unreflektiert Ausdruck verleihen. Die Tatsache, daß mit einer solchen begrifflichen Verwendung allgemeine politische Problemlagen verdeckt werden und die Politik durch Projektion der Probleme nach außen nach innen Machterhalt begünstigt, ist dabei eher auf der unbewußten Ebene angesiedelt, denn auch Politiker sind Teil des übergeordneten ideologischen Kontextes einer Gesellschaft (selbst, wenn sie ihn nicht unwesentlich mitprägen). Solche Prozesse können sehr wohl „bewußtseinsprägend“ sein, ohne dabei auch „bewußtseinsfähig“ zu sein.⁷¹²

Die psychische und emotionale Dimension von symbolischen Konstruktionen hat weitreichende Konsequenzen, da sie die Möglichkeiten des Denkens innerhalb einer Gesellschaft entscheidend prägt und aufgrund ihrer Wirkung auf individuelle Gefühlsstrukturen wesentlichen Einfluß auf die Identitätsstabilisierung hat:

„Symbole aktivieren Gefühlsqualitäten, die bei rein rationalen Verständigungsweisen immer zu kurz kommen; sie erleichtern die Kommunikation, weil in ihnen komprimiert komplexe Erfahrungsbereiche zum Ausdruck kommen können; sie helfen, das zu kommunizieren, was durch Worte oft nicht erfaßt werden kann.“⁷¹³

Hier wird eine positive Bedeutung der emotionalen Komponente von symbolischer Kommunikation propagiert, doch muß man sich auch darüber im klaren sein, daß die mit Symbolen verbundene Emotionalisierung von Bedeutungszusammenhängen auch negativ sein kann, nämlich dann, wenn die Emotionalisierung die rationale Verarbeitung von Bedeutungssystemen verhindert.

Bestimmte Symbole werden dabei im Zuge eines längeren Entwicklungsprozesses zu festen Bestandteilen allgemeiner Diskurse:

„Über Jahre hinweg sind diese sprachlichen Phantome („Das Boot ist voll“, „Asylantenströme“, „Asylantenschwemme“) auch subtil mit ‚Inhalten‘ angereichert worden, die heute nicht nur kognitive Argumentationsmuster bestimmen, sondern sehr viel tiefer auch die Gefühlsstrukturen okkupiert haben. Nur so wird die überbordende Angst vor Ausländern annähernd begreiflich. Sie trägt nicht selten psychotische Züge, beispielsweise wenn die Anwesenheit von Ausländern als Erklärung für sozialpolitische Fehlentwicklungen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder Kürzung von Sozialleistungen herhalten muß. Rassistische Diskurse sind auch immer Indizien für die Pogrome des Inneren. Niedergehaltene Trauer und verdrängte (Lebens-)Lust nähren nicht nur Haß und Verachtung, sondern fördern auch die Unterwerfung des Denkens.“⁷¹⁴

Der Selbstschutz, dem die skizzierten Projektionsmechanismen dienen, hat zwar einerseits identitätsstabilisierende Funktionen, andererseits begrenzt er jedoch auch die Identitätsmöglichkeiten,

⁷¹² vergl. Haug (1992): 414

⁷¹³ Piwinger/Niehüser (1997): 28

⁷¹⁴ Huhnke, Brigitte (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „Bild am Sonntag“ und „Der Spiegel“, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 213-266: 216f, Hervorheb. im Original

da er den Bereich des Denkbaren einschränkt. Wenn ursprüngliche Ursachen für Angst von der Kollektivsymbolik verdeckt werden, so werden sie auch der Verarbeitung entzogen.

Am Beispiel des Diskurses der Neuen Rechten in Europa wird im folgenden exemplarisch aufgezeigt, wie Ängste von Mehrheitsgesellschaften gegenüber Migranten diskursiv thematisiert werden können. Ein Vergleich des deutschen und des französischen Diskurses zeigt dabei Unterschiede in der Schwerpunktsetzung. Die Republikaner beispielsweise berufen sich auf geistige und blutmäßige Bindungen, die das Gemeinschaftsbewußtsein in der Bundesrepublik ausmachen. Die Ausgangsbasis des französischen Front National hingegen befindet sich auf der politischen Ebene, wobei in Frankreich der Verlust politischer Unabhängigkeit durch die Herausbildung geschlossener Migrantengemeinden befürchtet wird.⁷¹⁵

Wie bereits bei der Darstellung der emotionalen Bedeutung der Symbolebene gezeigt wurde, kann das symbolische Aufgreifen von Problemthemen einen rationalen Zugang zur Thematik blockieren. Schiffauer konstatiert nun im Hinblick auf den Diskurs der neuen Rechten, daß Ängste nicht rational diskutiert werden:

„Der rechte Diskurs zeichnet sich nun aber gerade dadurch aus, daß er diese Befürchtungen *nicht* auf dieser Ebene erörtert – sondern eine rationale Diskussion mit einem, nicht selten schrill anmutenden, Gestus der Panik ablehnt. Es ist dies die Ebene, auf der die Ängste von Kollaps und Lähmung, von Überschwemmung und Ertrinken, von Überfüllung und Explosion zum Tragen kommen und jedes Gespräch beenden. Diese Ängste kommen (so die These) daher, daß die Sorgen und Befürchtungen mit Hilfe von mythomorphen Bildern ausgedrückt werden. Sie werden in die Sprache des Körpers gekleidet – und rufen damit Assoziationen und Gefühle wach, die körperlich sind.“⁷¹⁶

Es zeigt sich also, daß eine komplexe Metaphorik an die Gefühlsebene appelliert und somit der Diskurs emotionalisiert wird.

Der Diskurs der Neuen Rechten in Europa betrachtet das Staatswesen als einen gewachsenen Körper. Diese Perspektive prägt wiederum die Art und Weise, wie Ängste sich entwickeln und ausdrücken:

„Auf diesem Hintergrund tritt das Spezifikum der europäischen Ängste deutlich hervor. In der Tradition körperschaftlichen Denkens organisiert sich die Angst auf eine spezifische Weise: Sie konzentriert sich auf das Funktionieren des gesellschaftlichen Körpers als ganzen. Sie kreist allgemein um die *Beherrschbarkeit* der Umwelt und nicht um deren Ausbalancierung. Sie nimmt die Form des Gedankens an, *nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein*. Sie artikuliert sich schließlich in der *Sorge um die Identität*.“⁷¹⁷

Im Vordergrund des europäischen Angstdiskurses steht also die Frage, wie eine Mehrheit die als „eigene“ vorgestellte Gesellschaft gegenüber Minderheiten beherrschen kann.

In Frankreich artikuliert sich laut Schiffauer die Angst, die gesellschaftliche Umwelt nicht mehr beherrschen zu können, wie folgt:

⁷¹⁵ vergl. Schiffauer, Werner (1997b): Europäische Ängste. Metaphern und Phantasmen im Diskurs der Neuen Rechten in Europa, in: ders. (1997): *Fremde in der Stadt*, Frankfurt 1997, S. 71-91: 73ff

⁷¹⁶ Schiffauer (1997b): 81, Hervorheb. im Original

⁷¹⁷ Schiffauer (1997b): 87, Hervorheb. im Original

„Die französische Befürchtung, die Migranten könnten starke unkontrollierbare Gemeinden zwischen Individuum und Staat bilden, wird, in der Körpermetaphorik ausgedrückt, zur Angst vor Überschwemmung und Ertrinken. Ein kontrollierter, der Ratio unterworfenen Körper wird durch eine Lebendigkeit bedroht, die aus seiner Mitte hervorgeht. Diese Lebendigkeit wird in dem Bild der extremen Fruchtbarkeit der Migrantinnen sehr deutlich sexualisiert. Es ist, als ob dieser Körper sozusagen überflutet würde, wenn nicht Dämme gezogen werden. Er wäre dann nicht mehr beherrschbar. Damit ist noch eine weitere Assoziation verknüpft, die des organischen Wachstums und der Wucherung.“⁷¹⁸

Die Körpermetaphorik verbindet sich mit der Metaphorik von Naturgewalten, denen der Gesellschaftskörper ausgesetzt wird. Gleichzeitig zeigt Schiffauer auch, wie Assoziationsketten Ausgangsmetaphern ausdehnen. Das Bild der „Wucherung“ bringt den Aspekt der Krankheit in den Diskurs ein, so daß weitere Assoziationen davon ausgehen müssen, daß der Gesellschaftskörper von Krankheiten bedroht ist.

Der deutsche Diskurs verläuft ähnlich, weist jedoch im Hinblick auf die Definition von Normalität spezifische Symbole auf:

„Die deutschen Ängste nehmen, in der Körpermetapher formuliert, die Form der Fülle an. Bei dem Diskurs der deutschen Rechten fällt auf, daß in der Beschreibung gesellschaftlichen Austauschs gern auf eine Metaphorik von Gefäßen, von ‚Kanälen‘ und ‚Bahnen‘ zurückgegriffen wird. Dieser Diskurs der ‚Gefäße‘ ist verbunden mit einem Normalitätsdiskurs. Wenn etwas in ‚geordneten Bahnen‘ verläuft, dann ist es berechenbar, kontrollierbar. Umgekehrt kann aus ungesteuerten, ‚nicht kanalisierten‘ Entwicklungen wenig Sinnvolles erwachsen.“⁷¹⁹

Wenn Minderheiten als Störfaktor einer propagierten Normalität gekennzeichnet werden, ist es schwer, Gegendiskurse zu entwickeln. Denn wenn sich eine Normalitätsdefinition durchgesetzt hat, erscheinen alle dem Diskurs entgegengesetzten Bemühungen als nicht normal.

Die Ausführungen zur Kollektivsymbolik haben bereits gezeigt, wie Komplexe von Metaphern die Realität überlagern können und damit die Realität prägen. Der Diskurs der Neuen Rechten ist zwar nur ein Ausschnitt einer komplexen, diskursiven Realität, doch ist anzunehmen, daß bestimmte Diskurselemente – beispielsweise der Normalitätsdiskurs – auch zum Bestandteil anderer Diskurse werden können.

6.2.2 Diskursanalyse im Medienbereich

Dem Bereich der Medien kommt bei der Verbreitung und Wirkung von Diskursen eine herausragende Bedeutung zu. Politische Diskurse beispielsweise, also die politischen Programme der Parteien, die Diskussion darüber und deren letztendliche Umsetzung, werden den Bürgerinnen und Bürgern über die Medien vermittelt, da eine direkte Teilhabe am politischen Prozeß kaum möglich oder höchstens auf lokaler Ebene vorstellbar ist. Die Einflußsphären im öffentlichen Kom-

⁷¹⁸ Schiffauer (1997b): 87

⁷¹⁹ Schiffauer (1997b): 88, Hervorheb. im Original

munikationsraum sind unterschiedlich verteilt. Politiker prägen ihn hauptsächlich handelnd, Bürger eher rezeptiv und Journalisten informierend und interpretierend.⁷²⁰

In der Betrachtung der Beziehungen zwischen Medien und Politik existieren zwei verschiedene Betrachtungsperspektiven. Die Dependenzthese geht davon aus, daß die Politik in eine Abhängigkeit von den Medien geraten sei und stellt demzufolge die Forderung auf, die Medien müßten eine Art dienende Rolle gegenüber den politischen Institutionen wahrnehmen. Die Instrumentalisierungsthese hingegen sieht eine Abhängigkeit der Medien von der Politik und fordert deshalb eine Autonomie der Medien, wobei die Medien aktiv die Interessen der Bevölkerung artikulieren und Machtpositionen kritisieren sollten. Beide Thesen heben jeweils einen Aspekt der Wechselbeziehungen zwischen Medien und Politik hervor, doch ist anzunehmen, daß das Verhältnis zwischen den beiden Instanzen durch beide Perspektiven geprägt ist.⁷²¹

Politik und Medien wirken wiederum auf die Rezipienten. Der Einfluß von Politikern (der medial vermittelt ist) steigt dabei, je eher ein Politiker als Experte und als moralisch-integere Persönlichkeit anerkannt ist.⁷²² Die Medienkritik ist stark geprägt von dem Gedanken, daß das Angebot der Medien ungefiltert von den Rezipienten aufgenommen wird. Solche Stimulus-Response-Modelle können jedoch als weitgehend überholt angesehen werden. Es scheint vielmehr so zu sein, daß die Rezipienten Angebote nach ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen wahrnehmen und diese interpretieren.⁷²³

Das transaktionale Modell geht vom Bestehen einer Wechselbeziehung zwischen Kommunikator und Rezipient aus. Der Ansatz berücksichtigt Randbedingungen von Kommunikationsprozessen wie das soziale Umfeld, Bezugsgruppen oder die Öffentlichkeit. Die Kommunikation wirkt als Prozeß zwischen Kommunikator und Rezipient auf beide verändernd. Gleichzeitig hat der Kommunikationsprozeß auch Rückwirkungen auf die Realität, die Gegenstand der Kommunikation ist.⁷²⁴ Der Ansatz erinnert an den Interaktionismus der Identitätstheorie. Für diesen Ansatz, bei dem das Individuum den Medien nicht passiv ausgeliefert ist, spricht die Art und Weise, wie Informationen verarbeitet werden. Bei der Verarbeitung von Informationen durch das Individuum wird nicht nur auf die vermittelten Informationen zurückgegriffen, sondern auch auf im Gedächtnis gespeicherte Informationen. Der Mensch baut sich ein Weltbild auf, indem er die Reizinformationen seiner Umgebung filtert und mit bereits existierenden Erfahrungen und Wis-

⁷²⁰ vergl. Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen/Wiesbaden 1997: 96

⁷²¹ vergl. Schulz (1997): 24ff

⁷²² vergl. Peters (1994): 21

⁷²³ vergl. Roß, Dieter (1997): Traditionen und Tendenzen der Medienkritik, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 29-45: 40f

⁷²⁴ vergl. Schulz (1997): 45

sensbeständen verknüpft.⁷²⁵ Eine Überbewertung des Einflusses von Medien birgt die Gefahr in sich, daß Medien als Schlüsselfaktoren aller politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen betrachtet werden.⁷²⁶

Die Vermittlung der Diskurse erfolgt auf zwei Ebenen selektiv. Zum einen bestimmen die Politiker selbst, welche Themen überhaupt in den Diskurs einfließen sollen. Zum anderen wird dieses Angebot an diskursiven Elementen von den Medien noch einmal gefiltert. Die Medien als Vermittlungsinstanz interpretieren dabei politisches Geschehen und interagieren aufgrund ihrer Berichterstattung gleichzeitig mit dem politischen Geschehen.⁷²⁷ Innerhalb dieses Prozesses werden Nachrichten durch das Prinzip der Vermittlung zu einer interpretierten Realität:

„Nur in seltenen Fällen entsprechen Nachrichten genau der Wahrheit, und zwar auch deshalb, weil sie sich nur in seltenen Fällen auf objektive Fakten beziehen. Viel häufiger werden vom Journalisten erhebliche Interpretationsleistungen gefordert, so daß die Nachrichten eher die Weltsicht der Journalisten und ihre Stereotype repräsentieren als die Wahrheit.“⁷²⁸

Der mediale Diskurs selbst prägt gewissermaßen eine eigene Form der Realität. Kritiker des Mediendiskurses verweisen deshalb darauf, daß man nicht von einer Information durch die Medien sprechen sollte, sondern davon, daß Medien ein generelles soziales Wissen formen und erweitern, also „Bilder von der Welt“ verbreiten.⁷²⁹ Die in den Medien dargestellten Ereignisse haben dabei nicht von sich aus eine Bedeutung. Nachrichten erhalten ihren Sinn erst durch einen erklärenden Kontext, der von den Berichterstattern ausgewählt, gestaltet und interpretiert wird.⁷³⁰

Die Gestaltung des Kontextes bezieht sich wiederum auf ein beim Publikum angenommenes Hintergrundwissen und einen gemeinsamen Bezugsrahmen. Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen einer bereits bestehenden Verständnisebene auf Seiten der Rezipienten und der weiteren Ausgestaltung des Kontextes der medialen Darstellung.

Bei der Übermittlung von Nachrichten und Ereignissen auf medialer Ebene sprechen also nicht die Ereignisse für sich, sondern sie erscheinen in bereits interpretierter Darstellung:

„Es kann ... festgehalten werden, daß die ‚Übermittlung‘ sozialen Wissens nicht wie ein offener Kanal funktioniert, in dem Tatsachen oder Ereignisse ‚für sich selbst‘ sprechen, durch den die einfache, unproblematische Bedeutung der Ereignisse übertragen wird, um am anderen Ende in genau derselben Weise empfangen zu werden. Statt dessen müssen BerichterstatterInnen Ereignisse interpretieren, den Erklärungsrahmen oder Kontext auswählen, in den diese gestellt werden sollen, die Bedeutung, die ihnen sinnvoll erscheint, bevorzugen oder ‚vor-ziehen‘ und so eine Bedeutung kodieren.“⁷³¹

⁷²⁵ vergl. Schulz (1997): 49

⁷²⁶ vergl. Roß (1997): 38

⁷²⁷ vergl. Schulz (1997): 47

⁷²⁸ Schulz (1997): 68

⁷²⁹ vergl. Hall (1989): 127

⁷³⁰ vergl. Hall (1989): 134f

⁷³¹ Hall (1989): 139, Hervorheb. im Original

Den Medien kommt also durchaus eine ideologische Rolle zu, und zwar in dem Sinn, daß sie gesellschaftliche Wirklichkeit interpretieren, indem sie nicht nur einzelne Ideen verbreiten, sondern ganze Erklärungsketten.⁷³²

Die Verbreitung dieser Erklärungsketten funktioniert folgendermaßen. Zunächst existiert ein erklärungsbedürftiges Ereignis. Daneben können die Medien (die Politiker tun dies bereits eine Stufe bevor ein Ereignis medial verbreitet wird) auf geltende Deutungen in Form bekannter und etablierter Schemata zurückgreifen. Diese geltenden Deutungen resultieren aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wobei diese Wirklichkeit selbstverständlich wiederum von den verschiedensten Diskursen durchzogen und geprägt ist. Um das erklärungsbedürftige Ereignis nun erklärbar zu machen, wird eine Verknüpfung zwischen dem Ereignis und den bereits existierenden Deutungsmustern hergestellt. Die Gefahr der Medien liegt dabei in der Struktur der stets aktuellen Berichterstattung. Ereignisse werden dabei oft nur punktuell in einem engen zeitlichen Rahmen betrachtet, so daß monokausale Argumentationen begünstigt werden.⁷³³ Entwicklungen von Problemstellungen können so nicht dargestellt werden und sind somit der wahrgenommenen Wirklichkeit entzogen. Wenn beispielsweise über überbelegte Asylbewerberunterkünfte berichtet wird, entsteht der Eindruck, es hielten sich zu viele Asylbewerber in der Bundesrepublik auf. Wird die Entwicklung der Problematik nicht dargestellt, läßt sich die Frage, warum nicht einfach mehr Unterkünfte bereitgestellt werden, aus diesem Kontext heraus gar nicht stellen.

Ein anderes Problem medialer Vermittlung von Wirklichkeit ist die Verknüpfung von verschiedenen Themenbereichen durch Aneinanderreihung. Wenn in einem Zeitungsartikel chronologisch zunächst über Asylmißbrauch und anschließend über Kriminalität berichtet wird, werden Verknüpfungen wahrgenommen, die real so gar nicht existieren.⁷³⁴

Bedeutsam für die diskursive Verarbeitung des interkulturellen Zusammenlebens ist die Tatsache, daß die meisten Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft über keine direkten, tiefergehenden Kontakte zu Angehörigen von Minderheiten verfügen. Ihre Wahrnehmung interkultureller Prozesse wird deshalb zu einem großen Teil durch die Medien geprägt⁷³⁵:

„Je größer die kulturelle Distanz zwischen dem Einheimischen und der jeweiligen ethnischen Gruppe, desto geringer im Durchschnitt sein Kontakt zu den ihr angehörenden Individuen. Sein Wissen über sie bezieht er nicht aus direkter Interaktion, sondern aus den Medien. Dort aber erscheinen sie in negativer Verzerrung. Interkulturelle Kommunikation mittels Medien wird so, wenn nicht verhindert, so doch erheblich erschwert. ... Wirksam ist nicht die Wirklichkeit an sich, wie man weiß, sondern ihre Wahrnehmung, die Vorstellung von Wirklichkeit.“⁷³⁶

⁷³² vergl. Hall (1989): 148

⁷³³ vergl. Ruhrmann, Georg (1993): Die Konstruktion des „Fremden“ in den Medien. Struktur und Folgeprobleme, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 190-212: 200ff

⁷³⁴ vergl. Huhnke (1993): 235

⁷³⁵ vergl. Jäge/Jäger (1993): 59

⁷³⁶ Hess-Lüttich, Ernest W.B. (1992): Interkulturelle Kommunikation - Medienkommunikation, in: ders. (1992) (Hg.): Medienkultur - Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation, Opladen 1992, S. 23-40: 30f

Aufgrund fehlender Kontakte wird die interkulturelle Realität also von vielen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft nur medial vermittelt wahrgenommen.

Die Abhängigkeit des Individuums von den Medien hat jedoch unter diesem Gesichtspunkt zwei Perspektiven:

„Wir sind von den Medien abhängig geworden in einer Welt, in der das, was in der Türkei passiert, unmittelbar damit zusammenhängen kann, was bei uns auf der Straße los ist. Aber viele haben sich auch daran gewöhnt, daß sie das Nächstliegende ebenso über die Medien serviert bekommen wie das Fernliegende. Viele machen sich auch da von den Medien abhängig, wo sie selbst erleben könnten. Je weniger sie selbst erleben, desto weniger können sie an eigener Erfahrung messen, was ihnen angeboten wird. Desto weniger können sie einordnen, was sie lesen, hören, sehen.“⁷³⁷

Gerade im Hinblick auf interkulturelle Gesellschaften ist es aufgrund der räumlichen Nähe zwischen den verschiedenen Individuen durchaus möglich, die mediale Vermittlung durch den direkten Kontakt zu ersetzen. Eine optimistisch orientierte Medienkritik geht davon aus, daß Medien durch Informationsvermittlung dazu beitragen können, eine aktive politische Partizipation der Bürger zu fördern.⁷³⁸

Die Stellung von Minderheiten im Mediendiskurs ist zumeist eine Randstellung. Personell gesehen sind Angehörige von Minderheiten in der medialen Produktion unterrepräsentiert. Im Bereich der Darstellung werden Minderheiten nur in eng begrenzten und stereotyp behandelten Themenbereichen dargestellt. Sie werden im Zusammenhang mit Problemen und Konflikten im Zuge einer Negativdarstellung präsentiert. Sie werden seltener zitiert als Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, so daß ihr Raum zur Selbstdarstellung begrenzt ist:

„In der Tagesschau und anderen Nachrichtensendungen kommen die ethnischen Minderheiten, wenn überhaupt, vornehmlich als Problemfälle ins Bild. Dies gilt erst recht für die aktuelle Berichterstattung im Hörfunk und in der Presse. ... Die Themen der Beiträge beziehen sich in erster Linie auf Asylsuchende und Flüchtlinge. Ihre Kultur und Geschichte, ihre Feste und Feiern kommen nur im Ausnahmefall vor. Möglichkeiten der Lösung ihrer Probleme werden in Maßnahmen der Legislative und Exekutive gesehen; andere Aspekte wie Verbesserung der Integrationshilfen und der Verständigung mit ihnen, ihre Selbstdarstellung und Interessenvertretung werden kaum genannt. Sie sind, zu 80%, Objekt einer ereignisbezogenen Darstellung in problemorientierter Berichterstattung des Fernsehens. Sie kommen als Gruppe ins Bild, meist im Gedränge vor Meldestellen oder in engen Unterkünften. Dem Zuschauer erscheinen sie als Verursacher von Problemen, deren Folgen auch ihn belasten oder bedrohen (Kosten, Wohnungsnot, Arbeitsplatzkonkurrenz, ‚Überfremdung‘, Kriminalität usw. sind die thematischen Assoziationen).“⁷³⁹

Eine positive Darstellung der Mehrheitsgesellschaft steht bei Fragen des interkulturellen Zusammenlebens einer negativen Darstellung der Minderheiten gegenüber.

Zwar wird auch über die negativen Lebensbedingungen von Angehörigen der hier lebenden Minderheiten berichtet, beispielsweise über Diskriminierung, doch entspricht zumeist der Umfang der Berichterstattung gerade nicht dem Umfang der tatsächlichen Diskriminierung. Vielmehr

⁷³⁷ Heller, Georg (1997): Lügen wie gedruckt. Über den ganz alltäglichen Journalismus, Tübingen 1997: 17

⁷³⁸ vergl. Roß (1997): 31

⁷³⁹ vergl. Hess-Lüttich (1992a): 29f, Hervorheb. im Original

werden Einzelfälle dargestellt, die gerade dazu dienen können, abgesehen von diesen Einzelfällen die Wirklichkeit der Mehrheitsgesellschaft unangetastet zu lassen.⁷⁴⁰

Der Mediendiskurs im Rahmen des interkulturellen Zusammenlebens fügt sich also nahtlos in die bestehenden Prozesse der Abgrenzung ein beziehungsweise wird von ihnen auch geprägt. Durch die Medien werden die Paradigmen der Abgrenzung weiter verbreitet, so daß sich die Abgrenzungsprozesse verfestigen können. Das interkulturelle Zusammenleben ist also von einem konsistenten Kreislauf von Abgrenzungsprozessen geprägt.

Die wichtigsten Aspekte der Wechselbeziehungen zwischen Eliten, diskursiver Ebene und Realität sollen hier noch einmal zusammengefaßt werden:

- Diskurse umfassen Denkweisen, Handlungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Realitätszusammenhänge werden Begriffen unterstellt. An diese Begriffe sind gesellschaftliche Praktiken geknüpft, so daß Texte als Teil von Diskursen Ausdruck von Denkweisen, Praktiken und gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen sind.
- Diskurse üben Macht aus und strukturieren die Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft. Politische Eliten haben besondere Einflußmöglichkeiten, da sie aufgrund ihres „Beziehungskapitals“ in der öffentlichen Kommunikation eine exponierte Stellung einnehmen.
- Der dialogische Charakter von Sprache kann durch Herrschaftsimpulse überlagert werden. Innerhalb des Elite-Diskurses wird ein Argumentationssystem aufgebaut, daß aufgrund seiner inneren Logik von außen kaum zu hinterfragen ist. Die mediale Stützung des Elite-Diskurses kann zu einer automatischen Verfestigung des Diskurses führen.
- Symbole sind Ausdruck komplexer Erfahrungen und können sowohl integrierend als auch abgrenzend wirken. So können im Diskurs von Medien und Politik Grenzziehungen zwischen „innen“ und „außen“ vorgenommen werden. Diese Grenzziehungen können als Ideologien zum Bestandteil gesellschaftlicher Realität werden.
- Wird auf symbolischer Ebene ein „Normalismus“ propagiert (der unter bestimmten Machtverhältnissen etabliert wird), so können alle diesem „Normalismus“ zuwiderlaufenden Prozesse als „denormal“ gekennzeichnet werden.
- Dieses Prinzip wird zum Moment politischer Selbstlegitimation, da Probleme so nicht verarbeitet werden müssen, sondern argumentativ aus den gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen als Fremdkörper ausgegrenzt werden können.

⁷⁴⁰ vergl. van Dijk (1990): 14ff

- Die symbolische Ebene weist emotionale Qualitäten auf, die bewußtseinsprägend, aber nicht zwangsläufig auch bewußtseinsfähig sind. Emotionalisierung von Bedeutungszusammenhängen kann deren rationale Verarbeitung verhindern.
- Medien können Diskurse vermitteln. Gerade im Hinblick auf den politischen Prozeß sind die Bürger auf diese Vermittlungspraxis angewiesen, da eine direkte Teilhabe kaum möglich ist. Der öffentliche Kommunikationsraum wird von Politikern hauptsächlich handelnd, von Bürgern eher rezeptiv und von Journalisten informierend und interpretierend geprägt.
- Im Kommunikationsprozeß bestehen Wechselbeziehungen zwischen den Kommunikatoren und den Rezipienten. Individuen greifen Informationen nicht einfach auf, sondern verknüpfen sie mit Vorerfahrungen, filtern sie und bauen sich so Weltbilder auf. Außerdem nehmen sie wiederum Einfluß auf die öffentliche Kommunikation.
- Medien vermitteln keine „reinen“ Informationen, sondern Bilder von der Realität.
- Aufgrund der Struktur der Aktualität der Medien werden Ereignisse häufig nur punktuell außerhalb ihrer Zusammenhänge dargestellt. Die Entwicklung von Ereignissen wird so der Wirklichkeitswahrnehmung entzogen.
- Verknüpfungen von verschiedenen Themenbereichen in der medialen Vermittlung können dazu führen, daß auf der Wahrnehmungsebene Beziehungen hergestellt werden, die real gar nicht gegeben sind.
- Interkulturelle Realität ist für viele Bürger ein medial vermitteltes Ereignis. Wenn mediale Vermittlung nicht mit eigener Lebenserfahrung verglichen werden kann, ist es schwierig, Berichterstattung auf individueller Ebene zu bewerten.

6.3 Medienrealitäten

Einige Aspekte medialer Vermittlung wurden bereits im Hinblick auf ihre diskurstheoretische Bedeutung erläutert. Im folgenden wird es nun darum gehen, das grundsätzliche Verhältnis zwischen Medien und Realität näher zu beleuchten. Es ist zu beleuchten, welche Auswirkungen Prinzipien der Nachrichtenauswahl auf die Bildung und Präsentation von Weltbildern haben.

Weiterhin sollen zwei Untersuchungen zur Darstellung von Minderheiten in den Medien Aufschluß darüber geben, welche Wahrnehmungsmöglichkeiten sich für Mediennutzer im Hinblick auf Minderheiten vor dem Hintergrund medialer Realitätsvermittlung ergeben. Hier spielt vor allem die Frage eine Rolle, wie in der medialen Darstellung Möglichkeiten für die Verortung des Individuums in der Gesellschaft geschaffen oder aber auch blockiert werden.

6.3.1 Medienkritische Perspektiven

Öffentlichkeit ist zunächst einmal ein kommunikativer Raum, indem verschiedene Akteure ihre jeweiligen Positionen artikulieren. Medien prägen dabei stattfindende Kommunikationsprozesse alleine dadurch, daß sie eine Kommunikationsplattform bilden:

„Öffentlichkeit, die Bereitstellung von Themen für die öffentliche Diskussion und der gesellschaftsweite Diskurs über die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung sind für demokratische Gesellschaften, für deren Zusammenhalt und Weiterentwicklung, schlechthin konstitutiv. Information und Kommunikation sind nicht beliebige Güter, Informations- und Kommunikationsprozesse nicht unbedeutende Vorgänge, und Kommunikations- und Medienstrukturen sind für die demokratische Gesellschaft nicht irrelevant: Von Strukturen, Prozessen und Inhalten ist abhängig, ob und wie sich die Gesellschaft versteht und verständigen kann. Den Medien kommt in der modernen, differenzierten Gesellschaft eine zentrale Stellung zu, weil sie auf Dauer gestellt sind und die Gesellschaft und ihre Teilsysteme verknüpfen, weil sie alle Gesellschaftsmitglieder auf Dauer einschließen, weil sie diese am Prozeß der öffentlichen Kommunikation teilhaben lassen, und weil sie die Möglichkeiten sowie Formen und Inhalte der unvermittelten Kommunikation maßgeblich beeinflussen und damit gesellschaftliche Teilnahme ermöglichen. Medien begrenzen Anschlußkommunikation nicht, sie können andere Formen der Kommunikation nicht verhindern. Sie üben aber Einfluß auf individuelle und kollektive Kommunikationsoptionen aus und prägen soziale Verhaltensweisen.“⁷⁴¹

Öffentlichkeit als Ort der Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Entwicklung und Medien stehen also in einem wechselseitigen Verhältnis.

Die kommunikative Auseinandersetzung innerhalb der Öffentlichkeit ist durch latente und manifeste Aspekte geprägt:

„Die manifeste – d.h. beabsichtigte und bewußt wahrgenommene – Funktion besteht darin, die Bürger in einem rationalen Diskurs an der politischen Willensbildung zu beteiligen, um so – entsprechend dem bürgerlich-liberalen Ideal der Demokratie – ein ‚Korrelat‘ zur Herrschaft zu schaffen. Die latente Funktion besteht in der sozialen Kontrolle des einzelnen, in der Herausbildung von Konsens und in der gesellschaftlichen Integration.“⁷⁴²

Diese Darstellung zeigt, daß die einzelnen Akteure im Kommunikationsprozeß verschiedene Positionen inne haben. So ist anzunehmen, daß Politiker zunächst bestimmte Themen öffentlich artikulieren. Diese Themen wiederum werden von Medien vermittelt, so daß die Bürger sie zur Kenntnis nehmen können. Die Einbindung der Bürger in den Diskurs der politischen Meinungsbildung scheint sich dabei eher auf die Rolle des Rezipienten zu beschränken.⁷⁴³ So wird denn die Rolle der Medien vor allem in einer Förderung der Kritikfähigkeit der Rezipienten gesehen:

„Die Vermittlung von Sachwissen gehört zu den erwünschten und legitimen Aufgaben der Massenmedien bei der politischen Sozialisation. Daneben wird von ihnen auch die ‚Politisierung‘ der Bürger verlangt, d.h. die Förderung der Partizipationsbereitschaft und der politischen Kritikfähigkeit.“⁷⁴⁴

⁷⁴¹ Jarren, Otfried (1997): Macht und Ohnmacht der Medienkritik oder: Können Schwache Stärke erlangen? Medienkritik und medienpolitische Kommunikation als Netzwerk, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 307-328: 307

⁷⁴² Schulz (1997): 92, Hervorheb. im Original

⁷⁴³ vergl. Schulz (1997): 96

⁷⁴⁴ Schulz (1997): 110, Hervorheb. im Original

Der Erfolg der medialen politischen Sozialisation ist jedoch eher fragwürdig. Es ist nämlich davon auszugehen, daß die von den Medien ausgehenden politischen Lernprozesse eher oberflächlich und peripher verlaufen und keine Gedächtnisspuren hinterlassen.⁷⁴⁵

Die Bewertung journalistischer Qualität spielt in der Medienkritik eine bedeutende Rolle. Sogenannte Objektivitätskriterien wie Vollständigkeit der Berichterstattung, Ausgewogenheit, Vielfalt und Neutralität erlauben es zwar, Medienprodukte zu beurteilen, doch lassen sie keinerlei Rückschlüsse auf die Wirkung der Medien zu. Deshalb fordern Medienkritiker, daß Informationen dahingehend bewertet werden sollten, inwiefern sie als Mittel zur Problembearbeitung seitens der Rezipienten genutzt werden (können).⁷⁴⁶

Betrachtet man die mögliche Bedeutung der Medien für die Urteilsbildung der Bürger, so erhält die mediale Vermittlung verstärkt Einflußmöglichkeiten. Urteile werden häufig nicht durch das systematische Abwägen aller relevanter Informationen gefällt, sondern nach einem Top-of-the-head-Phänomen. Demzufolge fließen neuere oder leichter verfügbare Informationen und Erinnerungen bevorzugt in die Meinungsbildung ein.⁷⁴⁷

Vor diesem Hintergrund gewinnt die sogenannte „Psychologie des ersten Eindrucks“ einen außerordentlichen Stellenwert:

„In allen Situationen, die durch persönliche Unbekanntheit, Fremdheit, Anonymität, Neuartigkeit oder auch Nichtwissen und Unverständlichkeit charakterisierbar sind, entwickeln sich Unsicherheit, Antipathie, ein Zustand seelischen Ungleichgewichts, die Orientierungsunsicherheit zur Folge haben. Nur eine Umwelt, die bewertet, etikettiert, überschaubar und subjektiv begreifbar ist, gibt Orientierungs- und Verhaltenssicherheit. Der Mechanismus des ersten Eindrucks verhindert andauernde Unsicherheit, indem er kurzfristig, vielfach in Bruchteilen von Sekunden, die Umwelt ordnet, klassifiziert, bewertet und beurteilt. Alltagsverhalten, ohne die Wirksamkeit dieses Mechanismus ist nicht denkbar. Leerräume geraten immer unter Etikettierungszwang: Es bilden sich dann erste Eindrücke, die vielfach schon ein erstaunliches Ausmaß an Veränderungsresistenz aufweisen und sich sehr schnell zu sehr stabilen positiven oder auch negativen Vorurteilen entwickeln können; gegenläufige Informationen werden zunehmend weniger wahrgenommen.“⁷⁴⁸

Setzt man diese Wahrnehmung aufgrund von ersten Eindrücken in ein Verhältnis zur gerade skizzierten Wirkungsweise von Medien, so erscheint es wahrscheinlich, daß Medien doch eine Art Dauerhaftigkeit der Vermittlung erreichen. Wenn mediale Eindrücke den „ersten Eindruck“ prägen, können sie dauerhaften Eingang in die Meinungsbildung finden.

Dieser Beeinflußbarkeit des Individuums (des Rezipienten) setzt die Medienpädagogik eine Stärkung der individuellen Medienkompetenz entgegen. Medienkompetenz umfaßt Reflexions-

⁷⁴⁵ vergl. Schulz (1997): 132

⁷⁴⁶ vergl. Neuberger, Christoph (1997): Was das Publikum wollen könnte. Autonome und repräsentative Bewertung journalistischer Leistungen, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 171-184: 173ff

⁷⁴⁷ vergl. Schulz (1997): 215

⁷⁴⁸ Bergler, Reinhold (1997): Sympathie und Kommunikation, in: Piwinger, Manfred (1997) (Hg.): Stimmungen, Skandale, Vorurteile. Formen symbolischer und emotionaler Kommunikation. Wie PR-Praktiker sie verstehen und steuern können, Frankfurt 1997, S. 116-153: 131f

prozesse im Hinblick auf vorherrschende Kommunikationsstrukturen sowie die Fähigkeit zur reflektierten Erfahrungsbewältigung.⁷⁴⁹

Betrachtet man Medien unter dem Aspekt der politischen Kommunikation, so stellt sich die Frage, inwiefern Bürger Zugang zu politischen Diskursen, die von den Medien vermittelt werden, erlangen können. Teils können Medien als Spiegel der Bürgermeinung aufgefaßt werden:

„Die Massenmedien gelten – neben Parteien und Interessengruppen – als ein ‚intermediäres System‘, das die Bedürfnisse und Forderungen der einzelnen Bürger spiegelt und artikuliert bzw. aufgreift und aggregiert und sie für den Input in politische Entscheidungsprozesse umwandelt.“⁷⁵⁰

Diese Perspektive erscheint insofern als gerechtfertigt, als Medien häufig in Phasen der politischen Entscheidungsfindung durch Umfragen der Politik die Bürgermeinung präsentieren. Auch haben die Bürger im Printbereich beispielsweise die Möglichkeit, sich in Form von Leserbriefen an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen und ihre Ansichten zu artikulieren.⁷⁵¹ Die Medienpädagogik setzt sich dafür ein, den Rezipienten Strategien zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, ihren Interessen im medialen Diskurs Ausdruck zu verleihen.⁷⁵²

Ein Indiz für das Bestehen von Wechselwirkungen zwischen Politik und Bürgern ist das Verhältnis von politischen Entscheidungen zur Bevölkerungsmeinung. Studien zur Frage der Responsivität von Parlament und Regierung, das heißt zur Frage, inwieweit die Entscheidungen politischer Instanzen der Bevölkerungsmeinung entsprechen, haben für die politische Situation in Deutschland ergeben, daß zwischen den Entscheidungen des Bundestages und der Stimmungslage der Bevölkerung im Zeitraum von 1959 und 1990 ein hohes Maß an Responsivität bestand.⁷⁵³

Diese Übereinstimmungen müssen nicht zwangsläufig darauf hinweisen, daß auf der politischen Ebene die Ansichten der Bürger aufgegriffen werden. Vielmehr ist auch der umgekehrte Weg – eine Beeinflussung der Bürger durch die Medien, die die politischen Inhalte vermitteln – denkbar:

„Wenn man zentrale Funktionen von Politik in der Herstellung von Entscheidungen und in der Steuerung des gesellschaftlichen Gesamtsystems sieht, ist die Frage bedeutsam, wie Entscheidungen implementiert, d.h. in konkrete Vorschriften, institutionelle Ordnungen, administrative Maßnahmen und in Bürgerhandeln umgesetzt werden. An diesem Vorgang der Implementierung von *Policy Output*, wie es in der abstrakten systemtheoretischen Sprache heißt, sind die Massenmedien schon deshalb stark beteiligt, weil sie oft als erste und einzige die im politisch-administrativen System getroffenen Entscheidungen öffentlich machen ...“⁷⁵⁴

⁷⁴⁹ vergl. Schorb, Bernd (1997): Medienkompetenz durch Medienpädagogik, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 275-285: 277

⁷⁵⁰ Schulz (1997): 171, Hervorheb. im Original

⁷⁵¹ Die Wechselbeziehungen zwischen der politischen Ebene und dem Einfluß der Bürger können in dieser Arbeit nur ansatzweise thematisiert werden. An dieser Stelle geht es eher darum zu zeigen, daß überhaupt Beziehungen zwischen den Sphären Politik, Medien und Rezipient bestehen. Dies ist insofern von Belang, da die spätere Analyse Medien gerade im Hinblick auf ihre Stellung zwischen den drei Ebenen betrachten soll.

⁷⁵² vergl. Schorb (1997): 277

⁷⁵³ vergl. Schulz (1997): 156

⁷⁵⁴ Schulz (1997): 217, Hervorheb. im Original

Wie die Prozesse der Beeinflussung tatsächlich verlaufen, ließe sich allerdings nur durch umfassende Untersuchungen klären. Da jedoch die Medien aufgrund ihrer Vermittlerfunktion im Prozeß der öffentlichen Kommunikation eine besondere Rolle spielen, ist es notwendig, Aspekte der Qualität medialer Vermittlung und deren Wirkung näher zu betrachten.

Die Nachrichtenauswahl ist geprägt von den Faktoren Status, Valenz, Relevanz, Identifikation, Konsonanz und Dynamik. Elite-Nationen, die in den politisch bedeutenden Institutionen vertreten sind und im Welthandel eine herausragende Rolle spielen, haben nach diesen Kriterien einen hohen Nachrichtenwert. Themen, die Aggressionen und Konflikte tangieren oder mit der Bedrohung allgemein akzeptierter Werte zusammenhängen, sind ebenfalls von besonderem Nachrichteninteresse. Wenn Ereignisse eine große Tragweite für weite Bevölkerungskreise haben, entfalten sie ebenfalls eine große Nachrichtenwirkung. Schließlich kommt es auch auf die Nähe des Ereignisses im Hinblick auf geographische, politische oder kulturelle Entfernung an. Der Kontext zu anderen bedeutenden Themen steigert ebenfalls die Wahrscheinlichkeit, daß aus einem Ereignis eine Nachricht wird.⁷⁵⁵

Diese Perspektiven der Nachrichtenauswahl prägen die von den Medien vermittelte Realität entscheidend:

„Nachrichtenfaktoren werden oft dafür verantwortlich gemacht, daß die Medienberichterstattung von Negativismus, d.h. von Konflikten und Kontroversen geprägt ist, daß über Ereignisse nur die Kulminationspunkte und die Oberfläche des am Handeln von mächtigen Akteuren aufscheinenden Geschehens berichtet werden und daß insgesamt ein sehr fraktioniertes Bild der Wirklichkeit erscheint.“⁷⁵⁶

Die Oberflächlichkeit der medialen Darstellung, also die Konzentration auf ausgewählte Aspekte einer komplexen Wirklichkeit, beruht darauf, daß Nachrichten, obwohl sie auf Ereignishintergründen beruhen, meist nur Ereignisepisoden darstellen.⁷⁵⁷

Betrachtet man die politische Wirklichkeit in Analogie zu den skizzierten Nachrichtenfaktoren, so zeigt sich folgendes Bild:

„Das politische Geschehen wird von einigen mächtigen, einflußreichen Persönlichkeiten, Organisationen und Nationen bestimmt (Status); Politik berührt oft zentrale gesellschaftliche Werte ... (Valenz); was in der Politik geschieht, hat Auswirkungen auf das Leben der Bürger und auf den Zustand der Gesellschaft (Relevanz); zu bestimmten Aspekten von Politik hat jeder einzelne eine persönliche Beziehung (Identifikation) ...“⁷⁵⁸

Setzt man die mediale Darstellung von Minderheiten in Bezug zu diesem Bild politischer Wirklichkeit und zu den Nachrichtenfaktoren, so scheinen Minderheiten für die Medien (und damit für die Öffentlichkeit) dann ein Thema zu sein, wenn sie die Werte der Mehrheitsgesellschaft tangieren

⁷⁵⁵ vergl. Schulz (1997): 70ff

⁷⁵⁶ Schulz (1997): 74

⁷⁵⁷ vergl. Schulz (1997): 81

⁷⁵⁸ Schulz (1997): 85

(Valenz) und wenn erwartet wird, daß ihre Anwesenheit einen Einfluß auf die Mehrheitsgesellschaft ausübt (Relevanz).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß Minderheiten in den Medien üblicherweise unterrepräsentiert sind und stereotypisiert dargestellt werden.⁷⁵⁹ Dies mag unter anderem daran liegen, daß die Existenz von Minderheiten in einer Mehrheitsgesellschaft kein Nachrichtenwert an sich ist, also eine Darstellung von Minderheiten alleine aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit und um ihrer selbst willen aufgrund der Prinzipien der medialen Reproduktion nicht aufgegriffen wird. Dies hat wiederum zur Folge, daß Minderheiten hauptsächlich aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft dargestellt werden, nämlich genau dann, wenn die Mehrheitsgesellschaft analog zu oben genannten Aspekten durch die Anwesenheit von Minderheiten tangiert wird. Die Logik dieser Argumentation läßt sich belegen, wenn man betrachtet, welches Image fremder (also nichtwestlicher) Nationen in den Medien vermittelt wird:

„Die Massenmedien, auch die Nachrichtenagenturen, präsentieren ein Weltbild, das sehr stark von den geographischen Proportionen der Welt abweicht. Einige geopolitische Regionen, insbesondere Westeuropa, sind in den Medien weit überrepräsentiert, andere dagegen, vor allem die Dritte Welt und Osteuropa, werden nur wenig beachtet oder sind nahezu unsichtbar. ... Wer sich anhand der Auslandsberichterstattung der Medien ein Bild von den Vorgängen in der Welt machen will, erfährt hauptsächlich etwas über den europäischen Raum. Inzwischen wird auch Osteuropa etwas aufmerksamer beobachtet. Aber Afrika, Asien, Lateinamerika sind in den Medien nach wie vor kaum sichtbar.“⁷⁶⁰

Die Betrachtungsperspektive ist also klar durch ein hierarchisches Verhältnis zwischen einem Zentrum (beispielsweise westliche Nationen; Mehrheitsgesellschaft) und einer Peripherie (beispielsweise Länder der Dritten Welt; Minderheiten) geprägt.

Dieser Einseitigkeit der medialen Darstellung setzt die Medienkritik das Prinzip der Vielfalt als Qualitätskriterium entgegen. Am Beispiel des Mediums Fernsehen eröffnet sich folgende Perspektive:

„Vielfalt meint mit Blick auf die Struktur des Gesamtangebotes von Kanälen oder die Struktur einzelner Programme die Vielzahl verfügbarer Programmsparten und –formen. Mit ihr geht die Vielfalt von Darstellungs- und Vermittlungsformen einher. Im Inhalt der Programmangebote erweist sich die Vielfalt im Spektrum der thematisierten Lebensbereiche (sozial, regional, ethnisch, kulturell) sowie der Pluralität der aufgegriffenen Interessen und Positionen. Vielfalt ist demzufolge nicht bereits durch die Vielzahl verfügbarer Kanäle und die durch diese Vielzahl begründete formelle Wahlmöglichkeit gegeben. Sie stellt sich erst mit einem breiten Spektrum substantiell verschiedenartiger kommunikativer Angebote ein, die den Zugang zu einer Vielzahl von Kulturen, Anschauungsweisen, Informationen und Meinungen eröffnet.“⁷⁶¹

⁷⁵⁹ vergl. Schulz (1997): 51

⁷⁶⁰ Schulz (1997): 55

⁷⁶¹ Weiß, Ralph (1997): Läßt sich über Qualität streiten? Versuche in der Kommunikationswissenschaft zur Verobjektivierung des Qualitätsbegriffs, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 185-199: 189

Legt man diese Argumentation zugrunde, so müßten die vorherrschenden Nachrichtenfaktoren grundsätzlich erweitert und ergänzt werden, damit Medien der Pluralität existierender Lebenswelten gerecht werden können.

Diese Forderung erscheint vor allem dann dringlich, wenn man die Aufgabe der Medien nicht nur in der Vermittlung von Nachrichten sieht, sondern in der Förderung öffentlicher Kommunikation. Der Prozeß öffentlicher Kommunikation sollte unter anderem die Suche nach Kompromissen in öffentlichen Diskussionen beinhalten. Die mediale Vermittlung muß deshalb die Pluralität der Darstellung zum Grundsatz erheben. Auch Minderheiten müssen eine Chance haben, durch Überzeugungsarbeit ihre Anschauungen in den medialen Prozeß einzubringen.⁷⁶²

Wenn Medien diesem Vielfaltskriterium gerecht werden würden, könnten sie einen Beitrag zu einem wechselseitigen und damit auch gleichberechtigten Austausch der verschiedenen Gesellschaftsmitglieder leisten:

„In einer kulturell pluralisierten und segmentierten Gesellschaft ist die Repräsentanz kultureller Strömungen ... eine Voraussetzung dafür, daß sich kulturelle Milieus für sich und vor anderen identifizieren. Zugleich schafft die Vielfalt medial repräsentierter kultureller Strömungen die *Möglichkeit* für einen wechselseitig befruchtenden kommunikativen Austausch und eine soziale Vernetzung soziokultureller Milieus.“⁷⁶³

Wenn man diese Forderung vergleicht mit den vorherrschenden Nachrichtenfaktoren, so wird augenscheinlich, daß Medien eine Vermittlungsfunktion im Sinne eines wechselseitigen Austausches aller Mitglieder einer Gesellschaft nicht einnehmen, sondern vielmehr nur bestimmte Individuen und Institutionen an der öffentlichen Kommunikation teilhaben lassen.

Dieses Ungleichgewicht kommunikativer Partizipation ist jedoch nicht einseitig den Medien anzulasten. In gewisser Weise ist die von den Medien vermittelte Realität nämlich doch ein Abbild der gesellschaftlichen Realität, in der klare Trennungslinien zwischen „Etablierten“ und „Außenstehern“ bestehen.

Im Zuge einer fundierten Medienkritik darf man es allerdings nicht bei dieser Feststellung bewenden lassen. Gerade aufgrund der besonderen Stellung der Medien in der öffentlichen Kommunikation unterliegen Medien und die dort als Vermittler arbeitenden Journalisten einer besonderen Verantwortungspflicht. So beinhaltet der Pressekodex die Forderung, daß niemand wegen seines Geschlechts, seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden darf.⁷⁶⁴ Stellt man dieser Forderung die etablierten Nachrichtenkriterien entgegen, so wird augenfällig, daß die Kriterien dem Kodex widersprechen, die Medien also ihrer Verantwortungsposition nicht gerecht werden.

⁷⁶² vergl. Weiß (1997): 189

⁷⁶³ Weiß (1997): 190, Hervorheb. im Original

⁷⁶⁴ vergl. Heller (1997): 138

Dieser Widerspruch tritt unter den Bedingungen der täglichen Nachrichtenproduktion jedoch nicht unbedingt bewußt zutage. So formuliert Heller aus der Sicht des Print-Journalisten die unbewußte Verbreitung bestehender Ungleichgewichte und Machtverhältnisse wie folgt:

„Mit jedem Satz – und sei er noch so neutral und üblich formuliert – transportieren wir Machtverhältnisse, Ideologien, Überzeugungen, Vorurteile ... Offenkundig verinnerlichen wir auch die herrschenden Verhältnisse und geben sie unbewußt sprachlich weiter.“⁷⁶⁵

Es ist also so, daß Journalisten und damit die Medien insgesamt als Teil der gesellschaftlichen Realität der im vorigen Kapitel ausgeführten gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit unterliegen.

Im folgenden sollen die hier skizzierten Aspekte öffentlicher Kommunikation auf der Grundlage von Medienuntersuchungen konkretisiert werden. Dabei geht es vor allem darum zu überprüfen, wie Minderheiten in den Medien dargestellt werden und welche Wahrnehmungsmechanismen seitens der Rezipienten wirksam werden.

6.3.2 Minderheiten im Spiegel der Medien

Die Berichterstattung über die ausländische Bevölkerung in den Medien seit den sechziger Jahren ist durch klare Grenzziehungen geprägt. Die Grenzen werden dabei zum einen zwischen verschiedenen ausländischen Bevölkerungsgruppen gezogen, zum anderen zwischen den Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft.

So stellt Leuninger fest, daß bereits seit Ende der sechziger Jahre eine besondere Stigmatisierung der türkischen Bevölkerung zu verzeichnen sei, da diese Gruppe verstärkt im Zusammenhang mit einer Sensations- und Kriminalitätsberichterstattung thematisiert werde. Positive Berichte über in Deutschland lebende Ausländer beziehen sich zu dieser Zeit vor allem auf paternalistische Aspekte und betonen eine Art Hilfsbedürftigkeit der ausländischen Bevölkerung. Eine Haltung, die von einer grundsätzlichen Gleichheit der Menschen ausgehe, nehme dagegen einen deutlich geringeren Stellenwert ein.⁷⁶⁶

Studien, die zu Beginn der achtziger Jahre erhoben wurden, zeigen, daß die breite Bevölkerung ein Gefühl der Bedrohung durch Ausländer entwickelt, wobei sich dieses Gefühl zumeist aus „Fernbildern“ und nicht aus direkten Kontakten speist. Zu dieser Zeit sei auch zu beobachten, daß die Medien Verhaltensforschern, die eine quasi natürliche Angst des Menschen vor Fremdem konstatieren, verstärkt ein Podium für die Diskussion ihrer Thesen einräumen.⁷⁶⁷

⁷⁶⁵ Heller (1997): 88

⁷⁶⁶ vergl. Leuninger, Herbert (1984a): Medien und Ausländer – Eine kritische (Nach)Lese, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 103-114: 103f

⁷⁶⁷ vergl. Leuninger (1984a): 109ff

Die negative Darstellung von Ausländern in deutschen Medien hat eine lange Geschichte. So wurde die Ausländerbeschäftigung in Deutschland schon zur Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts (!) unter Problemaspekten thematisiert, wobei ausländische Menschen kollektiv in die Nähe bedrohender Naturgewalten gerückt wurden. Schon für diese Zeit ist ein „Kampfvokabular“ mit Begriffen wie „überfluten“ oder „strömen“ auszumachen.⁷⁶⁸

Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien greift die Frage auf, inwieweit die Medien das Bild der Gesellschaft im Hinblick auf die ausländische Bevölkerung prägen:

„Beobachter bilden Realität nicht ab, sondern konstruieren soziale Wirklichkeit. Hierbei verschiebt sich das Forschungsinteresse von *Was-* zu *Wie-*Fragen. Dieses Konzept ermöglicht nicht nur Antworten auf die Frage, ob die Medien ausgewogen berichten und die gesellschaftliche Wirklichkeit angemessen repräsentieren. Vielmehr kann gefragt werden, *wie* die Medien ihre Umwelt beobachten und nach welchen (Selektions)Kriterien Themen ausgesucht werden. Bezogen auf unsere Themenstellung steht damit nicht die Fragestellung im Mittelpunkt, wann und in welchem Zusammenhang die Medien über Ausländer und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland berichten. Vielmehr läßt sich beobachten, *wie* die Medien über Ausländer berichten, und *wie* Individuen beziehungsweise andere soziale Systeme diese Medienaussagen wahrnehmen, selektieren und verarbeiten. Vor allem aber wird deutlich, daß diese Wirklichkeitsentwürfe der Medien für die Wirklichkeit des einzelnen wie auch für die gesellschaftliche Wirklichkeit von zentraler Bedeutung sind.“⁷⁶⁹

Dieser Ansatz fragt nicht (wie im vorigen Abschnitt am Beispiel der Nachrichtenfaktoren dargestellt wurde), unter welchen Bedingungen über die ausländische Bevölkerung berichtet wird, sondern danach, in welchem Kontext über Ausländer berichtet wird, wie sie also dargestellt werden.⁷⁷⁰

In diesem Zusammenhang kommt der Wirkung von Sprache eine außerordentliche Bedeutung zu:

„Es geht um den Bereich der Bei- und Nebenbedeutungen, der Assoziationen, Vorurteile und Bilder, die an Wörter geknüpft sind – es geht um die sogenannten ‚Konnotationen‘. Dieser Aspekt der Sprache ist ebenso interessant wie schwierig zu untersuchen, denn die Konnotationen sind von vielen verschiedenen Einflüssen abhängig – von gesellschaftlichen, historischen, sprachsystematischen, aber auch individuellen.“⁷⁷¹

Begriffe benennen nicht einfach Sachverhalte, sondern weisen diesen auch Bedeutung zu. Gleichzeitig knüpfen Begriffe auch Bezüge zur gesellschaftlichen Realität, innerhalb derer sie gebildet werden und deren Ausdruck sie sind:

„Bei der Betrachtung von Medientexten als Teil des öffentlichen Sprachgebrauchs muß auch der politische, soziale und juristische Hintergrund von Sprachverwendung dargestellt werden, um nachvollziehen zu können, ob und gegebenenfalls auf welche Weise Sprache Auswirkungen auf das Zusammenleben von Menschen hat.“⁷⁷²

⁷⁶⁸ vergl. Spieles, Martin (1993): Ausländer in der deutschen Sprache. Historische Entwicklungen – aktuelle Presstexte, Wiesbaden 1993: 16ff

⁷⁶⁹ Zentrum für Türkeistudien (1995a) (Hg.): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit, Opladen 1995: 22f, Hervorheb. im Original

⁷⁷⁰ Diese Perspektive ist für die spätere Analyse insofern von Bedeutung, als es das Ziel dieser Arbeit ist, die Medienanalyse in den Kontext der in den ersten fünf Kapiteln dargestellten globalen und nationalen Entwicklungen zu stellen. Auch der bereits geknüpfte Bezug auf Fragen der Symbolik und der Assoziationen legt eine solche Vorgehensweise nahe.

⁷⁷¹ Spieles (1993): 71, Hervorheb. im Original

⁷⁷² Spieles (1993): 9

Die Auswirkungen von Sprache auf das Zusammenleben von Menschen kann sich vor allem dann manifestieren, wenn mittels Sprache Grenzziehungen vorgenommen werden.

Das in dieser Arbeit ausgearbeitete theoretische Konzept zu den Perspektiven von Migrationsprozessen hat bereits gezeigt, welche Bedeutung Prozesse der Gemeinschaftsbildung und des Ausschlusses haben. Die Bedeutung der Medien im Hinblick auf die Einbindung des Individuums in die Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

„Mit der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften einher geht das Problem der gesellschaftlichen ‚Einbindung‘ von Individuen – oder systemtheoretisch formuliert das Problem der ‚Inklusion‘. Die Konstruktion von Identität in modernen Gesellschaften ist u.E. zu einem großen Teil davon abhängig, wie die Medien die Gesellschaft in all ihren Teilbereichen beobachten und beschreiben, und damit dem einzelnen die Möglichkeit geben, sich in diesem Konstrukt wiederzufinden und diese Gesellschaft als die ‚eigene‘ zu begreifen.“⁷⁷³

Medien können also dazu beitragen, daß das Individuum sich in einer Gemeinschaft verortet. Umgekehrt kann die mediale Darstellung aber auch den Boden bereiten für Prozesse des systematischen Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen. So ist davon auszugehen, daß sich ethnische und nationale Semantiken entwickeln, die auf der einen Seite die Inklusion einer Mehrheit der Bevölkerung ermöglichen und auf der anderen Seite Minderheiten ausschließen.⁷⁷⁴

Die Entwicklung von Semantiken läßt sich sehr gut am Beispiel des Begriffes „Gastarbeiter“ darstellen. Dieser löste um 1960 den bis dahin gebräuchlichen Begriff „Fremdarbeiter“ ab, der aufgrund seiner Bezüge zur Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges als nicht mehr angemessen angesehen wurde. Der neue Begriff wurde zwar aufgrund seines inneren Widerspruchs (ein Gast, der zum Arbeiten kommt) zunächst kritisch gesehen, setzte sich aber schließlich durch:

„In Deutschland stieß der Begriff *Gastarbeiter*, trotz mancher Bedenken, auf große Akzeptanz. Er erfüllte – so ist zu vermuten – sehr unterschiedliche sprachliche Zwecke: Er konnte als Versuch der Aufwertung verstanden werden oder als wünschenswerter sprachlicher Neubeginn, der möglichst wenig an die Tradition der Ausländerarbeit in Deutschland erinnerte, und schließlich auch auf das Vorübergehende des Aufenthalts der Menschen hinweisen.“⁷⁷⁵

Die Einbeziehung des Aufenthaltsstatus in den Begriff zeigt bereits, wie gesellschaftliche Realität in der Begriffsbildung ihren Niederschlag findet.

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderem Interesse, ein postuliertes „Prinzip der Selbstbeobachtung der Gesellschaft“, das der Orientierungsfunktion der Medien inne wohne, näher zu betrachten:

„Die Funktion, die Journalismus in modernen Gesellschaften wahrnimmt, ist die Ermöglichung der Selbstbeobachtung der Gesellschaft. Die Konstruktion der gesellschaftlichen Einheit kann als Teil dieser Selbstbeschreibung angesehen werden. Die Medien übernehmen mit der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung die Aufgabe, den Individuen die Möglichkeit zu geben, sich mit dieser Gesellschaft zu identifizieren, sich als Teil dieser Gesellschaft zu begreifen. Sie ermöglichen so die Orientierung in einer ‚unübersichtlichen‘ Gesellschaft. Bezieht man den Faktor ‚Unsicherheit‘ als zentrales Kriterium für die

⁷⁷³ Zentrum für Türkeistudien (1995a): 24, Hervorheb. im Original

⁷⁷⁴ vergl. Zentrum für Türkeistudien (1995a): 40f

⁷⁷⁵ Spieles (1993): 50f, Hervorheb. im Original

Konstruktion des Fremden in diese Überlegung ein, kommt der Berichterstattung über in Deutschland lebende Ausländer damit große Bedeutung zu. Die Rezipienten nutzen die Medien im Alltag wie auch in Krisensituationen, um Unsicherheiten zu reduzieren; sie sind darauf angewiesen, den Medien zu vertrauen. Über die Hintergründe der Wanderungsbewegungen, über das Leben der Ausländer in Deutschland wie auch über die fremdenfeindlichen Anschläge wüßten wir kaum etwas, würden nicht die Medien darüber berichten.⁷⁷⁶

Legt man diese Argumentation zugrunde, so müßten die Medien über die ausländische Bevölkerung und die Implikationen, die deren Anwesenheit für die Mehrheitsgesellschaft hat, aufklärend berichten, damit bestehende Unsicherheiten in Bezug auf Ausländer abgebaut werden können. Ein Prinzip der Selbstbeobachtung beinhaltet außerdem implizit eine reflektierende Distanzierung von bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Medien müßten also die gesellschaftliche Haltung gegenüber Minderheiten zugleich kritisch hinterfragen, um ihrer Beobachtungsfunktion gerecht zu werden.

Diese reflexive Haltung scheint jedoch nicht sehr verbreitet. So geht die Studie des Zentrums für Türkeistudien davon aus, daß Migranten unter sozioökonomischer Perspektive häufig als wohlstandsgefährdend für die Mehrheitsgesellschaft dargestellt werden. Es werde häufig nur berichtet, daß Migranten durch ihre Wanderung ihre wirtschaftliche Situation verbessern wollen. Die Zusammenhänge des weltwirtschaftlichen Gefüges, das Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie strukturelle Machtverhältnisse würden in der medialen Darstellung jedoch weitgehend nicht berücksichtigt.⁷⁷⁷

Auf sozialpolitischer Ebene werde Migration als globale Bedrohung kommuniziert, so daß ordnungspolitische Diskussionen häufig fremdenfeindliche Implikationen aufweisen:

„Dabei geht es dem administrativen System vorrangig um eine (Wieder)Erlangung von Handlungskompetenz(en). Die Transformation des gleichermaßen unlösbaren wie unsteuerbaren Problems der ‚Migration‘ in das verwaltungstechnisch einfach handhabbare und lösbare Problem ‚Zahl und Status‘ der Ausländer verspricht dagegen Möglichkeiten politischer Steuerung.“⁷⁷⁸

Diese von den Medien kommunizierten politischen Mechanismen verweisen wiederum auf den Zusammenhang von politischer Ebene und medialer Kommunikation.

Analog zur diskurstheoretischen Darstellung der Entwicklung von Erklärungsmustern und Alltagstheorien argumentiert das Zentrum für Türkeistudien, wenn es darstellt, wie, sobald ein erklärungsbedürftiges Ereignis existiert, auf der Basis etablierter Schemata geltende Deutungen und Wertungen aktiviert werden. Diese Argumentationsfiguren stehen häufig nicht in einem Zusammenhang mit dem aktuellen Ereignis. Dennoch werden zwischen den etablierten Deutungs-

⁷⁷⁶ Zentrum für Türkeistudien (1995a): 26, Hervorheb. im Original

⁷⁷⁷ vergl. Zentrum für Türkeistudien (1995a): 32f

⁷⁷⁸ Zentrum für Türkeistudien (1995a): 33, Hervorheb. im Original

mustern und neuen Ereignissen Zusammenhänge hergestellt, so daß sich logische Verknüpfungen etablieren.⁷⁷⁹

Eine Analyse der allgemeinen Berichterstattung über Ausländer durch das Zentrum für Türkeistudien hat ergeben, daß im Zusammenhang mit der ausländischen Bevölkerung häufig Aspekte wie Kriminalität, Problemaspekte, exotische Aspekte anderer Kulturen und eine Bedrohung der deutschen Kultur sowie Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft thematisiert werden. Bei der Presseberichterstattung über Ausländer überwiegt der Faktor Negativität. Außerdem wird unterschieden zwischen erwünschten und weniger erwünschten Ausländern. Die Bewertung von Personengruppen wird dabei anhand ihrer Rollen und Tätigkeiten vorgenommen und auf der Basis der Bewertung kultureller Distanz.⁷⁸⁰

Abgrenzungen manifestieren sich auch im Rahmen der unterschiedlichen Kategorisierung von ausländischen Einwohnern. Unter den allgemeinen Begriff „Ausländer“ würden beispielsweise unter anderem Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten fallen, so daß zusätzliche Unterscheidungen zwischen „Gemeinschaftsbürgern“ und „Drittausländern“ getroffen werden.⁷⁸¹ Eine solche Berichterstattung kann innerhalb der Mehrheitsgesellschaft dazu dienen, über die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung hinweg einen neuen Rahmen der Zusammengehörigkeit innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu schaffen:

„Eines der zentralen Probleme funktional differenzierter Gesellschaften ist, wie bereits angesprochen, die Schwierigkeit, Personen in die Gesellschaft einzubinden, ihre Inklusion zu sichern. Wenn dies nicht gelingt, ist besonders in Konfliktsituationen – zum Beispiel in wirtschaftlichen Krisen – die Gefahr groß, daß ethnische Semantiken auf die Tagesordnung treten. Die verlorene Inklusion wird wieder hergestellt (zum Beispiel ‚wir Deutschen‘), indem eine bestimmte Gruppe exkludiert wird (zum Beispiel Ausländer, Asylbewerber).“⁷⁸²

Medien können in diesem Prozeß durch die Verbreitung ethnischer Semantiken dazu beitragen, daß sich die beschriebenen Inklusions- und Exklusionsmechanismen verfestigen.

Vor diesem Hintergrund definiert das Zentrum für Türkeistudien, wie sich Ausländerfeindlichkeit in den Medien artikuliert:

„Im Kontext der Presseberichterstattung verstehen wir unter Ausländerfeindlichkeit jede Form der manifesten (artikulierten oder gewalttätigen) und latenten (unbewußten) (Ver)Weigerung, den Ausländern in der Bundesrepublik inländische Rechte einzuräumen, solange sie sich nicht an die inländischen Gepflogenheiten angepaßt haben.“⁷⁸³

An dieser Argumentation sind zwei Aspekte von Bedeutung. Die Einschätzung der Verweigerung gleicher Rechte als fremdenfeindlich erscheint vor dem Hintergrund der in dieser Arbeit vorgenommenen identitätstheoretischen Ausführungen als gerechtfertigt. Eine solche Nicht-

⁷⁷⁹ vergl. Zentrum für Türkeistudien (1995a): 37

⁷⁸⁰ vergl. Zentrum für Türkeistudien (1995a): 46ff

⁷⁸¹ vergl. Spieles (1993): 64

⁷⁸² Zentrum für Türkeistudien (1995a): 41, Hervorheb. im Original

⁷⁸³ Zentrum für Türkeistudien (1995a): 46

Anerkennung hindert das Individuum an seiner – durch die Menschenrechte bestätigten – Selbstentfaltung. Der Verweis auf eine latente Ablehnung macht deutlich, daß auch nicht bewußt intendierte Ausgrenzung als feindliches Verhalten erlebt werden kann.

Auf den ersten Blick erscheint eine solche Definition von Ausländerfeindlichkeit als sehr akademisch, doch zeigt sich, daß diese Definition nicht nur ein wissenschaftliches Konstrukt ist, sondern in der Alltagsrealität auf Zuspruch stößt. Bei einer Befragung des Zentrums für Türkei-studien definierte mehr als die Hälfte der Befragten als Ausländerfeindlichkeit eine „allgemeine Ablehnung von Ausländern“.⁷⁸⁴

Teilweise werden negative Begriffsbildungen auf gesellschaftlicher Ebene durchaus reflektiert. So wurde der Begriff „Gastarbeiter“ schon Mitte der sechziger Jahre als problematisch angesehen und langsam durch neue Begriffe wie „ausländische Arbeitnehmer“ oder „ausländische Mitbürger“ ersetzt. Diese neuen Begriffe wurden als „sprachliche Humanisierung“ aufgefaßt, wobei dies tatsächlich kaum der Fall ist, da beispielsweise der Verweis auf „Arbeitnehmer“ die ausländische Bevölkerung alleine auf ihre wirtschaftliche Funktion reduziert.⁷⁸⁵

Der Versuch einer Veränderung von Assoziationen durch eine veränderte Begriffswahl ändert außerdem nichts an den gesellschaftlichen Randbedingungen, die negative Konnotationen befördern:

„... hier wird ein Symptom (negative Einstellungen gegenüber ausländischen Menschen) durch ein Mittel zu beheben versucht, das an den grundsätzlichen Bedingungen nichts zu ändern vermag. Solange der neue Begriff noch als Ausdruck von kritischer Haltung verstanden wird, bleibt eine gewisse ‚Wirkung‘ – ein bestimmtes Wort wird zum Signal. Sobald allerdings verwirklicht ist, was ursprünglich erklärte Absicht war – die Ersetzung eines Begriffs durch einen neuen -, übernimmt der neue Begriff zumindest teilweise auch die negativen Konnotationen des alten.“⁷⁸⁶

Diese Wirkung der Begriffsbildung zeigt im Hinblick auf mediale Vermittlungsprozesse, daß eine sensiblere Berichterstattung der Medien in Fragen der Beschreibung von Ausländern allein nicht ausreichen würde, um die Wahrnehmung der ausländischen Bevölkerung durch die Mehrheitsgesellschaft zu verändern.

Die Untersuchung von Spieles umfaßt alle Artikel, die 1991 in der Frankfurter Rundschau (320) und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (301) erschienen sind und sich

„in der Hauptsache mit Ausländern in Deutschland, mit Fragen des Ausländerrechts oder des Asylrechts beschäftigen – Berichte also aus dem Jahr, in dem die Diskussion über Ausländer, das Asylrecht und die Frage der Einwanderung gleichsam publizistisch explodierte“.⁷⁸⁷

Diese Auswahl ist insofern problematisch, als die Berichterstattung in Zeiten, in denen sich gesellschaftliche Ereignisse zuspitzen, aller Wahrscheinlichkeit nach anders verläuft als in Zeiten, in

⁷⁸⁴ vergl. Zentrum für Türkei-studien (1995a): 109

⁷⁸⁵ vergl. Spieles (1993): 75f

⁷⁸⁶ Spieles (1993): 87, Hervorheb. im Original

⁷⁸⁷ Spieles (1993) 103f

denen kein solcher „Ausnahmestand“ herrscht. Ein weiterer Nachteil der Studie ist, daß Spieles nur bestimmte Wortfelder analysiert und nicht den Kontext darstellt, in dem diese auftreten.

In der Asyldiskussion werden vor allem Begriffe wie „Asylmißbrauch“, „Flut der Asylbewerber“, „Asylbewerberproblem“, „Flüchtlinge“, „politische Flüchtlinge“ und „Asylant“ verwendet.⁷⁸⁸ Die Begriffe Mißbrauch, Flut und Problem kennzeichnen eine negative Sichtweise und sprechen die Asylthematik deutlich aus dem Blickwinkel der Mehrheitsgesellschaft an. Im Hinblick auf die von Jürgen Link entfachte Diskussion über die negative Konnotation des Begriffs „Asylant“ aufgrund der Endung –ant führt Spieles als Gegenargument an, daß positive Begriffe wie Mandant, Praktikant oder Intendant diese Assoziationen nicht hervorrufen, eine Verallgemeinerung also nicht zulässig sei. Außerdem verweist er auf den wissenschaftlich eingeführten Begriff „Migrant“, der in die öffentliche Diskussion gerade aufgrund seiner Neutralität eingeführt worden sei.⁷⁸⁹

Für Ausländer, die sich nicht als Asylbewerber oder Asylberechtigte in Deutschland aufhalten, werden zunehmend Begriffe wie „ausländische Einwohner“, „ausländische Bevölkerung“, „ausländische Mitbürger“ und „nichtdeutsche Bürger“ verwendet, die einen zumindest partiell gleichberechtigten Status andeuten.⁷⁹⁰ Es ist jedoch anzunehmen, daß diese Implikationen der Gleichberechtigung auf Seiten der Rezipienten nicht unbedingt wahrgenommen werden, da sie kaum eine gesellschaftliche Entsprechung haben. Außerdem wird die Vorspiegelung partieller Gleichberechtigung durch eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Ausländergruppen überlagert. So wird in den Medien unterschieden zwischen „Arbeitnehmern anderer EU-Mitgliedsstaaten“ und „nichteuropäischen Ausländern“.⁷⁹¹ Außerdem ist der mediale Diskurs über Menschen nicht-deutscher Herkunft von Bildern der Überwältigung wie „Flut“ (häufig im Zusammenhang mit Asylbewerbern, aber auch im Hinblick auf „Ausländer“), „Strom“ („Strom von politischen Flüchtlingen“, „Zuwandererströme“), „Zustrom“, „Welle“ („Flüchtlingswelle“, „Auswanderungswelle“) und militärischem Vokabular wie „Ansturm“, „Sturm auf Europa“ oder „Asylbewerber-Invasion“ geprägt.⁷⁹²

Die Untersuchungen zeigen, daß die mediale Repräsentation der ausländischen Bevölkerung unter deutlich negativen Vorzeichen steht. Zusammenfassend ergibt sich folgende Perspektive:

- Aufgabe der Medien ist die Vermittlung von Sachwissen, das die Bürger in die Lage versetzen soll, an politischen Diskursen zu partizipieren.

⁷⁸⁸ vergl. Spieles (1993): 107ff

⁷⁸⁹ vergl. Spieles (1993): 77ff

⁷⁹⁰ vergl. Spieles (1993): 134

⁷⁹¹ vergl. Spieles (1993): 127ff

⁷⁹² vergl. Spieles (1993): 135ff

- Da Menschen ihre Urteile häufig nicht nach einem systematischen Abwägen fällen, sondern eher auf kurzfristige Einflüsse reagieren, ist der mediale Einfluß auf die Meinungsbildung relativ groß. Ein Mechanismus des ersten Eindrucks kann dazu führen, daß erste Impulse die Basis für dauerhafte Einschätzungen bilden, die dann kaum noch revidiert werden.
- Medien vermitteln nicht nur politischen Output, sondern greifen auch die Befindlichkeit der Rezipienten auf, so daß diese in einen Input für politische Entscheidungsprozesse umgewandelt werden kann.
- Faktoren der Nachrichtenauswahl führen dazu, daß die Nachrichten ein Weltbild präsentieren, das die Wirklichkeit nur unzureichend widerspiegelt. Minderheiten können auf dieser Grundlage nur aus bestimmten Blickwinkeln von Mehrheiten überhaupt Nachrichtenwert erlangen. Die Betrachtungsperspektive ist durch ein hierarchisches Verhältnis zwischen Zentrum (westliche Nationen, Mehrheitsgesellschaft) und Peripherie (Länder der Dritten Welt, Minderheiten) geprägt.
- Die Medienkritik fordert deshalb eine Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt sowie der unterschiedlichen Anschauungsweisen und Meinungen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit prägen. Die Repräsentanz dieser Pluralität wird als Grundlage für die Möglichkeit eines wechselseitigen kommunikativen Austauschs sowie die Vernetzung soziokultureller Milieus gesehen.
- Die Berichterstattung über die ausländische Bevölkerung in Deutschland ist durch klare Grenzziehungen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten geprägt.
- Die Identitätsbildung in modernen Gesellschaften bezieht sich in nicht zu unterschätzendem Umfang auf die mediale Vermittlung von Realität. Medien können dem Individuum die Möglichkeit geben, sich in einer Gesellschaft zu verorten. Umgekehrt können Medien dazu beitragen, daß gesellschaftliche Teilhabe verhindert wird.
- Ausländer werden in den Medien häufig unter Problemaspekten oder dem Aspekt der kulturellen Distanz dargestellt. Bedrohungen für die Mehrheitsgesellschaft und Negativität prägen das Bild.
- Solche Abgrenzungen können vor dem Hintergrund des Menschenrechts auf Selbstentfaltung als Fremdenfeindlichkeit aufgefaßt werden.
- Die Begriffsbildung innerhalb der Berichterstattung ist geprägt durch Negativ-Begriffe (zum Beispiel Mißbrauch, Flut, Problem). Differenzierungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sowie zwischen den Minderheiten selbst herrschen vor.

Die hier dargestellten diskurstheoretischen Rahmenbedingungen und die Prinzipien der medialen Vermittlung sowie der Einflußbereich der politischen Elite haben wichtige Anhaltspunkte vermittelt, auf deren Grundlage die konkrete Fragestellung für die vorzunehmende Analyse der Möglichkeiten des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens in Migrationsgesellschaften erarbeitet werden kann.

6.4 Fragestellung und Konzept der Medienanalyse

Die Perspektive der angestrebten Medienanalyse ist der Blick deutscher Medien auf islamische Kulturen. Dieser „Blick“ soll auf der Grundlage des theoretischen Rahmens, der in dieser Arbeit entwickelt wurde, analysiert werden. Der Fragenkomplex muß also globale Entwicklungen und nationale Perspektiven sowie die bestehenden Wechselbeziehungen zwischen beiden Ebenen umfassen. Ferner muß die Medienanalyse die Perspektiven der Identitätsentwicklung im interkulturellen Kontext umfassen. Die sprachlichen Bezüge zur gesellschaftlichen Realität sind auf ihre manifesten und latenten Aussagen hin zu untersuchen.

Aus der Umsetzung des theoretischen Rahmens resultiert der auf der nächsten Seite dargestellte Fragenkatalog. Der mittlere Teil des Fragenkomplexes mit den dunkelgrau unterlegten Überschriften umfaßt dabei den Rahmen der internationalen Beziehungen sowie die Perspektiven der Migrationsgesellschaft in Deutschland. Bei der Textanalyse kommt es darauf an, die Bedingungen der internationalen Beziehungen in einen Bezug zu den Bedingungen der Migrationsgesellschaft zu setzen. Die globalen Perspektiven von islamischen Kulturen müssen also auf ihre Auswirkungen für die Perspektiven von Migranten aus islamischen Ländern in Deutschland hin analysiert werden. Leitend ist dabei die Annahme, daß die in deutschen Medien vermittelte Perspektive von islamischen Kulturen im globalen Kontext Auswirkungen hat auf die Darstellung der Lebenszusammenhänge von Migranten aus islamischen Ländern in Deutschland.

Alle Aspekte der internationalen Beziehungen und der Migrationsgesellschaft müssen außerdem daraufhin untersucht werden, inwiefern sich Strukturen der Unbewußtheit und diskursive Strategien manifestieren. Aus diesem Grund wurden die entsprechenden Fragen im Fragenkatalog rechts und links als durchgehende, grauunterlegte Spalten aufgenommen.

Internationale Beziehungen		diskursive Strategien
Strukturen der Unbewußtheit Welche Angsterfahrungen zeigen sich in der Dynamik zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten? Welche Regressionserscheinungen zeigen sich? Wird zur Stabilisierung des Selbstbildes in der Begegnung mit dem Fremden mit Abwehr reagiert? Inwieweit werden Widersprüche durch Verdrängung negiert? Wird eine Auseinandersetzung mit Fremdem verhindert? Von wem und mit welchem Ziel? Wie wird Fremdheit definiert? Welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf die Verfassung der Definierenden ziehen? Wie werden Konflikte unbewußt gemacht? Welche Machtstrategien stehen hinter der gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit?	Wie haben sich die jeweiligen Staaten entwickelt? In welchem Verhältnis steht diese Entwicklung zu den internationalen Beziehungen? Welcher spezifische Eigenwert läßt sich in islamischen Kulturen erkennen? Wie wird dieser Eigenwert in den internationalen Beziehungen wahrgenommen? Welcher Standpunkt wird seitens der Bewertenden eingenommen? Welchen Einfluß machen die verschiedenen Staaten in den internationalen Beziehungen geltend? Auf welche Ressourcen berufen sie sich dabei?	
	Migrationsgesellschaft	
	soziale Realität Wie sieht die soziale Realität der Mehrheitsgesellschaft aus? Inwiefern wirkt sie einschränkend auf die Identitätsentwicklung? Welche Partizipationsmöglichkeiten haben Migranten?	Historizität Wie definieren die Mehrheitsgesellschaft und die Minderheiten ihren historischen Bezugsrahmen? Wie ordnet die Mehrheitsgesellschaft Migrationsprozesse historisch ein? Wie begegnen die Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten historischen Wandel?
	Kultur Welche kulturellen Konflikte treten in der Migrationsgesellschaft auf? Wie wird mit Divergenzen umgegangen? Werden sie verarbeitet und führen Wandel herbei oder werden sie verdrängt? Welche Perspektiven von Kultur entwickeln die Minderheiten? In welchem Verhältnis stehen diese Kulturkonzepte zur vorherrschenden kulturellen Pluralität? Wie wird mit kulturellem Wandel umgegangen?	Anerkennung Welche Aspekte wechselseitiger Auseinandersetzung zeigen sich in der Migrationsgesellschaft? Wer wird in der Migrationsgesellschaft von wem anerkannt? Wie erfolgen abgrenzende Typisierungen? Inwieweit können Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten wechselseitig ihre spezifische Individualität wahrnehmen und anerkennen?
		Rollen / Empathie Wer übernimmt in der Migrationsgesellschaft welche Rolle? Wie wirkt sich die Rollenübernahme und Rollenzuweisung auf die soziale Realität aus? Wie sehen die Entfaltungsspielräume in der Migrationsgesellschaft aus? In welchem Verhältnis stehen Rollenerwartung und Rollenmöglichkeiten der Migranten zueinander? Inwieweit zeigt die Mehrheitsgesellschaft Empathie gegenüber den Migranten?
		Welche Machtperspektiven zeigen sich bei Definitionsprozessen? Welche Symbole werden diskursiv verbreitet? Welche latenten Bezüge haben diese Symbole? Welche Bedeutungszusammenhänge werden hergestellt? Welche „Bilder der Realität“ werden medial vermittelt? Wie wird die interkulturelle Realität dargestellt? Wie manifestieren sich Grenzbeziehungen?

Die Auswahl der zu analysierenden Medien erfolgt im Hinblick auf die bereits gemachten Darstellungen zu Elitediskursen und medialer Vermittlung. Wie bereits gezeigt wurde, vermitteln Medien Nachrichten auf der Basis bestimmter Aktualitätsschemata. Dies bedeutet, daß die Berichterstattung sich zumeist auf Einzelaspekte von größeren Zusammenhängen konzentriert. Hintergründe von Ereignissen werden dabei eher selten dargestellt.

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde bereits gezeigt, welche Bedeutung aber gerade Hintergründe und längerfristige Entwicklungen für die Wahrnehmung von Sachverhalten und die Identitätsentwicklung haben. Aus diesem Grund soll die Medienanalyse anhand von Wochenzeitungen vorgenommen werden. Da Wochenzeitungen der Tagesaktualität von Ereignissen „hinterherhinken“, konzentrieren sie sich eher auf die Bereitstellung von Hintergrundmaterial und Analysen, um sich von den tagesaktuellen Medien abzuheben.⁷⁹³

Es wäre auch denkbar gewesen, Tageszeitungen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie größere thematische Zusammenhänge durch die Aneinanderreihung einzelner, jeweils tagesaktueller Berichte entwickeln. Diese Perspektive wäre vor allem deshalb von Interesse, da ja bereits im Hinblick auf die Diskurstheorie gezeigt wurde, wie durch die Verbindung von Argumentationssträngen Sachverhalte in einen Zusammenhang gebracht werden, die sich nicht durch wechselseitige oder ursächliche Beziehungen auszeichnen. Da es jedoch in dieser Arbeit gerade darum geht, größere Zusammenhänge herzustellen und zu analysieren, erscheint es eher angebracht, sich bei der Analyse auf Medien zu beziehen, die es sich zum Ziel setzen, solche Zusammenhänge darzustellen.

Bereits im Hinblick auf die Frage, wie wirksam Metatheorien sein können, wurde auf die Problematik aufmerksam gemacht, daß komplexe Theoriegebilde häufig nicht allen Einzelaspekten der Themenstellung gerecht werden können. So kann auch eine Medienanalyse nur einen Teilbereich der medialen Vermittlung aufgreifen. Im folgenden sollen die Wochenzeitungen „Die Zeit“ und „Welt am Sonntag“ sowie die Zeitschrift „Der Spiegel“ daraufhin analysiert werden, wie sie islamische Kulturen sowie die Situation der deutschen Migrationsgesellschaft darstellen.⁷⁹⁴

Diese Auswahl begründet sich durch verschiedene Überlegungen. Wochenzeitungen, mit Ausnahme einer Zeitung wie „Bild am Sonntag“, werden in der Hauptsache von einem „elitären“ Leserkreis gelesen. Die Auswahl der Zeitungen bringt also eine bestimmte Perspektive in die Analyse ein. So ist nicht anzunehmen, daß eine Analyse der beiden genannten Zeitungen Rück-

⁷⁹³ vergl. Zeitverlag (o.J.)(Hg.): Die Zeit. Eine Wochenzeitung stellt sich vor, Hamburg o.J.

⁷⁹⁴ „Die Zeit“ und „Der Spiegel“ als eigenständige Wochenschriften unterscheiden sich insofern von der „Welt am Sonntag“, als letztere als Ergänzung zur Tageszeitung „Die Welt“ nicht über alle Ereignisse des Wochengeschehens berichtet. Die „Welt am Sonntag“ soll jedoch in die Analyse einbezogen werden, da hier eher konservative Perspektiven vertreten werden.

schlüsse auf die Haltung der breiten Bevölkerung zu den zu betrachtenden Themenbereichen zuläßt. Die Perspektive der Durchschnittsbevölkerung ließe sich eher beispielsweise anhand von Leserbriefen in Regionalzeitungen oder durch Befragungen ermitteln.

Der elitäre Aspekt der ausgewählten Publikationen ist jedoch in anderer Hinsicht von Belang. Politiker als ein Teil der gesellschaftlichen Elite prägen durch ihr politisches Handeln die gesellschaftliche Realität. Sowohl das politische Handeln als auch die geprägte Realität werden in den Medien vermittelt. Die Rahmenbedingungen von Migrationsgesellschaften sind entscheidend politisch geprägt. An dieser Stelle sei noch einmal an die Argumentation von van Dijk erinnert, der darlegt, daß der politische Diskurs in einem engen Wechselverhältnis zur Meinung der Öffentlichkeit, dem Diskurs der Massenmedien und auch der sozio-ökonomischen Situation steht.⁷⁹⁵ Es entsteht also ein Kreislauf der Prägung politischer und damit auch gesellschaftlicher Wirklichkeit, die medial vermittelt und von den gesellschaftlichen Eliten erneut rezipiert wird. Eliten prägen so auch den Rahmen des in einer Gesellschaft „Denkbaren“. Dieses „Denkbare“ wiederum beeinflußt auch die Alltagsrealität aller Mitglieder einer Gesellschaft.

Diese Argumentation soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die folgende Analyse tatsächlich nur einen sehr speziellen Bereich der Betrachtung von Perspektiven islamischer Kulturen aufgreift. Es wurde bereits gezeigt, daß die Alltagsrealität der Gesellschaftsmitglieder eher peripher in den Medien vermittelt wird. Da jedoch in dieser Arbeit auch globale Prozesse betrachtet werden sollen, liegt es nahe, anstelle von Befragungen oder teilnehmender Beobachtung die Medienanalyse zu bevorzugen, da so verschiedene Dimensionen anhand derselben Medien aufgegriffen werden können, was bei anderen Untersuchungsmethoden nicht möglich wäre.

Der Titel der Arbeit weist bereits darauf hin, daß „Möglichkeiten“ des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens herausgearbeitet werden sollen. Es geht also um Rahmenbedingungen. Die individuelle Verfassung der Gesellschaftsmitglieder, die ja im Rahmen der Identitätstheorie eingebracht wurde, ist dabei indirekt von Bedeutung, denn – dies wurde bereits mehrfach ausgeführt – die Rahmenbedingungen einer Gesellschaft bestimmen die Möglichkeiten der individuellen Entfaltung. Die Analyse soll also nicht etwa über Individuen Aufschluß geben, sondern über die Beschaffenheit von Kommunikationsräumen und allgemeinen Denkweisen (die Individuen wiederum beeinflussen können). Texte drücken Einstellungen, Situationsdeutungen und Absichten aus. Sie spiegeln sowohl die gesellschaftliche Situation als auch Persönlichkeitsmerkmale der Personen, die einen Text produzieren, wider. Die Analyse von Medien erlaubt deshalb Rückschlüsse auf individuelle und gesellschaftliche Phänomene.⁷⁹⁶

⁷⁹⁵ vergl. van Dijk (1990): 33

⁷⁹⁶ vergl. Lamnek, Siegfried (1989): Qualitative Sozialforschung Band 2. Methoden und Techniken, München 1989: 167

An dieser Stelle sollen noch einige Daten zur Leserstruktur (und damit indirekt auch zur redaktionellen Zielrichtung) der zu analysierenden Medien dargelegt werden. „Die Zeit“ wird in einer Auflage von etwa 470.000 Exemplaren verkauft. Die „Welt am Sonntag“ erreicht eine Auflage von gut 400.000 Exemplaren.⁷⁹⁷ Die Auflage des „Spiegel“ lag 1996 bei 1,072 Millionen verkauften Exemplaren.⁷⁹⁸ „Die Zeit“ erreicht dabei etwa 1,44 Millionen Leser.⁷⁹⁹ Die „Welt am Sonntag“ wird von etwa 1,15 Millionen Lesern gelesen.⁸⁰⁰ Der Spiegel erreicht eine Leserschaft von 6,85 Millionen.⁸⁰¹

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Vergleichsindex 100) liegt der Index der Zeit-Leser im Hinblick auf Schulbildung Abitur/Studium bei 371. Unter den Zeit-Lesern befinden sich dreimal so viele Selbständige/Freie Berufe/leitende Angestellte und Beamte wie unter der Gesamtbevölkerung. Bei qualifizierten Angestellten und Beamten liegt der Zeit-Leser-Index bei 220.⁸⁰² Die Leser der „Welt am Sonntag“ sind zu vier Prozent größere Selbständige oder in freien Berufen tätig (Gesamtbevölkerung: ein Prozent). 20 Prozent der „Welt am Sonntag“-Leser sind leitende Angestellte oder Beamte (Gesamtbevölkerung: acht Prozent). Im Hinblick auf die Schulbildung fallen 41 Prozent der „Welt am Sonntag“-Leser in die Kategorie „Abitur/Hochschulreife/Studium“ (Gesamtbevölkerung: 18 Prozent).⁸⁰³ Von den „Spiegel“-Lesern sind 35,3 Prozent große Selbständige oder arbeiten in freien Berufen. 24,6 Prozent sind leitende Angestellte oder Beamte. 26,7 Prozent der „Spiegel“-Leser haben die Universität besucht, 21,5 Prozent haben Abitur.⁸⁰⁴

Die Leserschaft der Zeitungen/Zeitschrift gehört also im Sinne der diskurstheoretischen Definition von Eliten zur politischen und gesellschaftlichen Elite. Politiker rezipieren so die Darstellung ihrer eigenen Positionen in den Medien und nehmen gleichzeitig die Standpunkte ihrer jeweiligen politischen Kontrahenten zur Kenntnis. Beamte als ausführende Organe des Staats- und Verwaltungsapparats erhalten durch die Medien ein Bild des gesellschaftlichen Meinungsklimas, rezipieren dieses und wirken gleichzeitig durch ihre Tätigkeit wieder auf die Gesellschaft.

Die Vorgehensweise der folgenden Analyse ist rein qualitativ ausgerichtet. Dies liegt unter anderem daran, daß es darum geht, Bedeutungszusammenhänge herauszuarbeiten und prozeßhafte Verflechtungen darzustellen. Solche Phänomene sind kaum quantifizierbar. Außerdem haben verschiedene Forschungsarbeiten bereits gezeigt, daß Diskurse nur eine begrenzte Anzahl von

⁷⁹⁷ vergl. Zeitverlag (1996a) (Hg.): Auflagenmeldung, Hamburg 1996

⁷⁹⁸ vergl. Spiegel-Verlag (1996)(Hg.): MA 96. Pressemedien I. Zielgruppen und Medien, Hamburg 1996: 12

⁷⁹⁹ vergl. Zeitverlag (1996b) (Hg.): MA '96/II – Die Zeit: Media-Dienst – Daten zur Mediaplanung 1997, Hamburg 1996: 3

⁸⁰⁰ vergl. Axel-Springer-Verlag (1996) (Hg.): Welt am Sonntag – Preisliste Nr. 58, Hamburg 1996: 7

⁸⁰¹ vergl. Spiegel-Verlag (1996): 9

⁸⁰² vergl. Zeitverlag (1996b): 4

⁸⁰³ vergl. Axel-Springer-Verlag (1996): 7

⁸⁰⁴ vergl. Spiegel-Verlag (1996): 17ff

Argumentationsmustern aufweisen. So brachte eine Interviewreihe mit 22 Gesprächen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung zum Thema Rassismus folgende Erkenntnisse im Hinblick auf den Umfang des zu analysierenden Materials:

„Hier zeigte sich ..., daß die Anzahl der Interviews größer war als dies erforderlich gewesen wäre. Grob gesagt, zeigte sich, daß etwa nach der Analyse der Hälfte dieser Interviews keine neuen Tatsachen zu Tage kamen. Daher kann gesagt werden, daß die erfolgte systematische Darstellung dieses Diskursstranges auf dieser diskursiven Ebene in jedem Fall als vollständig angesehen werden kann. Diese Beobachtung führte zu der methodologischen Schlußfolgerung, die sich auch anhand anderer Analysen auf anderen Diskursebenen bestätigte, daß die diskursanalytische Erfassung eines Diskursstranges jeweils nur so weit vorangetrieben werden muß, bis keine (wesentlichen) neuen Ergebnisse mehr zu Tage gefördert werden. Dieser Punkt markiert die Stelle, an der ich sagen kann: Der Gegenstand ist synchron deskriptiv bzw. positiv erfaßt.“⁸⁰⁵

Weiterhin geht es nicht unbedingt darum, Argumentationsstränge zahlenmäßig zu bestimmen, sondern es ist beabsichtigt, die Muster selbst auf ihre Auswirkungen hin zu analysieren.

Die quantitative Beschränkung des zu analysierenden Materials ist relativ schwierig zu definieren und zu begründen. Die Darstellung der Medienanalysen in diesem Kapitel hat bereits gezeigt, daß es problematisch ist, Analysen in speziellen Ereigniszeiträumen vorzunehmen, da im Hinblick auf besondere gesellschaftliche Situationen wie die Änderung der Asylgesetzgebung aller Wahrscheinlichkeit nach auch besondere Argumentationsmuster etabliert werden. Gerade die Besonderheit bestimmter Situationen und damit auch Argumentationen verschleiert oder überlagert aber die ganz alltäglichen Deutungsmuster einer Gesellschaft. Aus diesem Grund soll Material aus dem gesamten Jahr 1997 in die Analyse einbezogen werden, ohne sich dabei an speziellen Ereignissen zu orientieren. Diese Materialbegrenzung liefert allerdings – und diesem Problem sind Beschränkungen jedweder Art ausgesetzt – nur eine „Momentaufnahme“ über genau diesen Zeitraum.⁸⁰⁶ Da jedoch ein umfassenderer Kontext ebenfalls Bestandteil der Analyse sein wird, reicht die Aussagekraft der Analyseergebnisse über den konkreten Zeitraum hinaus.

Das Zeitungsmaterial wird auf der Grundlage der hier entwickelten Theorie einer Kontextanalyse unterzogen.⁸⁰⁷ Die Hintergründe der medialen Darstellung sind also Bestandteil der Analyse. Weiterhin sind die Absichten, die mit einem medial dargestellten Ereignis zusammenhängen, Konsequenzen, die sich aus dem Ereignis selbst und seiner Darstellung ergeben sowie die Kommunikationsfiguren, die verwendet werden, analytisch zu erfassen.⁸⁰⁸ Die sich aus dieser Analyse ergebenden Ergebnisse sollen dann zur Typisierung der allgemeinen Perspektive der

⁸⁰⁵ Jäger (1993): 217

⁸⁰⁶ Es wäre beispielsweise auch von besonderem Interesse, Argumentationsmuster der etablierten politischen Parteien im Bundestagswahlkampf 1998 zu untersuchen, da gerade in gesellschaftlichen Krisensituationen und in Anbetracht der Notwendigkeit, politische Positionen zu behaupten, Themen wie innere Sicherheit und damit auch Fragen der Migration von besonderem Stellenwert sind. Die Randbedingungen solcher Argumentationskampagnen führen jedoch häufig zu Zuspitzungen, die nur Extrempole ansonsten verbreiteter Dispositionen darstellen.

⁸⁰⁷ vergl. Lamnek (1989): 216

⁸⁰⁸ vergl. Oevermann, Ulrich / Allert, Tilman / Konau, Elisabeth / Krambeck, Jürgen (1983): Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“, in: Zedler, Peter / Moser, Heinz (1983)(Hg.): Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zur Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983, S. 95-124: 112ff

deutschen Gesellschaft im Hinblick auf Migration und islamische Kulturen genutzt werden. Am Ende der Analyse steht also die Synthese verschiedener Analyseebenen zu einer allgemeinen Perspektive.

Die Auswahl der Analyseeinheiten erfolgt nach interpretativen Gesichtspunkten.⁸⁰⁹ So sollen Artikel über die Türkei, Algerien, den Iran und den Irak herangezogen werden. Auf der Grundlage der Artikel über Algerien soll herausgearbeitet werden, wie sogenannte fundamentalistische Bewegungen dargestellt werden und welche Auswirkungen die Betrachtung von Fundamentalismus auf eine Perspektive des Islam hat.

Der Iran ist aus zwei Gründen von Interesse. Zum einen zeigt das Beispiel einer islamischen Republik die Verflechtungen zwischen islamischer Kultur, Religion und Staat auf. Zum anderen wird mit Blick auf den sogenannten Mykonos-Prozeß deutlich, daß innerstaatliche Prozesse auch im internationalen Kontext von Belang sind und sich in diesem speziellen Fall auch in der Form eines Mordanschlags auf die Bundesrepublik beziehen. Am Beispiel des Irak soll illustriert werden, wie ein Land mit überwiegend islamischer Bevölkerung als internationales Bedrohungspotential gesehen wird. Von besonderem Interesse wird hier bei der Analyse sein, ob und inwiefern in den Medien Verbindungen geknüpft werden zwischen der Bedrohungslage und islamischer Kultur. Am Beispiel der Türkei und der türkischen Migrantinnen in Deutschland soll an einem konkreten Fall aufgezeigt werden, welche wechselseitigen Beziehungen zwischen internationalen und Migrationsperspektiven bestehen. Außerdem soll dargestellt werden, wie islamische Kultur sich in einem laizistischen Staat artikuliert. Diese Auswahl umfaßt selbstverständlich nur einen Bruchteil der Vielfalt islamischer Kulturen.⁸¹⁰

⁸⁰⁹ vergl. Lamnek (1989): 181

⁸¹⁰ Von Interesse wären beispielsweise auch eine Betrachtung der Situation in Pakistan, der Islam in Indonesien oder auch die Entwicklungen in Afghanistan. Die angeführten Länder wurden so gewählt, daß möglichst vielfältige Aspekte islamischer Kulturen analysiert werden können. Außerdem ist es für eine Medienanalyse natürlich unerlässlich, von Analyseeinheiten auszugehen, die in den Medien tatsächlich auch dargestellt werden.

Im folgenden wird es darum gehen, anhand exemplarischer Fälle die Darstellung und Wirkung islamischer Kulturen im internationalen Kontext zu skizzieren. Die Analyse wird sich dabei nicht nur auf die entsprechenden Zeitungsartikel stützen, sondern im Bedarfsfall auch weitere Literatur einbeziehen, um Hintergründe, die medial nicht vermittelt werden, in ein Verhältnis zur Berichterstattung zu setzen.

Am Beispiel des Irak soll gezeigt werden, wie eine islamische Kultur nur im Hinblick auf ihr Bedrohungspotential dargestellt wird. Obwohl der Irak eine überwiegend islamische Bevölkerung umfaßt, wird dieser Aspekt in der medialen Berichterstattung kaum berücksichtigt (was unter anderem daran liegt, daß der Staat sich prinzipiell säkular definiert). Dennoch ist das Beispiel für die Gesamtanalyse höchst bedeutsam, da Verweise auf den Islam sporadisch auftauchen und so eine Assoziationskette ermöglichen, die zu einer Gleichsetzung von Islam und Bedrohung führen kann.

Der Iran ist unter zwei Aspekten für die Analyse von großem Interesse. Zum einen definiert sich der Staat explizit auf der Grundlage des Islam. Zum anderen wurde 1997 das sogenannte Mykonos-Urteil gesprochen, das die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran in besonderem Maße tangierte. Anhand dieses Beispiels lassen sich die Berührungspunkte der internationalen und der nationalen Perspektive herausarbeiten.

Algerien wiederum ist unter anderem im Vergleich zum Iran wichtig, da auch hier der Staat sich als explizit islamisch definiert, aber völlig unterschiedliche Perspektiven und Innenverhältnisse entwickelt hat. In Algerien haben Staatsführung und Militär die Machtergreifung (durch demokratische Wahlen) des islamistischen FIS verhindert, so daß aus der algerischen Innenperspektive deutlich wird, wie unterschiedlich sich eine Berufung auf den Islam manifestieren kann.

Alle drei Beispiele sollen auf der Basis des Fragenkatalogs, der aus den theoretischen Ausführungen der ersten sechs Kapitel entwickelt wurde, analysiert werden. Es sei noch einmal angemerkt, daß die Analyse den „Blick der deutschen Gesellschaft auf islamische Kulturen“ darstellen soll, es also um eine Betrachtungsperspektive geht. Verweise auf die Innenperspektive der jeweiligen Kulturen/Länder haben lediglich zum Ziel, diese Außenperspektive zu erklären und teils zu relativieren. Eine erschöpfende Darstellung der Innenperspektive kann an dieser Stelle jedoch keinesfalls geleistet werden.

7.1 Islamische Kultur und der Aspekt der Bedrohung der westlichen Welt am Beispiel Irak

Der Irak ist ein sehr zwiespältiges Beispiel für die Haltung der westlichen Welt gegenüber islamischen Kulturen. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung des Irak bekennen sich zum Islam, doch propagiert das herrschende Regime unter Saddam Hussein einen säkularistischen Staat. Von besonderem Interesse für die weitere Analyse ist die Tatsache, daß vor allem im Umfeld des zweiten Golfkrieges, aber auch später im Hinblick auf die Konfrontation zwischen dem Irak auf der einen und den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen auf der anderen Seite seitens des Irak der Islam immer wieder instrumentalisiert wurde, um eine Front zwischen dem islamischen Kulturkreis und der westlichen Welt zu beschwören.

Im folgenden geht es darum zu zeigen, welche grundsätzliche Perspektive der westlichen Welt gegenüber dem Irak die Medien vermitteln. Es soll dargestellt werden, welche Bedrohungsszenarien von den politischen Akteuren gesehen und von den Medien transportiert werden. Weiterhin ist zu analysieren, welche Einblicke in die Innenperspektive des Irak gewährt werden, welche religiösen Aspekte thematisiert werden und welche Interessenlagen der westlichen Welt erkennbar sind. Diese Punkte sollen zunächst aus der medialen Perspektive dargestellt werden. In einem zweiten Schritt werden diese Darstellungen in einem erweiterten politisch-historischen Kontext erörtert, um Auswirkungen auf ein wechselseitiges Erkennen und Anerkennen sichtbar zu machen.

7.1.1 Dynamik der Bedrohung auf internationaler Ebene

Das Verhältnis zwischen dem Irak und westlichen Staaten ist auf den ersten Blick in den Medien als Bedrohungsszenario dargestellt. Der Irak wird dabei als offensiver Gegner der westlichen Welt dargestellt, der verbalen Angriffen im Zweifel militärische Aktionen folgen läßt. Überschriften wie „Irak droht USA – Kriegsgefahr wächst“⁸¹¹ oder Aussagen wie

„Irak drohte gestern abermals den Abschub amerikanischer Aufklärungsflugzeuge an. Gleichzeitig wurden Araber zu Anschlägen auf amerikanische und britische Ziele im Nahen Osten aufgefordert.“⁸¹²

zeigen eine feindliche Haltung des Irak. Die westliche Welt sieht sich einer „irakischen Provokation“⁸¹³ ausgesetzt:

„Wieder einmal spielt Saddam Hussein sein Spiel: Seit Ende des zweiten Golfkrieges im Februar 1991 sucht er in regelmäßigen Abständen – bislang insgesamt fünfzehnmal – die Machtprobe mit den Verein-

⁸¹¹ o.A.: Irak droht USA – Kriegsgefahr wächst, Welt am Sonntag 9.11.1997, S.2 (IRAK-W-3)

⁸¹² o.A.: Erster Einsatz einer Neutronenbombe gegen Irak?, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 1 (IRAK-W-6)

⁸¹³ Schwelien, Michael: Die Scheu vor dem Alleingang, Die Zeit 7.11.1997, S. 2 (IRAK-Z-5)

ten Nationen und den USA. Er provoziert vornehmlich durch die Verletzung der von den Golfkriegsalliierten eingerichteten Flugverbotszonen im Nordirak (Schutzzone für Kurden) sowie im Südirak (Schutzzone für Schiiten).⁸¹⁴

Im Zuge dieser „Machtprobe“ kontert der Westen mit Gegendrohungen. So vertreten die Vereinigten Staaten den Standpunkt: „Gegen Despoten wie Saddam hilft nur Entschlossenheit“⁸¹⁵.

Eine solche Entschlossenheit war jedoch im Jahrzehnt vor dem zweiten Golfkrieg seitens der westlichen Staaten nicht intendiert. Auch damals schon wurde Saddam Hussein durchaus als skrupelloser Tyrann angesehen:

„Man betrachtete Saddam wegen seines skrupellosen Umgangs mit politischen Gegnern, des Gaseinsatzes gegen die Kurden und seiner Kriegsführung gegen den Iran mit Abscheu. Aber im wesentlichen sah man ihn als einen Hinterhoftyrannen, dessen Menschenrechtsverletzungen nur allzu bekannten Mustern aus der Dritten Welt folgten. Was in den Augen seiner westlichen Verteidiger fast alle Untaten Saddams ausglich, war die Tatsache, daß er politische Stabilität in einem Staat organisieren konnte, der nach Saudi-Arabien über die größten Erdölvorräte der Welt verfügte.“⁸¹⁶

Da sich Husseins Terrortaten nicht gegen die westliche Welt richteten und er sogar in vielerlei Hinsicht ganz im Sinne westlicher Interessen handelte, wurde – obwohl beispielsweise Hinweise auf das Waffenpotential des Irak bekannt waren – kein Bedrohungsszenario wie im Nachfeld des zweiten Golfkrieges gesehen.

Die Haltung des Westens gegenüber dem Irak war auch durch global-strategische Erwägungen geprägt:

„An die USA hatte sich Irak im Verlaufe des Golfkrieges vorsichtig angenähert. Washington war nicht an einer Hegemonierolle Irans am Golf interessiert. Der Antiamerikanismus der Regierung in Teheran wurde als eine Bedrohung amerikanischer Interessen am Golf betrachtet. Irak hatte Irans Einfluß massiv begrenzt. Aus amerikanischer Sicht betrachtet war es zur Stabilisierung des Kräfteverhältnisses am Golf vertretbar, Irak vorsichtig als Kräftependant zu Iran zu fördern, dabei aber auch Distanz zur Führung in Bagdad zu wahren. Es war das Dilemma, vor dem viele Industrienationen standen, die mit Irak wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhielten. Eine Unterstützung des Irak brachte immer auch eine Unterstützung des Regimes von Saddam Hussein mit sich. Doch erschien eine partielle Zusammenarbeit mit Saddam Hussein gegenüber einem Aufstieg Irans unter der Führung des Ayatollah Chomeini das kleinere Übel zu sein.“⁸¹⁷

Diese frühere Unterstützung des Irak war also geprägt durch strategische Eigeninteressen. Im Rahmen der aktuellen Konfliktlage wird diese Komponente jedoch im politischen Diskurs ausgeblendet.

Im Rahmen der Diskussion, wie sich die Vereinten Nationen gegenüber dem Irak verhalten sollen, dominieren die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit einer Drohungshaltung:

„London und Washington vertreten die Position, es gebe nichts zu diskutieren und über nichts zu verhandeln.“⁸¹⁸

⁸¹⁴ Lüdgers, Michael: Saddam und die Politik des Hungers, Die Zeit 7.11.1997, S. 3 (IRAK-Z-4)

⁸¹⁵ Kissinger, Henry: Gegen Despoten wie Saddam hilft nur Entschlossenheit, Welt am Sonntag 7.12.1997, S.6 (IRAK-W-12)

⁸¹⁶ Bulloch, John / Morris, Harvey (1991): Saddams Krieg, Reinbek bei Hamburg 1991: 29

⁸¹⁷ Krech, Hans (1996): Vom II. Golfkrieg zur Golf-Friedenskonferenz. Handbuch zur Geschichte der militärischen Kräftebalance am Persischen Golf, Bremen 1996: 44f

⁸¹⁸ o.A.: UN will Waffeninspektoren in den Irak zurücksenden, Welt am Sonntag 2.11.1997, S. 5 (IRAK-W-2)

Im UN-Sicherheitsrat gibt es jedoch auch andere Stimmen, die für ein Entgegenkommen plädieren:

„Frankreich, Rußland und China plädieren für eine Aufhebung oder wenigstens Abschwächung der gegen den Irak verhängten Handelssanktionen, die seit der Kuwait-Invasion im August 1990 in Kraft sind. Die USA und Großbritannien dagegen wollen diese Sanktionen auf unbestimmte Zeit beibehalten, um Saddam Hussein auch weiterhin unter Druck zu setzen.“⁸¹⁹

Betrachtet man die grundsätzliche Ausgestaltung des Bedrohungsszenarios, so zeigt sich, daß sich zwei Gegner, nämlich die Vereinten Nationen (die nicht eine einheitliche Meinung vertreten) und der Irak, gegenüberstehen und Drohungen austauschen und Druck aufeinander ausüben.

Die Standpunkte beider Seiten werden sowohl von den Medien als auch von den politischen Akteuren unterschiedlich bewertet. So sprechen UN-Mitarbeiter von „ernsthaften Zwischenfällen“ bei UN-Flügen über irakischem Territorium:

„Dazu gehörten wiederholte Drohungen, die UN-Maschine abzuschießen, wenn sie nicht die von den irakischen Behörden vorgeschriebene Route fliegen würde.“⁸²⁰

Die Drohung des Irak wird als „ernsthafte Zwischenfall“ dargestellt. Man muß sich jedoch fragen, ob es nicht zunächst einmal grundsätzlicher Bestandteil eines Szenarios wechselseitiger Bedrohung ist, wenn die beiden involvierten Parteien sich gegenseitig bedrohen.

Die bewertende Perspektive tritt noch stärker hervor, wenn man die militärische Strategie, die von den Vereinigten Staaten und Israel vertreten wird, betrachtet:

„Israel wird auf einen irakischen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen mit einem Schlag gegen eine irakische Stadt reagieren. In einem Bericht ... heißt es, Israel werde eine Neutronenbombe einsetzen. ... beim jüngsten Besuch von Israels Verteidigungsminister Mordechai in den USA sei vereinbart worden, bei deutlichen Anzeichen für einen irakischen Raketenangriff US-Streitkräfte zu einem ‚großen präventiven Schlag‘ anzusetzen. Den zweiten Schlag gegen den Aggressor solle Israel führen.“⁸²¹

Diese Strategie beinhaltet zwei Perspektiven. Das Bedrohungspotential, das durch Israel gegeben ist, wird neutral dargestellt. Mögliche Auswirkungen eines Militärschlages werden sachlich angeführt:

„Neutronenwaffen unterscheiden sich von anderen atomaren Sprengkörpern: Die von ihnen verursachten Ruck- und Hitzewellen haben nur geringe Kraft, sie produzieren jedoch enorme Mengen radioaktiver Strahlung. Die Folge: Gegenstände erleiden geringe Schäden, in weitem Umkreis aber werden Menschen und andere Lebewesen getötet.“⁸²²

Diese nüchterne Beschreibung mutet vor dem Hintergrund möglicher Zerstörung zynisch an. Im Hinblick auf das militärische Bedrohungspotential, das vom Irak ausgeht und den Anlaß für die Drohhaltung westlicher Staaten bildet, zeigt sich, daß die Akteure vor einem implizit vorhandenen moralischen Hintergrund, der noch darzustellen sein wird, extrem unterschiedlich bewertet wer-

⁸¹⁹ IRAK-Z-4

⁸²⁰ o.A.: Flug von Pilgern entzweit UN-Sicherheitsrat, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 7 (IRAK-W-1)

⁸²¹ IRAK-W-6

⁸²² IRAK-W-6

den. Diese Perspektive wird nur implizit angezweifelt, wenn die unterschiedlichen Bedrohungspotentiale zueinander in ein Verhältnis gesetzt werden:

„Saddam betrachtet das Todesarsenal als seine letzte Rückversicherung – in seinen Augen genauso gerechtfertigt wie Israels Atombomben, die sich der Judenstaat in einem jahrzehntelangen Rüstungsprogramm zugelegt hat und selbst gegenüber seinen Freunden verborgen hält.“⁸²³

Diese Passage ist zwar keine grundsätzliche Kritik an unterschiedlichen Bewertungskriterien, doch stellt sie die vorherrschende einseitige Argumentation durchaus in Frage.

Das mögliche Eingreifen Israels wäre ein Vergeltungsschlag. Das Gesamtszenario beinhaltet jedoch eine weitere Perspektive. Die Vereinigten Staaten nämlich sind in der Rolle desjenigen, der bewertet, ob der Irak einen Angriff plant. Einem aus der Bewertung resultierenden Angriff durch die Vereinigten Staaten würde wahrscheinlich ein Gegenschlag des Irak folgen. Die Aussage, daß Israel den zweiten Schlag gegen den „Aggressor“ Irak führen soll, deutet an, daß der Irak in der Angreiferrolle wäre. Dies ist jedoch im Hinblick auf die dargelegte Strategie gar nicht der Fall, da ja der (präventive) Erstschlag von den Vereinigten Staaten ausgehen würde. Der Irak wird also grundsätzlich als Aggressor gesehen, auch wenn er selbst (im militärstrategischen Sinne) Vergeltung üben würde.

Die moralische Bewertung der Position des Irak resultiert unter anderem aus dem Zerstörungspotential, dem sich die westliche Welt aufgrund der Waffenlager des Irak ausgesetzt sieht und die einen der Gründe für die von den Vereinten Nationen vertretene Sanktionspolitik bilden. So beziehen sich allein zehn der 43 Artikel zum Irak auf diese Waffen und mögliche Angriffe des Irak sowie ihre Folgen.

Der Spiegel beschreibt die möglichen Auswirkungen irakischer Angriffe unter der Überschrift „Arsenal des Todes“:

„Saddams Giftvorräte würden ausreichen, ein Drittel der gesamten Erdbevölkerung zu töten.“⁸²⁴

Die „Welt am Sonntag“ titelt gar „Bakterien – Jetzt baut Saddam Raketen, die bis Europa reichen“ und führt weiter aus:

„Der Irak, der nach Angaben des US-Verteidigungsministers über genug Gifte, Gas und Bakterien verfügt, die Menschheit auszurotten, arbeitet jetzt an Raketen, die die chemischen Waffen bis nach Europa tragen können. ... Ein UNO-Inspekteur äußerte gegenüber WELT AM SONNTAG, die Kontrollen hätten die irakischen Programme zum Bau von Langstreckenraketen lediglich verzögert, nicht aber unterbrochen. Eine Aufhebung der UN-Sanktionen gegen den Irak andererseits würde die Verwirklichung der Raketen-Pläne beschleunigen. ... Dem Bundesnachrichtendienst liegen Informationen darüber vor, daß irakische Wissenschaftler an Studien für Raketen mit einer Reichweite von 3000 Kilometern arbeiten. Mit diesen Trägerwaffen, deren Fertigstellung allerdings noch mehrere Jahre dauern dürfte, könnten

⁸²³ o.A.: Saddam gegen die Supermacht, Der Spiegel 17.11.1997, S. 166-179 (IRAK-S-8): 173

⁸²⁴ o.A.: Arsenal des Todes, Der Spiegel 17.11.1997, S. 173 (IRAK-S-9)

der gesamte Mittlere Osten und wesentliche Teile Europas bedroht werden. Die Entfernung von Bagdad nach Frankfurt beträgt 3450 Kilometer.“⁸²⁵

Diese Darstellung der „Welt am Sonntag“, die – vor allem, was die Zusammensetzung der irakischen Waffen und die Auswirkungen bei deren Anwendung anbelangt – in den anderen Artikeln mit geringen Variationen genauso ausfällt, beinhaltet verschiedene Dimensionen und Implikationen.

Der Verweis auf „Giftvorräte“ und „Bakterien“ deutet an, daß es sich bei den irakischen Waffen um eine besonders heimtückische Gefahr handelt, da beide nicht sichtbar sind und in kleinsten Mengen eingesetzt eine unüberschaubare Anzahl an Toten zur Folge haben können. Wie bereits dargestellt wurde, geht von den Neutronenbomben in israelischem Besitz eine ähnliche Bedrohungskraft aus, doch wird diese nicht negativ bewertet. Es ist also festzuhalten, daß die Existenz von Waffen an sich von der Weltstaatengemeinschaft nicht als Bedrohung aufgefaßt wird, sondern daß es darauf ankommt, in wessen Händen sie sich befinden.⁸²⁶

Die Möglichkeit der Ausrottung der „Erdbevölkerung“/„Menschheit“ unterstellt zunächst ein allgemeines Gefährdungspotential von extremem Ausmaß. Dieser Grad der allgemeinen Gefährdung wird jedoch noch präzisiert. Der Verweis auf Europa und speziell die Entfernungsangabe Bagdad-Frankfurt transformiert diese generelle Bedrohungslage und suggeriert, daß zumindest Süddeutschland sich in einem möglichen „Opferradius“ befindet. Es läßt sich also über die Tatsache, daß Irak Waffen besitzt, die Assoziationskette entwickeln, daß diese Waffen gegen Deutschland gerichtet werden könnten.

Eine abstrakte Bedrohung wird durch die Medien in eine konkrete Bedrohung umgewandelt, wobei in der Berichterstattung keinerlei Hinweise darauf gegeben werden, ob und aus welchen Gründen der Irak überhaupt ein Interesse haben könnte, Deutschland zu bedrohen oder gar anzugreifen. Die „Welt am Sonntag“ schürt mit einem Artikel über die „politischen Fehler im Umgang mit dem Irak“ jedoch noch die Ängste vor Angriffen des Westens durch Saddam Hussein:

„Daß dieser Mann seine angehäuften Massenvernichtungswaffen zielgerichtet und als Teil einer politischen Strategie zur Bedrohung westlicher Staaten einsetzen könnte, wird ausgeblendet. Es ist anachronistisch, daß die Feststellung von US-Verteidigungsminister William Cohen, der Irak habe soviel Tonnen Gift- und Nervengase gehortet, um die gesamte Menschheit zu töten, nicht einmal als Spitzenmeldung in den Nachrichten läuft.“⁸²⁷

⁸²⁵ Inacker, Michael J.: Bakterien – Jetzt baut Saddam Raketen, die bis Europa reichen, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 1 (IRAK-W-9); vergl. auch Feldmann, Achim: Am Abgrund, Welt am Sonntag 23.11.1997, S. 33 (IRAK-W-7), Inacker, Michael J.: Die politischen Fehler im Umgang mit dem Irak, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 9 (IRAK-W-10), Inacker, Michael J.: Irak hat mehr Waffen als angenommen, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 2 (IRAK-W-13), o.A.: Schwert zwischen den Zähnen, Der Spiegel 10.11.1997, S. 160-162 (IRAK-S-5), IRAK-Z-4, Schwelien, Michael: „Fünfzig Millionen tödliche Dosen“, Die Zeit 7.11.1997, S. 2 (IRAK-Z-6), Schwelien, Michael: Die Strategie der kleinen Schritte, Die Zeit 21.11.1997, S. 11 (IRAK-Z-8), Randow, Gero von: Eine neue Spirale des Schreckens, Die Zeit 28.11.1997, S. 49 (IRAK-Z-11)

⁸²⁶ Auf die besondere Bedeutung, die dem Diktator Saddam Hussein bei der Darstellung und Bewertung des Irak zukommt, soll später noch eingegangen werden.

⁸²⁷ IRAK-W-10

Damit wird den Medien, aber auch der Politik vorgeworfen, daß nichts zum Schutz der westlichen Bevölkerung unternommen werde.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Anmerkung, daß bis zur Entwicklung der Trägerwaffen, die bis nach Europa reichen können, noch Jahre vergehen werden.⁸²⁸ Diese Gefahr ist also gar nicht akut, sondern langfristig zu sehen. Die längerfristige zeitliche Perspektive dieses Bedrohungspotentials könnte wiederum auch eine diplomatische Lösung des Konflikts möglich erscheinen lassen. Aber die „Welt am Sonntag“ kritisiert gerade Versuche, eine Annäherung in der Konfrontation durch Verhandlungen zu erreichen:

„... die Vereinten Nationen sind wieder in ‚bosnische‘, in nutzlose Dialoge zurückgefallen.“⁸²⁹

Im Hinblick auf die Vereinigten Staaten wird Verhandlungsbereitschaft sogar explizit als Schwäche gesehen:

„Sicherlich macht der US-Präsident und Oberbefehlshaber Bill Clinton nicht die entschiedene Figur wie seine Vorgänger Reagan oder George Bush. Beide hätten sich wahrscheinlich nicht wie Clinton jetzt – Golfkriegs-Allianz hin oder her – von Saddam Hussein diplomatisch vorführen lassen.“⁸³⁰

Mit der Anspielung auf Bosnien versucht die „Welt am Sonntag“, die Notwendigkeit einer militärischen Intervention zu unterstreichen. Doch wie gerade der Jugoslawien-Konflikt gezeigt hat, lassen sich durch militärische Maßnahmen vielleicht konkrete Kampfhandlungen unterbinden, nicht jedoch die ihnen zugrundeliegenden Konflikte lösen. Und im Fall des Irak finden noch nicht einmal wirkliche Handlungen statt, sondern es werden „lediglich“ immer wieder Drohungen ausgestoßen. Der Verweis darauf, daß der amerikanische Präsident zugleich Oberbefehlshaber des Militärs ist, betont zusätzlich die scheinbare Notwendigkeit, daß Clinton auch als solcher handeln müsse.

Das Waffenpotential der westlichen Mächte und ihrer Verbündeten wird (wie bereits am Beispiel Israel gezeigt wurde) eher unter einer Verteidigungsperspektive dargestellt. „Die Zeit“ erläutert am Beispiel der Vereinigten Staaten, wie die Aufrüstung in diesem als defensiv dargestellten Bereich eine globale Rüstungsspirale in Gang setzt:

„Ein Stufenplan sieht die Einführung der ersten neuen MGM-Bausätze für das kommende Jahr vor und endet im Jahr 2005 mit einem Modell, dessen Reichweite von 495 Kilometern just derjenigen Obergrenze entspricht, die im Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen von 1987 vereinbart wurde. Damit wird ein deutliches Signal gegeben: Das Waffenkonzept erneuert die Drohung, daß sich sehr wohl auch Atomwaffen gegen B- und C-Ziele einsetzen ließen. Aus dem Pentagon ist ohnehin zu hören: Wenn die neomodischen Zünder, Sprengstoffe und Zielführungen nicht funktionieren, müssen es eben Kernwaffen sein. Zu welchem Zweck? Um mit Sicherheit alle Massenvernichtungsmittel auszuschalten? Vor wenigen Tagen erklärten hohe US-Militärs bei einem Pressegespräch: Nein, Schläge aus der Luft können niemals sämtliche Bedrohungen beseitigen. Sie sollen lediglich Regierungen unter Druck setzen, die vollständige Kontrolle von Gefahrpotentialen am Boden zu dulden. Die Formulierung galt dem Irak. CIA-Quellen zufolge droht das B- und C-Waffen-Problem indes aus beinahe zwanzig Län-

⁸²⁸ vergl. IRAK-W-9

⁸²⁹ IRAK-W-5

⁸³⁰ IRAK-W-10

dem, namentlich aus dem Iran. Auch gegen diese Staaten richtet sich Amerikas neue Rüstung. Diese werden ihrerseits wieder militärische Antworten suchen - und die Spirale dreht sich weiter.“⁸³¹

Der Artikel kritisiert deutlich die Auswirkungen der amerikanischen Aufrüstung, unter anderem, weil sie nicht sicherstellen kann, daß die neuen Waffen ausreichen, um sämtliche Bedrohungen zu beseitigen.

Interessant ist für die Betrachtung der Rolle des Irak im internationalen System, daß das amerikanische Waffenpotential nicht unter einer möglichen Perspektive des Angriffs seitens der Vereinigten Staaten betrachtet wird. Lediglich implizit wird die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten deutlich:

„Der Verteidigungsminister Cohen meint auch, daß ‚eine Reihe potentieller Gegner‘ glaube, bakterielle und Giftgaswaffen seien ‚angesichts unserer militärischen Überlegenheit ihr einzig wirksames Mittel, um es mit Amerika aufnehmen zu können ... Wir können nicht zulassen, daß Verwundbarkeit durch Angriffe mit chemischen und biologischen Waffen unsere Achilles-Ferse wird‘.“⁸³²

Sicherlich ist ein Erstschlag durch die Vereinigten Staaten, der nicht als Intervention aufgrund politischer Zuspitzungen erfolgt, bei der heutigen internationalen Konstellation undenkbar. Doch wird auch die Möglichkeit der Durchsetzung politischer Interessen mit (Kern)Waffengewalt durch die Amerikaner nicht direkt kritisiert. Die Entwicklung von Giftgas durch Mächte wie den Irak wird seitens der Vereinigten Staaten als eines der wenigen Mittel zu einer militärischen Konfrontation, die nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, gesehen. Damit trägt wiederum die amerikanische Aufrüstungspolitik dazu bei, Gegner wie den Irak zu weiteren Rüstungsprogrammen anzuspornen.

Im Rahmen der internationalen Beziehungen wird den Vereinigten Staaten Vertrauen entgegengebracht und keine Wahrscheinlichkeit gesehen, daß die amerikanischen Waffen gegen die westliche Welt gerichtet werden könnten. Die Möglichkeit, die Waffen gegen Staaten wie den Irak zu richten, erscheint aus westlicher Perspektive ohnehin nicht negativ besetzt zu sein. Die Definition von Bedrohungslagen hängt also eng mit der Einschätzung der politischen Akteure zusammen und damit, wer als Gegner gesehen wird und wer als Verbündeter. Bedrohung resultiert damit nicht aus dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, sondern aus Deutungen im politischen Diskurs, wie und gegen wen diese Waffen eingesetzt werden könnten.

„Der Spiegel“ läßt in einem Interview den Historiker Efraim Karsh zu Wort kommen, der davon ausgeht, daß Saddam Hussein sein Waffenarsenal aus strategischen Erwägungen nicht gegen den Westen richten würde:

„Er weiß, daß er solche Waffen anwenden kann gegen Leute, um deren Schicksal sich niemand kümmert. Aber er weiß natürlich, daß er Giftgas niemals gegen Amerika, gegen Israel oder Saudi-Arabien

⁸³¹ IRAK-Z-11

⁸³² Lewis, Flora: Was tun mit der Macht?, Die Zeit 26.12.1997, S. 3 (IRAK-Z-14)

einsetzen könnte, ohne sich einem Schlag auszusetzen, möglicherweise sogar einer nuklearen Vergeltung. Und deshalb war er stets vorsichtig, sogar während des Golfkriegs.⁸³³

Diese Sichtweise zeigt, daß die Vereinten Nationen und besonders die Vereinigten Staaten bei ihrer Einschätzung der Bedrohungslage nicht alle Deutungsmöglichkeiten in Betracht ziehen, sondern eher von einem Szenario ausgehen, das den eigenen strategischen Interessen entspricht. Da das irakische Bedrohungspotential relativ für sich steht und nur wenige Informationen darüber gegeben werden, über welche Waffenarsenale die westlichen Staaten verfügen (und vor allem welche Opferzahlen ihr Einsatz mit sich bringen würde), wird aus dem Irak ein einzigartiger Fall. Die Bedeutung sowie die Auswirkungen dieser Perspektive der Einzigartigkeit im Hinblick auf die historische Verortung der gegenwärtigen Konfrontationslage werden später noch zu prüfen sein. Zunächst sollen jedoch die innere Dynamik der Konfrontation zwischen den Vereinten Nationen und Irak und die Rollen der einzelnen Akteure dargestellt werden.

Die Darstellung des Konflikts ist geprägt von einer Dynamik der Zuspitzung. So schreibt der „Spiegel“, „der Nervenkrieg droht zu eskalieren“⁸³⁴, und die „Welt am Sonntag“ titelt mit „Am Abgrund“⁸³⁵. Die Wortwahl impliziert, daß der Konflikt sich in eine Richtung steigert. Daraus folgt, daß, wenn (durch die westlichen Staaten) der (so dargestellten) geradlinigen Entwicklung nichts entgegengesetzt wird, ein Sturz in den Abgrund droht beziehungsweise die endgültige Eskalation. Symbole eines Katastrophenszenarios suggerieren also akuten Handlungsbedarf.

Die tatsächliche Dynamik des Konflikts ist jedoch wesentlich differenzierter, was in einigen Zeitungsartikeln auch zum Ausdruck kommt. Es zeigt sich nämlich, daß eine Kraftprobe zwischen den Akteuren stattfindet, in der zwischenzeitlich jeweils eine Seite kurzfristig die Oberhand zu gewinnen scheint. Zeitweise dominieren die Vereinigten Staaten in der Rolle des Drohenden:

„Die Kraftprobe zwischen Irak und Washington steuert auf eine Entscheidung ... zu. Dann kommt der Konflikt um die UNO-Waffeninspektoren vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. US-Präsident Clinton erklärte, es dürfe in der jetzigen Situation keine Option – also auch nicht eine militärische – ausgeschlossen werden, um Irak zu zwingen, die UNO-Kontrollen seiner Rüstungsfabriken weiterhin zuzulassen. US-Verteidigungsminister William Cohen warnte den Irak vor Angriffen auf den Aufklärer U-2: ‚Das wäre ein sehr großer Fehler.‘“⁸³⁶

Diese offensive Haltung wird jedoch schon eine Woche später durch eine zögerliche Haltung der Vereinten Nationen abgelöst:

„Clinton verfügt weder über eine arabische Koalition noch über die Mittel und den nationalen Konsens, um eine zweite wirksame Militäraktion gegen Saddam Hussein zu unternehmen. Die UN und die eigenen Verbündeten verweigern ihm den Rückhalt. Die Zeiten haben sich zum Nachteil der Weltmacht geändert. ... Auf den irakischen Punkt gebracht, bedeutet die Lähmung der amerikanischen Politik, daß

⁸³³ o.A.: „Mehr Stalin als Hitler“, Der Spiegel 10.11.1997, S. 164-165 (IRAK-S-6): 165

⁸³⁴ IRAK-S-5: 160

⁸³⁵ IRAK-W-7

⁸³⁶ IRAK-W-3

Saddam Hussein sein gefährliches Potential an biologischen und chemischen Waffen und immer weiter reichenden Trägersystemen ungehindert ausbauen kann.⁸³⁷

Die Akteure, die die Oberhand im Konflikt gewinnen, wechseln also. Der Irak agiert allerdings aus einer Position der Defensive heraus, da er trotz einer Steigerung der Drohungen vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten weiterhin den Sanktionen der Vereinten Nationen ausgesetzt ist und somit seine Lage nicht objektiv verbessern kann.

Diese strukturelle Unterlegenheit des Irak zeigt sich deutlich, wenn man die Strukturen des Drohungsszenarios näher betrachtet:

„... der international geächtete Gewaltmensch Saddam glaubt, in der Konfrontation nur gewinnen zu können.“⁸³⁸

„Mit einem diplomatischen Coup kehrte Rußland auf die nahöstliche Bühne zurück: Moskau stützt Saddam Hussein – und machte ihn zum Punksieger gegen die USA.“⁸³⁹

Es zeigt sich also, daß sich die jeweiligen Positionen, die die Konfliktparteien einnehmen, im Verlauf des Konflikts von Zeit zu Zeit ändern. Der vom „Spiegel“ verwendete Begriff „Punksieger“ macht deutlich, daß der Konflikt sich nicht einfach in eine Richtung bewegt, da keine der Parteien genügend „Punkte“ sammeln kann, um „zu gewinnen“ und damit ein Ende der Auseinandersetzung herbeizuführen. Der Irak fordert eine Aufhebung der Sanktionen, während die Vereinten Nationen auf der Vernichtung der irakischen Waffen bestehen. Da der Irak jedoch eine völlige militärische Schwächung, wie sie die Vereinten Nationen vorsehen, nicht akzeptieren kann, und die Vereinten Nationen auf der anderen Seite das immense Waffenpotential in den Händen des Diktators nicht dulden können, zeichnen sich keine tragfähigen Kompromißlösungen ab.

Saddam Hussein agiert aus einer Position der Defensive, auch wenn seine Haltung bisweilen durch die Bedrohungslage, die er hervorruft, offensiv erscheint:

„Vorausgesetzt, er überlebt – was hat er denn schon zu verlieren? Er wird den Agriff wieder dazu benutzen, sein Volk um sich zu sammeln und den Irak als Opfer einer Aggression darzustellen. Saddam denkt innenpolitisch, und da hat er schon jetzt gewonnen – er hat den Haß seiner manipulierten Bevölkerung gegen den Westen gerichtet. Was ihm jetzt noch fehlt, sind ein paar tote Zivilisten, ‚Märtyrer‘.“⁸⁴⁰

Aufgrund der weltpolitischen Beziehungen hätte der Diktator kaum eine Möglichkeit, seine Interessen durchzusetzen.

Die Konfrontation mit den Vereinigten Staaten hat aufgrund der vorherrschenden internationalen Machtkonstellation sogar etwas Absurdes an sich:

⁸³⁷ Kremp, Herbert: Im Irak steht die Pax americana auf dem Spiel, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 9 (IRAK-W-5)

⁸³⁸ IRAK-S-8: 166

⁸³⁹ o.A.: Knüppel aus der Hand, Der Spiegel 24.11.1997, S. 194-195 (IRAK-S-12): 194

⁸⁴⁰ IRAK-S-6: 165

„Ein im Grunde absurdes und auch gänzlich ungleiches Duell. Und doch ein Zweikampf, bei dem Saddam schon gewinnt, wenn er nur einfach überlebt.“⁸⁴¹

Im Rahmen der internationalen Beziehungen kann er also, solange ihm keine Möglichkeit gegeben wird, sein Gesicht zu wahren, nicht gewinnen. Die daraus resultierende Konzentration auf die innenpolitischen Strukturen des Irak ermöglicht es dem Diktator hingegen, zumindest im eigenen Land seine Machtposition zu stärken.

Die strukturelle Unterlegenheit des Irak in dem Konflikt führt auch dazu, daß andere arabische Staaten den Eindruck einer Bestrafungsaktion haben:

„Daß Amerikas politische Führung zuweilen den Eindruck erweckt, sie habe es persönlich auf Saddam abgesehen, ist für den Möchtegern-Saladin am Tigris eine willkommene Aufwertung. Er ahnt, daß der Rest der Welt des immer wieder aufflammenden Konflikts überdrüssig wird, daß vor allem die arabischen Bruderländer in seiner Bestrafung sinnlose Rachsucht sehen. Tatsächlich kann Washingtons Fixierung auf den Bösewicht Saddam den Eindruck erwecken, die USA wollten mit Verspätung nachholen, was sie im Golfkrieg versäumten: den Sturz des Diktators. Saddam gegen die Supermacht USA, einer gegen alle – das Duell stachelt den Despoten erst richtig an, gibt ihm eine weltpolitische Bedeutung, die der Outlaw sonst niemals hätte, trotz seiner Giftgasvorräte und seiner wohldokumentierten Greuelthaten.“⁸⁴²

Sehr kritisch zu sehen ist die Bemerkung, daß der Diktator trotz der von ihm begangenen Greuelthaten nicht die Rolle verdiene, die ihm in dem Konflikt zugewiesen wird. Diese Aussage verdeutlicht, daß für die Weltstaatengemeinschaft anscheinend die Menschenrechtsverletzungen, die im Irak seit jeher begangen werden, keine Rolle spielen. Wenn aber Menschenrechte in der Auseinandersetzung keine Rolle spielen und es auch unwahrscheinlich ist, daß der Diktator seine Waffen gegen den Westen richten wird, so stellt sich die Frage, wie sich die Interventionspolitik der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten im besonderen überhaupt rechtfertigen läßt.⁸⁴³

Die Unmöglichkeit eines Kompromisses steht auch in einem Verhältnis zur Darstellung des Diktators Saddam Hussein. Sowohl im politischen als auch im medialen Diskurs wird Hussein zum Feindbild der westlichen Welt, so daß eine Auseinandersetzung mit ihm oder gar ein Einlenken seitens der Vereinten Nationen unmöglich erscheint. Saddam Hussein wird als „Inbegriff des Bösen“⁸⁴⁴, „skrupelloser Hasardeur“⁸⁴⁵ und „Diktator von Bagdad“⁸⁴⁶ bezeichnet. „Die Zeit“ beschreibt das sehr komplexe Feindbild wie folgt:

„Saddam Hussein ist nicht nur aus amerikanischer Sicht weitaus mehr als ein skrupelloser Diktator. In einer Zeit schwindender Feindbilder verkörpert Saddam das Böse schlechthin, ist er wie kein zweiter der Medienstar des Armageddon, ein Hitler des Orients, der die Werte des Westens insgesamt herausfordert, weit über seine reale Bedrohung hinaus. Jede Krise, die er auslöst, elektrisiert die Welt und verschafft CNN höhere Einschaltquoten. Im Umgang mit diesem Scharlatan scheint nicht Diplomatie gefragt, sondern grimmige Entschlossenheit. Starke Sprüche amerikanischer Politiker und kriegsgerische

⁸⁴¹ IRAK-S-8: 167

⁸⁴² IRAK-S-8: 169

⁸⁴³ Auf die Frage der im Konflikt mit Irak vertretenen Strategie sowie die Interessen, die einzelne Staaten in der Konfrontation vertreten, wird noch zurückzukommen sein.

⁸⁴⁴ o.A.: Spion, der aus dem Feuer kam, Der Spiegel 28.7.1997, S. 116-118 (IRAK-S-2): 116

⁸⁴⁵ IRAK-S-5: 160

⁸⁴⁶ Bertram, Christoph: Im Banne Saddams, Die Zeit 14.11.1997, S. 1 (IRAK-Z-7)

Schlagzeilen europäischer Boulevardblätter appellieren im Westen an kollektive Instinkte: wir, die Guten, gegen ihn, das Böse. Feindbilder, die auf diese Weise projiziert werden, führen längst ihr Eigenleben und legitimieren politische Machtansprüche - im Westen wie im Irak.⁸⁴⁷

Hussein wird als „das Böse schlechthin“ bezeichnet. Eine solche Charakterisierung deutet nicht nur eine Einmaligkeit an, sondern sie reduziert die bestehende Konfliktlage zugleich auf eine Person und blendet die historisch gewachsene Position des Irak im internationalen Geflecht aus.⁸⁴⁸

Die Charakterisierung Saddam Husseins läßt sich aber auch als Ausdruck von Angstphantasien interpretieren:

„Er erregt Grauen und wird deshalb zum Gegenstand grauenerregender Geschichten gemacht. Die Menschen versuchten auf vielfältige, mitunter irrationale Weise der Angst Herr zu werden, die diese Gestalt in ihnen auslöste ...“⁸⁴⁹

Auf den Verweis auf die Legitimierung von Machtansprüchen durch Feindbilder, den „Die Zeit“ macht, wird noch zurückzukommen sein.

„Der Spiegel“ relativiert die Einzigartigkeit Saddam Husseins. In einem Interview antwortet der Hussein-Biograph Efraim Karsh auf die Frage, ob die Brutalität, mit der der Diktator vorgehe, ein pathologischer Defekt sei oder ein Mittel, um kalkuliert die eigene Herrschaft abzusichern, wie folgt:

„Beides. Er ist Paranoiker, aber er hat auch gute Gründe, Paranoiker zu sein. Der Irak war niemals demokratisch und hat eine lange Geschichte politischer Gewalt, die sich immer auch gegen die eigenen Herrscher gerichtet hat. Wenn er nicht Paranoiker wäre, hätte er nicht so lange überlebt. Man hat ihm Größenwahn und Irrsinn vorgeworfen, aber in Wirklichkeit ist Saddam einem konsequenten Verhaltensmuster gefolgt, von seinem Aufstieg aus obskurer ländlicher Herkunft bis zu seinem Auftreten in der internationalen Politik. Er ist das Produkt eines gnadenlosen politischen Systems.“⁸⁵⁰

Hier werden Bezüge zwischen dem Diktator und der Geschichte und Entwicklung des Irak hergestellt. Die Brutalität Saddam Husseins wird somit analysierbar als Folge der irakischen Strukturen. Dies bedeutet, daß eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Konfliktlage die politisch-historische Dimension des Irak nicht ausblenden darf. Die Verkürzung des Konflikts auf die Bedrohung durch einen einzigartigen, brutalen Diktator verschleiert Hintergründe und erlaubt es gleichzeitig den westlichen Konfliktparteien, gestützt durch das Feindbild eigene Strategien zu verfolgen. Bevor jedoch auf die Strategien und Interessenlagen, die von den Vereinten Nationen und den einzelnen westlichen Ländern vertreten werden, eingegangen wird, soll zunächst ein Blick auf die Innenperspektive des Irak, so, wie sie in den Medien dargestellt wird, und die Bedeutung des Islam in dem vorherrschenden Konflikt eingegangen werden.

⁸⁴⁷ IRAK-Z-4

⁸⁴⁸ Die Bezeichnung Diktator beinhaltet eine mögliche Divergenz zwischen den Interessen und der Haltung des irakischen Volkes und dem Wirken Saddam Husseins. Im Zuge der Feindbild-Darstellung wird jedoch auf die innere Lage des Irak nicht eingegangen. Das Feindbild setzt den Diktator und die Bevölkerung, über die er herrscht, zunächst gleich, indem keine Differenzierung vorgenommen wird.

⁸⁴⁹ Lerch, Wolfgang Günter (1991): Kein Frieden für Allahs Völker. Die Kriege am Golf – Geschichte, Gestalten, Folgen, Frankfurt 1991: 99

⁸⁵⁰ IRAK-S-6: 165

Das Leben der irakischen Bevölkerung wird in den Medien nur selten beschrieben. „Die Zeit“ liefert einen Einblick in die Folgen, die die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen für das irakische Alltagsleben haben:

„Das Ölembargo und die Handelssanktionen bewirkten den weitgehenden Zusammenbruch der irakischen Volkswirtschaft. Der Mangel an Medikamenten, medizinischer Versorgung und Nahrungsmitteln wurde für die Bevölkerung zur Katastrophe. Nach Angaben der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) sind seit Februar 1991 jährlich 110.000 irakische Kinder an den Folgen von Unterernährung und fehlender medizinischer Versorgung gestorben - insgesamt etwa 700.000 Kinder. Jeder fünfte der 18 Millionen Iraker ist unterernährt. Die in den letzten Jahren hundertfach gestiegenen Preise haben die Mittelschicht ruiniert.“⁸⁵¹

Es zeigt sich, daß die irakische Bevölkerung von der Politik der Vereinten Nationen in großem Maße betroffen ist.

Die Leiden werden zwar indirekt durch die unnachgiebige Haltung Saddam Husseins hervorgerufen, da ja eine militärische Abrüstung des Irak die Sanktionen beenden könnte. Diese Kausalität wird jedoch seitens der irakischen Bevölkerung nicht wahrgenommen:

Die irakische Bevölkerung lebt zwischen dem Hammer der Diktatur Saddam Husseins und dem Amboß des UN-Embargos. In dieser Situation scharen die Iraker sich um ihren Führer, der immerhin Würde und Ehre verspricht. Mag sein, daß die amerikanische Regierung ernsthaft erwartet, mit Hilfe der Sanktionen Saddam zu stürzen. Allein, wie soll das geschehen, wenn man aus der Praxis weiß: Wer hungert, revoltiert nicht. Für die langfristige Entwicklung des Irak noch wichtiger dürfte die öffentliche Wahrnehmung im Land sein, die genährt wird durch die allgegenwärtige Propaganda. Für die meisten Iraker sind Demokratie und Sanktionen, Freiheit und Demütigung längst austauschbare Begriffe geworden - mithin keine Ideale, für die man unnützerweise sein Leben riskiert.“⁸⁵²

Die Politik der Vereinten Nationen im allgemeinen und verschiedener westlicher Staaten im besonderen hat, wie noch zu zeigen sein wird, nicht die dauerhafte Verbesserung der Situation im Irak zum Ziel.

Der irakische Diktator macht denn auch den Westen und besonders die Vereinigten Staaten für das Elend der Bevölkerung im Irak verantwortlich:

„Der Irak warf den USA vor, Washington verzögere Transporte lebenswichtiger Waren. Speiseöl, Seife, Linsen, Salz und Tee müßten deshalb ab Dezember rationiert werden. Ein Sprecher Saddams sagte, durch seine Politik trage Washington Mitverantwortung für den Tod von mehr als 1,25 Millionen Kindern, Alten und Frauen seit Beginn des UNO-Embargos.“⁸⁵³

Die Schuldzuweisung in Richtung der Vereinigten Staaten verstärkt den Eindruck eines Zweikampfes, da die Rolle der Vereinten Nationen, die ja gemeinsam das Embargo beschlossen haben, ausgeblendet wird. Für Saddam Hussein sind die Sanktionen zudem ein geeignetes Mittel, um

⁸⁵¹ IRAK-Z-4

⁸⁵² IRAK-Z-4

⁸⁵³ o.A.: Die UNO vermutet in Saddams 77 Palästen Gift und Gas, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 5 (IRAK-W-11)

seine eigene Position abzusichern, da das irakische Volk so in eine Märtyrerhaltung manövriert wird und die Gegnerschaft zum Westen verstärkt wird.

Die Haltung der westlichen Staaten wird von der irakischen Bevölkerung als Demütigung erfahren, so daß sie ihre Loyalität auf den Diktator richtet:

„Die Stille Hoffnung Washingtons, die Sanktionen und die dadurch verursachten Leiden würden eine Massenrebellion auslösen, erfüllte sich nicht. Statt dessen wuchs die Erbitterung über die von Bagdads Propaganda als ‚arrogante Cowboys‘ geschmähten USA. Saddam nutzte die Stimmung zu Sticheleien und handfesten Provokationen. So zeigte er gegen das ‚amerikanische Monster‘ Standfestigkeit und rettete in den Augen des darbenden Volkes wenigstens die Ehre.“⁸⁵⁴

Ein Aufbegehren ist auch im Hinblick auf die Machtstrukturen im Irak, die noch darzustellen sind, unwahrscheinlich. Doch selbst, wenn die irakische Bevölkerung sich Hussein entgegenstellen würde, wäre eine Annäherung an die Vereinten Nationen unwahrscheinlich, da diese den Irakern aufgrund ihrer durch Unkenntnis und Unverständnis geprägten Haltung kaum Ansatzpunkte für eine (politische) Kooperation bieten können.

Für die Lebenszusammenhänge der irakischen Bevölkerung fehlt den westlichen politischen Akteuren eine Basis des Verstehens. In diesem Zusammenhang ist auf den Flug von irakischen Pilgern nach Saudi-Arabien zu verweisen, der im UN-Sicherheitsrat kontroverse Diskussionen zur Folge hatte:

„Die Regierung in Bagdad hatte ... rund hundert ältere und kranke Pilger mit dem Flugzeug nach Saudi-Arabien geschickt und damit offenbar das 1990 von den Vereinten Nationen gegen Irak verhängte Flugverbot verletzt. ... Irak besteht darauf, daß der Flug der Pilger nach Mekka rein humanitären Charakter hatte und damit nicht gegen die Resolution 670 verstieß.“⁸⁵⁵

Auf Seiten der Vereinten Nationen scheint die Bedeutung der Pilgerreise für die irakischen Muslime nicht gesehen zu werden, oder aber die Kritik an dem Flug soll sich vielleicht gar direkt gegen die irakische Bevölkerung richten. Gleich, welche Motivation in diesem speziellen Fall seitens der Vereinten Nationen den Ausschlag gibt, im Endeffekt führt die Betrachtungsperspektive der Vereinten Nationen zu einer weiteren Polarisierung zwischen dem Irak und den westlichen Staaten beziehungsweise sogar zu einer prinzipiellen Konfrontation von Islam und westlicher Welt. Auf diese Weise wird dem Diktator Hussein die Möglichkeit gegeben, den Islam für seine eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Und selbst, wenn dies nicht der Fall ist, kann die irakische Bevölkerung den Eindruck haben, daß sich die Sanktionen auch gegen den Islam richten. In beiden Fällen wird so eine innerirakische beziehungsweise innerislamische Solidarität gegen den Westen gestärkt.

⁸⁵⁴ IRAK-S-8: 178

⁸⁵⁵ IRAK-W-1

Im Gegensatz zum zweiten Golfkrieg, als Saddam Hussein sich bewußt in seiner Machtstrategie auf den Islam bezog, tauchen religiöse Anspielungen im Konflikt des Jahres 1997 eher sporadisch und am Rande auf. So äußerte Hussein laut „Spiegel“ in einer Rede an das irakische Volk:

„Die Regierung in Washington ... verfolgt mit allen Mitteln das Ziel, militärisch gegen uns vorzugehen. Wollen die Amerikaner eine solche Konfrontation, so werden wir ihr nicht aus dem Weg gehen, und Gott wird auf der Seite der Gerechten stehen.“⁸⁵⁶

Der religiöse Verweis erscheint hier zwar nur als Randbemerkung, doch muß man sich darüber im klaren sein, daß die Äußerung im Kontext globaler Differenzen zwischen islamischer und westlicher Welt gemacht wird, so daß historisch verortete Beziehungs- und Deutungssysteme mobilisiert werden können.

Einen weiteren Hinweis auf die unterschwellig wirkende Bedeutung des Islam in dem Konflikt gibt die Haltung der arabischen Welt, die anscheinend Angst hat vor einer Mobilisierung der islamistischen Bewegungen in den eigenen Ländern, wenn sie Sanktionen oder militärische Maßnahmen gegen den Irak befürwortet:

„Damals wie auch in der vergangenen Woche zeigte die arabische Welt für Straffaktionen gegen Irak kein Verständnis, zumindest offiziell. Weder Saudi-Arabien, das immer noch vor Saddam zittert, noch Ägypten oder Jordanien, denen eine Schwächung des unberechenbaren Despoten insgeheim noch am ehesten gelegen kommt, unterstützen einen Militärschlag. Die arabischen Staatschefs wollen der islamistischen Opposition im eigenen Land keinen Vorwand für die Mobilisierung der Massen geben.“⁸⁵⁷

Es kommt also nicht nur darauf an, daß der Politik- oder Mediendiskurs Bezüge zum Islam knüpfen, sondern alleine die Deutungszusammenhänge, die die Konfliktparteien mobilisieren können, schaffen eine Verknüpfung des Konflikts mit dem Islam.

Vom Grundsatz her hatte die Baath-Partei immer eine Erneuerung der arabischen Welt ohne direkten Rückgriff auf den Islam angestrebt.⁸⁵⁸ Der Islam ist im Irak zwar Staatsreligion, doch besteht eine grundsätzliche Trennung von religiöser und politischer Sphäre. Zwischen der Staatsführung und den religiösen Bewegungen kam es teils sogar zu starken Konflikten. Die schiitische Geistlichkeit setzte sich verstärkt damit auseinander, daß der Islam als geistige Grundlage des Lebens immer mehr an Bedeutung verlor und suchte nach Möglichkeiten zur Revitalisierung des Islam. Diese Bestrebungen wurden vom Baath-Regime in keiner Weise gebilligt. So wurden die schiitischen Oppositionsgruppen unter Druck gesetzt und teils sogar durch Hinrichtungen eingeschüchtert.⁸⁵⁹

⁸⁵⁶ o.A.: „Koste es, was es wolle“, Der Spiegel 17.11.1997, S. 170 (IRAK-S-10): 170

⁸⁵⁷ IRAK-S-5: 161

⁸⁵⁸ vergl. Mattes, Hanspeter (1993): Der antiislamistische Kurs der arabischen Staatsführungen, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1993, S. 212-217: 212

⁸⁵⁹ vergl. Farouk-Sluglett, Marion / Sluglett, Peter (1987): Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt 1991: 208f

Ein Blick auf den arabischen Nationalismus, den auch die Baath-Partei propagierte, zeigt, daß die nationalistische Bewegung einen Laizismus vertrat, der allerdings in der Bevölkerung noch nicht fest verankert war:

„Aber die Logik der historischen Situationen geht ... in die entgegengesetzte Richtung. Die Geschichte gewährte vor den neuen Krisen nicht die notwendige Zeit zu einer ausreichend tiefen Laisierung, begleitet von einer langen und intensiven Integration der Konfessionen. Erinnern wir uns, welcher Zeit ... es in Europa bedurfte, um dies zu erreichen.“⁸⁶⁰

Die religiösen Bezüge der Bevölkerung blieben weitgehend von großer Bedeutung und wurden in Krisenzeiten entsprechend wieder verstärkt artikuliert.

Unter dem Eindruck einer zunehmenden Reislamisierung der Bevölkerung versuchte die Baath-Partei allerdings, ihr Verhältnis zum Islam zu stärken.⁸⁶¹ Saddam Hussein erkannte, daß ein Bezug zum Islam seine Legitimationsbasis in der arabischen Welt verstärken konnte:

„Der Irak war in erster Linie ein säkularistischer Staat, in dem Saddam darüber hinaus vor und während des Krieges gegen den Iran alle islamischen politischen Bewegungen unterdrückt hatte. Aber nunmehr wandte er sich zunehmend der Beschwörung der ruhmreichen islamischen Vergangenheit des Irak zu. Die publizistisch gründlich ausgeschlachtete Pilgerfahrt nach Mekka und die Fälschung eines Stammbaums, der seine Abstammung von dem Propheten beweisen sollte, gehörten zu den Taktiken, die er anwandte, um sich als islamischen Führer darzustellen und seine Legitimität zu stärken. Die Revolution im Iran und die Bewegungen, die sich in der übrigen islamischen Welt von ihr inspirieren ließen, zeigten Saddam die Vorteile, die zu gewinnen waren, wenn er die Religion vor seinen Wagen spannte. Die Anstrengungen, die er unternahm, seine Familie mit dem Haus des Propheten in Verbindung zu bringen, sollten sich an die Schiiten wenden, die das Prinzip der Erblichkeit des Islam respektierten. Die Rhetorik, die er nach dem Einmarsch in Kuwait verwandte, war eher diejenige des Islam als die des säkularistischen antiimperialistischen Kampfes. Der Befreiungskrieg sollte nun zum heiligen Krieg werden.“⁸⁶²

Indem der Diktator sein eigenes Machtkalkül mit dem Islam in Verbindung bringt, kann er sich der Unterstützung anderer islamischer Staaten versichern. Aufgrund der zum großen Teil angespannten Beziehungen zwischen islamischen Staaten und der westlichen Welt kann Hussein damit eine Konfrontation, in die der Irak verwickelt ist, als einen internationalen Kampf gegen den Islam darstellen.

Auch innenpolitisch ist der Islambezug für den Diktator von Vorteil. Die Bevölkerung des Irak besteht zu 51 Prozent aus Schiiten und zu 45 Prozent aus Sunniten. Hussein selbst gehört der sunnitischen Minderheit an.⁸⁶³ Bathke geht davon aus, daß sich in der Krise vor und nach dem zweiten Golfkrieg unter anderem Wertekonflikte auf der innerstaatlichen Ebene zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen im Irak manifestiert hätten. Außerdem umfasse die Krise eine ethisch-kulturelle weltweite Dimension, nämlich den Konflikt zwischen abendländischen und

⁸⁶⁰ Rodinson, Maxime (1979): Die Araber, Frankfurt 1981: 39

⁸⁶¹ vergl. Koszinowski, Thomas (1994): Irak, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 71-84: 73ff

⁸⁶² Bulloch / Morris (1991): 123

⁸⁶³ vergl. Krech (1996): 33f

morgenländischen Werten.⁸⁶⁴ Indem Saddam Hussein die internationale Ebene des Konflikts überbetont und islamisiert, erreicht er eine Überlagerung der innerirakischen Konflikte. Der äußere Feind (Vereinte Nationen, Vereinigte Staaten) wird bedeutsamer als der innere Feind (Saddam Hussein), und somit stärkt der Diktator seine Macht.

Aus westlicher Sicht werden in den Zeitungsartikeln des Jahres 1997 nur zwei Anspielungen auf den Islam im Irak gemacht. So berichtet der „Spiegel“ über einen Spion im Auswärtigen Amt, der während des zweiten Golfkrieges für den Irak spionierte. Der zum Islam konvertierte Jürgen Gietler wird als „Muslim im gehobenen Dienst“⁸⁶⁵ bezeichnet. Die mediale Verknüpfung des Glaubensbekenntnisses mit der Spionagetätigkeit legt die Assoziationskette nahe, daß Muslime den westlichen und hier speziell den deutschen Interessen schaden. Der Einzelfall kann somit die Wahrnehmungsperspektive des Islam negativ beeinflussen.

In einem anderen Artikel erfolgt der Bezug auf den Islam durch den Westen nur implizit. So zitiert die „Welt am Sonntag“ wie folgt:

„Wegen Saddam, kommentierte die ‚New York Times‘, habe ‚Gott die Cruise Missile‘ erfunden.“⁸⁶⁶

Da das Oppositionspaar Christentum-Islam nicht zuletzt aufgrund des vom Irak inszenierten Islam-Diskurses während des zweiten Golfkrieges bei der Anspielung auf Gott mitschwingt, beinhaltet die Aussage eine mögliche Konfrontation auf religiöser Ebene.

Zusammenfassend läßt sich im Hinblick auf die Darstellung des Islam sagen, daß er in der Berichterstattung über den Irak kaum erwähnt wird. Da die wenigen Bezüge jedoch nicht im a-historischen Raum erfolgen, ist zu berücksichtigen, daß auch frühere Einschätzungen des Islam beziehungsweise eine generell vorhandene Haltung der westlichen Welt gegenüber dem Islam durch Anspielungen wieder mobilisiert werden können. Außerdem werden durch Assoziationsketten die vom Irak ausgehenden Bedrohungen zum Islam in eine Beziehung gesetzt, so daß der Eindruck Islam gleich Bedrohung mitschwingen kann, wenn der Islam – auch außerhalb des dargestellten Bedrohungsszenarios – erwähnt wird.

Die Komplexität der Wirkung des Islam oder islamischer Bewegungen in arabischen Ländern zeigt „Die Zeit“ mit einem allgemeinen Artikel zur Problematik:

„Für Europäer ist es häufig schwer zu verstehen, warum sich politische Unzufriedenheit in arabischen Ländern immer wieder islamisch-fundamentalistisch äußert, sich gar in Terror entlädt. Der Grund ist die mangelnde Demokratie und fehlende Gewaltenteilung in sämtlichen nahöstlichen Staaten - mit Ausnahme Israels. Arabische Politik ist in erster Linie Patronage- und Klientelpolitik. Das Spektrum reicht von einer entwicklungsorientierten Autokratie wie in Jordanien bis hin zu offenen Diktaturen in Libyen oder im Irak. Parlamentarismus ist weitgehend unbekannt oder nur Fassade, politische Opposition wird

⁸⁶⁴ vergl. Bathke, Peter (1991): Internationale und regionale Wirkungen des zweiten Golfkrieges, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, André (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 73-91: 78f

⁸⁶⁵ o.A.: Saddams Mann in Bonn, Der Spiegel 17.11.1997, S. 22-24 (IRAK-S-7): 22

⁸⁶⁶ IRAK-W-7

beargwöhnt oder verfolgt. Das einzige Ventil für politische Enttäuschung bietet, zumindest zeitweise, die Religion: Die meisten Regime wagen nicht, gegen islamisch gefärbte Bewegungen vorzugehen, weil die Bevölkerung mehrheitlich tief religiös ist. Algerien ist eine Ausnahme, weil die Islamisten, hätte dort nicht 1991 das Militär geputscht, die Macht übernommen hätten. Ansonsten bevorzugen arabische Herrscher eine andere Strategie: Sie inszenieren sich selber als ‚Hüter des Islam‘. So verstand jeder Araber Saddams Wort von der ‚Mutter der Schlachten‘, die der Golfkrieg 1990/91 angeblich war, in genau dem massenwirksamen Sinn, wie er vom irakischen Diktator gemeint war: als Anspielung auf die ‚Mutter der Bücher‘, den Koran.⁸⁶⁷

Dieser Einblick in Zusammenhänge der islamischen Welt verdeutlicht, wie der Islam von Herrschenden wie Saddam Hussein für ihre eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert werden kann. Außerdem zeigt er, daß die politische Struktur arabischer Staaten sich häufig auf Klientel-systeme beschränkt und keine zivilgesellschaftlich-demokratischen Bedingungen gegeben sind, die ein Gegengewicht zur religiösen Sphäre bilden könnten.

Ein Blick auf die Machtstrukturen innerhalb des Irak zeigt, daß das Vorgehen Saddam Husseins im internationalen Kontext eine Fortsetzung seiner Innenperspektive darstellt:

„Saddam betrachtet die Welt als eine brutale, feindliche Landschaft, in der nur der Wille zur Selbsterhaltung zählt ... jeder im Krieg gegen jeden. Daraus resultiert eine alles beherrschende Unsicherheit. Niemandem darfst du trauen, greif an, bevor du angegriffen wirst, morde, um zu überleben. Er hat ein einziges Ziel: an der Macht zu bleiben. Seit 1979 hat sich Saddam beinahe 20 Jahre an der Spitze halten können, was im Irak beachtlich ist. Von den Realitäten der internationalen Politik hat er sich dagegen weiter entfernt.“⁸⁶⁸

Die Handlungen des Diktators, die im Zusammenhang mit der Darstellung der Bedrohung, die vom Irak ausgeht, eher als einzigartig einzuschätzen sind, werden vor dem Hintergrund der irakischen Innenperspektive eher verständlich und weisen eine innere Folgerichtigkeit auf.

Auf innenpolitischer Ebene versichert sich Hussein der Gefolgschaft von Mitstreitern durch ein grausames Abhängigkeitssystem:

„Seine engsten Mitarbeiter verpflichtete er zu bedingungsloser Loyalität, indem er sie nach Mafia-Manier zu Komplizen machte: Mehrere Minister wurden in das Zentralgefängnis von Bagdad befohlen und mußten dort Regimegegner erschießen.“⁸⁶⁹

Diese Gefolgsleute sind, da sie in den Augen des Volkes zu Mittätern der Diktatur werden, auf das Überleben des herrschenden Regimes angewiesen, da ein Untergang des Regimes auch ihr eigener Untergang wäre.

Hinzu kommt, daß der Repressionsapparat so durchstrukturiert ist, daß Regimegegner kaum eine Chance zum Aufbegehren hätten:

„... auch im Jahre sechs nach der Niederlage in der ‚Mutter aller Schlachten‘ kann [Saddam Hussein] mit seinem nur schwer durchschaubaren Netzwerk aus Sondereinheiten und Geheimdiensten dem Land weiterhin seinen Willen aufzwingen. ... Geflüchtete Agenten behaupten, daß die Dienste rund 450.000 Menschen beschäftigen, dazu kämen noch dreimal so viele inoffizielle Mitarbeiter. Saddam, schreibt

⁸⁶⁷ Lüders, Michael: „Der Islam ist die Lösung“, Die Zeit 21.11.1997, S. 2 (IRAK-Z-9)

⁸⁶⁸ IRAK-S-6: 164

⁸⁶⁹ IRAK-S-8: 171

der irakische Exilautor Samir al-Khalil, habe das 20-Millionen-Einwohner-Land in eine ‚Republik der Angst‘ verwandelt.“⁸⁷⁰

Selbst, wenn das irakische Volk die Politik Saddam Husseins nicht unterstützt, hat es also kaum eine Möglichkeit zum Aufbegehren.

Die jüngere Geschichte des Irak seit der Unabhängigkeit im Jahre 1932 ist durch blutige Machtkämpfe geprägt. Nach einem Sturz der Monarchie 1958 und mehreren Putschversuchen in den darauffolgenden Jahren erlangte die Baath-Partei 1968 endgültig die politische Macht.⁸⁷¹ Vor der Revolution von 1958 waren Parteien im Irak nicht zugelassen. Einige politische Gruppierungen durften sich zwar von Zeit zu Zeit öffentlich betätigen, doch existierten keine allgemeinen Strukturen der politischen Beteiligung des Volkes.⁸⁷² Dies änderte sich auch unter der Führung der Baath-Partei nicht, da diese die politische Sphäre mit dem Beginn ihrer Herrschaft im Sinne einer Machtkonzentration dominierte.

Die Baath-Partei griff in die gesellschaftliche Organisation ein und erließ beispielsweise ein Gesetz, daß Nicht-Baath-Mitgliedern die Wahl in Gewerkschaftsführungen verbot. So wurden Gewerkschaften und andere Massenorganisationen in bürokratische Institutionen umgewandelt, die dem Regime untergeordnet waren. Gleichzeitig wurde die Kommunistische Partei als Oppositionskraft unter Druck gesetzt, ihre politischen Aktivitäten ausschließlich auf ihre Partei zu konzentrieren.⁸⁷³

In den folgenden Jahren wurde dieser Prozeß der Machtkonzentration noch forciert. Seit 1976 verstärkte die Baath-Partei ihre Bemühungen, alle Nicht-Parteimitglieder aus dem Staatsdienst zu entfernen. Anfang 1976 existierten vier Geheimdienste, die sich gegenseitig kontrollierten. Diese Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen wurden auch von der internationalen Presse zur Kenntnis genommen. Die Republikanische Garde fungierte gleichsam als „Leibgarde“ des Regimes. Außerdem wurden Sondereinheiten und die Volksarmee aufgebaut, um die Baath-Partei zu stützen.

„In dieser Zeit zirkulierten viele Gerüchte, die Anhaltspunkte für den langen Arm des Regimes und seine Entschlossenheit zur Ausrottung jeglicher Opposition lieferten. Bis Mitte der siebziger Jahre war die Baath-Partei ein mächtiger Apparat geworden, der in alle Lebensbereiche eindrang.“⁸⁷⁴

Die Organisationen der Partei waren im gesamten gesellschaftlichen Leben des Irak präsent. Bereits in den Grundschulen mußten die Kinder Gedichte und Lieder lernen, in denen die Partei und Saddam Hussein verherrlicht wurden. Auch eine breite Alphabetisierungskampagne wurde für die Propagandazwecke des Regimes genutzt. Die Gesetze im Hinblick auf die Möglichkeit politischer

⁸⁷⁰ IRAK-S-8: 177

⁸⁷¹ vergl. Lerch (1991): 87f

⁸⁷² vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 63

⁸⁷³ vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 186

⁸⁷⁴ Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 195f

Betätigung wurden so weit verschärft, daß für politische Aktivitäten außerhalb der Baath-Partei die Todesstrafe verhängt werden konnte. Verhaftungen und Folter von Oppositionellen, seien es Kommunisten, Mitglieder der geheimen schiitischen Parteien oder Kurden, zeigten der Bevölkerung, wie weit der Arm des Regimes reichte.⁸⁷⁵

Seit die Baath-Partei 1968 die Macht im Irak übernahm, wurde eine Politik der Gleichschaltung betrieben, die zum Ziel hatte, alle der Partei feindlich gesinnten Kräfte zu entmachten und auszuschalten. Die Armee wurde durch Indoktrinierung und Säuberungen zu einem der Partei ergebenen Machtinstrument umgestaltet.⁸⁷⁶ Innerhalb kurzer Zeit gelang es Saddam Hussein auf diese Weise, die gesamte Bevölkerung in seinem Sinne zu beeinflussen und, wenn er auf diesem Weg nicht erfolgreich war, zu unterdrücken oder gar zu töten.

Aus westlicher Sicht erscheint es möglicherweise verwunderlich, daß es so relativ einfach sein soll, aus einem Staat eine Diktatur zu machen. Doch muß man auch berücksichtigen, daß vor dem Sturz der Monarchie das bis dahin bestehende politische System als keineswegs etabliert gelten konnte:

„Der irakische Staat wurde im Rahmen der Friedensregelung nach dem Ersten Weltkrieg ‚von oben‘ geschaffen und auf politische und konstitutionelle Prinzipien gegründet, die aus Großbritannien importiert wurden. Die neuen institutionellen Strukturen zielten in erster Linie auf den Schutz und die Förderung der Interessen Großbritanniens und der landbesitzenden Klassen, die die wichtigste gesellschaftliche Grundlage der Monarchie werden sollten. Dieses politische System hatte sich in Großbritannien in einer differenzierten kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet. Im Irak wurde es einer Gesellschaft übergestülpt, die noch undifferenziert und wenig gefestigt war, in der die Bourgeoisie ihre Herrschaft noch nicht hatte etablieren können und der Kapitalismus, auch wenn er bereits alle Bereiche des Wirtschaftslebens durchdrang, noch nicht dominierend war. Der vorrevolutionäre Staat wurde also nicht von einer breiten und homogenen Bourgeoisie getragen. ... Da ihm die gesellschaftlichen Grundlagen und der Konsens, der die Basis eines stabilen politischen Systems hätte sein können, fehlten, war der irakische Staat ein schwacher Staat.“⁸⁷⁷

Zum einen wurde die politische Entwicklung des unabhängigen Irak also ganz im Sinne Großbritanniens vorangetrieben. Zum anderen konnten sich die politischen Strukturen in weiten Kreisen der Bevölkerung überhaupt nicht etablieren. Hussein mußte also zur Errichtung seiner Diktatur kaum im Hinblick auf das Volk als politischem Machtfaktor agieren.

Ein wichtiger Punkt, der einer möglichen Opposition die Perspektiven verengt, ist auch die Haltung der westlichen Welt gegenüber dem Irak. Die desolante innere Situation des Landes im Hinblick auf Wirtschaft und Infrastruktur lassen eine Verbesserung der Situation nur durch internationale Kooperation erwarten. Da die westlichen Staaten dem irakischen Volk hierfür jedoch kaum Ansatzpunkte geben (was im folgenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird), kann sich der

⁸⁷⁵ vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 197f

⁸⁷⁶ vergl. Koszinowski (1994): 73

⁸⁷⁷ Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 226f

Diktator diese Perspektivlosigkeit zunutze machen, um Feindbilder zu stärken. Dem irakischen Volk fehlt das Erkennen seiner Situation auf der internationalen Bühne:

„Der Irak steht für Aggression. Spätestens seit dem Golfkrieg werden deutsche Bundesbürger mißtrauisch, wenn sich ein hier lebender Iraker zu seinem Herkunftsland bekennt. Könnte er etwa ein kleiner Saddam sein? Da wird nicht unterschieden zwischen Volk und Herrscher. ... Die Iraker warten auf eine Hand, die sie befreit. Sie erwarten, nicht im Stich gelassen zu werden. Sie erwarten, daß die Bilder von den für Saddam Hussein demonstrierenden Menschenmassen als erzwungen und erkaufte entlarvt werden.“⁸⁷⁸

Die aus dem Nicht-Erkennen seitens des Westens resultierende Feindbildproduktion im Irak wird dabei wie folgt beschrieben:

„Neben der totalen Unberechenbarkeit speist sich Saddams Macht vor allem aus der permanenten Kriegssituation. Krieg und ein festes Feindbild – wie es seit Jahren die USA abgeben – zwingen die Bevölkerung zum Zusammenhalt, zeigen ihr den vermeintlichen Verantwortlichen für ihr Unglück. Krieg lenkt ab von den nächsten Gegebenheiten.“⁸⁷⁹

Ein Nicht-Erkennen beziehungsweise ein Nicht-Handeln der westlichen Welt im Sinne einer Verbesserung der Situation des irakischen Volkes führt also dazu, daß bestehende Konfrontationslinien nicht durchbrochen werden können.

Saddam Hussein ist auf dieses Feindbildszenario angewiesen, denn nach dem Ende des Krieges gegen den Iran nahm die öffentliche Kritik an seinem Regime zu. Vor diesem Hintergrund ist die Notwendigkeit auf Seiten des Diktators zu sehen, ein neues politisches Szenario zu entwerfen, daß die kritischen Stimmen ablenkt.⁸⁸⁰ Indem vor allem die Vereinigten Staaten indirekt dafür sorgen, daß die Feindbildproduktion innerhalb des Irak stetig genährt wird, tragen sie mit dazu bei, die innere Opposition gegen den Diktator zu lähmen. Hinzu kommt, daß die irakische Opposition gegen den Diktator bis zu 80 verschiedene Gruppierungen umfaßt, die aufgrund ideologischer Gegensätze nur schwer zu einer Zusammenarbeit finden.⁸⁸¹

Ein gutes Beispiel für das Nicht-Handeln des Westens im Sinne der irakischen Bevölkerung ist sicherlich die Ermunterung der Kurden zu Aufständen durch die Vereinigten Staaten:

„Doch obgleich die USA die Kurden zur Rebellion ermuntert hatten, kam Amerika den Verfolgten nicht zu Hilfe. Unbeeindruckt von dem Vorwurf des ‚moralischen Versagens‘ ... erklärte sich Präsident Bush für nicht zuständig, die US-Truppen seien nicht gegen Saddam angetreten, ‚um alle inneren Probleme des Irak zu lösen‘.“⁸⁸²

Diese Haltung zeigt hier einem Teil des irakischen Volkes, daß es von außen keinerlei Unterstützung zu erwarten hat. Im Hinblick auf das bestehende Repressionssystem stellt sich aber die Frage, auf welche Weise die innerirakischen Probleme überhaupt auf irakischer Ebene gelöst werden könnten.

⁸⁷⁸ Aziz, Namo: Teurer Saddam, Der Spiegel 8.12.1997, S. 174-179 (IRAK-S-14): 179

⁸⁷⁹ IRAK-S-14: 179

⁸⁸⁰ vergl. Bulloch / Morris (1991): 53f

⁸⁸¹ vergl. Koszinowski, Thomas (1997): Irak 1996, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 73-79: 74f

⁸⁸² IRAK-S-8: 174

Selbst eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den innerirakischen Verhältnissen führt nicht automatisch zu möglichen Lösungsstrategien:

„Wie also soll der Westen mit dem Irak verfahren? Einfache Antworten sind nicht zu haben. Saddam Hussein bleibt unberechenbar und gefährlich. Einiges spricht dafür, ihn notfalls auch mit gezielten Militärschlägen in die Schranken zu weisen. Aber dafür braucht es ein politisches Ziel ebenso wie für die Sanktionen, die bislang ausschließlich die Bevölkerung treffen, nicht aber das Regime. Die Macht des Diktators ist heute größer als je zuvor. Aller Voraussicht nach wird er sein Land auch weiterhin terrorisieren. Und selbst für den überaus unwahrscheinlichen Fall eines Putsches wäre der Nachfolger sicher nicht besser als Saddam. Seit den dreißiger Jahren kann keine irakische Regierung ohne die Zustimmung der Armee regieren, die allein den Zusammenhalt des Landes garantiert. Politische Gegner durch Mord auszuschalten hatte schon vor Saddam eine lange Tradition. Und nach achtzehn Jahren seiner Alleinherrschaft ist der Irak kein Land, in dem auch nur Ansätze einer demokratischen Entwicklung gedeihen könnten. Die Folge ist ebenso simpel wie unerfreulich. Auf Dauer wird sich der Westen mit Saddam oder einem ähnlich gelagerten Nachfolgeregime in Bagdad arrangieren müssen. Die Frage ist, zu welchen Konditionen. Aber das Nachdenken darüber kann nicht beginnen, solange Saddam nur provoziert und Amerika reagiert. Auch die jüngste Krise am Golf wird keinen Ausweg weisen, selbst wenn sie die Eskalation zum militärischen Schlagabtausch meidet.“⁸⁸³

Die Schlußfolgerung des Artikels, daß langfristig gesehen die innenpolitischen Verhältnisse des Irak kaum eine Veränderung der Herrschaftsstrukturen erwarten lassen, ist sicherlich zum Teil richtig. Doch muß man auch berücksichtigen, daß bisher weder im Irak selbst noch seitens der westlichen Welt überhaupt gezielt Ansätze verfolgt wurden, um die innere Lage positiv zu beeinflussen. Richtig ist aber der Vorwurf, daß die Vereinigten Staaten (und auch die anderen westlichen Staaten) nur reagieren und überhaupt keine Perspektiven zu einer positiven und nachhaltigen Veränderung der Situation entwickeln. Dieser Ansatzpunkt soll im nächsten Abschnitt noch vertieft werden.

Die gesellschaftlich-politische Lage im Irak bietet tatsächlich gegenwärtig kaum Ansatzpunkte für eine Ablösung der Diktator durch demokratische Bewegungen:

„An eine demokratische Alternative zum Despoten von Bagdad ist ohnehin nicht zu denken, allenfalls an eine Militärjunta. Eine nennenswerte Oppositionsbewegung konnte sich bis heute nicht bilden. Ein Kongreß mit zehn verschiedenen Oppositionsgruppen artete voriges Jahr in Damaskus in eine Darbietung alter, unbewältigter Feindschaften zwischen Baathisten, Islamisten und Kommunisten, Kurden und Schiiten aus.“⁸⁸⁴

Hintergründe für das Fehlen politisch-demokratischer Strukturen, auf deren Basis der irakische Staat verändert werden könnte, werden medial kaum dargestellt. Eine ahistorische Betrachtungsweise, die sich nur auf eine Momentaufnahme der politischen Situation im Irak beschränkt, führt dazu, daß nicht erkannt werden kann, auf welche Weise und vor welchem Hintergrund gegenwärtige Strukturen entstanden sind. Nur eine Entwicklungsperspektive wäre aber in der Lage, Veränderungspotentiale auszuloten, die Ansatzpunkte für einen Wandel der Verhältnisse bieten könnten.

⁸⁸³ IRAK-Z-4

⁸⁸⁴ IRAK-S-8: 175

7.1.3 Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit dem Irak

Die Interessen westlicher Staaten im beziehungsweise gegenüber dem Irak haben die unterschiedlichsten Ausprägungen. Einen wichtigen Punkt bilden sicherlich die wirtschaftlichen Belange, die einzelne Staaten vertreten. So verweist die „Welt am Sonntag“ darauf, daß „Frankreich im Verein mit Rußland eher eigene Geschäfte als den Weltfrieden im Sinn hat“⁸⁸⁵. An anderer Stelle heißt es im Hinblick auf Frankreich:

„Die Franzosen verfolgen die Öl-Interessen und zeigen damit, was es mit der ‚gemeinsamen‘ europäischen Außenpolitik in Wirklichkeit auf sich hat.“⁸⁸⁶

„Der Spiegel“ stellt die Belange der russischen Wirtschaft wie folgt dar:

„Die Russen erhoffen sich von einem wirtschaftlich wieder erstarktem Irak satte Aufträge. Bereits im Februar vergangenen Jahres hatten sie in Bagdad vereinbart, die Erdölindustrie zu modernisieren – Projektumfang zehn Milliarden Dollar. Außerdem hat der Irak, einst Großabnehmer russischer Waffen, seit Sowjetzeiten über sieben Milliarden Dollar Schulden.“⁸⁸⁷

Das von den Vereinten Nationen verhängte Öl-Embargo steht diesen Interessen natürlich im Weg.

Deutschland hält sich, wie noch zu zeigen sein wird, mit Stellungnahmen zum Irakkonflikt sehr zurück. Doch auch Deutschland ist vom Embargo der Vereinten Nationen betroffen. So wird davon ausgegangen, daß der deutschen Wirtschaft im Jahre 1995 durch die Sanktionen im Irak ein Marktvolumen von etwa drei Milliarden DM verlorenging.⁸⁸⁸ Vor dem Beginn des Krieges gegen Iran war der Irak ein relativ wichtiger Handelspartner der westlichen Welt. Zu Beginn der siebziger Jahre steigerte der Irak seinen Handel mit westlichen Staaten. So wuchs beispielsweise der Handel mit den Vereinigten Staaten, zu denen der Irak keine diplomatischen Beziehungen unterhielt und deren Politik fast täglich in den Medien verteufelt wurde, von 32 Millionen Dollar im Jahre 1971 auf 284 Millionen Dollar im Jahre 1974. Auch der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland wurde in diesen Jahren ausgeweitet.⁸⁸⁹

Die Investitionsfähigkeit des irakischen Regimes führte dazu, daß die Importe steil anstiegen. Ein Großteil der Importe, vor allem im Technologiebereich, stammte dabei aus den westlichen Industrieländern. Diese nahmen insgesamt von 3393 Millionen Dollar im Jahre 1977 auf 7559 Millionen Dollar im Jahre 1979 zu. Die Verteilung im Jahre 1979 sah dabei so aus: Japan nahm mit 1759 Millionen Dollar den Spitzenplatz ein, gefolgt von Westdeutschland mit 1258 Millionen

⁸⁸⁵ IRAK-W-10

⁸⁸⁶ IRAK-W-5

⁸⁸⁷ IRAK-S-5: 162

⁸⁸⁸ Alkazaz, Aziz (1996): Die Beziehungen Bundesrepublik Deutschland – Nahost 1995. Die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Nahen Osten 1995, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1996)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1996, S. 17-18: 17

⁸⁸⁹ vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 185

Dollar, Frankreich mit 877 Millionen Dollar und den Vereinigten Staaten mit 486 Millionen Dollar.⁸⁹⁰ Die Exporte, die hauptsächlich auf der Ausfuhr von Öl beruhen, stiegen ebenfalls stark an, nämlich von 20,6 Milliarden Dollar im Jahre 1977 auf 38 Milliarden Dollar im Jahre 1979. Die meisten Exporte in Industriestaaten gingen 1979 mit 3063 Millionen Dollar nach Frankreich, gefolgt von Japan (1636 Millionen Dollar), Großbritannien (762 Millionen Dollar), den Vereinigten Staaten (610 Millionen Dollar) und Deutschland (302 Millionen Dollar).⁸⁹¹ Die Ölvorkommen im Nahen Osten machen auch den Irak längerfristig zu einem Objekt besonderer Bedeutung für den Westen, da die westlichen Ölreserven in einigen Jahrzehnten aufgebraucht sein werden, während Schätzungen zufolge am Golf noch 200 Jahre lang Öl gefördert werden kann.⁸⁹²

Interessant ist auch der Verweis auf die früheren Waffengeschäfte. Obwohl sich die Hauptinitiative der Vereinten Nationen ja gegen das irakische Waffenpotential richtet, werden die Hintergründe der irakischen Aufrüstung im aktuellen politischen Diskurs nicht aufgegriffen. „Der Spiegel“ hingegen spricht die diesbezüglichen internationalen Verstrickungen sehr deutlich an:

„Paris und Moskau gehörten vor dem Golfkrieg zu den wichtigsten Rüstungslieferanten des Irak; sie sind scharf darauf, daß Bagdad wieder sein Öl frei exportieren kann, um mit dem Erlös alte Schulden zu begleichen und neue Geschäfte abzuschließen.“⁸⁹³

Diese Ausführungen zeigen, mit welcher Doppelmoral einzelne Staaten innerhalb der Vereinten Nationen im Konflikt mit dem Irak vorgehen. Außerdem wird deutlich, daß der politische und der mediale Diskurs nicht immer deckungsgleich sind.

Gegen die Doppelmoral, mit der im internationalen System teilweise vorgegangen wird, richtet sich explizit ein Artikel in der „Zeit“:

„Manchmal könnte man auch spotten über den Aufwand an moralischem Wortgeklingel, mit dem etwa die Amerikaner die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte begleiten dabei sind sie es, die nicht selten mit double standards arbeiten: Dort, wo ihre Interessen auf dem Spiel stehen, wo strategische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, wie im Irak, werden die Menschenrechte überaus ernst genommen. Dort, wo dies nicht der Fall ist, wo es, wie in Saudi-Arabien, um die Sicherung der Ölzufuhr geht, schaut Washington gern weg. Und daß die Todesstrafe in Amerika noch immer praktiziert wird, ist auch nicht gerade im Sinne der Menschenrechte.“⁸⁹⁴

Es wird verdeutlicht, daß die Definition moralischer Standards im internationalen System sich nicht auf die Menschenrechte bezieht, sondern interessenspezifisch erfolgt. Gleichzeitig werden die Verhältnisse der Definierenden – in diesem Fall die in den Vereinigten Staaten geltende Todesstrafe – von den Definierenden vom Moraldiskurs ausgenommen. Der Artikel ist ein Beispiel dafür, wie sich der Mediendiskurs bewußt dem politischen Diskurs entgegenstellen kann.

⁸⁹⁰ vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 260

⁸⁹¹ vergl. Farouk-Sluglett / Sluglett (1987): 263

⁸⁹² vergl. Krech (1996): 10

⁸⁹³ Irak-S-8: 168f

⁸⁹⁴ Dönhoff, Marion Gräfin: Vom Recht auf Würde, Die Zeit 26.12.1997, S. 1 (IRAK-Z-15)

Das inszenierte Bedrohungsszenario wirkt geradezu absurd, wenn man sich vor Augen hält, daß die irakische Giftgasproduktion im Zweifelsfall ohne westliche Hilfe überhaupt nicht so weit fortgeschritten wäre:

„Sicher ist auch, daß die irakische VX-Produktion ohne ausländischen, mutmaßlich westlichen Beistand nicht hätte auf Touren kommen können. Von den vier zur VX-Herstellung nötigen Grundstoffen waren nur zwei in irakischen Chemiefabriken hergestellt worden. Die beiden anderen hatte sich Saddam Anfang 1988 anliefern lassen – insgesamt 550 Tonnen.“⁸⁹⁵

Diese Doppelmoral führt dazu, daß die Gesamtperspektive, die von den Vereinten Nationen vertreten wird, seitens des Irak als westliches Vormachtstreben interpretiert werden kann, was natürlich bestehende Feindbilder stärkt.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen führen dazu, daß die westlichen, aber auch die arabischen Staaten kaum noch zu einer gemeinsamen Strategie gegenüber dem Irak in der Lage sind:

„Die Golfkriegskoalition ist vor allem wegen unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen auseinandergefallen, Frankreich, Rußland und viele arabische Staaten würden lieber heute als morgen wieder mit dem Irak ins Geschäft kommen. Die Annahme, daß sich in mancher arabischen Besorgnis über die Notlage der irakischen Bevölkerung nichts anderes als Handelsinteresse ausdrückt, dürfte nicht allzu unfair sein.“⁸⁹⁶

Wie aber soll sich die irakische Bevölkerung gegen einen Diktator zur Wehr setzen, wenn sie das Gefühl hat, daß in den internationalen Beziehungen eigentlich überhaupt kein Wert auf die Überwindung der Diktatur gelegt wird und somit kaum Hilfe bei der Lösung innerirakischer Probleme zu erwarten ist?

In der „Zeit“ wird sehr deutlich gezeigt, daß die politische Strategie westlicher Staaten insgesamt nicht auf eine Verbesserung der innerirakischen Situation abzielt oder gar im Sinne einer übergeordneten Moral, die sich auf die Menschenrechte bezieht, gehandelt würde. Die Sanktionen der Vereinten Nationen scheinen eher der Behauptung eines westlichen Vormachtanspruchs zu dienen:

„Ihr ursprüngliches Ziel, die Befreiung Kuwaits, war Ende Februar 1991 erreicht. Dennoch wurden die Sanktionen auf maßgebliche Initiative der USA beibehalten und erweitert. Und zwar ausschließlich als Disziplinierungsinstrument gegenüber Saddam Hussein. Die Botschaft lautet: Gefährde nicht westliche Interessen am Golf, dann überlegen wir uns, wie es mit den Sanktionen weitergeht. Entgegen einer weitverbreiteten, aber leider irrigen Annahme ist keineswegs vorgesehen, mit Hilfe der Sanktionen zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in einer der weltweit schlimmsten Diktaturen beizutragen. Lediglich die UN-Resolution 688 fordert die Regierung in Bagdad auf, von Menschenrechtsverletzungen an der eigenen Bevölkerung „abzusehen“ - und diese Resolution ist nicht bindend. Die Menschenrechte spielten auch bei den wiederholten und langwierigen Verhandlungen zwischen der UN und dem Irak seit der Befreiung Kuwaits keine Rolle. Es gibt mithin wenig Anlaß zu moralischer Selbstgefälligkeit, wie sie dieser Tage in den Medien erneut unterschwellig zu vernehmen ist - die Demokratien im Westen gegen das Irrational-Mittelalterliche im Orient, verkörpert durch Saddam. Auch im Dauerkon-

⁸⁹⁵ IRAK-S-9

⁸⁹⁶ IRAK-Z-8

flikt mit Bagdad geht es um Interessen, nicht um Moral. Es ist banal, darauf hinzuweisen. Aber doch immer wieder notwendig.“⁸⁹⁷

Das Nicht-Vorhandensein moralisch legitimierter Ziele wirft die Frage auf, wie sich die westliche Interventionspolitik überhaupt rechtfertigen läßt.

Das Fehlen von Zielen, die im Sinne aller Staaten der Vereinten Nationen sind, und die vorherrschende Doppelmoral bei der Bewertung des Irak führen dazu, daß jede Interventionspolitik diskreditiert wird. So äußert der Generalsekretär der Arabischen Liga Abd el-Magid folgende Kritik:

„Alle Liga-Staaten sind Mitglieder der Uno. Wir tragen gemeinsame Entscheidungen auch mit. Dennoch darf ich mir die Freiheit nehmen, nach dem Sinn der Sanktionen zu fragen. Die Araber stehen mit dieser Kritik keineswegs allein da. Frankreich und Rußland etwa sind ganz anderer Meinung als Amerikaner und Briten, die sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, mit zweierlei Maß zu messen. ... Die Amerikaner versteifen sich auf Strafmaßnahmen gegen arabische Länder. Sie lassen aber der israelischen Regierung die schlimmsten Verstöße gegen die Uno-Charta und die Menschenrechte durchgehen und verhindern die Verhängung von Sanktionen – notfalls mit ihrem Veto. Diese Unausgewogenheit, die sogar von friedenswilligen Israelis angeprangert wird, hat in der arabischen Welt zu Ernüchterung geführt.“⁸⁹⁸

Der Charakter der Strafmaßnahme, den die Sanktionspolitik der Vereinten Nationen in den Augen zahlreicher Mitgliedsstaaten hat, führt dazu, daß eine wechselseitige Auseinandersetzung über Konfliktlagen verhindert wird. Die Rollenzuweisung in Straffende auf der einen und Bestrafte auf der anderen Seite läßt vor allem seitens des Irak das Gefühl aufkommen, Opfer einer einseitigen Machtpolitik zu sein.

Diese Machtpolitik ist indirekt auch Ergebnis des zweiten Golfkrieges, aus dem ein „Sieger-Besiegte-Schema“ resultiert. Mit militärischen Mitteln wurde hier ein temporärer Interessenausgleich erreicht. Die anderen Konfliktfelder, die von einem Militärszenario überlagert wurden und werden, sind jedoch nach wie vor ungelöst. Indem die westliche Welt sich in einer Sieger-Position befindet und der Irak (und, spinnt man den Faden der Islamisierung der Konfliktpotentiale weiter, andere islamische Staaten damit einhergehend ebenso) zum Besiegten wird (werden), werden die Positionen der Konfliktparteien in den internationalen Beziehungen zementiert.⁸⁹⁹ Damit gerät der Sieger jedoch in die Gefahr, selbstherrlich den einmal eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, während der Besiegte bestrebt ist, sich aus seiner Position der Ohnmacht wieder zu befreien.

Die Art der Intervention im und nach dem zweiten Golfkrieg steht gewissermaßen für „politisch-strategische Problemlösungsdefizite“, die aus einem „machtpolitischen Rigorismus“ resultieren. Diese Art der politischen Kultur stehe einem „überlebensnotwendigen Kooperatismus“

⁸⁹⁷ IRAK-Z-4

⁸⁹⁸ o.A.: „Bomben bringen nichts“, Der Spiegel 17.11.1997, S. 176 (IRAK-S-11)

⁸⁹⁹ vergl. Wöhlert, Torsten (1991): Modellfall Golfkrieg?, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 9-26: 14ff

entgegen.⁹⁰⁰ Demzufolge müßte sich eine Bewältigung von Konflikten an der Beseitigung bestehender Asymmetrien im globalen System orientieren.⁹⁰¹ Um die politischen Abgrenzungen und „mentalen Barrieren“ im Nahen Osten abzubauen, bedürfe es „psychologischer Vorleistungen“ und vertrauensbildender Maßnahmen. Auch kulturelle Existenz- und Entwicklungsfragen müssen in einem Stabilisierungsprozeß aufgegriffen werden.⁹⁰²

Der Schutz der westlichen Bevölkerung vor dem irakischen Bedrohungspotential ist sicherlich ein guter Grund für das Eingreifen der Vereinten Nationen. Man muß sich jedoch fragen, inwieweit Intervention und Sanktionen das vorhandene Gefahrenpotential reduzieren oder gar ausschalten können. Wie bereits anhand der unterschiedlichen Beurteilung des israelischen und des irakischen Waffenpotentials deutlich wurde, bildet nicht allein der Waffenbesitz schon eine Bedrohung, sondern es geht um die staatlich-politischen Rahmenbedingungen, aus denen abgeleitet wird, ob ein Staat Waffen wirklich einsetzen würde, oder ob diese nur im Zuge einer Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts entwickelt werden.

Wenn aber die staatlich-politischen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen in der bestehenden Konfliktlage bedeutsam sind, müßte eine Interventionspolitik sich an (und nicht gegen) die irakische Bevölkerung richten, um dauerhafte Veränderungen zu gewährleisten. Hier kommt „Die Zeit“ jedoch zu dem ernüchternden Schluß:

„Aber um die Iraker geht es bei solchen Machtspielen nicht. Die USA wollten vielmehr Saddam Hussein schwächen.“⁹⁰³

Das Ziel der Schwächung des Diktators beinhaltet nicht nur eine Demonstration der Macht des Schwächenden, sondern beinhaltet auch eine Demütigung Saddam Husseins, die für eine Zuspitzung des Konflikts verantwortlich ist.

Die teils wohl auch beabsichtigte Demütigung zeigt sich beispielsweise in folgender Äußerung:

„Viele Experten sind ... überzeugt, daß Saddam nur durch Gewalt gefügig gemacht werden kann ...“⁹⁰⁴

Wer in den internationalen Beziehungen einen Staat oder Diktator gefügig machen will, zeigt damit an, daß von einem gleichberechtigten Interessenaustausch mit dem Zweck der Konfliktlösung nicht auszugehen ist. Einseitige Dominanz führt aber eher zu einer Fortsetzung der Provokationen.

„Die Zeit“ schildert diese Problematik sehr ausführlich und deutet an, daß wirksame politische Strategien bisher fehlen:

⁹⁰⁰ vergl. Löwe, Bernd P. (1991a): Politische Kultur und Golf-Konflikt, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, André (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 40-59: 47

⁹⁰¹ vergl. Löwe (1991a): 49

⁹⁰² vergl. Timm, Klaus (1991): Konturen der regionalen Nachkriegsordnung im Nahen und Mittleren Osten – Entwürfe, Widerstände, Realisierungschancen, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, André (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 92-113: 97

⁹⁰³ IRAK-Z-4

⁹⁰⁴ IRAK-Z-5

„Nicht nur beim Strafen, auch bei der Strategie ist Amerika gefragt. Das Beharren auf Sanktionen, das Pochen auf unbehinderte Inspektionen ist noch keine Strategie - und mehr hat Washington seit dem Golfkrieg selten geboten. Der Irak ist ja kein besetztes Land: Die Unterstützung der dortigen Behörden ist erforderlich, sollen die Kontrolleure die irakische Fähigkeit zur Massenvernichtung aufdecken, den Abbau der Waffenbestände und -fabriken überwachen. Zu dieser Unterstützung kann das Tyrannen-Regime nicht durch Bomben oder Embargos gezwungen werden. Es muß vielmehr selbst darin einen Vorteil sehen. So hält denn auch die maßgebliche UN-Resolution Nummer 687 vom April 1991 fest: Sobald der Sicherheitsrat übereingekommen ist, daß der Irak alle Abrüstungsaufgaben erfüllt hat, darf das Land wieder unbegrenzt sein Öl exportieren. Die von der Uno kontrollierte Selbstentwaffnung ist dafür der Preis.“⁹⁰⁵

Die Ausführungen zeigen, daß die bisher vertretene „Strafpolitik“ im Prinzip eine bedingungslose Unterordnung von Saddam Hussein verlangt, die jedoch nicht zu erwarten ist. So schreibt auch die „Welt am Sonntag“, daß es das Ziel der Initiativen der Vereinten Nationen sei, Irak die „Kriegslust auszutreiben“⁹⁰⁶. Die Verwendung des Wortes „austreiben“ beinhaltet den Aspekt der Unterwerfung des Irak. Der ehemalige US-Außenminister Kissinger spricht von einer „Eindämmung“⁹⁰⁷.

Das Denken in Sieg-Niederlage-Kategorien zeugt von einem „kriegerischen Intellekt“. Im Gegensatz dazu würde ein „friedensstiftender Intellekt“ verantwortliches Engagement für die Realisierung von Frieden auf der Basis der Universalität der Menschenrechte fordern.⁹⁰⁸ Das bisherige Engagement der westlichen Staaten in der Golfregion allgemein und im Irak im besonderen ist bisher nicht im Sinne einer Friedensstiftung erfolgt, sondern auf der Basis einer militärisch determinierten „balance of power“. Dagegen ist laut Löwe eine intellektuelle Kultur notwendig, die eine Dialogfähigkeit fördert.⁹⁰⁹

Äußerungen, die explizit oder implizit eine Unterwerfung des Diktators fordern, können jedoch keine Einigung im Konflikt herbeiführen. Aber dies scheint auch nicht das Ziel zumindest der amerikanischen Irak-Politik zu sein, denn Kissinger sieht dafür ohnehin keine Möglichkeit, indem er betont, daß die Vereinigten Staaten

„immer im Auge behalten müssen, daß nach allem, was zwischen Saddam und den USA vorgefallen ist, eine Einigung mit ihm aus amerikanischer Sicht für die absehbare Zukunft ausgeschlossen erscheint.“⁹¹⁰

Wenn aber eine Einigung ausgeschlossen ist, muß man sich fragen, welche Ziele eine Irak-Politik sonst haben kann. Diese Darstellung läßt nur den Schluß zu, daß die Vereinigten Staaten den Irak endgültig militärisch unterwerfen müßten, um den Konflikt zu beenden.

⁹⁰⁵ IRAK-Z-7

⁹⁰⁶ Schelling, Siegmund: Prophet und Provokateur, Welt am Sonntag 9.11.1997, S. 34 (IRAK-W-4)

⁹⁰⁷ IRAK-W-12

⁹⁰⁸ vergl. Löwe, Bernd P. (1991b): Frieden und Intellekt oder „Golfkrieg“ und geistige (Un-)Kultur, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 114-128: 115f

⁹⁰⁹ vergl. Löwe (1991b): 118ff

⁹¹⁰ IRAK-W-12

Weiter kritisiert „Die Zeit“, daß vor allem bei den politischen Bemühungen der Vereinigten Staaten der eigentliche Zweck der Sanktionen durch die Vereinten Nationen aus dem Blick zu geraten droht:

„Die Sanktionen sind nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Mittel zur Abrüstung des Irak. Sie dürfen nicht die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln sein.“⁹¹¹

Die Vereinigten Staaten erwecken hingegen den Eindruck, als ob sie weit mehr machtpolitische Eigeninteressen als dieses Kernziel verfolgen.

So wird eine Politik der militärischen Präsenz der Amerikaner in der Golfregion im Mediendiskurs als strategische Vertretung der eigenen Interessen angesehen:

„Die eher an strategischen Interessen orientierte und nicht um Ausgleich bemühte Nahostpolitik der Amerikaner zeigt sich auch am Golf. Washington setzt auf militärische Präsenz: insgesamt etwa 25.000 Soldaten die Hälfte ist in Saudi-Arabien stationiert, die übrigen befinden sich größtenteils an Bord der Fünften Flotte im Persischen Golf. Sie sollen die Golfstaaten vor Übergriffen Iraks und Irans schützen - aber wie werden sie sich verhalten, wenn es zu innenpolitischem Aufruhr gegen die Allmacht der Emire kommt? Ein politisches Konzept für den Golf gibt es in Washington nicht, geschweige denn ein Einwirken auf die dortigen Herrscher für mehr Demokratie.“⁹¹²

Die Strategie weist eine deutliche Inkonsistenz auf. Es wird eine Politik des Schutzes propagiert, doch vertreten die Vereinigten Staaten dieses Konzept nur auf militärischer Basis, nicht jedoch in den politischen Beziehungen. So wird das militärische Szenario zur Machtdemonstration, die durch humanitäre Argumente getarnt ist.

Im Mediendiskurs wird die Verteufelung Saddam Husseins durch die Vereinigten Staaten als Mittel zur Schaffung neuer Feindbilder gedeutet:

„Wie sein Vorgänger George Bush, der mit einer internationalen Allianz den Diktator für die Verbündeten verlustarm aus dem annektierten Golfstaat vertrieb, erweckt auch US-Präsident Clinton den Eindruck, er habe es persönlich auf Saddam abgesehen: Seit dem Untergang der Sowjetunion fehlt den an Feindbilder gewohnten Geostrategen in Washington ein ‚Reich des Bösen‘ (Präsident Ronald Reagan).“⁹¹³

Diese Darstellung zeigt, daß in den internationalen Beziehungen (hier zumindest seitens der Vereinigten Staaten) Gegnerschaft grundsätzlich eine wichtige Rolle für die Positionierung von Staaten spielt. Diese Gegnerschaft sowie die Feindbilder, auf denen Konfrontationen basieren, kann zur Stärkung des das Feindbild Definierenden im Weltstaatensystem führen.

„Die Zeit“ verdeutlicht, wie die Vereinigten Staaten zwischen politischer Orientierungslosigkeit und einem Ausspielen der eigenen Macht hin und her pendeln:

„Amerika, die einzige Supermacht, ist orientierungslos. Es sehnt sich nach einem eindeutig definierten Feind. ... Natürlich versucht die Regierung Bill Clintons nicht nur, irgendwo in der Welt Ungeheuer zu erfinden, nur um mit ihren Muskeln protzen zu können. Und sicherlich hat Saddam Hussein genügend Anlaß zur Beunruhigung geliefert. Doch die Inbrunst, ja beinahe blinde Wut, mit der die USA vor der globalen Bedrohung durch den Irak warnen, verraten Unsicherheit im Umgang mit der eigenen überwältigenden Macht. Sie zeigen auch, daß die Vereinigten Staaten nicht wissen, was sie mit dieser

⁹¹¹ IRAK-Z-7

⁹¹² Lüders, Michael: Das neue Reich des Bösen, Die Zeit 11.7.1997, S. 13 (IRAK-Z-2)

⁹¹³ IRAK-S-5: 161

wältigenden Macht. Sie zeigen auch, daß die Vereinigten Staaten nicht wissen, was sie mit dieser Macht anfangen sollen.“⁹¹⁴

Die Ausgestaltung von Feindbildern ist also auch sehr deutlich Mittel zum Zweck, in diesem Fall Mittel zur Inszenierung politischer Macht.

Diese Inszenierung scheint unter anderem notwendig zu sein, um die politische Konzeptlosigkeit der Vereinigten Staaten zu kompensieren:

„Die Vereinigten Staaten haben noch keinen Weg gefunden, wie sie widersprüchliche Gefühle miteinander in Einklang bringen können: den Stolz auf ihre Macht mit ihrem Wunsch nach freundschaftlichem Einvernehmen ihr Selbstvertrauen mit ihrer Frustration darüber, daß sie zwar einer gigantischen Auseinandersetzung sicher entronnen sind, aber keine kohärente neue Strategie dafür haben, wie sie ihre Macht einsetzen können. Widerliche Taschenbuchtyrannen zu Feinden von Weltrang zu stilisieren ist weder eine Garantie für die eigene Sicherheit noch für Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft.“⁹¹⁵

Der Konflikt mit dem Irak wird also teilweise zu einer Projektionsfläche für allgemeinere Entwicklungen in den internationalen Beziehungen. So hinterfragt denn auch die „Welt am Sonntag“, ob es bei der aktuellen Krise wirklich nur um den Irak geht („Irak-Krise oder Krise der amerikanischen Orient-Politik?“⁹¹⁶).

Den Vereinigten Staaten gelingt es mit ihrer Haltung nicht, die Notwendigkeit bestimmter gegen den Irak gerichteten Aktionen zu unterstreichen. Diese Unglaubwürdigkeit wird auch von Saddam Hussein angeprangert:

„Wenn es wirklich um Restbestände von Raketen, um biologische sowie chemische Waffen und vor allem um verschwundene Dokumente geht – darauf beziehen sich zumindest die ständig wiederholten Anfragen der Uno-Inspektoren -, was sollen dann die U-2-Aufklärungsflüge der Amerikaner? Mit ihnen kann man keine angeblich verschwundenen Dokumente finden.“⁹¹⁷

Diese Äußerungen des Diktators sind zwar auch strategisch motiviert – sein Ziel ist es nach wie vor, die eigene Bevölkerung gegen die Interventionspolitik von außen zu mobilisieren -, doch wird gerade hier die Vorgehensweise der Vereinigten Staaten exemplarisch als inkonsistent dargestellt. Diese Inkonsistenz wiederum stärkt aller Wahrscheinlichkeit nach die Konfliktbereitschaft der irakischen Bevölkerung.

An dieser Stelle sei an die in Deutschland vorherrschende Diskussion über eine militärische Intervention im Irak als Reaktion auf die Kuwait-Invasion erinnert. Damals zeichnete sich eine starke Haltung gegen einen Militäreinsatz ab. Lerch nimmt an, daß die Haltung der deutschen Pazifisten zum zweiten Golfkrieg auf der spezifischen Kriegserfahrung in Deutschland beruht. Zwei verlorene Weltkriege sowie die Umerziehungspolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg hätten das Verhältnis in Deutschland zum Krieg nachhaltig geprägt. Die Mentalität sei

⁹¹⁴ IRAK-Z-14

⁹¹⁵ IRAK-Z-14

⁹¹⁶ IRAK-W-5

⁹¹⁷ IRAK-S-10

durch eine „fast absolutistische Forderung nach Moral und Dialog“ gekennzeichnet. Diese Mentalität sei in demokratischen, friedlichen Zeiten auch wünschenswert, doch könne sie einem ungeordneten „Willen zur Macht“, wie er von Hussein vertreten wurde, nichts entgegensetzen. Lerch konstatiert eine „Unfähigkeit ..., negative Fakten zur Kenntnis zu nehmen oder gar unpopuläre Entscheidungen zu fällen“.⁹¹⁸

Brumlik argumentiert ähnlich und beschreibt die Einfühlung in die Folgen für die Opfer einer militärischen Intervention:

„Die Gefühle in diesem Konflikt standen nicht auf der Seite des bedrohten israelischen Staates und seiner Bevölkerung, sondern auf seiten der Irakis, die, wie die Deutschen im Bombenwinter 1944/45, von alliierten Luftflotten angegriffen wurden. Die Friedensbewegung erbrachte genau jene Einfühlung, die realistisch erwartet werden konnte – nämlich eine Einfühlung in das Leiden, das ihre Mitglieder selbst noch als junge Erwachsene, als Soldaten oder Flakhelfer bzw. als Kinder, zurückgebliebene Mütter oder Trümmerfrauen erlebt hatten.“⁹¹⁹

Möglicherweise haben die Verweise auf die deutschen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg ihre Berechtigung. Doch sollte man sich auch vergegenwärtigen, wie die gegen einen Krieg Demonstrierenden Parolen wie „Kein Blut für Öl“ skandierten. Eine solche Parole reduziert zwar die Konfliktlage extrem, doch muß man sich Fragen, ob militärische Interventionen im Falle Irak (sowohl, was die Angriffe im zweiten Golfkrieg, als auch was die Androhung von weiteren Angriffen danach angeht) sich nicht auch den Vorwurf einer zielgerichteten Umsetzung von westlichen Wirtschafts- und Machtinteressen gefallen lassen müssen.

Die Befürworter der Militäraktion der Vereinten Nationen dagegen vertraten den Standpunkt, daß es legitim sei, ein größeres Übel durch ein kleineres Übel zu verhindern. Außerdem wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Krieg nicht um einen Kampf gegen den Islam oder die Araber handele, sondern um einen Kampf gegen eine Diktatur.⁹²⁰ Betrachtet man jedoch, inwieweit die von Saddam Hussein ausgehenden Gefahren gebannt wurden und wie sich die innerirakische Situation nach den Angriffen entwickelt hat, so muß man sehen, daß die Militäraktion erfolglos war. Die Diktatur besteht weiterhin, und zahlreiche westliche Staaten bekräftigen ihr Interesse an einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem despotischen Regime. Es ist also fragwürdig, ob weitere militärische Aktionen die Situation verändern würden. Zudem muß man die Zwiespältigkeit der Situation im Rahmen des zweiten Golfkrieges betrachten. Ein Sturz Husseins wurde damals zwar von den Eingreifenden erhofft, doch muß man auch die Wirkung einer direkten Intervention in die irakische „Innenpolitik“ bedenken. Ein Einmarsch der westlichen Truppen in Bagdad hätte gerade bei fundamentalistischen Kräften eine neue Welle

⁹¹⁸ vergl. Lerch (1991): 228f

⁹¹⁹ Brumlik, Micha (1991): Weltrisiko Naher Osten. Moralische und politische Perspektiven in einem Konflikt ohne Ende, Hamburg 1991: 39

⁹²⁰ vergl. Lerch (1991): 231

des Hasses auslösen können. Auch bestanden Zweifel, ob ein über das Rückgängigmachen der territorialen Annexion hinausgehender militärischer Einsatz durch den eigentlichen Auftrag der Vereinten Nationen überhaupt gedeckt gewesen wäre.⁹²¹

Diese verschiedenen Problemlagen existieren im aktuellen Konfliktfall nach wie vor. Alleine schon die Intervention im Rahmen internationaler Beziehungen stärkt im Irak eine Ablehnungshaltung gegenüber dem Westen. Und die Vereinten Nationen haben immer noch keine Leitlinien gefunden, die eine Lösung des Gesamtproblems Irak, die nicht nur die militärische Abrüstung beinhaltet, sondern auch eine Verbesserung der innerirakischen Situation mit sich bringt, vorantreiben könnten.

Lösungsstrategien müßten auch die Position der Vereinten Nationen beziehungsweise der einzelnen westlichen Staaten einbeziehen. Brumlik betrachtet die vom Westen mit vorangetriebene Aufrüstung des Irak als Folge der bipolaren Weltordnung während des Kalten Krieges:

„Da ja stets ein Übergang ins gegnerische Lager zu gewärtigen war, blieb den Supermächten letztlich keine andere Wahl, als Waffen auch dorthin zu liefern, wo deren verheerende destabilisierende Folgen absehbar waren. Der zu Recht immer wieder kritisierte Waffenhandel, der Hinweis auf das problematische Besitz- und Profitstreben von waffenproduzierenden Firmen, ging – jedenfalls solange, wie der Kalte Krieg und seine Endmoränen noch existierten – deshalb in die Leere. Erst im Ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran, als es nicht mehr um den strategischen Systemgegensatz, sondern um den Krieg zweier von beiden Seiten klientelisierter Parteien ging, gewann diese Dimension jene moralische Eigenständigkeit, die von keinerlei politischen Nützlichkeitsabwägungen mehr übertüncht werden konnte.“⁹²²

Die Problematik bei der Betrachtung des aktuellen Irak-Konflikts liegt also darin, daß die Konfliktursachen teils durch politische Voraussetzungen mitgeprägt wurden, die zur Zeit des Ausbruchs des Konflikts nicht mehr gegeben sind. Eine moralische Betrachtungsweise ist, folgt man Brumlik, mit dem Ende des Kalten Krieges möglich und wahrscheinlich sogar notwendig. Doch auch, wenn man sich die Verantwortung westlicher Staaten für die heutige Situation im Nahen Osten vergegenwärtigt, sei eine dirigistische Außenpolitik unumgänglich, da das militärische Potential in der Region eine nachhaltige Bedrohung darstelle.⁹²³

Trotz dieser recht negativen Sicht im Hinblick auf eine mögliche Auseinandersetzung über den Irakkonflikt gestattet sich Brumlik einen Exkurs in die Verantwortungsethik. Aus verantwortungsethischer Sicht sind immer die Folgen von Handlungen mitzubedenken. Diese Einschätzung von Handlungen orientiert sich dabei an dem universalistischen Prinzip, die Belange aller Betroffenen in Rechnung zu stellen. Brumlik verweist in diesem Zusammenhang auf die postkonventionelle Moralstufe von Kohlberg, die nur von etwa 20 Prozent der Menschen erreicht werde, so daß die Verbreitung einer Verantwortungsethik als relativ gering einzuschätzen ist.⁹²⁴ Die Notwen-

⁹²¹ vergl. Lerch (1991): 254

⁹²² Brumlik (1991): 73f

⁹²³ vergl. Brumlik (1991): 78

⁹²⁴ vergl. Brumlik (1991): 89f

digkeit des Verantwortungsprinzips wird also gesehen, seine Umsetzung aber als eher unwahrscheinlich erachtet.

Und doch sieht Brumlik zumindest theoretisch die Möglichkeit, daß gerade Krisensituationen dazu führen können, daß Reflexionsprozesse in Gang gesetzt werden:

„Erst in Krisensituationen, wenn wir oder die Gemeinschaft, in der wir leben, moralische Konflikte und Probleme nicht mehr unter Rückgriff auf ... Vertrautheiten lösen können, nimmt der Gang systematischer ethischer Reflexion seinen Lauf, sind wir angewiesen auf bewußt angestellte Überlegungen, auf den Einsatz unserer Urteilskraft, auf die Überprüfung der Stimmigkeit von Argumenten und Intuitionen verwiesen. Dies kann zur Folge haben, daß wir unsere Vorannahmen und Intuitionen verändern.“⁹²⁵

Im Hinblick auf die Irakkrise scheint jedoch kein Reflexionsprozeß zur Überprüfung der Stimmigkeit der vorgebrachten Argumente eingesetzt zu haben.

Lerch weist darauf hin, daß in den verschiedenen im Nahen Osten existierenden Konflikten kein Prinzip absoluter Gerechtigkeit vertreten werden könne, um Lösungen zu erreichen:

„Voraussetzung einer jeden Lösung ... ist, von jeweiligen Maximalforderungen abzusehen, die eine absolute Gerechtigkeit herstellen wollen. Wer auf absoluter Gerechtigkeit beharrt, wird den Nahostkonflikt – wie andere Krisen auch – niemals beilegen können. Es kann bei derart unterschiedlicher Interessenlage eigentlich keine Lösung, sondern nur eine kompromißhafte Regelung geben, die von allen Seiten gewisse Verzichte erfordert und manches Verlangen unbefriedigt läßt. Das ist schmerzhaft, ist aber der einzige Modus vivendi.“⁹²⁶

Es stellt sich jedoch die Frage, ob im Rahmen der momentanen Konstellation zwischen Irak und Westen überhaupt eine grundsätzliche Diskussion möglich ist. So betont Lerch denn auch die Notwendigkeit, in einem Diskurs des Aushandelns bestehende Minderwertigkeitskomplexe abzubauen.⁹²⁷ Der Westen müsse dabei sein Verhältnis zu den islamischen Staaten stärker spezifizieren und diversifizieren. Einfluß auf eine Demokratisierung der Region müsse genommen werden, ohne den Eindruck politischer Einmischung zu wecken. Außerdem müßte der Westen reformerische Kräfte stützen und gleichzeitig seine Unterstützung despotischer Regime einstellen.⁹²⁸

Es scheint also so zu sein, daß ein wichtiger Bestandteil möglicher Konfliktlösungsstrategien das Überdenken der Gesamtsituation unter Einbeziehung der historischen Entwicklungsperspektive des Konflikts durch den Westen zu sein hat. Auf Seiten arabischer Staaten und hier gerade im Irak müßten natürlich auch bestimmte Grundpositionen revidiert werden. Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß beispielsweise von den Vereinten Nationen auf die Unterdrückungserfahrungen der irakischen Bevölkerung im Hinblick auf die im Irak herrschende Diktatur und im Hinblick auf die historisch aufgeladenen Beziehungen zum Westen in besonderer Weise einzugehen ist. Erst, wenn durch eine kritische Betrachtung der Konfliktentwicklungen ein Gefühl der historischen Unterlegenheit des Irak ausgeräumt wird, was wiederum nur durch kritische Selbstre-

⁹²⁵ Brumlik (1991): 98

⁹²⁶ Lerch (1996): 52

⁹²⁷ vergl. Lerch (1996): 54

⁹²⁸ vergl. Lerch (1996): 121

flexion seitens westlicher Staaten möglich ist, läßt sich überhaupt eine Basis für eine wechselseitige Auseinandersetzung schaffen.

Außerdem müßten die Vereinten Nationen einen Weg finden, eine globale Perspektive zu entwickeln, die nicht spezifischen Staatsinteressen verpflichtet ist:

„Da die fünf ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – Amerika, die Sowjetunion, China, Frankreich und Großbritannien – zu den größten Waffenhändlern in Nahost gehören, mutet der Vorschlag, sie sollten Rüstungsverkäufe künftig im Namen der Vereinten Nationen kontrollieren, geradezu grotesk an.“⁹²⁹

Solange die Vereinten Nationen den Eindruck erwecken, nur im Sinne der mächtigsten Staaten der Welt zu agieren und deren Interessen zu vertreten, können sie kaum erwarten, von den Staaten, die sich nach eigener Einschätzung in einer Rolle der strukturellen Unterlegenheit befinden, als Konfliktlösungsinstanz ernst genommen zu werden.

An Deutschland wird im Irakkonflikt vor allem kritisiert, daß im politischen Diskurs konkrete Stellungnahmen zur Problematik vermieden werden. So berichtet „Der Spiegel“:

„Die ‚FAZ‘ entdeckte ‚Unbehagen‘ im Bonner Verteidigungsministerium. Denn bei einer erneuten Entsendung alliierter Truppen in die Golfregion könnte Deutschland – da die zur Zeit des Kuwait-Krieges geltend gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken ausgeräumt seien – um Beistand gebeten werden.“⁹³⁰

Es herrscht also eine Haltung vor, sich von dem Konflikt möglichst weitgehend zu distanzieren.

„Die Zeit“ mahnt an, daß Deutschland gerade im Hinblick auf eine Beteiligung deutscher Firmen an der irakischen Aufrüstung nun an der Abrüstung ein Interesse haben müsse:

„Noch heute laufen hierzulande Prozesse gegen Manager, die Saddam mit Blaupausen und Material beim Aufbau seines Vernichtungspotentials geholfen haben. Wenn Deutschland neben der alten nicht noch neue Schuld auf sich laden soll, muß es an der Fortsetzung der Unscorn-Mission interessiert sein.“⁹³¹

Und auch „Der Spiegel“ verweist auf deutsche Firmen, denen Waffenlieferungen in den Irak nachgewiesen wurden:

„Vor dem Golfkrieg verfügte Bagdad unbestritten über hochgefährliche Waffen. Allein in den von der Firma Pilot Plant aus dem hessischen Dreieich nach Samarra gelieferten Anlagen wurden mindestens drei Jahre lang die Kampfstoffe Tabun, Senfgas und das Blutzellgift Blausäure hergestellt.“⁹³²

Hier wird eine historische Perspektive vertreten, die aus vergangenen Entwicklungen den aktuellen Handlungsbedarf ableitet. Die Perspektive bleibt allerdings auf die Rolle Deutschlands im Irakkonflikt beschränkt und betrachtet nicht die gesamten internationalen Beziehungen vor dem Hintergrund einer historisch vermittelten Verantwortung.

⁹²⁹ Lerch (1991): 265

⁹³⁰ IRAK-S-5: 160

⁹³¹ Buhl, Dieter: Der Nervenkrieg geht weiter, Die Zeit 28.11.1997, S. 10 (IRAK-Z-12)

⁹³² IRAK-S-5: 161

Das Fehlen einer historischen Betrachtungsweise zeigt sich auch an den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Cohen in der „Zeit“ im Hinblick auf die weltweiten Sicherheitsprobleme im 21. Jahrhundert:

„Es gibt kein Patentrezept gegen diese Bedrohung. Statt dessen müssen wir sie behandeln, als sei sie eine chronische Krankheit. Wir müssen ständig nach frühen Symptomen Ausschau halten und schnell bereit sein, Gegenmaßnahmen anzuwenden.“⁹³³

Diese Perspektive beinhaltet einen Blickwinkel von westlichen Staaten auf Bedrohungen, die sich gegen die westliche Welt richten. Die eigene Position, die in historischen Entwicklungen verortet ist, und eine mögliche Mitverantwortung für die Entstehung und Entwicklung von Bedrohungen wird dabei negiert. Die Betrachtung ist explizit ahistorisch, so daß das Vorgehen gegen Bedrohungslagen nur reaktiv sein kann.

„Der Spiegel“ kontrastiert die Darstellung des aktuellen Konflikts mit einer historischen Perspektive und verweist auf die Unterstützung im Krieg gegen den Iran, die die Vereinigten Staaten dem Diktator einst gewährten:

„Damals retteten den Diktator arabische Solidarität und – ironischerweise – die verdeckte Hilfe der Amerikaner. Aus Angst vor einem Überspringen der iranischen Revolution füllten vor allem Kuwait und Saudi-Arabien Saddams Kriegskasse, während Washington der irakischen Militärführung mit Satellitenaufnahmen behilflich war.“⁹³⁴

Es zeigt sich, daß die einzige Konsistenz bei den politischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten sich auf die eigenen strategischen Interessen bezieht.

So wird denn auch vom ehemaligen amerikanischen Außenminister Kissinger das Fehlen einer Gesamtstrategie im Umgang mit Irak kritisiert:

„In jenen zwei Fällen, in denen die Regierung Clinton seit dem Golfkrieg Gewalt gegen Irak anwandte, beschränkte sie sich auf Nadelstiche. ...1996 ließ Saddam die Führung der in einem autonomen Gebiet im Norden lebenden Kurden umbringen, denen die USA Schutz zugesagt hatten. Washington reagierte völlig inkonsequent mit Angriffen auf Radar-Stellungen im tiefen Süden Iraks – rund tausend Kilometer entfernt vom Ort der Provokation.“⁹³⁵

Für Kissinger ist es keine Frage, daß eine konsequente Strategie im Umgang mit Irak eine militärische Strategie zu sein hat. Seine Darstellung unterstreicht aber auch einmal mehr, daß es der Clinton-Regierung tatsächlich nicht um den Schutz der irakischen Bevölkerung geht.

Nicht nur historische Entwicklungen spielen für die Bedeutung des aktuellen Konflikts eine Rolle, sondern auch strukturelle Beziehungen. In einem Interview mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga vertritt „Der Spiegel“ eine eher punktuell zu nennende Perspektive und geht davon aus, daß andere Entwicklungen in der arabischen Welt nicht direkt etwa mit dem Irakkonflikt zu tun hätten. Generalsekretär Abd el-Magid verweist jedoch darauf, daß auch Querverbin-

⁹³³ Cohen, William S.: Die Front des 21. Jahrhunderts, Die Zeit 5.12.1997, S. 16 (IRAK-Z-13)

⁹³⁴ IRAK-S-8: 172

⁹³⁵ IRAK-W-12

dungen existieren und in der gegenwärtigen Konfliktlage mitschwingen können.⁹³⁶ Diese Verbindungen müßten jedoch bei einer angestrebten Lösung des Konflikts ebenfalls beachtet und verarbeitet werden.

Die historische Perspektive ist auch im Hinblick auf die Bedeutung des Islam von Belang. Die Islamisten sehen ihr Verhältnis zu den westlichen Mächten historisch aufgeladen. Der Imperialismus wird mit dem Zeitalter der Kreuzzüge verglichen, der Islam sah sich also in der Geschichte bereits dem Angriff westlicher Mächte ausgesetzt, und nun wird auch die aktuelle Konfrontation als Angriff gegen den Islam gewertet. Diese religiös motivierte Grundstimmung versuchte Hussein sich zunutze zu machen, indem er zum heiligen Krieg der arabischen Völker aufrief und versuchte, den zweiten Golfkrieg religiös zu instrumentalisieren.⁹³⁷ Um die religiöse Perspektive der Konfrontation zu durchbrechen, müßten sich die westlichen Staaten mit deren historischer Entstehung auseinandersetzen.

Nicht nur im Hinblick auf die religiösen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Nahen Osten und westlichen Staaten müssen die globalen historischen Zusammenhänge bei der Betrachtung der Gegenwart einbezogen werden:

„Noch sind in der Region all jene Faktoren übermächtig, die aus einer vielhundertjährigen Vergangenheit resultieren, einer Geschichte, die mit der Religionsstiftung des Islam begann und mit der vollständigen Demütigung der Araber im Zeitalter der europäischen Fremdherrschaft endete. Kein Politiker kann diese Determinanten so einfach außer acht lassen. Diese Zusammenhänge sind einer breiteren Öffentlichkeit in ihrer ganzen historischen Tiefe und Erstreckung noch immer zu wenig bekannt. Nur vor dem Hintergrund dieses Gewordenen ist zu verstehen, was heute ist und morgen sein könnte.“⁹³⁸

Die Einflüsse geschichtlicher Entwicklung wirken also in der Gegenwart fort und prägen den aktuellen Handlungshintergrund arabischer Staaten.

Solange diese historische Auseinandersetzung – die eine sehr selbstkritische Betrachtung der Beziehungen der westlichen zu islamischen Staaten beinhalten müßte - jedoch vermieden wird, kann der Islam in den internationalen Beziehungen weiterhin aus einer Sicht der Unterlegenheit islamischer Staaten instrumentalisiert werden. Ein Problem islamischer Gesellschaften ist es nämlich laut Tibi, daß sie mit einem extern ausgelösten Wandel konfrontiert sind, der seit der europäischen Kolonisation viele Probleme verursacht hat. Die inneren Krisen islamischer Gesellschaften werden von Fundamentalisten als Folgen westlicher Dominanz interpretiert, denen mit einem Rückgriff auf den Islam zu begegnen sei.⁹³⁹

Vor diesem Hintergrund stellt sich dann die Islamperspektive im Hinblick auf den Irak und die internationalen Beziehungen wie folgt dar:

⁹³⁶ IRAK-S-11

⁹³⁷ vergl. Lerch (1991): 54f

⁹³⁸ Lerch (1996): 55

⁹³⁹ vergl. Tibi, Bassam (1992): Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, München 1992: 49

„Der einstige Säkularist Saddam Hussein gewann über Nacht eine ungeheure Popularität, nachdem er sich fundamentalistischer Parolen bedient hatte, die die gegenwärtig unter Muslimen verbreiteten vorherrschenden politischen Optionen zum Ausdruck bringen. Die Zustimmung, die der Irak bei der Masse der Muslime weltweit fand, galt nicht der Person Saddam Hussein, sondern den von ihm ausgegebenen Parolen, die weltpolitische Optionen dessen artikulieren, was ... als islamischer Fundamentalismus definiert wird.“⁹⁴⁰

Es geht damit nicht mehr nur darum, welche ursprüngliche Rolle der Islam im Irak spielt. Vielmehr dehnt sich im Zuge einer historischen und auch strategisch motivierten Instrumentalisierung des Islam die Bedeutung des Islam im Irakkonflikt auf die Perspektive geschichtlicher Entwicklung und auf die Sichtweise anderer islamischer Staaten aus. Die Tatsache, daß sowohl im medialen als auch im politischen Diskurs dieser Islamperspektive im Jahre 1997 nur noch am Rande Aufmerksamkeit gewidmet wird, zeigt, daß Teile des Konfliktpotentials verdrängt werden.

Es sei an dieser Stelle noch einmal betont, daß die Instrumentalisierung des Islam im Irakkonflikt nicht darauf hinweist, daß der Konflikt in irgendeiner Weise durch den Islam hervorgerufen wurde. Dies ist nämlich nicht der Fall. Doch eine Berufung auf den Islam macht es notwendig, daß im Rahmen der internationalen Beziehungen vor dem historischen Bedeutungshintergrund des Islam eine Auseinandersetzung mit dieser Perspektive stattfindet.

Einzelne Vertreter der Vereinten Nationen sehen trotz der vorherrschenden strategisch motivierten Interessenlagen auch einen Handlungsbedarf im Hinblick auf die irakische Bevölkerung. So berichtet „Der Spiegel“:

„Der von Uno-Generalsekretär Kofi Annan mit zwei weiteren Emissären nach Bagdad entsandte Vermittler Emilio Cardenas zeigte sich nach seiner Rückkehr erschüttert über den ‚täglichen Überlebenskampf‘. Nach Beilegung der Krise, so der frühere argentinische Uno-Botschafter, müsse sich der Sicherheitsrat mit der inneren Lage im Irak befassen.“⁹⁴¹

Wie wirkungslos jedoch eine solche Prioritätensetzung ist, hat sich bereits bei der Betrachtung der Machtstrukturen im Irak gezeigt. Eine Beilegung der Krise würde ja nur bedeuten, daß Irak für die Weltstaatengemeinschaft keine Bedrohung mehr darstellt. Das innerirakische Machtgefüge wäre damit jedoch noch nicht verändert.

Wie sehr die westlichen Staaten die Möglichkeit eines politischen Wandels im Irak verkennen, zeigten die Perspektiven, die die Vereinigten Staaten am Ende des zweiten Golfkrieges im Hinblick auf einen möglichen Sturz des Diktators vertraten:

„Nach ihrem Sieg bauten die Amerikaner darauf, daß die demoralisierte irakische Armee ihren gedemütigten Kriegsherrn selbst stürzen würde. Die Vorstellung von einem unmittelbar bevorstehenden Militärputsch ließ den Präsidenten George Bush auf die Zerschlagung jener irakischen Elitetruppen verzichten, die dem alliierten Zangenangriff Richtung Norden entkommen waren. Washington aber hatte sich verschätzt: Die geflohenen Garde-Einheiten blieben Saddam Hussein treu ergeben.“⁹⁴²

⁹⁴⁰ Tibi (1992): 78

⁹⁴¹ IRAK-S-8: 179

⁹⁴² IRAK-S-2: 117

Aus einer Außenperspektive heraus gibt es sicherlich gute Gründe anzunehmen, daß die irakische Armee sich nach einem zweiten verlorenen Krieg und der Provokation, die die gesamte Bevölkerung ins Elend trieb, lossagen würde. Aber diese Außenperspektive verkennt die politischen Möglichkeiten innerhalb des Irak.

Wie ein Blick auf die bestehenden Machtstrukturen gezeigt hat, sind es nicht nur besagte Elitetruppen, mit denen Hussein seine Macht aufrechterhält. Die gesamte irakische Gesellschaft ist von einem System der Überwachung durchzogen, so daß nach einer Erhebung gegen den Diktator Saddam Hussein noch auf weitere Machtmittel hätte zurückgreifen können. Außerdem existieren im Irak neben den klientelorientierten, diktatorischen Strukturen keine weiteren politischen Strukturen, auf denen nach einem Sturz hätte aufgebaut werden können.

Amerika unterstützte nach dem zweiten Golfkrieg auch die innerirakische Opposition.⁹⁴³ Doch war diese Initiative nicht langfristig genug angelegt, um Veränderungen, die ein neues politisches System hätten hervorbringen können, zu erreichen. Ziel der Unterstützung, die einer Intervention aus dem Untergrund glich, war eben der Sturz des Diktators und nicht eine nachhaltige Veränderung innerhalb des Irak.

Diese Interessenpolitik wird natürlich auch seitens der irakischen Bevölkerung wahrgenommen. Die Bestrebungen der irakischen Opposition wurden von Saddam Hussein unterbunden. Zahlreiche Gegner des Diktators wurden getötet, andere flohen mit Hilfe ihrer amerikanischen Verbündeten in die Vereinigten Staaten. Einige dieser irakischen Kämpfer wurden in den Vereinigten Staaten sogar inhaftiert. Ihnen drohte schließlich eine Abschiebung in den Irak und damit aller Wahrscheinlichkeit nach der Tod.⁹⁴⁴ Solche Vorgänge dienen kaum dazu, das Vertrauen der irakischen Bevölkerung in die Politik westlicher Staaten zu stärken.

7.1.4 Implikationen des Irak-Diskurses

Das im Hinblick auf den Irak in den Medien und im politischen Diskurs dargestellte Bedrohungsszenario beinhaltet eine Machtprobe. Die Macht der Vereinten Nationen und speziell der Vereinigten Staaten wird vom Irak in Frage gestellt. Der Konflikt mit dem Irak im Jahre 1997 ist das Ergebnis eines längerfristigen Perspektivenwechsels.

Vor dem zweiten Golfkrieg war die Skrupellosigkeit des irakischen Regimes für die westliche Welt keine Bedrohung. Der Krieg gegen den Iran sowie die durch despotische Herrschaft stabili-

⁹⁴³ vergl. IRAK-S-2: 117

⁹⁴⁴ vergl. IRAK-S-2: 118

sierte innere Situation des Irak entsprachen den Interessen westlicher Mächte. Die politische Strategie des Irak richtete sich also vor der Invasion in Kuwait nicht gegen den Westen.

Der Westen hat also Menschenrechtsverletzungen in größerem Ausmaß toleriert, da dadurch seine eigenen Interessen gestützt wurden. Die Kuwait-Invasion markierte einen Bruch, denn aufgrund des Verstoßes gegen das Völkerrecht waren die Vereinten Nationen gezwungen, den außenpolitischen Aktivitäten des Irak entgegenzutreten.⁹⁴⁵ Ein erster Blick auf den Mediendiskurs zur Konfliktlage des Jahres 1997 läßt den Schlagabtausch zwischen Irak und Vereinten Nationen / Vereinigten Staaten als Nachwirkung dieser Intervention erscheinen, denn als Streitpunkte zwischen den Parteien werden das Waffenpotential des Irak auf der einen sowie die UN-Sanktionen auf der anderen Seite angeführt.

Sowohl von den Medien als auch im politischen Diskurs wird davon ausgegangen, daß der Westen durch die Waffen des Irak bedroht ist. Kaum thematisiert wird im Mediendiskurs die Tatsache, daß das irakische Waffenpotential über einen längeren Zeitraum hinweg unter anderem mit westlicher Unterstützung entwickelt wurde. „Der Spiegel“ verweist lediglich in einigen Hintergrundberichten auf Waffenlieferungen durch westliche Firmen, und „Die Zeit“ weist darauf hin, daß die zur Abschreckung entwickelten westlichen Waffenarsenale Mächte wie den Irak geradezu zur Aufrüstung herausfordern. Es entsteht also ein Bild der plötzlichen Bedrohung des Westens durch irakische Waffen, deren Herkunft aus dem Westen vom Mediendiskurs kaum und vom politischen Diskurs gar nicht angesprochen wird.

Da die Analyse bereits gezeigt hat, daß der Westen zumindest in groben Zügen Kenntnis vom Entwicklungsstand der irakischen Waffen besaß, stellt sich die Frage, warum aus einer latenten Bedrohung im politischen Diskurs eine manifeste Bedrohung wurde. Dadurch, daß der Irak im zweiten Golfkrieg und danach sowohl gegen Israel als auch gegen die Vereinigten Staaten Drohungen ausstieß, tangierte er bestehende Einflußsphären. Der Hintergrund des Konflikts im Jahre 1997 liegt also nicht in einem Bedrohungspotential an sich, sondern darin, daß der Irak seine Bestrebungen deutlich gegen westliche Interessen und gegen bestehende Machtgefüge richtete.

Die so sichtbar werdende Doppelmoral der (westlichen) politischen Akteure wird im Mediendiskurs einzig von der „Zeit“ explizit kritisiert. „Der Spiegel“ führt diese Doppelmoral mittels einer Kontrastdarstellung vor, indem den vordergründigen politischen Argumenten die historischen Hintergründe entgegengestellt werden. Diese Form der Montage führt zu Assoziationsketten, die beim Rezipienten die doppelbödigkeit der politischen Argumentation erkennbar machen (können). Auf diese Weise werden der Leserschaft Schlußfolgerungen geradezu aufgedrängt,

⁹⁴⁵ Der Krieg gegen den Iran wurde zwar von den Vereinten Nationen kritisiert, doch wurden damals keine konkreten Schritte gegen den Aggressor eingeleitet.

ohne das der politische Diskurs direkt durch eine Stellungnahme kritisiert würde.⁹⁴⁶ Dieses Muster sei am Beispiel der UN-Waffeninspektionen verdeutlicht:

„Während Uno-Generalsekretär Kofi Annan jetzt versuchte, durch die Entsendung einer Verhandlungsdelegation nach Bagdad den Konflikt zu entspannen, drängte Chefinspekteur Butler die Weltgemeinschaft zum Handeln. Saddams Schergen, so Butler ..., hätten während der ausgesetzten Kontrollen Unterlagen und Material, womöglich VX-Grundstoffe, beiseite geschafft. ... ‚Das kommt davon‘, schnaubte ein frustrierter Butler vor amerikanischen Fernsehkameras, ‚wenn man dem Irak den Rücken zuwendet.“⁹⁴⁷

Hier werden die Verhandlungsbemühungen der Vereinten Nationen durch die Aussage eines Inspektors konterkariert, ohne daß explizit seitens des „Spiegel“ Kritik an der UN-Initiative geübt wird.

Die „Welt am Sonntag“ stützt den politischen Diskurs der Bedrohung sogar direkt, indem sie beispielsweise das abstrakte Bedrohungspotential in ein konkretes umwandelt und so Argumente für eine Interventionspolitik liefert.

Es geht im Irak-Konflikt, dies wurde am Beispiel des amerikanischen und israelischen Waffenpotentials gezeigt, nicht allein um die Existenz einer durch Waffenbesitz hervorgerufenen Bedrohung von Menschen. Es geht vielmehr darum, daß der Staat Irak im internationalen System Macht beansprucht. Solange Saddam Hussein mit seinem politischen und kriegerischen Wirken nicht die Einflußsphären westlicher Mächte negativ tangierte, wurden seine Machtbestrebungen in den internationalen Beziehungen vom Westen und seinen Verbündeten toleriert. Indem der politische Diskurs das Augenmerk auf den Aspekt der Bedrohung richtet, werden die bestehenden Machtstrukturen, um die es eigentlich geht, ausgeblendet.

Der Prozeß der gesellschaftlichen – oder besser gesagt politischen - Produktion von Unbewußtheit vollzieht sich im Konflikt mit dem Irak parallel zur Entwicklung des Bedrohungsszenarios. Die Definition einer Bedrohungslage suggeriert die Notwendigkeit einer Gegenreaktion. Indem die Entwicklung der Bedrohungslage, nämlich die einstige Unterstützung des Irak durch westliche Staaten, aus dem politischen Szenario ausgeklammert wird, entsteht ein eindeutiges Feindbild. Der Widerspruch zwischen politischen Strategien der Vergangenheit und aktuellem politischen Handeln wird so der Wahrnehmung entzogen. Der Mediendiskurs stellt sich dieser Entwicklung – wie gezeigt wurde – nur bedingt entgegen.

Im Hinblick auf die westliche Perspektive wird verschleiert, daß der Zugang zu Einfluß und Macht im internationalen System im Sinne der einflußreichsten Akteure wie die Vereinigten Staa-

⁹⁴⁶ Dieses Muster ist charakteristisch für den Stil des „Spiegel“. Wenn eine Stellungnahme als absurd oder kritikwürdig befunden wird, drückt „Der Spiegel“ dies nicht durch direkte Kritik aus. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, daß die Fakten für sich sprechen. Auf einen Absatz mit einem zu kritisierenden Sachverhalt, der neutral dargestellt wird, folgt ein Absatz, der diesem inhaltlich entgegengesetzt ist. Diese Vorgehensweise könnte man als Beispiel für eine objektive Berichterstattung ansehen, da eigentlich „Fakten für sich sprechen“ und es ja der Rezipient ist, der die Fakten deutet. Da jedoch die Art der Fakten-Montage zu bestimmten Assoziationen führt, die aufgrund der Auswahl der Fakten kaum oder gar nicht zu vermeiden sind, erfolgt auf einer teils unbewußten Ebene eine Beeinflussung des Rezipienten.

⁹⁴⁷ IRAK-S-5: 162

ten geregelt wird. Die Inkonsistenz im Handeln dieser Welt verdeutlicht, daß die Handlungsmaxime Macht und nicht Moral ist. Der Machtkampf verläuft jedoch nicht nur zwischen den Vereinigten Staaten und dem Irak, sondern auch zwischen den Vereinigten Staaten und beispielsweise Rußland und Frankreich, die weniger eine reine Macht-, sondern eher Wirtschaftspolitik betreiben. Zwischen diesen Parteien geht es um die Frage, ob es Frankreich und Rußland gelingt, die Gefährlichkeit Saddam Husseins zu relativieren, um ihre Wirtschaftsinteressen verfolgen zu können. Tritt der Fall ein, daß Frankreich und Rußland mit ihrer Definition langfristig erfolgreich sind und die Sanktionen gegen den Irak aufgehoben oder gelockert werden, wäre wiederum die Macht der Vereinigten Staaten untergraben. Der Irak-Konflikt umfaßt also nicht nur die Machtbestrebungen des Irak selbst, sondern auch die Auseinandersetzungen zwischen den westlichen Staaten um Einfluß in den internationalen Beziehungen.

Die Analyse dieser Machtkämpfe soll selbstverständlich nicht über die tatsächliche Gefährlichkeit des Irak hinwegtäuschen. Das Waffenpotential des Irak (aber auch aller anderen Staaten) stellt eine potentielle Gefahr für alle Staaten im internationalen System dar. Doch muß man die bestehenden Gefahren vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung betrachten. Da der Waffenbesitz in gefestigten, demokratischen Staaten anscheinend eine geringere Bedrohung darstellt als in Despotien wie dem Irak, muß auf diese Perspektive eingegangen werden. Wie in der Hintergrundanalyse der historischen Strukturen des Irak deutlich wurde, verfügt der Staat über keine demokratischen Traditionen.⁹⁴⁸ Westliche Staaten profitierten geraume Zeit von den Vorteilen despotischer Herrschaft sowie der strategischen Orientierung des Regimes und verfolgten eigene Wirtschaftsinteressen, ohne sich für die Gesamtsituation im Irak oder gar die Lebensumstände der Bevölkerung zu interessieren. Auch im aktuellen Konflikt hat sich diese Haltung nicht verändert.

Die internationalen Beziehungen waren und sind also von spezifischen Eigeninteressen der mächtigsten westlichen Staaten bestimmt. Da eine moralische Handlungsmaxime wie beispielsweise die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen nur im Bedarfsfall instrumentalisiert wird, ist ein konsistentes Verhalten im Umgang mit dem Irak nicht möglich. Und genau an diesem Punkt liegt das eigentliche Problem des Konflikts, denn dieser resultiert zum großen Teil aus der bisher vertretenen Politik der Eigeninteressen.

Als Folge der Kuwait-Invasion und des zweiten Golfkrieges haben die Vereinten Nationen als Institution ansatzweise versucht, eine gemeinsame Handlungsmaxime zu formulieren und durchzusetzen. Da jedoch die Eigeninteressen der Staaten anscheinend stärker sind als die Bin-

⁹⁴⁸ Auf die genaueren Hintergründe des Fehlens zivilgesellschaftlicher Strukturen in islamischen Gesellschaften wird am Ende dieses Kapitels in einer zusammenfassenden Betrachtung aller hier analysierten Beispiele noch einzugehen sein.

dung dieser Staaten an die Vereinten Nationen und an ethische Grundsätze, können sich überhaupt keine Strukturen zur Konfliktlösung etablieren. Warum sollte sich ein Diktator, der seine eigenen Interessen verfolgt, von anderen Staaten, die ebenfalls aus Kalkül handeln, in die Schranken weisen lassen?

Das Grundproblem des Konflikts liegt damit nicht in Waffen und Bedrohungen, sondern in der Struktur der internationalen Beziehungen selbst. Diese werden von einigen Akteuren beherrscht, die anderen den Zugang zu Macht verwehren. Sicherlich mag man von einem moralischen Standpunkt aus das Verhalten westlicher Staaten eher gutheißen als die Ambitionen des Terror verbreitenden Saddam Hussein, doch ändert dies nichts daran, daß die Perspektiven westlicher Staaten eben nicht durchgängig legitim sind.

Eine Lösung des Konflikts müßte – dies wurde bereits dargelegt - eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Strukturen der internationalen Beziehungen zur Grundlage haben. Und hier ist auch der Islam von Bedeutung. Der Islam hat, dies wurde bereits gezeigt, mit dem aktuellen Irak-Konflikt nicht direkt etwas zu tun. Die Religion wurde und wird von westlichen Staaten am Rande, vom Irak häufiger, instrumentalisiert, um Feindbilder nach außen und nach innen den Zusammenhalt der Bevölkerung zu stärken. Zunächst einmal ist auch diese Instrumentalisierung Bestandteil der internationalen Beziehungen, so daß sie im Zuge einer Auseinandersetzung mitberücksichtigt werden muß. Hinzu kommt, daß die irakische Bevölkerung sich in der Mehrheit zum Islam bekennt. Auseinandersetzung ist – und dies wurde bereits im Rahmen der Identitätstheorie erläutert – auf Erkennen und Verstehen angewiesen, so daß der Aspekt der Religion, auch wenn sie in westlichen, demokratischen Gesellschaften inzwischen von untergeordneter Bedeutung ist, berücksichtigt werden muß. Es geht also nicht nur um den Islam an sich, sondern um die Notwendigkeit, eine Gesamtperspektive zu entwickeln.

7.2	Islamische Kultur zwischen Konfrontation mit der westlichen Welt und der Hoffnung auf Wandel am Beispiel Iran
------------	--

Das Beispiel Iran unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den Perspektiven des Irak, obwohl auch der Iran zumindest partiell unter einem Aspekt der Bedrohung zu sehen ist. Im Gegensatz zum Irak droht der Iran jedoch nicht einem Teil der Welt mit einem immensen Waffenarsenal. Vielmehr hat der Mykonos-Prozeß, der im Jahre 1997 zu Ende geführt wurde, offenbart, daß die iranische Regierung ihren Gegnern nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Ausland mit Terroranschlägen zusetzt. Somit werden europäische Länder – und im Fall Mykonos speziell die Bundesrepublik Deutschland – in inneriranische Auseinandersetzungen verwickelt. Daraus resul-

tiert eine aufgrund der Situation erzwungene Stellungnahme des politischen Diskurses in Deutschland zu den Verhältnissen im Iran.

Ein weiterer interessanter Aspekt im Hinblick auf den Iran sind die Präsidentschaftswahlen, die dort 1997 stattfanden. Die Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen illustriert, wie im deutschen Mediendiskurs die bisherige Politik des Iran, sowohl was die innere Situation des Landes als auch was die Außenpolitik betrifft, unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung des Islam gesehen wird. Die Hoffnung auf einen Präsidentenwechsel seitens westlicher Beobachter zeigt zudem, welche Erwartungen die westliche Welt und speziell Deutschland im Hinblick auf die weitere Entwicklung innerhalb des Iran haben.

Der Iran verfügt genauso wie der Irak nicht über demokratische Strukturen, so daß die Bevölkerung Repressionen ausgesetzt ist. In diesem Zusammenhang soll die grundsätzliche Haltung des Westens beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland zur Innen- und Außenpolitik des Iran untersucht werden. Dabei wird es vor allem darum gehen zu überprüfen, welche Perspektiven der Moral sowie der Eigeninteressen und welcher Begriff von (Menschen-)Rechten zum Ausdruck gebracht werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage, welche Bedeutung dem Islam innerhalb dieser Betrachtungsperspektive beigemessen wird.

7.2.1 Islamische Gefahrenpotentiale in der Bundesrepublik Deutschland als Folge des Mykonos-Prozesses

Als Folge des Mykonos-Prozesses wurde die Bundesrepublik Deutschland verstärkt mit Drohungen aus islamistischen Kreisen konfrontiert. Die Darstellung dieser Bedrohungslagen sowie die Art und Weise, wie damit im politischen und im medialen Diskurs umgegangen wird, sollen im folgenden näher betrachtet werden.

Unter der Überschrift „Wir müssen Racheaktionen befürchten“⁹⁴⁹ berichtet die „Welt am Sonntag“ über den Terrorismus in Deutschland. Interessant ist, daß im Artikel selbst darauf hingewiesen wird, daß die Gewalttaten ausländischer Extremisten in der Bundesrepublik rückläufig sind, aber dennoch in der Überschrift dieser Aspekt herausgegriffen wird. Im Artikel selbst wird die aus dem Mykonos-Prozeß resultierende Gefahrenlage wie folgt von Verfassungsschutz-Präsident Peter Frisch dargestellt:

„Eine große Gefahr sehe ich für die nächsten Jahre im islamistischen Extremismus, der schon bisher für viele Anschläge in der Welt verantwortlich ist. Ein solcher Anschlag wird derzeit im Berliner Mykonos-Prozeß verhandelt. Für den Fall einer Verurteilung der Angeklagten und der Nennung von iranischen

⁹⁴⁹ Vielain, Heinz: „Wir müssen Racheaktionen befürchten“, Welt am Sonntag 2.3.1997 (IRAN-W-1)

Politikern als Urheber müssen wir Racheaktionen durch dem Iran nahestehende Gruppen oder Einzelpersonen befürchten.“⁹⁵⁰

Diese Äußerung ist von einem hohen Allgemeinheitsgrad. Es werden keine Zahlen zu Anschlägen durch islamistische Extremisten genannt, so daß die Bedrohungslage in ihrem Ausmaß überhaupt nicht einschätzbar ist.

Von der allgemeinen Bedrohung durch islamistische Extremisten wird übergegangen zum speziellen Fall Mykonos-Prozeß sowie damit implizit einhergehend zum Iran. Damit entsteht eine Assoziationskette, die das allgemeine Phänomen islamistischer Extremismus am Beispiel Iran spezifiziert, so daß eine wechselseitige Verbindung von Extremismus und Iran erkannt werden kann. Diese Gleichsetzung wird allerdings wieder relativiert, wenn davon die Rede ist, daß Anschläge von dem Iran nahestehenden Gruppen oder Einzelpersonen zu erwarten sind, denn hier wird explizit nicht mehr der Staat Iran als Verursacher gesehen, sondern Personenkreise, die aller Wahrscheinlichkeit von einem Staat kaum zu kontrollieren sind, so daß die Rolle des iranischen Staates an dieser Stelle im Hinblick auf terroristische Aktivitäten wiederum relativiert wird.

Da jedoch der iranische Staat im Prozeß selbst eine Rolle spielt, steht er dennoch in einem direkten Zusammenhang mit dem Terrorismus. Im Mykonos-Prozeß soll nach den rechtsstaatlichen Prinzipien einer Demokratie Recht gesprochen werden. Die Annahme, daß ein solcher Richterspruch mit Gewalttaten beantwortet werden könnte, legt den Schluß nahe, daß im Iran demokratische Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit nicht anerkannt werden.

Im Vorfeld der Urteilsverkündung waren die Drohungen des Iran gegenüber Deutschland massiv, und auch die deutsche Regierung bereitete sich auf eine Konfrontation und auf Maßnahmen gegen den Iran vor:

„Sicherheitsexperten der Bundesregierung fürchten ... Anschläge und Geiselnahmen. Regierung, Opposition und Wirtschaftsverbände entwickelten ... zahlreiche Krisenszenarien. Der diplomatische Kanon reicht von der Protestnote über die gezielte Ausweisung von Botschaftsangehörigen bis zum – allerdings unwahrscheinlichen – offiziellen Abbruch der Beziehungen. ... Schon jetzt hat Teheran eine mächtige Drohkulisse aufgebaut. Das Mykonos-Urteil, warnt der iranische Parlamentspräsident Nategh Nuri, könne ‚zu einer Krise der bilateralen Beziehungen‘ führen. Die ‚nationalen Interessen Deutschlands‘ seien ernsthaft gefährdet. ‚Man beleidigt uns nicht ungestraft‘, droht ein hoher iranischer Diplomat. ‚Das hat Konsequenzen in der gesamten islamischen Welt.‘ Religionsführer Ali Chamenei nahm an Sitzungen einer religiösen Sonderkommission teil, deren Mitglieder die Bildung von Komitees zur ‚Bestrafung der Gottesfeinde in Deutschland‘ vorgeschlagen haben.“⁹⁵¹

Seitens der Bundesregierung erscheint es notwendig, sich auf Drohungen des Iran vorzubereiten und über Konsequenzen eines Urteils gegen die iranische Regierung zu diskutieren. Einen Verstoß gegen das Völkerrecht kann ein Staat schlecht unkommentiert lassen, da er sich sonst in eine Position der Unterlegenheit manövriert. Der Iran wiederum ist geradezu gezwungen, verbal in die

⁹⁵⁰ IRAN-W-1

⁹⁵¹ o.A.: Angst vor dem Urteil, Der Spiegel 7.4.1997, S. 40-43 (IRAN-S-7): 40

Offensive zu gehen, da ein Urteil mit Verweis auf eine Beteiligung der iranischen Regierung an dem Anschlag Auswirkungen auf die Reputation des Iran im internationalen Staatensystem hat. Der Verweis des Parlamentspräsidenten, daß ein entsprechendes Urteil eine Beleidigung darstellen würde, impliziert, daß es im Ermessen der deutschen Richter liege, ob die bestehende Konfrontation eskaliert. Implizit ist er ein Aufruf an die deutsche Regierung, einen solchen Affront zu verhindern. Der Hinweis, daß ein für den Iran negatives Urteil Auswirkungen auf die gesamte islamische Staatenwelt haben würde, ist ein Versuch, den bilateralen Konflikt zu internationalisieren. Dieser Versuch lenkt von einer Urheberschaft des Iran ab. Wie der weitere Verlauf der Konfrontation zeigen wird, ist dieses wechselseitige Drohungsszenario ein längerfristiger Schlagabtausch, dem kaum politische Konsequenzen folgen.

Es zeigen sich schon vor der Urteilsverkündung Anzeichen dafür, daß der Iran den Prozeß als gegen den Islam gerichtet auffaßt. Auch das Urteil selbst wird dann in diesem Sinne interpretiert. So zitiert die „Welt am Sonntag“ den iranischen Präsidenten Rafsandschani wie folgt:

„Das Urteil hat die Herzen von Millionen Iranern und der Muslime der Welt gebrochen. Es wird nicht so schnell vergessen werden, und es wird nicht ohne Antwort bleiben...“⁹⁵²

Mit dieser Äußerung wird das Urteil von der Rechtsebene auf eine emotionale und religiöse Ebene transponiert.

Die deutschen Behörden hatten im Vorfeld der Urteilsverkündung bereits die religiösen Konnotationen, die ein Urteil gegen den Iran haben könnte, in Erwägung gezogen:

„Würden die Berliner Richter ... den religiösen Führer Chamenei und Staatspräsident Haschemi Rafsandschani als Drahtzieher des Attentats benennen, müsse mit ‚Rache für Beleidigung des Islam‘ gerechnet werden. ... ‚Ein Konflikt mit einem islamischen Staat‘, warnt der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, könnte auch in Deutschland ‚wirklich gefährlich werden‘.“⁹⁵³

Interessant an dieser Äußerung ist, daß der Verfassungsschutz nicht sagt, ein Konflikt mit dem Iran könne gefährlich werden, sondern daß er von einem Konflikt mit einem islamischen Staat spricht. Auch im politischen Diskurs in Deutschland werden also die vom Iran bereits angeführten religiösen Konnotationen der Konfliktlage aufgegriffen. Für die spätere Betrachtung der Wirtschaftsbeziehungen zum Iran ist diese Betrachtungsperspektive von besonderer Bedeutung. Der politische Diskurs bezieht sich im Zusammenhang mit einer bestehenden Konfliktlage explizit auf religiöse Hintergründe, während diese im Rahmen von Wirtschaftsbeziehungen ausgeblendet werden.

Die „Welt am Sonntag“ berichtet im Hinblick auf die Rüstungsbestrebungen des Iran von in Deutschland bestehenden Netzwerken zur Beschaffung von Waffen:

⁹⁵² o.A.: Bundesanwaltschaft prüft weitere Schritte gegen Iran, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 3 (IRAN-W-2)

⁹⁵³ IRAN-S-7: 42

„Nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes (BND) laufen in Deutschland auch die Fäden eines iranischen Netzes für die Beschaffung von Rüstungsgütern zusammen. Die Generalbundesanwaltschaft versucht derzeit, Licht in die Strukturen dieses Netzes zu bringen. BND, Verfassungsschutzamt sowie Bundes- und Zollkriminalamt tauschten kürzlich ihre Erkenntnisse über den dunklen Handel aus. In einer internen Dokumentation heißt es, mehr als 100 deutsche Firmen unterstützten das Mullah-Regime illegal bei der Aufrüstung mit modernster Waffentechnik.“⁹⁵⁴

Im Gegensatz zur Berichterstattung über den Irak wird im Hinblick auf die iranischen Waffenbestrebungen kein Bedrohungsszenario entworfen. Dies könnte daran liegen, daß über das Ausmaß der iranischen Aufrüstungsbestrebungen noch keine ausreichenden Erkenntnisse vorliegen.

Für diese These spricht ein weiterer Artikel der „Welt am Sonntag“, der über den Stand der deutschen Ermittlungen zur iranischen Aufrüstung informiert:

„Nach Informationen von Welt am Sonntag erhalten westliche Geheimdienste, auch der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND), zunehmend Hinweise darauf, daß die iranische Führung offenbar mit Unterstützung aus Rußland aufrüsten will. Der Iran sei insbesondere auch an finanzieller Beteiligung und technischer Hilfe beim Bau von Langstreckenraketen interessiert, die auch für den Abschluß atomarer Sprengkörper geeignet sind. Wie Welt am Sonntag erfuhr, hat sich der Auswärtige Ausschuß des Bundestags bereits mit dieser bedrohlichen Entwicklung beschäftigt.“⁹⁵⁵

Solange nicht abzuschätzen ist, mit welcher konkreten Bedrohung zu rechnen ist, wird weder vom politischen Diskurs noch im Mediendiskurs ein umfassendes Bedrohungsszenario entworfen.

Im Laufe der Ermittlungen wird konkretisiert, welche Gefahren vom Iran ausgehen beziehungsweise welche Waffen das Land tatsächlich besitzt:

„Nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat der Iran seit dem letzten Jahr im Bereich der Chemiewaffen und bei den Raketen-Programmen erheblich aufrüstet. Sowohl bei konventionellen als auch bei den Massenvernichtungswaffen habe er am Golf ‚Führungsanspruch‘ erreicht, heißt es in BND-Berichten ... Der Iran verfügt derzeit über mehr als zehn Tankerflugzeuge. Die etwa 100 Kampfflugzeuge können dadurch bis zu 1.700 Kilometer entfernte Ziele angreifen, also alle Länder des Nahen Ostens. In diesem Zusammenhang wird auf das ... iranische Großmanöver am Golf unter dem Namen ‚Straße nach Jerusalem‘ verwiesen, an dem 200.000 Soldaten teilnahmen. Iran betreibt ein umfangreiches Nuklearprogramm, das die Entwicklung und den Bau von Kernwaffen ermöglichen soll. In den nächsten fünf Jahren wird Teheran jedoch noch nicht über ausreichende technische Möglichkeiten zur Herstellung von Atomwaffen verfügen.“⁹⁵⁶

„Die Zeit“ schildert ebenfalls in einem Artikel, auf welchem Stand sich die Aufrüstung des Iran befindet:

„Das Land besitzt Scud-B und Scud-C aus nordkoreanischen Beständen, ebenso die Kurzstreckenrakete CSS-8 aus China. Der Iran betreibt sogar ein eigenes Entwicklungsprogramm für Raketen mit Reichweiten von 1300 (Shihab-3) und 2000 Kilometern (Shihab-4); darüber hinaus bemüht sich die Regierung um den Erwerb der Langstreckenrakete Nodong aus Nordkorea und baut für deren Stationierung angeblich ein Tunnel- und Bunkersystem am Persischen Golf.“⁹⁵⁷

Diese Ausführungen beinhalten mehrere Dimensionen. Zum einen wird deutlich, daß das iranische Waffenpotential längst nicht so umfangreich ist wie das Waffenarsenal des Irak. Weiterhin zeichnet sich keine direkte Bedrohung der westlichen Welt ab. Das beschriebene Manöver ist eine

⁹⁵⁴ Vielain, Heinz: Vier Zentren des Iran-Geheimdienstes in Deutschland, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 34 (IRAN-W-7)

⁹⁵⁵ o.A.: Kinkel fordert von Teheran Sicherheit für Deutsche, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 2 (IRAN-W-8)

⁹⁵⁶ Vielain, Heinz: Geheimdienst warnt: Iran entwickelt Atomwaffen, Welt am Sonntag 27.4.1997, S. 4 (IRAN-W-9)

⁹⁵⁷ Randow, Gero von: Eine neue Spirale des Schreckens, Die Zeit 28.11.1997, S. 49 (IRAN-Z-26)

Provokation Israels, und die iranischen Kampfflugzeuge können bisher nur Ziele im Nahen Osten erreichen. Die Sicherheit westlicher Staaten ist also anscheinend noch nicht gefährdet, so daß der Westen entsprechend verhalten reagiert.

Interessant ist natürlich auch die Tatsache, daß – ähnlich wie im Fall Irak – nicht darauf eingegangen wird, woher das iranische Waffenpotential im Detail resultiert. So waren die Vereinigten Staaten zu Zeiten des Schah-Regimes bereits seit den vierziger Jahren ein nicht zu unterschätzender Waffenlieferant des Iran.⁹⁵⁸ Kredite für den Kauf von Waffen sowie militärische Kooperation und Unterstützung bildeten die Anfänge zu Schah-Zeiten, da die Vereinigten Staaten sich über den Iran Einfluß im Nahen Osten sichern wollten.⁹⁵⁹ In den fünfziger Jahren trugen die Vereinigten Staaten gezielt zur Stärkung des Schah-Regimes bei. Der CIA war am Aufbau des Geheimdienstes Savak beteiligt und bildete dessen Mitglieder mit aus. Im Zeitraum von 1953 bis 1961 erhielt der Iran aus amerikanischen Quellen Militärhilfe in Höhe von 436 Millionen Dollar, die zu hundert Prozent aus Schenkungen bestand.⁹⁶⁰

Auch die Bundesrepublik war während der Herrschaft des Schah-Regimes an der militärischen Aufrüstung des Iran beteiligt. Unterstützung erfolgte vor allem durch die Lieferung von Produktionsanlagen für die Rüstungsfertigung sowie durch entsprechende Ausbildungshilfe:

„Schon 1966 schloß Bonn ein Militärhilfeabkommen über 22 Mill. DM mit dem Schah ab, dem 1969 ein weiteres in Höhe von 18 Mill. DM folgte. 1974 erhielt der Iran die höchste Militärhilfe, die die BRD einem anderen Land gewährte. Weiterhin rüstete die Bundesregierung die Armee des Schah mit 10.000 G-3-Gewehren, 1.000 Maschinengewehren MG 42, panzerbrechenden Raketen und Minensuchbooten aus, die selbstverständlich aus bundesdeutschen Steuermitteln bezahlt wurden. Seit Beginn der siebziger Jahre trat der Export ganzer Rüstungsproduktionsstätten in den Vordergrund.“⁹⁶¹

Diese Waffenlieferungen erfolgten zwar zu einer Zeit, als eine islamische Revolution noch nicht absehbar war, doch ist es auch bezeichnend, daß sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von der Bundesrepublik Deutschland ein Regime unterstützt wurde, dessen Menschenrechtsverletzungen bekannt waren. Diese historischen Bezüge werden im aktuellen politischen Diskurs anscheinend bewußt ausgeklammert, denn sie illustrieren die Doppelmoral, mit der westliche Staaten in den internationalen Beziehungen agieren.

Die Mitverantwortung der Vereinigten Staaten beim Aufbau des iranischen Geheimdienstes, der in der islamischen Republik von Chomeini und seinen Anhängern noch ausgebaut wurde, trägt dazu bei, daß westliche Staaten in den Augen der iranischen Bevölkerung, die noch heute unter dem Repressionsapparat leidet, diskreditiert werden.

⁹⁵⁸ Dieser Aspekt wird in der aktuellen Diskussion, die die Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Iran führen, nicht erwähnt.

⁹⁵⁹ vergl. Ritter, Wolfgang (1979): Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes, Frankfurt 1979: 33f

⁹⁶⁰ vergl. Ritter (1979): 41f

⁹⁶¹ Ritter (1979): 196f

Interessant ist, daß verschiedene Institutionen der Bundesrepublik Deutschland in der Angelegenheit tätig werden. Im Falle des Irak wurde ja gezeigt, daß ebenfalls Erkenntnisse über die Unterstützung des Hussein-Regimes seitens deutscher Firmen vorliegen, doch wurde in diesem Zusammenhang bis auf den Verweis auf laufende Prozesse nicht über Gegenreaktionen aus deutschen politischen Kreisen berichtet. Es scheinen also im politischen Diskurs keine grundsätzlichen Perspektiven im Hinblick auf die Rüstungsbestrebungen im Nahen Osten entwickelt und durchgesetzt zu werden, sondern Handlungen orientieren sich eher an aktuellen Gegebenheiten und im Zuge einer nationalen Betroffenheit.

Mit dem Iran scheint auf politischer Ebene zumindest ansatzweise eine Kommunikation über Bedrohungslagen stattzufinden:

„Kinkel erklärte ..., die Bundesregierung nehme die iranische Führung weiterhin beim Wort. Die Drohung der Extremisten, Selbstmordkommandos zu entsenden, werde ernstgenommen, sagte Kinkel weiter. Dennoch müsse niemand in Deutschland Angst vor Anschlägen haben, da diese Kommandos ‚angeblich nur auf Weisung der Regierung handeln‘. Es müsse im Interesse der iranischen wie der deutschen Regierung liegen, keine Eskalation des Konfliktes zuzulassen, betonte Kinkel.“⁹⁶²

Es existieren also Anzeichen dafür, daß die iranische Regierung kein Interesse daran hat, daß der Konflikt eskaliert. Die Bemerkung, daß Selbstmordkommandos angeblich nur auf Weisung der Regierung handeln und die Folgerung, daß in Deutschland keine akute Gefahr bestehe, legt diesen Schluß nahe, auch wenn er nur auf einer Deutung der Situation durch Kinkel basiert.

Gleichzeitig beinhalten die Deutungen Kinkels auch einen direkten Widerspruch. Alleine die Existenz von Selbstmordkommandos, über die die iranische Regierung anscheinend eine Art Weisungsbefugnis ausübt, zeigt, welche Gefahr tatsächlich von der iranischen Staatsführung ausgeht. Kinkel neutralisiert in seiner Argumentation dieses Gefahrenpotential, indem er sich auf Aussagen der Regierung beruft. Dieser offensichtliche Widerspruch wird vom Mediendiskurs transportiert, ohne daß er kritisch analysiert würde.

Es stellt sich die Frage, welche Interessen Kinkel mit der argumentativen Nivellierung der real bestehenden Gefahr verfolgt. Betrachtet man das Ausmaß des Konflikts, nämlich die Tatsache, daß ein Staat des Terrorismus auf fremdem Territorium angeklagt ist, so liegt der Schluß nahe, daß im deutschen politischen Diskurs beabsichtigt wird, durch eine argumentative Verschleierung des Tatbestandes politische Konsequenzen zu verhindern, um weiterhin Beziehungen zum Iran aufrechterhalten zu können.

Der Iran signalisiert dem Westen gegenüber eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft. So berichtet „Der Spiegel“ über die künftig zu erwartende iranische Außenpolitik folgendes:

„Seit er als künftiger Staatspräsident gehandelt wird ..., gibt sich der Falke Nuri betont mild, zumindest was den künftigen außenpolitischen Kurs seines Landes anbelangt. Er wolle zwar ‚die Werte der islami-

⁹⁶² IRAN-W-8

schen Revolution‘ verteidigen; doch zugleich werde er die Zusammenarbeit mit Europa fortsetzen und ausbauen. Nuri beteuert: ‚Ich bin kein radikaler Fanatiker.‘ Kritische Iraner wie der Dichter Maroufi trauen den Versprechungen des voraussichtlich neuen Staatschefs nicht. ‚Dem Westen gegenüber frißt er Kreide‘, glaubt der Schriftsteller, ‚daheim aber fährt er dann einen harten Kurs.‘ Maroufi hat denn auch ‚wenig Hoffnung auf eine bessere Zukunft‘ für sein Land.⁹⁶³

Dem Westen wird also von iranischer Seite versichert, daß er keine Bedrohung zu erwarten hat, sondern daß der Iran gewissermaßen Partnerschaft und Kooperation anstrebt.

Die Aussagen des damaligen deutschen Außenministers Kinkel werfen ein Licht auf die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung in der Angelegenheit. Die Bundesrepublik scheint ein erhebliches Interesse an weiteren (guten) Kontakten zum Iran zu haben, denn anders läßt sich kaum erklären, warum die Existenz von Selbstmordkommandos, die auf Weisung der iranischen Regierung Anschläge ausführen, nicht mit einer direkten Kritik oder Konfrontation durch die deutsche Regierung beantwortet wird. Die Gefahren, denen die iranische Bevölkerung im In- und Ausland ausgesetzt sind, scheinen außerdem für die deutsche Haltung gegenüber dem Iran überhaupt keine Rolle zu spielen.

Die eher als zwiespältig einzuschätzende Perspektive, die die deutsche Regierung verfolgt, zeigt sich auch anhand der politischen Reaktionen auf die Ermittlungen im Mykonos-Prozeß:

„Als die Strafverfolger im November 1995 einen Haftbefehl gegen Geheimdienstminister Fallahian beantragen wollten, legte Bonn Karlsruhe Zurückhaltung nahe. Ein Festnahmebeschluß, argumentierten Geheimdienste und Außenministerium, könnte zu gewalttätigen Aktionen gegen Deutsche führen. Mit einem ‚atmosphärischen Horrorgemälde‘, so einer der Ermittler, wollte die Bundesregierung die Anwendung des Paragraphen 153c der Strafprozeßordnung erreichen. Danach kann der Generalbundesanwalt bei bestimmten Straftaten von der Verfolgung absehen, wenn die ‚Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland‘ besteht.“⁹⁶⁴

Diese im Vorfeld des Prozesses geäußerten Bedenken wurden von Außenminister Kinkel nach der Urteilsverkündung wieder relativiert.

Ein wichtiger Punkt für die zögerliche und unentschiedene Haltung der Bundesregierung ist sicherlich die Tatsache, daß eher davon auszugehen ist, daß sich Anschläge des Iran gegen iranische Oppositionelle richten und nicht gegen die deutsche Bevölkerung. Für Iraner im Ausland scheint die bestehende Bedrohungslage sehr ernst zu sein:

„Allein in den ersten fünf Monaten 1996 sollen Teherans Agenten nach Erkenntnissen der Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments weltweit elf Regimegegner getötet haben.“⁹⁶⁵

Trotz dieser Hinweise und des Urteils im Mykonos-Prozeß scheint die Bundesregierung weiteren Kontakten zum Iran Priorität einzuräumen.

⁹⁶³ o.A.: Atmosphäre der Angst, Der Spiegel 30.12.1996, S. 104-107 (IRAN-S-1): 107

⁹⁶⁴ IRAN-S-7: 43

⁹⁶⁵ IRAN-S-1: 104

Diese Einschätzung wird vom „Spiegel“ mit einem Artikel über die Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes und des Verfassungsschutzes im Umfeld der Urteilsverkündung indirekt belegt:

„Mit dem Großeinsatz der Dienste gab die Bundesregierung ... auch zu erkennen, daß sie über Jahre hinweg ein falsches Spiel getrieben hat. Wider alle Vernunft und entgegen allen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hatte Bonn bis zuletzt behauptet, für staatsterroristische Aktionen des Teheraner Mullah-Regimes in Deutschland gebe es keine handfesten Belege. Als ‚völlig unbewiesen‘ und ‚pure Spekulation‘ hatte Kohls Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer (CDU) die Indizien kleingere-det.“⁹⁶⁶

Von der Bundesregierung wurden also durchaus Gefahren gesehen. Die Tatsache, daß sowohl während des Prozesses als auch nach der Urteilsverkündung zwar bisweilen auf diese möglichen Gefahren eingegangen wird, aber dennoch angenommen wird, daß keine konkrete Bedrohung vorliege, unterstreicht die Einschätzung, daß im politischen Diskurs nicht gewollt wird, daß Bedrohungen existieren.

Die innere Sicherheit sowie die Sicherheit deutscher Staatsbürger im Iran spielen allerdings für die Bundesregierung durchaus eine Rolle:

„Das politische Bonn ist nervös. Die Bundesregierung fürchtet, daß die forschen Strafverfolger wegen der Mykonos-Morde weitere Verfahren gegen die Teheraner Staatsspitze einleiten. In einem vertraulichen Dossier hat das Bundeskriminalamt (BKA) nach dem Berliner Richterspruch die Sicherheitslage ohnehin bereits als ‚tendenziell verschärft‘ eingestuft. Im Zuge der Demonstrationen vor der deutschen Botschaft in der iranischen Hauptstadt könne es ‚zu gewaltsamen Übergriffen‘ kommen. ‚Auch die Erstürmung der deutschen Botschaft in Teheran wäre dann nicht gänzlich auszuschließen.“⁹⁶⁷

Vor diesem Hintergrund soll geprüft werden, ob als Folge des Mykonos-Urteils weitere Ermittlungen seitens deutscher Behörden anzustellen sind. Der Wille der Bundesregierung ist es dabei, weitere Aktionen gegen die iranische Führung zu unterlassen.

Der Verzicht auf rechtsstaatliche Mittel der inneren Sicherheit wegen oder aufgrund anderer politischer Interessen wird vom „Spiegel“ scharf kritisiert. So führt die Zeitschrift einen Fall aus Österreich an, wo iranischen Terroristen nach einem Mordanschlag die Ausreise erlaubt wurde.⁹⁶⁸ Auch französische Behörden scheinen sich von der iranischen Regierung unter Druck setzen zu lassen.⁹⁶⁹ Auf die grundsätzliche Strategie der Bundesregierung gegenüber dem Iran, auf die Rechts- und Moralvorstellungen, die hierbei eine Rolle spielen, sowie auf die Interessen, die vertreten werden, wird später noch einzugehen sein.

Grundsätzlich trägt das Mykonos-Urteil zu einer neuen Polarisierung zwischen dem Iran und der westlichen Welt bei. So berichtet „Der Spiegel“ vor den Präsidentschaftswahlen über die Haltung im Iran folgendes:

⁹⁶⁶ o.A.: Der Wille zur Wahrheit, Der Spiegel 14.4.1997, S. 22-26: 22

⁹⁶⁷ o.A.: Schweigen und prüfen, Der Spiegel 21.4.1997, S. 117 (IRAN-S-11)

⁹⁶⁸ o.A.: Nur kein Aufsehen, Der Spiegel 28.4.1997, S. 154-155 (IRAN-S-13)

⁹⁶⁹ vergl. IRAN-Z-10

„Der Machtwechsel vollzieht sich in einer für die Regierung besonders angespannten Lage. An den Boykott durch die Weltmacht Amerika hatte sich Teheran gewöhnt. Doch seit die Mullahs nach dem Berliner Mykonos-Urteil auch vom dialogbereiten Europa geschnitten werden, wähnt sich die Führung mehr denn je von fremden Mächten eingekreist. Das Trauma, allein gegen die Welt zu stehen, prägt die schiitischen Moslems, seit der von ihnen verehrte Imam Hussein im Jahre 680 nach Christus von den Umajjaden aus Damaskus gemeuchelt wurde. ... Soviel scheint sicher: Eine ‚Offensive des Lächelns‘, wie Regierungsvertreter den Pragmatismus Rafsandschanis nannten, wird so schnell kein Staatschef wagen ... Vor allem in seiner ersten Amtszeit hatte Rafsandschani eine behutsame Hinwendung zum Westen propagiert, um das Land aus der Isolation herauszuführen.“⁹⁷⁰

Vor diesem Hintergrund wird die Haltung der Bundesregierung, die weiterhin die Kontakte zum Iran pflegen möchte, teilweise verständlich, denn weitere Ermittlungen von deutscher Seite würden die skizzierte Polarisierung noch verschärfen. Andererseits muß deutlich gesehen werden, daß im Falle Mykonos ja vom iranischen Staat eine Aggression ausging, so daß Iran die folgende Konfrontation selbst verschuldet hat.

Ein Angriff auf einen amerikanischen Stützpunkt in Saudi-Arabien, für den eine schiitische Terrorgruppe und ein iranischer Beamter verantwortlich sein sollen, verdeutlicht, daß der Iran anscheinend gezielt und regelmäßig mit Terror gegen westliche Staaten vorgeht und die Konfrontation sucht.⁹⁷¹

7.2.2 Iranische Innenperspektiven und Bedeutung des Islam

Wenn man die Themenschwerpunkte der einzelnen Zeitungen im Hinblick auf die Berichterstattung über den Iran vergleicht, zeigt sich eine interessante Tendenz. Die „Welt am Sonntag“ beispielsweise legt, wie im vorigen Punkt deutlich wurde, den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung auf die Perspektive der Bedrohung und Konfrontation. Betrachtet man hingegen die Darstellung der Innenperspektive des Iran, so ist bei diesem Aspekt „Die Zeit“ führend in der Berichterstattung. Die Betrachtung des Islam beziehungsweise Anspielungen auf die religiöse Sphäre, sind dagegen in allen drei untersuchten Medien in etwa gleichem Umfang vertreten.

Die „Welt am Sonntag“ geht vor allem darauf ein, inwiefern iranische Politiker in den im Mykonos-Prozeß verhandelten Terroranschlag verstrickt sind. Die Rolle des iranischen Geheimdienstes sowie des Religionsführers wird allerdings nur umrissen, ohne daß die inneriranischen politischen Verhältnisse näher dargestellt würden.⁹⁷² In einem weiteren Artikel zitiert die „Welt am Sonntag“ den damaligen Außenminister Kinkel wie folgt:

⁹⁷⁰ o.A.: Für Allah und gegen den Westen, Der Spiegel 19.5.1997, S. 154-156: 154

⁹⁷¹ Schwelien, Michael: „Wichtige Ziele zerstören“, Die Zeit 18.4.1997, S. 5 (IRAN-Z-8)

⁹⁷² vergl. IRAN-W-2

„Die in der Urteilsbegründung festgestellte Beteiligung staatlicher iranischer Stellen an dem bewaffneten Anschlag auf das Restaurant ‚Mykonos‘ in Berlin stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar.“⁹⁷³

Auf politische Hintergründe und die Situation im Iran geht die „Welt am Sonntag“ in diesem Zusammenhang hingegen nicht ein.

Lediglich im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen beleuchtet die „Welt am Sonntag“ auch die innenpolitische Lage im Iran. Der Wahlsieg des als liberal eingestuften Geistlichen Mohammad Chatami wird, was eine positive Veränderung der iranischen Politik betrifft, zunächst relativiert, da die Richtlinien der Politik im Iran nach wie vor hauptsächlich vom religiösen Oberhaupt bestimmt würden.⁹⁷⁴

Die konkreten politischen Perspektiven Chatamis werden vor diesem Hintergrund wie folgt dargestellt:

„Von Chatami wird die Fortsetzung der vorsichtigen Öffnungspolitik erwartet, wie sie Rafsandschani praktizierte. Darüber hinaus sieht er jedoch Reformbedarf in der Jugend- und Frauenpolitik. Zudem will er sich für mehr Toleranz in der Gesellschaft, für Pressefreiheit und für eine freiere Entwicklung der Literatur einsetzen. ... Der Geistliche ... repräsentiert in Iran den liberaleren Flügel islamischer Politik. Der weltoffene Gelehrte wird vor allem von intellektuellen Kreisen und vielen pragmatischen Technokraten unterstützt ...“⁹⁷⁵

Die allgemeine Tendenz dieser Aussagen läßt darauf schließen, daß von dem neuen Präsidenten eine Reformpolitik zu erwarten ist, die die inneriranischen Verhältnisse sowie die außenpolitischen Beziehungen des Iran verbessert. Hinweise in der Überschrift wie „Irans künftiger Präsident leitete das Islam-Zentrum in Hamburg“ und „Vor 19 Jahren lernte er Deutsch“⁹⁷⁶ deuten an, daß der bisherige Werdegang des Präsidenten durchaus Ansatzpunkte für eine politische Auseinandersetzung bietet. Dieser Ausschnitt aus der Berichterstattung ruft positive Assoziationen im Hinblick auf den Iran hervor, doch da die Hintergründe der iranischen Situation nicht beleuchtet werden, wird kein umfassendes Bild des Iran vermittelt. Der fehlende Kontext verhindert ein wirkliches Verstehen der Vorgänge im Iran.

„Der Spiegel“ hingegen betrachtet die inneriranischen Verhältnisse bereits lange vor den Präsidentschaftswahlen und geht auf die Situation der Repression ein, die von dem herrschenden Regime zum Teil gegen den Willen der Bevölkerung geschaffen wird. Eine Überschrift beschreibt beispielsweise eine „Atmosphäre der Angst“⁹⁷⁷ und führt aus:

„Zensiert, verfolgt, verhaftet – im Gottesstaat wehren sich Künstler und Intellektuelle gegen die rigorose Bevormundung durch die Mullahs.“⁹⁷⁸

⁹⁷³ Inacker, Michael J.: „Eklatanter Verstoß gegen Völkerrecht durch Iran“, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 3 (IRAN-W-3)

⁹⁷⁴ vergl. o.A.: Irans künftiger Präsident leitete das Islam-Zentrum in Hamburg, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 3 (IRAN-W-11)

⁹⁷⁵ IRAN-W-11

⁹⁷⁶ vergl. IRAN-W-11

⁹⁷⁷ IRAN-S-1: 104

⁹⁷⁸ IRAN-S-1: 104

Die Auswirkungen auf die geistige Verfassung der Intellektuellen und dabei auch auf das geistige Klima innerhalb des Iran sind bei diesem Bedrohungs- und Verfolgsszenario beträchtlich. So beschreibt der iranische Schriftsteller Golschiri eine allumfassende Bedrohung:

„Wir haben nichts mehr, erschöpft und ruiniert sind Geist und Körper. Irgendwann in der Nacht könnten wir ums Leben kommen, bei einem Verkehrsunfall oder durch Messerstecher in der Dunkelheit.“

„Die Zeit“ präzisiert die Auswirkungen der von der iranischen Staatsführung ausgeübten Gewalt gegen Intellektuelle. Sie zitiert aus einem Brief des gefolterten Schriftstellers Faradsch Sarkuhi, der mehrfach verschleppt worden war. Nach einer Verhaftung

„setzten furchtbare Quälereien und Druck auf mich ein. Nie wird jemand meine moralische und psychische Verfassung begreifen können. Ich war zum Tode verurteilt - ohne jegliche Hoffnung. Ich war kein offizieller Gefangener, ich galt als verschollen. Meine Lage war anders als die jedes anderen Gefangenen, sogar eines zum Tode Verurteilten. Denn ein legal verurteilter Gefangener kann auf Gnade hoffen. Mein Tod aber war endgültig und unwiderruflich beschlossen. Ich habe den Schmerz und die Qual eines lebendig Begrabenen empfunden. Unter dem körperlichen und psychischen Druck brach ich zusammen. Ich war erledigt, ruiniert, vernichtet. Sie begannen mit dem Verhör.“⁹⁷⁹

Alleine diese wenigen Sätze, die das Ausmaß der tatsächlichen Folter, die der Schriftsteller erlitt, nur erahnen lassen, zeigen, mit welcher Gewalt das herrschende Regime gegen als Gegner eingestufte Menschen vorgeht.

Die Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen einzelne Personen, sondern scheint vielmehr die vollständige Zerstörung der intellektuellen Regimekritiker zum Ziel zu haben. Auf die Frage der „Zeit“, ob im Iran eine „neue Eskalationsstufe in der Auseinandersetzung des Regimes mit der kritischen Intelligenz“⁹⁸⁰ erreicht sei, antwortet der iranische Schriftsteller Abbas Maroufi:

„Ich bin Romancier, Sarkuhi ist Chefredakteur einer Literaturzeitschrift. Wir alle beschäftigen uns eigentlich nicht mit politischen Fragen. Aber das Regime betreibt heute eine Politik, mit der es die Elite unseres Landes einfach zerstören will. Es geht nicht mehr, wie früher, um die Freiheit des Wortes, es geht jetzt um die physische Vernichtung.“⁹⁸¹

Die Unterdrückungsaktionen des Staates haben es also anscheinend zum Ziel, jede Basis für geistige Auseinandersetzung zu zerstören. „Die Zeit“ veröffentlicht eine Terrorbilanz, die belegt, wie umfassend das Regime gegen seine Gegner vorgeht, und dies auch im Ausland:

„In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Gegner der iranischen Regierung im Exil ermordet worden. Nach Informationen des Nationalen Widerstandsrates sollen seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani 1989 etwa 350 Dissidenten im Auftrag iranischer Regierungsstellen umgebracht worden sein. Insgesamt soll es in den vergangenen acht Jahren außerhalb des Irans 221 Anschläge auf Regimegegner gegeben haben.“⁹⁸²

Es kann also als allgemein bekannt angesehen werden, daß der Iran bereits längerfristig auch im Ausland morden läßt.

⁹⁷⁹ Kleine-Brockhoff, Thomas: Lügen, um schneller zu sterben, Die Zeit 7.2.1997, S. 2 (IRAN-Z-3)

⁹⁸⁰ Kleine-Brockhoff, Thomas: „Im Iran spielt die Totenmusik“, Die Zeit 7.2.1997, S. 2 (IRAN-Z-4)

⁹⁸¹ IRAN-Z-4

⁹⁸² o.A.: Schaltstelle des Terrors, Die Zeit 18.4.1997, S. 5 (IRAN-Z-10)

Der Kampf der iranischen Führung gegen Künstler und Intellektuelle stellt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem komplexen Repressionssystem dar. „Der Spiegel“ beschreibt die der Repression zugrunde liegenden Strukturen, die anscheinend die gesamte Bevölkerung im Iran tangieren, ausführlich:

„Der Geheimdienst der Mullahs ist inzwischen wohl größer und gefürchteter als der für seine Brutalität berüchtigte Savak des Schahs. Erst jüngst hatte die Uno die Regierung wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Die Experten beklagten außergerichtliche Hinrichtungen ebenso wie Folter. Kritik am Gottesstaat ist jedenfalls tabu. ... Eine wirkliche politische Opposition hat kaum eine Chance. Die für Parteiendemokratie und Reformen streitende ‚Iranische Freiheitsbewegung‘ ... zog ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen im Frühjahr resigniert zurück. Der ‚Wächterrat‘ der islamischen Rechtsgelehrten hatte fast drei Viertel ihrer Kandidaten abgelehnt. Das immer diktatorischere Gebaren des konservativen Klerus zeigt ... die Angst der Mullahs um ihre Macht: ‚Sie spüren, daß der Boden unter ihren Füßen zittert.‘ Die neue Welle der Repression ist Ausdruck eines erbitterten Kampfes um die Führung in Teheran, der Iran womöglich noch weiter in Isolation und Elend treibt.“⁹⁸³

Der Repressionsapparat der iranischen Geistlichkeit wird nicht nur als Fortsetzung des vom Schah einst aufgebauten Unterdrückungssystems dargestellt, sondern gar als Steigerung. Es wird also im iranischen Staat eine Kontinuität im Hinblick auf Strukturen der Gewalt als Mittel zur Herrschaftssicherung sichtbar.

Die Gesamtentwicklung des politischen Systems wird hier zwar nicht analysiert, doch verdeutlicht der Artikel des „Spiegel“, daß das herrschende Regime die Etablierung politischer (Oppositions-)Strukturen verhindert. Der Hinweis auf einen „erbitterten Kampf“ um die politische Führung verdeutlicht wiederum, daß ein Teil der iranischen Bevölkerung sich der Macht der Mullahs entgegenstellt und für eine Veränderung der Strukturen kämpft. Diese konfrontative Situation wird von der „Zeit“ treffend dargestellt:

„Teheran ist ein Ort der Widersprüche: einerseits Repression, andererseits vielfältiger Protest und differenzierte politische Opposition, getragen von Intellektuellen.“⁹⁸⁴

Der Verweis auf Differenzierungen innerhalb der oppositionellen Bewegung deutet an, daß die iranische Bevölkerung – und hier vorwiegend Intellektuelle – verschiedene Ansichten zur Situation im Iran und zur gewünschten weiteren Entwicklung des Staates artikuliert. Diese Differenzierungen werden im Hinblick auf die Bedeutung des Islam noch näher zu betrachten sein.

Um die politischen Impulse im gegenwärtigen Iran verstehen zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die Entwicklung der politischen Strukturen zu werfen. Die Grundlagen des autoritären Herrschaftssystems müssen vor dem Hintergrund der globalen Entwicklung und der bestehenden Einflußsphären westlicher Staaten gesehen werden:

„Die ‚europäische Welteroberung‘ der Neuzeit hat mit dem weltweiten Siegeszug des europäischen Staatensystems zunächst auch dessen Gewaltverständnis – die Ächtung nicht-staatlicher Gewalt – universalisiert, allerdings mit paradoxen Resultaten: In den westlichen Zentren des modernen Weltsystems ging sie mit Versuchen einher, das Gewaltmonopol des Staates öffentlich legitimierten Regeln zu un-

⁹⁸³ IRAN-S-1: 105

⁹⁸⁴ o.A.: Mundfaul, Die Zeit 3.1.1997, S. 12 (IRAN-Z-1)

terwerfen. Im islamischen Orient hingegen war sie mit einer Verstärkung autoritärer Herrschaft verbunden: zunächst in Form des europäischen Kolonialismus; später durch die militärische Stützung und sicherheitstechnische Hochrüstung vieler einheimischer autoritärer Regime durch die Mächte des kalten Krieges; und schließlich durch die Möglichkeiten vieler Regierungen der Region, sich im Zeitalter der ‚Ölrevolution‘ und des Ost-West-Konflikts als ‚Rentierstaaten‘ hohe externe Einkünfte (Ölrevenue, politische Subsidien, Kredite) zu sichern und dadurch weitgehend unabhängig von der Zustimmung der eigenen Bevölkerung zu machen.⁹⁸⁵

Während sich im Westen ein Staatsverständnis entwickelte, demzufolge Staatsgewalt einer Legitimation durch die Öffentlichkeit unterworfen ist, bildeten sich im Nahen Osten – auch unter dem Einfluß westlicher Staaten – autoritäre Regime heraus und wurden teils durch den Westen gestärkt.

Da Scheffler diese komplexe Entwicklung sehr verkürzt darstellt, soll am Beispiel von Bassam Tibis Erklärung der orientalischen Despotie verdeutlicht werden, welche Faktoren im Nahen Osten bei der langfristigen Etablierung autoritärer Regime wirksam waren und bis heute sind:

*„Politische Kultur ist insofern ein Merkmal des politischen Gesamtsystems, als die politisch handelnden Individuen sowie die Träger der politischen Autorität die Normen dieser Kultur verinnerlichen. Die politische Kultur des arabo-islamischen Orients ist die orientalische Despotie. Die führenden Eliten werden aus Stämmen, Klientelen und Clans rekrutiert; ihre Normsysteme und Stilformen sind deshalb stammesbezogen und clanzentriert; die ‚Demokratie‘ ist für sie gleichermaßen sprachlich und inhaltlich ein Fremdwort. Die politische Kultur eines politischen Systems hängt zwar mit der soziokulturellen Tradition eines Landes zusammen, entspringt aber primär dem Entwicklungsstand der jeweiligen Sozialstruktur. ... Sozialstruktur wird ... nicht einseitig mit ökonomischen Maßstäben definiert. In einem sozialstrukturellen Gebilde setzen sich neben den wirtschaftlichen Elementen auch soziokulturelle und politische Traditionen einer Region fort. Wenn hier *Unterentwicklung* als Merkmal aller Sozialstrukturen in den arabischen Ländern angeführt wird, dann umschreibt dieser Begriff *nicht nur* die weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen, in die die arabische Region integriert ist. Denn Unterentwicklung läßt sich nicht allein aus dem System der Abhängigkeit von der internationalen Umwelt erklären; sie hat genauso interne, hausgemachte Bedingungsfaktoren. ... Neben der *politischen Kultur* und dem jeweiligen Entwicklungsstand der betreffenden *Sozialstruktur* ist das *soziale System* die dritte Komponente des hier vorgeschlagenen Bezugsrahmens zur Erklärung der politischen Systeme arabischer Länder. Das soziale System, das unabhängig von der jeweiligen politischen *Regierungsform* existiert, umfaßt die gesellschaftlichen Interaktionen, die in einer Sozialstruktur stattfinden und von der betreffenden politischen Kultur geprägt werden. Das orientalische soziale System ist vormodern. Wenn ein Despot ... geht, kommt ein anderer. Das liegt in dem Sozialsystem nahöstlicher Gesellschaften begründet, welches noch keine demokratische Interaktion zwischen ‚Herrscher‘ und ‚Beherrschten‘ kennt.“⁹⁸⁶*

Die heute im Nahen Osten bestehende politische Kultur ist als Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung, bestehender Sozialstrukturen und der Einwirkung westlicher Staaten zu sehen. Diese Faktoren überlagern sich.

Das von Tibi dargestellte Prinzip „orientalischer Despotie“ ist gewissermaßen als Ausgangspunkt der politischen Entwicklung aufzufassen, wobei bestehende kulturelle und soziale Strukturen zunächst die Entstehungsgrundlage für das politische System gebildet haben. Anders als in westlichen Staaten scheint sich die Sozialstruktur in Ländern des Nahen Ostens nicht so entwickelt zu haben, daß sie eine Veränderung bestehender politischer Strukturen begünstigt hätte. Dies mag unter anderem daran liegen, daß beispielsweise das Bildungssystem sowohl aus politischen

⁹⁸⁵ Scheffler, Thomas (1997): West-östliche Angstkulturen. Gewalt und Terrorismus im Islam, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 80-93: 91

⁹⁸⁶ Tibi, Bassam (1993): Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, 2. überarb. Aufl., München 1994: 108f, Hervorheb. im Original

als auch aus kulturellen Gründen die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit nicht ermöglichte.⁹⁸⁷ Der von Scheffler angeführte Einfluß westlicher Staaten im Zuge des Kolonialismus und später im Rahmen der internationalen Beziehungen, die einen Teil der kolonialen Strukturen weiterhin beinhalten, führte dazu, daß bestehende despotische Strukturen durch westliche Unterstützung gewissermaßen zementiert wurden.

Prozesse des Wandels und der Modernisierung wurden zu Zeiten des Schahs radikal durchgesetzt, ohne daß die Bevölkerung einbezogen worden wäre. Dabei wurden auch die bestehenden kulturellen Bezüge ignoriert:

„Die Westernisation war aufgezwungen, angeordnet. Sie vollzog sich zu schnell und zu radikal. Ein Mitspracherecht der Bevölkerung existierte nicht. Teheran war zur Kommandozentrale verkommen, von wo aus jede Bewegung im Lande gelenkt und kontrolliert wurde. Die Allmacht des Staates erdrückte jede Kreativität, die nicht vom Schah und seiner Regierung ausging, brutal. Es kam immer wieder zu Verstößen gegen die UN-Menschenrechtscharta, die internationale Proteste hervorriefen.“⁹⁸⁸

Unter dem Schah existierte also ein System der totalen Herrschaft, das mit Brutalität aufrechterhalten wurde. Unrechtmäßige Gerichtsverfahren und Folterungen wurden als Machtinstrumente benutzt. In den siebziger Jahren wurde die Zahl der politischen Gefangenen im Iran auf 25.000 bis 100.000 geschätzt. Der iranische Geheimdienst Savak überwachte gewissermaßen den gesamten Staat.⁹⁸⁹

Die sich aus dieser Situation entwickelnden revolutionären Bewegungen und ihre Ziele beschreibt Bahman Nirumand wie folgt:

„Es ging um die Beseitigung des staatlichen Monopols auf politische Macht. Das Schahregime hatte es versäumt, die Verbesserung der ökonomischen Lage des Mittelstandes und eines Teils der Arbeiterklasse durch Reformierung der politischen Struktur, Lockerung totalitärer Regierungsformen und allmähliche Beseitigung der staatlichen Willkürmaßnahmen zu ergänzen. ... Die Forderung nach Dezentralisierung der Staatsmacht hatte ... viele Aspekte; politische, ökonomische, soziale und kulturelle. ... Es ging schließlich auch um die nationale Identität. Die Propagierung einer europäisch-amerikanischen Plastikultur und Zivilisation drohte die nationale Identität völlig zu zerstören. ... Der Volksaufstand im Iran war kein Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, es war Auflehnung gegen staatliche Bevormundung, ein Kampf für die Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit.“⁹⁹⁰

Auf die tatsächliche Entwicklung der Revolution im Iran soll im Zusammenhang mit der Bedeutung des Islam noch näher eingegangen werden. Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß die Zeit der Revolution eine Phase des politischen und strukturellen Umbruchs darstellte, wobei eine Veränderung der bestehenden Strukturen jedoch nicht verwirklicht wurde beziehungsweise werden konnte. Analog zu den von Tibi dargestellten Bedingungen orientalischer Despotie ging ein Herrscher, nämlich der Schah, und wurde von einem neuen Herrscher, dem geistlichen Revolutionsführer

⁹⁸⁷ Welche Auswirkungen das Fehlen kritischer intellektueller Diskurse auf die Entwicklung der Gesellschaften im Nahen Osten hat, soll am Ende dieses Kapitels noch eingehender ausgeführt werden. Festzuhalten ist an dieser Stelle zunächst, daß sich auf der kulturellen und sozialstrukturellen Ebene Gegendiskurse zu bestehenden Regimen, die die politische Ordnung grundsätzlich in Frage stellen, nicht oder kaum etablieren konnten.

⁹⁸⁸ Krech (1996): 154

⁹⁸⁹ vgl. Ritter (1979): 161f

⁹⁹⁰ Nirumand, Bahman (1985): Iran – hinter den Gittern verdorren die Blumen, Reinbek 1985: 18f

Chomeini, abgelöst. Die bestehenden Machtstrukturen blieben unangetastet und wurden lediglich unter anderen Vorzeichen zum Machterhalt genutzt.

„Der Spiegel“ führt aus, wie die Bevölkerung dem gegenwärtig herrschenden geistlichen Regime das Vertrauen und die Unterstützung entzieht:

„Die Mostasafin, die Ärmsten der Armen, grollen, weil die beim Sturz des Schahs versprochenen Besserungen ausbleiben. Immer wieder dringen Meldungen über Unruhen in den Westen. Auch moralisch haben sich die Religiösen in den Augen vieler Bürger disqualifiziert. Der schiitische Klerus, der Sauberkeit und Ordnung predigt, steht mittlerweile ebenso im Ruch der Korruption und Vetternwirtschaft wie einst das Schah-Regime.“⁹⁹¹

Die Regime-Kritik bezieht sich nicht nur auf die materielle Situation der Bevölkerung, sondern auch auf die ideologischen Grundlagen der islamischen Republik.

Nach dem Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Chatami wird in Analysen deutlich, daß das iranische Volk die vom schiitischen Klerus vertretenen Perspektiven anscheinend nicht mehr unterstützt:

„Chatami ist der erste Staatspräsident der 1979 proklamierten Islamischen Republik Iran, der gegen den erklärten Willen des schiitischen Klerus gewählt wurde. Die Sehnsucht der Bevölkerung nach einem Aufbruch schaffte sich Ausdruck gegen das Selbstverständnis der religiösen Machthaber, die sich als Statthalter Gottes auf Erden wähnen. Die iranische Verfassung verleiht ihnen schließlich eine geradezu sakrosankte Kontrolle über Staat und Gesellschaft.“⁹⁹²

Das Votum der iranischen Bevölkerung ist nicht als Absage an die „islamischen“ Grundsätze des Staates mißzuverstehen. Den Wählerinnen und Wählern scheint es eher um die Frage zu gehen, in welcher Weise die auf Basis des Islam legitimierte Macht ausgeübt wird.

An den Universitäten wird allerdings auch die Ideologie der iranischen Geistlichkeit zunehmend hinterfragt:

„Die Erneuerer sind keineswegs auf blindem Westkurs, diskutieren aber untereinander offen Reizthemen wie Demokratie, Säkularismus oder eine zeitgemäße Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia.“⁹⁹³

Es findet also auch eine Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der islamischen Republik statt, und es zeigt sich, daß die Kritiker des herrschenden Regimes nach Wegen suchen, wie auf der Basis bestehender Normen Veränderungen herbeigeführt werden können.

Nach der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten zeichnet sich auch eine verstärkte Kritik der Geistlichkeit an den Versuchen von Religionsführer Chamenei, Reformen zu verhindern, ab. Der Großajatollah Hussein Ali Montazeri, einst Mitstreiter Chomeinis, artikulierte sich im politischen Diskurs:

„Vor sechs Wochen wagte Montazeri ... einen offenen Angriff auf Chamenei, warf ihm die Überschreitung seiner Befugnisse vor, um Präsident Chatamis Reformen zu vereiteln. Die Unterdrückung legitimer

⁹⁹¹ IRAN-S-1: 106

⁹⁹² Lüders, Michael: Denktzettel für die Mullahs, Die Zeit 30.5.1997, S. 1 (IRAN-Z-17)

⁹⁹³ IRAN-S-1: 107

Freiheiten des Volkes sei ‚eine Sünde‘. Diese Rüge traf das islamische Establishment ins Herz, denn die Kritik kam von einem der Gründerväter des Systems.⁹⁹⁴

Der Hinweis auf die Freiheiten des Volkes kann als Angriff auf die bisherige Unterdrückungsherrschaft gedeutet werden. Die Kritik sagt allerdings nichts darüber aus, inwieweit das politische System der islamischen Republik verändert werden könnte und sollte, um dem Volk gerecht zu werden. So bezieht sich Montazeris Einwurf in die politische Diskussion der ‚Zeit‘ zufolge auf ‚Chameneis übermäßige Machtbefugnisse und geringe religiöse Qualifikationen‘⁹⁹⁵. Es wird also nicht grundsätzlich das politische System in Frage gestellt, sondern ein (politisch-)religiöser Akteur kritisiert.

Dennoch ist zumindest eine noch neue Auseinandersetzung über das Wesen der islamischen Republik angestoßen worden:

„In den Augen vieler Iraner hat sich das rechte Establishment durch ... brutale[...] Methoden selbst diskreditiert. Der ‚Führer‘ hat Sympathien verloren. Der öffentlichen Kontroverse um das Amt des höchsten islamischen Rechtsgelehrten liegt eine tiefe Auseinandersetzung über das künftige Wesen des ‚Gottesstaates‘ zugrunde, über politischen Pluralismus, über Menschenrechte, über die Rolle des Staates und das Gleichgewicht zwischen Islam und politischer Herrschaft.“⁹⁹⁶

So reformorientiert viele Aspekte der Diskussion auch sein mögen, die Kontroverse selbst ist dennoch auch an die bestehenden Verhältnisse gebunden und findet in den bestehenden politischen Strukturen statt. Der islamische Philosoph Abdelkarim Soroush weist denn auch darauf hin, daß Chamenei und seine Anhänger zwar eine Präsidentschaftswahl verloren haben, aber immer noch „an allen Hebeln der Macht“ sitzen.⁹⁹⁷

Die iranische Opposition beruft sich teils genau wie auch das Mullah-Regime stark auf die Grundsätze der islamischen Republik. Die „Diener des Wiederaufbaus“, deren Präsidentschaftskandidat Chatami war, repräsentieren als zweitstärkste Fraktion im iranischen Parlament die liberaleren Kräfte im Staat. Im Vorfeld der Wahlen wurde Chatami jedoch auch von der „Gemeinschaft der kämpfenden Geistlichen“ unterstützt, die sich für Staatsdirigismus und eine islamisch geprägte Außenpolitik ohne Annäherung an den Westen einsetzt.⁹⁹⁸ Die inneriranischen politischen Auseinandersetzungen verlaufen also nicht einfach entlang einer Linie, die dem vorherrschenden islamisch geprägten Staatsverständnis ein säkulares entgegensetzen würde, sondern auch Regimegegner verfolgen eine „islamische“⁹⁹⁹ Politik.

Diese aktuelle Situation muß vor dem Hintergrund der Entwicklung der Islamischen Republik gesehen werden, denn zahlreiche politisch-religiöse Strömungen, die in den gegenwärtigen

⁹⁹⁴ Cerha, Birgit: Was darf ein Gottesstaat?, Die Zeit 19.12.1997, S. 6 (IRAN-Z-27)

⁹⁹⁵ IRAN-Z-27

⁹⁹⁶ IRAN-Z-27

⁹⁹⁷ vergl. IRAN-Z-27

⁹⁹⁸ Cerha, Birgit: Der Hetzer und der Intellektuelle, Die Zeit 16.5.1997, S. 2 (IRAN-Z-13)

⁹⁹⁹ Die verschiedenen Konnotationen des Islam im Iran sollen später noch näher betrachtet werden.

politischen Auseinandersetzungen deutlich werden, sind nicht spontan entstanden, sondern wurden bereits zur Zeit der Revolution im Iran artikuliert, als noch verschiedene politische Optionen für die neue Republik offen standen.

So sind die Schilderungen Nirumands zu den Monaten vor dem Sturz des Schahs sehr aufschlußreich. Die damaligen Oppositionsbewegungen setzten sich aus Demokraten, Liberalen und Nationalisten zusammen, deren gemeinsames Ziel zunächst der Sturz des Schahs war. Als Chomeini sich an die Spitze der Proteste setzte, erhoffte man sich durch seine Radikalität zunächst Fortschritte beim Umsturz.¹⁰⁰⁰ Chomeini betonte noch im Pariser Exil, wie wichtig ihm die Durchsetzung der Rede- und Meinungsfreiheit im Iran sei. Er versprach freie Regierungswahlen nach einem Sturz des Schahs sowie Selbstverwaltungsorgane. Außerdem erklärte er, die Geistlichkeit werde keine Regierungsämter übernehmen und sich nicht in die Angelegenheiten des Staates einmischen.¹⁰⁰¹

Einen anderen Grund für den großen Einfluß, den gerade religiöse Oppositionsbewegungen im Iran erlangten, nennt Udo Steinbach. Aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung zur Zeit des Schah-Regimes seien vor allem die Kanäle der religiösen Opposition häufig die einzige Möglichkeit gewesen, um Widerstand zu artikulieren, so daß ihr eine besondere Rolle zukam.¹⁰⁰²

Die Übernahme der Macht im Iran durch die Mullahs gestaltete sich in den Wirren des Revolutionsjahres nicht abrupt, sondern in einem längerfristigen, aber stetigen Prozeß. Bereits Ende 1978 wurde immer deutlicher, daß die Mullahs versuchten, der Oppositionsbewegung islamische Züge zu verleihen. Forderungen des Volksaufstandes nach Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit wurden mit Koranversen und religiösen Gleichnissen begleitet.¹⁰⁰³ Innerhalb weniger Wochen, nachdem Chomeini in den Iran zurückgekehrt war, änderte sich sein Tonfall. Bald war von der Gründung einer demokratischen Republik keine Rede mehr, da Demokratie nun von den Mullahs mit antiislamischer Verwestlichung gleichgesetzt wird. Offen wurde die Errichtung einer islamischen Republik propagiert.¹⁰⁰⁴ Im Verlauf des Jahres 1979 demonstrierten die anderen oppositionellen Bewegungen weiterhin für ihre politischen Ideen, doch stärkten die Mullahs ihre Machtposition, indem sie mit Terror gegen die politischen Gruppierungen vorgingen.¹⁰⁰⁵ Ein genauer Punkt, an dem Chomeini und seine Anhänger gewissermaßen die noch bestehenden Machtstrukturen des Schah-Regimes vollständig übernommen haben, läßt sich kaum ausmachen, doch

¹⁰⁰⁰ vergl. Nirumand (1985): 27

¹⁰⁰¹ vergl. Nirumand (1985): 51ff

¹⁰⁰² vergl. Steinbach, Udo (1994a): Iran, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 84-100: 87

¹⁰⁰³ vergl. Nirumand (1985): 54

¹⁰⁰⁴ vergl. Nirumand (1985): 132

¹⁰⁰⁵ vergl. Nirumand (1985): 184

ist augenscheinlich, daß letztendlich durch die Islamische Revolution nur die ideologische Ausrichtung eines repressiven Systems verändert wurde, die ihm zugrundeliegenden Strukturen jedoch erhalten blieben.

Man muß jedoch auch die Haltung der breiten Bevölkerung, von der laut Nirumand in der Revolutions-Zeit etwa 70 Prozent Analphabeten waren,¹⁰⁰⁶ im Hinblick auf die ideologische Neuorientierung des Iran berücksichtigen. Bewußte Reflektionsprozesse im Hinblick auf den Islam setzten in der gesamten arabischen Welt eher in den Reihen der gebildeten Bevölkerung ein, während die Masse der Landbewohner ihre religiösen Bezüge eher durch einen traditionellen Glauben, der Gebete, Fastenzeiten und Wallfahrten beinhaltetete, lebte.¹⁰⁰⁷ Die iranische Bevölkerung wurde zur Zeit des Schahs, der einen radikalen Verwestlichungskurs vertrat, in ihrer religiösen Identifikation erheblich gestört, da der Schah die islamischen Traditionen zugunsten einer an westlichen Entwicklungsvorstellungen orientierten Modernisierung des Landes ignorierte und teils sogar bekämpfte.¹⁰⁰⁸ Eine Revitalisierung der islamischen Bezüge stieß also sicherlich in breiten Kreisen der Bevölkerung zunächst auf Zuspruch.

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit religiösen Inhalten fand im Iran wohl eher in den Reihen der Geistlichkeit statt. Zunächst einmal muß jedoch die allgemeine Neuorientierung islamischer Ideologien betrachtet werden. Schulze führt an, daß sich in den siebziger Jahren die Perspektive eines islamischen Vollendungsanspruchs immer mehr durchsetzte:

„Aus dieser Perspektive erschien der Islam als die Vollendung allen ideologischen Denkens. ... Die diesen Anschauungen entsprechenden geschichtsphilosophischen Deutungen gründeten auf der Vorstellung, daß in einem teleologischen Sinne die Welt in einem einheitlichen Zustand enden werde, in dem der Menschheit durch den historischen Prozeß ihr eigentlicher, eingeborener Sinn offenbart wird. Entsprechend war der Islam nicht mehr an eine bestimmte Klasse gebunden, die als historisches Subjekt gedeutet wurde, sondern machte die Menschheit selbst zum historischen Subjekt ihrer eigenen Befreiung. ... Die vor allem von Intellektuellen getragene Neudeutung des Islam als ideologische Universalie, welche alle anderen Ideologien zu überwinden in der Lage wäre und die der menschlichen Existenz einen endgültigen Sinn geben könnte, wirkte wie eine kollektive Erleichterung, da erstmals wieder die islamische Kultur den westlichen Ideologien überlegen erschien, da sie diese kritisieren und überwinden konnte. Die Kritik am Westen war nicht mehr defensiv, sondern offensiv. Islamische Intellektuelle sahen in dem ideologischen Ringen des Westens nichts als einen hilflosen Versuch, das Scheitern der Moderne mit unzureichenden Mitteln zu verhindern. In der islamischen Öffentlichkeit förderte dieser Perspektivwandel die Ausbildung einer spezifischen islamischen politischen Sprache, die bald in verfeinerten geschichtsphilosophischen Abhandlungen, bald in populistischen Pamphleten genutzt wurde, die sowohl einer islamischen Staatsapologie als auch einer islamischen Revolutionseuphorie diente.“¹⁰⁰⁹

Diese Befreiungsperspektive des Islam wirkte sich sicherlich auf die Islamperspektive im revolutionären Iran aus.

¹⁰⁰⁶ vergl. Nirumand (1985): 140

¹⁰⁰⁷ vergl. Hourani, Albert (1991): Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt 1992: 423

¹⁰⁰⁸ vergl. Fischer-Barnicol, Hans A. (1980): Die Islamische Revolution. Die Krise einer religiösen Kultur als politisches Problem, Stuttgart 1980: 104ff

¹⁰⁰⁹ Schulze, Reinhard (1994): Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994: 278f

Vom Prinzip her gefährdete eine solche ideologische Neudeutung des Islam laut Schulze die besondere Rolle des Gelehrtentums im Iran, doch griffen die Mullahs zunächst die Befreiungsperspektive auf:

„Zunächst setzten die islamischen Revolutionäre alles daran, [dem] Image [einer neuen Befreiungskultur] gerecht zu werden, und verzichteten auf eine allzu deutliche Identifizierung ihrer Revolution mit den Idealen des schiitischen Gelehrtentums. Vor allem nach außen hin wurde die Revolution als Meilenstein einer weltweiten Befreiung der Entrechteten propagiert und als Garant einer neuen, transnationalen islamischen Identität gefeiert. Die islamische Welt sollte zur Speerspitze eines neu belebten Anti-imperialismus werden, der symbolisch in der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran zum Ausdruck gebracht wurde.“¹⁰¹⁰

Die spezifische Entwicklung im Iran verläuft also vor dem Hintergrund eines allgemeinen Befreiungskampfes islamischer Staaten gegenüber westlichem Einfluß sowie vor dem Hintergrund der politischen Repression durch das Schah-Regime.

Doch verfolgten Chomeini und seine Anhänger von Anfang an das Ziel, ihre eigene Macht zu sichern. Ajatollah Chomeini war einer der ersten iranischen Gelehrten, die erkannten, daß nur eine eigenständige Reinterpretation der politischen Rolle der Gelehrten einem Autoritätsverlust entgegenwirken könnte. Eine offensive politische Theologie und die Schaffung der Institution einer „Regierung der Rechtsgelehrten“ sollten die Stellung des Gelehrtentums sichern.¹⁰¹¹

Man muß sich vergegenwärtigen, daß sich an die Umbruchphase, die durch die Revolution im Iran ausgelöst wurde, fast nahtlos der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak anschloß. Selbst, wenn die Mullahs eine politisch-ideologische Diskussion nicht bereits kurz nach der Rückkehr Chomeinis in den Iran unterbunden hätten, war die Zeit für eine Neuorientierung sehr knapp bemessen. Schulze geht davon aus, daß der Krieg gegen den Irak das Klima innerhalb der islamischen Öffentlichkeit veränderte. In dieser Krisenphase habe eine iranische Nationalkultur die Oberhand gewonnen, die sich nicht mehr an einem islamischen Internationalismus orientierte, sondern an einer nationalen schiitischen Interpretation der Revolution.¹⁰¹²

Innenpolitisch tobte im Iran zur Zeit des Kriegsbeginns ein blutiger Machtkampf um die Herrschaftsform der Republik. Die Bedrohung von außen erleichterte es dem noch nicht etablierten Regime, entscheidende gesellschaftliche und politische Fragen zu tabuisieren und dem Kampf gegen den irakischen Gegner unterzuordnen.¹⁰¹³ Dabei hat sich nach Einschätzung von Gholamasad und Malanowski die Herrschaft der Mullahs im Laufe der Zeit immer weiter von den Interessen der Bevölkerung, die ihnen einst zur Macht verholfen hatte, entfernt.¹⁰¹⁴

¹⁰¹⁰ Schulze (1994): 283

¹⁰¹¹ vergl. Schulze (1994): 280f

¹⁰¹² vergl. Schulze (1994): 297

¹⁰¹³ vergl. Gholamasad, Dawud / Malanowski, Anja (1987): Überall ist Kerbela, in: Malanowski, Anja / Stern, Marianne (1987) (Hg.): Iran – Irak. „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Reinbek 1987, S. 148-154: 153

¹⁰¹⁴ vergl. Gholamasad/Malanowski (1987): 151

Vor diesem Hintergrund werden zwei Dinge deutlich. Zum einen wird verständlich, warum sich zahlreiche politische Gegner des herrschenden Regimes auch auf Prinzipien einer „islamischen“ Politik berufen (die im Mediendiskurs allerdings nicht präzisiert werden). Zum anderen wird deutlich, daß die aktuellen politischen Brüche im Iran aus den immer noch ungelösten politischen und ideologischen Konflikten, die im Prinzip seit der Islamischen Revolution bestehen, resultieren.

Bei den iranischen Parlamentswahlen im Jahre 1996 traten denn auch die Konfliktlinien zwischen den konservativen Hardlinern und den reformbereiten Pragmatikern und Technokraten deutlicher als in den Jahren zuvor hervor.¹⁰¹⁵ Die Zahl der Geistlichen im Parlament sank bei der Wahl von 69 auf 50. Das herrschende Regime reagierte auf dieses Votum mit verstärktem Druck auf kritische Intellektuelle.¹⁰¹⁶

Die Möglichkeiten der Entwicklung der inneriranischen Verhältnisse scheinen in nicht zu unterschätzendem Ausmaß vom Verhältnis des Iran zum Rest der Welt beziehungsweise umgekehrt von der Haltung anderer Staaten zum Iran abzuhängen. So berichtet „Der Spiegel“ in einem Artikel mit dem Titel „Für Allah und gegen den Westen“¹⁰¹⁷ zunächst von der nach dem Mykonos-Urteil wachsenden Isolation des Iran, um dann einige Absätze später darauf zu verweisen, daß, selbst wenn der als aufgeschlossen geltende Präsidentschaftskandidat Chatami die anstehende Wahl gewinnen sollte, politische Lockerungen nicht in dem Maße zu erwarten seien, wie sie Präsident Rafsandschani in seiner ersten Amtsperiode vertrat und umsetzte.¹⁰¹⁸ Da der Iran als Staat sich auf ein religiöses Fundament stützt, illustriert auch die Überschrift die Wechselbeziehungen zwischen iranischer Innen- und Außenperspektive.¹⁰¹⁹

Die iranischen Reformer beziehen sich in ihren Veränderungsbestrebungen auf die islamischen Grundsätze des Staates. Dies zeigt sich unter anderem bei den Aktivitäten iranischer Frauengruppen, die zunehmend nach politischem Einfluß streben. Die iranische Autorin Haleh Esfandschahi stellt diese Reformansätze wie folgt dar:

„Die regimenahen Frauen streben nach Macht und benutzen ihre Macht, um in der Rechtsprechung und in der Politik etwas zu verändern. Sie wollen ein progressives Bild der Frau entwerfen - jedoch im Rahmen des islamischen Rechts und der islamischen Lebensweise. Ihnen kann niemand vorwerfen, sie seien Marionetten des Westens.“¹⁰²⁰

Die Bezüge zur „islamischen Lebensweise“ werden hier nicht nur in Anknüpfung an die eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln vertreten, sondern auch mit Blick auf das Verhältnis des Iran

¹⁰¹⁵ vergl. Rieck, Andreas (1997a): Iran 1996, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 80-87: 81

¹⁰¹⁶ vergl. Rieck (1997a): 81

¹⁰¹⁷ IRAN-S-16

¹⁰¹⁸ vergl. IRAN-S-16: 154

¹⁰¹⁹ Auf die religiösen Aspekte der Innen- und Außenperspektive wird an späterer Stelle noch näher einzugehen sein.

¹⁰²⁰ Sciolino, Elaine: Unter dem Tschador, Die Zeit 23.5.1997, S. 57 (IRAN-Z-15)

zum Westen. Da die Abgrenzung vom Westen anscheinend einen wichtigen Faktor bei der Stabilisierung iranischer Identität darstellt, erscheint es notwendig, Reformbestrebungen auf einer „islamischen“ Basis zu propagieren. Somit müssen reformerische Ansätze und Möglichkeiten immer auch vor dem Hintergrund eines propagierten Gegensatzes von Islam und Westen eingeschätzt werden.

Es geht dabei nicht um die Frage, ob der Islam ein Konfliktfaktor an sich ist, sondern vielmehr um Prozesse der Selbst- und Fremdwahrnehmung, die sich auch auf kulturelle Identitäten beziehen. Selbst, wenn kulturelle Gegensätze häufig als Grund für Konfrontationen angegeben werden, resultieren propagierte Unvereinbarkeiten meist eher aus Imaginationen:

„Die jüngere Geschichte der Beziehungen zwischen der islamischen und der westlichen Welt zeigt, daß kollektive Kulturidentifikationen auf Kosten der interkulturellen Kommunikationsbereitschaft gewachsen sind. Das Imaginäre wird dabei nicht nur zum Faktor außenpolitischer Konflikte ... Das Feindbild Islam wirkt sich auch auf die Stellung muslimischer Minderheiten in westlichen Staaten aus. Wenn Fanatismus und Gewalt von der öffentlichen Meinung als Charaktereigenschaften *der* Muslime angesehen werden, dann entsteht eine gefährliche Übereinstimmung mit ausländerfeindlichen Parolen von ‚muslimischen Einwandererheeren‘ und ‚islamischer Überfremdung‘.“¹⁰²¹

Die Quelle von Konflikten sind also eher kulturelle Identifikationen und deren Instrumentalisierung.¹⁰²²

Die Möglichkeit eines Wandels der inneriranischen Verhältnisse hängt also auch vom Verhältnis des Iran zum Westen und umgekehrt von der Betrachtungsperspektive des Westens im Hinblick auf den Iran ab. Der im Mai 1997 gewählte Staatspräsident Chatami verfügt nur über einen sehr eingeschränkten politischen Handlungsspielraum, da er zum einen im Iran gegen eine konservative parlamentarische Mehrheit Politik betreiben muß und es nicht riskieren kann, den Eindruck zu erwecken, iranische Interessen westlichem Einfluß unterzuordnen, zum anderen aber die westliche Welt von ihm ein Signal der politischen Öffnung verlangt:

„Wie es in den amerikanisch-iranischen Beziehungen weitergeht, hängt wesentlich von der zu erwartenden Öffnung in Teheran ab. Die Verfechter einer harten Linie gegenüber dem Iran werden sich einmal mehr bestätigt sehen, wenn der neue Präsident Chatami tatsächlich Mohammed Moussavi-Khoehiniha zum Geheimdienstminister ernannt. Er war der Anführer der Studenten, die 1979 die amerikanische Botschaft besetzten. Seine Nominierung dürfte ein Zugeständnis an die Linksislamisten sein, die politisch keine tragende Rolle mehr spielen, aber bislang noch zu einflußreich sind, um sie von der Macht fernzuhalten. Chatami selbst setzt offenbar auf Dialog und religiösen Reformismus.“¹⁰²³

Hier wird bereits deutlich, daß ein Dialog des Westens mit dem Iran auch davon abhängt, daß der Westen sich mit den inneriranischen Verhältnissen auseinandersetzt, denn wenn der Westen Re-

¹⁰²¹ Hafez, Kai (1997): Der Islam und der Westen – Kampf der Zivilisationen?, in: ders. (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 15-27: 22, Hervorheb. im Original

¹⁰²² Interessant ist in diesem Zusammenhang die umfassende Perspektive, die Hafez im Hinblick auf den Wirkungsradius der kulturellen Identifikationen entwickelt. Die von ihm dargestellte Wechselwirkung zwischen Identifikationen im internationalen System und der Wahrnehmung und Identifikation in Migrationsgesellschaften ist ja das grundsätzliche Thema dieser Arbeit.

¹⁰²³ Lüders, Michael: Kein Kurswechsel, Die Zeit 1.8.1997, S. 6 (IRAN-Z-21)

formen einfordert, die im Iran vor dem aktuellen politischen Hintergrund überhaupt keine Option sind, schürt er nur die ohnehin schon propagierten Gegensätze.¹⁰²⁴

In der „Zeit“ wird dieses Dilemma der eingeschränkten politischen Optionen sehr klar zum Ausdruck gebracht:

„Mohammed Chatami ist seit dem Sieg der islamischen Revolution 1979 der erste iranische Staatspräsident, der sein Amt als Reformler antritt. Aber die rückwärtsgewandte Geistlichkeit hat im Parlament die Mehrheit, Revolutionsführer Chamenei ist ihr zuverlässiger Verbündeter. Ohne Zweifel will Chatami neue Wege beschreiten. Aber seine Möglichkeiten sind begrenzt. ... der Klerus hat ... dem neuen Präsidenten eine klare Botschaft zukommen lassen: Gegen uns wirst du nicht regieren. Hoffentlich läßt Chatami sich nicht einschüchtern. Große Gesten in Richtung Westen wird er sich gleichwohl kaum erlauben können, allenfalls eine verhaltene Annäherung hinter den Kulissen. ... Noch ist Chomeinis Vermächtnis das Fundament auch seiner Regierung.“¹⁰²⁵

Der Handlungsrahmen iranischer Politik wird klar von der historischen Entwicklung des Iran und den daraus resultierenden politischen Strukturen bestimmt.

Diese historische Perspektive der politischen Strukturen im Iran wird von dem iranischen Intellektuellen Bahman Nirumand wie folgt skizziert:

„Die Islamische Republik lebt seit ihrer Gründung 1979 mit einem grundlegenden Widerspruch. In der Theorie immerhin akzeptiert die iranische Verfassung das Prinzip der Gewaltenteilung, eine frei gewählte Volksvertretung, eine unabhängige Justiz und eine mit den üblichen Machtbefugnissen ausgestattete Exekutive. Doch diese demokratischen Spielregeln werden zur Farce durch die Institution der Welajate Faghieh, wörtlich ‚die Herrschaft des Stellvertreters Gottes‘. Diese Institution ist laut Verfassung die höchste politisch-religiöse Instanz im Iran und besteht aus nur einer Person: Nach der Revolution war das zunächst Chomeini, dann, seit seinem Tod 1989, Chamenei. Solange Chomeini lebte, war dieser Widerspruch zwischen einem demokratischen und einem theokratischen System kaum zu spüren. Als unumstrittener Führer der Revolution genoß Chomeini uneingeschränkte Autorität. Parlament, Regierung, Justiz und, noch wichtiger, die breiten Massen der Bevölkerung folgten den Anweisungen des greisen Volkstribuns. Sein Nachfolger Chamenei besitzt längst nicht dieselbe Autorität. In Kreisen der schiitischen Geistlichkeit wird er als religiöse Instanz nicht anerkannt. Seine Macht im Parlament und in der Regierung muß er vorwiegend durch Intrigen, Korruption und Kumpanei behaupten. In der Bevölkerung wird er oft als Chomeini im Taschenformat belächelt und als Führer kaum akzeptiert.“¹⁰²⁶

Einem theokratischen System wurden demokratische Elemente übergestülpt, die jedoch in der politischen Entwicklung des Iran bisher nicht mit Inhalten gefüllt worden sind. Der Widerspruch zwischen den bestehenden Institutionen wurde von Religionsführer Chomeini kraft seiner Autorität negiert, tritt aber seit seinem Tod hervor. Die Tatsache, daß der Chomeini-Nachfolger Chamenei nicht dieselbe Autorität besitzt, führt dazu, daß dieser die bestehenden Widersprüche mit Gewalt beherrschen muß. Die schwindende Anerkennung des herrschenden Regimes auf der theokratischen Ebene führt wiederum dazu, daß die religiöse Legitimation des bestehenden politischen Systems schwindet. Da jedoch die demokratischen Ansatzpunkte im iranischen Staat noch wenig ausgeprägt sind, bildet die schwindende Legitimationsbasis des Regimes allenfalls einen Ansatzpunkt für politische Veränderungen.

¹⁰²⁴ Am Ende des Kapitels werden die vom Westen gegenüber dem Iran vertretenen Perspektiven noch näher ausgeführt.

¹⁰²⁵ o.A.: Unter Mullahs, Die Zeit 8.8.1997, S. 1 (IRAN-Z-23)

¹⁰²⁶ Nirumand, Bahman: Politik der leisen Töne, Die Zeit 29.8.1997, S. 8 (IRAN-Z-24)

Der Iran befindet sich so nach Nirumand an einem Scheideweg, und noch ringen die verschiedenen Kräfte miteinander:

„Orientiert sich die politische Führung in Zukunft an den Vorstellungen der obersten religiösen Instanz Chamenei und seiner fundamentalistischen Handlanger, dann muß sie gegen den Willen des Volkes handeln. Das aber wäre nur durch verschärften Terror nach innen und stärkere Abgrenzung nach außen möglich. Wird aber das Wahlergebnis tatsächlich akzeptiert, dann werden die religiösen Instanzen nahezu überflüssig. Wie auch immer sich der neue Präsident in Zukunft verhalten wird: Der tiefe Riß, der durch die Wahl Chatamis in den Festungsmauern der Islamischen Republik entstanden ist, wird nicht mehr zu kitten sein. Genau darin liegt die historische Bedeutung dieser Präsidentschaftswahl.“¹⁰²⁷

Die iranische Bevölkerung hat mit der Wahl Chatamis einen Anstoß zur Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen geliefert.

Welchen Ausgang diese Auseinandersetzung haben wird, kann jedoch nur eine längerfristige historische Entwicklung zeigen:

„Die Erwartung, Chatami könnte mit einem Pinselstrich die Spuren der achtzehnjährigen Herrschaft der Mullahs aus der iranischen Geschichte hinwegwischen, wäre gewiß illusorisch. Dennoch hat seine Wahl bei Millionen Iranern die Hoffnung auf ein Ende der fundamentalistischen Schreckensherrschaft geweckt.“¹⁰²⁸

Das iranische Volk jedenfalls artikuliert zunehmend seine Unzufriedenheit mit dem bisherigen politischen (und religiösen) Diskurs.

Wichtige Einblicke in die Bedeutung der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten gibt der iranische Schriftsteller Abbas Maroufi in einem „Spiegel“-Artikel. Die Überschrift „Sprung in die Schlangengrube“¹⁰²⁹ illustriert, daß die gegenwärtigen iranischen Verhältnisse mit der Gefährlichkeit von Schlangen gleichgesetzt werden. So wird die bisherige Staatsführung in Anspielung auf den Gegensatz zu einer Demokratie als „Mullahkratie“¹⁰³⁰ bezeichnet.

Die Situation innerhalb des Iran im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen läßt sich indirekt aus Maroufis Darstellung der Hoffnungen der Bevölkerung nach der Wahl Chatamis ablesen:

„Es ist das erste Mal in den 18 Jahren seit der islamischen Revolution, daß ich die Menschen meines Landes so heiter erlebe, in einer so engen Tuchfühlung mit einer wichtigen Persönlichkeit. Die Jubelnden sind Menschen, die ihr Selbstbewußtsein eingebüßt hatten, die der leeren Versprechungen müde und gleichgültig geworden waren. Nun aber leben sie wieder auf, weil sie hoffen können – auf den künftigen Präsidenten Mohammed Chatami. Für ihn hatten sie bei der Wahl im Mai ihre Stimme in die ‚Urne der Freiheit‘ geworfen. Nun ist Chatami der letzte Pfeil in ihrem Köcher.“¹⁰³¹

Diese Beschreibung beinhaltet mehrere Implikationen. Zunächst einmal ist zu berücksichtigen, daß die Beschreibung aus der Perspektive des Intellektuellen, des Schriftstellers erfolgt, der sich – selbst Opfer des herrschenden Regimes – natürlich von der Wahl einen Umschwung im Iran erhofft. Maroufi beschreibt seine Eindrücke, doch geben diese wahrscheinlich nicht die Haltung der

¹⁰²⁷ IRAN-Z-24

¹⁰²⁸ IRAN-Z-24

¹⁰²⁹ Maroufi, Abbas: Sprung in die Schlangengrube, Der Spiegel 28.7.1997, S. 127-129 (IRAN-S-21)

¹⁰³⁰ IRAN-S-21: 127

¹⁰³¹ IRAN-S-21: 127

gesamten Bevölkerung wider. In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß bei den Parlamentswahlen im Vorjahr die konservativen Abgeordneten die Mehrheit gewannen.¹⁰³²

Die Bezeichnung „Urne der Freiheit“ verweist darauf, daß die bisherigen Verhältnisse als repressiv erfahren werden und daß die Wahl Chatamis einen Schritt in Richtung einer neuen Freiheit bedeuten könnte. Der Schlußsatz des Zitats („Nun ist Chatami der letzte Pfeil in ihrem Köcher.“) suggeriert eine Situation der Hoffnungslosigkeit. Nur ein Politikwechsel im Iran, für den Chatami hier steht, könne die Situation verbessern.

Maroufi führt ein Zitat Chatamis an, das den neuen Staatspräsidenten als Befürworter von kultureller Auseinandersetzung erscheinen läßt:

„Die Wahrung einer gesunden kulturellen Atmosphäre in der Gesellschaft, die Festigung einer freimütigen Geisteshaltung sowie die Grundsätze der islamischen und der revolutionären Standhaftigkeit verlangen, daß wir uns mit den Problemen und den Unklarheiten des kulturellen Lebens ... behutsam und frei von künstlich aufgebauschter Empörung auseinandersetzen.“¹⁰³³

Das Muster der Argumentation ist äußerst aufschlußreich. Indem Chatami eine „gesunde kulturelle Atmosphäre“ und eine „freimütige Geisteshaltung“ mit islamischer und revolutionärer „Standhaftigkeit“ argumentativ verknüpft, wird kulturelle Auseinandersetzung gewissermaßen zum Zeichen einer islamischen Standhaftigkeit.

Eine solche Perspektive erlaubt Wandel, indem sie ein Potential zur Auseinandersetzung aus den kulturellen und religiösen Grundlagen des Iran ableitet. Diese Betrachtungsweise erlaubt es wiederum, den konservativen Kräften im Iran Anknüpfungspunkte zu bieten¹⁰³⁴, was aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im iranischen Parlament, der von Chomeini-Anhängern beherrschten Bürokratie und dem immer noch großen Einfluß von Religionsführer Chamenei notwendig erscheint.

Als wichtiger Reformschritt in Richtung einer Demokratisierung innerhalb des Iran werden Chatamis Bestrebungen zur Einführung eines Mehrparteiensystems gesehen. Wie schwierig dieser Schritt sein wird, zeigt die vom „Spiegel“ zitierte Einschätzung des Iran-Experten Munir Ahmed vom Deutschen Orient-Institut:

„Selbst wenn Chatami in seiner Amtszeit nur die Parteiengründung auf den Weg brächte, hätte er der Demokratie einen enormen Dienst erwiesen.“¹⁰³⁵

Bei der Betrachtung der inneriranischen Verhältnisse ist also stets zu beachten, daß Prozesse des Wandels unter sehr langfristigen Perspektiven gesehen werden müssen, eine Einschätzung, die selbstverständlich auch für andere Staaten gilt.

¹⁰³² vergl. IRAN-S-16: 156

¹⁰³³ IRAN-S-21: 128

¹⁰³⁴ vergl. o.A.: Sprung über den Schatten, Der Spiegel 18.8.1997, S. 134-135 (IRAN-S-23): 135

¹⁰³⁵ IRAN-S-23: 135

Wie wenig Anknüpfungspunkte es für demokratische Prozesse gibt, zeigt eine Darstellung in der „Zeit“ zu den Rahmenbedingungen der Präsidentschaftswahlen:

„Es ist das erste Mal in der an Despoten so reichen Geschichte des Iran, daß ein Staatsoberhaupt nicht durch Gewalt, Tod oder Krieg die Bühne verläßt“, erklärt ein politischer Kommentator. Tatsächlich beugt sich Rafsandschani der Verfassung, die einem Präsidenten nur zwei aufeinander folgende Amtsperioden gestattet - ein ermutigendes Zeichen demokratischer Gesinnung.“¹⁰³⁶

Es existiert also ein an demokratische Verhältnisse angelehnter Rahmen politischer Strukturen, doch haben die bisher im Iran Herrschenden diese immer weitgehend mißachtet.

Einen Grund für die tendenzielle Trägheit des herrschenden Systems bildet sicher die Tatsache, daß Wandel sich innerhalb bestehender etablierter Strukturen vollziehen muß:

„Nach fast zwei Jahrzehnten Mullahkratie rechnen Irans Vorkämpfer für Liberalität kurzfristig kaum mit einschneidenden Veränderungen. Chatami sei ‚kein Gorbatschow‘, warnt der Regimekritiker und Religionsphilosoph Abd el-Karim Sorousch vor überzogenen Erwartungen. Einen Systemveränderer hätte der Wächterrath, eine Art Gesinnungs-TÜV für Führungskräfte des Gottesstaates, gar nicht als Kandidaten zugelassen, und wirkliche Gesetzesreformen würden ohnehin am ‚Madschlis‘ scheitern. Unter Parlamentspräsident Nategh Nuri gilt das Abgeordnetenhaus als Bollwerk der Konservativen.“¹⁰³⁷

Dieser Einblick in das iranische Machtsystem läßt den Schluß zu, daß Wandel vor dem Hintergrund der bestehenden Machtverteilung nur durch einen radikalen Umsturz zu erreichen wäre oder aber, und dies ist die Perspektive Chatamis, durch ein Agieren innerhalb der bestehenden Strukturen mit dem Ziel, diese von innen heraus zu verändern.

Die differenzierte Bedeutung des Islam im Iran wurde bereits im Hinblick auf die verschiedenen Interessen politisch-religiöser Gruppierungen sowie mit Blick auf das Verhältnis des Iran zum Westen angesprochen. Die einzelnen politischen Akteure sowie die Bevölkerung nehmen je nach Standpunkt eine unterschiedliche Position zur Religion ein. Diese verschiedenen Perspektiven sollen im folgenden näher betrachtet werden.

Das Oppositionspaar Islam versus Westen ist im Iran von großem Stellenwert. Nach dem Mykonos-Urteil werden im Iran verstärkt islamische Werte in Abgrenzung von Deutschland im besonderen und dem Westen im allgemeinen betont:

„Die Bevölkerung werde angesichts der westlichen Arroganz für islamische Werte und Entschlossenheit demonstrieren. Der Protestzug führe von der Moschee der Universität zur deutschen Botschaft, hieß es. Bereits am Freitag hatten in Teheran mehrere tausende Anhänger der islamischen Regierung vor der deutschen Botschaft an einer anti-deutschen Kundgebung teilgenommen. Der Anführer der fundamentalistischen iranischen Gruppierung Ansar-i-Hisbollah (Freunde der Partei Gottes), Hossein Allah-Karam, drohte während der Demonstration mit einem Selbstmordanschlag auf die Botschaft ...“¹⁰³⁸

Dieser Ausschnitt aus einem Artikel der „Welt am Sonntag“ umfaßt verschiedene Dimensionen. Von iranischer Seite werden gegen eine so empfundene „westliche Arroganz“ die eigenen „islamischen Werte“ ins Feld geführt. So wird eine grundsätzliche Opposition zwischen Islam und

¹⁰³⁶ IRAN-Z-13

¹⁰³⁷ o.A.: Gesicht der Güte, Der Spiegel 15.12.1997, S. 144-147 (IRAN-S-25): 145

¹⁰³⁸ IRAN-W-2

Westen hergestellt, ohne daß der Grund der angeblich gezeigten „Arroganz“, nämlich juristisch nachgewiesene Rechtsverstöße durch die iranische Regierung, seitens der Demonstrierenden thematisiert wird. Die deutsche Reaktion auf den Anschlag im Restaurant Mykonos, nämlich ein rechtskräftiges Urteil, wird von islamischer Seite gewissermaßen als Bedrängung dargestellt, der die Gläubigen mit Entschlossenheit entgegentreten müßten. Der Iran verweigert eine Auseinandersetzung auf juristischer Ebene, indem er das Urteil religiös instrumentalisiert. So wird in religiösen Kreisen im Iran über eine „Bestrafung der Gottesfeinde in Deutschland“¹⁰³⁹ diskutiert und damit wiederum ein Angriff auf den Islam suggeriert.

Die „Welt am Sonntag“ verzichtet bei ihrer Darstellung der aktuellen Ereignisse auf die Berücksichtigung eines Kontextes. Es wird lediglich beschrieben, daß Anhänger der islamischen Regierung demonstrieren und daß eine fundamentalistische Gruppierung mit einem Anschlag droht. Der dieser Beschreibung zugrundeliegende Fundamentalismus-Begriff wird nicht näher erläutert. Auf Grundlage der in dem Artikel gegebenen Informationen läßt sich im Hinblick auf den Islam eine negative Assoziationskette entwickeln.

Eine islamische Regierung wurde gerichtlich eines gravierenden Rechtsverstoßes überführt. Die Anhänger dieser Regierung propagieren im Hinblick auf das Urteil, das aus deutscher Sicht rechtmäßig ist, ihre islamischen Werte. Damit lassen sich die islamischen Werte auf Rezipientenseite mit dem Rechtsverstoß in einen Zusammenhang bringen, da dieser mit dem Islam gewissermaßen noch bekräftigt wird. Gleichzeitig werden im Namen des Islam von der „Partei der Freunde Gottes“ weitere Drohungen gegen Deutschland artikuliert. Aus deutscher Sicht kann sich so eine Verknüpfung von Islam und Unrecht beziehungsweise Bedrohung ergeben.

Die herrschende Geistlichkeit im Iran scheint sich zumindest partiell darüber im klaren zu sein, daß ihre Außendarstellung des Islam nicht nur eine beschädigte Wahrnehmung des eigenen Staates, sondern auch anderer islamischer Länder zur Folge haben könnte. So stellt „Der Spiegel“ im Zusammenhang mit dem Islamischen Gipfel, zu dem im Iran Staatsvertreter aus 55 islamischen Ländern und damit Repräsentanten von 1,2 Milliarden Muslimen in aller Welt zusammenkamen, folgendes Szenario dar:

„Da Teheran als Gastgeber weltweit Aufmerksamkeit weckte, hat die Führung ihre brutalen Handlanger stramm an die Kandare genommen. Auf ihrer Jahrhundertparty wollten die Mullahs weltoffen und tolerant aussehen. Der Mammutgipfel ... sollte nicht nur die Einigkeit der in viele Fraktionen zerfallenen Umma, der muslimischen Gemeinschaft, demonstrieren. Von einer gelungenen Aufführung erhoffte sich der als Schirmherr islamistischer Terrorgruppen verfemte Staat auch internationalen Prestigege-
winn. ‚Seid willkommen im Land des Friedens und der Stabilität‘, propagierten Transparente das neue Iranbild.“¹⁰⁴⁰

¹⁰³⁹ IRAN-S-7: 40

¹⁰⁴⁰ o.A.: Gesicht der Güte, Der Spiegel 15.12.1997, S. 144-147 (IRAN-S-25): 144f

Es erscheint zwar aufgrund der bereits dargestellten Innenperspektive des Iran angeraten, die Selbstpräsentation der iranischen Geistlichkeit zu hinterfragen, doch der Begriff „Jahrhundertparty“ für eine politische Zusammenkunft ist ein Ausdruck der Respektlosigkeit und fehlender Ernsthaftigkeit. Man stelle sich im Vergleich einmal vor, ein Treffen der Vereinten Nationen würde unter solchen Vorzeichen von islamischen Berichterstattern beschrieben. Diese fehlende Ernsthaftigkeit führt wiederum dazu, daß die Dimension, die ein solches Treffen hat, überhaupt nicht zu erfassen ist. In dem deklassifizierenden Party-Begriff schwingt die Einschätzung mit, daß nicht nur der Iran, sondern auch die an dem Gipfel teilnehmenden anderen Staaten nicht ernstzunehmen sind. Eine solche Perspektive erschwert es, überhaupt eine Grundlage für eine Auseinandersetzung mit dem Islam im globalen System zu finden.¹⁰⁴¹

Auch wenn der Islam nicht die eigentliche Ursache für bestehende Konfliktlagen ist, ist es doch notwendig, sich mit der Bedeutung der Religion in diesem Zusammenhang auseinanderzusetzen. So schreibt die „Welt am Sonntag“:

„Zwar ist der iranische Gottesstaat nicht die zwingende Form des Islam, zwar gibt es in Persien unterschiedliche religiöse Strömungen, mit denen der Westen im Gespräch bleiben muß, weshalb ein Abbruch der Beziehungen unklug wäre. Doch werden von der skrupellosen Teheraner Führung Gewaltakte nach innen und außen in letzter Konsequenz ebenso religiös begründet wie die Indoktrination der Massen. Deshalb ist auch eine mißbrauchte Religion ein politischer Faktor. Dies fängt bei den Pressemitteilungen der iranischen Botschaft in Bonn an, die mit ‚Im Namen Gottes‘ überschrieben sind.“¹⁰⁴²

Es wird also im Mediendiskurs festgestellt, daß der Islam im Hinblick auf den Iran nicht das vordergründige Problem darstellt. Auch „Der Spiegel“ weist indirekt darauf hin, daß der Islam im politischen Machtkampf instrumentalisiert wird, wenn er berichtet, wie „im Namen Allahs“¹⁰⁴³ Gewalt ausgeübt wird.

Der Hinweis auf unterschiedliche religiöse Strömungen in der „Welt am Sonntag“ deutet eine differenzierende Betrachtung der Bedeutung des Islam im Iran an. Allerdings werden die Perspektiven der unterschiedlichen Strömungen nicht näher ausgeführt, so daß im Prinzip keine konkreten Ansatzpunkte für eine wirkliche Auseinandersetzung gegeben werden, da unklar ist, mit wem der deutsche Politikdiskurs unter welchen Voraussetzungen Gespräche anstreben könnte. Einblicke in die tatsächlichen religiösen Verhältnisse und Stimmungslagen vermittelt der Artikel nicht.

„Der Spiegel“ geht zumindest näher auf den Aspekt der Instrumentalisierung des Islam ein, indem die aktuellen Vorgänge im Iran in ein Verhältnis zur islamischen Lehre gesetzt werden:

„Ausgerechnet jene Religion unter den drei monotheistischen Glaubensrichtungen, die in ihrer Geschichte von einer großen Toleranz geprägt war, auf die ihre Gläubigen zu Recht mit Stolz verweisen,

¹⁰⁴¹ Ein solcher oder ähnlicher Sprachgebrauch ist im medialen Diskurs zwar kein Einzelfall, doch sei darauf hingewiesen, daß vor allem „Der Spiegel“ in seiner Berichterstattung häufig einen eher respektlosen zum Ausdruck bringt.

¹⁰⁴² Inacker, Michael J.: Mykonos-Urteil setzt ein Zeichen politischer Selbstachtung, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 9 (IRAN-W-5)

¹⁰⁴³ IRAN-S-1: 105

dient nun einem Regime als Deckmantel für den brutalen Machterhalt. ‚Moslems sind Brüder, behandeln einander nicht unrecht und lassen sich nicht im Stich‘, heißt es in den Hadithen, den überlieferten Aussprüchen und Handlungen des Propheten Mohammed. Ein schönes Wort, das in Iran ... nichts wert ist. Doch nicht nur der Lehre Mohammeds handeln solche Staaten zuwider, sondern auch dem modernen islamischen Menschenrechtsverständnis. So heißt es in Artikel 20 der ‚Menschenrechtserklärung der Organisation der Islamischen Konferenz‘ von 1990: ‚Niemand hat das Recht, eine Person physischer oder psychischer Folter oder einer anderen erniedrigenden, brutalen oder der Menschenwürde widersprechenden Behandlung auszusetzen.‘ Daß es Teheran dennoch tut, zeigt die ganze Schwäche des sich religiös definierenden Systems.¹⁰⁴⁴

Der Autor Gernot Rotter, Professor für Gegenwartsbezogene Orientwissenschaft, stellt hier einem durch die Mullahs pervertierten Islam sowohl die historisch vermittelte „reine Lehre“ Mohammeds als auch eine Bezugnahme auf den Islam aus der Gegenwart islamischer Kulturen gegenüber. Diese Perspektive erlaubt eine Wahrnehmung des Islam auch unter positiven Aspekten. Einschränkend sei jedoch angemerkt, daß die positiven Bezüge, die Rotter knüpft, in erster Linie theoretischer Natur sind und kein Beispiel für deren tatsächliche Umsetzung angeführt wird.

Sehr aufschlußreich ist auch Rotters Darstellung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion im Iran:

„... im Gegensatz zum Westen und zu den Vorstellungen aufgeklärter Moslems halten die Islamisten in Teheran – aber auch Extremisten andersorts in der islamischen Welt – daran fest, daß Religion (din) und Staat (daula) nicht getrennt werden dürfen. In einem solchen Staat ist Gott in Form des vom Propheten überlieferten Gotteswortes, des Koran, der alleinige Souverän. Und jene, die sich als geistliche Führer anmaßen, die wahren Interpreten der heiligen Schrift zu sein, glauben, ein Anrecht auf die politische Macht zu haben.“¹⁰⁴⁵

Leider verzichtet Rotter an dieser Stelle darauf, die gesamten Widersprüche, die die Argumentation der „Islamisten“¹⁰⁴⁶ enthält, zu analysieren. Der Grundsatz einer unmöglichen Trennung von Staat und Religion, der nicht nur von radikalen Muslimen vertreten wird, ist in diesem Zusammenhang nicht das eigentliche Problem. Würde die Souveränität der Überlieferung tatsächlich auf der politischen Ebene wirksam, so müßte die iranische Politik sich – den vorhergehenden Ausführungen Rotters zufolge – unter positiveren Vorzeichen entwickeln, als dies tatsächlich der Fall ist. Der Autor verweist zurecht auf die Tatsache, daß die geistlichen Führer im Iran den Islam interpretieren. Eine Interpretation der Überlieferung ist jedoch – und dies gerade in den Augen konservativer islamischer Kräfte – überhaupt nicht zulässig. Die iranische Geistlichkeit setzt sich also mit ihrem politischen Wirken über den Islam, wie er als Ideologie existiert, hinweg.

Als besonders interessant erweist sich bei der Berichterstattung im „Spiegel“ die Divergenz zwischen der Darstellungsweise der „Spiegel“-Redakteure und den Gastbeiträgen von Wissenschaftlern oder iranischen Intellektuellen. Während die Gastautoren, wie das Beispiel Rotter ge-

¹⁰⁴⁴ Rotter, Gernot: Druck statt Dialog, Der Spiegel 17.2.1997, S. 38-40 (IRAN-S-6): 38

¹⁰⁴⁵ IRAN-S-6: 40

¹⁰⁴⁶ Rotter gibt keine Definition davon, was er unter dem Begriff „Islamisten“ versteht. Aus dem Kontext seiner Ausführungen geht jedoch hervor, daß „Islamisten“ seiner Ansicht nach unter einer Perspektive des Machterhalts den Islam in ihrem Sinne interpretieren und aus diesem Blickwinkel auch Gewalt als probates Mittel erachten, um ihre Islamperspektive durchzusetzen.

zeigt hat, differenziert Hintergründe aktueller Geschehnisse analysieren, neigen die „Spiegel“-Redakteure dazu, komplexe Sachverhalte auf oberflächliche Statements zu reduzieren. Ein Blick des „Spiegel“ auf die politischen Perspektiven von Staatspräsident Chatami verdeutlicht dies:

„Kann der bereits als ‚Irans neues Gesicht‘ gefeierte Präsident die Islamische Republik vorsichtig öffnen und allmählich an die säkulare Weltgemeinschaft heranführen? Oder werden sich die Scharfmacher durchsetzen, denen jede Lockerung am Schraubstock des Fundamentalismus als Häresie gilt?“¹⁰⁴⁷

Die Phrase „Lockerung am Schraubstock des Fundamentalismus“ hat mehr den Charakter eines Slogans als der Information. Die Schraubstock-Metapher illustriert zwar hervorragend eine Situation des ausgeübten Drucks, die im Iran vorherrscht, doch werden außer Chatami und seinen beiden politischen Gegenspielern (der Parlamentspräsident und der Religionsführer) keine politischen Akteure genannt, so daß unklar bleibt, wer die „Scharfmacher“ sind und in welchen Strukturen sie agieren.

Wie differenziert sich die iranischen Muslime zu den religiösen Perspektiven der islamischen Republik artikulieren, wurde im Zusammenhang mit den politischen Strukturen des Iran angedeutet. Die Geistlichkeit sieht sich zunehmend mit Kritik aus Kreisen der eher als konservativ einzuschätzenden Muslime konfrontiert:

„Der Vorsitzende des Bundes der Islamischen Studentenvereine ist ein überzeugter Fundamentalist, der 1979 als glühender Verehrer des Revolutionsführers Ajatollah Chomeini seine Kommilitonen gegen den Schah auf die Straße hetzte. Aber in den erbitterten Flügelkämpfen von Teheran steht Tabarsadi für die Handlanger der Gottespartei auf der falschen Seite: Der Studentenfunktionär hatte es ... in einer Rede vor Studenten gewagt, dem religiösen Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei Machtmißbrauch vorzuwerfen.“¹⁰⁴⁸

Zwar verzichtet „Der Spiegel“ darauf darzulegen, in welchem Verhältnis die genannten Kontrahenten zum Islam stehen, doch liegt aufgrund der Titulierung Tabarsadis als Fundamentalist der Schluß nahe, daß Religionsführer Chamenei die ihm auf Grundlage der Strukturen der islamischen Republik zuerkannten Kompetenzen überschreitet und dies von konservativen Kräften im Iran nicht toleriert wird.

Die Perspektiven der iranischen Bevölkerung, die sich nicht im politischen Diskurs öffentlich engagiert, im Hinblick auf den Islam werden im Mediendiskurs kaum aufgegriffen. Häufig lassen sie sich in Ansätzen nur erahnen wie beispielsweise in einem Artikel in der „Zeit“ im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen:

„Auf dem Land, unter dem einfachen Volk, könnte Chatami, der aus einer angesehenen Gelehrtenfamilie stammt, seinen geringen Bekanntheitsgrad durch den schwarzen Turban ausgleichen, der ihn als Sejjed, als direkten Nachkommen des Propheten Mohammed, auszeichnet. Das garantiert besondere Achtung und Vertrauen.“¹⁰⁴⁹

¹⁰⁴⁷ IRAN-S-23: 134

¹⁰⁴⁸ IRAN-S-25: 144

¹⁰⁴⁹ IRAN-Z-13

An dieser Einschätzung läßt sich ablesen, daß das „einfache Volk“ eher wenig in aktuelle politisch-religiöse Diskurse eingebunden ist und seine Haltung zu den Akteuren eher auf der Grundlage von traditionellen Bezügen herausbildet. Dies ist jedoch nur eine Deutung, da die Aussage in dem Artikel selbst nur auf einer Interpretation beruht.

Die politisch aktiven Frauen im Iran vertreten bewußt eine traditionelle Perspektive, was zum Teil davon abhängt, daß sie glauben, auf diese Weise eher Zustimmung für Veränderungen seitens der islamischen Geistlichen zu gewinnen. Dies wird beispielsweise in einem Artikel der „Zeit“ über Faezeh Haschemi, eine Tochter Rafsandschanis, deutlich:

„Unter ihrem Tschador trägt sie Jeans und Turnschuhe. Sie läßt sich Strähnchen färben. Aber sie lehnt eine ‚feministische‘ Etikettierung ab, weil man damit ‚besondere Privilegien‘ für Frauen assoziiere. Sie weiß genau, wie verwundbar sie politisch ist. ‚Der Klerus ist sehr mächtig in diesem Land‘, sagt sie, und es klingt gar nicht so, als sei sie die Tochter eines der obersten Geistlichen des Landes. ‚Wir müssen es so einrichten, daß sie uns zustimmen. Denn sonst könnten wir gar nichts erreichen.‘ ... Der Kampf wird in Guerillamanier geführt, die Frauen werden die Gesetzesgrenzen und die Toleranz der Gesetzgeber austesten. Subversion eher als Revolution. Verstellung eher als Widerstand.“¹⁰⁵⁰

Hier wird die gesellschaftliche Bedeutung der islamischen Kultur deutlich. Die Argumentation von Faezeh Haschemi ist weniger religiös motiviert, sondern bezieht sich auf einen politischen Handlungsraum, der von einer islamischen Geistlichkeit dominiert ist, die aus den religiösen Grundlagen der Gesellschaft eine traditionelle Gesellschaftsstruktur ableitet, innerhalb derer Frauen eine deutlich untergeordnete Position einnehmen.

Das Beispiel zeigt, daß die Grenzen zwischen Religion, Politik und Gesellschaft im Iran im Hinblick auf den Islam fließend sind, wobei von der Geistlichkeit ja auch die umfassende Perspektive, daß der Islam das gesamte gesellschaftliche Leben umfasse, vertreten wird. Selbst wenn der Diskurs, den die politisch aktiven Frauen führen, nicht explizit religiös motiviert ist, muß dieser sich dennoch auf das Islamverständnis der Herrschenden beziehen, da diese über die Definitionsmacht im politischen Raum verfügen.

Sehr kritisch wird das Engagement von iranischen Gläubigen in Deutschland beurteilt. So berichtete die „Welt am Sonntag“:

„Im jüngsten Bericht des Hamburger Verfassungsschutzes heißt es über das islamische Zentrum mit seiner Moschee: ‚Für den Export der islamischen Revolutionsidee spielt es eine herausragende Rolle.‘ In einer geheimen Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde schon 1994 Teherans Botschaft in Bonn verdächtigt, in mehrere Anschläge auf regimiekritische Iraner verwickelt zu sein. ... Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet auch die Tätigkeit von Anhängern der iranischen Regierung in Deutschland. Dazu gehört insbesondere die ‚Union islamischer Studentenvereine‘, in der regimetreue Studenten zusammengefaßt sind. Ihr Ziel: die ‚islamische Revolution‘. Hauptaufgaben seien der Export dieser Revolution.“¹⁰⁵¹

¹⁰⁵⁰ IRANZ-Z-15

¹⁰⁵¹ IRAN-W-7

Vor dem Hintergrund der bereits angeführten negativen Islam-Perspektiven und im Zusammenhang mit der hier geschilderten Annahme, daß die iranische Botschaft in Attentate verwickelt ist, wird der Islam in dem Artikel zu einer regelrechten Bedrohung für Deutschland.

Die „Welt am Sonntag“ berichtet allerdings auch über eine iranische Widerstandsgruppe, die in Deutschland aktiv ist:

„Die Gegner der iranischen Regierung in Deutschland sind vor allem im ‚Nationalen Widerstandsrat Iran‘ vereinigt. Laut Verfassungsschutz handelt es sich dabei um die ‚einzige nennenswerte iranische Oppositionsgruppe‘ in Deutschland mit Hauptsitz in Köln. Sie ist der politische Arm der iranischen Volksmudjaheddin.“¹⁰⁵²

Da diese Gruppe jedoch anscheinend den einzigen Gegenpol zu den ansonsten als „fundamentalistisch“ eingeschätzten Aktivitäten von Iranern in Deutschland bildet, erreicht sie in der Berichterstattung einen zu geringen Stellenwert, um die bestehende Bedrohungslage zu relativieren. Hinzu kommt, daß über die Aktivitäten der Gruppe überhaupt keine Angaben gemacht werden, so daß es keine Ansatzpunkte gibt, um an der Oppositionsbewegung ein positives Bild des Islam festzumachen.

Der Artikel der „Welt am Sonntag“ schließt mit der Angabe, daß laut Bundesinnenministerium derzeit 111.084 Iraner in Deutschland leben.¹⁰⁵³ Vor dem Hintergrund, daß die „iranischen Islamisten“ in Deutschland anscheinend weit mehr Gewicht haben als die Oppositionsbewegung, kann sich hier leicht die Assoziation einstellen, daß wohl die meisten der in Deutschland lebenden Iraner als „Fundamentalisten“ einzuschätzen sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die spezielle Bezugnahme der Medien auf den Islam sich vor allem am vorherrschenden politischen Diskurs im Iran orientiert. Die verschiedenen Dimensionen, die der Islam im Iran dabei umfaßt, werden fast ausschließlich punktuell aufgegriffen, ohne daß eine Gesamtperspektive erkennbar ist. Es wird also nur ein Ausschnitt der Bedeutungszusammenhänge, in denen der Islam steht, berücksichtigt. Die Hauptaspekte, die sich aus dem Islamdiskurs der iranischen politischen beziehungsweise geistlichen Elite ableiten lassen sind dabei eine Instrumentalisierung des Islam zum eigenen Machterhalt sowie zur Einigung der iranischen Bevölkerung nach innen und zur Abgrenzung der islamischen Welt vom Westen. Lediglich in dem „Spiegel“-Beitrag von Gernot Rotter wird auch eine explizit am Islam als Religion orientierte Argumentation verfolgt. Die Haltung der iranischen Bevölkerung zur Religion wird in allen analysierten Artikeln nur an einer Stelle und dort auch nur indirekt erwähnt.

¹⁰⁵² IRAN-W-7

¹⁰⁵³ vergl. IRAN-W-7

7.2.3 **Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit dem Iran**

Die Haltung der politischen Akteure gegenüber dem Iran ist aller Wahrscheinlichkeit nach von bestimmten Interessen geprägt. Bereits am Beispiel Irak wurde deutlich, daß der Umgang mit einem islamischen Staat nicht nur davon abhängt, welchen Einfluß dieser im internationalen System geltend macht, sondern daß die Reaktionen anderer – und vor allem der westlichen – Staaten auch deren eigene politische Perspektiven widerspiegeln. Deshalb soll im folgenden analysiert werden, welche Interessen im Hinblick auf den Iran vertreten werden. Von der grundsätzlichen politischen (und auch wirtschaftlichen) Interessenlage hängt es wiederum ab, welche Strategien sich im politischen Diskurs manifestieren und welche Perspektiven von Moral oder auch Recht, die im Fall des Iran nicht nur mit Blick auf das Mykonos-Urteil bedeutsam sind, sich daraus entwickeln (können).

Für das Verhalten der Bundesrepublik gegenüber dem Iran ist kennzeichnend, daß eine Konfrontation vermieden werden soll. So wird der damalige Außenminister Kinkel von der „Welt am Sonntag“ wie folgt zitiert:

„Alles weitere hängt jetzt vom Verhalten der iranischen Führung ab. Sie muß die Regeln des Völkerrechts strikt beachten. Wir jedenfalls wollen keinen Abbruch der über hundert Jahre alten Beziehungen und bei aller tiefen Betroffenheit kein Öl ins Feuer gießen.“¹⁰⁵⁴

Diese Äußerung umfaßt mehrere Implikationen. Zunächst einmal wird von deutscher Seite als Maßgabe eine Einhaltung des Völkerrechts propagiert. Dadurch, daß Kinkel von der iranischen Regierung eine Reaktion auf diese Forderung zum Ausgangspunkt der weiteren Gestaltung der Beziehungen macht, zieht sich die Bundesregierung in die Defensive zurück, da nun der Iran handeln muß. So wird dem Iran gewissermaßen die Verantwortung für weitere Entwicklungen zugewiesen.

Der Verweis auf das Völkerrecht zeigt außerdem, daß es Deutschland anscheinend in dem Konflikt lediglich um die eigene Position im Weltstaatensystem geht. Die Forderung besteht also darin, daß der Iran die deutsche Souveränität zu achten habe. Die von den Vereinten Nationen propagierten Menschenrechte hingegen werden an dieser Stelle¹⁰⁵⁵ nicht erwähnt.

¹⁰⁵⁴ IRAN-W-3

¹⁰⁵⁵ Der Argumentationsfluß ist in diesem speziellen Fall nicht nur von der grundsätzlichen Argumentation des damaligen Außenministers geprägt, sondern auch – da es sich um ein Interview handelt – von den Fragen, die die „Welt am Sonntag“ stellt. Die bereits zitierte Äußerung ist die Antwort Kinkels auf die grundsätzliche Frage, was die Aussetzung des von der Bundesregierung zuvor verfolgten „kritischen Dialogs“ nach dem Mykonos-Urteil bedeutet und welche weiteren Perspektiven gegenüber dem Iran vertreten werden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß zunächst die allgemeinen Menschenrechte nicht erwähnt werden. Nach einer Frage zur weiteren Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen spricht die „Welt am Sonntag“ schließlich auch die Frage der Menschenrechte direkt an, und Kinkel nimmt sehr ausführlich Stellung. Es wäre jedoch anzunehmen, daß der Außenminister, wenn die Menschenrechte für die Gestaltung der Beziehungen zum Iran von besonderer Bedeutung sind, bereits zu Beginn des Interviews von sich aus dazu Stellung beziehen würde.

Mit dem Hinweis auf die über hundertjährige Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran führt Kinkel eine historische Komponente ein. Der Bezug suggeriert eine gewisse Stabilität. Die Bedeutung, die die historischen Entwicklungen innerhalb des Iran haben, wird jedoch in diesem Zusammenhang nicht deutlich. Ein Blick auf die Geschichte zeigt nämlich, daß in diesem Zeitraum die politischen und religiösen Perspektiven des Iran einem Wandel und mit der Revolution einem Umbruch ausgesetzt waren. Kinkels Äußerung deutet eher eine gleichförmige Entwicklung in eine Richtung an. Auf die Bedeutung dieser Divergenz wird noch zurückzukommen sein.

Kinkel definiert die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der allgemeinen Beziehungen zum Iran. Den Wirtschaftsbeziehungen wird also zunächst einmal keine Priorität eingeräumt. Grundsätzlich wünscht Kinkel sich für die Beziehungen zum Iran eine „ruhige Bilanz“.¹⁰⁵⁶ Diese Wortwahl ist sehr bezeichnend, denn Bilanzen können höchstens ausgeglichen oder unausgeglichen sein, nicht aber „ruhig“. Die Verwendung dieses Adjektivs läßt Interpretationsspielraum, denn wenn eine ausgeglichene Bilanz angestrebt würde, müßte das Verhalten des Iran im einzelnen bewertet werden, um dann analytisch den Schluß zu ziehen, ob die Beziehungen tatsächlich ausgeglichen sind. So weist „Die Zeit“ auch darauf hin, daß eine Fortführung des 1992 von der Europäischen Union beschlossenen „kritischen Dialogs“ es den Europäern erlaube, „auf konkreten Schritten zu bestehen“.¹⁰⁵⁷

Kinkels Ausführungen zur Bedeutung der Menschenrechte umfassen genau wie seine allgemeinen Ausführungen verschiedene Perspektiven:

„Menschenrechtspolitik ist und bleibt eine zentrale Säule deutscher Außenpolitik. Diesen Grundsatz leiten wir aus unserer Verfassung ab, er entspricht unserem Welt- und Menschenbild. Bei diesem Ziel gibt es nichts zu relativieren. Wohl aber muß man sich genau überlegen, mit welchen Mitteln man die Ziele einer engagierten Menschenrechtspolitik am besten verfolgt. Im Verhältnis zum Iran hatten die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 1992 entschieden, daß auch weiterhin – trotz aller bekannten Vorwürfe – ein Dialog mit der iranischen Regierung geführt werden solle. Darin sollte die Besorgnis über das Verhalten des Iran zum Ausdruck gebracht und der Versuch gemacht werden, Verbesserungen zu erreichen. Die Überlegung war, besser miteinander reden als sich geschäftlos gegenüberstehen. Der kritische Dialog war und ist ja nicht das Hobby der Bundesregierung. Er war und ist eine europäische Entscheidung.“¹⁰⁵⁸

Die Argumentation ist sehr geschickt. Die Menschenrechte werden als Ziel politischer Bemühungen dargestellt und sollen nicht relativiert werden. Die Vorgehensweise, wie das Ziel erreicht werden soll, läßt jedoch Spielraum. Kinkels Darstellung des Verhältnisses der europäischen Staaten zur Menschenrechtsfrage auf der einen und zum Iran auf der anderen Seite umfaßt nur einen relativ kurzen Zeitraum. Der ehemalige Außenminister führt als Erfolg des Dialogs die Zusam-

¹⁰⁵⁶ vergl. IRAN-W-3

¹⁰⁵⁷ IRAN-Z-1

¹⁰⁵⁸ IRAN-W-3

menarbeit in Fragen atomarer Waffen sowie die Freilassung von Geiseln an. Setzt man die Äußerungen jedoch in Bezug zu Kinkels vorherigen Aussage über die mehr als hundertjährigen Beziehungen zum Iran, so muß man feststellen, daß die Auseinandersetzung anscheinend auch in dieser sehr langen Zeitspanne keine wirkliche Verbesserung der Menschenrechte zumindest für die Bevölkerung im Iran mit sich gebracht hat.

Dies scheint jedoch auch nicht das wirkliche Ziel Deutschlands zu sein, wie aus einer weiteren Aussage Kinkels hervorgeht:

„Einen ‚Dialog um jeden Preis‘ kann es nicht geben. Es gibt Grenzen, die dann erreicht sind, wenn das Völkerrecht und die Souveränität eines anderen Landes massiv verletzt werden. Das ist geschehen.“¹⁰⁵⁹

Diese Äußerung bestätigt die zu Beginn gemachte Aussage, daß nicht allgemeine Menschenrechtsfragen, sondern die spezielle Position Deutschlands im Vordergrund der deutschen Iran-Politik stehen. Für die deutsche Einschätzung der Situation ist es schwerwiegender, wenn die iranische Regierung in Deutschland morden läßt, als wenn sie auf eigenem Territorium Menschenrechtsverletzungen begeht.

Das Kinkel-Interview mit der „Welt am Sonntag“ zeigt auf, welche irrationalen Züge Dialoge zwischen Bonn und Teheran annehmen können. So äußerte Kinkel:

„Wir nehmen Außenminister Welajati beim Wort: Er hat in der vergangenen Woche erklärt, für die Sicherheit der in Iran lebenden Deutschen und anderen europäischen Ausländer bestehe kein Grund zur Sorge. Dasselbe gilt für die iranischen Staatsbürger in Deutschland.“¹⁰⁶⁰

Diese Aussage des iranischen Außenminister mutet im Hinblick auf das Mykonos-Urteil geradezu absurd an, da der Urteilsspruch ja entgegen der Darstellung der iranischen Regierung dokumentiert, daß iranische Staatsbürger in Deutschland ermordet wurden.

Es stellt sich zudem die Frage, welchen „Preis“ die Bundesregierung für den „kritischen Dialog“ vor dem Mykonos-Anschlag zu zahlen bereit war. So äußert „Die Zeit“, daß die Bundesregierung nach dem Anschlag Abschied nehmen müsse

„von der lieb gewonnenen Fiktion, man könne kritisch mit Folterern, Entführern und Mördern reden. Von Anfang an litt der ‚kritische Dialog‘ an Überfrachtung durch ein pädagogisches Programm, unter der Vorstellung nämlich, man könne Diktatoren zum Besseren erziehen.“¹⁰⁶¹

Es ist fragwürdig, ob ein solches „pädagogisches Programm“ – auch wenn es sich letztendlich als ohnehin nicht umsetzbar erweist – von der Bundesregierung überhaupt vertreten wurde und wird. In diese Richtung weist nämlich die Haltung deutscher Politiker im Hinblick auf die Situation iranischer Intellektueller.

¹⁰⁵⁹ IRAN-W-3

¹⁰⁶⁰ IRAN-W-3

¹⁰⁶¹ Kleine-Brockhoff, Thomas: Die Eiszeit ist nah, Die Zeit 14.2.1997, S. 6 (IRAN-Z-5)

Diese Deutung wird beispielsweise durch die Tatenlosigkeit der Bundesregierung im Hinblick auf den iranischen Schriftsteller Sarkuhi, der im Iran entführt und gefoltert wurde, bestätigt. Der Orientalwissenschaftler Gernot Rotter führt im „Spiegel“ die Kategorie der Verantwortung ein, die die Bundesregierung im Zuge ihrer Außenpolitik stärker berücksichtigen müsse:

„Die Geiselnahme Sarkuhis entlarvt das Regime mehr als die Fatwa gegen Rushdie. ... Während Salman Rushdie rein rechtlich in erster Linie ein Problem Londons ist, da er einen britischen Paß besitzt, ist im Fall Sarkuhi Bonn besonders in die Pflicht genommen: Seine Frau und seine Kinder leben als anerkannte politische Flüchtlinge in Deutschland.“¹⁰⁶²

Die Argumentation Rotters und die Beziehungen, die er herstellt, sind höchst bedeutsam. Die Anerkennung der Familie Sarkuhis als politische Flüchtlinge impliziert eine Bedrohung durch das iranische Regime, die von den deutschen Institutionen mit dem Asylverfahren gewissermaßen dokumentiert wurde. Aus dieser Anerkennung leitet Rotter nun eine weiterreichende Verantwortung der Bundesregierung ab. Er plädiert indirekt dafür, daß es nicht ausreicht, politische Verfolgung zu attestieren. Vielmehr müsse die Bundesregierung im Zuge der Anerkennung dieser Tatsache auch etwas gegen die bestehende Bedrohung unternehmen. Damit wird eine Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte propagiert.

Ein solches Prinzip der Verantwortung wird von der Bundesregierung und Behörden jedoch nicht gesehen. So berichtet „Die Zeit“ über den Versuch des Iraners Ebrahimzadeh Esfahani, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der Iraner war dem Mykonos-Attentat nur knapp entronnen. Um die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen zu können, müßte er zunächst vom Iran aus der alten Staatsbürgerschaft entlassen werden. Das dazu notwendige bürokratische Prozedere könnte Esfahani jedoch erneut in Lebensgefahr bringen, so daß der Iraner darauf klagte, ohne die notwendigen Formalitäten eingebürgert zu werden. Das entsprechende Gerichtsurteil wird von der „Zeit“ wie folgt zitiert:

„[Es] kann aus dem Umstand, daß offensichtlich der iranische Staat dem Kläger auf deutschem Boden nach dem Leben trachtete, nicht geschlossen werden, daß der Bundesrepublik eine Verpflichtung erwachsen würde, gleichsam als Wiedergutmachung die Kläger einzubürgern.“¹⁰⁶³

Das Gericht argumentiert weiter, daß den deutschen Staat für das Handeln des Iran keine Verantwortung treffe. „Die Zeit“ weist allerdings darauf hin, daß die bürokratische Praxis häufig anders aussehe als es das Urteil nahelege, denn 1995 seien von 838 Iranern 718 trotz Mehrstaatigkeit eingebürgert worden. Außerdem bemühe sich die Bundesregierung um die Abschaffung des mit dem Iran seit 1929 bestehenden Niederlassungsabkommens.¹⁰⁶⁴ Dieser widersprüchliche Fall zeigt, daß auf politischer Ebene zwar eine gewisse Verantwortlichkeit im Hinblick auf in Deutschland lebende Iraner gesehen wird, aber vor Grundsatzentscheidungen zurückgeschreckt wird.

¹⁰⁶² IRAN-S-6: 40

¹⁰⁶³ Gaserow, Vera: Erst die Killer fragen, Die Zeit 24.1.1997, S. 12 (IRAN-Z-2)

¹⁰⁶⁴ vergl. IRAN-Z-2

Der frühere Außenminister Kinkel geht in dem Interview mit der „Welt am Sonntag“ auch auf die Diskussion ein, die sich auf der Basis des Buches „Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington entwickelt hat:

„Ein ‚Krieg der Kulturen‘ wäre das Dümme, was überhaupt geschehen könnte. Ich habe mich immer für einen Dialog mit den Vertretern des dialogbereiten Islam ausgesprochen. Alle Kulturen dieser Erde, sei es die westliche Zivilisation, der Islam oder Hinduismus – um nur diese drei zu nennen – wir alle haben nur diesen einen Planeten, auf dem wir gemeinsam leben. Ich halte daher nichts von der These eines unausweichlichen ‚Kriegs der Kulturen‘. Wir müssen viel mehr voneinander wissen und gegenseitig um Verständnis werben.“¹⁰⁶⁵

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß Kinkel im Islam keine unüberwindbare Konfliktquelle sieht. Sein Verweis auf einen notwendigen Dialog mit Vertretern eines „dialogbereiten Islam“ wirft jedoch Fragen auf. Wie die bisherigen Ausführungen zur politischen Situation im Iran gezeigt haben, war die iranische Staatsführung vor der Wahl von Präsident Chatami gerade im Hinblick auf den Islam nicht dialogbereit. Vor diesem Hintergrund stellt sich wiederum die Frage, wer zuvor überhaupt Dialogpartner der Bundesregierung war und wer es nach der Wahl Chatamis sein wird und kann.

Kinkel hält der Kulturkampffthese die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens entgegen. Das Propagieren dieser Notwendigkeit eröffnet jedoch noch keine Möglichkeiten, wie dieses Ziel erreicht werden könnte. Sicher ist die Anmerkung richtig, daß ein wechselseitiges Verstehen vorangetrieben werden müsse, doch muß man fragen, auf welcher Ebene. Wie schon die Prioritätensetzung im Hinblick auf die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten gezeigt hat, wird die Situation des iranischen Volkes weitgehend außer acht gelassen. Die bisherige Analyse hat jedoch schon gezeigt, daß im Iran zwischen der Bevölkerung und der Staatsführung große Divergenzen bestehen. Solange jedoch die Perspektiven der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden (und damit wäre auch eine Fokussierung des politischen Diskurses auf die Menschenrechtsfrage notwendig), bleibt der von Kinkel propagierte Dialog ein Elitediskurs, der der Komplexität der realen Situation überhaupt nicht gerecht wird. Die Orientierung der Bundesregierung an der iranischen Staatsführung blockiert damit nämlich gerade ein Verstehen in einem umfassenden Sinne, da die Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung überhaupt nicht beachtet werden.

Hafez geht auf die Problematik fehlender Voraussetzungen für einen Dialog zwischen Islam und Westen ein:

„Das Dilemma des Entspannungs- und Dialogansatzes zwischen dem Islam und dem Westen besteht darin, daß er ein ‚Dialogklima‘ der Öffnung kultureller Horizonte und der Bereitschaft zur Korrektur

¹⁰⁶⁵ IRAN-W-3

problematischer Wahrnehmungs- und Bildungstraditionen voraussetzt, das letztlich nur durch den Dialog selbst entstehen kann.“¹⁰⁶⁶

Für einen Dialog zwischen Deutschland und dem Iran würde dies aus deutscher Sicht bedeuten, daß zunächst einmal die komplexe Geschichte des Iran wahrgenommen werden müßte. Schließlich müßte dann die Rolle, die Deutschland im Hinblick auf diese Entwicklung gespielt hat, analysiert werden, um auf Basis dieser Analyse eine neue, konsistente Haltung gegenüber dem Iran zu entwickeln.

Eine solche veränderte Perspektive ist natürlich dem von Hafez skizzierten Dilemma ausgesetzt, denn ein Umdenken auf deutscher Seite wäre eine Vorleistung für einen Dialog mit dem Iran, da nicht zwangsläufig seitens des iranischen Regimes ebenfalls ein Prozeß der Selbstkritik eingeleitet wird. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung sich grundsätzlich darüber klar werden muß, wer überhaupt Ansprechpartner für einen Dialog sein kann: ein Regime, das breite Teile der Bevölkerung auf der Basis eines machtpolitisch instrumentalisierten Islam unterdrückt oder Oppositionsbewegungen, die westlichen Staaten aufgrund ihrer historisch aufgeladenen Erfahrungen ebenfalls skeptisch gegenüberstehen? Die Art des „kritischen Dialogs“, wie er vom damaligen Außenminister Kinkel propagiert wird, erscheint auf den ersten Blick so, als ob die Bundesregierung voraussetzungslos auf den Iran zugehen würde. Da jedoch die eigenen Motivationen, die teils wirtschaftlicher und teils sicherlich auch machtpolitischer Natur sind, nicht hinterfragt werden, ist ein solches Vorgehen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

In einem Artikel in der „Zeit“ kritisiert Farideh Zebarjad, die Ehefrau des im Iran verfolgten und gefolterten Schriftstellers Sarkuhi, eine Einseitigkeit des von der Bundesregierung propagierten „kritischen Dialogs“:

„Und die Bundesrepublik? Tut sie nach Faridehs Meinung genug für ihren Mann? Die Ehefrau schüttelt traurig den Kopf: ‚Immer dieses Nachgeben. Schon eine Woche nach dem Mykonos-Prozeß wollte Bonn seinen Botschafter nach Teheran zurückschicken. Warum werden kritische Autoren nicht einmal von Institutionen nach Deutschland eingeladen - zum Beispiel zu Vortragsreisen des Goethe-Instituts? Was bedeutet kritischer Dialog mit dem Iran, wenn man Schriftsteller, die im Iran ums Überleben kämpfen, niemals zu Diskussionen hierzulande einlädt oder ihnen einmal einen Preis verleiht?‘ Den einzigen positiven Beitrag angesichts dieser Selbstausschaltung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik leistet die Heinrich-Böll-Stiftung: Noch bis Ende des Jahres hält sich Huschang Golschiri, einer der bekanntesten iranischen Gegenwartsautoren, mit einem Stipendium in der Bundesrepublik auf.“¹⁰⁶⁷

Eine Auseinandersetzung mit den iranischen Intellektuellen wäre zwar auch wieder ein Elitediskurs, doch würde dieser zumindest auch den Blick auf die Menschenrechtslage im Iran rücken, da gerade diese Personengruppe von den brutalen Aktionen des herrschenden Regimes besonders betroffen ist. Außerdem sind es nicht zuletzt die Intellektuellen, die Gegenentwürfe zur Politik der radikalen iranischen Geistlichkeit formulieren.

¹⁰⁶⁶ Hafez (1997): 26

¹⁰⁶⁷ Bloch, Werner: Ich bin Faradsch Sarkuhi, Die Zeit 27.6.1997, S. 45 (IRAN-Z-19)

„Die Zeit“ kritisiert auch in einem weiteren Artikel, daß die Bundesregierung im speziellen Fall Sarkuhis nichts zu dessen Rettung unternimmt und daß sie noch nicht einmal interveniert, als in Teheran das Haus eines deutschen Diplomaten, der iranische Intellektuelle eingeladen hatte, gestürmt wird:

„Viele iranische Intellektuelle aus dem Exil haben den Terror in den Gefängnissen des Schahs und der Mullahs erlitten. Sie haben ein Empfinden für die Mechanismen der Qual. Sie vermuten, daß Gerüchte von den Henkern nach Bedarf gestreut werden, um im Ausland zu testen, wie weit sie gehen können. Man muß diesen Exilintellektuellen glauben, wenn sie beteuern, Sarkuhis Leben hänge vom Ausland ab, von unserem Aufschrei. Vor allem vom Aufschrei Deutschlands. Doch die vom Iran zum Narren gehaltenen Politiker schweigen bis heute. Obwohl mit der Verleumdung, Sarkuhi sei ein ‚deutscher Spion‘, auch die deutsche Politik diskreditiert wird. Deutsche Politiker überlassen die Verteidigung Sarkuhis seiner Frau, seinen Freunden, Journalisten und Menschenrechtsgruppen. Auf ihren offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl bekam Sarkuhis Frau den üblichen Bescheid, der Kanzler antworte nicht auf offene Briefe. Aber warum haben Helmut Kohl, sein Außenminister Kinkel und der Geheimdienstkoordinator Schmidbauer den Überfall auf das Haus des deutschen Diplomaten nicht zur Staatsaffäre erklärt? Es war doch eine. Hätten sie sich nicht, für die Weltöffentlichkeit vernehmbar, gegen die infame Anschuldigung verwahren müssen, Sarkuhi sei ein ‚deutscher Spion‘?“¹⁰⁶⁸

Alleine die Annahme, daß seitens des Iran gezielt getestet wird, welche Menschenrechtsverletzungen das Regime sich erlauben kann, ohne daß das Ausland und hier speziell die deutsche Regierung eingreift, zeigt, daß die deutsche Politik des Stillhaltens in der bestehenden Situation nichts erreichen kann.

Auch „Der Spiegel“ kritisiert in diesem Zusammenhang, daß die „liberalen Iran-Freunde“ nicht bereits nach den Pressionen gegen den deutschen Diplomaten ihre Perspektiven überdacht haben. Die Ehefrau Sarkuhis wird mit der Feststellung zitiert, daß die Bundesregierung, falls ihr Mann getötet werde, eine erhebliche Mitschuld trage.¹⁰⁶⁹ Nur eine wirkliche Hinwendung zur Frage der Menschenrechte könnte der iranischen Bevölkerung überhaupt das Gefühl vermitteln, daß wirklich ein Prozeß des Verstehens intendiert ist. Diese Deutung wird indirekt von der Argumentation Gernot Rotters im „Spiegel“ belegt:

„Doch Klaus Kinkel wird wohl dennoch nicht abrücken von seinem ‚kritischen Dialog‘, einer jener modernen Wortschöpfungen, mit denen alles Negative schöngeredet werden soll und die in diesem Fall nur wirtschaftliche Kumpanei überdeckt – zumal sich der Dialog nunmehr als Monolog erweist. Bonn macht sich damit zum Komplizen des iranischen Geheimdienstes, der die Bundesregierung an der Nase herumführt wie einen Tanzbären.“¹⁰⁷⁰

Komplizenschaft und „wirtschaftliche Kumpanei“ lassen die „Dialogbereitschaft“ der Bundesregierung aller Wahrscheinlichkeit nach in den Augen der iranischen Regimegegner als bloße Verfolgung eines deutschen Eigeninteresses erscheinen und nicht als Wille zu einer wirklichen Verbesserung der bestehenden Situation. So kritisiert auch Hafez die bestehende „politische Doppel-moral“, die der Westen gegenüber islamischen Staaten einnehme. Weder in der westlichen Politik

¹⁰⁶⁸ Müller, Herta: Sarkuhi ist unschuldig, Die Zeit 1.8.1997, S. 37-38 (IRAN-Z-22): 38

¹⁰⁶⁹ vergl. o.A.: Strengstes Stillschweigen, Der Spiegel 3.2.1997, S. 142 (IRAN-S-5)

¹⁰⁷⁰ IRAN-S-6: 40

noch in der Öffentlichkeit existiert seiner Meinung nach eine Debatte über die moralische Vertretbarkeit enger Bündnisse mit repressiven Regimen.¹⁰⁷¹ Ein anderer wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß seitens westlicher Staaten nicht alle Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich angeprangert werden, sondern die Haltung gegenüber islamischen Staaten eher von den jeweils vertretenen Eigeninteressen des Westens bestimmt wird.¹⁰⁷²

Ein „kritischer Dialog“ impliziert auch eine wechselseitige Auseinandersetzung. Diese Perspektive müßte es mit sich bringen, daß auch eine kritische Perspektive des Iran gegenüber Deutschland als legitim angesehen wird. Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Zitat des iranischen Religionsführers Chamenei:

„Uns stört es überhaupt nicht, wenn ihr den kritischen Dialog abbrecht. Wir haben diese Art des Dialogs nie gesucht, und wir könnten überhaupt mehr Kritik an euch üben als ihr an uns.“¹⁰⁷³

Diese Aussage hat zwar hauptsächlich strategischen Charakter, doch muß ihr grundsätzlicher Gehalt dennoch besonders betrachtet werden. Der politische Diskurs in Deutschland läßt den „kritischen Dialog“ als relativ einseitige Einflußnahme auf den Iran erscheinen. Der Religionsführer verweist jedoch darauf, daß auch der Iran an Deutschland Kritik zu üben habe.

Vor den tatsächlichen politischen Hintergründen der aktuellen Situation mag sicherlich die deutsche Perspektive als gerechtfertigt gelten, daß eher von deutscher Seite auf den Iran eingewirkt werden müsse. Doch bedeutet Dialog tatsächlich wechselseitige Auseinandersetzung. Und damit ist die Aussage Chameneis zumindest im Hinblick auf den Begriff „Dialog“ durchaus gerechtfertigt. Es zeigt sich also, daß Politiker wie der damalige Außenminister Kinkel sich fragen müssen, ob ihre Perspektive der Iran-Politik überhaupt konsistent ist. Ist dies nicht der Fall, so müßten im Zuge eines tatsächlich „kritischen Dialogs“ vom Dialogpartner Iran auch die deutschen Voraussetzungen, die in den Dialog eingebracht werden, kritisiert werden dürfen.

„Die Zeit“, die den von der Bundesregierung propagierten „kritischen Dialog“ an vielen Stellen kritisiert, sieht nach der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten neue Ansatzpunkte für eine Verständigung gegeben. Da Chatami als liberal gilt, seien die Voraussetzungen für einen „substantiellen“ Dialog „alles andere als schlecht“.¹⁰⁷⁴ Die Möglichkeit einer Verständigung und damit einhergehend des Verstehens wird also durchaus davon abhängig gemacht, mit wem der Dialog geführt wird. Wenn Chatami tatsächlich eine Politik vertreten sollte, die die Rechte der iranischen Bevölkerung achtet, wäre für die Bundesregierung ein guter Ansatzpunkt gegeben, ihrerseits in einem neuen „kritischen Dialog“ Menschenrechte wieder zum Thema zu machen.

¹⁰⁷¹ vergl. Hafez (1997): 24

¹⁰⁷² vergl. Rieck, Andreas (1997b): Iran: die Mullahs als Dialogpartner?, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 111-124: 120f

¹⁰⁷³ o.A.: Kollektiv blamiert, Der Spiegel 5.5.1997, S. 35 (IRAN-S-14)

¹⁰⁷⁴ vergl. IRAN-Z-17

Wie Zwiespältig die Haltung der Weltstaatengemeinschaft zu Menschenrechtsverletzungen im allgemeinen und zu denen im Iran im besonderen ist, zeigt ein Bericht der „Zeit“ über eine Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen:

„In Genf wird der kanadische Sonderberichterstatter Maurice Copithorne in Kürze seinen zweiten Bericht zu den Menschenrechtsverletzungen im Iran vorlegen. Dieser ist wesentlich kritischer als sein erster Bericht, den er vor allem fragend formuliert hatte, nachdem sein Vorgänger Galindo Pohl nicht mehr im Iran ermitteln durfte. Wie wird nun die iranische Staatsführung reagieren, die vor einem Jahr ihre Kooperation mit dem neuen Berichterstatter so laut gelobt hatte? Teherans Reaktion ist eines der spannenden Themen, die die diesjährige Sitzung der Menschenrechtskommission (MRK) in Genf prägen werden. Auf Tausenden von Seiten werden die leider viel zu schlecht ausgestatteten Sonderberichterstatter und Arbeitsgruppen die Einstellung vieler Staaten zu den Menschenrechten und Beispiele von Menschenrechtsverletzungen wie Folter, ‚Verschwindenlassen‘ oder extralegale Hinrichtungen dokumentieren. Die Fülle des Materials belegt, daß die Beschaffung von Informationen dem internationalen Menschenrechtsschutz heute keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Die frühen Warnungen gibt es, die rechtzeitigen Reaktionen sind das Problem. Und der fehlende politische Wille, die inkriminierten Staaten unabhängig von eigenen Interessen an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Klar und deutlich.“¹⁰⁷⁵

Umfassenden Berichten über Menschenrechtsverletzungen steht die Tatenlosigkeit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen gegenüber. Interessanter als die Frage, wie Teheran auf Vorwürfe zu Menschenrechtsverletzungen des Regimes reagiert, dürfte allerdings sein, wie sich die Vereinten Nationen zu solchen Belegen verhalten. Die Institution, auf die die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zurückgeht, müßte ja eigentlich zur treibenden Kraft im Hinblick auf die Einhaltung dieser Rechte werden.

Vor diesem Hintergrund ist Schefflers Forderung nach einem aktiven Engagement westlicher Staaten für politische Veränderungen zu sehen:

„Angesichts der engen kausalen Verbindung von Autoritarismus und Gewalt im Nahen Osten dürfte der nächstliegende Beitrag zum Abbau der ... Gefahrenpotentiale weniger darin bestehen, den Terrorismus ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen, als vielmehr darin, die *Demokratisierung* der Region zu fördern. Pluralismus, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung, politischer Wettbewerb, freie Wahlen und eine politische Kultur der Verhandlungslösungen und Kompromisse sind bis heute die sichersten Mittel gegen unkontrollierte politische Gewalt. Freilich befindet sich der Westen gerade hier auch in einer prekären ‚Bringschuld‘: Sein eigener Anteil am Fortbestand autoritärer Strukturen im Vorderen Orient ist nicht unbeträchtlich. Man denke etwa an die finanzielle, militärische und polizeiliche Rückendeckung für zahlreiche autoritäre Regime der Region ... oder an die zeitweilige Unterstützung westlicher oder prowestlicher Staaten für radikale islamistische Bewegungen, die man als Bündnispartner gegen den Kommunismus und andere säkularistische Oppositionsbewegungen zu benötigen glaubte. Wer heute noch (oder wieder) von der Existenz ‚Orientalischer Despotie‘ im Nahen und Mittleren Osten spricht, muß hinzufügen, daß es sich weniger um eine Fortschreibung lokaler traditionaler Herrschaftsstrukturen handelt als um Produkte einer ‚Moderne‘, die von Europa ihren Ausgang nahm und gewaltgeprägter war, als ihre friedensbetonten Selbstbilder es heute vermuten lassen.“¹⁰⁷⁶

Was Schefflers Einschätzung der „orientalischen Despotie“ angeht, wurde ja bereits im Zusammenhang mit den Ausführungen von Bassam Tibi deutlich, daß repressive Systeme durchaus im Nahen Osten eine grundlegende Herrschaftsform gebildet haben und Veränderungen zum großen Teil durch den Einfluß westlicher Staaten verhindert wurden.

¹⁰⁷⁵ Deile, Volkmar: Teheran muß sich verantworten, Die Zeit 7.3.1997, S. 14 (IRAN-Z-6)

¹⁰⁷⁶ Scheffler (1997): 93, Hervorheb. im Original

Trotz dieser Einschränkung von Schefflers Aussage ist seine Perspektive der „Bringschuld“ von großer Bedeutung, da nur ein aktives Engagement westlicher Staaten für die Veränderung der von ihnen mitverursachten Strukturen der Repression in islamischen Kulturen eine Akzeptanz des Westens und damit eine Dialogbereitschaft fördern könnte. Schefflers Argumentation ähnelt damit Brumliks Ausführungen zur Verantwortungsethik, die bereits im Hinblick auf den Irak dargelegt wurde.

Die Bedeutung von Dialog und Annäherung im Hinblick auf eine Verständigung mit dem Iran wird von der „Welt am Sonntag“ sehr kritisch eingeschätzt. So bemängelt die Zeitung einen „außenpolitischen Weichspülgang“ des Westens sowie eine generelle Prägung der deutschen Außenpolitik durch „Kompromiß-Kategorien“ und „fast marktideologisch geprägte Geschäftsinteressen“.¹⁰⁷⁷ Die politische Situation wird mit der Zeit des Kalten Krieges verglichen, wobei die politischen Umbrüche schließlich nicht die Folge von einer Politik der Annäherung, sondern

„des unzweideutigen und mit politisch-militärischer Stärke untermauerten ... Kurses des Westens“¹⁰⁷⁸

gewesen seien. Die „Welt am Sonntag“ fordert also entgegen den Darstellungen des Außenministers eine Politik der Härte jenseits von einem „friedensideologisch betriebenen Illusionskonzept“ und führt die Kategorie „politischer Selbstachtung“ ein, die ein solches Vorgehen notwendig mache.¹⁰⁷⁹

Eine Strategie von Dialog und Kooperation ist laut „Welt am Sonntag“ nämlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Iran von großem Interesse:

„Mit Unterstützung des noch stärker gewordenen Deutschland wollte Iran seine Beziehungen zur europäischen Union ausbauen. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU sollten das Kernstück einer Westpolitik ‚minus USA‘ sein. ... Mehr Pragmatismus in Wirtschaftsfragen und eine vorsichtige außenpolitische Öffnung sollten an Stelle der bedingungslosen Umsetzung einer islamistischen Ideologie treten.“¹⁰⁸⁰

Es gibt also Anzeichen dafür, daß die iranische Regierung bereit ist, eine Abgrenzung vom Westen auf Basis des Islam zurückzustellen, wenn sie dafür wirtschaftliche Vorteile erlangen kann.

Ähnlich argumentiert auch Gernot Rotter im „Spiegel“, wenn er auch Zweifel daran äußert, daß das iranische Regime überhaupt auf Drohungen reagieren würde:

„Doch selbst wenn Bonn handelt – der diplomatische Kanon reicht von der Protestnote des deutschen Botschafters über die gezielte Ausweisung iranischer Diplomaten bis zum offiziellen Abbruch der Beziehungen –, lassen Brutalität und Arroganz des iranischen Regimes befürchten, daß aller Protest nicht viel ausrichten wird. Diese pessimistische Annahme darf die Bundesregierung dennoch nicht hindern, letztlich mit einem Abbruch sämtlicher Wirtschaftsbeziehungen ein noch deutlicheres und für die Mullahs schmerzhafteres Zeichen zu setzen. Rund zwei Milliarden Mark Exportverlust sind ein vergleichs-

¹⁰⁷⁷ vergl. IRAN-W-5

¹⁰⁷⁸ IRAN-W-5

¹⁰⁷⁹ vergl. IRAN-W-5

¹⁰⁸⁰ Steinbach, Udo: Hinter der Fassade aus Entrüstung in Iran tobt ein Machtkampf zwischen Mullahs und Pragmatikern, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 33-34 (IRAN-W-6): 33

weise geringer Betrag angesichts der Demütigungen, die sich Bonn von Teheran gefallen läßt, und der permanenten Versuche des Regimes, die deutsche Rechtsordnung ad absurdum zu führen.¹⁰⁸¹

Rotter propagiert - ähnlich wie die „Welt am Sonntag“ – eine Politik der Stärke. Während es der „Welt am Sonntag“ jedoch eher um eine prinzipielle Machtdemonstration der Bundesregierung zu gehen scheint, bezieht sich Rotter auch auf die deutsche Rechtsordnung, die vom Iran konterkariert werde. Sieht man diesen Hinweis im Zusammenhang mit seiner Argumentation im Fall Sarkuhi, so liegt der Schluß nahe, daß es Rotter nicht nur um das Prinzip des Rechts und dessen Verteidigung geht, sondern auch um die Schutzfunktion von Rechtsstaatlichkeit, die ja auch eine Unversehrtheit des Individuums garantieren soll.

Sehr deutlich stellt sich auch „Die Zeit“ dem vorherrschenden politischen Diskurs entgegen, indem sie die Forderung nach mehr Prinzipientreue in der deutschen Iran-Politik aufstellt:

„Politik ist weithin eine Frage der Opportunität. Mit Prinzipien allein läßt sich die Welt nicht verändern. Aber in bestimmten Situationen gehört gerade das Beharren auf fundamentalen Prinzipien zu den Voraussetzungen staatlicher Handlungsfähigkeit, weil sonst die Opportunität zum Opportunismus verkommt. Ein Staat, der darauf nicht achtet, verspielt seine Selbstachtung und macht sich aus lauter vermeintlicher Klugheit zum Gespött.“¹⁰⁸²

Mit dieser Stellungnahme kritisiert „Die Zeit“ zwar eine Politik des Opportunismus, doch stellt sie keine Forderung nach einer grundsätzlichen Ethik als Leitlinie für die Iran-Politik auf:

„Denn es geht nicht darum, sich in die inneren Verhältnisse des Iran einzumischen. Es kommt vielmehr darauf an, daß es die Völkergemeinschaft dem Iran nicht durchgehen läßt, wenn er Mordkommandos in andere Länder schickt.“¹⁰⁸³

Es wird noch zu diskutieren sein, ob eine konsequente Außenpolitik darauf verzichten kann, die innenpolitischen Verhältnisse anderer Staaten zum Gegenstand von Kritik und notfalls zum Ziel eines aktiven Eingreifens zu machen.

Die „Welt am Sonntag“ analysiert, daß auf der Ebene der iranischen Innenpolitik weiterhin Machtkämpfe im Hinblick auf die islamische Ideologie und ihre Geltungskraft geführt werden, da vor allem die „militante Geistlichkeit“ an einer ideologischen Abgrenzung festhält. Die Frage, ob überhaupt die Möglichkeit für einen Dialog mit dem Iran besteht, ist also eng an die innenpolitischen Verhältnisse im Iran geknüpft.

Diese Einschätzung wird durch eine Betrachtung der innenpolitischen Strategien der islamisch-konservativen Kräfte im Iran bestätigt:

„Wenn es [dem iranischen Geheimdienstminister Fallahian] und seinem radikalen Anhang gelänge, den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland zu erreichen, wäre dies nicht nur ein gelungener Racheakt. Es würde zugleich einen wichtigen Punktsieg in der Konfrontation mit jenen Kräften bedeuten, die in den letzten Jahren zunehmend für eine Öffnung des Landes im Innern wie nach außen eintraten.“¹⁰⁸⁴

¹⁰⁸¹ IRAN-S-6: 40

¹⁰⁸² Leicht, Robert: Ein Staat, ein Mord, Die Zeit 18.4.1997, S. 1 (IRAN-Z-9)

¹⁰⁸³ IRAN-Z-9

¹⁰⁸⁴ IRAN-W-6: 34

Aus strategischer Sicht ist es also für bestimmte politische Kreise im Iran zum Erhalt der eigenen Macht geradezu notwendig, einen politischen Dialog zu unterbinden.

Die politische Haltung des Westens insgesamt gegenüber dem Iran ist alles andere als einheitlich. So berichtet die „Welt am Sonntag“, daß Australien und Neuseeland, nachdem sie sich zunächst den EU-Staaten angeschlossen hatten, ihre Botschafter als erste wieder zurück nach Teheran beorderten.¹⁰⁸⁵

Die Haltung der EU-Staaten, die ihre Botschafter abzogen, wird von der „Welt am Sonntag“ als Politik der Schwäche gesehen:

„Das Desaster der europäischen Iran-Politik ist die Konsequenz einer Fehleinschätzung, die umso deutlicher ins Auge springt, als ihr 15 Staaten zum Opfer fielen. Wie konnte es zu diesem Massen-Irrtum kommen, Teheran werde die schiere Abreise und Rückreise von Diplomaten für ein Zeugnis imponierender Kraftentfaltung halten?“¹⁰⁸⁶

Die Antwort gibt der Autor Herbert Kremp selbst, denn er ist der Ansicht, daß Europa eine „versöhnliche Lösung“ anstrebt, und zwar vorrangig aus Handelssgründen.¹⁰⁸⁷ Wenn aber Europa wirklich letzten Endes keine Konsequenzen erwarten läßt, so erreichen Drohgebärden gegen den Iran natürlich kaum ein Einlenken seitens des islamischen Landes. So befürwortet Kremp denn auch strikte Wirtschaftssanktionen gegen den Iran.¹⁰⁸⁸

Deutschlands Wirtschaftsinteressen im Iran werden von der „Welt am Sonntag“ als eher gering eingeschätzt. So verweist die Zeitung darauf, daß die deutschen Ausfuhren in den Iran von 7,9 Milliarden DM im Jahre 1992 auf ein Drittel im Jahre 1996 gesunken seien.¹⁰⁸⁹

Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Iran von Europa scheint dagegen nicht unerheblich zu sein, so daß Sanktionen das Regime aller Wahrscheinlichkeit nach treffen würden:

„Zu abhängig ist Iran, schwer getroffen vom US-Embargo, von den Warenlieferungen der Europäer. Noch immer sind die Deutschen, wenn auch auf niedrigem Niveau, der wichtigste Handelspartner des Regimes in Nahost. Trotz aller Drohgebärden ... : Ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen würde vor allem Iran selbst schaden.“¹⁰⁹⁰

Wie allerdings bereits das Beispiel Irak gezeigt hat, ist es eher unwahrscheinlich, daß Sanktionen zu einer Verbesserung der Beziehungen zum Iran oder gar der Situation der iranischen Bevölkerung beitragen würden.

„Die Zeit“ zeigt im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran Anzeichen moralischer Skrupel:

¹⁰⁸⁵ vergl. IRAN-W-8

¹⁰⁸⁶ Kremp, Herbert: Iran erkannte Europas Schwäche und schlug zu, Welt am Sonntag 4.5.1997, S. 9 (IRAN-W-10)

¹⁰⁸⁷ vergl. IRAN-W-10

¹⁰⁸⁸ vergl. IRAN-W-10

¹⁰⁸⁹ vergl. IRAN-W-6: 34

¹⁰⁹⁰ IRAN-S-9: 26

„Wirtschaftliche und finanzielle Interessen lassen sich beziffern, aber dürfen in der Politik nur die Zahlen zählen, zumal wenn sich in ihnen auch fragwürdige Waffengeschäfte verbergen sollten?“¹⁰⁹¹

Es wird allerdings kein Gegenentwurf formuliert, der Aufschluß über neue Leitlinien für eine Iran-Politik geben könnte.

In einem anderen Artikel, der sich mit dem grundsätzlichen Verhältnis von Wirtschaft und Moral befaßt, nennt „Die Zeit“ den Iran als Beispiel für die „moralischen Grauzonen, in denen sich Politiker bewegen“:

„Seitdem das Ende des Kalten Krieges den Zwang zur Eindämmung der Feinde wie zum Zusammenhalten der Freunde aufgehoben hat, haben sich die außenpolitischen Prioritäten im Westen verschoben. Nach wie vor heißt Sicherheit die Devise. Nur wird sie inzwischen anders definiert. Nicht Territorien und Einfluszonen gilt es mehr zu sichern, sondern Märkte und Arbeitsplätze. Die Geowirtschaftspolitik ersetzt die Geopolitik. Die Wirtschaft wird zum Fatum, und Staatsmänner werden zu Handelsvertretern. Außenpolitik als Wirtschaftsförderung ist keine brandneue Erscheinung - Rüstungsexporte etwa waren fast immer Früchte politischen Einwirkens. Im ökonomiefreien Raum hat sich die Diplomatie nie bewegt. Wo sie nach klassischer Definition eigene Interessen gegenüber anderen Staaten, Bündnissen und internationalen Organisationen wahrte, achtete sie stets auch auf den wirtschaftlichen Vorteil. ... Weil sich der Widerspruch zwischen Gesinnungs- und Realpolitik oft nicht auflösen läßt, bleibt nur der Kompromiß. Das Bonner Auswärtige Amt hat ihn in folgender Gleichung gefunden: ‚Es hat keinen Zweck, auf Menschenrechte in einem Land zu pochen, in dem wir keinen Einfluß haben. Einfluß aber‘, betont der Abteilungsleiter Ueberschaer, ‚schafft man sich auch durch Wirtschaftsbeziehungen.‘ Solange sie nicht durch Verrat von Grundprinzipien erkaufte werden, leuchtet diese Schlußfolgerung für die Bundesrepublik mit ihrer begrenzten weltpolitischen Hebelkraft ein. Aber bleibt Bonn standhaft, wenn sich die Alternative zwischen dem Beharren auf den universellen Menschenrechten und der Aussicht auf ökonomischen Mehrwert stellt? China und Iran sind Beispiele für die moralischen Grauzonen, in denen sich die Politiker bewegen.“¹⁰⁹²

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konfrontation mit dem Iran muß die Frage nach der Standhaftigkeit der Politiker mit einem klaren Nein beantwortet werden. Außerdem zeigt sich, daß, obwohl der Iran anscheinend auf dem wirtschaftlichen Sektor abhängiger von Europa ist als die europäischen Staaten vom Iran, den wirtschaftlichen Beziehungen die Priorität gegenüber Fragen der Menschenrechte eingeräumt wird.

Wie fragwürdig die Perspektive der deutschen Regierung, über den Umweg von Wirtschaftsbeziehungen Einfluß auf die Menschenrechtssituation im Iran zu nehmen, ist, zeigt „Die Zeit“ in einem anderen Artikel noch wesentlich deutlicher:

„Da die Mullahs des Gottesstaates seit vielen Jahren durch Verfolgung, Folter und Hinrichtungen von sich reden machen, hatten sich viele Länder bereits vom Iran abgewandt. Nur Deutschland nicht. Deutschland wollte von seinen Geschäften nicht ablassen. Deutsche Politiker erfanden, um ihre Umtriebigkeit zu adeln, die Ausrede vom ‚kritischen Dialog‘. Sie versprachen - als Nebeneffekt der wirtschaftlichen Freundschaft - die Verbesserung der Menschenrechte im Iran. Doch um die Menschenrechte war es immer schlechter bestellt. Nur die Freundschaft blieb gleich. Der Dialog war vielmehr ein Deal-log, ein Geschäft, das log, um sich in Deutschland zu rechtfertigen.“¹⁰⁹³

Hier wird die Bereitschaft zum „kritischen Dialog“ als Tarnung für wirtschaftliche Zusammenarbeit bloßgestellt.

¹⁰⁹¹ IRAN-Z-9

¹⁰⁹² Buhl, Dieter: Erst der Handel, dann die Moral, Die Zeit 23.5.1997, S. 38 (IRAN-Z-14)

¹⁰⁹³ IRAN-Z-22: 37

Der iranische Oppositionsführer Manucher Ganji sieht in einem gezielten Boykott des Iran durch den Westen die einzige Möglichkeit, um das Regime zum Einlenken zu bewegen:

„Das Regime wird international weiter eingeschnürt. Die Mullahs haben jetzt größere Schwierigkeiten, Kredite zu bekommen und moderne Technologie zu kaufen, sowohl für ihre Rüstungsproduktion wie für zivile Industrieanlagen. ... Seine volle Wirkung verfehlte der von den USA angestrebte Boykott, weil der Westen nicht geschlossen auftrat. Bonns Stimme hat in der EU Gewicht, die Gemeinschaft wird sich der amerikanischen Haltung annähern müssen.“¹⁰⁹⁴

Ganji blendet in seiner Argumentation die Möglichkeit aus, daß ein so umfassender Boykott des Iran durch den Westen eine verstärkte politische Orientierung des Iran im nahöstlichen Raum zur Folge haben könnte. Dies würde künftige politische Anknüpfungspunkte an den Westen weiter verringern.

Andererseits sieht Ganji in einem Boykott auch die Chance, daß die iranische Bevölkerung sich verstärkt gegen das Regime wenden könnte:

„Wenn Europa nun deutlich macht, daß es mit dieser Führung nichts mehr zu tun haben will, wird auch die iranische Bevölkerung mutiger werden. Die Menschen werden ihren Ruf nach Demokratie verstärken, sie können Wahlen boykottieren oder Streiks anzetteln – und werden die Mullahs irgendwann in die Knie zwingen.“¹⁰⁹⁵

Doch selbst, wenn die iranische Bevölkerung sich irgendwann erfolgreich gegen das Mullah-Regime erheben würde, stellt sich die Frage, welche politischen Anknüpfungspunkte für den Iran dann im internationalen Diskurs existieren würden. Die Ausführungen über die innenpolitische Lage im Iran haben bereits gezeigt, daß auch die Haltung iranischer Oppositioneller gegenüber dem Westen zwiespältig ist. Selbst wenn eine neue iranische Regierung eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Westen signalisieren würde, müßten dann politische Inhalte in eine Auseinandersetzung einfließen, ein Stadium, das von dem bisher propagierten „kritischen Dialog“ überhaupt nicht erreicht wurde.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß eine wechselseitige Auseinandersetzung auf politischer Ebene so gut wie nicht existiert. Das Bestehen wirtschaftlicher Beziehungen, die ohnehin einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Aufrechterhaltung der bestehenden Repression leisten, bildet auch keine Basis für Auseinandersetzungen (obwohl gerade dies ja Bestandteil der Argumentation der Bundesregierung ist). So kritisiert Fischer-Barnicol, daß diese beiden Beziehungsebenen für ein Erkennen des Selbstverständnisses innerhalb islamischer Kulturen keine geeignete Ausgangsbasis bilden.¹⁰⁹⁶

Wirtschaftlicher Boykott hat noch eine weitere Perspektive. Wenn auch das Exportvolumen in den Iran, wie bereits gezeigt wurde, nicht allzu groß ist, hat der damalige Außenminister Klaus

¹⁰⁹⁴ o.A.: „Nur noch den Hals retten“, Der Spiegel 14.4.1997, S. 24-25 (IRAN-S-10): 24

¹⁰⁹⁵ IRAN-S-10: 25

¹⁰⁹⁶ vergl. Fischer-Barnicol (1980): 20f

Kinkel dennoch gute Gründe, die Auswirkungen politischer Reaktionen auf den Kapitalfluß aus dem Iran in Erwägung zu ziehen:

„Den Minister treibt nicht zuletzt die Sorge um den Bonner Haushalt und die Euro-Kriterien: Aus Iran fließen jährlich Hunderte Millionen Mark aus alten Hermes-Krediten nach Deutschland zurück. Eine Totalisolierung könnte Teheran mit der Einstellung seine Schuldendienstes beantworten.“¹⁰⁹⁷

Das wirtschaftliche Eigeninteresse Deutschlands beeinflusst die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Iran also doch in nicht zu unterschätzendem Maße.

Wie schwer es ist, im wirtschaftlichen Bereich aus einer politisch oder gar moralisch motivierten Perspektive zu agieren, zeigt ein Artikel des „Spiegel“ über die Wirtschaftsaktivitäten deutscher Unternehmen im Iran:

„Mit dem Hinweis, es sei ‚in der Wirtschaft eigentlich üblich, Moral und Politik auseinanderzuhalten‘, lehnte nach dem Mykonos-Urteil der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Handelskammer, Herbert Riedel, einen Handelsboykott gegen Iran ab.“¹⁰⁹⁸

In dem Statement wird zwar von Moral und Politik gesprochen, doch scheint es eher um ein Szenario von Moral versus Wirtschaft zu gehen. Diese Perspektive der Wirtschaft entspricht jedoch in gewisser Weise der Haltung der Bundesregierung, die ebenfalls eine Politik vertritt, die nicht an moralischen Grundsätzen orientiert ist.

Im Hinblick auf die besondere Involviertheit Deutschlands in den aktuellen Konflikt kritisiert die „Welt am Sonntag“ deutsche Harmonie-Bestrebungen. Deutschland versäume es, in berechtigtem Eigeninteresse souverän zu agieren:

„Souveränität wird mit Isolation assoziiert, nicht mit – wie es der Wahrheit entspricht – Beispielhaftigkeit und Mut in gut begründeter Angelegenheit.“¹⁰⁹⁹

Der Autor macht in seiner Argumentation einen Fehler, denn im europäischen Kontext erscheint die Haltung Deutschlands unumgänglich. In Anbetracht der Tatsache, daß sich alle europäischen Staaten nicht zu einer Haltung der Härte gegenüber dem Iran durchringen können, würde eine Politik, die einen Bruch mit dem Iran anstrebt, tatsächlich zu einer Isolierung Deutschlands führen.

Auch „Der Spiegel“ verweist auf Aussagen des ehemaligen Außenministers Kinkel, denzufolge Deutschland das weitere Vorgehen im Hinblick auf den Iran auf europäischer Ebene abstimmen müsse.¹¹⁰⁰ Dabei geht es nicht nur darum, einer politischen Isolierung Deutschlands innerhalb Europas entgegenzutreten, sondern auch um den Schutz vor Gegenreaktionen des Iran:

„Mit einiger Mühe ..., doch letztlich erfolgreich, brachte Bundesaußenminister Klaus Kinkel noch am Tag des Urteilsspruchs die europäischen Partner auf eine gemeinsame Linie. Damit sollte vermieden werden, daß Bonn allein Opfer iranischer Reaktionen werden könnte.“¹¹⁰¹

¹⁰⁹⁷ IRAN-S-9: 23

¹⁰⁹⁸ o.A.: „Beste Kontakte“, Der Spiegel 21.4.1997, S. 116-117 (IRAN-S-12): 117

¹⁰⁹⁹ IRAN-W-10

¹¹⁰⁰ IRAN-S-7: 43

¹¹⁰¹ IRAN-S-9: 23

Außerdem ist natürlich zu berücksichtigen, daß ein Abzug sämtlicher EU-Botschafter aus dem Iran¹¹⁰² wesentlich wirkungsvoller ist, als wenn die Bundesregierung allein die Beziehungen einstellt.

„Der Spiegel“ schildert auch die Position der Vereinigten Staaten, die den Schritt der EU-Staaten begrüßen:

„Endlich hätten auch die Europäer begriffen, daß Iran ‚ein terroristischer Schurkenstaat‘ sei, applaudiert die Regierung in Washington. Seit langem hatten die USA die Europäer zur Aufgabe des kritischen Dialogs gedrängt.“¹¹⁰³

Die grundsätzliche Lage der Vereinigten Staaten unterscheidet sich auch erheblich von dem Handlungshintergrund europäischer Staaten. Zum einen verweigert die Regierung in Teheran ohnehin jegliche Beziehungen zu den Amerikanern, so daß die harte Haltung der Vereinigten Staaten leicht durchzusetzen ist, da ohnehin keinerlei Anknüpfungspunkte bestehen. Zum anderen wurde die grundsätzliche Machtpolitik Amerikas bereits im Hinblick auf den Irak skizziert. Würden die Vereinigten Staaten im Falle Iran Diskussionsbereitschaft signalisieren, wären sämtliche machtpolitischen Prämissen ad absurdum geführt.

„Die Zeit“ geht in einem Artikel auf die Hintergründe der Haltung Amerikas zum Iran ein. So wird der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft wie folgt zitiert:

„Amerikaner neigen zu einer moralistischen Haltung in der Außenpolitik. ... Wenn ein ausländischer Staat ihren Gerechtigkeitsinn oder ihre Vorstellungen von Richtig und Falsch verletzt, fühlen sie sich verpflichtet zu reagieren.“¹¹⁰⁴

Weiter wird ein republikanischer Kongreßabgeordneter zitiert, der sich zur Position der Islamisten im Nahen Osten im allgemeinen und zur Bedeutung des Iran im besonderen äußert:

„Die Islamisten wollen alle Länder und Regierungen im Nahen und Mittleren Osten kontrollieren. ... Wir sind ihnen dabei im Weg. Sie wollen nicht unsere kulturellen Werte, sie wollen nicht unser Fernsehen, sie wollen nicht unsere Militärpräsenz. Sie wollen uns weghaben. Deswegen machen sie Terror, vor allem der Iran, der die Islamisten dirigiert.“¹¹⁰⁵

In diesen beiden Äußerungen manifestiert sich weniger der propagierte Gerechtigkeitsinn, als die amerikanische Machtpolitik, die sich den Einflußbestrebungen islamischer Staaten entgegenstellt. Außerdem sind die Darlegungen von einer gewissen kulturellen Überheblichkeit geprägt, wenn der Kongreßabgeordnete darauf verweist, daß die „Islamisten“ gegen die kulturellen Werte Amerikas, die nicht näher spezifiziert werden, seien.

Das abgestimmte Vorgehen der EU-Staaten ist nicht von langer Dauer. Die europäischen Staaten faßten nach einer relativ kurzen „Schamfrist“ den Beschluß, ihre Botschafter wieder in den Iran zurückzuschicken. Als der italienische Botschafter bereits in Teheran angekommen ist,

¹¹⁰² vergl. IRAN-S-9: 23

¹¹⁰³ IRAN-S-9:23

¹¹⁰⁴ Lüders, Michael: Das neue Reich des Bösen, Die Zeit 11.7.1997, S. 13 (IRAN-Z-20)

¹¹⁰⁵ IRAN-Z-20

verweigert der Iran dem deutschen Botschafter die Rückkehr, so daß die übrigen EU-Staaten aus Solidarität ihre Botschafter zunächst nicht zurückkehren lassen. Italien verweigert jedoch die Kooperation und beläßt seinen Botschafter im Iran.¹¹⁰⁶ Auf diese Weise wird die EU laut „Spiegel“ vom Iran ausmanövriert:

„Augenfälliger könnte die Gemeinschaft kaum vorführen, daß ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf lange Sicht ein Traum bleibt. Nationaler Egoismus diktiert das Handeln der meisten Außenminister, kollektive Blamagen werden billigend in Kauf genommen.“¹¹⁰⁷

Die Konzentration auf nationale Eigeninteressen bestätigt, daß die europäische Haltung gegenüber dem Iran nicht durch übergeordnete Ziele, und schon gar nicht durch moralische Ambitionen geprägt ist. Die EU-Allianz wird denn auch zunehmend brüchig, so daß letzten Endes alle Botschafter einschließlich des deutschen nach einigem Gerangel doch wieder nach Teheran zurückkehren.¹¹⁰⁸

Vor dem Hintergrund der skizzierten Botschafter-„Blamage“ verweist „Der Spiegel“ erneut auf Wirtschaftsinteressen:

„Zu den Dränglern gehören die Franzosen. Sie wollen politisches und wirtschaftliches Kapital aus der deutsch-iranischen Entfremdung ziehen. Paris war bereits 1996 unangenehm aufgefallen, als die amerikanische Administration ihr Embargo gegen das Mullah-Regime nochmals verschärfte: Kaum hatte der US-Ölkonzern Conoco seinen Rückzug bei der Ausbeutung des iranischen Siri-Ölfeldes erklärt, sprang die französische Konkurrenz freudig ein.“¹¹⁰⁹

Die deutliche Orientierung westlicher Staaten an wirtschaftlichen Eigeninteressen wiederum könnte einen Beitrag dazu leisten, daß der Westen in den Augen der iranischen Bevölkerung nachhaltig diskreditiert wird, denn die europäischen Wirtschaftsbeziehungen zum Iran tragen – wie bereits deutlich wurde – auch zur Stützung des herrschenden Regimes bei, so daß die europäischen Aktivitäten indirekt auch einen positiven politischen Wandel im Iran behindern.

Diese Perspektive ist von grundsätzlicher Bedeutung, sowohl für den bestehenden Konflikt des Westens mit dem Iran als auch für die Situation der iranischen Bevölkerung. Zum einen verhilft eine grundsätzliche Verteufelung von Iran-Gegnern wie den Vereinigten Staaten der radikalen iranischen Geistlichkeit immer noch zu einer Mobilisierung eines Teiles der Bevölkerung gegen den Westen und stärkt damit auch zum Teil eine innere Einheit. Zum anderen müssen sich iranische Regimegegner fragen, was sie von einem Europa zu erwarten haben, das seinen indirekten Beitrag dazu leistet, daß ein Folterregime an der Macht bleibt.

Die Vereinigten Staaten gehen im Zuge ihrer strikten Sanktionspolitik gar so weit, daß sie europäischen Unternehmen drohen, sofern diese in Handelsbeziehungen mit dem Iran verwickelt

¹¹⁰⁶ IRAN-S-14

¹¹⁰⁷ IRAN-S-14

¹¹⁰⁸ vergl. o.A.: Alle raus, alle wieder hin, Der Spiegel 17.11.1997, S. 25 (IRAN-S-24)

¹¹⁰⁹ IRAN-S-14

sind. Die WestLB wird angegriffen, weil sie mit einem 90-Millionen-Dollar-Kredit in das iranische Ölgeschäft involviert sei. Dem hält das deutsche Wirtschaftsministerium entgegen, daß ausländische Einflußnahme auf geschäftliche Entscheidungen von deutschen Unternehmen „juristisch und politisch nicht akzeptabel“ sei. Außerdem beruft sich das deutsche Ministerium auf eine von der Europäischen Union beschlossene Anti-Boycott-Verordnung, die es auf europäischer Ebene untersage, dem amerikanischen Boykott-Aufruf gegen den Iran nachzukommen.¹¹¹⁰

Der Iran-Boycott durch die Vereinigten Staaten ist allerdings auch nicht allumfassend. So berichtet „Die Zeit“ über die Duldung eines Energieprojektes, nämlich den Bau einer Erdgasleitung, die durch den Iran führen soll:

„Offiziell hieß es in Washington, die Duldung des Energieprojektes mit Teheran sei eine Geste des guten Willens gegenüber dem als moderat geltenden iranischen Präsidenten Chatami ... Viel gewichtiger sind jedoch geostrategische Überlegungen die Sorge, daß amerikanische Ölfirmen bei der Vergabe milliardenschwerer Konzessionen und dem lukrativen Bau von Pipelines den kürzeren ziehen könnten gegenüber der westeuropäischen und russischen Konkurrenz.“¹¹¹¹

Die amerikanische Politik der Stärke stößt also letztendlich in Wirtschaftsfragen auch an ihre Grenzen.

Deutschland versucht laut „Spiegel“, den Export von Rüstungsgütern in den Iran zu stoppen. Das Zollkriminalamt ermittelte laut „Spiegel“ zum Zeitpunkt des Berichts bereits in zehn Fällen wegen des Verdachts der illegalen Ausfuhr.¹¹¹² In der Haltung der Bundesregierung zeigt sich also mit Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran eine deutliche Doppelmoral. In Bereichen jenseits der Waffentechnik scheinen Geschäfte mit dem iranischen Regime aus deutscher Sicht tolerierbar zu sein, während anscheinend Entwicklungen wie im Irak immerhin zu mehr Vorsicht im Rüstungsbereich geführt haben.

Interessant ist, daß im deutschen politischen Iran-Diskurs kaum Gegenpositionen zur Haltung der Bundesregierung aufgebaut werden. So berichtet „Der Spiegel“, daß die Grünen ursprünglich beabsichtigt hätten, die Kontakte von Bundesaußenminister Kinkel und Kanzleramtsminister Schmidbauer zur iranischen Führung überprüfen zu lassen, um die beiden Politiker „in Bedrängnis“ zu bringen. Dieser Versuch sei jedoch gescheitert, da zum einen die Sozialdemokraten ihre Unterstützung für das Vorhaben verweigerten und zum anderen seitens der Grünen angenommen wurde, daß eine Untersuchung nicht genügend Details zutage fördern würde, um die Bundesregierung in „politische Schwierigkeiten“ zu bringen.¹¹¹³

Dieses politische Szenario zeigt, daß die damaligen Oppositionsparteien im Bundestag sich mit dem Verhältnis der Bundesrepublik zum Iran anscheinend nur aus machtpolitischen Gründen

¹¹¹⁰ vergl. o.A.: Hilfe für WestLB, Der Spiegel 21.7.1997, S. 63 (IRAN-S-20)

¹¹¹¹ IRAN-Z-21

¹¹¹² vergl. o.A.: Soko Mullah, Der Spiegel 19.5.1997, S. 18 (IRAN-S-15)

¹¹¹³ vergl. o.A.: Grüner Rückzug, Der Spiegel 6.1.1997, S. 18 (IRAN-S-3)

beschäftigt haben und nicht, um eine grundsätzliche Gegenposition zur Iran-Politik der Bundesregierung zu formulieren.

„Der Spiegel“ berichtet zwar auch über eine geplante Reise einer SPD-Delegation in den Iran, um sich dort über die politischen Verhältnisse zu informieren, doch lassen die in diesem Zusammenhang gemachten Stellungnahmen der Sozialdemokraten kaum erkennen, wie die grundsätzliche Haltung der SPD zum Iran-Konflikt aussieht.

Der außenpolitische Sprecher der SPD Verheugen bezieht sich lediglich auf den Fall Sarkuhi, der im Vorfeld der dann vertagten Reise aktuell war, und äußert, daß eine Kontaktaufnahme mit dem iranischen Regime, solange es in dieser Angelegenheit nicht eine „völlig befriedigende Lösung“ gebe, kaum möglich sei.¹¹¹⁴ Diese Haltung zeigt, daß die SPD im Hinblick auf eine bewußte politische Einflußnahme eher zurückhaltend reagiert.

Sowohl dem politischen Diskurs als auch dem Mediendiskurs gelingt es nicht, Zielvorstellungen für eine Iran-Politik zu formulieren und Wege aufzuzeigen, wie diese Ziele erreicht werden könnten:

„Der ‚kritische Dialog‘ ist ebenso gescheitert wie Washingtons Politik des wirtschaftlichen und politischen Boykotts Irans. Ein Neuanfang ist nötig, der Teheran klare Grenzen aufzeigt, umgekehrt aber gemäßigt Verhalten ebenso deutlich honoriert: Zuckerbrot und Peitsche.“¹¹¹⁵

Gerade die Formulierung „Zuckerbrot und Peitsche“ beschreibt jedoch die bisher vorherrschende Iran-Politik.

Dieses Prinzip steht in einem engen Verhältnis zur fehlenden längerfristigen Perspektive des Westens, da kaum eine grundsätzliche Haltung entwickelt wird, sondern eher aufgrund aktueller Ereignisse reagiert wird:

„Wir beschäftigen uns eben mit dem, was gerade passiert. Damit gestehen wir ein, eigentlich nur zu reagieren. Diese Aktualität, auf die man sich beruft, ist eher einem erst im Nachhinein auftretenden Echo zu vergleichen, als auf eine wache Aufmerksamkeit zurückzuführen, die den gegenwärtigen Geschehnissen zugewandt ist.“¹¹¹⁶

Da jedoch die aktuelle Konfliktlage historisch vermittelt ist, greift eine solche Haltung zwangsläufig zu kurz und kann somit kein Reservoir an Lösungen entwickeln.

7.2.4 Implikationen des Iran-Diskurses

Ähnlich wie im Irak-Diskurs stehen die Betrachtungen des Iran in engem Zusammenhang mit einer Bedrohungslage. Anders als im Hinblick auf den Irak ist die Bundesrepublik Deutschland durch den Mykonos-Prozeß in den bestehenden Konflikt direkt involviert, so daß im politischen

¹¹¹⁴ vergl. IRAN-S-5

¹¹¹⁵ Lüders, Michael: Schamfrist, ultrakurz, Die Zeit 9.5.1997, S. 6 (IRAN-Z-12)

¹¹¹⁶ Fischer-Barnicol (1980): 15

Diskurs Stellung bezogen werden muß. Aufgrund des Mykonos-Urteils entwickelt sich zwischen der Bundesregierung und der iranischen Regierung ein Drohungsszenario, infolgedessen in Deutschland mit einer Gefährdung der inneren Sicherheit grundsätzlich gerechnet wird.

Anders als im Fall Irak zeigt sich jedoch, daß der Iran über wesentlich geringere Waffenbestände verfügt, so daß längst nicht so ein umfassendes Bedrohungsszenario im politischen Diskurs verfolgt und im Mediendiskurs transportiert wird. In der aktuellen Diskussion werden historische Bezüge anscheinend bewußt ausgeklammert, so daß die – wenn auch nur unterschwellig aufgrund des iranischen Waffenbestandes – wahrgenommene Bedrohung nicht in einem Zusammenhang mit früheren Handlungen westlicher Staaten gesehen wird und werden kann. Eine Mitverantwortung der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland für die aktuelle Bedrohungslage wird so unbewußt gemacht.

Diese Unbewußtmachung wirkt sich negativ auf die Möglichkeit einer wechselseitigen Auseinandersetzung mit dem iranischen Regime und erst recht mit der iranischen Bevölkerung aus. Seitens des religiösen Regimes muß Kritik des Westens als Doppelmoral interpretiert werden, da westliche Staaten einst dazu beitrugen, daß das Schah-Regime eine Unterdrückungsherrschaft aufrechterhalten konnte, während nun Menschenrechtsverletzungen kritisiert werden. Die iranische Bevölkerung wiederum leidet unter einem kontinuierlichen Repressionssystem und muß mitansehen, wie westliche Staaten allgemein bekannte Menschenrechtsverletzungen anscheinend tolerieren, da sie sich ihnen nicht mit Nachdruck entgegenstellen.

Prozesse der Unbewußtmachung von politischem Engagement mit negativen Wirkungen im internationalen System – im Falle des Iran sowie auch des Irak vor allem im Hinblick auf die Unterstützung von repressiven Regimen – erlauben es westlichen Staaten, ein positives Selbstbild zu erhalten. Indem die historisch verankerte Verantwortung für aktuelle Mißstände nicht thematisiert wird, ist es für die betreffenden westlichen Staaten möglich, im politischen Tagesgeschehen alleine nach aktuellen Bedürfnissen und Interessen zu handeln, ohne die eigene Rolle in bestehenden Krisenlagen zu reflektieren.

Diese ahistorische Perspektive führt jedoch dazu, daß seitens islamischer Staaten eine Doppelmoral westlicher Politik festgestellt und kritisiert wird. Der Westen beruft sich in den internationalen Beziehungen auf eine ungebrochene Position der Stärke, die nicht hinterfragt wird und von politischen Gegnern auch nicht angetastet werden soll. Eine solche Haltung stößt jedoch auf Gegnerschaft, da die westliche Vorherrschaft im internationalen System von anderen Staaten (nicht nur von islamischen) immer mehr in Frage gestellt wird.¹¹¹⁷

¹¹¹⁷ Am Ende dieses Kapitels sollen die Implikationen, die die Kräfteverhältnisse und –verschiebungen im internationalen Staatensystem haben, in ihrer Gesamtperspektive noch eingehender betrachtet werden.

Die Tragweite des Mykonos-Urteils wird vom politischen Diskurs der Bundesregierung heruntergespielt. Die in den vorhergehenden Abschnitten dargelegte Argumentationsweise des damaligen Außenministers Kinkel legt die Vermutung nahe, daß für den deutschen politischen Diskurs gegenüber dem Iran einer Aufrechterhaltung von Beziehungen Priorität eingeräumt wird. Einen Grund für die Negierung von Bedrohungen durch deutsche Politiker bildet sicherlich die bereits dargelegte frühere Unterstützung des repressiven Schah-Regimes. Die aktuelle politische Situation im Iran bildet unter historischen Gesichtspunkten eine Fortsetzung dieser Repression, wenn auch unter anderen (religiösen) Vorzeichen. Zu dem heutigen Bedrohungspotential des Iran haben unter anderem die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland durch ihr früheres Engagement indirekt beigetragen, so daß eine öffentliche Diskussion über aktuelle Bedrohungslagen diese Perspektive verdeutlichen könnte. Der Mediendiskurs geht auf eine historisch vermittelte Perspektive kaum, und wenn, dann höchstens am Rande ein, was die im Zusammenhang mit den medientheoretischen Darlegungen gemachte Annahme, daß Medien eher tagesaktuell berichten als Gesamtstrukturen zu verdeutlichen, belegt. Kritische Anmerkungen zur historisch vermittelten Rolle westlicher Staaten im Hinblick auf den Iran finden sich hauptsächlich in wissenschaftlichen Publikationen, die jedoch in den aktuellen Diskursen von Politik und Medien nicht rezipiert werden.

Im Hinblick auf die inneriranische Situation ist hervorzuheben, daß der Mediendiskurs – wenn auch eher fragmentarisch – Einblicke in die innenpolitischen Verhältnisse des Landes vermittelt. Der politische Diskurs greift diese Informationen jedoch nicht auf. „Der Spiegel“ läßt vor allem iranische Intellektuelle, aber auch Islamwissenschaftler zu Wort kommen, die aktuelle Strukturen kompetent analysieren. Die Berichte der „Spiegel“-Redakteure hingegen greifen diese Hintergrundinformationen kaum auf. Dieser Bruch in der Berichterstattung verdeutlicht, daß zumindest in Deutschland ein geistiges Klima für eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den bestehenden Problemlagen kaum existiert, denn der Elitediskurs der Medien scheint zumindest mit Blick auf den „Spiegel“ nicht in der Lage zu sein, die bestehende Gesamtsituation einzuschätzen und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Der Iran-Diskurs, den „Die Zeit“ führt, weist hingegen Züge eines Gegendiskurses auf. Auch in der „Zeit“ kommen iranische Intellektuelle zu Wort, doch im Gegensatz zum „Spiegel“ greift die „Zeit“-Redaktion deren Argumente auf und stellt vor diesem Hintergrund Forderungen an den politischen Diskurs.

Eine ganz andere Perspektive zeigt sich bei der Berichterstattung der „Welt am Sonntag“. Auch diese Wochenzeitung entwickelt Gegenpositionen zum von der Bundesregierung verfolgten politischen Diskurs, doch vertritt die „Welt am Sonntag“ eher eine „Law-and-order“-Haltung,

derzufolge sich westliche Staaten gegenüber Staaten wie dem Iran verstärkt durchsetzen müßten. Diese Einschätzung spiegelt die tatsächlichen Macht- und Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen wider und tritt gewissermaßen für eine Zementierung bestehender Positionen ein. Eine gewisse Vormachtstellung des Westens wird unhinterfragt als das Maß aller Dinge gesehen, während von anderen Staaten formulierte Machtansprüche vor diesem Hintergrund als illegitim erscheinen. Diese Haltung wird im Fall des Iran ja auch von den Vereinigten Staaten politisch vertreten, während die Bundesrepublik gerade nicht bereit zu sein scheint, eigenen Machtansprüchen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einzuräumen.

Der Argumentationsrahmen, der von der „Welt am Sonntag“ verfolgt wird, weist interessante Parallelen zu den Darlegungen von Samuel Huntington im „Kampf der Kulturen“ auf. In den theoretischen Ausführungen dieser Arbeit wurde ja bereits erörtert, daß in der Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges die einzelnen Staaten im internationalen System neue Machtansprüche formulieren. Im Fall Iran vertreten die Vereinigten Staaten – wie auch beim Irak – ihre uneingeschränkten Machtansprüche, die selbst teils vor wirtschaftlichen Aspekten Vorrang haben. Die Bundesrepublik wiederum scheint im Hinblick auf den Iran eher wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Der Iran selbst versucht, auf der Basis seiner Zugehörigkeit zur islamischen Welt Machtansprüche durchzusetzen.

Wie die Analyse gezeigt hat, ist die inneriranische Situation von Machtkämpfen innerhalb der herrschenden Geistlichkeit geprägt. Außerdem formulieren iranische Intellektuelle Kritik am bestehenden Staatssystem, und auch die Bevölkerung artikuliert zunehmend Unzufriedenheit mit den Repressionsstrukturen. Der politische Diskurs der Bundesregierung bezieht sich auf diese inneriranischen Auseinandersetzungen jedoch nicht, sondern scheint eher von einem statischen Iran-Bild auszugehen.

Betrachtet man die Erläuterungen zu den sehr heterogenen politischen Auseinandersetzungen, die im Iran im Zuge des Schah-Sturzes und der Revolution stattfanden, so zeigt sich, daß die damals formulierten politischen Intentionen vom Chomeini-Regime unterdrückt wurden. Die Äußerungen heutiger iranischer Oppositioneller erscheinen vor diesem Hintergrund als Fortsetzung der Versuche von politischen Reformen, die bereits vor zwanzig Jahren gemacht wurden. Die Tatsache, daß die Bundesregierung sich in ihren politischen Bestrebungen nur auf das im Iran herrschende Regime bezieht und nicht die Perspektiven der Intellektuellen oder gar der Bevölkerung aufgreift, führt dazu, daß wesentliche Strömungen des politischen Diskurses, der im Iran selbst geführt wird, überhaupt keinen Eingang in die politische Sphäre finden.

Durch diese Situation wird nicht nur eine wirkliche Auseinandersetzung verhindert, sondern ein Großteil der iranischen Bevölkerung mit seinen Interessen wird gewissermaßen mißachtet.

Das Identitätsdilemma vieler Iraner, die eine tragbare Rolle zwischen der Abgrenzung vom herrschenden Regime, dessen Unterdrückung sie ausgesetzt sind, und den Machtansprüchen des Westens, die ebenfalls einen unterschwellig repressiven Charakter haben, zu finden, tritt so deutlich zutage. Der im internationalen System geführte politische Diskurs bietet der iranischen Bevölkerung keinerlei Anknüpfungspunkte. Solange also westliche Staaten eine Auseinandersetzung mit diesen Strukturen verweigern, erscheint es kaum möglich, daß grundlegende Konfliktlagen in irgendeiner Weise bearbeitet werden können. Die Doppelmoral, mit der westliche Staaten ihre politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen als Durchsetzung der Menschenrechte deklarieren, führt dazu, daß eine Abgrenzung zwischen dem Westen und islamischen Staaten noch verstärkt wird.

Deutlicher noch als im Falle des Irak wird beim Iran deutlich, daß eine islamische Kultur an sich nicht die direkte Barriere für eine wechselseitige Auseinandersetzung und erst recht Anerkennung bildet. So wird im politischen Diskurs kaum zum Islam Stellung bezogen. Im Mediendiskurs werden zahlreiche Hintergründe dargestellt, doch zeigt sich hier, daß eben gerade nicht der Islam an sich, sondern seine Instrumentalisierung ein Problem bildet. Es scheint auch so zu sein, daß dem Islam als kulturellem und religiösem System von Seiten des Iran eine wesentlich größere Bedeutung beigemessen wird als seitens westlicher Staaten.

Dies mag auch daran liegen, daß die westlichen Staaten eher Interessen verfolgen, die sich auf eine strukturell-politische Ebene beziehen, während das iranische Regime explizit seiner Perspektive eines islamischen Staates und damit auch der islamischen Kultur im allgemeinen zu Anerkennung beziehungsweise Macht im internationalen System verhelfen will und somit nicht nur eine Macht-, sondern auch eine Identitätsperspektive verfolgt. Aufgrund der bisherigen westlichen Dominanz in den internationalen Beziehungen stellt sich diese Identitätsfrage für Staaten wie die Bundesrepublik kaum oder gar nicht.

Während in den Augen der iranischen Regierung im Hinblick auf den Islam sicherlich die Machtperspektive überwiegt, dürfte die Frage der Identität seitens der iranischen Bevölkerung eher die übergeordnete Rolle spielen. Die Vorgehensweise der Bundesrepublik im Fall des iranischen Schriftstellers Sarkuhi verdeutlicht, daß die iranische Bevölkerung anscheinend auf politischem Wege in den internationalen Beziehungen keine Unterstützung zu erwarten hat. Die Tatsache, daß offensichtliche Menschenrechtsverletzungen wie die gezielte Verfolgung iranischer Intellektueller allenfalls am Rande kritisiert, aber nicht zum Politikum gemacht wird, zeigt den Iranern, daß ihre Situation unter dem herrschenden Regime für die internationale Politik augenscheinlich bedeutungslos ist. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß es keinerlei Ansatzpunkte dafür gibt, die Frage zu diskutieren, welche Bedeutung islamische Identität im internationalen

Kontext überhaupt haben könnte. Knüpft man noch einmal den Bezug zu Huntington und vergewärtigt sich, daß für Staaten, die bisher in den internationalen Beziehungen unter macht- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten eine eher periphere Rolle einnahmen und noch einnehmen, die Frage der Identität und des kulturellen Kapitals einen herausragenden Einflußfaktor darstellt, so wird deutlich, daß Kultur und Identität seitens der bisherigen weltpolitischen Hauptakteure verstärkt berücksichtigt werden müssen.

Außerdem müssen die sich vollziehenden Wandlungsprozesse innerhalb islamischer Kulturen im Hinblick auf ihre politischen Konsequenzen bedacht werden. Sowohl im Irak als auch im Iran zeigt sich eine zunehmende Unzufriedenheit der jeweiligen Bevölkerungen mit den herrschenden despotischen Verhältnissen. Für den Fall – und dies ist zum jetzigen Zeitpunkt in der Tat eine sehr hypothetische Feststellung –, daß die sogenannte „orientalische Despotie“ ein Auslaufmodell ist, und dafür spricht zumindest der schwindende Einfluß westlicher Staaten auf despotische Regime, wäre irgendwann der Zeitpunkt gekommen, an dem diejenigen Akteure (beispielsweise verfolgte Intellektuelle und derzeitige Oppositionsmitglieder), deren Position in den internationalen Beziehungen bisher ignoriert wird, neue Adressaten internationaler Politik.

Für den Fall, daß die bisherige Machtverteilung in den internationalen Beziehungen unverändert bleibt, stellt sich seitens westlicher Staaten die Frage der Auseinandersetzung mit islamischen Kulturen lediglich aus strategischer Sicht. Eine zukunftsorientierte Politik muß jedoch damit rechnen, daß sich die Kräfteverhältnisse verschieben. Spätestens dann, wenn islamische Staaten ihre Machtposition im internationalen System stärken, und dabei kommt es zunächst nicht unbedingt darauf an, ob diese Staaten von den bisherigen Despoten geführt werden oder von den heutigen Oppositionspolitikern, werden sich westliche Staaten mit dem Problem konfrontiert sehen, daß dann sie diejenigen Akteure sind, die nicht nur Machtpositionen zu verteidigen haben, sondern deren Identitätskonzepte vor einem neuen Machthintergrund in Frage gestellt werden.

7.3 Islamische Kultur als innenpolitisches Krisenszenario am Beispiel Algerien

Anders als bei den Beispielen Irak und Iran stellt sich das Krisenszenario islamischer Kultur im Falle Algeriens dar. Während sowohl im Hinblick auf den Irak als auch auf den Iran festgestellt werden konnte, daß ein Bedrohungsszenario und eine Konfrontation auf internationaler Ebene existieren, sind die militanten Auseinandersetzungen in Algerien eher „innenpolitischer“ Natur. Die geringe internationale Bedeutung des inzwischen durchaus als Bürgerkrieg zu bezeichnenden Konflikts zwischen der algerischen Regierung und militanten islamischen Gruppierungen spiegelt

sich auch in einem geringen Medieninteresse wider.¹¹¹⁸ Die „Welt am Sonntag“ konzentriert sich in ihrer Berichterstattung zudem auf Kurzmitteilungen über Terroranschläge, wobei dies auch daran liegen könnte, daß umfassendere politische Artikel möglicherweise aufgrund der Tagesaktualität im Untersuchungszeitraum eher in der Tageszeitung „Die Welt“ publiziert wurden.

Im folgenden soll analog zur Vorgehensweise bei der Analyse des Irak und des Iran dargestellt werden, welche Bedrohungslagen und Konfrontationslinien in Algerien bestehen und auf wen sie sich beziehen. Es geht also zunächst um eine grundsätzliche Verortung des Konflikts im Weltgeschehen. Die Bezüge zwischen der allgemeinen Gefahrensituation und der innenpolitischen Konstellation werden im zweiten Abschnitt behandelt.

In einem zweiten Schritt sollen die Innenperspektiven des Landes sowie die kulturell-religiöse Sphäre in ihrer Medienperspektive analysiert werden. Im dritten Abschnitt wird es darum gehen, die Strategien westlicher Staaten im Hinblick auf Algerien zu betrachten. Es geht um die Frage, welche Interessen hinter der Haltung des Westens stehen und welche Perspektiven von Moral, Recht und Verantwortung vertreten werden.

7.3.1 Konfrontation und Bedrohung als innere Krise am Rande des Weltgeschehens

Die „Welt am Sonntag“ gibt bereits in ihrem ersten Artikel des Jahres 1997 einen Überblick über die Tragweite der inneralgerischen Konfrontation. Sie berichtet, daß bei „politisch motivierten Gewaltakten“ seit Anfang 1992 bereits etwa 60.000 Menschen getötet wurden. In den ersten zwei Wochen des Jahres 1997 seien bei Massakern mutmaßlicher „Moslem-Rebellen“ 250 Menschen ermordet worden.¹¹¹⁹ Damit gehöre Algerien zu den „Katastrophen-Zonen der Erde“. Die Situation werde durch Bürgerkriege wie im Sudan oder Sri Lanka „kaum übertroffen“.¹¹²⁰ In einem anderen Artikel ist von einer „Welle der Gewalt“ die Rede.¹¹²¹

Seitens der algerischen Regierung wird die Konfrontation als Kampf des Staates gegen Terroristen dargestellt. Gleichzeitig wirft Präsident Zeroual anderen Staaten vor, diese Terroristen zu unterstützen:

„Bei den Tätern handle es sich um Kriminelle, Verräter und Söldner, die vom Ausland gesteuert würden, um Algerien zu destabilisieren. ... Hinter den Tätern stünden ausländische Mächte, die der Präsident aber nicht näher bezeichnete. In der Vergangenheit hatte er wiederholt europäischen Regierungen

¹¹¹⁸ Im Untersuchungszeitraum 1997 erschienen im „Spiegel“ lediglich 13 Artikel, die sich mit Algerien beschäftigen. In der „Welt am Sonntag“ waren es immerhin 17 Artikel, wobei sich hier die Berichterstattung überwiegend auf Kurzmeldungen zu Terroranschlägen beschränkt. In der „Zeit“ wurden neun Artikel über Algerien veröffentlicht. Die spärliche Berichterstattung liegt allerdings nicht nur daran, daß die Weltstaatengemeinschaft sich kaum mit den Geschehnissen in Algerien beschäftigt, sondern auch daran, daß aufgrund der bürgerkriegsähnlichen Umstände kaum noch Journalisten im Land arbeiten (können), was einen eher dürftigen Informationsfluß nach sich zieht.

¹¹¹⁹ vergl. o.A.: Weitere Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 26.1.1997, S. 2 (ALG-W-1)

¹¹²⁰ vergl. Kremp, Herbert: Algeriens politischer Islam hat sich vom Koran losgelöst, Welt am Sonntag 26.1.1997, S. 9 (ALG-W-2)

¹¹²¹ vergl. o.A.: Massaker an 32 Zivilisten in Algerien, Welt am Sonntag 23.3.1997, S. 2 (ALG-W-3)

vorgeworfen, Sympathisanten der Fundamentalisten Unterschlupf zu gewähren, und Sudan und Iran beschuldigt, die Extremisten in Algerien zu unterstützen.“¹¹²²

Die Bezeichnung der Täter als Kriminelle, Verräter und Söldner legt es nahe, daß der Staat alles Mögliche unternehmen muß, um diese zu bekämpfen. Gleichzeitig liegt die Assoziation nahe, daß Kriminelle und Verräter kein gerechtfertigtes Anliegen haben, da sie sich gegen Recht und Gesetz stellen. Damit kann die Staatsführung ein unerbittliches Vorgehen gegen die Terroristen legitimieren. So kündigte Präsident Zeroual auch an, die Täter „auszuradiieren“¹¹²³. Diese Wortwahl deutet an, daß das Ziel der algerischen Regierung nicht eine Bestrafung der Terroristen im Zuge der Anwendung geltenden Rechts ist, sondern daß es um deren Vernichtung geht. Der Verweis auf „ausländische Mächte“, die die Terroristen unterstützen, impliziert, daß die Gründe für die Gewalttaten nicht in Algerien selbst zu suchen sind. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, der Terror gehe indirekt vom Ausland aus und sei von ausländischen Staaten gewollt.

Die Konfrontationslinie verläuft Zeitungsberichten zufolge in- und ausländischer Medien zwischen den Sicherheitskräften auf der einen und „islamistischen“ Organisationen auf der anderen Seite. Opfer der Anschläge sind zumeist „Zivilisten“.¹¹²⁴ Die inneralgerische Opposition verweist allerdings darauf, daß für den Terror nicht nur „islamische“¹¹²⁵ Gruppen, sondern auch die „Repressalien des Staates“ verantwortlich seien.¹¹²⁶

Der ausgeübte Terror scheint sich nicht nur gezielt gegen bestimmte Personengruppen zu richten. Opfer von „Einzel-Attentaten“ sind zwar vorwiegend „westlich gekleidete Frauen“, Intellektuelle, „Professoren unter Häresie-Verdacht“ oder Ausländer,¹¹²⁷ doch berichtet die „Welt am Sonntag“ auch, daß in verschiedenen Dörfern auch Kinder anscheinend wahllos umgebracht werden.¹¹²⁸

Nicht nur die große Zahl der Toten, sondern auch die Art der Tötungen beschreibt ein Ausmaß extremer Grausamkeiten:

„Die Opfer, zumeist Frauen und Kinder, wurden erschossen oder erstochen. Einige wurden mit Äxten erschlagen, anderen die Kehle durchschnitten. Die Tötungskommandos zündeten schließlich Häuser an, in denen Menschen bei lebendigem Leibe verbrannten.“¹¹²⁹

¹¹²² ALG-W-1

¹¹²³ vergl. ALG-W-1

¹¹²⁴ vergl. ALG-W-3

¹¹²⁵ Die „Welt am Sonntag“ schwankt bei der Benennung der terroristischen Gruppen zwischen den Adjektiven „islamistisch“ und „islamisch“, ohne eine Definition oder Differenzierung vorzunehmen. Im Zuge einer näheren Beschreibung der Akteure wird jedoch auf die Zusammensetzung der Gruppierungen und ihre Beziehung zum Islam in der Zeitung eingegangen. Dieser Aspekt wird im folgenden Punkt noch näher ausgeführt, da es an dieser Stelle lediglich um die grundsätzliche Situation in Algerien und die Bezüge zu den internationalen Beziehungen geht.

¹¹²⁶ vergl. o.A.: 22 Menschen in einem Dorf ermordet, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 5 (ALG-W-4)

¹¹²⁷ vergl. ALG-W-2

¹¹²⁸ vergl. ALG-W-1; ALG-W-3; o. A.: Algerien: Ouyahia bildet neue Regierung, Welt am Sonntag 15.6.1997, S. 5 (ALG-W-5); o.A.: 15 Menschen von Islamisten geköpft, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 6 (ALG-W-8)

¹¹²⁹ o.A.: Neue Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 31.8.1997, S. 1 (ALG-W-9)

Die Schilderung dieser grausamen Massaker umfaßt anscheinend nur die Opfer, die islamischen Terrorgruppen zugeschrieben werden.

Bei aller Grausamkeit der verübten Anschläge erscheint es sinnvoll, die Hintergründe des sich steigernden islamischen Terrorismus näher zu betrachten. Terrorismus ist im nordafrikanischen und nahöstlichen Raum ein grundsätzliches Problem:

„In den achtziger Jahren erweiterte sich der Kreis derjenigen, die Terrorismus als Mittel zur Erreichung spezifischer Ziele einsetzten. Kann für die sechziger und siebziger Jahre – groß klassifizierend – von mehrheitlich (säkular) ‚nationalistisch‘ inspirierten Taten und Zielsetzungen gesprochen werden, ist seither eine wachsende Tendenz zu religiös-moralisch begründeten politischen Akten zu verzeichnen.“¹¹³⁰

Die Taten islamischer Gruppierungen in Algerien sind also kein Einzelfall, auch wenn das Ausmaß der Gewalt extrem ist. Mattes weist darauf hin, daß nicht alle islamischen Gruppierungen zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt einsetzen, doch fehle es häufig an klaren Distanzierungen von terroristischen Aktivitäten.¹¹³¹

Um die Bedeutung des zunehmenden Terrors politisch einschätzen zu können, muß man sich darüber im klaren sein, daß in Staaten mit einem repressiven Regierungssystem Gewalt häufig die einzige Möglichkeit ist, um politische Veränderungen zu erreichen.¹¹³² Dies trifft nicht nur für am Islam orientierte Gruppierungen zu, sondern grundsätzlich auf politische Oppositionsbewegungen. Mattes geht davon aus, daß terroristisch motivierte Gruppen, wenn die jeweilige Bevölkerung ihr keinen Rückhalt bietet oder Gewalttaten ablehnt, ihre Gewaltbereitschaft verstärken.¹¹³³ Genau dies scheint in Algerien gegenwärtig der Fall zu sein.

Aufgrund der politischen Entwicklung im arabischen Raum kommt der Anwendung von Gewalt ein besonderer Stellenwert zu:

„Im historischen Rückblick variierte die Definition terroristischer Akte bzw. die Definition als krimineller terroristischer Akt oder (legaler) Widerstand und erwies sich als zeit- und zielgebunden: Galt in allen nahöstlichen Staaten der Gewalteininsatz gegen den Kolonisator zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit als legitimes Mittel der Selbstbefreiung und des Widerstandes, wurde im Zeitalter des Postkolonialismus nicht von allen arabischen Staatsführungen Gewalt als politisches Mittel gegen bestehende arabische Regime als illegaler, krimineller terroristischer Akt eingestuft: Je nach den politisch-ideologischen, interessenbedingten Affinitäten zu anderen arabischen Staaten wurde gewaltsame Opposition gegen ein unliebsames Regime in einem anderen arabischen Staat gutgeheißen oder sogar unterstützt.“¹¹³⁴

Es existiert also keine Kultur des Widerstands mit friedlichen Mitteln, sondern Gewalt wird je nach Zeit und Ort zum legitimen politischen Instrumentarium. Betrachtet man die Unabhängigkeitskämpfe in Algerien gegen die einstige Kolonialmacht Frankreich, so zeigt sich, daß zum da-

¹¹³⁰ Mattes, Hanspeter (1997): Kampf gegen Terrorismus in Nordafrika und Nahost, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 191-196: 191

¹¹³¹ vergl. Mattes (1997): 193

¹¹³² Auf die Machtkonzentration, die der algerische Präsident durchgesetzt hat, wird im Verlauf dieses Abschnitts noch einzugehen sein.

¹¹³³ vergl. Mattes (1997): 193

¹¹³⁴ Mattes (1997): 194f

maligen Zeitpunkt Gewalt von der Befreiungsbewegung als legales Mittel des Widerstandes erachtet wurde. Jetzt, wo sich die Gewalt unter anderem gegen die algerische Regierung richtet, werden Gewaltakte hingegen als Terrorismus definiert, der mit allen Mitteln bekämpft werden muß.¹¹³⁵

Die Art und Weise, wie die algerische Polizei gegen die Terroristen vorgeht, wird ebenfalls – allerdings im Verhältnis zu den Massakern weniger detailliert und weniger häufig – in den Medien aufgegriffen:

„Fünf Mitglieder der algerischen Terrororganisation ‚Islamische Heilsfront des Bewaffneten Heiligen Krieges‘ (Fida) wurden am Wochenende von der Polizei getötet, berichteten die Zeitungen. Unter den Toten soll sich auch der stellvertretende Fida-Chef Abdenour Keddour befinden. Die Männer verbrannten in ihrem Versteck, einer Villa im Stadtviertel El Madania in Algier. In dem Gebäude war bei einem mehr als zweistündigen Schußwechsel ein Feuer ausgebrochen. Bei dem Gefecht seien von den Sicherheitskräften auch Granatwerfer eingesetzt worden, hieß es.“¹¹³⁶

Die Gewalttaten der Terroristen werden von den Sicherheitskräften also unerbittlich verfolgt. Während gerade die „Welt am Sonntag“ die Taten der Terroristen immer unter dem Vorzeichen der Grausamkeit beschreibt, indem Begriffe wie „Blutbad“¹¹³⁷ oder „Massaker“¹¹³⁸ in der Berichterstattung verwendet werden, ist die Schilderung des Polizeieinsatzes – möglicherweise auch aufgrund der Tatsache, daß der Vorgang nur aus einer algerischen Zeitung zitiert wird – eher neutral gehalten.¹¹³⁹

Die Vereinten Nationen scheinen keine Möglichkeit zu sehen, in dem Konflikt einzugreifen:

„Die Vereinten Nationen räumten unterdessen ihre Ohnmacht angesichts der Gewalttaten in Algerien ein. Ein UN-Sprecher erklärte ..., die Weltorganisation sehe keine Möglichkeit, den Bürgerkrieg beizulegen. UN-Generalsekretär Kofi Annan und die Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, hätten aber im Namen der Vereinten Nationen ‚ihre Stimme erhoben‘. Annan und Robinson hofften, daß die Algerier selbst eine Lösung für den Konflikt fänden, der eindeutig ‚ein interner‘ sei, fügte der Sprecher hinzu.“¹¹⁴⁰

Argumente dafür, warum ein Eingreifen nicht „möglich“ ist, werden allerdings nicht gegeben. Aus dem Hinweis, daß es sich um einen internen Konflikt handelt, ergibt sich allerdings die Schlußfolgerung, daß die Organisation anscheinend nur in Konfrontationen, die auf internationaler Ebene angesiedelt sind, eine Notwendigkeit zum Handeln sieht.

¹¹³⁵ Es sei deutlich betont, daß es an dieser Stelle nicht darum gehen kann, die Gewalttaten, die in Algerien ausgeführt werden, in irgendeiner Weise zu rechtfertigen. Um jedoch ihren Stellenwert beurteilen zu können, ist es notwendig, den Kontext zu betrachten, in dem Terror ausgeübt wird.

¹¹³⁶ ALG-W-3

¹¹³⁷ vergl. ALG-W-9

¹¹³⁸ vergl. ALG-W-1; ALG-W-3; o.A.: Neue Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 27.7.1997, S. 2 (ALG-W-6); o.A.: 88 Tote bei Massakern in algerischen Dörfern, Welt am Sonntag 3.8.1997, S. 6 (ALG-W-7); ALG-W-8; ALG-W-9; o.A.: 80 Menschen in Algier ermordet, Welt am Sonntag 7.9.1997, S. 1 (ALG-W-10); o.A.: Erneut 23 Tote bei Massakern in Algerien, Welt am Sonntag 28.9.1997, S. 5 (ALG-W-11); o.A.: Massaker in Algerien mit Raketen und MACHETEN, Welt am Sonntag 5.10.1997, S. 2 (ALG-W-12); o.A.: Massaker nach Hochzeitsfeier in Algerien, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 4 (ALG-W-15)

¹¹³⁹ Die Nuancierung durch bewertende Begriffe ist insofern bedeutsam, da sie Assoziationen im Hinblick auf die Beurteilung von Recht und Unrecht hervorruft. Begriffe wie „Blutbad“ oder „Massaker“ implizieren im Gegensatz zu einer Beschreibung, die sich auf eine bestimmte Anzahl „getöteter“ Menschen bezieht, daß eine Tötung beziehungsweise Tötungen besonders grausam sind. Diese Differenzierung ist deshalb bedeutsam, da noch zu untersuchen ist, wie die algerische Regierung ihr teils ebenfalls brutales Vorgehen rechtfertigt, und wie terroristische Gruppen ihrerseits ihre brutalen Taten aufgrund der von den Sicherheitskräften ausgeübten Gewalt rechtfertigen.

¹¹⁴⁰ ALG-W-11

„Die Zeit“ schildert, wie sehr die Situation in Algerien im politischen Diskurs als am Rande des Weltgeschehens wahrgenommen wird:

„Die Isolierung Algeriens wird ... nicht allein von den Mächtigen in Algier betrieben, sondern auch von den Nachbarn jenseits des Mittelmeers. Das liegt sicher an den spärlichen Informationen aus erster Hand, aber auch an einem starken Unbehagen in Europa, sich mit dem heiklen Thema abzugeben. Algerien ist zwar nur eine Flugstunde von Marseille entfernt, und mehr als eine Million Algerier leben in Europa. Dennoch scheint das wichtigste Maghrebland fernab zu liegen. Der grausame Bürgerkrieg ... findet im Schatten der Schlagzeilen statt. Niemand hat auch nur eine vage Ahnung, wie viele Menschenleben er gefordert hat: Von 50.000 Toten ist mitunter die Rede, manche reden gar von 120.000.“¹¹⁴¹

Da europäische Staaten nicht direkt von den Gewalttaten bedroht werden, scheint es leicht zu sein, die Zustände in Algerien nicht oder kaum zur Kenntnis zu nehmen.

Zwar spielt sich der Terror in dem Konflikt in Algerien ab, doch zeigt ein Bericht des „Spiegel“, daß gerade die französische Regierung durchaus befürchtet, daß eine Unterstützung des algerischen Präsidenten durch Frankreich die Gewalttaten auch auf Frankreich ausweiten könnte.¹¹⁴² Anschläge in Paris und Lyon sind laut „Zeit“ bereits ein Anzeichen dafür, daß der algerische Islamismus nach Europa überschwappen könnte.¹¹⁴³

Die Bezeichnung des algerischen Gewaltszenarios als inneralgerische Angelegenheit beinhaltet seitens der Vereinten Nationen auch eine bestimmte Betrachtungsperspektive im Hinblick auf die Täterschaft bei den Terroraktionen:

„Uno-Generalsekretär Annan sagte, der Terror habe sich ‚auf ein schreckliches Niveau hochgeschraubt‘. Er forderte die Täter zu einem Dialog mit der Regierung auf.“¹¹⁴⁴

Diese Einschätzung legt nahe, daß die Vereinten Nationen der algerischen Regierung für die Eskalation der Gewalt nicht die Verantwortung geben, denn „Täter“ und Regierung werden als sich gegenüberstehende Seiten in dem Konflikt benannt.

In einem „Spiegel“-Artikel wird die Frage der „Täterschaft“ wesentlich differenzierter vor Augen geführt:

„Im sechsten Jahr des Bürgerkriegs droht dem Regime in Algier die Isolation. Durch seine Politik der eisernen Faust gegenüber den islamischen Fundamentalisten verärgert Staatschef Liamine Zeroual die letzten Verbündeten – Washington und Paris hatten auf die von ihm angekündigte Liberalisierung gesetzt. Doch der Versuch des Ex-Generals, den Widerstand seiner Gegner durch Gewalt zu brechen, war vergeblich ...“¹¹⁴⁵

Die Benennung der algerischen Regierung als „Regime“, die Phrase „Politik der eisernen Faust“ sowie der Verweis auf den Versuch, Widerstand „durch Gewalt zu brechen“ legen – obwohl „Der Spiegel“ nicht näher auf die politischen Hintergründe eingeht – den Schluß nahe, daß auch seitens der Regierung Gewalt als Mittel der Politik eingesetzt wird. Der Militärputsch von 1992, mit dem

¹¹⁴¹ Gsteiger, Fredy: Lieber schießen als reden, Die Zeit 31.1.1997, S. 14 (ALG-Z-2)

¹¹⁴² vergl. o.A.: Regime vor dem Bankrott?, Der Spiegel 27.1.1997, S. 119 (ALG-S-1)

¹¹⁴³ vergl. ALG-Z-2

¹¹⁴⁴ ALG-W-9

¹¹⁴⁵ ALG-S-1

das Regime nach dem Wahlsieg der „Islamisten“ deren Machtübernahme verhinderte, wird denn auch als „kalter Staatsstreich“ bezeichnet.

Einen weiteren Hinweis auf die eher totalitäre Politik des Regimes liefert die 1996 verabschiedete algerische Verfassung:

„Diese Verfassung institutionalisiert geradezu die Diktatur in Algerien und gibt dem Präsidenten nicht nur *de facto*, sondern auch *de iure* absolute Macht, verkörpert er doch Legislative und Exekutive und steuert über die Ernennung der Richter auch die Judikative.“¹¹⁴⁶

Nach Angaben des Regimes haben dieser Verfassung 86 Prozent der algerischen Wähler zugestimmt. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob das Wahlergebnis nicht aufgrund von Manipulationen zustande kam. Auch muß man bedenken, daß sich politische Alternativen kaum zeigen.

„Die Zeit“ verweist darauf, daß Präsident Zeroual eine „Haßtirade gegen die Mörder“ verbreitete und von „endgültiger Auslöschung“ und „totaler Ausrottung“ sprach.¹¹⁴⁷ Dieses Vokabular deutet an, daß die algerische Regierung versucht, den Konflikt durch den Einsatz von Gewalt zu ihren Gunsten zu entscheiden. „Die Zeit“ berichtet weiter, daß der Bürgerkrieg in Algerien „das Volk zwischen islamistischem Terror und staatlicher Repression zerreibt“¹¹⁴⁸. Das vorherrschende Gewaltszenario scheint also in nicht zu unterschätzendem Ausmaß auch von der Regierung geprägt zu sein. Sigrid Faath weist darauf hin, daß der Kampf der Regierung gegen den Terrorismus nicht unbedingt in einem demokratisch geregelten Rahmen verlaufe. Notstandsgesetze, Sondergerichte sowie Todesurteile scheinen ein Indiz für diese Vermutung zu sein.¹¹⁴⁹ Die Einrichtung von Sondergerichtshöfen und die Geheimhaltung bei der Ernennung von Richtern verletzen elementare Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit. Auch werde im Kampf gegen den Islamismus vor Folter nicht zurückgeschreckt.¹¹⁵⁰ Ruf interpretiert dies als „die Verbreitung von Angst und Schrecken zwecks Stabilisierung des bestehenden Systems“.¹¹⁵¹

Die Benennung von Tätern fällt in dem mehrdimensionalen Konflikt nicht leicht, da anscheinend verschiedene Gruppierungen in die Anschläge verwickelt sind. Die „Welt am Sonntag“ berichtet, daß laut Augenzeugen bei einem Massaker in Algier 80 Menschen von „Islamisten“ umgebracht worden seien. Welcher Gruppierung diese angehören, wird nicht deutlich.¹¹⁵² Eine Äußerung der Islamischen Heilsfront (FIS) verdeutlicht, daß verschiedene Organisationen, die sich auf den Islam berufen, Gewalt ausüben:

¹¹⁴⁶ Ruf, Werner (1997): Die algerische Tragödie. Vom Zerbrechen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997: 146, Hervorheb. im Original

¹¹⁴⁷ vergl. ALG-Z-2

¹¹⁴⁸ ALG-Z-2

¹¹⁴⁹ vergl. Faath, Sigrid (1995): Algerien, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1995)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1994. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1995, S. 55-61: 56

¹¹⁵⁰ vergl. Ruf (1997): 122

¹¹⁵¹ vergl. Ruf (1997): 124

¹¹⁵² vergl. ALG-W-10

„Die in Algerien verbotene Islamische Heilsfront (FIS) hat zu einem Stopp der Massaker in dem nordafrikanischen Land aufgerufen. In einer am Samstag in Paris veröffentlichten Erklärung forderte der Chef der FIS im Exil, Rabah Kebir, alle Anhänger der islamischen Bewegung zu einem Waffenstillstand in ihrem Kampf gegen die Regierung auf. Damit sollten diejenigen demaskiert und isoliert werden, die in den vergangenen Monaten die Massenmorde an unschuldigen Menschen in Algerien begangen hätten.“¹¹⁵³

Diese Stellungnahme deutet an, daß die Islamische Heilsfront aus eigener Sicht einen Kampf gegen die algerische Regierung führt, nicht jedoch gegen die Zivilbevölkerung. Die Bezeichnung der in den Massakern getöteten Zivilisten als „unschuldige Menschen“ legt implizit nahe, daß es aus Sicht der FIS durchaus legitim ist, mit Gewalt vorzugehen, wobei die „Schuldigen“ im Umkehrschluß dann wohl in den Reihen der Regierung zu finden sind.

Die Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen von Gewalttätern wird auch in einem Bericht über ein Massaker in einem Vorort der algerischen Stadt Blida deutlich:

„Blida ist eine Hochburg der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA), der gewalttätigsten fundamentalistischen Untergrundorganisation in Algerien. Die rivalisierende Islamische Heilsfront hatte dagegen am Mittwoch einen Waffenstillstand ausgerufen.“¹¹⁵⁴

Die von der FIS zunächst vorgenommene Unterscheidung zwischen den eigenen (ebenfalls gewalttätigen) Aktivitäten und dem von anderen Gruppen ausgeübten Terror scheint sich also zu belegen. Es wird jedoch auch deutlich, daß vor allem auf der Grundlage der Meldungen über Massaker in der „Welt am Sonntag“ kaum einzuschätzen ist, welche Ziele die einzelnen Gruppierungen mit ihren Gewaltakten verfolgen und auf welche Ideologien sie sich berufen.

„Die Zeit“ berichtet ebenfalls, daß die Gewalt in Algerien inzwischen von einem „diffusen Netzwerk konkurrierender Kräfte“ ausgeht:

„In der unabhängigen algerischen Presse, die islamistische Anschläge ebenso fürchten muß wie staatliche Zensur und Publikationsverbote, wird immer wieder gefragt, ob die Armee den Terror nicht stillschweigend dulde oder gar aktiv fördere. Von der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA) weiß man, daß sie von Agents provocateurs des Geheimdienstes unterwandert ist. Und wie ist zu erklären, daß terroristische Banden stundenlang Dorfbewohner niedermetzeln können, obwohl die Massaker teilweise in Sichtweite von Kasernen erfolgen, wie vorige Woche in Ben Ali? Sollte die Armee wirklich nicht in der Lage sein, das ‚Dreieck des Todes‘ hundert Kilometer um Algier - dort erfolgen die meisten Massaker - zu befrieden? Tatsache ist, daß die Greuelthaten das Regime nicht gefährden. Im Gegenteil: Sie verschaffen ihm zusätzliche Legitimation im Kampf gegen ‚den Terrorismus‘.“¹¹⁵⁵

Hier wird explizit der Verdacht geäußert, daß die Regierung beziehungsweise die Armee in Gewalttaten verwickelt sein könnten. Hinzu kommt, daß aus strategischen Gründen der Terror für die algerische Regierung den Vorteil hat, selbst einen Einsatz von Gewalt als Notwendigkeit im Kampf gegen den Terrorismus zu legitimieren.

Im Hinblick auf die noch vorzunehmende Betrachtung der Bedeutung des Islam in Algerien ist sicherlich auch von Interesse, daß Anschläge auch auf Moscheen und damit auf Gläubige ver-

¹¹⁵³ ALG-W-11

¹¹⁵⁴ ALG-W-12

¹¹⁵⁵ Lüders, Michael: Zwischen Bürgerkrieg und Blutrache, Die Zeit 5.9.1997, S. 16 (ALG-Z-5)

übt werden. So berichtet die „Welt am Sonntag“ von sechs Toten bei einem Anschlag auf eine Moschee in Algier¹¹⁵⁶ und einem versuchten Bombenanschlag auf eine weitere Moschee.¹¹⁵⁷

Die algerische Bevölkerung scheint zunehmend wahrzunehmen, daß sie einem Terror aus verschiedenen Richtungen ausgesetzt ist:

„In der Gebirgsregion Kabylei östlich der Hauptstadt setzten gutbewaffnete Volkswehren mußmaßliche Islamisten fest, in der von GIA-Terroristen besonders heimgesuchten Mitidscha-Ebene gab es erste Fälle von Lynchjustiz. Selbst in den Moscheen von Algier wagten Freitagsprediger erstmals seit Jahren, die terroristischen Drahtzieher der ‚falschen Islam-Generäle‘ als ‚Feinde Allahs‘ anzuprangern.“¹¹⁵⁸

Diese Beschreibung dokumentiert, daß die Bevölkerung sich seitens der Regierung nicht ausreichend geschützt sieht und deshalb zur „Selbsthilfe“¹¹⁵⁹ greift. Der Hinweis auf die GIA-Terroristen deutet an, daß die Bevölkerung sich mit dieser Bewegung nicht solidarisch erklärt. Aus der Tatsache, daß die FIS im Zusammenhang mit den Aktionen der Bevölkerung nicht genannt wird, ergibt sich dabei nicht unbedingt der Schluß, daß die Aktivitäten der Heilsfront auf Zustimmung stoßen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das algerische Gewaltszenario von seiner faktischen Reichweite her gesehen hauptsächlich ein „inneralgerisches“ Problem ist, da der Hauptanteil der Terrortaten in Algerien selbst verübt wird. Anders als im Hinblick auf den Irak und den Iran fühlt sich die Weltstaatengemeinschaft nicht involviert, da außer gegen Frankreich – und selbst hier läßt sich das Ausmaß nicht mit den beiden anderen Ländern vergleichen – keine Drohungen erhoben werden. Aus diesem Grund wird die Bedrohungslage nicht als internationales Problem angesehen.

Die Beteiligten an dem Gewaltszenario repräsentieren unterschiedliche Perspektiven. Zum einen existiert die Islamische Heilsfront, die durch einen Militärputsch von der Machtübernahme nach den Wahlen 1992 abgehalten wurde. Zum anderen üben verschiedene radikale, sich auf den Islam berufende Gruppierungen Terror aus. Auch die algerische Regierung ist in die Ausübung von Gewalt verstrickt. Auf den ersten Blick ist die Bedrohungslage also sehr komplex, da sich verschiedene Aspekte überschneiden.

In der nun folgenden Darstellung der algerischen Innenperspektiven und der Analyse der Bedeutung des Islam in Algerien sollen deshalb auch die Ursprünge der gegenwärtigen – beziehungsweise der sich seit Jahren hinziehenden – Konfrontation betrachtet werden.

¹¹⁵⁶ vergl. o.A.: Sechs Tote bei Bombenanschlag in Moschee, Welt am Sonntag 12.10.1997, S. 4 (ALG-W-13)

¹¹⁵⁷ vergl. o.A.: Algier: Panik nach Entdeckung einer Drei-Kilo-Bombe, Welt am Sonntag 19.10.1997, S. 3 (ALG-W-14)

¹¹⁵⁸ ALG-S-1

¹¹⁵⁹ vergl. ALG-S-1

Die politische Situation im Algerien der Gegenwart läßt sich als Fortsetzung einer Lage der Instabilität und Repression seit der Unabhängigkeit von Frankreich sehen. Die „Welt am Sonntag“ macht vor allem die wirtschaftliche Misere der nachkolonialen Ära für die desolote gesellschaftliche Situation in Algerien verantwortlich:

„Die Verzweiflung der Armut, der gigantischen Arbeitslosigkeit (mehr als 60 Prozent der Jugendlichen), der Schulden-Knechtschaft, des Zwangs zum teuren Nahrungsmittel-Import bereiteten das Feld und die Rekrutierungs-Arsenale für die Front Islamique du Salut (FIS) und ihre immer radikaleren Filialitäten. Ziel war der Griff nach der ungeteilten Macht, die Gründung der Islamischen Republik Algerien.“¹¹⁶⁰

Diese Argumentation läßt jedoch politische Strukturen außer acht und reduziert die Bedeutung des Islam in der politischen Sphäre auf eine Frage der Macht.

Ruf geht davon aus, daß in den Zeiten einer allgemeinen Perspektivlosigkeit der algerische Staat Willkür und Protz verkörpert habe und somit seitens der Bevölkerung als feindlich und repressiv erfahren wurde.¹¹⁶¹ Im Hinblick auf soziale Ungerechtigkeit als Folge von Modernisierung spezifiziert Ruf die Bedeutung des Islam wie folgt:

„Vor allem aber wird zu wenig betont, daß der militante Islamismus seine Ursache hat in den sich verschärfenden sozialen Antagonismen, wo diejenigen, die auf der Sonnenseite der Gesellschaft leben, zwangsläufig jene sind, die ökonomisch wie kulturell die engen Beziehungen mit dem Westen pflegen. Mit anderen Worten: Die politischen und ideologischen Trennungslinien verlaufen zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern. Während sich die einen ideologisch mit den ‚zivilgesellschaftlichen‘ Werten des Westens identifizieren, rekonstruieren die anderen ein objektiv anachronistisches Gesellschaftsmodell, welches identitäre Elemente einer sozialen und gerechten Ordnung in eine glorifizierte und göttlich legitimierte Vergangenheit projiziert.“¹¹⁶²

Hier wird Islamismus also in seinen sozialen, politischen und identitären Perspektiven vor dem Hintergrund der innerstaatlichen Entwicklung eingeordnet, und es zeigt sich, daß zumindest zu Beginn der Gewalteskalation nicht allein Macht der prägende Faktor islamischer Gruppierungen war.

Demokratische Strukturen konnten sich in dem Land im Nachfeld der kolonialen Epoche noch nicht etablieren. „Die Zeit“ schildert die bestehenden politischen Strukturen wie folgt:

„Unter den Bedingungen einer nicht enden wollenden Tragödie demokratisch gewählt, ist Liamine Zeroual kein Staatsoberhaupt wie andere. Er ist General in einer Armee, die seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1962 praktisch ununterbrochen an der Macht war. Als sie einen Zivilisten - Mohammed Boudiaf, eine historische Figur des Befreiungskrieges - an die Regierung berief, war die Unterbrechung nur kurz, denn er wurde sechs Monate nach seinem Amtsantritt ermordet. Danach übernahm die Armee wieder die Regierung. Liamine Zeroual kann zwar auf eine Legitimität durch allgemeine Wahlen pochen, doch bleibt er trotzdem das Sprachrohr einer Armee, die es nicht gewohnt ist, einen politischen

¹¹⁶⁰ ALG-W-2

¹¹⁶¹ vergl. Ruf (1997): 77

¹¹⁶² Ruf (1997): 133

Dialog zu führen. Sie begegnet der bürgerkriegsartigen Situation mit der üblichen Gewalt, wie jede Armee, deren Stellung durch eine bewaffnete Opposition in Frage gestellt wird.“¹¹⁶³

In der algerischen Politik der Gegenwart existieren zwar an der Oberfläche demokratische Elemente, doch sind die politischen Strukturen durch eine langfristige Militärherrschaft geprägt. Wahlen als Ausdruck der Demokratie allein reichen jedoch – dies belegt der Artikel – nicht aus, um auch Umgangsformen einer demokratischen Politik zu etablieren. Es existiert ein „demokratisch“ gewählter Präsident, doch faktisch bestimmt das algerische Militär mit Gewalt die Politik des Landes.

Die Rolle des Präsidenten zwischen Volk und Militär ist dabei durchaus zwiespältig:

„Liamine Zeroual trat mit dem Versprechen an, die Gewalt mit harter Hand zu stoppen, das Land demokratisch zu öffnen und das Gespräch mit allen friedenswilligen Kräften zu suchen. Das erste Versprechen versuchte er einzulösen, wenn auch erfolglos, wie sich jetzt zeigt. Das zweite blieb ein Lippenbekenntnis. Selbst mit den gemäßigten Kräften innerhalb der Islamischen Heilsfront FIS wollte er nichts zu tun haben. Er setzte auf Repression statt auf Dialog. Wie fremd dem Mann, den man heute als ‚demokratisch gewählten Diktator‘ bezeichnen muß, der Demokratiebegriff ist, zeigte sich spätestens Ende des vergangenen Jahres beim Referendum über eine neue Verfassung. Zum einen konzentriert diese praktisch alle Macht in der Hand des Präsidenten; er kann die maßgebliche Haute Chambre, eine Art Senat, nach seinem Gutdünken besetzen. Zum andern manipulierte Zeroual die Ergebnisse des Referendums massiv. Jeder aufmerksame Beobachter konnte feststellen, daß nur sehr wenige Bürger an die Urnen gingen. Offiziell aber wurde eine Wahlbeteiligung von 79,8 Prozent verkündet; der Anteil der Jastimmen soll 85,8 Prozent betragen haben.“¹¹⁶⁴

„Die Zeit“ führt hier deutlich vor Augen, daß demokratische Elemente einem autoritären System übergestülpt beziehungsweise teils sogar pervertiert werden, um die Machtpositionen bestimmter Personengruppen – hier vor allem die des Präsidenten – aufrechtzuerhalten.

Auch der algerische Schriftsteller Rachid Boudjedra weist darauf hin, wie relativ die Existenz der Demokratie in Algerien ist:

„Man kann Algerien nicht mit westlichen Demokratien vergleichen, weil wir keine demokratische Tradition haben. Und trotzdem sind wir heute, von Südafrika abgesehen, der demokratischste Staat der arabischen und der afrikanischen Welt.“¹¹⁶⁵

Im Vergleich mit dem Irak und dem Iran, die ja ebenfalls Elemente einer Demokratie aufweisen, zeigt sich, daß die Beurteilung eines politischen Systems von außen anhand der Strukturen der politischen Institutionen kaum Aufschlüsse über die innere Verfassung eines Staates zuläßt. Der algerische Staat mag zwar vor der Eskalation des gegenwärtigen Konflikts bereits über demokratische Institutionen verfügt haben, doch die Ausgestaltung des politischen Lebens im Hinblick auf in der Bevölkerung verankerte demokratische Strukturen und auf eine Kontrolle des Staatsapparates durch die Bevölkerung entsprechen deshalb nicht automatisch einer etablierten und vor allem funktionierenden Demokratie.

¹¹⁶³ Jelloun, Tahar Ben: Exzeß der Gewalt, Ohnmacht der Worte, Die Zeit 14.2.1997, S. 44 (ALG-Z-3)

¹¹⁶⁴ ALG-Z-2

¹¹⁶⁵ Boudjedra, Rachid: Zyankali auf dem Nachttisch, Der Spiegel 20.10.1997, S. 188-190 (ALG-S-11): 188

„Der Spiegel“ legt in einem Artikel über algerische Flüchtlinge in Deutschland dar, daß die Regierung scheinbar Regimegegner verfolgt. So berichtet ein algerischer Asylbewerber, der Mitglied in der Front der Sozialistischen Kräfte, einer oppositionellen Splitterpartei, ist, daß er unter dem Vorwand des Diebstahls drei Jahre ins Gefängnis gebracht wurde, nachdem er sich kritisch über die Verhaftung Oppositioneller geäußert hatte.¹¹⁶⁶

Diese grundsätzliche politische Instabilität muß insofern als indirekte Folge des Kolonialismus angesehen werden, als die Kolonialpolitik Frankreichs die Herausbildung politischer Strukturen verhinderte. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Algerien waren seit 1830 im Zuge der Kolonisation von französischen Interessen geprägt. Seit dem Ersten Weltkrieg formierte sich eine nationalistische Bewegung, die sich für mehr Mitsprache der algerischen Bevölkerung stark machte. Diese Bemühungen mündeten 1954 in den nationalen Befreiungskampf. Die Befreiungsfront Front de Libération Nationale (FLN) erreichte nach über sieben Kriegsjahren 1962 die Dekolonisation und konnte die Unabhängigkeit verkünden.¹¹⁶⁷ Der politische Wechsel erfolgte also abrupt, ohne daß die neue Regierung des nun unabhängigen Algerien auf etablierte politische Strukturen hätte zurückgreifen können. Dies liegt unter anderem daran, daß während der Kolonialzeit die einheimische Bevölkerung von der politischen Macht konsequent ausgeschlossen wurde.¹¹⁶⁸ Die nationale Unabhängigkeit brachte auf politischer Ebene ein autoritäres System mit Einheitsparteiherrschaft. Bürgertum und Arbeiterschaft konnten sich nach der Erreichung der Unabhängigkeit kaum in den politischen Prozeß einbringen, da sie zu schwach strukturiert waren. So kam es dazu, daß der Staat ohne eine breite Beteiligung der Bürger von kleinen Machtgruppen aufgebaut wurde.¹¹⁶⁹ Damit war eine Prägung der politischen Strukturen durch Machtclans gewissermaßen festgeschrieben:

„Algeriens Machtclans sind nach dem System des Klientelismus strukturiert. Persönlichkeiten oder Gruppen von Personen, die aus politischen und geschichtlichen Gründen oder wegen ihres technischen Wissens Macht ausüben, bilden um sich und unter sich ein Gefüge von Unterstützern und Anhängern, um so ihre Position zu halten und zu stärken, indem sie Privilegien verteilen.“¹¹⁷⁰

So wurde eine klare Grenzziehung zwischen der Staatsführung und der Bevölkerung vorgenommen. Die Folge ist, daß der Staat zu einem eigenen Organismus ohne Bürger wird.

In einer solchen Situation können sich politische Strukturen, die auf der Basis politischer Beteiligung Bezüge zwischen Regierung und Bevölkerung ermöglichen, überhaupt nicht herausbilden, und der Staat wird zur äußeren Instanz:

¹¹⁶⁶ vergl. o.A.: „Sauber hingeguckt“, Der Spiegel 28.4.1997, S. 91-93 (ALG-S-4): 91

¹¹⁶⁷ vergl. Faath, Sigrid (1994): Algerien, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 47-63: 47f

¹¹⁶⁸ vergl. Hourani (1991): 356ff

¹¹⁶⁹ vergl. Herzog, Werner (1995): Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1995: 49

¹¹⁷⁰ Herzog (1995): 122

„Das Volk hat keinen Einblick in das politische Geschehen; das Regime ist verschwiegen und informiert nicht oder nur auf Druck. Die Regierenden treten auch nicht als Vertreter des Volkes und seiner Interessen auf; das Volk ist Befehlsempfänger, eine außenstehende Masse. ... Die Machthaber leben in einer geschlossenen Welt und sind immun. Die Bevölkerung hat sie nicht gewählt, kann sie nicht kontrollieren und auch nicht zur Rechenschaft ziehen. Nur einmal, in der Phase der politischen Öffnung von 1988 bis Ende 1991, glaubten die Algerierinnen und Algerier, sie könnten die Zukunft mitgestalten. Doch das Experiment wurde abgebrochen und das Volk wieder unter die alte politische Haube gesteckt. ... Kein Wunder, daß es den Eindruck hat, es werde von Fremden regiert und der Staat sei ein Mittel zur Unterdrückung.“¹¹⁷¹

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß sich eine politische Unzufriedenheit entwickelte, die sich schließlich gegen die bestehende Regierung richtete.

In den achtziger Jahren setzte eine zunehmende Politisierung von Teilgruppen der algerischen Bevölkerung ein, die grundlegende Systemveränderungen forderten. Die politischen Modelle, die zu dieser Zeit diskutiert wurden, reichten von einem demokratischen, pluralistischen Verfassungsstaat bis hin zu einem immer offener diskutierten islamischen Staat.¹¹⁷²

Diese politische Diskussion der achtziger Jahre setzte nicht spontan ein, sondern knüpfte vielmehr an politische Ideen an, die bereits im Zuge der algerischen Unabhängigkeitsbewegung thematisiert, aber von der herrschenden FLN dann unterdrückt worden waren. Die nach der Unabhängigkeit diskutierten ideologisch-politischen Richtungen umfaßten verschiedene Strömungen. So wurde von einigen Gruppierungen ein kulturell-identitärer Arabismus in einem sozialistisch orientierten Einparteiensystem vertreten. Andere forderten eine demokratisch-pluralistische Staatsorganisation, und wieder andere Gruppierungen diskutierten die Stärkung der religiösen Traditionen und des Einflusses der Religion auf Politik und Gesellschaft.¹¹⁷³ Der Islam spielte in Algerien auf der politischen Ebene also bereits länger eine Rolle.¹¹⁷⁴

Die Islamische Heilsfront bezeichnet die Situation in Algerien als „Kampf des Militärs gegen das Volk“. Die Behauptung, daß das Militär in zahlreiche Greueltaten verstrickt sei, belegt der in den Vereinigten Staaten inhaftierte FIS-Sprecher Anwar Haddam damit, daß das Regime eine entsprechende Untersuchungskommission verhindert habe.¹¹⁷⁵ Vor diesem Hintergrund sei ein Kampf gegen die Regierung legitim:

„Wir sind keine Terroristen, sondern Befreiungskämpfer. Natürlich ist der bewaffnete Kampf gegen Angehörige der Militärregierung erlaubt. Als die algerische Armeeführung 1992 die allgemeinen Wahlen unterband, erklärte sie dem Volk den Krieg.“¹¹⁷⁶

Zwar interpretiert der FIS-Sprecher hier die politischen Fakten im Sinne einer Legitimation der FIS-Aktionen, doch führt er auch vor Augen, daß die vom herrschenden Regime vertretene Politik

¹¹⁷¹ Herzog (1995): 116

¹¹⁷² vergl. Faath (1994): 48f

¹¹⁷³ vergl. Faath (1994): 50

¹¹⁷⁴ Im Verlauf dieses Abschnitts wird auch zu diskutieren sein, welche Bedeutung der FLN-Staat dem Aspekt des Islam auf der politischen Ebene beigemessen hat.

¹¹⁷⁵ vergl. o.A.: „Islam über alles“, Der Spiegel 25.8.1997, S. 154-155 (ALG-S-8): 154

¹¹⁷⁶ ALG-S-8: 154

und hier vor allem die Verhinderung des Machtwechsels nach einer demokratischen Wahl zumindest fragwürdig ist.

In der „Welt am Sonntag“ wird die politische Situation hingegen unter anderen Vorzeichen dargestellt:

„Präsident Liamine Zeroual hat im November 1995 die Hürde der Wiederwahl elegant mit 61,3 Prozent übersprungen und ... eine strenge Verfassung erlassen, die religiöse Parteien verbietet und die legislative Arbeit des Parlaments an seine Zustimmung bindet. Der Staat funktioniert also, zumal die Streitkräfte gehorchen und nicht danebenschießen. Dennoch gleicht der Staat einem Firnis, er ist nur noch ‚aufgesprüht‘ auf eine Gesellschaft, die den nach maoistischer Taktik operierenden Esquadrons der Terroristen hilflos ausgeliefert ist.“¹¹⁷⁷

Diesem Artikel zufolge liegen die algerischen Probleme nicht in der grundsätzlichen Verfassung des Staates, sondern in der Gesellschaft, die vom Terrorismus zersetzt wird. Die Tatsache, daß die breite Bevölkerung auch vor der Gewaltwelle der neunziger Jahre nicht am Staatswesen beteiligt war und sich deshalb keine zivilgesellschaftlichen Strukturen entwickeln konnten, die überhaupt eine Beziehung zwischen Bürgern und Staat gewährleisten könnten, bleibt dabei außer acht.

Das staatliche Gewaltmonopol, das von Präsident Zeroual eher zur Machterhaltung instrumentalisiert wird, wird von der „Welt am Sonntag“ nicht in Frage gestellt, obwohl bereits deutlich wurde, daß die neue Verfassung eher eine „Alleinherrschaft“ des Präsidenten begründet, als die Gesellschaft auf der Basis demokratischer Leitlinien am Staatswesen zu beteiligen. In dem Artikel wird der Terrorismus zur Ursache der Konfrontation, obwohl er eher eine Folge des Staatsaufbaus und seiner Entwicklung zu sein scheint.

In den politischen Kreisen jenseits der Regierung existiert(e) anscheinend die Bereitschaft, eine weitere Zuspitzung der Konfrontation zu verhindern. So trafen sich führende Vertreter mehrerer algerischer Parteien und Bewegungen, darunter auch die Islamische Heilsfront, bereits 1994 in Rom, um nach einer politischen Lösung für die Krise zu suchen. Dieser Versuch wurde und wird von Staatspräsident Zeroual jedoch als „Verschwörung“, in die auch „ausländische Kräfte“ verstrickt seien, angesehen.¹¹⁷⁸ Ein Problem, das die Suche nach Lösungen erschwert, ist sicherlich der Machtkampf, der sich hinter den teils ideologisch geführten Diskussionen verbirgt. So spricht „Die Zeit“ von einem „Krieg um die Macht“ zwischen Regierung und bewaffneter Opposition.¹¹⁷⁹

Die Bevölkerung scheint dabei gewissermaßen zwischen die Fronten zu geraten und wird so zum Opfer beider Seiten:

„Die Zivilbevölkerung leidet ... sowohl unter dem Terror blutrünstiger bewaffneter Fundamentalisten als auch unter den Willkürakten der Sicherheitskräfte. Frauen, so Pro Asyl, laufen Gefahr, von Islamisten auf offener Straße erschossen zu werden, wenn sie ohne Kopftücher gehen; tragen sie Kopftü-

¹¹⁷⁷ ALG-W-2

¹¹⁷⁸ vergl. ALG-Z-3

¹¹⁷⁹ vergl. ALG-Z-3

cher, werden sie Opfer der staatlichen Milizen, weil sie angeblich mit den Islamisten sympathisieren.“¹¹⁸⁰

Da sich die Konfrontation anscheinend weniger an inhaltlichen politischen Fragen orientiert, sondern eher der Ausdruck einer Sieg-Niederlage-Dichotomie ist, sind die Chancen für eine Vermittlung zwischen den gegnerischen Parteien eher gering. Die Interessen der Bevölkerung geraten dabei immer mehr in den Hintergrund, denn es scheint nicht mehr darum zu gehen, wie eine zukunftsweisende algerische Politik gestaltet werden könnte, sondern nur noch darum, wer die Macht behält beziehungsweise sie erkämpft.

Die Eskalation des Konfliktes Ende der neunziger Jahre ist nicht nur das Resultat der Verhinderung einer Machtübernahme durch die Islamische Heilsfront seitens der Armee. Vielmehr agieren neben dem Militär und der FIS weitere radikale Gruppen und verstärken den Terror:

„Die Gewalt begann, als die Armee im Januar 1992 putschte, um den sicheren Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (FIS) bei den ersten freien Parlamentswahlen zu verhindern. Die Führer der FIS wurden verhaftet. Ihre Anhänger gingen zum Teil in den Untergrund, nachdem die Fundamentalisten-Partei verboten worden war. Was folgte, war zunächst ein klassischer Guerillakrieg. FIS-Kämpfer zogen sich in das schwer zugängliche Bergland um Algier zurück, verübten Anschläge auf die Armee und ermordeten zivile Vertreter des Staates - Beamte, Lehrer, Bürgermeister, Politiker. Gleichzeitig wurden säkular gesinnte Intellektuelle, Künstler, Journalisten und Feministinnen Opfer von Bombenanschlägen oder Fememorden. Im Dezember 1993 begannen die Attentate auf Ausländer: Der Exodus westlicher Investoren und Spezialisten in der Ölindustrie, der wichtigsten Devisenbringerin des Landes, sollten das verhaßte Regime wirtschaftlich schwächen. 1994 bekam die ‚Islamische Heilsarmee‘, der militärische Flügel der FIS, Konkurrenz von einer noch radikaleren Gruppierung mit einer denkbar einfachen Ideologie: keine Verhandlungen, kein Waffenstillstand, keine Demokratie. Sie nennt sich Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) und ist ein loser Zusammenschluß verschiedener, teilweise unabhängig voneinander operierender Banden, über deren Zusammensetzung wenig bekannt ist.“¹¹⁸¹

Das Terrorprogramm der FIS hat sehr klare Konturen. Bekämpft beziehungsweise ermordet werden Personen, die in einer Verbindung zum Staatsapparat stehen, sowie Gruppen, die eine andere Sichtweise des Islam vertreten als die Heilsfront.¹¹⁸² Weitere Terrorakte dienen dazu, die Regierung zu schwächen. Die Einschätzung der GIA hingegen fällt schwerer, da über diese Gruppierung kaum konkret berichtet wird. FIS-Sprecher Anwar Haddam bezeichnet die GIA, auf die sich zunächst große Hoffnungen der Islamischen Heilsfront gerichtet hätten, als „terroristisches Werkzeug des Militärs“.¹¹⁸³

Die zunehmende Brutalisierung des algerischen Konflikts, im Zuge derer die einander Bekämpfenden teils keine übergeordneten Ziele mehr erkennen lassen, steht in einem Verhältnis zur allgemeinen Verfassung des Staates. Da das Algerien der Gegenwart nicht über umfassende demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen verfügt, die eine Basis für eine politische Stabi-

¹¹⁸⁰ ALG-S-4

¹¹⁸¹ ALG-Z-5

¹¹⁸² Die verschiedenen Konnotationen, die die Diskussion über den Stellenwert des Islam in Algerien beinhaltet, werden im weiteren Verlauf dieses Abschnitts noch zu diskutieren sein.

¹¹⁸³ vergl. ALG-S-8: 154

lität und eine Einbindung der Bevölkerung in das Staatswesen bilden könnten, existiert keine Instanz, die ein Garant für politische und rechtliche Sicherheit sein könnte:

„Der französische Historiker Benjamin Stora nennt diese Entwicklung der letzten zwei Jahre ... ‚eine Privatisierung des Krieges‘. Mit der Konfrontation zwischen Milizen und islamistischen Banden sei jene Wendung eingetreten, die der Barbarei endgültig den Weg bereitet habe. Ganze Dörfer erklären sich gegenseitig den Krieg, ‚Nationalisten‘ kämpfen gegen ‚Islamisten‘, überfallen einander in Hundertschaften. Die Grenzen zwischen Bürgerkrieg und Blutrache scheinen aufgehoben. ‚Archaische Stammesregeln treten wieder an die Oberfläche und überlagern den ursprünglichen Konflikt‘, meint Stora. Die zunehmende Brutalisierung des Bürgerkrieges wäre undenkbar ohne die Blockadepolitik des algerischen Staatsapparates. Der Beinahe-Wahlsieg der Islamisten 1992 war in erster Linie eine Quittung für den Machtmißbrauch durch das herrschende Regime - nicht Ausdruck einer mehrheitlich islamisch geprägten Weltanschauung der Wähler. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1962 kontrolliert die Armee und ihr ziviler Flügel, die ehemals sozialistische Einheitspartei FLN, sämtliche Schaltstellen von Staat, Politik und Gesellschaft. Parallel zu der staatswirtschaftlichen Rentenökonomie, der Verteilung von Ölgeldern an eine parasitäre, überwiegend städtische Oligarchie, konnten in Algerien auch nach der Unabhängigkeit keine Mittelschichten entstehen. Damit fehlt die soziale Basis für bürgerliche Parteien, für einen demokratisch verfaßten Wandel staatlicher Institutionen.“¹¹⁸⁴

„Die Zeit“ stellt hier anhand der Argumentation des französischen Historikers Stora eine Beziehung her zwischen der Entwicklung des unabhängigen Algerien und der aktuellen Krise. Diese historische Betrachtungsweise ermöglicht es, zumindest die Ursprünge der Zuspitzung der Konfrontation nachzuvollziehen, wenn sich auch aus dieser Perspektive keine Lösungsmöglichkeiten ableiten lassen.

Auch die Islamische Heilsfront argumentiert, daß ein Hauptproblem Algeriens in der Einmischung des Militärs in die Politik liege:

„Das Staatswesen muß von den Wurzeln her erneuert werden. Das Hauptproblem ist doch: Seit dem Staatsstreich von 1992 mischt sich die Armee in die Politik ein; das ist das Grundübel, aus dem sich die jetzige unhaltbare Situation ergibt.“¹¹⁸⁵

Die FIS fordert eine politische Umgestaltung im Rahmen ihrer sich auf den Islam berufenden „Prinzipien“, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Das ursprüngliche Machtmonopol des (in den Augen der Bevölkerung bereits diskreditierten) Staates wurde zunächst durch die Terrorakte der Islamischen Heilsfront untergraben. Da jedoch diese beiden Kontrahenten nicht in der Lage waren, den Konflikt für sich zu entscheiden, griffen – und dies läßt sich unter der „Privatisierung des Krieges“ verstehen – weitere Gruppierungen wie die GIA in den bewaffneten Kampf ein. Da die Bevölkerung in dieser Situation der sich ausbreitenden Gewalt von keiner Instanz mehr Schutz erwarten kann (da keine der kämpfenden Gruppen in der Lage wäre, diesen zu gewährleisten), organisieren sich in den Dörfern „bäuerliche Milizen“. Diese „Form der zivilen Selbstverteidigung“ erweitert wiederum die Zahl der sich bekämpfenden Gruppierungen und trägt so dazu bei, daß die inneralgerische Konfrontation weiter außer Kontrolle gerät¹¹⁸⁶:

¹¹⁸⁴ ALG-Z-5

¹¹⁸⁵ ALG-S-8: 155

¹¹⁸⁶ vergl. ALG-Z-5

„Das Regime von General Liamine Zeroual tritt geschlossen auf und teilt sich doch in Fraktionen, der Geheimdienstchef arbeitet offenbar gegen den Generalstabschef und der gegen den angeblich zahmen Präsidenten. Heillos uneins sind aber auch die Islamisten, im Untergrund zersplittert in Banden und Desperados. In den Bürgerkrieg mischt sich längst auch die Blutrache: von Klan zu Klan, von Dorf zu Dorf. So wird manches Opfer zum Täter und der Staat zerfällt.“¹¹⁸⁷

Da die an den Gewaltakten Beteiligten kaum noch über konkrete Gruppenzugehörigkeiten zu identifizieren sind, scheint es geradezu unmöglich zu sein, überhaupt Ansprechpartner für Vermittlungsversuche zu finden.

Die Einschätzung der Situation in Algerien fällt nicht nur im Innern, sondern auch von außen schwer, da die Regierung bemüht ist, durch Zensur eine Berichterstattung über das Ausmaß des Terrors zu verhindern.¹¹⁸⁸ So läßt sich kaum noch erkennen, was wirklich vor sich geht, wer konkret gegen wen kämpft, was den „Spiegel“ zu der Bemerkung veranlaßt, daß es sich um einen „Krieg ohne Gesichter“ handelt.¹¹⁸⁹

Sowohl für die algerische Regierung als auch für die Islamische Heilsfront ist es äußerst schwierig, in dieser Situation sich überlagernder Konfliktquellen eine politische Auseinandersetzung mit dem Ziel, Lösungen für die Konfrontation zu suchen, zu beginnen:

„Jede Aufwertung der FIS würde den Machtanspruch der Herrschenden mindern. Die Freilassung Madanis¹¹⁹⁰, der sich politisch nicht betätigen darf, signalisiert guten Willen, ohne ein wirkliches Zugeständnis zu bedeuten. Und Madani weiß, daß sich die FIS in der Defensive befindet. Sein Schreiben an UN-Generalsekretär Kofi Annan, in dem er ... anbot, ‚mit Hilfe Gottes die Gewalt zu beenden, wenn der Staat entsprechend reagiert‘, ist ein Versuch, der FIS internationales Gewicht zu verschaffen. Doch sie kontrolliert längst nicht mehr die Gewalt im Land ...“¹¹⁹¹

Hier zeigt sich, daß eine Bereitschaft zu Zugeständnissen einen Machtverlust bedeuten kann. In der skizzierten Situation kann die FIS es sich erlauben, ein Einlenken zu signalisieren, da sie bereits an Einfluß verloren hat und so jede neue Aktivität eher ihre Position stärken würde.

Bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 wurde die Nationaldemokratische Sammlungsbe-
wegung, die Präsident Zeroual unterstützt, stärkste Kraft. Sie erhielt 155 von 380 Sitzen. Zweit-
stärkste Gruppierung wurde mit 69 Sitzen eine gemäßigte Moslem-Partei (MSP). Die FIS war zu
den Wahlen nicht zugelassen.¹¹⁹² Die neue Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, die Akti-
vitäten terroristischer Gruppen zu beenden, doch wurden in den Wochen nach der Wahl – an-
scheinend durch islamische Gruppierungen – erneut mehr als 500 Personen ermordet.¹¹⁹³ Der
Druck, der von islamischen Gruppierungen mit dem Ziel einer Islamisierung Algeriens ausgeübt
wird, veranlaßt Teile der Bevölkerung dazu, sich durch ihre Alltagspraxis zu deren Forderungen

¹¹⁸⁷ Fritz-Vannahme, Joachim: Algerien braucht Europa, Die Zeit 19.9.1997, S. 1 (ALG-Z-6)

¹¹⁸⁸ vergl. o.A.: Der Tod ist so banal, Der Spiegel 24.2.1997, S. 182-186 (ALG-S-3): 185

¹¹⁸⁹ vergl. ALG-S-3: 185

¹¹⁹⁰ Abbasi Madani ist der Führer der Islamischen Heilsfront.

¹¹⁹¹ ALG-Z-5

¹¹⁹² vergl. o.A.: Geld für Demokratie, Der Spiegel 9.6.1997, S. 131 (ALG-S-6)

¹¹⁹³ vergl. ALG-W-5

in ein Verhältnis zu setzen. Die Gegner eines islamischen Programms setzen sich beispielsweise bewußt über die Forderungen der „Islamisten“ hinweg, wie das Beispiel einer algerischen Journalistin zeigt:

„Sohra wacht morgens auf, ... zwängt sich in die kurzen Röcke, die ihr nicht stehen und die sie vorher nie getragen hätte. Sie hat sich auch das Haar kurz geschnitten, ‚wie ein Mann‘, und raucht auf der Straße. Um zu zeigen, daß sie existiere, sagt sie, daß sie anders sei und nicht einverstanden mit dem Versteck unterm Hidschab, dem Kopftuch, das die Islamisten den Frauen zuweisen wollen.“¹¹⁹⁴

Diese Form des Protests verdeutlicht, daß in Algerien kaum noch eine Auseinandersetzung über die inneren Zustände des Landes möglich ist. Der algerische Alltag ist geprägt von Protest gegen die Regierung und gegen islamische Gruppen sowie von Terror und Gegen-Terror.

Der algerische Schriftsteller Rachid Boudjedra schildert die Angst der Intellektuellen vor dem Terror der Islamisten:

„Angst vor dem Tod durch eine Kugel in den Kopf habe ich nicht, wohl aber vor Demütigung, Folter, Verstümmelung. Meinen Freund, den Kinderarzt Professor Mohammed Bilchanshir, haben sie im Krankenhaus ergriffen und verschleppt, als er ans Bett einer kleinen Patientin trat. Sie schnitten ihm die Finger einzeln ab, dann die Ohren, die Zehen, das Geschlechtsteil. Sie stachen ihm die Augen aus. Er starb 24 Stunden lang.“¹¹⁹⁵

Die islamischen Gruppierungen – Boudjedra bezieht sich bei der Beschreibung des Folterakts nicht auf eine bestimmte Gruppe – scheinen nurmehr mit blindwütigem Terror zu reagieren. So sieht der Schriftsteller denn auch kaum noch eine Möglichkeit gegeben, daß Verhandlungen mit diesem Personenkreis zu einer Lösung des Konflikts führen könnten:

„Nach sechs Jahren dieses blutigen Konflikts in meinem Heimatland ist die Kultur der Islamisten zu einer totalen Anbetung des Todes geworden – gewalttätig, sadistisch, pervers. Es führt zu nichts, mit Abbassi Madani, dem kürzlich aus dem Gefängnis entlassenen Führer der Islamischen Heilsfront (FIS), zu verhandeln; der kann die Massaker nicht aufhalten. Das Paradoxe ist, daß dieser Fundamentalist heute von der algerischen Polizei beschützt werden muß. Ich glaube sogar, daß er von seinen früheren Komplizen zum Tode verurteilt worden ist.“¹¹⁹⁶

Diese Darstellung zeigt, daß selbst Führungspersönlichkeiten islamischer Gruppen kaum noch Einfluß auf die Eskalation der Gewalt haben.

Die Situation gewinnt eine Eigendynamik. Die zunehmende Brutalität bewirkt eine sich immer weiter steigernde Ablösung von einer politischen Auseinandersetzung:

„In diesem Krieg ohne Gesichter kämpfen beide Seiten um die Bilder. Die Bewaffnete Islamische Gruppe ist dazu übergegangen, ihre Opfer in Stücke zu hacken oder zu köpfen, um das Grauen zu steigern. Schußwunden sind zu alltäglich, Beile haben die größere Wirkung. Je stärker der optische Reiz, desto größer der Schrecken. Aus dem gleichen Grund tut das Regime alles, die Bilder zu verbergen. In den Fernsehnachrichten werden nach einem Anschlag nur noch Karten gezeigt, keine Fotos. Am Tatort scheint die dringlichste Aufgabe der Polizei die Spuren beseitigung zu sein.“¹¹⁹⁷

¹¹⁹⁴ ALG-S-3: 182

¹¹⁹⁵ ALG-S-11: 188

¹¹⁹⁶ ALG-S-11: 188

¹¹⁹⁷ ALG-S-3: 185f

Der algerische Bürgerkrieg hat also ein Stadium erreicht, in dem Kommunikation auf politischer Ebene nicht mehr möglich zu sein scheint. Brutale Gewalt wird zum Ersatzmedium, da keine der kämpfenden Gruppierungen, anscheinend auch nicht die Regierung, in der Lage ist, die Oberhand zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist eine Machtdemonstration, sofern man überhaupt noch davon sprechen kann, daß in Algerien irgendeine Gruppe über Macht verfügt, nur noch durch eine weitere Steigerung der Brutalität möglich.

Der Mediendiskurs ist – wie ein Artikel in der „Zeit“ zeigt – nicht in der Lage, diese Abkopplung von der Realität darzustellen:

„Ein stummer Schrei der Verzweiflung hat die Titelseiten der Zeitungen ... erschüttert. Das Bild einer Frau mit einem Blick, als sei sie schon im Jenseits. Eine Mutter auf Knien, die ihre Kinder verloren hat, gestützt von einer anderen Mutter. Eine Pietà, einzuordnen in eine reiche ikonographische Tradition: die Madonna in der Hölle. Algerien und kein Ende: schon wieder ein Massaker ... ‚Die Menschen wollen kein Blut sehen‘, sagt Goksin Sipahioglu, Chef der Photoagentur Sipa. Also bietet man ihnen lieber ein Symbol, das ihr Mitgefühl anspricht.“¹¹⁹⁸

Dieser Appell an die Empathiefähigkeit der Leserschaft beziehungsweise der Betrachter mag zwar dazu dienen, das Leid zu verdeutlichen, das der algerischen Bevölkerung zugefügt wird. Er verhindert jedoch zugleich ein Verstehen der Ursprünge der Gewalt.

Unter umgekehrten Vorzeichen, aber mit ähnlichem Resultat, muß die Bereitschaft der Medien gesehen werden, immer brutalere Bilder zu veröffentlichen:

„Zahlreiche Redakteure und Photographen merken an, daß der Stellenwert des Bildes in den Tageszeitungen gestiegen sei. ‚Die Photographie wird immer wichtiger, denn Worte sind zunehmend verbraucht‘, sagt ein Journalist von El Watan. ‚Wenn der Horror keine Grenzen mehr kennt und man die Superlative erschöpft hat, muß auf der ersten Seite das Photo die Worte verdrängen.‘ Ein Nebeneffekt: Die Banalisierung des Bösen wird vermieden. ... Ouaheb [Manager der algerischen Photoagentur News Press] weiß genau, was für eine Art von Photo man in Algerien machen muß: ‚Man muß schockieren, damit die Menschen in Bewegung kommen.‘ Also muß man alles zeigen. ... wie das Bild von der Leiche eines kleinen Mädchens mit durchschnittener Kehle, die man aus einem Brunnen herausgeholt hatte. ‚Leute, die nicht an die Massaker glauben, ändern ihre Meinung, wenn sie diese Photos sehen.‘
...“¹¹⁹⁹

Die brutalen Bilder sind zwar ein Abbild der Realität, doch spiegeln sie gewissermaßen nur einen Endzustand wider, nämlich die Eskalation von Gewalt. Damit fügen sich die Medien dem Gewaltdiskurs, der von den kämpfenden Parteien inszeniert wird. Die Hintergründe, die zur Zuspitzung des Terrors geführt haben, werden dem Mediendiskurs damit jedoch entzogen. Es ist aber anzumerken, daß „Bilder aus dem Alltagsleben oder solche, die das Verhältnis zwischen Bürgern und Machthabern illustrieren“ aufgrund der Kriegssituation kaum noch praktisch realisierbar sind.¹²⁰⁰

In dieser aussichtslos erscheinenden politischen Situation versuchte Staatspräsident Zeroual durch die Freilassung von FIS-Führer Madani einen neuen Dialog in Gang zu setzen:

¹¹⁹⁸ Guerrin, Michel: Madonna in der Hölle, Die Zeit 3.10.1997, S. 14 (ALG-Z-7)

¹¹⁹⁹ ALG-Z-7

¹²⁰⁰ vergl. ALG-Z-7

„Der jüngste Coup des vom Militär gestützten Regimes in Alger scheitert sich auszuzahlen. Gleich nach seiner überraschenden Freilassung aus dem Gefängnis ... mühte sich der Islamistenführer ... die Islamische Heilsfront (FIS) auf Dialogkurs mit der Regierung zu führen. ... Seine Freilassung gilt als Versuch von Staatspräsident Zeroual, den friedensbereiten Teil der Islamisten in den Prozeß der Normalisierung einzubinden.“¹²⁰¹

Der Begriff „Normalisierung“ deutet an, daß in Algerien lediglich der Terror überwunden werden müsse, um zu einer „normalen“ Form der politischen Auseinandersetzung zurückzufinden. Er verschleierte jedoch, daß die politischen Verhältnisse in Algerien noch nie ausgeglichen waren. Schließlich bildete eine massive Kritik an der Regierung den Ausgangspunkt für den sich verselbstständigenden Prozeß der Gewalt. Vor diesem Hintergrund bedeutet der Anspruch der Regierung, eine Normalisierung herbeizuführen, aller Wahrscheinlichkeit nach den Wunsch, die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen. Es stellt sich die Frage, ob eine solche Haltung wirklich die Grundlage für einen Dialog bilden kann.

Gerade in intellektuellen Kreisen wird jedoch der algerische Staat als einzige Institution angesehen, die sich in dem Konflikt überhaupt noch durchsetzen könnte und in der Lage wäre, das politische Leben wieder nach demokratischen Prinzipien zu organisieren. Der Schriftsteller Boudjedra weist darauf hin, daß die letzten Parlamentswahlen, die unter Kontrolle der Vereinten Nationen stattfanden, gezeigt hätten, daß die Regierung vom Volk so gewollt sei. Seine Schlußfolgerung lautet deshalb:

„Das algerische Volk muß sich wehren gegen diese barbarischen Islamisten, die den Menschen die Kehlen durchschneiden, die foltern, vergewaltigen und brandschatzen. Der Staat hat eine Pflicht, Gewalt gegen diese abartigen Mörder zu üben. Wir müssen allmählich eine wahre demokratische Kultur schaffen. Leicht wird das nicht, denn in Gesellschaft und Politik dominieren bei uns archaische Gewohnheiten.“¹²⁰²

Der Hinweis, daß es zunächst notwendig ist, überhaupt eine demokratische Kultur zu schaffen, deutet bereits an, in welchem Bereich die Probleme Algeriens liegen. Auch darf man nicht vergessen, daß die Eskalation des Konfliktes auch darauf zurückzuführen ist, daß die Bevölkerung mit der Regierung so unzufrieden war, daß sie im Jahre 1992 der Heilsfront zu einer Mehrheit verhalf. Außerdem sagt die Existenz eines gewählten Parlaments noch nichts über die politischen Möglichkeiten der Institution aus, denn solange der Präsident eine fast unbeschränkte Machtbefugnis hat, können sich keine demokratischen Verhältnisse etablieren und wird den radikalen islamischen Gruppen nicht der Nährboden entzogen.

Bei den Kommunalwahlen, an denen sich über 60 Prozent der Algerier beteiligten, siegte die „Nationaldemokratische Sammlung“ von Präsident Zeroual mit über 50 Prozent der Stimmen, gefolgt von der früheren Staatspartei FLN. Das gute Abschneiden der FLN wird dabei als „Be-

¹²⁰¹ o.A.: Islamistenführer zum Dialog bereit, Der Spiegel 21.7.1997, S. 119 (ALG-S-7)

¹²⁰² ALG-S-11: 190

weis für eine patriotische Renaissance angesichts der islamischen Bedrohung“ gesehen. „Der Spiegel“ verweist darauf, daß die FLN – gegen die sich ja die Wahlen von 1992 richteten – „während ihrer fast 30 Jahre dauernden Alleinherrschaft in Korruption und Bonzenwirtschaft versank“. Die gemäßigte islamische MSP verlor gegenüber den Parlamentswahlen an Stimmen.¹²⁰³ Die Abkehr der Wählerschaft von den islamischen Gruppierungen ist sicherlich für die gewählten Parteien eine gute Ausgangsbasis, um die militanten Gruppen zu bekämpfen und eine Demokratisierung voranzutreiben. Doch muß man auch berücksichtigen, daß nun eine Politik notwendig ist, die wirklich im Sinne der Wähler agiert, um das bestehende Mißtrauen gegenüber dem Staat abzubauen. Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der FIS ist sicherlich auch darin begündet, daß die islamische Gruppierung durch die Aktivitäten noch brutalerer Gruppen selbst einen Machtverlust hinnehmen mußte, da sie auf den Terror kaum noch Einfluß zu haben scheint. Eine Zusammenarbeit mit der Regierung kann also ihren Einflußbereich wieder stärken.

Die Dialogbereitschaft von Präsident Zeroual hielt nicht lange an, denn als FIS-Führer Madani den UN-Generalsekretär um Vermittlung bat, wurde Madani unter Hausarrest gestellt, und die Regierung stellte die Gespräche mit der FIS ein. „Der Spiegel“ begründet diese Vorgehensweise damit, daß Zeroual „nichts mehr fürchtet als eine Internationalisierung des Bürgerkriegs“.¹²⁰⁴

Es stellt sich auch die Frage, ob die Islamische Heilsfront, die inzwischen eine „maßvolle Islamisierung Algeriens“ propagiert, bei den radikaleren Gruppierungen überhaupt noch auf Resonanz stößt, oder ob Gruppen wie die GIA – die auch in islamisch orientierten Kreisen immer isolierter ist – nicht ohnehin einen Kampf um jeden Preis ausfechten:

„Die selbsternannten Gotteskämpfer sind oft bloße Marodeure, die als Banden umherziehen und ihre kriminellen Ziele mit dem Koran tarnen. Sie genießen nicht einmal mehr die Unterstützung radikaler Dorfscheichs. ... Die GIA-Guerillas machen jetzt auch gnadenlos Jagd auf Abweichler und abtrünnige Gefolgsleute.“¹²⁰⁵

„Der Spiegel“ zitiert weiter aus einem GIA-Bulletin:

„Wenn die Bevölkerung sich gegen uns stellt und sich – aus Angst oder durch Geld gelockt – auf die Seite des Tyrannen schlägt, ... macht sie sich zu unserem Feind. Gott erlaubt ihre Vernichtung, vom Allerjüngsten bis zum Allerältesten.“¹²⁰⁶

Vor diesem Hintergrund scheint überhaupt keine Grundlage für Gespräche mit der GIA über die Zukunft Algeriens gegeben zu sein.

¹²⁰³ vergl. o.A.: Wahlen ohne Frieden, Der Spiegel 27.10.1997, S. 167 (ALG-S-12)

¹²⁰⁴ vergl. o.A.: Lächeln des Berbers, Der Spiegel 8.9.1997, S. 152-153 (ALG-S-9): 153

¹²⁰⁵ ALG-S-9: 153

¹²⁰⁶ ALG-S-9: 153

Im Nachfeld der Kommunalwahlen berichtet „Der Spiegel“ über Proteste verschiedener Parteien, die den Sieg des Regierungsbündnisses anzweifeln und von Wahlfälschung sprechen.¹²⁰⁷ Es zeigt sich also, daß der Rückhalt der Regierung zumindest bei Teilen der Bevölkerung schon wieder fragwürdig ist. Gespräche mit der Heilsfront werden nun kategorisch abgelehnt. Ein Dialog, der von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union laut „Spiegel“ befürwortet wird, ist laut Kulturminister Habib Schauki Hamrawi nicht im Sinne einer Demokratisierung des Landes, da die FIS mehrfach bewiesen habe, daß sie eine „islamisch verbrämte Diktatur“ wolle.¹²⁰⁸ Außerdem lehnt die Regierung jegliche Einmischung von außen ab.

Die Vorstellungen eines islamischen Staates, die die Heilsfront vertritt, werden von der Gruppierung in ihrer Selbstdarstellung sehr moderat formuliert. So unterstreicht FIS-Sprecher Anwar Haddam ein Bekenntnis zu Meinungsfreiheit, Parteienvielfalt und freien Wahlen.¹²⁰⁹ Eine Trennung von Religion und Staat lehnt die FIS ab:

„In der islamischen Welt verzichten wir nicht auf unsere religiösen Grundwerte: Der Islam steht über allem – Trennung von Staat und Religion ist eine rein westliche Tradition, die uns die Kolonialmächte aufzwingen wollten.“¹²¹⁰

Die Ablehnung westlicher Traditionen, die sich auf die Erfahrungen des Kolonialismus sowie auf ein Selbstbestimmungsrecht in Abgrenzung vom Westen beruft, ist sicherlich von Bedeutung. Ein aller Wahrscheinlichkeit nach existierendes Unbehagen der algerischen Bevölkerung gegenüber westlicher Einflußnahme läßt sich von der FIS im Sinne ihrer politisch-religiösen Forderungen instrumentalisieren. Um diesen Mechanismus außer Kraft zu setzen, wäre es seitens des Westens notwendig, eine gleichberechtigte Auseinandersetzung anzustreben, um den vorherrschenden Abgrenzungsdiskurs zu durchbrechen.

Wie tief verwurzelt in Algerien die Bedeutung des Islam als Mittel der kulturellen Selbstbestätigung und auch des Protests ist, zeigt sich sowohl im Hinblick auf den Unabhängigkeitskampf als auch bei den späteren Protesten gegen das FLN-Regime. Den Aspekt der kulturellen Selbstbestätigung umschreibt Kepel als soziologische Identität. Zu Beginn des Algerienkrieges habe zwar eine Berufung auf den Islam existiert, doch sollte die religiöse Bezugnahme dazu dienen, eine Trennungslinie zwischen algerischen Muslimen und den Algerienfranzosen zu ziehen. Dabei habe der Islam in den Augen der Bevölkerung Gerechtigkeit und Gleichheit repräsentiert.¹²¹¹

Fanon beschreibt die Verteidigungshaltung, in der der Islam im Zuge der algerischen Revolution eine neue Bedeutung bekam, wie folgt:

¹²⁰⁷ vergl. o.A.: „Totengräber der Demokratie“, Der Spiegel 3.11.1997, S. 164 (ALG-S-13)

¹²⁰⁸ vergl. ALG-S-13

¹²⁰⁹ vergl. ALG-S-8: 155

¹²¹⁰ ALG-S-8: 155

¹²¹¹ vergl. Kepel, Gilles (1994): Allah im Westen. Die Demokratie und die islamische Herausforderung, München 1996: 227f

„Angesichts der Gewalttätigkeiten des Okkupanten wird der Kolonisierte dazu veranlaßt, gegenüber einem bislang schlummernden Element des einheimischen kulturellen Zusammenhangs grundsätzlich Stellung zu beziehen. Der Wille des Kolonialisten, die Algerierin zu entschleiern, seine Herausforderung, um jeden Preis den Sieg über den Schleier zu erringen, verschaffen dem Gegenstand der Aggressivität eine neue Stütze.“¹²¹²

Hier kommt dem Islam also eine Rolle als Mittel der kulturellen Selbstbehauptung zu, wobei Fanon von kulturellen und nicht von religiösen Zusammenhängen spricht.

Diese Perspektive hat sich im Verlauf der krisenhaften wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Algeriens verschoben:

„In einer Zeit tiefverwurzelter sozialer Unzufriedenheit, wie sie in Algerien ab Mitte der achtziger Jahre herrschte, war Platz für eine ‚Berichtigungs‘-Ideologie, die den Grund für alle Mißstände in der Gesellschaft dem Verrat der ursprünglichen Ideale von 1954 anlastete. Die Stärke der FIS bestand darin, diesen Verrat auf die Preisgabe der ‚ursprünglich islamischen Ideale‘ zu reduzieren und dem auch die anderen Fehlentwicklungen zuzuschreiben – ob es sich nun um die Kontrolle der Macht durch die Grenzarmee oder durch die Araber aus dem Osten handelte.“¹²¹³

Diese Form der „Berichtigung“ macht der Islamischen Heilsfront insofern die Argumentation leicht, da sie keine politischen Gegenentwürfe formulieren muß, da der Islam selbst bereits als Mittel zur Errichtung einer idealen Gesellschaft angesehen wird.

So kritisierten die islamischen Kräfte im Zuge der Wirtschaftskrise ab etwa 1985 das FLN-Regime auf der Grundlage der grundsätzlichen Ablehnung westlicher Ideen:

„Nach ihnen hatte die FLN-Partei versagt, weil sie ein materialistisches westliches Lebensmodell nachahmen wollte. Sie hatte sich korrumpiert, bereichert und das Volk ‚verraten‘ und verlassen. Das westliche Lebensmodell taugte nicht für Algerien, und der beste Beweis dafür war, daß es Ungerechtigkeiten hervorrief und dem Volk nicht Wohlergehen verschaffte, sondern schwere soziale und wirtschaftliche Sorgen aufbürdete. Die wahre Gerechtigkeit konnte nur der Islam bringen, deshalb war eine Abkehr vom westlichen Lebensstil notwendig, die FLN-Partei und der Westen waren ... unfremd. An ihre Stelle mußte eine islamische Partei und ein islamischer Staat treten.“¹²¹⁴

Der Islam wird also zum positiven Gegenbild der bisherigen algerischen Politik und der Regierungspartei FLN. Dabei erfolgt jedoch keine inhaltliche (auch keine religiöse) Argumentation. Mißstände werden nicht analysiert, sondern aufgezählt, und es werden auch keine wirklichen Lösungen auf der Grundlage des Islam benannt.

Am Beispiel dieses Zitats deutet sich an, daß es bestimmten islamischen Gruppierungen gar nicht um eine Verbesserung der algerischen Verhältnisse geht, sondern um die Erlangung der Macht. Die zuvor dargestellte Bindung der Bevölkerung an den Islam, sei es im Zuge einer soziologischen oder einer kulturellen Identität, sowie die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Staat führten folgerichtig zunächst zu einer Unterstützung der islamischen Gruppen. Diese Zustimmung seitens der Bevölkerung scheint sich jedoch weniger auf einer inhaltlichen Ebene vollzogen zu

¹²¹² Fanon, Frantz (1959): Aspekte der Algerischen Revolution, Frankfurt 1969: 31

¹²¹³ Kepel (1994): 230, Hervorheb. im Original

¹²¹⁴ Herzog (1995): 148f

haben, sondern einen zwangsläufigen Charakter zu haben, da sich zum ersten Mal seit der algerischen Unabhängigkeit eine politische Alternative zur Einheitspartei zeigte.

Die Tatsache, daß die Differenzen zwischen Staat und islamischen Gruppierungen kaum etwas mit Inhalten zu tun haben, sondern daß eher beide Seiten ihr Staats- und Religionsverständnis lediglich zur Begründung der eigenen Machtposition einsetzen, tritt im Mediendiskurs kaum zutage und wird selbst im wissenschaftlichen Diskurs bisweilen verkannt. So interpretieren manche Autoren die Situation als Auseinandersetzung über die grundsätzliche Gestaltung der sozialpolitischen Strukturen:

„Die Entwicklungsalternativen lauten: Demokratie und Pluralität oder autokratischer islamischer Staat, Aufbruch in die Moderne und Anschluß an die zivilisatorischen Welttrends oder Rückkehr in mittelalterliche Enge und Vertagung der Modernisierungschance.“¹²¹⁵

Bei dieser Einschätzung wird jedoch außer acht gelassen, daß in Algerien diejenigen Kräfte, die sich für eine wirklich demokratische Entwicklung aussprechen, im politischen Diskurs eine untergeordnete Position einnehmen. Moderne wird hier als schlichte Wiederholung der westlichen Entwicklung verstanden. Diese Perspektive erscheint jedoch für die algerische Bevölkerung im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung des Landes und früheren westlichen Einfluß kaum annehmbar zu sein.¹²¹⁶

Die Zustimmung der Bevölkerung zur FIS mag am Anfang relativ groß gewesen sein, doch im Laufe der Zeit nahm dieser Rückhalt ab. Bei der Wahl, bei der die Heilsfront die Stimmenmehrheit erlangte, war die Wahlbeteiligung so gering, daß im Hinblick auf die Anzahl der Wahlberechtigten der FIS-Sieg nur das Votum von 25 Prozent der Bevölkerung beinhaltete. Die FIS stößt also nicht zuletzt aufgrund ihrer Gewaltaktionen zunehmend auf Ablehnung, doch zeichnen sich in Algerien keine politischen Alternativen ab.¹²¹⁷

Der algerische Kulturminister Hamrawi tritt für die Trennung von Politik und Religion ein, da der Islam bisher politisch mißbraucht worden sei. Im Interview mit dem „Spiegel“ spricht er vom Mißbrauch „unserer“ Religion. Damit stellt er einen Bezug der Regierung zur religiösen Sphäre her und unterstreicht indirekt, daß die Regierung nicht grundsätzlich gegen den Islam eintritt, sondern gegen eine religiös motivierte Einflußnahme auf die Politik.¹²¹⁸

Die Heilsfront wird – und dies zitiert „Der Spiegel“ in der Überschrift des Interviews – als „Totengräber der Demokratie“ bezeichnet.¹²¹⁹ Diese Aussage legt nahe, daß die bisherigen politi-

¹²¹⁵ Timm (1991): 105

¹²¹⁶ Auf die Frage, warum sich in Algerien keine wirkliche politische Grundsatzdiskussion über einen eigenständigen Entwicklungsweg jenseits des Totalitarismus des FLN-Regimes und jenseits radikal-islamischer Agitation entfaltet hat, wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels noch einzugehen sein.

¹²¹⁷ vergl. Faath, Sigrid (1993): Algerien, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1993, S. 55-61: 55ff

¹²¹⁸ vergl. ALG-S-13

¹²¹⁹ vergl. ALG-S-13

schen Verhältnisse durchaus legitim waren. So drängt sich der Schluß auf, daß islamische Gruppierungen wie die Heilsfront die Ursache allen Übels sind.

Die algerische Staatsführung propagiert im Kampf gegen die Islamisten einen toleranten Islam, der von der FIS verfälscht und verraten werde. Gewalt und Terror seien mit einer „Religion der Gnade, Milde, geistigen und moralischen Vollkommenheit“ nicht vereinbar.¹²²⁰ Der Islam hat also auch im politischen Diskurs der Regierung einen Stellenwert, was im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung der Religion, die bereits angesprochen wurde, auch nicht verwunderlich ist.

„Der Spiegel“ führt in seinem Interview mit dem FIS-Sprecher den Sudan, den Iran und Pakistan als negative Beispiele islamischer Regime an, worauf Haddam entgegenhält, daß die Heilsfront Algerien zu einem Beispiel „wahrhaft islamischer Toleranz und Meinungsvielfalt“ machen wolle.¹²²¹ Die Verbindungen, die „Der Spiegel“ knüpft, belegen die dieser Arbeit zugrundeliegende Annahme, daß sich bei der Betrachtung islamischer Kulturen Assoziationsketten ergeben. Aus der Tatsache, daß bisherige islamische Regime zumeist mit Brutalität regieren, ergibt sich im günstigsten Fall die Frage, ob die Politik in einem neuen islamischen Staat nicht ähnlich aussehen wird.

Die Gläubigen in Algerien sehen die Frage des Friedens im Nachfeld der Kommunalwahlen als vordringlich an. So sagt ein Imam:

„Wir wissen jetzt, welchen Weg Allah uns vorgezeichnet hat. Wer weiterhin Blut vergießt, findet keinen Einlaß ins Paradies. Unsere Zukunft heißt beten und arbeiten.“¹²²²

Diese Äußerung zeigt, daß die Bindung an den Islam nicht gleichzusetzen ist mit einer Befürwortung der Aktivitäten islamischer Gruppierungen. Welche politischen Vorstellungen die Gläubigen haben, läßt sich jedoch nicht erkennen.

Die indirekten Auseinandersetzungen zwischen Regierung und islamischen Terrorgruppen über den Stellenwert des Islam sind aufschlußreich. So kündigte die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) im Januar 1997 an, ihre Attentate während des Ramadan zu verstärken.¹²²³ Dieser Zeitpunkt kann aus zwei Perspektiven gedeutet werden. Die GIA kann durch die Wahl des Zeitpunktes mit seiner religiösen Konnotation ihren Machtanspruch betonen und im religiösen Kontext rechtfertigen. Da die Massaker jedoch unter den Gläubigen und auch unter potentiellen Anhängern islamischer Gruppierungen Opfer fordern, kann sich diese Legitimationsmöglichkeit auch gegen die Gewalttäter richten, da sie in einer Zeit der Besinnung mit Terroranschlägen wüten.

¹²²⁰ vergl. Mattes, Hanspeter (1993): Der antiislamistische Kurs der arabischen Staatsführungen, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1993, S. 212-217: 213

¹²²¹ vergl. ALG-S-8: 155

¹²²² ALG-S-12

¹²²³ vergl. ALG-W-1

So verweist denn auch Präsident Zeroual in einer Ansprache darauf, daß Algerien in einem „heiligen Monat“ vor „barbarischem, feigen Terror“ stehe.¹²²⁴ Diese Bezüge zeigen, daß die religiöse Selbstlegitimierung islamischer Gruppen sehr widersprüchlich ist. Sie zeigen aber auch, daß der Staatspräsident religiöse Elemente in den politischen Diskurs einbringt, um seine eigene Position zu stärken. Durch die Bezugnahme auf die Heiligkeit des Ramadan in Verbindung mit dem Kampf der Regierung gegen den Terror versucht die algerische Regierung, ihre Legitimation in den Augen der gläubigen Bevölkerung zu stärken. Auf diesen zweiten Aspekt wird im Medientext nicht eingegangen, während die dargelegten Widersprüche zwischen religiösem Anspruch und Gewaltaktionen durch islamische Gruppen durchaus aufgegriffen werden, beispielsweise wenn die „Welt am Sonntag“ in einer Überschrift schreibt, „Algeriens politischer Islam hat sich vom Koran gelöst“.¹²²⁵

Da dem Islam auf Staats- und Regierungsebene seit der algerischen Unabhängigkeit eine besondere Bedeutung zukommt, soll an dieser Stelle der Stellenwert der Religion im offiziellen politischen Diskurs noch einmal näher betrachtet werden. Hourani beschreibt sehr präzise, welche Bedeutung der Religion im arabischen Raum in der nachkolonialen Ära zukommt:

„Das Identitätsproblem zeigte sich an der Beziehung zwischen dem Erbe der Vergangenheit und den Bedürfnissen der Gegenwart. Sollten die arabischen Völker einem Weg folgen, der ihnen von außen gewiesen wurde? Oder konnten sie im Erbe ihres Glaubens und ihrer Kultur jene Werte finden, die ihnen in der modernen Welt eine Richtung gaben? Solche Fragen verdeutlichen den Zusammenhang zwischen dem Identitätsproblem und dem Problem der Unabhängigkeit. Wenn die Werte einer Gesellschaft von außen kamen, hatte das nicht eine permanente Abhängigkeit von anderen Nationen ... zur Folge? Und würde die kulturelle Abhängigkeit nicht wirtschaftliche und politische Abhängigkeit bedeuten? ... Ein gesundes politisches und wirtschaftliches Leben war nur möglich, wenn es auf eigenen moralischen Werten beruhte, die wiederum nur in der Religion wurzeln konnten. ... Die Araber waren wie andere Menschen in eine Wirtschaftsrevolution hineingezogen worden, die nur durch eine ‚menschliche Revolution‘ zu einem guten Ende gebracht werden konnte. Das bedeutete nicht, das Erbe der Vergangenheit aufzugeben ... Das Erbe sollte ... neu interpretiert und in eine Ideologie verwandelt werden, aus der eine politische Bewegung entstehen konnte. ... Eine Reformation des religiösen Denkens mußte den Menschen eine neue Definition ihrer selbst geben, und eine revolutionäre Partei mußte eine nationale Kultur schaffen und auf diese Weise kollektive Verhaltensweisen ändern.“¹²²⁶

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, daß im unabhängigen Staat Algerien grundsätzliche Bezüge zum Islam gegeben sind, wobei zugleich deutlich wird, daß diese Bezüge nicht einen allumfassenden religiösen Anspruch haben müssen, wie er beispielsweise von der Islamischen Heilsfront vertreten wird.

Laut Schulze wurde dem Islam im Befreiungskampf der FLN im Hinblick auf die Bestimmung einer algerischen Souveränität eine essentielle Bedeutung beigemessen. Der souveräne Staat Algerien sollte auf islamischen Prinzipien basieren. Andererseits wurde das öffentliche Le-

¹²²⁴ vergl. ALG-W-1

¹²²⁵ ALG-W-2

¹²²⁶ Hourani (1991): 532f

ben durch den FLN und dessen zivilen Apparat dominiert, während der islamischen Öffentlichkeit nur ein zweitrangiger Platz in der Gesellschaft eingeräumt wurde. Der islamischen Öffentlichkeit kamen in Algerien klar definierte Handlungsräume zu. Islamischen Gruppen wurden Spielräume eingeräumt, solange sie den Staatsapparat anerkannten. Gleichzeitig erweiterte das herrschende Regime die eigene Legitimität durch eine forcierte Arabisierungspolitik.¹²²⁷ Der Islam wurde also von der Befreiungsfront als Element der staatlichen Ordnung begriffen, wobei sie selbst die Reichweite religiöser Bezüge definierte.

Der in Algerien propagierte Islam wird in der Wissenschaft gerne als laizistisch geprägt dargestellt, kommentiert Leggewie. Zwar sei der Islam Staatsreligion und damit allgegenwärtige Kulturvorschrift. Andererseits habe die algerische Staats- und Gesellschaftskonstruktion eine Laizität von innen praktiziert, bei der der Staat regiere und organisiere und damit unter anderem die Art und Weise, wie der Islam praktiziert werde, bestimmte.¹²²⁸

Auf formaler Ebene definierte die FLN in einem Statut aus dem Jahre 1962 die Staatsform diesbezüglich wie folgt:

„Der algerische Staat ist eine Republik. Die algerische unabhängige Republik wird demokratisch und sozial sein. Ihre Institutionen werden nicht im Widerspruch stehen zu den islamischen Prinzipien.“¹²²⁹

In der Verfassung aus dem folgenden Jahr wurde der Islam zur Staatsreligion. Der Staat versuchte, die Entwicklung des Islam in Algerien in seinem Sinne zu steuern, indem er die Zuständigkeit für die Moscheen sowie für die religiöse Erziehung übernahm.¹²³⁰

Die herrschende Befreiungsfront knüpfte dabei argumentative Bezüge zwischen den religiösen Vorstellungen der Bevölkerung und ihren eigenen politischen Interessen:

„Das Regime förderte die Religion, um die Mehrheit der Bevölkerung, die traditionell gesinnt war, zu beruhigen. Es wollte einen reformierten und ‚vernünftigen‘ Islam. Deshalb bekämpfte es die religiösen Zentren ..., die mit mächtigen Bruderschaften verbunden waren, und auch die Volksheligen ..., die in vielen Regionen einen starken Einfluß auf die Bevölkerung ausübten. Wie war es aber möglich, die sozialistischen und materialistischen Ideen des Regimes mit den traditionellen und konservativen Werten der Religion in Einklang zu bringen? Die Denker des Regimes lösten diesen Widerspruch, indem sie einen Wert betonten, der im Sozialismus wie auch im Islam grundlegend ist, nämlich die soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gerechtigkeit bildete die Klammer zwischen den beiden Systemen, mit ihr legiti- mierten sie das sozialistische Regime bei den Gläubigen. In dieser Lösung der religiösen Frage steckte aber eine Gefahr und letztlich der Keim der Niederlage des Regimes. Je weniger das Ideal der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht war, desto mehr hatten religiöse Kräfte Grund dazu, die Machthaber beim Wort zu nehmen und sie im Namen der Religion anzugreifen.“¹²³¹

Die FLN instrumentalisierte den Islam also in gewisser Weise, um die Machtansprüche des Staates zu legitimieren. Herzog führt hier sehr deutlich vor Augen, daß bereits diese Instrumentalisierung die Anknüpfungspunkte für die islamischen Protestbewegungen bereit hielt, die sich seit

¹²²⁷ vergl. Schulze (1994): 206ff

¹²²⁸ vergl. Leggewie, Claus (1993b): Alhambra – Der Islam im Westen, Reinbek 1993: 152f

¹²²⁹ Pieck, Werner (1987): Algerien. Die wiedergewonnene Würde, Hildesheim 1987: 55

¹²³⁰ vergl. Pieck (1987): 106

¹²³¹ Herzog (1995): 146f

Ende der siebziger Jahre, verstärkt in den achtziger Jahren als Kritiker der Regierung zu Wort meldeten.

Sigrid Faath beschreibt die Situation ähnlich. Die Situation der Bevölkerung in Algerien ist gekennzeichnet durch die wachsende Unzufriedenheit der Masse der Bevölkerung gegenüber einem Staat, der eine Versorgung der breiten Bevölkerung nicht sicherstellen kann und gleichzeitig bei wachsender Korruption eine kleine Schicht begünstigt. Eine konstant repressive Haltung gegenüber jedweder Opposition stärkte das Widerstandspotential innerhalb der Bevölkerung. Der wachsende Zulauf, den die Islamisten in Algerien in den achtziger Jahren für sich verbuchen konnten, führte dazu, daß von staatlicher Seite versucht wurde, den Zugriff auf die Religion im Rahmen einer offiziellen Aufwertung ihrer Stellung in der Gesellschaft und mittels staatlich kontrollierter Einrichtungen zu stärken.¹²³²

Die FLN reagierte aber auch auf der staatlich-strukturellen Ebene. Aufgrund der blutigen Unruhen im Jahre 1988 sah sich die FLN dazu gezwungen, ihr 27jähriges Machtmonopol aufzugeben. Unter dem Druck reformerischer Kräfte verabschiedete die FLN ein Gesetz über die Zulassung von politischen Vereinigungen. Die algerische Verfassung wurde 1989 erheblich modifiziert. So schrieb man die Notwendigkeit einer demokratischen Organisation des Staates und sozialer Gerechtigkeit fest, betonte die bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten, beschränkte die Rolle des Militärs auf den Schutz der nationalen Unabhängigkeit und führte erstmals das Prinzip der Gewaltenteilung ein. Außerdem garantierte diese neue Verfassung Meinungs- und Versammlungsfreiheit.¹²³³

In der desolaten wirtschaftlichen und politischen Situation, in der Algerien sich zu diesem Zeitpunkt bereits befand, konnten diese Reformen auf politischer Ebene, die ja nicht automatisch zu einer Verbesserung der Situation der Bevölkerung führen, das Aufstreben der islamischen Opposition nicht mehr aufhalten:

„Am 12. Juni 1990 ging die FIS mit absoluter Mehrheit als Sieger aus den ersten freien Kommunalwahlen Algeriens hervor. Offensichtlich waren die Islamisten in den Augen der desillusionierten Massen die einzige noch glaubwürdige politische Kraft. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß islamische Organisationen durch ihr karitatives Engagement das sozialpolitische Vakuum füllen, das infolge des wirtschaftspolitischen Versagen einer korrupten Staatselite entstanden ist. Für die arbeitslosen Jugendlichen ohne jegliche Zukunftsperspektive (etwa 60 Prozent!) fungieren die Moscheen nicht nur als soziales, sondern auch als politisches Auffangbecken.“¹²³⁴

¹²³² vergl. Faath, Sigrid (1990): Islamistische Bewegungen im Maghreb 1979-1989, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1990)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1990, S. 191-196: 193

¹²³³ vergl. Mattes, Hanspeter (1990): Algerien, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1990)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1990, S. 56-62: 56

¹²³⁴ Jünemann, Annette (1997): Demokratischer Beistand oder Angst vor dem islamischen Nachbarn? Europa und Algerien, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 125-138: 127

Die Gesamtentwicklung umfaßt also eine soziale und eine politische Komponente. Die Tatsache, daß die Islamische Heilsfront damit begann, die sozialen Versprechungen, die die Befreiungsfront einst im Hinblick auf ihre Islaminterpretation machte, zu erfüllen, verstärkte in den Augen der Bevölkerung die Legitimation der islamischen Gruppierung. Es wird eine Beseitigung der Mißstände auf Grundlage einer „islamischen Lösung“ propagiert.¹²³⁵

Auf der politischen Ebene blieben die Leitlinien der FIS eher diffus. In einem 1989 veröffentlichten Programm erläuterte die Islamische Heilsfront, daß sie auf der Grundlage von Koran und Sunna einen islamischen Staat errichten wolle. In dem Programm wurden Meinungsfreiheit, die Beteiligung der Parteien bei der Umwandlung der Institutionen und eine freie Wirtschaft propagiert. Dieser allgemeinen und moderaten Darstellung stehen jedoch vor allem im Hinblick auf die Bedeutung des Islam wesentlich radikalere Äußerungen verschiedener FIS-Vertreter gegenüber.¹²³⁶ Grundsätzlich griff die FIS also zu einem großen Teil politische Forderungen auf, die der Bevölkerung wünschenswert erscheinen mußten. Man muß davon ausgehen, daß die FIS auch aufgrund ihres aktiven sozialen Engagements zunächst einen Vorsprung vor anderen Gruppierungen erwarb, die sich für Demokratie und Pluralismus oder zumindest für eine politische Liberalisierung auf Basis einer Trennung von Religion und Staat einsetzten. So verweist Faath darauf, daß solche Parteien mitgliederschwach und schlecht organisiert seien.¹²³⁷

Aufgrund der kaum entwickelten politischen Strukturen hatten also weder die diskreditierte Regierung noch andere Oppositionsbewegungen der Islamischen Heilsfront etwas entgegenzusetzen. Im Zuge der zunehmenden Brutalisierung des Kampfes islamischer Gruppierungen um die politische Macht vollzog sich seitens der Wählerschaft wiederum eine Abkehr von islamischen Parteien. So wird die hohe Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1995 von rund 75 Prozent und das eindeutige Votum für Präsident Zeroual von 61 Prozent der gültigen Stimmen als Absage an islamisch legitimierte Gewalt gewertet.¹²³⁸ Man darf jedoch bei der Betrachtung dieser Entwicklung nicht vergessen, daß mit der veränderten Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung noch keine wirklichen politisch-strukturellen Veränderungen einhergegangen sind. Die politische Situation Algeriens ist also im Prinzip noch genauso verfahren wie zu der Zeit, als die Islamische Heilsfront und andere islamische Gruppierungen einen verstärkten Zulauf erfuhren.

Das grundsätzliche Problem des politischen Diskurses in Algerien scheint zu sein, daß keine Auseinandersetzung über Strukturen, das Problem von Korruption und sozialer Ungerechtigkeit

¹²³⁵ vergl. Tibi (1993): 167

¹²³⁶ vergl. Herzog (1995): 152ff

¹²³⁷ vergl. Faath (1994): 57

¹²³⁸ vergl. Faath, Sigrid (1996): Algerien, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1996)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1996, S. 55-61: 57f

und den Stellenwert des Islam geführt wird. Dies zeigt sich besonders deutlich anhand der Verfassungsreform des Jahres 1996. Die neue Verfassung sollte dazu beitragen, eine islamistische Einflußnahme im politischen Bereich zu verhindern. So dürfen sich Parteien nicht auf religiöser Basis definieren. Außerdem soll die Verfassung die Exekutive stärken und plurale Strukturen fest-schreiben. Dennoch wurde der Islam weiterhin als Staatsreligion festgeschrieben. Gleichzeitig verstärkte der Staat die Bekämpfung islamischer Terroristen und beging dabei anscheinend auch Menschenrechtsverletzungen.¹²³⁹

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß weder eine nachhaltig wirksame Veränderung politischer Strukturen in Algerien stattgefunden hat, noch eine breite gesellschaftlich-politische Diskussion darüber einsetzte, welchen Stellenwert der Islam zwischen Kultur und Politik künftig haben soll. Dies bedeutet aber, daß die Situation im Prinzip noch komplexer ist, als zu Beginn der Unruhen und des damaligen Protests gegen die Politik der Befreiungsfront, denn die zunehmende Gewalteskalation erschwert beziehungsweise verhindert sogar jede weitere inhaltliche Auseinandersetzung mit der Problematik. Herzog schildert das Problem einer tabuisierten Auseinandersetzung wie folgt:

„Algeriens Heilsfront ist ... eine Neuauflage der gescheiterten Einheitspartei FLN. Sie ersetzt den alten Mythos (algerische Kämpfer erlösen das Volk von den Franzosen und bringen ihm Gerechtigkeit) durch einen neuen Glauben: Eine gottesfürchtige Elite führt das Volk und bringt ihm durch die Anwendung des Korans Wohlergehen. Die beiden Mythen liegen im Bereich des Patriotismus und der Religion, sind deshalb tabu und können nicht offen in Frage gestellt werden. Sie haben dazu beigetragen, daß Algeriens politische Diskussion bisher stark eingeschränkt war und der Durchbruch demokratischer Ansichten besonders schwierig war. Wer will, wer kann in einem islamischen Land die Religion und den Patriotismus in Frage stellen? Es ist demnach falsch zu glauben, die große Mehrheit der algerischen Bevölkerung wünsche heute eine Demokratie im westlichen Sinne. Was sie wünscht, ist die Möglichkeit, angehört zu werden und ihre Meinung frei auszudrücken.“¹²⁴⁰

Herzog stellt hier eine „Demokratie im westlichen Sinne“ als Lösung für die inneralgerische Problematik in Frage. Seiner Meinung nach ist Demokratie kein Allheilmittel, sondern kann höchstens das Ergebnis des freien Willens der algerischen Bevölkerung sein. Damit rückt er die Tatsache in den Vordergrund, daß der politische Diskurs hauptsächlich von Gruppierungen (die sich auf den Islam oder auf demokratische Konzepte berufen beziehungsweise an der Erhaltung autokratischer Strukturen interessiert sind) geprägt ist, die mehr oder weniger die Bedürfnisse der Bevölkerung instrumentalisieren, um Machtpositionen zu erlangen oder zu festigen. Diese Darstellung zeigt jedoch, daß zumindest demokratische Strukturen, innerhalb derer alle Angehörigen des Staates sich im politischen Prozeß artikulieren können, notwendig sind. Nur auf der Basis einer solchen, demokratisch orientierten Auseinandersetzung kann sich eine politische Neugestaltung Algeriens

¹²³⁹ vergl. Faath, Sigrid (1997): Algerien 1996, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 55-61: 56f

¹²⁴⁰ Herzog (1995): 161

vollziehen. Aus einem demokratisch motivierten Diskurs müßte jedoch nicht zwangsläufig eine Demokratie im Sinne des Westens resultieren.

Grundsätzlich fällt es anhand des Mediendiskurses schwer, zwischen rein religiösen Aspekten der Algerien-Problematik und der Gewaltdimension zu unterscheiden. Dies liegt zum einen daran, daß die Benennung der Akteure nicht eindeutig ist. Die Zeitungen unterscheiden nicht oder höchstens von Fall zu Fall zwischen dem Adjektiv „islamisch“ und der meist im Kontext des Terrors verwendeten Begrifflichkeit „islamistisch“. So verschwimmen die Bedeutungen zwischen rein religiöser Bezugnahme und radikaler Gewalt.

Hinzu kommt, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen kaum erkennbar sind. Im politischen Diskurs Algeriens wird erkennbar, daß die Islamische Heilsfront sich zunehmend von den verübten Massakern distanziert (auch wenn nicht nachzuweisen ist, ob die FIS tatsächlich nichts mit den Massakern zu tun hat).¹²⁴¹ Der Name der Gruppierung beinhaltet das Adjektiv „islamisch“ genauso wie der der GIA (Bewaffnete Islamische Gruppe) und der AIS (Islamische Heils-Armee), denen zahlreiche Terrorakte vorgeworfen werden. Die Bezugnahme auf den Islam im Namen aller Gruppierungen führt dazu, daß in der Berichterstattung in den Medien Islam und Terror zwangsläufig stetig in Verbindung gebracht werden, auch wenn die tatsächlichen Beziehungen zwischen beiden Ebenen häufig ungeklärt bleiben. So wird seitens der Rezipienten durch Assoziationsketten die Wahrnehmung gefördert, daß Islam und Terror fast gleichzusetzen sind.

Obwohl die „Welt am Sonntag“ zwischen Algeriens politischem Islam und einem gewissermaßen „reinen“ Islam auf Grundlage des Korans unterscheidet,¹²⁴² manifestiert sich dieser Unterschied in der Berichterstattung kaum. In besagtem Artikel führt die Zeitung als Ursprung der Gewalteskalation die verhinderte Machtübernahme der FIS durch das Militär an:

„Ziel war der Griff nach der ungeteilten Macht, die Gründung der Islamischen Republik Algerien. Im Dezember 1991 schien es so weit zu sein: In der ersten Wahl seit der Unabhängigkeit gewannen die Islamisten. Zum ersten Mal winkte in einem Land die Prämie legaler Machtergreifung. An der Gegenküste des warmen Meeres breitete sich Entsetzen aus, in Algerien aber handelten die Generäle. Sie unterbanden den zweiten Wahlgang und entrissen den Fundamentalisten die Palme des demokratischen Sieges. Als Preis mußten sie das Regime des permanenten Ausnahmezustands errichten. Der Terrorismus war programmiert.“¹²⁴³

Die Grundzüge dieser Darstellung entsprechen der tatsächlichen Entwicklung. Die Problematik der Intervention gegen ein demokratisches Wahlergebnis wird jedoch nicht betrachtet. So stellt sich die Frage, inwieweit das Eingreifen des Militärs legitim war. Vor dem Hintergrund, daß die Wählerschaft der bestehenden Regierung durch ihr Votum eine klare Absage erteilte und die

¹²⁴¹ vergl. ALG-W-2

¹²⁴² vergl. ALG-W-2

¹²⁴³ ALG-W-2

Wahlsieger mit Gewalt daran gehindert wurden, diesem Votum nachzukommen, wird verständlich, daß Gegengewalt in einer solchen Situation der politischen Ohnmacht aus der Perspektive der Islamischen Heilsfront die einzige mögliche Reaktion war, um den nicht nur aus eigener, sondern auch aus Wählersicht legitimen Machtanspruch durchzusetzen. Die „Welt am Sonntag“ argumentiert – wenn auch verkürzt – ähnlich, wenn sie schreibt, daß der „permanente Ausnahmezustand“ der Preis für die Militärintervention war.

Klammert man für einen Augenblick aus, daß eine Machtübernahme durch die Islamische Heilsfront aller Wahrscheinlichkeit nach für Algerien eine undemokratische Regierung bedeutet hätte, so werden die Hintergründe des algerischen Dilemmas wesentlich deutlicher. Ein Zustand demokratisch nicht legitimierter Herrschaft durch die vom Militär gestützte Regierung wird – auch von den westlichen Staaten – als besser erachtet als eine Regierung, die sich auf den Islam beruft und wahrscheinlich mit demokratischen Mitteln demokratische Verhältnisse unterbinden will. Dieser Vergleich deutet bereits an, daß in Algerien nicht der Islam und bestehende politische Bezüge zum Islam das eigentliche Problem darstellen, sondern die grundsätzlichen politischen Strukturen sowie das Verhältnis der politisch Agierenden zur Macht.

An dieser Stelle bietet sich ein Vergleich mit dem Beispiel Iran an. Im Mediendiskurs wird zudem immer wieder darauf hingewiesen, daß die „militanten Moslems“ in Algerien einen „strikt islamischen Staat nach dem Vorbild Irans“ errichten wollen.¹²⁴⁴ Im Hinblick auf die politische Entwicklung der Islamischen Republik Iran wird zumindest bei oberflächlicher Betrachtung deutlich, welches Ausmaß an Brutalität ein auf Basis des Islam legitimierter Staat entwickeln kann. Vor diesem Hintergrund erscheint das Eingreifen des Militärs in Algerien als legitim. Man sollte aber gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, daß beispielsweise FIS-Sprecher Anwar Haddam der Ansicht ist, daß in Ländern wie dem Iran der Islam „entstellt“ werde.¹²⁴⁵

Die Betrachtung der politischen Strukturen des Iran hat jedoch gezeigt, daß die innere Ausgestaltung der Republik nicht in direktem Zusammenhang mit dem Aspekt der Religion steht, sondern damit, daß der Staat in seiner Geschichte noch keine demokratischen, politischen Strukturen ausbilden konnte und gleichzeitig die geistlichen Machthaber auf ein komplexes Unterdrückungsinstrumentarium zurückgreifen konnten.

In den etwa 20 Jahren, die die Islamische Republik Iran besteht, hat sich jedoch gezeigt, daß die Bevölkerung mit einem brutalen Regime – selbst wenn bestimmte religiöse Aspekte der Regierung auf Akzeptanz stoßen – nicht einverstanden ist. In Algerien zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, wenn auch unter etwas anderen Vorzeichen. Die islamischen Gewalttäter, die die poli-

¹²⁴⁴ vergl. ALG-W-7

¹²⁴⁵ vergl. ALG-S-8

tische Macht im Staat bisher nicht erlangt haben, sind durch die zunehmende Brutalität in den Augen der Bevölkerung diskreditiert. Da jedoch keine gefestigten, demokratischen Institutionen existieren, die demokratische Verhältnisse auch durchsetzen könnten, können Wahlen kaum zu einem Ergebnis führen. Die Algerier wenden sich immer mehr von gewalttätigen islamischen Gruppierungen ab, doch fehlt es gleichzeitig an politischen Kandidaten, die wirkliche Lösungen für die Gesamtsituation anbieten können, die nicht nur nach Macht streben und sich in der Politik Algeriens noch nicht diskreditiert haben.

Die algerische Situation scheint also relativ aussichtslos zu sein. Die „Welt am Sonntag“ sieht jedoch gerade in dem hier skizzierten Szenario auch die Möglichkeit, daß Lösungen sich aus der Situation des Versagens – sowohl der Regierung als auch islamischer Gruppierungen – heraus ergeben:

„Vielleicht beginnt jetzt die Dialektik zu wirken: Mit dem regellosen Wüten bilden sich Kräfte der Mäßigung heraus, zu denen sich sogar starke Teile der FIS bekehrten. Würde heute erneut gewählt, könnte die Waagschale der Legalität sich zugunsten der Moderaten senken.“¹²⁴⁶

„Legalität“ scheint hier jedoch der falsche Begriff zu sein, denn legal wäre eher die Machtübernahme durch die FIS im Jahre 1992 gewesen als die militärische Intervention. Eine moderate, am Islam orientierte Regierung könnte jedoch in den Augen der Bevölkerung legitim erscheinen. Es ist jedoch auch keine Lösung, bei den Wahlen Gruppierungen, die sich auf den Islam berufen, auszuschließen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die Wahl 1992 nicht ein Votum für eine islamische Republik war, sondern ein Votum gegen die bestehende Regierung. Die Tatsache, daß bei den letzten Parlamentswahlen von 380 Sitzen 103 an „gemäßigte Islamisten“ gingen,¹²⁴⁷ verdeutlicht, daß die algerische Bevölkerung an Bezügen zum Islam in der Politik festhält.

Die algerische Regierung benutzt wiederum das Bild eines totalitären islamischen Staates, um ihre eigene Politik zu legitimieren. So äußert sich Kulturminister Hamrawi über die FIS wie folgt:

„Die Rädelsführer haben von Anfang an zugegeben, daß sie, wenn sie einmal an die Macht kommen sollten, demokratische Rechte abschaffen und diese durch ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Herrschaftssystem ersetzen würden. ... Wir lehnen jegliche Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten ab. Wir wissen besser als Außenstehende, mit welchem Phänomen wir es zu tun haben. Weil unsere Religion politisch mißbraucht wird und im Namen des Islam bestialische Morde begangen werden, trennen wir die Politik von der Religion.“¹²⁴⁸

Die Haltung der Regierung erscheint vor dem Hintergrund der Terrorakte und der wohl berechtigten Annahme, daß eine islamische Regierung keine demokratischen Strukturen schaffen würde, plausibel. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß jede Regierung in Algerien noch den Beweis antreten muß, daß sie tatsächlich im Sinne der Entwicklung einer Demokratie agiert.

¹²⁴⁶ ALG-W-2

¹²⁴⁷ vergl. ALG-S-11: 190

¹²⁴⁸ ALG-S-13

Der Mißbrauch der Religion wird indes auch seitens der algerischen Bevölkerung thematisiert. So zitiert „Die Zeit“ einen Algerier, der darauf hinweist, daß Islam „Frieden, nicht Fanatismus oder Haß“ bedeute.¹²⁴⁹ In einem anderen Bericht bezeichnet „Die Zeit“ den politischen Islam in Algerien als „eine Reaktion auf das Versagen der dortigen Staatsklasse“ und nicht als „blutige Vorhut eines Kampfes der Kulturen“.¹²⁵⁰ In einem weiteren Artikel beleuchtet die Zeitung die Entwicklung der politischen Auseinandersetzung in Algerien und die Bedeutung des Islam. Die Befreiungsbewegung habe versucht, eine „eigene Verbindung von Tradition und Moderne, Islam und Sozialismus“ zu verwirklichen. Für das Scheitern dieses Programms werden politische Fehler und Korruption verantwortlich gemacht.¹²⁵¹ Dieser Hinweis zeigt, daß der Islam nicht die Ursache der grundsätzlichen Probleme in Algerien ist beziehungsweise nicht sein muß.

7.3.3 Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit Algerien

Im Gegensatz zum Iran und zum Irak scheint Algerien nur am Rande der westlichen Interessensphäre zu liegen. Da, wie bereits gezeigt wurde, keine direkte Bedrohung von Algerien auf westliche Staaten ausgeht (nimmt man einmal die Möglichkeit des „Exports von Terrorismus“, der vor allem von Frankreich gefürchtet wird, aus), wird im internationalen politischen Diskurs kaum Bezug auf Algerien genommen. So sind Hinweise darüber, wie westliche Regierungen zur inneralgerischen Konfrontation stehen, in den Medien entsprechend rar. Im folgenden sollen dennoch die Anmerkungen der politischen Akteure im Hinblick auf Algerien analysiert werden, um zu erkennen, welche Interessen westliche Staaten, wenn sie sich mit der Problematik beschäftigen, vertreten. Außerdem ist von Bedeutung, welches Verständnis von Recht, insbesondere von Menschenrechten, und von politischer Moral diesen Interessen zugrunde liegt.

„Die Zeit“ verweist in einem Artikel auf die grundsätzliche Problematik, daß Algerien auf der politischen Landkarte relativ isoliert ist. Dies wird zum Teil auf ein „starkes Unbehagen“ zurückgeführt, daß sich in Europa bei diesem heiklen Thema manifestiere.¹²⁵² Dieses Unbehagen ist in gewisser Weise nachvollziehbar, da die inneralgerische Situation – wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt wurde – extrem verfahren ist, weil sich verschiedene Konfliktquellen überlagern.

Frankreich spielt als ehemalige Kolonialmacht eine besondere Rolle. Wirtschaftlich ist der Staat mit seiner ehemaligen Kolonie noch relativ verbunden, auf politischer Ebene wird der französischen Regierung seitens der Algerier Mißtrauen entgegengebracht:

¹²⁴⁹ vergl. ALG-S-1

¹²⁵⁰ vergl. ALG-Z-5

¹²⁵¹ vergl. ALG-Z-6

¹²⁵² vergl. ALG-Z-2

„Allein Frankreich weist gegenüber dem Maghrebstaat einen jährlichen Exportüberschuß von mehr als einer Milliarde Dollar aus. Ohnehin ist Frankreich als ehemalige Kolonialmacht stets verdächtig, sich wieder einmischen zu wollen - nicht ganz zu Unrecht. Denn trotz der reduzierten Kredite, trotz einer gewissen Distanzierung zum Regime Zeroual bleibt Paris dessen wichtigste Stütze. Jedenfalls ist die französische Regierung noch weit davon entfernt, die Forderung des Sozialistenchefs Lionel Jospin zu erfüllen, endlich die demokratische Opposition in Algerien zu stärken.“¹²⁵³

Frankreich verfolgt also zum einen wirtschaftliche Interessen (die auch von der algerischen Regierung verfolgt werden). Dies wird auch von FIS-Sprecher Anwar Haddam so gesehen, der nicht nur Frankreich, sondern auch den Vereinigten Staaten vorwirft, das herrschende Regime aus wirtschaftlichen Gründen zu unterstützen.¹²⁵⁴ Zum anderen wird der französischen Regierung vorgeworfen, daß sie sich kaum von der algerischen Staatsführung distanzieren. „Der Spiegel“ verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die französische Regierung zunächst eine Liberalisierung der algerischen Politik erwartet habe.¹²⁵⁵

Aus dem Kontext des „Zeit“-Artikels geht jedoch hervor, daß von Präsident Zeroual anscheinend keine Demokratisierung Algeriens zu erwarten sei, weshalb die französischen Sozialisten sich für eine Unterstützung der demokratischen Opposition aussprechen. Zieht man aus dieser Perspektive den Umkehrschluß, so wäre anzunehmen, daß die Politik Frankreichs in den Augen vieler Algerier nicht akzeptabel ist, weil diese Politik ein Regime mitstützt, das innerhalb der Bevölkerung keinen Rückhalt findet.

Frankreichs Politik ist allerdings auch von der Angst geprägt, daß aufgrund der zahlreichen algerischen Einwanderer im eigenen Land die inneralgerischen Konflikte auch auf französischem Boden ausgetragen werden könnten. So zitiert „Die Zeit“ einen französischen Beamten, der behauptet, in der französischen Politik werde regelmäßig über Algerien nachgedacht, aber nicht darüber gesprochen. Es scheint also eine Stillhalte-Taktik vertreten zu werden, in der Hoffnung, daß die Gewalteskalation nicht auf Frankreich übergreift.¹²⁵⁶ „Der Spiegel“ meldet, daß die französische Regierung Präsident Zeroual offensichtlich aus diesem Grund nicht mehr aktiv unterstützt.¹²⁵⁷

Eine offensive politische Stellungnahme zu Algerien wird erschwert, da keiner der dortigen politischen Akteure in der Lage zu sein scheint, die Konfrontation aufzulösen. So verweist „Die Zeit“ darauf, daß auch eine Stärkung der demokratisch orientierten Opposition kurzfristig zu keinem Ergebnis führe, da diese politisch zu schwach sei. Die Tatsache, daß die Gegner des Regimes, welches unter demokratischen Gesichtspunkten wohl nicht akzeptabel ist, zu einem großen

¹²⁵³ ALG-Z-2

¹²⁵⁴ vergl. ALG-S-8

¹²⁵⁵ vergl. ALG-S-1

¹²⁵⁶ vergl. ALG-Z-2

¹²⁵⁷ vergl. ALG-S-1

Teil auf einer Ebene des Terrors agieren, verhindert es, daß man als Außenstehender für sie Partei ergreifen könnte.¹²⁵⁸

Die Vereinigten Staaten scheinen im Algerienkonflikt eine Politik des „Pragmatismus“ zu vertreten und auszuloten, welche der politischen Gruppierungen langfristig überhaupt chancenreich ist:

„Ein Bericht der einflußreichen Rand Corporation stellt fest, es werde erst Ruhe einkehren, wenn die FIS an der Macht beteiligt sei oder sie gar übernehme. Die Frage sei nicht mehr, ob das Regime gestürzt werde, sondern wie, schreibt der Autor Graham Fuller. Das offizielle Washington scheint ähnlich zu denken und knüpft diskret Kontakte zu den Islamisten. Am Dialog mit den Moderateren unter ihnen wird wohl kein Weg vorbeiführen.“¹²⁵⁹

Interessant ist, daß die Vereinigten Staaten hier in keiner Weise auf die inhaltlichen Strukturen des Konflikts eingehen. Vielmehr wird aus einer strategischen Perspektive analysiert, wer den Konflikt langfristig zu seinen Gunsten entscheiden könnte. Es scheint der amerikanischen Regierung nur darauf anzukommen, in dem Moment, in dem sich entscheidet, wer die künftigen politischen Geschehnisse Algeriens bestimmt, gewissermaßen im Startloch zu sitzen, um eigenen politischen Einfluß zu gewinnen. „Der Spiegel“ bringt diese Perspektive auf den Punkt, indem er darauf verweist, daß die amerikanische Regierung das algerische Militärregime politisch bereits für „bankrott“ hält.¹²⁶⁰ Legt man als Basis für das politische Handeln der Vereinigten Staaten den Wunsch nach politischem Einfluß zugrunde, so ist eine Unterstützung der Politik des Regimes seitens der Amerikaner nicht sinnvoll.

In einem Artikel in der „Zeit“ wird allerdings auch kritisiert, daß das Ausland nicht nur den algerischen Präsidenten stillschweigend duldet, sondern damit auch zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse beiträgt:

„Im Ausland gilt das Regime als einziger Garant für Ordnung und Stabilität. Weder Frankreich noch die USA haben Interesse, Druck auf Zeroual auszuüben. Der notwendige gesellschaftliche Wandel in Algerien bleibt somit blockiert. Die Sorge vor allem Frankreichs beschränkt sich auf die Frage, ob der islamistische Terror auch weiterhin exportiert werden könnte.“¹²⁶¹

„Ordnung und Stabilität“ sind hier wohl auf die wirtschaftlichen Perspektiven bezogen, denn innenpolitisch scheint das einzige, was stabil ist, der Terror zu sein. Die Haltung Frankreichs erinnert ein wenig an die Haltung Deutschlands gegenüber dem Iran. In beiden Fällen existieren durchaus Gefahren innerhalb des eigenen Landes, doch werden gleichzeitig wirtschaftliche Beziehungen aufrechterhalten. Die Vereinigten Staaten scheinen in ihrer strategischen Haltung eine Perspektive des Abwartens zu vertreten, da es sich aus dieser Sicht nicht lohnt zu intervenieren, bevor sich der Konflikt auf inneralgerischer Ebene von selbst löst.

¹²⁵⁸ vergl. ALZ-Z-2

¹²⁵⁹ ALG-Z-2

¹²⁶⁰ vergl. ALG-S-1

¹²⁶¹ ALG-Z-5

Der Artikel sensibilisiert für die komplexen Zusammenhänge der verfahrenen Situation. Ein inneralgerischer „Reinigungsprozeß“ erscheint unmöglich. Da jedoch das Terrorszenario auf westliche Staaten höchstens im Falle Frankreichs überhaupt Einfluß hat, haben diese kein Interesse zu intervenieren.

„Die Zeit“ legt indirekt dar, daß der Konflikt nicht einfach durch einen inneralgerischen Dialog beizulegen ist:

„Mit besserwisserischen Ratschlägen aus dem Ausland – ‚Redet miteinander!‘ - ist es nicht getan. Man kann die Gefühle jener Algerier nachempfinden, die wie die Feministin Khalida Messaoudi empört fragen: ‚Dialog mit wem? Und worüber?‘ Wer mag schon mit den Mördern des Volkes verhandeln? Andererseits: Können die Algerier noch Jahre weiter so leben, wie sie es derzeit tun?“¹²⁶²

Hier zeigt sich, daß nicht nur die islamischen Gewalttäter anscheinend nicht als Dialogpartner gesehen werden, sondern auch die amtierende Regierung. Dabei stellt sich die Frage, ob daraus der Rückschluß zu ziehen ist, daß eine Intervention von außen notwendig wäre, um Ansätze zur Konfliktlösung zu finden.

Diese Sichtweise wird durch die politischen Initiativen einiger algerischer Politiker gestützt:

„Die algerischen Demokraten suchen einen Vermittler, eine neutrale und mächtige Person, die, in der Hoffnung, die Tragödie zu beenden, eingreifen soll. Der Führer des Front des Forces Socialistes (FFS), Ait Ahmed, hat an die Vereinigten Staaten appelliert, aber Bill Clinton hat sofort abgelehnt. Frankreich wäre für diese Rolle ungeeignet. So bleibt nur die Europäische Gemeinschaft. Vielleicht würde es ihr gelingen, etwas zu erreichen. Vorläufig muß man ohnmächtig den Mord an einem Volk mitansehen, und die ganze Empörung der Welt nützt nichts. Es ist Zeit zu handeln, um ein von Mördern und Ausrottern bedrohtes Volk zu retten.“¹²⁶³

Diese Darstellung zeigt, daß wahrscheinlich nur eine politisch neutrale Instanz von außen einen Dialog in Gang setzen könnte. Selbst, wenn sich keine offensichtlichen Lösungsansätze abzeichnen, wird eine Stellungnahme der Weltstaatengemeinschaft erwartet, da es – dies ist aus dem Kontext des Schlußsatzes zu folgern – nicht akzeptabel ist, das algerische Volk weiterhin dem vorherrschenden Terror auszusetzen.

„Die Zeit“ macht für das Desinteresse europäischer Politiker am inneralgerischen Terror wirtschaftliche Interessen verantwortlich:

„Die Empörung über die Massaker in Algerien hält sich bei uns arg in Grenzen. So grausig die Zahl von hunderttausend Mordopfern binnen fünf Jahren sein mag so entsetzlich sich die dürren Berichte über geköpft Greise und Kinder mit durchschnittener Kehle lesen: Nur wenige regt das auf. ... Aber Europa wendet sich ab, nein, nicht mit Grausen, sondern in Gleichgültigkeit. Die Regierungen in Bonn und Paris, Madrid oder Rom kommen mit dem Regime der Generäle zurecht, bleibt dieses doch mit seinen Ölverkäufen und den Gasleitungen nach Italien und Spanien ein zuverlässiger Lieferant. Was solle man machen angesichts dieser Mordbrennerei, wenn sonst ein Gottesstaat drohe?“¹²⁶⁴

Da die Strukturen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Regime anscheinend durch die Terrorakte nicht tangiert werden, erscheint ein Eingreifen aus dieser Perspektive nicht notwendig.

¹²⁶² ALG-Z-2

¹²⁶³ ALG-Z-3

¹²⁶⁴ ALG-Z-6

Die relative Eigenständigkeit der Wirtschaft gegenüber der politischen Situation zeigt sich auch an einer Äußerung des algerischen Schriftstellers Boudjedra:

„Wir Algerier fühlen uns von der Menschheit aufgegeben. Dabei sind wir ein Staat, den der Internationale Währungsfonds inzwischen als Musterschüler anerkennt, dessen Wachstumsrate von minus 3 auf plus 5,8 Prozent gestiegen ist.“¹²⁶⁵

Hier wird gefordert, daß gerade aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Algeriens andere Staaten zu dem Konflikt Stellung nehmen müßten. Daß dies nicht der Fall ist, belegt, daß sich Wirtschaftspolitik nicht an den darüber hinausgehenden politischen Verhältnissen in einem Land orientiert, es sei denn, von einer Regierung ist anzunehmen, daß sich unter ihrer Herrschaft die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland verschlechtern. Interessant ist der angefügte Verweis auf die Gefahr eines Gottesstaates in dem „Zeit“-Artikel. Wie die bisherige Analyse des Medientextes gezeigt hat, findet im politischen Diskurs westlicher Staaten kaum eine Auseinandersetzung mit den inneralgerischen politischen Fragen statt. Dieser Verweis zeigt, daß die Bezugnahme westlicher Staaten auf die religiöse Komponente des Konflikts allenfalls den Charakter einer Rechtfertigung hat. Gleichzeitig wird eine Auseinandersetzung mit der Problematik durch eine solche Haltung verhindert, denn in dieser Darstellung scheint ein islamischer Gottesstaat einfach nicht tolerierbar, ohne daß die Inhalte der algerischen Konfrontation überhaupt angesprochen würden (und werden könnten).

Auf eine Algerien-Politik im Eigeninteresse westlicher Staaten wird auch vom „Spiegel“ indirekt hingewiesen, wenn die Zeitschrift schreibt, daß der Staatsstreich 1992 von Frankreich und den Vereinigten Staaten als das kleinere Übel gebilligt wurde.¹²⁶⁶ Über die von einem Gottesstaat zu erwartenden „Übel“ wird im politischen Diskurs westlicher Staaten im Jahre 1997 nicht mehr gesprochen. Es zeigt sich also, daß der politische Diskurs interessenbezogen und aktualitätsbezogen verläuft. Die Ausblendung des historischen Kontextes trägt jedoch dazu bei, daß die verschiedenen Dimensionen des Konflikts nicht erfaßt werden können und es deshalb schwer fällt, Ansatzpunkte für eine Konfliktlösung überhaupt auszumachen.

Immer wieder wird in der wissenschaftlichen Literatur eine Doppelmoral westlicher Staaten bei der Beurteilung der inneralgerischen Situation kritisiert:

„Das Klischee von der systemischen Unvereinbarkeit des islamistischen Projekts mit dem westlichen Wertesystem determiniert zumindest im Falle Algeriens ... westliches policy-making – und beraubt es gleichzeitig politischer Rationalität und moralischer Legitimität: Die Forderung nach Demokratie und Menschenrechten verliert jede Glaubwürdigkeit, wenn der Westen nahezu um jeden Preis diktatorische Folterregime unterstützt, sofern diese nur populäre islamistische Bewegungen bekämpfen. In den Augen der Islamisten bestätigt dies allerdings nur, daß der Westen – wie seit 200 Jahren – einem politischen Diskurs frönt, der mit seinen Taten nichts zu tun hat.“¹²⁶⁷

¹²⁶⁵ ALG-S-11

¹²⁶⁶ vergl. ALG-S-1

¹²⁶⁷ Ruf (1997): 137

Hier wird zum einen eine Betrachtungsperspektive von außen zum Gegenstand der Kritik. Eine fehlende inhaltliche Auseinandersetzung sowie eine aktive Politik, die Menschenrechtsverletzungen toleriert, führen dazu, daß westliche Staaten kaum als Instanz begriffen werden können, die zu einer Konfliktlösung beitragen könnten.

Auch nichtwestliche Staaten versuchen, auf die politische Entwicklung in Algerien Einfluß zu nehmen. So berichtet „Der Spiegel“, daß in Libyen Kämpfer der Islamischen Bewaffneten Gruppe (GIA) Ausbildungslager unterhalten. Revolutionsführer el-Gaddafi versuche zwar nach eigenem Bekunden, im eigenen Land die „islamistischen Gottesfeinde“ auszurotten, doch will er laut „Spiegel“ auch Einfluß auf die Politik in Algerien nehmen.¹²⁶⁸ Dieses Beispiel zeigt nicht nur, daß es in der Haltung zu Algerien auf der internationalen Ebene anscheinend nicht um politische Grundsätze geht, sondern es belegt auch, daß die Bedeutung des Islam wesentlich geringer einzuschätzen ist als die Perspektive der Macht. Wenn ein Staat Einfluß auf die Kreise gewinnen kann, die möglicherweise Algeriens künftige Politik bestimmen, werden im Hinblick auf den Islam anscheinend keine Gefahren gesehen.

Die Vereinten Nationen fühlen sich im Algerienkonflikt nicht zuständig. Die Weltorganisation sieht laut „Welt am Sonntag“ keine Möglichkeit, den „inneren“ Konflikt als Instanz von außen beizulegen.¹²⁶⁹ So forderte UN-Generalsekretär Annan lediglich die „Täter“ zu einem Dialog mit der Regierung auf.¹²⁷⁰ Im Verlaufe des Jahres 1997, als die Zahl der Massaker stetig ansteigt, ändert Annan jedoch seine Haltung und fordert, man dürfe „Algerien nicht seinem Schicksal überlassen“.¹²⁷¹ Er liefert allerdings keine Hinweise darauf, wie sich die Vereinten Nationen in den Konflikt einmischen könnten.

Wie wenig sich die Bundesregierung mit den inneralgerischen Zuständen auseinandersetzt, zeigt sich am Beispiel der Diskussion über abgelehnte Asylbewerber aus Algerien, die in ihr Heimatland abgeschoben werden sollen. Die Bundesrepublik schloß mit Algerien ein Rücknahmeabkommen, demzufolge algerische Flüchtlinge bereits an deutschen Flughäfen von algerischem Sicherheitspersonal in Empfang genommen werden.¹²⁷² Die Sozialdemokraten scheuen eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Vorgehensweise. Lediglich die Grünen sowie Flüchtlingsorganisationen üben offene Kritik:

„Im Konflikt zwischen Menschlichkeit und Pragmatismus wollen sich die Landespolitiker nur ungerne exponieren. Gleich vier SPD-Innenminister ... lehnten es ab, das Rücknahmeprotokoll zu kommentieren. Ein NRW-Sprecher: ‚Das hieße ja über Abschiebestopp reden, da sagen wir jetzt nicht gern so was.‘ ... ‚Früher lieferte die Bundesrepublik die Flüchtlinge den Algeriern frei Haus, nun dürfen die Folterer sie schon auf deutschem Boden übernehmen‘, kritisiert dagegen Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauff-

¹²⁶⁸ vergl. o.A.: Training für Terroristen, Der Spiegel 3.2.1997, S. 127 (ALG-S-2)

¹²⁶⁹ vergl. ALG-W-11

¹²⁷⁰ vergl. ALG-W-9

¹²⁷¹ vergl. ALG-S-9

¹²⁷² vergl. ALG-S-4: 92

mann. Für die Grünen-Bundestagsabgeordnete Amke Dietert-Scheuer ist der Kanther-Deal die ‚offene Kollaboration mit dem repressiven, menschenrechtsverachtenden Regime‘.¹²⁷³

Die Bundesregierung scheint sich mit der Problematik nur unter formalen Gesichtspunkten zu beschäftigen. Die Frage, was mit algerischen Flüchtlingen, die wahrscheinlich gute Gründe haben, ihr Land zu verlassen, nach einer Rückkehr geschieht, wird nicht aufgegriffen.

Pro-Asyl und die Grünen gehen hingegen davon aus, daß nicht nur von islamischen Gruppierungen in Algerien Terror ausgeübt wird, sondern daß auch die Regierung Menschenrechtsverletzungen begeht. „Der Spiegel“ zitiert ferner einen Bericht von Amnesty International, demzufolge unter Präsident Zeroual „routinemäßig Folterungen und Mißhandlungen“ stattfinden.¹²⁷⁴ Der Vorsitzende der algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte kritisiert die Praxis der Bundesregierung ebenfalls und bemängelt, daß die deutschen Politiker das Morden „teilnahmslos“ hinnehmen und als „Ringens demokratischer Kräfte gegen den Islamismus“ verharmlosen würden.¹²⁷⁵

Das Uno-Flüchtlingswerk bemängelt, daß die Situation der Flüchtlinge nicht überprüft werde. Vielmehr habe sich ein politisch-juristischer Diskurs etabliert, in dem es nur darum gehe, „rechtliche Vorgaben“ zu erfüllen. Dabei würden die Beweggründe der Flüchtlinge „juristisch wegdefiniert“.¹²⁷⁶ Folgt man dieser Argumentation, so orientiert sich der politische Diskurs der Bundesregierung einzig an dem Ziel, die Zahl der aufzunehmenden Asylbewerber so weit wie möglich zu reduzieren. Eine Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Situation in Algerien findet dabei nicht statt, oder höchstens, wenn eigene Interessen tangiert werden. So zitiert „Der Spiegel“ den damaligen Bundesinnenminister Kanther, der behauptet, daß seitens der Bundesregierung „sauber hingeguckt“ werde, daß den Abgeschobenen in Algerien „nichts passiert“. Andererseits schätzt eine Dienstanweisung des Bundesgrenzschutzes Übernachtungen von BGS-Beamten in Algerien bei Rückführungsaktionen als „viel zu gefährlich“ ein.¹²⁷⁷ Im politischen Diskurs manifestiert sich also eine Doppelmoral, derzufolge die Bundesregierung die Sicherheit der eigenen Staatsbürger sicherstellen will (und hier in Algerien auch Gefahren sieht), während für algerische Bürger keine Verantwortung gesehen wird.

In einem Interview mit dem SPD-Innenminister in Thüringen Richard Dewes verdeutlicht „Der Spiegel“, daß auf der politischen Ebene gar nicht versucht wird, die Situation in Algerien einzuschätzen:

„Daß es in Algerien im Hinblick auf Menschenrechte und demokratische Strukturen Problemfelder gibt, ist unstrittig. Ob Risiken für Rückkehrer bestehen, hat die Bundesregierung über das Auswärtige Amt

¹²⁷³ ALG-S-4: 92

¹²⁷⁴ vergl. ALG-S-4: 93

¹²⁷⁵ vergl. ALG-S-4: 93

¹²⁷⁶ vergl. ALG-S-4: 93

¹²⁷⁷ vergl. ALG-S-4: 93

zu klären. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß dies nicht der Fall ist. ... Wir haben versucht zu hören, ob jemand Probleme hatte. Allerdings sind die Informationsflüsse aus Algerien bisher höchst unvollkommen.¹²⁷⁸

Im politischen Diskurs wird die Wahrnehmung auf die Fakten reduziert, die das politische Vorgehen der Bundesregierung stützen, während Hinweise, die dieser Einschätzung widersprechen, geradezu unterdrückt werden. Diese reduzierte Wahrnehmung zeigt sich auch im internationalen Rahmen. So werden die Parlamentswahlen als demokratisches Signal gewertet, aufgrund dessen der Internationale Währungsfonds wahrscheinlich Kredite bewilligt. Außerdem wollen laut „Spiegel“ die deutsche und die französische Regierung diese Entwicklung mit einem Assoziierungsabkommen zwischen Algerien und der Europäischen Union „honorieren“.¹²⁷⁹ Vergegenwärtigt man sich die im vorigen Abschnitt dargestellte innenpolitische Situation in Algerien, so müssen die Wahlen als bloß formaler Akt eingeschätzt werden, dem nicht zwangsläufig eine Ordnung der inneren Situation nachfolgt. Die Betrachtungsweise europäischer Staaten legt jedoch nahe, daß – wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Gründen – jede Möglichkeit genutzt wird, die es erlaubt, weitere Beziehungen zu Algerien zu begründen. Die Perspektiven der algerischen Bevölkerung – die zwar von Wirtschaftsbeziehungen auch indirekt profitieren kann, aber von den politischen Zuständen immer noch stark gefährdet ist – bleiben dabei außer acht.

Der algerische Schriftsteller Rachid Boudjedra kritisiert, daß auch Intellektuelle oder Menschenrechtler der algerischen Entwicklung keine Beachtung schenken würden:

„Wo bleibt der Aufschrei der deutschen, der französischen Intellektuellen und Menschenrechtler? Sie sind unser überdrüssig. Und sie neigen zunehmend dazu, Henker und Opfer über einen Kamm zu scheeren.“¹²⁸⁰

Der Vorwurf, daß zunehmend nicht mehr zwischen Tätern und Opfern unterschieden werde, ist nur zum Teil gerechtfertigt. Wie bereits dargelegt wurde, ist ja auch die algerische Regierung anscheinend zumindest zum Teil in einer Täter-Rolle. Hinzu kommt, daß über Algerien tatsächlich kaum aktuelle Informationen zugänglich sind, so daß der internationale politische Diskurs alleine schon aufgrund fehlender Informationen eingeschränkt wird. Dies entbindet jedoch die politischen Instanzen, also einzelne Regierungen genauso wie die Vereinten Nationen, nicht davon, grundsätzliche Positionen zur Algerien-Problematik zu erarbeiten.

Boudjedra wirft Menschenrechtlern und Intellektuellen Versagen vor. Eine ähnliche Ansicht vertritt auch Tahar Ben Jelloun in der „Zeit“, wenn er fragt:

„Wo bleiben die europäischen Intellektuellen? Ihr Schweigen ist ohrenbetäubend. Ist die algerische Tragödie derart alltäglich geworden, daß eine Mobilisierung der Intellektuellen nicht zu erwarten ist?“¹²⁸¹

¹²⁷⁸ o.A.: „Die Risiken minimieren“, Der Spiegel 28.4.1997, S. 93 (ALG-S-5)

¹²⁷⁹ vergl. ALG-S-6

¹²⁸⁰ ALG-S-11

¹²⁸¹ ALG-Z-3

Doch haben einige Artikel des „Spiegel“ und der „Zeit“ gezeigt, daß diese Personengruppen sehr wohl Stellung beziehen. Dieser intellektuelle Diskurs kann jedoch weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene Wirkung entfalten, weil er von einem politischen Diskurs der Ignoranz überlagert wird.

Auch ist auf die Aktivitäten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zu verweisen, die bei der Sitzung der Menschenrechtskommission Algerien auf die politische Tagesordnung setzen möchte:

„Eine Resolution zu Algerien soll ein erster Schritt dazu sein, den Status der Menschenrechte dort internationaler Beobachtung zu unterwerfen. Seit dem Beginn des Bürgerkrieges vor fünf Jahren ist die Zivilbevölkerung Opfer grausamster Anschläge von Seiten bewaffneter Gruppen und der Sicherheitskräfte der Regierung. Folter galt in Algerien Anfang der neunziger Jahre als überwunden. Der Bürgerkrieg hat sie zurückgebracht.“¹²⁸²

Eine solche Initiative leistet zwar in jedem Fall einen Beitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit der Situation in Algerien, doch muß man auch berücksichtigen, daß sie nur Wirkung entfalten kann, wenn sie auf der politischen Ebene auch aufgegriffen wird.

Die Ausführungen von Amnesty International erlauben auch Rückschlüsse auf die inneralgerischen Strukturen. Der Hinweis, daß Menschenrechtsverletzungen erst seit dem Ausbrechen des Bürgerkrieges in Algerien wieder ein Problem sind, deutet an, daß die algerische Regierung zuvor Gewalt nicht als grundsätzliches Mittel der Politik eingesetzt hat.¹²⁸³ Dabei zeigt sich jedoch, daß, solange demokratische Strukturen nicht etabliert sind, Politik wieder in Phasen der Gewalt zurückfallen kann. Wie das Beispiel über Flüchtlinge aus Algerien nahelegt, wird im Zuge einer Gewalteskalation dann nicht mehr nur gegen die eigentlichen „politischen“ Gegner vorgegangen, sondern auch gegen die übrige Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang sei auf ein Programm der Europäischen Union hingewiesen. Um einen Demokratisierungsprozeß in Algerien zu fördern, wurde ein Programm ins Leben gerufen, daß sich direkt an die Zivilgesellschaft richtet, indem unabhängig von der Regierung mit Hochschulen, Gewerkschaften, Medien sowie Städten und Gemeinden zusammengearbeitet werden soll. Im Rahmen dieses Programms soll unter anderem ein Dialog der Religionen und Kulturen angeregt werden.¹²⁸⁴ Diese Initiative scheint sinnvoll zu sein, da sie nicht von außen in den politischen Diskurs eingreift, sondern vielmehr versucht, Rahmenbedingungen für eine inhaltliche Auseinandersetzung auf gesellschaftlicher Ebene zu schaffen.

Dennoch muß man sich fragen, in welcher Art und Weise westliche Staaten sich im politischen Diskurs zur Algerienkonfrontation künftig verhalten sollten und vielleicht auch müssen.

¹²⁸² Deile, Volkmar: Teheran muß sich verantworten, Die Zeit 7.3.1997, S. 14 (ALG-Z-4)

¹²⁸³ Diese partielle „Entlastung“ des herrschenden Regimes darf jedoch nicht dazu führen, daß die Fehler und teils undemokratischen Prozesse in Algerien der Kritik entzogen werden.

¹²⁸⁴ vergl. Jünemann (1997): 135ff

Nicht nur im Falle Algeriens, sondern im Hinblick auf alle islamischen Länder erscheint es notwendig, daß der Westen sich bei seiner Einschätzung des Islam neu orientiert, denn der Islam mit seinen religiösen, kulturellen und sozialen Konnotationen wird – dies scheint die bisherige Analyse zu zeigen – auch weiterhin im internationalen System einen enormen Stellenwert einnehmen.

Laut Leggewie ist es dabei notwendig, die grundsätzliche Betrachtungsperspektive zu verändern, um die faktische Ausprägung islamischer Kulturen überhaupt sehen zu können:

„Als Hauptthema der Säkularisierung gilt gewöhnlich der *Integrismus*, die aufrechterhaltene Einheit von Religion und Politik. Der Islam, so argumentieren die Integristen, sei ein geschlossenes System ... - oder gar nicht. Die westlichen Kritiker stimmen in diesem Befund fatalerweise mit der integristischen Propaganda überein. Sie argumentieren selber wie Theologen und nehmen das zeitlose Dogma, noch dazu in seiner fundamentalistischen Übersteigerung, für die Wirklichkeit des Islam. Die Trennung der Sphären wird nur im Westen als positive Tatsache anerkannt, im Orient aber dogmatisch negiert. Dieser neue Orientalismus verkennt, daß in der islamischen Zivilisation nicht nur theoretisch die Bedingungen der Differenz von Glauben und Welt erfüllt sind. Auch Recht und Religion sind polar unterschiedene, soziologisch ‚ausdifferenzierte‘ Bereiche. Ideologische Aufspreizung und totale Übersteigerung des politischen Islam begannen erst seit dem 19. Jahrhundert. ... So waren Alternativen der islamischen Politik möglich und sind es noch – die säkularistische, mystische und ‚pietistische‘ Option. In allen ist die Trennung der Sphären jeweils deutlich gegeben, und in allen schrumpft auch der Islam zu einem anspruchsvollen religiösen Wertekanon, der seinen Einfluß so weit wie möglich, aber *von außen* auf Staat, Gesellschaft und Recht auszuüben sucht.“¹²⁸⁵

Eine totalitäre Islamperspektive, wie sie der Westen bisher in islamischen Kulturen zu erkennen glaubt, scheint also außer in der politischen Agitation islamischer Gruppierungen weniger gegeben zu sein, als es bei Betrachtung des politischen Diskurses den Anschein hat.

Demokratie nach durchgängig westlichen Vorstellungen scheint – dies hat die bisherige Analyse ebenfalls gezeigt – für islamische Kulturen keine wirkliche Lösung zu sein. Die Zukunft islamischer Kulturen auf der politischen Ebene scheint vielmehr in der Kombination eines – bereits existierenden – modifizierten Islamverständnisses in Verbindung mit demokratischen Elementen zu liegen. So hegt beispielsweise Udo Steinbach die Vision einer

„Wiedergeburt des modernen muslimischen Menschen und seiner Ordnung aus einem neuen Verständnis von Altem. Damit läge am Ende des 20. Jahrhunderts eine Wiedergeburt des Islams und der islamischen Welt als einer gesellschaftlich-politischen Größe nicht mehr im Kampf gegen, sondern in der aktiven Auseinandersetzung mit dem Westen. Dieser würde die Mittel und Instrumente zur Verfügung stellen, mit denen ihm selbst die Anpassung der Religion an die durch Jahrhunderte gewandelten politischen, gesellschaftlichen und geistigen Rahmenbedingungen gelungen ist. Dies würde nicht blinde Nachahmung des Westens bedeuten; es geht nicht um die Übernahme der Errungenschaften, sondern um die Dienstbarmachung von intellektuell-politischen Instrumentarien vor dem Hintergrund eigener Traditionen. In diesem Sinne wären auch Säkularismus und Demokratie aufzufassen: Beide sollen nicht als westliche Modelle verstanden werden, sondern als Vehikel, über die der Transformationsprozeß und die Neugestaltung überholter Ordnungen innerhalb der bestehenden religiösen, kulturellen, traditionellen und gesellschaftlichen Koordinaten vollzogen werden sollen.“¹²⁸⁶

Eine solche „Wiedergeburt“ erscheint jedoch nur möglich zu sein, wenn westliche Staaten auch in der Lage sind, islamische Elemente auf der politischen Ebene zu akzeptieren.

¹²⁸⁵ Leggewie (1993b): 181f, Hervorheb. im Original

¹²⁸⁶ Steinbach, Udo (1993): Irritationen und Spannungen – Die islamische Welt und der Westen in der Gegenwart, in: Jürgen Schwarz, Jürgen (1993): Der politische Islam. Intentionen und Wirkungen, Paderborn/München/Wien/Zürich 1993, S. 125-142: 141f

Die internationale Haltung zur Algerienfrage bleibt auch im Verlauf des Jahres 1997 relativ ungeklärt:

„Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright verkündete ..., sich mit ihrem französischen Amtskollegen Hubert Védrine um eine Lösung des Konflikts bemühen zu wollen. Präsident Chirac reagierte mit deutlicher Zurückhaltung. Französische Intellektuelle fordern hingegen eine ‚Internationalisierung‘ des Konflikts, notwendig sei eine gemeinsame europäische Initiative.“¹²⁸⁷

Im politischen Diskurs geben sich nun die Vereinigten Staaten den Anschein, sich zumindest mit der Situation in Algerien auseinandersetzen zu wollen. Im Hinblick auf die bereits dargelegte strategische Perspektive, die Amerika einnimmt, kann man jedoch die Frage stellen, ob die Initiative Albrights nicht eher ein Versuch ist, bereits Ansprechpartner für eine Algerienpolitik der Vereinigten Staaten nach einer Konfliktbeilegung zu suchen. Die Einbeziehung Frankreichs ist ebenfalls fragwürdig, da die französische Regierung sicherlich seitens algerischer Politiker kaum als Ansprechpartner akzeptiert würde. Eine Auswirkung der Forderung französischer Intellektueller auf den politischen Diskurs läßt sich nicht feststellen.

7.3.4 Implikationen des Algerien-Diskurses

Algerien nimmt – anders als der Irak und der Iran – eine Randposition im Weltgeschehen ein. Da die inneralgerische Konfrontation die Form eines Bürgerkrieges angenommen hat, sehen westliche Staaten nicht nur kaum eine Notwendigkeit des Eingreifens, sondern auch keine Möglichkeit. Trotz dieses peripheren Status, der Algerien innerhalb der Weltöffentlichkeit zugewiesen wird, zeigen sich am Beispiel der algerischen Tragödie wichtige grundsätzliche Strukturen und Mechanismen des Umgangs der westlichen Welt mit islamischen Kulturen sowie interessante Bedeutungsverschiebungen im Hinblick auf den Islam im historischen Wandel.

Der Terrorismus und die damit einhergehenden brutalen Gewalttaten erscheinen auf den ersten Blick als das Hauptproblem in Algerien. Die Analyse hat gezeigt, daß der Terrorismus eine historisch verortete Problematik ist, die sich im Rahmen historischen Wandels unter verschiedenen Vorzeichen manifestiert. Im Mediendiskurs wird diese Problematik jedoch aus ihrem Entwicklungskontext herausgelöst und unter aktuellen Gesichtspunkten dargestellt. So entsteht ein Bild der Aneinanderreihung von Massakern. Diese Betrachtungsperspektive führt dazu, daß die Gründe für die Terrorschneise nicht mehr erkennbar sind.

Im politischen Diskurs wird eine ähnliche Perspektive verfolgt. Da sich die blutigen Kämpfe auf algerischem Territorium vollziehen und keine anderen Staaten direkt tangiert werden, er-

¹²⁸⁷ ALG-Z-8

scheint das Gewaltszenario als inneralgerisches Problem. Die Analyse hat jedoch gezeigt, daß der Terror in seiner geschichtlich verorteten Bedeutung durchaus Anknüpfungspunkte für die westlichen Staaten bietet. Die Entwicklung des Terrorismus zwischen nationaler Befreiung und religiös-moralischer Legitimation steht unter anderem in einem Bezug zur Geschichte des Kolonialismus und damit zur Position westlicher Staaten. Diese Bezüge werden im politischen Diskurs jedoch ignoriert.

Westliche Politiker betrachten die gegenwärtige globale Konstellation ahistorisch, so daß eine indirekte, historisch vermittelte Verantwortung für die aktuellen Figurationen in Algerien unsichtbar gemacht wird. Ähnliche Verdrängungsprozesse zeigten sich bereits bei den Beispielen Irak und Iran. Indem die algerische Entwicklung losgelöst von der westlichen Welt betrachtet wird, kann die globale Figuration einer Entwicklungskritik entzogen werden. Die Standpunkte und Positionen westlicher Staaten werden damit als unhinterfragbar gegeben definiert, so daß zwangsläufig Ansätze zur Problemlösung nur auf der Seite des Konfliktherdes – in diesem Fall Algerien – gesehen werden (können). Wie ein Blick auf die politische Entwicklung Algeriens nahelegt, sind die desolaten politischen Strukturen unter anderem eine Folge der früheren französischen Kolonialpolitik.¹²⁸⁸ Damit wäre im politischen Diskurs ein Ansatzpunkt für eine Betrachtung der gegenwärtigen Problematik unter verantwortungsethischen Gesichtspunkten gegeben.

Seitens der Vereinten Nationen herrscht eine Betrachtungsperspektive vor, die sich am Kurs der algerischen Regierung orientiert. Die Institution geht von dem Oppositionspaar Täter versus Regierung aus, so daß aus diesem Blickwinkel die Position des Staates, die dieser in dem Konflikt einnimmt, kaum kritisiert werden kann. Hier ist der Mediendiskurs wesentlich kritischer, denn er stellt die politische Legitimation des Staatswesens durchaus in Frage.

Die Analyse hat jedoch gezeigt, daß sich verschiedene Konfliktquellen und –mechanismen überlagern und dabei sowohl die Regierung als auch islamische Terroristen an der Gewalteskalation beteiligt sind. Das politische System Algeriens war nach der Unabhängigkeit durch autoritäre Strukturen geprägt, so daß sich keine demokratischen und zivilgesellschaftlichen Prinzipien etablieren konnten. Machtmißbrauch und soziale Ungerechtigkeit bildeten einen der Gründe für die Opposition der Bevölkerung gegen den Staat und die zunehmende Unterstützung islamischer Gruppierungen.

Diese Entwicklung scheint jedoch im Rahmen der internationalen Beziehungen keine Bedeutung zu haben. Da das algerische Regime als Garant für Stabilität anerkannt war, wurde es im globalen Rahmen als Wirtschaftspartner akzeptiert. Damit sich die internationalen Beziehungen

¹²⁸⁸ Damit soll nicht gesagt sein, daß die koloniale Vorgeschichte des unabhängigen Algerien der einzige Grund für die Fehlentwicklungen in der algerischen Politik ist.

wiederum indirekt gegen die algerische Bevölkerung, da die Politik des Regimes, daß nach innen eher für politische Unterdrückung und soziale Mißwirtschaft stand, auf internationaler Ebene legitimiert wurde. Dieser umfassende Kontext führte wiederum dazu, daß sich in Algerien eine grundsätzliche Oppositionshaltung gegen westliche Staaten (und nicht nur gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich) entwickeln konnte, die vor allem im Hinblick auf religiöse Ideologien eine besondere Rolle spielt.

Wie die Analyse verdeutlicht hat, gewann der Islam in Algerien in den Augen der Bevölkerung im Zuge des Kampfes gegen Frankreich den Stellenwert eines Mittels der kulturellen Selbstbestätigung. Diese Entwicklung bildete für Gruppierungen wie die Heilsfront einen Ansatzpunkt für ihre politische Legitimation. Indem die Weltstaatengemeinschaft diesen Identifikationsprozeß nicht zur Kenntnis nimmt, blockiert sie die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit der Algerienproblematik.

Im politischen Diskurs wird die Frage nach der Bedeutung des Islam nicht wirklich aufgegriffen. Das Bild eines islamischen Gottesstaates wird zur Schreckensvision westlicher Staaten, ohne daß dabei der Blick auf die tatsächlichen kulturell-religiösen Identifikationen der Bevölkerung fallen würde. Eine Unterstützung des herrschenden Regimes im internationalen Kontext zwecks Verhinderung einer Machtübernahme durch islamische Gruppierungen führt jedoch dazu, daß sich die Oppositionshaltung der Algerier gegen westlichen Einfluß nur verstärkt, da ja ein politisches System gegen die Interessen der Bevölkerung gestützt wird.

Die Heilsfront wirft den Vereinigten Staaten und Frankreich vor, das herrschende Regime aus wirtschaftlichen Gründen zu unterstützen. Die Tatsache, daß westliche Staaten es aus wirtschaftspolitischen Erwägungen in Kauf nehmen, totalitäre Regime zu stützen, wurde ja bereits im Hinblick auf den Irak und den Iran dargelegt. Auch im Falle Algeriens erscheinen westliche Aktivitäten in den Augen der Bevölkerung, gegen die sich die Wirtschaftspolitik westlicher Staaten ja indirekt häufig richtet, dann auch auf politischer Ebene als nicht akzeptabel. Die politische Strategie der Vereinigten Staaten im Hinblick auf Algerien läßt dieses grundsätzliche Mißtrauen als durchaus gerechtfertigt erscheinen.

Die Bundesrepublik führt einen Algeriendiskurs lediglich im Hinblick auf algerische Asylbewerber. In diesem Zusammenhang werden die Interessen der Bundesrepublik – hier die Aufnahme von möglichst wenigen Asylbewerbern – als vorrangig vor der Situation der algerischen Flüchtlinge behandelt. Diese Politik des Eigeninteresses zeigt, daß Prinzipien einer übergeordneten Verantwortung im politischen Diskurs fehlen. Der Vergleich zwischen der Gefahreinschätzung für Algerier und für Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes in Algerien belegt eine vorherrschende Doppelmoral.

Die Frage der Macht umfaßt in Algerien verschiedene Aspekte. Seitens des herrschenden Regimes würde eine Verhandlungsbereitschaft mit der Islamischen Heilsfront die eigene Machtposition untergraben, da die FIS ja mit der Ambition, die Regierung abzulösen, angetreten war. Seitens islamischer Gruppierungen, die für den sich steigernden Terror verantwortlich sind, zeichnet sich keine Möglichkeit ab, die eigenen Machtansprüche durchzusetzen, so daß der einzige Weg zu einer Machtdemonstration eine Steigerung der Gewalttaten zu sein scheint. Die Regierung führt einen „Normalisierungsdiskurs“, demzufolge nur der Terror beendet werden müßte, um die algerische Politik wieder zu stabilisieren. Damit werden jedoch die Ursprünge der Gewalt, nämlich eine Opposition gegen die Regierung, der Wahrnehmung entzogen.

Die Instrumentalisierung des Islam im politischen Kampf führt wiederum dazu, daß westliche Staaten keine Möglichkeit zur Intervention sehen, da in ihren Augen eine Wirksamkeit der Religion in der politischen Sphäre nicht zu tolerieren ist. Davon abgesehen zeigt es sich, daß auch islamische Gruppierungen – ähnlich wie das herrschende Regime – anscheinend weniger an wirklicher politischer Gestaltung, sondern eher an politischer Macht interessiert sind. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint eine Auseinandersetzung mit der Islamproblematik aus ihrer Sicht überhaupt nicht wünschenswert zu sein.

Die Entwicklung in Ländern wie dem Iran läßt eine vorurteilsfreie Betrachtung des Stellenwertes des Islam in Algerien kaum zu. Interessant ist jedoch, daß westliche Staaten anscheinend an den Bezügen der algerischen Befreiungsfront zur Religion keinen Anstoß nahmen, obwohl der Islam sogar als Staatsreligion in der Verfassung verankert wurde. Es scheint jedoch eher überhaupt keine Auseinandersetzung mit diesem Sachverhalt stattzufinden. Dies ist insofern für die Einschätzung der Lage in Algerien fatal, als ja die religiösen Bezüge der Regierung den sie bekämpfenden islamischen Gruppierungen überhaupt die Ansatzpunkte für eine „islamische Kritik“ der herrschenden Verhältnisse lieferten und damit die Argumente des Regimes gegen es wendeten.

Da sowohl im politischen Diskurs Algeriens als auch im Diskurs deutscher Medien Islam im Zuge der zunehmenden Brutalisierung der Auseinandersetzung immer mehr mit Terror gleichgesetzt wird, findet die Wahrnehmung der Religion durch westliche Staaten zunehmend unter negativen Vorzeichen statt. Dies verhindert wiederum, daß die tatsächlichen religiös-kulturellen Bezüge der algerischen Bevölkerung gesehen werden können. Eine Lösung des algerischen Konflikts auf innenpolitischer Ebene erscheint kaum möglich zu sein. So haben denn auch die Heilsfront und andere islamische Gruppierungen bereits um internationale Vermittlung gebeten. Da jedoch das Verhältnis westlicher Staaten zu Algerien historisch und politisch aufgeladen ist, wäre es zunächst einmal notwendig, diese historischen Beziehungen ebenfalls zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zu machen. Nicht nur das Beispiel Algerien, sondern auch die Analyse der Kons-

tellationen im Hinblick auf den Irak und den Iran zeigen, daß westliche Staaten ihre eigenen Ausgangsvoraussetzungen im Geflecht der internationalen Beziehungen hinterfragen müßten, um für die Angehörigen islamischer Kulturen überhaupt akzeptable Gesprächspartner sein zu können.

Die Duldung von Menschenrechtsverletzungen im Kampf gegen islamische Gruppierungen sowie eine grundsätzlich strategische Ausrichtung außenpolitischer Bestrebungen, die moralische Gesichtspunkte außer acht läßt, illustrieren eine Doppelmoral, die eine Oppositionshaltung nicht-westlicher Staaten geradezu herausfordert. Vor dem Hintergrund, daß die internationalen Beziehungen durch eine Vormachtstellung westlicher Staaten geprägt sind, wird außerdem der Islam zu einem der wenigen Mittel für islamische Kulturen, dieser Macht Kräfte entgegenzusetzen. Es zeigt sich also, daß eine diskursive Auseinandersetzung über den Islam auch eine Auseinandersetzung über die Ausgangsvoraussetzungen westlicher Staaten beinhalten muß.

Das Programm der Europäischen Union zur Förderung eines Demokratisierungsprozesses beschreibt weitere notwendige Ansatzpunkte. In einem Land, in dem zivilgesellschaftliche Strukturen noch nicht existieren, müssen überhaupt erst die Voraussetzungen für einen demokratischen Staat auf gesellschaftlicher Ebene geschaffen werden. Damit ein solches Programm jedoch nicht als westliche Intervention und Einflußnahme erscheint, müßten auch die westlichen Staaten gefordert und in den propagierten „Dialog der Religionen und Kulturen“ miteinbezogen werden. Wichtig erscheint auch, daß es nicht ausreicht, die Möglichkeiten einer reformorientierten Entwicklung Algeriens nur vor dem Hintergrund westlicher Denktraditionen auszuloten. Der Stellenwert des Islam auf der kulturellen und religiösen Ebene zeigt, daß eine politische Neuorientierung auch diese Elemente aufgreifen muß. Damit jedoch westliche Staaten die Entwicklung von am Islam orientierten Demokratien – eine Konstruktion, die nicht unbedingt innere Widersprüche beinhaltet¹²⁸⁹ – überhaupt akzeptieren könnten, müßten sie ihr eigenes Islamverständnis erweitern beziehungsweise relativieren.

7.4 Zukunftsperspektiven für einen internationalen Dialog und wechselseitige Anerkennung im globalen Kontext

Die bisherige Analyse hat zweierlei gezeigt. Zum einen entwickeln sich zwischen westlichen und islamischen Kulturen im globalen Gefüge zunehmend Konflikte, deren Bedrohungspotential eine Auseinandersetzung mit den Konfliktursachen notwendig erscheinen läßt. Zum anderen wurde deutlich, daß die speziellen Aspekte islamischer Kulturen nicht den primären Auslöser für die bestehenden Konfliktlagen bilden.

¹²⁸⁹ Auf die Möglichkeiten des Islam im politischen Kontext sowie auf die grundsätzlichen Auseinandersetzungen über den Islam in islamischen Kulturen wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

Diese Einschätzung mag zunächst paradox erscheinen, da der Islam vor allem im Zusammenhang mit als „fundamentalistisch“ eingeschätzten Bewegungen im politischen Diskurs als Problemquelle dargestellt wird. Andererseits wurde im Zuge der Analyse deutlich, daß sowohl im Politik- als auch im Mediendiskurs kaum auf islamische Lebensrealitäten eingegangen wird. Der Islam wird im globalen Kontext also hauptsächlich anhand radikaler islamischer Gruppierungen dargestellt und wahrgenommen, so daß implizit eine Überbewertung von angeblich religiös motivierten Konflikten stattfindet. Wenn aber der Islam somit nicht das grundsätzliche Problem in den internationalen Beziehungen darstellt, muß die Frage gestellt werden, warum eine Auseinandersetzung zwischen westlichen und islamischen Kulturen dennoch notwendig ist. Bereits im Zusammenhang mit der Darstellung bestehender Figurationen im globalen System wurde deutlich, daß die internationalen Beziehungen zwar noch von westlichen Staaten dominiert werden, aber andere Kulturen im Zuge einer Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten ihren Einfluß auf die Weltpolitik zunehmend stärken und damit auch ihr kulturelles Selbstbewußtsein steigern.¹²⁹⁰ Huntington spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „kulturellen Renaissance“ islamischer Länder.¹²⁹¹

Der Zusammenhang zwischen einer verstärkten Bedeutsamkeit kultureller Aspekte im internationalen System und der Entwicklung von Konflikten läßt sich dabei wie folgt darstellen:

„Erstens hat das muslimische Bevölkerungswachstum riesige Scharen arbeitsloser und entfremdeter junger Menschen produziert, die sich für die islamistische Sache einspannen lassen, Druck auf benachbarte Gesellschaften ausüben und in den Westen auswandern. Zweitens hat das islamische Wiedererstarken den Muslimen neues Vertrauen in die Eigenart und die Vorzüglichkeit ihrer Kultur und ihrer Werte gegenüber jenen des Westens geschenkt. Drittens erzeugen die gleichzeitigen Bemühungen des Westens um Universalisierung seiner Werte und Institutionen, Aufrechterhaltung seiner militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit und Einflußnahme auf Konflikte in der muslimischen Welt enorme Erbitterung unter den Muslimen. Viertens beseitigte der Zusammenbruch des Kommunismus einen gemeinsamen Feind des Westens und des Islam und ließ beide als die deutliche Hauptbedrohung des jeweils anderen zurück. Fünftens stimulieren der wachsende Kontakt zwischen Muslimen und Westlern und deren zunehmende Vermischung in beiden ein neues Gefühl für die eigene Identität und für den Unterschied dieser Identitäten voneinander. Interaktion und Vermischung verschärfen auch Differenzen über die Rechte der Mitglieder der einen Kultur in einem Land, das von Mitgliedern der anderen Zivilisation dominiert wird.“¹²⁹²

Die direkten Berührungspunkte zwischen westlichen und islamischen Kulturen verstärken sich also zunehmend. Konfliktpotentiale resultieren dabei aber nicht einfach aus Kulturkontakt oder Kulturdifferenz, sondern unter anderem aus dem Glauben westlicher Staaten an eine Universalität und Vormachtstellung westlicher Kultur.¹²⁹³

¹²⁹⁰ vergl. Huntington (1996): 119

¹²⁹¹ vergl. Huntington (1996): 143

¹²⁹² Huntington (1996): 338f

¹²⁹³ Hierbei scheint die Kultur aus westlicher Sicht zu einem Instrument der Selbstlegitimierung zu werden. Indem sich westliche Staaten auf die positiven Aspekte der eigenen kulturellen Entwicklung, wie sie sich beispielsweise in den demokratischen Systemen oder der Perspektive der Menschenrechte zeigen, berufen, werden die negativen Aspekte westlicher Dominanz im internationalen System verdrängt.

Diese Universalität stellt Huntington in Frage, weil die Vormachtstellung westlicher Kultur lediglich auf gewaltsamer Expansion und zunehmender Einflußnahme beruhe. Deshalb sei die Konsequenz aus einem solchen „Universalismus“ eher Imperialismus, und gerade ein solcher wird von nichtwestlichen Staaten auch zunehmend kritisiert.¹²⁹⁴

Da islamische Staaten in den internationalen Beziehungen zunehmend Geltung beanspruchen, erscheint eine Auseinandersetzung mit diesen Ansprüchen und damit einhergehend mit der Ausgangsbasis westlicher Staaten also unerlässlich. Die bisherige Analyse hat jedoch gezeigt, daß die Berührungspunkte, an denen ein fruchtbarer Dialog einsetzen könnte, sehr gering sind. Im Zusammenhang mit den Ausführungen zum Strukturalismus¹²⁹⁵ wurde erläutert, welche Bedeutung dem Prinzip wechselseitiger Verpflichtung zukommt. Beziehungen der Gegenseitigkeit bilden gewissermaßen Akte der Anerkennung. Eine solche wechselseitige Anerkennung wiederum ist – dies wurde im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Identitätstheorie¹²⁹⁶ deutlich – zur Verwirklichung individueller und kollektiver Identität unerlässlich.

Man könnte sogar so weit gehen und fragen, ob kulturelle Selbstverwirklichung nicht auch in den internationalen Beziehungen den Stellenwert eines Menschenrechts hat beziehungsweise haben sollte. Westliche Staaten werden geneigt sein, dieser Perspektive zuzustimmen, insofern dabei die grundsätzlichen individuellen Rechte, die die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen umfaßt, gewahrt sind. Im Hinblick auf die von islamischen Staaten dargestellten Perspektiven „islamischer Selbstverwirklichung“ erscheint dies jedoch nicht zweifelsfrei gegeben. Die Angehörigen islamischer Kulturen wiederum stellen den Geltungsbereich der Menschenrechte in Frage, da sie ihre eigenen kulturellen Perspektiven teils nicht berücksichtigt finden.

Im Rahmen der bisherigen Analyse hat sich gezeigt, daß westliche Staaten die internationalen Beziehungen auf den Ebenen der Wirtschaft und der Politik dominieren. Die politische Kultur ist von einem Eigeninteresse des Westens geprägt. Historische (Fehl-)Entwicklungen werden dabei ausgeblendet. Vor dem Hintergrund eines impliziten Universalitätsanspruchs, der sich unter anderem in der Berufung auf die Errungenschaften der Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte manifestiert, erscheint damit die westliche Identität in den internationalen Beziehungen ungebrochen und vor allem unhinterfragbar.

In der Auseinandersetzung zwischen westlichen und islamischen Kulturen wird jedoch deutlich, daß diese Vormachtstellung im globalen Gefüge von Angehörigen islamischer Kulturen nicht länger akzeptiert wird. Aufgrund der dargestellten strukturellen, inneren Verfassung diverser

¹²⁹⁴ vergl. Huntington (1996): 511

¹²⁹⁵ vergl. 2.1.1.2

¹²⁹⁶ vergl. 3.4

islamischer Staaten gewinnt für diese die kulturell-religiöse Sphäre zunehmend an Bedeutung. Dies liegt unter anderem daran, daß das Prinzip des Nationalstaates mit seinen zivilgesellschaftlich orientierten Identifikationen in der islamischen Welt kaum etabliert ist. Dort bilden sich Loyalitäten eher zwischen Familie, Sippe oder Stamm auf der einen und auf der Grundlage von Kultur und Religion auf der anderen Seite aus.¹²⁹⁷

In den internationalen Beziehungen prallen also verschiedene Identifikationsmuster aufeinander. Der von Huntington skizzierte „Kampf der Kulturen“ resultiert dabei nicht etwa aus einer Differenz zwischen den Kulturen und eventuellen Unvereinbarkeiten. Es sieht eher so aus, als ob die bestehenden Konflikte um die Frage von Macht und Einfluß im globalen Gefüge kreisen. Die Aspekte, auf die sich westliche und islamische Staaten berufen, sind dabei allerdings durchaus kultureller Natur. Betrachtet man beispielsweise die Vereinten Nationen als Weltstaatengemeinschaft, die von westlichen Staaten dominiert wird,¹²⁹⁸ so wird deutlich, daß die Organisation sich auf zentrale Leitbilder wie die Idee der Menschenrechte, die kulturell determiniert ist, beruft. Diese Idee wird aber durch die im politischen Diskurs vorherrschende Doppelmoral westlicher Staaten in den Augen islamischer Staaten diskreditiert, da sie häufig zur Stabilisierung der Vormachtstellung westlicher Staaten instrumentalisiert wird. Vor diesem Hintergrund entwerfen islamische Staaten zunehmend eigene Weltbilder, die diese Vormachtstellung auf der Basis islamischer Werte in Frage stellen.

Im Prinzip wird also – zumindest auf der internationalen Ebene – eine Machtfrage kulturalisiert. Westliche Staaten lehnen auf Basis des Islam definierte Geltungsansprüche ab, weil sie vorgeblich einem international anerkannten Universalismus widersprechen. Dieser propagierte Universalismus kann jedoch von islamischen Staaten unter anderem deshalb nicht akzeptiert werden, da er insofern nicht universal ist, als er im Eigeninteresse westlicher Staaten instrumentalisiert wird. Obwohl also kulturelle Aspekte nicht das ursächliche Problem darstellen, ist eine Auseinandersetzung über kulturelle Fragen unerlässlich, da sämtliche Konfliktparteien sich auf diese beziehen.¹²⁹⁹

Vor diesem Hintergrund sollen zwei spezielle Aspekte diskutiert werden. Zum einen scheint es geraten, nach Möglichkeiten für einen neuen Universalismus, der sich auf ein modifiziertes

¹²⁹⁷ vergl. Huntington (1996): 280

¹²⁹⁸ Auf diesen Aspekt wird im Verlauf des Abschnitts noch näher einzugehen sein.

¹²⁹⁹ Am Beispiel Algerien wurde dargestellt, daß verschiedene Wissenschaftler die Entwicklung von islamisch geprägten Demokratien für möglich und auch für sinnvoll erachten. Solche Modelle werden jedoch von westlichen Staaten häufig als nicht menschenrechtskonform abgelehnt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Ablehnung nicht auch daraus resultiert, daß westliche Universalitätsansprüche hier einer Neuinterpretation unterzogen werden sollen. Islamische Kulturen beanspruchen zunehmend ein Recht auf kulturelle Selbstentfaltung, das auch in den internationalen Beziehungen seinen Niederschlag finden soll. Zumindest mit diesem Anspruch müssen sich westliche Staaten folglich auseinandersetzen. Dies sagt noch nichts darüber aus, in welcher Art und Weise kulturell definierte Ansprüche und Identifikationen im globalen System auf Dauer ihren Niederschlag finden sollen und können. Die zunehmend konfrontative Haltung westlicher und islamischer Kulturen in dieser Frage zeigt jedoch, daß eine wechselseitige Auseinandersetzung über diese Fragen unerlässlich ist.

Menschenrechtskonzept bezieht, an dem auch islamische Kulturen Anteil haben, zu suchen. Deshalb soll dargestellt werden, wie eine islamisch orientierte Kultur- und Weltansicht sich mit Menschenrechten im Sinne der Vereinten Nationen vereinbaren läßt. Weiter soll die Frage, wie Menschenrechte im allgemeinen und ein neu zu definierender Menschenrechtsuniversalismus im besonderen institutionell verankert werden können, aufgegriffen werden.

7.4.1 Universalismus und islamische Identität – Möglichkeiten diskursiver Auseinandersetzung

In der Diskussion über das Verhältnis des Islam zu den Menschenrechten wird häufig auf die Divergenz zwischen den auf das Individuum bezogenen Menschenrechten und dem Primat der Gemeinschaft innerhalb des Islam verwiesen. Bassam Tibi beispielsweise konstatiert, daß ein Eingang der Moderne in den Islam am Widerstand der Muslime gegen ein Reflexiv-Werden des Religiösen im kulturellen System gescheitert sei. Da der Islam von Muslimen als Einheit von Welt und Religion aufgefaßt werde, könne es aus diesem Blickwinkel keine Trennung von Weltlichem und Religiösem geben. Dies führe dazu, daß der Mensch aus islamischer Sicht nicht als Subjekt aufgefaßt werden könne, sondern nur als Mitglied einer Gemeinschaft.¹³⁰⁰ Tibi räumt allerdings ein, daß es auch Angehörige des Islam gebe, die sich für eine Harmonie von göttlicher Offenbarung und menschlicher Vernunft als islamische Weltansicht aussprechen.¹³⁰¹

Wirft man einen Blick auf die Entwicklung der allgemeinen Menschenrechte, so zeigen sich einige Ähnlichkeiten zu dieser Sichtweise. So war die Debatte im revolutionären Frankreich unter anderem von der Frage geprägt, wie individuelle Rechte und die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft in Einklang gebracht werden könnten.¹³⁰² Der Widerspruch wurde aufgelöst, indem die individuelle Unabhängigkeit innerhalb der Gemeinschaft definiert wurde und nicht als Abgrenzung von der Gesellschaft.¹³⁰³ Vor diesem Hintergrund ließe sich selbst die von Tibi als vormodern eingeschätzte Islam-Perspektive also grundsätzlich mit der Idee individueller Rechte vereinbaren.

Dem hält Tibi jedoch entgegen, daß im Islam die Gemeinschaft der Gläubigen den höchsten Platz einnehme und vor dem Individuum rangiere. Es gebe keine Tradition, die dem Menschen Rechte gegenüber der Gesellschaft zugestehe. Die Universalität der Menschenrechte basiere auf der Vorstellung der Menschheit als Einheit, während der islamische Fundamentalismus sich auf

¹³⁰⁰ vergl. Tibi, Bassam (1991): Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie, Frankfurt 1993, 2. Aufl.: 21; 54; 79

¹³⁰¹ vergl. Tibi (1991): 99

¹³⁰² vergl. Gauchet, Marcel (1989): Die Erklärung der Menschenrechte. Die Debatte um die bürgerlichen Freiheiten 1789, Reinbek bei Hamburg 1991: 87

¹³⁰³ vergl. Gauchet (1989): 272

eine Einheit der Menschheit auf Basis einer Vorherrschaft des Islam berufe.¹³⁰⁴ Interessant ist die Einschränkung, die Tibi im Hinblick auf islamischen Fundamentalismus vornimmt. Wie die Analyse der Länderbeispiele gezeigt hat, existieren in islamischen Ländern tatsächlich Gruppierungen, die einen solchen Absolutheitsanspruch vertreten, doch stimmt diese Perspektive nicht unbedingt mit der Haltung der Bevölkerung überein.

Es stellt sich also die Frage, welche Akteure in islamischen Kulturen überhaupt die vorherrschende Islamperspektive prägen und unter welchen Vorzeichen eine diskursive Auseinandersetzung stattfindet. Tibi kritisiert eine Tendenz zur Konservierung bestehender Verhältnisse:

„Die islamische Zukunftsvorstellung ist rückwärts gerichtet und hat die Vergangenheit des siebten Jahrhunderts als Maßstab für jede politische, soziale und ökonomische Entwicklung. Auch bei der Bewältigung der Gegenwartsfragen ist der Koran für den orthodoxen Muslim die zentrale Quelle.“¹³⁰⁵

Dieser Rückwärtsorientierung setzt er ein Prinzip der Innovation als „Entfaltung neuer Formen aus den bestehenden autochthonen Kulturmustern und deren Bereicherung durch fremde Elemente“¹³⁰⁶ entgegen. Wandel werde in islamischen Kulturen jedoch verhindert, da das religiöse Alltagsbewußtsein sich Veränderungen widersetze.¹³⁰⁷ Als einen der Gründe für eine solche Starrheit nennt Tibi das islamische Bildungssystem, das tendenziell eher auf eine tradierte Vermittlung von Wissen als auf „Wahrheitssuche“ ausgerichtet sei.¹³⁰⁸ Der Sozialisationsprozeß in islamischen Kulturen sei dabei auf Stabilisierung des Bestehenden ausgerichtet. Tibi räumt jedoch ein, daß auf einer nichtintentionalen Ebene islamische Werte bereits durch einen real stattfindenden Wandel überlagert und Neubestimmt würden.¹³⁰⁹

Der Wunsch nach Stabilität steht jedoch nicht nur in Bezug zu einem Wunsch nach Konservierung bestehender Verhältnisse als Perspektive der Vergangenheitsorientierung, sondern er ist auch Resultat sich vollziehender Modernisierung:

„Der naheliegendste, entscheidendste und stärkste Grund für den weltweiten Aufschwung der Religion ist genau derjenige, der eigentlich den Tod der Religion bewirken sollte: es ist die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die ganze Welt erfaßt hat. Althergebrachte Identitätsquellen und Herrschaftssysteme sind geplatzt. Die Menschen ziehen vom Land in die Stadt, verlieren den Kontakt zu ihren Wurzeln und ergreifen neue Berufe oder haben keinen mehr. Sie interagieren mit sehr vielen Fremden und sind neuartigen Beziehungssystemen ausgesetzt. Sie brauchen neue Quellen der Identität, neue Formen einer stabilen Gemeinschaft und neue moralische Anhaltspunkte, die ihnen ein Gefühl von Sinn und Zweck vermitteln. Die Religion – die der Hauptströmung wie die fundamentalistische – befriedigt diese Bedürfnisse.“¹³¹⁰

Folgt man diesem Gedankengang, so ist anzunehmen, daß die propagierte Statik islamischer Weltanschauung längst von Wandlungsprozessen unterlaufen ist, jedoch noch keine diskursiven

¹³⁰⁴ vergl. Tibi, Bassam (1994): Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte, München 1994: 25

¹³⁰⁵ Tibi, Bassam (1984): Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt 1991, 3. Aufl.: 55

¹³⁰⁶ Tibi (1984): 72

¹³⁰⁷ vergl. Tibi (1984): 74

¹³⁰⁸ vergl. Tibi (1984): 140

¹³⁰⁹ vergl. Tibi (1984): 146

¹³¹⁰ Huntington (1996): 146

Strategien existieren, um diesen Wandel auf einer bewußten Ebene zu verarbeiten.¹³¹¹ Tibi unterscheidet bei seiner Darstellung der Entwicklungsperspektiven des Islam nicht zwischen den unterschiedlichen Akteuren, die den bestehenden Islamdiskurs prägen. Die Sphären von Staat, Bevölkerung und islamischen Gruppen werden nicht in ihren je spezifischen Ausprägungen betrachtet, sondern Tibi geht von einem eher einheitlichen Islambild aus.

Die Analyse des Stellenwerts des Islam im Irak und Iran sowie in Algerien hat jedoch bereits verdeutlicht, wie unterschiedlich die jeweiligen Perspektiven ausfallen können, die im Hinblick auf den Islam eingenommen werden. Abdulkader Irabi beispielsweise weist auf eine Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft hin, die sich in islamischen Bewegungen manifestiere:

„Die arabische Welt erlebt seit den siebziger Jahren eine Islamisierungswelle, die sich teils in überfüllten Moscheen, ... aber auch in der Radikalisierung von Religion und Tradition sowie in Militanz gegen den Staat artikuliert. Dem aufmerksamen Beobachter fällt dabei zweierlei auf: ersten eine relative Selbstständigkeit von Religion und Tradition gegenüber dem Staat mit zunehmender Entfremdung von Staat und Gesellschaft; das Alltagsleben wird immer mehr durch Tradition und Religion reglementiert, auch in den Städten, mehr aber noch auf dem Land; zweitens eine damit korrelierende Aushöhlung staatlicher Autorität. Man kann sagen, der Staat habe seine Hegemonie gegenüber der Gesellschaft eingebüßt. Die Militanz richtet sich primär gegen den Staat; aufgrund von Korruption, Unfähigkeit und Machtmißbrauch hat die Bevölkerung das Vertrauen in ihn verloren.“¹³¹²

Islamische Bewegungen können sich also gezielt gegen die Interessen einer Staatsführung richten, was ja auch am Beispiel Algerien bereits deutlich wurde.

Eine solche Art des „Protest-Islam“, wie er beispielsweise von der Islamischen Heilsfront in Algerien vertreten wird, entfaltet jedoch zumeist keinen kulturellen Wandel, da er stets in Gefahr ist, zum Mittel der Machtlegitimierung instrumentalisiert zu werden. Vor einem solchen Hintergrund ist wiederum keine inhaltliche Auseinandersetzung möglich. Abdulkader Irabi unterscheidet deshalb zwischen einem Fundamentalismus, den er eher im Kontext des Protests sieht, und einem Islamismus, der Auseinandersetzung und Wandel anstrebe:

„Während ... die Islamisten eine islamische Moderne anstreben, vertreten die Fundamentalisten eine konservativ islamische Richtung mit nativistischem, manichäischem und autoritärem Charakter. Beide Bewegungen stellen einen Protestislam dar, der mangels sozialer Bewegungen das Unbehagen an der politischen Kultur auffängt. Infolge der Desavouierung bestehender Ideologien wird der Islam zur Alternative erhoben. Der Islamismus ist also eine Bewegung, die die Krise der arabischen Systeme ausdrückt. Hingegen läuft der Fundamentalismus Gefahr, den Islam als Heilslehre zu verabsolutieren und die aktuellen Belange der Gesellschaft zu vernachlässigen. Der Fundamentalismus-Diskurs ist antipluralistisch und kann zu Spannungen mit anderen konfessionellen Gruppen führen.“¹³¹³

Die Schwerpunktsetzungen und Ausrichtungen der verschiedenen islamischen Bewegungen sind dabei sehr unterschiedlich. Einige Gruppen fordern eine entdogmatisierung des Islam und seine

¹³¹¹ Die Tatsache, daß bestimmte islamische Gruppierungen in ihrer politischen Argumentation die Statik islamischer Weltauffassung gezielt hervorheben, ist kein Gegenbeweis. Bei der Analyse der Länderbeispiele wurde bereits deutlich, daß eine Instrumentalisierung religiöser Gegebenheiten nicht unbedingt Lebensrealitäten widerspiegelt, sondern eher ein Mittel zur Monopolisierung von Machtansprüchen darstellt.

¹³¹² Irabi, Abdulkader (1996a): Die islamischen Bewegungen in der arabischen Welt, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 1-25: 1

¹³¹³ Irabi (1996a): 7

Anpassung an die Moderne. Andere wiederum setzen sich für eine Transformation der Gesellschaft hin zu mehr religiöser Orientierung ein. Gruppen mit einer aufgeklärten intellektuellen Orientierung propagieren eine islamische Moderne, die sich unabhängig von westlichen Wertmodellen entwickeln sollte. Sie postulieren aus dem Islam abgeleitete Demokratiemodelle, setzen sich für Pluralismus, Mehrparteiensysteme, Gewaltenteilung und die Gewährleistung von Rechten ein. Die Traditionalisten orientieren sich hingegen an einer konventionellen Religiosität. Von fundamentalistischen Gruppierungen werden die religiösen Einstellungen radikalisiert. Militanz richte sich hier nicht nur gegen den Staat, sondern auch gegen die Gesellschaft, sofern diese den religiös-dogmatischen Einstellungen nicht entspreche.¹³¹⁴ Diese Vielfalt islamischer Strömungen beinhaltet einige Ansatzpunkte, die in eine diskursive Auseinandersetzung über die internationale Geltungskraft des Islam einfließen könnten und auch seitens westlicher Staaten akzeptabel wären.

Das Potential zu einer Auseinandersetzung aus Sicht islamischer Kulturen muß jedoch auch vor dem Hintergrund der internationalen Machtverteilung gesehen werden. So weist Irabi darauf hin, daß islamische Gesellschaften mit der Frage der Modernisierung zumeist aus einer Perspektive westlicher Dominanz konfrontiert waren und sind:

„Der Zusammenprall von islamischem Traditionalismus und westlicher Moderne erschütterte die Gesellschaft nachhaltig und verursachte einen Dauerkonflikt um die Modernisierungsstrategien. Modernisierung ist also nicht aus der gesellschaftlichen Dynamik heraus entstanden, sondern als Reaktion auf die europäische Herausforderung. Diesen Prozeß einer fehlgeleiteten Modernisierung hat die arabische Gesellschaft bis heute noch nicht verarbeitet. Gerade der Kollaps der Modernisierung liegt der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft zugrunde und ist damit eine der Ursachen des Fundamentalismus.“¹³¹⁵

Möglichkeiten zur Überwindung islamistischer Tendenzen in arabischen Gesellschaften werden unter anderem in einer Demokratisierung gesehen. Gleichzeitig müsse sich der Islam innerhalb der Demokratie reformieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Verhältnis zwischen Orient und Okzident. Der Islamismus ist im Kontext europäisch-arabischer Konfrontation zu sehen. Islamismus läßt sich aus diesem Blickwinkel als Verarbeitung der westlichen Präsenz auf der Basis islamischer Tradition verstehen. Eine Entspannung sei deshalb durch eine Abkehr von einer okzidentalen Hegemonie zu erreichen.¹³¹⁶ Folgt man der Argumentation von Irabi, so hängen die Möglichkeiten für eine diskursive Auseinandersetzung über den Geltungsbereich des Islam nicht nur davon ab, inwieweit islamische Kulturen beziehungsweise Gruppierungen dazu in der Lage sind, sich mit Grundsatzfragen wie der Bedeutung der Menschenrechte auseinanderzusetzen. Vielmehr werden westliche Kulturen nicht umhin kommen, ihre eigenen Perspektiven des Islam und ihre eigene Geltung im Rahmen der internationalen Beziehungen zu überdenken.

¹³¹⁴ vergl. Irabi (1996a): 15f

¹³¹⁵ Irabi (1996a): 19

¹³¹⁶ vergl. Irabi (1996a): 21

Die Probleme islamischer Kulturen, Wandlungsprozesse zu verarbeiten, resultieren jedoch auch aus der geistesgeschichtlichen Tradition der arabischen Region. Die Entwicklung der Menschenrechtsidee erforderte in westlichen Kulturen gravierende Umwälzungen, die bisherige kulturelle Traditionen des Westens grundlegend veränderten.¹³¹⁷ Eine solche geistige Erneuerung im Sinne der Aufklärung fand in arabischen Staaten hingegen nicht statt. Diese Tatsache macht Irabi unter anderem dafür verantwortlich, daß die intellektuelle Elite in arabischen Staaten nicht sozialkritisch radikal, sondern eher der Tradition zugewandt sei. Traditionalismus wiederum blockiere eine kritische Kultur, geistige Erneuerung und sozialen Wandel.¹³¹⁸

Einen weiteren Grund, der der Etablierung reformerischer Diskurse entgegensteht, sieht Irabi in der Verfassung islamischer Staaten und den bestehenden Herrschaftsverhältnissen:

„Sowohl progressive wie islamische Intellektuelle strebten eine Modernisierung an, die einen durch Säkularisierung, die anderen mit dem Islam. Der autoritäre Staat ließ jedoch wenig Raum für die Entwicklung eines Intellektuellen-Diskurses. Er übte weitgehende Repression auf die Intellektuellen aus, indem er ihre Produktion zensierte. Die Kommunikation von Intelligenz und Macht ist also gestört; das Kultursystem ist meist personifiziert und allein in den Dienst der Herrschaft gestellt. Kritik als ein wesentliches Moment der Moderne ist unzulässig.“¹³¹⁹

Vergegenwärtigt man sich, in welchem Maße westliche Staaten zur Stabilisierung autoritärer Regime in islamischen Kulturen beigetragen haben, so wird deutlich, daß der Westen einen nicht zu unterschätzenden Anteil an den fehlenden Entwicklungsperspektiven eines innovativen Islamdiskurses hat.

Obwohl die Rahmenbedingungen für eine diskursive Auseinandersetzung über den Stellenwert des Islam innerhalb der islamischen Kulturen selbst relativ ungünstig erscheinen, zeichnen sich vor allem gerade im Wissenschaftsdiskurs arabischer Staaten durchaus neue Ansatzpunkte ab. So wurden in den siebziger Jahren zunehmend Gründe für den Identitätsverlust in arabischen Gesellschaften untersucht. Dabei wurde unter anderem deutlich, daß verschiedene Wissenschaftlicher durchaus die Möglichkeit einer Verbindung zwischen islamischer Religion und demokratischer politischer Organisation sehen. Es zeigt sich also, daß im intellektuellen Diskurs nicht nur radikal religiöse und radikal säkular-demokratische Haltungen existieren, sondern daß auch vermittelnde Konzepte bestehen.¹³²⁰

Neuere soziologische Arbeiten zeichnen sich durch eine kritische Betrachtung des staatlichen Apparates aus und untersuchen die Monopolisierung von Macht. Die politische Soziologie im arabischen Raum plädiert zunehmend für eine Einschränkung der Herrschaftselite durch Gesetz-

¹³¹⁷ vergl. Gauchet (1989): 40

¹³¹⁸ vergl. Irabi, Abdulkader (1996b): Die Krise der arabischen Intellektuellen, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 44-61: 47

¹³¹⁹ Irabi (1996b): 52

¹³²⁰ vergl. Irabi, Abdulkader (1982): Zum Stand der gegenwärtigen arabischen Soziologie. Genese und Entwicklung der Soziologie bis in die 70er Jahre, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 62-79: 76

gebung, für die Etablierung demokratischer Prinzipien, für die Achtung der Menschenrechte und die Reform der administrativen und sozialen Organisation der Gesellschaft.¹³²¹ Die Analyse der Länderbeispiele hat jedoch bereits gezeigt, daß Reformen in diesen Bereichen kaum von den einzelnen Staaten in Eigenregie zu leisten sind, da bestehende autoritäre Regime sich Demokratisierungsprozessen entgegenstellen. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, welche Verantwortung der Weltstaatengemeinschaft hier zukommt. Es wurde bereits dargestellt, daß Menschenrechtsverletzungen von westlichen Staaten immer wieder als Hinderungsgrund für eine diskursive Auseinandersetzung mit islamischen Kulturen ins Feld geführt werden. Diese Haltung ist jedoch sehr zweischneidig, da die Legitimität westlicher Kritik an Menschenrechtsverletzungen aufgrund der Erfahrungen des Kolonialismus und Imperialismus von den betroffenen Staaten häufig angezweifelt wird.¹³²²

Heinz weist darauf hin, daß in den internationalen Beziehungen seitens der Industriestaaten bündnispolitische und wirtschaftspolitische Interessen fast immer Vorrang vor der Betrachtung der Menschenrechtssituation genießen.¹³²³ Der Verkauf von Rüstungsgütern könne sogar unmittelbar zur Verletzung der Menschenrechte beitragen.¹³²⁴ Es ist also augenscheinlich, daß westliche Staaten alleine schon, wenn sie ihre Wirtschafts- und Außenpolitik überdenken würden, einen indirekten Beitrag zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation leisten könnten, ohne aktiv in die Innenpolitik anderer Staaten einzugreifen. Betrachtet man die Entwicklungen im Irak und im Iran, so wird deutlich, daß westliche Staaten viele Jahre lang dazu beitrugen, daß autoritäre Regime aus eigenem Machtkalkül heraus Menschenrechtsverletzungen begehen konnten. Diese politisch repressive Situation beeinflußt wiederum – dies hat die Analyse gezeigt – auch das geistige Klima in islamischen Kulturen. Dadurch, daß westliche Staaten aufgrund ihrer indirekten Einflußnahme zuungunsten der jeweiligen Bevölkerungen zu einem Feindbild werden, wird die Möglichkeit einer diskursiven Auseinandersetzung über Berührungspunkte zwischen westlichen und islamischen Kulturen stark eingeschränkt beziehungsweise sogar verhindert. So fordert Konstantin Thun, daß von den Staaten in allen außenpolitischen Bereichen zunächst überprüft werden müsse, welche Auswirkungen politische Maßnahmen auf die Menschenrechtssituation im Zielland haben.¹³²⁵

Betrachtet man die tatsächliche Reichweite der Menschenrechte, so zeigt sich zudem, daß diese nicht allein auf der innenpolitischen Ebene von Staaten verwirklicht werden können. Die bürgerli-

¹³²¹ vergl. Irabi, Abdulkader (1995): Zum Stand der gegenwärtigen arabischen Soziologie. Soziologie in der Gegenwart, 1970 bis heute, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 80-121: 85ff

¹³²² vergl. Heinz, Wolfgang S. (1986a): Menschenrechte in der Dritten Welt, München 1986: 24

¹³²³ vergl. Heinz (1986a): 128

¹³²⁴ vergl. Heinz (1986a): 132

¹³²⁵ vergl. Thun, Konstantin (1993): Menschenrechtsdefizite in der deutschen Außenpolitik, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 143-151: 148

chen und politischen Rechte des Individuums bestehen zwar gegenüber dem jeweiligen Staat, doch gerade die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die in der Sozialcharta enthalten sind, hängen von den internationalen Beziehungen, von der Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch vom weltwirtschaftlichen Gefüge ab.¹³²⁶ Es stellt sich also die Frage, ob die Weltstaatengemeinschaft eine Verantwortung hat, sich aktiv für die Gewährleistung der Menschenrechte einzusetzen. In der Frage der Außen- und Wirtschaftspolitik wären die Möglichkeiten der indirekten Intervention durch einen grundsätzlichen Boykott der Zusammenarbeit mit Staaten, die Menschenrechtsverletzungen begehen, vom Prinzip her relativ leicht umzusetzen. Anders sieht es im Hinblick auf die Einflußnahme auf innerstaatliche Zusammenhänge aus. Staaten, die Menschenrechtsverletzungen begehen, berufen sich auf die nationale Souveränität und verbitten sich damit eine Einmischung von außen.¹³²⁷ Menschenrechtsorganisationen hingegen gehen davon aus, daß Souveränität dort an ihre Grenzen stoße, wo sie im Inneren Terror bedeute und nach außen auf die Negierung fremder Souveränität gerichtet sei.¹³²⁸

Ein exemplarisches Beispiel für eine solche Konstellation bildet der Irak, der sich über die Souveränität Kuwaits hinwegsetzte und gleichzeitig auf eigenem Territorium die kurdische und schiitische Bevölkerung verfolgt. Die Vereinten Nationen entschlossen sich in diesem Fall, eine Intervention zu befürworten, wobei das tatsächliche Eingreifen aufgrund der Beschlußlage im Sicherheitsrat schließlich nur im Sinne der Institution, nicht aber unter ihrer Regie stattfand.¹³²⁹ Wie die Analyse gezeigt hat, gelang es Saddam Hussein jedoch, diese Einflußnahme als einen Kampf westlicher Staaten gegen die islamische Welt darzustellen. Es wird also deutlich, daß es nicht ausreicht, von Fall zu Fall im Sinne einer Verteidigung der Menschenrechte zu agieren. Vielmehr müßten westliche Staaten zunächst einmal eine konsistente Haltung zu islamischen Kulturen aufbauen, damit eine Einflußnahme auf Akzeptanz stoßen könnte. Die in der Analyse verdeutlichte Doppelmoral, die die Aktivitäten westlicher Staaten prägt, führt dazu, daß einzelne Aktionen mit positiver Intention von den betroffenen Staaten nicht akzeptiert werden können.

In diesem Zusammenhang muß natürlich auch eine bestehende Interessendivergenz zwischen Staatsführungen und Bevölkerungen berücksichtigt werden. Die Beispiele Iran und Algerien haben verdeutlicht, daß die Haltung des Staates sich sehr von den geistigen Strömungen innerhalb der Bevölkerung unterscheiden kann. Dies bedeutet, daß sich vor einer diskursiven Auseinandersetzung über Menschenrechte und Universalismus zunächst die Frage stellt, ob Regie-

¹³²⁶ vergl. Heinz, Wolfgang S. (1986b): Ursachen und Folgen von Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1986: 26ff

¹³²⁷ vergl. Heinz (1986b): 13

¹³²⁸ vergl. Mohr, Manfred (1993): Einmischung für die Menschenrechte contra staatliche Souveränität?, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 88-100: 88

¹³²⁹ Auf die Konstellationen innerhalb der Vereinten Nationen wird im folgenden Abschnitt noch eingegangen.

rungen oder Bevölkerungen der Ansprechpartner der Weltstaatengemeinschaft sein müssen. So fordert Gottstein, daß das Individuum als Rechtssubjekt im Völkerrecht¹³³⁰ seinen Platz finden müsse.¹³³¹

Ein Punkt, der bei westlichen Staaten immer wieder Kritik hervorruft, ist die Perspektive der Regierungen islamischer Staaten, daß Schutzrechte des Individuums gegenüber dem Staat nicht notwendig seien, da kein Interessengegensatz zwischen beiden bestehe.¹³³² An diesem Punkt machen westliche Staaten häufig eine Unvereinbarkeit des Universalismus der Menschenrechte mit dem Islam fest. Dabei wird jedoch nicht bedacht, daß eine solche Perspektive seitens sich auf den Islam berufender Regierungen lediglich ein Mittel darstellt, um die eigene Machtposition unhinterfragbar zu festigen. Die Instrumentalisierung des Islam und nicht etwa der Islam selbst wird so zum Hinderungsgrund für eine diskursive Auseinandersetzung.

Bielefeldt geht von einem Prinzip der Menschenwürde aus, das die mündige Verantwortung jedes Individuums voraussetzt.¹³³³ Vor diesem gedanklichen Hintergrund müsse ein normativer Grundkonsens im Zuge einer kulturübergreifenden Kommunikation errungen werden. Hierzu sei ein Prozeß der stetigen individuellen und gemeinschaftlichen Identitätsfindung notwendig.¹³³⁴ Die Berufung auf das Individuum könnte es erleichtern, auch die Perspektiven der islamischen Bevölkerungen, die im Widerspruch zur Auffassung der jeweiligen Staatsführung stehen, in einer diskursiven Auseinandersetzung zu berücksichtigen. So geht auch Sieghart von einem Konzept der Menschenwürde aus, demzufolge allen Menschen mit gleicher Achtung begegnet werden müsse.¹³³⁵ Dieses Prinzip erfordert es ebenfalls, die Frage der Menschenrechte nicht nur auf zwischenstaatlicher, sondern auch auf zwischenmenschlicher Ebene zu diskutieren. Eine Gesellschaft, die dieses Würdekonzept berücksichtigt, müsse dabei folgende Werte verwirklichen:

„Toleranz gegenüber Verschiedenheit; Pluralität der Religionen, Ideale und Kulturen; Billigkeit und Vernunft; die friedliche Lösung von Konflikten unter der Herrschaft des Rechts; und, über dem allen, Achtung der Würde, Selbstbestimmung und Unversehrbarkeit jedes einzelnen ihrer Mitglieder.“¹³³⁶

Diese Werte müßten dabei jedoch eine Geltungskraft über staatliche Grenzen beziehungsweise über die Positionen einzelner Regierungen hinaus entfalten.

Das Prinzip der Unversehrbarkeit des Individuums bildet aufgrund der im Westen vorherrschenden Individualitätsvorstellung einen guten Ansatzpunkt für westliche Staaten, sich auf eine diskursive Auseinandersetzung über einen neuen Universalismus einzulassen. Dabei muß man

¹³³⁰ Auf die Auswirkungen, die ein solches Konzept auf die Vereinten Nationen hat, wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

¹³³¹ vergl. Gottstein, Margit (1993): Asyl ist Menschenrecht, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 152-162: 153

¹³³² vergl. Heinz (1986b): 90

¹³³³ vergl. Bielefeldt, Heiner (1993): Die Beheimatung der Menschenrechte in unterschiedlichen Kulturen, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 165-184: 168

¹³³⁴ vergl. Bielefeldt (1993): 170f

¹³³⁵ vergl. Sieghart, Paul (1985): Die geltenden Menschenrechte, Kehl am Rhein/Straßburg/Arlington 1988: 48

sich jedoch darüber im klaren sein, daß dieses individuelle Recht allen Mitgliedern in allen Gesellschaften zukommt, so daß das Recht implizit auf die Pflicht verweist, allen anderen Individuen ihre Unversehrtheit ebenfalls zu garantieren. Damit wären westliche Staaten in die Pflicht genommen, ihre Einflußnahme in den internationalen Beziehungen diesem Prinzip zu unterstellen, was bisher keineswegs der Fall ist. Vom Grundtatbestand her könnten westliche Kulturen allerdings dem Prinzip zustimmen, müßten dann aber auch Taten folgen lassen.

Etwas anders ist der Fall im Hinblick auf islamische Kulturen gelagert, die das Recht des Individuums häufig dem Gemeinwohl unterordnen. Im Zuge der Grundsatzdiskussion über die Entwicklung des Menschenrechtsuniversalismus wurde bereits angedeutet, daß das individuelle Recht sich innerhalb der Gemeinschaft entfaltet, also nicht zwangsweise ihr entgegengesetzt ist. Wayne Booth liefert mit seiner Erörterung des Individualitätsprinzips weitere Ansatzpunkte, die dem Prinzip des individuellen Rechts auch in Gesellschaften zum Durchbruch verhelfen könnte, die von einem Primat der Gemeinschaft ausgehen.

Booth kritisiert, daß in der Auseinandersetzung über den Stellenwert des Individuums der menschliche Wert nicht im Menschsein, sondern in der Einzigartigkeit des Individuums gesehen werde. Auf der Basis einer solchen Einzigartigkeit mache der Schutz des Einzelnen aus Sicht der Gemeinschaft wenig Sinn, weil die Gemeinschaft im Rahmen dieser Logik keine Beziehung zur Originalität des Individuums aufbaue.¹³³⁷ Booth hält dem entgegen, daß Freiheit, Lebensentwürfe und Handlungen des Individuums von Geburt an sozial geprägt seien und damit in einem Wechselverhältnis zu den anderen Ichs einer Gemeinschaft stehen. Damit bezeichne das Prinzip der Individualität, aus dem die Menschenrechte ja abgeleitet werden, nicht länger eine Grenzziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft, sondern beziehe sich vielmehr auf die Wechselwirkungen zwischen beiden.¹³³⁸ Vor diesem Hintergrund wären Verletzungen der individuell geltenden Menschenrechte in jedem Fall auch eine Verletzung der jeweiligen Gemeinschaft, der das Individuum angehört.

Eine solche Betrachtungsweise eröffnet neue Perspektiven für eine diskursive Auseinandersetzung über ein wechselseitiges Anerkennen im globalen Gefüge auf der Grundlage eines Universalismus, der die Rechte des Individuums achtet. Aufgrund der bestehenden zwischenstaatlichen Beziehungen und Abhängigkeiten erwächst aus dem Interpretationsansatz von Booth ein Prinzip der Verantwortung über staatliche Grenzen hinweg. Alle Akteure in den internationalen Beziehungen, seien es Staaten oder Bevölkerungsgruppen, müßten ihre Handlungen danach erwägen, ob sie ande-

¹³³⁶ Sieghart (1985): 49

¹³³⁷ vergl. Booth, Wayne C. (1992): Individualismus und das Rätsel des sozialen Ichs oder Hat Amnesty ein Standbein?, in: Johnson, Barbara (1993) (Hg.): Freiheit und Interpretation. Amnesty International-Vorlesungen 1992, Frankfurt 1994, S. 76-107: 89ff

¹³³⁸ vergl. Booth (1992): 93

ren Individuen Schaden zufügen. So weist Owen darauf hin, daß die wirtschaftliche Benachteiligung der Dritten Welt eine Mißachtung der menschlichen Würde darstelle.¹³³⁹

Bisher zeigt sich in den internationalen Beziehungen jedoch eher eine Polarisierung im Hinblick auf die Auslegung der Menschenrechte und die damit einhergehenden Pflichten der einzelnen Staaten. Lüthke führt an, daß vor allem westliche Staaten sich immer auf die bürgerlichen und politischen Rechte berufen, und vor dem Hintergrund, daß diese in westlichen Staaten bereits verwirklicht seien, deren Umsetzung auch von anderen, beispielsweise islamischen Staaten, fordern. Die Staaten wiederum, die die bürgerlichen und politischen Rechte ihren Staatsbürgern nicht garantieren, heben die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hervor und sehen diese von westlichen Staaten in den internationalen Beziehungen verletzt. Interessant ist dabei auch, daß der Sozialpakt eher Programmsätze beinhaltet, während die politischen Rechte im entsprechenden Pakt als Rechtsverpflichtungen formuliert sind.¹³⁴⁰ Eine Einschätzung nichtwestlicher Staaten, die davon ausgeht, daß das Feld der Menschenrechte westliche Dominanz widerspiegelt, ist also nicht von der Hand zu weisen, zumal der Menschenrechtskodex unter anderem vorsieht, die Lebensbedingungen auf Basis einer frei vereinbarten internationalen Zusammenarbeit ständig zu verbessern.¹³⁴¹

Die bisherige Argumentation soll auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, daß in den gegenwärtigen islamischen Staaten die Möglichkeiten für eine Umsetzung der Menschenrechte als sehr schlecht einzustufen sind. Vielmehr sollte dafür sensibilisiert werden, daß islamische Kulturen nicht unbedingt der Menschenrechtsidee entgegenstehen. Die derzeitige Lebensrealität in vielen islamischen Kulturen legt zwar nahe, daß kulturelle Traditionen und Werte die Umsetzung von Menschenrechten behindern, doch wurde im Zuge der Analyse deutlich, daß zunächst einmal die bestehenden politischen Strukturen verändert werden müßten, um überhaupt die Basis für kulturelle und politische Entwicklung im Sinne der Menschenrechte zu legen. Betrachtet man beispielsweise die Berichte von amnesty international, so zeigt sich, daß die Menschenrechtsverletzungen in islamischen Kulturen zumeist von Staatsführungen ausgehen, die nicht demokratisch legitimiert sind.¹³⁴²

Samuel Huntington ist es mit seinem Buch „Kampf der Kulturen“ gelungen, die Debatte über kulturelle Differenz in den internationalen Beziehungen neu zu entfachen. Seine Kritiker begehen jedoch einen entscheidenden Fehler, wenn sie Huntington so deuten, daß kulturelle Dif-

¹³³⁹ vergl. Owen, David (1978): Menschenrechte. Das Gesicht der Freiheit, Wien/Hamburg 1979: 27

¹³⁴⁰ vergl. Lüthke, Karsten (1993): Normen und Verfahren im internationalen Menschenrechtsschutz - ein Überblick, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 53-61: 53ff

¹³⁴¹ vergl. Sieghart (1985): 137

¹³⁴² vergl. amnesty international (1995) (Hg.): Jahresbericht 1995, Frankfurt 1995: 246ff; 467ff

ferenz seiner Argumentation zufolge die grundsätzliche Ursache für aktuelle Konfliktlagen darstelle.¹³⁴³ Die theoretischen Erörterungen in dieser Arbeit sowie die darauf aufbauenden Analysen zeigen jedoch, daß dies so nicht der Fall ist.

Bei Huntington gewinnt Kultur eher den Stellenwert kulturellen Kapitals im Sinne Bourdieus, das als Machtfaktor eingebracht wird. Interessant ist dabei, daß sowohl westliche als auch islamische Staaten sich auf Kultur in diesem Sinne beziehen. Westliche Staaten sehen häufig die defizitäre wirtschaftliche Situation nichtwestlicher Staaten als Ausdruck kultureller Stagnation an. Die betroffenen nichtwestlichen Staaten wiederum sehen aufgrund der politisch und wirtschaftlich vom Westen dominierten internationalen Strukturen im Feld der Kultur die einzige ihnen verbleibende Möglichkeit, sich zu behaupten.

Der Menschenrechtsdiskurs wiederum dient westlichen Staaten dazu, ihre Vormachtstellung zu behaupten und zu unterstreichen. Wenn westliche Staaten aus ihrer eigenen Sicht zu Verfechtern der Menschenrechte werden, die sie zudem als Ausdruck ihrer eigenen freiheitlichen und demokratischen Kultur begreifen, werden bestehende Strukturen aufgrund des impliziten Universalitätsanspruchs dieser Definition absolut und nicht hinterfragbar. Setzen beispielsweise islamische Kulturen dieser universalistischen Kulturperspektive ihre eigenen Werte entgegen, verweigert der Westen eine diskursive Auseinandersetzung mit dem Verweis auf die allgemein anerkannte Universalität der Menschenrechte. Daß es sich dabei jedoch um eine Machtfrage handelt, wird durch die Kulturalisierung der Konfliktlage verschleiert.

Die Definition von Booth im Hinblick auf die Beziehungen von Individuum und Gemeinschaft zeigen, daß es grundsätzlich auch für islamische Kulturen möglich ist, der Universalität der Menschenrechte zuzustimmen. Damit wären also die geschilderten Konflikte tatsächlich trotz unterschiedlicher Kulturen und Werte keine Kulturkonflikte im Sinne einer grundsätzlichen kulturellen Unvereinbarkeit.

Wenn aber die primäre Problematik bestehende Machtkonstellationen berührt, so wird augenscheinlich, daß ein Prozeß der interkulturellen Auseinandersetzung nur eingeleitet werden kann, wenn zuvor die Machtproblematik angegangen wird. Eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Islam und Menschenrechten kann somit aus Sicht islamischer Kulturen erst dann sinnvoll geführt werden, wenn die Angehörigen dieser Kulturen den Eindruck haben, daß ihnen prinzipielle kulturelle Anerkennung, wie sie ja auch von den Menschenrechten intendiert ist, zuteil wird.

¹³⁴³ vergl. Mires, Fernando (1993/94): Auf der Suche nach der verlorenen Ordnung, in: Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Viele Kulturen - eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/94, Frankfurt 1995, S. 99-116: 108

Im Zuge der Darstellung der Bedeutung von Identität war von Habermas' Prinzip der „kooperativen Wahrheitssuche“¹³⁴⁴ die Rede. Im Zuge des diskursethischen Grundsatzes, daß nur diejenigen Normen universale Geltung beanspruchen können, die die Zustimmung aller Betroffenen finden, müßten also die internationalen Beziehungen einem Prozeß der Revision unterzogen werden. In einem solchen Prozeß müßten es sich westliche Staaten gefallen lassen, daß auch ihre kulturellen und politischen Voraussetzungen hinterfragt werden.

Im Hinblick auf die Ausmaße, die der radikal-islamische Fundamentalismus inzwischen angenommen hat, werden aus westlicher Sicht natürlich Ängste mobilisiert. In einem gleichberechtigten Diskurs müßten ja auch diejenigen Gehör finden, die für eine Nivellierung der Menschenrechte plädieren. Vergegenwärtigt man sich jedoch, daß die Gegner der Menschenrechte in islamischen Kulturen häufig nicht die Ansichten der breiten Bevölkerung repräsentieren, so relativiert sich diese Gefahr.

Damit wird aber zugleich ein weiteres Problem der Möglichkeiten diskursiver Auseinandersetzung in den internationalen Beziehungen angesprochen, nämlich die Problematik, daß die Strukturen von Staaten und Regierungen dominiert sind und Bevölkerungen, die in Opposition zur Staatsführung stehen, kein Gehör finden können. Aus diesem Grund soll im folgenden Abschnitt noch ein Blick auf die organisatorische Struktur der internationalen Beziehungen geworfen werden. Die Vereinten Nationen als Institution, die für die Menschenrechte einsteht, sollen unter der Perspektive, welche Interessen sie vertreten und welche Möglichkeiten für einen interkulturellen Dialog sie eröffnen, betrachtet werden.

7.4.2	Die Vereinten Nationen zwischen humanitärem Anspruch und autoritärem Geltungsdrang
--------------	---

Zu den Zielen der Vereinten Nationen gehören unter anderem die Entwicklung freundschaftlicher, auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beruhender Beziehungen zwischen den Nationen sowie die Organisation einer internationalen Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme von wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art.¹³⁴⁵ Der Erwerb der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen setzt voraus, daß ein Staat als „friedliebend“ einzuschätzen ist und die Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft einhergehen, erfüllen kann. Die Regierungsform der Mitgliedstaaten bleibt jedoch unberücksichtigt, so daß auch nichtdemokratische Staaten Mitglied werden können.¹³⁴⁶

¹³⁴⁴ vergl. 3.6

¹³⁴⁵ vergl. Unser, Günther (1985): Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, München 1985, 3. Aufl.: 23

¹³⁴⁶ vergl. Unser (1985): 96

Hier offenbart sich eine grundlegende Problematik der Institution. So geht Kaltefleiter davon aus, daß von den rund 160 UNO-Mitgliedern rund 130 Diktaturen sind. Damit bestehen die Vereinten Nationen nämlich „mehrheitlich aus Systemen, die im Krieg mit ihrer eigenen Bevölkerung leben“.¹³⁴⁷ Rittberger verweist auf die Problematik, daß Völker im Prinzip nur als Staaten Geltung erlangen.¹³⁴⁸ Dies führt zu dem Paradox, daß Staatsführungen, die im eigenen Staat die Menschenrechte nicht achten, auf der internationalen Ebene für deren Durchsetzung eintreten sollen. So werden vor allem im Wissenschaftsdiskurs immer häufiger Stimmen laut, die dafür plädieren, daß auch die jeweiligen Bevölkerungen die Möglichkeit haben müßten, ihren Interessen Geltung zu verschaffen:

„Reformiert werden müßte vorrangig die Gesamtkonstruktion der Vereinten Nationen, die bisher sowohl im Sicherheitsrat wie in der Generalversammlung eine permanente Botschafterkonferenz darstellen. Lediglich die Regierungen sind repräsentiert, nicht die Gesellschaften. Sie spielen aber in der Welt von heute die entscheidende Rolle; diese Welt ist eben eine ‚Gesellschaftswelt‘. Sie setzt sich zwar aus souveränen Staaten zusammen; in diesen Staaten aber haben die Gesellschaften in einem bisher unbekanntem Maß an Relevanz gewonnen, nehmen sie mehr und mehr Einfluß auf die Entscheidungen der politischen Systeme. Es wäre ein Anachronismus, wollte man die Repräsentanz der Staaten bei der Weltorganisation allein den Regierungen überlassen. Es wäre gleichzeitig eine eindeutige Parteinahme für den status quo der Machtverteilung in diesen Staaten. Die zahlreichen Bürgerkriege, die wir registrieren müssen, beweisen ja gerade, wie wichtig die Gesellschaften und ihr Konsens geworden sind, wenn es um die Etablierung legitimer Herrschaft geht.“¹³⁴⁹

Diese Relationen zwischen Vereinten Nationen, Regierungen und Bevölkerungen stellen nicht nur die Organisationsstruktur der Vereinten Nationen in Frage, sondern verweisen auch auf die Problematik staatlicher Souveränität. Würde den Bevölkerungen, die sich gegen Diktaturen auflehnen, in den internationalen Beziehungen Gehör geschenkt, so müßte es auch Möglichkeiten geben, ihnen zu ihrem Recht, das sich im Zweifel gegen bestehende Regierungen richtet, zu verhelfen.

Jean konstatiert eine zunehmende Einschränkung des Souveränitätsprinzips, die unter anderem darin begründet ist, daß die Respektierung der Menschenrechte zu einer Frage des internationalen Interesses erhoben worden sei. Hinzu komme, daß die Idee nationaler Souveränität von Staaten, die Minderheiten im eigenen Land verfolgen und politische Opposition unterdrücken, diskreditiert werde:

„Die nationale Souveränität bleibt zwar die Norm, die jedoch hin und wieder durch neue, stärker am Prinzip der Menschenwürde orientierte Bestrebungen eingeschränkt werden kann. Diese mehr auf Werte als auch Kräfteverhältnisse und auf Völker mehr als auf Staaten gegründete Konzeption der Weltordnung gewinnt ... zunehmend an Bedeutung. Menschenrechtsverletzungen werden nicht mehr ausschließlich als innerstaatliche Angelegenheiten betrachtet. Aufforderungen an die internationale Gemeinschaft, zum Schutz der Opfer zu intervenieren, finden zunehmend Gehör.“¹³⁵⁰

¹³⁴⁷ vergl. Kaltefleiter, Werner (1991): Der falsche Heiligenschein der UN, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 256-259: 257

¹³⁴⁸ vergl. Rittberger, Volker (1991): Zwischen Weltregierung und Staatenanarchie – UN und internationale Friedenssicherung, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 276-279: 278

¹³⁴⁹ Czempiel, Ernst-Otto (1994): Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Mißverständnisse, München 1994: 21f

¹³⁵⁰ Jean, François (1993): Krise und Intervention, in: ders. (1993) (Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention. Ein Report über Völker in Not, Bonn 1993, S. 13-32: 19

Dieser Perspektivwechsel beinhaltet jedoch auch eine Gefahr. Das Prinzip der Einmischung kann zu einer Instrumentalisierung der Menschenrechte führen, wenn für Interventionen auch andere politische Gründe eine Rolle spielen.¹³⁵¹ Analysen über die Vereinten Nationen konstatieren eine „erdrückende Dominanz der Minderheit des Nordens über die Mehrheit des Südens“.¹³⁵²

Bertrand unterstellt den Vereinten Nationen eine gewisse Realitätsferne und weist darauf hin, daß die Institution häufig im Sinne der westlichen Industriestaaten agiere:

„Der erste und wichtigste Faktor der Realitätsferne der UNO ist das relative Desinteresse, das die Großmächte und die Industriestaaten im allgemeinen den wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten der UNO entgegenbringen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der armen Länder sind die geringste Sorge der Regierungen und oftmals auch der Öffentlichkeit der reichen Länder. Und wenn sich tatsächlich Probleme stellen, die man ernstnimmt, weil sie sich auf die reichen Länder selbst auswirken – etwa die Schuldenkrise der Dritten Welt –, werden diese nach stillschweigender Übereinkunft außerhalb der UNO behandelt. Eine Ausnahme von dieser Regel machen nur einige Bereiche, in denen die UNO den Industrieländern vermeintlich gute Dienste leisten kann, wie Bevölkerungsentwicklung, Drogenhandel, Umwelt, die (als politische Waffe eingesetzten) Menschenrechte und die humanitäre Hilfe.“¹³⁵³

Die bereits im vorigen Abschnitt angesprochene Verantwortlichkeit der Weltstaatengemeinschaft orientiert sich demzufolge weniger an einem Gemeinwohl. Vielmehr hat es den Anschein, daß die Institution eher selektiv Probleme bearbeitet.

Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Haltung der Vereinten Nationen und ihrer Mitglieder im Hinblick auf die Problematik der weltweiten Aufrüstung betrachtet. Die Regelungen der Vereinten Nationen zum Kernwaffenbesitz und zur Herstellung chemischer Waffen sind zweischneidig. Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen aus dem Jahre 1968 und die Konvention über chemische Waffen aus dem Jahr 1992 dienen nämlich indirekt zur Festschreibung bestehender Strukturen:

„Diese Regelung zielt in beiden Fällen auf die Festigung der bestehenden Ordnung, das heißt auf die militärische Vorherrschaft der Kernwaffenstaaten, indem sie die Verbreitung von Kernwaffen verhindert und den armen Ländern ein Ausweichen auf die sehr viel leichter produzierbaren chemischen Waffen unmöglich macht.“¹³⁵⁴

So wünschenswert eine Verminderung des weltweiten Waffenpotentials auch ist, zeigt sich doch in dieser Frage, daß bestimmte Staaten nicht bereit sind, im Sinne einer Schaffung gleicher Rechte vorzugehen.

Hinzu kommt, daß zahlreiche westliche Staaten auf der einen Seite auf der politischen Ebene für eine Abrüstung eintreten, aber gleichzeitig – wie die Analyse gezeigt hat – als Waffenlieferanten dieses Ziel konterkarieren. Eine Zuspitzung dieser Doppelmoral zeigte sich nicht zuletzt, als die Vereinten Nationen zum Einmarsch des Irak in Kuwait Stellung beziehen mußten:

¹³⁵¹ vergl. Hermet, Guy (1993): Die Menschenrechte: eine Herausforderung für die souveränen Staaten, in: Jean, François (1993)(Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention. Ein Report über Völker in Not, Bonn 1993, S. 179-187: 182

¹³⁵² vergl. Scherrer, Christian P. (1996): Ethno-Nationalismus im Weltsystem. Prävention, Konfliktbearbeitung und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Ein Handbuch zu Ethnizität und Staat, Bd. 1, Münster 1996: 265

¹³⁵³ Bertrand, Maurice (1994): Uno. Geschichte und Bilanz, Frankfurt 1995: 76ff

¹³⁵⁴ Bertrand (1994): 117

„Es muß nachdenklich stimmen, daß die fünf ständigen Sicherheitsratmitglieder, die im Endeffekt über den Gewalteinsatz gegen den Irak entschieden, zugleich die größten Waffenlieferanten für den Mittleren Osten sind. Der Irak hätte Kuwait gar nicht überfallen können, hätten ihm nicht die Industriestaaten des Nordens die modernsten Waffen dazu geliefert.“¹³⁵⁵

Das widersprüchliche Handeln führt dazu, daß die Vereinten Nationen von vielen Staaten nicht als Instanz, die für Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen eintritt, anerkannt werden können. Dies führt wiederum zwangsläufig dazu, daß diejenigen Staaten, von denen die Vereinten Nationen politische Verbesserungen fordern, nur umso nachdrücklicher auf ihre nationale Souveränität pochen. Selbst, wenn die UNO sich beispielsweise für das Wohl von Bevölkerungen gegenüber deren Regierungen einsetzt, steht ihre grundsätzliche Legitimation in Frage.

Die vorherrschenden Konflikttypen des ausgehenden Jahrtausends, die vor allem Bürgerkriege, Sezessionskriege und Staatsstriche sind, sowie eine zunehmende Interdependenz und funktionale Vernetzung gesellschaftlicher Umfelder im Zuge der Globalisierung führen jedoch fast zwangsläufig zu einem Bedarf an Einmischung auch in innere Staatsangelegenheiten:

„Die durch die Interdependenz geschaffene Verflechtung gibt den einzelnen Gesellschaften sogar das Recht, sich bei den jeweils anderen um die wichtigste Friedensvoraussetzung zu kümmern, nämlich die Demokratisierung des Herrschaftssystems, die Verwirklichung der Partizipationsansprüche des gesellschaftlichen Umfeldes, des eigentlichen Souveräns.“¹³⁵⁶

Im Sinne der Menschenrechte wäre ein Eingreifen der Vereinten Nationen also in vielen innerstaatlichen Konflikten wünschenswert. Damit Interventionen jedoch auf Akzeptanz stoßen können, müßte zunächst einmal zwischen den einzelnen Institutionen der Organisation und den Mitgliedsstaaten eine Basis der wechselseitigen Anerkennung geschaffen werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Rikhye zur Bedeutung von Vertrauen im Zuge der Friedenssicherung:

„Zwischen Vertrauen (wie bei Selbstvertrauen) und Vertrauen (wie in vertrauen auf) gilt es, klar zu unterscheiden. Mißtrauen gegenüber den Absichten einer gegnerischen Partei kann zu einer auf Angst und dem Gefühl der Verletzbarkeit basierenden irrationalen Reaktion führen, die den Konflikt noch weiter verschärfen kann. Bei der Entstehung einer Krise kann der Verdacht einer Bedrohung der Sicherheit durch Verhinderung oder Verringerung von Angst, Zweifeln und Mißtrauen gegenüber den Motiven des Feindes vermieden werden. Da die Wahrnehmungen der beteiligten Parteien durch einen Konflikt verzerrt werden, ist ein Dritter für eine Klärung der Situation und dafür erforderlich, an Vertrauen und Vernunft der beteiligten Parteien zu appellieren.“¹³⁵⁷

Die bisherigen Ausführungen legen nahe, daß die Vereinten Nationen von zahlreichen Mitgliedsstaaten nicht als Instanz anzusehen sind, denen man Vertrauen entgegenbringen könnte. Reuther legt dar, daß die UNESCO, die für die Behandlung kultureller und sozialer Fragen innerhalb der

¹³⁵⁵ Czempiel, Ernst-Otto (1991): Was können die Vereinten Nationen leisten?, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 269-273: 272

¹³⁵⁶ Czempiel (1994): 109

¹³⁵⁷ Rikhye, Indar Jit (1991): Friedenssicherung der Vereinten Nationen, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 108-128: 119

Vereinten Nationen zuständig ist, davon ausgeht, daß Frieden nur auf der „Grundlage der geistigen und moralischen Verbundenheit der Menschheit“ möglich sei.¹³⁵⁸

Die Perspektive der Verbundenheit beinhaltet auch die Frage wechselseitiger kultureller Wertschätzung:

„Von besonderer Bedeutung ist die Aufforderung, sich mit den verschiedenen Kulturen und ihrem wechselseitigen Einfluß sowie mit kulturell geprägten Sichtweisen und Lebensstilen zu befassen und so die Basis zur wechselseitigen Wertschätzung kultureller Unterschiede zu schaffen.“¹³⁵⁹

Hier wird explizit die Forderung aufgestellt, daß auf der Ebene der Vereinten Nationen ein Diskurs kultureller Auseinandersetzung stattfinden müsse.

Bertrand sieht in einer „Kränkung des kollektiven Selbstwertgefühls“ im Rahmen der internationalen Beziehungen die „tiefere Ursache für die Anwendung von Gewalt und für die Umwandlung von Konflikten in Kriege“. Deshalb geht er davon aus,

„daß umgekehrt die Entstehung von Gefühlen der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft durch die Anerkennung der Koexistenz unterschiedlicher Kulturen und Ideologien, der Konsens über ein Mindestmaß gemeinsamer Grundsätze, die Definition gemeinsamer Ziele und die Möglichkeit, ein bestimmtes Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu erreichen, die Grundvoraussetzungen für die Existenz einer friedlichen Völkergemeinschaft sind.“¹³⁶⁰

Czempiel weist in eine ähnliche Richtung, wenn er sich für eine inhaltliche Auseinandersetzung in den internationalen Beziehungen ausspricht, die dazu beitragen könnte, Ungewißheit durch Gewißheit zu ersetzen und damit Mißtrauen abzubauen.¹³⁶¹

Die Ziele der Vereinten Nationen weisen bereits in diese Richtung. So wird in Artikel 1 der Satzung der UNESCO als Ziel genannt,

„durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit beizutragen, um in der ganzen Welt die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken, die den Völkern der Welt ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion durch die Charta der Vereinten Nationen bestätigt worden sind.“¹³⁶²

Eine solche Zusammenarbeit wird jedoch längst nicht von allen Staaten gewünscht. So zeichnet sich im Zuge der UNESCO-Arbeit eine zunehmende Polarisierung zwischen den Staaten der Dritten Welt, die die Organisation als wichtiges Forum für ihre Interessen sehen, und den Industriestaaten ab. Die Vereinigten Staaten kündigten beispielsweise ihre Mitgliedschaft aufgrund einer zunehmenden „Politisierung im anti-westlichen Sinne“.¹³⁶³ Es zeigt sich also, daß gerade westliche Staaten dann, wenn ihre eigenen Interessen von anderen UNO-Mitgliedsstaaten hinterfragt werden, eine grundsätzliche Auseinandersetzung verweigern.

¹³⁵⁸ vergl. Reuther, Wolfgang (1991): UN-Friedenstruppen und die UNESCO, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 196-201: 196

¹³⁵⁹ Reuther (1991): 199

¹³⁶⁰ Bertrand (1994): 150f

¹³⁶¹ vergl. Czempiel (1994): 35

¹³⁶² Unser (1985): 133

¹³⁶³ vergl. Unser (1985): 136

Die Tatsache, daß eine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht bedeutet, daß ein Staat sich einem internationalen Allgemeinwohl verpflichtet fühlt, zeigt sich auch im Hinblick auf friedenssichernde Maßnahmen. Bertrand macht seit 1994 einen „neuen Isolationismus“ aus, demzufolge beispielsweise die Vereinigten Staaten beschlossenen hätten, sich nur noch an friedenssichernden Operationen zu beteiligen, wenn ihre nationalen Interessen unmittelbar berührt sind.¹³⁶⁴

Diese Haltung der Vereinigten Staaten beschreibt ein tiefgreifendes Problem der Vereinten Nationen. Es wird deutlich, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten nicht bereit sind, der Verwirklichung eines übergeordneten Zieles, wie es die Menschenrechte darstellen, ihre eigenen Interessen unterzuordnen. Vielmehr wird das Ideal der Menschenrechte eher ins Feld geführt, um spezifischen Eigeninteressen Geltung zu verschaffen. Der Austritt der Vereinigten Staaten aus der UNESCO zeigt auch, daß anscheinend keine Bereitschaft existiert, Kritik nichtwestlicher Staaten ernst zu nehmen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Vor diesem Hintergrund werden Vorwürfe von Staaten der Dritten Welt gegenüber den Industrienationen im Hinblick auf eine Einseitigkeit der Vereinten Nationen verständlich.

Czempiel geht davon aus, daß ein Konsens sich im Einzugsbereich der Vereinten Nationen, der ja fast die gesamte Welt umfaßt, nur schwer herstellen läßt:

„Auch die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist weder politisch noch gesellschaftlich eine Einheit; auch die Interdependenz hat die Interessen nicht harmonisiert, sondern nur ihre Verwirklichung enger miteinander verknüpft. Je kleiner der Einzugsbereich, desto größer die Wahrscheinlichkeit der Interessenübereinstimmung. In regionalen Organisationen ist die Chance, daß eine Maßnahme die Zustimmung aller Staaten, zumindest der Großmächte findet, sehr viel größer. Global tendiert sie gegen Null.“¹³⁶⁵

Aus diesem Grund präferiert er die regionale Ebene als Ort der Konfliktlösung. Regionale Organisationen könnten „wegen der regional höher verdichteten soziokulturellen Identitäten und ökonomisch-politischen Interdependenzen“ einen höheren Grad an Legitimität erreichen als die Vereinten Nationen. Auf regionaler Ebene unterstützen eine Ähnlichkeit ethisch-gesellschaftlicher Verhaltensnormen und politischer Kulturen die Ausarbeitung von Konfliktlösungen.¹³⁶⁶

Diese Argumentation ist sicherlich insofern richtig, als sich innerhalb von regionalen Bezügen eher Interessenüberschneidungen ergeben, auf deren Basis Konfliktlösungen erarbeitet werden könnten. Andererseits kann eine Regionalisierung von Konfliktlösungsprozessen nicht die Divergenzen im globalen System überwinden. Die Analyse der globalen Verflechtungen, die in den ersten Kapiteln dieser Arbeit vorgenommen wurde, hat jedoch gezeigt, daß es notwendig ist, internationale Umgangsformen zu etablieren, die auch Staaten, die aus heutiger Sicht eher an der

¹³⁶⁴ vergl. Bertrand (1994): 140

¹³⁶⁵ Czempiel (1994): 53

¹³⁶⁶ vergl. Czempiel (1994): 77

Peripherie des Weltgeschehens angesiedelt sind, zu ihrem Recht verhelfen. Die von Czempiel propagierte Regionalisierung würde hingegen dauerhaft bestehende Machtstrukturen verfestigen.

Die Betrachtung der Strukturen der Vereinten Nationen zeigt, daß die Weltstaatenorganisation ein Abbild der bestehenden Beziehungen innerhalb der Weltstaatengemeinschaft darstellt. In den Länderanalysen wurde deutlich, daß vor allem die Industrienationen, die die Politik der Vereinten Nationen aufgrund ihres Gewichts im Sicherheitsrat entscheidend prägen, in den internationalen Beziehungen vorrangig spezifische Eigeninteressen verfolgen. Diese Strukturen kann die UNO, die gewissermaßen diese Eigeninteressen summiert, nicht überwinden. Theoretisch wäre es sicherlich möglich, den nichtwestlichen UNO-Mitgliedern durch eine Veränderung der Organisationsstrukturen der Institution ein größeres Gewicht zu verschaffen. Da jedoch die derzeit noch machtpolitisch bestimmenden Industriestaaten sich solchen Veränderungen aller Wahrscheinlichkeit nach widersetzen würden, stellt dies keine befriedigende Lösung dar.

Es wurde bereits angedeutet, daß die weltweit schwelenden Kulturkonflikte im Prinzip von Machtkonflikten überlagert sind. Eine Lösung der Machtkonflikte würde also die Möglichkeiten interkultureller Auseinandersetzung verbessern. Umgekehrt tragen jedoch auch Haltungen, die teils kulturell begründet sind, zur bestehenden Machtkonstellation bei. Die von den Vereinigten Staaten kritisierte Politisierung der UNESCO gegen die westlichen Staaten ist ein gutes Beispiel dafür, wie Industrienationen eine Auseinandersetzung über ihre eigene Entwicklung und Position im globalen Gefüge verweigern. Eine solche Auseinandersetzung ist jedoch dringend notwendig. So haben die Länderanalysen gezeigt, daß viele Konflikte in den islamischen Kulturen der Gegenwart historisch vermittelt sind und daß westliche Staaten an der Entwicklung dieser Konflikte Anteil hatten.

Es wäre realitätsfremd, die Weltstaatengemeinschaft aus idealistischen Motiven zu einer kulturellen Auseinandersetzung mit den eigenen Grundlagen und den Auswirkungen der eigenen Entwicklung auf das globale System verpflichten zu wollen. Die vorliegende Analyse hat jedoch gezeigt, daß diejenigen Staaten, die das globale System heute dominieren, zunehmend ein Eigeninteresse an der Lösung von Konflikten haben müssen. Das Bedrohungspotential des Irak, das sich zumindest theoretisch bereits gegen westliche Staaten richtet, die Anschläge des iranischen Geheimdienstes in Deutschland sowie die Auswirkungen der inneralgerischen Krise auf Frankreich verdeutlichen, daß die Industrienationen zunehmend in eskalierende Konflikte verwickelt werden. Da der Schutz der Bevölkerung auf dem eigenen Territorium ein vitales Eigeninteresse eines jeden Staates sein muß, liegt hier der Grund für die Notwendigkeit kultureller Auseinandersetzung.

Doch nicht nur das Übergreifen von Konflikten offenbart einen Bedarf an wechselseitigem Anerkennen. Im Zuge von Migrationsprozessen wandern Menschen, die im Rahmen ihrer jeweiligen Identifikationen Bezüge zu den Konflikten in ihrem Herkunftsland haben, in Staaten ein, die ebenfalls zu den bestehenden Konfliktlagen in einem Verhältnis stehen. Damit werden interkulturelle Konflikte der globalen Ebene auch auf nationaler Ebene von Bedeutung. Im folgenden Kapitel soll deshalb am Beispiel Türkei dargestellt werden, welche Verbindungen und Verknüpfungen zwischen der Stellung eines Staates und einer Kultur in den internationalen Beziehungen und der Situation von Migranten dieser Kultur in der Migrationsgesellschaft des Einwanderungslandes Deutschland bestehen. Dabei ist anzunehmen, daß die Perspektiven, die die jeweiligen Akteure auf der internationalen Ebene vertreten, ihren Niederschlag auch in der Umgehensweise mit der Migrationssituation finden.

Im vorhergehenden Kapitel wurde gezeigt, daß bei der Betrachtung des Islam trotz der unterschiedlichen Voraussetzungen der analysierten Länder und trotz der unterschiedlichen kulturellen und religiösen Ausprägungen des Islam sich sehr ähnliche Darstellungen und Einschätzungen der Bedeutung des Islam in internationalen Figurationen ergeben. Die Türkei wiederum unterscheidet sich insofern von den bisherigen Beispielen, als sie seit Jahrzehnten wesentlich intensivere Kontakte zu europäischen Staaten unterhält. Es stellt sich also die Frage, ob eine größere Nähe in den internationalen Beziehungen einen anderen Blickwinkel auf die Relevanz des Islam zur Folge hat.

Aufgrund der Migration zahlreicher türkischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in die Bundesrepublik Deutschland bietet das Beispiel Türkei außerdem die Möglichkeit, nach Querverbindungen zwischen der Betrachtung des Islam im internationalen Kontext und seiner Einschätzung auf einer nationalen Ebene in einer Migrationsgesellschaft zu suchen. Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde bereits deutlich, daß im Zuge einer Globalisierung die Grenzen zwischen nationalen und internationalen Perspektiven fließend werden. Deswegen soll untersucht werden, inwiefern die bestehenden internationalen Figurationen auf das Selbstbild der deutschen Migrationsgesellschaft wirken.

Die Türkei ist im Gegensatz zu den Länderbeispielen des vorigen Kapitels ein Staat mit etablierten demokratischen Strukturen, der durch politische und wirtschaftliche Verflechtungen einen relativ hohen Grad der Integration in die westliche Staatengemeinschaft erreicht hat. Diese Integration wiederum bildet sicherlich einen Grund dafür, daß sich zwischen der Türkei und westlichen Staaten keine Gefahrenpotentiale entwickeln, die ein Ausmaß wie in den Beispielen Irak, Iran und Algerien erreichen.

Im Hinblick auf den Aspekt der kulturellen Auseinandersetzung und Integration zeigt sich jedoch, daß der Islam – trotz der laizistischen Orientierung auf der Staatsebene – in der politischen Diskussion von westlicher Seite häufig als eine Art Grenzlinie angesehen wird, die den Aufbau einer gleichberechtigten Wechselseitigkeit verhindert. Aus diesem Grund eignet sich das Beispiel Türkei hervorragend, um darzustellen, daß der Islam auch dann, wenn die politischen Rahmenbedingungen für eine wechselseitige Auseinandersetzung relativ günstig erscheinen, aus westlicher Sicht tendenziell eher unter dem Vorzeichen einer prinzipiellen Unvereinbarkeit gesehen wird.

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Stellenwertes des Islam im politischen Diskurs der Türkei werden im folgenden die türkischen Innenperspektiven und hier vor allem die Aspekte Politik, Gesellschaft und Religion näher zu betrachten sein. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, inwiefern der Islam aus westlicher Perspektive zu einem Gefahrenpotential wird oder auch schlicht als Quelle der Distanz angesehen wird. Die Einschätzung des Islam seitens des Westens ist auch daraufhin zu untersuchen, welche Eigeninteressen und politischen Strategien ihr zugrunde liegen.

8.1.1 Türkische Politik als Quelle von Gefahr und Konfrontation

Einen wesentlichen Ansatzpunkt für die Darstellung der Türkei in den Medien unter einer Perspektive von Gefahr und Konfrontation bildet die innertürkische Kurdenproblematik. Das rigorose und militante Vorgehen der türkischen Regierung und des Militärs gegen kurdische Gruppierungen und die kurdische Bevölkerung tragen dazu bei, daß das politische Ansehen des Staates – und damit möglicherweise auch implizit das Ansehen islamischer Kultur – in den Augen westlicher Staaten Schaden nimmt.¹³⁶⁷

Die Darstellung der Kurdenproblematik, wie sie teils in der „Welt am Sonntag“ erfolgt, geht von einer Art Kriegsszenario zwischen der türkischen Staatsführung und kurdischen Rebellen aus. So berichtet die Zeitung über die Fortsetzung einer „Offensive“ der Türkei „gegen Lager und Stellungen von Rebellen der Arbeiterpartei Kurdistans“. Die Darstellung der Kurdenproblematik, wie sie teils in der „Welt am Sonntag“ erfolgt, geht von einer Art Kriegsszenario zwischen der türkischen Staatsführung und kurdischen Rebellen aus.

So berichtet die Zeitung über die Fortsetzung einer „Offensive“ der Türkei „gegen Lager und Stellungen von Rebellen der Arbeiterpartei Kurdistans“. Durch „Bodentruppen mit Unterstützung von Kampfhubschraubern“ seien im Zuge des Einsatzes bereits 154 „separatistische Terroristen“ getötet worden, zitiert die „Welt am Sonntag“ das türkische Staatsfernsehen.¹³⁶⁸ Diese Beschreibung legt den Schluß nahe, daß ein Staat, der im Inneren durch terroristische Aktivitäten bedroht wird, sich legitimerweise mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzt. Eine inhaltliche Erläuterung zur Kurdenproblematik nimmt die „Welt am Sonntag“ nicht vor.

¹³⁶⁷ Eine weitere Quelle stetiger Konfrontationen bildet sicherlich auch die Zypernproblematik, die immer wieder auch im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union auf der politischen Tagesordnung erscheint. Eine weitere Darstellung dieses Konflikts würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit überfordern.

¹³⁶⁸ vergl. o.A.: Türkei geht gegen Kurden im Irak vor, Welt am Sonntag 5.1.1997, S. 6 (TÜRK-W-1); vergl. auch o.A.: Türkische Armee setzt Offensive in Nordirak fort, Welt am Sonntag 18.5.1997, S. 6 (TÜRK-W-10), o.A.: Kämpfe gegen PKK in der Südtürkei, Welt am Sonntag 7.9.1997, S. 7 (TÜRK-W-24), o.A.: Türkei setzt Offensive gegen PKK fort, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 4 (TÜRK-W-32)

Der Hinweis der Zeitung auf einen Separatismus der Kurden legt die Schlußfolgerung nahe, daß die türkische Innenpolitik und die gesellschaftliche Perspektive von einer gewissermaßen einheitlichen Staatsauffassung geprägt ist, der sich eine Teilgruppe der Gesellschaft widersetzt. Damit wird die Haltung der türkischen Regierung zur bestehenden Konfliktlage übernommen. Wie die weitere Analyse noch zeigen wird, verhindert eine solche Darstellung die Wahrnehmung der tatsächlich ausgeprägten sehr heterogenen Auffassungen, die sich in der türkischen Politik und erst recht in der türkischen Öffentlichkeit manifestieren. Durch die Berichterstattung wird also das Erkennen von Zusammenhängen eingeschränkt. Der aus dem Irak stammende Kurde Namo Aziz relativiert diese Art der Darstellung, indem er in einem Artikel im „Spiegel“ darüber berichtet, wie er selbst bei der Rückkehr aus dem Kurdengebiet Opfer von Mißhandlungen durch das türkische Militär wurde.¹³⁶⁹ Zudem weist er auf das Ausmaß einer militärischen Eskalation hin, in deren Rahmen innerhalb von zwölf Jahren etwa 25.000 Menschen getötet wurden.¹³⁷⁰

In der „Zeit“ wird die Vorgehensweise der türkischen Regierung gegen die Kurden sehr kritisch dargestellt:

„In diesem Krieg ohne Zeugen - unabhängige Beobachter dürfen nicht ins Kampfgebiet - setzt das türkische Militär seine Strategie fort, den kurdischen Nationalismus gewaltsam zu unterdrücken. Bislang ohne Erfolg, denn die Repression sichert der stalinistischen PKK Zulauf, und in der Regel konnte die PKK nach Abzug türkischer Truppen verlorenes Terrain neu besetzen. ... Die Hoffnung, den kurdischen Nationalismus unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit liquidieren zu können, dürften sich nicht erfüllen. Statt dessen verliert Ankara international an Glaubwürdigkeit und liefert jenen Politikern Argumente, die eine Aufnahme der Türkei in die EU wegen ihrer Demokratie- und Menschenrechtsdefizite strikt ablehnen.“¹³⁷¹

Repression als politisches Mittel wird hier strikt abgelehnt. Gleichzeitig wird explizit eine Verbindung zwischen den Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung und einer ablehnenden Haltung westlicher Staaten gegenüber der Türkei hergestellt. Mit Begriffen wie „liquidieren“ und „Repression“, die auf eine Art der nicht legitimierbaren Gewalt hinweisen, ermöglicht „Der Spiegel“ es, die Vorgehensweise der türkischen Regierung in Frage zu stellen. Die Wortwahl läßt zudem Rückschlüsse auf ein grundsätzliches westliches Verständnis von Innenpolitik zu, demzufolge der Einsatz von Gewalt nicht toleriert wird.

Der Konflikt entwickelt teilweise sowohl seitens der PKK als auch seitens des Militärs Züge einer Guerilla-Auseinandersetzung. So berichtet die „Welt am Sonntag“ von einem Überfall kurdischer Rebellen auf eine Hochzeitsfeier im Haus eines sogenannten Dorfwächters, bei dem sieben Personen getötet wurden. Dorfwächter werden dabei als „paramilitärisch ausgebildete Dorfbewohner“ bezeichnet, die dem Militär im Kampf gegen die Kurden „Hilfsdienste“ leisten.¹³⁷²

¹³⁶⁹ vergl. Aziz, Namo: Prügel mit Hitlers Konterfei, Der Spiegel 21.4.1997, S. 182-185 (TÜRK-S-12)

¹³⁷⁰ vergl. (TÜRK-S-12): 182

¹³⁷¹ o.A.: Blutige Repression, Die Zeit 17.10.1997, S. 13 (TÜRK-Z-40)

¹³⁷² vergl. o.A.: Blutiges Ende einer Hochzeitsfeier – sieben Tote, Welt am Sonntag 3.8.1997, S. 13 (TÜRK-W-21)

Die türkische Regierung scheint den Rahmen der Rechtsstaatlichkeit zu verlassen, indem sie „Geheimoperationen“ durchführt und Folterungen sowie Massenmorde duldet, wenn nicht sogar fördert und in Auftrag gibt. So geht „Die Zeit“ davon aus, daß in der Türkei inzwischen politisch motivierte mit krimineller Gewalt verschmolzen ist und Politiker wie Tansu Çiller in ein Netz der Korruption verwickelt sind.¹³⁷³

„Die Zeit“ geht außerdem auf die Lebenszusammenhänge der Bevölkerung ein, die unter der Kurdenproblematik leidet. So wird beschrieben, wie die Bewohner des Kurdengebietes der Willkür der staatlichen Sicherheitskräfte ausgesetzt sind:

„Die allgegenwärtige Präsenz der staatlichen Sicherheitskräfte nimmt ihnen die Lebensfreude. Polizisten in Uniform marschieren in Gruppen durch die Stadt. Ein dunkelgrüner Panzerwagen blockiert die Hauptstraße. Soldaten halten ihre Maschinengewehre schußbereit. Sie durchsuchen junge Männer, führen viele ohne ersichtlichen Grund ab. So mancher kehrt nie mehr zurück. Überall lauern die Spitzel, die Geheimdienstagenten in Zivil, als halte eine fremde Macht die südostanatolische Stadt besetzt. ‚Wir leben in ständiger Angst‘, beschreibt ein Anwalt die Stimmung.“¹³⁷⁴

Während die „Welt am Sonntag“ also die militärische Konfrontation und ihre Folgen so neutral darstellt, als ob die kurdische Bevölkerung, die nicht zu den Rebellen zu zählen ist, überhaupt nicht beeinträchtigt wird beziehungsweise auf ihre Existenz überhaupt nicht eingeht, ermöglicht der Artikel der „Zeit“ eine Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes der militärischen Übergriffe. Durch die Darstellung einer Innenperspektive des Konflikts wird es zumindest ansatzweise möglich, die bestehende Situation unter einer Perspektive des Verstehens wahrzunehmen. Eine vorgeblich neutrale Berichterstattung, die sowohl die politische Entwicklung des Konflikts als auch die Auswirkungen auf die Alltagsrealität von konkreten Menschen unterschlägt, führt nicht nur zu einer ahistorischen Betrachtungsweise, sondern verhindert auch, daß – sowohl seitens der politischen Akteure als auch seitens der Leserschaft – eine Einfühlung in die Problematik mit all ihren Dimensionen stattfinden kann.

Die innertürkische Konfrontation, die sich aufgrund der Kurdenproblematik entfaltet, hat teilweise auch Auswirkungen auf westliche Staaten. So berichtet die „Welt am Sonntag“, daß in einem türkischen Feriengebiet rund 40 Touristen aus Deutschland und anderen europäischen Staaten von vermutlich kurdischen Rebellen bedrängt wurden.¹³⁷⁵ Ein Vorkommnis dieser Art stärkt indirekt ein Mißtrauen gegenüber der türkischen Regierung, da diese anscheinend nicht in der Lage ist, innerhalb des Landes einen gewissen Standard der Sicherheit zu gewährleisten.

Die – wenn auch eher fragmentarische – Darstellung der Kurdenproblematik im Mediendiskurs zeigt, daß in der Türkei Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit in sich zuspitzenden Konflikten

¹³⁷³ vergl. Cerha, Birgit: Watergate in Ankara, Die Zeit 31.1.1997, S. 11 (TÜRK-Z-5)

¹³⁷⁴ vergl. Cerha, Birgit: Eine Stadt in Angst und Elend, Die Zeit 17.10.1997, S. 13 (TÜRK-Z-41)

¹³⁷⁵ vergl. o.A.: Kurdische Rebellen bedrängten Touristen, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 1 (TÜRK-W-23)

außer Kraft gesetzt werden. Da gerade in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union diese Prinzipien jedoch als dauerhaft verwirklicht gelten können, manifestiert sich hier ein erster Ansatzpunkt für die Annahme einer grundsätzlichen Differenz zwischen der Türkei und anderen europäischen Staaten. Als wichtiger Punkt für die weitere Analyse ist festzuhalten, daß diese Differenz sich auf das politische Territorium beschränkt, da es um die Frage politischer Prinzipien und deren Umsetzung geht.

8.1.2 Türkische Innenperspektiven und Bedeutung des Islam

Die Darstellung der Konfliktperspektive hat bereits angedeutet, daß die Türkei sowohl innen- als auch außenpolitisch mit Prozessen der Destabilisierung zu kämpfen hat. Im folgenden wird es nun darum gehen, die innenpolitischen Konstellationen näher zu beleuchten und ihre Auswirkungen auf die türkische Lebensrealität zu analysieren. Die Perspektive, die die Medien darstellen, wird dabei wieder mit wissenschaftlichem Hintergrundmaterial verglichen, um mögliche Diskrepanzen zwischen den Diskursebenen zu fassen.

Obwohl die Türkei ein laizistischer Staat ist, spielt die Religion eine bedeutsame Rolle, da fast die gesamte Bevölkerung dem Islam angehört. Die mit der Gründung der Republik sehr abrupt durchgesetzte strikte Entkopplung von Politik und öffentlichem Leben auf der einen und dem Islam auf der anderen Seite wird seit einigen Jahren durch eine zunehmende Präsenz von Politikern, die sich explizit auf die religiöse Sphäre berufen, stetig nivelliert. Dieser politische Islam wird von westlichen Staaten zunehmend als Gefahr angesehen. Um Möglichkeiten sowie eine potentielle Verhinderung der Auseinandersetzung ausloten zu können, ist es deshalb notwendig, die politischen und die alltagskulturellen Ausprägungen des gegenwärtigen Islamdiskurses innerhalb der Türkei sowohl aus der Perspektive der Medien und der politischen Eliten als auch aus der Sicht der Bevölkerung zu analysieren.

In der Berichterstattung über die Türkei zeichnet sich ab, daß die demokratischen Strukturen des Staates von krisenhaften Entwicklungen, die verschiedene Bereiche tangieren, unterhöhlt sind. So berichtet „Die Zeit“ unter dem Titel „Watergate in Ankara“ wie folgt:

„Verbissen suchen die Medien seit Wochen, ein dichtes Netz von Verschwörung und Verbrechen zu entwirren. Wird die Türkei beherrscht von einer ‚unheiligen Allianz‘ aus korrupten Politikern und Sicherheitschefs, Rechtsextremen, Mafiabossen und kurdischen Feudalherren? Hat sich ein geheimer Staat im Staat formiert, in dem die Kriminalität regiert und führende Politiker das große Geld abschöpfen? Im Zentrum der Spekulationen steht Tansu Çiller, von 1993 bis 1995 Premierministerin und nun Außenministerin und stellvertretende Regierungschefin.“¹³⁷⁶

¹³⁷⁶ TÜRK-Z-5

Die Tatsache, daß die Gegner des Staates zum Teil im Staatsapparat selbst ausgemacht werden, begünstigt ein Infragestellen der gesamten politischen Strukturen der Türkei oder wirft zumindest kein gutes Licht auf sie, da der Artikel den Anschein vermittelt, daß das politische System nicht in der Lage ist, der bestehenden Korruption wirksam entgegenzutreten.

„Der Spiegel“ berichtet, wie sich die türkische Bevölkerung – beispielsweise 150.000 Personen bei einer Demonstration in Ankara – zunehmend gegen eine „schier unglaubliche Verflechtung von Politik und organisiertem Verbrechen“ auflehnt:

„Die engen Verbindungen der türkischen Mafia bis in die höchsten Ämter des Landes ... erschüttern eine staatliche Ordnung, deren Grundfesten ohnehin nicht stabil sind. Wie sonst nur der schmutzige Kurdenkrieg hat die unheimliche ‚Dreiecksbeziehung zwischen Mafia, Polizei und Politik‘ ... eine erbitterte Debatte über Charakter und Zukunft der Türkei ausgelöst.“¹³⁷⁷

Das politische System befindet sich also in einer fundamentalen Krise und ist anscheinend von einer pluralistischen Demokratie und einer Zivilgesellschaft, die sich im politischen Prozeß wirksam artikulieren kann, weit entfernt.¹³⁷⁸

Die im Mediendiskurs dargestellten innenpolitischen Krisen der Türkei bilden nur einen Ausschnitt aus einer komplexen politischen Wirklichkeit, die sich über Jahrzehnte hinweg historisch entwickelt hat. Diese Historizität der aktuellen Situation wird vom Mediendiskurs jedoch kaum aufgegriffen. Ein Verstehen der türkischen Probleme der Gegenwart ist jedoch nur möglich, wenn der Entwicklungsweg, den diese Probleme genommen haben, in Betracht gezogen wird. Die türkische Demokratie ist seit jeher durch ein Schwanken zwischen demokratischen Impulsen, Rückfällen in autoritäre Strukturen und militärischen Interventionen zur Stabilisierung der politischen Situation geprägt. Die ersten freien Wahlen in der Türkei fanden 1946 statt.¹³⁷⁹ Dies deutet bereits darauf hin, daß der Zeitraum, in dem sich Politik und Gesellschaft in einem Wechselspiel entfalten, erst relativ kurz bemessen ist.¹³⁸⁰

Die innenpolitische Entwicklung in der Türkei in den letzten zwei Jahrzehnten ist durch zahlreiche Brüche geprägt. Nach der Militärintervention 1980 durften sich Politiker, die vor 1980 aktiv waren, zunächst nicht mehr betätigen. Das Parteiengesetz von 1983 beinhaltete ein Betätigungsverbot für vor 1980 gegründete Parteien. Ziel dieser Maßnahmen seitens des Militärs war es, den Einfluß ehemaliger Spitzenpolitiker zu brechen. Da die Mitglieder der neu zugelassenen Parteien jedoch aus dem Umfeld der Altpolitiker stammten, kann man nicht von einem politi-

¹³⁷⁷ o.A.: Hochachtung vor einem Killer, Der Spiegel 27.1.1997, S. 138-140 (TÜRK-S-1): 138

¹³⁷⁸ vergl. TÜRK-S-1: 138f

¹³⁷⁹ vergl. Ekin, Akif / Singler, Axel (1997): Nachbar Türkei. Wo sich Europa und Asien verbinden, Frankfurt 1997: 77

¹³⁸⁰ In diesem Zusammenhang wäre es interessant, der Frage nachzugehen, wie sich die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, die ja ebenfalls erst eine recht kurze Entwicklungsgeschichte aufweist, im Vergleich zur Türkei entwickelt hat. Dieser Gedankengang würde jedoch die Möglichkeiten dieser Arbeit überfordern. Wichtig ist es jedoch, sich darüber im Klaren zu sein, daß westliche Demokratien, die, wie in Deutschland, funktionsfähige zivilgesellschaftliche Strukturen herausgebildet haben, keine Entität an sich darstellen, sondern sich unter jeweils spezifischen Randbedingungen entwickelt haben. Für die Einschätzung der türkischen Innenperspektive (und damit natürlich auch der Außenperspektive) ist es deshalb wichtig, diesen Entwicklungsweg nachzuvollziehen.

schen Neuanfang sprechen.¹³⁸¹ Der politische Prozeß ist also durch eine Fragmentierung gekennzeichnet, was dazu geführt hat, daß Entwicklungen immer wieder unterbrochen wurden. Geht man davon aus, daß eine der Grundlagen für (politische) Stabilität ein gewisses Maß an Kontinuität ist, also eine längerfristige Auseinandersetzung, in deren Zuge Lösungen entwickelt werden, wird deutlich, warum die politische Entwicklung in der Türkei durch ein stetiges Auf und Ab geprägt ist. Irrwege in politische Sackgassen werden gewissermaßen nicht im politischen Prozeß gelöst, sondern der Prozeß wird unterbrochen. Da jedoch Neuanfänge, die ein Verarbeiten von bereits als unzureichend abgelehnten Entwicklungen ermöglichen könnten, nicht wirklich stattfinden, wird eine Weiterentwicklung der türkischen Politik im Sinne einer Verbesserung behindert.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Einschätzung der politischen Perspektiven der Türkei ist die Verfassung der Zivilgesellschaft, auf die eine funktionierende Demokratie angewiesen ist. Mit der Verfassung von 1982 wurden Bürgerrechte wie die politische Meinungsäußerungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit massiv beschnitten. Das Zentrum für Türkeistudien sieht darin eine „grundlegende Politik zur Kontrolle und Entpolitisierung der Bürger“. Insgesamt habe die Verfassungsänderung nur „marginale Modifikationen“, aber keine grundlegenden Reformen mit sich gebracht, so daß die Revision als „unzureichender Beitrag in Richtung einer demokratischen Zivilgesellschaft“ gewertet wird.¹³⁸² Der politische Prozeß auf der Ebene des Staates ist also ein Stück weit abgekoppelt von der Bevölkerung, die eigentlich durch die Politik repräsentiert werden sollte. Dieser Bruch führt dazu, daß Politik und Gesellschaft zu partiell getrennten Sphären werden und die Entwicklung einer Demokratie als Ausdruck der Zivilgesellschaft eingeschränkt ist.

Steinbach wiederum geht davon aus, daß in der Türkei seit einer Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1983 ein bemerkenswerter Prozeß der Demokratisierung zu verzeichnen sei. Eine Betonung von wirtschaftlichem Wachstum und innerer Stabilität hätten allerdings dazu geführt, daß der Verwirklichung der Menschenrechte kaum Beachtung geschenkt wurde.¹³⁸³ Diese Darstellung trägt zu einem besseren Verständnis der innenpolitischen Prämissen in der Türkei bei. Demokratische Entwicklung und ein Prinzip von Stabilität werden anscheinend auf einer staatlich-institutionellen Ebene definiert. Eine Vernachlässigung der Menschenrechte führt wiederum dazu, daß die Zivilgesellschaft vom Grundgedanken her gegen diese Definition nicht geschützt ist. Im Falle des Auftretens von Diskrepanzen zwischen politischer Konzeption und gesellschaftlichen Ambitionen setzt sich

¹³⁸¹ vergl. Şen, Faruk / Akkaya, Cem / Özbeke, Yasemin (1998): Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998: 40ff

¹³⁸² vergl. Şen / Akkaya / Özbeke (1998): 58

¹³⁸³ vergl. Steinbach, Udo (1994b): Türkei, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., Neubearb. Aufl., S. 282-295: 293

der „Staat“ durch. Damit werden demokratische Entwicklungen aus der Gesellschaft heraus unterbunden.

Die Komplexität der innenpolitischen Probleme wird dadurch gesteigert, daß Tansu Çiller, um die gegen sie wegen mutmaßlicher Korruption laufenden Untersuchungen zu verhindern, ein Regierungsbündnis mit der Refah-Partei eingegangen ist. Damit wird die Problemkonstellation um eine weitere Komponente, nämlich um die politische Mitwirkung der Islamisten erweitert. Die türkische Bevölkerung hat laut „Spiegel“ den Glauben an die „Selbstreinigungskräfte“ ihres Staates verloren.¹³⁸⁴

Steinbach skizziert die politischen Entwicklungen seit den Wahlen Ende 1995, nach denen die gegenwärtige Phase politischer Instabilität bereits begonnen habe. Die Koalition der Mutterlandspartei und der Partei des Rechten Weges dauerte nur wenige Monate an. Es folgte die Koalition der Wohlfahrtspartei mit der Partei des Rechten Weges, wobei Necmettin Erbakan zum Ministerpräsidenten ernannt wurde und Tansu Çiller das Amt der Außenministerin bekleidete. Die neue Regierung litt jedoch unter einer „angeborenen“ Schwäche:

„Diese lag vor allem im Mißtrauen zwischen den islamistischen und laizistischen Teilen der Koalition. Verschärft wurde die Schwäche durch die Einmischung der Armee, die hinter den Kulissen als Hüterin des laizistischen Erbes Atatürks einer islamischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft durch den Ministerpräsidenten und seine Partei enge Grenzen zog. Daneben offenbarten sich in dramatischer Weise jahrelang vermutete Beziehungsgeflechte zwischen den Sicherheitskräften, der organisierten Kriminalität ... und Teilen der politischen Klasse.“¹³⁸⁵

Die innenpolitische Situation der Türkei im Jahre 1997 stellt also gewissermaßen eine Zuspitzung verschiedener Problemquellen dar, die sich längerfristig entwickelt haben.

Innerhalb des politischen Systems der Türkei nimmt das Militär seit der Gründung der Republik einen besonderen Stellenwert ein. „Die Zeit“ beschreibt seine Position wie folgt:

„Die Militärs sind nach der Verfassung die Wächter über das Erbe Kemal Atatürks: die laizistische Republik, die Absage an allen religiösen Fundamentalismus, die Ausrichtung auf den Westen. Nach einer neunstündigen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, die Staatspräsident Demirel leitete, haben sie dem islamischen Premierminister Erbakan jetzt die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder er unterbindet die Kampagne der radikalen Religiösen gegen den weltlichen Staat - oder es setzt ‚Sanktionen‘. Die Drohung blieb vage. Dennoch war sie nicht mißzuverstehen. ... Fürs erste schrecken die Militärs vor einem neuen Staatsstreich zurück, denn er würde die Aussichten der Türkei auf einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union vollends verdunkeln. Doch bleiben die Panzer abmarschbereit in den Kasernen. Und wie erleichtert der Westen auch immer sein mag, daß die Generäle ihr Wächteramt ernst nehmen - es wäre allemal besser, die türkischen Demokraten überließen es nicht den Soldaten, die Dinge in Ordnung zu bringen, den Sumpf der Korruption auszutrocknen und die sozialen Probleme zu lösen, die der Nährboden des Fundamentalismus sind.“¹³⁸⁶

¹³⁸⁴ vergl. TÜRK-S-1: 139f

¹³⁸⁵ Steinbach, Udo (1997): Die politische Entwicklung 1996 im Überblick, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 19-25: 23

¹³⁸⁶ o.A.: Kemals Wächter, Die Zeit 7.3.1997, S. 4 (TÜRK-Z-10)

Die Beziehungen zwischen Politik und Militär ergeben sich also aus der geschichtlichen Entwicklung der Türkei. Aus der Perspektive, die „Die Zeit“ entwickelt, erscheint die Konstellation als sehr ungünstig für ein demokratisches System, da das politische System, wenn es mit existierenden Problemlagen nicht zurecht kommt, von der Instanz des Militärs gewissermaßen vorübergehend abgelöst wird. Dadurch wird der politische Diskurs fragmentiert, was möglicherweise seine Entwicklungsperspektiven negativ beeinflusst.

Interessant ist in dem Artikel der Blickwinkel auf den islamischen Fundamentalismus. „Die Zeit“ betrachtet den sich in der Türkei verstärkenden Fundamentalismus als Ergebnis sozialer Probleme und sieht die Politik in der Verantwortung, diese zu lösen. Die Widersprüchlichkeit der türkischen Situation liegt nun darin, daß das Militär sich in die Politik einmischt, sobald seiner Ansicht nach der Laizismus nicht mehr gewahrt ist. Damit unterbindet das Militär aber eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Islam im politischen Diskurs.

Die Frage der Demokratie und der Menschenrechte auf der einen und der Stellenwert des Islam auf der anderen Seite sind die zentralen Punkte im politischen Diskurs innerhalb der Türkei:

„In der Türkei selbst verdrängt die künstlich aufgeheizte Debatte um die säkulare Verfaßtheit des Landes die jahrelangen Auseinandersetzungen um Demokratie und Menschenrechte aus der Öffentlichkeit. Dabei hat es seit dem Putsch 1980 noch nie eine so große Manifestation des Wunsches nach demokratischer Veränderung gegeben wie in den vergangenen Monaten. Die westlich orientierte, demokratisch und laizistisch geprägte Mittelschicht hat sich unüberhörbar zu Wort gemeldet. Im Februar und März demonstrierten in den westlichen Ballungszentren und den Großstädten an der Mittelmeerküste Hunderttausende gegen Korruption, gegen staatliche Killerkommandos im Kurdenkonflikt und gegen die Zusammenarbeit von Mitgliedern der Sicherheitsorgane mit kriminellen Banden im Rauschgifthandel.“¹³⁸⁷

Diese Darstellung illustriert, daß die Entwicklung der Demokratie innerhalb der Türkei ein zentrales Problem darstellt. Durch die neuentfachte Diskussion über eine zunehmende Islamisierung des Landes wird diese Grundproblematik, die bereits am Beispiel der Rolle des Militärs angedeutet wurde, überlagert. Wenn jedoch, wie bereits dargestellt,¹³⁸⁸ soziale und politische Probleme eine Ursache für das Aufflammen fundamentalistischer Bewegungen sind und die Diskussion über den Islam eine Auseinandersetzung über die grundlegenden politischen Strukturen der Türkei verhindert, so verschwimmen die Konturen der eigentlichen Probleme, und ihre Bearbeitung wird erschwert.¹³⁸⁹ Auf das grundsätzliche Verhältnis von Islam und Politik innerhalb der Türkei wird an späterer Stelle noch deutlicher einzugehen sein.

¹³⁸⁷ Gottschlich, Jürgen: Die Armee bringt keine Rettung, Die Zeit 25.4.1997, S. 13 (TÜRK-Z-19)

¹³⁸⁸ vergl. TÜRK-Z-10

¹³⁸⁹ An dieser Stelle sei angemerkt, daß die vermehrte politische Bezugnahme auf den Islam natürlich nicht allein die Folge sozialer Probleme ist. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird noch darauf einzugehen sein, welche Bedeutung der Islam als Kultur und Religion innerhalb der Türkei seit der Republikgründung eingenommen hat, ohne daß er unter einem fundamentalistischen Vorzeichen gesehen werden müßte. Das desolote politische System bildet jedoch für am Islam orientierte Politiker die Möglichkeit, vorgeblich neue Wege gegen bestehende Korruption zu propagieren. Es deutet sich also an, daß der Islam im politischen Diskurs zum Teil instrumentalisiert wird.

Der desolate Zustand des politischen Systems kann zum Teil auch als Spiegel der türkischen Gesellschaft begriffen werden, die in den letzten Jahrzehnten recht unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen hat. Die gesellschaftliche Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung beispielsweise läßt verschiedene, divergierende politische Interessenlagen erkennen. Der sich zunehmend etablierende Mittelstand in den Städten fühlt sich auf der politischen Ebene nicht repräsentiert. Kritiker gehen davon aus, daß die türkische Politik von Islamisten und dem Militär geprägt wird, so daß folglich eine Kluft zwischen Politik und Gesellschaft entstehe. Hinzu kommt, daß zahlreiche Politiker in komplexe Klientensysteme eingebunden sind und sich deshalb weniger einer breiten Wählerschaft oder gar der Gesellschaft als solcher verpflichtet fühlen.¹³⁹⁰

Der wachsende Einfluß islamischer Politiker wird den Medien zufolge innerhalb der Türkei nicht nur vom Militär, sondern auch von der Bevölkerung mit Sorge betrachtet:

„Die Militärs, die sich als Garanten der von Atatürk in den zwanziger Jahren begründeten laizistischen Ordnung der Türkei sehen, sind nicht länger gewillt, die symbolträchtigen Forderungen des islamistischen Premiers Erbakan und seiner Wohlfahrtspartei hinzunehmen. Die lauthals verkündeten Pläne der Islamisten erregen freilich nicht allein die Generäle, sondern auch die säkular gesinnte Bevölkerungsmehrheit. So verlangen die Fundamentalisten die Aufhebung des Verbots, an den Universitäten und in den Behörden ein Kopftuch oder einen Schleier zu tragen. Außerdem wollen sie auf dem zentralen Taksim-Platz in Istanbul und im Regierungsviertel von Ankara Moscheen errichten: bewußte Provokationen mit dem Ziel, eine andere, eine islamistische Türkei zu schaffen. In jüngster Zeit waren die Generäle wiederholt beim konservativen Staatspräsidenten Demirel vorstellig geworden. Die Regierung Erbakan, so ließen sie verlauten, sei nicht länger tragbar.“¹³⁹¹

Hier wird implizit angedeutet, daß der politische Islamdiskurs innerhalb der Türkei nur einen Ausschnitt aus einer komplexeren Islamperspektive der Bevölkerung bildet.

Faruk Şen beschreibt die Situation, die zum Erfolg der Wohlfahrtspartei bei den Kommunalwahlen 1994 führte, wie folgt:

„Der Wahlsieg der Wohlfahrtspartei hat zwei Hauptgründe. Zum einen zählten die Armen und Landflüchtigen in den Großstädten zu ihren Wählern, die sich von der Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen, liberalen, aber auch der sozialdemokratischen Parteien nicht viel versprechen. Der andere Grund für den Wahlsieg der Wohlfahrtspartei liegt darin, daß die pro-kurdische DEP (Demokratiepartei) im Südosten des Landes nicht zur Wahl antrat und viele Wähler der Wohlfahrtspartei als ‚System-Alternative‘ ihre Stimme gaben.“¹³⁹²

Das Wahlverhalten eines Teils der türkischen Bevölkerung ist also eher an eine konkrete Situation als an einen grundsätzlichen Wunsch nach einer „islamischen“ Politik geknüpft.

Dennoch besteht eine latente Gefahr der Verselbständigung eines neuen, politisierten Islamdiskurses, da der Islamismus, wie er beispielsweise von der Refah-Partei vertreten wird, ein umfassendes Netz der Bezüge zwischen Volk, Religion und Staat webt:

„Der islamistische Diskurs nimmt ... die Deutungsmuster einer bis dahin gegebenen und nicht hinterfragbaren sozialen und politischen Ordnung auf, symbolisiert sie religiös und hebt sie als Vorstellungen

¹³⁹⁰ vergl. TÜRK-Z-19

¹³⁹¹ Lüders, Michael: Erbakans Provokation, Die Zeit 14.2.1997, S. 6 (TÜRK-Z-7)

¹³⁹² Şen, Faruk (1985): Türkei, München 1996, 4., neubearb. und erw. Aufl.: 134

von einer erst noch zu gestaltenden islamischen Ordnung ins Bewußtsein. Es vollzieht sich mit anderen Worten ein Wandel von den Regeln der Tradition zur Präsentation islamischer Regeln. Der islamistische Diskurs nimmt die Vorstellungen von Gesellschaft, Sozialorganisation, Staat und Politik, die Deutungsmuster, die er vorfindet, auf, Vorstellungen von einer sittlichen Gemeinschaft, sich einordnenden Menschen und einem starken Staat, er gestaltet diese Deutungsmuster aus und präsentiert sie als islamische. In diesem Sinne sprechen die Islamisten die ‚Sprache des Volkes‘.¹³⁹³

Diese Art des Diskurses ermöglicht es, eine bisher als starr wahrgenommene politische Ordnung zu hinterfragen, und zwar auf der Basis von kulturell-religiösen Identifikationsmustern, die die Bevölkerung tatsächlich in ihren umfassenden Lebenszusammenhängen ansprechen und betreffen. Schulze weist denn auch darauf hin, daß eine verstärkte Zuwendung zur religiösen Tradition für Teile der Bevölkerung, die sich bisher von der politischen Partizipation ausgeschlossen fühlten, die Möglichkeit bedeuten kann, sich neues Territorium gegenüber den bestehenden Herrschaftseliten anzueignen. Damit werde unter anderem staatlicher Anonymität eine kulturell-religiöse Bedeutungshaftigkeit entgegengesetzt.¹³⁹⁴ Im Prinzip wird also eine neue Ganzheitlichkeit propagiert, die der Kemalismus nicht erfüllt. Man muß sich jedoch darüber im Klaren sein, daß dies nur eine von verschiedenen Islamperspektiven ist, die sich in der Türkei manifestieren.

Seufert unterscheidet drei unterschiedliche gesellschaftspolitische Strömungen im Hinblick auf den Islam. Die konservativen Bewahrer sehen laut Seufert keine Probleme in einer Vereinbarkeit von Türkentum und Religion und deren Verwaltung durch den Staat. Die von Seufert sogenannten Radikalen hingegen vertreten ein Islam-Verständnis, das die islamistische Einheit von Staat und Gesellschaft propagiere. Diese übermäßig politisierte Auffassung von Islam sei jedoch in vielen Bereichen konträr zum Religionsverständnis der gläubigen Masse. Die Gruppe der „islamischen Postmodernisten“ plädiere für einen zivilen Islam, der vom Staatsapparat unabhängig ist. Sie setze auf eine allmähliche Re-Islamisierung der Gesellschaft und propagiere eine weitgehende kulturelle Autonomie der verschiedenen religiösen Segmente der Bevölkerung.¹³⁹⁵ Die von Seufert konstatierte Perspektive einer Re-Islamisierung der türkischen Gesellschaft, die von den Postmodernisten vertreten werde, ist in gewisser Hinsicht nicht richtig, denn die Lebensrealität der türkischen Bevölkerung ist bereits islamisch geprägt.

Außerdem scheint es so zu sein, daß zwischen dem wachsenden politischen Stellenwert der Refah-Partei und dem allgemein desolaten Zustand des türkischen Parteiensystems eine Beziehung besteht:

„Innenpolitisch hat sich die politische Klasse in eine Sackgasse manövriert, als sie im vorigen Jahr der islamisch-fundamentalistischen Refah-Partei die Regierungsmacht überließ. Die Refah hatte zwar bei

¹³⁹³ Seufert, Günter (1997): Café Istanbul. Alltag, Religion und Politik in der modernen Türkei, München 1997: 178f

¹³⁹⁴ vergl. Schulze, Reinhard (1993): Muslimische Intellektuelle und die Moderne, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, S. 77-91: 85

¹³⁹⁵ vergl. Seufert (1997): 166ff

den letzten Wahlen nur 21 Prozent der Stimmen errungen, doch die Vertreter der übrigen 79 Prozent erwiesen sich als unfähig, eine haltbare Koalition auf die Beine zu stellen.¹³⁹⁶

Nicht unbedingt die Stärke islamischer Strömungen innerhalb der Türkei ist also ausschlaggebend für die politische Etablierung der Refah-Partei, sondern das „politische Koma“, in dem der Staat sich befindet.¹³⁹⁷

Diese differenzierte Darstellung in der „Zeit“ eröffnet die Möglichkeit, den Blick auf die tatsächlichen politischen Probleme der Türkei zu richten, ohne sie zwangsläufig allein unter der Perspektive des Islam betrachten zu müssen.¹³⁹⁸ So erläutert „Die Zeit“, daß sich in der Türkei „eine Zivilgesellschaft westlichen Zuschnitts“ entwickle, deren Probleme nicht mehr allein durch ein Eingreifen des Militärs gelöst werden könnten, wenn das politische System versagt.¹³⁹⁹ Damit wird das Augenmerk auf bestehende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels gerichtet.

Auch wenn die zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Türkei längst nicht so ausgeprägt sind wie in anderen westlichen Staaten, verfügen sie doch über eine stetig fortschreitende Entwicklungsdynamik. Im Bereich der gesellschaftlichen Institutionen ist die politische Durchsetzungsfähigkeit der nicht-staatlichen Verbände zwar niedriger einzuschätzen als in westeuropäischen Ländern, doch zeichnet sich eine wachsende Bereitschaft zur politischen Partizipation ab.¹⁴⁰⁰ Es sieht also so aus, als ob die politische Entwicklung auf der Staatsebene in der gegenwärtigen Türkei der zivilgesellschaftlichen Entwicklung hinterherhinkt, so daß die Entwicklungsdiscrepanzen zutage treten. In dieser Umbruchssituation spielt natürlich auch der Islam eine Rolle, da auch laizistisch orientierte Türken über kulturelle Islambezüge verfügen. Diese Bezüge sind in der türkischen Gesellschaftsordnung immer noch tief verwurzelt:

„In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Islam, besonders auf dem Land, wieder an Bedeutung und Einfluß gewonnen. Über 99 Prozent der heutigen Bevölkerung sind Muslime. Durch die Rückbesinnung auf historische und religiöse Traditionen werden der Lebensrhythmus und die Lebensgewohnheiten der meisten Türken wie eh und je von der Religion bestimmt ... Darüber hinaus gewinnt der Islam zunehmend an politischem Einfluß und orientiert sich an einer antiwestlichen, religiös geprägten Staatsordnung. Trotzdem hat der Islam in der politischen Willensbildung bisher keine Dominanz gewonnen.“¹⁴⁰¹

Die grundsätzlichen gesellschaftlichen und kulturellen Identifikationen der Bevölkerung stehen also in einem Verhältnis zum Islam, führen jedoch nicht zwangsläufig dazu, daß daraus der Wunsch nach einer umfassenden, am Islam orientierten Politik abgeleitet wird.

¹³⁹⁶ Sommer, Theo: Gesucht: Ein moderner Atatürk, Die Zeit 6.6.1997, S. 7 (TÜRK-Z-25)

¹³⁹⁷ vergl. TÜRK-Z-25

¹³⁹⁸ Der Mediendiskurs - zumindest im Hinblick auf die Betrachtungsweise in der „Zeit“ – stellt den Islam bei der Darstellung des politischen Diskurses innerhalb der Türkei nicht automatisch in den Mittelpunkt. Damit leisten die Medien einen Beitrag dazu, daß der Islam nicht zwangsläufig mit dem vorherrschenden politischen Chaos gleichgesetzt wird. In der weiteren Analyse wird noch zu prüfen sein, ob der politische und auch kulturelle Diskurs, der in Deutschland über den Islam geführt wird, diese Differenzierungen aufgreift oder ob der Islam möglicherweise als Ausgangspunkt für die negativen politischen Entwicklungen in der Türkei angesehen wird.

¹³⁹⁹ vergl. TÜRK-Z-25

¹⁴⁰⁰ vergl. Şen / Akkaya / Özbek (1998): 74

¹⁴⁰¹ Şen (1985): 65f

Teilweise wird der steigende Stellenwert des Islam in der Politik aber auch als eine fast schon automatisch verlaufende Entwicklung dargestellt:

„Für die Militärs, die sich als die wahren Nachfolger des Republikgründers verstehen, bedroht der Vormarsch der Fundamentalisten das politische Vermächtnis Atatürks: den laizistischen Charakter des Landes. ‚Stück für Stück‘, beobachtete die Tageszeitung CUMHURİYET, ‚verwandelt sich die säkulare Republik in einen sunnitischen Staat.‘“¹⁴⁰²

Diese Abkopplung der Betrachtungsweise von den übrigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen macht es schwer, die tatsächliche Situation angemessen einzuschätzen. Die Existenz der Wohlfahrtspartei und ihre Aktivitäten sollten jedoch nicht als plötzliches Aufkeimen einer neuen, religiös orientierten Politik angesehen werden. Bereits 1974 war die islamistische Nationale Heils-Partei als Vorgängerin der Wohlfahrtspartei für kurze Zeit an der Regierung beteiligt. Nennenswerten Zulauf verzeichnete die Partei erst Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, als die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme in der Türkei unaufhaltsam zuzunehmen schienen. Vor allem die Landflüchtigen, die in Geçekondusiedlungen am Rand der Großstädte unter extrem schwierigen Bedingungen lebten, orientierten sich aus Angst vor einem Identitätsverlust am religiösen Programm der Partei. Die Schaffung eines sozialen Versorgungsnetzes durch die Wohlfahrtspartei verstärkte die Bindungen.¹⁴⁰³

Tibi kritisiert eine unzureichende Information über die Entwicklungen innerhalb der Türkei durch die Medien. Über Hintergründe tagespolitischer Ereignisse sowie die politischen Prozesse, die sich innerhalb der Institutionen vollziehen, würde kaum berichtet, so daß der Wahlerfolg der Refah-Partei im Jahre 1995 gewissermaßen wie ein Aufstieg der Fundamentalisten aus heiterem Himmel anmutete.¹⁴⁰⁴ Die Situation im Jahre 1997 ist jedoch eher Ergebnis längerfristiger, teils unterschwellig verlaufender Entwicklungen. Erbakan war bereits 1974 stellvertretender Ministerpräsident. Zum Erbe seiner damaligen politischen Aktivitäten gehören unter anderem die Imam-Hatip-Okullari, Prediger-Schulen, aus denen fundamentalistische Gymnasien hervorgingen, die inzwischen von mindestens einer Million türkischer Schüler besucht werden.¹⁴⁰⁵ Es vollzieht sich also ein kontinuierlicher politischer und gesellschaftlicher Wandel, der im Prinzip erst in den neunziger Jahren wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gelangte.

Man muß sich allerdings auch darüber im klaren sein, daß die politische Entwicklung des Islam ab einem bestimmten Punkt auch eine Art Eigendynamik entwickeln kann. Erste Tendenzen hierzu zeichneten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1997 bereits ab:

„Selbstbewußt erobern die Religiösen Schaltstellen von Staat und Verwaltung. Unter Erbakan übernahmen sie acht Ministerien, darunter neben der Justiz die für die Basisarbeit so wichtigen Ressorts wie

¹⁴⁰² Bednarz, Dieter: Sturz in die Dunkelheit, Der Spiegel 31.3.1997, S. 146-149 (TÜRK-S-4): 146

¹⁴⁰³ Sen / Akkaya / Özbek (1998): 179f

¹⁴⁰⁴ vergl. Tibi, Bassam (1998): Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus, München/Zürich 1998: 28f

¹⁴⁰⁵ vergl. Tibi (1998): 38f

Arbeit, Kultur, Wohnungsbau und Landwirtschaft. Gleich nach seinem Amtsantritt verfügte der Regierungschef die Einstellung von 30.000 Beamten. Das Zentrum für Türkeistudien in Essen schätzt, daß der Premier während seiner Regierungszeit ,auf jeden Fall 250.000 seiner Anhänger im Verwaltungsapparat unterbringen' werde.¹⁴⁰⁶

Hier wird also eine gezielte Unterwanderung des laizistischen Staates durch die Refah-Partei konstatiert. Da diese mit demokratischen Mitteln erfolgt, erscheint es fast unmöglich, die zunehmende Etablierung islamischer Politiker zu verhindern. Dieses Szenario zeigt an, wie desolat die türkische Demokratie tatsächlich ist. Immerhin verfügt die Refah-Partei nur über ein Fünftel der Wählerstimmen. Da jedoch die übrigen demokratischen Parteien es nicht schaffen, zum Wohle und im Sinne der Bevölkerung zu kooperieren, gelingt es den islamischen Politikern zunehmend, Fuß zu fassen. Selbst Politiker aus Çillers Partei des Rechten Weges (DYP) kritisieren zunehmend die Politik der eigenen Partei, die sich zu sehr an den eigenen Machtinteressen orientiere, so daß es Erbakan gelinge, seine „islamistische Politik“ durchzusetzen.¹⁴⁰⁷

Der zurückgetretene Handelsminister Erez, der ebenfalls der DYP angehört, sieht beispielsweise durch die Wohlfahrtspartei die „Grundlagen der Republik“ verletzt und damit „Staat und Demokratie“ gefährdet.¹⁴⁰⁸ Interessant an dieser Einschätzung ist, daß das Konzept der Demokratie anscheinend als eher statisch aufgefaßt wird. In der türkischen Politik wird zumindest von den laizistisch orientierten Parteien ein stetiger Bezug zu den kemalistischen Traditionen des Staates geknüpft, doch zeigt die historische Entwicklung der Türkei, daß dieser Bezug alles andere als durch eine organische Entwicklung mit der Bevölkerung verbunden ist.

Die gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der Türkei verläuft nicht unbedingt konform zum kemalistischen Ideal. In der politischen Diskussion zwischen der Refah-Partei und der Partei des Rechten Weges zeichnete sich im April 1997 als Kernpunkt der sich verschärfenden Spannungen die Frage der Schulpflicht ab. Die DYP wollte, entsprechend den Forderungen des Nationalen Sicherheitsrates, die Zahl der Pflichtschuljahre von fünf auf acht erhöhen, um den staatlichen Einfluß im Erziehungsbereich zu stärken und damit die Einflußmöglichkeiten religiöser Schulen einzuschränken.¹⁴⁰⁹ Ausgangspunkt dieser politischen Zielsetzung ist die Annahme einer nachhaltigen Islamisierung der türkischen Gesellschaft durch die religiösen Schulen:

„Danach werden bei einer ungehinderten Entwicklung der Religionsschulen die Islamisten in drei Jahren bereits über 34 und in acht Jahren gar über fast 67 Prozent der Wählerstimmen verfügen.“¹⁴¹⁰

Es wird also angenommen, daß ein zunehmender Besuch der Religionsschulen, der ja aller Wahrscheinlichkeit nach freiwillig erfolgt, das Wählerpotential der Refah-Partei stärkt. Die Darstellung

¹⁴⁰⁶ TÜRK-S-4: 149

¹⁴⁰⁷ vergl. o.A.: „Die Regierung ist todgeweiht“, Der Spiegel 5.5.1997, S. 143 (TÜRK-S-15)

¹⁴⁰⁸ vergl. o.A.: Zwei Rücktritte – Türkische Koalition vor dem Ende?, Welt am Sonntag 27.4.1997, S. 3 (TÜRK-W-8)

¹⁴⁰⁹ vergl. TÜRK-W-8

¹⁴¹⁰ TÜRK-W-8

in der „Welt am Sonntag“ hat den Anschein der Neutralität, da sie schlicht Zahlen wiedergibt. Dieses „Faktenmaterial“ illustriert ein exponentielles Wachstum. Im Kontext der gesamten Berichterstattung über den zunehmenden Einfluß von „Islamisten“ in der Türkei kann sich alleine aufgrund solcher vorgeblich neutraler Angaben die Assoziation entwickeln, der Staat werde vom Islam „überschwemmt“. Selbst, wenn dieses Symbol überhaupt nicht verwendet wird, kann es unterschwellig aus dem Fundus der bekannten „Informationen“ abgeleitet werden. Solche Assoziationsketten haben selbstverständlich nicht den Charakter der Zwangsläufigkeit, doch kann der Mediendiskurs, indem er beispielsweise die Hintergründe von komplexen Entwicklungen nicht transparent macht, zu Automatismen dieser Art beitragen.

Analysiert man diese Annahme im Hinblick auf ihre Implikationen, so läßt sich feststellen, daß der Entwicklung ein Charakter der Zwangsläufigkeit unterstellt wird. Das Vertrauen selbst der Politiker, die sich auf das Prinzip der Demokratie berufen, in die gesellschaftliche Bindungskraft des Laizismus ist also eher gering ausgeprägt. Verfolgt man diesen Gedankengang weiter, so muß man fragen, ob eine Verlängerung der Schulpflicht und damit einhergehend eine Erweiterung des staatlichen Einflusses auf die Erziehung die gesellschaftliche Verankerung demokratischer Ideen im Hinblick auf die Schaffung eines wirklichen Identifikationsrahmens für die Bevölkerung tatsächlich fördern kann.

Eine Veränderung des türkischen Schulsystems greift eher in einen bereits sich vollziehenden Prozeß der steigenden Akzeptanz religiös orientierter Erziehung ein. Der Zulauf der Religionsschulen hängt zwar auch von rein praktischen und ökonomischen Erwägungen ab, doch ist auch zu berücksichtigen, daß die religiöse Erziehung vorhandene Sinndefizite kompensieren kann. Eine Erweiterung der Schulpflicht kann zwar zu einer Stärkung der Bindungen an den Staat beitragen, doch kann sie nicht die Identifikationsprobleme, die sich innerhalb der türkischen Bevölkerung im Hinblick auf den Zustand des Staates zeigen, aus dem Weg räumen. Als das Parlament im August 1997 die Reform des Schulgesetzes verabschiedet, demonstrieren laut „Welt am Sonntag“ tausende Menschen gegen diese Entscheidung.¹⁴¹¹ Dies zeigt, daß Reformen, die fast schon aufgezwungen werden, wieder Konfrontationen mit dem politischen System nach sich ziehen.

Indirekte Bezüge zwischen Politik und Islam manifestieren sich auch in der politischen Entwicklung ab Mitte des Jahres 1997, nachdem der islamistische Ministerpräsident Erbakan durch Mesut Yilmaz abgelöst wurde:

„Er will seine konservative Mutterlandspartei auf Kosten der ebenfalls konservativen Partei des Rechten Weges von Çiller stärken. Mit stillschweigender Billigung der Armee versucht Yilmaz, die beiden konservativen Parteien zusammenzuführen und die im Volk unbeliebte Çiller auszmanövrieren. Gelänge eine Fusion, hätten die Fundamentalisten keine Chance mehr, an die Macht zu gelangen. Doch solche

¹⁴¹¹ vergl. o.A.: Türkei: Parlament billigt Schließung von Koran-Klassen, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 6 (TÜRK-W-22)

Ränkespiele helfen nicht, die großen Probleme der Türkei zu lösen: die Wirtschaftskrise, die grassierende Armut vor allem in den Großstädten und die Kurdenfrage.¹⁴¹²

Diese Darstellung beinhaltet verschiedene Implikationen. Die Möglichkeiten islamischer Parteien scheinen an die Gesamtkonstellation innerhalb des politischen Systems gebunden zu sein. Ein Aufstieg islamischer Parteien ist also nicht allein das Resultat einer verstärkten Artikulation von Islambezügen im politischen Diskurs und von deren Akzeptanz bei Teilen der Bevölkerung, sondern er hängt auch von bestehenden politischen Alternativen ab. Hinzu kommt, daß die türkische Politik einige nicht zu unterschätzende Krisen lösen muß. Diese Krisen können wiederum – wie noch zu zeigen sein wird – im politischen Diskurs von den Islamisten für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Gerade diese Instrumentalisierung wird von Teilen der türkischen Bevölkerung als Gefahr angesehen, wobei diese Kritiker zugleich indirekt auf die Bedeutung des Islam als kulturelles Erbe verweisen.¹⁴¹³

Einen Grund für die sehr widersprüchlichen Bezüge sowohl der türkischen Bevölkerung als auch der Politik zum Islam ist sicherlich die Tatsache, daß der Laizismus in der Türkei nicht das Ergebnis eines Wandlungsprozesses, sondern eher eine abrupt durchgesetzte politische Entscheidung ist:

„In Westeuropa war die Säkularisierung ein langwieriger gesellschaftlicher Prozeß. In der Türkei dagegen wurde sie in den zwanziger Jahren quasi per Gesetz beschlossen und durch die Armee sanktioniert. Bis heute gilt für die kemalistische Staatselite der Laizismus als Wert an sich - nicht etwa die Herstellung einer offenen, liberalen Demokratie, die sich wehrhaft mit dem politischen Islam auseinandersetzt und sich als die bessere Alternative bewährt. Die Art und Weise, wie die Armee und die kemalistische Staatselite vor zwei Monaten die erste islamistische Regierung des Landes stürzten, hat mit Demokratie wenig, mit der Manipulation republikanischer Institutionen dagegen sehr viel zu tun. Die Kluft zwischen den religiösen oder islamistischen Teilen der türkischen Bevölkerung einerseits und der kemalistischen Staatselite andererseits wird immer größer.“¹⁴¹⁴

Eine fehlende Auseinandersetzung mit dem Stellenwert und den Wirkungsmöglichkeiten des Islam in der türkischen Gesellschaft und in der Politik beeinträchtigt sowohl die Entwicklung des politischen Systems als auch die Möglichkeiten der Bevölkerung, ihre kulturell-religiösen Identifikationen zu leben und in den gesellschaftlichen Prozeß einzubringen.

Die innertürkische laizistische Islamperspektive wurde gewissermaßen auf Staatsebene definiert, ohne daß sie prozeßhaft heranreifen konnte. Gleichzeitig wurde im politischen Diskurs dem Islam ein Stellenwert gewissermaßen zugeordnet:

„Der türkische Laizismus unterscheidet sich in der Konzeption und Ausprägung vom Säkularismus westeuropäischer Staaten. In Europa stellt die Säkularisierung das Ergebnis eines langwierigen historischen Prozesses dar, an dessen Ende es zu einer Trennung zwischen Staat und Kirche kam. Die Kirche als Institution wurde aus dem Bereich der Gestaltung der ‚weltlichen‘ Dinge zurückgedrängt, behielt jedoch als Institution ihre Autonomie im ‚geistlichen‘ Bereich. Das türkische Modell des Laizismus vollzog in kurzer Zeit durch ... Reformen die Säkularisierung des Staates und des Rechtes. Durch die Schaf-

¹⁴¹² o.A.: Halbmond, Die Zeit 4.7.1997, S. 1 (TÜRK-Z-28)

¹⁴¹³ vergl. Lüders, Michael: Die zwei Gesichter des Islam, Die Zeit 15.8.1997, S. 3 (TÜRK-Z-31)

¹⁴¹⁴ TÜRK-Z-31

fung eines ‚Amtes für Religiöse Angelegenheiten‘, das mit der Betreuung und Koordinierung der religiösen Angelegenheiten betraut wurde, mischte sich der Staat direkt in die Religionsangelegenheiten ein.“¹⁴¹⁵

Diese Entwicklung führt zu dem Paradoxon, daß der Islam prinzipiell aus dem Staatswesen ausgeklammert werden soll, aber zugleich von ihm zum Teil definiert wird. Ekin und Singler sehen dies jedoch nicht als Problem an, da eine grundsätzliche Neutralität des Staates gegenüber der Religion nicht mit Gleichgültigkeit gleichzusetzen sei. Das Amt für religiöse Angelegenheiten wirke auf die Islamentwicklung ein, indem es frei von politischen Einflüssen agiere.¹⁴¹⁶ Diese Konstellation wird allerdings insofern problematisch, als Parteien wie die Refah diesen politisch an sich neutralen Islamdiskurs wieder politisieren.

Staat, Religion und Politik bleiben also im Prinzip trotz besagter Eingriffe, die teils eher eine Ebene der Definition als des Lebensalltags tangieren, miteinander verwoben:

„Die Verdrängung der Religion aus dem politischen Leben im engeren Sinne hat ... nie bedeutet, daß die Republik auf die Religion als Mittel zur Schaffung eines einheitlichen Staatsvolkes verzichtet hätte. ... Die offizielle Religionspolitik war auf die Umwandlung des universellen in einen nationalen Islam gerichtet, über den sich auch Muslime nicht-türkischer Muttersprache als türkische Muslime und als Türken begreifen sollten.“¹⁴¹⁷

Damit ist der Islam zwangsläufig Teil des politischen Diskurses innerhalb der Türkei. Die Definition seines Stellenwertes ist – dies zeigen die Ansätze der Refah-Partei – keine absolute. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, die einst vorgenommene Kategorisierung des Islam in der Türkei als im Prinzip nationalen und neutralen Aspekt türkischer Identität einem öffentlichen Diskurs wieder zugänglich zu machen.

Das Problem der kulturellen, religiösen, politischen und gesellschaftlichen Verarbeitung von real stattfindenden Wandlungsprozessen wiederum trägt dazu bei, daß die Refah-Partei ihr Potential steigert:

„Der langsame und nur teilweise erfolgreiche Wandel der Türkei von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft führte in den siebziger und vor allem achtziger Jahren zu einem Wirtschaftsboom, aber auch zu wachsender Armut und einer anhaltenden Landflucht. Nahezu jeder vierte Türke lebt heute in Istanbul. Dem kemalistischen Staatsapparat gelang es nicht, auf den rapiden sozialen Wandel zu reagieren, neue gesellschaftliche Strömungen und Bedürfnisse aufzufangen. Das anatolische Dorf, wertkonservativ und religiös, emigrierte in die Metropole und fand sich dort ebenso wurzel- wie orientierungslos. Eine von den etablierten Parteien über zwei Jahrzehnte ignorierte Gegenöffentlichkeit entstand und fand schließlich ihr Ventil in der Refah. Mit Erfolg ging Erbakans islamistische Partei daran, für ihre Klientel - vor allem die Verlierer des Modernisierungsprozesses, aber auch ein Teil der anatolischen Geschäftswelt - einen möglichst großen Anteil am Selbstbedienungsladen Staat herauszuschlagen. Die Refah versucht, über die Islamisierung staatlicher Institutionen ihr Verteilungspotential zu mehren und provoziert damit das kemalistische Establishment. Im Namen der Demokratie und mit Hilfe der Militärs wehrte es diesen Angriff auf ihre Pfründen im Juni zunächst einmal ab.“¹⁴¹⁸

¹⁴¹⁵ Sen / Akkaya / Özbek (1998): 167

¹⁴¹⁶ vergl. Ekin / Singler (1997): 87

¹⁴¹⁷ Seufert (1997): 59f

¹⁴¹⁸ TÜRK-Z-31

In dieser Situation scheint eine Lösung für die bestehenden innertürkischen Probleme nicht mehr nur alleine darin liegen zu können, die Möglichkeiten für eine politische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichem und sozialem Wandel zu schaffen. Vielmehr erscheint es notwendig, daß innerhalb der Türkei auch ein öffentlicher Diskurs über den Stellenwert des Islam in der Gesellschaft initiiert wird. Hierbei ist zu beachten, daß starke religiöse Konnotationen in der Alltagspraxis nicht zwangsläufig dazu führen müssen, daß das Prinzip des Laizismus untergraben wird.¹⁴¹⁹

Eine Umfrage des Time Magazine verdeutlichte, welchen hohen Identifikationswert das Erbe Atatürks hat.¹⁴²⁰ Dennoch wird im Mediendiskurs deutlich, daß der von Atatürk initiierte Wandel von der türkischen Gesellschaft noch längst nicht verarbeitet ist:

„Die Abschaffung des Sultanats ist der erste Donnerschlag der kemalistischen Revolution. Sie spaltet bis heute die türkische Gesellschaft in zwei unversöhnliche Lager, welche die Politiker in Ankara zu einer komplizierten Gratwanderung zwingen. Türkische Politik ist seit jeher ein Manövrieren zwischen Okzident und Orient, zwischen militärischer und ziviler Herrschaft, zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Islam und Aufklärung, zwischen Rückschritt und Modernisierung, zwischen Staatswirtschaft und freier Marktwirtschaft, zwischen Fundamentalismus und Toleranz. ... Atatürk war besessen von der Idee des zivilisatorischen Fortschritts, den er sich nur als Weg nach Westen vorstellen konnte. Er hatte nicht die Geduld, dabei an einen evolutionären Prozeß zu denken, der sich über Generationen erstreckte. Er plante den Fortschritt wie ein General - als Überfall. ... Er wollte die Republik. Er wollte mit einem Schlag alles das nachholen, was der Westen in den hundertfünfzig Jahren seit der Aufklärung und der Französischen Revolution nur mühevoll und unvollständig in seinen Gesellschaften hatte durchsetzen können: die Demokratie, den Rechtsstaat, die Privatisierung der Religion, die Industrialisierung. Nicht einmal seinen engsten Vertrauten enthüllte er seinen ganzen weltumstürzenden Plan. Er verordnete den Türken eine Revolution in Scheiben. Kemal wußte, daß die Revolution ohne diktatorische Vollmachten keine Chance hatte. Aber er ist der einzige Diktator des 20. Jahrhunderts, der seine Alleinherrschaft in den Dienst der Aufklärung gestellt hat. Allerdings ging auch er über Berge von Leichen. ... Kemal Atatürk hat das Abenteuer gewagt, gegen den Islam eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster durchzusetzen. Die Demokratie geriet ihm dabei zur Militärdiktatur, weil seine Hauptgegner, die islamischen Fundamentalisten, die bis heute die Säkularisierung des Staates ablehnen, sich niemals mit der Rolle einer systemimmanenten Opposition zufriedengegeben hätten. Opposition war im ersten Jahrzehnt nach der kemalistischen Revolution immer gleichbedeutend mit Re-Islamisierung. Unter diesen Bedingungen ist es auch später in der Türkei keiner Oppositionspartei, sei sie sozialdemokratisch oder wirtschaftsliberal orientiert, gelungen, sich gegen eine Vereinnahmung durch die Fundamentalisten zu wehren oder ohne eine Koalition mit den Islamisten Mehrheiten zu erringen.“¹⁴²¹

Diese ausführliche Darstellung, die „Die Zeit“ vornimmt, verdeutlicht, warum das Verhältnis der türkischen Gesellschaft zum Islam immer noch nicht geklärt ist beziehungsweise nicht geklärt sein kann. Sie zeigt aber auch, daß es eine unabdingbare Notwendigkeit zu sein scheint, eine offene Auseinandersetzung mit dem Islam auf der politischen Ebene einzuleiten, um seiner gesellschaftlichen Verankerung Ausdruck zu verleihen.¹⁴²²

¹⁴¹⁹ vergl. TÜRK-Z-31

¹⁴²⁰ vergl. Winter, Michael: „Ich bin die Türkei“, Die Zeit 17.10.1997, S. 17-18 (TÜRK-Z-38): 17

¹⁴²¹ TÜRK-Z-38: 17f

¹⁴²² Hierbei muß klar gesehen werden, daß es ein Fehler wäre, einen Prozeß der politischen Auseinandersetzung mit dem Islam mit einer Islamisierung der Politik gleichzusetzen. Eine offene Verarbeitung der historisch gebrochenen religiösen Bezüge könnte eher sogar einen Beitrag dazu leisten, der politischen Instrumentalisierung des Islam entgegenzuwirken.

Die grundsätzliche Problematik des gegenwärtig – aber zugleich auch längerfristig – gestörten Verhältnisses zwischen Religion, Politik und Bevölkerung in der Türkei beschreibt Seufert wie folgt:

„Die inhaltliche Ausrichtung dieser zentral gesteuerten Kulturrevolution, die als die Verwestlichung der Türkei bekannt geworden ist, bestand in der Zurückdrängung des Islam aus dem öffentlichen Leben und in der Leugnung der Multiethnizität der Bevölkerung. Die Zurückdrängung des Islam konkretisierte sich im Verbot jeder legitimatorischen Bezugnahme auf die Religion im politischen Handeln und in der Abschaffung aller Institutionen, die einer muslimischen Bevölkerung, die in der Republik die erdrückende Mehrheit bildete, Selbstorganisation und politische Partizipation ermöglicht hätten. Mit den Reformen wurden einer Bevölkerung ... ihre gedanklichen Konzepte für die politische Diskussion geraubt und die gängigen Kanäle zu politischer Partizipation verschlossen. Diese Bevölkerung fand weder in den importierten westlichen politischen Begriffen und Theoremen ihre Vorstellungen wieder, noch in den neuen Institutionen ihre soziale Praxis. Folge war, daß jede Unmutsäußerung dieser Bevölkerung ‚islamisch‘ auftrat und deshalb als Infragestellung der Republik interpretiert werden konnte und wurde. Tatsächlich hat sich die Republik – ungeachtet aller Thesen von Volksherrschaft – mit der Propagierung eines von sämtlichen religiösen – und damit traditionellen und lokalen – Zugehörigkeiten freien Individuums als allgemeingültigem Modell für das politische Subjekt der Kontrolle ihrer Bevölkerung entzogen.“¹⁴²³

Hier zeigt sich deutlich, daß die Aufspaltung der türkischen Innenperspektive in den Staat beziehungsweise die politischen Institutionen auf der einen Seite und die Gesellschaft auf der anderen Seite zum Teil mit der Haltung des Kemalismus gegenüber dem Islam zusammenhängt.

Tibi verweist auf die religiösen Kontinuitäten, die die Entwicklung der türkischen Gesellschaft auch nach der Durchsetzung des Kemalismus prägen:

„In der Türkei ... hat der Islam nie aufgehört zu existieren und das Leben der Türken zu bestimmen; er blieb, sieht man von der verwestlichten Elite der Kemalisten ab, stets die religiös-kulturelle Quelle der Identität der Mehrheit der Türken.“¹⁴²⁴

Das Ignorieren dieser Identitätsquelle führt also fast zwangsläufig zu einer Fragmentierung des politischen Diskurses, so daß dieser sich von der gesellschaftlich-kulturellen Realität abkoppelt.

Ein islamisierter Politikdiskurs, wie er von der Refah-Partei gewissermaßen als Versöhnungsstrategie propagiert wird, ist jedoch nicht die einzige oder gar zwangsläufige Folge der Spaltung zwischen Politik und Gesellschaft. Die Kritik am türkischen Staat äußert sich laut Seufert gegenwärtig vielmehr auf zwei Ebenen:

„Die Kritik auf der ersten Ebene ist die Kritik daran, daß der Staat die kulturelle Identität seiner Bürger vorgibt. Diese Kritik tritt in der Praxis als (kurdisch-)nationale und islamistische Bewegung auf, die jeweils ihre eigenen festen kulturellen Entwürfe verteidigen. Die Kritik auf der zweiten Ebene moniert, daß sich der Staat trotz seiner legitimationsheischenden Bezugnahme auf die Gesellschaft als von ihr unabhängig erweist, und äußert sich als liberal, demokratisch und links.“¹⁴²⁵

Unter rein theoretischen Gesichtspunkten könnten also die Divergenzen zwischen Staat und Bevölkerung durch einen rein politischen Diskurs unter Vernachlässigung des Islam überwunden werden.

¹⁴²³ Seufert (1997): 62

¹⁴²⁴ Tibi (1998): 76

¹⁴²⁵ Seufert (1997): 65

In der Praxis zeigt sich jedoch, daß die Identifikationen der Bevölkerung auf der Identitätsebene nicht einfach ausklammerbar sind:

„Die Attraktivität des islamistischen Diskurses resultiert ... aus seiner ‚sozialen Stimmigkeit‘. Denn ungeachtet ihrer begrifflichen und inhaltlichen Widersprüchlichkeit entsprechen die von den Islamisten vorgesehenen Gesellschaftsprojekte den sozialen Strukturen, in denen die Menschen leben. Die Vorschläge der Islamisten bilden die Strukturen ab, die den Alltag ihrer Zielgruppe ohnehin prägen und die deshalb deren mentale Orientierung bestimmen.“¹⁴²⁶

Ein Politikdiskurs, der auf eine Verarbeitung bestehender Konfliktlinien hinauslaufen soll, müßte zunächst alle gesellschaftlichen Orientierungen berücksichtigen, um nicht weiterer Segregation und damit Konfrontation Vorschub zu leisten.

Tibi verweist zudem auf die Bedeutung historischer Verortung. Er sieht in der kemalistischen Revolution einen systematischen Bruch mit der osmanischen Vergangenheit der Türkei, der zu einer Entwurzelung des Landes geführt habe. Die Loslösung von der arabischen Kultur, die durch eine Sprachreform bekräftigt wurde, führte seiner Ansicht nach dazu, daß die Türken gewissermaßen von ihrer osmanischen Geschichte abgekoppelt wurden.¹⁴²⁷ Folgt man diesem Szenario der Entkopplung der türkischen Gesellschaft von ihrer geschichtlichen Entwicklung, so wird augenscheinlich, daß eine Neuorientierung bei der Bewertung des Stellenwertes des Islam in der Türkei auch ein Bedenken und Verarbeiten dieser geschichtlichen Erfahrungen erfordert.

Außerdem weist Tibi darauf hin, daß sowohl in der Türkei als auch in der übrigen islamischen Welt Säkularisierung weniger als prozeßhafte Entwicklung, sondern eher als Ideologie Eingang in die Gesellschaft fand:

„Die durchgeführten Reformen haben durch ihre Unterhöhnung der bestehenden traditionellen islamischen Institutionen zur Modernisierung islamischer Gesellschaften beigetragen. Die Moderne ist aber viel mehr als der Import von Modernisierung aus dem Westen. In diesem Sinne haben die Reformen als Beiprodukt wohl Säkularisierungseffekte gehabt. Aber diese Reformen haben eindeutig keinen gesellschaftlich umfassenden Prozeß der Säkularisierung herbeigeführt. Islamische Säkularisten – gleich ob Türken oder Araber – waren verwestlichte, in der Regel liberale Intellektuelle ...; sie haben sich einer Ideologie des Säkularismus verschrieben in Gesellschaften, die keine entsprechenden Strukturen hierfür haben. ... Allgemein ist festzustellen, daß in islamischen Gesellschaften die strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Säkularisierung als einen gesellschaftlichen Prozeß fehlen. ... Eine geistige Orientierung ist noch keine Realität. ... Säkularisierung bedarf Religionsreformen, nämlich solche, die die Trennung von Religion und Politik begründen und untermauern. Der Kemalismus aber hat solche Reformen nicht erbracht.“¹⁴²⁸

Die Türkei ist also im Prinzip vor die Aufgabe gestellt, die kemalistische Ideologie, die bisher nur auf einer oberflächlichen Ebene institutionell verankert wurde, durch neue gesellschaftliche Prozesse der Auseinandersetzung zu stärken.

Betrachtet man Religion wie Tibi als sozialen Tatbestand und kulturelles System, so ist davon auszugehen, daß bestehende Sozialstrukturen durch eine in Traditionen verankerte Weltsicht

¹⁴²⁶ Seufert (1997): 182

¹⁴²⁷ vergl. Tibi (1998): 46f

¹⁴²⁸ Tibi (1998): 85f

geprägt sind.¹⁴²⁹ Transformationsprozesse im Hinblick auf politische Institutionen und den öffentlichen Stellenwert des Islam müßten sich demzufolge auf die bestehende Sozialstruktur inklusive ihrer kulturell-religiösen Manifestationen beziehen.¹⁴³⁰ Damit ist jedoch nicht gesagt, daß ein uneingeschränkter kausaler Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Religion besteht.¹⁴³¹ Die Sozialstruktur läßt sich nicht einfach aus der Haltung einer Gesellschaft zu ihren religiösen Traditionen ableiten.

Laut Tibi bildet Religion zwar (in traditionellen Gesellschaften) eine „symbolische Orientierung der unverzichtbaren kollektiven Identität“¹⁴³², doch hält er dieser das Prinzip der Innovation als „Entfaltung neuer Formen aus den bestehenden autochthonen Kulturmustern und deren Bereicherung durch fremde Elemente“¹⁴³³ entgegen:

„Kultur ist ein Bestandteil der Gesellschaftsstruktur; sie ist aber keine Widerspiegelung von ihr. Kulturelle Innovation kann einerseits den sozialen Wandel fördern, ja beschleunigen, aber nicht verursachen. Doch können kulturelle ‚Verkrustungen‘ den sozialen Wandel hemmen. In diesem Sinne wird hier die These formuliert, daß zur Förderung des Wandels kulturelle Innovationen erforderlich sind, deren Ausbleiben Hemmschwellen für eine durchdringende sozialstrukturelle Transformation erzeugen kann.“¹⁴³⁴

Im Hinblick auf den Stellenwert des Islam in der türkischen Gesellschaft und auf die Notwendigkeit einer aktiven Bezugnahme auf diesen Stellenwert läßt sich vor diesem Hintergrund feststellen, daß in der Türkei versucht wurde, einen sozialstrukturellen Wandel durchzusetzen, ohne diesen auf existierende kulturell-religiöse Muster zu beziehen. Dies führte dazu, daß sich politisch-soziale und religiöse Identifikationsräume teilweise voneinander abgekoppelt entwickelten.

Die Refah-Partei beispielsweise macht sich seitens der Bevölkerung wahrgenommene Diskrepanzen zwischen diesen Identitätsebenen zunutze. Indem sie ein Bild der Geschlossenheit von Islam und Staat propagiert, versucht sie, bestehende Divergenzen zu überwinden. Um diesem Mechanismus entgegenwirken zu können, wäre es notwendig, daß in der türkischen Öffentlichkeit eine diskursive Auseinandersetzung eingeleitet wird, die die auf der Basis des Kemalismus getrennten Identitätsräume wieder zueinander in Bezug setzt.

Dies bedeutet nicht, daß aus einer solchen Auseinandersetzung eine Wiederzusammenführung dieser Räume resultieren müßte. Legt man die Annahme Luhmanns zugrunde, daß Säkularisierung sich erst dann vollzieht, wenn ein Religionssystem zum Teilsystem der Gesellschaft wird,¹⁴³⁵ so müßte lediglich diese bereits auf einer eher äußeren Ebene vollzogene Trennung im Zuge eines Identifikationsprozesses verarbeitet werden.

¹⁴²⁹ vergl. Tibi (1994): 26

¹⁴³⁰ vergl. Tibi (1994): 205

¹⁴³¹ vergl. Tibi (1984): 21

¹⁴³² Tibi (1984): 70

¹⁴³³ Tibi (1984): 72

¹⁴³⁴ Tibi (1984): 71f

¹⁴³⁵ vergl. Luhmann, Niklas (1976): Die Funktion der Religion, Frankfurt 1992, 3. Aufl.: 227

In der Türkei scheint eine allgemeine Auseinandersetzung über politische Probleme nur eingeschränkt möglich zu sein. Eine öffentliche Auseinandersetzung über Menschenrechtsverletzungen beispielsweise wird von der Politik gezielt unterbunden. So berichtet der Schriftsteller Yaşar Kemal in einem Interview mit der „Zeit“, daß er bereits wegen „Separatismuspropaganda“ zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Außerdem sei es ihm untersagt worden, fünf Jahre lang über die Menschenrechte in der Türkei zu schreiben und zu sprechen.¹⁴³⁶ Diese Reglementierung des politischen Diskurses hat laut Kemal nicht nur Bedeutung im Hinblick auf die Kurdenproblematik, sondern betreffe die gesamte türkische Bevölkerung:

„Wenn ich mir die Situation in meinem Land anschau, wenn ich an die Menschenrechtsverletzungen, die politischen Gefangenen, an Folter und Unterdrückung denke, bin ich um so mehr von der Kraft des einzelnen Menschen überzeugt. Wenn dieses Unrechtssystem in der Türkei andauert, dann wird sich bald die ganze Türkei dagegen auflehnen; die Kunst- und Kulturschaffenden, die Intellektuellen werden Widerstand leisten. So wie sich heute das kurdische Volk auflehnt, so wird morgen auch das türkische Volk Widerstand leisten.“¹⁴³⁷

Kemal stellt hier also die Umgehensweise mit den Kurden und die damit einhergehende Einschränkung demokratischer Prozesse als grundsätzliches Problem der türkischen Politik dar. Damit wird deutlich, daß die Einschränkung der politischen Öffentlichkeit durch die Politik nicht einfach mit dem Einzelproblem Kurdenpolitik begründet werden kann. Diese allgemeine Perspektive zeigt, daß die Probleme des politischen Diskurses der Türkei nicht allein aus einigen klar definierbaren Kernpunkten wie der Kurdenproblematik oder einer zunehmenden Politisierung des Islam bestehen. Vielmehr sieht es so aus, daß auf der Ebene der institutionalisierten Politik die Entstehung einer breiten politischen (Gegen-)Öffentlichkeit massiv behindert wird.

Die Definition der Grundrechte in der türkischen Verfassung beinhaltet beispielsweise eine sehr zweischneidige Perspektive:

„Bei den Grundrechten handelt es sich um Menschenrechte. Diese wurden im Sinne der europäischen Menschenrechtskonvention erstellt und erfüllen den Mindeststandard. Der Kritik aus dem Ausland waren vor allem die Artikel 26 und 28 ausgesetzt. Sie verbieten Meinungsäußerungen und Veröffentlichungen in einer gesetzlich verbotenen Sprache. Die Grundrechte dürfen laut Artikel 14 nicht dazu verwendet werden, die unteilbare Einheit des Staates zu zerstören, den Staat und die Republik zu gefährden, Kommunismus und Rassismus einzuführen und religiöse Intoleranz walten zu lassen. Außerdem erlaubt Artikel 13 die Einschränkung der Grundrechte, wenn folgende Elemente gefährdet sind: Einheit von Staatsgebiet und Volk, nationale Souveränität, nationale Sicherheit, öffentliche Ordnung, Sicherheit der Allgemeinheit, öffentliches Interesse und öffentliche Gesundheit.“¹⁴³⁸

Aufgrund der Verfassung sind die Institutionen in der Lage, die Entwicklung einer Öffentlichkeit, die sich gegen den Staatsapparat richten kann, zu unterdrücken. Die Umgehensweise mit dem Schriftsteller Kemal illustriert dies deutlich.

¹⁴³⁶ vergl. Okkan, Osman: Einmischung erwünscht!, Die Zeit 17.10.1997, S. 62 (TÜRK-Z-42)

¹⁴³⁷ TÜRK-Z-42

¹⁴³⁸ Ekin / Singler (1997): 88

Reale politische Probleme wie wirtschaftliche Fehlplanung und zunehmende Armut tragen dazu bei, daß es Gruppierungen wie der Refah-Partei erleichtert wird, mit simplen Versprechungen an die Nöte der Bevölkerung zu appellieren und Wähler zu gewinnen.¹⁴³⁹ Die ungelöste Kurdenproblematik trägt auch dazu bei, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme innerhalb der Türkei eher zu- als abnehmen. Staatliche Willkür und „menschenverachtende Brutalitäten der Sicherheitskräfte“ in den Kurdengebieten untergraben das Ansehen des Staates. Aufgrund der Zerstörung der Kurdendörfer flüchten immer mehr Menschen in die Städte, die den Zustrom nicht verkraften können.¹⁴⁴⁰

„Der Spiegel“ beschreibt sehr deutlich, wie soziale und politische Krisen ein Klima schaffen, in dem sich die Refah-Partei gezielt profiliert:

„Untergeschlüpft sind die meisten in trostlosen Mietshäusern oder auch nur in Hütten, den sogenannten Geçekondus ... Wenige Straßen sind ordentlich geteert, die Schlaglöcher tief; nach heftigen Regengüssen schwappt der Schlamm in viele Hausflure. Den einzig schönen Anblick bietet die große Koranschule: ein prächtiger Neubau aus ockerfarbenem Vulkangestein mit einem alles überragenden, strahlend weißen Minarett. Und die einzige Hoffnung sind die Heilsversprechen der Refah: ‚Tamam inşallah‘ – alles wird gut, so Gott will. ... Erbakans Verheißungen fallen nicht nur in Sultanbeyli auf fruchtbaren Boden. Ausgelagt von einer anhaltenden Wirtschaftskrise, verbittert über die vielen Opfer im Bürgerkrieg gegen die PKK und enttäuscht von Pfründenpolitik und Korruption bei den bürgerlichen Parteien gaben Ende des vorvergangenen Jahres 21 Prozent der Wähler dem Islamisten ihre Stimme. Die Refah wurde stärkste Kraft, knapp vor der Mutterlandspartei (Anap) von Mesut Yılmaz und Çillers DYP.“¹⁴⁴¹

Der Aufstieg des politischen Islam ist anscheinend zum Teil auch Ausdruck des Versagens der demokratischen Parteien der Türkei. Mit gezielter Sozialarbeit bemühen sich die Organisationen der Refah-Partei um die Bevölkerung und kompensieren sowohl soziale als auch materielle Defizite, übernehmen mithin Aufgaben, die eigentlich eine Angelegenheit des Staates sein sollten.¹⁴⁴²

Rein politisch betrachtet liegt die Stärke der Islamisten in der Schwäche der anderen Parteien. In den Reihen der DYP wurde Mitte des Jahres 1997 zunehmend Kritik an der Koalition mit der Refah-Partei laut, doch liegt diese Koalition vor allem im Interesse der DYP-Vorsitzenden Çiller, da sie hofft, durch die Zusammenarbeit mit den Islamisten einer Untersuchung ihrer Beziehungen zur Mafia zu entgehen.¹⁴⁴³ Ein Ende der Koalition birgt jedoch auch Quellen der Gefahr:

„Das Dilemma für Çiller und die Militärs: Jeder Tag an der Spitze der Regierung ist ein Sieg für Erbakan und seine Vision einer islamischen Gesellschaftsordnung; doch sein Sturz und ein vorzeitiger Urnengang könnten ihn erst recht zur stärksten Kraft im Land machen.“¹⁴⁴⁴

Diese Einschätzung verdeutlicht die Tatsache, daß der Islam in der türkischen Politik nicht nur eine Frage der Bedeutung von Religion ist, sondern auch eine der aktuellen Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Parteien. Die Angst vor einer Stärkung der islamischen Machtbasis

¹⁴³⁹ vergl. Matting, Michael: „Nicht einmal ein Stück Brot“, Die Zeit 26.9.1997, S. 34 (TÜRK-Z-36)

¹⁴⁴⁰ vergl. TÜRK-Z-41

¹⁴⁴¹ TÜRK-S-4: 147

¹⁴⁴² vergl. TÜRK-S-4: 148

¹⁴⁴³ vergl. o.A.: Lektion für den Lehrer, Der Spiegel 2.6.1997, S. 140-141 (TÜRK-S-18): 140

¹⁴⁴⁴ TÜRK-S-18: 140

durch Neuwahlen illustriert, daß die demokratischen Parteien anscheinend in der Gesellschaft nur mit wenig Rückhalt rechnen können.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die herrschenden Politiker ist augenscheinlich sehr geschwächt:

„Jüngste Meinungsumfragen belegen einen dramatischen Vertrauenseinbruch vor allem der Regierungsparteien und ihrer von Skandalen belasteten Politiker bei den Wählern. Eine wachsende Mehrheit der 65 Millionen Türken, von denen mehr als die Hälfte unter 30 Jahre alt sind, sieht politisch und wirtschaftlich pessimistisch in die Zukunft.“¹⁴⁴⁵

Dies weist auf eine tiefgreifende Krise politischer Legitimation hin und macht es notwendig, die Bedeutung der Refah-Partei auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Neben den sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Aufstieg fundamentalistischer Politiker begünstigen, müssen natürlich auch inhaltliche politische Fragen betrachtet werden. Denn obwohl die Refah-Partei gerade durch ihr soziales Engagement objektiv zur Verbesserung der Lage eines Teils der Bevölkerung beiträgt, bergen ihre politischen Zielsetzungen ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotential. Der zurückgetretene Gesundheitsminister Yildirim Aktuna aus Çillers Partei des Rechten Weges beschreibt im „Spiegel“ die Gefahren wie folgt:

„Die Grundprinzipien, für die unser Staatsgründer Kemal Atatürk eingetreten ist, waren die Ausrichtung der Türkei auf die Zukunft und den Westen. Die Refah aber will unser Land Richtung Arabien wenden und orientiert sich an der Vergangenheit. Sie will den Religionsstaat, während in unserer Verfassung der Laizismus festgeschrieben ist und wir Politik und Religion weiterhin scharf trennen wollen. Die Vorstellungen Erbakans von der Einführung der Scharia, der islamischen Rechts- und Lebensordnung, sind mit einer wahren Demokratie nicht vereinbar.“¹⁴⁴⁶

Die Refah untergräbt also aus der Perspektive demokratisch orientierter Politiker die demokratische Grundausrichtung der Türkei. Die Aussage des zurückgetretenen Ministers zeigt aber auch, daß sich zumindest einige türkische Politiker nicht darüber im Klaren zu sein scheinen, daß die politische Vergangenheit der Türkei im Hinblick auf die kemalistisch orientierte Zukunftsvision immer noch nicht bewältigt ist. Gerade, indem die Refah-Partei sich auch an einer islamischen Vergangenheit orientiert, bietet sie nämlich dem verunsicherten Teil der Bevölkerung neue Ansatzpunkte zur Identifikation. Es wurde ja bereits gezeigt, daß das Verhältnis zwischen Politik und Religion in der Türkei alles andere als durch historische Erfahrung vermittelt und als Teil türkischer Identität wirklich geklärt wäre. Aktuna stellt die Situation so dar, als ob die Refah sich gegen ein Politikbild richtet, das von der türkischen Bevölkerung als unumstößlich und etabliert angesehen wird. Dabei läßt er außer acht, daß gerade im Hinblick auf die kulturelle Identifikation der türkischen Bevölkerung der Stellenwert des Islam in der Politik zunehmend einer Neuinterpretation unterzogen wird, und dies nicht nur von der Refah-Partei.

¹⁴⁴⁵ Bağcı, Hüseyin: Warum türkische Militärs vor den Islamisten warnen, Welt am Sonntag 1.6.1997, S. 6 (TÜRK-W-14)

¹⁴⁴⁶ TÜRK-S-15

Um der zunehmenden Etablierung von Refah-Anhängern im politischen System entgegenzutreten, fordern die Streitkräfte ein „Berufsverbot für Fundamentalisten im öffentlichen Dienst“. Zudem zwangen sie Erbakan zur Entlassung von Offizieren, denen „reaktionär-religiöse Disziplinlosigkeit“ vorgeworfen wurde.¹⁴⁴⁷ Eine solche Vorgehensweise kann zwar vorübergehend den Einfluß der Islamisten zurückdrängen, doch wird so nur an den Symptomen der Krise manipuliert. Außerdem etablieren sich islamische Kräfte auch zunehmend im wirtschaftlichen Sektor, so daß sie auch außerhalb der politischen Sphäre zu einer bleibenden Kraft werden.¹⁴⁴⁸ Die Ausgangsbasis der krisenhaften Entwicklung, nämlich ein desolates politisches System sowie wirtschaftliche und soziale Probleme, werden also durch eine Intervention von außen weiterhin nicht verändert.

Aus diesem Grund muß auch die Interventionsbereitschaft des türkischen Militärs eher kritisch betrachtet werden:

„Der Machtkampf zwischen Armee und Islamisten ist kein Ringen zwischen Progressiven und Reaktiven, Aufgeklärten und Obskurantisten. In Wirklichkeit rivalisieren zwei konservative Gruppierungen miteinander, die beide auf ihre Weise die zivile, demokratische Gesellschaft verachten.“¹⁴⁴⁹

Das Militär kann sich zwar gegen eine zunehmende Einbringung des Islam in die Politik stellen, doch verhindert es damit zugleich, daß die türkische Gesellschaft selbst zu einem Modus der Auseinandersetzung mit der Problematik findet. Im Kampf gegen Kräfte, die das türkische System in Frage stellten, nahmen es die Militärs ab den achtziger Jahren sogar in Kauf, daß der Islam in der Öffentlichkeit einen neuen Stellenwert entwickeln konnte, solange nur die konservative Orientierung der Türkei gewahrt blieb.¹⁴⁵⁰

Die „Welt am Sonntag“ stellt außerdem dar, über welche wirtschaftliche Macht das türkische Militär verfügt. Die Zeitung berichtet, daß in Istanbul hinter vorgehaltener Hand kolportiert werde, die Absetzung Erbakans als Ministerpräsident sei erfolgt, weil sogenannte „Islamisten-Unternehmen“ zunehmend eine wirtschaftliche Konkurrenz dargestellt hätten.¹⁴⁵¹

Trotz der zwiespältigen Position, die die türkischen Streitkräfte einnehmen, werden sie laut „Welt am Sonntag“ geradezu „paradoxe Weise“ in den Augen vieler Bürger zum „Stabilitätsgaranten“.¹⁴⁵² Diese Einschätzung resultiert aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Ansicht vieler Türken, daß seitens der Politiker keine Maßnahmen, die zu einer Klärung der politischen Lage beitragen, zu erwarten sind. Die Stabilität muß jedoch eher als eine scheinbare angesehen werden, da ein Eingreifen des Militärs in die aktuelle Politik wirklich politische Antworten auf die krisenhaften Entwicklungen verhindert.

¹⁴⁴⁷ vergl. TÜRK-S-18: 141

¹⁴⁴⁸ vergl. TÜRK-W-14

¹⁴⁴⁹ Kappert, Petra: Grollen der Generäle, Der Spiegel 23.6.1997, S. 140-142 (TÜRK-S-19): 140

¹⁴⁵⁰ vergl. TÜRK-S-19: 142

¹⁴⁵¹ vergl. Antonaros, Evangelos: Größte Wirtschaftsmacht der Türkei ist das Militär, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 70 (TÜRK-W-26)

¹⁴⁵² vergl. TÜRK-W-14

Mit dem Militär agiert neben der politischen und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit also eine zusätzliche Instanz, die dem politisch-gesellschaftlichen Diskurs eine weitere Dimension hinzufügt:

„Die Wahrung der Ideale Atatürks und die indirekte politische Einflußnahme sind bis heute Aufgaben des Militärs geblieben. Die Armeeführung hat daher auch stets nach Krisensituationen die Macht ergriffen, was von überwiegenden Teilen der Bevölkerung gebilligt wurde, da jeweils bürgerkriegsähnliche Zustände mit vielen Toten vorausgegangen waren. Im Vergleich mit Militärdiktaturen anderer Länder hatten die Eingriffe des türkischen Militärs allerdings einen anderen Charakter. Immer wurden die Eingriffe der Armeeführung mit dem erklärten Ziel der Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse durchgeführt. Große Teile der Bevölkerung sehen das Militär daher als Garant für die territoriale Integrität des Staates und für den Säkularismus. Das Militär gilt als Institution im Staate, die in der Bevölkerung das bei weitem größte Ansehen genießt. Gemäß Verfassung hat der Staatspräsident den Oberbefehl über das Militär. Dennoch ist das Militär eine in sich geschlossene Institution, die ohne öffentliche Aufsicht eigene Ziele verfolgen kann.“¹⁴⁵³

Hier zeigt sich, daß eigentlich auch die türkische Zivilgesellschaft die Rolle des Militärs kritisch hinterfragen müßte, um zumindest im Hinblick auf den institutionellen Rahmen der türkischen Politik überhaupt eine Basis für stetige, konsistente Entwicklungen zu schaffen. Eine solche Oppositionshaltung erscheint jedoch unter den gegebenen Umständen eher schwer entwickelbar.

Die Instanz des Militärs in der Politik trägt dazu bei, eine demokratische Umgehensweise mit aktuellen politischen Problemen zu verhindern:

„Die Macht des Militärs war immer spürbar, zeitweise artete diese Macht auch in Zwang aus. Manchmal bestimmt das Militär das Geschehen, dann läßt es wieder locker, und die Politiker gewinnen die Oberhand.“¹⁴⁵⁴

Da die türkische Zivilgesellschaft so überhaupt keine Möglichkeit hat, sich mit den verschiedenen Krisenpunkten im öffentlichen Diskurs zwecks einer Lösung der Probleme auseinanderzusetzen, wird eine gesellschaftliche Entwicklung, die den Islamisten die Grundlagen ihrer Politik entziehen könnte, ebenfalls verhindert. Doch indem das Militär in einem „kalten Staatsstreich“ Erbakan aus dem Amt drängte, wurde diese Vorgehensweise nur bekräftigt.¹⁴⁵⁵

Der Schriftsteller Kemal beschreibt die Probleme des politischen Systems prägnant wie folgt:

„Die türkischen Politiker sind zu ängstlich. Damit meine ich nicht ... alle, aber die meisten. Halten Sie mich bitte nicht für einen Militaristen! Nur sollten wir nicht den Generälen alle Schuld geben, bloß weil die Politiker zu feige und keine echten Demokraten sind. ... Der Grund für die heutige desolatte Verfassung der Türkei liegt in der Unfähigkeit und Unerfahrenheit ihrer politischen Klasse.“¹⁴⁵⁶

Das Dilemma liegt also darin, daß zum einen die agierenden Politiker anscheinend aufgrund von Schwächen nicht in der Lage sind, die bestehenden politischen Probleme zu lösen. Zum anderen aber verhindern Interventionen des Militärs, das ja auf diese Schwäche reagiert, daß das politische System sich weiterentwickelt.

¹⁴⁵³ Ekin / Singler (1997): 93

¹⁴⁵⁴ o.A.: „Jeder Krieg verdirbt das Volk“, Der Spiegel 25.8.1997, S. 174-177 (TÜRK-S-22): 176

¹⁴⁵⁵ vergl. TÜRK-S-22: 176

¹⁴⁵⁶ TÜRK-S-22: 176

Trotz dieser eindeutigen Schwächen plädiert auch Mesut Yilmaz, der Erbakan als Ministerpräsident schließlich ablöste, für die besondere Rolle des Militärs:

„Die türkische Demokratie läßt sich nur begreifen, wenn man sich unsere Verfassung ansieht und die Rolle, die dort den Militärs zugewiesen ist. Die Türkei hat eine Ausnahmeposition in der Welt. Wir sind das einzige Land mit fast ausschließlich moslemischer Bevölkerung, das ein laizistisches System hat und zudem eine westliche Demokratie verwirklichen möchte. Die Streitkräfte haben die Pflicht, über diese Staatsform zu wachen.“¹⁴⁵⁷

Die von Yilmaz entwickelte Perspektive impliziert beinahe, daß der Laizismus von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gewollt ist und deshalb verteidigt werden muß. Hier muß man die grundsätzliche Frage stellen, inwieweit es überhaupt legitim sein kann, eine Demokratie mit undemokratischen Mitteln gewissermaßen zu installieren, ohne daß die Bevölkerung die Möglichkeit zur Mitgestaltung hat.

Das autoritäre Politikverständnis, das in der Türkei durch die Rolle des Militärs gefördert wird, zeigt sich auch im Hinblick auf die Kurdenproblematik und die Proteste, die vor diesem Hintergrund gegen die Regierung laut werden. So berichtet „Der Spiegel“ über einen Rechtsanwalt, der als Menschenrechtsaktivist mehrfach verurteilt wurde, wobei die Randbedingungen der Verfahren von Amnesty International als nicht den internationalen Mindeststandards entsprechend kritisiert wurden. Aufgrund breiter Proteste kündigte Staatspräsident Demirel die Begnadigung des Anwalts an, doch dieser verwies auf die grundsätzliche Notwendigkeit einer Verfassungsänderung.¹⁴⁵⁸ Dieses Beispiel zeigt, daß die herrschenden Politiker eher reformfeindlich eingestellt sind und zumindest einen Teil der bestehenden Strukturen vehement verteidigen.

Ein weiteres Beispiel für den Widerstand, den türkische Politiker einem politischen Wandel entgegensetzen, ist ein Artikel in der „Welt am Sonntag“ mit der Überschrift „Türkei: Politische Instabilität dauert an“. Dieser Beschreibung einer Krisensituation, die im Zusammenhang mit der notwendigen Regierungsneubildung im Juni 1997 gemacht wird, wird im Artikel selbst eine Äußerung von Tansu Çiller gegenübergestellt, die sagt, „sie sei optimistisch“ und „von einem Neubeginn für das Land“ sprach.¹⁴⁵⁹ Çiller versuchte zu diesem Zeitpunkt, da ihre Partei aufgrund einiger Rücktritte mit der Refah-Partei die politische Mehrheit verlor, die Stimmen der „rechtsradikalen“ Großen Einheitspartei zu gewinnen.¹⁴⁶⁰ Von einem politischen Neuanfang kann also kaum eine Rede sein. Die Politiker scheinen eher nur im Hinblick auf die Erhaltung ihrer eigenen Macht mit dem Wunsch nach Konservierung der bestehenden Verhältnisse zu reagieren.

Ministerpräsident Yilmaz verweist allerdings auch auf bereits vorgenommene Veränderungen im Hinblick auf eine Erweiterung der politischen Rechte:

¹⁴⁵⁷ o.A.: „Der Schlüssel liegt in Bonn“, Der Spiegel 22.9.1997, S. 165-167 (TÜRK-S-25): 165

¹⁴⁵⁸ vergl. o.A.: Patriotische Pflicht, Der Spiegel 27.10.1997, S. 176 (TÜRK-S-29)

¹⁴⁵⁹ vergl. o.A.: Türkei: Politische Instabilität dauert an, Welt am Sonntag 15.6.1997, S. 6 (TÜRK-W-16)

¹⁴⁶⁰ vergl. TÜRK-W-16

„Wir haben schon vor zwei Jahren mehr als 20 Verfassungsartikel geändert, um eine pluralistische Demokratie aufzubauen; die Einschränkungen für Gewerkschaften und Presse wurden aufgehoben, die politischen Rechte der Bürger erweitert. Aber die religiösen Gefühle und Bindungen in unserem Land sind sehr stark, und die Bedrohung durch den Fundamentalismus ist noch nicht vorbei. Deshalb müssen wir unsere Sicherheitsventile unbedingt beibehalten.“¹⁴⁶¹

Es zeigt sich gewissermaßen in Ansätzen ein demokratischer Aufbruch. Indem Yılmaz jedoch einer Reglementierung der vorherrschenden religiösen Bindungen (was durch den Begriff „Sicherheitsventile“ implizit zum Ausdruck gebracht wird) den Vorrang vor einer öffentlichen Auseinandersetzung gewährt, trägt er wieder zur Verhinderung einer Verarbeitung der religiösen Aspekte des türkischen Alltagslebens bei.

Ministerpräsident Yılmaz spricht jedoch auch die Notwendigkeit politischer Reformen an, die einen Beitrag dazu leisten könnten, der Refah-Partei Protestpotentiale zu entziehen:

„Es gab tatsächlich in den letzten Jahren genug Ereignisse, bei denen der Mann auf der Straße den Schmutz in der Politik geradezu riechen konnte – aber die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Das liegt am Versagen unseres Systems. Gesetzgebung, Justiz, Verwaltung – wo Sie auch hinschauen, hapert es. Was wir brauchen, ist eine türkische Perestroika, eine Umgestaltung in allen Bereichen. ... Die Kontrolle der Regierung durch die Abgeordneten ist nicht umfassend genug, das ermöglicht Korruption und andere Gesetzwidrigkeiten.“¹⁴⁶²

Hier wird eine Perspektive der demokratischen Erneuerung propagiert. Eine solche Erneuerung würde sicherlich dazu beitragen, auch die zivilgesellschaftlichen Strukturen innerhalb der Türkei zu stärken. Doch die Situationseinschätzung durch Yılmaz kann zunächst nur als Ausdruck eines Wunsches nach Veränderungen gewertet werden, da sich ein konkreter Wandlungsprozeß in der türkischen Politik kaum innerhalb kurzer Zeit vollziehen kann.

Die Problematik der Korruption, die die Fundamente des türkischen Staatswesens erschüttert, steht auch in einem Zusammenhang mit der auf Personen konzentrierten Parteienlandschaft der Türkei:

„Für alle Parteien in der Türkei gilt, daß die jeweiligen Führungskader in der Regel prägender sind als das Partei-Programm. Die Partei wird mit ihrem Parteivorsitzenden identifiziert, eine zweite oder dritt-wichtige Person gibt es nicht. ... Im Kampf um die Wählerstimmen machen die Parteien zudem Zugeständnisse, so daß nicht immer eindeutig zu erkennen ist, was und wessen Interessen die Parteien vertreten oder welcher ideologischen Linie sie folgen. ... Nicht nur die programmatische Profillosigkeit der einzelnen gemäßigten Parteien, sondern auch der Mangel an politischen Leitfiguren verstärkt die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Letztere besteht ohnehin, da der Machtkampf oftmals eine konstruktive Regierungsarbeit und damit eine Inangriffnahme der Probleme in der Türkei verhindert.“¹⁴⁶³

Die türkische Politik ist also tendenziell weniger problem-, sondern eher personenorientiert. Diese Ausprägung des politischen Systems führt dazu, daß auf der politischen Ebene Entwicklungs- und Lösungsmodelle für innertürkische Probleme eher schwer entstehen können, da die politische

¹⁴⁶¹ TÜRK-S-25: 165

¹⁴⁶² TÜRK-S-25: 166

¹⁴⁶³ Şen / Akkaya / Özbek (1998): 70f

Sphäre sich gerade aufgrund der Personenkonzentration nicht nur fragmentiert, sondern auch von den gesellschaftlichen Zusammenhängen ein Stück weit abkoppelt.

Wie schwierig tatsächliche Veränderungen sein werden, zeigt sich im Zuge des Gerangels um die Regierungsneubildung, die Yilmaz vornehmen soll:

„Er wolle eine Versöhnungsregierung auf breiter Basis bilden ... ,Wir sind an einem schwierigen Punkt, an dem wir frühere Spannungen und Zerwürfnisse vergessen und gemeinsam zur Rettung der Regierung arbeiten sollten‘, sagte Yilmaz mit Blick auf seine Erzrivalin Çiller. ... Çiller hatte von einem bevorstehenden ‚Staatsstreich‘ gesprochen, da Yilmaz über keine Mehrheit im Parlament verfüge und eigentlich sie die neue Regierung in einer Koalition mit der Wohlfahrtspartei von Necmettin Erbakan bilden wollte.“¹⁴⁶⁴

Das Modell von Yilmaz erhebt eine Not zur Tugend, indem er Çiller eine Beteiligung an der Regierung anbietet, obwohl diese aller Wahrscheinlichkeit nach in Korruptionsskandale verwickelt ist. Çiller wiederum möchte eine politische Konstellation beibehalten, die bereits gescheitert ist. Eine Woche, nachdem Yilmaz seinen Vorschlag unterbreitet hat, treten weitere Abgeordnete von Çillers Partei (DYP) zu der von ihm geführten Mutterlandspartei (ANAP) über. Damit verfügt die DYP nur noch über 107 der 550 Parlamentssitze, die ANAP über 132 und die Wohlfahrtspartei über 154.¹⁴⁶⁵ Allein diese Sitzverteilung zeigt, wie schwierig ein politischer Neuanfang tatsächlich zu machen sein dürfte. Die von Yilmaz schließlich gebildete Regierung gewinnt eine entsprechende Vertrauensabstimmung im türkischen Parlament mit 280 zu 256 Stimmen. Die Basis für die neue Regierung ist damit alles andere als gesichert.¹⁴⁶⁶

Der öffentliche Islam-Diskurs, der innerhalb der Türkei geführt wird, hat relativ restriktive Züge. Dies liegt sicherlich unter anderem am kemalistischen Staatskonzept sowie an der Einflußnahme des Militärs. So schreibt die „Welt am Sonntag“:

„Neben der Schulreform verlangt das Militär von Erbakan außerdem, daß radikalislamische Publikationen und Sendungen eingeschränkt und islamistische Kleiderzwänge insbesondere für Frauen in der Öffentlichkeit verboten werden.“¹⁴⁶⁷

Das Militär leitet diese Forderungen aus der laizistischen Verfassung des Staates ab, doch muß man sich darüber im klaren sein, daß ein solcher Automatismus nicht der Alltagsrealität innerhalb der Türkei gerecht wird. Die „Welt am Sonntag“ spricht in dem zitierten Artikel von einer „kulturellen Auseinandersetzung“ zwischen der Partei des Rechten Weges und der Wohlfahrtspartei.¹⁴⁶⁸ Die Reformen beziehungsweise Verbote, die das türkische Militär fordert, haben nicht nur politischen, sondern gerade auch kulturellen Charakter. Die Vorgaben einer als statisch verteidigten

¹⁴⁶⁴ o.A.: Türkei: Yilmaz will Koalitionsregierung mit Çiller-Partei, Welt am Sonntag 22.6.1997, S. 3 (TÜRK-W-17)

¹⁴⁶⁵ vergl. o.A.: Türkei: Tansu Çiller verliert weitere Abgeordnete an Konkurrenten Yilmaz, Welt am Sonntag 29.6.1997, S. 3 (TÜRK-W-18)

¹⁴⁶⁶ vergl. o.A.: Schlägerei im türkischen Parlament, Welt am Sonntag 13.7.1997, S. 3 (TÜRK-W-19)

¹⁴⁶⁷ TÜRK-W-8

¹⁴⁶⁸ vergl. TÜRK-W-8

Verfassung prallen also auf eine kulturelle Wirklichkeit, die in einigen Punkten nicht mit dem Staatsprinzip deckungsgleich ist.¹⁴⁶⁹

Die Bedeutung der kulturellen Dimension sollte jedoch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß die bestehenden Divergenzen den Charakter der Unausweichlichkeit oder gar Unwiderruffbarkeit haben. Der eigentliche Konfliktpunkt resultiert aus der Betrachtung von islamischer Kultur und laizistischem Staat als statische Konstrukte. Die Annahme einer solchen Statik sowie die in aller Grundsätzlichkeit im politischen Diskurs vorgenommene Trennung beider Dimensionen führen zur Entstehung eines zwangsläufigen Konflikts. Die Zwangsläufigkeit resultiert jedoch nicht aus der Verfaßtheit der Dimensionen, sondern aus der Positionierung dieser Dimensionen im politischen Diskurs. Die Sphären Kultur, Religion und Politik sind eigentlich gerade nicht voneinander trennbar, werden aber separiert und damit erst in gewisser Weise unvereinbar. Das Prinzip der Unvereinbarkeit, mit dem die türkische Politik operiert, kann wiederum dazu führen, daß – beispielsweise von anderen westlichen Staaten – kulturelle Differenz auch in den internationalen Beziehungen einen Status der Faktizität des Trennenden erhält, der ihr eigentlich nicht inhärent ist.

In der Türkei manifestiert sich auch ein Prozeß des kulturellen Wandels, der sich nicht zuletzt in einer wachsenden Präsenz islamischer Gruppierungen zeigt. Wird auf der Staatsebene eine Auseinandersetzung mit diesem Wandlungsprozeß verweigert, kann dies dazu führen, daß die Differenzen zwischen der politischen Sphäre und der kulturellen Ebene immer größer werden und Widersprüche zunehmen.

Die öffentliche Thematisierung des Islam findet in der Türkei zumeist im Hinblick auf als radikal eingestufte Kräfte statt. So forderte der Sicherheitsrat laut „Welt am Sonntag“ bereits im Februar 1997 „Maßnahmen gegen den Fundamentalismus“.¹⁴⁷⁰ Dies läßt durchaus die Schlußfolgerung zu, daß die kulturelle Islam-Orientierung der Bevölkerung gar kein Problem darstellt. Doch muß man auch fragen, ob nicht eine grundsätzlich konfrontative Haltung des Staates gegenüber radikalen Islamvertretern auch negative Auswirkungen auf die Identifikationen des gemäßigten Teiles der Bevölkerung hat beziehungsweise haben kann und indirekt eine Abwehrhaltung gegenüber dem Laizismus provoziert, da bestimmte Identifikationssphären aus dem öffentlichen Raum strikt ausgeblendet werden.

¹⁴⁶⁹ Eine solche Argumentation birgt natürlich stets die Gefahr der Mißdeutung und damit auch des Mißbrauchs. Islamisten argumentieren häufig, daß die kulturelle Lebenswelt auch auf der Staatsebene ihren Ausdruck finden müsse. Auf diese Weise streben sie eine Aushöhlung des laizistischen, demokratischen Staates an. Es muß jedoch die Frage gestellt werden, ob nicht auch unter den Prämissen von Laizismus und Demokratie eine öffentliche Diskussion über den kulturellen Stellenwert des Islam möglich ist. Die Vermeidung einer solchen Diskussion kann, und dafür zeigen sich in der Türkei die ersten Tendenzen, zu einer Radikalisierung religiös-kultureller Aspekte in Teilen der Bevölkerung führen. Außerdem nimmt der Staat, indem er sich von den kulturellen Identifikationen der Bevölkerung klar abgrenzt, seinen Angehörigen die Möglichkeit, das Staatswesen selbst als Identifikationsraum zu erfahren.

¹⁴⁷⁰ vergl. TÜRK-W-14

„Die Zeit“ beispielsweise beleuchtet in einem Artikel die verschiedenen Gesichter des Islam und weist darauf hin, daß gerade islamische Intellektuelle „eine Symbiose aus Islam und Türkentum“ fordern.¹⁴⁷¹ Das strikte Vorgehen des Militärs gegen die Refah-Partei wird vor diesem Hintergrund als grundsätzliche Feindschaft gegenüber dem Islam angesehen:

„Die türkische Armee“, glaubt Erdogan, der gerade sein Abitur gemacht hat und als Stipendiat einer religiösen Stiftung Jura studieren wird, „führt seit Monaten Krieg gegen die Religion. Der Staat beugt sich den Vorstellungen der Generäle und will Menschen schaffen, die dem Islam entsagen. Doch die Refah läßt sich nicht manipulieren. Sie ist gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Sie will eine bessere, eine moralisch geläuterte Gesellschaft. Ihr gehört die Zukunft.“¹⁴⁷²

Es zeigt sich, daß das Gefühl einer Ablehnung islamisch orientierter Identitätsentwürfe durch den Staat zu einer Gegnerschaft gegen die staatlichen Autoritäten führen kann. Türken, die dem Islam auch in der öffentlichen Sphäre eine große Bedeutung beimessen, orientieren sich dann an den politischen Gruppierungen, die ihre Interessen wahrnehmen. Wenn die laizistischen Parteien eine Auseinandersetzung mit diesen Interessen verweigern, bleibt fast zwangsläufig nur noch eine Anlehnung an die Refah-Partei als Möglichkeit der Artikulation von islamisch orientierter Identität im politischen Kontext.

Die religiös orientierten Kreise der türkischen Gesellschaft sehen jedoch nicht alle in der Refah-Partei eine Instanz, die ihre Interessen vertritt. Die Anhänger der Nakschibendi-Bruderschaft in Istanbul beispielsweise vertreten eine religiöse Perspektive außerhalb der politischen Sphäre:

„Je höher Erbakan, ursprünglich ein Schüler und Gefolgsmann Kotkus, nach 1990 politisch aufstieg, desto unbeliebter machte er sich bei den städtischen Nakschibendis. Kotkus Nachfolger Esat Çosan warf ihm vor, die Religion für seine politischen Zwecke zu mißbrauchen. Vor allem Erbakans Visionen einer islamischen Staatengemeinschaft unter türkischer Führung hielt Çosan für ‚ideologischen Größenwahn‘. Dieses gegensätzliche Weltbild erklärt, warum die Refah unter den eher spirituell als weltlich ausgerichteten Nakschibendis in Fatih keine Chance hat, bei Wahlen zu gewinnen.“¹⁴⁷³

Hier artikuliert sich der Islam auf einer weiteren Ebene in der Öffentlichkeit, ohne direkt in das politische Geschehen einzugreifen. Die Bruderschaften nehmen Einfluß im Hinblick auf eine Islamisierung der Gesellschaft, indem sie sich im Erziehungs- und Bildungswesen, beispielsweise mit den Imam-Hatip-Schulen, engagieren. Auch hier wird ein religiöser Identifikationsrahmen geschaffen, der sich auf die Verfaßtheit der türkischen Gesellschaft auswirkt, politisch aber weniger greifbar ist als das Engagement der Refah-Partei.

Um die Komplexität und Widersprüchlichkeit der religiösen Entwicklungen innerhalb der Türkei verständlicher zu machen, soll an dieser Stelle ein längerer Abschnitt aus einem Artikel der „Zeit“ zitiert werden:

¹⁴⁷¹ vergl. TÜRK-Z-31

¹⁴⁷² TÜRK-Z-31

¹⁴⁷³ TÜRK-Z-31

„Fethullah Gülen gründete Stiftungen, die Kredite vergeben, baute Unternehmen, Schulen, Wohlfahrtseinrichtungen. Ein religiöser Selfmade-Ökonom aus der Provinz, der etwa zwanzig Jahre brauchte, um einer der erfolgreichsten Manager der Türkei zu werden. Mit der Refah hat er gebrochen wie vor ihm die meisten Nakschibendis: Erbakan ist ihm zu sehr Kleinbürger und Potentat. Fethullah Gülen unterstützt Mesut Yılmaz und die beiden sozialdemokratischen Parteien. Ob der Staat nun laizistisch ist oder nicht - für Gülen eine zweitrangige Frage. Er schafft sich längst sein eigenes Imperium. 'Von Bruderschafts-Unternehmern wie Gülen geht ein nicht zu unterschätzender Modernisierungsdruck aus', meint Ilber Ortayli, Sozialwissenschaftler an der Bosphorus-Universität. 'Durch ihren wirtschaftlichen Erfolg zwingen sie das erstarrte politische System zu Reformen und Zugeständnissen, ohne selber an die Macht zu drängen.' Die größte Gefahr liege in der verengten Wahrnehmung der Armee. Sie sehe nicht die Vielseitigkeit des politischen Islam, sondern reduziere komplexe gesellschaftliche Entwicklungen auf die Machtfrage: Wie die Refah kleinhalten? Ihr mögliches Verbot hätte fatale Folgen, warnt Ortayli: 'Vermutlich würden sich die Bruderschaften mit den Islamisten solidarisieren und damit die kemalistischen Neandertaler noch mehr in die Enge treiben.' Der kulturelle Bruch in der Türkei würde sich vertiefen: hier eine westlich geprägte gesellschaftliche Elite, die von Demokratie redet, aber in erster Linie die Wahrung bestehender Privilegien meint und dort eine dem Staat entfremdete Mehrheit der Bevölkerung, die ihren eigenen, islamisch geprägten Werten folgt, zum Teil politisiert, zum Teil ihren eigenen Geschäften nachgehend. Die Gefahr algerischer Verhältnisse sieht Ilber Ortayli gleichwohl nicht: 'Für islamistische Gewalt fehlt in der Türkei das soziale Umfeld. Die Wirtschaft ist stabil genug, um das Entstehen einer ganz und gar perspektivlosen Unterschicht zu verhindern.' Es ist erstaunlich: Historisch gewachsene Stadtteile wie Fatih sind fest in der Hand von Bruderschaften, die ihr Lebensumfeld religiös gestalten, sich aber nicht dem politischen Islam verschreiben. In den Geçekondus dagegen, den illegal errichteten Stadtrandsiedlungen, spielen die Bruderschaften kaum eine Rolle. Hier hat die Refah ihre Hochburgen. Doch das äußere Erscheinungsbild dieser Auffangbecken anatolischer Zuwanderer ist eher weltlich: keine religiöse Kleidung unter Männern, kaum Hocas, nur wenige islamische Spruchbänder. Viele Frauen allerdings sind verschleiert.“¹⁴⁷⁴

Diese Darstellung zeigt, daß der Islam auf der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebene bereits ein so großer Macht-, Interessen- und Einflußfaktor geworden ist, daß die Verweigerung einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen auf der politischen Ebene eigentlich nur noch dazu führen kann, daß sich islamisch begründete Einflußsphären noch weiter vom Staat abkoppeln und sich möglicherweise auch gegen ihn richten.

Die Bezüge, die die türkische Bevölkerung zum Islam knüpft, sind nicht unbedingt an einem starren Traditionalismus orientiert, sondern beinhalten auch Momente, die durch das Leben der Moderne inspiriert sind:

„Noch immer ist bei uns die Meinung verbreitet, die Türkei schwanke hin und her zwischen Militärdiktatur und Fundamentalismus. Auch hier tut Aufklärung not. So ergab die Studie der international renommierten Soziologin Nilüfer Göle, die an der Bogazici-Universität in Istanbul lehrt, daß die Verschleierungsbewegung türkischer Studentinnen, entgegen einem im Westen dominierenden Vorurteil, keine Rückkehr zum traditionellen Islam bedeutet. Vielmehr ist die Verschleierung das Ergebnis einer Neuinterpretation der islamischen Religion und symbolisiert ein verändertes islamisches Selbstverständnis. Es beruhe auf der ‚Spannung zwischen Islamismus, Traditionalismus und Moderne‘, schreibt Nilüfer Göle in ihrem Buch ‚Republik und Schleier‘. Ganz bewußt wählten die türkischen Studentinnen nicht das traditionelle Kopftuch, sondern den türban als Zeichen für eine neue Aneignung des Islam.“¹⁴⁷⁵

Gerade das Moment der Interpretation, das sich in gegenwärtigen islamischen Bewegungen zeigt, könnte einen Ansatzpunkt bieten für eine grundsätzliche gesellschaftliche Neubestimmung des Verhältnisses zwischen türkischer Gesellschaft, Staat und Religion. Es wurde zwar bereits ge-

¹⁴⁷⁴ TÜRK-Z-31

¹⁴⁷⁵ Landfried, Christine: Ein Markt der Kulturen böte vielen Ländern Platz, Die Zeit 26.12.1997, S. 8 (TÜRK-Z-52)

zeigt, daß sowohl die Refah-Partei als auch islamische Bruderschaften ihr jeweils eigenes Verständnis von Bedeutung und Rolle des Islam in der türkischen Gesellschaft propagieren und teils auch nicht bereit sind, von diesem abzurücken. Doch entbindet dies die türkische Politik nicht davon, sich mit den realen gesellschaftlichen Entwicklungen im Hinblick auf den Stellenwert der Religion auseinanderzusetzen.

„Der Spiegel“ spricht im Zusammenhang mit einer vom Militär angenommenen Bedrohung des Staatswesens durch die Refah-Partei von „religiösen Eiferern“.¹⁴⁷⁶ Die Bezüge und Erwartungen, die die türkische Bevölkerung im Hinblick auf die Refah-Partei knüpft, bleiben dabei außer acht. So wächst die Gefahr, daß ein Teil der Bevölkerung diese Haltung auf der Staatsebene als Diskreditierung der eigenen Anschauungen wahrnimmt. Die Versuche zur Zurückdrängung des Islam aus dem öffentlichen Leben durch das Militär werden denn auch von Anhängern der Refah-Partei mit öffentlichen Protesten begleitet:

„Auf einer Großkundgebung in Istanbul forderten weit über 100.000 Religiöse: ‚Rühr meine Schule nicht an.‘ Oberbürgermeister Tayyip Erdogan rief offen zum Kampf gegen die Militärs: ‚Mit der Kraft des Volkes werden wir sie niederwalzen.‘ Der Refah-Abgeordnete Ibrahim Vural Çelik prophezeite gar gewaltsamen Widerstand, ‚schlimmer als in Algerien‘, woraufhin der Generalstab ihn prompt wegen Volksverhetzung anzeigte.“¹⁴⁷⁷

Im Gegensatz zum Militär und den laizistischen Parteien gelingt es der Refah, das türkische Volk zu mobilisieren.

Die Anmerkungen im Hinblick auf die Bedeutsamkeit der kulturellen Ebene des Islam dürfen nicht als eine Relativierung politischer Gefahren verstanden werden. Die „Welt am Sonntag“ zitiert beispielsweise ein Gutachten, demzufolge die Refah-Partei als ein „Zentrum fundamentalistischer Aktivitäten mit dem Ziel des Sturzes der verfassungsmäßigen Grundordnung“ bezeichnet wird.¹⁴⁷⁸ Verbote lösen dieses Problem jedoch nicht. So berichtet die Zeitung, daß Erbakan vor dem Hintergrund eines drohenden Verbots der Refah-Partei bereits an der Gründung einer neuen islamistischen Partei arbeite.¹⁴⁷⁹ Dem „Spiegel“ zufolge bringe ein Verbot der Refah wenig, weil Erbakan bereits in der Neugründung von Parteien erprobt sei, da bereits zwei von ihm gegründete Gruppierungen zwangsweise aufgelöst wurden.¹⁴⁸⁰

Auch von den türkischen Medien wird das repressive Vorgehen eher negativ beurteilt:

„... eine Ausgrenzung der Religiösen, so warnten die ‚Turkish Daily News‘ schon nach dem Sieg der Refah bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995, ist ‚nur eine Einladung zur Unruhe‘. Ein Verbot gebe ‚in einer Demokratie keinen Grund zum Jubeln‘, kommentierte die Tageszeitung ‚Hürriyet‘ den

¹⁴⁷⁶ vergl. TÜRK-S-4

¹⁴⁷⁷ TÜRK-S-18: 141

¹⁴⁷⁸ vergl. o.A.: Partei von Erbakan soll verboten werden, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 4 (TÜRK-W-31)

¹⁴⁷⁹ vergl. o.A.: Erbakan plant neue islamistische Partei, Welt am Sonntag 14.12.1997, S. 4 (TÜRK-W-33)

¹⁴⁸⁰ vergl. o.A.: Einladung zur Unruhe, Der Spiegel 24.11.1997, S. 202 (TÜRK-S-29)

Prozeß. Immerhin stellt die Refah im Parlament die stärkste Fraktion, und sie ist mit nach eigenen Angaben vier Millionen Mitgliedern die größte Partei des Landes.¹⁴⁸¹

Alleine das Anhängerpotential der Refah umfaßt schon einen so großen Teil der Bevölkerung, daß es kaum möglich erscheint, diese Entwicklung seitens des Staates dauerhaft mit einer grundsätzlichen Gegnerschaft und Verboten zu unterdrücken.

Über der kritischen Betrachtung der Umgehensweise des Staates mit dem Islam darf natürlich nicht vergessen werden, daß auch auf Staatsebene eine Institution für die Positionierung des Islam in der Öffentlichkeit existiert:

„Während die fundamentalistische Refah-Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan aus dem Land gern einen Gottesstaat machen würde, wacht in Ankara eine staatliche Religionsbehörde darüber, daß der Glaube nicht in Widerspruch zu den Verfassungsgrundsätzen der laizistischen Republik gerät. Das ‚Präsidium für religiöse Angelegenheiten‘ ... wurde 1924 vom Republikgründer Mustafa Kemal geschaffen, um den Islam unter staatliche Kontrolle zu bringen. Es verwaltet die rund 72.000 Moscheen des Landes, bildet Muezzins aus und organisiert die Pilgerfahrten nach Mekka ...“¹⁴⁸²

Es stellt sich die Frage, warum es dieser Institution nicht gelingt, mit seiner Darstellung des Islam in der Öffentlichkeit einen Identifikationsrahmen zu schaffen, der mit dem der Refah-Partei konkurrieren kann. Sicherlich ist es so, daß die gemäßigten Gläubigen, die den Islam eher als private Angelegenheit betrachten und ihre kulturellen Identifikationen nicht in größerem Rahmen öffentlich durchsetzen wollen, mit der Islamkonzeption des Präsidiums in Einklang leben können. Doch im Hinblick auf das stetig wachsende Potential der radikaleren islamischen Kräfte wird augenscheinlich, daß der Versuch, eine einmal durchgesetzte Konzeption gegen den Willen größerer Teile der Bevölkerung aufrechterhalten zu wollen, wahrscheinlich langfristig zum Scheitern verurteilt sein wird.

8.1.3 Interessenlagen und Strategien westlicher Staaten im Umgang mit der Türkei

Die Türkei ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht durch ein vielschichtiges Beziehungssystem mit der Europäischen Union und anderen westlichen Staaten verbunden. Auf der politischen Ebene untermauert die Mitgliedschaft in der Nato die Zugehörigkeit der Türkei zur westlichen Einflußsphäre. Im Zuge verschiedener wirtschaftlicher Abkommen mit dem europäischen Wirtschaftsraum manifestieren sich weitere enge Verbindungen.

Trotz dieses bestehenden Beziehungsgefüges und dem stets von der Türkei bekräftigten Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union wird dem Land von westlichen Staaten von Zeit zu Zeit Mißtrauen in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß entgegenge-

¹⁴⁸¹ TÜRK-S-29

¹⁴⁸² o.A.: Liebe im Herzen, Der Spiegel 8.12.1997, S. 180 (TÜRK-S-31)

bracht. Die Zweifel an einer „wirklichen“ Zugehörigkeit der Türkei zur westlichen Staatenwelt werden dabei häufig – aber nicht immer – aus einer kulturellen Differenz, für die der Islam maßgeblich sei, abgeleitet. Im folgenden soll analysiert werden, welche Interessenlagen und auch Strategien westliche Staaten im Umgang mit der Türkei vertreten. Dabei sind sowohl politische Machtkonstellationen und wirtschaftliche Belange zu berücksichtigen als auch die Frage, welcher Stellenwert dem Islam als Kultursystem und Religion beigemessen wird.

Die Haltung Deutschlands zur Frage der Verbundenheit zwischen Türkei und Europa ist zwiespältig und weist in zwei divergierende Richtungen:

„Der AA-Chef will die deutsche Position erklären. Doch die Bonner Türkeipolitik ist alles andere als eindeutig. Klar ist allein der Dissens zwischen Kohl und Kinkel. ‚Europa ist kein christlicher Club‘, hatte Bundespräsident Roman Herzog – ganz auf Linie mit dem Außenamt – erst vor einem Vierteljahr dem türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel versichert, Bonn stehe fest auf dem Boden des Assoziierungsabkommens von 1963, einschließlich der damals von der Europäischen Gemeinschaft eröffneten Beitrittsperspektive. Herzog: ‚Die Türkei gehört zu Europa!‘ Im trauten Kreis mit seinen europäischen Parteifreunden sprach der Kanzler ganz anders. Ihm sei ‚aus dem Erdkundeunterricht nicht bekannt, daß Anatolien ein Teil Europas ist‘, spottete Kohl. Man müsse den Türken sagen, daß die Türkei nicht zu Europa gehöre.“¹⁴⁸³

Die von Kinkel und Herzog vertretene Türkei-Position beruft sich zum einen auf bestehende Beziehungen, die auf der wirtschaftlichen und auch politischen Ebene angesiedelt sind. Die jahrzehntelange Kooperation zwischen der Türkei und europäischen Staaten wird als Basis einer grundsätzlichen Zugehörigkeit des Staates zu Europa angesehen. Zum anderen wird der europäische Raum explizit nicht kulturell definiert, so daß vor diesem Hintergrund der Islam einer Zugehörigkeit nicht entgegensteht.

Das zitierte Kohl-Statement ist zunächst einmal aus türkischer Sicht herabwürdigend. Indem Anatolien, eine der strukturschwachsten Regionen Europas, stellvertretend für die Türkei genannt wird, spricht man dem Land einen inferioreren Status zu. Die geographisch begründete Argumentation des ehemaligen Kanzlers kann – und dies wird noch zu zeigen sein – als geschickte rhetorische Wendung betrachtet werden, da so eine Differenz artikuliert werden kann, ohne die heiklen Aspekte Kultur oder Religion thematisieren zu müssen. Dies wird zumindest von den türkischen Medien genauso gesehen, denn sie unterstellen Kohl, er wolle „Europa in ein einiges, christliches Reich“ verwandeln.¹⁴⁸⁴

Im Hinblick auf einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union werden auch politische Gründe ins Feld geführt, um zu untermauern, warum eine Aufnahme der Türkei problematisch sei:

„... während Polen, Ungarn oder Slowenen ihre Gesellschaften in hohem Tempo auf westeuropäischen Standard zu trimmen versuchen, driftet die Türkei täglich weiter weg von Europa. Die Zahl der Men-

¹⁴⁸³ o.A.: Wurst vor der Nase, Der Spiegel 24.3.1997, S. 34 (TÜRK-S-3)

¹⁴⁸⁴ vergl. TÜRK-S-3

schenrechtsverletzungen nimmt eher zu denn ab. Der islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan brachte das Land in nur achtmonatiger Amtszeit bis kurz vor einen Militärputsch.“¹⁴⁸⁵

Der angeführte europäische Standard wird nicht näher beziehungsweise nur indirekt (durch die Ablehnung von Menschenrechtsverletzungen) definiert. Vor allem die Verwendung des Verbes „trimmen“ impliziert, daß von europäischer Seite definitiv Anpassungsleistungen gefordert werden, ohne daß das europäische Wertesystem dabei in Frage gestellt werden könnte.

Der Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Türkei ist zunächst einmal ein allgemeines politisches Argument und kann sich – wie die bisherigen Ausführungen bereits gezeigt haben – auch auf die Kurdenproblematik und prinzipiell das demokratische System des Staates beziehen. Der Verweis auf die Rolle der Islamisten in der türkischen Politik bringt jedoch den Islam als mit den europäischen Standards nicht kompatiblen Aspekt implizit ins Spiel. Problematisch an dieser Perspektive ist unter anderem, daß die Rolle und Entwicklung des politischen Islam in der Türkei nicht analysiert wird. Ein Vertreter des politischen Islam wird so zum Kulminationspunkt einer komplexen politischen Entwicklung, wodurch die sehr differenzierte Problematik drastisch reduziert wird.

Selbst im wissenschaftlichen Diskurs über die Türkei wird nicht immer deutlich, welche aktuellen politischen Entwicklungen Ursache sind und welche Wirkung. So geht Franz von einem gewandelten Laizismusverständnis aus, demzufolge der Islam inzwischen als Bestandteil der türkischen Kultur angesehen werde und die rigorose Trennung von Staat und Religion einer staatlichen Kontrolle des Islam gewichen sei.¹⁴⁸⁶ Daß diese Entwicklung so nicht gegeben ist, wurde bereits gezeigt. Eine solche Betrachtungsperspektive kann jedoch dazu führen, daß beispielsweise die Argumentationszusammenhänge der Refah-Partei in gewisser Weise auch als Ausdruck einer Neupositionierung des türkischen Staates mißverstanden werden können.

So nimmt Franz an, daß die türkische Regierung sich verstärkt bemühe, die Türkei als Bindeglied zwischen Ost und West darzustellen und dabei versuche, dem Islam eine neue Geltungskraft zu verschaffen:

„Der derzeitige türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan versteht die Türkei ... als geistige und kulturelle Brücke zwischen Orient und Okzident. Er sieht sein Land als Vermittler islamischer Werte und Vorstellungen von Ost nach West durch den Dialog. In diesem Zusammenhang betont er gern, daß es islamische Gelehrte waren, die in vielen Bereichen die Grundlagen gelegt haben, auf denen die westliche Modernität beruht. Erbakan fordert die Anerkennung der islamischen Werte und Normen als gleichberechtigt neben denen der westlichen Welt. Da für ihn die wirtschaftliche Misere der Türkei, arabischer und anderer islamischer Staaten jedoch das Resultat einer Ausbeutung durch den westlichen

¹⁴⁸⁵ TÜRK-S-3

¹⁴⁸⁶ vergl. Franz, Erhard (1997b): Eine neue islamische Außenpolitik der Türkei?, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 203-208: 203

Imperialismus ist, versprach er vor seiner Wahl, den vom Westen dominierten Organisationen wie UNO, NATO und EU islamische Pendanten gegenüberzustellen.¹⁴⁸⁷

Hier wird von einem fast schon expansionistisch zu nennenden Gestaltungsdrang in den internationalen Beziehungen ausgegangen. Es wird jedoch nicht deutlich, daß die Position, die Erbakan vertritt, nur eine unter verschiedenen Argumentationsrichtungen ist, die sich in der Türkei manifestieren.

Die eher inkonsistente Haltung europäischer Staaten zur Frage des türkischen EU-Beitritts sowie zur generellen politischen Einschätzung der Türkei prägen natürlich auch den türkischen Blickwinkel Richtung (West-)Europa. Seitens der Türkei entsteht bisweilen der Eindruck, daß der Westen kein Interesse daran hat, eine Wechselseitigkeit herzustellen, sondern vielmehr darauf bedacht sei, eigene Vorteile zu sichern.¹⁴⁸⁸

Die Differenzen zwischen Europa und der Türkei sind für das Weltstaatensystem von strategischer Bedeutung. So betrachten die Vereinigten Staaten die Türkei als „laizistischen Vorposten des Westens gegenüber der islamischen Welt“,¹⁴⁸⁹ womit dem Islam in der Türkei – natürlich vor dem Hintergrund der impliziten Abgrenzung von anderen islamischen Staaten – eine gewisse, indirekte Akzeptanz entgegengebracht wird. Aus strategischem Interesse machen sich die Vereinigten Staaten für eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union stark.

Die geostrategische Position der Türkei wird also vor allem von den Vereinigten Staaten sehr vom Standpunkt der eigenen politischen Interessen betrachtet. Die verschiedenen Politstrategen, die sowohl Szenarien für eine am Islam orientierte türkische Außenpolitik als auch für eine weitere Zuwendung einer säkularen Türkei zum Westen entwerfen, agieren eher im Sinne einer Instrumentalisierung der türkischen Politik für die eigenen Machtbestrebungen, als daß sie die Türkei als wirklichen Dialogpartner anerkennen würden.¹⁴⁹⁰

Die Türkei geht ebenfalls strategisch vor, um ihre Bedeutung für Europa zu untermauern. So droht sie mit einer Blockade der Nato-Osterweiterung und versucht, auf diese Weise, die EU-Aufnahme zu erzwingen.¹⁴⁹¹ Eine solche politische Strategie ist durchaus nicht außergewöhnlich:

„Für jene Länder, vor allem die baltischen Staaten, die auf längere Sicht keine Aussicht auf Nato-Mitgliedschaft haben, drängt Washington auf baldige Aufnahme in die EU, um ihnen auf diese Weise wenigstens ein Gefühl indirekter Sicherheit zu vermitteln. Umgekehrt droht die Türkei, die seit 1964 (!) der EU assoziiert ist, mit einem Veto gegen die Nato-Erweiterung, falls die Union sich weiterhin weigert, ihr endlich die Mitgliedschaft zuzubilligen. Und weil alle Mitgliedstaaten zustimmen müssen, wenn Nato oder EU sich neuen Staaten öffnen, gibt dies jeder Regierung Gelegenheit, ihre Unterstützung in einem Bereich von Gegenleistungen im anderen abhängig zu machen.“¹⁴⁹²

¹⁴⁸⁷ Franz (1997b): 204

¹⁴⁸⁸ vergl. TÜRK-S-4: 147

¹⁴⁸⁹ vergl. TÜRK-S-3

¹⁴⁹⁰ vergl. Tibi (1998): 70

¹⁴⁹¹ vergl. TÜRK-S-3

¹⁴⁹² Bertram, Christoph: Europas Jahr der Entscheidungen, Die Zeit 31.1.1997, S. 3 (TÜRK-Z-4)

Dieses Beispiel illustriert vielmehr, wie sehr die internationalen Beziehungen durch wechselseitige Abhängigkeiten und damit auch durch strategische Interessen geprägt sind. Staaten kooperieren miteinander, weil sie auf Zusammenarbeit angewiesen sind und sich von einer Kooperation Vorteile versprechen. Der Hinweis, daß die Türkei bereits seit 1964 der EU assoziiert ist, weist indirekt darauf hin, daß der Staat nun auch mit Recht entsprechende Vorteile für sich einfordert. Die von den Vereinigten Staaten hier vertretene Sicherheitspolitik zeigt, daß die internationale Staatengemeinschaft zu einem Teil den Bedürfnissen einzelner Staaten – hier der baltischen Staaten nach Sicherheit – entgegenkommen muß, um das komplexe Beziehungsgeflecht aufrechtzuerhalten. Damit stellt sich natürlich die Frage, wie die Europäische Union ihr Verhältnis zur Türkei gestalten müßte, um den türkischen Interessen – und natürlich den Interessen der Union insgesamt – gerecht zu werden.

Da aus türkischer Sicht das Verhältnis zu den westlichen Staaten aufgrund der ablehnenden Haltung in der Frage des EU-Beitritts keine wirklich sichere Verortung in den internationalen Beziehungen zuläßt, zeigen sich in der türkischen Außenpolitik strategische Bemühungen, die auf eine verstärkte Kooperation der Türkei mit anderen islamischen Staaten abzielen:

„Die Konferenz von acht islamischen Staaten am vorigen Wochenende in Istanbul endete mit vagen Absichtserklärungen. Sie nenne sich D-8 (D steht für developing). Was auch sollten die Türkei, Iran, Ägypten, Bangladesch, Malaysia, Indonesien, Pakistan und Nigeria gemein haben? Es sind islamische Staaten, gewiß. Aber die Tatsache, daß Europa christlich ist, wäre allein noch kein Garant für europäische Einheit. ... Das vom Initiator, dem islamistischen türkischen Premier Necmettin Erbakan, vollmundig angekündigte islamische Gegengewicht der D-8 zu den Industriestaaten der G-7 ist pures Wunschenken. Er will Ausbeutung durch Kooperation ersetzen, Spannungen durch Dialog. Aber konkrete Ergebnisse, etwa der Abschluß von Wirtschaftsverträgen, blieben aus. Erbakan verfolgt mit seiner Konferenz in erster Linie innenpolitische Ziele. Zum wiederholten Mal präsentiert er sich als ‚gewichtiger islamischer Politiker‘ und profiliert sich damit bei seinen Wählern - nicht aber in den Augen säkular gesinnter Türken und schon gar nicht bei den östlichen Nachbarn Ankaras. Zu tief sitzen die Vorbehalte gegenüber dem Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, das über Jahrhunderte andere islamische Völker unterdrückte.“¹⁴⁹³

Diese Initiative sollte allerdings nicht überbewertet werden. Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Erbakan nur etwa ein Fünftel der türkischen Wähler vertritt, seine Politik also aller Wahrscheinlichkeit vom Rest der türkischen Bevölkerung eher nicht akzeptiert wird. Außerdem ist es nur folgerichtig, wenn eine Partei, die sich auf der Grundlage des Islam definiert, Beziehungen zu anderen islamischen Staaten stärken möchte. Dennoch beinhaltet die D-8-Initiative auch einige grundsätzliche Mechanismen. Wenn westliche Staaten der Türkei in einem gewissen Maße eine politische Anerkennung versagen (oder wenn dies von der Türkei so eingeschätzt wird), stellt sich für die türkische Politik die Frage, auf welchem anderen Weg sie sich politische Anerkennung und damit auch eine gewisse Geltungskraft in den internationalen Beziehungen verschaffen kann. Damit tragen die westlichen Staaten indirekt zur außenpolitischen Ausrichtung der Türkei bei.

¹⁴⁹³ Lüders, Michael: Fadenscheinig, Die Zeit 10.1.1997, S. 6 (TÜRK-Z-2)

Hier zeigt sich sehr grundsätzlich die Tragweite der Problematik des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens. Die westliche Staatengemeinschaft verschafft sich durch langfristige politische Beziehungen, deren Geltungskraft nicht in Frage gestellt wird, wechselseitige Anerkennung. Diese dauerhafte Stabilität sowie die relative Vormachtstellung des Westens in den internationalen Beziehungen führen dazu, daß westliche Staaten tendenziell kaum auf Anerkennung durch beispielsweise islamische Staaten angewiesen sind. Die Türkei dagegen befindet sich in einer wesentlich unausgeglicheneren Position. Durch jahrzehntelange reale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu westlichen Staaten manifestiert sich aus türkischer Sicht eine Zugehörigkeit zum Westen, die auf der Ebene der Anerkennung jedoch nicht umfassend seitens der westlichen Staaten bestätigt wird. Dies führt zu einer Art Identitätsvakuum, das türkische Politiker dazu verleitet, die ihnen versagte Anerkennung in politischen Beziehungen zu islamischen Staaten zu suchen. Die Frage der Anerkennung führt also im Prinzip weit über politische und wirtschaftliche Kooperationsstrukturen hinaus und macht deutlich, daß die Verortung der Türkei in der Weltstaatengemeinschaft nicht nur auf der Basis struktureller Gesichtspunkte gesehen werden kann und darf.

Krech legt sehr ausführlich dar, daß in der türkischen Außenpolitik nicht erst durch die Initiativen Erbakans das Verhältnis der Türkei zu anderen islamischen Staaten neu überdacht wird. Die Nato-Mitgliedschaft sowie der Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft prägten zwar eine Westausrichtung in den fünfziger und sechziger Jahren, doch sei seit dem Beginn des Zypernkonflikts auch eine Modifizierung hin zu einer stärkeren Betonung regionaler Interessen zu beobachten. Nach der Zypernkrise im Jahre 1974, als die Türkei keine Unterstützung bei ihren NATO-Partnern fand, knüpfte sie verstärkt Kontakte zu arabischen Staaten. In Konflikten zwischen islamischen Staaten bezog die Türkei eine neutrale Position, aber im Nahostkonflikt stellte sie sich auf die Seite der Palästinenser. Nach dem Nahostkrieg 1967 nahm die Türkei Abstand von der außenpolitischen Position der Vereinigten Staaten. Es erfolgte eine nuancenhafte Annäherung an den Nahen Osten, aber die grundlegende Orientierung an der NATO wurde beibehalten. Die Teilnahme an der Golfkriegsallianz sollte einen weiteren Pflock auf dem Weg nach Europa darstellen.¹⁴⁹⁴

Trotz dieser tendenziell eher starken Anknüpfung der türkischen Außenpolitik an die westliche Staatengemeinschaft haben sich immer wieder politische Zwischenspiele ergeben, die deutlich werden lassen, daß die Türkei ihre Beziehungen zu islamischen Staaten gewissermaßen als Daueroption pflegt. Vor dem zweiten Golfkrieg beispielsweise wurden die Bindungen an die islamischen Nachbarstaaten symbolisch hervorgehoben:

¹⁴⁹⁴ vergl. Krech (1996): 254f

„Schon zuvor hatte Turgut Özal ... persönlich deutliche Zeichen gesetzt, daß die Türkei auch ein dem Islam und damit dem Nahen und Mittleren Osten eng verbundenes Land sei. Seine zweite Pilgerfahrt nach Mekka 1988 und das öffentliche Versprechen der regelmäßigen Teilnahme am Freitagsgebet in der Moschee, relativierte die unter Atatürk durchgesetzte strikte Säkularisierung des Staates.“¹⁴⁹⁵

Die politischen Beziehungen der Türkei zur islamischen Staatenwelt sollten also keineswegs nur unter den Vorzeichen einer sich ausbreitenden „fundamentalistischen“ Politik gedeutet werden.

Tibi betrachtet den geostrategischen Stellenwert der Türkei denn auch eher sachlich im Hinblick auf grundsätzliche Einflußmöglichkeiten:

„Die Türkei kann als Vermittler mit geopolitischem Gewicht in folgenden Regionen auftreten: 1) am Schwarzen Meer, 2) auf dem Balkan, 3) im Kaukasus, 4) in Zentralasien sowie 5) im Nahen Osten. Daraus leitet sich eine zentrale regionale Macht der Türkei ab.“¹⁴⁹⁶

Diese grundsätzlichen Einflußmöglichkeiten müssen nicht zwangsläufig dazu führen, daß die Türkei ihr politisches Gewicht in der Region zu einer einseitigen Hinwendung zu islamischen Staaten nutzen wird. Sie sollten eher unter neutralen Gesichtspunkten als Potential gesehen werden.

Obwohl beispielsweise türkische Sozialdemokraten die Fundamentalisten als ein „Krebsgeschwür“ bezeichnen, das die Republik und ihre liberalen Werte auffresse,¹⁴⁹⁷ werden die politischen Positionen der türkischen Linken im Mediendiskurs kaum berücksichtigt. „Der Spiegel“ beispielsweise läßt dem kurzen Statement eines sozialdemokratischen Politikers eine ausführliche Beschreibung der Politik Erbakans folgen, wobei die möglichen Gefahren, die der Westen sieht, sehr umfangreich dargelegt werden:

„Auch westlichen Bündnispartnern des Nato-Mitglieds Türkei ist Erbakans Politik mehr als suspekt, sie sorgen sich zunehmend um die Verlässlichkeit des durch eine Zollunion mit der EU verbundenen Landes. In seinem Wahlkampf hatte der gelernte Maschinenbauingenieur, der in Aachen promovierte, von einer ‚islamischen Nato‘ geschwärmt. Die erste Auslandsreise als Premier führte ihn zum Ärger der amerikanischen Verbündeten in den von Washington geächteten Iran. Bravorufe seiner Abgeordneten umbrannten Erbakan ..., als er – wenige Stunden vor Kinkels Besuch – die Vision einer ‚großen, für die ganze Welt vorbildlichen Türkei‘ ausmalte. Dann sei Schluß mit den ‚Lehrmeisterallüren‘ der Europäer, deren Führer mit ‚vor Scham gesenktem Kopf‘ vor die Türken treten müßten. Für den Sommer plant Erbakan einen islamischen Gipfel in Ankara, den er als Beginn einer ‚neuen Weltordnung‘ preist.“¹⁴⁹⁸

Diese Darstellung beinhaltet verschiedene Perspektiven. Zunächst einmal begünstigt die Konzentration auf die Darstellung islamistischer Politik eine selektive Wahrnehmung der türkischen Innen- und Außenpolitik. Indem Erbakan als Hauptakteur dargestellt wird, wird die Politik der Refah-Partei zur türkischen Politik schlechthin, so daß der Stellenwert, den die türkischen Islamisten im politischen System einnehmen, möglicherweise überbewertet wird. Eine solche Überbewertung kann die politische Einschätzung der Türkei durch westliche Staaten dann leicht auf die Wirkungsweise des Islam reduzieren.

¹⁴⁹⁵ Krech (1996): 272

¹⁴⁹⁶ Tibi (1998): 105f

¹⁴⁹⁷ vergl. TÜRK-S-4: 148

¹⁴⁹⁸ TÜRK-S-4: 148

Der Hinweis auf Erbakans Studium in Deutschland hat weitreichende Implikationen. Er kann auf Rezipientenseite zu der Assoziation führen, daß Individuen, auch wenn sie in einer anderen (westlichen) Kultur gelebt haben, gewissermaßen unversöhnlich auf ihren islamischen Identifikationen beharren und zu einer wechselseitigen Auseinandersetzung nicht fähig oder nicht bereit sind. Damit wird die grundsätzliche Möglichkeit einer diskursiven Auseinandersetzung mit dem Islam negiert.

In den zitierten Erbakan-Äußerungen klingt an, daß die Refah-Partei mit ihrer Außenpolitik bemüht ist, der Türkei zu einem neuen Selbstbewußtsein in den internationalen Beziehungen zu verhelfen. Der Begriff „Lehrmeisterallüren“ deutet an, daß die Refah-Partei die türkischen Interessen auf der internationalen Ebene nicht ernstgenommen sieht. Im Kontext des „Spiegel“-Artikels wirkt dieser identitäre Sachverhalt jedoch als Konfrontation und Provokation. Eine grundsätzliche Legitimität türkischer Geltungsansprüche – wie weitreichend sie sein mögen, sei zunächst dahingestellt – wird in Frage gestellt. Verfolgt man diesen Blickwinkel weiter, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß westliche Staaten sich eigentlich nicht mit den von Erbakan entwickelten Perspektiven auseinandersetzen müssen, sondern sie schlichtweg ablehnen (können). Damit wird die Notwendigkeit einer wechselseitigen Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Geltungsansprüche im internationalen System verneint.

„Der Spiegel“ unterstreicht auch in einem anderen Kontext eher die konfrontative Dimension des Verhältnisses der Türkei zu Europa. Im Zusammenhang mit einem Brandanschlag gegen Türken in Deutschland wird über das Verhältnis zu Deutschland und zu Europa wie folgt berichtet:

„Will der erzreligiöse Erbakan die Türkei, die sich bisher als strategische Brücke zwischen Europa und dem Orient betrachtete, auf Konfrontationskurs mit dem Westen treiben? Zumindest war die Gefahr eines Bruchs der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Ländern noch nie so groß. Und nie zuvor in der 73jährigen Geschichte der modernen Türkei war ein Regierungschef so massiv den Westen angegangen wie Erbakan.“¹⁴⁹⁹

Darstellungen wie diese tragen dazu bei, daß eine Konfliktperspektive gefördert wird und Möglichkeiten der Auseinandersetzung über die Grundlagen der bestehenden Differenzen überhaupt nicht ins Blickfeld gelangen können.

Die Fokussierung des Mediendiskurses auf eine islamisch geprägte Außenpolitik der Türkei wird im Ansatz relativiert, als der Refah-Ministerpräsident Erbakan durch Mesut Yilmaz abgelöst wird. Nun werden auch die antiislamischen Stimmen türkischer Politiker im Mediendiskurs zur Geltung gebracht. Yilmaz äußert über die Politik Erbakans gegenüber dem „Spiegel“:

„Sie hat dem Land sehr geschadet. Mit seinen außenpolitischen Hirngespinnsten hat Erbakan uns in die internationale Isolation geführt. Er glaubte, daß die Türkei die Führung der islamischen Nationen übernehmen und das Machtgefüge in der Welt verändern könnte. Das hat nicht nur unsere Be-

¹⁴⁹⁹ o.A.: „Wir werden zur Zielscheibe“, Der Spiegel 7.4.1997, S. 138-140 (TÜRK-S-5): 139

ziehungen zum Westen getrübt, sondern sogar unser Verhältnis zu den anderen islamischen Ländern belastet, denn die haben Erbakans Führungsanspruch nicht akzeptiert.“¹⁵⁰⁰

Yilmaz bekräftigt also den Wunsch der Türkei nach einer Anlehnung an das westliche Staatengefüge. Den Stellenwert des Islam für eine türkische Außenpolitik klammert er jedoch aus, was wiederum eine potentielle Gefahr in sich birgt. Die Amtszeit Erbakans zeigte nämlich deutlich, daß innerhalb der türkischen Bevölkerung das Bedürfnis der Artikulation islamischer Identität im internationalen Kontext besteht. Wird dieses in Fragen der Außenpolitik einfach ignoriert, wächst die Gefahr innerer Konflikte.

Die Frage nach der Möglichkeit einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union wird von Ministerpräsident Yilmaz, der Erbakan ablöste, sehr differenziert betrachtet:

„Mit unserer Arbeitslosigkeit und unserer Inflationsrate haben wir keine Chance, morgen aufgenommen zu werden. Auch unsere Menschenrechtsbilanz müssen wir auf westlichen Standard bringen. Aber wir unterhalten traditionsreiche Beziehungen zu Europa und haben im Kalten Krieg unseren Beitrag zur Verteidigung geleistet. Deshalb glauben wir ein Recht zu haben, beim Erweiterungsprozeß der EU berücksichtigt zu werden. Diese Perspektive muß uns gegeben werden. ... Wir wollen als großes Land mit 65 Millionen Menschen und vielen Problemen niemandem zur Last fallen. Wenn wir auf einem bestimmten Zeitpunkt bestünden, wäre das unfair – aber noch unfairer ist es, uns die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Die Europäische Union kann uns den Beitritt nicht aufgrund religiöser und kultureller Vorurteile versperren; so ein Europa wäre nicht erstrebenswert.“¹⁵⁰¹

Yilmaz dokumentiert hier die Bereitschaft, sich mit den von der Europäischen Union formulierten strukturellen Beitrittskriterien auseinanderzusetzen und diese zu akzeptieren. Gleichzeitig mahnt er jedoch an, daß eine Politik der kulturell motivierten Blockade nicht akzeptabel sei. Diese Äußerung läßt sich in zwei Richtungen deuten. Entweder sollten bei der Frage der EU-Mitgliedschaft nur reine wirtschaftliche Faktoren Geltung haben, oder aber eine grundsätzliche kulturelle Auseinandersetzung ist notwendig. Yilmaz selbst fordert in seiner Stellung eine kulturelle Auseinandersetzung nicht explizit.

Vor dem Hintergrund des Zypern-Konflikts und damit im Hinblick auf ein konkretes politisches Problem beruft sich der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis ebenfalls auf die Möglichkeit einer Kooperation mit der Türkei, die sich an strukturellen Gesichtspunkten orientieren könne:

„Es fallen manchmal harte Worte. Unsere Grundposition ist eindeutig: Wir wollen Kooperation. Wir wissen, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Europäischen Union möglich ist, und wir wünschen nicht, Ankara von der EU auszuschließen. Tatsache ist aber, daß unser Nachbar Türkei eine aggressive Politik betreibt. Jeder Staat, der mit der EU zusammenarbeiten möchte, muß die europäische Friedensordnung und ihre Grundsätze akzeptieren.“¹⁵⁰²

Eine rein politisch motivierte und begründete Annäherung der Türkei an die anderen europäischen Staaten wird also als grundsätzliche Möglichkeit erachtet. Die politischen Forderungen, die an die

¹⁵⁰⁰ TÜRK-S-25: 165

¹⁵⁰¹ TÜRK-S-25: 167

¹⁵⁰² o.A.: „Unser Nachbar ist aggressiv“, Der Spiegel 3.11.1997, S. 171-176 (TÜRK-S-28): 171

Türkei aus deutscher Sicht zu stellen sind, sind jedoch – zumindest im Hinblick auf die aktuelle Situation der türkischen Innenpolitik – immens. Der ehemalige CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm, der das Elend der verfolgten Kurden aus eigener Anschauung kennt, nennt die türkische Regierung in ihrer brutalen Kurdenpolitik „erbarmungslos“. Einer solch menschenverachtenden Regierung könne der Weg nach Europa nicht geebnet werden.¹⁵⁰³

Dieser eher an politischen und wirtschaftlichen Strukturen orientierten Betrachtungsweise, die die Möglichkeiten historischer Entwicklung ausblendet, wird in einem „Spiegel“-Artikel die Frage entgegengehalten, wie realistisch es eigentlich sei, daß die Türkei sich tatsächlich den auf europäischer Ebene geltenden Standards anpassen könne:

„Mit der Lügerei muß jetzt Schluß sein. So säuselt Tony Blair: Alle Mitglieder der Europäischen Union sähen dem Tag entgegen, an dem Ankara der Union beitreten könne. Und Kohls Kinkel beteuert: ‚Die Türkei gehört zu Europa. Wir wollen sie dabeihaben.‘ Kein Wort wahr. Wir wollen sie in ihrem derzeitigen Zustand nicht dabeihaben, und welcher Staat ändert sich schon unter äußerem Druck binnen 20 oder 30 Jahren. Die Basken und die Iren machen uns ja vor, wann die Kurden auf ihren eigenen Staat verzichten werden, praktisch nie. Unsere gefestigte Mittellage läßt den turko-kurdischen Bürgerkrieg automatisch in unser Land schwappen. Angesichts dieses importierten Bürgerkriegs muß jede deutsche Regierung den Amerikanern nein sagen, wenn sie wegen ihrer in der Türkei stationierten Waffensysteme mit uns herumrangeln.“¹⁵⁰⁴

Hier wird darauf hingewiesen, daß eine Anpassung der Türkei an die Strukturstandards der Europäischen Union in den nächsten Jahrzehnten kaum im Bereich des Möglichen liege. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, wie sich die EU-Staaten dann im Umgang mit der Türkei verhalten können, sollten oder müßten. Kulturelle und religiöse Aspekte werden in dem Kommentar von Rudolf Augstein vollständig ausgeklammert. Auf der Ebene der politischen Strukturen macht Augstein ein legitimes Selbstverteidigungsinteresse Deutschlands aufgrund einer Bedrohung durch die Kurdenproblematik geltend. Aus diesem Blickwinkel werden die Umgangsmodalitäten mit der Türkei auf ein Eigeninteresse reduziert. Diese Perspektive des Eigeninteresses wird auch durch eine Äußerung des damaligen SPD-Bundestagsvizepräsidenten Klose untermauert, der im Hinblick auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei vor den Folgen weiterer Zuwanderung nach Deutschland warnte.¹⁵⁰⁵ Eine wirkliche Verantwortung für die Entwicklung des ewigen EU-Aspiranten oder auch eine Notwendigkeit zur politischen oder sonstwie gearteten inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Problemen, die die Türkei in die internationalen Beziehungen einbringt, werden jedoch nicht gesehen.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ wirft der Schriftsteller Kemal die Frage nach einer Mitverantwortung westlicher Staaten für die Entwicklungen in der Türkei auf. Er hinterfragt das

¹⁵⁰³ vergl. Blüm, Norbert: Ich habe es mit eigenen Augen gesehen, Welt am Sonntag 18.5.1997, S. 10 (TÜRK-W-9)

¹⁵⁰⁴ Augstein, Rudolf: Getürkte Türkei, Der Spiegel 22.12.1997, S. 27 (TÜRK-S-33)

¹⁵⁰⁵ vergl. o.A.: Bonn half Türkei mit 7 Mrd. Mark, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 3 (TÜRK-W-35)

Demokratieverständnis, das westliche Staaten der Türkei entgegenhalten, indem er auf seine Verurteilung wegen Separatismus-Propaganda zu sprechen kommt:

„Von diesen demokratischen Staaten wurde keinerlei Druck auf Ankara ausgeübt. Zwar hat sich der Europarat ein wenig meines Falls angenommen – aber mit sehr spitzen Fingern.“¹⁵⁰⁶

Kemal fordert damit implizit, das westliche Staaten selbst zu einer Verbesserung der Situation in der Türkei beitragen müßten, indem sie politische Forderungen stellen. Die damalige Bundesregierung wiederum wies Ende 1997 deutlich darauf hin, daß sie die Türkei seit jeher wirtschaftlich unterstütze. So erläuterte der damalige CSU-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Spranger, daß im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bereits sieben Milliarden DM an die Türkei geflossen seien, um die „wirtschaftliche und soziale Integration“ zu fördern.¹⁵⁰⁷

Der Schriftsteller Orhan Pamuk kritisiert im Gegensatz zu Kemal eine Passivität der Türkei im Umgang mit der Europäischen Union, die er im Vergleich zu Szenen und Figuren aus Proust-Romanen erläutert:

„Anstatt ihr Leben so auszurichten, daß sie eingeladen werden, hoffen sie durch Intrigen, Gekränktheit, Vortäuschen von Gleichgültigkeit, Empörung oder durch Fürsprache eines Vermittlers dazugebeten zu werden. Nach geraumer Zeit nimmt der Leser wahr, daß die Lebensführung dieser Helden nicht wirklich dahin zielt, in die gehobene Gesellschaft aufgenommen zu werden, sondern sich darin erschöpft, auf Einladungen zu warten – und wenn sie ausbleiben, sich zu entrüsten. Aber wenn wir den Erniedrigten auch bemitleiden, denken wir doch, daß er all diese Mißlichkeiten verdient, solange er sich nicht ändert. So geht es jetzt der Türkei: Die von der Europäischen Union beim letzten Gipfeltreffen in Luxemburg getroffenen Entscheidungen haben uns in die bedauernde Lage der Proustschen Helden gestürzt. Diesen Beschlüssen zufolge kann die Türkei für die Europäische Union kaum mehr ein ernstgemeinter Anwärter sein.“¹⁵⁰⁸

Pamuk mahnt hier ein Prinzip türkischer Selbstverantwortung an. Er akzeptiert gewisse, von der Europäischen Union gesetzte Bedingungen und zieht den Schluß, daß es an der Türkei sei, ihr politisches Handeln an den geforderten Bedingungen auszurichten. Damit spricht er ein wirkliches türkisches Dilemma an, denn gerade auf der strukturellen Ebene wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen ist es der türkischen Politik bisher nicht gelungen, sich den Standards, die die EU-Mitgliedsstaaten nicht nur definieren, sondern an die sie sich auch halten, anzupassen. Auch wenn die ablehnende Haltung einiger Mitgliedsstaaten gegenüber einer Aufnahme der Türkei sich an kulturellen oder religiösen Gründen entzündet (die „Welt am Sonntag“ geht davon aus, daß die Türkei in der europäischen Öffentlichkeit zunehmend als ein „in den Islamismus abgleitender Staat“¹⁵⁰⁹ gelte), muß man doch die Frage stellen, in welchem Maß die Türkei ein Entgegenkommen und ein Potential zur Auseinandersetzung erwarten kann, wenn ihre eigenen Beiträge so gering ausfallen.

¹⁵⁰⁶ TÜRK-S-22: 176

¹⁵⁰⁷ vergl. TÜRK-W-35

¹⁵⁰⁸ Pamuk, Orhan: Verschmähte Liebhaber, Der Spiegel 22.12.1997, S. 120-121 (TÜRK-S-34): 120

¹⁵⁰⁹ vergl. o.A.: Türkische Drohungen, Welt am Sonntag 2.2.1997, S. 9 (TÜRK-W-3)

Die von der Europäischen Union genannten Kriterien, die die Türkei für eine Aufnahme erfüllen müssen, sind auf den ersten Blick rein politische Forderungen:

„Die Türkei müsse die Menschenrechte achten, Minderheiten schützen, also den Kurdenkonflikt lösen, die Beziehungen zum EU-Mitglied Griechenland ‚zufriedenstellend und stabil‘ gestalten, die Blockade für den EU-Beitritt Zyperns beenden.“¹⁵¹⁰

Doch wird vor allem im Mediendiskurs angenommen, daß selbst bei einer Erfüllung dieser Forderungen eine Aufnahme in die EU eher unwahrscheinlich sei:

„Denn die Gründe, dem Nato-Waffenbruder Türkei einen zeitlich absehbaren Zutritt in die EU zu verwehren, liegen möglicherweise tiefer als die vier Punkte. Noch benötigen Türken für Deutschland ein Visum. Eine EU-Vollmitgliedschaft würde ihnen bald das Recht geben, sich ohne Visum in den EU-Ländern niederzulassen und zu arbeiten. Deutschlands Kanzler Kohl deutete dieses wirkliche Hindernis noch in Luxemburg an. Es sei offenkundig, daß sich angesichts der schon heute gegebenen Größenordnung die Freizügigkeit in Europa im Falle einer türkischen EU-Mitgliedschaft als ernste Schwierigkeit erweisen werde.“¹⁵¹¹

Es sieht also eher danach aus, als ob die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten die ihnen bereits zustehenden Privilegien nicht mit der Türkei teilen wollen. Die Tatsache, daß das Problem der Freizügigkeit nicht als generelles Problem der Europäischen Union diskutiert wird, sondern daß man versucht, es durch die Verhinderung einer Aufnahme der Türkei zu negieren, läßt natürlich in den Augen der türkischen Regierung berechtigterweise eine grundsätzliche Abwehrhaltung der EU entstehen.

Die vordergründig sachlich-strukturellen Argumente, die die Europäische Union gegen einen Beitritt der Türkei vorbringt, umfassen eine weitreichendere Dimension. So fragt Tibi:

„Was schreckt die Europäer? Die demographischen Prognosen für das Jahr 2000 schüren eine weit verbreitete Angst bei den Europäern: 330 Millionen Einwohner in allen europäischen EU-Mitgliedstaaten gegenüber allein 70 Millionen in der Türkei. Wenn man dazu die Turkvölker Zentralasiens zählt, dann ergibt sich ein gewaltiges Potential. Die Türkei hatte 1992 eine Bevölkerung von 58 Millionen ... 1997 eine von 65 Millionen. Diese Zahlen zeigen folgenden Trend: Die türkische Bevölkerung wächst ca. alle zehn Monate um eine weitere Million. Bei einer Mitgliedschaft in der EU könnte das eine massive türkische Zuwanderung in alle westeuropäischen Länder und eine entsprechende Belastung gleichermaßen der Arbeitsmärkte und des Sozialstaates bedeuten.“¹⁵¹²

Die Frage, was die Europäer „schrecke“ verweist auf einen emotionalen Aspekt in der Auseinandersetzung mit der Türkei. Sicherlich hätten die demographische Entwicklung und eine Freizügigkeit auf EU-Ebene konkrete strukturelle, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die Europäische Union. Doch sind dies Fragen, die – zumindest theoretisch – auf der politischen Ebene gelöst werden könnten.

Viel interessanter ist es jedoch, die Auswirkungen für die kulturelle Zusammensetzung eines Europas mit dem Mitglied Türkei zu betrachten. Geht man von einem weiteren demographischen Wachstum der türkischen Bevölkerung aus (auch wenn dies in den beschriebenen Dimensionen eher

¹⁵¹⁰ Kummer, Jochen: Wird Europa „zu einem christlichen Klub“?, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 3 (TÜRK-W-36)

¹⁵¹¹ TÜRK-W-36

¹⁵¹² Tibi (1998): 68

unwahrscheinlich ist), würden die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten mit der Notwendigkeit einer kulturellen Auseinandersetzung innerhalb der Europäischen Union konfrontiert. Die bisherige Thematisierung der Aspekte Kultur und Religion in den internationalen Beziehungen hat solange wenig Rückwirkungen auf die Selbstdefinition der EU-Mitgliedsstaaten, wie die Türkei auf Beziehungen, die gewissermaßen von außen zur EU hin (aber nicht direkt in sie hinein) verlaufen, festgelegt wird. Würde der Türkei jedoch die Mitgliedschaft zuteil, so ist anzunehmen, daß dann eine Selbstdefinition der Europäischen Union von innen heraus durch die türkischen Neumitglieder hinterfragt werden könnte. Damit würde sich die Union einem tiefgreifenden inneren Wandlungsdruck ausgesetzt sehen.

Die ablehnende Haltung der EU-Staaten zur Mitgliedschaft der Türkei ist aus struktureller Sicht sicherlich gerechtfertigt. Doch die stetigen Hinweise auf nicht erfüllte Aufnahmekriterien haben auch auf einer Ebene der Wahrnehmung Auswirkungen:

„Zu Europa haben die Türken keine Alternative. Um so mehr sind sie enttäuscht über das, was sie als europäische Schnödigkeit empfinden. Im Jahre 1963 haben sie ihren Assoziierungsvertrag mit der damaligen Europäischen Gemeinschaft geschlossen, der ihnen eine Beitrittsperspektive eröffnete. Doch die darin für 1986 vorgesehene Freizügigkeit wurde ihnen verwehrt, und als sie 1987 einen förmlichen Beitrittsantrag stellten, wurde der erst zwei Jahre später behandelt und dann zu allem Überdruß auch noch auf die ganz lange Bank geschoben. Ein Treffen der EVP, der konservativen Parteien des Kontinents, nährte Anfang März erneut den Verdacht der Türken, die Europäer wollten sie ein für allemal abwimmeln – ‚eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist nicht möglich‘, hatte es im Abschlußkommuniqué lapidar geheißen. Auch die Zollunion, die Anfang 1996 in Kraft trat, sehen viele Türken mit scheelen Augen. Die EU, auf deren Konto die Hälfte des Handels wie des Handelsdefizits geht, habe sich daran eine goldene Nase verdient - runde zehn Milliarden Dollar im ersten Jahr. Außerdem stünden die versprochene Finanzhilfe von 375 Millionen Ecu und zugesagte EIB-Darlehen von 750 Millionen Ecu wegen des griechischen Vetos bis heute aus.“¹⁵¹³

Der lange zeitliche Entwicklungsweg, den die türkischen Beziehungen zu Europa bereits durchlaufen haben, die stetige grundsätzliche Beitrittsperspektive, die in mehr als 30 Jahren immer noch keine Umsetzung fand sowie wirtschaftliche Beziehungen, die von der Türkei als Benachteiligung empfunden werden, lassen auf einer Ebene der Anerkennung sicherlich den Verdacht aufkommen, daß sämtliche Kooperationsangebote seitens der Europäischen Union als Dokumentation einer grundsätzlichen Anerkennung eigentlich nicht ernst gemeint sind. Wichtig hierbei ist, daß die EU aufgrund der Faktenlage gewissermaßen im Recht ist, der Türkei eine Aufnahme zu verweigern. Wenn aber auf einer Ebene der Politik und der Kommunikation nicht deutlich gemacht wird, daß die Türkei wirklich als anerkannter Partner der EU angesehen wird, ist es nicht erstaunlich, daß sich seitens der Türkei zunehmend eine Abwehrhaltung gegenüber der westlichen Staatengemeinschaft entwickelt.

Die Islamperspektive, die im politischen und medialen Diskurs Deutschlands eingenommen wird, ist zwiespältig und widersprüchlich:

¹⁵¹³ TÜRK-Z-25

„99 Prozent der Türken bekennen sich zum Islam. Der türkische Generalstab gab in diesem Jahr eine Studie ‚Verbreitung des politischen Islam‘ in der Türkei in Auftrag. Das Ergebnis: Islamische Predigerschulen in der Türkei werden von der Streitkräfteführung als gefährlichstes Indoktrinierungs-Instrument moslemischer Fanatiker betrachtet. Anfang der siebziger Jahre habe es etwa ein Dutzend Predigerschulen gegeben, heute mehr als 600. Sie sorgen inzwischen nicht nur für die Ausbildung des islamischen Priesternachwuchses. Die Zahl der jährlich neu zu besetzenden Vorbeterstellen belief sich 1995 auf 2.288, die Zahl der Absolventen der Predigerschulen aber erreichte im selben Jahr 53.553. Die meisten, so die Studie, setzen ihre Ausbildung an Universitäten fort und gelangen danach unter anderem in den Staatsdienst.“¹⁵¹⁴

Zunächst einmal zeichnet die „Welt am Sonntag“ also ein Bild, das fast schon eine Überschwemmung der Türkei mit Islamisten andeutet. Bei der Betrachtung des islamischen Bildungswesens wird keinerlei Kontext angesprochen, so daß eine wirkliche Beurteilung der Entwicklung kaum möglich ist.

Tibi beispielsweise verweist darauf, daß das islamische Bildungssystem nicht zwangsläufig auf Indoktrination hinauslaufe, was sich beispielsweise durch eine Mischung aus Reformismus und Konformismus, wie sie an der al-Azhar-Universität in Kairo vertreten werde, zeige. Er gibt jedoch auch zu bedenken, daß sich in der Türkei inzwischen Konfliktlinien zwischen Reformern und Islamisten aufgebaut hätten:

„Islamische Reformer wollen die religiöse Erziehung auf eine Einführung in die ethischen Inhalte des Islam beschränken, während die fundamentalistische Richtung aus dem Koran ein Werk nicht nur technisch-wissenschaftlicher Bildung, sondern auch politischer Verfassungsanschauungen für die modernen Muslime macht. Demnach schließt islamistische Bildung auch eine politische Erziehung und damit Indoktrination ein. Und hier liegt der Konflikt zwischen den türkischen *Imam-Hatip*-Schulen und der säkularen Verfassung des Landes.“¹⁵¹⁵

Damit ist zwar eine grundsätzliche Gefahr gegeben, daß in der Türkei eine neue Elite heranreift, die sich an einem im Schulwesen vermittelten Islamismus orientiert, doch ist dies nicht die zwangsläufige Folge religiöser Inhalte in der Erziehung, sondern eher der Erziehungsabsichten. Laut Tibi wirke der Sozialisationsprozeß in islamischen Institutionen zwar häufig eher auf die Stabilisierung bestehender Verhältnisse als auf Wandel, doch würden auf einer nicht-intentionalen Ebene islamische Werte dennoch durch einen real stattfindenden Wandel neu bestimmt.¹⁵¹⁶

Breuer stellt dar, wie sich das islamische Bildungswesen vor dem Hintergrund einer empfundenen kulturellen Dominanz des Westens entwickelt:

„So werden Normen meist kritiklos übernommen, und das Auswendiglernen und Repetieren spielt eine weit größere Rolle als eigenständiges Denken oder kritisches Hinterfragen. Verschiedene Faktoren haben diese Entwicklung begünstigt, die von den religiösen Quellen des Islam keineswegs vorgezeichnet war. Viele Stimmen und Werke islamischer Gelehrter in Geschichte und Gegenwart belegen, daß der Koran das kritische und kreative Denken an sich keineswegs unterbindet. ... [Allerdings] begünstigt die Angst vor einer kulturellen Dominanz des Westens, wie sie sich in der Kolonialzeit, aber auch in der

¹⁵¹⁴ TÜRK-W-36

¹⁵¹⁵ Tibi (1998): 298, Hervorheb. im Original

¹⁵¹⁶ vergl. Tibi (1984): 146

weltweiten politischen Einflußnahme zeigt, die Befürchtung, daß die islamische Welt ihre Identität verlieren könnte, wenn man dem individuellen Denken und Urteilen sozusagen Narrenfreiheit gewährt.¹⁵¹⁷

Legt man diese Wechselwirkungen zugrunde, so wird deutlich, daß die Möglichkeiten des islamischen Bildungswesens im Falle der Türkei nicht nur von staatsinternen Entwicklungen abhängen, sondern daß auch die Rolle, die dem Islam in den internationalen Beziehungen beigemessen wird, beeinflussend wirkt. So ist auch Tibi der Ansicht, daß Erziehungssysteme nicht nur mit dem Sozialsystem einer Gesellschaft zusammenhängen, sondern auch mit externen weltgesellschaftlichen Einflüssen.¹⁵¹⁸

Dem durch die „Welt am Sonntag“ vermittelten negativen Islambild wird eine neutrale Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Bedeutung des Islam für einen Beitritt zur Europäischen Union entgegengehalten:

„... absurd sei der Vorwurf, Deutschland wolle die Türken von Europa fernhalten, weil sie Muslime seien. Katholik Kohl, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union (CDU), wies auf die zahlreichen Moscheen in Deutschland hin. Muslimische Gemeinden in Deutschland haben weit über 2.000 Moscheen und Gebethäuser eingerichtet. Der Kanzler empfahl einem türkischen Fragesteller, einmal einen Bericht über die arg gegängelten christlichen Gemeinden in der Türkei zu veröffentlichen. Der türkische Premier Yılmaz stellte ... die Behauptung auf: Hinter dem Ausschluß der Türkei stehe der Wunsch ‚einer Kreise in der Europäischen Union, daß Europa zu einem christlichen Klub werden soll‘.¹⁵¹⁹

Vor dem Hintergrund der zunächst durch die „Welt am Sonntag“ propagierten islamischen Gefahr wirkt die dargestellte Haltung Kohls fast schon ignorant, da der Kanzler auf solche Gefahren überhaupt nicht eingeht. Kohls Hinweise auf Moscheen in Deutschland und die schlechte Situation der Christen in der Türkei sagen nichts über eine spezielle Haltung gegenüber dem Islam aus. Vielmehr wird lediglich versucht, Kritik zu negieren, ohne dabei inhaltlich zu argumentieren. Die Ausführungen zu einer islamischen Gefahr können auf Rezipientenseite leicht Gefühle der Angst wecken. Da dem Bild der Gefahr seitens des politischen Diskurses hier keine relativierenden oder erklärenden Momente entgegengestellt werden, können sich negative Assoziationen gegenüber dem Islam verfestigen. Außerdem kann auch ein Mißtrauen gegenüber dem politischen Diskurs, der sich anscheinend mit dem Gefahrenpotential nicht auseinandersetzt, entwickelt werden. Dies wiederum kann einengend auf Möglichkeiten einer politischen Auseinandersetzung mit dem Islam wirken, da ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber der Religion anscheinend besteht, dieses aber auf politischer Ebene nicht aufgegriffen wird.

An dieser Stelle scheint es geraten, noch einmal auf eher grundsätzliche Dimensionen der Wahrnehmung des Islam einzugehen. Wenn man das Verhältnis von Religion und Staat in der islamischen Kultur klären möchte, muß man sich laut Schulze darüber im Klaren sein, daß man

¹⁵¹⁷ Breuer, Rita (1998): Familienleben im Islam. Traditionen – Konflikte – Vorurteile, Freiburg 1998: 70f

¹⁵¹⁸ vergl. Tibi (1984): 145

¹⁵¹⁹ TÜRK-W-36

nicht in der islamischen Frühzeit die Antwort auf eine Frage suchen kann, die erst durch die Aufklärung in Europa überhaupt zum Thema wurde. Schulze kritisiert, daß westliche Kritiker ähnlich wie islamische Fundamentalisten argumentieren und sich darauf berufen, daß in der islamischen Offenbarung eine Trennung von Religion und Staat nicht vorgesehen sei:

„Letztlich wird durch ein solches Vorgehen erst ein Gegensatz konstruiert, nämlich daß nur die europäische und eben nicht die islamische Welt diese Trennung kenne. Das entspricht weder der historischen noch der geistesgeschichtlichen Entwicklung in der islamischen Welt. Erstens sind die islamischen Gesellschaften heute säkularisiert, und zweitens gibt es starke islamische Traditionen, die diese Säkularisierung selbst wieder ausgedrückt, formuliert und gefordert haben.“¹⁵²⁰

Schulze bemängelt also, daß eine Auseinandersetzung mit dem Islam seitens des Westens häufig vor einem völlig falschen gedanklichen Hintergrund erfolgt. Der Islam wird als statisches Konzept betrachtet, wobei die Einschätzung dieses Konzepts zumeist weniger an realen Entwicklungen orientiert ist, sondern eher auf einer grundsätzlichen Abwehrhaltung der Betrachter basiert.

Dies führt wiederum zu Pauschalisierungen, die bereits vorgenommene Abgrenzungen eher noch weiter verschärfen:

„Im Westen wertet man den Islam pauschal. Er wird oft sogar als identisch mit dem Fundamentalismus angesehen. Das ist natürlich Unsinn. Es gibt genauso säkulare Muslime. Ich würde sie Kulturmuslime nennen, in dem Sinne, wie wir, auch wenn wir Atheisten sind, von unserer Erziehung her Kulturchristen geblieben sind. Bei der derzeitigen Auseinandersetzung sind es gerade diese säkularen Muslime, die mir am meisten leid tun. Sie bekommen vom Westen kaum Unterstützung, weil sie nicht beachtet werden. Und in der islamischen Welt werden sie von fundamentalistischen Kreisen bekämpft.“¹⁵²¹

Die Unfähigkeit, tatsächliche Ausprägungen islamischer Lebensrealitäten wahrzunehmen, führt wiederum dazu, daß eine Betrachtung des Islam zum einen häufig auf den Aspekt der Differenz beschränkt wird und zum anderen verhindert, daß westliche Gesellschaften ihre eigenen kulturell-religiösen Voraussetzungen reflektieren (können).

Lueg verweist ebenfalls auf eine selektive Wahrnehmung islamischer Lebenswirklichkeiten durch westliche Betrachter. Während im Westen das Christentum zunehmend nicht mehr primär unter einer religiösen Perspektive, sondern eher als kulturelles Erbe betrachtet werde, erfolge die Wahrnehmung des Islam kaum unter kulturellen Gesichtspunkten, sondern fast ausschließlich unter religiösen Vorzeichen.¹⁵²² Zudem zeige sich innerhalb der westlichen Öffentlichkeit eine Tendenz, Probleme innerhalb der eigenen Kultur als Einzelfälle zu interpretieren, während Einzelentwicklungen in fremden Kulturen oftmals als repräsentativ für die gesamte Kultur angesehen würden.¹⁵²³

¹⁵²⁰ Schulze, Reinhard (1996): Die islamische Moderne, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 7-23: 13

¹⁵²¹ Rotter, Gernot (1996): Das Islambild im Westen und das islamische Bild vom Westen, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 97-110: 99

¹⁵²² vergl. Lueg, Andrea (1993): Das Feindbild Islam in der westlichen Öffentlichkeit, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, 14-43: 19

¹⁵²³ vergl. Lueg (1993): 37

Selektive Wahrnehmung ist eng mit der Produktion von Feindbildern verbunden, wobei die Feindbilder wahrscheinlich schlicht als Zuspitzung von Realitätsausschnitten zu sehen sind:

„Sie hat praktisch nichts mit dem Orient und dem Islam zu tun, sondern fast ausschließlich etwas mit inner-westlicher Identitätsstiftung. Es geht um Selbstvergewisserung, um das sich gegenseitige Bestätigen, wie rational, aufgeklärt und vernünftig wir Westler sind. Die Notwendigkeit dafür besteht in dem bedauerlichen Tatbestand, daß Zivilisiertheit sich auch in Europa in bescheidenen Grenzen hält und immer wieder von eruptiven Rückschlägen aufgehoben wird.“¹⁵²⁴

Hier wird der Blick also auf die westlichen Betrachter gerichtet, so daß deutlich wird, inwieweit Fremdbilder oder auch lediglich Einschätzungen an ein Selbstbild geknüpft sind.

„Die Zeit“ geht in einem Artikel sehr ausführlich auf die Auswirkungen ein, die eine implizite Definition der Europäischen Union als „christlicher Klub“ haben könnte, weshalb die Argumentation hier in voller Länge zitiert werden soll:

„... auf einer Konferenz der christdemokratischen Parteien Europas in Brüssel, klang es mit einem Male brutal anders. Assoziierungsabkommen hin, Beitrittszusage her - die Türkei gehöre weder heute noch in Zukunft zu Europa. Helmut Kohl, so heißt es, habe mit Bemerkungen über unübersteigbare kulturelle und religiöse Schranken die Vorlage geschossen. Der frühere belgische Premier Wilfried Martens verwandelte sie trittsicher: ‚Wir schaffen eine Europäische Union. Dies ist ein europäisches Projekt.‘ Es klang wie: Europa ist doch ein christlicher Klub. Sechs EU-Regierungschefs nickten beifällig. Wurde da tolpatschig mit dem Gesäß eingerissen, was Europas Diplomaten mühsam mit den Händen aufgebaut hatten? Oder brach sich nach 34 Jahren Heuchelei die Ehrlichkeit Bahn? ... [Es] bleibt die Frage berechtigt, ob es richtig und nötig war, der Türkei jetzt mit christlich-demokratischem Schwung die europäische Tür vor der Nase zuzuschlagen. Die Antwort kann nur nein lauten, aus dreifachem Grunde. Erstens hat Europa zwar in 2000 Jahren eine tiefe christliche Prägung erfahren. Seine staatliche Verfaßtheit ist jedoch mit Ausnahme des Vatikanstaats überall laizistisch. Insofern könnte eine laizistische Türkei in der Europäischen Union durchaus ihren Platz finden. Wollten sich indessen die Europäer in eine christlich-fundamentalistische Pose werfen, so dürften sie sich nicht wundern, wenn dies den türkischen Radikalreligiösen zusätzlich Wasser auf ihre Mühlen führte. Ein Fundamentalismus treibt den anderen. ... Zweitens entmutigt Europa, wenn es den Türken schnöde die kalte Schulter zeigt, all jene Nachfahren der Osmanen, die ihr Land wirklich zivilisieren, demokratisieren, modernisieren wollen. Wir stoßen gerade die Freunde des Westens vor den Kopf, wenn wir uns ohne Not aufs hohe Roß der mittelalterlichen Kreuzfahrt-Ritter oder des Prinzen Eugen schwingen. Außerdem laufen wir Gefahr, damit den Zusammenprall der Kulturen ins eigene Land zu holen - schließlich leben allein in Deutschland 2,3 Millionen Türken. Wer heute lauthals proklamiert: ‚Die Türkei nicht hinein nach Europa!‘, muß gewärtigen, daß sich alsbald in der Ecke der rechten Populisten der Ruf erhebt: ‚Die Türken hinaus aus Deutschland!‘ Von der Ausgrenzung der Türkei könnte ein gerader Weg zur Ausweisung der Türken führen. Drittens ist die strategische Bedeutung der Türkei am Ausgang des 20. Jahrhunderts nicht minder groß als während des Kalten Krieges, vielleicht ist sie sogar größer geworden. Die anatolische Brücke zur arabischen Welt, nach Transkaukasien und Zentralasien bedarf der Verankerung im Westen - da haben die Amerikaner ganz recht. Die Türkei als östlichste Bastion Europas ist allemal besser denn als westlichster Vorposten eines kulturkämpferischen Islam.“¹⁵²⁵

Auf die politischen und strategischen Dimensionen einer Ablehnung des EU-Beitritts wurde bereits eingegangen. „Die Zeit“ beschäftigt sich jedoch auch mit den kulturellen und religiösen Implikationen, die eine Definition der EU als „Christen-Klub“ haben könnte. So stellt der Artikel das christliche Selbstverständnis der EU-Staaten bis zu einem gewissen Punkt in Frage, ja er macht sogar überhaupt darauf aufmerksam, daß westliche Staaten sich häufig vor einem religiös-

¹⁵²⁴ Hippler, Jochen (1993): Islam und westliche Außenpolitik, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, S. 142-184: 183

¹⁵²⁵ Sommer, Theo: Europa ist kein Christen-Club, Die Zeit 14.3.1997, S. 1 (TÜRK-Z-11)

kulturellen Hintergrund definieren, diesen als gegeben annehmen, aber gleichzeitig ähnliche Definitionsgrundlagen, die inhaltlich in eine andere Richtung weisen, wie das beim Islam der Fall ist, nicht akzeptieren. Der Hinweis, daß dieser christliche „Fundamentalismus“ dem islamischen recht ähnlich ist, ist zwar begründet, doch bietet er leider keinerlei Ansatzpunkte für eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung mit der Problematik, die dazu führen könnte, daß eine wechselseitige Auseinandersetzung über verschiedene kulturell-religiöse Definitionen eingeleitet werden könnte.

Ein weiterer Punkt, der bereits auf die noch vorzunehmende Darstellung der Migrationsperspektive von Bedeutung ist, ist der Verweis auf die Folgen einer „christlichen“ Haltung für das Verhältnis zu den Türken, die in Deutschland leben. Wenn man bestimmte Perspektiven auf einer internationalen Ebene ablehnt, ist es laut „Zeit“ sehr wahrscheinlich, daß sich dieser Blickwinkel auf der nationalen Ebene fortsetzt. Diese Annahme wird im Hinblick auf die Situation türkischer Migranten in Deutschland noch zu untersuchen sein. In dem „Zeit“-Artikel wird die pragmatische Forderung, die sich auf politische Bedingungen konzentriert, aufgestellt, daß die Türkei an Maßstäben wie der Einhaltung der Menschenrechte und der Verwirklichung der Demokratie gemessen werden müsse und „nicht an der Religionszugehörigkeit ihrer Bürger“.¹⁵²⁶

Aus der Sicht türkischer Menschenrechtler und türkischer Oppositionspolitiker wird ohnehin kritisiert, daß sich die europäische Wahrnehmung der Türkei auf eine „islamische Gefahr“ reduziere. Es werde über die „zivilisatorische Unerträglichkeit einer islamischen Türkei innerhalb der EU“ räsioniert, während den Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär kaum Beachtung geschenkt werde.¹⁵²⁷ Diese verzerrte Wahrnehmung führe dazu, daß die politischen Veränderungspotentiale der Türkei außer acht blieben:

„Unter den 500 Abgeordneten gibt es rund 300, die eine radikale Reform befürworten. Diese Leute entfernen sich mehr und mehr von ihren Führungen, die Parteien desintegrieren sich. Der politisch wache Teil der türkischen Bevölkerung hofft darauf, daß sich das reformwillige Lager im Parlament endlich zu einer verfassungsändernden Mehrheit zusammenschließt und eine Übergangsregierung bildet, vielleicht - siehe Italien - mit einem unabhängigen Ministerpräsidenten an der Spitze. Eine überlegte politische Intervention Europas könnte hier ansetzen. Noch besteht die Chance, die Kräfte der demokratischen Reform zu unterstützen. Man muß sie nur erst einmal wahrnehmen.“¹⁵²⁸

Die Haltung der Europäischen Union zur Bedeutung des Islam blockiert damit nicht nur eine wirkliche Auseinandersetzung über religiöse Aspekte, die ja in der Tat von Bedeutung sind, sondern sie verhindert auch eine politische Auseinandersetzung. „Die Zeit“ mahnt mit ihrem Artikel indirekt eine aktive Unterstützung politischer Reformen durch westliche Staaten an, was andeutet, daß diesen eine gewisse Mitverantwortung für die weitere Entwicklung zugesprochen wird.

¹⁵²⁶ vergl. TÜRK-Z-11

¹⁵²⁷ vergl. TÜRK-Z-19

¹⁵²⁸ TÜRK-Z-19

Die negative Perspektive, die europäische Staaten zur Bedeutung des Islam in der Türkei einnehmen, kann auch zu einem Stimmungsumschwung in der türkischen Bevölkerung führen:

„Außerdem wird in der Türkei die antiwestliche Stimmung stark zunehmen. Abgesehen von den Wählern der islamistischen Wohlfahrtspartei, hofften viele Türken auf eine EU-Mitgliedschaft, weil sie sich seit 1923 Europa zugehörig fühlen. In Zukunft werden diese Leute das Gefühl haben, daß sie wegen ihrer Religion von der Europäischen Union ausgeschlossen werden. Dies wird in der Türkei zu einem neuen Bewußtsein führen. In verschiedenen Ministerien gibt es bereits Überlegungen, bei internationalen Ausschreibungen die Staaten nicht zu berücksichtigen, die eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei behindert haben.“¹⁵²⁹

Allein durch das Fehlen von Modalitäten der Auseinandersetzung kann es also dazu kommen, daß sich die Bedeutung des Islam als Faktor der Differenz verstärkt. Der türkische Schriftsteller Pamuk kritisiert allerdings, daß die türkische Regierung ihre politische Niederlage als Problem von Kultur und Religion und fehlender Akzeptanz seitens der Europäischen Union darstelle. Er weist auch darauf hin, daß etwa 80 Prozent der türkischen Bevölkerung für eine weitere Hinwendung der Türkei zu Europa eintreten. Vor diesem Hintergrund mahnt er nicht nur politische Reformen seitens der türkischen Regierung an, sondern ruft auch die Bevölkerung dazu auf, politische Fehlentwicklungen nicht mehr einfach zu tolerieren.¹⁵³⁰

In einem Artikel in der „Zeit“ wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß ein verstärktes Engagement der türkischen Bevölkerung auch auf eine Unterstützung anderer Staaten zählen können sollte:

„Warum sollen also die Freunde der Türkei in das Innere des Landes hineinblicken? Es gibt nur Probleme über Probleme, die am besten zugedeckt bleiben. Und was zählen gegenüber der geopolitischen Bedeutung und dem künftigen Markt schon Demokratie und Menschenrechte, was Folter und von ‚oben‘ befohlene Morde an Journalisten? Einerlei, ob die Freunde der Türkei Amerikaner, Deutsche oder Briten sind, sie alle verdrängen, daß es im Land am Bosphorus demokratisch gesinnte Bürger gibt, die hundertmal vertrauenswürdiger sind als ihre Freunde in den Kanzleien. Es sind Türken, die ihre demokratische Haltung im Kampf um Freiheit und Menschenrechte, gegen den türkischen Staat, die türkische Justiz, die ‚Grauen Wölfe‘ und viele halbstaatliche verbrecherische Organisationen demonstrieren. Zu ihnen zählen jene Millionen von Türken, die neuerdings ihren vollen Namen und ihre Adresse unter Petitionen von Bürgerinitiativen setzen, die Aufklärung über die Verfilzung staatlicher Stellen und Mitglieder des politisch-militärischen Komplexes mit dem organisierten Verbrechen verlangen. Diese demokratisch gesinnten türkischen Bürger wären in der Lage, bei entsprechender Unterstützung eine Demokratie in der Türkei aufzubauen, die ihren Namen verdient. Dazu wird es aber vorerst nicht kommen, denn von den Freunden der Türkei werden sie wie Aussätzige gemieden. Den ausländischen Freunden erzählt nämlich das türkische Establishment, die Demonstranten seien gar keine Demokraten, sondern Kommunisten, Terroristen, antiwestlich orientierte asoziale Elemente. Am liebsten unterhalten sich die Freunde der Türkei mit den politisch Etablierten, die allerdings in wichtigen Fragen, zumal beim ethnozentrischen Staatsdogma und der Außenpolitik, nur das Sprachrohr der Streitkräfte sind, deren Führung die Macht fest in der Hand behält. Sie hat nicht nur einmal die Regierung per Telefonanruf entlassen. Die Freunde der Türkei freuen sich zu hören, daß, abgesehen von vereinzelt Entgleisungen einzelner Sicherheitsorgane, ‚die auch in anderen Ländern vorkommen‘, und ein ‚paar kurdischen Terroristen, denen in den nächsten Wochen das Handwerk gelegt wird‘, alles in bester Ordnung sei.“¹⁵³¹

¹⁵²⁹ Sen, Faruk: Gefahr im Verzug, Die Zeit 19.12.1997, S. 8 (TÜRK-Z-49)

¹⁵³⁰ vergl. TÜRK-S-34: 121

¹⁵³¹ Manousakis, Gregor M.: Gute Freunde verschließen die Augen, Die Zeit 30.5.1997, S. 8 (TÜRK-Z-24)

Die Darstellung der innenpolitischen Situation der Türkei hat ja bereits gezeigt, daß das türkische Parteiensystem mehr als zerrissen ist. Der Schluß, daß Reformen deshalb ihren Ursprung auf Seiten der Bevölkerung haben könnten, orientiert sich also an den aktuellen Gegebenheiten. Der Artikel kritisiert vor allem, daß diejenigen Personen, die Reformen tatsächlich vorantreiben könnten, nämlich die türkische Bevölkerung, in den internationalen Beziehungen nicht anerkannt werden. Diese fehlende Anerkennung dürfte weniger mit kulturell-religiösen Gründen zu tun haben, als vielmehr mit den Strukturen der internationalen Beziehungen.¹⁵³² Da Regierungen die Akteure internationaler Politik sind, verhandeln Regierungen mit Regierungen. Die Dimension der Anerkennung reicht jedoch weiter. So ist anzunehmen, daß ein Mangel an Anerkennung des Engagements türkischer Oppositioneller innerhalb der Türkei auch die Frage aufwerfen könnte, welche Chancen ein Engagement im eigenen Land überhaupt im Hinblick auf die aktive Mitgestaltung der internationalen Beziehungen haben könnte. Eine verweigerte Auseinandersetzung könnte dann dazu führen, daß reformbereite Kräfte, die ja indirekt beispielsweise die Forderungen der Europäischen Union nach einer Durchsetzung der Menschenrechte und der Verbesserung demokratischer Strukturen umsetzen wollen, auf sich selbst zurückgeworfen werden.

Teilweise wird eine explizite Unterstützung durch Europa sogar angemahnt, wie „Die Zeit“ am Beispiel der Kurdenproblematik illustriert. Sie zitiert den kurdischen Intellektuellen Abderrahman wie folgt:

„Jedes Dorf weiß, daß Europa die Türkei in ihrer Politik unterstützt und die Technologie zum Töten liefert. Warum lehrt es die Türken nicht Demokratie?“¹⁵³³

Hier zeigt sich, daß die implizite Doppelmoral, die die Haltung europäischer Staaten zur Türkei mitprägt, von den Betroffenen durchaus wahrgenommen wird.

Am Umgang der westlichen Staaten mit der Türkei wird auch eine aktive Politik kritisiert, die die Menschenrechtsverletzungen – beispielsweise gegenüber den Kurden – nicht nur duldet, sondern sogar fördert. So äußert der türkische Schriftsteller Kemal gegenüber der „Zeit“:

„Schuld an dem, was sich in den kurdischen Gebieten abspielt, sind auch die europäischen Länder, aber auch die amerikanische Regierung. Sie liefern an die Türkei nach wie vor Waffen. Vor einem internationalen Tribunal für Menschenrechte wären sie alle, der gesamte Westen wie die türkischen Politiker, schuldig zu sprechen. Vor einem solchen Gericht müßte ich aber vielleicht auch verurteilt werden - weil ich zwanzig Jahre Vorsitzender des türkischen Schriftstellerverbandes war und nichts bewirken konnte.“¹⁵³⁴

Kemal kritisiert hier nicht nur eine aktive Unterstützung der türkischen Regierung durch westliche Staaten in der Frage der Waffenlieferungen. Seine Definition der Mitschuld reicht wesentlich weiter, denn in seinen Augen ist es nicht zu tolerieren, daß gegen die Zustände in der Türkei nichts

¹⁵³² Im Zuge der Analyse der Situation in anderen islamischen Staaten wurde ja bereits deutlich, daß Teile der Bevölkerung häufig in Opposition zu einer amtierenden Regierung stehen. Möchte man als Staat von außen Reformen fördern, wäre also die logische Schlußfolgerung, Kontakte zum reformbereiten Teil der Bevölkerung herzustellen.

¹⁵³³ TÜRK-Z-41

¹⁵³⁴ TÜRK-Z-42

unternommen wird. Im Hinblick auf das Ausmaß allein der Folter in der Türkei – Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, daß seit 1980 Hunderttausende gefoltert und mehr als 420 Menschen durch Folter getötet wurden¹⁵³⁵ – wirft die Frage auf, wie seitens der westlichen Staaten Verantwortung in den internationalen Beziehungen definiert wird.

Im Zuge der Diskussion über die Rede von Günter Grass, die dieser anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Yaşar Kemal hielt, wird verdeutlicht, daß westliche Staaten die innenpolitische Situation der Türkei nicht nur passiv hinnehmen, sondern an Entwicklungen auch aktiv beteiligt sind:

„Zu Recht weist Grass darauf hin, daß die Abschiebung von kurdischen Asylbewerbern in die Türkei für die ‚Schüblinge‘ lebensbedrohlich sein kann, daß deutsche Waffen in Kurdistan Menschen töten. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die Bundesrepublik dem Nato-Partner Rüstungsgüter im Wert von etwa sieben Milliarden Mark geliefert, darunter Flugzeuge, Schiffe, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Pioniergeräte, Munition. Niemand bezweifelt ernsthaft, daß ein Teil dieser Waffen auch im Krieg gegen die Kurden in Südostanatolien und Nordirak eingesetzt wurde und wird. ‚Grass hat die Selbstverständlichkeit verbrochen, ohne diplomatische Floskeln eine Wirklichkeit zu schildern, nämlich die der Heuchelei‘, meinte der Sozialdemokrat Egon Bahr in einem Interview der tageszeitung. Die Heuchelei besteht vor allem im politischen Umgang mit der Türkei. Das Land ist geostrategisch von Bedeutung, außerdem ist Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei. Ihre demokratischen Defizite und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber den Kurden, haben weder Bonn noch das übrige Europa je davon abgehalten, die Beziehungen zu Ankara zu vertiefen.“¹⁵³⁶

Das Durchsetzen eigener Interessen, das die Verletzung der Menschenrechte fördert, läßt eine Kritik westlicher Staaten an türkischen Menschenrechtsverletzungen als doppelbödig erscheinen. Das vorherrschende Prinzip der internationalen Beziehungen scheint – wie bei den Beispielen Irak, Iran und Algerien bereits deutlich wurde – ein Prinzip des Eigeninteresses zu sein. Dieses ist jedoch teils berechtigterweise der Kritik der türkischen Regierung und erst recht der Bevölkerung ausgesetzt.

In der islamischen Welt wird der Westen denn auch häufig unter einer Machtperspektive wahrgenommen. So äußert der libanesische Scheich Mohammad Hussein Fadlalah sich wie folgt:

„Wir haben mit den Menschen im Westen keine Probleme. Unser Problem sind die Politiker, die die Vormachtstellung des Westens um jeden Preis zementieren wollen. Da mahnt der Westen die Menschenrechte an, führt in ihrem Namen sogar Krieg, und gleichzeitig unterstützt er Landraub und Vertreibung und nimmt uns unser Selbstbestimmungsrecht.“¹⁵³⁷

Hier wird deutlich, daß der Islam zwar für die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen in vielerlei Hinsicht von Bedeutung sein kann, aber von anderen Aspekten, und hier vor allem von einer Perspektive der Machtinteressen, überlagert wird. Unter diesen Vorzeichen besteht die Ge-

¹⁵³⁵ Dönhoff, Marion Gräfin: Vom Recht auf Würde, Die Zeit 26.12.1997, S. 1 (TÜRK-Z-51)

¹⁵³⁶ Lüders, Michael: Üble Heuchelei, Die Zeit 24.10.1997, S. 2 (TÜRK-Z-43)

¹⁵³⁷ Elias, Adel S. (1998): „Denken ist nützlicher als beten“, in: Spiegel-Verlag (1998) (Hg.): Rätsel Islam. Weltmacht hinterm Schleier, Spiegel special Nr. 1/1998, Hamburg 1998, S. 20-21: 21

fahr, daß der Islam zu einer Defensivkultur wird, die zur Verteidigung der eigenen Position benötigt wird.¹⁵³⁸

In wirtschaftlicher Hinsicht zeigt sich bei der Betrachtung des türkischen Islamismus teils ebenfalls eine Doppelmoral, wenn auch die folgende Meldung der „Welt am Sonntag“ eher den Charakter einer Anekdote hat:

„Ein deutsch-türkisches Firmenkonsortium hat ... den Zuschlag für eine neue Groß-Moschee auf dem zentralen Istanbuler Taksim-Platz erhalten. ... Das Projekt, das auf den erbitterten Widerstand vieler Istanbuler, der gesamten laizistischen Elite der Türkei sowie anderer weltlich gesonnener Türken stößt, ist eines der Lieblingsprojekte der türkischen Fundamentalisten um Ministerpräsident Necmettin Erbakan.“¹⁵³⁹

Während auf der politischen Ebene (im deutschen Politik- und Mediendiskurs) die Entwicklung des politischen Islam kritisiert wird, wird ein Beitrag zur indirekten Unterstützung der Politik der Refah-Partei, der sich auf dem Gebiet der Wirtschaft vollzieht, kommentarlos hingegenommen.

„Die Zeit“ hingegen schätzt eine unreflektierte Toleranz gegenüber der Türkei, die sich vor allem an wirtschaftlichen Interessen orientiert, sehr kritisch ein:

„Die Türkei verbindet Europa mit Asien, überwacht die Dardanellen und liegt in der Nähe des Persischen Golfes und des Kaspischen Meeres, den ölfreichsten Regionen der Erde. Gleichzeitig repräsentiert sie einen Markt von 65 Millionen Menschen, der alle Industriestaaten anlockt. Das US-Handelsministerium rechnet ihn zu den zehn am schnellsten wachsenden Märkten der Welt. Deshalb hat die Türkei gute Freunde, so gute, daß sie ihr alles verzeihen: den Zustand der Demokratie und der Menschenrechte, den Genozid an den Kurden und nicht zuletzt den Umstand, daß Ankara mit allen seinen Nachbarn große Probleme hat. Allen Sünden zum Trotz gilt die Türkei ihren Freunden als Faktor der Stabilität in der Region. In Abwesenheit von Türken geben sich die Freunde der Türkei kritisch: Es gibt schon vieles zu bemängeln, aber die Türkei ist nun einmal ein wichtiges Land.“¹⁵⁴⁰

Eine Kooperation mit der Türkei auf wirtschaftlicher Ebene, die politische Randbedingungen ignoriert, führt wohl eher dazu, daß die türkische Regierung die Notwendigkeit von Reformen zu einem guten Teil ignorieren kann. Denn eine Anerkennung auf wirtschaftlichem Gebiet, und diese stellen Handelsbeziehungen nun einmal auch dar, ist Anerkennung und erschwert damit Kritik in anderen Bereichen.

Es wurde in diesem Abschnitt deutlich, daß die Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung zwischen westlichen Staaten und der Türkei alles andere als gut sind. Aus diesem Grund soll abschließend der Gedanke verfolgt werden, auf welcher Ideengrundlage die Europäische Union sich definieren könnte, um überhaupt ein Forum für eine gewisse inhaltliche Wechselseitigkeit zu bieten. In einem Artikel in der „Zeit“ wird das Modell eines „Marktes der Kulturen“ als Möglichkeit für eine wechselseitige Auseinandersetzung innerhalb der EU vorgestellt:

„Die Vielfalt auf dem Markt der Kulturen kann auf doppelte Weise genutzt werden. Einmal im rationalen Sinne eines Marktes, in dem gleichberechtigte Partner einander respektieren, miteinander konkurrieren

¹⁵³⁸ vergl. Tibi, Bassam (1980): Die Krise des modernen Islams. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technologischen Zeitalter, Frankfurt 1991, 2. Aufl.: 71

¹⁵³⁹ o.A.: Deutsche Firma soll Groß-Moschee bauen, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 5 (TÜRK-W-7)

¹⁵⁴⁰ TÜRK-Z-24

ren und voneinander lernen. Zugleich kann dieser Markt unsere Sinne für die Notwendigkeit schärfen, andere Wege in die Moderne kennenzulernen. Ein so verstandener Markt öffnet einen Raum für das Verständnis der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Kulturen im täglichen Zusammenleben der Menschen. Er hat nichts mit dem Hang zum Exotischen zu tun, der das Anderssein bestaunt und aus dem Lebenszusammenhang herausreißt. Er soll vielmehr das Zusammenleben der Menschen auf der Basis der Gleichberechtigung fördern. ... [Es] stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Kann die Türkei überhaupt Mitglied des vereinigten Europas werden, wenn die europäische Kultur nicht mehr ihr Modernisierungsmodell ist? Dafür gibt es ein einleuchtendes Argument: Gerade weil die europäische Kultur in der Türkei nicht mehr als das alleinseligmachende Modell gilt, ist es so wichtig, dieses Land in die Europäische Union aufzunehmen und sich mit seiner anderen Moderne auseinanderzusetzen.“¹⁵⁴¹

Hier werden Gleichberechtigung und Auseinandersetzung als Möglichkeiten zur Herstellung von Wechselseitigkeit angeführt. Die Suche nach Gemeinsamkeiten könnte also dazu dienen, die Bande innerhalb der Europäischen Union und die Beziehungen zur Türkei zu stärken. Gleichzeitig gilt es jedoch auch, die eigenen – das heißt die westeuropäischen – Maßstäbe zu hinterfragen.

8.1.4 Implikationen des Türkei-Diskurses

Ähnlich wie bei den Länderbeispielen des vorigen Kapitels läßt sich auch beim Türkei-Diskurs, der durch die Medien vermittelt wird, feststellen, daß die Darstellung der Situation sehr fragmentarisch erfolgt. Zwar gelingt es vor allem der „Zeit“ und dem „Spiegel“ immer wieder, wichtige Einzelaspekte zu beleuchten, doch schaffen es die Medien nicht, die Komplexität der Situation sowie die Verflechtungen von Einzelproblemen erkennbar zu machen.

Der Politik-Diskurs, der im Hinblick auf die Türkei geführt wird, erweist sich als ähnlich fragmentiert. Im Hinblick auf den EU-Beitrittswunsch der Türkei werden beispielsweise seitens westlicher Staaten Menschenrechtsverletzungen kritisiert, doch bleibt außer acht, welche mögliche Mitschuld die westliche Staatengemeinschaft in dieser Frage hat, indem sie unter anderem durch Waffenlieferungen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden indirekt unterstützt. Das in den Medien dargestellte Konfrontationsszenario, das durch die Kurdenproblematik entsteht, läßt zunächst kaum Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen erkennen.¹⁵⁴² So wird auch im Politik-Diskurs die Frage zwar immer wieder angesprochen und die türkische Regierung kritisiert, weil sie den Konflikt nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln löst, doch lassen die westlichen Staaten kein Gefühl der eigenen Bedrohung erkennen. Dies liegt sicherlich zu einem großen Teil daran, daß der Konflikt ein innerstaatlicher ist, der sich territorial gesehen nicht auf westliche Staaten auswirkt. Von einer ausgeprägten Angstperspektive im Hinblick auf die Türkei läßt sich also – im Gegensatz zu den Beispielen des vorhergehenden Kapitels – nicht sprechen.

¹⁵⁴¹ TÜRK-Z-52

¹⁵⁴² In den folgenden Abschnitten wird noch zu untersuchen sein, wie sich der Kurdenkonflikt auf die Migrationsgesellschaft auswirkt.

Die krisenhaften Entwicklungen der türkischen Innenpolitik, die sich im Prinzip über mehrere Jahre hinweg zugespitzt haben, tragen sicherlich dazu bei, daß die Türkei als wirklich gleichberechtigter Verhandlungspartner in den internationalen Beziehungen nicht anerkannt wird. Stetig wechselnde Regierungskonstellationen, Korruption im Staatsapparat und schließlich die politische Beteiligung der Islamisten an der Regierung führen zu politischer Instabilität, die aus westlicher Sicht kaum akzeptabel sein dürfte. Diese Inakzeptanz wird teils direkt sichtbar, beispielsweise, wenn in der Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei angemerkt wird, daß diese die Menschenrechtsstandards der Union nicht erfülle. Auf einer latenten Ebene manifestiert sich die Nicht-Anerkennung in der Art und Weise, wie über den EU-Beitritt diskutiert wird. Vergegenwärtigt man sich, über welchen Zeitraum die Verhandlungen bereits geführt werden, und mit welcher „Zuckerbrot und Peitsche“-Mentalität die EU-Mitgliedsstaaten mit der Türkei umgehen, wird das Ausmaß der Nicht-Anerkennung besonders deutlich. Man stelle sich nur einmal vor, wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland auf der politischen Ebene reagieren würde, wenn ihr andere Staaten mit einer solchen Hinhaltetaktik begegnen würden.

Wenn man gerade die Menschenrechte als allgemein anerkannte Standards einschätzt, die in politischen und kulturellen Diskursen nicht mehr stetig grundsätzlich (wohl aber möglicherweise in ihrer spezifischen Ausgestaltung) hinterfragt werden müssen, ist die Haltung der EU-Staaten gegenüber der Türkei grundsätzlich berechtigt. Die türkische Regierung (beziehungsweise die wechselnden Regierungen) nimmt sich in gewisser Weise dadurch, daß sie Grundrechte der Bevölkerung nicht achtet, das Recht, bestimmte Strukturen der internationalen Beziehungen, in denen sich die meisten Staaten auf diese Grundrechte beziehen, zu hinterfragen. Dadurch, daß die Türkei sich gewissermaßen selbst in eine Außenseiterposition hineinmanövriert, ist es seitens westlicher Staaten nur folgerichtig, wenn diese keinen Bedarf sehen, sich im Zuge der politischen Interaktion mit der Türkei mit ihren eigenen politischen Voraussetzungen auseinanderzusetzen oder diese gar zu hinterfragen.

Diese wechselseitige Bedingtheit hat, betrachtet man sie im Sinne von Elias' Etablierte-Außenseiter-Figuration, weitreichende Folgen für die Gesamtperspektive der Türkei in den internationalen Beziehungen. Im Zuge der Analyse wurde deutlich, daß die politischen Strukturen, auf deren Grundlage die westlichen Staaten ihre Kontakte zur Türkei pflegen, im Prinzip einen gewissen Grad der inhaltlichen Neutralität aufweisen, da sie von allen Beteiligten in ihrer Grundsätzlichkeit anerkannt werden. Dies ist auch seitens der Türkei in gewissen Umfang der Fall, wie die diesbezüglichen Äußerungen von Mesut Yilmaz gezeigt haben. Die Tatsache, daß die Türkei aufgrund der Etablierten-Außenseiter-Figuration, die die vorgebliche Neutralität des internationalen Systems überlagert, vom Prinzip her überhaupt keine Möglichkeit haben kann, Einwände gegen

die etablierten Strukturen geltend zu machen, führt jedoch dazu, daß das bestehende System quasi als sich selbst erhaltender Automatismus fortbesteht und von außen nicht hinterfragbar ist.

Vor diesem Hintergrund ist eine wirkliche wechselseitige Auseinandersetzung und damit auch wechselseitige Anerkennung unmöglich. Ein diskursives Aushandeln von allgemeinverbindlichen Normen im Zuge einer kooperativen Wahrheitssuche, wie dies in Kapitel 3.6 am Beispiel der Argumentation von Habermas und Colby/Kohlberg dargestellt wurde, kann aufgrund der wirkenden Mechanismen also nicht erfolgen. Die sich manifestierende Produktion von Unbewußtheit ist eng mit den bestehenden Machtstrukturen verknüpft. Warum sollten die westlichen Staaten ihr System der politischen Kooperation mit allen seinen Ausgangsvoraussetzungen hinterfragen, wo es doch offensichtlich zumindest im Hinblick auf ihre eigenen Belange funktioniert? Konflikte werden an das bestehende System ja lediglich von außen aus einer Außenseiter-Position herangebracht, so daß die Legitimität einer solchen Kritik aus der Logik der bestehenden Strukturen heraus in Frage gestellt werden kann.

Problematisch wird diese Konstellation in dem Moment, in dem der Außenseiter nicht mehr gewillt ist, sich den wirkenden Mechanismen zu fügen. Dies zeigt sich sehr deutlich an den Reaktionen westlicher Staaten auf die Bestrebungen von Necmettin Erbakan, die Beziehungen der Türkei zu anderen islamischen Staaten zu intensivieren, um ein Gegengewicht zu den übrigen westlichen Staaten zu etablieren. Diese Initiative blieb insofern relativ bedeutungslos, da die westlichen Staaten sich letztendlich nicht mit einer nachhaltigen Herausforderung ihrer Machtposition konfrontiert sahen. Berücksichtigt man jedoch, über welches grundsätzliche Potential islamische Staaten in den internationalen Beziehungen verfügen, so ist es im Prinzip nur eine Frage der Zeit, bis diese es mit größerem Nachdruck geltend machen. Der von Huntington skizzierte „Kampf der Kulturen“ ist auf der gerade betrachteten übergeordneten Ebene zunächst einmal eher ein reiner Machtkampf. Die kulturelle Ebene wird jedoch insofern bedeutsam, als die vorherrschenden Abwehrmechanismen auf sie übertragen werden. Die innere Zerrissenheit, die sich in der Türkei im Hinblick auf die Frage des Stellenwertes des Islam manifestiert, wirkt auch auf der internationalen Ebene. Wie soll sich die internationale Staatengemeinschaft mit einer Perspektive des Islam auseinandersetzen, wenn selbst innerhalb der Türkei ungeklärt ist, wie diese Perspektive überhaupt aussehen soll? Die Unfähigkeit der türkischen Politik und Bevölkerung, die Ideologie des Säkularismus gesellschaftlich und politisch zu verarbeiten, manövriert die Türkei also auch in der Frage des Islam in eine Außenseiterposition.

Im Politik- und Medien-Diskurs des Jahres 1997 wurde – wahrscheinlich aufgrund der Regierungsbeteiligung der Refah-Partei – vor allem die Islamperspektive der Islamisten rund um Necmettin Erbakan wahrgenommen. Die am Säkularismus orientierte Islamperspektive der

Mehrheit der türkischen Bevölkerung sowie zahlreicher türkischer Politiker konnte hingegen keine so große Geltungskraft in den internationalen Beziehungen entfalten. Dies liegt zum großen Teil am grundsätzlichen Mechanismus der internationalen Beziehungen, der auf der Interaktion von Regierungen und nicht von Individuen beruht. Vergegenwärtigt man sich das Prinzip der Typisierung, das in Kapitel 3.4.1 am Beispiel der Argumentation von Berger/Luckmann herausgearbeitet wurde, stellt sich die Situation folgendermaßen dar. Aufgrund der bestehenden „Anonymität“ der internationalen Beziehungen ist es für zahlreiche türkische Säkularisten nicht möglich, ihre Islamperspektive nachhaltig sichtbar zu machen, denn der politische Diskurs orientiert sich eher an den von den Islamisten vertretenen fundamentalistischen Islamausprägungen.¹⁵⁴³ Sie werden gewissermaßen einer typisierten Betrachtung unterworfen, so daß es ihnen nicht gelingt, ihrer Islamperspektive Geltungskraft zu verschaffen. Damit wird eine Verwirklichung ihrer Identitätsentwürfe verhindert. Westliche Staaten können im Zuge dieses Abgrenzungsmechanismus ihr Selbstbild stärken, während sich innerhalb der Türkei Tendenzen manifestieren, aufgrund der verweigerten Anerkennung selbst ebenfalls bewußte Abgrenzungsstrategien zu mobilisieren.¹⁵⁴⁴

Es stellt sich die Frage, wie dieser sich stetig fortsetzende und sich selbst tragende Prozeß der Abgrenzung und damit der verhinderten Auseinandersetzung und Anerkennung durchbrochen werden könnte. In den internationalen Beziehungen stellt sich die grundsätzliche Notwendigkeit dazu noch eher am Rande. Solange die bestehende Machtkonstellation aufrechterhalten werden kann, befindet sich das System in relativer Stabilität. Virulent wird die Problematik erst dann, wenn es bestimmten politischen Akteuren gelänge, Kräfte zu bündeln und nachhaltig gegen die derzeitige Konstellation zu richten. Dies könnte beispielsweise der Fall sein, wenn verschiedene islamische Staaten sich über ihre zweifelsohne bestehenden Interessendivergenzen hinweg zusammenschließen und die politische Vormachtstellung westlicher Staaten untergraben. Ein solches Szenario zeichnet sich allerdings derzeit kaum ab.

Wesentlich drängender ist die Problematik fehlender Auseinandersetzung und Anerkennung jedoch im Hinblick auf bestehende Migrationsgesellschaften. Aufgrund vielfältiger direkter Interaktion innerhalb eines Staates – diese Perspektive ist hier entscheidend – nimmt die Anonymität der Beziehungen insofern ab, als die direkten Berührungspunkte zwischen Angehörigen verschie-

¹⁵⁴³ Sicherlich ist die Wahrnehmung des Islam im Politik- und Medien-Diskurs nicht auf die fundamentalistischen Ausprägungen beschränkt. Doch hat die Medienanalyse gezeigt, daß bei der Betrachtung ein Gedanke grundsätzlicher Differenz zwischen christlich-abendländischen und islamischen Orientierungsmustern überwiegt. Dieser Divergenzgedanke kann dazu führen, daß selbst türkische Säkularisten, die sich bisher für eine Anbindung der Türkei an den Westen aussprechen, durch den dem Divergenzgedanken inhärenten Abgrenzungsmechanismus in ihrer grundsätzlichen Bereitschaft zu einer wechselseitigen Auseinandersetzung auf ihre eigene Gesellschaft zurückgeworfen werden und dort wiederum mit den in der Türkei existierenden Abgrenzungsdiskursen gegenüber westlichen Staaten konfrontiert werden.

¹⁵⁴⁴ Die Auswirkungen dieser Mechanismen auf das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft werden in den nächsten Abschnitten betrachtet werden.

dener Kulturen zunehmen. Auf dieser Ebene des direkten Kontaktes läßt sich der Wunsch nach Auseinandersetzung und Anerkennung wesentlich besser und nachhaltiger formulieren. Hinzu kommt, daß beispielsweise türkische Migranten in der Bundesrepublik Deutschland alleine aufgrund ihrer zahlenmäßigen Präsenz die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu einer Auseinandersetzung mit deren Selbstbild herausfordern, denn vor allem in regionalen und noch stärker in lokalen Lebenszusammenhängen – beispielsweise in speziellen Stadtvierteln – wird die noch bestehende grundsätzliche Definitionsmacht der deutschen Bevölkerung durch eine sich vollziehende zahlenmäßige Verschiebung des Bevölkerungsanteils zunehmend obsolet.

8.2 Türkische Migranten in Deutschland

Bereits im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde dargestellt, daß der Sachverhalt der Migration einen Ausschnitt im Beziehungsgeflecht der Globalisierung bildet. Aus diesem Grund soll im folgenden nicht nur dargestellt werden, wie sich die Perspektiven türkischer Migranten in Deutschland darstellen, sondern es wird auch um die Frage gehen, welche Wechselwirkungen zwischen der globalen Perspektive der Türkei und der Migrationssituation bestehen.

Analog zur Vorgehensweise bei den Länderbeispielen wird zu untersuchen sein, welche Perspektiven der Konfrontation zwischen türkischen Migranten und deutscher Mehrheitsbevölkerung im Mediendiskurs dargestellt werden und wie diese im Politikdiskurs bewertet werden. Weiterhin ist die grundsätzliche Ausgestaltung der Migrationssituation unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung, die dem Islam beigemessen wird, zu analysieren. Schließlich ist zu betrachten, welche Interessen von der deutschen Mehrheitsbevölkerung sowie von den türkischen Zuwanderern vertreten werden.

Alle diese Aspekte sind vor dem Hintergrund der im theoretischen Teil entwickelten identitären Konzepte einzuschätzen. Es geht also darum, den Einfluß der Migration auf Konzepte der sozialen Realität der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu erkennen. Es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert der Aspekt der Kultur in einer Situation kultureller Heterogenität entwickelt. Zuwanderung bedeutet für eine Gesellschaft Wandel. Aus diesem Grund ist es von Interesse, welche Perspektive der Historizität sich in der Migrationsgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland herausbildet. Eng mit diesen Fragen sind auch die Entfaltungsmöglichkeiten verbunden, die türkischen Migranten in Deutschland zukommen. Diese verschiedenen Perspektiven bilden gewissermaßen die Randbedingungen für die Frage nach den Möglichkeiten eines Prozesses der wechselseitigen Auseinandersetzung und Anerkennung, wobei man sich auch darüber im Klaren sein muß, daß die Faktoren Auseinandersetzung und Anerkennung wiederum Rückwirkung auf

die Gestaltung sozialer Realität, auf die Bedeutung und Bewertung von Kultur, auf die Perspektive der Historizität und die Möglichkeiten der Entfaltung haben.

8.2.1 Migration als Quelle von Gefahr und Konfrontation

Migration verändert die Zusammensetzung einer Gesellschaft nachhaltig. Veränderungen und grundsätzlich Prozesse des Wandels können zu Ängsten führen, so daß die Situation der Migration als Gefahr empfunden werden kann. Hinzu kommt, daß aufgrund von unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen¹⁵⁴⁵ bei der Mehrheitsgesellschaft und den Zuwanderern bei der Ausgestaltung des alltäglichen Lebens in der sich entwickelnden Migrationsgesellschaft Konfrontationspunkte entstehen. Aus diesem Grund soll im folgenden betrachtet werden, welche Perspektiven von Gefahr und Konfrontation im Mediendiskurs zum Ausdruck gebracht werden. Divergenzen und Unvereinbarkeiten, die sich als Teil der Realität der Migrationsgesellschaft in den Medien manifestieren, dürfen jedoch keinesfalls als Fakten an sich beurteilt werden. Der Aspekt der Konfrontation sollte vielmehr als ein Stadium begriffen werden, das grundsätzlich wandelbar ist.

Ein Thema, das die Medien nicht erst im Jahre 1997 zu beschäftigen begann, sind Anschläge, die gegen türkische Einrichtungen beziehungsweise gegen türkische Zuwanderer selbst verübt werden. Die „Welt am Sonntag“ berichtet über die Trauerfeier nach einem Anschlag in den Niederlanden, bei dem sechs Türken starben, wie folgt:

„Dabei riefen mehrere Anwesende antieuropäische Parolen. Der für Menschenrechte zuständige türkische Staatssekretär Lutfu Esengün beklagte, daß die Familie Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Europa geworden sei. Er kündigte den Besuch einer Delegation in den Niederlanden an, um sich dort über Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus und zur Aufklärung des Anschlags zu informieren. ... Der ‚Marsch der Trauer und Verzweiflung‘ führte zur Ruine des Hauses der Familie. ... In der Nacht des Anschlags waren in der Nähe weitere Anschläge auf türkische Einrichtungen verübt worden.“¹⁵⁴⁶

Diese Darstellung beinhaltet verschiedene Aspekte. Die Tatsache, daß es sich bei dem Anschlag gegen die türkische Familie anscheinend nicht um eine Einzeltat handelte, deutet darauf hin, daß – in diesem speziellen Fall in den Niederlanden – ein Klima der Feindschaft gegenüber türkischen Migranten besteht, auch wenn dessen Ausmaß anhand des Artikels nicht näher zu bestimmen ist.

Ein Artikel in der „Zeit“ beleuchtet die Hintergründe näher. Zum einen wird festgestellt, daß sich die Stimmung innerhalb der niederländischen Bevölkerung gegenüber ausländischen Zuwanderern stetig verschlechtert. Zum anderen aber wird beispielsweise ein türkischer Kriminologe zitiert, der von einem „reiche[n] Potential an Brandherden innerhalb der türkischen Gemein-

¹⁵⁴⁵ Hier geht es nicht darum, von einem statischen Begriff der Differenz auszugehen. Unterschiede sind also nicht als unveränderbar anzusehen. Außerdem führen sie nicht zwangsläufig zu unüberwindbaren beziehungsweise unverarbeitbaren Divergenzen.

¹⁵⁴⁶ o.A.: Anschlag-Opfer von Den Haag in Türkei beigesetzt, Welt am Sonntag 30.3.1997, S. 5 (TÜRK-W-4)

schaft“ in den Niederlanden spricht.¹⁵⁴⁷ Diese gewissermaßen innertürkischen Konflikte wiederum werden von niederländischen Politikern als Ausgangspunkt einer Argumentation genutzt, die davon ausgeht, daß „die Türkei nicht teilhatte an den großen formativen Entwicklungen, die Westeuropa prägten“.¹⁵⁴⁸ Es werden also Divergenzen dargestellt, die ein Miteinander eher als unmöglich erscheinen lassen.

Die Bezeichnung der Äußerungen von türkischen Teilnehmern der Trauerfeier als „antieuropäische“ Parolen in der „Welt am Sonntag“ impliziert aufgrund der negativen Konnotation des Adjektivs, daß die Kritik der Türken eher unberechtigt ist. Gleichzeitig evoziert der Begriff eine ablehnende Haltung der Türken gegenüber Europa. Eine solche Ablehnung wird ja auch von dem zuständigen türkischen Staatssekretär explizit formuliert. Interessant ist, daß der Anschlag aus türkischer Sicht nicht als eher isolierte Gewalttat eingeschätzt wird, sondern als Menschenrechtsverletzung. Diese Einschätzung ist insofern berechtigt, als es der niederländischen Regierung – und dies beweisen die Todesopfer – nicht gelingt, das Leben türkischer Migranten in den Niederlanden zu schützen. Allerdings wird der Begriff der Menschenrechte entgegen der eigentlichen Menschenrechtskonvention umgedeutet, denn in besagtem Fall wurde das Recht auf Unversehrtheit der türkischen Migranten nicht durch den Staat verletzt.

Setzt man die Perspektive, die hier von Türken eingenommen wird, in ein Verhältnis zur internationalen Ebene, so wird deutlich, daß die türkische Regierung in diesem Fall die ihr von der Europäischen Union vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in gewisser Weise relativieren kann, indem sie nun einem EU-Mitgliedsstaat ähnliche Verletzungen vorwerfen kann. Es steht der indirekte Vorwurf im Raum, daß Europa die Ansprüche, die es an die Türkei stellt, selbst nicht erfüllt. „Der Spiegel“ beschreibt die Komplexität der Situation wie folgt:

„Um die öffentliche Kritik, vor allem aus Deutschland, abzuwehren, versucht der politische Fuchs Erbakan unter Hinweis auf Türkenfeindlichkeit den Gegenangriff. Motto: Ein Land, in dem Türken nicht vor Haßausbrüchen geschützt werden, verwirkt sein Recht, mit erhobenem Zeigefinger die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei zu fordern.“¹⁵⁴⁹

Die Auseinandersetzung gewinnt also konfrontative Züge, so daß kaum Ansatzpunkte für einen Verständigungsprozeß über die grundsätzliche Problematik, die zu Anschlägen führt, gefunden werden können.

Im politischen Diskurs wird hier, ähnlich wie im Mediendiskurs, tagesaktuell agiert. Eine aktuelle Krisensituation wird nicht analytisch aufgearbeitet, was nicht zuletzt auch eine historische Betrachtung der Konfliktentwicklung erfordern würde. Der Konflikt selbst wird vielmehr zum Ausgangspunkt für die Artikulation einer latenten Unzufriedenheit zwischen den politischen

¹⁵⁴⁷ vergl. Wehrmann, Elisabeth: Ein Modell ist gefährdet, Die Zeit 18.4.1997, S. 6 (TÜRK-Z-18)

¹⁵⁴⁸ vergl. TÜRK-Z-18

¹⁵⁴⁹ TÜRK-S-5: 140

Akteuren. Die Anmahnung der Menschenrechte durch die Türkei sowie die Zurückweisung der türkischen Kritik durch europäische Staaten beinhalten ein Szenario der Unbewußtmachung des eigentlichen Konflikts. Im Prinzip geht es nämlich darum, daß auf der einen Seite die Türkei nicht ausreichend gegen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land vorgeht, während auf der anderen Seite europäische Staaten nichts unternehmen, um der Fremdenfeindlichkeit, die sich zunehmend gegen Zuwanderer richtet, zu begegnen. Die politische Diskussion ist insofern von Machtstrategien geprägt, als die verschiedenen Beteiligten alle versuchen, ihre Definition der Situation durchzusetzen. Die Frage, wie die Situation letztendlich definiert wird und damit verbunden welche der Parteien sich durchsetzt, ist entscheidend für die weitere Positionierung aller Beteiligten. Setzen sich europäische Staaten in diesem verdeckt ausgetragenen Machtkampf durch, wird es ihnen erleichtert, das eigene Verhältnis zur Migration weiterhin hauptsächlich aus einer Eigenperspektive zu definieren und die Bedürfnisse der Zuwanderer denen der eigenen Gesellschaft unterzuordnen. Würde die Türkei im Wettstreit um die Definition der Situation die Oberhand gewinnen – was aufgrund der bereits dargelegten internationalen Konstellationen unwahrscheinlich ist –, könnte sie ihre Position in den internationalen Beziehungen stärken und zudem zu einem Wandel der Haltung europäischer Staaten zur Frage der Migration beitragen.

Der eigentliche Konflikt – Anschläge gegen türkische Migranten – entfaltet also eine Wirkung, die weit über seinen Kern hinausreicht. Die von den Beteiligten beziehungsweise Betroffenen mobilisierten Abwehrstrategien, nämlich die implizite Verweigerung einer Konfliktbearbeitung, sind im Hinblick auf die Erhaltung des jeweiligen Selbstbildes fast schon als notwendig einzuschätzen. Ein Zerlegen des Konflikts in seine Kernbestandteile würde nämlich auf beiden Seiten die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbstbild nach sich ziehen.

Die Bezeichnung des Trauerzuges als „Marsch der Trauer und Verzweiflung“ in dem „Welt am Sonntag“-Artikel,¹⁵⁵⁰ die anscheinend von türkischen Beteiligten gewählt wurde, deutet an, daß die türkische Bevölkerung sich in einer Position der Hilflosigkeit befindet. Dies impliziert, daß türkische Migranten in Migrationsgesellschaften eine untergeordnete Rolle einnehmen.

Das Stimmungsklima bei türkischen Migranten – und in Anlehnung daran auch bei türkischen Politikern – weist also negative Aspekte auf. Vor dem Hintergrund einer Situation der Ohnmacht müssen denn auch die Reaktionen gesehen werden, die sich nach einem Brandanschlag in Krefeld zeigen. Für diesen Anschlag war zwar – dies zeigt sich im Zuge der Ermittlungen – ein Türke verantwortlich, doch richten sich Vorwürfe, die von türkischer Seite erhoben werden, zunächst einmal gegen die deutsche Regierung und gegen Deutschland:

¹⁵⁵⁰ vergl. TÜRK-W-4

„Die im Zusammenhang mit dem Brandanschlag bekannt gewordenen antideutschen Ausfälle türkischer Politiker wies Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) scharf zurück. Gegenüber WELT am SONNTAG forderte er die Regierung in Ankara auf, das Schüren von Emotionen im deutsch-türkischen Verhältnis zu beenden. ... Vor dem Hintergrund der heftigen Angriffe der türkischen Innenministerin Meral Aksener erklärte Kinkel: ‚Megaphon-Diplomatie führt ins Abseits. So werden nur langgewachsene Bindungen zerstört.‘ Er betonte, daß Deutschland und die Türkei ‚füreinander ganz wichtige Partner‘ seien. Mehr als zwei Millionen Türken lebten in Deutschland ‚als gern gesehene Mitbürger‘. ... Der Minister räumte ein, daß es Ausländerfeindlichkeit gegeben habe. Aber eine ‚weit überwiegende Mehrheit in Deutschland lehnt sie ab‘.¹⁵⁵¹

Die Phrase „antideutsche Ausfälle“, die von der „Welt am Sonntag“ stammt, hat wieder eine negative Konnotation, so daß türkische Politiker in eine Position des Unrechts gerückt werden. Sicherlich ist ein Teil der von der Türkei erhobenen Anschuldigungen nicht gerechtfertigt, da es sich ja im speziellen Fall um keine rassistisch motivierte Tat handelte. Doch muß man sich auch darüber im Klaren sein, daß das Ohnmachtsgefühl, dessen Ausdruck die konfrontative Haltung der türkischen Regierung ist, in einem größeren Kontext gesehen werden muß, nämlich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Anschläge gegen türkische Migranten keinen Einzelfall mehr darstellen. „Der Spiegel“ spricht beispielsweise von einem „neuen Ausbruch von Gewalt gegen Ausländer“.¹⁵⁵²

Im Hinblick auf diesen Zusammenhang ist der von Kinkel erhobene Vorwurf, die Türkei schüre Emotionen, nicht gerechtfertigt, denn es ist eher so, daß türkische Politiker mit ihren Äußerungen an real bestehende Ohnmachtsgefühle anknüpfen. Die Kinkel-Äußerung stellt also gewissermaßen den Versuch dar, diesen Tatbestand zu negieren. Die Betonung der deutsch-türkischen Partnerschaft durch den damaligen Bundesaußenminister setzt der aus Sicht der türkischen Bevölkerung konkreten Ebene eine übergeordnete und zugleich abstrakte Dimension entgegen. Kinkel leitet aus langjährigen Bindungen und der konkreten Anwesenheit von zwei Millionen türkischen Migranten in Deutschland eine Partnerschaft ab, die zwar sicherlich in einem gewissen Umfang gegeben ist, die jedoch gerade durch Anschläge beziehungsweise ein grundsätzliches Gefühl der Unsicherheit, dem sich die türkische Bevölkerung in der Bundesrepublik ausgesetzt sieht, ausgehöhlt wird. Kinkel stellt die von ihm grundsätzlich eingeräumte Ausländerfeindlichkeit als untergeordnetes Phänomen dar, doch wird er damit – zumindest in den Augen der türkischen Bevölkerung und Regierung – der emotionalen Tragweite der Situation nicht gerecht. Die Abwehrstrategien, die in diesem Fall von deutscher Seite mobilisiert werden, entsprechen denjenigen, die im Hinblick auf die Art der Diskussion über die Anschläge in den Niederlanden bereits dargestellt wurden.

¹⁵⁵¹ Boss, Thilo/Uzulus, André: Krefelder Opfer in Istanbul beigesetzt, Welt am Sonntag 6.4.1997, S. 1-2 (TÜRK-W-5): 2

¹⁵⁵² vergl. TÜRK-S-5: 138

„Der Spiegel“ stellt die Komplexität der Situation im Hinblick auf ausländerfeindlich motivierte Gewalt in Deutschland wie folgt dar:

„Kurz zuvor hatte sich Bonns Botschafter im türkischen Außenamt gegen die Verdächtigungen verwahrt. Von der Zunahme ausländerfeindlicher Gewalt könne keine Rede sein. Im vergangenen Jahr seien die Straftaten gegen Fremde um 30 Prozent zurückgegangen. Die Diplomaten wissen nur zu gut, daß dies nur die halbe Wahrheit ist. Unübersehbar hat sich das Klima für Ausländer nach der Vereinigung verschlechtert. Vor allem die Türken, mit zwei Millionen Menschen die größte Ausländergruppe im Lande, fühlen sich oft als Bürger zweiter Klasse.“¹⁵⁵³

Hier wird deutlich, daß die Anzahl ausländerfeindlicher Straftaten keine absolute Entität ist beziehungsweise daß für die türkische Bevölkerung ein allgemein als negativ empfundenen Klima ausschlaggebend ist.

Das Anschwellen von Ausschreitungen mit extremistischem oder ausländerfeindlichem Hintergrund zu Beginn der neunziger Jahre wird in einer Informationsbroschüre der Bundesregierung in folgenden gesellschaftlichen Kontext eingeordnet:

„[Es] wurde fälschlich als ‚Fremdenfeindlichkeit‘ qualifiziert, daß eine sprunghaft anwachsende unkontrollierte Zuwanderung von vielen Bürgern als beunruhigender Mißstand wahrgenommen wurde. Es hat sich gezeigt, daß die von der Bevölkerung kritisierte Zuwanderung das prinzipiell ausländerfreundliche Klima der großen Mehrheit der Deutschen nicht beschädigt, bei einem kleineren Teil allerdings ausländerfeindlichen Ressentiments Auftrieb gegeben hat.“¹⁵⁵⁴

Entgegen der Wahrnehmung innerhalb der ausländischen Bevölkerung wird eine existierende Gewalt, die sich gegen Ausländer richtet, hier relativiert. Implizit deutet diese Argumentation an, daß die Zuwanderer selbst allein durch ihre Anwesenheit an Gewalteskalationen eine Mitschuld tragen. Die Gründe für das Mobilisieren einer solchen Abwehrstrategie sind relativ einfach zu benennen. Würde die Bundesregierung einräumen, daß die Umgehensweise innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit dem Phänomen Migration, das ja eine unabwiesbare Tatsache darstellt, ein Klima der Feindschaft gegenüber Zuwanderern durchaus begünstigt, hätte dies weitreichende Auswirkungen auf das vorherrschende Selbstbild. Im Zuge einer Verteidigung dieses Selbstbildes wird der grundsätzliche Konflikt im Zuge einer Projektion der Bearbeitung entzogen, und damit kann die Ausgangssituation, die zur Entstehung der Konfliktlage beiträgt, stabilisiert werden. Das Ergebnis ist, daß die deutsche Mehrheitsgesellschaft sich nicht für einen Wandlungsprozeß, der auch das Hinterfragen der eigenen Positionen beinhalten müßte, öffnen muß.

Der Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer hingegen spricht eine sehr deutliche Sprache. Im Jahr 1993 war ein weiterer Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten auf 6.721 zu verzeichnen, während die Anzahl 1994 um fast die Hälfte auf 3.491 zurückging. Dieser Abwärtstrend setzte sich auch 1995 fort. In einer Untersuchung aus dem Jahr 1994 nannten 41,2 Prozent der befragten Türken „Ausländerfeindlichkeit in Deutschland“ als ihre

¹⁵⁵³ TÜRK-S-5: 139f

¹⁵⁵⁴ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1997) (Hg.): Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 1997: 8

größte Schwierigkeit, so daß deutlich wird, wie sehr diese Taten als Einschränkung auf die Lebenssituation der Betroffenen wirken.¹⁵⁵⁵

Hinzu kommt ein Gewaltpotential im Bereich des Rechtsextremismus. Der Verfassungsschutz geht für das Jahr 1996 von einem rechtsextremistischen Personenpotential von rund 45.300 Personen aus. Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten stieg gegenüber dem Vorjahr um 200 auf 6.400 an. 1996 wurden 8.730 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verzeichnet, von denen 781 Gewalttaten waren.¹⁵⁵⁶

Die emotionale Ebene, aus der sich türkische Reaktionen auf den Anschlag in Krefeld ableiten, wird auch in einem „Zeit“-Artikel aufgegriffen:

„Weil die Regierung die Türken aus Deutschland nicht rauswerfen könne, ‚verbrennen sie uns jetzt‘. Mit diesem Satz war die türkische Innenministerin Meral Aksener nach dem Brandanschlag in Krefeld zitiert worden, dem drei Mitglieder einer türkischen Familie zum Opfer fielen. Der Tat verdächtig ist inzwischen der Vater und Ehemann. Jetzt hat der türkische Botschafter Volkan Vural versucht, die Wogen zu glätten. ... Er fragt auch, ‚warum man gleich an fremdenfeindliche Straftaten denkt, wenn etwas passiert‘. Und er will wissen, ‚weshalb sich die türkische Bevölkerung hierzulande nicht sicher fühlt‘. Nein, man wird den Verdacht nicht los, daß manche Reaktionen [deutscher Politiker] auch Projektionen enthielten. Hatte man sie nicht ertappt, ‚die Türken‘, die uns Fremdenfeindlichkeit vorwerfen? Es ist doch alles im Lot! So wird der Gedanke schlicht abgewehrt, es könne Grund geben zu den verbreiteten Unsicherheitsgefühlen. Und woher die unterschwelligen Aggressionen? Etwas Unausgesprochenes macht sich da Luft, das sich lange angestaut hat, nicht nur bei Frau Aksener.“¹⁵⁵⁷

Hier zeigt sich, daß die Äußerungen, die von deutschen Politikern als Provokation empfunden werden, eine Folge grundsätzlicher Unsicherheit und Angst seitens der türkischen Bevölkerung, die in Deutschland lebt, sind. Gleichzeitig beziehen sich auch die politischen Reaktionen in Deutschland auf eine latente Ebene der Emotionen, nämlich der Abwehr. Selbst im Hinblick auf die Tatsache, daß der Krefelder Anschlag, um den es geht, nicht das Resultat von Fremdenfeindlichkeit war, sind die Unsicherheitsgefühle innerhalb der türkischen Bevölkerung ja real. Indem aus deutscher Perspektive jedoch die türkische Reaktion direkt an die Tat und nicht an das allgemeine Meinungs- und Gefühlsklima gekoppelt wird, kann eine grundsätzliche Berechtigung türkischer Kritik an den Lebensbedingungen in Deutschland abgewehrt werden. Dieser Akt der Abwehr führt jedoch aller Wahrscheinlichkeit nur dazu, daß bereits bestehende konfrontative Haltungen sich wechselseitig verstärken, da sie einer Bearbeitung entzogen werden.

Interessant ist, daß die Bundesregierung in einem Bericht über eine „Offensive gegen Fremdenfeindlichkeit“ sogar einräumt, daß Gewalt gegen die ausländische Bevölkerung deren Lebenssituation negativ tangiert:

„Fremdenfeindlichkeit beeinträchtigt die Lebensqualität der Ausländer in Deutschland und führt zu Verunsicherung. Insbesondere bei jungen Ausländern, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland se-

¹⁵⁵⁵ vergl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1995) (Hg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik 1995, Bonn 1995: 21

¹⁵⁵⁶ vergl. Bundesministerium des Innern (1997a) (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997: 88ff

¹⁵⁵⁷ Hofmann, Gunter: Alles im Lot?, Die Zeit 11.4.1997, S. 8 (TÜRK-Z-16)

hen, hinterlassen fremdenfeindliche Vorkommnisse das Gefühl, in der deutschen Gesellschaft nur geduldet zu sein. Die Folge ist oft eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte, aber auch gleichzeitig ein Rückzug aus der deutschen Gesellschaft. Es besteht die Gefahr der Selbstisolierung und Radikalisierung.“¹⁵⁵⁸

Entgegen der in den tagesaktuellen politischen Auseinandersetzungen eingenommenen Haltung wird hier das Stimmungsklima bei den türkischen Zuwanderern in Deutschland also bestätigt.

Der Direktor des Zentrums für Türkeistudien Faruk Şen sieht einen der Gründe für die sich steigenden Konfrontationen in einer „verhängnisvollen Entfremdung“ der türkischen Bevölkerung von ihrem deutschen Lebensumfeld. Das Hauptübel sei, daß Deutsche und Türken immer weniger miteinander kommunizierten.¹⁵⁵⁹ Eine Auseinandersetzung über bestehende manifeste und latente Konflikte findet also kaum statt.

An dieser Stelle scheint es geraten, näher auf die grundsätzliche Dynamik von Konflikten einzugehen. Heitmeyer kritisiert, daß die politische Öffentlichkeit latente Konflikte unterschätzt:

„Ein latenter Konflikt ist im Gegensatz zum manifesten ein Konflikt, der als solcher nicht erkennbar ist, nicht zur *offenen* Austragung kommt und daher zumeist auch nicht mit zugelassenen oder anerkannten Regeln geführt wird. Insofern zeigt sich hier ein Paradoxon, denn in der politischen Öffentlichkeit wird der latente Konflikt unterschätzt, obwohl er besonders dann gefährlich ist, wenn mobilisierungsfähige Mittel zur Verfügung stehen, was gerade in ethnisch-kulturellen Zusammenhängen gegeben ist, wenn ein essentialistisches Identitätskonzept die Oberhand gewinnt ... Demgegenüber verlieren die öffentlich so gefürchteten manifesten Konflikte – solange sie ohne Gewalt ausgetragen werden – etwas an Dramatik, wenn sie durch die Institutionalisierung von Konfliktbearbeitung geregelt werden können.“¹⁵⁶⁰

Die Beschreibung Heitmeyers stellt ziemlich genau die Umgehensweise innerhalb des politischen Diskurses mit der in Deutschland existierenden Fremdenfeindlichkeit dar. Die von der türkischen Bevölkerung artikulierten Ängste werden nicht ernst genommen, so daß Entfremdung und damit auch weiteres Konfliktpotential steigen. Da die kommunikativen Möglichkeiten zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zudem sehr beschränkt zu sein scheinen, können die Konflikte, die den Gewaltausbrüchen zugrundeliegen, ebenfalls keiner Bearbeitung zugänglich gemacht werden. Es scheinen also weder auf der politischen noch auf der gesellschaftlichen Ebene institutionalisierte Ansätze zur Konfliktbearbeitung zu existieren.

Eine Untersuchung belegt, inwieweit konkrete fremdenfeindliche Taten auf die Wahrnehmung der eigenen Situation bei türkischen Jugendlichen wirken. Dem Statement „Die Morde von Solingen haben gezeigt, daß wir uns auf unsere nationalen und religiösen Traditionen besinnen müssen“ stimmten 33,3 Prozent der Befragten zu und 28,1 Prozent voll zu. Dem Statement „Nach den Morden von Solingen müssen wir Türken uns enger zusammenschließen“ stimmten 35,3

¹⁵⁵⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1997): 36

¹⁵⁵⁹ vergl. Kirbach, Roland: Solingen war die Zäsur, Die Zeit 16.5.1997, S. 14 (TÜRK-Z-22)

¹⁵⁶⁰ Heitmeyer, Wilhelm (1996): Ethnisch-kulturelle Konfliktodynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 31-63: 49, Hervorheb. im Original

Prozent zu und 36,4 Prozent voll zu¹⁵⁶¹ Diese Perspektive zeigt, daß die offensichtliche Ablehnung durch die deutsche Gesellschaft bzw. sogar Fremdenfeindlichkeit, die Todesopfer fordert, dazu führt, daß die türkische Bevölkerung sich weiter von der Mehrheitsgesellschaft entfernt. So stimmten über 70 Prozent der Befragten der Aussage „Wir können uns nie als Deutsche fühlen, weil wir nicht dazugehören zu (37,9 Prozent stimme voll zu, 36,8 Prozent stimme zu).“¹⁵⁶²

Die wachsenden Ängste werden auch von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer durchaus ernst genommen:

„Die Angst der ausländischen Bevölkerung hat stark zugenommen. 46 Prozent der ... 1993 Befragten nennen Ausländerfeindlichkeit mit Abstand als die für sie derzeit größte Sorge. Besonders betroffen sind türkische Migrantinnen und Migranten, die mehr als doppelt so häufig wie die Befragten anderer Nationalitäten diese Ängste nannten (64,9 Prozent zu durchschnittlich 29 Prozent).“¹⁵⁶³

Im allgemeinen politischen Diskurs werden diese Ängste jedoch so weitgehend wie möglich ignoriert.

Damit werden Chancen vertan, einem wachsenden Rückzug der türkischen Bevölkerung und hier vor allem der Jugendlichen zu begegnen. Aufgrund einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, aber auch, weil eine wirkliche Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft nicht gegeben ist, fällt es türkischen Jugendlichen immer schwerer, Anknüpfungspunkte für eine dauerhafte Vorortung im Geburtsland Deutschland zu finden:

„Diese Situation löste bei vielen Jugendlichen einen ‚Identitätssucheprozess‘ aus. ... Als Reaktion wurden Elemente verstärkt betont, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zumindest äußerlich demonstrieren sollten. Die Jugendlichen suchten in der ‚eigenen Kultur‘ oder in der ihrer Eltern, die die Jugendlichen für sich allerdings inhaltlich anders definierten, Zuflucht. ... Diese Entwicklung kann man auch als einen Abwehrmechanismus bewerten, der bei den Jugendlichen das Selbstbewußtsein verstärkt. Anstelle einer gemischten Identität (deutsch-türkisch), mit der sie weder von Deutschen noch von Türken akzeptiert werden, wählen sie den Weg, sich für eine der beiden zu entscheiden und die andere abzulehnen. ... Besonders enttäuscht sind die Jugendlichen von der deutschen Regierung und Politik, von denen sie mehr Einsatz für sich erwartet haben. Die Folge sind eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und gleichzeitig ein teilweiser Rückzug aus der deutschen Gesellschaft.“¹⁵⁶⁴

Nicht nur fehlende Anerkennung, sondern eben vor allem gezielte Ablehnung in Form von Gewalt durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft führen also dazu, daß türkische Jugendliche immer seltener Anknüpfungspunkte für die Entwicklung einer positiven Identität in der Migrationsgesellschaft finden und sich deshalb von ihr ab- und ihrer Herkunftsgruppe zuwenden.

Aus dem Artikel in der „Welt am Sonntag“ wird deutlich, daß die türkische Innenministerin sich in ihren „Ausfällen“ auf die Nazi-Vergangenheit Deutschlands bezogen hat. Dies wird von einer türkischen Zeitung als „Ungerechtigkeit“ und „Rassismus“ bezeichnet.¹⁵⁶⁵ Damit wird deut-

¹⁵⁶¹ vergl. Heitmeyer, Wilhelm / Müller, Joachim / Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt 1997: 173

¹⁵⁶² vergl. Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 177

¹⁵⁶³ Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1994) (Hg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik 1993, Bonn 1994: 77

¹⁵⁶⁴ Şen / Akkaya / Özbek (1998): 313

¹⁵⁶⁵ vergl. TÜRK-W-5: 2

lich, daß die negative Haltung gegenüber Deutschland aus dem Blickwinkel der Türkei nicht die einzige Perspektive ist, die vertreten wird.

Laut einem Bericht im „Spiegel“ „giftete der islamistische Premier“ Erbakan nach dem Krefelder Anschlag an die Adresse der Bundesregierung, daß die türkische Bevölkerung in Deutschland Opfer von „Greuelthaten“ und „unmenschlichen“ Akten werde.¹⁵⁶⁶ Sowohl die Verwendung des Verbes „giften“ als auch das Adjektiv „islamistisch“ deuten an, daß Erbakans Vorwürfe unberechtigt sind, zum einen, weil die Art der Äußerung unsachlich ist, zum anderen, weil der Verweis auf den Islamismus den Kritiker selbst als Radikalen erscheinen läßt. Weiter schreibt „Der Spiegel“, daß Erbakan ein „überaus häßliches Bild seines langjährigen Gastlandes“ gezeichnet habe.¹⁵⁶⁷ Diese Phrase legt nahe, daß ein (ehemaliger) Gast sich undankbar gegenüber seinen Gastgebern verhält. Ein Gaststatus impliziert zudem einen Sonderstatus, der gewöhnlich weniger Rechte für den Gast als für den Gastgeber beinhaltet, so daß die Darstellung im „Spiegel“ nahelegt, daß Erbakan im Prinzip zu Unrecht die Rolle des Kritikers einnimmt.

Obwohl das Phänomen Ausländerfeindlichkeit in der tagesaktuellen Politik aus Sicht der Bundesregierung kaum einen Niederschlag findet, existieren auf einer programmatischen Ebene dennoch verschiedene Ansätze zur Umgehensweise mit der Problematik:

„Auf Dauer wird Gewalt gegen Ausländer nur entscheidend eingedämmt werden können, wenn über die Intensivierung polizeilicher Schutzmaßnahmen und der Strafverfolgung hinaus in kurz- und mittelfristig angelegten Aufklärungsaktionen sowie durch eine beharrliche Bildungsarbeit junge Menschen von der Ungerechtigkeit, Unwertigkeit und Schädlichkeit dieser Übergriffe ebenso wie von Toleranz und Weltoffenheit als erstrebenswerte Ziele überzeugt werden. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die von den Innenministern des Bundes und der Länder im März 1993 auf den Weg gebrachte Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit unter dem Motto „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“. Die Kampagne hat eine doppelte Funktion: Sie soll aufklären und motivieren. Speziell Jugendliche, aber auch die gesamte Öffentlichkeit werden über das Entstehen, die Hintergründe und das Ausmaß von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus informiert. Gleichzeitig werden insbesondere Jugendliche motiviert, über ihr Verhalten gegenüber Fremden nachzudenken und Möglichkeiten zu suchen, wie Gewalt und Fremdenfeindlichkeit begegnet werden kann.“¹⁵⁶⁸

Auch wenn mit diesem Ansatz tendenziell die gesamte Bevölkerung angesprochen werden soll, richtet er sich doch vorwiegend an deutsche Jugendliche. Damit wird jedoch die grundsätzliche Sicht auf die Problematik sehr eingeschränkt, denn die Rahmenbedingungen, unter denen sich Fremdenfeindlichkeit entwickelt, hängen von der Verfaßtheit der Gesamtgesellschaft ab.

Eine Ungleichbehandlung von deutscher und ausländischer Bevölkerung in Deutschland kann den Ausgangspunkt für Konfrontationen bilden. So berichtet die „Welt am Sonntag“:

„Die Türkische Gemeinde in Deutschland hat vor Konflikten mit jungen Ausländern gewarnt, falls sich die Bundesregierung nicht zu einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts entschließe. Niemand solle sich wundern, wenn in Deutschland geborene junge Ausländer ohne deutsche Staatsbürgerschaft ,ir-

¹⁵⁶⁶ vergl. TÜRK-S-5: 138

¹⁵⁶⁷ vergl. TÜRK-S-5: 138

¹⁵⁶⁸ Bundesministerium des Innern (1997b) (Hg.): Aufzeichnung zur Ausländerpolitik und zum Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997: 140

gendwann anfangen zu rebellieren, Krawalle zu machen', sagte der Vorsitzende der Gemeinde, Hakki Keskin. Die Ungleichbehandlung treibe sie ‚zu ihren Wurzeln, in ihre eigenen Ghettos‘, warnte Keskin.¹⁵⁶⁹

Hier wird aus einer rechtlichen Nicht-Gleichstellung ein Konfrontationsszenario abgeleitet, wobei die Detailfragen, die im Hinblick auf die Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen, ausgeklammert bleiben. Keskin folgert, daß eine Nicht-Beteiligung an staatsbürgerlichen Rechten Segregation fördert. Segregation wiederum bildet für ihn die Basis für ein Aufbegehren gegen diese Art des Ausschlusses.

Die Frage der politisch-rechtlichen Gleichstellung gewinnt vor dem Hintergrund eines Prozesses der Identifikation mit dem Zuwanderungsland besondere Bedeutung. Dies zeigt sich beispielsweise im Zuge von Konflikten zwischen Ausländern und Aussiedlern:

„Bei den Kämpfen zwischen Türken und Aussiedlern sei es ‚manchmal zu völlig absurden Situationen‘ gekommen, berichtet Wolfgang Dürre, Jugendbeauftragter der Hamburger Polizei. Aus den türkischen Reihen seien die Beamten sogar schon aufgefordert worden: ‚Schmeißt doch endlich mal diese Kanaken raus.‘ Junge Ausländer, in Deutschland geboren und aufgewachsen, gegen Einwanderer mit deutschem Paß, die das Land nicht kennen und der deutschen Sprache kaum mächtig sind – eine Konfliktkonstellation, die der Logik von Bandenkriegen in den Slums amerikanischer Großstädte zu folgen scheint.“¹⁵⁷⁰

Wenn die Selbsteinordnung von Individuen – hier von türkischen Jugendlichen – von der rechtlich-politisch durch die Aufnahmegesellschaft definierten Zugehörigkeit abweicht und zudem bei der Anerkennung unterschiedlicher Ausländergruppen verschiedene Kriterien zugrundegelegt werden, scheinen Konfliktkonstellationen vorprogrammiert zu sein.

So sieht auch die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer hier eine konkrete Problematik der Selbstverortung ausländischer Jugendlicher gegeben. Ausländische Jugendliche fühlen sich einer erheblichen Unsicherheit im Hinblick auf ihre Aufenthaltsmöglichkeiten in Deutschland ausgesetzt. Zwar hegt nur etwa ein Fünftel der in der Studie befragten Jugendlichen konkrete Rückkehrabsichten in ihr jeweiliges Herkunftsland, doch über 60 Prozent von ihnen haben keine konkreten Vorstellungen, ob sie dauerhaft in Deutschland leben können beziehungsweise wollen:

„Die Unsicherheit, ob ein dauerhafter Aufenthalt in der Bundesrepublik möglich ist, wird von ca. 19% der bis 25jährigen ... als ein sie beschäftigendes Problem geschildert. Eine mögliche Reaktion der Jugendlichen auf diese ausgrenzenden Erfahrungen besteht darin, sich mehr der eigenen ethnischen Gruppe zuzuwenden. Aufenthaltsunsicherheit und Diskriminierung führen zu Verunsicherungen und Ambivalenzen, die es den Jugendlichen erschweren, eine Perspektive für ihr zukünftiges Leben in der Bundesrepublik zu entwickeln und die entsprechenden Entscheidungen, z.B. der Berufswahl, zu treffen.“¹⁵⁷¹

Es zeigt sich also, daß ausländische Jugendliche, wenn die Mehrheitsgesellschaft ihnen nicht genügend Anknüpfungspunkte zur Ausbildung einer Identität in einer Migrationsgesellschaft bietet,

¹⁵⁶⁹ o.A.: Türkische Gemeinde warnt vor Krawallen, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 3 (TÜRK-W-13)

¹⁵⁷⁰ o.A.: Zeitbomben in den Vorstädten, Der Spiegel 14.4.1997, S. 78-93 (TÜRK-S-8): 79

¹⁵⁷¹ Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1995): 74

sich fast zwangsläufig zunehmend von der grundsätzlichen Möglichkeit der Integration und Interaktion entfernen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage des Aufenthaltsrechts dann auch als identitäre Frage der Anerkennung:

„In Gesprächen selbst mit in Deutschland aufgewachsenen und geborenen Ausländern stellt sich immer wieder heraus, daß diese in permanenter Sorge vor einer Ausweisung leben. Dies behindert die Integration und das Zugehörigkeitsgefühl. Darüber hinaus ist eine Ausweisung dieses Personenkreises auch nach der neueren internationalen Rechtsprechung im Bereich der Menschenrechtskonvention in vielen Fällen bedenklich. Kommission ... und Gerichtshof ... haben die Ausweisung eines in Belgien aufgewachsenen Ausländers trotz zahlreicher Straftaten, die er als Minderjähriger begangen hatte, für unverhältnismäßig gehalten, weil er nach seiner ganzen Entwicklung ein ‚Inländer‘ war, unter anderem die Sprache des Herkunftslandes der Eltern nur noch unzureichend sprach und nur familiäre Beziehungen zu in Belgien lebenden Familienangehörigen hatte. Derartige Umstände liegen nach Kenntnis der Beauftragten regelmäßig bei den in der Bundesrepublik aufgewachsenen Ausländern vor. Sinnvoll wäre es daher, denjenigen, die ganz besonders enge Bindungen an unser Land haben, ein nicht entziehbares Aufenthaltsrecht zu verleihen.“¹⁵⁷²

Wenn ausländische Jugendliche ihren eindeutigen Lebensmittelpunkt aufgrund äußerer Rahmenbedingungen (teils zwangsläufig) in Deutschland liegen sehen, aber sich nicht auf ein grundsätzlich garantiertes Aufenthaltsrecht berufen können, wächst die Gefahr persönlicher Entwurzelung.

Unter der Überschrift „Die Droge heißt Respekt“ berichtet „Der Spiegel“ über eine türkische Jugendbande, die sich auf der Suche nach Anerkennung im kriminellen Milieu Achtung verschafft.¹⁵⁷³ Da diese Achtung den Jugendlichen anscheinend innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft versagt bleibt, wenden sie sich unter anderem mit Straftaten gegen diese Gesellschaft und verschärfen so ein Klima der Konfrontation. Diese Konfliktverschärfung deutet sich auch in einem Artikel in der „Zeit“ an, aus dem hervorgeht, daß die deutsche Bevölkerung in einem Duisburger Stadtteil aus Angst vor türkischen Jugendgruppen sich abends kaum noch auf die Straße traue.¹⁵⁷⁴

Ein Artikel im „Spiegel“ beschreibt sehr deutlich, wie türkische Jugendliche sich innerhalb von Banden Anerkennung verschaffen:

„Fehlenden sozialen Erfolg ersetzen die Jungs in den Türkenbanden ... durch Kriminalität. ‚Ihr sagt zu uns Scheißtürken, dann machen wir jetzt auch Scheiße‘, verkündet Hayrettin, Ex-Mitglied der ‚Turkish Power Boys‘ in Frankfurt. Wer den Schutz der Gruppe sucht, die allein eine halbwegs sichere Identität garantiert, muß ständig zu Gewalt bereit sein.“¹⁵⁷⁵

Die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft fließt indirekt in die Selbstdefinition der türkischen Jugendlichen ein. Die konfrontative Haltung, mit denen ihnen begegnet wird oder die sie zumindest als solche empfinden, wird im Zuge krimineller Akte gegen die deutsche Gesellschaft zurückgewendet.

¹⁵⁷² Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1993): 82

¹⁵⁷³ vergl. Supp, Barbara: Die Droge heißt Respekt, Der Spiegel 26.5.1997, S. 110-113 (TÜRK-S17)

¹⁵⁷⁴ vergl. Kruse, Kuno: Wo der Muezzin ruft, Die Zeit 29.8.1997, S. 15 (TÜRK-Z-34)

¹⁵⁷⁵ TÜRK-S-8: 87

Hermann Tertilt beschreibt dies sehr deutlich in seiner Studie über die Jugendbande „Turkish Power Boys“:

„Die Mitglieder dieser Gruppe gehörten überwiegend zur zweiten türkischen Einwanderergeneration. Ihre Eltern waren in den untersten Berufspositionen als unqualifizierte Arbeiter beschäftigt. Ihrer Sprache und Kultur, so empfanden es die Jugendlichen, wurde von der Aufnahmegesellschaft keine Achtung entgegengebracht. Ihre Zukunft in Deutschland sahen viele als ungewiß. Auf der Grundlage dieser Gemeinsamkeiten entwickelten sie eine subkulturelle Form der Jugendbande, mit der sie ihrem Status als ‚illegitime Kinder‘ dieser Gesellschaft offensiv entgegenzutreten konnten.“¹⁵⁷⁶

Die Ausgrenzung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird hier durch den Zusammenschluß in der ethnischen Gruppe, die sich dann gegen die Aufnahmegesellschaft wendet, noch verstärkt.

Die innere Dynamik von Konflikten vor dem Hintergrund ethnischer Differenz läßt sich dabei wie folgt beschreiben:

„Ethnische Konflikte sind Spezialfälle allgemeiner Konflikte. Konflikte ihrerseits sind wiederum – ganz allgemein gesprochen – Spezialfälle von sog. strategischen Situationen. Dabei ist das Ergebnis des Handelns eines jeden Akteurs auch vom Handeln des anderen Akteurs abhängig. Nicht alle strategischen Situationen bringen die Menschen gegeneinander auf. Aber es gibt eine Konstellation, in der sie eigentlich gar nicht anders können, als sich gegenseitig zu bekämpfen: Wenn das, was der eine gewinnt, stets zu Lasten des anderen geht. Man spricht dabei auch von einem Nullsummenkonflikt.“¹⁵⁷⁷

Die bisherigen Ausführungen zur Situation türkischer Jugendlicher in der Migrationsgesellschaft legen es durchaus nahe, daß diese aus ihrem persönlichen Blickwinkel häufig den Eindruck haben, daß die bestehende Konstellation zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderern zu ihren Lasten aufrechterhalten wird.

Die Wahrnehmung grundsätzlicher, unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeiten von Migranten und Deutschen, die meist aus bestimmten Vorstellungen von Ethnizität abgeleitet werden, birgt also aus Sicht türkischer Jugendlicher häufig beinahe zwangsläufig Konfliktpotential:

„Das Wirklichkeitsbild der Jugendlichen in diesen Gesprächen geht bezeichnenderweise von zwei Klassen von Menschen aus, deren jeweilige Zugehörigkeit qua Geburt festgelegt ist. Beide Klassen befinden sich miteinander im Kampf. Die Frontstellung heißt rassistische Unterdrückung einerseits, gewaltsame Gegenwehr andererseits. Gewalt erscheint in diesem Weltbild als legitimes Mittel der Selbstbehauptung, als eine Form der Konfliktbewältigung, die der erfahrenen Demütigung mit demütigender Aggressivität begegnet. Dieses Bild zweier feindlicher Klassen ist einerseits Ausdruck der Lebenssituation, in der sich die Jugendlichen als Angehörige einer ethnischen Minderheit in Deutschland befinden, andererseits muß es aber auch zur Rechtfertigung von Gewalt- und Straftaten herhalten. Es neutralisiert moralische Skrupel, macht die Folgen des delinquenten Handelns für den einzelnen erträglich und hilft Schuldgefühle und den Gedanken an die Situation des Opfers zu verdrängen.“¹⁵⁷⁸

Wenn eine wechselseitige Auseinandersetzung kaum stattfinden kann, weil Gruppenzugehörigkeiten als unabänderlich festgeschrieben erlebt werden, ist das Resultat also Gegnerschaft. Selbstbehauptung auf der Basis einer Gegen-Aggressivität wiederum trägt dazu bei, daß bestehende

¹⁵⁷⁶ Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande, Frankfurt 1996: 9

¹⁵⁷⁷ Esser, Hartmut (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 64-99: 76

¹⁵⁷⁸ Tertilt (1996): 234f

Konfliktfelder zementiert werden. Zugleich ermöglicht der Gruppenzusammenhalt jedoch auch eine – bisweilen sogar die einzige – Möglichkeit zur individuellen Identifikation:

„[Für die Jugendlichen] bezeichnete der Name einen positiven Identifikationsrahmen, der die ethnische Zugehörigkeit hervorheben und aufwerten sollte. Als Jugendlicher in Frankfurt ‚Türke‘ zu sein und zugleich ‚Macht‘ zu beanspruchen, verwandelte das eigene Stigma, einer diskriminierten Minderheit anzugehören, in ein Qualitätsmerkmal. Diese Umwertung muß bei den Jugendlichen auch einen Wandel ihres Selbstverständnisses zur Folge gehabt haben. Sie begannen sich stark und überlegen zu fühlen, entwickelten ein ‚cooles‘ Selbstbewußtsein.“¹⁵⁷⁹

Diese Art der Identifikation ist jedoch gerade nicht positiv, da sie aus negativen Voraussetzungen, nämlich einer Stigmatisierung, abgeleitet wird.

Das Konfrontationsszenario ist jedoch kein undurchbrechbarer Kreislauf. So berichtet „Der Spiegel“ über ein ehemaliges Mitglied einer Kreuzberger Türkengang, das der Gewalt anscheinend entsagt hat. Der Rapper Hakan Durmuş bekräftigt aber auch, daß er sich innerhalb der deutschen Gesellschaft „heimatlos“ fühle. Er sieht die Türkei zwar als seine „richtige Heimat“ an, doch erkennt er auch, daß er auf Identifikationsräume in Deutschland angewiesen ist, da er hier seinen Lebensmittelpunkt hat.¹⁵⁸⁰

Das Gefühl der Heimatlosigkeit leitet sich häufig aus einer speziell geprägten Erfahrung der Differenz ab. Hermann Tertilt beschreibt eine typische Konstellation am Beispiel des türkischen Jugendlichen Hayrettin wie folgt:

„In Hayrettins Leben spielt die Erfahrung der Differenz zwischen der inneren und der äußeren Lebenswelt eine entscheidende Rolle. Differenz bedeutet in diesem Zusammenhang ein mit dem Faktor Ethnizität verkettetes Ordnungsprinzip, das die Trennung des Eigenen vom Anderen bewirkt und sich in Auseinandersetzung mit der deutschen Umwelt und der türkischen Herkunft der Eltern entwickelt hat. Anders zu sein, stellt sich in Hayrettins Leben über Erfahrungen mit Herablassung, Arroganz, Geringschätzung und Mißachtung her und über die Erkenntnis, daß solche Diskriminierung die Gleichwertigkeit von Verschiedenem ausschließt.“¹⁵⁸¹

Differenz wird im gesellschaftlichen Prozeß bewertet. Die Erfahrung einer Negativdefinition der eigenen Ethnizität durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft kann dazu führen, daß kulturelle Unterschiede schließlich nur noch unter einer Perspektive des Trennenden wahrgenommen werden können.

„Der Spiegel“ berichtet über die Gefahren einer allgemeinen Radikalisierung der Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Nationalisten:

„Verfassungsschützer warnen davor, daß sich die Ressentiments bei deutschen Neonazis und türkischen Nationalisten gegenseitig hochschaukeln. Die Beobachter der Szene registrieren eine zunehmende Radikalisierung türkischer Gruppen. Selbst die moderate Türkische Gemeinde in Deutschland stimmte nach dem Anschlag von Krefeld in den antideutschen Chor ein. Wieder einmal seien Türken ‚Opfer rassistischer Barbarei‘ gewesen.“¹⁵⁸²

¹⁵⁷⁹ Tertilt (1996): 20

¹⁵⁸⁰ vergl. o.A.: „Ich muß blöd gewesen sein“, Der Spiegel 14.4.1997, S. 88 (TÜRK-S-10)

¹⁵⁸¹ Tertilt (1996): 111

¹⁵⁸² TÜRK-S-5: 140

Hier wird deutlich, daß Gefahrenpotentiale sich wechselseitig steigern können. Radikal ausgerichtete Deutsche tragen dazu bei, daß türkische Gruppierungen eine Verschlechterung des Klimas gegenüber Türken in Deutschland empfinden, werden selbst radikaler und provozieren damit aller Wahrscheinlichkeit nach weitere Gegenreaktionen. Es sei jedoch deutlich gesagt, daß der „Spiegel“-Bericht sich lediglich auf eine kleine Bevölkerungsgruppe bezieht.

Die Verweigerung von Auseinandersetzung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft sowie eine stetige – teils allerdings unbewußt ablaufende – Stigmatisierung türkischer Zuwanderer kennzeichnen einen Prozeß der Abwehr und Projektion. Die Betonung von Differenz, an der ein Ausschluß der Zuwanderer aus verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft festgemacht wird, erlaubt es aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft, ihren eigenen Status einem Prozeß des Infragestellens zu entziehen. Das von den Migranten auf diese Weise erfahrene Ungleichgewicht bei der Gestaltung des Lebens in der faktischen Migrationsgesellschaft führt wiederum dazu, daß Zuwanderer sich in einem Prozeß, der die erfahrene Stigmatisierung aufgreift, gegen die Mehrheitsgesellschaft wenden. Die ursprüngliche Stigmatisierung der Zuwanderer durch die Mehrheitsgesellschaft bildet dabei eine erste Konfliktebene, die Transformation dieser Stigmatisierung durch die Migranten und ihre Wendung gegen die Mehrheitsgesellschaft eine zweite. Auf einer dritten Ebene reagiert die Mehrheitsgesellschaft auf die nun erfahrenen Provokationen mit weiterer Abwehr, die dann auf einer konkreteren Ebene gewissermaßen als Antwort auf das Verhalten der Zuwanderer erfolgt.

Über Gefahren im Hinblick auf Straftaten berichtet die „Welt am Sonntag“ unter der Überschrift „Kurdische Kinder als Dealer in Deutschland“.¹⁵⁸³ In dem Artikel wird dargestellt, wie ein Rauschgiftring kurdische Kinder aus Anatolien einschleust, damit diese als Straßendealer tätig werden. Da in dem Artikel keinerlei Zahlen genannt werden, die eine Einschätzung zum Ausmaß der Problematik erlauben, besteht leicht die Möglichkeit der Assoziation, daß Kurden stereotypisiert mit Kriminellen gleichgesetzt werden. Außerdem wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß festgenommene Kurden, die bereits strafmündig seien, sofort Asyl beantragen würden. Eine mögliche Assoziationskette, die an dieser Darstellung festmacht, legt also auch nahe, daß kurdische Asylbewerber kriminell sind.

Ausländerkriminalität wird auch insofern zum Gefahrenpotential, als sich innerhalb der deutschen Bevölkerung Angstgefühle manifestieren:

„Immer mehr Bürger fühlen sich im eigenen Land bedroht, mißbraucht und in die Defensive gedrängt. Eigene Erfahrungen, diffuse Ängste und Erlebnisberichte aus zweiter Hand erzeugen ein Klima, in dem die Schuldigen rasch ausgemacht sind. Nach einer bisher unveröffentlichten Umfrage in einer Großstadt Nordrhein-Westfalens sind inzwischen mehr als 40 Prozent der Bewohner der Ansicht, daß ‚sich die Deutschen im eigenen Land gegen die vielen Ausländer wehren müssen‘. 1995 glaubte das lediglich ein Viertel der Befragten. Verstärkt wird dieses Gefühl durch die täglichen Nachrichten über Straftaten von

¹⁵⁸³ vergl. Pollack, Wolfgang: Kurdische Kinder als Dealer in Deutschland, Welt am Sonntag 1.6.1997, S. 15 (TÜRK-W-15)

Ausländern. ... Zwar ist die Ausländerkriminalität insgesamt rückläufig, doch im Bereich der Organisierten Kriminalität, bei Gewaltdelikten und Diebstahl ist der Anteil verurteilter ausländischer Täter überproportional hoch. Er stieg von 1990 bis 1995 bei Mord von 25,5 auf 34,4 Prozent, bei Raub und Erpressung von 27,7 auf 39,1 Prozent und bei schwerem Diebstahl von 18,7 auf 28,4 Prozent. Eine Erklärung für den Trend, sagt der Offenbacher Polizeipräsident Rainer Buchert, sei, daß unter den Ausländern in Deutschland die ‚potenziell kriminell aktive Altersgruppe junger Männer‘ überdurchschnittlich hoch ist. Dies verzerrt das Bild.¹⁵⁸⁴

Die Angstgefühle der deutschen Bevölkerung resultieren nicht unbedingt aus eigenen Erfahrungen, sondern scheinen sich eher diskursiv, beispielsweise über Medienberichte, zu verbreiten. Es scheint ein Prozeß der selektiven Wahrnehmung stattzufinden, der sich zu einem Teil von den tatsächlichen Entwicklungen abkoppelt.

Ein Beispiel dafür, wie der Mediendiskurs zu einer Verzerrung der Realität beiträgt, bildet der zitierte ‚Spiegel‘-Artikel selbst. In dem Bericht wird zunächst ein Ausländeranteil unter den verurteilten Straftätern, der ‚überproportional hoch‘ sei, dargestellt, während einige Sätze später erläutert wird, daß dies unter einem anderen Blickwinkel, nämlich dem Ausländeranteil in der Gruppe potentiell Straffälliger, eingeschätzt werden müsse. Ein Artikel, der im Prinzip zum Ziel hat, Assoziationsketten zu durchbrechen, gibt also zunächst selbst Ansatzpunkte, aus denen sich negative Assoziationen ableiten können.

Die unsachgemäße Darstellungsweise ausländerpolitischer Themen in den Medien wird von der ‚Zeit‘ sehr kritisch gesehen:

„Der lässige Umgang mit dem sensiblen Ausländerthema setzt sich in Teilen der Medien fort, die gemeinhin als ‚links‘ und somit als ‚ausländerfreundlich‘ gelten. So brachte der Spiegel die Titelgeschichte mit dem Aufmacher ‚Gefährlich fremd. Die gescheiterte Integration‘. Die Redakteure des Blattes legten in diesem Bericht den Schluß nahe, eine halbe Million türkischer Jugendlicher sei nicht zu integrieren, genausowenig 400.000 junge Aussiedler.“¹⁵⁸⁵

Die Medien selbst schaffen also auch Argumentations- und Denkmuster, die den Eindruck einer von der ausländischen Bevölkerung ausgehenden Gefahr erwecken und damit ein ohnehin schon eher konfrontatives Klima verschärfen.

Auch im politischen Diskurs wurde 1997 eine Abwehrhaltung gegenüber der ausländischen Bevölkerung unter dem Blickwinkel der Ausländerkriminalität geschürt. So beschreibt ‚Die Zeit‘ einen Themenschwerpunkt im Wahlkampf des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder wie folgt:

„Mit seiner Forderung ‚Kriminelle Ausländer müssen raus, aber schnell‘ erregte Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder unlängst viel Aufmerksamkeit. Warum eigentlich? Solche Sprüche sind ja nicht neu. Überrascht hat aber viele, daß ein Sozialdemokrat derart markig um Wählergunst buhlt. Bislang herrschte in Deutschland scheinbar eine klare Rollenverteilung. Die Konservativen sorgen sich um die nationale Identität und pflegen daher das gesunde Mißtrauen gegen Fremde, während die Linke ein Herz für alles Internationale hat. Daß diese Verteilung der Rollen schon lange nicht mehr gilt, ist der breiten Öffentlichkeit jedoch entgangen. Dabei gehört es unter den Spitzenvertretern der SPD fast schon zum guten Ton, Animositäten gegen Fremde und vermeintlich

¹⁵⁸⁴ TÜRK-S-8: 79ff

¹⁵⁸⁵ Daimagüler, Mehmet Gürcan: Stammtisch der Linken, Die Zeit 31.10.1997, S. 8 (TÜRK-Z-45)

zum guten Ton, Animositäten gegen Fremde und vermeintlich Fremde zu schüren, insbesondere im Wahlkampf.“¹⁵⁸⁶

Indem der Aspekt der Kriminalität von Ausländern losgelöst von anderen migrationspolitischen Themen betrachtet und instrumentalisiert wird, wird eine Typisierung „der“ Ausländer als kriminell begünstigt. Die Äußerungen Schröders knüpfen an ein bereits bestehendes Stimmungs- und Meinungsklima innerhalb der deutschen Bevölkerung an und tragen gleichzeitig dazu bei, eine konfrontative Haltung noch zu verstärken. So weist die „Zeit“ auf folgende sich verselbständigende Argumentationskette hin:

„Bei seinem Ruf ‚Kriminelle Ausländer raus‘ hören manche denn auch nur ‚Ausländer raus‘. Und handeln entsprechend. Das macht die Ausfälle so gefährlich.“¹⁵⁸⁷

Die Fokussierung auf „Ausländerthemen“ beziehungsweise die Darstellung von Ausländern unter negativen Gesichtspunkten, sei es in den Medien selbst oder im politischen Diskurs, können also die Entstehung sich gewissermaßen verselbständigender Assoziationsketten begünstigen.

8.2.2 Innenperspektiven der Migrationsgesellschaft und Bedeutung des Islam

Im folgenden geht es darum, die grundsätzliche Ausgestaltung des Zusammenlebens von deutscher Mehrheitsgesellschaft und türkischen Migranten, wie sie in den Medien dargestellt wird, zu analysieren. Von besonderem Interesse ist dabei, welche Lebensbereiche in der Berichterstattung überhaupt thematisiert werden und unter welchen Gesichtspunkten. Außerdem ist herauszuarbeiten, welcher Stellenwert dem Islam im Mediendiskurs, seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft und durch die türkischen Migranten selbst zugeschrieben wird.

Die soziale Realität der Migrationsgesellschaft in Deutschland ist teils gewissermaßen zweigeteilt. Auf der einen Seite werden von der deutschen Mehrheitsgesellschaft im politischen Diskurs durch politische Entscheidungen, an deren Zustandekommen aufgrund der politisch-rechtlichen Situation tendenziell die türkische Bevölkerung kaum beteiligt ist, Rahmenbedingungen geschaffen, die die Alltagsrealität der Migranten prägen. Auf der anderen Seite entwickeln die türkischen Migranten im Zuge ihrer dauerhaften Anwesenheit in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene Lebensrealität, die in bestimmten Bereichen von den gesetzten politischen Rahmenbedingungen eingeschränkt wird. Ein Artikel in der „Zeit“ über Veränderungen im Aufenthaltsrecht zeigt deutlich, welche Divergenzen zwischen Selbst- und Fremddefinition auf diese Weise zustande kommen können:

„Um die Aufenthaltsgenehmigungen für Sirma, Hüseyin und Süheyla zu bekommen, muß die Familie ihre Lebenssituation offenlegen. Die Kinder können nicht etwa in Deutschland bleiben, weil ihre Eltern hier leben oder weil sie selbst hier geboren wurden. ‚Mit meinen zwei Brüdern und der Schwester von

¹⁵⁸⁶ TÜRK-Z-45

¹⁵⁸⁷ TÜRK-Z-45

meinem Mann sind wir acht in der Wohnung. Alle arbeiten, und wir schicken auch Geld in die Türkei. Wir dürfen hier aber nur mit höchstens sechs Personen leben, weil unsere Wohnung nur sechzig Quadratmeter hat.' Sie waren sechs seit die zwei kleinen Kinder geboren wurden, sind sie zu acht. Gülnur befürchtet, daß die deutsche Behörde nach dem neuen Visumszwang zumindest ihre minderjährige Nichte Süheyla ausweisen wird. Die ganze Familie befürchtet es. Vor allem die dreizehnjährige Süheyla, die in Deutschland geboren ist und sich nicht vorstellen kann, statt in Hamburg-Billstedt in Sebinkarahisar bei ihren Großeltern zu leben. Seit dem 15. Januar dürfen Kinder unter sechzehn Jahren aus der Türkei, Ex-jugoslawien, Marokko und Tunesien nicht mehr ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland leben und nicht mehr ohne Visum nach Deutschland einreisen. Auch dann nicht, wenn sie hier zu Hause sind.¹⁵⁸⁸

Der Selbstdefinition türkischer Migranten, die sich auf ein Zu-Hause-Sein in Deutschland bezieht, steht hier eine juristisch definierte Realität gegenüber, die diese Definition nicht anerkennt.

Ein Bericht des Bundesinnenministeriums nähert sich zumindest auf der statistischen Ebene der Migrationsrealität an:

„Von den am 31. Dezember 1995 im Ausländerzentralregister erfaßten rd. 7 Mio. Ausländern hielten sich rd. 49. v.H. seit mindestens 10 Jahren, darunter rd. 29 v.H. bereits 20 Jahre oder länger, in Deutschland auf. Rd. 39 v.H. lebten seit weniger als 6 Jahren in Deutschland, und ca. 13 v.H. hatten einen Aufenthalt von 6 bis unter 10 Jahren.“¹⁵⁸⁹

Vor dem Hintergrund dieses Zahlenmaterials müßte also Zuwanderung eigentlich als politische Tatsache anerkannt werden.

Im politischen Diskurs wird jedoch eine andere Strategie verfolgt, die sich an völkerrechtliche Definitionen anlehnt:

„Nach Auffassung aller Bundesregierungen der letzten 30 Jahre, aber auch der Bundesländer sowie des Bundesverfassungsgerichtes lautet die Aussage hierzu: kein Einwanderungsland. Denn für die Kennzeichnung als Einwanderungsland kommt es nach Auffassung des Völkerrechts nicht darauf an, ob sich Ausländer längere Zeit oder gar auf Dauer in einem Land aufhalten können. Entscheidend ist vielmehr, ob ein Staat wegen seiner Erschließung und wegen seiner wirtschaftlichen Entwicklung der Einwanderung bedarf und dies auch erklärt. Auf diese völkerrechtliche Begründung beruft sich die Bundesregierung seit Jahren, wenn sie darauf hinweist, daß Deutschland unbestreitbar zu den am dichtesten besiedelten und wirtschaftlich am weitesten entwickelten Länder der Welt gehört.“¹⁵⁹⁰

Hier wird auf einer rechtlichen Ebene die Tatsache kontinuierlicher Zuwanderung und Seßhaftwerdung von Migranten in Deutschland wegdefiniert.

Tibi beschreibt die vorherrschende Verdrängung ähnlich und operiert dabei mit der Unterscheidung zwischen Zuwanderung und Einwanderung:

„Einwanderung ist gesetzlich geregelt, Zuwanderung ist *ungeregelt* – sie findet jeden Tag statt. Weil es Einwanderung juristisch nicht gibt, wird sie nach der Logik des deutschen Legalismus bestritten und die Existenz der Zuwanderung in der Realität übersehen.“¹⁵⁹¹

Wenn aber Zuwanderung eigentlich überhaupt nicht stattfindet, stellt sich die Frage, ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft überhaupt in der Lage ist, sich mit den Folgen, die sich durch die reale

¹⁵⁸⁸ Roggenkamp, Viola: ... aber Süheyla möchte bleiben, Die Zeit 28.2.1997, S. 72 (TÜRK-Z-9)

¹⁵⁸⁹ Bundesministerium des Innern (1997b): 14

¹⁵⁹⁰ Korte, Guido (1994): Migrationsprobleme der Bundesrepublik Deutschland. Rechtliche Aspekte, in: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (1994) (Hg.): Information zum Ausländerrecht und zum Ausländerextremismus, Köln 1994, S. 62-80: 65

¹⁵⁹¹ Tibi (1998): 266, Hervorheb. im Original

und dauerhafte Anwesenheit von Migranten in Deutschland ergeben, auseinanderzusetzen. Verfolgt man nämlich den politisch-juristischen Argumentationsstrang weiter, so wäre es eigentlich geradezu unlogisch, sich mit etwas auseinanderzusetzen, von dem man annimmt, daß es überhaupt nicht existiert. Sicherlich wird die Tatsache, daß etwa neun Prozent der in Deutschland lebenden Menschen ausländischer Herkunft sind,¹⁵⁹² oberflächlich zur Kenntnis genommen, doch hat es den Anschein, als ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft nachhaltig davon ausgeht, daß diese Anwesenheit nicht zu einer durchdringenden Veränderung der Konstellationen innerhalb der Gesamtgesellschaft führt.

„Die Zeit“ beschreibt die politischen Konstellationen des Jahres 1997 im Hinblick auf die Möglichkeit einer Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts wie folgt:

„Die Vorstellung mancher politischen Kreise, mehr als 7 Millionen Menschen (das sind 8,8 Prozent der Bevölkerung!) auf Dauer als Ausländer hier leben zu lassen, das heißt einem Sondergesetz mit minderen Rechten unterworfen, wird vor allem die zweite und dritte Generation der Einwanderer auf keinen Fall als Dauerzustand akzeptieren wollen. Nur mit Hilfe der Einbürgerung kann die völlige rechtliche Gleichstellung zwischen der deutschen und der Einwandererbevolkerung erreicht werden. Weil der Bundestag die Gesetzesanträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der vergangenen Woche wieder einmal abgelehnt hat, ergreift die türkische Gemeinde in Deutschland jetzt selbst die Initiative. Sie hofft, in allen Fraktionen Unterstützung für ihre Vorstellungen eines neuen Staatsbürgerschaftsrechts zu finden.“¹⁵⁹³

Der von der Bundesregierung geführte politische Diskurs¹⁵⁹⁴ weist in eine völlig andere Richtung als die Interessen türkischer Migranten. Eine politische Auseinandersetzung mit den Positionen der Zuwanderer scheint dabei überhaupt nicht stattzufinden.

Türkische Zuwanderer fordern zunehmend, daß ihrer Lebensrealität auf der politischen Ebene Rechnung getragen wird:

„Gökten Küçük, Sprecher vom Bündnis Türkischer Einwanderer, plädiert dafür, daß Deutschland sich endlich zum Einwanderungsland erklären möge. ‚Staatsbürgerschaft durch Geburt und festgelegte Einwanderungsquoten. Wir wollen keine Sonderrechte.‘ Sonderrechte böten keine Sicherheit, sondern seien vielmehr willkürlich änderbar. ‚Wir wollen Bürger dieses Staates sein, mit allen Rechten, nicht nur mit allen Pflichten, und mit der Möglichkeit, beide Pässe behalten zu können.‘ In der Internationalen Begegnungsstätte im Hamburger Stadtteil St. Pauli stellen zur Zeit türkische Kinder ihre Bilder aus. Es sind Collagen, die von Zerrissenheit erzählen. Die 22jährige Dimitra Paraschaki, die hier als Honorarkraft arbeitet, fühlt sich weder als Griechin noch als Deutsche. ‚Gerade das macht mich als Mensch aus. Ich kann mich einbürgern lassen. Aber das ändert nichts an der versteckt rassistischen Ausländerpolitik. Deutschsein geht noch immer nach Blut. Was kann ich politisch dagegen tun? Ich habe hier nichts zu melden.‘ Die Deutschen, findet sie, könnten Petitionen schreiben, damit das Land Einwanderungsland wird. ‚Dann wäre ich hier ein vollwertiger Mensch.‘“¹⁵⁹⁵

Eine Anpassung des Staatsbürgerschaftsrechts an die Selbstdefinition türkischer Migranten könnte also dazu beitragen, bestehende Divergenzen zu nivellieren. Am Beispiel des „Zeit“-Artikels

¹⁵⁹² vergl. Bundesministerium des Innern (1997b): 10f

¹⁵⁹³ Keskin, Hakkı: Von Privilegien kann keine Rede sein, Die Zeit 13.6.1997, S. 10 (TÜRK-Z-26)

¹⁵⁹⁴ In diesem Abschnitt wird die Bedeutung des Staatsbürgerschaftsrechts eher aus der Perspektive türkischer Migranten beleuchtet. Im folgenden Abschnitt, in dem der Frage nachgegangen wird, welche Interessenlagen sich im Hinblick auf Zuwanderung in Deutschland artikulieren, soll die politische Auseinandersetzung zum Staatsbürgerschaftsrecht dann aus dem Blickwinkel deutscher Parteien dargestellt werden.

¹⁵⁹⁵ TÜRK-Z-9

wird zudem deutlich, daß eine von Zuwanderern empfundene „Zerrissenheit“ nicht unbedingt aus kultureller Differenz resultieren muß, sondern daß vielmehr fehlende Anerkennung zu einer Außenseiterrolle der Migranten beiträgt. So beschreibt die Türkin Renan Demirkan in einem Artikel im „Spiegel“ die Situation wie folgt:

„Selten waren sich rechts und links so einig. Die Integration ist gescheitert. Stimmt. Weil gesetzlich nicht zu regeln ist, was menschlich fehlt: RESPEKT.“¹⁵⁹⁶

Rechtliche Voraussetzungen können also gewissermaßen nur einen Rahmen bilden, der mit Akzeptanz, die die Mehrheitsgesellschaft den Zuwanderern entgegenzubringen hätte, gefüllt werden müßte. Die Einschätzung, daß eine rechtlich definierte Anerkennung nicht ausreicht, wird durch die Selbstwahrnehmung türkischer Migranten bestätigt. So gehen laut einer Studie nur 26,8 Prozent der befragten türkischen Jugendlichen davon aus, daß sich durch eine Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ihre Situation verbessere.¹⁵⁹⁷

Die Frage der Staatsangehörigkeit berührt in den Augen zahlreicher Türken nicht nur eine politisch-strukturelle Ebene, sondern beinhaltet auch eine emotionale Dimension. Der Wunsch nach doppelter Staatsbürgerschaft drückt sowohl das Bekenntnis zum Herkunftsland als auch zu Deutschland aus.¹⁵⁹⁸ Die Verbundenheit mit dem Herkunftsland ist dabei eine eher emotionale, die zu Deutschland eine eher politische, wobei diese Haltung auch aus einer in Deutschland erfahrenen Ablehnung resultiert. Eine Türkin, die aufgrund der Möglichkeiten, die das türkische Gesetz bei der Aus- und Wiedereinbürgerung vorsieht, sowohl einen türkischen als auch einen deutschen Paß besitzt, beschreibt diese Situation in einem Artikel in der „Zeit“:

„Eine 34jährige Diplomsozialarbeiterin aus Offenbach hat als eine der ersten von der Gesetzesänderung profitiert. Obwohl sie seit mehr als zwanzig Jahren in Deutschland lebt, hätte sie den deutschen Paß nicht beantragt, wenn sie den türkischen dadurch verloren hätte. ‚Ich erlebe mich nicht als Deutsche‘, sagt die dunkelhaarige Frau. ‚Solange ich schwarze Haare habe und einen Akzent, werde ich als Ausländerin behandelt.‘ Der deutsche Paß sei ihr trotzdem wichtig, weil sie politisch mitbestimmen wolle. Als Ausländerin könne sie ja nicht einmal an den Kommunalwahlen teilnehmen.“¹⁵⁹⁹

Der Anspruch der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach einer völligen Identifikation der türkischen Migranten mit dem Zuwanderungsland, der sich im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht manifestiert, steht in gewisser Weise in einem Widerspruch zu den Möglichkeiten der Anerkennung, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft den Zuwanderern bietet.

Renan Demirkan sieht in der doppelten Staatsbürgerschaft ebenfalls die Möglichkeit, daß die Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Zuwanderern eine grundsätzliche Aufnahmebereitschaft dokumentiert:

¹⁵⁹⁶ Demirkan, Renan: Respekt statt Integration, Der Spiegel 14.4.1997, S. 80-81 (TÜRK-S-9): 80

¹⁵⁹⁷ vergl. Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 110

¹⁵⁹⁸ vergl. Keller, Martina: Einbürgern, Ausbürgern, Einbürgern, Die Zeit 28.3.1997, S. 69 (TÜRK-Z-15)

¹⁵⁹⁹ TÜRK-Z-15

„Im Frühjahr '95 traf ich einen wichtigen grünen NRW-Politiker, sagte ihm, daß ich im Sommer 40 Jahre werde und einen einzigen Wunsch habe: die doppelte Staatsbürgerschaft angeboten zu bekommen, als doppelte, zu meinem türkischen Paß dazu, als ein Zeichen, als ein Geschenk, von diesem Land, in diesem Land gewollt zu sein. Eine Umarmung.“¹⁶⁰⁰

Aus der Sicht türkischer Migranten könnte ein solches Signal des Entgegenkommens, die Illustration des Willens der Mehrheitsgesellschaft, Zuwanderer zu respektieren, die Definition der eigenen Loyalität gegenüber dem deutschen Staat und der deutschen Bevölkerung sicherlich erleichtern. Der Wunsch der Mehrheitsgesellschaft, daß die Identifikation der Zuwanderer über den deutschen Paß erfolgen soll, impliziert dagegen die Forderung nach einseitiger Anpassung.

Migration wird laut Hoffmann immer noch unter der einseitigen Perspektive gesehen, derzufolge die Aufnahmegesellschaft eine gegebene Einheit darstellt. Vor diesem Hintergrund kann Differenz nur als abweichendes Verhalten der Migranten angesehen werden.¹⁶⁰¹ Dann bedeutet die Forderung nach Integration fast zwangsläufig eine Nivellierung der Differenz.

Interessant ist hier auch Tibis Einschätzung der politischen Kultur in Deutschland, die er aus einem Vergleich mit Frankreich gewinnt:

„Der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich ist ein solcher zwischen einem westlichen Land mit einer langen demokratischen Tradition und einem anderen, das sich immer noch in einem Verwestlichungsprozeß befindet. Die politische Kultur in Deutschland läßt in dieser Hinsicht noch zu wünschen übrig ...“¹⁶⁰²

Der Vergleich relativiert die Perspektiven der politischen Kultur in Deutschland und verdeutlicht, daß diese nur eine von verschiedenen Möglichkeiten der politischen Identifikation darstellt.

Tibi begründet die „Rückständigkeit“ der deutschen politischen Kultur dabei wie folgt:

„Denn das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist kollektiv und steht somit nicht in der westlich-demokratischen Tradition der *Citoyennité/Citizenship*. Das ist nur ein Beispiel dafür, daß Deutschland trotz fortschreitender Verwestlichung ... noch immer nicht ganz westlich, im Sinne von kultureller Moderne, ist.“¹⁶⁰³

Während die in Deutschland geltenden Identifikationsmaßstäbe aus der Sicht der deutschen Gesellschaft als absolut gesetzt werden und damit aus dieser Innenperspektive die einzig mögliche Integrationsperspektive für Zuwanderer bilden sollen, zeigt der Blick auf die Geschichte Variationsmöglichkeiten, die teils für das aktive Umgehen mit Migration besser geeignet erscheinen. Die ahistorische Absolutheit der deutschen Selbstdefinition führt dazu, daß die Möglichkeit der Veränderung und des Wandels überhaupt nicht in Erwägung gezogen wird und werden kann. Die so konstruierte Statik innerhalb der politischen Kultur kollidiert jedoch ab einem bestimmten Punkt

¹⁶⁰⁰ TÜRK-S-9: 80

¹⁶⁰¹ vergl. Hoffmann, Lutz (1996): Der Einfluß völkischer Integrationsvorstellungen auf die Identitätsentwürfe von Zuwanderern, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 241-260: 241

¹⁶⁰² Tibi (1998): 278

¹⁶⁰³ Tibi (1998): 278, Hervorheb. im Original

der gesellschaftlichen Entwicklung aller Wahrscheinlichkeit nach zwangsläufig mit der faktischen Realität der Migrationsgesellschaft.

Die Schwierigkeiten türkischer Migranten, sich in einer Gesellschaft, die ihnen eher Ablehnung als Anerkennung entgegenbringt, als Staatsbürger zu verorten, sowie das identitäre Dilemma, das aus den bestehenden Bindungen an das Herkunftsland erwächst, schildert „Die Zeit“ in einem weiteren Artikel wie folgt:

„Unbestritten erschweren eine Reihe von Hürden die Einbürgerung in Deutschland. Das Haupthindernis ist die erzwungene Aufgabe der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes. Besonders Menschen aus dem Mittelmeerraum verbinden jedoch mit einem solchen Verzicht eine Art von Verrat und die Vorstellung, der ehemaligen Heimat und den dort lebenden Verwandten und Freunden den Rücken zu kehren. Die dadurch entstehenden Schuldgefühle werden oft zu einer großen Belastung. Die Bewältigung dieses Zwiespaltes wird überdies noch erschwert, wenn der Einbürgerungswillige nicht selten feststellen muß, daß ihn Teile der Politik und der deutschen Gesellschaft ablehnen oder nur sehr widerwillig aufnehmen. Auch die zunehmende Ausländerfeindlichkeit nach der deutschen Wiedervereinigung, die insbesondere durch die Ereignisse von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen deutlich geworden ist, trug dazu bei, die Einwanderer zu verunsichern. Viele von ihnen wollen sich daher zumindest die Option auf eine spätere Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat offenhalten.“¹⁶⁰⁴

Die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft könnte also einen Beitrag dazu leisten, daß türkische Migranten keinem Identitätsdilemma in diesem Ausmaß ausgesetzt sind, da ihrer aktuellen Lebenssituation und Selbstverortung durch ein solches Recht Rechnung getragen würde.

Man muß allerdings auch berücksichtigen, daß eine solche rechtliche Lösung nur einen Aspekt der komplexen Situation der Migrationsgesellschaft tangiert. Die Frage einer weiterreichenden Anerkennung, die auf Empathie basiert, kann auf der gesetzlichen Ebene kaum angegangen werden, wobei der Gesetzesrahmen natürlich dennoch die grundsätzliche Haltung der Mehrheitsgesellschaft in dieser Frage widerspiegelt.

Aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft wird die doppelte Staatsbürgerschaft vor allem unter den Gesichtspunkten des Privilegs und der Loyalität diskutiert:

„Für die Bundesrepublik Deutschland hingegen entstehen aus engen Bindungen der Doppelstaatsbürger zu ihrem Herkunftsland keinerlei Nachteile. Im Gegenteil: Millionen von Doppelstaatsbürgern könnten dazu beitragen, eine menschliche und kulturelle Brücke zwischen Deutschland und den Ländern ihrer Herkunft zu bauen. Die Kritiker doppelter Staatsbürgerschaften führen als Argument ins Feld: Doppelstaatsbürger seien privilegiert, da sie zwischen den jeweils günstigsten Bedingungen frei wählen könnten, durch viele Doppelstaatsbürger entstünden Probleme in den zwischenstaatlichen Beziehungen, die Loyalitätsfrage bliebe ungeklärt. Doch die Bedenken überzeugen nicht: Die Doppelstaatler genießen staatsbürgerliche Rechte faktisch nur in dem Staat, in dem sie leben. Sie sind damit allen Pflichten allein des neuen Staates unterworfen. Solange sie sich in ihrer neuen Heimat aufhalten, ruht die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes und hat daher keine praktische Bedeutung. ... viele Einwanderer werden auch bis zur dritten oder gar vierten Generation ihre Herkunft nicht verleugnen wollen, denn sie ist ein Teil ihrer Identität. Diese emotionalen Bindungen an die Heimat der Eltern und Großeltern führen aber ganz sicher nicht zu einem Loyalitätskonflikt. Auch die Siebenbürger Schwaben in Rumänien, die Wolgadeutschen in Rußland oder Kasachstan oder die deutschstämmigen US-Amerikaner bekennen sich zum Herkunftsland Deutschland. Loyalität hängt immer weitgehend davon ab, wie die Mehrheitsgesell-

¹⁶⁰⁴ TÜRK-Z-26

schaft in der neuen Heimat mit ihren Einwanderern umgeht, doch kaum davon, ob der Neubürger einen oder zwei Pässe in seiner Tasche trägt.“¹⁶⁰⁵

Hier wird deutlich, daß die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Prinzip von Migranten eine ausschließliche Identifikation mit dem deutschen Staat erwartet. Auf der anderen Seite wird im politischen Diskurs jedoch nicht gesehen, daß die Anknüpfungspunkte, die den Zuwanderern seitens der Mehrheitsgesellschaft geboten werden, relativ gering sind. Die Herausbildung von Loyalität wird als einseitige Anpassungsleistung konzipiert, ohne daß die Mehrheitsgesellschaft sich der Tatsache bewußt ist, daß sie selbst sich ebenfalls aktiv mit der sich wandelnden Zusammensetzung der Bevölkerung auseinandersetzen müßte. An dieser Stelle leitet „Die Zeit“ gewissermaßen einen Gegendiskurs zur politischen Ebene der Auseinandersetzung über das Staatsbürgerschaftsrecht ein. Der Mediendiskurs stellt also den politischen Diskurs explizit in Frage.

Seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft manifestieren sich eher zunehmend Abschottungstendenzen, die vor allem im politischen Diskurs artikuliert werden:

„Die Stimmung ist gereizt, das Thema Heikel: Zuwanderung nach Deutschland, besonders der Muslime und ihre Einbürgerung in Deutschland. ... Der Vorsitzende der ‚Türkischen Gemeinde in Deutschland‘ ... Prof. Dr. Hakki Keskin, griff öffentlich den deutschen Kanzler wegen seiner Rede auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Magdeburg an: ‚Es ist mehr als peinlich, wenn Bundeskanzler Kohl ohne Hemmungen Ängste vor den Türken schürt, und zwar mit völlig falschen Angaben: Wer für die in Deutschland geborenen Kinder die doppelte Staatsbürgerschaft wolle, so der Bundeskanzler, müsse auch wissen, was am Ende des Weges stehe. Statt drei Millionen würden vier bis sechs Millionen Türken nach Deutschland kommen.‘ Weil dem Bundeskanzler die Sachargumente fehlten, schüre er Ängste vor den Türken, sagte Keskin. In Deutschland, so korrigierte er den Kanzler, lebten ‚zur Zeit nicht drei Millionen, sondern knapp 2,2 Millionen Türken‘.“¹⁶⁰⁶

Hier wird deutlich, welche Vorbehalte tatsächlich gegenüber der sich stetig wandelnden Zusammensetzung der Bevölkerung im Zuwanderungsland Deutschland bestehen. Diese Vorbehalte beziehungsweise die Ängste, die hinter ihnen liegen, werden jedoch nicht als solche artikuliert. Das Aufgreifen von Zahlen, die einen immensen Zuwachs der türkischen Bevölkerung in Deutschland suggerieren, verstärkt die ohnehin bestehenden Ängste und steigert damit die ablehnende Haltung gegenüber türkischen Migranten, da der Zugang zur emotionalen Ebene durch Projektion in gewisser Weise verhindert wird.

Das Selbstbild, das die Politik von der deutschen Gesellschaft entwirft, scheint von der impliziten Forderung nach Konsistenz und Unwandelbarkeit geprägt zu sein. Wenn diese Konsistenz jedoch durch die gesellschaftliche Realität – hier durch die Tatsache der Zuwanderung – untergraben wird, brechen Ängste hervor, die aufgrund der Annahme der Statik der Gesellschaft keinen Raum finden, in dem sie überhaupt artikuliert werden könnten. Die von der Politik propagierte Unwandelbarkeit der deutschen Mehrheitsgesellschaft führt also dazu, daß Ängste, für die es,

¹⁶⁰⁵ TÜRK-Z-26

¹⁶⁰⁶ Kummer, Jochen: Werden Türken Deutsche?, Welt am Sonntag 2.11.1997, S. 3 (TÜRK-W-29)

da faktischer Wandel definitiv negiert wird, eigentlich gar keinen Anlaß gibt, nach außen projiziert werden müssen. Aus identitätstheoretischer Sicht manifestiert sich also eine Selbsteingeschlossenheit der deutschen Gesellschaft. Der real stattfindende Wandel untergräbt bestehende Identifikationsschemata. Da jedoch keine neuen Bezugsschemata entwickelt werden, was ja explizit die Notwendigkeit eines Wandels bedeuten würde, müssen Konflikte, die aus dieser widersprüchlichen Situation resultieren, umgeleitet werden. Die realen Ängste, die innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft aufkommen, werden also auf die Anwesenheit von Zuwanderern projiziert. Damit erfolgt eine Unbewußtmachung des eigentlichen Konflikts, und Migration wird zum Problem stilisiert, das zu lösen ist. Dieser Mechanismus verläuft zunächst von der politischen Ebene in Richtung Gesellschaft.

Das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung in der Frage des Staatsangehörigkeitsrechts und einer damit verbundenen politischen Integration von Zuwanderern ist entsprechend der Umgangsweise mit der Thematik im politischen Diskurs relativ negativ:

„Eine klare Mehrheit der Befragten in den alten (64 v.H.) und in den neuen Bundesländern (69 v.H.) ist nicht dafür, daß man es Ausländern erleichtert, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Jedoch sprechen sich 54 v.H./57 v.H. dafür aus, in Zukunft auch denjenigen in Deutschland geborenen Ausländerkindern die deutsche Staatsangehörigkeit zu ermöglichen, bei denen kein Elternteil Deutscher ist. Demgegenüber wird jedoch vom größten Teil der Deutschen eine Doppel-Staatsangehörigkeit abgelehnt. 73 v.H./75 v.H. sprechen sich gegen eine doppelte Staatsangehörigkeit und damit in diesem Punkt für eine Beibehaltung der jetzigen Regelung aus.“¹⁶⁰⁷

Die Abschottungshaltung im politischen Diskurs findet also innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft ihren Niederschlag. Es ist allerdings auch eine Rückkopplungstendenz anzunehmen, derzufolge innerhalb des politischen Diskurses die negative Haltung der Bevölkerung aufgegriffen wird.

Im Prinzip kann man also von einer fehlenden Verständigung zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und Migranten ausgehen. Dies führt anscheinend dazu, daß, selbst wenn die Mehrheitsgesellschaft in bestimmten Bereichen wie dem Staatsangehörigkeitsrecht Zugeständnisse an die Zuwanderer machen würde, diese kaum zu einer Auflösung der viel komplexeren Problematik führen könnten:

„Die gefährliche Mischung aus Ausgrenzung und Isolation eines Großteils der Türken in Deutschland hat sich längst so verhärtet, daß auch die von vielen Experten empfohlene Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft von den Betroffenen kaum noch als Lösung empfunden wird.“¹⁶⁰⁸

Ein wahrscheinlich gegenseitiges Unverständnis hat also zu einer Verhärtung der Fronten geführt, die wohl nur im Zuge langfristiger Prozesse der wechselseitigen Auseinandersetzung wieder aufgeweicht werden könnten.

¹⁶⁰⁷ Bundesministerium des Innern (1997b): 58

¹⁶⁰⁸ TÜRK-S-8: 93

Wie aber stellen sich die Rahmenbedingungen für solche Prozesse dar, und unter welchen Perspektiven werden türkische Migranten im politischen und medialen Diskurs dabei eingeschätzt? Die Annahme einer grundsätzlichen Differenz zwischen Deutschen und Türken, die sich im politischen Diskurs manifestiert, wird auch von den Medien transportiert:

„Anders als etwa die auch als Gastarbeiter ins Land geholten Italiener, Spanier, Jugoslawen oder Portugiesen sind die Türken den Deutschen immer fremd geblieben, nicht nur aufgrund ihrer Religion und ihrer kulturellen Traditionen. Selbst der promovierte Historiker Helmut Kohl lehnte einen Beitritt der Türkei zur EU mit der Begründung ab: ‚Ich habe im Erdkundeunterricht nicht gelernt, daß Anatolien ein Teil Europas ist.‘ Nur wenige CDU-Politiker, wie Heiner Geißler, haben, allen populistischen Anfeindungen zum Trotz, den Mut, sich zum ‚Einwanderungsland Bundesrepublik‘ zu bekennen. Für das weitere Zusammenleben von Deutschen und Ausländern nennt Geißler drei Kernpunkte, die er für weithin konsensfähig hält: - Integration: Wer auf Dauer im Land bleibt, muß die Verfassungsgrundsätze anerkennen und die deutsche Sprache beherrschen. – Anerkennung: Wer nach diesen Bedingungen hier lebt, kann leicht und schnell deutscher Staatsbürger werden. – Toleranz: Menschen anderer Herkunft brauchen sich nicht vollständig zu assimilieren, sondern dürfen ihre kulturelle Identität bewahren.“¹⁶⁰⁹

Die ablehnende Haltung des damaligen Bundeskanzlers entspricht sicherlich der Meinung eines größeren Teiles der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Türkei und türkischen Migranten. Die propagierte Nicht-Zugehörigkeit beeinflusst zwangsläufig die Möglichkeiten einer wechselseitigen Auseinandersetzung innerhalb der Migrationsgesellschaft, denn sie beinhaltet die latente Assoziation, daß eine Auseinandersetzung mit Menschen, denen eine grundsätzliche Zugehörigkeit abgesprochen wird, überhaupt nicht notwendig ist.

Das von Geißler dargelegte Modell hingegen – das dem „populistischen“ Meinungsklima in der Bundesrepublik anscheinend eher nicht entspricht – könnte einen Weg aufzeigen, der langfristig zu einer Verständigung führen könnte. Es setzt eine aktive Verarbeitung der Migrationssituation sowohl seitens der Migranten als auch seitens der Mehrheitsgesellschaft voraus. Doch wären hierfür die politischen Rahmenbedingungen und erst recht ein entsprechendes emotionales Klima zu schaffen.

Ein grundsätzliches Problem auf dem Weg zur Schaffung eines Klimas der Auseinandersetzung bildet sicherlich die identitätsstabilisierende Wirkung des Nationalismusgedankens. Das Prinzip der Nation basiert laut Rösen zwar auf universalistischen Normen, denen sich die Angehörigen einer bestimmten Nation verpflichtet fühlen, doch birgt dieses Konzept in übergeordneten Bezügen wiederum einen Partikularismus:

„Indem sich die Menschlichkeit des modernen Subjekts politisch als Nation verfaßt, setzt sie ihre Allgemeinheit partikular, unterscheidet sie sich von anderen Partikularitäten. Damit treten zwei kollektive Identitäten einander gegenüber, die sich in ihrer Partikularität grundsätzlich universalistisch begründen. Da sie ihre Partikularität mit universalistischer Normativität aufladen, schließen sie sich gegenseitig aus. Dies erklärt den aggressiven Charakter internationaler Beziehungen unter dem Vorzeichen des Nationalismus ... Die Partikularität des eigenen Staates, die die Besonderheit von Gesellschaft

¹⁶⁰⁹ TÜRK-S-8: 93

und Kultur einschließt, reibt sich an der abstrakten Allgemeinheit der in ihr wirkenden identitätsbildenden Prinzipien.“¹⁶¹⁰

Hier wird deutlich, daß ein bisher in der politischen Geschichte vorherrschendes Prinzip der Nation in Migrationsgesellschaften Probleme aufwerfen kann. Es ist nämlich anzunehmen, daß der sich auf der internationalen Ebene artikulierende Partikularismus sich in der Migrationsgesellschaft fortsetzt. Warum sollten bestimmte Gruppen wie beispielsweise türkische Zuwanderer, die in den internationalen Beziehungen unter einer Perspektive der Differenz wahrgenommen werden, durch die sich durch Migration verändernden Bedingungen in der Aufnahmegesellschaft in ein auf Partikularismen beruhendes Konzept integriert werden? Dieser grundsätzliche Widerspruch läßt sich, dies zeigt das Beispiel Frankreich, auch durch ein als zumindest kulturell neutral propagiertes Konzept der Staatsbürgerschaft nicht wirklich überwinden.

Rüsen propagiert als mögliche Verarbeitungsstrategie des dem Nationalismus inhärenten Partikularismusprinzips einen „Gesichtspunkt wechselseitiger Anerkennung von Differenz“.¹⁶¹¹ Ein solches aktives Umgehen mit Differenz erscheint vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, daß viele Migranten keine völlige Integration in eine Mehrheitsgesellschaft wollen, notwendig zu sein:

„Die Deutschen müssen sich darauf einrichten, daß unter ihnen eine abgegrenzte, religiös-nationale Gruppe lebt, die sich der Übernahme der deutschen Kultur nachhaltig widersetzt. Zur Bewahrung ihrer Identität und durch den Rückzug in den Islam versuchen besonders türkische Staatsangehörige jene Selbstachtung und Selbstverwirklichung zu finden, die ihnen in der fremden, oft als kalt und seelenlos empfundenen Umwelt vielfach versagt wird. Teile der ausländischen Bevölkerung werden so auch weiterhin im Spannungsfeld von Integration und Rückkehrabsichten bleiben und die Angebote zur Integration im Sinne einer Assimilation ausschlagen.“¹⁶¹²

Diese Einschätzung der Situation muß nicht zwangsläufig eine dauerhafte Perspektive der gezielten Abgrenzung beinhalten, sondern sollte eher als Beschreibung des gegenwärtigen (Zwischen-)Stadiums der Migrationsgesellschaft angesehen werden. Vor dem Hintergrund dieses aktuellen Stadiums müßten erste Ansätze zu einer wechselseitigen Auseinandersetzung entwickelt werden, doch sollte man sich darüber im Klaren sein, daß dies nur einen Ausgangspunkt bilden kann, der sich im Zuge prozeßhafter Entwicklungen stetig weiterentwickelt, so daß eine einmal entwickelte Grundstrategie der Auseinandersetzung im Laufe der Zeit stetig modifiziert werden müßte.

Die bisherigen Perspektiven der Auseinandersetzung in der Migrationsgesellschaft bezogen sich vorwiegend auf eine allgemeingesellschaftliche Ebene. In einem Artikel in der „Zeit“ wird dagegen deutlich, welche Barrieren der wechselseitigen Anerkennung in konkreten Alltagssituati-

¹⁶¹⁰ Rüsen, Jörn (1996): Kollektive Identität und ethnischer Konflikt im Prozeß der Modernisierung, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 142-152: 147

¹⁶¹¹ vergl. Rüsen (1996): 149

¹⁶¹² Bundeszentrale für politische Bildung (1992) (Hg.): Ausländer, Informationen zur politischen Bildung 237, Bonn 1992: 39

onen im Wege stehen können. So stellt sich die Situation in einem Hamburger Stadtteil mit hohem Ausländeranteil wie folgt dar:

„Viele Deutsche haben den Abstieg, viele Ausländer den Aufstieg erlebt – die ideale Voraussetzung, um gemeinsam im Reihertiegviertel hängenzubleiben und sich auf ewig zu mißtrauen.“¹⁶¹³

Die von deutschen Einwohnern real erfahrene soziale Deklassierung kann dazu führen, daß die Anwesenheit von Migranten als direkte Bedrohung der eigenen Lebensmöglichkeiten angesehen wird.

„Der Spiegel“ beschreibt die Problematik eines entstehenden und sich steigernden Sozialneids im Deutschland der neunziger Jahre folgendermaßen:

„In einem Land mit 4,5 Millionen Arbeitslosen gehören solche Hoffnungen [nach der Annäherung von Menschen verschiedener Herkunft, N.R.] der Vergangenheit an. Aus Sozialneid wird immer öfter Fremdenhaß. Für rund ein Drittel aller Deutschen, Ost wie West, sind ‚die vielen Ausländer, die hier arbeiten‘, Ursache der hohen Arbeitslosigkeit ... Zwei Jahre zuvor sahen das lediglich 23 Prozent der Ostdeutschen und 17 Prozent der Westdeutschen so.“¹⁶¹⁴

Eine als negativ empfundene gesellschaftliche Situation wird also von der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf Zuwanderer projiziert. Dies sagt jedoch nichts über die eigentlichen Hintergründe der Situation aus.

Auch die „Welt am Sonntag“ leitet aus der Anwesenheit türkischer Migranten beziehungsweise aus der Möglichkeit einer verstärkten Zuwanderung aus der Türkei, die aus einer EU-Mitgliedschaft resultieren könnte, soziale Probleme ab:

„Die Ungebildeten sind auch die Armen. Ihr Treck ins ersehnte Mitteleuropa würde Deutschland und seine Nachbarn vor kaum zu bewältigende Eingliederungsprobleme stellen. Schon heute beträgt der Anteil der Ausländer an den registrierten Arbeitslosen in Deutschland 12,5 Prozent. 1,14 Millionen Ausländer in Deutschland beziehen Sozialhilfe und ‚Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz‘ – ein Anteil von über einem Drittel. Türkische Staatsangehörige liegen in der Ausländerkriminalität in Deutschland mit 21,9 Prozent an der Spitze.“¹⁶¹⁵

Hier werden verschiedene Aspekte zu einem umfassenden Negativszenario verbunden. Zunächst einmal geht es überhaupt nicht nur um türkische Migranten, doch werden die allgemeinen Probleme im Sozialbereich durch den Hinweis auf die Kriminalitätsrate unter türkischen Zuwanderern dennoch mit diesen in Verbindung gebracht. Außerdem wird der Status von Zuwanderern nicht von dem der Asylbewerber unterschieden. Die Situation stellt sich also aufgrund der Verknüpfung der verschiedenen negativen Aspekte so dar, daß die deutsche Gesellschaft im Prinzip stetig „Leistungen“ für in Deutschland lebende Türken zu erbringen hat, obwohl diese nicht einzugliedern sind beziehungsweise sich sogar explizit durch kriminelle Akte gegen die Aufnahmegesellschaft wenden.

¹⁶¹³ Klawitter, Nils/Willeke, Stefan: Die geteilte Stadt, Die Zeit 26.12.1997, S. 9 (TÜRK-Z-50)

¹⁶¹⁴ TÜRK-S-8: 84

¹⁶¹⁵ TÜRK-W-36

Die Wahrnehmung einer Bedrohungslage ist eng verbunden mit allgemeineren gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen:

„... Kanthers These, daß jene Ausländer, die in Deutschland verwurzelt sind, kein besonderes Problem darstellen, täuscht. Äußerst eruptive Tendenzen beobachtet etwa der Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer in Stadtteilen, in denen viele Ausländer, Aussiedler und Immigranten wohnen: ‚Die Konflikte, die einen ethnischen Hintergrund haben, nehmen zu.‘ Der Leiter des neugegründeten Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld ist pessimistisch, was die Entwicklung in den nächsten Jahren angeht. ‚Desintegration‘ ist für ihn der ‚Schlüsselbegriff zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen‘, eine ‚Ethnisierung sozialer Probleme‘ die logische Konsequenz einer Gesellschaft, in der das soziale Klima rauher wird und deren Vorrat an gemeinsamen Werten und Überzeugungen ... kontinuierlich abnimmt.“¹⁶¹⁶

Leider ist in diesem Artikel nicht nachvollziehbar, in welchem Zusammenhang Heitmeyer seine Äußerungen gemacht hat. Die Fragmentierung des Zitats legt nahe, daß hier sozialwissenschaftliche Analyse mit journalistischer Interpretation vermengt wurde. Die angesprochenen Desintegrationserscheinungen sind zunächst einmal ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, dem sowohl die Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch türkische Migranten ausgesetzt sind. Damit ist eine „Ethnisierung sozialer Probleme“ keine logische Konsequenz, sondern nur eine von verschiedenen Möglichkeiten, sich einer Auseinandersetzung mit grundsätzlichen sozialen Problemen zu entziehen. Die Bedeutung von gemeinsamen Normen und Werte wird hier vor einem ethnischen Hintergrund gesehen, so daß eine Problematik kultureller Divergenz implizit zum zwangsläufigen Thema wird.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, einen Blick auf die grundsätzlichen Randbedingungen von Konflikten in Phasen gesellschaftlicher Desintegration zu werfen. Konflikte werden laut Esser dann akut, wenn sich eine Gesellschaft in einem Transformationsprozeß befindet und ein früherer Zustand der Stabilität verlassen wird. In einem Transformationsprozeß stelle sich die Frage, wer die künftige Definitionsmacht gewinnt und damit den Wert kulturellen Kapitals für eine unabsehbare Zukunft festlegen könne:¹⁶¹⁷

„Viele Positionsgüter sind es ... nicht wert, sich dafür gegenseitig umzubringen. Verständlich würde die Radikalität eines Konfliktes erst dann, wenn es um ein Positionsgut ginge, von dem buchstäblich das Leben abhängt. Und in der Tat gibt es ein solches Positionsgut: Es sind die – nicht vermehrbaren – Ressourcen der gesellschaftlichen *Definitionsmacht* für den *Wert* der *spezifischen* Ressourcen, von denen die gesamte Alltagsgestaltung abhängt. Ein anderer Ausdruck für die Definitionsmacht des Wertes spezifischer Ressourcen ist der der *Herrschaft*. Herrschaft bedeutet dabei nichts anderes als die – durch Gewalt und/oder durch eine gewisse Legitimation abgestützte – Fähigkeit, die ‚Verfassung‘ einer Gesellschaft bestimmen zu können. ... die Herrschaft ist schon deshalb besonders begehrt, weil die jeweils obsiegende Gruppe ja die Konstellation *allgemein* durchsetzen kann, die spezifisch *ihr* nützt.“¹⁶¹⁸

Von den allgemeinen Desintegrationstendenzen werden, dies wurde bereits gezeigt, in der deutschen Mehrheitsgesellschaft vor allem die sozial eher unterprivilegierten Gruppen erfaßt, die aller

¹⁶¹⁶ TÜRK-S-8: 84

¹⁶¹⁷ vergl. Esser (1996): 93

¹⁶¹⁸ Esser (1996): 80, Hervorheb. im Original

Wahrscheinlichkeit nach an der gesellschaftlichen Definitionsmacht ohnehin eher weniger teilhaben. Da diese sich nach „oben“ innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft kaum durchsetzen können, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie zumindest versuchen, nach „unten“ gegenüber Zuwanderern ihre ohnehin schon spärlichen Ressourcen zu verteidigen. Migranten wiederum leben in einem Umfeld, daß sie zu einem großen Teil als durch eine deutsche Mehrheitsgesellschaft (fremd-)bestimmt wahrnehmen. Die allgemein durchgesetzte Perspektive wird also nicht als eine eigene erlebt. In dem Ringen um Definitionsmacht kann Kultur und damit kulturelle Divergenz ein Aspekt sein, der mobilisiert wird. Sie muß jedoch nicht der einzige sein und bildet erst recht nicht den Ausgangspunkt für den eigentlichen Konflikt, nämlich eine nicht gleichberechtigte Definition der gesellschaftlichen Situation.

Die Frage der Anerkennung manifestiert sich auch in Abhängigkeit von den internationalen Beziehungen. So verweist „Die Zeit“ auf mögliche Folgen, die eine dauerhafte Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei für die türkischen Migranten in Deutschland haben könnte:

„Wer verhindern will, daß sich über zwei Millionen Türken in der Bundesrepublik zu drittklassigen Europäern degradiert fühlen, darf ihrem Herkunftsland nicht die Tür vor der Nase zuschlagen.“¹⁶¹⁹

Hier wird deutlich, daß die Entwicklungspotentiale des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft auch von den Positionen, die die Beteiligten im internationalen Kontext einnehmen, abhängig sind.

Einen interessanten Aspekt der kulturellen Anerkennung beleuchtet „Die Zeit“ indirekt mit zwei Artikeln. In einem Bericht über türkische Popmusik wird deutlich, daß diese Dimension türkischer Alltagskultur in Deutschland von der deutschen Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen wird.¹⁶²⁰ Andererseits dokumentiert die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den türkischen Autor Yaşar Kemal ein besonderes Maß der Akzeptanz und Achtung eines speziellen Bereiches der türkischen Kultur.¹⁶²¹ Das Beispiel Kemals ist unter anderem deshalb interessant, weil er vor allem über „Außenseiterthemen“ schreibt und diese damit auch einer deutschen Öffentlichkeit zugänglich macht. Man muß sich allerdings auch darüber im Klaren sein, daß der Friedenspreis ein politischer Preis ist und mit ihm das Engagement Kemals für Menschenrechte und eine progressive Minderheitenpolitik in der Türkei gewürdigt wird.

Kemal selbst propagiert denn auch die Notwendigkeit einer aktiven kulturellen Auseinandersetzung zwischen türkischen Migranten und deutscher Mehrheitsgesellschaft:

„Die Situation ist völlig unbefriedigend. Heute leben etwa 1,5 Millionen Türken und etwa 500.000 Kurden in Deutschland. Sie stammen meistens aus ländlichen Gebieten. Ein Großteil von ihnen lebt in einer Art Ghetto. Es wäre ein enormer Gewinn für alle Seiten, wenn es gelingen könnte, diese Menschen bei

¹⁶¹⁹ Buhl, Dieter: Europa hat seinen Preis, Die Zeit 19.12.1997, S. 1 (TÜRK-Z-48)

¹⁶²⁰ vergl. Paasch, Ulrich: Ah, bist du aufregend..., Die Zeit 11.4.1997, S. 65 (TÜRK-Z-17)

¹⁶²¹ vergl. Kappert, Petra: Der Falke, Die Zeit 23.5.1997, S. 46 (TÜRK-Z-23)

voller Beachtung ihrer kulturellen Herkunft, und ohne sie assimilieren zu wollen, als gleichberechtigte Bürger in die Gesellschaft zu integrieren. Ich glaube, die deutsche Gesellschaft hätte von dem kulturellen Mosaik Anatoliens viel profitieren können. Seit Homers Zeiten besteht dieses Mosaik, auch wenn es von der offiziellen Politik in der Türkei immer noch ignoriert wird. Wenn man in Deutschland mit den enormen Möglichkeiten eines wohlhabenden Industriestaates die Migranten und ihre Kinder in die Lage versetzt hätte, sowohl ihre eigene Sprache und ihre eigene Kultur als auch die Sprache und die Kultur des Landes, in dem sie nunmehr leben, zu lernen, wäre das ein enormer Gewinn, auch und vor allem für Deutschland.“¹⁶²²

Hier wird kulturelle Auseinandersetzung also als Möglichkeit der Bereicherung des kulturellen Lebens in Deutschland gedeutet. Kemal läßt allerdings keinen Zweifel daran, daß sich im Prinzip die Mehrheitsgesellschaft hierbei in einen Prozeß der Auseinandersetzung einbringen muß, denn er spricht davon, daß die Migranten und ihre Kultur auf einer Basis der Gleichberechtigung anerkannt werden müßten. Gleichberechtigung bedeutet jedoch im Prinzip, daß die Migranten das Recht haben, von der Aufnahmegesellschaft eine aktive Auseinandersetzung – hier im Hinblick auf kulturelle Ressourcen – zu fordern.

Da der Aspekt der Kultur jenseits einer allgemeineren Islamperspektive im Mediendiskurs ansonsten keine Berücksichtigung findet, soll die Thematik an dieser Stelle aus wissenschaftlicher Perspektive ergänzt werden. In der Diskussion über die Bedeutung kultureller Divergenz wird die Kultur der Migranten häufig unter dem Vorzeichen der Statik und Abgeschlossenheit gesehen. Schiffauer stellt jedoch in seiner Studie dar, daß die türkische Migrantenkultur sich im Laufe der Zeit fast schon zwangsläufig beziehungsweise automatisch wandelt. In der ersten Zeit der Migration werden von der Kultur des Zuwanderungslandes zunächst seitens der Migranten hauptsächlich diejenigen Aspekte wahrgenommen, die invers zur eigenen Kultur seien. Das als fremd Erfahrene führe dabei zunächst zu einem „Befremden und Ablehnen“.¹⁶²³ Die Konfrontation mit dem Fremden löse jedoch einen Prozeß der Wahrnehmung aus, der sich gewissermaßen zwischen eigener und fremder Kultur vollzieht. Der Wahrnehmungsprozeß geht schließlich langfristig in einen Prozeß des Wandels der eigenen Kultur über.¹⁶²⁴

Der Wandel bedeutet zwar keine Nivellierung jeglicher Differenz, doch bedeuten kulturelle Unterschiede nicht automatisch auch Konflikte oder Unvereinbarkeit. So kommt Hoffmann in seiner Studie über die Identitätsleistungen türkischer Jugendlicher unter dem Vorzeichen kultureller Heterogenität zu folgendem Ergebnis:

„Der Prozeß der Entwicklung von Ich-Identität türkischer Jugendlicher ist nicht die Auseinandersetzung mit homogenen Systemen von Heimat- und Fremdkultur, sondern die Verarbeitung von Anforderungen von in sich sehr heterogenen und sich ständig verändernden Bezugssystemen.“¹⁶²⁵

¹⁶²² TÜRK-Z-42

¹⁶²³ vergl. Schiffauer, Werner (1991): Die Migranten aus Subay. Türken in Deutschland: Eine Ethnographie, Stuttgart 1991: 343

¹⁶²⁴ vergl. Schiffauer (1991): 344ff

¹⁶²⁵ Hoffmann (1990): 80

Aus Sicht der Migranten ist Kultur also stetig in Bewegung, auch wenn dies nicht zwangsläufig auf einer bewußten Ebene wahrgenommen wird.

Alleine das Leben in einer Migrationsgesellschaft bringt also in gewisser Weise automatisch ein Moment der Auseinandersetzung mit sich, wobei sich allerdings die Frage stellt, inwieweit diese implizite Auseinandersetzung reflektiert wird:

„Türkische Jugendliche müssen ein erhebliches Maß an Bewältigungsleistungen, Verarbeitungsstrategien und balancierenden Kräften aufwenden, um divergierende und massiv diskriminierende soziale Handlungsanforderungen mit ihren subjektspezifischen Interessen und Orientierungen in Einklang zu bringen. Das muß jedoch nicht dazu führen, daß sich türkische Jugendliche vorwiegend als Defizitträger mit pathogenen Erscheinungen entwickeln und mit Attribuierungen wie traditionell, rückschrittlich und identitätsgeschädigt etikettiert werden. Im Gegenteil: die Ergebnisse und Analysen der Interviews mit türkischen Jugendlichen machen deutlich, daß sie - trotz mannigfaltiger Benachteiligungen und Diskriminierungen - Ich-Identität entwickeln und die dazu notwendigen synthetisierenden und balancierenden Leistungen aufgrund besonderer, nur sie betreffender Sozialisationsbedingungen nicht hoch genug eingeschätzt werden können; daß nicht nur der entwickelte Grad der Identitätsstrukturierung zählt, sondern insbesondere das Ausmaß der zu erbringenden Leistungen und Kräfte.“¹⁶²⁶

Dieses Forschungsergebnis zeigt, daß kulturelle Heterogenität durchaus im Zuge der Identitätsbildung und –modifizierung verarbeitet werden kann. Daraus sollte man allerdings nicht schließen, daß die Forderung der deutschen Mehrheitsgesellschaft, derzufolge es allein Aufgabe der Migranten ist, sich mit den kulturellen Folgen ihrer Migration auseinanderzusetzen, berechtigt ist.

In einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß eine Auseinandersetzung über Kultur auch innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft geführt werden müsse:

„Ein friedliches Zusammenleben mit Ausländern setzt eine Auseinandersetzung mit ihrer Lebenssituation, ihrer Kultur und Wertewelt voraus. Erst wenn die Einheimischen wissen, wer die ‚Ausländer‘ sind, warum sie nach Deutschland kamen, wie sie hier und in der Heimat leben, können sie die von ihnen geforderten Anpassungsbeiträge und die eigenen Anpassungsleistungen definieren.“¹⁶²⁷

Vergleicht man diese Forderung mit der fragmentierten Darstellung türkischer Zuwanderer im Mediendiskurs, die ja widerspiegelt, wie gering bisher der Umfang einer Auseinandersetzung zwischen den Kulturen ist, muß man fragen, wie ein Diskurs des kulturellen Austauschs überhaupt in die Wege geleitet werden könnte.

Seitens der Bundesregierung wird die Schule als eine der wichtigsten Institutionen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses von Menschen unterschiedlicher Kulturen angesehen. Sie müsse die „geistigen und moralischen Voraussetzungen“ zur Überwindung von Gewalttätigkeit vermitteln:

„Hierzu sind vermehrt Mittel und Methoden zum Erlernen von Verständnis und Toleranz zwischen Menschen verschiedener Herkunft im Regelunterricht einzusetzen. Lerninhalte, die zum Verständnis der verschiedenen kulturellen Traditionen beitragen, müssen – wo immer möglich – in die Lehrpläne der verschiedensten Fächer Eingang finden. Ziel muß es sein, das selbstverständliche Miteinander von

¹⁶²⁶ Hoffmann (1990): 197

¹⁶²⁷ Bundeszentrale für politische Bildung (1992): 1

deutschen und nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern im Schulalltag widerzuspiegeln und dadurch Gewaltpotentiale, die auf gegenseitiger Unkenntnis basieren, gar nicht erst entstehen zu lassen.“¹⁶²⁸

Eine solche Perspektive ist sicherlich insofern positiv einzuschätzen, als sie im Zuge einer Basisarbeit dazu geeignet ist, die Randbedingungen für kulturelle Auseinandersetzung unter dem Vorzeichen einer Wechselseitigkeit zu schaffen. Im Laufe von Generationen könnte so sicherlich Migration als gesellschaftlich verarbeitbare Tatsache anerkannt werden.

Eine Auseinandersetzung mit den kulturellen und allgemein den gesellschaftlichen Folgen von Migration muß jedoch die gesamte Gesellschaft umfassen und damit auch den Teil der Bevölkerung, der sich bereits im Erwachsenenalter befindet, einbeziehen. Hinzu kommt, daß Schule nur ein gesellschaftliches Teilsystem darstellt und weiter die Gestaltung von Lehrplänen eng an die Ebene der Politik und damit den vorherrschenden politischen Diskurs gebunden ist, der wiederum noch keine nachhaltige Akzeptanz der Migrationssituation erkennen läßt. Verschiedene Kampagnen der Bundesregierung zeigen allerdings zumindest erste Ansätze, beispielsweise durch die Kooperation mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, eine breitere gesellschaftliche Auseinandersetzung zu fördern.

Türkische Migranten in Deutschland werden, wenn sie in bestimmten Bereichen wie beispielsweise der Wirtschaft, besonders erfolgreich sind, in einer Art Sonderrolle dargestellt. Dies illustriert bereits die Überschrift „Die stillen Aufsteiger“ eines Artikels in der „Zeit“ über türkische Unternehmer in Deutschland:

„Einmal im Jahr bilanziert die deutsche Presse das türkische Unternehmertum in Deutschland. In der Regel hat dann das Zentrum für Türkeistudien in Essen seine neuesten Zahlen veröffentlicht. Der Tenor der Berichterstattung ist wohlwollend. Dennoch wird stets aufs neue erstaunt konstatiert, daß ‚der Türke‘ doch mehr kann, als Dönerkebab zu braten. Dabei haben viele türkische Unternehmer längst die Ethno-Nische verlassen. ... Türkische Unternehmen schaffen längst nicht mehr nur Arbeitsplätze für Freunde, Bekannte und Familienangehörige. Von den 162.000 Arbeitsplätzen (1995) in türkischen Firmen profitierten auch deutsche Arbeitnehmer. Der Aachener Textilfabrikant Kemal Çahin zum Beispiel gibt allein in Deutschland 1.200 Menschen Arbeit, davon 600 gebürtigen Deutschen und 300 eingebürgerten Türken. Mit einem Jahresumsatz von 1,2 Milliarden zählt Kemal Çahin, der in der Türkei produziert und in Deutschland seine Vertriebs- und Serviceeinrichtungen hat, zu den erfolgreichsten türkischen Unternehmern in Deutschland.“¹⁶²⁹

Die Verwendung des Begriffs „wohlwollend“ zeigt einen etwas paternalistischen Tonfall. Die Wortwahl beinhaltet die latente Aussage, daß nicht Fakten für sich sprechen, sondern daß eine positive Voreingenommenheit wirkt. Die Tatsache, daß gerade nicht Fakten für sich sprechen, belegt „Die Zeit“ mit der Aussage, daß die Erfolge türkischer Unternehmer häufig noch mit Erstaunen zur Kenntnis genommen werden, was ein Zeichen dafür ist, daß dies in dieser Form gerade nicht erwartet wird.

¹⁶²⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1997): 23

¹⁶²⁹ Uebel, Cornelia: Die stillen Aufsteiger, Die Zeit 3.1.1997, S. 20 (TÜRK-Z-1)

„Die Zeit“ selbst trägt jedoch auch dazu bei, daß das türkische Unternehmertum unter dem Gesichtspunkt des Besonderen wirkt. In dem Artikel werden zwar Erfolge mit Zahlenmaterial belegt, doch wird dieses nicht in einen Bezug zur unternehmerischen Tätigkeit der deutschen Unternehmer gesetzt. Dadurch ist nicht einzuschätzen, wie erfolgreich türkische Unternehmer im Vergleich zu deutschen sind, so daß der Wirkungsgrad der positiven Situation nicht ermessen werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Diskrepanz zwischen tatsächlichem Erfolg und dem Image türkischer Unternehmer, die von der „Zeit“ ebenfalls angesprochen wird:

„Im Heimatmarkt Deutschland aber liegen zwischen dem eigenen Selbstbewußtsein und dem Außenimage noch Welten. Bis die Dönerbude als ewige Bezugsgröße für den wirtschaftlichen Erfolg ausgeübt hat, wird es wohl noch Jahre dauern. Als das Kölner Arbeitsamt Jugendliche animierte, sich beim türkischen Ausbildungsverbund der TDU-Firmen zu bewerben, waren von dreißig Bewerbungen - trotz Lehrstellenmangels - gerade mal zwei von deutschen Jugendlichen.“¹⁶³⁰

Hier zeigt sich deutlich, daß die Lebensrealität türkischer Zuwanderer (in diesem Fall im Bereich der Wirtschaft) zwar positive Dimensionen entwickeln kann, daß diese aber zugleich nicht zwangsläufig wahrgenommen werden und somit nur teilweise eine Wirkung entfalten kann.

In diesem Zusammenhang soll das Augenmerk auf eine besondere Argumentationsstrategie gerichtet werden, die in der „Welt am Sonntag“ zum Ausdruck kommt. Im Hinblick auf Aussagen des Friedenspreisträgers Kemal, der behauptet hatte, Türken würden in Deutschland als „Menschen dritter Klasse“ behandelt, entwickelt die Zeitung folgenden Argumentationszusammenhang:

„Er erwähnte oder wußte nicht, daß von den 525.000 türkischen Haushalten in Deutschland mit ihren über zwei Millionen Mitgliedern fast zehn Prozent Wohn-Eigentum in Deutschland angeschafft haben. ... Unerwähnt blieb auch: In Deutschland haben sich inzwischen 42.000 Türken selbständig gemacht ... Unerwähnt blieb ebenso, daß die Türken ... in der Ausländerkriminalität in Deutschland mit 21,9 Prozent der Tatverdächtigen an der Spitze liegen.“¹⁶³¹

Hier werden zunächst positive Beispiele für eine wachsende Integration türkischer Migranten innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegeben, die dann jedoch durch den Hinweis auf die Kriminalitätsrate wieder negiert werden. Der Artikel weckt zum einen die Assoziation, daß türkische Migranten in Deutschland kaum schlecht behandelt werden, denn sonst wären ihnen die dargestellten Erfolge wohl kaum möglich. Andererseits wird durch die Anspielung auf die Kriminalitätsrate suggeriert, daß selbst unter den dargestellten positiven Randbedingungen eine wirkliche Integration wohl doch nicht möglich ist.

Das türkische Unternehmertum stellt nur einen Aspekt der wirtschaftlichen Integration türkischer Arbeitnehmer dar, nämlich den positiven. Auf der anderen Seite stehen die türkischen Ar-

¹⁶³⁰ TÜRK-Z-1
¹⁶³¹ TÜRK-W-29

beitnehmer, die seit Jahrzehnten unqualifizierte Tätigkeiten verrichten, wie beispielsweise türkische Frauen in der Hamburger Fischindustrie.¹⁶³²

Ein Artikel in der „Zeit“ illustriert, daß die wirtschaftliche Positionierung türkischer Migranten sich nicht unbedingt an diesen zwei Extrempolen festmachen läßt. In einem Bericht über einen Duisburger Stadtteil mit hohem Ausländeranteil wird deutlich, daß beispielsweise türkische Arbeiter sich aus niedrigen Positionen hocharbeiten oder den Weg in die Selbständigkeit wählen. Dies verdeutlicht, daß schlechte berufliche Ausgangsbedingungen die beruflichen Möglichkeiten nicht zwangsläufig dauerhaft einschränken, sondern daß durchaus individuelle Spielräume bestehen, die auch aktiv genutzt werden.¹⁶³³

Trotz zahlreicher positiver Beispiele läßt sich jedoch sagen, daß die Integration türkischer Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich in den letzten Jahren stetig nachgelassen hat:

„So hat sich die Zahl der beschäftigungslosen Ausländer in Deutschland seit 1991 mehr als verdoppelt. In den alten Bundesländern sind derzeit 21,6 Prozent von ihnen erwerbslos. Der Abbau von Arbeitsplätzen in traditionellen Wirtschaftszweigen wie der Stahl- und Automobilindustrie oder dem Bergbau hat gerade die Türken besonders hart getroffen. Übtten 1973 noch 91 Prozent der in Deutschland lebenden Türken eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aus, waren es 1993 nur noch 29 Prozent – auch weil viele Gastarbeiter ihre Familien nach Deutschland geholt haben. Sie müssen nun versorgt werden – oder Sozialhilfe beantragen“¹⁶³⁴

Diese vorgeblich neutrale Darstellung einer Entwicklung durch Zahlenmaterial weckt indirekt negative Assoziationen. In einem Klima wachsenden Sozialneids, das weiter oben bereits skizziert wurde, bilden solche Beschreibungen Ansatzpunkte für ein Meinungsklima innerhalb der deutschen Bevölkerung, demzufolge die türkische Bevölkerung oder auch Ausländer generell den als deutsch empfundenen Sozialstaat nur belasten. Der Mediendiskurs selbst kann auf die Entwicklung solcher Assoziationsketten nur bedingt Einfluß nehmen, beispielsweise dadurch, daß er nicht nur „Fakten“ berichtet, sondern auch das notwendige Hintergrundmaterial liefert, um entsprechenden Schlußfolgerungen entgegenzuwirken.

Auch im politischen Diskurs sind die entsprechenden Negativfakten präsent, wie eine Broschüre des Innenministeriums zeigt. Die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmern hat sich trotz gestiegener Ausländerbeschäftigung in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 1996 18,9 Prozent und lag damit weit über der Gesamtarbeitslosenquote von 10,1 Prozent. Bei den türkischen Arbeitnehmern lag die Arbeitslosenquote 1996 sogar bei 24,4 Prozent.¹⁶³⁵ Hier werden türkische Arbeitnehmer sehr deutlich zum Negativfaktor und zu einer Belastung.

¹⁶³² vergl. Werner, Gabriele: Fräulein Mutter & andere Heldinnen, Die Zeit 24.1.1997, S. 70 (TÜRK-Z-3)

¹⁶³³ vergl. TÜRK-Z-34

¹⁶³⁴ TÜRK-S-8: 87f

¹⁶³⁵ vergl. Bundesministerium des Innern (1997b): 18

Die Tatsache, daß Zahlen allein wenig über die tatsächliche Situation aussagen, wird allenfalls seitens der Bundeszentrale für politische Bildung verdeutlicht:

„Eine mathematische Aufrechnung von deutschen Arbeitslosen und ausländischen Arbeitnehmern entbehrt ... ökonomischer Logik und ist nichts anderes als ein Spiel mit Zahlen. Denn nur im Teilbereich der an- und ungelernten Tätigkeiten konkurrieren Deutsche und Ausländer um Arbeitsplätze. In weiten Bereichen des Arbeitsmarktes passen die Qualifikationen der deutschen Arbeitslosen nicht zu den Anforderungen der von den Ausländern besetzten Arbeitsplätze. Beispielsweise sind unter den deutschen Arbeitslosen viele Angehörige aus Dienstleistungsberufen, etwa Verkäufer und Bürokräfte, während die ausländischen Arbeitnehmer überwiegend Fertigungsberufen angehören. ... Die ausländischen Arbeitnehmer erfüllen trotz des Mangels an Arbeitsplätzen aufgrund der beruflichen Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage eine wesentliche strukturelle Ausgleichsfunktion; mindestens ein Teil von ihnen ist unersetzbar. Das bedeutet, daß eine generelle Reduzierung der Ausländerbeschäftigung bestimmte Wirtschaftszweige vor unlösbare Ersatzprobleme stellen würde, da entsprechende deutsche Arbeitskräfte allenfalls rein rechnerisch zur Verfügung stünden.“¹⁶³⁶

Obwohl die ausländische Bevölkerung und besonders türkische Arbeitnehmer in der Arbeitslosenstatistik also zunächst einmal auch als Negativfaktor in Erscheinung treten, beinhaltet ihre Anwesenheit in Deutschland im Hinblick auf den Arbeitsmarkt auch eindeutig positive Aspekte. Gerade im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, die in Deutschland nicht nur im Zusammenhang mit der Frage der Migration ein Problem darstellt, wird dies im Mediendiskurs jedoch kaum deutlich und kann deshalb auch kaum auf der gesellschaftlichen Ebene erkannt werden.

Auch positive Entwicklungen im schulischen Sektor werden kaum wahrgenommen. Das Bildungsniveau ausländischer Jugendlicher hat sich im Laufe der Jahre gesteigert. So erreichten 1990 45,9 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler einen Hauptschulabschluß, 25,2 Prozent einen Realschulabschluß und 6,4 Prozent die Hochschulreife. Da sich jedoch auch das Bildungsniveau deutscher Schüler verbesserte – in den meisten alten Bundesländern gab es 1990 mehr Schulabgänger mit Hochschulreife als mit Hauptschulabschluß -, hat sich die Distanz zwischen den Bildungsabschlüssen deutscher und ausländischer Schüler nicht verringert.¹⁶³⁷ Es zeigt sich also, daß Migranten sich durchaus aktiv in die Aufnahmegesellschaft integrieren und gewillt sind, durch eine entsprechende Ausbildung an der Migrationsgesellschaft teilzuhaben. Die weiterhin bestehende Kluft zwischen den Bildungsabschlüssen deutscher und ausländischer Jugendlicher wirft also weniger die Frage nach der Integrationsbereitschaft von Migranten auf, sondern eher die nach den Möglichkeiten einer weiteren Förderung dieser Bereitschaft im bundesdeutschen Bildungswesen.

„Der Spiegel“ stellt hingegen ein Belastungsszenario dar, indem er beschreibt, welche Folgen der Familiennachzug haben kann:

„Viele der jungen, aus der Türkei eingeflogenen Ehefrauen können noch nicht einmal Türkisch lesen und schreiben. Nach einer Unesco-Studie sind rund 27 Prozent der Frauen in der Türkei Analphabeten.

¹⁶³⁶ Bundeszentrale für politische Bildung (1992): 15

¹⁶³⁷ vergl. Bundeszentrale für politische Bildung (1992): 17

Geschickt nutzen die Patriarchen die liberalen Regelungen zur Familienzusammenführung und schaffen so neue Familien, in denen Kinder als zweisprachige Analphabeten heranwachsen.“¹⁶³⁸

Der Verweis auf ein „geschicktes“ Nutzen der „liberalen“ gesetzlichen Regelungen legt den Schluß nahe, daß türkische Migranten die Bundesrepublik gewissermaßen ausnutzen.

Der Hinweis auf die Gefahr des Analphabetismus bei Kindern türkischer Familien leitet zunächst aus der Bildungssituation in der Türkei Folgeerscheinungen für den Aufenthalt türkischer Familien in Deutschland ab. Die Lebenssituation türkischer Migrantenfamilien wird allerdings nicht näher betrachtet. Die Beschreibung des schulischen Versagens türkischer Jugendlicher stellt sich im „Spiegel“ wie folgt dar:

„Rund 30 bis 40 Prozent der in Berlin eingeschulten türkischen Kinder sprechen kein Deutsch. Die Folge ist oft ein frühes Bildungsfiasco. Ein Drittel der jungen Türken in der deutschen Hauptstadt schafft nicht einmal den Hauptschulabschluß. Unterstützung durch Nachhilfe und Sprachkurse scheitert nicht selten am falschen Stolz der Betroffenen.“¹⁶³⁹

Die Verantwortung für schulisches Versagen wird hier einseitig den türkischen Migranten zugewiesen. Der Hinweis auf den Stolz türkischer Familien legt die Assoziation nahe, daß türkische Migranten sich einer Zusammenarbeit mit Institutionen des Aufnahmelandes systematisch verweigern.

„Die Zeit“ kritisiert an der Berichterstattung des „Spiegel“ offen, daß positive Entwicklungen in den Reihen der Zuwanderer überhaupt nicht thematisiert würden:

„Selbstverständlich gibt es Probleme unter ausländischen Jugendlichen. Aber daß diese wenig mit der Herkunft, viel jedoch mit der sozialen Situation und der Perspektivlosigkeit dieser Jugendlichen zu tun haben, ist den (un)verantwortlichen Journalisten entgangen. Gegenläufige Tendenzen wie die Tatsache, daß sich die Zahl türkischer Gymnasiasten seit 1980 verdreifacht hat, waren dem Spiegel keine Zeile wert.“¹⁶⁴⁰

Der Hinweis auf die soziale Situation und allgemein eher fehlende Perspektiven verdeutlicht, daß die Möglichkeiten türkischer Migranten in Deutschland nicht nur vor dem Hintergrund ihrer eigenen, spezifischen Ausgangssituation gesehen werden dürfen, sondern daß auch die Rahmenbedingungen, die die Aufnahmegesellschaft ermöglicht oder verhindert, bei einer Einschätzung von Problemkonstellationen berücksichtigt werden müssen.

Eine Einschätzung der tatsächlichen Situation türkischer Jugendlicher fällt besonders schwer, da neben statistischem Material über ihre Positionierung im Bildungswesen und Kriminalitätsstatistiken kaum Informationen über ihre alltägliche Lebenssituation vorliegen. Eine neuere Studie geht beispielsweise davon aus, daß das Aufwachsen türkischer Jugendlicher in zwei Kulturen nicht zwangsläufig Probleme mit sich bringt:

¹⁶³⁸ TÜRK-S-8: 91

¹⁶³⁹ TÜRK-S-8: 91

¹⁶⁴⁰ TÜRK-Z-45

„Auch wenn für die hier untersuchten und größtenteils in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Jugendlichen von einem Aufwachsen in zwei unterschiedlichen Kulturen ausgegangen werden kann, ist u.E. genauer zu prüfen, ob potentielle Konflikte daraus zwangsläufig abzuleiten sind. Unsere Ergebnisse deuten vielmehr darauf hin, daß das Aufwachsen in (oder zwischen) zwei Kulturen für türkische Jugendliche der zweiten oder der dritten Generation durchaus Normalität darstellt und keineswegs automatisch zu einem mißlungenen Sozialisationsprozeß oder gar zu abweichendem Verhalten führt.“¹⁶⁴¹

Betrachtet man den Sozialisationsprozeß aus der Perspektive der Jugendlichen, so ist also festzustellen, daß diese durchaus auf der individuellen Ebene in der Lage sind, mit den Anforderungen, die das Leben in einer Migrationsgesellschaft an sie stellt, umzugehen. Wenn aber Problemkonstellationen nicht automatisch und einseitig auf Seiten der Zuwanderer zu suchen sind, wird das Mißlingen einer weiterreichenden Integration auch zur Anforderung an die deutsche Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise zur Frage nach den – seien es soziale, kulturelle oder wirtschaftliche – Randbedingungen, die ein wechselseitiges Miteinander untergraben.

Tertilt beschreibt am Beispiel der Turkish Power Boys, wie gezielte Konfrontation seitens türkischer Jugendlicher eine Aufforderung zur Auseinandersetzung mit ihrer Lebenssituation darstellt:

„Das Motiv, ‚sich einen Namen zu machen‘, verweist auf Erfahrungen gesellschaftlicher Benachteiligung, die andere Wege des Aufstiegs und Erfolgs versperrt. ‚Sich einen Namen machen‘ bedeutet daher auch, aus der Anonymität des ‚Migrationsverlierers‘ hervorzutreten, ‚sich nichts gefallen zu lassen‘, aus der gesellschaftlichen Unterordnung der Eltern auszubrechen. Angesichts der kollektiven Leugnung ihrer Einwanderung und Selbsthaftwerdung könnte die Präsenz der Bande auch als Botschaft an die Gesellschaft interpretiert werden: ‚Wir sind doch hier!‘, das heißt, die eigene Anwesenheit wird unüberhörbar und unübersehbar gemacht.“¹⁶⁴²

Die Haltung der Turkish Power Boys könnte man auch dahingehend interpretieren, daß türkische Jugendliche sich, obwohl sie prinzipiell in der Lage wären, bestehende Inkonsistenzen ihrer Lebensrealität individuell zu verarbeiten, gezielt nach außen und gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft wenden, um deren Haltung zur Migrationssituation in Frage zu stellen. Vor diesem Hintergrund könnte Konfrontation als Ausgangspunkt für die Einleitung eines Prozesses der wechselseitigen Auseinandersetzung gesehen werden. Dies würde allerdings bedeuten, daß alle Beteiligten aufeinander zugehen müßten.

Besonders charakteristisch für die grundsätzliche Haltung, die sich im Mediendiskurs gegenüber dem Phänomen Migration manifestiert, ist die Tatsache, daß die soziale Realität der Migrationsgesellschaft als in zwei Sphären geteilt beschrieben wird. Die Lebensrealitäten der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der türkischen Migranten werden als völlig getrennte Lebensräume beschrieben. Diese Trennung ist einerseits real, da auf der Ebene der Alltagspraxis nur wenige Anknüpfungspunkte zwischen den beiden Gesellschaftsgruppen zu bestehen scheinen. Andererseits trägt der Mediendiskurs dazu bei, die Divergenz der verschiedenen Sphären zu untermauern, indem er häufig das Leben der Migranten in Deutschland nur unter einer Problemperspektive auf-

¹⁶⁴¹ Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 69

¹⁶⁴² Tertilt (1996): 88

greift, ohne zu Fragen, welche Verantwortung für diese Probleme die deutsche Mehrheitsgesellschaft haben könnte. Die soziale Realität wird nicht nur aus dem Blickwinkel der deutschen Mehrheitsgesellschaft beschrieben, sondern sie wird faktisch auch von ihr definiert. Eine spezifische Eigenperspektive der Migranten hingegen wird im politischen Diskurs überhaupt nicht und im Mediendiskurs lediglich peripher berücksichtigt. Damit ist der Raum, der Migranten zugewiesen wird, überwiegend fremdbestimmt.

„Der Spiegel“ leitet aus der sozialen Deklassierung türkischer Migranten ein Konfrontationszenario ab und bringt neben den wirtschaftlichen Gründen nun auch kulturelle und religiöse Aspekte in die Argumentation mit ein:

„Immer mehr Türken der zweiten und dritten Generation reagieren darauf mit einer Art Selbstghettoisierung. So wächst die Gefahr, daß die Bundesrepublik, ähnlich den USA, zu einer ‚gespaltenen Gesellschaft‘ wird, wie sie der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington in seiner düsteren Vision vom ‚Kampf der Kulturen‘ beschreibt. Der Harvard-Professor malt eine deutsche Zukunft an die Wand, in der ‚unterschiedliche und weithin voneinander isolierte Gemeinschaften aus verschiedenen Zivilisationen‘ mehr gegen- als miteinander leben. Im Licht der Heitmeyer-Untersuchung über islamischen Fundamentalismus in Deutschland erscheinen Huntingtons Schreckensvisionen keineswegs unreal. ‚Das Türkentum ist unser Körper, unsere Seele ist der Islam. Ein seelenloser Körper ist ein Leichnam.‘ 57 Prozent der repräsentativ befragten Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren stimmen dieser in deutschen Ohren befremdlich klingenden These zu. 41 Prozent sind bereit, als militante Muslime gegen ‚Ungläubige‘ körperliche Gewalt einzusetzen.“¹⁶⁴³

Hier zeigt sich sehr deutlich, wie durch die Aneinanderreihung verschiedener Entwicklungen, die gar nicht in einem so klar nachvollziehbaren kausalen Zusammenhang stehen, Assoziationsketten vorangetrieben werden. Auf Seiten der Rezipienten wird damit die Wahrnehmung gefördert, daß arbeitslose Türken dem Staat zur Last fallen, sich von der deutschen Gesellschaft abwenden, sich in Gruppen zusammenschließen und sich auf der Grundlage des Islam radikalieren, um sich dann mit Gewalt gegen die deutsche Gesellschaft zu wenden.

Die unreflektierte Erwähnung des „Kampfs der Kulturen“ sowie die fragmentarisch bleibende Bezugnahme auf den Islam führt zu einer Betonung kultureller und religiöser Divergenzen. Die eigentliche Bedeutung, die die türkische Kultur und der Islam in den Augen der türkischen Migranten einnehmen, wird dabei nicht dargestellt und somit auch nicht begreifbar. Renan Demirkan beschreibt im „Spiegel“ anschaulich, in welchem Verhältnis eine solche Umgehensweise der Mehrheitsgesellschaft mit Kultur und Religion der Migranten Rückschlüsse auf ihre eigene innere Verfaßtheit zuläßt:

„Wann immer Politik und Wirtschaft am Ende waren, Gesetze und Rationalisierungsmaßnahmen keine Verbesserung brachten, hat die metaphysische, emotionale oder ethische Keule immer ihre Wirkung gehabt. Sie ist hervorragend geeignet, eine dämonische Atmosphäre der Furcht zu schaffen, um a) von der eigenen Unfähigkeit abzulenken und b) schlachte einen Sündenbock, so wird deine eigene Sünde vielleicht übersehen. Die ‚Integration‘ hat aus den Türken DEN Türken gemacht. Und nun sogar DIE ISLAMISCHE BEDROHUNG schlechthin.“¹⁶⁴⁴

¹⁶⁴³ TÜRK-S-8: 88

¹⁶⁴⁴ TÜRK-S-9: 81, Hervorheb. im Original

Hier wird ein Szenario der Projektion von Problemen dargestellt. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft scheint nicht in der Lage zu sein, sich mit bestehenden Problem- und Konfliktlagen, die nicht unbedingt in einem direkten Zusammenhang mit der Frage der Zuwanderung stehen müssen, auseinanderzusetzen. Migranten – und hier vor allem türkische Zuwanderer, die als besonders fremd markiert werden – werden so zur Projektionsfläche. Dieses Prinzip verhindert eine wechselseitige Auseinandersetzung, da die vorgenommenen Typisierungen es überhaupt nicht mehr ermöglichen, Individuen wahrzunehmen. Mit dem Islam oder türkischer Kultur hat diese Vorgehensweise zunächst recht wenig zu tun.

Demirkan leitet aus dem Prinzip der Menschenrechte indirekt die Forderung nach dem Versuch und der Pflicht eines wechselseitigen Verstehens ab:

„Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Menschen, der Türken, der Deutschen, der Italiener, Araber oder Inder achtet die Menschenrechte und handelt verantwortungsvoll, verachtet totalitäre Systeme, ob politische und/oder religiöse. Und ungeachtet ihrer eigenen Ängste wissen all diese Menschen auch sehr genau: Wer das Anderssein des Nachbarn als eine unüberbrückbare kulturelle Fremdheit apostrophiert, weil er seine Religion nicht versteht, weil ihm die Lebensweise oder die politische Überzeugung mißfällt, der verläßt den moralischen Konsens der Menschenrechte. Das verletzt, schürt die Wut und führt schließlich in die Barbarei.“¹⁶⁴⁵

Interessant ist, daß Demirkan bestehende Ängste vor Fremdem durchaus akzeptiert. Gefühle der Unsicherheit werden also nicht als illegitim gebrandmarkt, sondern es geht vielmehr darum, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Menschenrechte werden so zur Aufforderung zu einem wechselseitigen Verstehen. Der Hinweis, daß das Propagieren einer als unüberbrückbar angesehenen kulturellen oder religiösen Differenz verletzend wirkt, unterstreicht das grundsätzliche identitäre Bedürfnis des Individuums nach Anerkennung, nach einem Gesehen-werden. Wird ihm diese Anerkennung verweigert, schränken sich die Möglichkeiten seiner Identitätsentfaltung drastisch ein.

Die Darstellung des in Deutschland gelebten türkischen Islam orientiert sich häufig an den Aktivitäten von als extremistisch eingestuften Organisationen:

„Milli Görüş (Nationale Weltanschauung) ist ein Ableger der Refah-Partei des türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan. Die Vereinigung, eine treibende Kraft der Selbstabschottung der Türken, wurde bei der Vorstellung des jüngsten Verfassungsschutzberichtes durch Bundesinnenminister Manfred Kanther als ‚eindeutig extremistisch‘ eingestuft. Die stärkste islamistische Organisation im Bundesgebiet hat 26.500 Mitglieder, die in rund 500 Zweigstellen betreut werden. Mit Spenden erwarb Milli Görüş etwa 100 Immobilien (Wert 82 Millionen Mark) in Deutschland und den Beneluxländern.“¹⁶⁴⁶

Der Hinweis auf eine „Selbstabschottung“ türkischer Muslime läßt den Islam als ein Moment grundsätzlicher Differenz erscheinen. Die dargestellte Verbindung zur Refah-Partei kann sämtliche negativen Assoziationen zum Thema Islam, die bereits im ersten Teil des Kapitels unter internationaler Perspektive herausgearbeitet wurden, mobilisieren und auf die Probleme der Migrationsgesellschaft in Deutschland beziehen.

¹⁶⁴⁵ TÜRK-S-9: 81

¹⁶⁴⁶ o.A.: Fünfte Kolonne des Islam, Der Spiegel 14.4.1997, S. 90 (TÜRK-S-11)

Über die inhaltliche Arbeit von Milli Görüş werden keinerlei Angaben gemacht, so daß die Organisation lediglich unter den ihr zugewiesenen Attributen „extremistisch“ und „islamistisch“ wahrgenommen werden kann. Diese Attribute tragen dazu bei, daß der Islam als Gefahrenpotential gesehen wird. Der Verweis auf die Größe und Organisationsform der Organisation sowie auf ihren Immobilienbesitz deutet an, daß „Islamisten“ sich in Deutschland zunehmend etablieren und gewissermaßen „festsetzen“. Dies kann innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu einem Gefühl der Bedrohung führen, das „Der Spiegel“ durch seine Berichterstattung auch nährt:

„Als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes soll eine Fünfte Kolonne der Islamisten Parteien und Organisationen unterwandern. Ein erster Versuch scheiterte im letzten Jahr in der Berliner CDU. Als seine Verbindung zu Milli Görüş bekannt wurde, trat der einzige türkische Landesdelegierte, Erdam Taskiran, wieder aus der Partei aus.“¹⁶⁴⁷

Diese Darstellung beinhaltet verschiedene, negative Perspektiven. Das Unterwanderungsszenario deutet an, daß sich türkische Migranten gezielt gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft wenden und dort „extremistischen“ Ideen Geltung verschaffen wollen. Unterwanderung impliziert, daß diejenige Seite, deren Prinzipien unterwandert werden, dem sich abspielenden Prozeß ein Stück weit hilflos ausgeliefert ist. Die Darstellung trägt also dazu bei, daß Assoziationen der Angst seitens der Rezipienten mobilisiert werden können.

Der Verweis auf das Grundgesetz strahlt nachhaltige Wirkungen aus. Wie im folgenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird, stellt die Einbürgerung aus Sicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft ein Zugeständnis an Migranten dar. Wenn Migranten, wie in dem Artikel beschrieben, dieses Zugeständnis dazu verwenden, auf der Basis der deutschen Staatsbürgerschaft Aktivitäten zu entwickeln, die sich gegen die Interessen der Mehrheitsgesellschaft richten, kann diese Gefühle der Bedrohung entwickeln. Eine wahrgenommene Bedrohung kann wiederum dazu führen, daß sich latent ohnehin vorhandene Emotionen der Gegensätzlichkeit verstärken und sich eine grundsätzliche Gegnerschaft entwickelt. Es entsteht gewissermaßen eine Spirale der Segregation. Türkische Migranten fühlen sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht anerkannt und organisieren sich deshalb verstärkt in Gruppierungen, innerhalb derer sie die von ihnen gewünschten Aspekte ihrer Identität verwirklichen können. Die Gruppierungen artikulieren ihre eigenen Interessen, die von der Mehrheitsgesellschaft teils als gegen sie gerichtet empfunden werden. Eine solche Wahrnehmung ist sicherlich insofern berechtigt, als Migranten-Organisationen tatsächlich häufig eine Veränderung der deutschen Mehrheitsgesellschaft fordern. Wenn jedoch in der Mehrheitsgesellschaft eine grundsätzliche Abwehr¹⁶⁴⁸ gegen einen solchen Wandel besteht, werden

¹⁶⁴⁷ TÜRK-S-11

¹⁶⁴⁸ Im folgenden Abschnitt wird auf die Perspektiven des deutschen Politik-Diskurses im Hinblick auf Migration und Wandel noch näher einzugehen sein.

solche Aktivitäten als Bedrohung angesehen. Bedrohung führt wiederum seitens der Mehrheitsgesellschaft zu weiterer Abschottung. Die so zum Ausdruck gelangende Nicht-Anerkennung von (türkischen) Migranten führt wiederum dazu, daß diese sich erst recht von der Aufnahmegesellschaft abwenden.

Religiöse Unterweisung und Praxis werden in den Medien häufig unter einer Perspektive der Indoktrination dargestellt:

„Regen Zulauf haben die Koranschulen, die Gruppen wie Milli Görüş in vielen Städten unterhalten. Hier lernen Jungen und Mädchen zwar wenig fürs Leben, dafür aber die Heilige Schrift samt fundamentalistischer Deutung der Worte des Propheten. Wolfgang Schenk, Berliner Hauptschullehrer und in den achtziger Jahren schulpolitischer Sprecher der Alternativen Liste, warnt: ‚Wenn es keine gemeinsamen Regeln mehr in der Gesellschaft gibt, kommt es zur Explosion.‘“¹⁶⁴⁹

Religiöse Bezüge türkischer Migranten werden hier lediglich unter negativen Vorzeichen beleuchtet. Es erfolgt eine indirekte Gleichsetzung von Fundamentalismus und Islam, da nicht in Erwägung gezogen wird, daß die Auseinandersetzung mit religiösen Traditionen auch unter positiven Gesichtspunkten erfolgen kann.

Das Zitat des ehemaligen Schulpolitikers und Lehrers beinhaltet ebenfalls negative Konnotationen. Aus dem Kontext des Zitats läßt sich ableiten, daß die religiöse Praxis türkischer Migranten Bezüge zu gemeinsamen Regeln innerhalb der Migrationsgesellschaft verhindert. Dies impliziert, daß seitens der Mehrheitsgesellschaft kein Bedarf gesehen wird, selbst im Zuge einer Auseinandersetzung die Etablierung gemeinsamer Regeln voranzutreiben. Implizit besteht also eher eine Forderung der deutschen Gesellschaft nach Anpassung der Migranten. Eine Notwendigkeit des Wandels innerhalb des eigenen Bezugssystems wird so negiert.

„Die Zeit“ widmet sich in einem Artikel ebenfalls den Aktivitäten von Milli Görüş und beschreibt damit eine Entwicklung des Islam in Deutschland sowie die Beziehungen zwischen türkischen Migranten und ihrem Heimatland:

„In der Bundesrepublik sind die Missionare in den neunziger Jahren schon ziemlich erfolgreich gewesen. Längst hat Milli Görüş (zu deutsch: Nationale Sichtweise) die Republik mit einem dichten Netz von Einrichtungen überzogen. Die Organisation kontrolliert rund 300 von 1.000 Moscheen und besitzt überall Gemeindezentren ... Schätzungsweise ein Fünftel der zwei Millionen Deutsch-Türken erreicht Milli Görüş inzwischen, unter Jugendlichen sogar ein Drittel, wie der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer herausfand. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft hat diese Entwicklung angestrengt ignoriert, wie vieles, was in der nahen Fremde der Einwandererwelt geschieht. Einzig der Verfassungsschutz schaut neuerdings hin und erwähnt die Milli Görüş im jüngsten Bericht als ‚islamisch-extremistisch‘, weil sie die ‚Ablösung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei‘ und die Errichtung eines ‚islamischen Gottesstaates‘ anstrebe. Daß für Milli Görüş neben der neuen deutschen Heimat die alte türkische als Fixpunkt des Denkens fortbesteht, läßt sich im Westfalenstadion kaum übersehen. Die Ehrenplätze am Spielfeldrand besetzen Politstars aus der Türkei, darunter drei Minister und der Bürgermeister von Istanbul. Nicht zufällig gehören alle zur Partei des Fundamentalisten-Chefs Necmettin Erbakan, des großen Paten der Milli Görüş.“¹⁶⁵⁰

¹⁶⁴⁹ TÜRK-S-8: 91

¹⁶⁵⁰ Kleine-Brockhoff, Thomas: Deutschland, deine Islamisten, Die Zeit 20.6.1997, S. 6 (TÜRK-Z-27)

In diesem Artikel wird angesprochen, daß die Mehrheitsgesellschaft sich mit der Entwicklung, die der Islam in Deutschland nimmt, bisher kaum auseinandergesetzt hat. Der Hinweis auf ein angestrigtes Ignorieren macht dies besonders deutlich und legt den Schluß nahe, daß Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung kaum gegeben sind. Da der Verfassungsschutz die einzige Instanz zu sein scheint, die den Entwicklungen Aufmerksamkeit schenkt, erfolgt die Betrachtung des türkischen Islam fast zwangsläufig unter Vorzeichen des Extremismus oder Islamismus.

Der Hinweis darauf, daß Milli Görüş etwa 30 Prozent der Moscheen in Deutschland kontrolliert, deutet darauf hin, daß die Organisation eine gewisse Perspektive der Macht verfolgt. Diese – relative – Machtperspektive könnte seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft Assoziationen der Ohnmacht hervorrufen. Die Verbindungen zur türkischen Refah-Partei wiederum können bei den Rezipienten sämtliche (negativen) Assoziationen im Hinblick auf den Islam in der Türkei, die bereits im vorigen Abschnitt dargestellt wurden, beleben und dazu führen, daß diese auf türkische Migranten übertragen werden.

Auch die „Welt am Sonntag“ widmet sich weniger der religiösen Alltagspraxis türkischer Muslime, sondern geht eher auf als radikal eingestufte Aktivitäten islamischer Organisationen ein:

„Islamistische Extremisten bauen in Laatzen bei Hannover ein Schulungszentrum für Norddeutschland auf. Wie der Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Rüdiger Hesse, ... bekanntgab, habe die Gruppe ‚Islamische Gemeinschaft Milli Görüş‘ ... ‚ein mehrstöckiges Objekt für 1,6 Millionen Mark‘ erworben. In dem Haus mit mehr als 30 Räumen sollten ‚vorwiegend jugendliche Islamisten aus Norddeutschland internatsmäßig auf die Lehren des Koran eingeschworen und gegen die westliche Demokratie‘ geschult werden, so Hesse. ... Eine direkte Gefahr für die innere Sicherheit, erklärte der Sprecher, gehe von dem Zentrum zwar nicht aus. Die Gefahr der radikalen Islamisten werde in Zukunft aber zur ‚größten Herausforderung für die westlichen Demokratien‘ werden.“¹⁶⁵¹

Hier wird überhaupt nicht die Möglichkeit gesehen, daß in einem islamischen Zentrum eine religiöse Unterweisung jenseits einer Radikalisierung vollzogen werden könnte. Sicherlich gibt die Organisation Milli Görüş genügend Hinweise für extremistische Aktivitäten, doch die verallgemeinernde Einschätzung, die hier vorgenommen wird, läßt automatisch türkische Jugendliche, die sich mit dem Islam auseinandersetzen, im Zuge von entsprechenden Assoziationen und Typisierungen als radikal erscheinen. Direkte Gefahren sind zwar laut Verfassungsschutz nicht gegeben, doch impliziert allein der Begriff „Herausforderung“, auch wenn er sich hier auf zukünftige Entwicklungen bezieht, doch eine Bedrohung, und zwar nicht zuletzt deshalb, da Ansatzpunkte für eine Auseinandersetzung mit der Problematik nicht gegeben sind. Im weiteren Verlauf des Artikels wird diese Bedrohungslage weiter ausgebreitet:

¹⁶⁵¹ o.A.: Schulungszentrum von Moslems bei Hannover, Welt am Sonntag 23.11.1997, S. 3 (TÜRK-W-30)

„Die Anhänger der extremistischen Organisation streben die Errichtung eines ‚Weltimperiums des Islam‘ und die Förderung eines fundamentalistisch verstandenen Islam innerhalb der türkischen Gemeinde in Deutschland an.“¹⁶⁵²

Hier wird besonders deutlich, daß die Betrachtung rein aus einer Abwehrhaltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft erfolgt, denn es ist nicht anzunehmen, daß Milli Görüş selbst ihre Islamperspektive als fundamentalistisch bezeichnet. Die Anspielung auf eine imperialistische Strategie legt den Schluß nahe, daß dem Phänomen seitens der deutschen Gesellschaft überhaupt nicht mit Auseinandersetzung begegnet werden kann, sondern daß eher Abwehr notwendig ist, da expansionistische Bestrebungen diesen eine Bedrohung der eigenen Interessen darstellen.

Während in den Medien die Darstellung islamischer Organisationen und Gruppierungen eher unter dem Aspekt des Extremismus dargestellt wird, zeigt die wissenschaftliche Literatur zum Thema, daß die mediale Einschätzung einzelne Dimensionen der Präsenz islamischer Gruppen überbewertet. Die verzerrte Wahrnehmung der Aktivitäten von Muslimen in Deutschland wird denn auch vielfach kritisiert:

„Der überwiegende Teil der Muslime in Deutschland ist in religiösen Dingen liberal eingestellt. Maximal 1 Prozent sollen laut Verfassungsschutz in Deutschland mit extremistischen islamischen Gruppierungen sympathisieren. Dennoch wird das Bild vom Islam in Deutschland geprägt durch politische Gruppierungen wie die AMGT (Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa, ein Ableger der türkischen nationalen religiösen Wohlfahrtspartei, Refah) oder die Muslimbrüder – Organisationen, die aus dem Islam eine totalitäre Ideologie machen wollen und die den interreligiösen Dialog zum Teil als Plattform für politische Propaganda mißbrauchen.“¹⁶⁵³

Hier wird radikales beziehungsweise extremistisches Engagement als relativ kleiner Teilaspekt der religiösen Praxis von Muslimen in Deutschland dargestellt.

Auch ein Blick auf die Organisationsform islamischer Gruppierungen relativiert die von den Medien transportierte Gefahrenperspektive:

„Der Organisationsgrad der Muslime in Deutschland muß als sehr gering bezeichnet werden. Wenn man von einer Zahl von 2,7 Millionen Muslimen ausgeht, so sind von diesen kaum fünf Prozent in islamischen Vereinen und Stiftungen organisiert. Die Zahl dieser Vereine und Organisationen beträgt nach der Schätzung deutscher Muslimorganisationen zwischen drei- und viertausend.“¹⁶⁵⁴

Während im Mediendiskurs aus der Tatsache, daß Migranten dem islamischen Kulturkreis angehören, implizit ein allgemeiner Extremismusverdacht abgeleitet wird, zeigt sich, daß die Mehrheit der muslimischen Zuwanderer noch nicht einmal in entsprechende Organisationen eingebunden ist.

Selbst der Bericht des Bundesverfassungsschutzes – der in den Medien unter anderen Vorzeichen zitiert wird – erkennt in der Bundesrepublik kein umfassendes Gefahrenszenario. Im Jahr 1996 verfügten laut Bundesinnenministerium die als islamistisch eingeschätzten Organisationen

¹⁶⁵² TÜRK-W-30

¹⁶⁵³ Sabra, Martina (1995): Muslime in Deutschland. Eine unbekannt Minderheit, in: Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (1995) (Hg.): Ausländer in Deutschland. Ein Informationsdienst zu aktuellen Fragen der Ausländerarbeit, Nr. 2/1995, Saarbrücken 1995, S. 1-3: 1

¹⁶⁵⁴ Heine, Peter (1997): Halbmond über deutschen Dächern. Muslimisches Leben in unserem Land, München 1997: 116

über 30.900 Mitglieder.¹⁶⁵⁵ Die Gesamtzahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten lag 1996 bei 269. Die Mehrzahl der Brandanschläge (insgesamt 120) und sonstigen Zerstörungsaktionen richtete sich dabei nicht gegen deutsche Einrichtungen, sondern gegen Objekte, die stellvertretend für öffentliche Einrichtungen im Heimatland angegriffen wurden, wie ausländische Banken, islamische Zentren, Kulturvereine und Reisebüros.¹⁶⁵⁶

Diese extremistischen Gewalttaten scheinen jedoch in keinem direkten Zusammenhang mit dem von islamischen Organisationen verbreiteten religiösen Diskurs zu stehen:

„In Deutschland wurden bislang keine Gewaltakte im Namen einer islamistischen Organisation verübt. Islamistische Propaganda ist allerdings geeignet, einer Ghettoisierung der Muslime in Deutschland Vorschub zu leisten, die sich politisch und sozial nachteilig auf das friedliche Zusammenleben im Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung auswirken würde.“¹⁶⁵⁷

Der Islam in Deutschland ist also zumindest bisher kein nachweisbarer Gewaltfaktor, sondern er wird lediglich häufig unter diesem Vorzeichen dargestellt.

Betrachtet man dagegen die Daten zur Fremdenfeindlichkeit, so zeigt sich von dieser Seite ein wesentlich greifbareres Gefahrenpotential. Von den 1996 verübten rechtsextremistischen Gewalttaten richteten sich 441 oder 56 Prozent gegen Ausländer. Insgesamt waren 1996 26 Prozent der rechtsextremistisch motivierten Straftaten fremdenfeindlich ausgerichtet.¹⁶⁵⁸ Eine direkte Konfrontation in Form von Gewalt scheint also eher von der deutschen Mehrheitsgesellschaft als von islamischen Gruppierungen auszugehen.

Im Hinblick auf die Mitgliedschaft von Zuwanderern in radikalen Gruppierungen erscheint es auch notwendig, zwischen den Intentionen der Organisation und ihrer Mitglieder zu differenzieren. Weiler verdeutlicht, daß Mitglieder ausländischer Gruppierungen, die im Verdacht stehen, extremistisch zu sein, nicht automatisch radikal sind und mit den von der Führung der Organisation propagierten Zielen nicht durchweg einverstanden sein müssen, wenn sie eine Mitgliedschaft aufrechterhalten:

„Die Mehrheit der Mitglieder in den vom Verfassungsschutz beobachteten Ausländerorganisationen schließt sich diesen in erster Linie deswegen an, weil sie dort ein heimatliches Umfeld, insbesondere Menschen gleicher Sprache, gleicher Sitten und gleicher Religion vorfinden. Ferner suchen sie dort Hilfe und Unterstützung bei den täglichen Sorgen und Geschäften in einem für sie fremden Land. Dabei geht es ihnen nicht von vornherein um die extremistischen und/oder gewalttätigen Ziele der jeweiligen Organisation. Daß sie dabei natürlich unwillkürlich mit den Zielen konfrontiert werden, bleibt dabei nicht aus. Der auslösende Faktor für die sicherheitsgefährdenden Aktivitäten dieser Ausländerorganisationen sind vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den jeweiligen Heimatländern. Dort beherrschen oft ungelöste Konfliktlagen, die den bei uns lebenden Menschen aus diesen Ländern den Anlaß geben für ihr zunächst berechtigtes politisches Engagement, das jedoch bei einigen Gruppen in Radikalität umschlägt und in Gewaltanwendung mündet.“¹⁶⁵⁹

¹⁶⁵⁵ vergl. Bundesministerium des Innern (1997a): 174

¹⁶⁵⁶ vergl. Bundesministerium des Innern (1997a): 177ff

¹⁶⁵⁷ Bundesministerium des Innern (1997a): 181

¹⁶⁵⁸ vergl. Bundesministerium des Innern (1997a): 92f

¹⁶⁵⁹ Weiler Guido (1994): Politische Betätigung von Ausländern, insbesondere ausländischer Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (1994) (Hg.): Information zum Ausländerrecht und zum Ausländerextremismus, Köln 1994, S. 30-61: 43

Diese Argumentation zeigt, daß selbst ein Blick auf die Mitgliederzahlen radikal orientierter islamischer Gruppen noch keine Rückschlüsse auf eine tatsächliche Radikalität der Mitglieder erlaubt.

Man muß sich allerdings auch darüber im Klaren sein, daß verallgemeinernde Rückschlüsse von einem bestehenden Gewaltpotential auf tatsächliche Gefahren nicht nur innerhalb der deutschen Bevölkerung verbreitet sind, sondern auch seitens türkischer Zuwanderer. So hat Tertilt in seiner Studie über die Turkish Power Boys belegt, daß Gewalttaten gegen einzelne Ausländer von den türkischen Jugendlichen durchaus als genereller Angriff gegen Zuwanderer eingeschätzt werden.¹⁶⁶⁰

Aus dem Blickwinkel von Anhängern der Organisation Milli Görüş weisen die Islambezüge eine andere Dimension auf, als diejenige, welche von der deutschen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen wird:

„Also hinüber zur Gegentribüne, wo in der Masse der junge Sedat sitzt und die türkische Fahne schwenkt. Direkt vom Borsigplatz kommt er, 22 Jahre alt, ein Dortmunder. Und deshalb ein echter Borusse. Normalerweise ist er ‚wegen der Vereinsgefühle‘ im Stadion, heute ‚wegen der Nationalgefühle‘, und ‚wegen der Religion natürlich‘. Um Emotionen geht es ihm immer irgendwie, um große und um echte. Die Deutschen, sagt er, verstünden das nicht, die redeten gleich von Fundamentalismus, ‚aber Borusse zu sein, das ist auch Fundamentalismus‘. Sedats Eltern haben ihn, vor Jahren schon, zu Milli Görüş mitgenommen, erst in die Moschee, dann zu den Kursen. Damit die Türkei in der Fremde nicht verlorengelange, haben sie damals gesagt. Damit er nicht irgendwann als Borussen-Fan grölend und saufend durch die Stadt laufe. Nun ist er trotzdem Borussen-Fan geworden, grölt aber nicht und säuft nicht. ‚Ich bin doch Muslim.‘“¹⁶⁶¹

Diese nachvollziehende Darstellung des Identifikationsrahmens eines türkischen Jugendlichen ermöglicht es, einige grundsätzliche Aspekte der gefühlsmäßigen Bindungen an den Islam, die von türkischen Migranten gesucht und in ihrer Alltagspraxis bestätigt werden, überhaupt greifbar zu machen. Die Beziehung zum Islam wird hier als eine Synthese aus Tradition, Religion und Emotion angesehen. Diese Art des Identifikationsmusters ist sicherlich auch in der deutschen Gesellschaft mit ihren spezifischen kulturellen und religiösen Bezügen wirksam. Eine grundsätzliche Möglichkeit des Erkennens der Vergleichbarkeit solcher Bezüge wird jedoch zumeist durch die Reduzierung des Islam auf einen Fundamentalismusbegriff und damit durch seine Negativierung untergraben. Aus diesem Grund ist der hier gemachte Vergleich zwischen der Identifikation mit einem Fußballverein und der mit dem Islam, die beide „fundamentalistische“ Züge annehmen können, sehr aufschlußreich.

Auf der Basis einer solchen grundsätzlichen Vergleichbarkeit könnten sich Prozesse des wechselseitigen Erkennens und Anerkennens entwickeln. Dazu wäre es allerdings notwendig, die bisher vorherrschende Einschätzung einer grundsätzlichen Differenz – beispielsweise zwischen Islam und Christentum oder zwischen türkischer und deutscher Kultur – zu überwinden, um zu-

¹⁶⁶⁰ vergl. Tertilt (1996): 22

¹⁶⁶¹ TÜRK-Z-27

nächst einmal nach Gemeinsamkeiten, die zweifelsohne vorhanden sind, suchen zu können. Eine solche Umgehensweise mit vorgeblicher Differenz zeichnet sich jedoch derzeit nicht ab. So weist auch der bereits zitierte Artikel in der „Zeit“ schließlich einen anderen Fortgang auf, indem er die zunächst vermittelten positiven Ansätze durch eine Negativdarstellung wieder relativiert:

„Es ist die Ideologie der Taliban, die Kindern nähergebracht wird. Viele der Videos folgen einem Schema, wie die Forschergruppe um den Soziologen Heitmeyer herausfand, die diese Filme analysiert hat: ein Junge, Einwandererkind, lebt in einer westlichen Großstadt, einem Sündenpfehl aus Kriminalität, Drogen und Sittenverfall. Der Junge strauchelt, aber Muslime, selbstlos und hilfsbereit, strecken die Hand aus sie bieten Orientierung und Wärme - das Identitätsangebot der Milli Görüş. Nur langsam, Schritt um Schritt, folgt bei Milli Görüş auf die religiöse Erfahrung der ideologische Zugriff. Den Höhepunkt, berichtet die Heitmeyer-Gruppe, bilden die Sommerlager, aus denen viele Jugendliche völlig verändert zurückkämen. So manches Mädchen ginge mit wallendem Haar hin und käme mit Kopftuch zurück.“¹⁶⁶²

Was hier beschrieben wird, ist die systematische Indoktrination durch eine islamische Gruppierung. Die Tatsache der Existenz einer solchen Vorgehensweise ist sicherlich hinzunehmen, doch muß man sich auch darüber im Klaren sein, daß der Mediendiskurs sich hauptsächlich auf diese negativen Dimensionen islamischer Praxis konzentriert. Positive Aspekte islamischer Alltagspraxis werden in den Medien hingegen kaum dargestellt, so daß sich eben auch wenige Anknüpfungspunkte für eine Auseinandersetzung mit der Thematik unter positiven Vorzeichen ausmachen lassen. Die sehr weitreichende negative Islamdarstellung knüpft hingegen an bereits bestehende Abwehrmechanismen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft an und liefert gewissermaßen noch eine Begründung, warum es nicht möglich ist, sich mit dem Islam auseinanderzusetzen.

Da die Negativperspektive im Hinblick auf die Darstellung des Islam im Mediendiskurs überwiegt, ist anzunehmen, daß positive (Selbst-)Darstellungen von Islamanhängern nur bedingt Geltungskraft entfalten können, da sie vor dem Hintergrund eines komplexen Netzes von Negativassoziationen wahrgenommen werden. „Die Zeit“ läßt beispielsweise Mehmet Erbakan, der in Deutschland die Aktivitäten von Milli Görüş leitet, ausführlich zu Wort kommen:

„Seine Organisation wolle die Rechtsordnung nicht umstürzen, sondern stützen. Sie leiste Beiträge zur inneren Sicherheit, indem sie orientierungslose Jugendliche stabilisiere, nach den Anschlägen von Solingen und Mölln habe sie zur Besonnenheit aufgerufen. Den Vorwurf, desintegrativ zu wirken, könne nur erheben, wer Integration mit Assimilation verwechsle, findet Mehmet Erbakan. Umgekehrt sei es richtig: ‚Nicht wir haben türkische Separatgesellschaften geschaffen, wir reagieren auf die Ausgrenzung.‘ Milli Görüş wolle nicht mehr als Toleranz für die eigene islamische Lebensweise. Wie ein ‚blöder Plot für einen Science-fiction-Film‘ kommt es Erbakan vor, wenn unterstellt wird, man wolle in Deutschland islamisches Recht einführen. Diese Vorstellung sage nichts aus über Milli Görüş, aber viel über die Angst der Deutschen vor dem Islam. ‚Die Leute sollten selbstbewußter sein. Schließlich werden die Deutschen den hiesigen Islam viel stärker verändern als der Islam Deutschland.‘“¹⁶⁶³

Erbakan illustriert hier, wie seine Organisation ihren Mitgliedern aus ihrer Sicht positive Identifikationsräume eröffnet. Ein solcher positiver Blickwinkel ist aus dem Blickwinkel der deutschen

¹⁶⁶² TÜRK-Z-27

¹⁶⁶³ TÜRK-Z-27

Gesellschaft natürlich nur schwer nachvollziehbar, da sie den Islam eher aus einer Perspektive der Gegnerschaft sowie – hier hat Erbakan sicherlich nicht ganz unrecht – der Angst rezipiert. Besonders interessant sind die Wechselwirkungen zwischen der Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der Reaktion der türkischen Migranten, die Erbakan aufzeigt. Sein Hinweis, daß die verstärkt geknüpften Bezüge zu islamischen Gemeinschaften seitens der türkischen Migranten unter anderem das Resultat einer erfahrenen Ausgrenzung sind, macht deutlich, daß auch die Aufnahmegesellschaft in gewisser Weise für die spezifische Islamentwicklung in der Migrationsgesellschaft mitverantwortlich ist.

Da die Begründungs- und Verortungszusammenhänge türkischer Migranten im Hinblick auf den Islam im Mediendiskurs nur sehr fragmentarisch dargestellt werden, soll im folgenden zum besseren Verstehen der religiösen Identifikation zumindest in Ansätzen auf wissenschaftliche Literatur zum Thema eingegangen werden. Laut Heitmeyer liegt die grundsätzliche Identitätsrelevanz des Islam in den Aspekten Selbstvergewisserung, Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns.¹⁶⁶⁴ Diese Relevanzkriterien dürften auch für die Identifikation mit anderen Religionen maßgeblich sein, so daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach allein aus dem Prinzip religiöser Identifikation keine grundsätzlichen Unvereinbarkeiten mit anderen Religionen ableiten lassen.

Faruk Şen geht davon aus, daß fast 90 Prozent der in Deutschland lebenden türkischen Muslime den Islam als Kulturgut ansehen und nicht als politische oder gar fundamentalistische Bewegung.¹⁶⁶⁵ Auf der organisatorischen Ebene erweist sich die Präsenz des Islam in Deutschland als sehr heterogen. Die in Deutschland existierenden islamischen Vereinigungen sind bemüht, einheitliche Organisationen aufzubauen, die alle Gruppierungen repräsentieren. Dies erweist sich jedoch aufgrund der sehr heterogenen Ausrichtung der bestehenden Vereinigungen als recht schwierig. Inzwischen bestehen drei große islamische Vereine, die übergreifende Bedeutung erlangt haben. Zum einen ist die Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) zu nennen, die als halbstaatliche Organisation den staatlichen Islam der Türkei vertritt. Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland faßt etwa zwanzig islamische Gruppen von unterschiedlicher Größe und Bedeutung sowie unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung zusammen. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland setzt sich aus derzeit sechzehn nationalen, regionalen und lokalen Gruppierungen zusammen. Hier sind, stärker als im Islamrat, auch nicht-türkische Gruppen präsent.¹⁶⁶⁶

¹⁶⁶⁴ vergl. Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 41

¹⁶⁶⁵ vergl. Şen, Faruk (1996): Der Islam in Europa, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 82-96: 83

¹⁶⁶⁶ vergl. Heine (1997): 117ff

Diese Heterogenität auf der Ebene der Organisation spiegelt sich auch in den individuellen Islam-Bezügen, die türkische Muslime in Deutschland leben, wider:

„Neben den frommen und streng praktizierenden Muslimen, die in erster Linie ihre Kinder in die Koranschulen schicken und den dort zugrundeliegenden religiösen und politischen Konservatismus teilen, gibt es auf der anderen Seite eine nicht sehr große Anzahl Gleichgültiger, die kein Interesse am Islam zeigen und ihn nicht mehr praktizieren. Dazwischen besteht noch eine große Gruppe liberaler Muslime, die gläubig sind, aber versuchen, sich mit ihrem Glauben in deutschen Lebensverhältnissen einzurichten. Zwischen den drei Gruppen bestehen große Spannungen. Die frommen Muslime beschimpfen alle liberalen als ‚unechte‘ Muslime und beanspruchen für sich, den wahren Islam zu vertreten, während sie die Gleichgültigen als Kommunisten abstempeln. Diese bezeichnen ihrerseits alle Strenggläubigen, ohne zu differenzieren, als Faschisten und fordern ein Verbot islamischer Vereinigungen. Um eine weitere Vertiefung der Isolation innerhalb der hiesigen Gesellschaft zu vermeiden und einen gemeinsamen Weg der Türken zur Integration zu finden, müßten die verschiedenen Gruppierungen untereinander mehr Toleranz aufbringen. Sie müßten versuchen, eine Interpretation des Korans zu finden, die eine adäquate Glaubenspraxis in der Bundesrepublik ermöglicht. Diese Toleranz aufzubringen, wird wahrscheinlich das größte Problem sein.“¹⁶⁶⁷

Von einem einheitlichen türkischen Islam in Deutschland, wie er häufig pauschalisierend in den Medien dargestellt wird, kann also keine Rede sein. Bevor auf die Auswirkungen der unterschiedlichen Ausrichtungen islamischer Gruppierungen auf das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft näher eingegangen wird, sollen zunächst die identifikatorischen Bezüge türkischer Muslime in Deutschland betrachtet werden.

Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die religiöse Praxis von Muslimen in Deutschland einem zunehmenden Prozeß der Individualisierung ausgesetzt ist:

„Zwischen den beiden Polen, d.h. entweder überhaupt nicht religiös zu sein oder aber konsequent den Lehren des Islam zu folgen, scheint sich der Umgang mit der eigenen Religiosität unter den türkischen Jugendlichen doch überwiegend durch ein hohes Maß an Eigeninterpretation auszuzeichnen. Zwei Drittel aller Jugendlichen sind entweder nicht streng oder aber auf ihre Weise religiös.“¹⁶⁶⁸

Wird die Bedeutung religiöser Praxis also seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft überwiegend im Zusammenhang mit den Aktivitäten islamischer Organisationen – die ja wiederum zu meist unter negativen Vorzeichen dargestellt werden – gesehen, so wird die Art der individuellen religiösen Identifikation türkischer Migranten gewissermaßen unsichtbar.

Die bereits zitierte Studie von Heitmeyer, die fragwürdigerweise vor dem Hintergrund eines Fundamentalismus-Begriffs operiert,¹⁶⁶⁹ entwickelt folgendes Bedeutungsszenario des Islam:

„Resümierend läßt sich insgesamt feststellen, daß der Islam zur Sicherung religiöser, aber auch kultureller Identität von großer Bedeutung ist. Dies drückt sich beispielsweise in der Absicht der Weitergabe von religiösen Werten an die eigenen Kinder aus. ... Im Zusammenhang mit persönlicher Religiosität sind nun nicht zuletzt die Bedeutung und die *Funktion* von Interesse, die der Islam für die größtenteils in der Bundesrepublik aufgewachsenen türkischen Jugendlichen besitzt. Allgemein zeigt sich, daß für mehr als zwei Drittel die Glaubensgemeinschaft von großer (35,9 %) oder sehr großer Bedeutung (31,9 %) ist und nur für eine Minderheit entweder von gringer (16,5 %) oder überhaupt keiner Wichtigkeit (5,2 %). ... Diese starke Bedeutung bliebe allerdings unverständlich, wenn nicht gleichzeitig nach der damit verbundenen inhaltlichen Ausformung gefragt würde. Messen Jugendliche dem Islam große oder

¹⁶⁶⁷ Sen (1985): 70

¹⁶⁶⁸ Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 119

¹⁶⁶⁹ Auf die Bedeutung dieser Prämisse wird noch einzugehen sein.

sehr große Bedeutung zu, dann steht für sie an erster und zentraler Stelle eindeutig die *Stärkung des Selbstvertrauens* durch die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. Erst an zweiter Stelle werden auf das Kollektiv der ‚Umma‘ bezogene Bedeutungen wie *Sicherheit, Zugehörigkeit* und *Geborgenheit* plaziert.¹⁶⁷⁰

Die Stärkung des Selbstvertrauens sowie die Schaffung von Zugehörigkeit und Geborgenheit auf der Grundlage des Islam müssen grundsätzlich keine segregierende Wirkung entfalten. Vielmehr werden hier auf einer religiösen Ebene allgemeine identitäre Bedürfnisse verwirklicht. Es ist anzunehmen, daß die individuelle Bezugnahme auf den Islam durch türkische Migranten erst dann fast zwangsläufig zum Moment der Segregation wird, wenn die entsprechenden Identitätsaspekte in der Migrationsgesellschaft, also im Zusammenleben mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft, nicht verwirklicht werden können.

Die Heitmeyer-Studie, die ja unter dem Titel ‚Verlockender Fundamentalismus‘ untersucht, welche Bedeutung die fundamentalistischen Bestrebungen islamischer Organisationen wie Milli Görüş für türkische Jugendliche in Deutschland haben, kommt analog zu dieser Einschätzung zu folgendem Schluß:

„Es schält sich ... ein deutliches Muster heraus: Je schlechter türkische Jugendliche ihre Zukunftschancen qua Bildungs- und Berufsaspiration einschätzen, desto eher sehen sie ihre Interessen durch Milli Görüş vertreten. Dies ist u.E. ein zentraler Hinweis darauf, daß die Anfälligkeit Jugendlicher für extreme nationalistische bzw. religiös-fundamentalistische Organisationen dann besonders hoch zu sein scheint, wenn sie für sich persönlich in der Mehrheitsgesellschaft deutlich schlechtere Bildungs- und Berufspositionen und damit allgemein schlechtere Zukunftschancen antizipieren. Angesichts der sich verschlechternden Arbeitsmarktsituation gerade auch für Personen mit niedriger Bildungsqualifikation ... bildet dies vor dem Hintergrund zusätzlicher Diskriminierungserfahrungen keine erfreuliche Perspektive.“¹⁶⁷¹

Hier zeigt sich deutlich, daß islamischer Fundamentalismus weniger eine Verlockung an sich darstellt, sondern eher seine volle Attraktivität als Identifikationsraum erst dann entfaltet, wenn individuelle Identität nicht mehr in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen – wie der Migrationsgesellschaft insgesamt – ausgelebt werden kann. Geht man von einem solchen Mechanismus aus, so ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft selbst in der Verantwortung, wenn es darum geht, einem sich ausbreitenden Fundamentalismus entgegenzuwirken.

Die Heitmeyer-Studie geht davon aus, daß Konfliktpotentiale sich dauerhaft zuspitzen werden, wenn weiterhin eine öffentliche Auseinandersetzung vermieden wird:

„Bisher ist noch unklar, welche ‚formierenden‘ Entwicklungen sich ergeben. Zumal vielfach zu Recht darauf verwiesen worden ist, daß es auch ‚Integration durch Segregation‘ gebe, indem kulturell-religiöses ‚Eigenleben‘ jene Sicherheit und Geborgenheit vermittele, die dazu befähigen, gesellschaftliche Anforderungen zu bewältigen und Diskriminierungen aushalten zu können. Dieses ‚Modell‘ ist aber nur so lange tragfähig, wie die Zugänge zum Arbeitsmarkt etc. weitgehend gesichert sind, die Hoffnungen auf politische Partizipation noch realistisch scheinen, die Angebote für Freizeitgestaltung oder die soziale Versorgung durch Kommunen nicht noch weiter abgebaut werden. Diese zentralen Bedingungen sind indes immer weniger gegeben. Die Chancen für Jugendliche der dritten Generation werden u.E. nur

¹⁶⁷⁰ Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 120, Hervorheb. im Original

¹⁶⁷¹ Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 140

theoretisch größer – faktisch reduzieren sich eher die Realisierungsmöglichkeiten ihrer Lebensplanungen und einer angemessenen Existenzsicherung. ... Die Ergebnisse dieser Untersuchung weisen darauf hin, daß das Zusammenleben vor schweren Belastungen stehen wird, wenn zum einen keine weitreichenden politischen Initiativen zur sozialen Integration und zum anderen keine ebenso deutlichen Markierungen universal geltender demokratischer Wertvorstellungen erfolgen. Lange Zeit hat es in der Bundesrepublik keine angemessene und kontinuierliche öffentliche und politische Auseinandersetzung zu fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Entwicklungen gegeben. Nun deutet sich an, daß – abgeschirmt durch ebendiese Ereignisse – Entwicklungen in Teilen der türkischen Bevölkerungsgruppe nur mangelhaft öffentlich thematisiert werden.¹⁶⁷²

Rückzugstendenzen türkischer Migranten auf der Grundlage einer verstärkten Bezugnahme auf den Islam zeichnen sich also bereits ab, scheinen jedoch noch nicht in einer unumkehrbaren Richtung zu verlaufen. Die Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft, Islamidentifikationen nur unter Vorzeichen der Radikalität wahrzunehmen, könnte die sich bereits vollziehende Segregation jedoch weiter und nachhaltig vorantreiben. Innerhalb der deutschen Migrationsgesellschaft vollziehen sich also ebenfalls Prozesse, die auf eine sich verstärkende Trennung zwischen Deutschen und islamischen Migranten hinweisen. Dieser Prozeß der sich steigernden Divergenz kann nur aufgehalten werden, wenn die Entwicklung an sich endlich in einem öffentlichen Diskurs, der sowohl in der Politik als auch in den Medien und in der Migrationsgesellschaft insgesamt verarbeitet wird, aufgegriffen wird.

Die bisherige differenzierte Betrachtung der Islampraxis türkischer Migranten in Deutschland soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Bundesrepublik von verschiedenen islamischen Gruppierungen sehr extreme Perspektiven vertreten werden. Wissenschaftliche Untersuchungen der späten achtziger und frühen neunziger Jahre weisen bereits darauf hin, daß von verschiedenen Gruppierungen eine gezielte Abgrenzungsstrategie vertreten wird:

„Ein deutliches Feindbild von der deutschen Gesellschaft, das immer mehr türkischen Arbeitsmigranten gepredigt wird, ist im Entstehen. Gleichzeitig aber bekräftigen alle Dachverbände den Willen zur Dauerpräsenz in der Bundesrepublik; diese ist dann nur noch möglich, wenn sich die türkische Wohnbevölkerung von der deutschen weitgehend abschottet - sonst käme sie ja in einen Glaubenskonflikt.“¹⁶⁷³

Wenn die Identifikation türkischer Zuwanderer sich in besonderem Maße auf ihre Religionszugehörigkeit richtet, kann der Islam explizit zu einem Mittel der Segregation gemacht werden.

Vor allem, wenn Kontakte zur deutschen Mehrheitsgesellschaft nur rudimentär ausgeprägt sind, können islamische Organisationen großen Einfluß auf die Haltung ihrer Mitglieder ausüben:

„Die Leiter der religiösen Organisationen filtern für ihre Mitglieder die deutsche Realität und stellen damit eine Verstärkung der kulturellen Differenzen her. Einerseits fördern sie damit die Isolation, bewirken aber in den Organisationen zugleich einen verstärkten Zusammenhalt, der die ethnische und religiöse Identität verstärkt. Hier erhalten die Mitglieder die ideologische Basis und Bestärkung ihrer ethnischen und kulturellen Lebensweise, die durch das fremde Umfeld infrage gestellt worden war. Nicht zuletzt diese fundamentalistischen Organisationen haben bewirkt, daß sich unter den türkischen Ar-

¹⁶⁷² Heitmeyer / Müller / Schröder (1997): 189ff

¹⁶⁷³ Binswanger, Karl (1990): Islamischer Fundamentalismus in der Bundesrepublik. Entwicklung - Bestandsaufnahme - Ausblick, in: Nirumand, Bahman (1990) (Hg.): Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 38-54: 53

beitsmigranten eine Struktur entwickelt hat, in der sie ihren ethnischen, religiösen und kulturellen Traditionen folgen und sie in einer Gemeinschaft ausleben können.“¹⁶⁷⁴

Dieser Einfluß ist allerdings insofern relativ, als er sich in Abhängigkeit einer bereits vorhandenen Abgrenzung der deutschen Mehrheitsgesellschaft von den Zuwanderern herausbildet. Der Wirkungsradius fundamentalistischer Organisationen könnte also aller Wahrscheinlichkeit allein durch eine Auseinandersetzung mit türkischen Migranten und ihren religiösen Bezügen durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft wieder relativiert werden.

Die Einschätzung, ob eine Gruppierung als fundamentalistisch anzusehen ist oder nicht, hängt vom Standpunkt, von dem aus die Beurteilung vorgenommen wird, ab. Bei vielen Vereinen zeigt sich,

„daß es sich ... - aus islamischer Sicht - nicht um religiöse Extremisten handelt, sondern um Organisationen, in denen der Islam als allumfassende Lebensordnung gelebt wird. Damit sind die Vereine Garant und Verkörperung der Identitätswahrung. In ihrem Konzept geht es nicht um integrative Teilhabe, sondern um segregative Koexistenz“.¹⁶⁷⁵

Ein wirkliches Verstehen der Bedeutung islamischer Gruppierungen müßte wohl zunächst einmal die Maßstäbe, nach denen diese Organisationen und ihre Mitglieder ihre religiösen Bezüge knüpfen, nachvollziehen. Aus deutscher Sicht wird jedoch zumeist bei der Betrachtung zugleich eine Abgrenzungsperspektive eingenommen, indem auf Grundlage der Zuschreibung „fundamentalistisch“ jegliche Auseinandersetzung vermieden wird. Bei der Gestaltung des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft kann es sicherlich nicht darum gehen, „extremistische“ Maßstäbe vorbehaltlos anzuerkennen, um türkischen Migranten eine Wahrung ihrer Identität zu ermöglichen. Im Zuge einer Auseinandersetzung über die Wertorientierungen innerhalb der Migrationsgesellschaft müßten aber zunächst alle existierenden Perspektiven überhaupt sichtbar gemacht werden, um nicht von vornherein eine mögliche Wechselseitigkeit durch einseitige Dominanz zu untergraben.

Neben den extremistisch-fundamentalistischen Ansätzen islamischer Gruppierungen, die vor allem in den Medien ihren Niederschlag finden, existieren auch zahlreiche positive Ansätze für die Verortung des Islam in der Migrationsgesellschaft. So bekannte sich der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland bereits 1984 in einer Grundsatzerklärung zu den in Deutschland gegebenen politischen Rahmenbedingungen für die religiöse Praxis der Muslime in der Bundesrepublik:

„Auch heute bejahen die deutschen Moslems, die sich in der Deutschen Sektion des Islamischen Weltkongresses als religiöser Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, die vom Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Rahmenbedingungen für ihr religiöses und soziales Enga-

¹⁶⁷⁴ Heine, Peter (1990): Ethnizität und Fundamentalismus - Nationalitätenspezifische Eigenschaften, in: Nirumand, Bahman (1990) (Hg.): Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 94-115: 100f

¹⁶⁷⁵ Binswanger, Karl / Sipahioglu, Fethi (1988): Türkisch-islamische Vereine als Faktor deutsch-türkischer Koexistenz, München 1988: 126

gement als geeignete Voraussetzungen, um gemäß ihrem Glauben und ihren Verpflichtungen leben zu können.“¹⁶⁷⁶

Sicherlich kann eine solche Aussage nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Bundesrepublik zahlreiche fundamentalistische Schriften kursieren, die sich unter anderem gegen das bestehende politische System wenden. Doch stellt sich die Frage, ob es aus deutscher Sicht nicht sinnvoller wäre, zunächst die bereits gegebenen positiven Ansatzpunkte für eine wechselseitige Verständigung zu nutzen, anstatt stets nur negative Perspektiven zu betonen und damit eine Auseinandersetzung zu verweigern.

Auseinandersetzung ist es denn auch, was vom Islamrat explizit gefordert wird, denn die Organisation geht davon aus, daß auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft einen Beitrag zur Eingliederung der Muslime zu leisten hat:

„Integration bedeutet Eingliederung unter Wahrung des Wesenskerns der eigenen Identität. In die Gesellschaft fügt sich ein neues Element ein, das das Feld und den Inhalt der Interaktion sozialer Faktoren erweitert. Durch Integration einer moslemischen Bevölkerungsgruppe entwickelt sich eine überwiegend vom Christentum geprägte Gesellschaft zur multikulturellen Gesellschaft. Umgekehrt entwickelt sich die moslemische Gemeinschaft in eine von dem konkreten Interaktionsprozeß geprägte, spezifisch geformte Gruppe. Es handelt sich bei der Integration und dem Übergang zur multikulturellen Gesellschaft um eine Entwicklung, die Anpassung und Veränderungen bei der Mehrheit wie bei der Minderheit voraussetzt.“¹⁶⁷⁷

Die Stellungnahme des Islamrats läßt sich nicht nur als Forderung nach einer konkreten Auseinandersetzung und gleichberechtigten Interaktion begreifen, sondern sie beinhaltet zugleich das Angebot der Muslime, sich einer solchen Auseinandersetzung zu stellen. Dieses Angebot sollte von der deutschen Mehrheitsgesellschaft unabhängig von den segregativen Bestrebungen einzelner fundamentalistischer Organisationen anerkannt und genutzt werden.

Über Konfrontationen auf einer vorgeblich neutralen Ebene berichtet die „Welt am Sonntag“ im Hinblick auf den illegalen Bau einer Moschee in Hanau.¹⁶⁷⁸ Die „Sachlage“ wird dabei wie folgt dargestellt:

„Seit fast einem Jahr gibt es wegen des Baus bereits Streit zwischen der Stadt (96.000 Einwohner) und dem zweitgrößten Verein türkischer Muslime in Deutschland. Trotz Bauverbots hatte der Verband der Islamischen Kulturzentren mit Sitz in Köln (rund 100.000 Mitglieder) ... zwei große Räume als Moschee eingerichtet.“¹⁶⁷⁹

Die Gegenüberstellung der Einwohnerzahl Hanaus mit der Mitgliederzahl des islamischen Verbandes erweckt den Eindruck einer Übermacht der Muslime. Diese wird zwar im weiteren Verlauf des Artikels wieder mit dem Hinweis auf 9.700 in Hanau lebende Türken relativiert, doch entsteht zunächst die Vorstellung, die deutsche Bevölkerung sei den Muslimen – zunächst einmal

¹⁶⁷⁶ Abdullah, Muhammad Salim (1993): Was will der Islam in Deutschland?, Gütersloh 1993: 78

¹⁶⁷⁷ Abdullah (1993): 92

¹⁶⁷⁸ vergl. Pollack, Wolfgang: Illegale Moschee in Hanau geschlossen – Gebetsräume trotz Bauverbots errichtet, Welt am Sonntag 2.2.1997, S. 15 (TÜRK-W-2)

¹⁶⁷⁹ TÜRK-W-2

– zahlenmäßig unterlegen. Diese Unterlegenheit wird durch den Hinweis auf die 305 Moscheen, die das Islamische Kulturzentrum in Deutschland unterhalte, verstärkt. Zugleich wird der Verband unter negativen Gesichtspunkten dargestellt, da er im Zuge seiner Aktivitäten göttliches über staatliches Recht stelle.¹⁶⁸⁰

Die „Welt am Sonntag“ weist in ihrem Artikel darauf hin, daß es in dem Konflikt nicht um eine Benachteiligung der türkischen Muslime gehe:

„Die Oberbürgermeisterin betont, es gehe ihr nicht zuletzt auch darum, ‚ein Zeichen zu setzen, daß in Hanau gleiches Recht für alle gilt, ohne Ansehen der Person oder der Religionszugehörigkeit‘. Für ‚widerrechtliche Baumaßnahmen‘ gebe es keine Sonderrechte, ‚auch nicht für die muslimischen Mitbürger‘.“¹⁶⁸¹

Hier werden gleiche Rechte für deutsche und ausländische Einwohner propagiert, wobei beachtet werden muß, daß es in besagtem Fall nicht um die positive Gewährung von Rechten geht, sondern um eine Nichtgewährung, die für alle Bevölkerungsgruppen gelte. Auf einer latenten Ebene bedeutet dies, daß die Muslime gewissermaßen ein Angebot der Gleichbehandlung durch den widerrechtlichen Moscheebau untergraben. Berücksichtigt man jedoch einen umfassenderen Kontext, stellen sich die Implikationen der Situation anders dar. Der Bau von Moscheen stößt innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft grundsätzlich eher auf wenig Akzeptanz. Dieses Stimmungsklima ist türkischen Muslimen durchaus bewußt. Eine Ablehnung wie im Fall der Stadt Hanau kann vor diesem Hintergrund – auch wenn sie auf rechtlich eindeutiger Grundlage erfolgt – aus der Perspektive der türkischen Bevölkerung als grundsätzliche Ablehnung des Islam interpretiert werden.

Eine Berichterstattung über die radikale Zuspitzung von Konflikten innerhalb und zwischen islamischen Gruppierungen in Deutschland trägt zu einem Negativimage des Islam ebenfalls bei. So berichtet „Der Spiegel“ über einen „kaltblütigen Mord“ im Milieu radikaler islamischer Organisationen in Berlin.¹⁶⁸² In diesem Bericht wird der Islam zum „Verzweiflungsschrei von Verlierern“, die sich „in einer schäbigen Hinterhofmoschee ... auf einem billigen grauen Teppichboden versammeln“.¹⁶⁸³ Die Verliererperspektive, die wahrscheinlich von größeren Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft so gesehen wird, verhindert, daß der Islam als positiver Identifikationsrahmen anerkannt werden könnte. Türkische Muslime, die empfinden, daß die Aufnahmegesellschaft sie als Verlierer einschätzt, sind dann zur Wahrung eines positiven Selbstbildes dazu gezwungen, sich Anerkennung außerhalb dieser Gesellschaft – also in den eigenen Reihen – zu verschaffen.

¹⁶⁸⁰ vergl. TÜRK-W-2

¹⁶⁸¹ TÜRK-W-2

¹⁶⁸² vergl. o.A.: Der Tod des Kalifen, Der Spiegel 11.8.1997, S. 44-45 (TÜRK-S-21)

¹⁶⁸³ vergl. TÜRK-S-21: 45

Die Darstellung von Vermittlungsversuchen zwischen den Religionen nimmt in den Medien – möglicherweise analog zum tatsächlich in der Migrationsgesellschaft praktizierten Ausmaß – einen relativ untergeordneten Stellenwert ein. So berichtet „Die Zeit“ über die Aktivitäten in einem Duisburger Stadtteil wie folgt:

„Allein die Geistlichen beider Konfessionen mahnen zur Toleranz und versuchen Brücken zu schlagen. Ein Muslim las in der Kirche Suren aus dem Koran, ein Pfarrer predigte den Kindern Abrahams in der Moschee die Bibel. Doch auch der engagierte Pfarrer Tereick räumt ein: ‚Die Führungen der Gemeinden sind meist progressiver als ihre Mitglieder.‘“¹⁶⁸⁴

Eine wechselseitige Auseinandersetzung – wenn auch, wie hier gezeigt, erst in Ansätzen – erscheint also durchaus möglich zu sein. Der hier praktizierte interreligiöse Austausch zeigt auch, daß es nicht ausreicht, Kommunikation allein aus einer eher übergeordnet-reflektierenden Perspektive (hier seitens der Gemeindeführungen) anzuregen. Vielmehr sensibilisiert die Begrenztheit eines solchen Ansatzes dafür, daß es notwendig ist, auf einer breiteren Ebene der Alltagspraxis nach wechselseitigen Anknüpfungspunkten zu suchen.

Die bisherige Analyse der Darstellung des Islam hat gezeigt, daß zahlreiche Aspekte von Differenz weniger tatsächliche Divergenzen beinhalten, sondern eher auf Zuschreibungen beruhen. Dennoch muß man sich darüber im Klaren sein, daß in den Beziehungen zwischen Islam und westlichen Kulturmustern unterschiedliche Werte und Normen miteinander in Berührung kommen, die sich teils widersprechen, so daß Konflikte entstehen. Ein Bericht in der „Zeit“ über Hymenalrekonstruktion¹⁶⁸⁵ zeigt dies deutlich:

„Ein trauriges Spiel, erzwungen von überalterten Moralvorstellungen vieler hier im Exil lebender Menschen, denen die Jungfräulichkeit der Tochter für die Ehre der Familie steht. Stellt sich die Frau in der Hochzeitsnacht als berührt heraus, gibt die Familie des Bräutigams sie wieder zurück. In der Frage der Sexualität zeigt sich der Konflikt, in dem die jungen Muslime hierzulande leben, besonders kraß. Sie wollen Freiheit, Sexualität und Autonomie wie ihre deutschen Freunde und können sich doch nicht von der Moral ihrer Kultur lösen. Sabine Müller hat ‚auffallend viele‘ Türkinnen mit Anorgasmie in der Sprechstunde. ‚Lustlosigkeit ist unter den Frauen weit verbreitet‘, sagt sie. Diese Frauen wirken modern, aber ihr traditioneller Wertekodex kollidiert mit dem des Westens.“¹⁶⁸⁶

Hier wird eine konflikthafte Zuspitzung divergierender Normen und Werte veranschaulicht. Die dargestellte Problematik spiegelt jedoch nur einen Ausschnitt aus einer komplexen Konstellation wider und beinhaltet zudem ein spezielles Stadium des Konflikts. Bestimmte Werte können tatsächlich unvereinbar sein, doch kann eine solche Feststellung den Ausgangspunkt für eine diskursive Auseinandersetzung mit dem daraus resultierenden Konflikt bilden. Unvereinbarkeit sollte also nicht als ein Endpunkt angesehen werden. „Die Zeit“ geht in dem Artikel jedoch nicht auf die grundsätzliche Möglichkeit der Verarbeitung von Konflikten ein, so daß der Bericht im Prinzip an

¹⁶⁸⁴ TÜRK-Z-34

¹⁶⁸⁵ Hymenalrekonstruktion ist die operative Wiederherstellung der Jungfernhaut.

¹⁶⁸⁶ Braun, Adrienne: Eine kleine Naht, Die Zeit 22.8.1997, S. 60 (TÜRK-Z-32)

eine bereits vorherrschende Perspektive der Divergenz und Unvereinbarkeit anknüpft und damit dazu beiträgt, bestehende Differenzen zu verfestigen.

Wie relativ und im Wandel begriffen die in der „Zeit“ dargestellte Position türkischer Mädchen ist, zeigt beispielsweise Schiffauer, wenn er den Wandel von Normen und Werten im Zuge der Migration analysiert. Er erläutert, daß bestimmte Werte der türkischen Kultur zwar auch nach der Migration weiterbestehen, die Art ihrer Ausführung jedoch im Zuge einer sich wandelnden Alltagspraxis ebenfalls einem Wandel unterzogen wird.¹⁶⁸⁷ Andererseits weist er jedoch auch darauf, daß es als Folge der Migration zu einem Festhalten an Normen und Werten kommen kann, die dann gewissermaßen eine Funktion des Identitätsschutzes einnehmen.¹⁶⁸⁸

Vor allem in der Migrationsforschung der achtziger Jahre wurde zumeist eine Perspektive grundsätzlicher Wertedivergenz herausgearbeitet. Vor diesem Hintergrund ist das türkische Ehrkonzept, demzufolge eine sexuelle Sittlichkeit der Frau unabdingbar ist, im Zuge der Migration eine Konfliktquelle, ähnlich wie es in dem Artikel in der „Zeit“ dargestellt wird:

„Besonders die Mädchen leiden unter der Diskrepanz zwischen familialer und gesellschaftlicher Sozialisation. Sie müssen sich nicht nur mit unterschiedlichen, sondern mit sich ausschließenden kulturellen und sozialen Orientierungsmaßstäben auseinandersetzen. Das beeinträchtigt die Persönlichkeitsentwicklung und führt in der Regel zu unausweichlichen Identitätskonflikten.“¹⁶⁸⁹

Eine solche grundsätzliche Widersprüchlichkeit dürfte sich jedoch inzwischen zumindest relativiert haben.

Matter beispielsweise arbeitet in einer Untersuchung zum türkischen Ehrkomplex heraus, daß türkische Studentinnen sich mit bestehenden Divergenzen auseinandersetzen. Die befragten Studentinnen sahen den türkischen Ehrbegriff im Vergleich zu ihren männlichen Kommilitonen wesentlich kritischer und hoben hervor, daß das Ehrkonzept vor allem aus Sicht der Männer eine große Bedeutung habe:

„Junge Frauen ... reagieren besonders sensibel auf Fragen zum Ehrkomplex, da sie unter diesem zu leiden haben ...“¹⁶⁹⁰

Aus dem Kulturvergleich und dem Vergleich verschiedener Lebensrealitäten erwächst also bereits eine neue Einschätzung des Ehrbegriffs.

Eine reflektierende Betrachtung des türkischen Wertsystems kann wiederum zu einer Modifizierung der Werte führen. So geht das Zentrum für Türkeistudien in einer Untersuchung davon aus, daß als Folge der Migration nicht mehr eine äußerliche Wahrung der Sittlichkeit für Frauen ausschlaggebend sei, sondern eine Übereinstimmung von Denken und Handeln, so daß Ehre zu

¹⁶⁸⁷ vergl. Schiffauer (1991): 248

¹⁶⁸⁸ vergl. Schiffauer (1991): 300ff

¹⁶⁸⁹ Meyer-Ehlert, Birgit (1982): Außerschulische Bildungsarbeit mit türkischen Frauen, Münster 1982, 2. Aufl.: 119

¹⁶⁹⁰ Matter, Max (1992): Ehre und Moral, in: Hessische Vereinigung für Volkskunde / Max Matter (1992) (Hg.): Fremde Nachbarn. Aspekte türkischer Kultur in der Türkei und in der BRD, Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung Band 29, Marburg 1992, S. 95-104: 97

einem inneren Wert werde.¹⁶⁹¹ Popp beschreibt beispielsweise, daß türkische Mädchen die ihnen zugewiesene Geschlechtsrolle zunehmend kritisieren und ihre Handlungsspielräume – vor allem gegenüber der eigenen Familie – erweitern.¹⁶⁹²

Die hier angeführten Beispiele stellen zwar nur einen kleinen Ausschnitt türkischer Lebensrealität in Deutschland dar, und für viele türkische Mädchen und junge Frauen existiert aller Wahrscheinlichkeit immer noch – wie Straube es ausdrückt – aufgrund sich widersprechender kultureller Anforderungen ein „Bruch zwischen real Gelebtem und Gewünschtem“,¹⁶⁹³ doch sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in Deutschland gelebte türkische Kultur einem Wandel ausgesetzt ist. Artikel wie derjenige in der „Zeit“ verleiten jedoch dazu, aus einem einzelnen Aspekt eine kulturelle Statik abzuleiten, die wiederum verabsolutiert wird und damit eine Basis für die Annahme grundsätzlicher, unüberwindbarer kultureller Divergenzen bildet.

8.2.3 Interessenlagen und Strategien im Umgang mit türkischen Migranten und Migration nach Deutschland

Bei der Darstellung der allgemeinen Situation türkischer Migranten in Deutschland wurde stellenweise bereits deutlich, welche Haltung im politischen Diskurs und innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Phänomen Migration eingenommen wird. In diesem Abschnitt soll nun analysiert werden, welche konkreten Interessen und Strategien sich in der Bundesrepublik im Umgang mit türkischen Migranten und mit Migration im allgemeinen manifestieren. Es wird darum gehen zu zeigen, welche Positionen türkischen Migranten innerhalb der Migrationsgesellschaft zugewiesen werden und wie diese Zuweisungen im Medien-Diskurs ihren Ausdruck finden.

Im Jahre 1997 wurde auf der politischen Ebene verstärkt diskutiert, ob und inwiefern das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht verändert werden solle. Da die verschiedenen Aspekte, die im Zuge dieser Diskussion thematisiert wurden, ein komplexes Netz von grundsätzlichen Ansichten und konkreten Situationsdefinitionen beinhalten, wobei die einzelnen Parteien des Bundestages sehr unterschiedliche bis divergierende Perspektiven vertreten (haben), wird dieser Themenkomplex nicht im Rahmen des Medien-Diskurses, sondern auf der Grundlage von Stellungnahmen der einzelnen Parteien am Ende dieses Abschnitts betrachtet werden.¹⁶⁹⁴

¹⁶⁹¹ vergl. Zentrum für Türkeistudien (1995b) (Hrsg.): Migration und Emanzipation. Türkische Frauen in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1995: 101

¹⁶⁹² vergl. Ulrike Popp (1994): Geteilte Zukunft, Opladen 1994: 50f

¹⁶⁹³ vergl. Straube, Hanne (1987): Türkisches Leben in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1987: 318

¹⁶⁹⁴ Ein Vergleich der medialen Darstellung mit den ursprünglichen diskursiven Auseinandersetzungen, die auf der politischen Ebene geführt wurden und werden, würde den Rahmen dieser Arbeit überfordern. Hinzu kommt, daß die verschiedenen Haltungen, die sich im politischen Diskurs manifestieren, auch in der allgemeinen Umgehensweise mit türkischen Migranten und Migration nach Deutschland ihren Ausdruck finden. Die explizite Trennung von politischen und medialem Diskurs an dieser Stelle wird auch verdeutlichen, welche wechselseitigen Bedingtheiten zwischen beiden Ebenen bestehen.

In der „Zeit“ wird beschrieben, mit welcher umständlichen Vorgehensweise es türkischen Migranten grundsätzlich möglich ist, in den Besitz eines deutschen und eines türkischen Passes zu gelangen:

„Vater der Kampagne ist der aus der Türkei stammende deutsche Hochschullehrer Hakki Keskin. Er propagiert ein etwas umständliches bürokratisches Vorgehen, mit dem sich die politisch derzeit nicht durchsetzbare Doppelstaatlichkeit zuverlässig erreichen läßt: Der künftige Neubürger beantragt zunächst beim zuständigen Amt die Einbürgerung. Erfüllt er alle Voraussetzungen, sagt die Behörde ja, besteht aber auf der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit. Der Kandidat wendet sich sodann an das türkische Konsulat und beantragt die Ausbürgerung. Kein Geringerer als der türkische Innenminister entscheidet gemeinsam mit dem Kabinett in Ankara über die gesammelten Anträge. Daraufhin stellt das türkische Konsulat eine Ausbürgerungszusicherung aus. Damit kann sich der Kandidat nun einbürgern lassen. Sind Aus- und Einbürgerung vollzogen, beantragt er ganz legal die Wiedereinbürgerung als Türke - und hat zwei Pässe. Innenminister Kanther kann nichts dagegen tun, obwohl er sich alle Mühe gibt. ‚Wir sind mit der türkischen Seite ständig im Gespräch, um diese Praxis zu unterbinden‘, erklärt sein Pressesprecher Detlef Dauke. Schon im Mai vergangenen Jahres hat Kanther beim türkischen Ministerpräsidenten einen Vorstoß gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unternommen. Ohne großen Erfolg offenbar. Die Stellungnahme der türkischen Botschaft in Bonn fällt auch nicht im Sinne Kanthers aus. ‚Im türkischen Recht gibt es keine Vorschrift, die der doppelten Staatsbürgerschaft entgegensteht‘, sagt Sekretär Kerem Divanhoglu und fügt hintergründig hinzu: ‚Unsere Regierung steht allen Arbeiten und Initiativen mit dem Ziel, zu den Integrationsbemühungen der türkischen Bevölkerung in Deutschland beizutragen, positiv gegenüber.‘ Nun denkt der Innenminister darüber nach, das Problem bei der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zu lösen. Wie das gehen soll, ist noch unklar.“¹⁶⁹⁵

Die Vorgehensweise derjenigen türkischen Migranten, die von den beschriebenen Rechtskniffen Gebrauch machen, illustriert, welche Bedeutung seitens der Zuwanderer einer doppelten Staatsangehörigkeit zugemessen wird. Die Haltung des damaligen Bundesinnenministers wiederum zeigt, daß im politischen Diskurs eine wirkliche Auseinandersetzung mit dieser Bedürfnislage nicht angestrebt wird. Die politischen Aktivitäten, die Kanther diesbezüglich entfaltete, zeigen vielmehr eine grundsätzliche Abwehrhaltung. Ziel ist es, durch neue politische Regelungen ein innerhalb der deutschen Politik als Mißbrauch empfundenenes Vorgehen zu unterbinden. Ein grundsätzlicher Reflektionsprozeß über Veränderungen des Identifikationsrahmens in der Migrationsgesellschaft kann so nicht initiiert werden.

Eine Verbindung zwischen den internationalen Beziehungen und der Migrationsthematik ergibt sich aus der Situation kurdischer Asylbewerber in Deutschland. Ähnlich wie beispielsweise im Hinblick auf Asylbewerber aus Algerien manifestiert sich im politischen Diskurs der Versuch, die Kurdenproblematik argumentativ zu negieren. Die „Welt am Sonntag“ stellt die Vorgehensweise auf der institutionellen Ebene dabei wie folgt dar:

„Nach langwierigen Recherchen ist das Bonner Auswärtige Amt (AA) zu der Einschätzung gelangt: Eine ‚unmittelbare staatliche Verfolgung bestimmter Personengruppen wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe‘ gebe es in der Türkei nicht. Insbesondere werde ein Kurde nicht deshalb verfolgt, weil er ethnisch Kurde sei. Das AA hat ermittelt: Sogar wenn ein Kurde oder ein anderer türkischer Staatsbürger in Deutschland politisches Asyl beantragt habe, könne er nach der Ablehnung unbehelligt in die Türkei zurückkehren. Den türkischen Behörden sei

¹⁶⁹⁵ TÜRK-Z-15

bekannt, daß viele Türken (Kurden) aus wirtschaftlichen Gründen mit einem Asylantrag versuchten, in Deutschland ein Aufenthaltsrecht zu erlangen.¹⁶⁹⁶

Die Argumentation des Auswärtigen Amtes beinhaltet mehrere Dimensionen. Zum einen wird versucht, eine grundsätzliche Verantwortung für die Aufnahme kurdischer Asylbewerber insofern zu negieren, als argumentativ dargestellt wird, eine wirkliche Verfolgung von Kurden sei in der Türkei nicht gegeben. Diese Haltung steht in eklatantem Widerspruch zu der in den internationalen Beziehungen eingenommenen Position im Hinblick auf bestehende Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Kurden durch die türkische Regierung.

Der Hinweis auf wirtschaftliche Gründe, die zur Stellung von Asylanträgen führten, relativiert die tatsächlichen Fluchtgründe von Kurden und kann zu der Auffassung führen, daß Kurden zur Verbesserung ihrer individuellen Lage nach Deutschland einreisen. Indirekt wird damit ein Mißbrauch des bestehenden Asylrechts unterstellt, so daß Kurden in Deutschland teils in ein negatives Licht gerückt werden, da sich die Assoziation einstellen kann, daß Kurden sich generell illegitimerweise in der Bundesrepublik aufhalten.

Das Negieren einer allgemein bestehenden Kurdenverfolgung innerhalb der Türkei durch das Auswärtige Amt steht in einem Widerspruch zur internationalen Haltung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat. Dieser Widerspruch wird im politischen Diskurs aufgegriffen und relativiert:

„In einigen Großstädten der Türkei haben sich Siedlungen von Türken kurdischer Volkszugehörigkeit gebildet. In diesen Kurden-Siedlungen komme es überdurchschnittlich häufig zu Polizeirazzien mit zahlreichen vorläufigen Festnahmen. Diese sind Teil der Suche der Sicherheitskräfte nach PKK-Mitgliedern und Sympathisanten und führen nach zahlreichen, plausiblen Darstellungen immer wieder zu Übergriffen der beteiligten Sicherheitskräfte. Aus der Sicht des AA stellen diese Vorgänge einen Teil der menschenrechtlich bedenklichen Praktiken türkischer Sicherheitskräfte dar. Sie erlaube jedoch nicht den Schluß, in der Türkei gebe es für Kurden generell ... keine ‚innerstaatliche Fluchtalternative‘ mehr.“¹⁶⁹⁷

Das Auswärtige Amt stellt hier also einen Definitionsrahmen dar, auf dessen Grundlage existierende Menschenrechtsverletzungen relativiert werden. Die Situation wird dabei bewußt nicht aus der Sicht derjenigen Kurden beurteilt, die Opfer von Verfolgung sind. Vielmehr wird ein Handlungsbedarf auf deutscher Seite dadurch negiert, indem die Bedenklichkeit der Situation argumentativ umdefiniert wird. Da keine allumfassende Bedrohung der Kurden in der Türkei vorliege, liegt es aus der Sicht des Auswärtigen Amtes im Verantwortungsbereich der Kurden selbst, noch bestehende Möglichkeiten des Selbstschutzes aus eigener Kraft zu nutzen.

Diese Haltung im politischen Diskurs hat wahrscheinlich Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Situation türkischer und vor allem kurdischer Migranten, die bereits in der Bundesrepublik leben.

¹⁶⁹⁶ Kummer, Jochen: Schicksal der Kurden, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 3 (TÜRK-W-27)

¹⁶⁹⁷ TÜRK-W-27

Aufgrund der Annahme, daß die politische Verfolgung in der Türkei gewissermaßen nicht absolut ist, kann die Legitimität des Aufenthaltes von Kurden in Deutschland angezweifelt werden. Aus dem Blickwinkel der Migranten und Asylbewerber wiederum ergibt sich ein Bewußtsein einer klaren Ablehnung ihrer Anwesenheit in der Bundesrepublik. Diejenigen Kurden, die es trotz der restriktiven politischen Haltung deutscher Institutionen geschafft haben, einen Aufenthalt in Deutschland zu erreichen, müssen mit dem Gefühl leben, unerwünscht zu sein, da im politischen Diskurs ja alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Menschen wie sie gerade nicht aufzunehmen.

Es ist anzunehmen, daß das skizzierte Klima auch Rückwirkungen auf die Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung türkischer Migranten hat, die nicht als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist sind. So wirkt sich die Situationsdefinition der Bundesregierung in Form der Visumpflicht für Türken auf das Alltagsleben türkischer Migranten in Deutschland aus:

„Probleme zwischen Deutschen und Türken werden unter anderem in einer deutsch-türkischen Arbeitsgruppe beider Regierungen auf hoher Ebene besprochen. Türkische Regierungs-Vertreter halten ihren deutschen Kollegen in den Zusammenkünften gern vor, es bestehe Visumszwang für Türken nach Deutschland, für Deutsche in die Türkei dagegen nicht. Deutsche Regierungsvertreter rechtfertigen die Maßnahme: Trotz bestehender Visumpflicht strömten schon heute pro Jahr 25.000 türkische Asylbewerber nach Deutschland. Ohne Visumpflicht würde die Zahl nach oben schnellen.“¹⁶⁹⁸

Hier wird eine grundsätzliche Abwehrhaltung im politischen Diskurs explizit artikuliert. Da nicht generell von Asylbewerbern, sondern speziell von den türkischen die Rede ist, liegt aus türkischer Sicht die Assoziation nahe, daß Türken grundsätzlich in Deutschland unerwünscht sind. Aus dem Blickwinkel der deutschen Mehrheitsgesellschaft kann sich die Frage stellen, ob es im Hinblick auf die Auswirkungen der Anwesenheit in Deutschland einen grundsätzlichen Unterschied zwischen türkischen Asylbewerbern und türkischen Zuwanderern gibt. Es ist also möglich, daß Abwehrreaktionen gegenüber kurdischen Flüchtlingen sich auch auf die Haltung gegenüber türkischen Zuwanderern auswirken. Die Definition der Problematik als Zustrom von Flüchtlingen wiederum kann ein Gefühl des Ausgeliefertseins seitens der deutschen Bevölkerung nach sich ziehen, so daß aus einem grundsätzlichen Angstgefühl Abwehrmechanismen mobilisiert werden können.

Der Hinweis, daß der Zustrom türkischer Asylbewerber begrenzt werden solle und müsse, beinhaltet die Annahme der Existenz einer Grenze von Aufnahmekapazitäten. Eine Bestätigung für die Tatsache, daß eine solche Perspektive im politischen Diskurs tatsächlich – wenn auch nicht immer offen – vertreten wird, liefert „Der Spiegel“ mit einem Kurzbericht über Heinrich Lummer, „CDU-Rechtsaußen und Ex-Bürgermeister von Berlin“, der als Bundestagsabgeordneter mit einer Delegation in die Türkei reiste, um dort über die Menschenrechtssituation zu sprechen:

¹⁶⁹⁸ TÜRK-W-29

„Zu vorgerückter Stunde, beim Empfang im Istanbuler Generalkonsulat, lieferte Lummer dann aber doch wieder ein Beispiel stramm rechter Gesinnung, als er – nur halb im Scherz – den Satz rausließ: ‚Ausländer sind eine Bereicherung für Deutschland, aber jetzt sind wir reich genug.‘“¹⁶⁹⁹

Der Kontext, in dem diese Äußerung gemacht wurde, offenbart, welche latenten Inhalte im politischen Diskurs mitschwingen, aber häufig argumentativ wieder negiert werden.

Der Schriftsteller Günter Grass kritisierte im Zuge seiner Rede zur Preisverleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den Schriftsteller Yaşar Kemal die in der Bundesrepublik bestehende Haltung zur Frage des Asyls und der Zuwanderung. Im folgenden sollen einige Stellungnahmen zu dieser Rede zitiert werden, die das Meinungsklima im politischen Diskurs zur Frage des Asyls für kurdische Flüchtlinge widerspiegeln:

„Eduard Lintner (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium: ‚Grass beschreibt ein Land, das es eigentlich gar nicht gibt. Deutschland nimmt die meisten Flüchtlinge und Asylbewerber in Europa auf.‘ ... Wolfgang Zeitlmann (CSU), Vorsitzender des Arbeitskreises für Recht der Unionsfraktion, in einem Brief an Grass: ‚Ihre Aussage, wir betrieben eine fremdenfeindliche Politik, der Ruf ‚Ausländer raus!‘ stehe nicht nur auf Wände geschmiert, halte ich für absolut verfehlt. Nach wie vor hat Deutschland als einziges Land der Welt ein subjektives Recht auf Asyl in seiner Verfassung verankert.‘ ... Oskar Lafontaine, SPD-Bundesvorsitzender: ‚Ich finde es gut, daß sich ein Schriftsteller von Weltrang in die Politik einmischt. Die Bundesregierung sollte ihre Abschiebep Praxis kritisch überprüfen.‘ ... Kerstin Müller, Fraktionssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen: ‚Die cholerischen Reaktionen der CDU zeigen, wie sehr Grass ins Schwarze getroffen hat.‘“¹⁷⁰⁰

Charakteristisch für die Äußerungen der Mitglieder der Bundesregierung ist, daß auf die Vorwürfe in ihrer Konkretheit nicht eingegangen wird. Vielmehr wird versucht, die Kritik, die sich auf ganz spezielle Fragen – nämlich die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge – konzentriert, durch den Verweis auf allgemeine Zusammenhänge zu negieren. Dadurch wird das grundsätzliche Problem einer Bearbeitung entzogen, da es ja im Zuge der politischen Argumentation einen Status der Nicht-Existenz erhält. Die Forderung der SPD, die praktizierte Abschiebep Praxis „selbstkritisch“ zu überprüfen, weist auf eine grundsätzliche Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der bestehenden Problematik hin. Auseinandersetzung beinhaltet jedoch die Notwendigkeit, überhaupt die Einzelaspekte eines Problemkomplexes wahrzunehmen. Eine solche Wahrnehmung, die die Grundlage für eine Auseinandersetzung und damit auch die Lösung von Problemen bilden könnte, wird jedoch durch die von der Bundesregierung mobilisierten diskursiven Abwehrstrategien verhindert.

Im Zuge der bisherigen Darstellung bestehender Interessenlagen wurden bereits einzelne Aspekte des politischen Diskurses im Hinblick auf Migration deutlich. Im folgenden sollen nun die Standpunkte der einzelnen politischen Parteien auf Grundlage ihrer politischen Programme näher betrachtet werden. Ein Bericht des Bundesinnenministeriums zur Ausländerpolitik und zum

¹⁶⁹⁹ o.A.: Personalien, Der Spiegel 21.4.1997, S. 264 (TÜRK-S-14)

¹⁷⁰⁰ o.A.: Worte über Günter Grass, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 3 (TÜRK-W-28)

Ausländerrecht spiegelt die Grundzüge der auch im Jahre 1997 vertretenen Haltung zur Migrationsthematik aus der Sicht der Bundesregierung wider:

„Die Ausländerpolitik der Bundesregierung ist gerichtet auf die Integration der rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer, insbesondere der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, die Begrenzung des weiteren Zuzugs aus Staaten außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums. ... Die auf Dauer bei uns lebenden Ausländer sollen in die hiesige wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung eingegliedert werden und sicher sein, daß sie auch in Zukunft am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland möglichst voll und gleichberechtigt teilnehmen können. Dies wird allerdings nur dann gelingen, wenn der weitere Zuzug aus Staaten außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) konsequent begrenzt wird.“¹⁷⁰¹

Hier wird bereits ein grundsätzliches Dilemma der von CDU/CSU und FDP vertretenen „Ausländerpolitik“ deutlich. Es stellt sich nämlich die Frage, ob und inwieweit eine Perspektive der Integration mit einem Prinzip der Begrenzung vereinbar ist. Begrenzung beinhaltet immer auch den Aspekt der Ablehnung, und es ist wahrscheinlich, daß diese ablehnende Haltung, die argumentativ gegenüber einem weiteren Zuzug ausländischer Arbeitnehmer eingenommen wird, auch Rückwirkungen auf die bestehende Haltung gegenüber sich bereits dauerhaft in der Bundesrepublik aufhaltenden ausländischen Einwohnern hat.

Grundsätzlich wird im Bericht des Bundesinnenministeriums ein Prinzip der Wechselseitigkeit im Umgehen mit der Migrationssituation im allgemeinen und speziell im Hinblick auf die Migranten propagiert:

„Politisches Ziel ist es, ihnen durch Ausgleich von Benachteiligungen, Erhöhung der Chancengleichheit – insbesondere beim Zugang zu Beschäftigung – und Stärkung ihres Selbstwertgefühls ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Dabei soll den ausländischen Mitbürgern keine vorbehaltlose Anpassung an die deutsche Lebensart abverlangt werden. Integration stellt Anforderungen an Deutsche und Ausländer. Ihr Erfolg hängt dabei wesentlich auch von der Bereitschaft ausländischer Familien ab, Grundwerte der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Trennung von Staat und Kirche, Stellung der Frau, religiöse Toleranz) anzuerkennen und Gesetze (wie Erfüllung der Schulpflicht) einzuhalten sowie von ihrem Interesse, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Die ausländischen Familien haben Anspruch auf Toleranz und Verständnis seitens der deutschen Bevölkerung und auf Wahrung ihrer kulturellen Identität. Die Integrationsmaßnahmen tragen zur Verbesserung der Verständigung und des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern bei. Die langfristig angelegte Integrationsförderung der Bundesregierung wirkt daher präventiv gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.“¹⁷⁰²

Von den Zuwanderern werden Anpassungsleistungen auf einer vorgeblich wertneutralen Ebene gefordert, nämlich im Bereich der politischen Partizipation. Eine Anerkennung des Grundgesetzes sowie der Erwerb von Sprachkenntnissen sind für eine grundsätzliche Teilhabe am Leben in der Migrationsgesellschaft notwendig. Die Wechselseitigkeit zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung im Hinblick auf einen Erfolg der Integration, die zunächst propagiert wird, wird gleich im Folgesatz wieder eingeschränkt, wenn eine „wesentliche“ Bereitschaft seitens der Migranten vorausgesetzt wird. Diese grundsätzlichen bundespolitischen Leitlinien sollen im fol-

¹⁷⁰¹ Bundesministerium des Innern (1997): 5, Hervorheb. im Original

¹⁷⁰² Bundesministerium des Innern (1997): 6

genden durch die speziellen parteipolitischen Perspektiven sowohl der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien ergänzt werden.

Eine Grundsatzfrage, die die politische Auseinandersetzung mit dem Thema Migration nachhaltig prägt, ist die, ob die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist und damit wie die Frage der Migration gesetzlich zu beurteilen ist. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU lehnt die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz ab, da in der Bundesrepublik Deutschland aus arbeitsmarkt-, entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Gründen kein Bedarf an einer Anwerbung von Zuwanderern bestehe. Die CDU geht davon aus, daß aufgrund des Zuzuges von Aussiedlern, des Familiennachzuges von Ausländern sowie durch die Gewährung von Asyl und eine Zuwanderung von Angehörigen aus EU-Staaten jährlich mehr als 600.000 Ausländer in die Bundesrepublik zuwandern werden:

„Unter diesen Umständen kann Ziel vernünftiger und verantwortungsbewußter Politik nur die Begrenzung und Steuerung, nicht aber die Stimulation zusätzlicher Zuwanderung sein. Durch ein Einwanderungsgesetz kann die Zuwanderung nicht begrenzt, sondern nur ausgeweitet werden. Ein einfaches Bundesgesetz kann die Artikel 6, 16a und 116 des Grundgesetzes und ihre Folgen hinsichtlich Familiennachzug, Asylbewerber und Aussiedler nicht außer Kraft setzen. Soll die Zuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz nicht noch erhöht werden, müßte ein solches Gesetz daher auf Jahre oder sogar Jahrzehnte hinaus eine Zuwanderungsquote der Größenordnung ‚Null‘ festlegen. Ein derartiges Gesetz wäre jedoch ein reines Täuschungsmanöver, ein Etikettenschwindel.“¹⁷⁰³

Diese Stellungnahme impliziert, daß eine Grenze der Aufnahmefähigkeit für weitere Zuwanderer, seien es Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten, existiert. Auf welcher inhaltlichen Basis die Festlegung dieser Grenze erfolgt, wird jedoch nicht dargelegt.¹⁷⁰⁴ Wie eine Politik der Begrenzung aussehen könnte, wird ebenfalls nicht präzisiert. Die angenommene Zuwanderung von jährlich 600.000 Personen ausländischer Herkunft wird als Tatsache dargelegt, die nicht umgangen werden kann (wäre hier eine Steuerung wirklich möglich, könnte aus diesem Blickwinkel ja schließlich auch eine gesetzliche Regelung gesucht werden). Der gesamte Argumentationszusammenhang legt den Schluß nahe, daß eine Zuwanderung nach Deutschland stattfindet, die ein wünschenswertes Maß bereits überschreitet. Daraus kann sich die Assoziation ergeben, daß bereits gegenwärtig eine Grenze der Aufnahmefähigkeit überschritten ist. Eine solche Folgerung wiederum kann dazu führen, daß bereits – teils seit Jahrzehnten – hier lebende Ausländer fast zwangsläufig unter einem negativen Vorzeichen wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmung wird von der CDU sogar noch argumentativ verstärkt:

¹⁷⁰³ CDU (1993) (Hg.): Entschließung des Bundesfachausschusses der Innenpolitik der CDU Deutschlands zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz vom 15. September 1993, o. Ort u. Seitenzahlen

¹⁷⁰⁴ In Abschnitt 1.2.3 wurde bereits dargelegt, daß Zuwanderung in verschiedenen europäischen Staaten unter der Voraussetzung, daß der gegenwärtige Stand der Bevölkerung erhalten werden soll, vor allem dann erforderlich sein wird, wenn die jeweiligen Mehrheitsgesellschaften ihre eigene Struktur, sei es durch eine Steigerung der Geburtenrate oder auch durch eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, nicht stabilisieren können. Eine solche abwägende Betrachtung erfolgt jedoch im Programm der CDU nicht. Die Definition der Aufnahmegrenze erscheint also recht willkürlich.

„Die Ausländerpolitik der CDU und der von ihr geführten Bundesregierung ist gerichtet auf die **Integration** der rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer, insbesondere der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie auf die **Begrenzung des weiteren Zuzugs** aus Staaten außerhalb der Europäischen Union. Die auf Dauer bei uns lebenden Ausländer sollen in die hiesige wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung eingegliedert werden und sicher sein, daß sie auch in Zukunft am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland möglichst voll und gleichberechtigt teilnehmen können. Dies wird allerdings nur dann gelingen, wenn der weitere Zuzug aus Staaten außerhalb der Europäischen Union begrenzt wird.“¹⁷⁰⁵

Die Möglichkeiten einer inneren Auseinandersetzung über die Verfaßtheit der Migrationsgesellschaft werden hier explizit davon abhängig gemacht, daß keine weiteren Ausländer nach Deutschland zuwandern. Damit wird indirekt das Vorhandensein einer grundsätzlich möglichen Auseinandersetzung mit Migration, gleich, welchen Prozentsatz an der Bevölkerung die Zuwanderer stellen, negiert, denn den Ausgangspunkt für die Argumentation bildet die Annahme, daß die deutsche Mehrheitsgesellschaft in ihrer bisherigen Verfaßtheit nicht verändert werden könne und dürfe.

Die CDU geht sogar noch weiter und weist auf die Gefahren hin, die sich aus einer weiteren Zuwanderung ergeben:

„Es darf nicht übersehen werden, daß die soziale und kulturelle Integrationsfähigkeit einer jeden Gesellschaft begrenzt ist; das Zusammenleben von Menschen, die aus sehr unterschiedlichen Kulturen kommen, verschiedenen Religionen angehören und unterschiedliche Wertvorstellungen mitbringen, stellt an die Anpassungsbereitschaft und die Toleranz ganz erhebliche Anforderungen. ... Wer darauf keine Rücksicht nimmt, fördert zumindest unbewußt Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte und erreicht damit das Gegenteil einer Ausländerpolitik, die am christlichen Verständnis vom Menschen orientiert ist.“¹⁷⁰⁶

Hier wird eine Grenze der Fähigkeit zur Auseinandersetzung gezogen. Diese Perspektive führt indirekt zu der möglichen Folgerung, daß ab einem bestimmten Punkt eine Mehrheitsgesellschaft nicht mehr in der Lage ist, eine grundsätzlich vorhandene Fähigkeit zu mobilisieren. Damit wird das Vorhandensein eines Prinzips der Verantwortung zum konkreten Umgehen mit gesellschaftlichen Situationen in gewisser Weise untergraben. Das bedeutet, daß die deutsche Gesellschaft keine Verantwortung für die Entwicklungen innerhalb der Migrationsgesellschaft übernehmen könne, wenn diese eine bestimmte Zusammensetzung (zu viele Ausländer) erreicht. Ausländerfeindlichkeit wird mit einer solchen Argumentation, wie sie die CDU vornimmt, also indirekt legitimiert.

Diese Argumentation wird in einem gemeinsamen Programm von CDU und CSU noch um eine weitere Ebene erweitert:

„Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Wir sind weltoffen und gastfreundlich. ... Damit unser Land ausländerfreundlich bleibt, darf die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen aber nicht überfordert werden. Deshalb muß der Zuzug so eng wie möglich begrenzt bleiben. Wer Zuwanderung für unser dicht besiedeltes Land fordert, gefährdet den inneren Frieden. Er leistet damit auch radikalen Kräften Vorschub.“¹⁷⁰⁷

¹⁷⁰⁵ CDU (o. J.) (Hg.): Ausländerpolitik, o. Ort u. Seitenzahlen: Hervorheb. im Original

¹⁷⁰⁶ CDU (o.J.): o.Seitenzahlen

¹⁷⁰⁷ CDU / CSU (o. J.) (Hg.): Wahlplattform 1998-2002, Bonn/München o. J.: 31

Hier wird nicht mehr nur eine Fähigkeit zur Integration angesprochen, sondern auch eine Integrationswilligkeit. Damit werden die propagierte Ausländerfreundlichkeit und Weltoffenheit wieder eingeschränkt. Obwohl auch hier wieder ein Verhältnis zum Umfang der Zuwanderung hergestellt wird, stellt sich die Frage, ob nicht implizit eher eine grundsätzliche Unwilligkeit zur Auseinandersetzung mit Migration besteht, die durch das stetige Bekräftigen einer Integrationsbereitschaft nur überlagert wird.

Eine doppelte Staatsbürgerschaft wird von der CDU abgelehnt, weil ein „Widerspruch von Pflichten und Rechten gegenüber unterschiedlichen Staaten und Rechtsordnungen“ entstehe und sie zu einer „ungerechtfertigten Besserstellung der mit ihr versehenen Personen“ führe, beispielsweise durch die Möglichkeit des Zugangs zum öffentlichen Dienst in zwei Staaten. Für Kinder der dritten Generation sieht die CDU eine deutsche „Kinderstaatszugehörigkeit“ vor, die bis zum 12. Lebensjahr festgestellt werde, sofern ein Elternteil in Deutschland geboren ist, beide Elternteile sich in den letzten zehn Jahren vor der Geburt rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sind. Ein Jahr nach Vollendung des 18. Lebensjahres ist die Entscheidung für eine Staatsbürgerschaft zu treffen. Für ältere Ausländer, die mindestens 15 Jahre in Deutschland gelebt und gearbeitet haben, solle ein Daueraufenthaltsrecht eingeführt werden, das ihnen nach einer vorübergehenden Heimkehr in ihr Herkunftsland den Aufenthalt in Deutschland sichert.¹⁷⁰⁸

Die von der CDU aufgestellten Prinzipien werden teilweise durch die politische Realität bereits untergraben. Der damalige Bundesinnenminister Kanther wies zum Beispiel darauf hin, daß bei Einbürgerungen bereits in Sonderfällen, beispielsweise wenn der Heimatstaat einen Antragsteller nicht aus der alten Staatsbürgerschaft entläßt, eine doppelte Staatsangehörigkeit hingenommen werde. In den Jahren 1991 bis 1993 seien von rund 110.000 Einbürgerungen etwa ein Drittel unter Hinnahme einer Mehrstaatigkeit vollzogen worden.¹⁷⁰⁹

Interessant ist die CDU-Haltung im Hinblick auf einen SPD-Vorschlag zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Kinder ausländischer Eltern durch die Geburt in Deutschland:

„Die von der SPD vorgeschlagenen Regelungen bieten ... – bezogen auf die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland – keine Gewähr für eine dauerhafte Zuwendung der betroffenen Ausländer zu unserem Staat. Der automatische Geburtserwerb tritt ein ohne Rücksicht auf die Integration oder auch nur die Integrationsbereitschaft der Eltern und bietet damit nur eine unzureichende Prognose über die mögliche Integration des Kindes.“¹⁷¹⁰

¹⁷⁰⁸ vergl. CDU (o.J.): o.Seitenzahlen

¹⁷⁰⁹ vergl. CDU (1995) (Hg.): Rede von Bundesinnenminister Manfred Kanther im Deutschen Bundestag zum Thema „Staatsangehörigkeit“ am 9.2.1995 in Bonn, Bonn 1995, o. Seitenzahlen

¹⁷¹⁰ CDU (1995): o. Seitenzahlen

Hier wird, entsprechend dem in Deutschland geltenden Abstammungsprinzip, festgestellt, daß der Geburtsort allein keine Garantie für eine Integration ist, sondern daß diese vom familiären und darüber hinaus wohl auch gesellschaftlichen Umfeld abhängig ist. Die Anspielung auf die Notwendigkeit einer vorhandenen Bereitschaft zur Integration wirft die Frage auf, welche Bereitschaft zur Identifikation mit dem Staatswesen von der deutschen Bevölkerung gefordert wird. Normen und Werte werden schließlich nicht vererbt, sondern vermittelt. Nimmt man aber, wie dies durch das Abstammungsprinzip geschieht, die „Integration“ der deutschen Bevölkerung als gegebene Konstante an, ist die Konstellation der Mehrheitsgesellschaft kaum noch hinterfragbar.

Die Annahme, daß das Abstammungsprinzip automatisch zu einer Verinnerlichung demokratischer Werte führen könnte, wird von einem Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit jedoch konterkariert. So heißt es in einem Aktionsprogramm zur Perspektive der deutschen Jugendlichen:

„Junge Menschen brauchen für ein demokratisches Zusammenleben Orientierungswissen, Wertvorstellungen und kulturelle Kompetenzen, um sich in einer komplizierten und wandelnden Welt zurechtfinden und Toleranz üben zu können.“¹⁷¹¹

Diese Darstellung deutet darauf hin, daß in der heutigen bundesdeutschen Gesellschaft bei den einheimischen Jugendlichen die Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle Teilhabe an der bestehenden Demokratie anscheinend nicht mehr unbedingt gegeben sind. Vergleicht man diese indirekte Einschätzung mit der Haltung der CDU zur Frage der Staatsangehörigkeit und dem Verständnis, das die Bundesregierung von einer Identifikation eingebürgerter Ausländer mit dem deutschen Staatswesen hat, so zeigt sich, daß diese Identifikation innerhalb der eigenen Bevölkerung auch nicht in ausreichendem Maße gegeben ist.

Die Haltung der CDU zur Frage der Einbürgerung impliziert, daß der Wunsch ausländischer Einwohner nach vollständiger Zugehörigkeit zum deutschen Staatswesen durch gewisse „Opfer“ ihrerseits untermauert werden müsse:

„Im Rahmen einer umfassenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sind weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Abschluß erfolgreicher Integration beabsichtigt. Wer Deutscher werden will, muß aber grundsätzlich seine alte Staatsangehörigkeit aufgeben. Staatsangehörigkeit zum Nulltarif zählt nichts und bedeutet keinen Anreiz zur Integration.“¹⁷¹²

Hier wird explizit gefordert, daß Zuwanderer sich von einem Teil ihrer Bindungen an ihr Herkunftsland bewußt trennen müssen, um in die deutsche Gesellschaft aufgenommen werden zu können. Integration erfordert also laut CDU eine gezielte Anpassungsleistung. Eine solche Forderung ist sicherlich insofern gerechtfertigt, als gesellschaftliche Veränderungen in irgendeiner Form ausbalanciert und verarbeitet werden müssen. Im Hinblick auf die Zuwanderung nach

¹⁷¹¹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1997): 9

¹⁷¹² CDU (1998) (Hg.): Zukunftsprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1998: 56

Deutschland stellt sich dann aber die Frage, ob und inwieweit nicht auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft entsprechende Anpassungs- und Verarbeitungsleistungen erbringen müsste, um mit den Folgen der real stattfindenden Veränderungsprozesse umgehen zu können.

Die CSU macht in einem Grundsatzprogramm deutlich, wo sie die Grenzen der Anpassungsbereitschaft seitens der deutschen Bevölkerung sieht:

„Weltoffenheit, soziale Gerechtigkeit gegenüber allen Mitmenschen, aber auch Toleranz und Gewissensfreiheit sind die Kennzeichen christlich-abendländischer Kultur. Sie ist das geistig-werthafte Fundament für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Für die CSU ist die europäische weltoffene Kultur des Verstandes und des Herzens die Grundlage jeglichen politischen Handelns und friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Christentum, Humanismus und Aufklärung gebieten Toleranz. Das wollen wir erhalten. Wertordnungen, die Toleranz nicht respektieren, schaffen Anlässe für tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte. Daher lehnen wir die Selbstaufgabe in einer multikulturellen Gesellschaft ab.“¹⁷¹³

Die propagierte Toleranz erscheint in diesem Kontext eher als statisches Konstrukt und nicht als Grundlage für eine wechselseitige Auseinandersetzung, denn die Ausführungen schließen mit einer strikten Ablehnung von „Selbstaufgabe in einer multikulturellen Gesellschaft“. Da das politische Konzept der Bundesrepublik Deutschland explizit auf kulturellen Werten und Traditionen aufbaut und aus ihnen abgeleitet wird, steht die Möglichkeit der Integration von Zuwanderern nicht nur in einem Verhältnis zur rein politisch definierten Partizipation, sondern beinhaltet zwangsläufig auch die kulturelle Dimension. Das Angebot einer Einbürgerung, bei dem vorgeblich mit der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft eher eine Anpassung auf einer politisch-neutralen Ebene gefordert wird, ist also im Prinzip auch an die Bedeutung der Kultur geknüpft. Die von der CSU thematisierte Gefahr einer Selbstaufgabe wiederum impliziert eine geringe Bereitschaft der deutschen Mehrheitsgesellschaft, sich mit ihren eigenen kulturellen Voraussetzungen auseinanderzusetzen und diese gegebenenfalls zu hinterfragen.

Die Ausführungen des Koalitionspartners FDP erweitern den von CDU und CSU definierten Diskussionsrahmen. Die FDP geht von einer gesellschaftlichen Realität aus, innerhalb derer die Bundesrepublik einerseits auf die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften angewiesen ist, aber andererseits einen „über den tatsächlichen Bedarf hinausgehende[n] Zuwanderungsdruck“ regeln müsse:

„Dieser Konstellation trägt das Gesetz Rechnung, indem es die Zuwanderung auf Antrag zulässt, aber jährliche Höchstzahlen vorgibt und anhand bestimmter Kriterien eine Auswahl von Arbeitszuwanderern gewährleistet. Neben der Schaffung von Quoten für Arbeitszuwanderer wird insbesondere auch der Familiennachzug zu Neuzuwanderern sowie der Zuzug von Spätaussiedlern in das Gesetz integriert. Die humanitären Verpflichtungen Deutschlands vor allem im Hinblick auf die Aufnahme von Asylsuchenden bleiben davon ebenso unberührt wie der Familiennachzug zu bereits hier lebenden Ausländern. Es findet jedoch eine Verrechnung dieses Zuzugs mit den sonstigen Quoten statt; auf diese Weise wird erreicht, daß die festgelegten jährlichen Gesamtzuzugszahlen eingehalten werden können.“¹⁷¹⁴

¹⁷¹³ CSU (1993) (Hg.): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, München 1993: 118f

¹⁷¹⁴ F.D.P. (1997a) (Hg.): Gesetz über die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland – F.D.P.-Entwurf, Begründung, Bonn 1997: 2

Diese Regelung ist in mehrfacher Hinsicht widersprüchlich. Die FDP beabsichtigt mit ihrem Gesetzesentwurf, die Zuwanderung nach den Bedürfnissen des bundesdeutschen Arbeitsmarktes zu regeln. Da Angehörige aus EU-Staaten in der Bundesrepublik ohnehin bereits Niederlassungsfreiheit genießen, würde die Zahl der Zuwanderer aus EU-Staaten bereits von einer festzulegenden Gesamtquote abgezogen. Damit verringert sich bereits für Angehörige von Nicht-EU-Staaten die statistische Möglichkeit, einwandern zu können, es liegt also indirekt eine Ungleichbehandlung vor. Der Familiennachzug könnte mit dem Ziel, Arbeitskräfte, die der deutsche Arbeitsmarkt benötigt, kollidieren. Wenn nämlich im Rahmen des Familiennachzuges Personen einwandern, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht entsprechen, werden diese in Deutschland seßhaft, ihre Anzahl wird auf die Gesamtquote angerechnet und damit gleichzeitig die Möglichkeit der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte quotenmäßig beschränkt, da ja eine Gesamtquote nicht überschritten werden soll.

Die FDP argumentiert strikt vor dem Hintergrund einer „Gesamtaufnahmekapazität“ der Bundesrepublik:

„Ziel ist es, die Zuwanderung stärker am wirtschaftlichen Immigrationsbedarf der Bundesrepublik Deutschland auszurichten. Das Gesetz beinhaltet daher die Schaffung erweiterter Zuwanderungsmöglichkeiten zum Zwecke der Ausübung einer Erwerbstätigkeit, die im geltenden Recht stark eingeschränkt sind. Gleichwohl ist die Gesamtaufnahmekapazität der Bundesrepublik Deutschland, wie sie in den festzulegenden Gesamthöchstzahlen der Zuwanderer zum Ausdruck kommt, beschränkt. Daher muß ein Spielraum durch ‚Umschichtung‘ geschaffen werden, indem die Zuwanderungszahlen anderer Gruppen begrenzt und, wo möglich, allmählich herabgesetzt werden.“¹⁷¹⁵

Hier wird an die von CDU und CSU vertretene Perspektive der Begrenzung angeknüpft. Gleichzeitig werden konkrete Bedürfnisse der Mehrheitsgesellschaft, nämlich eine Orientierung der Zuwanderung an den Möglichkeiten des Arbeitsmarktes, definiert. Betrachtet man Migration allein vor diesem strukturellen Hintergrund, so dürfte Zuwanderung grundsätzlich solange kein Problem darstellen, wie sie vom Arbeitsmarkt verkraftet wird.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich das konkrete Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft gestalten läßt:

„Deutschland hat Zuwanderung und braucht Zuwanderung. Ziel muß es sein, Zuwanderer in unsere Gesellschaft zu integrieren, d.h. ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern zu erreichen. Die liberale Bürgergesellschaft läßt zur Integration ein. Sie verlangt Bereitschaft zur Eingliederung, ohne jedoch eine gleichmachende Anpassung einzufordern. Liberale stehen für die Vielfalt der Lebensentwürfe, für den Dialog und für das Miteinander der Kulturen und Religionen in unserem Land, für die Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung innerhalb eines gemeinsamen Rahmens von Normen und Werten.“¹⁷¹⁶

Hier klingt ein Prinzip der Wechselseitigkeit an, wobei Selbstverwirklichung innerhalb eines Rahmens gemeinsamer Normen und Werte positioniert wird.

¹⁷¹⁵ F.D.P. (1997a): 4

¹⁷¹⁶ F.D.P. (1997b) (Hg.): Wiesbadener Grundsätze – Für eine liberale Bürgergesellschaft, o. Ort 1997: 23

Die Definitionsmacht für diesen Normenrahmen liegt in den Augen der FDP allerdings auf Seiten der deutschen Mehrheitsbevölkerung:

„Die F.D.P. tritt für eine offene Gesellschaft ein, die aber das Ausmaß ihrer Offenheit selbst bestimmt und festen Regeln unterwirft. Wer als Zuwanderer in unser Land kommt, muß wissen, welche Perspektive ihn hier bis zu einer möglichen Einbürgerung erwartet. Umgekehrt hat die einheimische Bevölkerung Anspruch darauf, daß ihre Werte und Normen von den Zuwanderern ebenfalls so akzeptiert werden wie von ihnen selbst und daß die Entscheidung darüber, wie viele Zuwanderer überhaupt zu uns kommen können, nicht ohne ihre Mitsprache getroffen wird.“¹⁷¹⁷

Die Definition eines Anspruchs der deutschen Mehrheitsbevölkerung trägt zu einer Relativierung einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber Zuwanderern bei.

Dennoch macht die FDP deutlich, daß Integration nicht eine einseitige Forderung der Mehrheitsgesellschaft sein könne:

„Integrationsmaßnahmen für die bereits hier lebenden und die noch zuwandernden Migranten müssen sehr gezielt darauf ausgerichtet sein, das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern von Beginn an so positiv wie möglich zu gestalten. Dazu ist zweierlei Grundvoraussetzung: zum einen das Bewußtsein der einheimischen Bevölkerung, daß ein substantielles Integrationsangebot im Eigeninteresse einer Gesellschaft liegt, die sich vor Zuwanderung nicht verschließen kann und Nutzen aus ihr ziehen will, zum anderen der uneingeschränkte Integrationswille der Zuwanderer und die Akzeptanz der von der aufnehmenden Gesellschaft vorgegebenen ‚Spielregeln‘. Beides ist bis heute nicht selbstverständlich; vielmehr bedingen sich unvollständiges Integrationsangebot und unvollständiger Integrationswille miteinander gegenseitig, und dies hat mit dazu beigetragen, daß das Zusammenleben zwar vielfach von großer Normalität, häufig genug aber noch von Defiziten und Abgrenzungsbestrebungen geprägt ist.“¹⁷¹⁸

Das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft wird also zumindest in Teilbereichen unter der Prämisse der Wechselseitigkeit gesehen. Die Verpflichtung der Mehrheitsgesellschaft, Integration überhaupt zu ermöglichen, beinhaltet jedoch nicht automatisch eine Notwendigkeit, sich mit den eigenen Voraussetzungen auseinanderzusetzen.

Integration wird von der FDP an die Möglichkeit der politischen Partizipation geknüpft. So sieht das FDP-Programm für in Deutschland geborene Ausländer eine befristete doppelte Staatsangehörigkeit vor, wobei zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr die Entscheidung für einen Paß getroffen werden müsse.¹⁷¹⁹ Diese politisch orientierte Integration wird dabei unter einer Perspektive wechselseitiger Verantwortung gesehen:

„Mit der Erteilung eines positiven Zuwanderungsbescheides und der Einreise ins Bundesgebiet entsteht zwischen Staat und Zuwanderer eine vertragsähnliche Beziehung. Beide übernehmen die wechselseitige Verantwortung für eine erfolgreiche Integration. Den Zuwanderern wird von Beginn an eine verlässliche Perspektive für ihre Lebensplanung geboten bis hin zur unentziehbaren Aufenthaltserlaubnis und einer raschen Einbürgerung. Hierfür ist der Besuch von Sprach- und Integrationskursen Voraussetzung.“¹⁷²⁰

Die Eröffnung der Möglichkeit, auf der politischen Ebene am Staatswesen zu partizipieren und sich – nicht zuletzt im Zuge des Spracherwerbs – mit den Rahmenbedingungen der deutschen Mehr-

¹⁷¹⁷ F.D.P. (1998) (Hg.): F.D.P.-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 43

¹⁷¹⁸ F.D.P. (1996) (Hg.): Einwanderung kontrollieren – Eingliederung und Einbürgerung erleichtern. Beschluß des 47. ordentlichen Bundesparteitags der F.D.P., Karlsruhe, 7./9. Juni 1996, o. Ort 1996: 6

¹⁷¹⁹ vergl. F.D.P. (1998): 43

¹⁷²⁰ F.D.P. (1997c) (Hg.): Einwanderung kontrollieren – Eingliederung und Einbürgerung erleichtern. Leitlinien des F.D.P.-Gesetzentwurfes zur Regulierung der Zuwanderung, Bonn 1997: 2

heitsgesellschaft auseinanderzusetzen, ist sicherlich eine grundsätzliche Notwendigkeit für die dauerhafte gesellschaftliche Teilhabe. Es stellt sich aber die Frage, ob Integration auf dieser Ebene ausreichend beziehungsweise wie mit den eher identitären Aspekten von Integration umzugehen ist.

Die SPD entwickelt denn auch eine Integrationsperspektive, die ein Moment der wechselseitigen Auseinandersetzung auch auf der Ebene der Kultur vorsieht:

„Damit meinen wird die Möglichkeit zur gleichberechtigten Eingliederung in die Rechts- und Wertegemeinschaft unserer Gesellschaft. Dazu gehören die Ermöglichung gleicher Bildungschancen, gleicher Zugänge zum Arbeitsmarkt, Rechtssicherheit, Teilhabe an den sozialen Rechten und Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Umgekehrt sollten die Zuwanderer bereit sein, die deutsche Sprache zu erlernen, bestehende rechtliche Möglichkeiten auszunutzen, sich an die Lebenswelt anzupassen – auch im Interesse der Zukunft ihrer Kinder – und die Prinzipien von Verfassung und Rechtsordnung anzuerkennen. Wir wollen eine offene, aus vielfältigen kulturellen Einflüssen gespeiste Kultur, in der auch die Traditionen von Zuwanderern Platz finden, aber keine abgekapselten Parallelgesellschaften, die sich dem Dialog entziehen würden.“¹⁷²¹

Die politisch-strukturelle Integration ist – ähnlich wie bei CDU/CSU und FDP eher als Anpassungsleistung der Zuwanderer konzipiert, doch signalisiert der SPD-Entwurf zumindest eine grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog, was implizieren würde, daß auch die Mehrheitsgesellschaft sich mit den Ansprüchen von Migranten auseinandersetzen müßte. Ein wichtiges Ziel von Integrationspolitik ist laut SPD die

„Anerkennung und Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen: im Verhältnis zwischen Deutschen und Zugewanderten sind wechselseitige Akzeptanz und Verständnis füreinander eine grundlegende Voraussetzung.“¹⁷²²

Hier wird erstmals wirklich deutlich, daß die Verfaßtheit der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht als statische Entität aufgefaßt werden kann, die lediglich um bestimmte mit der Zuwanderung einhergehende Aspekte ergänzt wird.

Was die Frage des Staatsbürgerschaftsrechts angeht, plädiert die SPD dafür, den in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft zuzuerkennen.¹⁷²³ Außerdem fordert die SPD eine Erleichterung der Einbürgerung und eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. Dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer sollen nach achtjährigem Aufenthalt eingebürgert werden können, die Angehörigen der zweiten Generation nach dreijährigem Aufenthalt.¹⁷²⁴

Die SPD geht davon aus, daß politische und soziale Spannungen in der Migrationsgesellschaft nicht alleine durch eine Begrenzung oder Steuerung von weiterer Zuwanderung abzubauen sind, sondern daß unter anderem eine volle staatsbürgerliche Gleichstellung der Zuwanderer zu erreichen sei:

¹⁷²¹ SPD (o. J.) (Hg.): Mit Zuwanderern leben. Zur Integrations- und Zuwanderungspolitik, Bonn o. J.: 2

¹⁷²² SPD (1996c) (Hg.): Migration braucht Konzepte zur Integration, Bonn 1996: 2

¹⁷²³ vergl. SPD (1998) (Hg.): Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 44

¹⁷²⁴ vergl. SPD (1995) (Hg.): Antrag. Erleichterung der Einbürgerung unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, Bonn 1995: 1f

„Auch wenn damit die gewollte gesellschaftliche Akzeptanz nicht ohne weiteres erreicht werden kann, ist dies doch ein unverzichtbarer Schritt zum Abbau sozialer Spannungen, von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit.“¹⁷²⁵

Hiermit wird politische Partizipation zu einer Ausgangsvoraussetzung für die positive Gestaltung der Migrationssituation, doch wird zugleich deutlich, daß weitere, darüber hinaus gehende Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Die Sozialdemokraten erkennen außerdem im Zuge ihrer Argumentation die Bedeutung der Identitätsebene im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit an:

„Viele Einbürgerungswillige wollen aus einsichtigen Gründen auf die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes nicht verzichten. Sie möchten die kulturellen, familiären und freundschaftlichen Bindungen nicht gänzlich aufgeben.“¹⁷²⁶

Das Angebot der doppelten Staatsbürgerschaft drückt vor diesem Hintergrund eine Akzeptanz der identitären Bedürfnisse von Zuwanderern aus.

Interessant ist auch der Hinweis der SPD auf die tatsächliche gesellschaftliche Wirklichkeit, die die politische Umgehensweise mit Migration in gewisser Weise bereits überholt hat:

„Was die SPD vorschlägt, ist nichts Umstürzlerisches, sie vollzieht schlicht und einfach gesetzgeberisch nach, was in unserem Land längst und in vielfacher Form Wirklichkeit ist. Mit der grundlegenden Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts können wir beweisen, ob wir es mit der Integration der Zuwanderer, die lange bei uns leben und fest verwurzelt sind in dieser Gesellschaft, wirklich ernst meinen. Integration ist ein Prozeß, an dem alle mitwirken sollten: Deutsche und Zuwanderer, Gesetzgeber und Gesellschaft. Deshalb bedeutet Einbürgerung auch nicht ein Gütesiegel am Ende eines Weges, der mit dem völligen Verzicht auf die bisherige kulturelle Identität verbunden wäre. Sie ist Hilfe und wesentliche Stufe für die Integration und liegt in unserem ureigenen Interesse.“¹⁷²⁷

Was die SPD hier anmahnt, ist im Prinzip eine Auseinandersetzung mit dem stetig sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandel. Während vor allem die Betrachtungsperspektive der CDU auf eine als statisch angesehene Situation mit statischen Konzepten reagiert, wird hier offenkundig, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit der Migrationsgesellschaft sich in permanentem Fluß befindet. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn davon ausgegangen wird, daß auch die Mehrheitsgesellschaft sich diesem Fluß stellen muß und sich damit im Prinzip selbst einem stetigen Wandel auszusetzen hat.

Im Hinblick auf die zahlenmäßige Regelung der Zuwanderung propagiert die SPD ähnlich wie die FDP eine Quotenregelung. Unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes, der demographischen Entwicklung und humanitärer Aspekte sollen entsprechende Quoten für den Zuzug von Aussiedlern, Flüchtlingen, Arbeitsmigranten und deren Familienangehörigen festgelegt werden.¹⁷²⁸

¹⁷²⁵ SPD (1995): 2f

¹⁷²⁶ SPD (1995): 3

¹⁷²⁷ SPD (1996a) (Hg.): Umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts endlich in die Tat umsetzen, Bonn 1996: 1

¹⁷²⁸ vergl. SPD (1996b) (Hg.): SPD präsentiert Eckwerte für ein Zuwanderungsgesetz, Bonn 1996: 2

Bündnis 90/Die Grünen mahnen – ähnlich wie die SPD – an, daß innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine Anerkennung der Migrationssituation vollzogen werden müsse:

„Es ist schlichtweg realitätsfremd zu bestreiten, daß in den vergangenen 40 Jahren Millionen von AusländerInnen nach Deutschland eingewandert sind. Von den etwa sieben Millionen Nichtdeutschen im Land leben über 60 Prozent seit über zehn Jahren hier, mehr als ein Viertel bereits über 20 Jahre. Die Mehrzahl der nichtdeutschen Kinder ist hier geboren. Für sie, die hier aufgewachsen sind, gibt es keine Rückkehrperspektive in das Land ihrer Eltern und Großeltern. Die meisten Nichtdeutschen haben ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in Deutschland gefunden und bekennen sich auch dazu. Hier besteht ein öffentliches Interesse an einer Einbürgerung schon deshalb, weil kein Staat es auf Dauer hinnehmen kann, daß einem zahlenmäßig bedeutenden Teil der Bevölkerung dauerhaft wesentliche Bürgerrechte vorenthalten werden. Dies ist nicht nur ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip, sondern auch gegen jede praktische Vernunft. Jedes demokratische Staatswesen muß ein Interesse an einer zunehmenden Deckungsgleichheit von Staatsvolk und Wohnbevölkerung haben.“¹⁷²⁹

Die grundsätzliche Integration der Zuwanderer wird also zunächst vordringlich an der Möglichkeit zur politischen Partizipation festgemacht. Aus der Dauer des Aufenthalts der Zuwanderer in Deutschland wird eine Verbundenheit mit dem Staatswesen abgeleitet.

Diese Verbundenheit wird aus dem Blickwinkel der Grünen durch die teils unsicheren Aufenthaltsbedingungen, denen Migranten ausgesetzt sind, jedoch stellenweise unterhöhlt:

„Skandalös ist ..., daß straffällig gewordene Inländer ohne deutschen Paß nach Verbüßung ihrer Strafe abgeschoben werden können. Dies gilt selbst für hier geborene Jugendliche, unabhängig von der Tatsache, daß die Jugendlichen hier sozialisiert wurden, die Probleme also hier entstanden sind. Völlig außer acht gelassen wird bei dieser Vorgehensweise auch die Frage, ob sie die Sprache des Landes sprechen, in welches sie abgeschoben werden. Resozialisierung für Deutsche, Abschiebung für Ausländer? ... Es ist auch nicht hinnehmbar, daß viele Kinder, die bei uns in Deutschland aufgewachsen sind, und deren leibliche Eltern nicht mehr für sie sorgen können, statt bei ihren Großeltern oder Verwandten in Deutschland bleiben zu können, ebenfalls abgeschoben werden können. Wären diese Kinder qua Geburt deutsche Staatsangehörige, gäbe es diese Ungerechtigkeiten nicht.“¹⁷³⁰

Hier wird also eine Divergenz zwischen der Lebensrealität der Zuwanderer und damit auch ihrer zumindest partiellen Identifikation mit Deutschland und den rechtlichen Rahmenbedingungen, die ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik prägen, kritisiert. Im Hinblick auf diesen Widerspruch fordern die Grünen eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts nach folgenden Grundsätzen:

„Ausländische Kinder erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, wenn ein Elternteil über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung oder eine Aufenthaltsberechtigung verfügt oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Ausländer und Ausländerinnen, die sich seit acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, sind auf Antrag einzubürgern.“¹⁷³¹

Damit würde der Tatsache, daß viele Zuwanderer ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben, auf der rechtlichen Ebene Rechnung getragen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wird aufgrund ihrer Identifikationsfunktion für einen Teil der Zuwanderer ebenfalls als Lösungsmodell propagiert:

„Besonders für einen Teil der ersten und zweiten Generation hätte die doppelte Staatsbürgerschaft eine wichtige rechtliche und emotionale Brückenfunktion: Konflikte mit dem familiären Umfeld würden

¹⁷²⁹ Bündnis 90 / Die Grünen (1996) (Hg.): Warum das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert werden muß, Bonn 1996: 2

¹⁷³⁰ Bündnis 90 / Die Grünen (1997a) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Das Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren, Bonn 1997, o. Seitenzahlen

¹⁷³¹ Bündnis 90 / Die Grünen (1996): 8

vermindert und das Bekenntnis zur neuen Zugehörigkeit erleichtert. Allerdings nimmt die Bedeutung dieser Brücke von Generation zu Generation ab. Denn je länger die Menschen hier leben, desto selbstverständlicher ist es für sie. Und irgendwann ist die doppelte Staatsbürgerschaft als Brücke für viele sicher völlig verzichtbar.¹⁷³²

Hier wird besonders deutlich, daß Integration kein Schritt sein kann, der von einem Identifikationsrahmen nahtlos zu einem anderen führt. Die Grünen sehen hier eine längerfristige Perspektive der Verarbeitung der Migrationserfahrung im Zuge der Identitätsbildung. Indem die Aufnahmegesellschaft die identitären Bedürfnisse der Zuwanderer durch eine doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert, könnte sie diesen eine weiterreichendere Verortung in den neuen Lebenszusammenhängen erleichtern.

Die Grünen plädieren für ein „humanes“ Einwanderungsrecht, dessen Ziel weder eine Verringerung noch eine Steigerung der Zuwanderung ist. Es soll nur für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten gelten. Eingewanderten soll der engere Familiennachzug unbeschränkt garantiert werden. Das Angebot zur Arbeitsmigration soll von den zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen abhängig sein. Außerdem fordern die Grünen, daß mindestens 25 Prozent der Einwanderungsbewilligungen an Menschen vergeben werden, die nicht unter den Flüchtlingsbegriff fallen, bei denen eine Einwanderung aber aus „dringenden humanitären Gründen“ geboten erscheint.¹⁷³³

Am Entwurf der FDP kritisieren die Grünen, daß dieser von einer Gesamtquote ausgehe. Da die Grünen jedoch ebenfalls von einer Festlegung des Einwanderungsumfanges ausgehen und den Familiennachzug garantieren wollen, stellt sich die Frage, wo der wesentliche Unterschied zum Ansatz der FDP liegt. Ein höherer Familiennachzug würde nämlich logischerweise eine notwendige Verringerung der Arbeitsmigranten nach sich ziehen, da ja eine zuvor definierte Aufnahme-grenze ansonsten obsolet würde.¹⁷³⁴

Die Grünen sehen außerdem eine staatliche Verantwortung im Hinblick auf den Abbau von Integrationshemmnissen:

„... Diskriminierungen, rassistische Äußerungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen gegen AusländerInnen sind zum Alltag in unserer Gesellschaft geworden. Der staatliche Schutz darf aber nicht erst greifen, wenn die Tatbestände von Körperverletzung oder Beleidigung erfüllt sind. Denn am Umgang mit Minderheiten zeigt sich der demokratische Gehalt einer Gesellschaft.“¹⁷³⁵

Die Forderung verdeutlicht, daß innerhalb der bereits bestehenden Migrationsgesellschaft verschiedene Konstellationen eine mögliche Integration der Zuwanderer geradezu verhindern. Diese Behinderungen, die teils vor allem auf der Ebene der Identität gravierende Auswirkungen auf die Zuwanderer haben können, gelte es abzubauen. Da Diskriminierungen und rassistische Äußerun-

¹⁷³² Bündnis 90 / Die Grünen (1997a): o. Seitenzahlen

¹⁷³³ vergl. Bündnis 90 / Die Grünen (1997b) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Einwanderung und Niederlassung von Ausländern human gestalten, Bonn 1997, o. Seitenzahlen

¹⁷³⁴ vergl. Bündnis 90 / Die Grünen (1997b): o. Seitenzahlen

¹⁷³⁵ Bündnis 90 / Die Grünen (1997c) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Diskriminierung und Rassismus abbauen, Bonn 1997, o. Seitenzahlen

gen direkt aus der Mehrheitsgesellschaft kommen, ist es jedoch fraglich, ob ein schlichtes Antidiskriminierungsgesetz, wie es von den Grünen vorgeschlagen wird, wirklich Abhilfe schaffen könnte.

8.2.4 Implikationen der Migrationsperspektive

Obwohl Zuwanderung nach Deutschland seit Jahrzehnten faktische Realität ist, werden, dies hat die Analyse gezeigt, die damit zwangsläufig verbundenen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse noch immer nicht als Teil einer deutschen Gesellschaftsrealität anerkannt. Im politischen Diskurs wird vielmehr von einer relativ statischen und homogenen deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgegangen, die das gesamtgesellschaftliche Territorium aus ihrer als konsistent gedachten Eigenperspektive definiert.

Das Selbstbild der deutschen Mehrheitsgesellschaft bezieht sich – dies kommt vor allem bei der Betrachtungsperspektive von CDU und CSU zum Ausdruck – auf eine homogene Vorstellung christlich-abendländischer Kultur, die die Sphären der sozialen Realität durchzieht. Eine Bereitschaft, diesen kulturellen Identifikationsrahmen im Zuge einer Auseinandersetzung mit den Kulturen der Zuwanderer zur Disposition zu stellen, existiert kaum. Vielmehr wird anhand der Integrationskonzepte, die von Zuwanderern eine Anpassung an diese soziale und kulturelle Realität erwarten, deutlich, daß das kulturelle Selbstbild konserviert werden soll.

Das Bestehen von kulturellen Differenzen zwischen Zuwanderern und deutscher Mehrheitsgesellschaft kann so leicht zum Ausgangspunkt für Konfliktlagen werden. Allein die Anwesenheit von Angehörigen verschiedener Kulturen in einem als homogen definierten Territorium konfrontiert die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit realen Inkonsistenzen. Homogenität wird zwar gedacht, kann aber gesamtgesellschaftlich nicht realisiert werden. Entlang der Bruchlinien zwischen vorgestellter und faktischer gesellschaftlicher Realität entstehen Reibungspunkte. Diese resultieren jedoch nicht aus der kulturellen Differenz selbst, sondern aus der Unmöglichkeit, mit dieser Differenz in einem gesamtgesellschaftlichen Prozeß der Auseinandersetzung umzugehen. Hinzu kommt, daß aufgrund des in Deutschland geltenden Abstammungsprinzips und der impliziten Verknüpfung von kultureller und politischer Identifikation mit dem Staatswesen sich die Frage, wie mit Kultur umzugehen ist, auch auf die politische Ebene auswirkt.

Da aus der Sicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft keine Konzepte existieren, wie aktiv mit den aus kultureller Heterogenität entstehenden Inkonsistenzen umgegangen werden könnte, kann ihnen nur mit verschiedenen Formen der Abwehr begegnet werden, die die existierenden Widersprüche negieren. Eine Form der Abwehr ist es beispielsweise, von Zuwanderern eine weit-

gehende kulturelle Integration zu fordern, ohne daß seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft eine Bereitschaft bestünde, die eigenen kulturellen Voraussetzungen zu hinterfragen. Diese Art der Integrationsforderung ist sicherlich im Hinblick auf sprachliche Fähigkeiten und einige demokratische Grundwerte berechtigt, doch kann sie aus Sicht der Migranten leicht als relativ umfassende Zwangsperspektive erfahren werden, da deren eigene Identifikationsschemata auf diese Weise aus der Lebensrealität der Migrationsgesellschaft, die ja faktisch aus Angehörigen verschiedener Kulturen besteht, ausgeklammert werden.

Die Umgehensweise mit kultureller Differenz beinhaltet außerdem weitere Implikationen, die auf den Aspekt der Historizität verweisen. Es scheint ein Problem aller Migrationsgesellschaften zu sein, daß im Zuge eines Nationalismusprinzips, sei es kulturell oder – wie in Frankreich – politisch definiert, die Definitionsmacht einer bestimmten Personengruppe über ein Territorium festgeschrieben wird. In Frankreich ist eine Partizipation an dieser Definitionsmacht für Zuwanderer im Vergleich zu Deutschland leichter zu erreichen (doch muß man sich auch darüber im Klaren sein, daß sich in Frankreich auf anderen Ebenen Ausschlußmechanismen manifestieren). Die Definition des Territoriums und damit der Lebensrealität, der Raum gewährt wird, hat einen ahistorischen Charakter. Sie bildet für die Mehrheitsgesellschaft, die zum Zeitpunkt der ursprünglichen Definition, also vor dem Beginn von Migrationsprozessen, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit bildete, einen grundsätzlichen Identifikationsrahmen, der im Prinzip nicht verändert werden soll.

Die politischen Konzepte von CDU/CSU und FDP folgen weitgehend diesem Prinzip der Erhaltung eines einmal konzipierten Systems. Die Selbstdefinition der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird durch verschiedene Entwürfe von Integrationsprinzipien zwar partiell ergänzt, aber nicht grundsätzlich verändert. Dies führt aus Sicht der Migranten dazu, daß ihr neues Lebensterritorium nur bedingt Raum bietet für die Verwirklichung eigener Identitätsentwürfe. Solange Zuwanderer sich bedingungslos den Identifikationskonzepten einer Mehrheitsgesellschaft unterordnen, muß diese einseitige Definition keine Konflikte nach sich ziehen, da ja bestehende Konzepte auch durch die neuen Mitglieder der Gesellschaft bestätigt werden.

Eine solche Konstellation ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Denn es ist davon auszugehen, daß Zuwanderer im Zuge einer Verwirklichung ihrer Identität sich zumindest in Teilbereichen auf andere Identifikationskonzepte als die Mehrheitsgesellschaft berufen wollen. Dies ist zunächst keine Frage grundsätzlicher Inkompatibilität von verschiedenen Lebensentwürfen, denn prinzipiell ist es ja möglich, in einem Prozeß des Aushandelns zu bestimmen, welche Konzepte in einer heterogenen Gesellschaft Allgemeinverbindlichkeit erlangen können und sollen und welche nicht. Zu Konflikten und Konfrontationen kommt es jedoch zwangsläufig, wenn eine gesellschaftliche

Gruppe, selbst wenn sie die Mehrheit bildet, ausschließlich ihr Identifikationskonzept durchsetzen will, da sie damit die Identifikationsmöglichkeiten anderer Gruppen einschränkt und teils sogar völlig untergräbt.

Die Dominanz der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Hinblick auf die Definition des Identifikationsraumes in der Migrationsgesellschaft führt dazu, daß Zuwanderer eher wenige Anknüpfungspunkte finden, um sich zu verorten. Die Analyse hat gezeigt, daß die bestehenden kommunikativen Räume zwischen Mehrheitsgesellschaft und türkischen Zuwanderern nur gering ausgeprägt beziehungsweise sogar im Rückgang begriffen sind. Je weniger Berührungspunkte es aber zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den Migranten gibt, desto weniger Möglichkeiten existieren für die Etablierung eines Prozesses der wechselseitigen Anerkennung. Wenn das gesamtgesellschaftliche Territorium durch die Migranten als tendenziell fremdbestimmt wahrgenommen wird und kaum direkte Kontakte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen, ist Segregation fast schon eine zwangsläufige Folgeerscheinung, da die Individuen, um zumindest in Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens ihre individuelle Identität verwirklichen zu können, auf ihre jeweilige Herkunftsgruppe zurückgeworfen werden. Dies gilt im Prinzip sowohl für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft als auch für Zuwanderer, doch sind die Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft insofern in einer vorteilhafteren Position, als das gesamtgesellschaftliche Territorium ja durch die Interessen ihrer Gruppe dominiert wird.

Es ist anzunehmen, daß es in einer Gesellschaft, in der die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen nicht in irgendeiner Form ausbalanciert werden, langfristig zu Konflikten kommt. Das Bedürfnis der Identitätsverwirklichung im gesellschaftlichen Kontext, also der Wunsch nach Anerkennung einer spezifischen, individuellen Identität, läßt sich zwar – dies wird anhand der verschiedenen Gruppenbildungen unter türkischen Migranten deutlich – teilweise auf teilgesellschaftlichen Ebenen ausleben, doch scheinen sich die Zuwanderer nicht dauerhaft einer Festlegung auf eine „Außenseiter“-Rolle in der faktischen Migrationsgesellschaft beugen zu wollen. Ein gesellschaftliches Territorium kann anscheinend erst dann zum wirklichen Lebensraum werden, wenn das Individuum bestimmte existentielle Bedürfnisse – und dazu gehört sicherlich auch eine Anerkennung auf kultureller und politischer Ebene – dauerhaft verwirklichen kann.

Die Problematik der Migrationsgesellschaft in Deutschland ist also aus identitätstheoretischer Sicht sehr vielschichtig. Im politischen Diskurs des Jahres 1997 wurde eine relativ konsequente Politik der Abgrenzung betrieben, die nur in untergeordneten Teilbereichen Zugeständnisse an die identitären Bedürfnisse der Zuwanderer machte. Andererseits fordern türkische Migranten zunehmend Mitbestimmungsrechte ein. Vor allem seitens türkischer Jugendlicher wird eine dauerhafte Ausgrenzung aus einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs immer weniger hingenommen.

Die Aktivitäten von Jugendgangs, die sich zielgerichtet gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft wenden, sind ein Beispiel für diese Haltung.

Es sieht also so aus, als ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft sich längerfristig zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der Migrationssituation entscheiden muß, wenn sie nicht zu einer Verschärfung der bereits bestehenden Konfliktpotentiale beitragen will. Dies wird allein schon deshalb notwendig sein, da Migration nach Deutschland eine gesellschaftliche Tatsache ist, die sich gegenüber den bisherigen Versuchen der definierenden Negation als resistent erweist. Der Widerspruch zwischen dem Homogenitätsdenken der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der faktischen Heterogenität der Migrationsgesellschaft führt bereits zu sozialen, kulturellen und politischen Konflikten. Die Analyse hat gezeigt, daß vor allem Wissenschaftler erwarten, daß diese Konflikte sich aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren noch verschärfen werden. Eine solche Zuspitzung kann jedoch nicht im Interesse der Gesamtgesellschaft liegen.

Die Rahmenbedingungen für eine wechselseitige Auseinandersetzung sind gegenwärtig nicht unbedingt die besten. Legt man das von Habermas geprägte Prinzip der diskursiven oder kooperativen Wahrheitssuche zugrunde,¹⁷³⁶ müßte die deutsche Mehrheitsgesellschaft nämlich zunächst einmal ihre grundsätzliche Definitionsmacht zur Disposition stellen,¹⁷³⁷ da die Gestaltung der Migrationsgesellschaft offen sein muß für die Interessen aller Bevölkerungsgruppen. Ein solcher Rückzug birgt auf der Identitätsebene große Herausforderungen, denn bisher werden Angsterfahrungen, die sich in der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Zuge des Kulturkontaktes ergeben, kaum zugelassen, sondern unbewußt gemacht beziehungsweise auf Migranten projiziert. Eine diskursive Auseinandersetzung ist jedoch auf grundsätzliche Offenheit angewiesen, so daß auch die Ängste aller Betroffenen in einen Verarbeitungsprozeß einfließen müssen.

Aus einer Perspektive der Macht, die sich vor allem im politischen Diskurs manifestiert, ist eine solche Offenheit natürlich nicht wünschenswert, da sie ja zum Ziel hat, das bestehende Machtgefüge zu verändern. Andererseits ist es auch im Interesse der politischen Eliten, wenn Konflikte sich nicht so weit zuspitzen, daß sie auf der politischen Ebene nicht mehr zu lösen sind. Dann nämlich wird die Selbstlegitimation der politischen Akteure fragwürdig.

Aus dem Blickwinkel der deutschen Mehrheitsbevölkerung insgesamt stellt sich die Frage, wie Angsterfahrungen im Zuge einer Identitätsbalance verarbeitet werden können. Es ist anzunehmen, daß eine Förderung der Kenntnis über Lebenszusammenhänge, kulturelle Aspekte, Normen und Werte der Migranten einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ängsten leisten könn-

¹⁷³⁶ vergl. 3.6

¹⁷³⁷ Selbstverständlich müssen auch die türkischen Zuwanderer im Rahmen einer diskursiven Auseinandersetzung bisherige Vorbehalte zurückstellen, um in einen Prozeß des Aushandelns gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eintreten zu können. Da diese Arbeit jedoch die Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft untersucht, wird diese Perspektive im folgenden nicht weiterverfolgt.

te, denn das Wissen um die spezifischen Ausprägungen von Unterschieden zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen macht aus einer grundsätzlichen Fremdheit, die Angsterfahrungen begünstigt, eine verstehbare Differenz.

Die Analyse hat gezeigt, daß im Hinblick auf den schulischen Bereich bereits erste Ansätze zur Einleitung eines Verständigungsprozesses gemacht werden. Dies reicht jedoch kaum aus, um wirklich die Gesamtgesellschaft in die Lage zu versetzen, mit Differenz aktiv umzugehen. Da direkte Kontakte zwischen deutscher und türkischer Bevölkerung jenseits der funktionalen Sphäre des Arbeitsplatzes und einer anonymen Öffentlichkeit eher selten bestehen, kommt dem Medientext bei der Vermittlung von Informationen, die ein gegenseitiges Kennen und damit auch Erkennen und Anerkennen begünstigen, eine besondere Bedeutung zu. Die Analyse der Berichterstattung hat jedoch gezeigt, daß die Medien in ihrer Darstellung der Migrationsgesellschaft häufig den Prämissen des politischen Diskurses folgen und diesen nur in Einzelfällen gezielt in Frage stellen. Eine überwiegende Negativdarstellung türkischer Migranten sowie eine extrem fragmentarische Beschreibung türkischen Alltagslebens in der Bundesrepublik Deutschland führen dazu, daß der bisherige Kenntnisstand über die Lebensrealität der Zuwanderer sehr gering ist.

Sollen die Konfliktpotentiale der bisherigen Migrationsgesellschaft nachhaltig reduziert werden, was im Hinblick auf die Stabilität der Gesellschaft notwendig erscheint, müssen also auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zunächst einmal neue Ansatzpunkte für einen Verständigungsprozeß, der die Basis für ein wechselseitiges Erkennen und Anerkennen bildet, gefunden werden. Der politische und der mediale Diskurs spielen hier sicherlich aufgrund ihrer Reichweite eine besondere Rolle. Impulse, die von diesen Elitediskursen ausgehen, können jedoch nur erste Schritte auf dem Weg diskursiver Auseinandersetzung sein, denn diese Ansätze müssen auf der gesellschaftlichen Mikroebene etabliert und schließlich im Zuge identitärer Selbstverwirklichung von allen Gesellschaftsmitgliedern – also von Deutschen und Migranten – gelebt werden.

Welche Möglichkeiten für ein wechselseitiges Erkennen und Anerkennen lassen sich unter den Vorzeichen von Globalisierung und Migration ausmachen? Die vorliegenden Analysen zur Betrachtung islamischer Kulturen aus einem westlichen (Medien-) Blickwinkel lassen im Prinzip wenig Raum für euphorische Prognosen. Sowohl die internationalen Beziehungen als auch die deutsche Migrationsgesellschaft sind von verschiedenen Abgrenzungsstrategien durchzogen, die sich vordergründig häufig auf kulturelle Differenzen berufen, im Prinzip jedoch eher auf die Frage des Erhalts von Macht abzielen.

Diese Abgrenzungsstrategien erfüllen aus der Perspektive derjenigen, die sich abgrenzen, wichtige Funktionen. Sie sind dazu geeignet, identifikatorische Klarheiten zu schaffen. Indem festumrissene, im Prinzip als unveränderbar deklarierte Bezugsgruppen geschaffen werden, wird es dem Individuum erleichtert, sich in komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verorten. Identität resultiert aus den Beziehungen innerhalb einer Gruppe und aus der Abgrenzung zu anderen Gruppen. Der Sinn individueller Existenz geht dabei aus der Relation von individueller und kollektiver Identität hervor.¹⁷³⁸

Aus Sicht der herrschenden Eliten tragen Diskurse der Abgrenzung zur Konservierung von Machtpositionen und damit zur Selbstlegitimierung der politischen Akteure bei. Im Hinblick auf die analysierten islamischen Kulturen ist festzustellen, daß in den internationalen Beziehungen und in der deutschen Migrationsgesellschaft bestehende Machtpositionen gefestigt werden, indem islamische Bevölkerungsgruppen unter einer Perspektive, die den Islam auf kultureller, religiöser und politischer Ebene als unüberwindbares Differenzkriterium festschreibt, auf eine grundsätzliche Außenseiterposition festgelegt werden.

Dieses komplexe Zuschreibungssystem wird jedoch zunehmend brüchig. Auf der internationalen Ebene bringen islamische Staaten neue Machtkomponenten ins Spiel und fordern so die bisherige westliche Vormachtstellung heraus. Hinzu kommt, daß der gesellschaftliche und politische Wandel, der sich in islamischen Gesellschaften zum Teil vollzieht, die bisher vom Westen vorgenommenen Zuschreibungen unterläuft. Ein Beispiel für solche Wandlungsprozesse ist sicherlich der Iran. Dort zeichnet sich seit etwa zwei Jahren aufgrund langsam greifender politischer Veränderungen eine politische und gesellschaftliche Neupositionierung des Islam ab, so daß bis-

¹⁷³⁸ vergl. Augé, Marc (1994): Die Sinnkrise der Gegenwart, in: Kuhlmann, Andreas (1994) (Hg.): Philosophische Ansichten der Kultur der Moderne, Frankfurt 1994, S. 33-47: 43

herige Abgrenzungsdiskurse, die an ein bestimmtes Bild von islamischem Fundamentalismus anknüpfen, schleichend an Legitimität verlieren.

Im Falle des Iran ist zwar zu erkennen, wie sich westliche Staaten langsam auf die neue Situation beziehen, indem sie die Kontakte zur iranischen Regierung verbessern, doch zeigt sich in anderen Bereichen, daß von einer grundsätzlichen Neuorientierung der westlich-islamischen Beziehungen keine Rede sein kann. Bestes Beispiel hierfür sind die regelmäßigen Luftangriffe der Vereinigten Staaten auf den Irak, die vorgeblich dazu dienen, die bestehenden Flugverbotszonen und damit den Schutz der kurdischen Bevölkerung in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten. Unterschwellig zeigt diese Art der politischen Reaktion, die in kein wirkliches politisches Gesamtkonzept eingebunden ist, eine Haltung politischer Orientierungslosigkeit seitens des Westens angesichts der eigenen, schwindenden Einflußsphäre.

Westliche Staaten geraten gerade aufgrund des von ihnen geführten Abgrenzungsdiskurses zunehmend in eine Position der Selbstverteidigung, denn eine wachsende politische, wirtschaftliche oder auch kulturelle Stärke islamischer Staaten fordert das bestehende westliche Selbstbild heraus. Westliche Staaten befinden sich dabei in einer Defensive, sobald an ihrer Machtposition gerüttelt wird, denn sie verfügen bisher nur über Strategien des Machterhalts auf einer Basis der Abgrenzung, die zunehmend an Legitimität und Wirkungskraft einbüßen. Strategien für eine wechselseitige Auseinandersetzung, die zunehmend seitens der islamischen Staaten eingefordert werden, sind hingegen kaum ausgeprägt, so daß die neue Herausforderung durch den Islam sich nicht nur auf die Frage der politischen Macht in den internationalen Beziehungen richtet, sondern auch auf die Selbstbilder westlicher Gesellschaften. Wenn Selbstbilder nicht durch Prozesse der Auseinandersetzung mit neuen Rahmenbedingungen modifiziert und damit dem realen Wandel angepaßt werden können, ist eine konfrontative Abgrenzung die Folge.

In der deutschen Migrationsgesellschaft vollzieht sich im Zuge des Regierungswechsels nach der Bundestagswahl im Herbst 1998 ein gewisser Wandlungsprozeß, was die Definition der Rolle von Zuwanderern anbelangt. Die Erleichterung der Einbürgerung für Migranten sowie eine befristete doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Jugendliche ausländischer Herkunft deuten eine grundsätzliche Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Wandel, der durch Migrationsprozesse hervorgerufen wird, an. Der von der SPD-Bündnis 90/Die Grünen-Koalition initiierten Gesetzesänderung stehen jedoch gegenläufige Tendenzen gegenüber. So betrieben CDU und CSU mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die Gesetzesänderung eine gezielte Gegenaktion, die sich voll und ganz an dem in der Analyse dargestellten Abgrenzungsdiskurs orientiert. Damit wurden bereits bestehende Abwehrmechanismen gegenüber einer Auseinandersetzung mit Migration und ihren gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Folgeer-

scheinungen erneut mobilisiert. Die Migrationsperspektive in Deutschland ist also weiterhin von extremen Widersprüchen geprägt, so daß konfrontative Szenarien weiterhin zu erwarten sind.

Im folgenden soll dargestellt werden, welche weiteren Perspektiven sich aus dem derzeitigen Verhältnis zwischen westlicher und islamischer Kultur ergeben. Außerdem ist der Frage nachzugehen, über welche Entwicklungsperspektiven die deutsche Migrationsgesellschaft verfügt.

9.1 Internationale Perspektiven der Auseinandersetzung

Die Relevanz der Machtperspektive im Hinblick auf eine Auseinandersetzung über kulturelle Differenz wurde bereits angesprochen und analysiert. Von herausragender Bedeutung für eine sich immer mehr abzeichnende Notwendigkeit eines Prozesses des Erkennens und Anerkennens in den internationalen Beziehungen aus der Perspektive westlicher Staaten scheint ein sich zunehmend vollziehender Wandel im bestehenden Macht- und Identifikationsgefüge zu sein:

„Als einzige aller Kulturen hat der Westen einen wesentlichen und manchmal verheerenden Einfluß auf jede andere Kultur gehabt. Das durchgängige Charakteristikum der Welt der Kulturkreise ist infolgedessen das Verhältnis zwischen der Macht und Kultur des Westens und der Macht und Kultur anderer Kreise. In dem Maße, wie die relative Macht anderer Kreise zunimmt, schwindet die Anziehungskraft der westlichen Kultur, und nichtwestliche Völker wenden sich mit zunehmender Zuversicht und Egoziertheit ihrer eigenen, angestammten Kultur zu. Das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen dem Westen und dem Rest ist folglich die Diskrepanz zwischen den Bemühungen des Westens, speziell Amerikas, um Beförderung einer universalen westlichen Kultur und seiner schwindenden Fähigkeit hierzu.“¹⁷³⁹

Die Macht westlicher Staaten, die sich unter anderem kulturell definiert, ist also im Abnehmen begriffen, während sich in anderen Kulturen eine Zunahme des kulturellen Selbstbewußtseins und damit der Identifikation mit der eigenen, nicht-westlichen Kultur abzeichnet.

Bei der Betrachtung der Menschenrechte und ihrer Legitimation auf der Grundlage eines Universalismus westlicher Grundwerte wurde bereits deutlich, welchen großen Einfluß westliche Kultur im Zuge der sich vollziehenden Modernisierungsprozesse in den letzten zwei Jahrhunderten hatte. Die bisherige Vormachtstellung des Westens, die gewissermaßen aus der Art, wie Modernisierung sich vollzogen hat, resultiert, stellt sich dabei wie folgt dar:

„Das ... allgemeinste Argument für das Entstehen einer ‚universalen Kultur‘ sieht diese als das Ergebnis der umfassenderen Modernisierungsprozesse, die seit dem 18. Jahrhundert bis heute im Gange sind. Modernisierung beinhaltet Industrialisierung, Urbanisierung, ein zunehmendes Maß an Alphabetisierung, Bildung, Wohlstand und sozialer Mobilität, komplexere und diversifiziertere berufliche Strukturen. Sie ist ein Produkt jener ungeheuren Erweiterung des naturwissenschaftlichen und technischen Wissens seit dem 18. Jahrhundert, die es dem Menschen ermöglichte, seine Umwelt auf eine nie dagewesene Weise zu beherrschen und zu gestalten. ... Der Westen als die erste Zivilisation, die sich modernisierte, hat beim Erwerb der Kultur der Modernität die Führung inne. In dem Maße, wie andere Gesell-

¹⁷³⁹ Huntington (1996): 291f

schaften in puncto Bildung, Arbeit, Wohlstand und Klassenstruktur ähnlichen Mustern zustreben, wird – so lautet das Argument – diese moderne westliche Kultur die universale Weltkultur werden.¹⁷⁴⁰

Das Erreichen der bisherigen Vormachtstellung des Westens auf der Basis kultureller Entwicklung ist also in gewisser Weise Resultat eines Automatismus. Analog zu dem von Elias dargestellten Prozeß der Monopolisierung von Macht haben sich die vom Westen ausgehenden Impulse – nicht zuletzt auch aufgrund einer aus ihnen resultierenden wirtschaftlichen und politischen Macht – weitgehend in den internationalen Beziehungen durchgesetzt. Dabei sagt diese Entwicklung nichts über den Wert westlicher Kultur an sich aus. Vielmehr haben sich Machtpositionen entwickelt, und ihnen konnten nicht genügend Gegenkräfte entgegengesetzt werden, die diesen westlichen Universalismus hätten relativieren können.

Das bisherige Prinzip des westlichen Universalismus ist also zunächst keine Frage des Wertes verschiedener Kulturen, sondern das Ergebnis der Durchsetzung von Macht. So ist die reale Bezugnahme anderer Kulturen auf diesen Universalismus denn auch nicht automatisch durch eine integrierende Akzeptanz als logische Folge der Universalisierung westlicher Werte zu sehen. In nichtwestlichen Gesellschaften existieren vielmehr die verschiedensten Konzepte, wie mit Modernisierung und westlichem Universalismus umgegangen wird. Sie reichen von einer völligen Übernahme westlicher Modernitätsvorstellungen über den Versuch, eine Gesellschaft zu modernisieren, aber zentrale Werte, Praktiken und Institutionen der eigenen Kultur beizubehalten bis hin zu einer totalen Verweigerung westlicher Konzepte.¹⁷⁴¹ Im Prinzip ist die westliche Universalismuskonzeption also eigentlich nur insofern universal, als sie sich in den internationalen Beziehungen bisher als Machtposition durchgesetzt hat.

Die im globalen Gefüge von westlichen Kulturen erreichte Machtposition ist nicht unbedingt direkte Folge westlicher Kultur. Vielmehr ist anzunehmen, daß vor allem wirtschaftliche Entwicklungen zu ihrem Erreichen beigetragen haben und die Vormachtstellung im Nachhinein auch kulturell und politisch legitimiert wird. Das bestehende Gefüge gerät inzwischen jedoch zunehmend ins Wanken. In wirtschaftlicher Hinsicht sind in den nächsten Jahrzehnten beispielsweise folgende Entwicklungen zu erwarten:

„1960 stellten Ostasien 4 Prozent und Nordamerika 37 Prozent des Weltbruttosozialprodukts; 1990 stellten beide jeweils 24 Prozent. Im Jahre 2013 werden nach einer Schätzung der Westen 30 Prozent und asiatische Gesellschaften 40 Prozent des globalen Sozialprodukts stellen.“¹⁷⁴²

Damit wird die real bereits jetzt relativierte Marktführerschaft des Westens weiter abnehmen, so daß seine Machtbasis gerade aufgrund der Tatsache, daß die internationalen Beziehungen in gro-

¹⁷⁴⁰ Huntington (1996): 98f

¹⁷⁴¹ vergl. Huntington (1996): 105ff

¹⁷⁴² Huntington (1996): 143

ßem Maße durch wirtschaftliche Aspekte machtpolitisch determiniert sind, sich zunehmend verringert.¹⁷⁴³

Hinzu kommt die Entwicklung der Bevölkerungen, die nicht dem westlichen Kulturkreis angehören:

„Die Zahl der Westler belief sich (1993) auf etwas über 13 Prozent der Menschheit und dürfte zu Beginn des nächsten Jahrhunderts auf etwa 11 Prozent und bis zum Jahr 2025 auf 10 Prozent zurückgehen. In bezug auf die Gesamtpopulation rangierte der Westen 1993 an vierter Stelle, hinter der sinischen, islamischen und hinduistischen Kultur.“¹⁷⁴⁴

Populationsmäßig waren westliche Kulturen also eigentlich schon immer eher in einer Minderheitenposition, doch wurde diese bisher durch wirtschaftliches Kapital kompensiert. Eine stetige Abnahme der westlichen Bevölkerung in Verbindung mit einer Abnahme wirtschaftlicher Macht führt jedoch zwangsläufig dazu, daß der Westen zunehmend sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht unter Druck gerät.

Die Brüchigkeit der westlichen Vormachtstellung eröffnet anderen Kulturen neue Entwicklungsräume. Huntington beispielsweise macht eine „Resurgenz des Islam“ aus, im Zuge derer Lösungen für das Leben in der Moderne nicht mehr in westlichen Ideologien, sondern im Islam gesehen werden. Elemente wie Technik und Naturwissenschaft, die in den letzten beiden Jahrhunderten durch die Vorstellung des westlichen Universalismus auf einer Wertebene ideologisiert wurden, werden nicht strikt abgelehnt, sondern unter islamischen Gesichtspunkten verarbeitet:

„Diese islamische Resurgenz ist nach Umfang und Tiefe die jüngste Phase in der Anpassung der islamischen Zivilisation an den Westen, ein Versuch, die ‚Lösung‘ nicht in westlichen Ideologien, sondern im Islam zu finden. Sie steht für Akzeptanz der Moderne, Ablehnung der westlichen Kultur und neue Bindung an den Islam als kulturelle, religiöse, soziale und politische Richtschnur für das Leben in der modernen Welt.“¹⁷⁴⁵

Diese Entwicklung sollte nicht allein unter den konfrontativen Gesichtspunkten gesehen werden, die in den Extrembeispielen im Zuge der in dieser Arbeit vorgenommenen Länderanalysen zum Ausdruck kommen. Die Machtverschiebungen im internationalen System zeigen vielmehr, daß eine bisher propagierte kulturelle Überlegenheit des Westens überhaupt nicht kulturell begründbar ist. Die Verlagerung von Macht durch wirtschaftliche und demographische Entwicklungen eröffnet auf der anderen Seite nichtwestlichen Kulturen nun die Möglichkeit, auch kulturelle Aspekte neu zu bewerten.

¹⁷⁴³ Hier zeigt sich auch, daß die westliche Vormachtstellung zwar gerne aus einem propagierten kulturellen Universalismus abgeleitet wird, aber Kultur nicht notwendigerweise die Grundlage für den tatsächlichen Erfolg beim Erlangen von Macht bildet. Deshalb sollte der von Huntington dargestellte „Kampf der Kulturen“ auch nicht unter einer wertorientierten Perspektive gesehen werden, sondern im Sinne von Bourdieus Theorie der verschiedenen Kapitalarten, die zur Akkumulierung von Macht herangezogen werden können. Die westliche Machtposition resultiert gerade nicht aus kultureller, sondern aus wirtschaftlicher Überlegenheit, die auch kulturell legitimiert wird.

¹⁷⁴⁴ Huntington (1996): 123

¹⁷⁴⁵ Huntington (1996): 168

Die skizzierten Verschiebungen führen dazu, daß westliche Kultur langfristig im globalen System nicht mehr die einzig erfolgreiche und damit „universale“ Kultur sein wird, sondern nur noch eine unter verschiedenen, die alle spezifische Geltungsansprüche einbringen. Dies hat aller Wahrscheinlichkeit nach tiefgreifende Auswirkungen auf das Selbstbild westlicher Staaten. Wo bisher ein In-Frage-Stellen westlicher Werte unter Bezugnahme auf die westliche Dominanz in den internationalen Beziehungen abgewehrt werden konnte, werden sich westliche Staaten langfristig mit einer Relativierung ihres Bezugssystems, die aus den Verschiebungen im globalen Machtgefüge resultiert, konfrontiert sehen.

Huntington schätzt den bisherigen Anspruch an die Universalität der westlichen Kultur als falsch, unmoralisch und gefährlich ein. Im Zuge der Länderanalysen wurde deutlich, welche negativen Dimensionen westliche Einflußnahme in den letzten Jahrzehnten erreicht hat. Ein grundsätzliches Problem der Zukunft ist sicherlich die Tatsache, daß der Westen die sich bereits vollziehenden Machtverschiebungen nicht aufhalten kann.¹⁷⁴⁶ Deshalb stellt sich die Frage, wie westliche Kulturen mit den Folgen dieser Verschiebungen umgehen können.

Die Darstellung der inneren Probleme der Vereinten Nationen hat verdeutlicht, daß westliche Staaten bisher eine Auseinandersetzung über ihre eigenen kulturellen Voraussetzungen relativ strikt verweigert haben. Diese Haltung ist solange aus westlicher Sicht relativ unproblematisch, wie das Selbstbild durch entsprechende Machtressourcen aufrechterhalten werden kann. Da sich jedoch diese Machtgrundlage stetig verringert, ist abzusehen, daß das Prinzip der Verweigerung von Auseinandersetzung nicht mehr lange greifen kann. Die machtpolitisch legitimierte Verweigerungshaltung impliziert auch eine Unfähigkeit zur Auseinandersetzung mit dem westlichen Selbstbild, da es bisher nicht notwendig war, die eigenen Voraussetzungen in Frage zu stellen. Die sich schon abzeichnenden neuen Herausforderungen, die von nichtwestlichen Staaten in die internationalen Beziehungen eingebracht werden, lassen eine künftige diskursive Verarbeitung von Widersprüchen und Gegensätzen jedoch notwendig erscheinen, da weitere Verweigerung aller Wahrscheinlichkeit nach Konfrontationen nach sich ziehen würde.

Huntington beispielsweise sieht die Notwendigkeit der Etablierung eines neuen Prinzips der „gemeinsamen Vermittlung“, im Zuge dessen die verschiedenen Kulturen nach Gemeinsamkeiten suchen müßten.¹⁷⁴⁷ Erfolgt ein solcher Prozeß des Aushandelns nicht, könnte sich tatsächlich ein „Kampf der Kulturen“ entwickeln, in dessen Rahmen unter den neuen machtpolitischen Voraussetzungen neue kulturelle „Universalismen“ etabliert werden. Ein solches Konfrontationsszenario hätte zur Folge, daß bisherige kulturell definierte Selbstbilder gewaltsam nivelliert werden. Aus

¹⁷⁴⁶ vergl. Huntington (1996): 511f

¹⁷⁴⁷ vergl. Huntington (1996): 522

identitätstheoretischer Sicht führt dies dazu, daß sich neue Anpassungszwänge und Rollenverweigerungen etablieren. Wo bisher westliche Staaten eine allgemeine Akzeptanz ihres Normen- und Wertesystems einforderten und in vielen Bereichen auch durchsetzten, könnten nun andere Kulturen auf dieselben Mechanismen zurückgreifen.

Dieses Szenario des Machtwandels ist zum jetzigen Zeitpunkt noch eher hypothetisch, da anzunehmen ist, daß institutioneller Wandel, der für die Etablierung neuer Machtstrukturen notwendig ist, sich relativ langsam vollziehen wird. Es scheint also durchaus Chancen zu geben, konfrontative Zuspitzungen zu vermeiden, indem man einen Prozeß gleichberechtigter Auseinandersetzung einleitet. Unter den momentan gegebenen machtpolitischen Vorzeichen wäre ein solcher Schritt ein Abstand-nehmen westlicher Staaten von der eigenen Dominanz mit Bezugnahme auf die identitären Bedürfnisse nichtwestlicher Kulturen. Die damit verbundene partielle Selbstaufgabe, also das zur Disposition-stellen bisheriger Identifikationsmuster, könnte dabei nicht nur einen gleichberechtigten Austausch zwischen den Kulturen fördern, sondern zugleich auch die eigene (westliche) Identifikationssphäre, die bisher eher an ein System der Abgrenzung geknüpft ist, erweitern.

Eine solche Erweiterung der Identifikationssphäre vollzieht sich in sehr komplexen Zusammenhängen. Taylor entwickelt im Hinblick auf die Verwirklichung individueller Identität folgenden Authentizitätsbegriff:

„Es gibt eine bestimmte Art, Person zu sein, die *meine* Art ist. Ich bin aufgerufen, mein Leben in dieser Art zu leben und nicht das Leben eines anderen nachzuahmen. Diese Vorstellung verstärkt den Grundsatz, sich selbst treu zu sein. Bin ich mir selbst nicht treu, so verfehle ich die Aufgabe meines Lebens; ich verfehle das, was Humanität für *mich* bedeutet.“¹⁷⁴⁸

Authentizität bedeutet also die Verwirklichung spezifischer Bedürfnisse, die aller Wahrscheinlichkeit nach aus spezifischen Lebensbedingungen, also auch aus Aspekten der Kultur, resultieren.

Das besondere an dem von Taylor geknüpften Bezug zwischen Identität und Authentizität sind die neuen Verortungsspielräume, die sich ergeben, wenn Identität nicht mehr alleine aus gesellschaftlichen Positionen und mittels etablierter Kategorien, die nicht mehr hinterfragt werden, resultiert. Laut Taylor entspringt das Authentizitätsideal der Moderne unter anderem einem Niedergang der hierarchischen Gesellschaft. Wo einst Identität allein aus gesellschaftlichen Rollen abgeleitet wurde, kann und muß der Mensch in der Moderne die neue, individuelle Form der authentischen Würde auch aus sich selbst schöpfen.¹⁷⁴⁹

Vor diesem Hintergrund entspringt die Anerkennung individueller Identität zwar immer noch der Gesellschaft, doch ist sie weitaus stärker auf die aktive Suche des Individuums nach Bestätigung und auf aktiv herbeigeführte Verwirklichung angewiesen:

¹⁷⁴⁸ Taylor (1992): 19, Hervorheb. im Original

¹⁷⁴⁹ vergl. Taylor (1992): 21

„Die aus dem Inneren begründete, unverwechselbar persönliche Identität genießt diese selbstverständliche Anerkennung nicht. Sie muß Anerkennung erst im Austausch gewinnen, und dabei kann sie scheitern. Neu ist daher nicht das Bedürfnis nach Anerkennung, neu ist vielmehr, daß wir in Verhältnissen leben, in denen das Streben nach Anerkennung scheitern kann. Deshalb wird dieses Bedürfnis heute zum erstenmal tatsächlich wahrgenommen.“¹⁷⁵⁰

Dieser Wandel der Art, wie Identität verwirklicht wird, stellt also neue Herausforderungen an das Individuum, da es sich nicht darauf verlassen kann, daß Parameter für Anerkennung direkt aus dem gesellschaftlichen Gefüge abgeleitet werden und eine relative Stabilität aufweisen. Diese Perspektive eröffnet neben den skizzierten Schwierigkeiten, denen das Individuum bei der Verwirklichung seiner individuellen Identität ausgesetzt sein kann, auch neue Möglichkeiten zur Schaffung von Identität jenseits statischer Gesellschaftskonzepte. Bisherige Identifikationsschemata, die beispielsweise aus der historischen Entwicklung einer Gesellschaft sowie ihren politischen und kulturellen Voraussetzungen resultieren, können – zumindest theoretisch – durch die einer allgemeinen Form der Menschlichkeit, die die Grundlage für das Authentizitätsideal bildet, entspringende Erweiterung des grundsätzlichen Identitätskonzepts um neue Aspekte erweitert werden.

Diese grundsätzliche Offenheit identitärer Entwürfe könnte also im Prinzip günstige Rahmenbedingungen für eine neue diskursive Auseinandersetzung in den internationalen Beziehungen schaffen. Jäggi und Krieger weisen jedoch darauf hin, daß diese Pluralität auch Probleme in sich birgt. Sie gehen von einem radikal pluralistischen Wissenskontext aus. Westliche Rationalitätsmodelle erheben Universalitätsansprüche, können sich aber in der globalen Situation nur durch Macht zur Geltung bringen. Aufgrund des Fehlens eines ganzheitlichen Sinnhorizonts sei kommunikatives Handeln im globalen Kontext deshalb nicht möglich, sondern nur strategisches Handeln, das durch Machtanwendung gekennzeichnet sei.¹⁷⁵¹ Dieses Bild entspricht in etwa dem, was Huntington als Ausgangsszenario für einen möglichen „Kampf der Kulturen“ beschreibt.

Jäggi und Krieger entwerfen als Vermittlungsansatz ein Modell diskursiver Auseinandersetzung, das an die kooperative Wahrheitssuche von Habermas erinnert. Auf der Grundlage verschiedener Geltungsansprüche und Gültigkeitskriterien müsse ein gemeinsamer lebensweltlicher Sinnhorizont geschaffen werden. Diese Ansprüche und Kriterien dürfen jedoch von allen Beteiligten nicht als absolut gesetzt werden, damit Kommunikation überhaupt stattfinden kann. Im Zuge eines durch Pragmatik geprägten Erschließungsdiskurses könne dann Macht in Rationalität umgewandelt werden.¹⁷⁵² Dieser Erschließungsdiskurs sei auf die Prämissen angewiesen,

¹⁷⁵⁰ Taylor (1992): 24

¹⁷⁵¹ vergl. Jäggi, Christian J. / Krieger, David, J. (1991): *Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart*, Zürich/Wiesbaden 1991: 207

¹⁷⁵² vergl. Jäggi / Krieger (1991): 209ff

daß alle Beteiligten ihre Forderungen auf ein Minimum reduzieren und selbstkritisch überprüfen. Der Diskurs selbst werde dabei zu einem fort dauernden Suchen nach einer Lösung für Konflikte, die von allen Parteien akzeptiert werden kann.¹⁷⁵³ Mittels einer solchen kommunikativen Praxis könnten „Räume der Begegnung“ zwischen verschiedenen Weltbildern und Religionen erschlossen werden.¹⁷⁵⁴

Es stellt sich die Frage, unter welchen Randbedingungen ein solcher Vermittlungsdiskurs etabliert werden könnte. Bauman beispielsweise propagiert als notwendige Grundlage ein Prinzip der Solidarität, das ein „Recht des anderen auf seine Fremdheit“ beinhaltet. Diese Solidarität könne sich aus der Akzeptanz der eigenen Kontingenz entwickeln:

„Um das emanzipatorische Potential der Kontingenz als Geschick zu entwirren, würde es nicht genügen, die Demütigung der anderen zu vermeiden. Man muß sie auch respektieren - und sie genau in ihrer Andersheit respektieren, in den Wahlen, die sie getroffen haben, in ihrem Recht, sich für etwas zu entscheiden.“¹⁷⁵⁵

Es geht also darum zu erkennen, daß die eigenen Lebensentwürfe nur Möglichkeiten unter vielen darstellen, die im Prinzip alle ihre Berechtigung haben.

Man könnte fast sagen, daß Vermittlungsprinzipien zwischen den Kulturen darauf angewiesen sind, die Welt als eine Einheit aufzufassen, in der gelebte Vielfalt das Maß aller Dinge ist. Damit diese Vielfalt nicht zu Divergenz im Sinne von grundsätzlich Trennendem wird, bedarf es der Toleranz zum Ertragen des Anderen mit der Absicht, ihn besser zu verstehen:

„Ich habe Toleranz eine ‚kleine Tugend‘ genannt. Nicht, weil ich sie für unbedeutend halte, sondern lediglich, weil sie auf andere Tugenden und institutionelle Voraussetzungen angewiesen bleibt, ohne die sie wertlos wäre. Toleranz bedeutet - richtig verstanden - nicht Gleichgültigkeit gegenüber dem Anderen, sondern Anerkennung von dessen Anderssein und seines Rechtes auf solches Anderssein. Beides ist mit Anteilnahme und Interesse an ihm verbunden oder sollte doch damit verbunden sein. Toleranz ist eine Haltung, die sowohl der Einzelne als auch die soziale Gruppe, sowohl die Regierung, das Parlament als auch die ‚öffentliche Meinung‘ praktizieren sollten. Diese Haltung ist nicht ‚angeboren‘, sondern ein Produkt gelungener Sozialisation.“¹⁷⁵⁶

Toleranz wird hier also als allumfassendes Prinzip gedacht. Sie spannt den Bogen von der individuellen Identität zur Gesellschaft mit allen ihren Institutionen. Damit wird auch deutlich, daß die Fähigkeit zur Auseinandersetzung nicht nur auf das Individuum bezogen sein kann, sondern daß sie zu einem allgemeinen Grundsatz werden muß. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Mechanismen, die zur gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit führen, wurde allerdings auch deutlich, daß diese Form der Negierung und Projektion von Konflikten kein Automatismus ist, dem die Mitglieder einer Gesellschaft durch die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen

¹⁷⁵³ vergl. Jäggi / Krieger (1991): 229f

¹⁷⁵⁴ vergl. Jäggi / Krieger (1991): 191

¹⁷⁵⁵ Bauman, Zygmunt (1991): *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992: 286

¹⁷⁵⁶ Fetscher, Iring (1990): *Toleranz. Von der Unentbehrlichkeit einer kleinen Tugend für die Demokratie*, Stuttgart 1990: 81

ausgesetzt sind, sondern daß das Individuum durchaus in der Lage ist, sich im Zuge von Selbstreflexion in ein bewußtes Verhältnis zu seiner Umgebung zu setzen.¹⁷⁵⁷

Für Fetscher liegt das grundsätzliche Dilemma innerhalb moderner Gesellschaften in der Tatsache, daß Menschen aufgrund von Wohlstand, Reizüberflutung, Manipulation und Ablenkung unfähig geworden seien, ein Interesse an Freiheit und Selbstbestimmung zu wahren.¹⁷⁵⁸ Die in dieser Arbeit analysierte Beschaffenheit des globalen Systems läßt jedoch ein solches Interesse als notwendiger denn je erscheinen. Die Selbstbilder westlicher Gesellschaften, die den Identifikationsrahmen für ihre jeweiligen Angehörigen bilden, haben sich nicht aufgrund interner Konsistenz als wirksam erwiesen, sondern sich auf der Grundlage von Macht und Abgrenzung durchgesetzt. In dem Moment, in dem diese Macht zu bröckeln beginnt, verlieren diese Selbstbilder also zwangsläufig an Legitimität und Bindungskraft. Ist eine Gesellschaft nicht in der Lage, ihre Identität durch konstruktive Auseinandersetzung zu gewinnen und zu stabilisieren, ist ein Identitätsdilemma die Folge, da alte Bezugspunkte im Zuge einer Machtumverteilung ihre bisher propagierte Allgemeingültigkeit verlieren und kein neues Bezugssystem entwickelt werden kann, so daß ein Identitätsvakuum entsteht.

Die Analyse der internationalen Figurationen hat gezeigt, daß auf der Ebene der Vereinten Nationen, beispielsweise durch die Arbeit der UNESCO, durchaus erste Ansätze unternommen werden, um auf der Basis kultureller Auseinandersetzung ein Fundament für wechselseitige Toleranz und Solidarität zu legen. Die Bereitschaft eines vorbehaltlosen Aufeinanderzugehens ist jedoch – vor allem seitens der westlichen Staaten – noch relativ gering.¹⁷⁵⁹

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt seit 1952 durch die Goethe-Institute eine Politik des kulturellen Dialogs, die vom Präsidenten der Institution wie folgt skizziert wird:

„Wenn heute Staaten und regionale Einheiten sich zunehmend unter Berufung auf Kultur, Religion und Tradition definieren, dann ist Kulturdialog als Begleitung der Bemühungen um Zukunftsfähigkeit und Frieden zwischen den Staaten unerlässlich geworden. Dieser Dialog kann und muß heute geführt werden in Anerkennung des wechselseitigen aufgeklärten Eigeninteresses: Alle Staaten wissen, daß keiner von ihnen Sicherheit und Zukunft für seine Bürger ohne Bezug zu den anderen gewährleisten kann. Der Kulturdialog hält für die Regierungen und Staaten Wege der Kommunikation auch dann offen, wenn diplomatische Kanäle verschlossen sind. ... Die materielle Sicherung der auswärtigen Kulturpolitik muß staatliche Kernaufgabe bleiben. Insgesamt aber sollte sie als Projekt der zivilen Gesellschaft betrachtet werden, an dem alle jene Kräfte verantwortlich mitwirken, die für die gemeinschaftliche Gestaltung der Lebensverhältnisse zuständig sind: die kulturelle Öffentlichkeit, die Wissenschaften, die Künste und Medien ebenso wie die Wirtschaft und die Politik.“¹⁷⁶⁰

Es wird also grundsätzlich ein umfassender Dialog propagiert, der sich in einer gesamtgesellschaftlichen und internationalen Dimension vollziehen soll. Setzt man diese Prämissen jedoch in

¹⁷⁵⁷ vergl. 5.5.3

¹⁷⁵⁸ vergl. Fetscher (1990): 82

¹⁷⁵⁹ vergl. 7.4.2

¹⁷⁶⁰ Hoffmann, Hilmar (1997): Vorwort des Präsidenten, in: Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V. (1997) (Hg.): Jahrbuch 1996/97, München 1997, S. 7-8: 7f

einen Bezug zu den Ergebnissen der Analyse der Länderbeispiele, so wird deutlich, wie begrenzt sein bisheriger Erfolg ist. Vor allem auf den Ebenen Wirtschaft, Politik und mediale Öffentlichkeit ist der beschworene dialogische Charakter im Raum zwischen den Kulturen bisher kaum präsent.

Es zeigt sich also, daß die Notwendigkeit einer wechselseitigen Auseinandersetzung unter anderem im politischen Diskurs im Grunde erkannt wird. Zum Erreichen einer wahrhaften Wechselseitigkeit müssen jedoch weitere Anstrengungen unternommen werden. Die Prämissen, die im politischen Diskurs im Hinblick auf einen interkulturellen Austausch gesetzt werden – dies ist beispielsweise beim Goethe-Institut, das in den Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes fällt, der Fall –, müssen langfristig vom politischen Diskurs auch verarbeitet werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen stärker als bisher in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit integriert werden. Und nicht zuletzt wird es darauf ankommen, Öffentlichkeit insgesamt als dialogischen Raum zu begreifen, der staatlich und kulturell nicht an ein bestimmtes Territorium oder an eine bestimmte Gesellschaft gebunden ist, sondern alle Dimensionen des globalen Gefüges umfaßt.

9.2 Perspektiven der Auseinandersetzung in der deutschen Migrationsgesellschaft

Die Perspektiven der deutschen Migrationsgesellschaft sind – dies hat die Analyse gezeigt – sehr komplex und heterogen. Das grundsätzliche Identifikationsprinzip der deutschen Nation, das politische Teilhabe an kulturelle Zugehörigkeit knüpft, prägt die Möglichkeiten der Integration von Zuwanderern entscheidend. Die früheren Konzeptionen der CDU/CSU-FPD-Bundesregierung knüpften an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft hohe Anforderungen, vor allem was den zeitlichen Ablauf dieser als strukturell zu bezeichnenden Integrationsform angeht. Politische Teilhabe sollte diesem Konzept zufolge durch eine längere Frist der Nicht-Teilhabe und der Eingliederung in bestehende Verhältnisse erworben werden. Integration umfaßte also ein Moment der Desintegration, die erst zu durchlaufen sein sollte.

Auf der kulturellen Ebene wurde die deutsche Gesellschaft von der ehemaligen Bundesregierung relativ homogen definiert, so daß kulturelle Integration seitens der Zuwanderer hauptsächlich auf eine Anpassungsleistung an ein bestehendes System hinauslaufen sollte. Die FDP brachte zwar auch die Idee einer wechselseitigen Auseinandersetzung in den politischen Diskurs ein, doch wurde diese Wechselseitigkeit nicht als grundsätzliche Offenheit der Migrationsgesellschaft kon-

zipiert. Vielmehr wurde die Definitionsmacht für den Rahmen der wechselseitigen Auseinandersetzung eindeutig bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft gesetzt.

Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 konnten SPD und Bündnis 90/Die Grünen schließlich den politischen Diskurs teilweise umgestalten. Die Modifizierung des Staatsangehörigkeitsrechts, die 1999 in Kraft getreten ist, führt zu einer Erleichterung der Integration von Migranten auf der politischen Ebene und ermöglicht es vor allem ausländischen Jugendlichen, sich eher in der Migrationsgesellschaft zu verorten.

Diese Veränderung der politischen Vorzeichen kann jedoch nur als Anfangspunkt einer längerfristigen Entwicklung gedeutet werden, an deren Ende möglicherweise die Etablierung einer Migrationsgesellschaft steht, die tatsächlich zu wechselseitiger Auseinandersetzung und Anerkennung fähig ist. Fast vier Jahrzehnte lang wurde die Tatsache der Zuwanderung nach Deutschland weder im politischen Diskurs noch auf der gesellschaftlichen Ebene wirklich verarbeitet, so daß die Änderung der politischen Vorzeichen aller Wahrscheinlichkeit eine längere Zeitspanne benötigen wird, bis sich die gesamtgesellschaftliche Perspektive gegenüber Migranten verändert. Deutliches Zeichen dafür sind die Aktionen von CDU und CSU gegen die Gesetzesänderung und die damit verbundenen Reaktionen seitens der deutschen Bevölkerung, die erkennen ließen, wie tiefverwurzelt eine Abwehrhaltung gegenüber Migration ist.

Es stellt sich daher die Frage, welche weiterreichenden Maßnahmen beziehungsweise welcher Wandel in der politischen Perspektive noch notwendig sind, um Migration als gesellschaftliche Tatsache, mit der aktiv umgegangen werden kann, in der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts erleichtert zwar eine politische Eingliederung von Zuwanderern, doch beinhaltet die politische Dimension von Migration und ihren Auswirkungen weitere Aspekte. Ein grundsätzliches Problem, das bereits im theoretischen Teil der Arbeit angesprochen wurde, ist sicherlich die Tatsache, daß Identifikation in Deutschland tendenziell über die Ebene der Kultur erfolgt, so daß einer formalen politischen Integration auf der Grundlage einer Einbürgerung immer noch ein Prinzip kultureller Abgrenzung gegenüber steht, das die partielle Integration teilweise wieder nivelliert.¹⁷⁶¹ Auf die Möglichkeiten einer Förderung kultureller Auseinandersetzung wird am Ende des Abschnitts noch einzugehen. Zunächst sollen jedoch die eher politischen Aspekte weiter verfolgt werden.

Einen Grund für die Ängste innerhalb der deutschen Bevölkerung gegenüber einer erleichterten Einbürgerung von Zuwanderern bildet sicherlich die Tatsache, daß Migranten durch praktische politische Teilhabe längerfristig zu einem Wandel der politischen Verhältnisse beitragen

¹⁷⁶¹ vergl. 2.2.2.2

können. Eingebürgerte Zuwanderer sind zwar formal gesehen Deutsche, so wie die ursprünglichen Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft auch, doch im Hinblick auf die kulturelle Dimension der Identifikation innerhalb der deutschen Gesellschaft werden sie – zumindest zunächst – eben nicht automatisch als Zugehörige mit ähnlichen Interessenlagen anerkannt. Vergewagt man sich, daß die demographische Entwicklung einen langfristigen Anstieg der „ausländischen“ Bevölkerung auf bis zu 50 Prozent in manchen Städten nahelegt, so wird augenscheinlich, daß politische Beteiligung dazu führen kann, daß zumindest auf einer kommunalen Ebene politische Umbewertungen stattfinden werden, sofern Migranten von der Möglichkeit der Einbürgerung Gebrauch machen. Aber auch auf den Ebenen, auf denen Zuwanderer mittel- und langfristig zahlenmäßig in der Minderheit bleiben werden, stellt sich die Frage, wie die politischen Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit(en) so gestaltet werden können, daß alle Angehörigen des Staatswesens, seien sie nun formal-politisch integriert oder nicht, ihr Lebensritorium als Identifikationsraum erfahren können.

Fetscher geht beispielsweise davon aus, daß in einer Demokratie Mehrheitsentscheidungen nicht verabsolutiert werden dürften. Sie müßten von Minderheiten zwar toleriert werden, doch dürfe es keinen Zustimmungszwang geben. Als Beispiele für eine solche Verfahrensweise nennt Fetscher die „dissenting votes“ überstimmter Richter des amerikanischen Supreme Courts, Minderheitsvoten der Richter am Bundesverfassungsgericht oder auch Erklärungen von Abgeordneten, die bei wichtigen Fragen von der Parlamentsmehrheit überstimmt werden.¹⁷⁶² Die Perspektiven und Bedürfnisse von Minderheiten werden also insofern im politischen Geschehen berücksichtigt, als sie zu einem Teil des politischen Diskurses allein durch die Tatsache der Möglichkeit der Artikulation werden. Damit haben Minderheiten im Prinzip die Chance, indem sie ihre Interessen vertreten, das Meinungsklima langfristig zu beeinflussen, auch wenn ihre Ideen in einem aktuellen Kontext nicht durchsetzbar sind.

Vor diesem Hintergrund wird Toleranz zu einem Attribut, das Machtpositionen in gewisser Weise relativiert:

„Toleranz verlangt ... nicht nur das prinzipielle Geltenlassen der anderen - etwa der Minderheitspartei(en) durch die Mehrheitspartei(en) - sondern auch die Billigung von Regeln, die zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse führen können. Diese Regeln müssen so beschaffen sein, daß sie keine der Parteien auf Dauer benachteiligen. Inhaber von Mehrheitspositionen müssen - auch wenn sie das ungern tun - bereit sein, ihre Position aufs Spiel zu setzen, den Sieg der Gegenpartei(en) zu akzeptieren.“¹⁷⁶³

Hier wird eine Offenheit des politischen Diskurses propagiert, die sich nicht nur auf Toleranz an sich gründet, sondern im Prinzip an den Grundsatz der Demokratie gebunden ist. Man muß sich

¹⁷⁶² vergl. Fetscher (1990): 78f

¹⁷⁶³ Fetscher (1990): 87

also fragen, warum aus Sicht der Zuwanderer eine solche Toleranz bisweilen nicht empfunden wird. Außerdem stellt sich die Frage, warum die deutsche Mehrheitsgesellschaft relativ empfindlich reagiert, wenn es darum geht, Minderheiten an bereits etablierten demokratischen Prinzipien in vollem Umfang teilhaben zu lassen.

Taylor entwickelt vor dem Hintergrund kulturell heterogen zusammengesetzter Gesellschaften folgende grundsätzliche Perspektiven für ein Prinzip des Liberalismus:

„Wir alle hegen bestimmte Ansichten von den Zielen und Zwecken des Lebens, davon, wie das gute Leben beschaffen ist, nach dem wir und die anderen streben sollten. Aber wir kennen unabhängig davon, wie wir unsere Ziele und Zwecke bestimmen, auch ein Engagement für einen fairen und gleichberechtigten Umgang miteinander. Dieses Engagement könnte man ‚prozedural‘ nennen, während das Engagement für bestimmte Lebensziele ‚substantiell‘ ist.“¹⁷⁶⁴

Liberal sei eine Gesellschaft dann, wenn sie sich nicht auf bestimmte substantielle Bestimmungen des Lebens festlege. Das prozedurale Engagement gebiete es dabei, allen Menschen mit gleichem Respekt zu begegnen. Diesem Liberalismus liegt die Annahme zugrunde, daß menschliche Würde vor allem aus der Autonomie resultiert, die eigene Vorstellung vom „guten Leben“ zu verwirklichen.¹⁷⁶⁵

Hier stellt sich natürlich die Frage, wie eine kulturell heterogene Gesellschaft mit diesem Prinzip der Selbstverwirklichung umgehen kann, wenn verschiedene Lebensentwürfe Gegensätze hervorbringen, die den Bestand der Gesamtgesellschaft gefährden. Auch Taylor ist sich dieser Problematik bewußt, wenn er speziell die Situation von Minderheiten betrachtet:

„Die Herausforderung besteht darin, daß wir uns mit ihrem Gefühl von Marginalisierung auseinandersetzen müssen, ohne unsere politischen Grundprinzipien nachhaltig aufs Spiel zu setzen.“¹⁷⁶⁶

Die Berufung auf bestimmte politische Grundprinzipien erinnert an die in Deutschland vertretene Position der FDP, die ja eine partielle kulturelle Auseinandersetzung im Rahmen der bereits gegebenen politischen Strukturen befürwortet.

Dabei muß man jedoch fragen, ob ein solcher Rahmen von Zuwanderern als ausreichend empfunden werden kann. Im Hinblick auf das von Fetscher entwickelte Toleranzprinzip wurde deutlich, daß politische Beteiligung von Migranten durchaus dazu führen kann, daß sich die politischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft langfristig verändern. Damit hätten Minderheiten zumindest grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Vorstellungen vom „guten Leben“ im öffentlichen und politischen Raum zu verwirklichen.

Diese Perspektive wäre im Sinne Taylors die Durchsetzung von substantiellen Ideen. Betrachtet man jedoch die Möglichkeiten kulturell heterogener Gesellschaften jenseits dieser Macht

¹⁷⁶⁴ Taylor (1992): 49

¹⁷⁶⁵ vergl. Taylor (1992): 49f

¹⁷⁶⁶ Taylor (1992): 58

perspektive, die die Durchsetzung von Lebensentwürfen immer impliziert, ist zu fragen, wie auf einer prozeduralen Ebene eine gleichberechtigte Auseinandersetzung auf der Grundlage des Prinzips der Anerkennung verwirklicht werden kann. Taylor stellt die Forderungen auf,

„daß wir den Kulturen die Möglichkeit einräumen sollen, sich innerhalb vernünftiger Grenzen selbst zu behaupten ... [und] daß wir alle die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Kulturen erkennen sollen; daß wir sie nicht nur leben lassen, sondern auch ihren *Wert* anerkennen sollen“.¹⁷⁶⁷

Der Bezug auf die Anerkennung kultureller Werte beinhaltet generell die Möglichkeit der Widersprüchlichkeit. Grundsätzlich ist es sicherlich möglich, jegliche Normen und Werte, die von Angehörigen einer Kultur vertreten werden, zu respektieren. Doch wenn diese sich gegen die Prinzipien der Mehrheitsgesellschaft richten, müßte wieder abgewogen werden, welcher Ebene eine Priorität eingeräumt wird.

Diese grundsätzliche Differenzperspektive sollte jedoch nicht als letztendlich begriffen werden. Respekt gegenüber anderen Kulturen kann sicherlich nicht einen totalen kulturellen Relativismus zur Folge haben, da eine als absolut gesetzte Beliebigkeit allgemeinere (politische) Strukturen, die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit eines Staatswesens notwendig erscheinen, untergraben würden. Geht man jedoch davon aus, daß alleine die Anerkennung verschiedener Kulturen zu einer längerfristigen, wechselseitigen Modifizierung der unterschiedlichen, kulturell geprägten Vorstellungen vom „guten Leben“ führen kann, wird deutlich, daß Gegensätze sich im Zuge einer gleichberechtigten Auseinandersetzung relativieren können, so daß sich ein Wandel der Gesamtgesellschaft schrittweise vollziehen kann.

Inglehart beschreibt die Beziehungen zwischen Kultur, Migration und Wandel allgemein wie folgt:

„Bevölkerungsgruppen, die eher traditionell denken und leicht zu verunsichern sind, fürchten nun, daß ihre grundlegenden Werte und Lebensformen untergraben werden könnten. Diese Phänomene sind alarmierend und dürfen nicht unterschätzt werden, aber sie müssen nicht unbedingt auf künftige Entwicklungen vorausdeuten. Vielmehr drückt sich darin eine Reaktion auf Veränderungen aus, die sich schneller vollziehen, als die Gesellschaften sie bewältigen können. ... Warum verändern sich Kulturen? Jede Kultur stellt eine Strategie dar, wie sich ein Volk an Veränderungen anpaßt. Langfristig reagieren Kulturen auf wirtschaftliche, technologische und politische Prozesse. Nicht jede Gesellschaft stellt sich effektiv auf eine aktuelle Herausforderung ein; auf Dauer jedoch werden nur die Gesellschaften eine blühende Zukunft erleben, die Herausforderungen bewältigen, und nur sie werden ein Vorbild für andere Gesellschaften sein können.“¹⁷⁶⁸

Wandel ist also ein grundsätzliches Phänomen gesellschaftlicher Entwicklung, doch scheinen die Angehörigen der jeweiligen Gesellschaften nicht automatisch in der Lage zu sein, die Anforderungen, die sich wandelnde gesellschaftliche Zusammenhänge mit sich bringen, adäquat zu verarbeiten.

¹⁷⁶⁷ Taylor (1992): 59, Hervorheb. im Original

¹⁷⁶⁸ Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/New York 1989: 20f

Realer Wandel vollzieht sich also in gewisser Weise abgekoppelt von den gesellschaftlichen Bezügen, die durch die Mitglieder einer Gesellschaft aktiv zu ihrer Lebenswelt hergestellt werden:

„Die in den einzelnen Gesellschaften vorherrschenden Weltanschauungen können sich verändern. Sie verändern sich aber nur langsam, überwiegend auf dem Wege des Generationenwechsels in der Bevölkerung. Diese dem kulturellen Wandel inhärente Verzögerung kann gefährlich werden, denn sie führt dazu, daß die Wertvorstellungen und Handlungsvoraussetzungen der Eliten und der breiten Bevölkerung auf einer längst vergangenen Wirklichkeit basieren. Vieles deutet darauf hin, daß gegenwärtig genau diese Situation besteht.“¹⁷⁶⁹

Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit von Migrationsgesellschaften stellt sich also die Frage, wie die tendenzielle Trägheit im Umgang mit gesellschaftlichem Wandel überwunden werden kann.

Bei der Betrachtung des politischen Diskurses, der in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Frage der Migration geführt wird, hat sich bereits gezeigt, daß das Bildungswesen sicherlich eine bedeutende – wenn auch nicht die einzig wichtige – Rolle bei der Entwicklung von Kompetenz zur kulturellen Auseinandersetzung spielt. Deshalb sollen im folgenden einige Ansätze, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, näher betrachtet werden.

Niekrawitz definiert gesellschaftliche Situationen, die durch Migrationsprozesse geprägt sind, als „multikulturell“. Eine Pädagogik, die diesen Rahmenbedingungen Rechnung trägt, bezeichnet er als „interkulturell“.¹⁷⁷⁰ Interkulturelles Lernen beinhaltet demzufolge zunächst ein Verstehen der Wahrnehmung, des Denkens und des Wertens der Angehörigen fremder Kulturen. Auf der Basis dieses Verstehens kann eine Reflexion des eigenen kulturellen Orientierungssystems stattfinden.¹⁷⁷¹ Die Barrieren, die einem solchen Prozeß der Auseinandersetzung entgegenstehen, sind jedoch nicht zu unterschätzen. So beschreibt Hamburger, daß eine multinationale Jugendarbeit häufig alleine aufgrund eines verfestigten Orientierungsrahmens deutscher Jugendlicher scheitert. Unter einer internationalen Jugendarbeit verstünden deutsche Jugendliche häufig eine Pädagogik, die sich an andere, verschiedene Nationalitäten, nicht aber an sie selbst richtet.¹⁷⁷²

Es zeigt sich also, daß eine interkulturelle Pädagogik vor allem im Schulsystem eine grundsätzliche Basisarbeit zu leisten hätte, um überhaupt Ansatzpunkte für eine interkulturelle Auseinandersetzung zu eröffnen. Aus diesem Grund wird von einigen Wissenschaftlern interkulturelle Erziehung auch als Frage allgemeiner Bildung aufgefaßt, wobei interkulturelle Spielräume aus einem Bereich des allgemeinen Menschlichen entwickelt werden sollen.¹⁷⁷³ Eine Erziehung zur Empathie könnte die Relativität eigener Bezugspunkte und Orientierungssysteme deutlich machen und somit ein Aufeinanderzugehen ermöglichen.¹⁷⁷⁴ Es geht also zunächst einmal um die

¹⁷⁶⁹ Inglehart (1989): 489

¹⁷⁷⁰ vergl. Niekrawitz (1990): 32

¹⁷⁷¹ vergl. Auernheimer (1990): 83

¹⁷⁷² vergl. Hamburger (1994): 29f

¹⁷⁷³ vergl. Niekrawitz (1990): 39f

¹⁷⁷⁴ vergl. Niekrawitz (1990): 43

Entwicklung allgemeiner Fähigkeiten jenseits spezifischer kultureller Identifikationen. Auf der Grundlage einer allgemeinen Empathiefähigkeit könnte Identität dann – wie von Hamburger gefordert – als Wechselspiel zwischen Übereinstimmung und Differenz betrachtet werden und sich sowohl auf individuelle Besonderheiten als auch auf Gemeinsamkeiten beziehen.¹⁷⁷⁵

Gebauer, Taureck und Ziegler entwerfen beispielsweise das Bild einer kulturintegrativen Gesellschaft, die auf diese Weise Identität verwirklicht:

„Eine kulturintegrative Gesellschaft wäre ... eine Gesellschaft, die unter Voraussetzung gemeinsamer politischer Institutionen für alle Mitglieder soziale Symbolteilhabe zwischen verschiedenen kulturellen Gesellschaftsmitgliedern klärt, ausdifferenziert und unter Umständen ständig erweitert.“¹⁷⁷⁶

Das Prinzip der Kulturintegration basiert hier auf formalen, politischen Gemeinsamkeiten sowie auf einem Prozeß der Auseinandersetzung im Hinblick auf kulturelle Differenz.

Die Verwirklichung dieses Prinzips hängt davon ab, daß alle Mitglieder der Gesellschaft gemeinsame politische Institutionen akzeptieren sowie gleiche Rechte und Pflichten für alle. Die Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder – beziehungsweise bestenfalls alle – betreibt eine stetige Klärung, Ausdifferenzierung und Erweiterung sozialer Symbolteilhabe. Die Gesellschaftsmitglieder müssen sich selbst als Teil eines kulturellen Prozesses begreifen und aktiv eine wechselhafte Durchdringung der verschiedenen Kulturen fördern.¹⁷⁷⁷

Für eine interkulturelle Pädagogik bedeutet dies, daß sie die verschiedenen Möglichkeiten sozialer und kultureller Symbolteilhabe, die aus der Koexistenz verschiedener Kulturen resultieren, wertfrei vermittelt. Der Vorteil einer solchen Sachlichkeit liegt sicherlich darin, daß faktische Differenz jenseits von Vorurteilen wahrgenommen und akzeptiert werden kann.¹⁷⁷⁸

Die Tatsache, daß eine konsistente Umgehensweise mit kultureller Differenz nicht nur denkbar, sondern auch pädagogisch umsetzbar ist, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ebene der Sozialisation und der Erziehung nur einen kleinen Ausschnitt aus dem komplexen Gefüge der Migrationsgesellschaft mit allen ihren Inkonsistenzen darstellt. So warnt Czock davor, daß eine spezielle Ausländerpädagogik auch dazu beiträgt, allgemeine politische Probleme in Fragen der Bildungspolitik zu transformieren.¹⁷⁷⁹ Und Hamburger fordert, daß Pädagogik sich nicht auf den Bereich der Erziehung beschränken lassen dürfe, sondern auf eine Veränderung der gesamten Systembedingungen abzielen müsse.¹⁷⁸⁰

¹⁷⁷⁵ vergl. Hamburger (1994): 106

¹⁷⁷⁶ Gebauer, Guido F. / Taureck, Bernhard H.F. / Ziegler, Thomas (1993): Ausländerfeindschaft ist Zukunftsfeindschaft. Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft, Frankfurt 1993: 111f

¹⁷⁷⁷ vergl. Gebauer / Taureck / Ziegler (1993): 115f

¹⁷⁷⁸ vergl. Gebauer / Taureck / Ziegler (1993): 127

¹⁷⁷⁹ vergl. Czock (1990): 29

¹⁷⁸⁰ vergl. Hamburger (1994): 119

Welche Perspektiven bestehen für ein wechselseitiges Erkennen und Anerkennen zwischen westlichen und islamischen Kulturen unter den Vorzeichen von Globalisierung und Migration? Die vorläufige Antwort auf die Leitfrage dieser Arbeit weist in zwei entgegengesetzte Richtungen. Geht man vom gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen den Kulturen aus, so sind weitere Konfrontationsszenarien zumindest als Zwischenstadien zu erwarten.

Die Analyse hat jedoch sehr deutlich gezeigt, daß kulturelle Differenz kein Konfrontationsfaktor an sich sein muß. Vielmehr kommt es darauf an, welcher Stellenwert dem Aspekt der Kultur im Rahmen eines umfassenden Identitätsprozesses zugeschrieben wird. Bisher wird Identität im globalen Kontext und in Migrationsgesellschaften hauptsächlich im Rahmen von Abgrenzungsstrategien verwirklicht. Dies gilt nicht nur aus der Sicht westlicher Kulturen, die den Gegenstand dieser Arbeit bilden, sondern auch aus der Perspektive islamischer Kulturen, die auf analoge Prinzipien der Abgrenzung zurückgreifen. Die Analyse hat jedoch auch gezeigt, daß dies nur eine Möglichkeit der Schaffung von Identität ist. Eine konfliktärmere und dauerhaft wirksamere Alternative stellen Prozesse der wechselseitigen Auseinandersetzung dar.

Diese Perspektive wird bisher vor allem im wissenschaftlichen Diskurs aufgegriffen. Auf der politischen Ebene wird sie – hauptsächlich aufgrund der skizzierten Machtstrategien – erst eher am Rande berücksichtigt. Aufgrund der Prozesse von Globalisierung und Migration haben sich in den letzten Jahrzehnten die Beziehungen zwischen den Kulturen und die gesellschaftlichen und politischen Räume, in denen kulturelle Heterogenität zur sozialen Realität wurde, intensiviert beziehungsweise vergrößert. Im günstigsten Fall sind die gegenwärtig noch dominierenden Abgrenzungsstrategien, die sich zwischen verschiedenen Kulturen manifestieren, gewissermaßen ein Auslaufmodell, daß, sobald der Wandel zum interkulturellen Kontext gesellschaftlich nachhaltig verarbeitet wird, durch ein Modell der Auseinandersetzung abgelöst wird.

Ziel dieser Arbeit war es, die grundsätzliche Komplexität gegenwärtiger interkultureller Beziehungen theoretisch darzustellen und zugleich das Verhältnis einzelner Aspekte zueinander sichtbar zu machen. Es ist offensichtlich, daß die bestehenden Konfrontationen zwischen verschiedenen Kulturen keine Frage von Kultur an sich sind. Vielmehr ist es so, daß die Art und Weise, wie innerhalb einer Kultur Identität gestiftet wird und wie geschichtliche Prozesse von Gesellschaften verarbeitet werden sowie Machtstrategien und –möglichkeiten indirekt auch determinieren, welche Wirkungsweisen Kultur und speziell kulturelle Differenz annehmen können.

Die Analyse stellt selbstverständlich nur die Beschränkung auf einen kleinen Teilabschnitt der komplexen globalen Situation dar. Es wurden die Perspektiven westlicher Kulturen und der

deutschen Migrationsgesellschaft untersucht, und dies zudem noch unter der Teilperspektive des Blickwinkels einiger, weniger deutscher Medien. Dennoch konnte auf diese Art und Weise Einblick in bestimmte, grundsätzliche Strukturen gewonnen werden.

Die Aufgabe weiterer Forschungsvorhaben könnte es sein, den westlichen Blickwinkel um die Sichtweise islamischer Kulturen zu ergänzen. Ein wichtiger Punkt, der durch die Analyse deutlich wurde, ist die Tatsache, daß vor allem die islamische Alltagspraxis, wie sie von muslimischen Zuwanderern in Migrationsgesellschaften gestaltet wird, aber auch, wie sie sich in islamischen Ländern selbst entwickelt, im öffentlichen Diskurs kaum präsent ist. Da ein Prozeß des Erkennens und Anerkennens zunächst auf eine Kenntnis derjenigen Aspekte, mit denen eine Auseinandersetzung stattfinden soll, angewiesen ist, sind weitere Untersuchungen auf der Mikroebene wünschenswert. Die Studie von Tertilt über die Turkish Power Boys gibt beispielsweise wichtige Einblicke in die Bezugssysteme und Deutungszusammenhänge türkischer Jugendlicher in Deutschland. Arbeiten dieser Art könnten beispielsweise im Rahmen interkultureller Pädagogik Verwendung finden, um die spezifischen Lebenszusammenhänge der Angehörigen islamischer Kulturen überhaupt sichtbar zu machen. Die Unsichtbarkeit dieser Lebenszusammenhänge ist auch ein Problem der bestehenden Elitediskurse. Auf der Ebene des politischen Diskurses werden Einschätzungen und Entscheidungen auf der Grundlage abstrakter Kategorisierungen getroffen. Diese Kategorisierungen führen wiederum zu Stereotypisierungen und wirken sich damit negativ auf die Möglichkeiten der Verwirklichung individueller Identitäten aus.

Auf der Ebene des medialen Diskurses ist eine Tendenz zur Reproduktion der Themenschwerpunkte, die im politischen Diskurs verbreitet werden, festzustellen. Lediglich in Ansätzen erfolgt hier eine Kritik vorherrschender Deutungen. Die Mechanismen und Zwänge, die zu einer Filterung sozialer Realität durch die Medien beitragen, wurden in Kapitel sechs dargestellt. Ihre Überwindung kann als eher unwahrscheinlich gelten, doch sollte vor allem aus der Perspektive des wissenschaftlichen Diskurses, der ja selbst einen Elitediskurs darstellt, versucht werden, neue Öffentlichkeiten zu schaffen, innerhalb derer sich die Vielfalt sozialer Realität artikulieren kann.

Interkulturelle Auseinandersetzung ist aus einer ethisch-moralischen Perspektive, die auch die Menschenrechte prägt, unabdingbar. Die Vereinten Nationen, die im Prinzip das gesamte globale System umfassen, haben sich prinzipiell einer solchen ethischen Perspektive verschrieben. Ihre konsequente Verwirklichung steht indes noch aus. Die gegenwärtigen Strukturen der internationalen Beziehungen, die bestehenden wechselseitigen Abhängigkeiten sowie die zunehmenden Konfrontationspotentiale führen dazu, daß die Etablierung von Prozessen der Auseinandersetzung und Anerkennung dringlicher denn je ist. Toleranz und Akzeptanz über kulturelle Grenzen und Divergenzen hinweg sind dabei aus der Perspektive einzelner Staaten oder Kulturen nicht als selbstlose Gabe zu sehen. Denn Gaben fördern,

dies wurde im Rahmen der Betrachtung strukturalistischer Ansätze deutlich, immer auch Wechselseitigkeit und haben damit auch für den Gebenden Vorteile. Es liegt im vitalen Eigeninteresse einzelner Staaten, Regierungen oder Politiker, das (Über-)Leben ihrer jeweiligen Bevölkerungen und Kulturen zu sichern. Abgrenzung führt dauerhaft zu Konfrontationen, die wiederum Lebensperspektiven negativ beeinflussen. Auseinandersetzung hingegen erweitert bisherige Lebensräume, da zum einen Selbstbeschränkungen überwunden und zum anderen Konflikte bearbeitet und damit abgebaut werden.

Literatur

- Abdullah, Muhammad Salim (1993): Was will der Islam in Deutschland?, Gütersloh 1993
- Adler, Matthias (1993): Ethnopschoanalyse. Das Unbewußte in Wissenschaft und Kultur, Stuttgart/New York 1993
- Alkazaz, Aziz (1996): Die Beziehungen Bundesrepublik Deutschland – Nahost 1995. Die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Nahen Osten 1995, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1996)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1996, S. 17-18
- Alter, Peter (1985): Nationalismus, Frankfurt 1985
- Amborn, Hermann (1992): Strukturalismus. Theorie und Methode, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 337-365
- Amborn, Hermann (1993) (Hg.): Unbequeme Ethik. Überlegungen zu einer verantwortlichen Ethnologie, Berlin 1993
- amnesty international (1995) (Hg.): Jahresbericht 1995, Frankfurt 1995
- Anderson, Benedict (1983): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt/New York 1988
- Anthias, Floya (1992): Parameter kollektiver Identität: Ethnizität, Nationalismus, Rassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 88-103
- Auernheimer, Georg (1988): Der sogenannte Kulturkonflikt. Orientierungsprobleme ausländischer Jugendlicher, Frankfurt/New York 1988
- Auernheimer, Georg (1990): Einführung in die interkulturelle Erziehung, Darmstadt 1990
- Auernheimer, Georg (1992): Ethnizität und Modernität, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 118-132
- Augé, Marc (1994): Die Sinnkrise der Gegenwart, in: Kuhlmann, Andreas (1994) (Hg.): Philosophische Ansichten der Kultur der Moderne, Frankfurt 1994, S. 33-47
- Ausländerbeiräte Nürnberg, Erlangen, Fürth. Pommerin-Götze, Gabriele/Jehle-Santoso, Bernhard/Bozikake-Leisch, Eleni (1992) (Hg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt 1992
- Axel-Springer-Verlag (1996) (Hg.): Welt am Sonntag – Preisliste Nr. 58, Hamburg 1996
- Aziz, Namo (1992) (Hg.): Fremd in einem kalten Land. Ausländer in Deutschland, Freiburg 1992
- Bachmann-Medick, Doris (1996): Texte zwischen den Kulturen: ein Ausflug in „postkoloniale Landkarten“, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996 S. 60-77
- Bade, Klaus J. (1992) (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992
- Bade, Klaus J. (1993): Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter. Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart, in: Winkler, Beate (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 17-31

- Bade, Klaus J. (1994): Homo Migrans – Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994
- Balibar, Étienne (1992): „Es gibt keinen Staat in Europa“. Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 10-29
- Balke, Friedrich / Habermas, Rebekka / Nanz, Patrizia / Sillem, Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993
- Bathke, Peter (1991): Internationale und regionale Wirkungen des zweiten Golfkrieges, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, André (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 73-91
- Bauman, Zygmunt (1990): Moderne und Ambivalenz, in: Bielefeld, Uli (1991) (Hg.): Das Eigene und das Fremde – Neuer Rassismus in der Alten Welt, Hamburg 1991, S. 23-49
- Bauman, Zygmunt (1991): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992
- Baumgart, Ralf / Eichener, Volker (1991): Norbert Elias zur Einführung, Hamburg 1991
- Bauriedl, Thea (1992): Feindbild „Ausländer“. Zur Psychologie der Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft, in: Aziz, Namoo (1992) (Hg.): Fremd in einem kalten Land. Ausländer in Deutschland, Freiburg 1992, S. 156-170
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1994) (Hg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik 1993, Bonn 1994
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1995) (Hg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik 1995, Bonn 1995
- Bender, Wolfgang (1994): Halbierte Gerechtigkeit – Von der Verdrängung des Fremden aus dem Bewußtsein, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 157-165
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1966): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1994
- Bergler, Reinhold (1997): Sympathie und Kommunikation, in: Piwinger, Manfred (1997) (Hg.): Stimmungen, Skandale, Vorurteile. Formen symbolischer und emotionaler Kommunikation. Wie PR-Praktiker sie verstehen und steuern können, Frankfurt 1997, S. 116-153
- Bergmann, Werner (1994): Sozialpsychologische Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 121-128
- Bertram, Hans (1986) (Hg.): Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie, Frankfurt 1986
- Bertrand, Maurice (1994): Uno. Geschichte und Bilanz, Frankfurt 1995
- Bielefeld, Uli (1991) (Hg.): Das Eigene und das Fremde – Neuer Rassismus in der Alten Welt, Hamburg 1991
- Bielefeldt, Heiner (1993): Die Beheimatung der Menschenrechte in unterschiedlichen Kulturen, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 165-184
- Bielefeldt, Heiner / Deile, Volkmar / Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993

- Binswanger, Karl (1990): Islamischer Fundamentalismus in der Bundesrepublik. Entwicklung - Bestandsaufnahme - Ausblick, in: Nirumand, Bahman (1990) (Hg.): Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 38-54
- Binswanger, Karl / Sipahioglu, Fethi (1988): Türkisch-islamische Vereine als Faktor deutsch-türkischer Koexistenz, München 1988
- Bittner, Günther (1993): „... nach unseren eigenen psychischen Konstellationen zu deuten“ (S. Freud). Psychoanalytisches Verstehen als Scheitern des Eigenen am Fremden, in: Ulrich Streeck (1993) (Hg.): Das Fremde in der Psychoanalyse. Erkundungen über das "Andere" in Seele, Körper und Kultur, München 1993, S. 199-212
- Blok, Anton (1978): Anthropologische Perspektiven. Einführung, Kritik und Plädoyer, Stuttgart 1985
- Boesch, Ernst E. (1980): Kultur und Handlung. Einführung in die Kulturpsychologie, Bern/Stuttgart/Wien 1980
- Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994
- Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996
- Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996): Zur Einführung, in: dies. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 7-24
- Bohrer, Karl Heinz / Scheel, Kurt (1995): Unterschiede. Über Kulturkämpfe, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 9/10, Sept./Okt. 1995, Nr. 558/559, München 1995
- Bonny Duala-M'bedy, Leopold-Joseph (1994): Xenologie. Sinn und Zweck einer Lehre vom Fremden, in: Egner, Helga (1994) (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination, Düsseldorf, S. 28-49
- Booth, Wayne C. (1992): Individualismus und das Rätsel des sozialen Ichs oder Hat Amnesty ein Standbein?, in: Johnson, Barbara (1993) (Hg.): Freiheit und Interpretation. Amnesty International-Vorlesungen 1992, Frankfurt 1994, S. 76-107
- Bornschiefer, Volker / Trezzini, Bruno (1996): Jenseits von Dependencia- versus Modernisierungstheorie: Differenzierungsprozesse in der Weltgesellschaft und ihre Erklärung, in: Müller, Hans-Peter (1996) (Hg.): Weltsystem und kulturelles Erbe. Gliederung und Dynamik der Entwicklungsländer aus ethnologischer und soziologischer Sicht, Berlin 1996, S. 53-79
- Bosse, Hans (1994): Der fremde Mann. Jugend, Männlichkeit, Macht – Eine Ethnoanalyse (unter Mitarbeit von Werner Knauss), Frankfurt 1994
- Bourdieu, Pierre (1980): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt 1987
- Bourdieu, Pierre (1982): Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen, in: ders. (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992, S. 81-86
- Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992
- Brednich, Rolf W. (1988) (Hg.): Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie, Berlin 1994, 2. Überarb. u. erw. Aufl.
- Breuer, Rita (1998): Familienleben im Islam. Traditionen – Konflikte – Vorurteile, Freiburg 1998
- Brock, Lothar (1994): Eine Welt - von der Hoffnung zum Alptraum. Über die Vergeblichkeit weltbürgerlicher Absichten, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Anderssein, ein Menschenrecht. Über die Vereinbarkeit universaler Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt, Weinheim 1995, S. 21-36
- Brumlik, Micha (1973): Der symbolische Interaktionismus und seine pädagogische Bedeutung. Versuch einer systematischen Rekonstruktion, Frankfurt 1973
- Brumlik, Micha (1984): Fremdheit und Konflikt. Programmatheoretische Überlegungen zu einer Kritik der verstehenden Vernunft in der Sozialpädagogik, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 21-31

- Brumlik, Micha (1991): Weltrisiko Naher Osten. Moralische und politische Perspektiven in einem Konflikt ohne Ende, Hamburg 1991
- Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt 1997
- Bude, Heinz (1995): Kultur als Problem, in: Bohrer, Karl Heinz / Scheel, Kurt (1995): Unterschiede. Über Kulturkämpfe, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 9/10, Sept./Okt. 1995, Nr. 558/559, München 1995, S. 775-782
- Bukow, Wolf-Dietrich (1992): Ethnisierung und nationale Identität, in: Institut für Migrations- und Rassismuskforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992, S. 133-146
- Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1988): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen 1988
- Bundesministerium des Innern (1997a) (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997
- Bundesministerium des Innern (1997b) (Hg.): Aufzeichnung zur Ausländerpolitik und zum Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997
- Bundeszentrale für politische Bildung (1992) (Hg.): Ausländer, Informationen zur politischen Bildung 237, Bonn 1992
- Bundeszentrale für politische Bildung (1995) (Hg.): Internationale Beziehungen II. Frieden und Sicherheit in den 90er Jahren, Informationen zur politischen Bildung Nr. 246, Bonn 1995
- Bündnis 90 / Die Grünen (1996) (Hg.): Warum das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert werden muß, Bonn 1996
- Bündnis 90 / Die Grünen (1997a) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Das Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren, Bonn 1997, o. Seitenzahlen
- Bündnis 90 / Die Grünen (1997b) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Einwanderung und Niederlassung von Ausländern human gestalten, Bonn 1997, o. Seitenzahlen
- Bündnis 90 / Die Grünen (1997c) (Hg.): integrieren statt ausgrenzen. Diskriminierung und Rassismus abbauen, Bonn 1997, o. Seitenzahlen
- Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998
- Busch, Hans-Joachim (1984): Interaktion, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 267-270
- CDU (1993) (Hg.): Entschließung des Bundesfachausschusses der Innenpolitik der CDU Deutschlands zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz vom 15. September 1993, o. Ort u. Seitenzahlen
- CDU (1995) (Hg.): Rede von Bundesinnenminister Manfred Kanther im Deutschen Bundestag zum Thema „Staatsangehörigkeit“ am 9.2.1995 in Bonn, Bonn 1995, o. Seitenzahlen
- CDU (1998) (Hg.): Zukunftsprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1998
- CDU (o. J.) (Hg.): Ausländerpolitik, o. Ort u. Seitenzahlen
- CDU / CSU (o. J.) (Hg.): Wahlplattform 1998-2002, Bonn/München o. J.
- Claessens, Dieter (1967): Enkulturation: Konditionierung der „kulturellen“ Rolle und Einführung in die „soziale“ Rolle, in: König, René/Schmalfuß, Axel (1972) (Hg.): Kulturanthropologie, Düsseldorf und Wien 1972, S. 156-176
- Claessens, Dieter (1968): Rolle und Macht, München 1968
- Cohn-Bendit, Daniel / Schmid, Thomas (1992): Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1993

- Colby, Ann / Kohlberg, Lawrence (1978): Das moralische Urteil. Der kognitionszentrierte entwicklungspsychologische Ansatz, in: Bertram, Hans (1986) (Hg.): Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie, Frankfurt 1986, S. 130-162
- CSU (1993) (Hg.): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, München 1993
- Czempiel, Ernst-Otto (1991): Was können die Vereinten Nationen leisten?, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 269-273
- Czempiel, Ernst-Otto (1994): Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Mißverständnisse, München 1994
- Czock, Heidrun (1990): Der Fall Ausländerpädagogik. Erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Codierung der Arbeitsmigration, Frankfurt 1993
- De Levita, David J. (1976): Der Begriff der Identität, Frankfurt 1976, 2. Aufl.
- Demirovic, Alex (1991): Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt ‚Rassismus‘ in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (1992) (Hg.): Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 13-36
- Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1990)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1990
- Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1993
- Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1995)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1994. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1995
- Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1996)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1996
- Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997
- Devereux, Georges (1967): Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften, München 1973
- Devereux, Georges (1972): Ethnopschoanalyse, Frankfurt 1978
- Diallo, Tirmiziou (1993): Erfahrung mit Ausgrenzung und Integration, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 67-74
- Diner, Dan (1993): Nationalstaat und Migration. Zu Begriff und Geschichte, in: Balke, Friedrich/Habermas, Rebekka/Nanz, Patrizia/Sillem, Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S. 21-40
- Dirven, René (1990): Metapher und Ideologie, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (1992) : Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 75-87
- Dracklé, Dorle / Kokot, Waltraud (1996) (Hg.): Ethnologie Europas. Grenzen, Konflikte, Identitäten, Berlin 1996
- Dracklé, Dorle / Kokot, Waltraud (1996): Neue Feldforschungen in Europa. Grenzen, Konflikte, Identitäten, in: dies. (1996) (Hg.): Ethnologie Europas. Grenzen, Konflikte, Identitäten, Berlin 1996, S. 3-20
- Driessen, Henk (1996): What Am I Doing Here?. The anthropologist, the mole, and border ethnography, in: Kokot, Waltraud / Dracklé, Dorle (1996) (Hg.): Ethnologie Europas. Grenzen, Konflikte, Identitäten, Berlin 1996, S. 287-298
- Duerr, Hans Peter (1987) (Hg.): Die Wilde Seele. Zur Ethnopschoanalyse von Georges Devereux, Frankfurt 1987
- Durkheim, Emile (1950): Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Frankfurt 1991

- Egner, Helga (1994) (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination, Düsseldorf 1994
- Eissler, Kurt R. (1991): Ich-Stärke und Leben in geschichtlichen Zusammenhängen, in: Ethnopsychanalyse Band 2 (1991): Herrschaft, Anpassung, Widerstand, Frankfurt 1991, S. 96-122
- Ekin, Akif / Singler, Axel (1997): Nachbar Türkei. Wo sich Europa und Asien verbinden, Frankfurt 1997
- Elias, Adel S. (1998): „Denken ist nützlicher als beten“, in: Spiegel-Verlag (1998) (Hg.): Rätsel Islam. Weltmacht hinterm Schleier, Spiegel special Nr. 1/1998, Hamburg 1998, S. 20-21
- Elias, Norbert (1939a): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt 1992, 17. Aufl.
- Elias, Norbert (1939b): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band. Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt 1977, 3. Aufl.
- Elias, Norbert (1970): Was ist Soziologie?, Weinheim/München 1986, 5. Aufl.
- Elias, Norbert (1983): Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I, Frankfurt 1987
- Elias, Norbert (1984): Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie II, Frankfurt 1984
- Elias, Norbert (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt 1985
- Elias, Norbert (1989): Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1989
- Elias, Norbert / Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt 1990
- Engel, Uwe / Osterrath, Eckhart (1987): Sozialisatorische Interaktion und Erwachsenensozialisation, in: Griese, Hartmut M. (1987) (Hg.): Sozialisation im Erwachsenenalter. Ein Reader zur Einführung in ihre theoretischen und empirischen Grundlagen, Weinheim und Basel 1987, S. 179-197
- Erdheim, Mario (1985): Die Repräsentanz des Fremden, in: ders. (1994): Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 237-251
- Erdheim, Mario (1992): Fremdeln. Kulturelle Unverträglichkeit und Anziehung, in: Kursbuch 107, Reinbek 1992, S. 19-32
- Erdheim, Mario (1993): Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 163-182
- Erdheim, Mario (1994): Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur, Frankfurt 1994, 3. Aufl.,
- Erdheim, Mario/Nadig, Maya (1987): Wissenschaft, Unbewußtheit und Herrschaft, in: Duerr, Hans Peter (1987) (Hg.): Die Wilde Seele. Zur Ethnopsychanalyse von Georges Devereux, Frankfurt 1987, S. 163-176
- Erikson, Erik H. (1946): Ich-Entwicklung und geschichtlicher Wandel, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, S. 11-54, Frankfurt 1973
- Erikson, Erik H. (1950): Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1973, S. 55-122
- Erikson, Erik H. (1951, 1963): Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart 1968, 3. Aufl.
- Erikson, Erik H. (1956): Das Problem der Ich-Identität, in: ders. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1994, 14. Aufl., S. 123-212
- Erikson, Erik H. (1959): Identität und Entwurzelung in unserer Zeit, in: ders. (1964): Einsicht und Verantwortung. Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse, Frankfurt 1992, S. 74-99

- Erikson, Erik H. (1961): Die psychologische Realität und die historische Aktualität, in: ders. (1964): *Einsicht und Verantwortung. Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse*, Frankfurt 1992, S. 146-197
- Erikson, Erik H. (1964): *Einsicht und Verantwortung. Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse*, Frankfurt 1992
- Erikson, Erik H. (1973): *Identität und Lebenszyklus*, Frankfurt 1973
- Erikson, Erik H. (1977): *Lebensgeschichte und historischer Augenblick*, Frankfurt 1977
- Erikson, Erik H. (1982): *Der vollständige Lebenszyklus*, Frankfurt 1988
- Erpenbeck, John (1996): *Interkulturalität, sozialer und individueller Wertewandel*, S. in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): *Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften*, Nr. 1996/1, Hamburg 1996 99-118
- Esser, Hartmut (1996): *Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital*, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): *Die bedrängte Toleranz*, Frankfurt 1996, S. 64-99
- Ethnopschoanalyse Band 2 (1991): *Herrschaft, Anpassung, Widerstand*, Frankfurt 1991
- Ethnopschoanalyse Band 3 (1993): *Körper, Krankheit und Kultur*, Frankfurt 1993
- F.D.P. (1996) (Hg.): *Einwanderung kontrollieren – Eingliederung und Einbürgerung erleichtern. Beschluß des 47. ordentlichen Bundesparteitags der F.D.P., Karlsruhe, 7./9. Juni 1996, o. Ort 1996*
- F.D.P. (1997a) (Hg.): *Gesetz über die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland – F.D.P.-Entwurf, Begründung*, Bonn 1997
- F.D.P. (1997b) (Hg.): *Wiesbadener Grundsätze – Für eine liberale Bürgergesellschaft*, o. Ort 1997
- F.D.P. (1997c) (Hg.): *Einwanderung kontrollieren – Eingliederung und Einbürgerung erleichtern. Leitlinien des F.D.P.-Gesetzesentwurfes zur Regulierung der Zuwanderung*, Bonn 1997
- F.D.P. (1998) (Hg.): *F.D.P.-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998*, Bonn 1998
- Faath, Sigrid (1990): *Islamistische Bewegungen im Maghreb 1979-1989*, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1990)(Hg.): *Nahost Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten*, Opladen 1990, S. 191-196
- Faath, Sigrid (1993): *Algerien*, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): *Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten*, Opladen 1993, S. 55-61
- Faath, Sigrid (1994): *Algerien*, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): *Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika*, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 47-63
- Faath, Sigrid (1995): *Algerien*, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1995)(Hg.): *Nahost Jahrbuch 1994. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten*, Opladen 1995, S. 55-61
- Faath, Sigrid (1996): *Algerien*, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1996)(Hg.): *Nahost Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten*, Opladen 1996, S. 55-61
- Faath, Sigrid (1997): *Algerien 1996*, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): *Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten*, Opladen 1997, S. 55-61

- Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (1994) (Hg.): Information zum Ausländerrecht und zum Ausländerextremismus, Köln 1994
- Fanon, Frantz (1959): Aspekte der Algerischen Revolution, Frankfurt 1969
- Farouk-Sluglett, Marion / Sluglett, Peter (1987): Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt 1991
- Fetscher, Iring (1990): Toleranz. Von der Unentbehrlichkeit einer kleinen Tugend für die Demokratie, Stuttgart 1990
- Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl.
- Fischer, Hans (1992): Was ist Ethnologie?, in: ders. (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 3-22
- Fischer-Barnicol, Hans A. (1980): Die Islamische Revolution. Die Krise einer religiösen Kultur als politisches Problem, Stuttgart 1980
- Franz, Erhard (1997b): Eine neue islamische Außenpolitik der Türkei?, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 203-208
- Frei, Daniel (1985): Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S. 19-30
- Freud, Sigmund (1912/13): Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, in: ders. (1974): Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt 1974, S. 287-444
- Freud, Sigmund (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ders. (1974): Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt 1974, S. 61-134
- Freud, Sigmund (1974): Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt 1974
- Frevert, Ute (1991): Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991
- Fromm, Erich (1990): Die Entdeckung des gesellschaftlichen Unbewußten. Zur Neubestimmung der Psychoanalyse, Schriften aus dem Nachlaß. Band 3, Herausgegeben von Rainer Funk, Weinheim und Basel 1990
- Gauchet, Marcel (1989): Die Erklärung der Menschenrechte. Die Debatte um die bürgerlichen Freiheiten 1789, Reinbek bei Hamburg 1991
- Gebauer, Guido F. / Taureck, Bernhard H.F. / Ziegler, Thomas (1993): Ausländerfeindschaft ist Zukunftsfeindschaft. Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft, Frankfurt 1993
- Geertz, Clifford (1956): Religion als kulturelles System, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 44-95
- Geertz, Clifford (1959): Ritual und sozialer Wandel: ein javanisches Beispiel, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zu einer deutenden Theorie von Kultur, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 96-132
- Geertz, Clifford (1966): Person, Zeit und Umgangsformen auf Bali, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 133-201
- Geertz, Clifford (1972): „Deep play“: Bemerkungen zum balinesischen Hahnenkampf, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 202-260: 253
- Geertz, Clifford (1973): Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur, in: ders. (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl., S. 7-43
- Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1994, 3. Aufl.
- Gellner, Ernest (1983): Nationalismus und Moderne, Berlin 1991

- Gholamasad, Dawud / Malanowski, Anja (1987):
Überall ist Kerbela, in: Malanowski, Anja / Stern, Marianne (1987) (Hg.): Iran – Irak. „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Reinbek 1987, S. 148-154
- Giordano, Christian (1988):
„Miserabilismus“ als Ethnozentrismus. Zur Kritik der Kulturkonfliktthese in der Migrationsforschung, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 243-249
- Gleichmann, Peter / Goudsblom, Johan / Korte, Hermann (1984) (Hg.):
Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt 1984
- Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V. (1997) (Hg.):
Jahrbuch 1996/97, München 1997
- Goffman, Erving (1963):
Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt 1990, 9. Aufl.
- Gorenflos, Walter (1995):
Keine Angst vor der Völkerwanderung, Hamburg 1995
- Gottstein, Margit (1993):
Asyl ist Menschenrecht, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 152-162
- Goudsblom, Johan (1984):
Die Erforschung von Zivilisationsprozessen, in: Gleichmann, Peter/Goudsblom, Johan/Korte, Hermann (1984) (Hg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt 1984, S. 83-104
- Greverus, Ina-Maria (1978):
Kultur und Alltagswelt, Frankfurt 1987
- Greverus, Ina-Maria (1979):
Auf der Suche nach Heimat, München 1979
- Greverus, Ina-Maria (1995a):
Die Anderen und Ich. Vom Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden. Kulturanthropologische Texte, Darmstadt 1995
- Greverus, Ina-Maria (1995b):
Die Anderen und Ich. Anthropologie und die Frage nach dem Selbst, in: dies. (1995a): Die Anderen und Ich. Vom Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden. Kulturanthropologische Texte, Darmstadt 1995, S. 3-25
- Greverus, Ina-Maria (1995c):
Das „eigene Ich“ und das „andere Ich“ unterwegs. Als Fremde in Schweden. Eine Parabel für Identitätsprozesse in multikulturellen Gesellschaften, in: dies. (1995a): Die Anderen und Ich. Vom Sich Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden. Kulturanthropologische Texte, Darmstadt 1995, S. 26-47
- Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.):
Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988
- Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.):
Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 2, Frankfurt 1988
- Greverus, Ina-Maria / Moser, Johannes / Ploch, Beatrice / Römhild, Regina / Schilling, Heinz / Schult, Marietta (1994) (Hg.):
Kulturtexte : 20 Jahre Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Frankfurt 1994
- Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.):
Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984
- Griese, Hartmut M. (1987) (Hg.):
Sozialisation im Erwachsenenalter. Ein Reader zur Einführung in ihre theoretischen und empirischen Grundlagen, Weinheim und Basel 1987
- Griese, Hartmut M. / Nikles, Bruno W. / Rülcker, Christoph (1977) (Hg.):
Soziale Rolle. Zur Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, Opladen 1977

- Gumbrecht, Hans Ulrich (1979): Über die allmähliche Verfertigung von Identitäten in politischen Reden, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 107-131
- Haase, Helga (1996) (Hg.): Ethnopschoanalyse. Wanderungen zwischen den Welten, Stuttgart 1996
- Habermas, Jürgen (1974): Moralentwicklung und Ich-Identität, in: ders. (1976): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976, 2. Aufl., S. 63-91
- Habermas, Jürgen (1976): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976, 2. Aufl.
- Habermas, Jürgen (1984): Gerechtigkeit und Solidarität. Zur Diskussion über „Stufe 6“, in: ders. (1991): Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt 1991, S. 49-76
- Habermas, Jürgen (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt 1988
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt 1991
- Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997
- Hafez, Kai (1997): Der Islam und der Westen – Kampf der Zivilisationen?, in: ders. (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 15-27
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Berlin und Hamburg 1989
- Hamburger, Franz (1994): Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt 1994
- Hamburger, Franz / Seus, Lydia / Wolter, Otto (1984): Über die Unmöglichkeit, Politik durch Pädagogik zu ersetzen. Reflexionen nach einer Untersuchung ‚Bedingungen und Verfestigungsprozesse der Delinquenz bei ausländischen Jugendlichen‘, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 32-42
- Harris, Marvin (1987): Kulturanthropologie, Frankfurt 1989
- Harth, Dietrich (1994) (Hg.): Fiktion des Fremden. Erkundung kultureller Grenzen in Literatur und Publizistik, Frankfurt 1994
- Harth, Dietrich (1994): Fiktion des Fremden. Vorbemerkung des Herausgebers, in: ders. (1994) (Hg.): Fiktion des Fremden. Erkundung kultureller Grenzen in Literatur und Publizistik, Frankfurt 1994, S. 7-14
- Harth, Dietrich (1996): Die literarische als kulturelle Tätigkeit: Vorschläge zur Orientierung, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996 S. 320-340
- Haug, Frigga (1984): Rollentheorie, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 482-491
- Haug, Wolfgang Fritz (1992): Zur Dialektik des Anti-Rassismus. Erkundungen auf einem Feld voller Fallstricke, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992 S. 407-430
- Heckmann, Friedrich (1982): Ethnischer Pluralismus und „Integration“ der Gastarbeiterbevölkerung. Zur Rekonstruktion, empirischen Erscheinungsform und praktisch-politischen Relevanz des sozial-räumlichen Konzepts der Einwandererkolonie, in: Vaskovics, Laslo A. (1982) (Hg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Opladen 1982, S. 157-181
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992
- Heine, Peter (1990): Ethnizität und Fundamentalismus - Nationalitätenspezifische Eigenschaften, in: Nirumand, Bahman (1990) (Hg.): Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 94-115
- Heine, Peter (1997): Halbmond über deutschen Dächern. Muslimisches Leben in unserem Land, München 1997

- Heinrichs, Hans-Jürgen (1981): Über Ethnopschoanalyse, Ethnopsychiatrie und Ethno-Hermeneutik, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theoriediskussion, Berlin 1993, 2. überarb. und erw. Aufl., S. 359-380
- Heinrichs, Hans-Jürgen (1988): Das Unbewußte und das Fremde. Die Einflüsse von Psychoanalyse (Lacan) und Ethnologie (Leiris) auf die moderne Philosophie, in: Kemper, Peter (1988) (Hg.): ‚Postmoderne‘ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt 1988, S. 59-81
- Heinrichs, Hans-Jürgen (1989): Fenster zur Welt. Positionen der Moderne, Frankfurt 1989
- Heinrichs, Hans-Jürgen (1992): Inmitten der Fremde. Von In- und Ausländern, Reinbek bei Hamburg 1992
- Heinz, Wolfgang S. (1986a): Menschenrechte in der Dritten Welt, München 1986
- Heinz, Wolfgang S. (1986b): Ursachen und Folgen von Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1986
- Heitmeyer, Wilhelm (1996): Ethnisch-kulturelle Konfliktodynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 31-63
- Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996
- Heitmeyer, Wilhelm / Müller, Joachim / Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt 1997
- Heller, Georg (1997): Lügen wie gedruckt. Über den ganz alltäglichen Journalismus, Tübingen 1997
- Henrich, Dieter (1979): Identität und Geschichte – Thesen über Gründe und Folgen einer unzulänglichen Zuordnung, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 659-665
- Herbert, Ulrich (1993): Ausländer und andere Deutsche, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 13-28
- Hermet, Guy (1993): Die Menschenrechte: eine Herausforderung für die souveränen Staaten, in: Jean, François (1993)(Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention. Ein Report über Völker in Not, Bonn 1993, S. 179-187
- Herzog, Werner (1995): Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1995
- Hessische Vereinigung für Volkskunde / Max Matter (1992) (Hg.): Fremde Nachbarn. Aspekte türkischer Kultur in der Türkei und in der BRD, Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung Band 29, Marburg 1992
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (1992) (Hg.): Medienkultur - Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation, Opladen 1992 Medienkultur - Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation, Opladen 1992
- Hess-Lüttich, Ernest W.B. (1992): Interkulturelle Kommunikation – Medienkommunikation, in: ders. (1992) (Hg.): Medienkultur - Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation, Opladen 1992, S. 23-40
- Hippler, Jochen (1993): Islam und westliche Außenpolitik, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, S. 142-184
- Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993
- Hirschberg, Walter (1985): Ethnohistorische Arbeitsweise in Wien. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, in: Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 19-29
- Hobsbawn, Eric (1990): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York 1991

- Hobsbawn, Eric (1992): Zur aktuellen Verunsicherung Europas: Die Wiederkehr der Krise, in: Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter (1992) (Hg.): Das verunsicherte Europa, Frankfurt 1992, S. 20-31
- Hof, Bernd (1993): Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln 1993
- Hoffmann, Hilmar (1997): Vorwort des Präsidenten, in: Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V. (1997) (Hg.): Jahrbuch 1996/97, München 1997, S. 7-8
- Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1992) (Hg.): Das verunsicherte Europa, Frankfurt 1992
- Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Anderssein, ein Menschenrecht. Über die Vereinbarkeit universaler Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt, Weinheim 1995
- Hoffmann, Klaus (1990): Leben in einem fremden Land. Wie türkische Jugendliche „soziale“ und „persönliche“ Identität ausbalancieren, Bielefeld 1990
- Hoffmann, Lutz (1996): Der Einfluß völkischer Integrationsvorstellungen auf die Identitätswürfe von Zuwanderern, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 241-260
- Hofstätter, Peter R. (1973): Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1973, 5. durchges. und verb. Aufl.
- Hourani, Albert (1991): Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt 1992
- Huhnke, Brigitte (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „Bild am Sonntag“ und „Der Spiegel“, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 213-266
- Huizer, Gerrit (1993): Whiter Anthropology and ‚Development‘ in the Year 2000? Some Ethical Considerations, in: Amborn, Hermann (1993) (Hg.): Unbequeme Ethik. Überlegungen zu einer verantwortlichen Ethnologie, Berlin 1993, S. 63-88
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Rheda-Wiedenbrück/Zug/Wien 1996
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/New York 1989
- Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (1995) (Hg.): Ausländer in Deutschland. Ein Informationsdienst zu aktuellen Fragen der Ausländerarbeit, Nr. 2/1995, Saarbrücken 1995
- Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992
- Irabi, Abdulkader (1982): Zum Stand der gegenwärtigen arabischen Soziologie. Genese und Entwicklung der Soziologie bis in die 70er Jahre, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 62-79
- Irabi, Abdulkader (1995): Zum Stand der gegenwärtigen arabischen Soziologie. Soziologie in der Gegenwart, 1970 bis heute, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 80-121
- Irabi, Abdulkader (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996
- Irabi, Abdulkader (1996a): Die islamischen Bewegungen in der arabischen Welt, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 1-25
- Irabi, Abdulkader (1996b): Die Krise der arabischen Intellektuellen, in: ders. (1996): Die blockierte Gesellschaft. Die arabische Gesellschaft zwischen Tradition und Moderne, Stuttgart 1996, S. 44-61

- Jäger, Siegfried (1993): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993
- Jäger, Siegfried (1994): Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte, Duisburg 1994
- Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (1992) (Hg.): Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993
- Jäggi, Christian J. / Krieger, David, J. (1991): Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart, Zürich/Wiesbaden 1991
- Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993
- Jarren, Otfried (1997): Macht und Ohnmacht der Medienkritik oder: Können Schwache Stärke erlangen? Medienkritik und medienpolitische Kommunikation als Netzwerk, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 307-328
- Jean, François (1993) (Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention. Ein Report über Völker in Not, Bonn 1993
- Jean, François (1993): Krise und Intervention, in: ders. (1993) (Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention. Ein Report über Völker in Not, Bonn 1993, S. 13-32
- Johnson, Barbara (1993) (Hg.): Freiheit und Interpretation. Amnesty International-Vorlesungen 1992, Frankfurt 1994
- Jünemann, Annette (1997): Demokratischer Beistand oder Angst vor dem islamischen Nachbarn? Europa und Algerien, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 125-138
- Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (Hg.) (1985): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1990) (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Leer 1990, 2. völlig überarb. Aufl.
- Kaltefleiter, Werner (1991): Der falsche Heiligenschein der UN, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 256-259
- Katsching-Fasch, Elisabeth (1993): Einleitung, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde – fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 7-15
- Kemper, Peter (1988) (Hg.): ‚Postmoderne‘ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt 1988
- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (1977): Macht und Interdependenz, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S. 74-88
- Kepel, Gilles (1994): Allah im Westen. Die Demokratie und die islamische Herausforderung, München 1996
- Kerber, Harald / Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984
- Keupp, Heiner (1984): Gruppe, in: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (1984) (Hg.): Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 204-210
- Knecht, Michi (1993): Bilder - Texte - Macht, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde – fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 273-301
- Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991
- König, René / Schmalfuß, Axel (1972) (Hg.): Kulturanthropologie, Düsseldorf und Wien 1972

- Kontos, Maria (1994): Ethnische Kolonien und multikulturelle Gesellschaft, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 89-95
- Körner, Heiko (1994): Reichtum und Armut – einige theoretische Aspekte, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 59-62
- Korte, Guido (1994): Migrationsprobleme der Bundesrepublik Deutschland. Rechtliche Aspekte, in: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (1994) (Hg.): Information zum Ausländerrecht und zum Ausländerextremismus, Köln 1994, S. 62-80
- Koslowski, Peter (1987): Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung, München 1987
- Koszinowski, Thomas (1994): Irak, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 71-84
- Koszinowski, Thomas (1997): Irak 1996, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 73-79
- Kramer, Dieter (1993/94): Leben in der Differenz. Eine Welt der akzeptierten Unterschiede, in: ders. (1995) (Hg.): Viele Kulturen – eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/94, Frankfurt 1995, S. 117-127
- Kramer, Dieter (1994): Die Furcht vor dem Fremden und die Sicherheit im Getto. Die Diskussionen der Römerberggespräche 1994 und die Beunruhigung durch das ganz andere, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Anderssein, ein Menschenrecht. Über die Vereinbarkeit universaler Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt, Weinheim 1995, S. 139-178
- Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Viele Kulturen – eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/94, Frankfurt 1995
- Krappmann, Lothar (1969): Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1972, 2. Aufl.
- Krech, Hans (1996): Vom II. Golfkrieg zur Golf-Friedenskonferenz. Handbuch zur Geschichte der militärischen Kräftebalance am Persischen Golf, Bremen 1996
- Kremser, Manfred (1986): Ethnohistorie und Feldforschung, in: Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 147-161
- Kuhlmann, Andreas (1994) (Hg.): Philosophische Ansichten der Kultur der Moderne, Frankfurt 1994
- Lajios, Konstantin (1991) (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991
- Lamnek, Siegfried (1989): Qualitative Sozialforschung Band 2. Methoden und Techniken, München 1989
- Laslo, Ervin (1993) (Hg.): Rettet die Weltkulturen. Der multikulturelle Planet. Report einer unabhängigen Expertengruppe an die UNESCO, Stuttgart 1993
- Laslo, Ervin (1993a): Einleitung, in: ders. (1993) (Hg.): Rettet die Weltkulturen. Der multikulturelle Planet. Report einer unabhängigen Expertengruppe an die UNESCO, Stuttgart 1993, S. 13-22
- Leach, Edmund (1967) (Hg.): Mythos und Totemismus. Beiträge zur Kritik der strukturalen Analyse, Frankfurt 1973
- Leach, Edmund (1967): Einleitung, in: ders. (1967) (Hg.): Mythos und Totemismus. Beiträge zur Kritik der strukturalen Analyse, Frankfurt 1973, S. 7-23
- Leach, Edmund (1991): Lévi-Strauss zur Einführung, Hamburg 1991
- Leggewie, Claus (1990a): multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Nördlingen 1993, 3. Aufl.

- Leggewie, Claus (1990b): Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten - ein persuasives Programm, in: ders. (1990a): multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Nördlingen 1993, 3. Aufl., S. 46-60
- Leggewie, Claus (1992): ‚Stolz, ein Deutscher zu sein ...‘ – die neue Angst vor den Fremden, in: Bade, Klaus J. (1992) (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 423-429
- Leggewie, Claus (1993a): Vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik – und nicht zurück. Zur politischen Gestalt einer multikulturellen Gesellschaft, in: Balke, Friedrich/Habermas, Rebekka/Nanz, Patrizia/Sillem Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S.3-20
- Leggewie, Claus (1993b): Alhambra – Der Islam im Westen, Reinbek 1993
- Leggewie, Claus/Senocak, Zafer (Hg.) (1993): Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek bei Hamburg 1993
- Lerch, Wolfgang Günter (1991): Kein Frieden für Allahs Völker. Die Kriege am Golf – Geschichte, Gestalten, Folgen, Frankfurt 1991
- Leuninger, Herbert (1984a): Medien und Ausländer – Eine kritische (Nach)Lese, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 103-114
- Leuninger, Herbert (1984b): Ausländerfeindlichkeit – Die Krise einer Interventionsstrategie im Kontext der Ausländerpolitik, in: Griese, Hartmut M. (1984) (Hg.): Der gläserne Fremde. Bilanz und Kritik der Gastarbeiterforschung und Ausländerpädagogik, Opladen 1984, S. 149-162
- Lévi-Strauss, Claude (1945): Die Strukturanalyse in der Sprachwissenschaft und in der Anthropologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 43-67
- Lévi-Strauss, Claude (1949): Geschichte und Ethnologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 11-40
- Lévi-Strauss, Claude (1952a): Der Strukturbegriff in der Ethnologie, in: ders. (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967, S. 299-346
- Lévi-Strauss, Claude (1952b): Rasse und Geschichte, Frankfurt 1972
- Lévi-Strauss, Claude (1958): Strukturele Anthropologie, Frankfurt 1967
- Lévi-Strauss, Claude (1960): Sinn und Gebrauch des Modellbegriffs, in: ders. (1973): Strukturele Anthropologie II, Frankfurt 1975, S. 87-98
- Lévi-Strauss, Claude (1973): Strukturele Anthropologie II, Frankfurt 1975
- Lieke, Winfried (1994): Politische Verfolgung, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 39-46
- Lindgren, Henry Clay (1969): Einführung in die Sozialpsychologie, Weinheim und Basel 1973
- Link, Jürgen (1991): Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) (1992): Der Diskurs des Rassismus. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992, S. 37-52
- Link, Jürgen (1992): Über den Anteil diskursiver Faktoren an neorassistischen Proliferationen, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (1992) (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses „Migration und Rassismus in Europa“ (25.-29. September 1990), Hamburg/Berlin 1992 S. 333-345
- Lorenzer, Alfred (1986) (Hg.): Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur, Frankfurt 1988
- Lorenzer, Alfred (1986): Tiefenhermeneutische Kulturanalyse, in: ders. (1986) (Hg.): Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur, Frankfurt 1988, S. 11-98

- Löwe, Bernd P. (1991a): Politische Kultur und Golf-Konflikt, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 40-59
- Löwe, Bernd P. (1991b): Frieden und Intellekt oder „Golfkrieg“ und geistige (Un-)Kultur, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 114-128
- Lübbe, Hermann (1988): Der verkürzte Aufenthalt in der Gegenwart. Wandlungen des Geschichtsverständnisses, in: Kemper, Peter (1988) (Hg.): ‚Postmoderne‘ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt 1988, S. 145-164
- Luckmann, Thomas (1979): Persönliche Identität, soziale Rolle und Rollendistanz, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979, S. 293-313
- Lueg, Andrea (1993): Das Feindbild Islam in der westlichen Öffentlichkeit, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, 14-43
- Luhmann, Niklas (1976): Die Funktion der Religion, Frankfurt 1992, 3. Aufl.
- Lüthke, Karsten (1993): Normen und Verfahren im internationalen Menschenrechtsschutz - ein Überblick, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 53-61
- Malanowski, Anja / Stern, Marianne (1987) (Hg.): Iran – Irak. „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Reinbek 1987
- Malewski, Andrzej (1964): Verhalten und Interaktion, Tübingen 1977, 2. unveränd. Aufl.
- Malinowski, Bronislaw (1938): Kulturwandel als Thema der Anthropologie, in: ders. (1986): Schriften zur Anthropologie. Schriften in vier Bänden, Band 4, Frankfurt am Main 1986, S. 53-56
- Malinowski, Bronislaw (1942): Ursprung und Entwicklung der Macht, in: ders. (1986): Schriften zur Anthropologie. Schriften in vier Bänden, Band 4, Frankfurt am Main 1986, S. 197-203
- Malinowski, Bronislaw (1986): Schriften zur Anthropologie. Schriften in vier Bänden, Band 4, Frankfurt am Main 1986
- Manfrass, Klaus (1994): Reichtum und Armut – Entwicklung und Unterentwicklung, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 47-58
- Mansfeld, Cornelia (1993): Frauen als Fremde – Frauen und Fremdenfeindlichkeit, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 87-98
- Marquard, Odo / Stierle, Karlheinz (1979) (Hg.): Identität, München 1979
- Matter, Max (1988): Warum sind wir uns so fremd geworden? Aspekte des Kulturkontakts und –konflikts im Prozeß der Arbeitsmigration, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 231-241
- Matter, Max (1992): Ehre und Moral, in: Hessische Vereinigung für Volkskunde / Max Matter (1992) (Hg.): Fremde Nachbarn. Aspekte türkischer Kultur in der Türkei und in der BRD, Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung Band 29, Marburg 1992, S. 95-104
- Matter, Max (1994): Sehnsüchte und Widersprüche. Bilder von der „Heimat“ und von der „Fremde“, in: Greverus, Ina-Maria / Moser, Johannes / Ploch, Beatrice / Römhild, Regina / Schilling, Heinz / Schult, Marietta (1994) (Hg.): Kulturtexte : 20 Jahre Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Frankfurt 1994, S. 201-214

- Mattes, Hanspeter (1990): Algerien, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1990)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1989. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1990, S. 56-62
- Mattes, Hanspeter (1993): Der antiislamistische Kurs der arabischen Staatsführungen, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1993)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1993, S. 212-217
- Mattes, Hanspeter (1997): Kampf gegen Terrorismus in Nordafrika und Nahost, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 191-196
- Mauss, Marcel (1925): Die Gabe, in: ders. (1975): Soziologie und Anthropologie II, München/Wien 1975, S. 11-144
- Mauss, Marcel (1975): Soziologie und Anthropologie II, München/Wien 1975
- Mead, George H. (1934): Geist, Identität und Gesellschaft, Frankfurt 1968
- Memmi, Albert (1982): Rassismus, Frankfurt 1987
- Meyer-Ehlert, Birgit (1982): Außerschulische Bildungsarbeit mit türkischen Frauen, Münster 1982, 2. Aufl.
- Milkau-Kaufmann, Brigitte / Rötzer, Florian (1986): Georges Devereux. Zum Verständnis der Psychoanalyse als epistemologischer und kulturübergreifender Disziplin, in: Haase, Helga (1996) (Hg.): Ethnopschoanalyse. Wanderungen zwischen den Welten, Stuttgart 1996, S. 101-115
- Mires, Fernando (1993/94): Auf der Suche nach der verlorenen Ordnung, in: Kramer, Dieter (1995) (Hg.): Viele Kulturen - eine Welt. Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde 1993/94, Frankfurt 1995, S. 99-116
- Mohr, Manfred (1993): Einmischung für die Menschenrechte contra staatliche Souveränität?, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 88-100
- Mühlbauer, Karl Reinhold (1980): Sozialisation. Eine Einführung in Theorien und Modelle, München 1980
- Müller, Hans-Peter (1995): Differenz und Distinktion. Über Kultur und Lebensstile, in: Bohrer, Karl Heinz / Scheel, Kurt (1995): Unterschiede. Über Kulturkämpfe, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 9/10, Sept./Okt. 1995, Nr. 558/559, München 1995, S. 927-934
- Müller, Hans-Peter (1996) (Hg.): Weltsystem und kulturelles Erbe. Gliederung und Dynamik der Entwicklungsländer aus ethnologischer und soziologischer Sicht, Berlin 1996
- Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf (1997): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt 1997
- Nadig, Maya (1985): Ethnopschoanalyse und Feminismus - Grenzen und Möglichkeiten, in: Feministische Studien, Heft 2/1985, Weinheim 1985, S. 105-117
- Nadig, Maya (1986): Die verborgene Kultur der Frau. Ethnopschoanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexico, Frankfurt 1992
- Nadig, Maya (1993): Antworten auf das Fremde, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (Hg.) (1993): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 15-56
- Nasner-Maas, Eva-Maria (1993): Migrationserfahrung versus Heimatverbundenheit in Psychoanalyse und Psychotherapie, in: Ulrich Streeck (1993) (Hg.): Das Fremde in der Psychoanalyse. Erkundungen über das „Andere“ in Seele, Körper und Kultur, München 1993, S. 133-146

- Neuberger, Christoph (1997): Was das Publikum wollen könnte. Autonome und repräsentative Bewertung journalistischer Leistungen, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 171-184
- Nieke, Wolfgang (1991): Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland: Vorschule, Schule, Berufsausbildung, Freizeit, Kriminalität, in: Lajios, Konstantin (1991) (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991, S. 13-42
- Niekrawitz, Clemens (1990): Interkulturelle Pädagogik im Überblick. Von der Sonderpädagogik für Ausländer zur interkulturellen Pädagogik für Alle, Frankfurt 1990
- Nirumand, Bahman (1985): Iran – hinter den Gittern verdorren die Blumen, Reinbek 1985
- Nirumand, Bahman (1990) (Hg.): Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990
- Nitzschke, Volker (1982) (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft – multikulturelle Erziehung?. Brennpunkte der Bildungspolitik 10, Stuttgart 1982
- Oevermann, Ulrich / Allert, Tilman / Konau, Elisabeth / Krambeck, Jürgen (1983): Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“, in: Zedler, Peter / Moser, Heinz (1983)(Hg.): Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zur Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983, S. 95-124
- Ohashi, Ryosuke (1996): Die Zeit der Weltbilder, in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996, S. 43-55
- Owen, David (1978): Menschenrechte. Das Gesicht der Freiheit, Wien/Hamburg 1979
- Parin, Paul (1975): Gesellschaftskritik im Deutungsprozeß, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 34-54
- Parin, Paul (1976): Das Mikroskop der vergleichenden Psychoanalyse und die Makrosozietät, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 55-77
- Parin, Paul (1977): Das Ich und die Anpassungsmechanismen, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 78-111
- Parin, Paul (1978a): Warum die Psychoanalytiker zu ungerne zu brennenden Zeitproblemen Stellung nehmen, in: ders. (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978, S. 7-19
- Parin, Paul (1978b): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Frankfurt 1978
- Parin, Paul (1981): Die äußeren und die inneren Verhältnisse, in: Parin, Paul / Parin-Matthèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986, S. 140-152
- Parin, Paul (1985): 'The Mark of Oppression'. Juden und Homosexuelle als Fremde, in: Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986, S. 115-139
- Parin, Paul (1993): Das Bluten aufgerissener Wunden. Überlegungen zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, in: Ethnopschoanalyse Band 3 (1993): Körper, Krankheit und Kultur, Frankfurt 1993, S. 7-38
- Parin, Paul / Morgenthaler, Fritz / Parin-Matthèy, Goldy (1963): Die Weißen denken zuviel. Psychoanalytische Untersuchungen bei den Dogon in Westafrika, Frankfurt 1989
- Parin, Paul / Parin-Matthèy, Goldy (1983): Das obligat unglückliche Verhältnis der Psychoanalytiker zur Macht, in: dies. (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986, S. 90-95
- Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy (1986): Subjekt im Widerspruch, Frankfurt 1986

- Parsons, Talcott (1939): Aktor, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns, Frankfurt 1986
- Parsons, Talcott (1951): Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt 1968
- Peters, Birgit (1994): „Öffentlichkeitselite“ – Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz, zum nachdenken – Lesenswerte Beiträge aus Zeitschriften und Büchern für politisch Interessierte, Nr. 51, Wiesbaden 1995
- Pieck, Werner (1987): Algerien. Die wiedergewonnene Würde, Hildesheim 1987
- Piwinger, Manfred (1997) (Hg.): Stimmungen, Skandale, Vorurteile. Formen symbolischer und emotionaler Kommunikation. Wie PR-Praktiker sie verstehen und steuern können, Frankfurt 1997
- Piwinger, Manfred / Niehüser, Wolfgang (1997): Formen symbolischer Kommunikation – ihre wichtige Rolle im Verständigungsprozeß, in: Piwinger, Manfred (1997) (Hg.): Stimmungen, Skandale, Vorurteile. Formen symbolischer und emotionaler Kommunikation. Wie PR-Praktiker sie verstehen und steuern können, Frankfurt 1997, S. 16-40
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1997) (Hg.): Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 1997
- Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaften (1992): Multikultur Journal, Tübingen 1992
- Räthzel, Nora (1993): Selbstunterwerfung in Bildern der anderen. Zur Beziehung von ethnischen Verhältnissen, Geschlechterverhältnissen und Klassenverhältnissen, in: Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WIDEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde - fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993, S. 145-175
- Raum, Johannes W. (1992): Evolutionismus, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. und erw. Aufl., S. 283-309
- Reichmayr, Johannes (1995): Einführung in die Ethnopschoanalyse. Geschichte, Theorien und Methoden, Frankfurt 1995
- Reichow, Hartmut (1993): Zukünftige Wanderungsbewegungen und ihre Ursachen, in: Winkler, Beate (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 45-62
- Reuther, Wolfgang (1991): UN-Friedenstruppen und die UNESCO, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 196-201
- Rieck, Andreas (1997a): Iran 1996, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 80-87
- Rieck, Andreas (1997b): Iran: die Mullahs als Dialogpartner?, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 111-124
- Rikhye, Indar Jit (1991): Friedenssicherung der Vereinten Nationen, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 108-128
- Rittberger, Volker (1991): Zwischen Weltregierung und Staatenanarchie – UN und internationale Friedenssicherung, in: Koch, Ernst (1991) (Hg.): Die Blauhelme. Im Einsatz für den Frieden, Frankfurt 1991, S. 276-279
- Ritter, Wolfgang (1979): Der Iran unter der Diktatur des Shah-Regimes, Frankfurt 1979
- Rodinson, Maxime (1979): Die Araber, Frankfurt 1981
- Rohr, Elisabeth (1993): Faszination und Angst, in: Jansen, Mechthild M. / Prokop, Ulrike (1993) (Hg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel/Frankfurt 1993, S. 133-162

- Roß, Dieter (1997): Traditionen und Tendenzen der Medienkritik, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 29-45
- Rotter, Gernot (1996): Das Islambild im Westen und das islamische Bild vom Westen, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 97-110
- Rüddenklau, Eberhard (1981): Zur Theorie gesellschaftlicher Evolution, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 331-355
- Rudolph, Wolfgang (1992): Ethnos und Kultur, in: Fischer, Hans (1992) (Hg.): Ethnologie. Einführung und Überblick, Berlin 1992, 3. veränd. Und erw. Aufl., S. 57-77
- Ruf, Werner (1997): Die algerische Tragödie. Vom Zerbrecen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997
- Ruhrmann, Georg (1993): Die Konstruktion des „Fremden“ in den Medien. Struktur und Folgeprobleme, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 190-212
- Rüsen, Jörn (1996): Kollektive Identität und ethnischer Konflikt im Prozeß der Modernisierung, in: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer (1996) (Hg.): Die bedrängte Toleranz, Frankfurt 1996, S. 142-152
- Sabra, Martina (1995): Muslime in Deutschland. Eine unbekannte Minderheit, in: Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (1995) (Hg.): Ausländer in Deutschland. Ein Informationsdienst zu aktuellen Fragen der Ausländerarbeit, Nr. 2/1995, Saarbrücken 1995, S. 1-3
- Salat, Jana / Salat, Josef (1973): Ethnologie – Ethnohistorie – Hermeneutik, in: Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 163-184
- Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996
- Scharfetter, Christian (1994): Im Fremden das Eigene erkennen. Erfahrungen aus der Psychiatrie, in: Egner, Helga (1994) (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination, Düsseldorf 1994, S. 13-27
- Scheffler, Thomas (1997): West-östliche Angstkulturen. Gewalt und Terrorismus im Islam, in: Hafez, Kai (1997) (Hg.): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog, Frankfurt 1997, S. 80-93
- Scheffran, Jürgen (1994): Kriegs- und Umweltflüchtlinge, in: Böhme, Gernot / Chakraborty, Rabindra Nath / Weiler, Frank (1994) (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, Darmstadt 1994, S. 23-38
- Schenk, Annemarie (1988): Interethnische Forschung, in: Brednich, Rolf W. (1988) (Hg.): Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie, Berlin 1994, 2. Überarb. u. erw. Aufl., S. 335-352
- Scheron, Bodo / Scheron, Ursula (1982): Integration von Gastarbeiterkindern. Theoretische Grundlagen für eine Neuorientierung von Schulorganisation und Pädagogenausbildung für den (Deutsch-)Unterricht und für die außerschulische pädagogische Arbeit mit Gastarbeiterkindern, Frankfurt/Bern 1982
- Scherrer, Christian P. (1996): Ethno-Nationalismus im Weltsystem. Prävention, Konfliktbearbeitung und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Ein Handbuch zu Ethnizität und Staat, Bd. 1, Münster 1996
- Schiffauer, Werner (1983): Die Gewalt der Ehre. Erklärungen zu einem türkisch-deutschen Sexualkonflikt, Frankfurt 1983

- Schiffauer, Werner (1988): Das Eigene und das Fremde. Bemerkungen zum Wandel von Fremd- und Selbstverständnis im Prozeß der Arbeitsmigration, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 1, Frankfurt 1988, S. 255-262
- Schiffauer, Werner (1991): Die Migranten aus Subay. Türken in Deutschland: Eine Ethnographie, Stuttgart 1991
- Schiffauer, Werner (1993): Die civil society und der Fremde - Grenzmarkierungen in vier politischen Kulturen, in: Balke, Friedrich / Habermas, Rebekka / Nanz, Patrizia / Sillem Peter (1993) (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt 1993, S. 185-199
- Schiffauer, Werner (1997a): Fremde in der Stadt, Frankfurt 1997
- Schiffauer, Werner (1997b): Europäische Ängste. Metaphern und Phantasmen im Diskurs der Neuen Rechten in Europa, in: ders. (1997): Fremde in der Stadt, Frankfurt 1997, S. 71-91
- Schiffauer, Werner (1997c): Kulturalismus vs. Universalismus. Ethnologische Anmerkungen zu einer Debatte, in: ders. (1997a): Fremde in der Stadt, Frankfurt 1997, S. 144-156
- Schiffauer, Werner (1997d): Die Angst vor der Differenz. Zu neuen Strömungen in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: ders. (1997a): Fremde in der Stadt, Frankfurt 1997, S. 157-171
- Schilling, Heinz (1988a): Eigene Fremde oder: Die Chance des Fremden, fremd zu bleiben, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 2, Frankfurt 1988, S. 585-590
- Schilling, Heinz (1988b): Vertraut und unbekannt. Fremdheitserfahrungen im eigenen Land, in: Greverus, Ina-Maria / Köstlin, Konrad / Schilling, Heinz (1988) (Hg.): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden. 26. Deutscher Volkskundekongreß in Frankfurt vom 28. September bis 2. Oktober 1987. Band 2, Frankfurt 1988, S. 591-602
- Schlesier, Renate (1996): Das Staunen ist der Anfang der Anthropologie, in: Böhme, Hartmut / Scherpe, Klaus R. (1996) (Hg.): Literatur und Kulturwissenschaften. Positionen, Theorien, Modelle, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 47-59
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (1980): Philosophische Überlegungen zum Verstehen fremder Kulturen und zu einer Theorie der menschlichen Kultur, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (Hg.) (1993): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 51-90
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (1981): Strukturelle Ethnologie und geschichtsmaterialistische Kulturtheorie, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 275-307
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich / Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl.
- Schönau, Walter (1991): Einführung in die psychoanalytische Literaturwissenschaft, Stuttgart 1991
- Schorb, Bernd (1997): Medienkompetenz durch Medienpädagogik, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 275-285
- Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen/Wiesbaden 1997
- Schulze, Reinhard (1993): Muslimische Intellektuelle und die Moderne, in: Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (1993): Feindbild Islam, Hamburg 1993, S. 77-91
- Schulze, Reinhard (1994): Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994

- Schulze, Reinhard (1996): Die islamische Moderne, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 7-23
- Schumacher, Harald (1995): Einwanderungsland BRD, Düsseldorf 1995
- Schwarz, Hans-Peter (1985): Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem, in: : Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1985, S.50-73
- Schwarz, Jürgen (1993): Der politische Islam. Intentionen und Wirkungen, Paderborn/München/Wien/Zürich 1993
- Seidel-Pielen, Eberhard (1995): Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis, Berlin 1995
- Şen, Faruk (1985): Türkei, München 1996, 4., neubearb. und erw. Aufl.
- Şen, Faruk (1996): Der Islam in Europa, in: Burgmer, Christoph (1996) (Hg.): Der Islam. Eine Einführung durch Experten, Frankfurt 1998, S. 82-96
- Şen, Faruk / Akkaya, Cüdem / Özbek, Yasemin (1998): Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998
- Seufert, Günter (1997): Café Istanbul. Alltag, Religion und Politik in der modernen Türkei, München 1997
- Severi, Carlo (1988): Struktur und Urform, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. u. erw. Aufl., S. 309-329
- Sieghart, Paul (1985): Die geltenden Menschenrechte, Kehl am Rhein/Straßburg/Arlington 1988
- SPD (1995) (Hg.): Antrag. Erleichterung der Einbürgerung unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, Bonn 1995
- SPD (1996a) (Hg.): Umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts endlich in die Tat umsetzen, Bonn 1996
- SPD (1996b) (Hg.): SPD präsentiert Eckwerte für ein Zuwanderungsgesetz, Bonn 1996
- SPD (1996c) (Hg.): Migration braucht Konzepte zur Integration, Bonn 1996
- SPD (1998) (Hg.): Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, Bonn 1998
- SPD (o. J.) (Hg.): Mit Zuwanderern leben. Zur Integrations- und Zuwanderungspolitik, Bonn o. J.
- Sperber, Dan (1973): Der Strukturalismus in der Anthropologie, in: Wahl, Francois (1973) (Hg.): Einführung in den Strukturalismus, Frankfurt 1981, 2. Aufl., S. 181-258
- Spiegel-Verlag (1996)(Hg.): MA 96. Pressemedien I. Zielgruppen und Medien, Hamburg 1996
- Spieles, Martin (1993): Ausländer in der deutschen Sprache. Historische Entwicklungen – aktuelle Presstexte, Wiesbaden 1993
- Steinbach, Udo (1993): Irritationen und Spannungen – Die islamische Welt und der Westen in der Gegenwart, in: Schwarz, Jürgen (1993): Der politische Islam. Intentionen und Wirkungen, Paderborn/München/Wien/Zürich 1993, S. 125-142
- Steinbach, Udo (1994a): Iran, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 84-100
- Steinbach, Udo (1994b): Türkei, in: Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl., S. 282-295
- Steinbach, Udo (1997): Die politische Entwicklung 1996 im Überblick, in: Deutsches Orient-Institut – Koszinowski, Thomas / Mattes, Hanspeter (1997)(Hg.): Nahost Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 19-25
- Steinbach, Udo / Hofmeier, Rolf / Schönborn, Mathias (1994): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994, 3., neubearb. Aufl.

- Stephan, Klaus (1987): Rollenstreß und Identitätsverengung, in: Griese, Hartmut M. (1987) (Hg.): Sozialisation im Erwachsenenalter. Ein Reader zur Einführung in ihre theoretischen und empirischen Grundlagen, Weinheim und Basel 1987, S. 230-243
- Stölting, Erhard (1992): Der Mechanismus des ethnischen Vorurteils, in: Ausländerbeiräte Nürnberg, Erlangen, Fürth. Pommerin-Götze, Gabriele/Jehle-Santoso, Bernhard/Bozikake-Leisch, Eleni (1992) (Hg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt 1992, S. 86-92
- Straube, Hanne (1987): Türkisches Leben in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1987
- Streck, Bernhard (1987) (Hg.): Wörterbuch der Ethnologie, Köln 1987
- Streck, Bernhard (1987): Wir-Gruppe, in: ders. (1987) (Hg.): Wörterbuch der Ethnologie, Köln 1987, S. 255-258
- Stroebe, Wolfgang / Hewstone, Miles / Codol, Jean-Paul / Stephenson, Geoffrey M. (1988) (Hg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung, Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo, Hong Kong 1990
- Stross, Annette M. (1991): Ich-Identität zwischen Fiktion und Konstruktion, Berlin 1991
- Stüwe, Gerd (1991): Lebenslagen und Bewältigungsstrategien junger Ausländer, in: Lajios, Konstantin (1991) (Hg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991, S.107-134
- Szalai, Miklós (1983): Ethnologie und Geschichte. Zur Grundlegung einer ethnologischen Geschichtsschreibung. Mit Beispielen aus der Geschichte der Khoi-San in Südafrika, Berlin 1983
- Taylor, Charles (1992): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt 1993
- Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande, Frankfurt 1996
- Thun, Konstantin (1993): Menschenrechtsdefizite in der deutschen Außenpolitik, in: Bielefeldt, Heiner/Deile, Volkmar/Thomsen, Bernd (1993) (Hg.): amnesty international. Menschenrechte vor der Jahrtausendwende, Frankfurt 1993, S. 143-151
- Tibi, Bassam (1980): Die Krise des modernen Islams. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technologischen Zeitalter, Frankfurt 1991, 2. Aufl.
- Tibi, Bassam (1984): Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt 1991, 3. Aufl.
- Tibi, Bassam (1991): Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie, Frankfurt 1993, 2. Aufl.
- Tibi, Bassam (1992): Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, München 1992
- Tibi, Bassam (1993): Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, 2. überarb. Aufl., München 1994
- Tibi, Bassam (1994): Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte, München 1994
- Tibi, Bassam (1998): Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus, München/Zürich 1998
- Timm, Klaus (1991): Konturen der regionalen Nachkriegsordnung im Nahen und Mittleren Osten – Entwürfe, Widerstände, Realisierungschancen, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 92-113
- Trezzini, Bruno (1996): Versuche zur netzwerkanalytischen Gliederung des modernen Weltsystems, in: Müller, Hans-Peter (1996) (Hg.): Weltsystem und kulturelles Erbe. Gliederung und Dynamik der Entwicklungsländer aus ethnologischer und soziologischer Sicht, Berlin 1996, S. 21-52
- Ulrich Streeck (1993) (Hg.): Das Fremde in der Psychoanalyse. Erkundungen über das „Andere“ in Seele, Körper und Kultur, München 1993
- Ulrike Popp (1994): Geteilte Zukunft, Opladen 1994

- Unser, Günther (1985): Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, München 1985, 3. Aufl.
- Uzun, Ertugrul (1993): Gastarbeiter - Immigranten – Minderheit. Vom Identitätswandel der Türken in Deutschland, in: Leggewie, Claus/Senocak, Zafer (Hg.) (1993): Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 49-65
- van Dijk, Teun A. (1990): Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Duisburg 1991
- van Dijk, Teun A. (1993): Eliten, Rassismus und die Presse, in: Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993) (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg 1993, S. 80-130
- Vaskovics, Laslo A. (1982) (Hg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Opladen 1982
- von Ferber, Christian (1984): Zur Zivilisationstheorie von Norbert Elias - heute, in: Gleichmann, Peter/Goudsblom, Johan/Korte, Hermann (1984) (Hg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt 1984, S. 105-128
- von Plate, Bernard (1995): Sicherheit jenseits der Blockkonfrontation, in: Bundeszentrale für politische Bildung (1995) (Hg.): Internationale Beziehungen II. Frieden und Sicherheit in den 90er Jahren, Informationen zur politischen Bildung Nr. 246, Bonn 1995, S. 3-6
- Wahl, Francois (1973) (Hg.): Einführung in den Strukturalismus, Frankfurt 1981, 2. Aufl.
- Weiler Guido (1994): Politische Betätigung von Ausländern, insbesondere ausländischer Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (1994) (Hg.): Information zum Ausländerrecht und zum Ausländerextremismus, Köln 1994, S. 30-61
- Weiß, Ralph (1997): Läßt sich über Qualität streiten? Versuche in der Kommunikationswissenschaft zur Verobjektivierung des Qualitätsbegriffs, in: Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997, S. 185-199
- Welz, Gisela (1992): Multikulturelle Stadtpolitik. Das Frankfurter Modell, in: Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaften (1992): Multikultur Journal, Tübingen 1992, S. 6-12
- Wernhart, Karl R. (1971): Bemerkungen zum Kulturwandel aus der Sicht der Ethnohistorie und Kulturgeschichte, in: ders. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 99-115
- Wernhart, Karl R. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986
- Wernhart, Karl R. (1986): Einführung, in: ders. (1986) (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte, Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986, S. 11-16
- Wernhart, Karl R./Zips, Werner (1981): Ethnohistorie und Kulturgeschichte: Diskussion der theoretischen und methodologischen Grundlagen, in: Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Stagl, Justin (1993) (Hg.): Grundfragen der Ethnologie. Beiträge zur gegenwärtigen Theorie-Diskussion, Berlin 1993, 2. überarb. und erw. Aufl., S. 255-272
- Weßler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (1997) (Hg.): Perspektiven der Medienkritik. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag, Opladen 1997
- Wilpert, Czarina (1980): Die Zukunft der Zweiten Generation. Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten ausländischer Kinder, Königstein 1980
- Wimmer, Franz Martin (1996): Polylog der Traditionen im philosophischen Denken. Universalismus versus Ethnophilosophie?, in: Sandkühler, Hans Jörg/Mall, Ram Adhar (1996) (Hg.): Das Selbst und das Fremde – Der Streit der Kulturen, DIALEKTIK. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Nr. 1996/1, Hamburg 1996, S. 81-98

- Winkler, Beate (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl.
- Winkler, Beate (1993a): Einleitung, in: dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 11-15
- Winkler, Beate (1993b): Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik, in: dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl.S. 33-44
- Winkler, Beate (1993c): Spannungsfelder des Zusammenlebens, in: dies. (1993a) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 63-94
- Winkler, Beate (1993d): Ganzheitliche Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, in: dies. (1993) (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München 1993, 3. aktual. Aufl., S. 95-114
- Wissenschaftlerinnen in der Europäischen Ethnologie WI-DEE (1993) (Hg.): Nahe Fremde – fremde Nähe. Frauen forschen zu Ethnos, Kultur, Geschlecht. Reihe Frauenforschung. Band 24, Wien 1993
- Witthoef, Maren (1995): Welcher Zukunft zugewandt? Wolfgang Schäubles Weltbild und Politikkonzept im Lichte neokonservativer Modernisierungsversuche, in: Frankfurter Rundschau vom 3.8.95, S. 12
- Wöhlcke, Manfred (1995): Nord-Süd-Beziehungen in den 90er Jahren, in: Bundeszentrale für politische Bildung (1995) (Hg.): Internationale Beziehungen II. Frieden und Sicherheit in den 90er Jahren, Informationen zur politischen Bildung Nr. 246, Bonn 1995, S. 43-47
- Wöhlert, Torsten (1991): Modellfall Golfkrieg?, in: Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991, S. 9-26
- Wöhlert, Torsten / Türpe, Andrée (1991) (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien, Frankfurt 1991
- Wolf-Almanasreh, Rosi (1993) (Hg.): Zweieinhalb Jahre Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt 1993
- Wulff, Erich (1987): Vom Wahn zur Methode, in: Duerr, Hans Peter (1987) (Hg.): Die Wilde Seele. Zur Ethnopschoanalyse von Georges Devereux, Frankfurt 1987, S.398-418
- Wurzbacher, Gerhard (1963) (Hg.): Der Mensch als soziales und personales Wesen. Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation, Stuttgart 1968, 2. unveränd. Aufl.
- Wurzbacher, Gerhard (1963): Sozialisation – Enkulturation - Personalisation, in: ders. (1963) (Hg.): Der Mensch als soziales und personales Wesen. Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation, Stuttgart 1968, 2. unveränd. Aufl., S. 1-34
- Zedler, Peter / Moser, Heinz (1983)(Hg.): Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zur Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983
- Zeitverlag (1996a) (Hg.): Auflagenmeldung, Hamburg 1996
- Zeitverlag (1996b) (Hg.): MA '96/II – Die Zeit: Media-Dienst – Daten zur Mediaplanung 1997, Hamburg 1996
- Zeitverlag (o.J.)(Hg.): Die Zeit. Eine Wochenzeitung stellt sich vor, Hamburg o.J.
- Zentrum für Türkeistudien (1995a) (Hg.): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit, Opladen 1995
- Zentrum für Türkeistudien (1995b) (Hg.): Migration und Emanzipation. Türkische Frauen in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1995
- Zimmerli, Walter Ch. (1992): Das Abendland nach seinem Untergang. Europa zwischen Dualismus und Pluralismus, in: Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter (1992) (Hg.): Das verunsicherte Europa, Frankfurt 1992, S. 54-76

Analysematerial

- ALG-S-1 o.A.: Regime vor dem Bankrott?, Der Spiegel 27.1.1997, S. 119
- ALG-S-2 o.A.: Training für Terroristen, Der Spiegel 3.2.1997, S. 127
- ALG-S-3 o.A.: Der Tod ist so banal, Der Spiegel 24.2.1997, S. 182-186
- ALG-S-4 o.A.: „Sauber hingeguckt“, Der Spiegel 28.4.1997, S. 91-93
- ALG-S-5 o.A.: „Die Risiken minimieren“, Der Spiegel 28.4.1997, S. 93
- ALG-S-6 o.A.: Geld für Demokratie, Der Spiegel 9.6.1997, S. 131
- ALG-S-7 o.A.: Islamistenführer zum Dialog bereit, Der Spiegel 21.7.1997, S. 119
- ALG-S-8 o.A.: „Islam über alles“, Der Spiegel 25.8.1997, S. 154-155
- ALG-S-9 o.A.: Lächeln des Berbers, Der Spiegel 8.9.1997, S. 152-153
- ALG-S-10 o.A.: Neue Front im Bürgerkrieg, Der Spiegel 29.9.1997, S. 189
- ALG-S-11 Boudjedra, Rachid: Zyankali auf dem Nachttisch, Der Spiegel 20.10.1997, S. 188-190
- ALG-S-12 o.A.: Wahlen ohne Frieden, Der Spiegel 27.10.1997, S. 167
- ALG-S-13 o.A.: „Totengräber der Demokratie“, Der Spiegel 3.11.1997, S. 164
-
- ALG-W-1 o.A.: Weitere Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 26.1.1997, S. 2
- ALG-W-2 Kremp, Herbert: Algeriens politischer Islam hat sich vom Koran losgelöst, Welt am Sonntag 26.1.1997, S. 9
- ALG-W-3 o.A.: Massaker an 32 Zivilisten in Algerien, Welt am Sonntag 23.3.1997, S. 2
- ALG-W-4 o.A.: 22 Menschen in einem Dorf ermordet, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 5
- ALG-W-5 o. A.: Algerien: Ouyahia bildet neue Regierung, Welt am Sonntag 15.6.1997, S. 5
- ALG-W-6 o.A.: Neue Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 27.7.1997, S. 2
- ALG-W-7 o.A.: 88 Tote bei Massakern in algerischen Dörfern, Welt am Sonntag 3.8.1997, S. 6
- ALG-W-8 o.A.: 15 Menschen von Islamisten geköpft, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 6
- ALG-W-9 o.A.: Neue Massaker in Algerien, Welt am Sonntag 31.8.1997, S. 1
- ALG-W-10 o.A.: 80 Menschen in Algier ermordet, Welt am Sonntag 7.9.1997, S. 1
- ALG-W-11 o.A.: Erneut 23 Tote bei Massakern in Algerien, Welt am Sonntag 28.9.1997, S. 5
- ALG-W-12 o.A.: Massaker in Algerien mit Raketen und Macheten, Welt am Sonntag 5.10.1997, S. 2
- ALG-W-13 o.A.: Sechs Tote bei Bombenanschlag in Moschee, Welt am Sonntag 12.10.1997, S. 4
- ALG-W-14 o.A.: Algier: Panik nach Entdeckung einer Drei-Kilo-Bombe, Welt am Sonntag 19.10.1997, S. 3
- ALG-W-15 o.A.: Massaker nach Hochzeitsfeier in Algerien, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 4
- ALG-W-16 o.A.: Fünf Bäckern in Algerien die Kehlen durchgeschnitten, Welt am Sonntag 14.12.1997, S. 3
- ALG-W-17 o.A.: 75 Menschen von Fundamentalisten in Algerien massakriert, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 3
-
- ALG-Z-1 Buch, Hans Christoph: Jeder Stein ist ein Gebet, Die Zeit 31.1.1997, S. 67
- ALG-Z-2 Gsteiger, Fredy: Lieber schießen als reden, Die Zeit 31.1.1997, S. 14
- ALG-Z-3 Jelloun, Tahar Ben: Exzeß der Gewalt, Ohnmacht der Worte, Die Zeit 14.2.1997, S. 44
- ALG-Z-4 Deile, Volkmar: Teheran muß sich verantworten, Die Zeit 7.3.1997, S. 14
- ALG-Z-5 Lüders, Michael: Zwischen Bürgerkrieg und Blutrache, Die Zeit 5.9.1997, S. 16

- ALG-Z-6 Fritz-Vannahme, Joachim: Algerien braucht Europa, Die Zeit 19.9.1997, S. 1
- ALG-Z-7 Guerrin, Michel: Madonna in der Hölle, Die Zeit 3.10.1997, S. 14
- ALG-Z-8 o.A.: Fakten zum Bürgerkrieg, Die Zeit 3.10.1997, S. 14
- ALG-Z-9 o.A.: Verhaftet, Die Zeit 14.11.1997, S. 2
-
- IRAK-S-1 o.A.: Blutiger Familienstreit, Der Spiegel 27.1.1997, S. 119
- IRAK-S-2 o.A.: Spion, der aus dem Feuer kam, Der Spiegel 28.7.1997, S. 116-118
- IRAK-S-3 o.A.: Damaskus und Bagdad schmieden Allianz, Der Spiegel 1.9.1997, S. 143
- IRAK-S-4 o.A.: Mit Raketen leben, Der Spiegel 3.11.1997, S. 155
- IRAK-S-5 o.A.: Schwert zwischen den Zähnen, Der Spiegel 10.11.1997, S. 160-162
- IRAK-S-6 o.A.: „Mehr Stalin als Hitler“, Der Spiegel 10.11.1997, S. 164-165
- IRAK-S-7 o.A.: Saddams Mann in Bonn, Der Spiegel 17.11.1997, S. 22-24
- IRAK-S-8 o.A.: Saddam gegen die Supermacht, Der Spiegel 17.11.1997, S. 166-179
- IRAK-S-9 o.A.: Arsenal des Todes, Der Spiegel 17.11.1997, S. 173
- IRAK-S-10 o.A.: „Koste es, was es wolle“, Der Spiegel 17.11.1997, S. 170
- IRAK-S-11 o.A.: „Bomben bringen nichts“, Der Spiegel 17.11.1997, S. 176
- IRAK-S-12 o.A.: Knüppel aus der Hand, Der Spiegel 24.11.1997, S. 194-195
- IRAK-S-13 o.A.: Unwissende Kontrolleure, Der Spiegel 1.12.1997, S. 17
- IRAK-S-14 Aziz, Namo: Teurer Saddam, Der Spiegel 8.12.1997, S. 174-179
-
- IRAK-W-1 o.A.: Flug von Pilgern entzweit UN-Sicherheitsrat, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 7
- IRAK-W-2 o.A.: UN will Waffeninspektoren in den Irak zurücksenden, Welt am Sonntag 2.11.1997, S. 5
- IRAK-W-3 o.A.: Irak droht USA – Kriegsgefahr wächst, Welt am Sonntag 9.11.1997, S. 2
- IRAK-W-4 Schelling, Siegmund: Prophet und Provokateur, Welt am Sonntag 9.11.1997, S. 34
- IRAK-W-5 Kremp, Herbert: Im Irak steht die Pax americana auf dem Spiel, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 9
- IRAK-W-6 o.A.: Erster Einsatz einer Neutronenbombe gegen Irak?, Welt am Sonntag 16.11.1997, S. 1
- IRAK-W-7 Feldmann, Achim: Am Abgrund, Welt am Sonntag 23.11.1997, S. 33
- IRAK-W-8 o.A.: UN-Kontrolleure sind in den Irak zurückgekehrt, Welt am Sonntag 23.11.1997, S. 2
- IRAK-W-9 Inacker, Michael J.: Bakterien – Jetzt baut Saddam Raketen, die bis Europa reichen, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 1
- IRAK-W-10 Inacker, Michael J.: Die politischen Fehler im Umgang mit dem Irak, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 9
- IRAK-W-11 o.A.: Die UNO vermutet in Saddams 77 Palästen Gift und Gas, Welt am Sonntag 30.11.1997, S. 5
- IRAK-W-12 Kissinger, Henry: Gegen Despoten wie Saddam hilft nur Entschlossenheit, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 6
- IRAK-W-13 Inacker, Michael J.: Irak hat mehr Waffen als angenommen, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 2
- IRAK-W-14 o.A.: Irak darf wieder Erdöl verkaufen, Welt am Sonntag 28.12.1997, S. 5
-
- IRAK-Z-1 Aziz, Namo: „In meiner Heimat bin ich ein Ausländer“, Die Zeit 20.6.1997, S. 8
- IRAK-Z-2 Lüders, Michael: Das neue Reich des Bösen, Die Zeit 11.7.1997, S. 13
- IRAK-Z-3 Solschenizyn, Alexander: Heuchelei überall, Die Zeit 29.8.1997, S. 7
- IRAK-Z-4 Lüders, Michael: Saddam und die Politik des Hungers, Die Zeit 7.11.1997, S. 3

- IRAK-Z-5 Schwelien, Michael: Die Scheu vor dem Alleingang, Die Zeit 7.11.1997, S. 2
- IRAK-Z-6 Schwelien, Michael: „Fünfzig Millionen tödliche Dosen“, Die Zeit 7.11.1997, S. 2
- IRAK-Z-7 Bertram, Christoph: Im Banne Saddams, Die Zeit 14.11.1997, S. 1
- IRAK-Z-8 Schwelien, Michael: Die Strategie der kleinen Schritte, Die Zeit 21.11.1997, S. 11
- IRAK-Z-9 Lüders, Michael: „Der Islam ist die Lösung“, Die Zeit 21.11.1997, S. 2
- IRAK-Z-10 Tenbrock, Christian: Der Mann für die Finsterlinge, Die Zeit 21.11.1997, S. 11
- IRAK-Z-11 Randow, Gero von: Eine neue Spirale des Schreckens, Die Zeit 28.11.1997, S. 49
- IRAK-Z-12 Buhl, Dieter: Der Nervenkrieg geht weiter, Die Zeit 28.11.1997, S. 10
- IRAK-Z-13 Cohen, William S.: Die Front des 21. Jahrhunderts, Die Zeit 5.12.1997, S. 16
- IRAK-Z-14 Lewis, Flora: Was tun mit der Macht?, Die Zeit 26.12.1997, S. 3
- IRAK-Z-15 Dönhoff, Marion Gräfin: Vom Recht auf Würde, Die Zeit 26.12.1997, S. 1
-
- IRAN-S-1 o.A.: Atmosphäre der Angst, Der Spiegel 30.12.1996, S. 104-107
- IRAN-S-2 o.A.: Bargeld aus Teheran, Der Spiegel 6.1.1997, S. 103
- IRAN-S-3 o.A.: Grüner Rückzug, Der Spiegel 6.1.1997, S. 18
- IRAN-S-4 o.A.: Teheran hilft der PKK, Der Spiegel 13.1.1997, S. 105
- IRAN-S-5 o.A.: Strengstes Stillschweigen, Der Spiegel 3.2.1997, S. 142
- IRAN-S-6 Rotter, Gernot: Druck statt Dialog, Der Spiegel 17.2.1997, S. 38-40
- IRAN-S-7 o.A.: Angst vor dem Urteil, Der Spiegel 7.4.1997, S. 40-43
- IRAN-S-8 Maroufi, Abbas: Sturz in den Wahnsinn, Der Spiegel 14.4.1997, S. 148-149
- IRAN-S-9 o.A.: Der Wille zur Wahrheit, Der Spiegel 14.4.1997, S. 22-26
- IRAN-S-10 o.A.: „Nur noch den Hals retten“, Der Spiegel 14.4.1997, S. 24-25
- IRAN-S-11 o.A.: Schweigen und prüfen, Der Spiegel 21.4.1997, S. 117
- IRAN-S-12 o.A.: „Beste Kontakte“, Der Spiegel 21.4.1997, S. 116-117
- IRAN-S-13 o.A.: Nur kein Aufsehen, Der Spiegel 28.4.1997, S. 154-155
- IRAN-S-14 o.A.: Kollektiv blamiert, Der Spiegel 5.5.1997, S. 35
- IRAN-S-15 o.A.: Soko Mullah, Der Spiegel 19.5.1997, S. 18
- IRAN-S-16 o.A.: Für Allah und gegen den Westen, Der Spiegel 19.5.1997, S. 154-156
- IRAN-S-17 o.A.: Bakschisch für Teheran, Der Spiegel 30.6.1997, S. 52
- IRAN-S-18 o.A.: Die Mullah-Spur, Der Spiegel 7.7.1997, S. 34-35
- IRAN-S-19 o.A.: Rückkehr nach Teheran?, Der Spiegel 21.7.1997, S. 18
- IRAN-S-20 o.A.: Hilfe für WestLB, Der Spiegel 21.7.1997, S. 63
- IRAN-S-21 Maroufi, Abbas: Sprung in die Schlangengrube, Der Spiegel 28.7.1997, S. 127-129
- IRAN-S-22 o.A.: Teheran verlangt Wiedergutmachung, Der Spiegel 11.8.1997, S. 119
- IRAN-S-23 o.A.: Sprung über den Schatten, Der Spiegel 18.8.1997, S. 134-135
- IRAN-S-24 o.A.: Alle raus, alle wieder hin, Der Spiegel 17.11.1997, S. 25
- IRAN-S-25 o.A.: Gesicht der Güte, Der Spiegel 15.12.1997, S. 144-147
-
- IRAN-W-1 Vielain, Heinz: „Wir müssen Racheaktionen befürchten“, Welt am Sonntag 2.3.1997, S. 35
- IRAN-W-2 o.A.: Bundesanwaltschaft prüft weitere Schritte gegen Iran, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 3

- IRAN-W-3 Inacker, Michael J.: „Eklatanter Verstoß gegen Völkerrecht durch Iran“, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 3
- IRAN-W-4 o.A.: Richter Kubsch – standhaft für die Pflicht und gegen die Angst, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 3
- IRAN-W-5 Inacker, Michael J.: Mykonos-Urteil setzt ein Zeichen politischer Selbstachtung, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 9
- IRAN-W-6 Steinbach, Udo: Hinter der Fassade aus Entrüstung in Iran tobt ein Machtkampf zwischen Mullahs und Pragmatikern, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 33-34
- IRAN-W-7 Vielain, Heinz: Vier Zentren des Iran-Geheimdienstes in Deutschland, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 34
- IRAN-W-8 o.A.: Kinkel fordert von Teheran Sicherheit für Deutsche, Welt am Sonntag 20.4.1997, S. 2
- IRAN-W-9 Vielain, Heinz: Geheimdienst warnt: Iran entwickelt Atomwaffen, Welt am Sonntag 27.4.1997, S. 4
- IRAN-W-10 Kremp, Herbert: Iran erkannte Europas Schwäche und schlug zu, Welt am Sonntag 4.5.1997, S. 9
- IRAN-W-11 o.A.: Irans künftiger Präsident leitete das Islam-Zentrum in Hamburg, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 3
- IRAN-W-12 o.A.: Erneut starkes Erdbeben im Iran, Welt am Sonntag 22.6.1997, S. 13
- IRAN-W-13 o.A.: Iran erwägt Bündnis mit Syrien und Irak, Welt am Sonntag 13.7.1997, S. 6
- IRAN-W-14 o.A.: Besitzt der Iran bald Atombomben?, Welt am Sonntag 29.6.1997, S. 6
- IRAN-W-15 o.A.: Iran will Bauteile für Atombombe kaufen, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 6
-
- IRAN-Z-1 o.A.: Mundfaul, Die Zeit 3.1.1997, S. 12
- IRAN-Z-2 Gaserow, Vera: Erst die Killer fragen, Die Zeit 24.1.1997, S. 12
- IRAN-Z-3 Kleine-Brockhoff, Thomas: Lügen, um schneller zu sterben, Die Zeit 7.2.1997, S. 2
- IRAN-Z-4 Kleine-Brockhoff, Thomas: „Im Iran spielt die Totenmusik“, Die Zeit 7.2.1997, S. 2
- IRAN-Z-5 Kleine-Brockhoff, Thomas: Die Eiszeit ist nah, Die Zeit 14.2.1997, S. 6
- IRAN-Z-6 Deile, Volkmar: Teheran muß sich verantworten, Die Zeit 7.3.1997, S. 14
- IRAN-Z-7 o.A.: Mullah-Wahlkampf, Die Zeit 4.4.1997, S. 2
- IRAN-Z-8 Schwelien, Michael: „Wichtige Ziele zerstören“, Die Zeit 18.4.1997, S. 5
- IRAN-Z-9 Leicht, Robert: Ein Staat, ein Mord, Die Zeit 18.4.1997, S. 1
- IRAN-Z-10 o.A.: Schaltstelle des Terrors, Die Zeit 18.4.1997, S. 5
- IRAN-Z-11 o.A.: Das Letzte, 18.4.1997, S. 52
- IRAN-Z-12 Lüders, Michael: Schamfrist, ultrakurz, Die Zeit 9.5.1997, S. 6
- IRAN-Z-13 Cerha, Birgit: Der Hetzer und der Intellektuelle, Die Zeit 16.5.1997, S. 2
- IRAN-Z-14 Buhl, Dieter: Erst der Handel, dann die Moral, Die Zeit 23.5.1997, S. 38
- IRAN-Z-15 Sciolino, Elaine: Unter dem Tschador, Die Zeit 23.5.1997, S. 57
- IRAN-Z-16 Schweizer, Peter/Weinberger, Caspar W.: Moskau siegt am Kaspischen Meer, Die Zeit 30.5.1997, S. 8
- IRAN-Z-17 Lüders, Michael: Denktettel für die Mullahs, Die Zeit 30.5.1997, S. 1
- IRAN-Z-18 Cerha, Birgit: „Wir sollen alle verschwinden“, Die Zeit 20.6.1997, S. 7
- IRAN-Z-19 Bloch, Werner: Ich bin Faradsch Sarkuhi, Die Zeit 27.6.1997, S. 45
- IRAN-Z-20 Lüders, Michael: Das neue Reich des Bösen, Die Zeit 11.7.1997, S. 13
- IRAN-Z-21 Lüders, Michael: Kein Kurswechsel, Die Zeit 1.8.1997, S. 6
- IRAN-Z-22 Müller, Herta: Sarkuhi ist unschuldig, Die Zeit 1.8.1997, S. 37-38
- IRAN-Z-23 o.A.: Unter Mullahs, Die Zeit 8.8.1997, S. 1
- IRAN-Z-24 Nirumand, Bahman: Politik der leisen Töne, Die Zeit 29.8.1997, S. 8
- IRAN-Z-25 Said: Kein Ende, Die Zeit 26.9.1997, S. 58

- IRAN-Z-26 Randow, Gero von: Eine neue Spirale des Schreckens, Die Zeit 28.11.1997, S. 49
- IRAN-Z-27 Cerha, Birgit: Was darf ein Gottesstaat?, Die Zeit 19.12.1997, S. 6
- TÜRK-S-1 o.A.: Hochachtung vor einem Killer, Der Spiegel 27.1.1997, S. 138-140
- TÜRK-S-2 o.A.: Aus zweiter Hand, Der Spiegel 3.2.1997, S. 16
- TÜRK-S-3 o.A.: Wurst vor der Nase, Der Spiegel 24.3.1997, S. 34
- TÜRK-S-4 Bednarz, Dieter: Sturz in die Dunkelheit, Der Spiegel 31.3.1997, S. 146-149
- TÜRK-S-5 o.A.: „Wir werden zur Zielscheibe“, Der Spiegel 7.4.1997, S. 138-140
- TÜRK-S-6 o.A.: „Ich liebe alle Menschen“, Der Spiegel 7.4.1997, S. 140
- TÜRK-S-7 o.A.: Gold oder Gäste, Der Spiegel 14.4.1997, S. 18
- TÜRK-S-8 o.A.: Zeitbomben in den Vorstädten, Der Spiegel 14.4.1997, S. 78-93
- TÜRK-S-9 Demirkan, Renan: Respekt statt Integration, Der Spiegel 14.4.1997, S. 80-81
- TÜRK-S-10 o.A.: „Ich muß blöd gewesen sein“, Der Spiegel 14.4.1997, S. 88
- TÜRK-S-11 o.A.: Fünfte Kolonne des Islam, Der Spiegel 14.4.1997, S. 90
- TÜRK-S-12 Aziz, Namo: Prügel mit Hitlers Konterfei, Der Spiegel 21.4.1997, S. 182-185
- TÜRK-S-13 o.A.: Wende ins Völkische, Der Spiegel 21.4.1997, S. 145
- TÜRK-S-14 o.A.: Personalien, Der Spiegel 21.4.1997, S. 264
- TÜRK-S-15 o.A.: „Die Regierung ist todgeweiht“, Der Spiegel 5.5.1997, S. 143
- TÜRK-S-16 o.A.: Kreative Mercedes-Spots, Der Spiegel 5.5.1997, S. 109
- TÜRK-S-17 Supp, Barbara: Die Droge heißt Respekt, Der Spiegel 26.5.1997, S. 110-113
- TÜRK-S-18 o.A.: Lektion für den Lehrer, Der Spiegel 2.6.1997, S. 140-141
- TÜRK-S-19 Kappert, Petra: Grollen der Generäle, Der Spiegel 23.6.1997, S. 140-142
- TÜRK-S-20 o.A.: Entlastung für Çiller, Der Spiegel 21.7.1997, S. 18
- TÜRK-S-21 o.A.: Der Tod des Kalifen, Der Spiegel 11.8.1997, S. 44-45
- TÜRK-S-22 o.A.: „Jeder Krieg verdirbt das Volk“, Der Spiegel 25.8.1997, S. 174-177
- TÜRK-S-23 o.A.: Tips aus Deutschland, Der Spiegel 8.9.1997, S. 18
- TÜRK-S-24 o.A.: „Es blutete nonstop“, Der Spiegel 15.9.1997, S. 36-37
- TÜRK-S-25 o.A.: „Der Schlüssel liegt in Bonn“, Der Spiegel 22.9.1997, S. 165-167
- TÜRK-S-26 o.A.: Kino-Import aus der Türkei, Der Spiegel 29.9.1997, S. 229
- TÜRK-S-27 o.A.: Patriotische Pflicht, Der Spiegel 27.10.1997, S. 176
- TÜRK-S-28 o.A.: „Unser Nachbar ist aggressiv“, Der Spiegel 3.11.1997, S. 171-176
- TÜRK-S-29 o.A.: Einladung zur Unruhe, Der Spiegel 24.11.1997, S. 202
- TÜRK-S-30 o.A.: „Europäischer Rassismus“, Der Spiegel 1.12.1997, S. 16
- TÜRK-S-31 o.A.: Liebe im Herzen, Der Spiegel 8.12.1997, S. 180
- TÜRK-S-32 o.A.: Lobby der Folterer, Der Spiegel 15.12.1997, S. 154
- TÜRK-S-33 Augstein, Rudolf: Getürkte Türkei, Der Spiegel 22.12.1997, S. 27
- TÜRK-S-34 Pamuk, Orhan: Verschmähte Liebhaber, Der Spiegel 22.12.1997, S. 120-121

- TÜRK-W-1 o.A.: Türkei geht gegen Kurden im Irak vor, Welt am Sonntag 5.1.1997, S. 6
- TÜRK-W-2 Pollack, Wolfgang: Illegale Moschee in Hanau geschlossen – Gebetsräume trotz Bauverbots errichtet, Welt am Sonntag 2.2.1997, S. 15
- TÜRK-W-3 o.A.: Türkische Drohungen, Welt am Sonntag 2.2.1997, S. 9
- TÜRK-W-4 o.A.: Anschlags-Opfer von Den Haag in Türkei beigesetzt, Welt am Sonntag 30.3.1997, S. 5
- TÜRK-W-5 Boss, Thilo/Uzulus, André: Krefelder Opfer in Istanbul beigesetzt, Welt am Sonntag 6.4.1997, S. 1-2
- TÜRK-W-6 o.A.: Ehemaliger Führer der „Grauen Wölfe“ gestorben, Welt am Sonntag 6.4.1997, S. 7
- TÜRK-W-7 o.A.: Deutsche Firma soll Groß-Moschee bauen, Welt am Sonntag 13.4.1997, S. 5
- TÜRK-W-8 o.A.: Zwei Rücktritte – Türkische Koalition vor dem Ende?, Welt am Sonntag 27.4.1997, S. 3
- TÜRK-W-9 Blüm, Norbert: Ich habe es mit eigenen Augen gesehen, Welt am Sonntag 18.5.1997, S. 10
- TÜRK-W-10 o.A.: Türkische Armee setzt Offensive in Nordirak fort, Welt am Sonntag 18.5.1997, S. 6
- TÜRK-W-11 Boss, Thilo: Gastarbeiter mit geänderten Geburtsdaten früher in Rente, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 12
- TÜRK-W-12 o.A.: Koalition in der Türkei steht vor Mehrheits-Verlust, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 7
- TÜRK-W-13 o.A.: Türkische Gemeinde warnt vor Krawallen, Welt am Sonntag 25.5.1997, S. 3
- TÜRK-W-14 Bağcı, Hüseyin: Warum türkische Militärs vor den Islamisten warnen, Welt am Sonntag 1.6.1997, S. 6
- TÜRK-W-15 Pollack, Wolfgang: Kurdische Kinder als Dealer in Deutschland, Welt am Sonntag 1.6.1997, S. 15
- TÜRK-W-16 o.A.: Türkei: Politische Instabilität dauert an, Welt am Sonntag 15.6.1997, S. 6
- TÜRK-W-17 o.A.: Türkei: Yılmaz will Koalitionsregierung mit Çiller-Partei, Welt am Sonntag 22.6.1997, S. 3
- TÜRK-W-18 o.A.: Türkei: Tansu Çiller verliert weitere Abgeordnete an Konkurrenten Yılmaz, Welt am Sonntag 29.6.1997, S. 3
- TÜRK-W-19 o.A.: Schlägerei im türkischen Parlament, Welt am Sonntag 13.7.1997, S. 3
- TÜRK-W-20 o.A.: Türkische Armee entläßt pro-iranische Offiziere, Welt am Sonntag 3.8.1997, S. 5
- TÜRK-W-21 o.A.: Blutiges Ende einer Hochzeitsfeier – sieben Tote, Welt am Sonntag 3.8.1997, S. 13
- TÜRK-W-22 o.A.: Türkei: Parlament billigt Schließung von Koran-Klassen, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 6
- TÜRK-W-23 o.A.: Kurdische Rebellen bedrängten Touristen, Welt am Sonntag 17.8.1997, S. 1
- TÜRK-W-24 o.A.: Kämpfe gegen PKK in der Südtürkei, Welt am Sonntag 7.9.1997, S. 7
- TÜRK-W-25 o.A.: Justiz bietet PKK-Chef Absprache an, Welt am Sonntag 28.9.1997, S. 2
- TÜRK-W-26 Antonaros, Evangelos: Größte Wirtschaftsmacht der Türkei ist das Militär, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 70
- TÜRK-W-27 Kummer, Jochen: Schicksal der Kurden, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 3
- TÜRK-W-28 o.A.: Worte über Günter Grass, Welt am Sonntag 26.10.1997, S. 3
- TÜRK-W-29 Kummer, Jochen: Werden Türken Deutsche?, Welt am Sonntag 2.11.1997, S. 3
- TÜRK-W-30 o.A.: Schulungszentrum von Moslems bei Hannover, Welt am Sonntag 23.11.1997, S. 3
- TÜRK-W-31 o.A.: Partei von Erbakan soll verboten werden, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 4
- TÜRK-W-32 o.A.: Türkei setzt Offensive gegen PKK fort, Welt am Sonntag 7.12.1997, S. 4
- TÜRK-W-33 o.A.: Erbakan plant neue islamistische Partei, Welt am Sonntag 14.12.1997, S. 4
- TÜRK-W-34 Kremp, Herbert: Erweiterung und Türkei sind Bleigewichte Europas, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 9
- TÜRK-W-35 o.A.: Bonn half Türkei mit 7. Mrd. Mark, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 3
- TÜRK-W-36 Kummer, Jochen: Wird Europa „zu einem christlichen Klub“?, Welt am Sonntag 21.12.1997, S. 3

- TÜRK-Z-1 Uebel, Cornelia: Die stillen Aufsteiger, Die Zeit 3.1.1997, S. 20
- TÜRK-Z-2 Lüders, Michael: Fadenscheinig, Die Zeit 10.1.1997, S. 6
- TÜRK-Z-3 Werner, Gabriele: Fräulein Mutter & andere Heldinnen, Die Zeit 24.1.1997, S. 70
- TÜRK-Z-4 Bertram, Christoph: Europas Jahr der Entscheidungen, Die Zeit 31.1.1997, S. 3
- TÜRK-Z-5 Cerha, Birgit: Watergate in Ankara, Die Zeit 31.1.1997, S. 11
- TÜRK-Z-6 Rothe, Mechthild: Eine Insel wird zur Geisel der Politik, Die Zeit 31.1.1997, S. 8
- TÜRK-Z-7 Lüders, Michael: Erbakans Provokation, Die Zeit 14.2.1997, S. 6
- TÜRK-Z-8 Wallraff, Günter: „Ich ähnele dem heiligen Christus“, Die Zeit 28.2.1997, S. 13
- TÜRK-Z-9 Roggenkamp, Viola: ... aber Süheyla möchte bleiben, Die Zeit 28.2.1997, S. 72
- TÜRK-Z-10 o.A.: Kemals Wächter, Die Zeit 7.3.1997, S. 4
- TÜRK-Z-11 Sommer, Theo: Europa ist kein Christen-Club, Die Zeit 14.3.1997, S. 1
- TÜRK-Z-12 Cerha, Birgit: Ein Vulkan erwacht, Die Zeit 14.3.1997, S. 7
- TÜRK-Z-13 Wernicke, Christian: Zwischen den Stühlen, Die Zeit 14.3.1997, S. 7
- TÜRK-Z-14 Betz, Klaus: „Dann wird das Paradies zur Hölle“, Die Zeit 28.3.1997, S. 62
- TÜRK-Z-15 Keller, Martina: Einbürgern, Ausbürgern, Einbürgern, Die Zeit 28.3.1997, S. 69
- TÜRK-Z-16 Hofmann, Gunter: Alles im Lot?, Die Zeit 11.4.1997, S. 8
- TÜRK-Z-17 Paasch, Ulrich: Ah, bist du aufregend..., Die Zeit 11.4.1997, S. 65
- TÜRK-Z-18 Wehrmann, Elisabeth: Ein Modell ist gefährdet, Die Zeit 18.4.1997, S. 6
- TÜRK-Z-19 Gottschlich, Jürgen: Die Armee bringt keine Rettung, Die Zeit 25.4.1997, S. 13
- TÜRK-Z-20 o.A.: Gefolttert, Die Zeit 25.4.1997, S. 2
- TÜRK-Z-21 Betz, Klaus: Türkei: Kampf gegen Goldmine beim antiken Pergamon, Die Zeit 2.5.1997, S. 67
- TÜRK-Z-22 Kirbach, Roland: Solingen war die Zäsur, Die Zeit 16.5.1997, S. 14
- TÜRK-Z-23 Kappert, Petra: Der Falke, Die Zeit 23.5.1997, S. 46
- TÜRK-Z-24 Manousakis, Gregor M.: Gute Freunde verschließen die Augen, Die Zeit 30.5.1997, S. 8
- TÜRK-Z-25 Sommer, Theo: Gesucht: Ein moderner Atatürk, Die Zeit 6.6.1997, S. 7
- TÜRK-Z-26 Keskin, Hakki: Von Privilegien kann keine Rede sein, Die Zeit 13.6.1997, S. 10
- TÜRK-Z-27 Kleine-Brockhoff, Thomas: Deutschland, deine Islamisten, Die Zeit 20.6.1997, S. 6
- TÜRK-Z-28 o.A.: Halbmond, Die Zeit 4.7.1997, S. 1
- TÜRK-Z-29 Dilloo, Rüdiger: Witwe Rachl und ihr Türke, Die Zeit 18.7.1997, S. 7
- TÜRK-Z-30 o.A.: Sultan, Die Zeit 1.8.1997, S. 2
- TÜRK-Z-31 Lüders, Michael: Die zwei Gesichter des Islam, Die Zeit 15.8.1997, S. 3
- TÜRK-Z-32 Braun, Adrienne: Eine kleine Naht, Die Zeit 22.8.1997, S. 60
- TÜRK-Z-33 Keßler, Helga: Die fürsorgliche Belagerung Trojas, Die Zeit 29.8.1997, S. 42
- TÜRK-Z-34 Kruse, Kuno: Wo der Muezzin ruft, Die Zeit 29.8.1997, S. 15
- TÜRK-Z-35 Oguzhan, Teoman: Die zweite Generation, Die Zeit 5.9.1997, S. 24
- TÜRK-Z-36 Matting, Michael: „Nicht einmal ein Stück Brot“, Die Zeit 26.9.1997, S. 34
- TÜRK-Z-37 Martin, Ralf-Peter: Navarino – die Schlacht, die keiner wollte, Die Zeit 10.10.1997, S. 56
- TÜRK-Z-38 Winter, Michael: „Ich bin die Türkei“, Die Zeit 17.10.1997, S. 17-18
- TÜRK-Z-39 Müller-Schöll, Ulrich: Stambuls Alltagsmythen, Die Zeit 17.10.1997, S. 67
- TÜRK-Z-40 o.A.: Blutige Repression, Die Zeit 17.10.1997, S. 13

- TÜRK-Z-41 Cerha, Birgit: Eine Stadt in Angst und Elend, Die Zeit 17.10.1997, S. 13
- TÜRK-Z-42 Okkan, Osman: Einmischung erwünscht!, Die Zeit 17.10.1997, S. 62
- TÜRK-Z-43 Lüders, Michael: Üble Heuchelei, Die Zeit 24.10.1997, S. 2
- TÜRK-Z-44 Zana, Mehdi: Die Zellen wimmeln von Ratten, Die Zeit 24.10.1997, S. 2
- TÜRK-Z-45 Daimagüler, Mehmet Gürcan: Stammtisch der Linken, Die Zeit 31.10.1997, S. 8
- TÜRK-Z-46 Lottmann, Joachim: Kanak Attack!, Die Zeit 14.11.1997, S. 88
- TÜRK-Z-47 Denktas, Rauf Raif: Von der Welt verlassen, Die Zeit 19.12.1997, S. 8
- TÜRK-Z-48 Buhl, Dieter: Europa hat seinen Preis, Die Zeit 19.12.1997, S. 1
- TÜRK-Z-49 Şen, Faruk: Gefahr im Verzug, Die Zeit 19.12.1997, S. 8
- TÜRK-Z-50 Klawitter, Nils/Willeke, Stefan: Die geteilte Stadt, Die Zeit 26.12.1997, S. 9
- TÜRK-Z-51 Dönhoff, Marion Gräfin: Vom Recht auf Würde, Die Zeit 26.12.1997, S. 1
- TÜRK-Z-52 Landfried, Christine: Ein Markt der Kulturen böte vielen Ländern Platz, Die Zeit 26.12.1997, S. 8

Lebenslauf

Nadja Rosmann

Albert-Schweitzer-Straße 3

65451 Kelsterbach

- Geboren am 25. Januar 1972 in Frankfurt am Main
- Staatsangehörigkeit: deutsch
- September 1978 bis Juni 1982: Besuch der Karl-Treutel-Schule in Kelsterbach
- August 1982 bis Juli 1988: Besuch der Helene-Lange-Schule in Frankfurt-Höchst
- September 1988 bis Juni 1991: Besuch des Friedrich-Dessauer-Gymnasiums in Frankfurt-Höchst, Abitur
- Oktober 1991 bis Mai 1997: Studium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main (Hauptfach: Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Nebenfächer: Politologie, Germanistik): Erlangung des Magister Artium im Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Juli 1997 bis Juni 2000 Doktorandin im Fach Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie im Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main